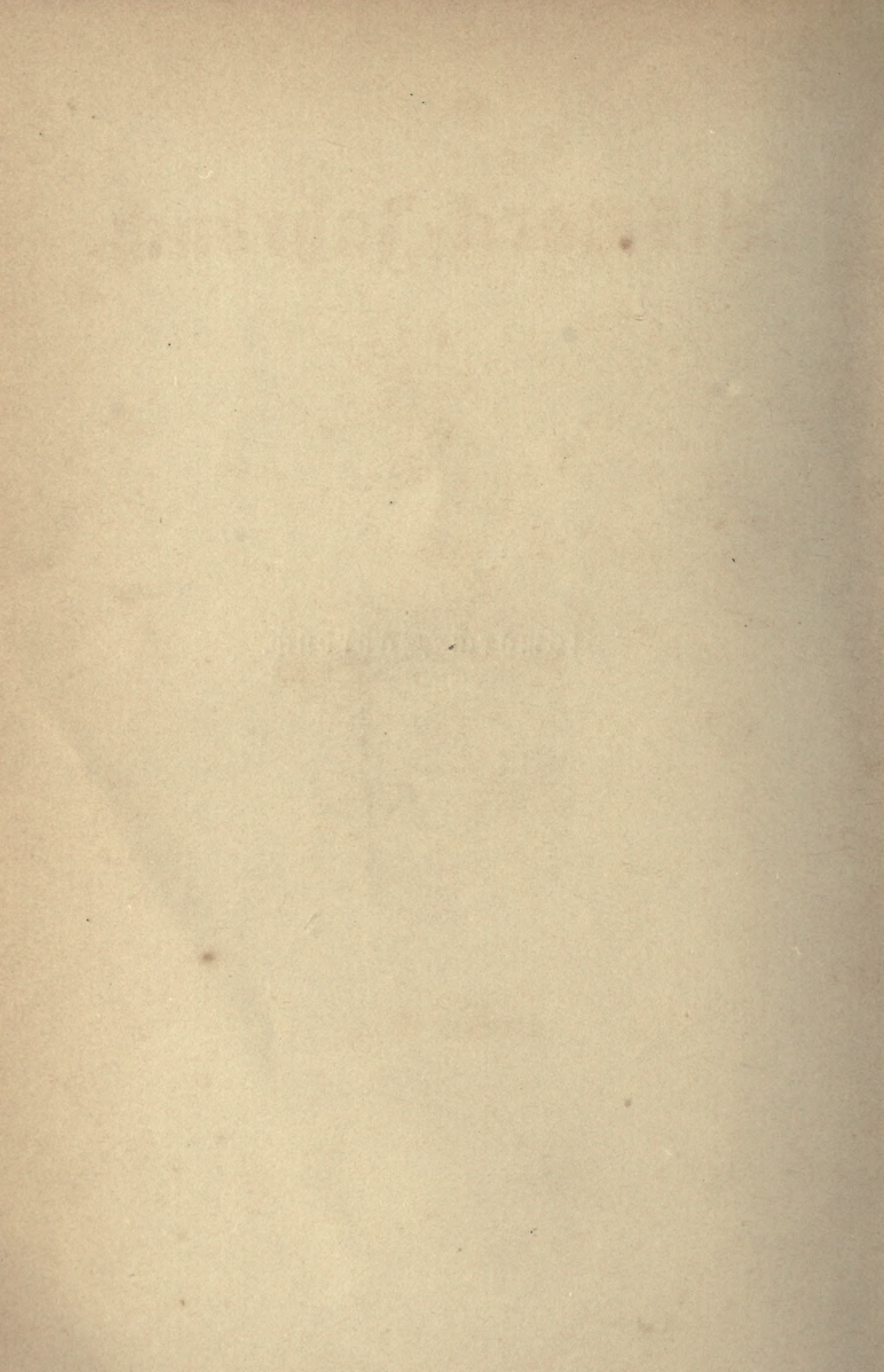








Bismarck-Jahrbuch.



Bismarck-Jahrbuch.

Herausgegeben

von

Horst Kohl.



Zweiter Band.

Berlin.

Verlag von O. Häring.

1895.

Vorwort.

Zum zweiten Male erscheint das

Bismarck-Jahrbuch.

Mit der Aufnahme, die der erste Band in der wissenschaftlichen Kritik gefunden hat, kann ich wohl zufrieden sein: möchte der zweite Band dem Unternehmen neue Freunde und nicht bloß lesende, sondern auch mitarbeitende Freunde zuführen. Denn an solchen fehlt es noch sehr; für Sammlung und Zurichtung des Materials war ich fast allein auf die eigne Kraft angewiesen. Sehr reich floß der Stoff für die Chronik zu; sie beanspruchte in diesem Bande einen größeren Raum, da der 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck Gelegenheit zu Bethätigungen der Verehrung und Liebe gab, die im Jahrbuch nicht übergangen werden durften. Im Gegentheil habe ich — bei allem Verzicht auf die Schilderung der begleitenden Aeußerlichkeiten — diesem Theile des Jahrbuchs besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Es kam darauf an, den genauen Wortlaut der bei den Empfängen gehaltenen Ansprachen und der Erwiderungsreden des Fürsten Bismarck für alle Zeiten festzulegen. Da die auf stenographischen Niederschriften beruhenden Berichte der Zeitungen große Abweichungen im Einzelnen aufwiesen, wurden alle, denen die Ehre zugefallen war, vor dem Fürsten Bismarck als Redner aufzutreten, um Einsendung der Manuscripte ihrer Ansprachen gebeten, und ich darf es mit herzlichem Danke anerkennen, daß auch nicht einer Bedenken getragen hat, meine Bitte zu erfüllen. In einem Falle verzögerte sich der Eingang des Manuscripts über

die vorausgesehene Zeit hinaus, der authentische Text der betreffenden Rede ist infolge dessen im Nachtrage zur Chronik veröffentlicht worden. Die Reden des Fürsten Bismarck habe ich so genau als möglich auf Grund eingehender Vergleichung der vorhandenen Zeitungsberichte redigirt, den so gewonnenen Text dem Fürsten selbst zur Nachprüfung vorgelegt. Se. Durchlaucht hatte die Güte, meiner Bitte zu entsprechen und dadurch dem im Jahrbuch veröffentlichten Texte seiner Reden den Stempel der Authenticität zu verleihen. Für die Abtheilung Gedichte war die größte Beschränkung geboten. Nach übereinstimmendem Urtheile war diese Abtheilung im ersten Bande zu reich bedacht worden, und auch für den zweiten Band wurden Beiträge in großer Zahl eingesendet. Ich weiß mich schuldig, bei manchem Einsender die Hoffnung auf Aufnahme des Kindes seiner Muse oder auch müßiger Stunden erweckt zu haben, die ich schließlich doch nicht erfüllen konnte, aber ich hoffe auf Verzeihung und bitte, mir für künftige Bände poetische Ergüsse nicht vorzuenthalten. In Abtheilung III wird man die Fortsetzung der im ersten Bande begonnenen Untersuchungen über die Mitarbeiterschaft des Herrn v. Bismarck-Schönhausen an der Kreuzzeitung vermissen; Denen, die sich dafür interessirt haben, wird die Mittheilung von Werth sein, daß die Untersuchungen weitergeführt worden sind und nur der Mangel an Raum die Veröffentlichung der Ergebnisse verhindert hat. Sie bleibt dem nächsten Bande des Jahrbuchs vorbehalten. Raummangel ließ mich auch von der Beigabe eines Litteraturberichtes für diesmal absehen.

Chemnitz, 15. September 1895.

Dr. Horst Kohl.

Inhalt.

Berichtigungen

zu

Bismarck-Jahrbuch I.

S. 57 Anm. 1) lies in folgender Fassung: Edgar Mortara wurde am 24. Juni 1858 in Bologna als siebenjähriger Knabe seinen jüdischen Eltern ohne Angabe eines Grundes auf einen von Rom eingelaufenen Befehl entrissen und dorthin in eine kirchliche Erziehungsanstalt gebracht. Eine Magd, die im Mortaraschen Hause gedient hatte, erklärte bei dem Inquisitionstribunal, daß sie den Knaben, als derselbe 1 Jahr alt und schwer erkrankt war, heimlich getauft habe. Der Papst wies unter Berufung auf die Gesetze der katholischen Kirche mehrere Verwendungen für die des Kindes beraubte Familie ab. Vgl. Pierers Jahrbücher der Wissenschaften, Künste und Gewerbe Bd. I. (Altenburg 1865).

S. 361 Z. 18 v. o. lies: nous ne nous aimerons plus.

I.

Urkunden und Briefe.



1.

Bismarcks Probearbeiten zur Referendariatsprüfung*)

1836.

I.

Ueber die Natur und die Zulässigkeit des Eides

im Allgemeinen und nach seinen verschiedenen Arten aus dem Gesichtspunkte der philosophischen Rechts- und Tugendlehre, mit Berücksichtigung der Lehre des Christenthums.

Wahrhaftigkeit in Versicherungen und Heilighaltung gegebener Versprechen bilden für das Bestehn des menschlichen Verkehrs nothwendige Bedingungen, deren Erfüllung Pflicht eines Jeden ist, welcher auf die Wohlthaten der Gesellschaft Anspruch macht. Doch führen mannichfache und mächtige Leidenschaften den Menschen in Versuchung, diese Pflicht zu mißachten, verleiten ihn, die Stimme der angebornen Ehrlichkeit zu unterdrücken und in der Entstellung der Wahrheit ein willkommenes Mittel zur Beeinträchtigung fremder Rechte zu finden. Schon vor der Zeit, von der wir sichre Kunde haben, empfand man daher das Bedürfniß, eine Versicherung geben und fordern zu können, welche vermöge ihrer Heiligkeit geeignet sein möchte, Treu und Glauben zu sichern, denen das einfache Wort keine hinreichend sichre Grundlage darzubieten schien.

Zeugen und Bürgschaften dienen zunächst zur Bestärkung der Glaubwürdigkeit unsrer Angaben und Versprechungen, und wer sie nicht beizubringen vermag, dem liegt es, vermöge der

*) Ein Aufsatz über Bismarcks Aachener Referendariat bleibt dem 3. Bande des Jahrbuchs vorbehalten. — In dem Abdruck der Arbeiten ist Bismarcks Orthographie beibehalten worden.

menschlichen Natur, nicht fern, den allwissenden Gott als seinen einzigen Zeugen anzurufen, die Bestätigung der gegebenen Aussage von ihm zu begehren, und indem er die göttliche Rache für den Fall der Lüge herausfordert, das eigne Heil als Bürgschaft für die Wahrheit seiner Worte zu stellen. Dieser Gedanke, daß der Schwörende Gott auffordert, auf die gegenwärtige Aeußerung wohl zu merken, und wenn sie unredlich sei, am Meineidigen an seiner Person oder an dem, was ihm das Theuerste sei, ausdrücklich dafür zu strafen, liegt dem Eide von seiner frühsten Entstehung her zum Grunde, und finden wir denselben in den Eidesformen der verschiedenen Völker auf mehr oder weniger deutliche Weise durch Wort und Sinnbild ausgesprochen. Eine Art des römischen Eides war, ein Thier zu tödten und dabei Jupiter anzurufen, er möge den Schwörenden ebenso rettungslos wie dieses Thier verderben, wenn seine Angabe falsch sei; unter ähnlichen Verwünschungen veranschaulichen sich die Chinesen durch Verbrennen von Papier oder Zerschlagen von Porzellan die Art, wie Gott den Meineidigen rächen werde. Die Uebel, welche man dergestalt herausforderte, glaubte man, würden auch alsobald eintreffen; wie sich denn überhaupt aus den Eiden der meisten roheren Völker dieselbe Ansicht herausstellt, welche den Gottesurtheilen des Mittelalters das Dasein gab, daß nehmlich da, wo das Wissen der Menschen nicht ausreicht, Gott das Unrecht nicht geschehen lassen, vielmehr von den Menschen dazu aufgefordert, durch eine besondre Aeußerung seiner Allmacht, die Wahrheit offenbaren und den Schuldigen strafen werde. Sehr deutlich spricht sich diese Idee in der noch bei den Negern gebräuchlichen Form des Eides aus, wo man den Schwörenden ein Stück eines ihrer heiligen Fetische verschlingen läßt, in der festen Ueberzeugung, daß er augenblicklich daran sterben werde, wenn er lügen sollte. Auch die Römer waren so sehr der Meinung, daß der Meineidige lediglich der unfehlbaren und schnellen Rache der Götter verfallen sei, daß von einer menschlichen Strafe lange Zeit nicht die Rede war. Cicero sagt in der Abhandlung de legibus: perjurii poena divina exitium, humana dedecus; noch im Corpus juris findet sich: contemta

jurisjurandi religio satis deum ultorem habet. Nur die Verletzung des Eides per genium principis bestrafte man schon zur Zeit der weströmischen Kaiser; sei es nun, weil man es für schlimmer hielt, den genium des Fürsten zu lästern, als den Jupiter oder daß man es für strafbar erachtete, die durch den Eid für die Wahrheitsliebe des Schwörenden verpfändete Sicherheit des Kaisers in so augenscheinliche Gefahr zu bringen. Ebenso huldigten die Juden der obigen Ansicht, indem sie es für gewagt hielten, in der Nähe des Ortes, wo eine Eidesleistung geschah, zu verweilen, damit sie nicht von der, etwa durch Blitz oder Erdbeben an dem Meineidigen zu vollziehenden göttlichen Strafe mitbetroffen würden.

In spätern Zeiten, als der Glaube an augenblickliche und körperliche Strafe Gottes schwand, sah man sich genöthigt, dieselbe menschlicherseits zu verhängen, da auf die Mehrzahl eine nahe zu gewärtigende und ihnen in ihrem ganzen Umfange faßliche Strafe tiefern Eindruck macht als die des Himmels, welche, wenn auch größer, doch vielleicht entfernt ist und deren Eintritt Mancher für ungewiß anzusehn sich gefällt.

So stark sich in einer solchen Meinung Leichtsinn und Thorheit aussprechen, so erscheint es doch kaum minder befremdlich, wenn nach den meisten Definitionen des Eides, welche unsre Gesetzbücher und philosophische Schriften als Resultate jener von Alters her herrschenden Ansichten aufstellen, Gott einer besondern Aufforderung von Seiten des Schwörenden zu bedürfen scheint, um die Handlung desselben zu bemerken, zu bezeugen, und im Fall der Unredlichkeit zu bestrafen. Die noch gebräuchlichen Eidesformeln, in welchen man das höchste Wesen anruft, dem Meineidigen seine Gnade zu entziehen, deuten eine Vorstellung von Gott an, nach welcher es dem menschlichen Willen anheimgestellt zu sein scheint, ob Gott Gerechtigkeit üben und Verbrechen strafen solle oder nicht, nach welcher unser Geschick ohne unsre Zustimmung nicht in seiner Gewalt stände, und es einer ausdrücklichen Verpfändung unsrer Seele bedürfte, damit ihr Schöpfer die verdiente Strafe an derselben vollziehen möge. Auf Eide, deren Form dergestalt mit dem Glauben an die Allmacht Gottes in Widerspruch

steht, ist Jesu Ausspruch in der Bergpredigt zu beziehen: Du sollst nicht schwören beim Himmel u. s. w., noch bei Deinem Kopf, denn Du vermagst nicht Ein Haar auf demselben weiß oder schwarz zu machen, d. h. über diese Gegenstände zu disponiren, hast Du weder selbst die Macht, noch kannst Du Gott veranlassen, daß er es thue. Die göttliche Gerechtigkeit kann nicht nach menschlichem Willen gelenkt werden; die Strafe, welche der Betrüger verdient, wird ihm auch wider seinen Willen zu Theil werden, und eine größre wird er auch durch die kräftigsten Verwünschungen auf sein Haupt nicht herabrufen können. Jene imprecatorische Form war, nach den oben berührten Ansichten der Alten, in ihren Eiden wesentlich und nothwendig. So bieten namentlich die Eidesformeln der Juden eine reiche Auswahl von abentheuerlichen Uebeln, deren Furchtbarkeit als Garantie für die Wahrheitsliebe des Schwörenden dienen soll; und obgleich Cicero de officiis sagt: „quod deo teste promiseris, non ad iram deorum, quae nulla est, sed ad justitiam et fidem pertinet", so schrieben die Römer im Allgemeinen doch dem höhern Wesen manche menschliche Schwächen und Leidenschaften zu und glaubten infolge dessen, der angerufne Gott werde seinen Zorn über eine so frevelhafte Herausforderung seiner Macht, wie sie der Meineid enthalte, auf der Stelle durch alle ihm zu Gebote stehenden Mittel auslassen. Die religiösen und gerichtlichen Gebräuche der beiden genannten Völker sind von wesentlichem Einfluß auf die der Christen gewesen und haben zum Theil bewirkt, daß auch unter den Letztern, durch unangemessene Behandlung des Eides, viel dazu beigetragen wurde, mangelhafte Vorstellungen von der göttlichen Allmacht zu begünstigen und den Eid selbst in Mißcredit zu bringen. Daher ist es gekommen, daß nach einer weit verbreiteten Meinung, welcher Kant seine Autorität geliehen hat, der Eid mehr für ein durch den Zustand der Gesellschaft nothwendiges Uebel als für ein heiliges und ehrenwerthes Institut gehalten werden kann.

In Fällen, wo der höchste Grad von Evidenz von Sicherheit, welchen menschliche Mittel zu geben vermögen, erlangt werden soll, ist es nöthig, sich zu vergewissern, daß die Aus-

sage, auf deren Glaubwürdigkeit die Ueberzeugung von der Wahrheit einer Thatsache beruhen soll, unter Einwirkung aller derjenigen Gründe erfolgt sei, welche am meisten geeignet sind, den Menschen zur Angabe der Wahrheit zu vermögen. Den, welcher an einen gerechten Gott und an Fortdauer nach dem Tode glaubt, kann kein stärkres Motiv in seinen Handlungen leiten, als das Bewußtsein der durch die Religion gebotnen Pflicht, verbunden mit der Betrachtung, daß Gott die geringste seiner Thaten sieht und die Vergeltung für jede derselben nicht ausbleiben wird. Daß der, welcher eine Versicherung giebt, jenes Glaubens an die göttliche Vergeltung und seiner Pflicht, die Wahrheit zu sagen, dabei vollkommen eingedenk ist, soll durch den Eid an den Tag gelegt werden. Die Ableistung desselben ist ein äußerliches Kennzeichen davon, daß der Schwörende seine Versicherung unter dem deutlichen und unmittelbaren Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit gegen Gott und des Frevels, den eine falsche Aussage enthalten würde, gegeben hat. Dieses Bewußtsein soll zwar dem vollkommen sittlichen Menschen immer gegenwärtig sein und ihn in allen seinen Handlungen leiten; doch ist es theils über menschliche Kraft schwer, immer in klarer und unbefangner Anschauung seiner Pflicht zu verharren, so daß durch die Feierlichkeit des Eides auf die Herstellung derselben erst hingewirkt werden muß — theils liegt auch andern Menschen daran, gewiß zu sein, daß der Schwörende sich die Heiligkeit seiner Pflicht in dem Augenblick hinreichend vergegenwärtige und den Glauben an göttliche Gerechtigkeit bekenne. Durch den Eid soll nicht Gottes Aufmerksamkeit auf den Schwörenden, sondern die des Letztern auf Gott gelenkt werden, und wer so, nach besonnener Erwägung der Bestimmungen der Religion, mit dem klaren Bewußtsein, vor Gottes Angesicht zu stehn, sich nicht scheut, die Verantwortlichkeit der Lüge über sich zu nehmen, der zeigt, daß auch die heiligsten Motive nicht günstig auf ihn zu wirken vermögen, indem er Gott und dessen Vergeltung verachtet. Eine besondre Herausforderung der himmlischen Strafen wird auf einen solchen ebensosehr jedes Eindrucks ermangeln, als sie für Andre unnütz, wenn nicht frevelhaft erscheint. Denn, abgesehn von der

Wirkungslosigkeit einer Aufforderung an Gott, sein Richteramt auf menschliches Begehr auszuüben, meint es im Grunde seines Herzens doch wohl niemand aufrichtig mit einer Entsagung aller Hoffnung auf Glückseligkeit und göttliche Hülfe. Ein solcher Act widerstreitet den Begriffen von der unendlichen Gnade Gottes und steht mit den Principien der Vernunft und der Religion ebensosehr in Widerspruch, als die bessre Gestalt des Eides mit ihnen übereinstimmt. Denn weder den Gesetzen der Vernunft, noch dem Geiste des Evangeliums widerstreitet es, einer gegebnen Erklärung hinzuzufügen, man habe dabei seine Pflicht vor Augen und vergegenwärtige sich sein Verhältniß zu Gott, welches dadurch geschieht, daß man den Höchsten zum Zeugen seiner Handlung anruft; denn Letztres setzt voraus, daß man in dem Augenblick die Folgen seiner Handlung richtig würdigt und auf Gottes Vergeltung gefaßt ist. Für einen solchen Zustand des Bewußtseins der Pflicht und der Abhängigkeit von Gott gilt Jesu Gebot: Euer Wort sei ja ja, nein nein, was darüber ist, das ist vom Uebel. ἐκ τοῦ πονηροῦ sagt er, aber nicht πονηρόν ἐστιν, und allerdings bleibt der Eid, wenn auch ein schönes Zeichen des Glaubens an Gottes Allwissenheit und Gerechtigkeit, doch ein Resultat menschlicher Schwäche, welche zuerst das Bedürfniß desselben fühlbar machte; ein Gedanke, welchen die griechische Mythologie dadurch ausdrückt, daß sie den Ὅρκος einen Sohn der Ἔρις nennt. Aus einem ähnlichen Gesichtspunkte hat auch Christus den Eid angesehn, den zu verbieten er so weit entfernt ist, daß er ihn vielmehr selbst leistet, als die Obrigkeit es durch den Mund des Hohenpriesters von ihm fordert. Dieser verlangt von ihm mit den Worten ἐξορκίζω σε κατὰ τοῦ θεοῦ τοῦ ζῶντος eine eidliche Erklärung darüber, daß er Gottes Sohn sei, und Jesus trägt kein Bedenken, eine solche Erklärung zu geben, indem er des Priesters Frage mit den Worten σὺ εἶπας bejaht. Das griechische Wort ἐξορκίζειν bezeichnet eine Befragung auf den Eid, wonach der Antwortende durch einfache Bejahung oder Verneinung die Eidesleistung vollzog. Jesus würde gewiß nicht versäumt haben, durch sein eignes Beispiel bei dieser Gelegenheit sein Verbot des Eides zu befestigen, wenn er ein solches zu geben wirklich beabsichtigt

hätte. Auch die Apostel bedienen sich bei mehren Gelegenheiten der Berufung auf Gottes Zeugniß zur Bekräftigung ihrer Aussprüche. Wenn daher Christus in der Bergpredigt sagt: Ihr sollt ganz und gar nicht schwören, so muß dieses scheinbar unbedingte Verbot gleich andern hyperbolischen Aussprüchen der heiligen Schrift gedeutet werden; dieselben stecken ebenfalls ein entferntes Ziel auf, welches nicht grade erreicht werden, sondern nur dem christlichen Wandel dienen soll, um die Richtung danach zu nehmen; dahin gehört die Lehre: Verkauf Dein Gut und gieb es den Armen, eine Lehre, zu deren buchstäblicher Befolgung wenig Menschen geneigt sein möchten; sowie die jener andern Vorschrift, nicht für die Bedürfnisse des folgenden Tages zu sorgen, mit dem Fortbestehn des menschlichen Geschlechts unverträglich sein würde. Wenn diese Aussprüche nur vor Geiz und Selbstsucht warnen sollen, so bezieht sich auch das gedachte Verbot des Eides hauptsächlich auf das unnütze Fluchen derer, welche sich desselben zur Verzierung ihrer Rede bedienen, und auf das häufige und betrügliche Schwören der Pharisäer, welche sich förmliche Kategorien gebildet hatten von Eiden, die man zu halten verbunden und von andern, welche man zu halten nicht verbunden sei, wodurch sie Uneingeweihte leicht zu täuschen im Stande waren.

Wenn die ersten Christen selten oder gar nicht schworen, so lag dieß vielleicht mehr daran, daß sie durch den Ritus des Eides ihre verfolgte Religion zu verrathen fürchteten, als daß sie in dieser Religion ein Verbot zu finden geglaubt hätten. Man hielt damals allgemein dafür, daß der Eid zwar erlaubt, daß es aber rathsam sei, nur in wichtigen Fällen und wo ein andres Auskunftsmittel nicht vorhanden sei, zu schwören. Lange Zeit war von einer Sündhaftigkeit des Eides nicht die Rede, vielmehr wurde der Gebrauch desselben unter Einwirkung der Obrigkeit, der er zur Erhaltung der Ordnung und Rechtspflege ein nothwendiges, und der Geistlichkeit, der er zur Vermehrung ihres Einflusses ein dienliches Mittel zu sein schien, weiter ausgedehnt, als zweckmäßig war. Nur einzelne Secten, wie die Pelagianer und Waldenser, erklärten sich wider die Ableistung des Eides, und erst später folgten ihnen mehre,

welche theils nur an der Herausforderung der göttlichen Strafe Anstoß nahmen, theils, nach dem Wortverstande des neuen Testaments, jede Art von Eidesleistung verwarfen. Solche Eidweigerer sind in England so lange geduldet, wie die Erfahrung zeigt, daß sie die Versicherungen, anstatt des Eides gegeben, heilig halten; und wenn es wahr ist, daß noch kein Beispiel eines Mißbrauchs dieser Begünstigung vorgekommen, so ist dieß ein ausgezeichnetes Resultat der unter ihnen herrschenden Erziehungsweise. Für gewiß ist anzunehmen, daß, wenn jene Ansichten auch manchen unsrer Sitten und Gesetze störend in den Weg treten, sie doch soviel Uebles nicht stiften, als der entgegengesetzte Fehler, zu große Vervielfältigung und leichtsinnige Behandlung der Eide.

Plato sagt, daß Rhadamantus, welcher ein sehr gottesfürchtiges Volk regirt, alle Prozesse mit Schnelligkeit entschieden habe, sich jedesmal der Eidesdelation über die streitigen Punkte bedienend; aber, setzt Plato hinzu, bei einem weniger gottesfürchtigen Volke kann man vom Eide nur dann Gebrauch machen, wenn der Schwörende kein Interesse zur Sache hat, wie der Richter oder der Zeuge. Gewiß hat der Schüler des Sokrates hierin Recht, ja es ist selbst wahrscheinlich, daß auch ein so exemplarisches Volk, wie das, welches Rhadamantus regirte, der abstumpfenden Macht der Gewohnheit unterlegen und daß die Justiz jenes Herrschers sich mehr durch Schnelligkeit als durch Gerechtigkeit ausgezeichnet habe. Es giebt keinen Eindruck, gegen welchen die Gewohnheit den Menschen nicht abhärtete und gleichgültig machte. Die Sonne geht täglich auf und erleuchtet die Welt, aber nur Wenigen fällt es ein, daß dieses wunderbar sei, und nur selten nimmt jemand davon Veranlassung, an die Allmacht des Schöpfers zu denken; erschlägt aber der Blitz einen Menschen, so werden die, welche es sehn, mit Staunen und Gottesfurcht erfüllt und preisen die wunderbaren Wege des Herrn. Und doch, wie unbedeutend ist diese Kraft gegen jene der Sonne; nur äußert sie sich seltner. So hat auch die tägliche Gewöhnung an vielfältige Täuschung, die schwankende Gränze derjenigen Unwahrheiten, welche man sich erlauben zu können glaubt, die Empfänglichkeit für das

ewige und unwandelbare Gebot der Wahrheit dergestalt abgestumpft, daß eine gewöhnliche Lüge kaum noch für unrecht gehalten wird, und daß man, wo es auf Sicherheit ankommt, immer häufiger eines künstlichen Reizes durch den Eid zu bedürfen geglaubt hat, um auf Augenblicke das ursprüngliche Gefühl für Wahrhaftigkeit wieder zu beleben. Dieser Reiz verliert wiederum seine Kraft, sobald er zu häufig angewendet wird. Eine zu große Vervielfältigung der Eide ist daher aus Gründen der Klugheit sowohl als der Religion zu verhindern. Sie gewöhnt den Menschen, indem er sich des göttlichen Namens häufig und zu unbedeutenden Zwecken bedient, das Heiligste mit Leichtfertigkeit zu behandeln; sie ist ferner geeignet, bei ungebildeten Leuten die Meinung zu erzeugen, daß sie nur schwörend die Wahrheit zu sagen verbunden seien, und bewirkt so, daß im Uebrigen desto rücksichtsloser gelogen und betrogen wird. Die sicherste Folge der zu häufigen Eidesleistungen aber ist Gleichgültigkeit gegen den Eid selbst, dessen Kraft und Nützlichkeit in hohem Grade von der Scheu und Ehrfurcht abhängt, welche der Mensch bei seiner Ableistung empfindet. Viele haben geglaubt, wie jener Rhadamant, in dem Eide das expeditivste Mittel zur Entscheidung von Rechtsstreitigkeiten zu finden, ohne zu überlegen, ob es sich abnutzen würde. Die Geistlichen des Mittelalters schworen zwar selbst ungern, nicht etwa aus Gewissensscrupel, sondern weil sie verlangten, daß man ihnen ohnedieß glauben sollte; doch begünstigten sie übrigens die Vermehrung der Eide, weil sie es möglich machten, die daraus entstehenden Streitigkeiten vor geistliche Gerichte zu ziehen, und außerdem durch die angemaßte Gewalt der relaxatio juramenti es von sich abhängig machten, ob eine auf den Eid begründete Verbindlichkeit rechtsbeständig sein sollte oder nicht. Später fing man auch an, die Amtseide außerordentlich zu vermehren, indem man sie nicht nur beim Antritt des Dienstes, sondern auch bei jeder Veränderung desselben forderte. Dieß alles brachte eine so erstaunliche Vervielfältigung der Eidesleistungen zu Wege, daß dieselben bei dem großen Haufen nothwendig im Credit sinken mußten, zumal da auch von Seiten der Obrigkeit nicht überall bei Ab-

nahme der Eide mit derjenigen Feierlichkeit verfahren wurde, welche der Mehrzahl der Menschen bei Handlungen, auf die sie Werth legen sollen, unentbehrlich zu sein scheint. Die Gründe der Religion reichen für Viele nicht mehr hin, um sie günstig für die Wahrheit zu stimmen, und harte Strafen auf den Meineid müssen bei diesen das Beste thun, da dieselben in dem Eide nichts weiter sehn als eine Versicherung in einer bestimmten Form, in welcher ihnen das Lügen bei strenger Strafe verboten ist. Die Härte der Strafe, die größere oder geringere Wahrscheinlichkeit der Entdeckung und die Schande, welche die letztre mit sich führt, bilden alsdann das Gegengewicht für ein zum Meineid reizendes Interesse; welche Schaale oft die leichtere sei, beweisen die käuflichen Zeugen in England und Amerika, welche ihre regelmäßigen Versammlungsorte haben, wo der, welchem es an Beweismitteln fehlt, sie abholen kann und dann gegen Entrichtung eines nach Maaßgabe der Größe des objectum litis und der Gefahr für den Zeugen tarifmäßig festgesetzten Preises das Zeugniß, dessen er bedarf, erhält. Dergleichen Erscheinungen lassen bei dem Volke, wo sie angetroffen werden, einen hohen Grad von Rohheit und Irreligiosität voraussetzen, und der beste Theil der für die Rechtspflege nothwendigen Wirkung des Eides geht auf diese Weise verloren. Es ist daher in mehr als einer Hinsicht von großer Wichtigkeit, durch Verbreitung wahrer Bildung, durch zweckmäßige Bestimmungen über die Fälle, in denen der Eid zulässig ist, und über die Art, wie er abgeleistet werden soll, auf Erhaltung und Vermehrung der Ehrfurcht vor demselben hinzuwirken.

Die Quelle fast aller unsrer heutigen Gesetzgebungen, das römische Recht, behandelt diese Materie nicht mit der Vorsicht, welche die Natur derselben zu erfordern scheint. Die Form des Eides war dort fast ganz der Willkühr anheimgestellt und Strafen des Meineides wurden erst in späterer Zeit angeordnet. Die Bestimmungen über die Zulässigkeit des Eides sorgten mehr für die Feststellung der Berechtigungen zu demselben und aus demselben, als für die Aufrechterhaltung seiner Heiligkeit. Bei dem zwischen zwei Partheien zugeschobenen Eid kam es auf die Persönlichkeit dessen, der schwören sollte, wenig an;

der Eid wurde so gestellt, wie man glaubte, daß er den Gegner am stärksten binden werde, und konnte auch jemandem über facta, die er aus eigner Wahrnehmung nicht wußte, de credulitate deferirt werden, er wurde nicht als Beweismittel betrachtet, sondern nach den Regeln über Verträge beurtheilt. Es war eine Art von Compromißvertrag, wodurch der Schwörende gleichsam Schiedsrichter in der eignen Sache wurde. Man erwartete, daß Gottesfurcht ihn zur Gewährung dessen, was recht war, vermögen würde, und für den Fall der ungerechten Entscheidung bildete die Rache der Götter eine Conventionalstrafe, mit welcher der Beeinträchtigte sich begnügen mußte. Denn das Gesetz, anstatt den Meineid ex officio zu verhüten, schützte vielmehr den Meineidigen in dem Recht, welches er sich erschworen hatte, und man glaubte consequent zu sein, wenn man den Beweis des Meineides für unerheblich hielt, da der Andre sein Recht contractlich von der Wahrheitsliebe des Schwörenden abhängig gemacht hatte und als Aequivalent für dasselbe die Genugthuung erhielt, den Gegner der göttlichen Rache verfallen zu wissen.

Bei uns wird der Eid nicht als Vertrag, sondern als Beweismittel angesehn, und der Meineid, das doppelte Verbrechen des wohlbedächtigen Betruges und der Gotteslästerung enthaltend, muß auf jede mögliche Weise zu verhüten gesucht werden. Zu diesem Zweck sind die Eidesleistungen der Zahl nach zu beschränken, ganz zu vermeiden, so lange der Beweis auf andre Art geführt werden kann, und ist in den einzelnen Fällen, außer der rechtlichen Zuständigkeit des Eides, die Persönlichkeit des Schwörenden, die Wichtigkeit des ihn in Versuchung führenden Interesses bei Beurtheilung der Zulässigkeit des Schwures zu berücksichtigen.

Die Eide zerfallen, der Hauptsache nach, in promissorische und assertorische. Die versprechenden können dazu dienen, entweder gesetzliche Verbindlichkeiten zu bestärken oder rechtlich nicht begründete zu sanctioniren; im ersten Falle sind sie meist überflüssig, im andern unstatthaft, wie denn auch von außergerichtlichen Versprechungseiden die bürgerliche Obrigkeit nicht nur keine Notiz zu nehmen, sondern sie auch bei Strafe zu

verbieten pflegt. Nur das kanonische Recht giebt hier ein Mittel an die Hand, Prohibitivgesetze durch Privatübereinkommen zu umgehen und unwirksam zu machen, indem es bestimmt, daß eine nach dem Gesetz nichtige, ja selbst unrechtmäßige Verbindlichkeit durch das Hinzutreten des Eides Geltung erhalten sollte, weil dadurch eine besondre Verbindlichkeit gegen Gott zur Erfüllung des Versprechens erzeugt werde. Doch ist die Clausel rebus sic stantibus bei dem Eide zu subintelligiren; er steht und fällt mit der Verpflichtung gegen Menschen, deren Festigkeit er als accessorisches Mittel zu verstärken gedient hat, so daß eine priesterliche Relaxation da unnöthig ist, wo sie aufhört, ungerecht zu sein. Gott bedarf keiner menschlichen Versprechungen und schließt keine Verträge mit uns; ihm aber etwas Ungerechtes zu versprechen, ist ebenso frevelhaft als der Glaube, er verlange, daß wir es halten, thöricht. Ist nun eine eidliche Bestärkung unrechtlicher Verhältnisse verwerflich, so ist sie für gesetzlich bestehende Verbindlichkeiten bei regelmäßiger Rechtspflege ohne Nutzen, indem das Recht durch sie nicht stärker wird. Betrachtet man daher, daß versprechende Eide schon an sich von geringerer Sicherheit sind, da der Schwörende seine zukünftige Lage nicht kennt und nicht weiß, wie groß zur Zeit der Erfüllung die Versuchung zum Eidbruch sein wird, so ist es um so mehr rathsam, sie, soviel es thunlich ist, zu beschränken, und mit Ausnahme der nur zur Verstärkung der Beweiskraft dienenden promissorischen Zeugeneide nur in seltenen Fällen ihre Zulässigkeit an richterliches Ermessen zu knüpfen. Dahin würde das juramentum calumniae und andre juratorische Cautionen zu rechnen sein, in Fällen, wo die Stellung einer Realcaution nicht möglich ist. Ferner kann es von Werth sein, da, wo ein unsichrer oder durch Ereignisse unterbrochner Zustand der Rechtspflege die Anwendung gerichtlicher Zwangsmittel erschwert, die in der Gewissenhaftigkeit des Schuldners liegende Garantie durch den Eid zu verstärken. Aehnliche Rücksichten können auch bei Rechtsverhältnissen obwalten, welche verschiedene Staaten berühren; so war es ein alter Gebrauch, den Verträgen zwischen Völkern durch Eidesleistungen größere Zuverlässigkeit zu geben.

Amtseide finden sich schon im frühsten Alterthum und nahmen vielleicht ihren Ursprung aus der beim Anfange wichtiger Unternehmungen üblichen feierlichen Anrufung des Gottes, unter dessen Auspicien man zu handeln gesonnen war. Diese sowie die Huldigungseide scheinen mehr in unsern Sitten begründet, als bei der Unzweifelhaftigkeit der davon betroffenen Pflichten nothwendig zu sein. Zwar kann ein Beamter leicht gewissenlos handeln, ohne sich grade gesetzlicher Strafe auszusetzen, und möchte es deßhalb gut sein, daß er durch das eidliche Versprechen einen verstärkten innern Antrieb zur Pflichterfüllung erhält; aber Augustus mochte vielleicht Recht haben, wenn er über die Senatoren, welche seine Gesetze zu beschwören sich erboten, äußerte: „Auch ohne Eid werden sie den Gesetzen gehorchen, welchen sie beistimmen, und tausend Eide werden nicht hinreichen, ihren Gehorsam wider ihren Willen zu sichern." Für die Handlungen dessen, welcher nicht aus Pflichtgefühl seine Handlungen gegen das Vaterland erfüllt, ist der Eid eine schwache Bürgschaft und nur für Menschen, denen ihre Pflichten nicht klar sind, ein Punkt des Anhaltes.

Durch promissorische Eide wird eine Erklärung bestärkt, welche der Schwörende über seinen Willen und seine Absichten ablegt; assertorische dienen dazu, Gewißheit über eine vergangne oder gegenwärtige Thatsache zu verschaffen. Letztre sind zur Handhabung der Rechtspflege so unentbehrlich, daß es vielleicht kein Volk giebt und gegeben hat, welches sich ihrer nicht bediente; und wenn sie auch kein vollkommnes Mittel zur Entdeckung der Wahrheit sind, so hält man sie doch für das zuverlässigste, welches in unzähligen Fällen übrig bleibt, in der Meinung, daß ein Jeder, der nur noch etwas Treu und Glauben hat, durch Betrachtung der göttlichen Allmacht und Gerechtigkeit zur Angabe der Wahrheit getrieben werden müsse.

Die beweisenden Eide sind theils zugeschobne, theils nach Erkenntniß oder Gesetz zuständig oder nothwendig. Gesetzlich nothwendig sind die Eide, durch welche Zeugen ihre Aussagen zu bekräftigen verpflichtet sind, weil vor Gericht immer der höchstmögliche Grad von Klarheit erlangt werden soll und deßhalb ein jedes Mittel angewendet werden muß, welches die

Sicherheit in Betreff der zu beurtheilenden Thatsachen erhöhen kann. So einleuchtend diese Nothwendigkeit ist, so könnte doch auch in dieser Abtheilung viel für die Verminderung der Eidesleistungen geschehen und weisen sich die hierauf bezüglichen Bestimmungen der jüngsten toscanischen Gesetzgebung als empfehlenswerth aus. Nach diesen werden die Zeugen vorläufig nur ermahnt, die Wahrheit wie im Eid zu sagen, und nicht ex officio, sondern erst dann vereidigt, wenn der, gegen welchen das Zeugniß gerichtet ist, darauf besteht. Ein falsches Zeugniß ist an und für sich ein so anerkanntes und hart bestraftes Verbrechen, daß jemand, welcher kein Interesse zur Sache hat, es sich nicht leicht zu Schulden kommen läßt; und wer Vortheil oder Schaden von dem Ausfall des Erkenntnisses zu erwarten hat, ist ohnehin kein vollgültiger Zeuge und wird nur in seltnen Fällen vereidigt werden können. Doch muß die Befugniß der Partheien, die Beschwörung eines gegen sie gelten sollenden Zeugnisses zu verlangen, immer ein unantastbares Recht bleiben; auch könnte man es dem Richter überlassen, die Partheien auf Gründe aufmerksam zu machen, welche etwa die Vereidigung als rathsam erscheinen lassen. — Die Eide der Partheien selbst sind entweder vom Richter zuerkannt oder vom Gegner deferirt. Sie bezwecken theils als Haupteide direct die Entscheidung von Thatsachen, auf die es ankommt, theils als Manifestations-, Diffessions-, Editions-Eide und unter andern Namen die Erleichterung der Ermittelung des Sachverhältnisses und der Verfolgung des Rechts.

Der zugeschobne Eid mit seinen verschiedenen Unterabtheilungen beweist nach juristischen Principien, mit Vorbehalt der Ueberführung des Meineids, ganz vollständig, da er mit Bewilligung beider Partheien über die Glaubwürdigkeit der zu beweisenden Behauptung entscheidet. Zwar sagt Kant, es fände keine Verpflichtung statt, den Anspruch des Rechtes der eidlichen Betheuerung des Gegners, welche keine Sicherheit gewähre, zu unterwerfen; deßhalb steht es aber auch einem jeden frei, den Eid zu deferiren oder den Beweis auf anderm Wege zu führen; steht ihm ein solcher nicht offen, so muß ihm, da er doch nicht dem Gegner den Beweis der Negation aufbürden

kann, die Eideszuschiebung ein willkommnes Auskunftsmittel sein. Wenn nun dieselbe in vielen Fällen das einzige Beweismittel ist, so sollte auch desto aufmerksamer von Gerichts wegen darüber gewacht werden, daß sie immer nur in subsidium, als Beweismittel in Ermangelung andrer, angewendet und nicht etwa, um den Prozeß abzukürzen, von vornherein ihr Gebrauch den Partheien freigestellt werde, weil sie dadurch leicht die contractliche Beschaffenheit annimmt, welche sie im römischen Recht characterisirte. Je heiliger der Eid bei einem Volke gehalten wird, desto lieber wird man sich der Delation desselben zum Beweise bedienen, aber desto mehr muß man auch darüber wachen, daß er nicht durch unnöthig häufigen Gebrauch depravirt werde. In vielen Fällen wird es zulässig, vielleicht nothwendig sein, den Kläger oder Excipienten zu ermächtigen, seine Behauptung dadurch zu erweisen, daß er sie selbst beschwört. Ob ein solcher Fall vorhanden sei, muß, nachdem durch das Gesetz im allgemeinen Regeln vorgezeichnet sind, durch richterliches Erkenntniß festgestellt werden; und wird dieß namentlich dann geschehen, wenn jemand den Beweis schon beinah vollständig geführt hat, oder bei gänzlichem Mangel andrer Beweismittel, durch Todesfall oder auf andre Weise, ohne sein Verschulden der Möglichkeit beraubt worden ist, den Eid dem Gegner zuzuschieben; ebenso wenn es notorisch ist, daß der Beklagte seinen Gegner durch Unredlichkeit oder grobes Versehen in Nachtheil gesetzt hat, wo alsdann dem Kläger gestattet zu werden pflegt, durch das juramentum in litem die Höhe des erlittenen Schadens selbst zu taxiren. In Fällen, wie die obengedachten, würde es einer Beeinträchtigung des Klägers gleichkommen, wenn man ihn nöthigen wollte, seinem Beweise zu entsagen oder sein Recht noch durch Zuschiebung des Eides von der Gewissenhaftigkeit der andern Parthei abhängig zu machen. Ebenso wird der Eid zum Erkenntniß gestellt werden müssen, wenn die Partheien sich über die Art, wie er normirt, oder darüber, wer ihn schwören soll, nicht einigen können.

Wenn nun schon da, wo es sich um Mein und Dein handelt, Eidesleistungen nur mit behutsamer Erwägung des in Versuchung zur Lüge führenden Interesses zuzulassen sind,

so können sie gar nicht stattfinden in Criminalsachen, wo Freiheit, Leben und Ehre auf dem Spiele stehen und für die Gewissenhaftigkeit leicht ein zu starkes Gegengewicht bilden; und auch, abgesehen von der großen Verführung zum Meineide, wo eine Strafe darauf steht, die Wahrheit zu sagen, ist es unbillig, von dem Inquisiten zu fordern, daß er sich selbst anklage; ihn auf den Eid zu befragen, ist nicht ganz so schlimm, hat aber doch manche Aehnlichkeit mit der Anwendung der Tortur. Endlich ist auch im Criminalprozeß ein solcher Grad von Klarheit nöthig, daß die bloße Verweigerung der Ableistung des Reinigungseides nicht einmal ein hinreichender Beweis sein würde, um die Anwendung einer Strafe zu rechtfertigen.

Nächst der Frage, wenn der Eid zulässig, ist jene von Wichtigkeit, wie er abzuleisten sei. Ohne Zweifel muß dieses in der Form geschehen, welche die geeignetste ist, dem Schwörenden alle Gründe zu vergegenwärtigen, durch die er zur Angabe der Wahrheit bewogen werden kann. Wenn es nun gewiß ist, daß äußere Gegenstände in hohem Grade vermögend sind, im Sinne der Idee, welche sie repräsentiren, auf die Stimmung des Menschen einzuwirken, so war es auch richtig berechnet, wenn man, in frühern Zeiten häufiger als jetzt, den Schwörenden solche Gegenstände berühren ließ, welche den durch den Eid zu machenden Eindruck noch verstärken konnten. So war es die Sitte der Heiden, den Altar zu umfassen, der Hindu, das heilige Wasser des Ganges zu trinken, der Christen, eine Reliquie, das Crucifix oder die Bibel zu berühren, auch wohl zu küssen; oder den Eid an einer besonders heiligen Stätte zu leisten, indem man, nicht ohne Grund, annahm, daß die Ruhe Gott geweihter Gegenstände den Menschen in eine andächtige Stimmung versetze, welche mit der Lüge unverträglich sei. Man suchte auch auf ähnliche Weise, und oft durch ziemlich barbarische Mittel, Vorstellungen des vielleicht nahen Todes zu erwecken, oder der schrecklichen Uebel, welche des Meineidigen warteten, und dadurch einen dem Zweck angemessenen Eindruck auf die Nerven des Schwörenden zu machen. So schwor man auf die Klinge des Schwertes, auf die Gebeine der Verstorbenen, so ließen noch neuerlich die

Mörder des Procurators Fualdes in Frankreich die Zeugin Manson auf den Leichnam des Gemordeten und das noch blutige Messer Geheimhaltung des Gesehenen geloben. Dergleichen Formen sind indeß nicht auf das Allgemeine berechnet; je piquanter sie sind, desto leichter nützen sie sich ab, und in den Augen solcher, mit deren Denkungsweise sie nicht übereinstimmen, setzen sie leicht den Werth des Eides herab.

Doch möchte vielleicht bei der Ableistung etwas mehr Feierlichkeit, als wir anzuwenden pflegen, von guter Wirkung sein, wie denn auch nach der schon oben angeführten Gesetzgebung von Toscana die Eidesleistung jedesmal auf das Crucifix und im Beisein eines Priesters geschieht und auch bei uns mit Zuziehung eines Geistlichen oder in der Kirche geschworen zu werden pflegt, in Fällen, wo die Persönlichkeit des Schwörenden es rathsam zu machen scheint, oder die Richtigkeit der Sache einen mehr als gewöhnlichen Grad von Sicherheit erfordert.

Nicht minder verschiedenartig als die äußre Form ist, je nach Art und Zeit, der Wortinhalt des Eides. Bei den Alten wird durchgängig die Idee ausgesprochen, daß der Schwörende sein Heil mit der Wahrheit seiner Aussage dergestalt in Verbindung bringt, daß er Uebles erwarten muß, wenn er gelogen hat. So schwor man theils bei Wesen, von denen, theils bei solchen, für die man zu fürchten hatte, und die man durch den Meineid der Gefahr preisgeben würde. Für einen Christen scheint nach dem, was oben über die Natur des Eides gesagt worden, ein andrer Schwur als der bei Gott seine Wirkung ganz oder größtentheils zu verfehlen. Im Interesse des Richters aber liegt es, dem Bekenner einer jeden Religion den Eid in der Gestalt abzunehmen, welche durch den Glauben des Schwörenden anerkannt ist; denn nur so kann er erwarten, daß der Letztre sich durch den Eid für gebunden halten wird, vorausgesetzt, daß derselbe Gott die Eigenschaften zuschreibt, auf denen das Wesen des Eides beruht, und seine Geisteskräfte hinreichend entwickelt sind, um dieses Wesen begreifen zu können. — Die jetzt ziemlich allgemein bei uns recipirte Formel: „So wahr mir Gott helfe“, enthält zwar

die als überflüssig erkannte Verwünschung: „Gott helfe mir nicht, falls ich lüge“, wenn auch die Mehrzahl der Schwörenden es vielleicht so nicht meint; doch möchte es mißlich sein, an dieser althergebrachten Formel zu ändern, da es Leute giebt, welche glauben, sie hätten gar keinen Eid geleistet, wenn irgend eine der herkömmlichen Förmlichkeiten nicht beobachtet worden ist. Die Ansicht, daß ein Meineid bei nicht beobachteter Form zu rechtfertigen sei, würde freilich, wenn sie nicht aus Beschränktheit und Aberglauben entspringt, mit der reservatio mentalis und den doppelsinnigen Eidesnormen der Jesuiten in eine Kategorie gehören; zur Schonung von Vorurtheilen ist es aber zu empfehlen, daß ohne die äußerste Nothwendigkeit keine der üblichen Formalien vernachlässigt werde, damit auch von dieser Seite alles geschehe, was zur Aufrechterhaltung und respective Wiederherstellung der Achtung vor dem Eide förderlich sein kann.

Denn wie sehr es nöthig sei, auf den letztgenannten Zweck mit der eifrigsten Sorgfalt durch jedes geeignete Mittel hinzuwirken, erkennen Alle, welche diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit schenken. Bei den alten Sachsen, erzählt uns ein deutscher Schriftsteller früherer Zeit, war die Heiligkeit des Eides so groß, daß, wenn jemand eine Sache in der linken Hand hielt und mit der rechten schwor, er habe sie nicht, man ihm glaubte; bei uns bedient sich ein Jeder nur ungern und in Ermangelung jeder andern Auskunft der Eideszuschiebung als Beweismittels, obgleich die Gesetze dieselbe in großer Ausdehnung gestatten, und mancher betrachtet ihre Nothwendigkeit als gleichstehend mit dem Verlust seiner Sache. Eine Ansicht, welche Grund erhält durch die Erfahrung, daß in häufigen Fällen beide Partheien sich erbieten, ihre einander widersprechenden Behauptungen zu beschwören, jede aber nur mit Widerstreben sich der Nothwendigkeit der Delation an den Gegner unterzieht.

Verminderung der Anzahl der Eide, zweckmäßiges Verfahren bei der Ableistung derselben, angemessene Verwarnungen und strenge Bestrafung des Meineides vermögen viel zur Abhülfe des Uebels beizutragen; bei dem allmächtigen Einfluß

der Erziehung und Gewohnheit ist jedoch das kräftigste Mittel in der Verbreitung ächter Bildung und Belebung des religiösen Sinns zu suchen, und in dieser Beziehung berechtigt die Sorgfalt, welche in unserm Vaterlande auf jene Gegenstände verwendet wird, zu den besten Hoffnungen für die Zukunft.

O. v. Bismarck, 23./4. 36.



II.

Ueber Sparsamkeit im Staatshaushalte, ihr Wesen und ihre Erfolge — auch durch geschichtliche Beispiele erläutert.

Die Güter, welche das Vermögen eines Volkes hervorbringt, werden zum Theil dergestalt consumirt, daß aus ihrer Vernichtung nur eine vorübergehende Befriedigung des Verzehrers hervorgeht, und der Werth des Verzehrten aus dem Vermögen der Nation wieder ausscheidet, ohne die Ergiebigkeit der vorhandnen Güterquellen zu erhöhen. Ein andrer Theil des jährlichen Zuwachses wird zur Ergänzung und Vermehrung des Capitals der Nation verwendet, um unter dieser Gestalt einen neuen Bestandtheil des Vermögens zu bilden und eine Erhöhung der zukünftigen Production zu bewirken. Der Aufwand geschieht also entweder unproductiv, d. h. um Bedürfnisse und Genüsse zu befriedigen, oder productiv, d. h. um die Befriedigung derselben für die Folge möglich zu machen.

Die letztre Art des Verbrauchs ist zur Bewahrung des Wohlstandes unentbehrlich, da sowohl das vorhandne Capital sich abnützt, als auch die Bedürfnisse der Menschen mit der Entwicklung ihrer Fähigkeiten zunehmen und eine allmähliche Vergrößerung des Capitals erfordern. Durch eine Vernachlässigung des productiven Aufwandes würde man für die Zukunft mehr verlieren, als für die Gegenwart gewinnen; doch ist es ebensowenig weise, das Interesse der Gegenwart dem der Zukunft aufzuopfern. Der Geizige, welcher nur für zukünftige Bedürfnisse sammelt, die er nie befriedigt, ist ebenso unverständig als der Verschwender, der ohne Rücksicht auf die

kommenden Zeiten verzehrt. Beide sind gleich weit entfernt von der Sparsamkeit, von der Eigenschaft, vermöge welcher jemand den Verbrauch seines Einkommens so eintheilt, wie er auf die Dauer den größten Genuß davon erwarten kann, indem er sich denselben weder für die Zukunft verkümmert, noch ihm für die Gegenwart strenger entsagt, als nöthig ist. Zu diesem Zweck muß er vor allen Dingen zwischen den Verwendungen für die gegenwärtigen Genüsse und denjenigen, welche auf Erzeugung der Mittel zur Befriedigung zukünftiger Bedürfnisse gerichtet sind, ein richtiges Verhältniß herstellen und demnächst diese Verwendungen so einrichten, wie er die beabsichtigten Wirkungen mit den geringsten Aufopferungen hervorbringen kann.

Eine Nation so gut als ein Einzelner wird in Ermangelung einer sparsamen Haushaltung mit ihren Kräften Entbehrungen leiden, öfter aus Noth als aus Geiz; dieselben zu verhüten ist eine Aufgabe, deren Erfüllung mit im Zweck des Staates enthalten ist.

So weit die Verzehrung eines Volkes von der Willkühr der einzelnen Mitglieder desselben abhängig ist, läßt sich im Ganzen erwarten, daß der dem Menschen inwohnende Trieb nach Erwerb den Verbrauch des Einzelnen so regeln wird, wie es mit der Erhaltung seines Vermögens verträglich ist. Auch muß es im Allgemeinen einem jeden Privatmanne freigestellt bleiben, sich zu ruiniren oder den Genüssen, zu welchen sein Vermögen ihn berechtigt, zu Gunsten seiner Erben zu entsagen. Verschwendung und Geiz des Einzelnen strafen sich unmittelbar an dem Urheber selbst, und nur in seltnen Fällen kann eine Controlle über die Verwendung des Eigenthums weit genug ausgedehnt werden, um Verschleuderungen zu hindern.

Ein sehr bedeutender Theil des Verbrauchs eines Volkes wird aber nicht von denen geregelt, welche seine Folgen unmittelbar empfinden. Die Erreichung der wichtigsten menschlichen Zwecke ist nur möglich durch ein Zusammenwirken Vieler unter gemeinsamer Leitung, und eine große Anzahl allgemeiner Bedürfnisse wird auf eben diesem Wege wohlfeiler und voll-

ständiger befriedigt, als durch die Kräfte Einzelner. Der dazu nothwendige Aufwand wird von der Staatsgewalt angeordnet und die Mittel zu demselben durch Beiträge derjenigen aufgebracht, welche zum Genuß der daraus hervorgehenden Vortheile berechtigt sind. Er ist dem größten Theil nach nicht eigentlich productiv, sondern die Mittel zu seiner Bestreitung werden der Production entzogen, um derselben die Bahn zu ebnen, die ihr im Wege stehenden Hindernisse wegzuräumen, und die ihr etwa drohenden Störungen abzuwenden. Wird der öffentliche Aufwand daher größer, als er nach Verhältniß der Kräfte, deren Entwicklung er begünstigen soll, sein müßte, so gleicht er dem jenes Grundbesitzers, welcher einen so vortrefflichen Weg zum Transport seines Holzes anlegte, daß er seine ganze Forst zur Bestreitung der Kosten desselben verbrauchte; und wie unermeßlich die Wirkungen einer richtigen oder falschen Leitung der Ausgaben des Staates sein müssen, läßt sich eben aus ihrer jetzt üblichen Größe beurtheilen, welche sich in England unter Pitts Verwaltung auf mehr als ein Drittel des Gesammteinkommens der Nation erstreckte. Es ist also eine wichtige Pflicht der Regirung, durch eine richtige Verwaltung des von ihr angeordneten Aufwandes der Nation auf die Dauer alle Vortheile zu verschaffen, zu deren Genuß dieselbe nach Maaßgabe ihrer Kräfte befähigt ist.

Dieser Erfolg wird gar nicht oder nur unvollständig hervorgebracht werden können, so lange man nicht eine richtige Ansicht von der Natur und den Wirkungen der Consumtion des Staates hat. Man ist lange Zeit der Meinung gewesen, daß dieselbe dem Gesammtvermögen nichts koste, indem die Ausgaben des Staates wieder Einnahmen für die Empfänger bilden, und auf diese Weise, so lange sie nur an Landeskinder erfolgen, wieder in das Nationalvermögen zurückkehren. Man hat sich dadurch täuschen lassen, daß das Geld, welches die Regirung als Abgabe erhebt, um mit demselben diejenigen schadlos zu halten, welche dem Staate die eigentlichen Gegenstände seiner Consumtion liefern, in der Form von Kaufpreisen für Dienstleistungen und Waaren wieder an Mitglieder der Nation ausgezahlt wird. Das Geld wird bei diesem Prozeß

freilich nicht aufgezehrt; wohl aber die Arbeit und die Güter, welche der Staat für dasselbe einkauft und welche der Besteuerte für sein Geld hätte einkaufen und verzehren können. Man würde auf jene irrige Meinung vielleicht nicht gekommen sein, wenn der Staat seine Bedürfnisse in natura erhöbe, das heißt, wenn z. B. die mit den Staatsämtern verbundenen Dienstleistungen oder die zur Kriegführung und den Staatsbauten erforderlichen Materialien und Arbeiten in natura von den Steuerpflichtigen, ohne Anspruch auf Vergütigung, geleistet werden müßten, wie es in kleinen Hirten-Cantonen der Schweiz mitunter der Fall ist. Der Beamte, der Soldat, welche ihre Dienste, der Tagelöhner, welcher bei öffentlichen Bauten seine Arbeit, der Lieferant, welcher seine Lieferungen dem Staate darbringt, geben die Materialien her, welche der Staat verbraucht und vernichtet, und werden für diese Aufopferung durch das Geld des Steuerpflichtigen entschädigt, so daß dieser zuletzt den durch die Verzehrung verursachten Verlust, sowie die zur Realisirung der Entschädigung aufzuwendenden Kosten trägt. Das Geld, in welchem die Abgabe entrichtet wird, kehrt wieder in das Volksvermögen zurück, aber der Werth der Abgabe wird in dem für jenes Geld Angeschafften consumirt. Nur in den Fällen, wo das, was der Staat für das erhobne Geld kauft, nicht so viel werth ist, als dieses Geld, consumirt er nicht den ganzen Werth der Abgabe. Wenn zum Beispiel bei einem Getreidepreise von 1 Thlr. pro Scheffel die Regirung für 100 Thlr. 90 Scheffel kauft und mit ihren Pferden verfüttert, so vernichtet sie auch nur einen Werth von 90 Thlr. und giebt die überschießenden 10 Thlr. in das Volksvermögen zurück, aber nicht dahin, woher sie dieselben genommen, so daß sie lediglich das Eigenthum an einem Werthe von 10 Thlr. von dem Steuerpflichtigen auf die Empfänger der Staatsgelder überträgt. Eine Uebertragung, welche sowohl ungerecht, als auch mit dem Aufwande von bedeutenden Kosten verbunden ist; denn die Erhebung der Abgabe rechtfertigt sich aus dem Zweck des Staates nur insoweit, als die dadurch beschafften Mittel verwendet werden, um allgemeinen Bedürfnissen zu begegnen, und die unersprießliche Arbeit, sowie andre noch bedeutendere Nachtheile, welche die

Erhebung von Abgaben mit sich führt, bilden einen beträchtlichen Verlust für den Nationalreichthum. Die Abgaben werden hauptsächlich von dem unbemittelten Theil eines Volkes getragen, da dieser die große Mehrzahl bildet; die Mittel desselben pflegen ziemlich genau für die Anzahl von Individuen auszureichen, aus welcher er besteht. Erschwert man ihm daher die Anschaffung seiner Bedürfnisse, indem man dieselben durch darauf gelegte Abgaben vertheuert, so wird die Subsistenz derer, welche die Dürftigsten sind, verkümmert, während das, was von dem Werth der Abgabe nach Abzug der Consumtion des Staates und der Kosten der ganzen Operation übrig bleibt, zum größten Theil wohlhabenderen Leuten zu Gute kommt, welche diesen Zuwachs zur Befriedigung minder dringender Bedürfnisse verwenden.

Es ist daher eine falsche Folgerung aus dem Mercantilsystem, wenn man behauptet, die Ausgaben der Regirung kosteten dem Volke im Ganzen nichts und dienten vielmehr, so lange das Geld im Lande bliebe, nur, um die Circulation zu heben und die Industrie zu beleben. Diesen irrthümlichen Satz hat wohl nie ein Monarch mit so fester Ueberzeugung von der Richtigkeit desselben verfolgt als Louis XIV., welcher seinem Ausspruch „un roi fait l'aumône en dépensant beaucoup" gemäß zum Werth von 900 Millionen Francs an Material und Arbeit zur Ausschmückung des Schlosses von Versailles verschwendete. Denn wenn er auch wohl nicht bloß pour faire l'aumône eine Armee von 400 000 Mann bezahlte, 900 Mill. für Versailles verausgabte, und durch seine excentrische Pracht ganz Europa in Erstaunen setzte, so muß man doch zu seiner Ehre annehmen, daß er sich vermöge jener Täuschung, in der er befangen war, über die Wirkungen seiner Verschwendung beruhigte, und die Größe des Elends, welches er vorbereitete, ihm unbekannt war.

Der Aufwand des Staates vernichtet also ebensogut, wie der der Einzelnen, Bestandtheile des Nationalvermögens, und zwar meistens nicht, um neue hervorzubringen, sondern damit die Nation ihr übriges Vermögen mit Sicherheit und Erfolg nach ihrem Belieben verwenden könne. Wenn also seine Ein-

richtung sparsam, das heißt, auf die Dauer für das Wohl der Nation förderlich sein soll, so darf seine Größe nicht verhindern, daß das Volk jährlich durch Uebersparen eines Theiles seines Einkommens sein Capital ergänze und vermehre, und muß der Verbrauch so bewirkt werden, daß die damit erreichten Vortheile die gemachten Aufopferungen mehr als ersetzen.

Die richtigen Gränzen für das Quantum des öffentlichen Aufwandes zu bestimmen ist eine ebenso schwierige als wichtige Aufgabe. Der Privatmann findet in seiner Einnahme den Maaßstab für seine Ausgabe; denen aber, welche mit der Anordnung der öffentlichen Ausgaben beschäftigt sind, ist die Sparsamkeit in Betreff derselben nicht so unmittelbar durch den eignen Vortheil geboten, indem sie nicht aus ihrem eignen Vermögen wirthschaften, sondern mit einem unbeschränkten Creditbriefe auf das Vermögen der ganzen Nation angewiesen sind. Bei der Unübersehbarkeit des letztern kann leicht durch übermäßigen Verbrauch ein Schaden geschehen, ohne daß er eher entdeckt wird, als bis seine Abhülfe schwer oder unmöglich geworden ist. Diese Gefahr macht es um so nothwendiger, im Voraus einen genauen Etat der Ausgaben, welche der Staat zu machen gedenkt, zu entwerfen. Daß aus diesem alles fortbleiben müsse, was nicht wirklich Bedürfniß ist, versteht sich von selbst; aber schwierig ist es auszumitteln, was Bedürfniß sei, und wird dieß durch die Größe, Beschaffenheit und die Geschichte eines Landes bedingt. Je weiter ein Volk in der Cultur ist, desto größer sind auch seine Bedürfnisse, sowohl die eines jeden Einzelnen, als auch die, deren Befriedigung durch die Staatsgewalt vermittelt wird. Der jährliche Bedarf eines Staates läßt sich daher nicht lediglich nach Maaßgabe der statistischen Verhältnisse des Landes, ohne Rücksicht auf die Geschichte desselben, berechnen und feststellen; vielmehr hat sich im Laufe der Zeit, je nach dem Vermögen und dem Culturzustande des Volkes und den Absichten der Regirung, in jedem Staate eine gewisse Summe, theils rechtlich nothwendiger, theils nützlicher Ausgaben gebildet, deren Deckung aus den vorhandenen Mitteln bewirkt werden muß.

Die Anforderungen, welche an die Wirksamkeit eines voll-

kommnen Staates gemacht werden, sind so groß, daß wohl noch kein Land im Stande ist, ihnen ganz zu genügen, obschon der öffentliche Verbrauch fast überall so hoch gestiegen ist, als es ohne Beeinträchtigung eines mäßigen Fortschreitens im materiellen Wohlstande geschehen kann. Die Kräfte der Länder weisen dem Verbrauch engere Gränzen an, als das Bedürfniß; denn wo diese Kräfte bei der besten Anwendung nicht hinreichen, um ohne Gefahr der Erschöpfung alle Consumtionen zu bestreiten, welche man als nützlich erkennt, da wird man besser thun, die Befriedigung minder gebieterischer Bedürfnisse vorläufig auszusetzen, und für die Gegenwart Vortheilen zu entsagen, um in der Zukunft nicht zu darben. Ein unverhältnißmäßiger Aufwand wirkt auch bei der besten Anwendung schädlich, indem er die Kräfte niederdrückt, deren Entwicklung er schützen und befördern soll.

Sind die Lasten so groß, daß die Staatsangehörigen oder doch der größte Theil derselben alles für den öffentlichen Verbrauch hergeben, was ihnen nach Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse von ihrem Einkommen übrig bleibt, so wird hierdurch schon die Vermehrung des Nationalvermögens gehindert, indem sich kein neues Capital durch Uebersparen von Einkommen bilden kann. Ein solcher Staat wird bald in Verlegenheit gerathen, indem es ihm an jedem Reservefonds für unvermeidliche Vermehrungen seiner Ausgaben fehlt. Ist aber ein so hoher Beitrag noch nicht hinreichend, so kann die Deckung des Restes nur durch eine Verminderung des National-Capitals bewirkt werden. Fälle der höchsten Noth können zu Zeiten eine Maaßregel der Art rechtfertigen. So erhob Preußen, als es im Jahre 1813 zur Wiedererlangung seiner Unabhängigkeit die Waffen ergriff, eine Capitalsteuer von 3 Procent des Vermögens seiner Unterthanen, weil in jenem Augenblick ein höheres Interesse als die Vermehrung des Reichthums auf dem Spiel stand und nothwendig machte, daß man in das Vermögen des Volkes hineingriff, wo und wie man es fand. Aber nicht nach dem, was die Unterthanen einmal, sondern nach dem, was sie immer werden geben können, muß der Verbrauch abgemessen werden; denn auf die Dauer ist ein Finanz-

system, welches in dem Capitale seine eigne Grundlage aufzehrt, nicht durchzuführen; es vernichtet nicht nur producirte Güter, sondern auch die Fähigkeit, neue zu produciren, gleich jenem in der Fabel, der die Henne mit den goldnen Eiern schlachtete. Nach unsern jetzigen Einrichtungen pflegt nun zwar das Capital nicht direct dem Träger der Staatslasten genommen zu werden; sondern die Verminderung desselben stellt sich in der Gestalt von Schulden dar, zu deren Verzinsung und Rückzahlung aber, dem strengen Rechte nach, das Capital verwendet werden muß, wenn das Einkommen nicht ausreicht; und wo das Mißverhältniß noch nicht so groß ist, kann es durch fortgesetztes Schuldenmachen leicht dahin gebracht werden. Denn die Anleihen, durch welche das Deficit eines Jahres gedeckt wird, vermehren jedesmal, auch ohne daß sie zurückgezahlt werden, um den Betrag ihrer Zinsen die Bedürfnisse des nächsten Jahres. Der Verbrauch wächst also in demselben Maaße, als die Fähigkeit ihn zu bestreiten abnimmt, zumal, da die Anleihen um so kostspieliger werden, je dringender man ihrer bedarf. Wenn dergestalt die erlaubten Quellen versiegten, so hat man nicht selten gesehen, daß auf unrechtlichen und verächtlichen Wegen schwache und bald verbrauchte Hülfsmittel gesucht wurden; si aerarium ambitione exhauserimus, per scelera supplendum erit, läßt Tacitus den Nero sagen. Carl der Zweite von England empfing Geld von den Feinden seines Landes, um das Auslaufen seiner Flotte zu verzögern, und Louis XIV., als er gegen das Ende seiner Regirung die Kräfte Frankreichs erschöpft hatte, errichtete die überflüssigsten und lästigsten Aemter, um aus ihrem Verkauf Geld zu lösen. So verächtliche Hülfsmittel sind nicht geeignet, die Folgen der Verschwendung aufzuhalten. Mit dem innern Wohlstande geht auch unaufhaltsam die schützende Kraft des Staates, seine Macht nach außen verloren, so daß eine jede verschwenderische Regirung nach und nach in jene Schwäche verfällt, welche die französische unter Louis XV. characterisirte, und durch welche Schweden nach den Kriegen Carls XII. gezwungen wurde, einen nachtheiligen Frieden nach dem andern zu schließen, weil es ihm an Geld fehlte.

Verminderung des Verbrauchs auf einen Betrag, welcher sich mit dem kräftigen Fortschreiten des Nationalwohlstandes verträgt, ist ein nothwendiges, aber auch ein unfehlbares Mittel, die Kraft und Festigkeit des Staates zu erhalten oder wiederherzustellen. Eine solche Verminderung ohne widerwärtige Störungen der bestehenden Verhältnisse zu bewirken, ist freilich oft schwer und erfordert eine umsichtige Auswahl der dazu führenden Mittel. Pombal wollte den Flor Portugals wiederherstellen; aber seine Ersparungen waren mit ungerechten und gewaltsamen Maaßregeln verbunden, er drang daher bei aller seiner Kraft nicht durch, und seine Einrichtungen waren nicht von Bestand. Nicht minder schwierig als die Mittel ist das Maaß einer Verminderung aufzufinden. Der richtige Betrag der öffentlichen Abgaben läßt sich selbst in einem gegebenen Staate nicht bestimmt bezeichnen; doch kann man überall, wo eine Zunahme des Wohlstandes und der Volksmenge stattfindet, annehmen, daß die Lasten nicht zu groß sind. Wo der Aufwand des Staates dergestalt auf eine unschädliche Höhe gesetzt ist, da ist es in der Regel nicht rathsam, die Mittel zur Befriedigung der öffentlichen Bedürfnisse durch fernere Reductionen noch mehr zu beschränken, da dieselben ohnehin nicht vollkommen zureichend zu sein pflegen. Auch hat nicht leicht in neuerer Zeit ein bedeutender Staat für zweckmäßig erachtet, das Quantum seiner Einnahmen freiwillig herabzusetzen, mit Ausnahme von England, welches indessen offenbar überlastet war, als es zur Zeit des Wiener Congresses 72 Millionen Pfund Sterling an Abgaben zahlte; noch den jetzigen Etat von 46 Millionen halten Viele für drückend, obgleich der Zustand der niedern Volksklassen und der Irländer schließen läßt, daß viele dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben. Man hört sogar die Abgaben um ihrer selbst willen als nützlich rühmen, wie vor kurzem ein Mitglied der französischen Deputirtenkammer die Behauptung aussprach, die Unterthanen des Königs von Sardinien seien deßhalb mit ihrer Regirung unzufrieden, weil dieselbe zu wenig Abgaben erhebe und das Volk hierdurch in Schlaffheit und Unthätigkeit versinke. Diese Ansicht, daß ein Volk nicht arbeiten werde, wenn es nicht durch die Noth-

wendigkeit, Geld zur Bezahlung von Abgaben aufzubringen, dazu gezwungen würde, fußt auf der Voraussetzung einer hohen Genügsamkeit, verbunden mit ungewöhnlicher Trägheit. Wo eine solche Voraussetzung sich gerechtfertigt findet, liegt der Grund der geringeren Betriebsamkeit meistens an fehlerhaften Staatseinrichtungen, unsicherm Rechtszustande, Bedrückung des Volkes durch Monopole oder Leibeigenschaft, eher als in einem Mangel an Abgaben, denn hohe Abgaben sind nicht ein Mittel zur Hervorbringung, sondern ein Zeichen des Vorhandenseins von Reichthum, wenn nicht von Verschwendung. Abgesehn hiervon, sind gegenwärtig die Bedürfnisse der Staaten so groß, daß, wenn man ihre Befriedigung mit Nachdruck betreiben will, schon in ihnen Grund genug vorhanden ist, die Abgaben so hoch anzulegen, wie sie auf die Dauer erträglich sind. Das einzige Land, welches nicht nöthig zu haben glaubt, seine ganze disponible Kraft auf Erreichung der Staatszwecke zu verwenden, mag wohl Nordamerika sein. Dieses liefert das auffallende Resultat, daß bei sehr mäßigen, nur in Zöllen bestehenden Abgaben, jährlich ein baarer Ueberschuß von mehren Millionen Dollars in der Staatskasse bleibt. Die dortigen Verhältnisse sind indeß in keinem europäischen Lande wiederzufinden. Nach seiner Lage und Beschaffenheit bietet jenes Land alle Elemente des natürlichen Reichthumes im vollsten Maaße dar, und der dort hergebrachten Verfassung ist der Vorzug der Wohlfeilheit nicht abzusprechen. Auch ist der Staat durch seine geographische Lage der Nothwendigkeit überhoben, große stehende Heere zu halten, und hat keine Schulden, zwei Gegenstände, welche die größre Hälfte europäischer Staatseinkünfte zu absorbiren pflegen. Die Justiz ist nach dortigem Gebrauch für die Staatskasse wenig kostbar; für den religiösen Cultus giebt die Regirung garnichts, für die Schulen sehr wenig aus. Dabei sind die außerordentlichen Einnahmen aus dem Verkauf von Staatsländereien sehr bedeutend. Ein großer Theil der Ausgaben ist auch in dem allgemeinen Etat nicht mit begriffen, sondern fällt den einzelnen Staaten, jedem besonders, zur Last und von vielen Bedürfnissen, welche bei uns Staatsausgaben verursachen, nimmt die Regirung dort keine

Notiz, indem sie es dem Einzelnen überläßt, die Befriedigung derselben zu bewirken, wie es ihm Begehr und Angebot verstatten. Nur wenn auf diese letztre Weise diejenigen allgemeinen Zwecke, deren Erreichung auf dem öffentlichen Wege man aufgiebt, mit geringrer Aufopferung und ebenso vollständig zu erlangen sind, ist eine Reduction der Ausgaben für sparsam zu halten; unwirthschaftlich aber ist sie, wenn der Einzelne weder so wohlfeil noch so vollständig als der Staat die vor der Reduction von diesem bestrittnen Bedürfnisse befriedigen kann. So empfiehlt Adam Smith, die Anlegung von Chausséeen und Canälen der Privatconcurrenz zu überlassen. Die preußischen Chausséeen kosten dem Staate, außer dem Anlage-Capital, jährlich 1 100 000 Thlr., während sie nur 800 000 einbringen. Hätte man also die Anlegung derselben auf die Unternehmungslust der Privatleute ankommen lassen, so würde der Bau von Chausséeen vielleicht noch ebensosehr Project sein, wie der der Eisenbahnen, und die Hemmung des Verkehrs durch den theuren Transport würde dem Lande mehr gekostet haben, als die vom Staate auf den Chausséebau verwendeten Summen.

Nächst der Beobachtung des richtigen Maaßes im Verbrauch, ist es das wesentlichste Kennzeichen einer sparsamen Regirung, daß sie, durch zweckmäßige Leitung desselben, das günstigste Verhältniß zwischen den Aufopferungen der Steuerpflichtigen und den damit erreichten Vortheilen herzustellen sucht. Dieß kann man bewerkstelligen, indem man die zu machenden Verwendungen so anordnet, wie sich die vortheilhafteste Wirkung davon erwarten läßt und indem man die Mittel zu ihrer Bestreitung auf die für das Wohl des Volkes am wenigsten nachtheilige Weise aufzubringen sucht.

Wie groß nach Verhältniß die Resultate sind, welche auch mit geringen, aber richtig angewendeten Kräften erreicht werden können, zeigt sich täglich im Leben; aber mehr als irgendwo erheischt im Staatshaushalte der Umfang der aufgebotenen Mittel, und der noch größere der Bedürfnisse, daß eine jede vorhandene Kraft auf die wirksamste Weise in Thätigkeit gesetzt werde.

Ein Theil der jährlichen Ausgaben, in England drei Fünftel derselben, dient zur Rückzahlung und Verzinsung von

Anleihen; diese letztern aber, so wie die jährlichen Einnahmen, werden zur Vergütigung für Dienste, welche dem Staate geleistet worden sind, und zum Ankauf verschiedener, für öffentliche Zwecke zu verzehrenden Güter, verwendet. Der wohlfeilste Kauf ist für den Staat wie für den Privatmann nicht immer der sparsamste. Die besten und dauerhaftesten Stoffe sind auch die theuersten; aber der Mehrbetrag an Kosten wird reichlich durch die Vollständigkeit und Dauerhaftigkeit des gestifteten Nutzens vergütigt. Wenn man die für den Staat nöthigen Arbeiten mit dem geringsten Aufwande dadurch erhält, daß man sie Unternehmern überläßt, so führt sie der Staat doch da, wo er in Betreff der Güte ganz sicher sein will, durch seine Beamten auf eigne Rechnung aus. Bei der Ausführung öffentlicher Unternehmungen, wie bei dem Ankauf der regelmäßigen, für den Staat erforderlichen Dienste, können durch Kargheit die ganzen darauf verwendeten Kosten verloren gehn. Ein Hafendamm, welchen man mehr mit Berücksichtigung der Wohlfeilheit, als der höchsten Vollkommenheit anlegte, wird vom ersten Sturme zerstört werden, und so einen reinen Verlust des Aufwandes ohne Entschädigung nach sich ziehn. Auf ähnliche Weise muß man auch gewärtigen, daß die dem Staate geleisteten Dienste dem dafür gezahlten Preise angemessen sind. Soll ein Amt gut verwaltet werden, so müssen auch die damit verbundenen Vortheile so beschaffen sein, daß sie die Anstrengungen eines fähigen und brauchbaren Mannes hinreichend belohnen, sonst wird ein solcher lieber auf andre Weise als im Staatsdienst von seinen Fähigkeiten Nutzen ziehn. Je höher ein Gewinn ist, von desto Mehren wird er gesucht werden, und desto eher findet sich unter den Bewerbern derjenige, welcher durch seine Leistungen die Aufopferungen des Staates am reichlichsten vergütigt. Diese Wirkung ist nicht ausschließlich die des Gehaltes, sondern oft zum größern Theil die der mit den Staatsämtern verbundenen Macht und Auszeichnung; je geachteter in einem Lande der Stand der Beamten ist, von desto mehren und würdigern Männern wird er gesucht werden. Wo aber die einzelnen Länder gut verwaltet werden, da kann ihre Zahl sehr beschränkt sein, und

hierdurch, wie durch die Vereinfachung des ganzen Getriebes der Verwaltung, erspart man mehr, als die Kosten der Gehaltserhöhungen betragen, und entzieht obenein den productiven Beschäftigungen ein kleineres Maaß von Kräften. Diminuez tant qu'il sera possible le nombre des gens d'église, officiers domestiques, de judicatures et pécuniaires, car telles gens consument la graisse de vos états, et ne les amplifient de rien, et multipliez les marchands, laboureurs, artisans, pasteurs etc. läßt Sully den König Philipp den Zweiten in dessen angeblichem Testament sagen. So wird ein Staat, welcher nur tüchtige Beamte anstellt, von einer geringern Anzahl derselben seine Geschäfte besser und zugleich wohlfeiler verwaltet sehn, als ein andrer, welcher viele Leute, mit geringem Gehalte, und von proportionirter Unfähigkeit in seine Dienste nimmt; zumal da die auf einen untauglichen Beamten verwendeten Kosten nicht nur ohne Ersatz verloren gehn, sondern obenein noch die durch schlechte Verwaltung bewirkten Verluste erkaufen. Redlichkeit muß ebenso gut bezahlt werden, als Geschicklichkeit; denn ein untreuer Verwalter findet auch bei geringem Lohn ein gutes Auskommen. Die russischen Beamten sind sehr gering besoldet; ob aber nicht dort vor Gericht der Reichste immer Recht hat, ob nicht Beamte, welche die Verwaltung von Kassen haben, ihren Posten ungern mit einem höhern vertauschen, und Briefe an Behörden, wenn sie kein Geld enthalten, unerbrochen bleiben, vermag nur jemand, der die dortigen Verhältnisse genau kennt, zu beurtheilen.

Hat eine Regirung erkannt, wie die Leistungen, deren sie bedarf, mit dem geringsten Aufwande erkauft werden können, so muß sie auch die Ausübung derselben so regeln, wie sich der fruchtbarste Erfolg davon erwarten läßt. Je mehr ein Beamter die seiner Verwaltung anvertrauten Gegenstände unter Augen hat, desto vollkommner ist er im Stande, seine Thätigkeit denselben zu widmen. Nöthigt ihn zum Beispiel die räumliche Ausdehnung seines Geschäftskreises, große Reisen zu machen, so sind diese mit einem an sich unfruchtbaren Aufwand von Kräften und von Zeit verbunden; und die Zeit, welche ein Staatsbeamter nützlich anzuwenden verhindert wird,

vermehrt die Opfer des Besteuerten, da die Staatsdienste weniger nach ihrem wirklichen Erfolge, als nach der darauf verwendeten Mühe und Zeit bezahlt werden können, und die ganze Nation verliert das, was während der Dauer der Störung für sie Nützliches hätte geschehen können. Durch Vereinfachung der Formen und richtige Vertheilung der Geschäfte kann unnützer Zeitverlust der Beamten vermieden und ihrer Thätigkeit größere Wirksamkeit verliehen werden. So werden viele Zwecke der Verwaltung mit geringerem Aufwande vollständiger erreicht werden, wenn man die Sorge für örtliche Bedürfnisse so viel als möglich an örtliche Aemter knüpft. Die Communalbehörden sind im Stande, am schnellsten und sichersten die in ihrem Bereich sich zeigenden Bedürfnisse, so wie die Maaßregeln, welche die vollständigste Befriedigung erwarten lassen, zu erkennen und mit dem geringsten Aufwande auszuführen. Je höher die Bildung der Nation steht, und je höher ihre Meinung von der Weisheit und Kraft der Regirung ist, desto sichrer wird die letztre erwarten können, daß die Communalbehörden ihre Pflicht thun, und ein desto weitres Feld wird sie der Thätigkeit derselben einräumen können.

Einen meist bedeutendern Aufwand als die Besoldung der Beamten macht die Unterhaltung des Heeres zum Schutz des Staates nöthig. Dasselbe ist nach den Kräften wie nach der Politik des Staates von verschiedner Größe; immer aber erfordert die Unterhaltung des Vertheidigungszustandes einen bedeutenden unproductiven Verbrauch, sowohl von rohen Stoffen als auch von Arbeit, durch welche diese Stoffe in Kriegsbedürfnisse verwandelt werden. Ein vielleicht noch wesentlicherer Verlust entsteht aber dadurch, daß die Kräfte einer großen Anzahl arbeitsfähiger Menschen und Pferde, welche ihren eignen Unterhalt und noch viel mehr hervorbringen könnten, auf mehr oder weniger lange Zeit von productiven Beschäftigungen abgehalten werden, ohne daß sie zu verzehren aufhören. Dieser Verlust wird um so geringer ausfallen, in je kürzerer Zeit man es möglich macht, ein Individuum zum Streiter auszubilden, so daß es, unbeschadet seiner Eigenschaft als Soldat, dem Gewerbe zurückgegeben werden kann. Der Preußische

Soldat steht 1 bis 3 Jahr und später einige Wochen unter der Fahne, wodurch seine Lebensweise im Ganzen wenig gestört wird; der russische wird auf 20 bis 25 Jahr bereichernden Beschäftigungen entzogen und ist nach der Entlassung seiner Heimath entfremdet und zu Gewerben untauglich. Gewiß setzt eine höhere geistige Entwicklung und eine tüchtige Elementarbildung den gemeinen Mann in den Stand, die zur Ausübung des Kriegshandwerkes nöthigen Fertigkeiten mit mehr Leichtigkeit zu erlernen, als sonst der Fall sein würde.

Außer der Sorge für die Aufrechterhaltung des Culturzustandes der Nation, liegt dem Staate auch die für ein naturgemäßes Fortschreiten desselben ob. In civilisirten Staaten spricht sich das Bedürfniß einer höhern Entwicklung der Fähigkeiten dringender aus als bei rohen Völkern, und je höher die Stufe ist, auf welcher eine Nation steht, je weniger sie noch mit dringenden Bedürfnissen zu kämpfen hat, und je wohlfeiler sie diese befriedigt, desto mehr wird sie auf ihre fernere Ausbildung verwenden wollen und können.

Die Anstalten zur Belebung des Verkehrs und der Industrie, wie zur Beförderung der Bildung müssen meist, wenn sie erheblichen Nutzen gewähren sollen, so großartig sein, daß gewöhnlich nur die Gesammtheit der Nation vermögend genug ist, um die Kosten davon bestreiten zu können. Auch können solche Anlagen, wenn ihr wesentlichster Nutzen nicht dadurch aufgehoben werden soll, daß sie der Mehrzahl unzugänglich werden, für den Unternehmer selten so große pecuniäre Vortheile abwerfen, daß Private leicht in Versuchung kämen, ihre Capitalien darauf zu verwenden. Wenn daher die gedachten Anstalten nicht bloß Folgen, sondern Hebel der Nationalwohlfahrt sein sollen, so muß der Staat sich ihrer kräftig annehmen. Für diese Abtheilungen des Haushaltes ist die Frage nicht, mit wie wenig man sie bestreiten könne, sondern wieviel man habe, um es darauf zu verwenden, denn noch nirgends sind wohl die vorhandnen Mittel für diese Zwecke zureichend. Kein Staat hat wohl in neuerer Zeit so viel für die Erleichterung des Verkehrs und die Bildung des Volkes gethan, als Preußen, und doch befinden sich in geringer Entfernung von unsern

Küsten ausgedehnte und fruchtbare Landstriche, wo wegen der Schwierigkeit, die Producte zu verführen, das Grundeigenthum ohne Werth ist, und wenn auch unsre Bildungsanstalten denen der andern Völker überlegen sind, so fehlt es doch auch bei uns noch an einer hinlänglichen Anzahl von Schullehrern und an Mitteln, um alten Predigern eine angemessne Existenz zu gewähren. Je wohlfeiler man die nothwendigen Ausgaben zur Erhaltung der Cultur bestreitet, desto mehr kann man auf die nützlichen zur Beförderung derselben verwenden. Jene sind immer zu Gunsten dieser zu beschränken; denn eine Verminderung der letztern, wenn sie nicht unverhältnißmäßig zu den Kräften des Staates sind, ist keine Ersparung, selbst dann nicht, wenn man sie rein vom Standpunkte des Finanziers betrachtet, da sie dazu dienen, die Beitragsfähigkeit der Nation für die Folge zu erhöhen; sie sind den Bestellungskosten gleich, welche einen Mehrertrag der Aerndte zur Folge haben. Die Erleichterung des Verkehrs vermehrt direct das Vermögen der Nation, durch Verminderung der Productionskosten. Aber auch durch das Emporheben der Bildung und der Sittlichkeit auf eine höhere Stufe kann viel dazu beigetragen werden, die Verzehrungen des Volkes minder kostspielig und erfolgreicher zu machen. Es lernt die richtige Art der Anwendung der Mittel kennen, welche seiner Privatdisposition überlassen sind, und verringert die Aufopferungen, welche zur Erreichung von Staatszwecken nöthig sind; denn je richtiger die Nation die Wohlthätigkeit der öffentlichen Anstalten und des Aufwandes für dieselben zu würdigen im Stande ist, und je mehr man der allgemeinen Redlichkeit vertrauen kann, desto weniger bedarf es künstlicher und theurer Formen der Erhebung. Im Kirchenstaate bildete sich nach der Restauration ein regelmäßiges Bureau für Verfälschungen, welches, von einigen Beamten begünstigt, Anweisungen auf öffentliche Kassen, Gratificationen und Pensionen austheilte; dieselben wurden lange honorirt, und der Betrug erst entdeckt, als man auf diesem Wege ein aufgehobnes Monopol wiederherstellen wollte. Sind nun Excesse, welche von einer so großen Demoralisation zeugen, auch nicht immer zu befürchten, so machen doch überall Defraudationen

und Schleichhandel eine kostspielige Beaufsichtigung nöthig, welcher es mit der größten Mühe doch nur unvollkommen gelingt, den tiefeingewurzelten Uebeln zu steuern.

Neben den Bedürfnissen des Staates, welche in jedem Jahre ziemlich gleichmäßig wiederkehren, können Umstände eintreten, welche eine plötzliche Erhöhung des Aufwandes, und oft eine sehr bedeutende, nöthig machen. Der Eintritt und die Größe solcher Ausgaben sind meistens weder von der Willkühr abhängig noch vorherzusehen; sie können daher in den gewöhnlichen Etat nicht aufgenommen werden, sondern jedesmal, wenn sie eintreten, müssen die Mittel zu ihrer Deckung auf außerordentlichem Wege aufgebracht werden.

Ist für die ordentlichen und vorher bekannten Bedürfnisse das Quantum, mit welchem sie bestritten werden können, ausgemittelt, so ist es die nächste Sorge der Regirung, dasselbe mit der geringsten Beeinträchtigung des Nationalvermögens anzuschaffen.

Einkünfte und Domänen haben den Vorzug, daß sie Niemanden persönlich belasten und Keinem sein Erworbnes entziehen; sie können aber heut zu Tag für den Bedarf eines bedeutenden Staates nicht hinreichen, und wo das Begehr nach Grundeigenthum groß genug ist, würden die Güter, aus welchen sie gezogen werden, im Besitz von Privatleuten reichen Ertrag geben und mit weniger Kosten ausgebeutet werden. Die Preußischen Domänen betragen 8 Millionen Morgen, welche nicht viel über den zehnten Theil des gesammten öffentlichen Bedarfs einbringen; wenn sie also das ganze Bedürfniß des Staates befriedigen sollten, so müßten sie fast drei Viertel des Areals der Preußischen Monarchie einnehmen. Ebenso sind Regalien und Monopole unzulänglich und zwar mitunter aus polizeilichen Rücksichten wünschenswerth, aber wegen ihrer Wirkung nicht als sparsame Maaßregeln zu betrachten, indem die davon betroffnen Zweige der Industrie ebenfalls von Privatleuten mit größerm Gewinn und geringern Kosten betrieben werden könnten. Selbst zu produciren ist also für den Staat weder eine hinlängliche noch die sparsamste Weise, seine Bedürfnisse anzuschaffen, vielmehr ist es wohlfeiler, wenn er seinen

Bedarf aus dem, was die Unterthanen producirt haben, entnimmt. Damit aber hierdurch dem Vermögen der Nation nicht mehr Schaden zugefügt werde, als nothwendig ist, muß man da nehmen, wo am leichtesten entbehrt werden kann, und dann den Uebergang aus dem Privatvermögen so bewirken, daß der Nation womöglich nicht mehr entzogen wird, als der Staatskasse zu Gute kommt. Um jenem ersten Erforderniß möglichst vollständig zu entsprechen, ist besonders eine gleichmäßige Vertheilung der Abgaben nöthig, damit nicht dem Einen das Nothwendige entzogen werde, während der Andre noch hat, was er ohne Beschwerden missen könnte. Eine Anzahl nach Verhältniß ihrer Kräfte gleichmäßig Angestrengter trägt mit Leichtigkeit eine Last, welche bei ungleicher Vertheilung die Einen erdrücken und den Uebrigen zu schwer sein würde. Durch directe Besteuerung des reinen Einkommens ließe sich das richtige Verhältniß der Lasten zu dem Vermögen eines Jeden am vollkommensten herstellen. Das Einkommen des Einzelnen pflegt dem Staate aber nicht bekannt zu sein, und es ist daher schwer, die Abgaben demselben anzupassen. Man sucht dieß dadurch zu erreichen, daß man das Einkommen des Besteuerten entweder nach seinem Aufwande oder nach seinen Güterquellen taxirt und demgemäß eine bestimmte Summe als Klassen- oder Grundsteuer von ihm fordert, oder indem man das Einkommen da, wo es als Ausgabe ans Licht tritt, durch Consumtionssteuern zu treffen sucht. Die Steuern jener ersten Art zeichnen sich durch Leichtigkeit und Einfachheit der Erhebung aus; sie dürfen aber, bei der Unzuverlässigkeit der Schätzungen, auf welche sie basirt sind, nur sehr niedrig sein, zumal da ihr einmal veranlagter Betrag sich nicht so leicht mit dem Vermögen des Belasteten ändert, und dieser sich ihnen auch im Falle des Unvermögens uur selten entziehen kann.

Consumtionssteuern haben den Vortheil, daß sie sich mehr dem Vermögen des Zahlenden anpassen, da es in der Gewalt eines jeden steht, sich denselben zu entziehen, indem er sich der belasteten Consumtion enthält. Damit dieses möglich bleibe, darf die Steuer nur Gegenstände treffen, welche nicht noth-

wendige Lebensbedürfnisse bilden; denn wenn diese durch daraufgelegte Abgaben vertheuert werden, so wird ihre Anschaffung weniger Menschen möglich als bisher und so die Existenz der Dürftigsten verkümmert. Nicht so nachtheilig wirkt die Entbehrung von Luxusartikeln. Der hierunter gewöhnlich verstandene Luxus der Reichen ist zwar vorzugsweise in Anspruch zu nehmen, wirft aber auch bei der höchsten Besteuerung nicht viel ab, da es nur wenig Reiche giebt; deßhalb sind es die gewählteren Genußmittel des gemeinen Mannes, welche besonders zweckmäßige Objecte der Besteuerung abgeben, als Branntwein, Bier, Tabak, Zucker, Kaffee. Andre Abgaben müssen freilich zu Hülfe kommen, wo dergleichen Consumtionssteuern nicht ausreichen; denn diese können nicht beliebig ausgebeutet werden, sondern haben ihre gewisse Höhe, bis zu welcher es zweckmäßig ist, sie zu erheben. Welche diese Höhe sei, ist nur auf empirischem Wege auszumitteln, doch ist es gewiß, daß die schwersten Abgaben nicht die einträglichsten sind. Die Abgaben vertheuern, gleich den Productionskosten, das Product, welches sie treffen; geschieht dieß in dem Grade, daß einer großen Anzahl der bisherigen Consumenten die Anschaffung desselben nicht mehr möglich bleibt, so vermindert sich die Verzehrung und in Folge dessen die Production, so daß das Object der Besteuerung zum Theil wegfällt, und zwar um so mehr, je höher die Abgabe ist. Eine Erhöhung der Steuer steigert daher niemals den ganzen Ertrag verhältnißmäßig, vermindert ihn wohl gar, wenn sie übermäßig ist, obgleich sie den Besteuerten größre Entbehrungen auferlegt und dem Aufwand derselben eine andre als die natürliche Richtung giebt, welche wahrscheinlich minder befriedigend ist, da sie nicht freiwillig gewählt wurde. — Umgekehrt wird durch Herabsetzung einer Abgabe die entlastete Waare wohlfeiler und ihre Anschaffung mehren Leuten möglich als vorher. Durch das so vermehrte Begehr wird eine Erweiterung des betroffenen Verkehrs erzeugt, welche bewirkt, daß die Staatskasse keinen Ausfall empfindet, indem sie den herabgesetzten Betrag der Abgabe häufiger einnimmt als den frühern. Dieß wird auch durch die Erfahrung bestätigt; die Einnahme aus den preußischen

Chausséeen hat nach der Herabsetzung des Tarifs nicht abgenommen, sondern der belebtere Verkehr hat die Reduction der einzelnen Sätze gedeckt. Ebenso ist bei den Ermäßigungen, welche die brittische Regirung vorgenommen hat, die Verminderung der Einnahme niemals so groß ausgefallen, als man es sich nach dem bisherigen Ertrage der Taxe jedesmal berechnet hatte. Bis zu einem gewissen Punkte ist also die Herabsetzung der Abgaben der Staatskasse nicht schädlich, während durch sie obenein der größre Vortheil erreicht wird, daß bei geringern Abgaben ein jeder weniger beschränkt ist, seiner Production und Consumtion diejenige Richtung zu geben, welche für ihn die natürlichste und vortheilhafteste ist.

Wie durch die Wahl des Gegenstandes und die Höhe der Abgabe, so kann auch durch eine richtige Methode der Veranlagung und Einziehung dem Nationalvermögen viel erspart werden. Die Controlle der Steuerpflichtigen und der Empfänger, die unvermeidlichen Hemmnisse des Verkehrs, welche die Beaufsichtigung der Erstern mit sich bringt, so wie die Bewirkung des Ueberganges der Abgabe in die Staatskasse sind mit Aufopferungen verbunden, welche nicht unbedingt nach Verhältniß ihrer Größe Nutzen stiften, und soweit sie größer als nothwendig sind, einen reinen Verlust ohne Ersatz bilden. Die Besteuerung von Gegenständen, welche eine kostspielige Controlle nöthig machen, ist nicht immer zu vermeiden; man muß daher diese Controlle durch die Einrichtung der Erhebung möglichst erleichtern. So würde die Beaufsichtigung der Consumtionssteuern etwas weniger als unmöglich sein, wenn man die Abgabe unmittelbar von dem Consumenten erheben, den ins Unendliche sich vertheilenden Portionen nachspüren, ihre Größe ermitteln und demgemäß die Steuer anlegen wollte. Man läßt deßhalb die Producenten, bei welchen sich die steuerbaren Güter in großen, leicht zu messenden Quantitäten beisammen finden, den Vorschuß leisten und überläßt es ihnen, die Abgabe, so weit sie können, von dem Consumenten wieder einzuziehen. Die Einfachheit dieses Verfahrens entschädigt für die Nachtheile, welche die Auslage des Producenten mit sich bringt. So wird der Zucker in den Raffinerien, der Spiritus

in den Brennereien, der Tabak auf den Feldern des Anbauers am sichersten und gleichmäßigsten von der Steuer getroffen. Zugleich können hier die Steuern in so fern fördernd auf die Production wirken, als ihre Höhe nicht nach der Menge der fabricirten, sondern nach der der rohen verwendeten Stoffe bemessen wird. Sie entmuthigt den Fabricanten nicht, indem sie nicht sogleich mit dem erhöhten Ertrage an Producten wächst, vielmehr bleibt die vermehrte Ausbeute, welche er durch eine vervollkommnete Fabricationsmethode dem rohen Stoffe abgewinnt, ein reiner Ertrag für ihn. So wird die Branntweinsteuer nicht nach dem Ertrag von Spiritus, sondern nach der Menge des Maischgutes veranlagt, und ihre Höhe ist vielleicht die Veranlassung zu der schnellen Ausbildung des Brennereibetriebes gewesen, wenigstens finden wir in den Nachbarländern Preußens, bei demselben Ueberfluß an landwirthschaftlichen Producten und derselben Neigung, Branntwein zu trinken, wenn man ihn hat, nicht dieselbe Vollkommenheit der Fabrication.

Auch bei den Zöllen kann durch Vereinfachung der Erhebung viel an Zeit und Mühe, der Beamten wie der Besteuerten, erspart werden. Deßhalb darf ein Zolltarif nicht zu viele und verwickelte Klassificationen enthalten, und muß der Werth der steuerbaren Waare auf die einfachste Weise bestimmt werden, wie man denn meistens das Gewicht, als am leichtesten zu ermitteln, zum Maaßstabe zu nehmen pflegt. Die mit der Erhebung verbundnen Belästigungen und Störungen der Industrie bilden ebenso wohl einen Verlust als die Abgabe selbst. Ein niederländisches Gesetz verordnete, daß der Besteuerte dem Zollbeamten seine Waare überlassen müsse, wenn dieser 10 Procent über den von dem Erstern angegebenen Werth dafür bietet. Durch Maaßregeln der Art wird dem Besteuerten auch der Gewinn von dem, was man ihm läßt, verkümmert, während er nothwendiger Weise schon den einbüßt, welchen er mit dem abgegebenen Quantum hätte machen können.

Dieser letztre Verlust wird um so geringer sein, je näher am Augenblick des Verbrauchs ein Product von der Abgabe

getroffen wird; denn je länger der Zeitraum ist, welcher vergeht, ehe der Producent die ausgelegte Abgabe von dem Consumenten durch den Verkauf wieder einziehen kann, desto höher laufen die Zinsen an, welche er von seiner Auslage berechnet und ersetzt verlangt. Doch kann wiederum die Erleichterung der Controlle ein umgekehrtes Verfahren vortheilhafter finden lassen.

Ist der Gegenstand der Abgabe, ihre Höhe und der Maaßstab, nach welchem sie berechnet werden soll, festgestellt, so wäre es wünschenswerth, daß der volle Betrag der Abgabe für die eigentlichen Staatszwecke verwendet werden könnte. Je vollständiger dieses erreicht wird, mit je geringern Kosten man die Uebertragung der Summen aus dem Privatvermögen in das öffentliche möglich macht, desto mehr verdient ein Finanzsystem das Lob der Sparsamkeit.

Die theuerste Art der Perzeption ist vielleicht die Verpachtung der Einkünfte wegen des übertriebnen Gewinnes der Pächter und ihrer Rücksichtslosigkeit bei der Beitreibung der Steuern. Wie sehr Frankreich durch dieses System gelitten, läßt sich aus Sullys Angabe schließen, daß zu seiner Zeit das Volk 150 Millionen gezahlt habe, um der Staatskasse 30 zu verschaffen.

Wo die Regirung die Abgaben durch ihre Beamten erhebt, kann wieder durch eine zu große Anzahl der letztern viel dazu beigetragen werden, dem Staate die von den Unterthanen bezahlten Summen zu verkürzen, wie denn in Frankreich, wo die Erhebungskosten noch jetzt fast 15 Procent betragen, unter dem Ministerium Neckers 250 000 Menschen mit dem Empfang der Abgaben, wenn auch nicht ausschließlich, beschäftigt gewesen sein sollen. Die Menge der Gehalte, die Weitläuftigkeit des Geschäftsganges, die bei so vielen subalternen Beamten unvermeidlichen Nachlässigkeiten bilden eine schwere und unfruchtbare Last für die Nation. Es war daher eine der wichtigsten Ersparungen Sullys, daß er die überflüssigen Aemter im Fach der Finanzen einzog; in welchem Verhältniß dieß geschah, ist aus dem Beispiel der Stadt Paris zu entnehmen, wo er die Zahl der Haupteinnehmer von 7 auf Einen reducirte.

So lange das Geld in der Staatskasse liegt, bleiben seine nützlichen Wirkungen suspendirt. Dieses Uebel wird verringert durch Abkürzung des Zeitraums zwischen dem Empfang der Abgabe und der Verwendung derselben. In Frankreich unter dem Ministerium Villèle empfing die Staatskasse fortlaufend 150 Millionen Francs, bevor die damit zu leistenden Zahlungen anfingen, so daß sich also eine Summe von diesem Betrage fortwährend außer Curs befand.

Doch muß der Staat immer Mittel zu seiner Disposition haben, um solchen Bedürfnissen zu begegnen, deren Eintreten sich nicht mit Bestimmtheit voraussehen läßt. Diese können durch einen Ausfall der gehofften Einnahme oder durch eine unvorhergesehene Vermehrung der Ausgaben entstehn. Für die geringern pflegt man einen Dispositionsfond in den ordentlichen Etat mit aufzunehmen; gewöhnlich aber erfordert ihre Deckung so bedeutende und schnell disponible Mittel, daß es nicht möglich ist, dieselben durch eine plötzliche Erhöhung der Steuern anzuschaffen. Man bedient sich deßhalb zweier Auswege, um die hinzukommende Last auf die Einnahme eines längern Zeitraumes zu vertheilen, der Sammlung eines Schatzes oder der Aufnahme von Darlehn. Der Schatz wird aus aufgesparten Theilen der Einkünfte früherer Jahre gebildet, während eine Anleihe zukünftige Einnahmen anticipirt. Das als Schatz niedergelegte Capital wird der productiven Anwendung entzogen, so daß dem Lande die Zinsen desselben entgehn. Daher mag es im Ganzen wohl sparsamer sein, große unvorhergesehene Bedürfnisse vermittelst einer Anleihe zu bestreiten, indem alsdann die erforderliche Summe bis zur Zeit des Gebrauchs noch gewinnreich angewendet werden kann. Schulden braucht man erst im Augenblick des Bedarfs zu machen, und nur grade so viel, als nöthig ist, während der Schatz sehr lange liegen kann, ehe er gebraucht wird, und dem noch ungekannten Bedürfniß nicht der Größe nach angepaßt werden kann. Auch ist es wohl kaum möglich, einen so großen Schatz anzuhäufen, daß derselbe zur Führung eines Krieges nach heutiger Art allein ausreichte. Dagegen hat das System der Anleihen die Nachtheile, daß es leicht zu einem Aufwand über die Kräfte

verleitet, daß es den Staat mit Zinszahlungen belastet und so grade zur Zeit der Noth, wo man des Darlehns bedarf, wie nach dem Kriege oder einer Mißärndte, die Staatslasten vermehrt, während der Schatz in Zeiten des Friedens und der Wohlhabenheit nach Bequemlichkeit gesammelt werden kann und so in der Noth eine Hülfe bietet, ohne daß die schon Bedrängten noch härter beschwert werden. Ferner werden die Kosten einer Anleihe bedeutend durch den Gewinn vergrößert, welchen der Darleiher aus dem Geschäft verlangt. Derselbe wird um so geringer sein, je mehr Sparsamkeit und Ordnungsliebe der Regirung das Zutrauen der Capitalisten erwecken, und je weniger dringend das augenblickliche Bedürfniß des Staates ist. Alle diese Gründe können das Aufsparen einer mäßigen Summe als Schatz räthlich machen; eine solche anzuwenden, findet sich oft Gelegenheit, und sie hilft zur Zeit des Bedürfnisses über die Verlegenheit hinweg, im ersten Augenblick einer unvorhergesehenen Noth unter jeder Bedingung Anleihen abschließen zu müssen. Aber eine solche Anhäufung der Gelder muß nicht der Zweck eines Finanzsystems sein, sondern nur ein Mittel, um gewisse Ausgaben mit geringerm Nachtheil für das gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Nation bestreiten zu können. In frühern Zeiten galt die entgegengesetzte Meinung; das Sammeln eines Schatzes wurde als Hauptkennzeichen und Zweck einer sparsamen Staatsverwaltung angesehn. Die Schwierigkeit, mit welcher ehedem die Staatsgewalt die Beitreibung ihrer Einnahmen, besonders bei außerordentlichen Bedürfnissen bewirkte, trennte den Staatshaushalt mehr von der Volkswirthschaft, so daß bei seiner Einrichtung mehr darauf gesehn wurde, wie man Geld in der Staatskasse, als wie man ein wohlhabendes Volk haben möchte. Heinrich VII. von England, obgleich seine Schatzkammern gefüllt waren, zog häufig mit der Armee im Lande umher, um die Abgaben beizutreiben und die durch seine Erpressungen veranlaßten Aufstände zu dämpfen. Der Staatshaushalt hatte damals mehr Aehnlichkeit mit dem eines Privatmannes; man maß nicht die Einnahme nach dem Bedürfniß, sondern die Ausgabe nach der Einnahme ab, und der galt für den Sparsamsten, welcher von

dem eingenommnen Gelde das Meiste erübrigte, um damit einen großen Schatz und ein starkes Heer zu unterhalten.

Dieß war indeß nicht möglich ohne Verminderung der überflüssigen Ausgaben und Handhabung der strengsten Ordnung im Staatshaushalt, zwei Eigenschaften, deren hoher Werth daran kenntlich ist, daß sie selbst bei den unrichtigen volkswirthschaftlichen Ideeen der frühern Zeit ihre gute Wirkung nie verfehlt haben; so daß sparsame Regenten immer, nicht nur mit geringen Mitteln eine große Macht ausüben konnten, sondern auch, bei den größten Kraftanstrengungen nach außen, die innre Wohlfahrt des Landes beförderten. Nicht die reichsten, sondern die sparsamsten Regirungen haben ihre Völker glücklich und groß gemacht. Die weise und sparsame Verwaltung des Cardinal Ximenes und seiner beiden Herrscher legte den Grund zu Spaniens Größe und machte es möglich, daß dieses Reich durch eigne Kraft die Hegemonie Europas erlangte, während es unter der verschwenderischen und verkehrten Leitung der Könige aus dem Habsburgischen Hause, im Besitz der unermeßlichen Schätze beider Indien, in Armuth und Schwäche versank. So wurden häufig die von einer sparsamen Regirung gesammelten Kräfte durch verschwenderische Nachfolger zersplittert; der Aufwand, zu welchem das Vertrauen auf ererbte Reichthümer verleitet, erschöpft bald einen Vorrath, dessen Abgang nicht mehr durch eine haushälterische Verwaltung ergänzt wird. Sully erkannte mit einer für sein Zeitalter bewundernswerthen Richtigkeit die Mängel der damaligen Finanzverwaltung und suchte ihnen nach Kräften abzuhelfen. Die zu hohen Steuern, sagt er, die Bedrückungen der Gewerbe, die Vertheuerung nothwendiger Bedürfnisse, die Monopole, die übermäßige Anzahl von Beamten, die unklugen Kriege sind die Ursachen des Verfalls der Staaten. Er verschaffte sich genaue Kenntniß von den Einnahmen des Staates und den Quellen derselben und war der erste, welcher genaue Etats von den in einem Jahre zu erwartenden Einnahmen und den damit zu bestreitenden Ausgaben entwarf. Dadurch wurde er in den Stand gesetzt, zu erkennen, wo eine Ueberlastung mit Abgaben stattfand, und die Unterschleife und Ver=

schleuderungen ans Licht zu bringen, welche in den verschiednen Zweigen der Staatshaushaltung stattfanden. Er hatte die Verwaltung eines Landes übernommen, welches durch Empörungen und Bürgerkriege zerrüttet und zum Theil verarmt war, aber indem er die erwähnten Mißbräuche abschaffte und die strengste Ordnung in das Finanzwesen brachte, konnte er bei einer glänzenden Hofhaltung und neben der Bestreitung aller laufenden Ausgaben mit 35 Millionen Einkünften in 10 Jahren 200 Millionen Schulden bezahlen, Straßen und Canäle anlegen, einen Schatz von 30 Millionen sammeln und den Staat in einen Achtung gebietenden Vertheidigungszustand setzen, ohne die Lasten der Unterthanen zu vermehren. Die Früchte seiner Sparsamkeit konnten, trotz der Verschwendungen des Marschall von Ancre, noch Richelieu in Stand setzen, eine große Rolle im dreißigjährigen Kriege zu spielen, bis der Ehrgeiz Ludwigs XIV. völlig vernichtete, was noch an guten Folgen der Verwaltung Sullys vorhanden oder von der Colberts hervorgerufen war. — Glücklicher ist Preußen in der Folgenreihe seiner Regenten gewesen. Wenn der Aufwand, welchen Friedrich I. zur Aufrechterhaltung der Königlichen Würde für nothwendig hielt, nachtheilig auf den Wohlstand seiner Unterthanen wirkte, so war eine Regirung wie die seines Nachfolgers vollkommen geeignet, solche Uebel wieder gut zu machen. Die Verwaltung Friedrich Wilhelms I. zeichnete sich ebensosehr durch Ordnung und Sparsamkeit aus, als die Hofhaltung seines Vaters durch Glanz und Pracht. Er schaffte die überflüssigen Aemter bei Hofe und in der Verwaltung ab, war in allen Zweigen der Staatsgeschäfte selbst thätig und begründete in denselben, durch seine Instruction für das General-Directorium, eine strenge Ordnung bis ins geringste Detail. Seine Sparsamkeit sammelte die Kraft, welche das Genie seines Nachfolgers so glänzend in Anwendung brachte. Wenn es wahr ist, sagt Friedrich der Große von ihm, daß man den Schatten der Eiche der Kraft der Eichel verdankt, aus welcher sie erwuchs, so muß man in dem arbeitsamen Leben dieses Fürsten und in seiner weisen Haushaltung die Quelle des Glückes suchen, dessen das Königshaus sich noch

jetzt erfreut. Die Sparsamkeit dieses Regenten wurde vielleicht nur von der seines Sohnes übertroffen. Denn wenn das Wesen derselben darin besteht, mit geringen Mitteln große Wirkungen hervorzubringen, so hat wohl kein Fürst diese Tugend in höherm Grade besessen, als Friedrich II., welcher als Beherrscher von 2 bis 4 Millionen Menschen 11 Jahre lang gegen die größten Mächte Europas Krieg führte, und während seine Feinde dem Bankrott nahe kamen, niemals Schulden machte, sondern auch unter den bedenklichsten Umständen und nach dem verheerendsten Kriege sich reich und freigebig zeigte, wo es darauf ankam, den Gewerbfleiß und die Bildung seines Volkes zu heben, und bei alle dem einen Schatz sammelte wie ihn niemals ein andrer Regent besessen hat. „Die Fürsten", sagt er, „müssen dem Speer des Achilles gleichen, welcher das Uebel heilte, welches er verursachte; wenn sie den Völkern Unheil bereiten, so ist es auch ihre Pflicht, es zu vergüten."

O. v. Bismarck, 15. 5. 36.



2.

Berichte und Briefe Bismarcks an Minister v. Manteuffel.

1854—1858.

Vorbemerkung. Von den folgenden Berichten und Briefen Bismarcks an Herrn v. Manteuffel sind No. I—V, VIII, IX und XII bisher unbekannt geblieben, die übrigen werden hier aus aufgefundenen Concepten oder Abschriften veröffentlicht, da sie in dieser Form mitunter sehr bedeutende Abweichungen von den von Herrn v. Poschinger herausgegebenen Texten aufweisen. Diese Abweichungen überall ausdrücklich hervorzuheben, ist der Raumersparniß wegen vermieden worden; wer den Poschinger'schen Text zur Hand hat, wird sie leicht selbst feststellen können. In ( ) geschlossene Worte sind Zusätze des Herausgebers.

I.

Frankfurt a. M., 24. Januar 1854.

Ew. Excellenz

24. 1. 1854. beehre ich mich ganz gehorsamst anzuzeigen, daß der beim Bunde accreditirte Kais. französische Gesandte[1]) mir gestern Abend mitgetheilt hat, wie er aus ganz sicherer Quelle wisse, daß von Oestreich ein neuer Versuch beabsichtigt werde, den Deutschen Bund zu einer ausdrücklichen Neutralitätserklärung zu bestimmen. Wie er mir sagte, wußte er nicht, mit welchen der Bundesregirungen bereits eine Verständigung erfolgt sei, glaubte aber als wahrscheinlich annehmen zu können, daß in kürzester Zeit von Wien aus der Kgl. Regirung Eröffnungen über die angedeutete Absicht gemacht werden würden. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß auch dieser Versuch eine richtigere Würdigung vom finanziellen als vom politischen Standpunkte aus finden würde, obschon Herr von Tallenay der Ansicht zu sein schien, daß demselben der Plan zu Grunde liege, die politische Bewegung Preußens mehr als bisher von der des Bundes und insbesondere Oestreichs abhängig zu machen, indem an den ersten gemeinsamen Akt des Bundes sich auf die eine oder die andre Weise eine von uns nur schwer abzulehnende Nöthigung zu weitern Consequenzen auf dem Wege dieser gemeinsamen Haltung würde knüpfen lassen.

Bei dieser Gelegenheit bemerke ich zugleich, daß mir Herr von Prokesch eine, wie es schien, circulaire Depesche aus Wien zeigte, in welcher die K. K. Regirung unter Hindeutung auf die natürliche Ueberraschung, welche die Erwerbung unsres Hafens an der Jahde in Hannover habe hervorbringen müssen, die freudige Genugthuung ausspricht, welche dieser Fortschritt der maritimen Wehrkraft Deutschlands bei dem K. K. Cabinet veranlaßt habe. Beiläufig wird dabei auf das Unnöthige der großen Heimlichkeit, mit welcher die Sache von uns betrieben worden, zwar hingedeutet, aber die Hoffnung ausgesprochen, daß die Han=

[1]) Marquis de Tallenay.

noversche Regirung bei fernerer Erwägung der Sache dieselbe als einen Gewinn für das Gesammtvaterland auffassen werde. 24. 1. 1854.

In der Presse hat Oestreich besonders durch die Allg. Ztg. die Ansicht verbreiten lassen, als sei das K. K. Cabinet von uns zu den Verhandlungen mit Oldenburg ausdrücklich zugezogen und jedenfalls mit denselben längst bekannt gewesen. Ich habe veranlaßt, daß in ähnlichen Artikeln von hier aus diese Auffassung adoptirt und verstärkt werde, da es unsern Interessen nur förderlich sein kann, wenn man derselben in Hannover und anderweit Glauben schenkt.

v. Bismarck.

II.

Frankfurt, 3. Februar 1854.

Ew. Excellenz

habe ich mir erlaubt, in meinem Berichte vom 2. d. M.[1]) von den Propositionen, welche der Mandatar des Grafen Curt Bentinck, Dr. Großkopf, auf die oldenburgischen Propositionen gemacht hat, so wie von der Aufnahme Anzeige zu machen, welche dieselben bei dem Reg.-Rath v. Erdmann gefunden hatten. Nicht im Einklang mit den Aeußerungen des Letztern erscheint dem Dr. Großkopf die ihm Seitens des Herrn v. Erdmann gestern zugegangene und in Abschrift ganz gehorsamst beigefügte Erwiderung, worin die Ablehnung der fraglichen Propositionen Seitens der Großhzgl. Oldenburgischen Regirung als unzweifelhaft bezeichnet wird. Dr. Großkopf hat in Folge dessen heute eine Conferenz mit Herrn pp. Erdmann gehabt, wobei dieser nach den ganz vertraulichen Aeußerungen des Erstern sich weit geneigter als zuvor für ein Abkommen, wonach die Gräfl. Bentinckſche Familie im Besitze des ganzen Fideicom- 3. 2. 1854.

[1]) Zwei Berichte vom 2. Febr. 1854 sind von Poschinger veröffentlicht, der eine I 361 ff. No. 236, der andere IV 170 ff. No. 76, der Bentinck'sche Streit ist in keinem derselben erwähnt; doch charakterisirt sich der zweite dieser Berichte als „Auszug", so daß die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Bentinck'sche Sache in dem von Poschinger weggelassenen Theile behandelt wurde. Ueber den Inhalt des Bentinck'schen Streits s. Poschinger I 56 Anm. 1, IV 169 Anm. 3.

3. 2. 1854. misses bleibt, gezeigt und in eingehender Weise hierüber verhandelt haben soll. Jedenfalls dürfte das Resultat der Unterredung hierfür sprechen, indem man sich über folgenden von dem Grafen Curt Bentinck zu machenden Vorschlag verständigt hat.

1. Es werden alle Hoheitsrechte über Kniphausen und Varel an Oldenburg abgetreten, und zwar, wie als Grund hierfür bezeichnet werden soll, um für die folgenden Opfer die nöthigen Ersparungen zu machen;
2. die legitime Linie zahlt dem faktischen Besitzer als Entschädigung die Summe von 400 000 Thlr. Gold und übernimmt die Bezahlung der Schulden im Betrage von 2 bis 300 000 Thlr.;
3. es wird die Aufnahme einer Fideicommißschuld von 200 000 Thlr. gestattet;
4. der Gerichtsstand der gräflichen Familie wird neu regulirt.

Sollte Oldenburg einem solchen Vergleiche seine Billigung zu Theil werden lassen, so möchte es fast den Anschein haben, als würde es hierzu durch das mit Preußen wegen Erwerbung des Jahdehafens geschlossene Separatabkommen bestimmt. Ob die diesfälligen im Herbst v. J. durch den G. R.-R. Gäbler mir mitgetheilten Stipulationen durch den Vertrag vom 1. December v. J., welcher die von Preußen zu leistende Geldentschädigung auf 500 000 Thlr. festgesetzt, eine Aenderung erlitten haben oder ob sie noch so lauten, daß man aus einer Billigung des fraglichen Vorschlags den Verdacht schöpfen könnte, als ziehe Oldenburg vor, eine dem Wortlaut jenes Separatabkommens entsprechende Erfüllung desselben nicht eintreten zu lassen, um sich auf diese Weise pekuniäre Vortheile zu sichern, vermag ich bei der Unbekanntschaft mit der jetzigen Sachlage nicht zu beurtheilen. Ew. Excellenz würde ich daher sehr dankbar sein, wenn Hochdieselben mich hierüber hochgeneigtest vertraulich unterrichten wollten, um mein Verhalten bei den gegenwärtigen Verhandlungen danach bemessen zu können.

v. Bismarck.

Antwort des G. Reg.-Rathes Gäbler.

Ew. Excellenz

beeile ich mich im Auftrage des Herrn Ministerpräsidenten Excellenz, welcher durch überhäufte Amtsgeschäfte abgehalten ist, auf den geneigten Bericht vom 3. d. M. in der Bentinckschen Angelegenheit die gewünschte Auskunft über das Verhältniß der Nachtragsbestimmung vom 1. December v. J. zu dem ursprünglichen Separat-Vertrage mitzutheilen, indem ich um die allerstrengste Discretion ganz ergebenst bitte. Die Nachtragsbestimmung ist stipulirt worden, um jede Verbindung des Vertrages vom 20. Juli mit der Herrschaft Kniphausen verschwinden zu lassen. Es besteht aber eine geheime Verabredung, wonach der Kaufpreis für den Fall, daß der jetzt proponirte Vergleich mit den Bentincks nicht zu Stande kommen sollte, die ursprüngliche Kaufsumme, d. h. die capitalisirte Brutto-Einnahme von Kniphausen nach Abzug von 10 % entrichtet, mithin die sich gegen 500 000 Thlr. ergebende Differenz nachgezahlt werden muß. Es liegt somit allerdings im Interesse Preußens, den Vergleich so, wie er proponirt worden ist, anzunehmen. Indessen dürfte kaum zu erwarten sein, daß der R.-R. Erdmann auf die zuletzt mit dem Dr. Großkopf verabredeten Bedingungen um deshalb eingegangen ist, um Oldenburg pecuniäre Vortheile zu verschaffen. Zunächst würde Oldenburg danach immer einen sehr wesentlichen und gerade die Hauptveranlassung zu seinen Verlegenheiten beim Bunde gebenden Theil Kniphausens, nämlich die Halbsouverainität, erwerben, und sich dann auch dem nicht entziehen können, sich darauf einen entsprechenden Theil des Aequivalents in Abzug bringen zu lassen. Sodann ist bei der hohen Meinung, welche der Graf Charles v. Bentinck von den Einkünften des Fideicommisses hat, kaum zu erwarten, daß er nicht eine Erhöhung der Summen verlangen und durchsetzen würde. Damit würde sich aber sofort die Summe erhöhen, welche Oldenburg aufwenden muß, um Kniphausen zu erwerben, und die nach der Basis des Vergleichsvorschlags auf 500 000 Thlr. berechnet worden ist. Diese Rechnung stellt sich nämlich folgendermaßen: Kniphausen trägt zu der Einnahme des ganzen Fideicommisses 32 % bei. Erwirbt nun Oldenburg, wie es vorgeschlagen, das Ganze für 1 250 000 Thlr., so kommt davon auf Kniphausen . . . . 400 000 Thlr.
Dazu tritt das Kapital einer darauf mit
1800 Thlr. haftenden Rente mit . . 45 000 „
Summa 445 000 Thlr.
oder 494 450 Thlr. Cur. Diese sind auf 500 000 Thlr. abgerundet und dafür die Zinsen erst vom 1. Mai 1855 ab, anstatt

6. 2. 1854.

6. 2. 1854. 1 Jahr nach Publication gerechnet worden. Muß Oldenburg mehr als 1 250 000 für das Ganze geben, so bleibt es besonderer Verständigung vorbehalten, ob Preußen entsprechend zulegen oder risquiren will, daß der Vergleich nicht zu Stande komme, wo dann freilich die höhere Entschädigung eintreten würde. Die Sache war nun einmal nicht anders zu machen. Oldenburg wollte als Preis durchaus Kniphausen haben, und nur die Hoffnung, dies durch unsere Mitwirkung zu erhalten, hat überhaupt über die heiklige Frage wegen Abtretung der vollen Souverainität über das Kriegshafengebiet hinweg geholfen. Es wollte zuerst sogar das Arrangement wegen Kniphausens vorher erledigt sehen, und als ich dies als unmöglich hinstellte, die Erwerbung Kniphausens wenigstens als eine conditio resolutiva für die Erwerbung des Gebiets hinstellen. Es hat viel Mühe gekostet, auch hierüber hinwegzukommen, und das Aequivalent auf eine Geldsumme zu reduciren, die allerdings sehr bedeutend ist, aber am Ende von Preußen immer eher verschmerzt werden kann als der Verlust eines und zwar des besten Nordseehafens. Wenn sich hiernach Oldenburg auch nicht gerade sehr bescheiden in seinen Forderungen gezeigt hat, so hat doch die dortige Regierung und namentlich auch R.-R. Erdmann bei den ganzen Verhandlungen so viel Offenheit und Loyalität bewiesen, daß ich unmöglich glauben kann, man beabsichtige eine Uebervortheilung, und ich hoffe zuversichtlich, daß, wenn ein Vergleich auf den mit Dr. Großkopf verabredeten Basen zu Stande kommen sollte, sich auch eine Verständigung wegen des Preises bewirken lassen wird. Indeß scheint es mir doch zweifelhaft, ob der factische Besitzer zur Annahme solcher Propositionen zu bringen ist. Daß Oldenburg vor Allem die Aufhebung des unleidlichen Verhältnisses mit Kniphausen erstrebt, kann ich am Ende begreifen; aber ich glaube auch, daß man dann unsern Bemühungen zur Herbeiführung eines solchen Resultates Rechnung tragen wird. Uebrigens haben wir Oldenburg noch bei mancherlei Punkten in der Hand. Ich erinnere nur an die Eisenbahn, deren Bau wir beginnen können, wann es uns beliebt. Hier lassen sich noch manche Concessionen erlangen. Glücklicherweise hat die ganze Sache noch ziemliche Zeit, und bis zum entscheidenden Augenblicke finden sich wohl noch Gelegenheiten, jedem etwaigen unbilligen Gebahren erfolgreich entgegenzutreten.

Graf Bentinck ist hier eingetroffen und wird morgen bei S. Excellenz Audienz haben. Er wird im Sinne des Ew. Excellenz zugegangenen Erlasses beschieden und an Ew. Excellenz verwiesen werden.

Mit der Versicherung der tiefsten Verehrung verharre ich

Ew. Excellenz

ganz ergebenster

Berlin, 6. Februar 1854. Gaebler.

III.

Frankfurt, 16. Juli 1855.

Ew. Excellenz

kann ich heut nichts weiter berichten, als einige Zusätze zu meiner soeben abgegangnen telegraphischen Meldung in Betreff der Einbringung der östreichischen Vorlage.[1]) Herr v. Prokesch hat mir letztre in ihrer veränderten Gestalt heut gezeigt, aber so flüchtig blätternd, daß ich kein Bild von der Tragweite der Aenderungen gewinnen konnte. In dem Uebersendungsschreiben des Grafen Buol werden die Abänderungen wiederholentlich als geringfügig und unwesentlich bezeichnet; nichtsdestoweniger scheint Prokesch den andern Gesandten die Meinung beibringen zu wollen, als sei der nunmehrige Text der Vorlage mutuo consensu zwischen Berlin und Wien entstanden. Im übrigen erhält sich hier die Meinung, daß Oestreich vermittelst seiner Vorlage sich durch den Bund in eine Stellung wolle hinein manövriren lassen, die es als eine gern und freiwillig eingenommne in Paris und London nicht möchte gelten lassen. Herr v. Prokesch sprach heut in Gegenwart des würtembergischen Gesandten[2]) zu mir über die zu erwartenden Ausschußverhandlungen und sagte dabei, seine Stellung bei denselben sei einigermaßen die einer Partei, und es werde daher die Aufgabe der übrigen Mitglieder vorzugsweise sein, sich über den Inhalt der Oestreich zu gebenden Antwort zu verständigen. Wenn es wirklich in der Art sich verhalten sollte, so würde ich darin ein neues Indicium sehen, daß Oestreich vom Bunde geschoben zu werden wünscht. Ueberhaupt könnte das Wiener Cabinet gar nicht so bereitwillig auf die Verweisung an die Ausschüsse eingehn, wenn es fest an seinem frühern Sonderstandpunkte halten wollte; es könnte dann nicht zweifelhaft sein, daß durch die Ausschußdebatten die Verschiedenheit der Auffassungen in erneuter Schärfe zu Tage gefördert würde, und damit kann ihm in diesem Augenblick unmöglich gedient sein.

16. 7. 1855.

---

[1]) Protokolle des Bundestags 1855 § 249.

[2]) v. Reinhard.

16. 7. 1855. In Darmstadt hatte man gestern wieder sehr beunruhigende Nachrichten aus Paris, nach welchen eine Erhebung gegen die Regirung dort mit Sicherheit erwartet werde, und ebensowohl morgen als später ausbrechen könne, aber schwerlich noch ein Jahr ausbleiben werde. Namentlich seien innerhalb der Armee massenweise Verhaftungen nothwendig geworden, durch welche sich die Aufregung des Militärs wiederum gesteigert habe. Es ist möglich, daß Herr von Grancy, der Geschäftsträger des Großherzogs, da er früher Offizier der Schweizer Garde war, seine Nachrichten vorzugsweise aus legitimistischen Bekanntschaften zieht; die Erzählungen derjenigen Frankfurter aber, welche von Ausstellungsbesuchen aus Paris kommen, lauten auch nicht grade beruhigend.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich

Ew. Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck.

IV.

(Auszug.)

Frankfurt, 13. November 1855.

13. 11. 1855. — — — Eine andre Verbindung, welche die Heidelberger angeknüpft, ist diejenige mit Oestreich. In dieser Beziehung erlaube ich mir ganz gehorsamst daran zu erinnern, daß der frühere Herzogl. Nassauische Legationsrath Max von Gagern gegenwärtig in dem östreichischen Staatsdienst sich befindet, nachdem er zur katholischen Religion übergetreten.

Bei der bekannten Unfähigkeit desselben habe ich zu ermitteln gesucht, welche Motive seiner Aufnahme in den östreichischen Dienst zu Grunde gelegen haben und dabei aus sichrer Quelle erfahren, daß der König Leopold in einem Schreiben an den Grafen Buol diese Anstellung dringend und als eine persönliche Gefälligkeit erbeten habe. Die muthmaßliche Veranlassung hierzu ist dem König der Belgier durch J. K. H.

die Herzogin von Brabant und deren Bruder, den bekanntlich in Nassau wohnenden Erzherzog Stephan geworden. 13. 11. 1855.

Max von Gagern soll übrigens bisher wegen seiner Unfähigkeit unbeschäftigt sein und nur mit seinem Namen in der Liste der Kaiserlichen Beamten figuriren.

Heinrich von Gagern ist in zweiter Ehe mit einer Katholikin verheirathet, er läßt seine Kinder in der katholischen Confession erziehn und hat den ältesten Sohn vor einiger Zeit in eine östreichische Cadettenanstalt gebracht. Die desfallsigen Schritte sind dem Vernehmen nach durch Herrn von Prokesch vermittelt worden. Außerdem steht er mit der durch ihre ultramontane und östreichische Richtung bekannten Frau Rath Schlosser, welche den größten Theil des Jahres auf ihrem Gute Neuburg in der Nähe von Heidelberg lebt, in nahem Verkehr, und auch andere Angaben befestigen mich in der Ueberzeugung, daß in dem Hause dieser Frau, sowohl in Heidelberg als hier, die ultramontane Vermittlung zwischen Oestreich und der burschenschaftlichen Partei eine besondre Förderung findet.

Bekannt ist ferner, wie verschiedne Mitglieder der ehemaligen Gothaischen Partei dem Beispiele des in der östreichischen Staatskanzlei beschäftigten Herrn von Biegeleben gefolgt und offen unter die Fahne Oestreichs getreten sind, von denen ich gelegentlich den ehemaligen Redacteur der constitutionellen Zeitung, jetzigen K. K. Regierungs-Rath Weil, und den Prof. Dr. Stein aus Kiel, jetzt in Wien, hier anführe. Auch in der Person meines oldenburgischen Collegen Herrn von Eisendecher macht sich dieser Zug mißvergnügter Gothaer zu Oestreich bemerklich.

Zu dem neuen in Heidelberg vom 1. Januar 1856 an erscheinenden Blatt der Partei „Germania“ sind die Geldmittel für das erste Jahr durch einen entschiedenen Anhänger Oestreichs, den Dr. Kießelbach in Mannheim, zur Disposition gestellt, der sich besonders in der Zollvereinsfrage durch publizistische Arbeiten zu Gunsten Oestreichs hervorthat.

Auch die Redactionskräfte der hiesigen östreichischen Blätter, „Postzeitung“ und „Deutschland“, sind zum großen Theil aus dem

13. 11. 1855. Gothaer Lager hervorgegangen. Die östreichischen Verbindungen hindern die Partei übrigens nicht, auch mit England lebhafte Beziehungen zu unterhalten.

Hier am Ort liegen dieselben in den Händen des Dr. Varrentrapp, des Kaufmann Albert Varrentrapp, Generalagenten der englischen Lebensversicherungs-Gesellschaft Phönix, des Advokaten Jucho, welcher die von ihm in Verwahrung genommne Urkunde der Deutschen Reichs-Verfassung nach England gesandt, und des Schöffen Souchay, welcher im vorigen Jahre sich längere Zeit in England aufgehalten hat.

An diese schon seit mehren Jahren bestehende Verbindung knüpft sich die Beziehung, welche der gegenwärtig in Heidelberg wohnhafte Dr. Mayer, ehemaliger Sekretär des Prinzen Albert, theils direct theils mit dem Herzog von Sachsen-Coburg hat. Seitdem sich der Ritter Bunsen in Heidelberg aufhält, haben diese Relationen sich noch bedeutend vermehrt.

Es wird mir mitgetheilt, daß Letztrer in lebhaftem Briefwechsel mit Lord Clarendon stehe und häufig Briefe mit dem Timber „Foreign Office" empfange, wobei ich auf die Beilage J. gehorsamst Bezug nehme.

Ueber den Inhalt dieser Correspondenzen sind mir fragmentarische Mittheilungen zugegangen, welche sich auf Erzählungen des Schwiegersohns des Ritter Bunsen, Assessor von Ungern-Sternberg zu Heidelberg, gründen, die ich indeß nicht beizufügen wage, weil in denselben Verletzungen der Ehrfurcht gegen die allerhöchste Person Sr. Maj. des Königs enthalten sind. Dieselben beziehen sich auf die Gründe des Abganges des Herrn v. Bunsen aus London und auf die dortige Mission des Herrn von Usedom.

V.

Frankfurt, 24. 11. 55.

Eurer Excellenz

24. 11. 1855. erlaube ich mir in der Anlage die Abschrift eines mir gestern zugegangenen Schreibens des Herrn Ministers des

Innern[1]) gehorsamst vorzulegen. Ich bin im Zweifel, ob ich dasselbe nur als die allgemeine Formel der Einberufung der Mitglieder des Herrenhauses anzusehen habe oder ob es der ausdrückliche Wille Sr. Majestät des Königs ist, mich dort zu sehn, sei es aus besondern Gründen, sei es zur Vollständigkeit des Hauses; ich bin demnach nicht sicher, ob ich kommen soll oder nicht, obschon ich es nach Inhalt des Schreibens des Erstern annehmen muß. Ew. Excellenz würde ich sehr dankbar sein, wenn Hochdieselben die Güte haben wollten, mich in der Kürze telegraphisch darüber zu verständigen, wobei ich gehorsamst bemerke, daß ich spätestens Dienstag den 27. hier würde abreisen müssen, wenn ich rechtzeitig eintreffen soll. Geschäfte von der Natur, daß sie ein Hinderniß meiner Reise sein würden, liegen am Bunde nicht vor; im Gegentheil, es ist vollständig Ebbe.

24. 11. 1855.

VI.

Frankfurt, 25. 1. 56.[2])

Ew. Excellenz

geneigtes Schreiben vom 22. cr. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und erlaube mir daran von meinem wenig Uebersicht gewährenden Standpunkte folgende Bemerkungen zu knüpfen:

25. 1. 1856.

Wenn wir in das Concert eintreten, so geben wir unsre bisherige freie Stellung auf, um unter den moralischen Druck einer Majorität von drei oder, mit Sardinien und der Türkei, von 5 Stimmen gegen 1 zu treten. Unser Beitritt kann nur in dem Sinne gefordert werden, daß wir uns bei den zu ge-

[1]) Ew. Hochw. beehre ich mich mitzutheilen, daß Se. Maj. der König durch Allerhöchste Verordnung vom 12. d. Mts. beide Häuser des Landtags der Monarchie auf den 29. November d. J. nach Berlin einberufen haben. Allerhöchstdieselben haben durch Ordre vom 8. d. M. mir befohlen, Ew. Hochw. einzuladen, an dem gedachten Tage Ihren Sitz in dem Herrenhause einzunehmen, und erlaube ich mir, Ew. Hochw. von dieser Allerh. Bestimmung ergebenst Kenntniß zu geben.

Berlin, den 18. November 1855. Der Minister des Innern. Westphalen.

[2]) Vgl. Poschinger, Preußen im Bundestag II, 297 ff. No. 165.

25. 1. 1856. wärtigenden Meinungsverschiedenheiten in Betreff der Auslegung der vier ersten Punkte und der neuen zu No. V zu stellenden Bedingungen der Meinung der Dezemberverbündeten anschließen. In allen Punkten, wo diese drei Mächte gegen Rußland einig sind, wird es schwer sein, eine abweichende Ansicht Preußens aufrecht zu erhalten, ohne mit den Dezembristen auf einen schlechtern Fuß zu gerathen, als durch das Beharren in unsrer bisherigen Ungebundenheit der Fall sein würde. Die andern haben uns gegenüber das Gewicht der Majorität und das der Autorität der Verfasser der auszulegenden Schriftstücke. Wir werden immer dafür angesehn werden, das Programm in dem Sinne angenommen zu haben, in welchem es die Aufsteller desselben gemeint haben oder gemeint zu haben behaupten. Nur bei einem Dissense zwischen den Dezemberverbündeten könnten wir auf eine unser würdige Rolle hoffen, dann aber unter der Vormundschaft des mit uns Dissentirenden. Außerdem steht zu erwarten, daß unser Aufgehen in diesem angeblichen Concert die nähere Beziehung lösen würde, in der die Mehrheit der deutschen Regirungen jetzt zu unsrer gesonderten Stellung steht. Diese deutsch-preußische Solidarität, deren wenigstens äußerlich unbestreitbarer Bestand bisher die Schwerkraft unsrer Machtstellung so wesentlich verstärkt, nimmt unzweifelhaft ein Ende, sobald wir zu den Dezemberverbündeten in ein näheres, von den deutschen Regirungen nicht getheiltes Verhältniß treten, und wird bei einem gewichtigern Theil der Bundesstaaten einer intimern Beziehung zu Oestreich oder Frankreich, bei den übrigen einer mehr gelockerten Theilnahme an unsrer Haltung Platz machen.

Wir laufen Gefahr, mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wie sie sich in unsrer Einheit mit den deutschen Staaten, in unsern geschonten Beziehungen zu Rußland und in unsrer haltbaren und einflußreichen Position gegenüber den Kriegführenden darstellen, wenn wir dem west(mächt)lichen Programm beitreten, so lange dasselbe nicht abgeklärter ist, als bisher. Il y a toujours trop d'inconnu dans ce programme pour savoir ce qu'on fait en l'adoptant, sagte mir gestern ein französischer Freund; und

wenn die Verfasser des Programms unter sich über die Bedeutung dieses „Unbekannten" einig sind, so ist es ohne Zweifel nicht rathsam, zu drei verdächtigen Individuen in ein dunkles Haus zu gehen, dessen Localitäten und Schlupfwinkel jenen genau bekannt sind. 25. 1. 1856.

Ich möchte glauben, daß grade unser Bundesverhältniß und die Zusicherungen, welche wir in Gemeinschaft mit Oestreich unsern deutschen Bundesgenossen ertheilt haben (bei Gelegenheit des Beitritts zu dem Aprilbündniß), uns ein schickliches Mittel an die Hand geben, einem zu schnellen Andringen auf Entscheidung auszuweichen und zugleich das Vertrauen der deutschen Staaten in die Festigkeit und Treue unsrer Politik zu stärken. Auf letztres, auf das immerhin theilweis nur äußerliche Zusammenhalten der Bundesstaaten um unsre Fahne, glaube ich ein sehr großes Gewicht legen zu sollen; eine Politik, die aus einer Stellung gegen die kleinern Staaten des Bundes Vortheil ziehen wollte, ist mit den Allerhöchsten Intentionen unsres Herrn unverträglich, sie aber in führerloser Gleichgültigkeit neben uns stehen zu lassen, kann uns niemals nützlich sein. Ihr Vertrauen zu Oestreich ist geschwunden und wird, so lange Buol fungirt, nicht wiederkehren; geht die dadurch in den letzten Jahren wieder aufgelebte Anlehnung an Preußen verloren, so gravitiren sie nothwendig um den ohnehin anziehenden und übermächtigen Schwerpunkt von Paris. Einer meiner Collegen sagte mir kürzlich: „Wenn wir über Wien französische Politik beziehen sollen, so können wir das kürzer und wohlfeiler auf directem Wege haben." Es war dabei die Rede von der Qualität Oestreichs als „Rheinbundstaat", der Herrschaft Bourqueneys über Buol und den Bestrebungen, Preußen in dieselbe Strömung hineinzuziehn. Zu letzterm Zwecke ist nun allerdings die östreichische Note vom 20. cr. insidiös genug gefaßt. Auffällig ist es, daß Graf Buol nicht wenigstens einen ostensibeln Beweis seiner Bemühungen um unsre Zuziehung[1]) beigelegt hat; etwas der Art wäre leicht zu componiren und ebenso leicht vertraulich zu entkräften gewesen. Offenbar will er unsern Appetit auf die Theilnahme an den

[1]) Zu den Pariser Conferenzen.

25. 1. 1856. Conferenzen erst reizen. Für uns aber ist klar: je stärkeres und ungeduldigeres Verlangen wir durchblicken lassen, dabei zu figuriren, um so höher wird man uns den Stock halten, über den wir springen sollen, um hinein zu kommen. Je kühler wir uns zeigen, desto sicher rechne ich auf unsre ehrenvolle und freie Zuziehung, besonders wenn wir gleichzeitig alles anwenden, den Bund officiell in unsrer queue zu behalten. Solche Aenderungen im europäischen Rechte, welche uns und die von uns geschlossenen Verträge tangiren, werden, wenn sie zu Stande kommen sollen, das unabweisliche Bedürfniß unsrer Theilnahme erzeugen, und jedes empressement von unsrer Seite kann nur zu unserm Nachtheil auf die materiellen und formellen Bedingungen unsres Eintritts zurückwirken.

Meine Collegen wünschen und hoffen noch immer, daß keine Discussion der Friedensbedingungen am Bunde hier stattfinden werde, selbst eine bloß erzählende Mittheilung Oestreichs würden sie lieber unterbleiben sehen. Sollten die eventuellen Conferenzen hier stattfinden, so würden die Bundesgesandten eher fremden Einflüssen unterliegen, als solche selbst ausüben. Ich wünschte, daß Paris gewählt würde, weil schon in dem Umstande ein Reiz für Frankreich läge, die Conferenzen herbeizuführen, und die Franzosen sich diese Ehre auf Abschlag andrer Wünsche anrechnen würden.

VII.

Frankfurt, 20. 2. 56.

20. 2. 1856. — —[1])

Graf Esterházy ist ein verlogner Patron. Rechberg hat ihm in den letzten 8 Tagen gar keine Briefe geschrieben, sondern ihm nur zweimal telegraphirt und zwar ohne Chiffre; das eine Mal heute vor 8 Tagen, um ihm zu sagen, daß ich noch keine Instruction hätte, das andre Mal am Freitag,

[1]) Der erste und die drei letzten Absätze des bei Poschinger II 340 ff. No. 184 abgedruckten Berichtes sind im vorliegenden Concept nicht enthalten.

den 15., um ihn von meiner Beistimmung zu benachrichtigen. 20. 2. 1856.
Das Material zu seiner Beschwerde über mein Verhalten ist also von seiner eignen Erfindung. Dagegen hat Esterházy am Dienstag den 12. an Rechberg telegraphirt, daß Ew. Excellenz ihn der Zustimmung Preußens versichert hätten, und Rechberg erklärte dies in meiner Gegenwart am 13. im Ausschuß; aus Ew. Excellenz telegraphischer Weisung vom 13. an mich geht nun aber grade hervor, daß Esterházy zwar darauf gedrungen hat, vor seiner Abreise nach Dresden zu Graf Buol definitiven Bescheid zu erhalten, diesen aber nicht bekommen hat. Er hat also damals Rechberg belogen und jetzt gegen Ew. Excellenz sich auf Briefe Rechbergs berufen, die gar nicht existiren. Ich bin Rechberg in Betreff der „Beschwerde" Esterházys über mich nicht grade zu Leibe gegangen, habe ihn aber doch gefragt, ob er sich vielleicht gegen Esterházy beklagt, da letztrer mit meinem Verhalten hier nicht zufrieden zu sein scheine. Ich erhielt darauf die obige Auskunft unter Bemerkungen, die mich zu dem Schluß berechtigen, daß Rechberg kein zu großes Vertrauen in die Person seines Berliner Collegen und in die Art setzt, wie er Oestreich dort vertritt. Wenn Ew. Excellenz mir Ihr Einverständniß zu erkennen geben, so würde ich Rechberg voraussichtlich dahin bringen können, daß er Esterházy wegen seiner Insinuationen über mich direct zur Rede stellt. Ich weiß aber nicht, ob Ew. Excellenz es billigen, daß ich mit Rechberg ganz offen darüber rede.

VIII.

Frankfurt, 26. 2. 56.

Nach übereinstimmenden Erzählungen preußischer Offiziere 26. 2. 1856.
und nach anderweiten Privatmittheilungen ist der Gesundheitszustand des Generallieutenant v. Thümen im Ganzen ein beklagenswerther und zeitweise von der Art, daß die Interessen des Kgl. Dienstes darunter leiden. Es läßt sich nicht näher angeben, von welcher Art sein Leiden ist. Dasselbe soll sich aber in vollständiger zeitweiser Abwesenheit des Erinnerungs-

26. 2. 1856. vermögens und des Urtheils über die Stellung und Nationalität der Personen äußern, mit welchen der General spricht. Seine Umgebung soll ihm daher dienstlich geheim zu haltende Sachen nicht mittheilen und ihn zeitweise von Besuchen fernhalten. Es dürfte sehr angezeigt sein, hierüber Erkundigungen einzuziehen; insbesondere kann auf den Oberst von Fallois Bezug genommen werden, welcher gegen einen andern preußischen Regiments-Commandeur den Wunsch geäußert, daß ihm eine dienstliche Gelegenheit werden möge, sich im Vertrauen über die Sache auszusprechen. In der Annahme, daß derartige Ermittlungen nicht ausbleiben werden, kann hier davon Abstand genommen werden, solche einzelne Vorgänge wiederzuerzählen, welche, wenn sie gegründet sind, kaum einen Zweifel lassen können, daß die gegenwärtige Krankheit des Generals wenigstens in den Zeiten, wo sie stärker auftritt, seine geistigen Kräfte wesentlich afficirt. Wenn das aber der Fall ist, so dürfte eine baldige Aenderung in der Person des Vicegouverneurs um so nothwendiger sein, als nicht nur in dem laufenden Dienste wichtige diesseitige Interessen zu wahren sind, sondern auch die Abstellung mannigfacher im Laufe der Zeit eingerissener Benachtheiligungen Preußens bisher auf die Epoche verschoben worden ist, wo das Gouvernement in den diesseitigen Händen sein würde. Die östreichischen Interessen erfreuen sich in Mainz durch den Feldmarschall-Lieutenant von Baumgarten einer Vertretung, welche bei großer Gewandtheit in den Formen an Klugheit und Entschiedenheit nichts zu wünschen übrig läßt. Es dürfte daher nothwendig sein, daß die Verwaltung des Vicegouvernements in die Hände eines Mannes von voller geistiger Rüstigkeit gelegt werde, wenn nicht neue Beeinträchtigungen der Stellung Preußens in Mainz anstatt eines Wiedergewinnes der bisher eingebüßten Vortheile das Ergebniß der dermaligen Periode des Preußischen Gouvernements sein sollen.

v. Bismarck.

IX.

Frankfurt, 26. 4. 1856.[1])

Ew. Excellenz

kann ich zwar seit der Zeit, wo ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehn, nichts Neues von hier berichten, doch ist das Alte und Bekannte wichtig genug, um mich auf Ihre Nachsicht rechnen zu lassen, wenn ich meine Ansichten über unsre politische Lage zusammenhängend formulire. 26. 4. 1856.

Ohne mich in Conjecturen über die muthmaßliche Dauer des neuen Friedens einzulassen, darf ich doch als ein Symptom des geringen Vertrauens zu demselben das besorgliche Unbehagen hervorheben, mit welchem die meisten europäischen Cabinette in die Zukunft blicken, auch nachdem der Friede gesichert ist. Alle die großen wie die kleinen, suchen sich in Erwartung der Dinge, die da kommen können, die Freundschaft Frankreichs zu erwerben oder zu erhalten, und der Kaiser Napoleon, so neu und so schmal anscheinend auch die Grundlagen seiner Dynastie in Frankreich selbst sind, hat die Wahl unter den zu seiner Disposition stehenden Bündnissen. Es scheint nicht, daß die auffälligen Bemühungen Orloffs den Apfel schon von dem Baume geschüttelt haben; aber wenn er reif ist, fällt er von selbst, und die Russen werden zur rechten Zeit die Mütze darunter halten. Auch den Acte de soumission des Grafen Buol, das Streben Oestreichs nach der Ehre, der erste Rheinbundstaat zu sein, wenn nur Preußen der zweite wird, scheint der Kaiser Napoleon lediglich mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen zu haben; die officiöse Wiener Presse gibt aber deshalb die Hoffnung auf eine katholische Ligue mit Frankreich nicht auf und preist einstweilen den Voltarianer Kaunitz als den ersten Staatsmann Oestreichs, weil er zu Frankreich hielt. Die deutschen Mittelstaaten sind nach wie vor bereit, sich derjenigen deutschen Großmacht zu fügen, welche die meiste Aussicht auf Frankreichs Beistand hat, und den letztern direct zu suchen, wenn die Umstände es räthlich er-

[1]) Poschinger, Preußen im Bundestag II 359 ff. No. 191.

26. 4. 1856. scheinen lassen. Nicht minder legt England Werth auf die Fortdauer der guten Beziehungen zu Frankreich, und die etwas mürrisch gewordene Ehe der beiden Westmächte wird wohl so hastig nicht geschieden werden. Der Bruch zwischen ihnen ist für beide das Kostspieligste und Gefährlichste, was ihnen passiren kann. Der Krieg hat die französische Flotte groß gezogen, und im etwaigen Kampf mit ihr muß England darauf gefaßt sein, zugleich gegen Amerika und Rußland seine maritimen Kräfte zu zersplittern. Auch der dermalige Zustand der englischen Landmacht empfiehlt die Erhaltung des west(mächt)lichen Bündnisses, und der Verdruß gegen den „französischen Frieden“ wird sich einstweilen wohl nicht einmal in Neckereien gegen Frankreich Luft machen. Ebenso dürfte Louis Napoleon vor der Hand durch den Zustand seiner Finanzen und durch die Besorgnisse vor Verlegenheiten im Innern in Schach gehalten sein. Sollte er einen Bruch mit England voraussehn, so wird er ohne Zweifel thun, was er kann, um das französische Nationalgefühl gegen das „perfide Albion“ wieder so zu montiren, daß englische Versuche, Unruhen zu erregen, an ihm abgleiten, wie Wasser an der Ente. Es ist kaum anzunehmen, daß Louis Napoleon jemals den Krieg um des Krieges willen suchen wird und daß ihn der Ehrgeiz des Eroberers stimulirt, es läßt sich erwarten, daß er den Frieden vorzieht, so lange er ihn mit der Stimmung der Armee und also mit der eignen Sicherheit verträglich findet. Für den Fall, daß er hiernach des Krieges bedürfen sollte, denke ich mir, daß er sich eine Frage offen hält, welche jederzeit eine nicht allzu muthwillige und ungerechte Veranlassung zu Händeln liefern kann. Hierzu eignet sich die italienische Frage jetzt vorzugsweise. Die Krankheit der dortigen Zustände, der Ehrgeiz Sardiniens, die bonapartistischen und muratistischen Reminiscenzen, die korsische Landsmannschaft bieten dem „ältesten Sohn der römischen Kirche“ vielseitige Anknüpfungspunkte, der Haß gegen die Fürsten und die Oestreicher ebnet ihm die Wege, während er in Deutschland von unsrer räuberischen und feigen Demokratie gar keinen und von den Fürsten erst dann Beistand zu erwarten hätte, wenn er ohnehin der Stärkere wäre.

Wenn der Krieg selbst nun auch nicht in so naher Aus- 26. 4. 1856. sicht steht, wie trübe Propheten behaupten, so werden sich doch wahrscheinlich neue politische Gruppirungen bilden, deren Bedeutung und Einfluß schließlich auf dem Hintergedanken der Möglichkeit eines Kriegs unter bestimmten Constellationen von Bündnissen beruht. Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland ist in diesem Sinne gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind dies diejenigen unter den Großmächten, welche nach ihrer geographischen Lage und ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Gegnerschaft in sich tragen, da sie so gut wie keine nothwendig collidirende Interessen haben. Bisher hat die Festigkeit der Heiligen Allianz und die Abneigung des Kaisers Nicolaus gegen die Orleans beide in der Entfremdung von einander erhalten, aber der jetzt beendete Krieg sogar wurde ohne Haß geführt und diente mehr den innern als den auswärtigen Interessen Frankreichs. Nachdem die Orleans beseitigt, der Kaiser Nicolaus todt, die Heilige Allianz von Oestreich gesprengt ist, sehe ich nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte, und die Liebenswürdigkeiten, welche sie mit einander austauschen, sind mehr ein Beweis der vorhandenen Sympathie als ein Mittel, dieselbe zu erwecken.

Zur Zeit des Fürsten Schwarzenberg war viel von dem Plane die Rede, Oestreich mit Rußland und Frankreich gegen Preußen und England zu verbinden. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Russen gegen Oestreich und bei den gesteigerten Ansprüchen Frankreichs auf Einfluß in Italien läßt sich nicht annehmen, daß Oestreich von Hause aus berufen sein werde, als Dritter im Bunde zu figuriren, obschon es ihm an dem guten Willen dazu nicht fehlen dürfte. Oestreich wird vielmehr die Gefahren, welche aus dem Zusammenhalten Rußlands und Frankreichs für das übrige Europa entstehn können, zu theilen haben und muß sie durch rechtzeitige Opfer abwenden, indem es etwa Concessionen in Italien gegen Vortheile in Deutschland macht, oder es muß sich durch Bündnisse zur Abwehr stärken. Ich glaube, daß es den ersten Ausweg vorzieht, indem es vielleicht gleichzeitig Rußlands Vertrauen

26. 4. 1856. durch einen Personalwechsel im Ministerium wiederzugewinnen sucht. Von unserm und englischem Beistand wird Oestreich sich nur im äußersten Nothfalle abhängig machen wollen. Wenn es sich auch bestreben sollte, uns durch neue Verträge für seine auswärtigen Besitzungen einstehn zu lassen, so glaube ich doch nicht, daß es von solchem Vertrage einen andern Gebrauch machen würde, als ihn auf dem Felde der Diplomatie, so gut und so lange als es geht, zum eignen Vortheil und zu unserm Nachtheil figuriren zu lassen. Wenn ich auch annehmen wollte, daß der Hochmuth und der Haß es dem Wiener Cabinet gestatteten, um den Beistand Englands zu bitten, und die Kaiserlichen Erblande durch Preußen geschützt zu sehn, so ist es doch meines Erachtens zu vorsichtig, um, selbst im Bündniß mit uns und England, den Kampf gegen Rußland und Frankreich ernstlich aufzunehmen, wenn es sich irgendwie per fas et nefas vermeiden läßt. Es wird die Partie der Germanen für zu schwach halten, um mit ihr zu gehn, und, wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich erwarten ließe, daß in einem derartigen Kriege Preußen, Oestreich, der Deutsche Bund und England ihre vollen Kräfte ehrlich, innig und vertrauensvoll zusammenwirken ließen, so wäre es Feigheit am Siege zu zweifeln. So aber stehen die Sachen nicht. Ich will annehmen, daß England entschlossen zu uns steht und daß es ihm, trotz der französischen, russischen und etwa der amerikanischen, vielleicht auch der dänischen und holländischen Flotten gelingt, sich einer Invasion zu erwehren, die See siegreich zu behaupten, die Nord- und Ostseeküsten vor den uns feindlichen Flotten zu schützen, auch gelegentlich mit 10 oder 20 Tausend Mann die französischen Küsten zu harassiren. Es würde das meine Erwartungen übertreffen. Aber der Continentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschlands ruhen. Die vier letzten Armeecorps des Bundesheeres haben an sich nicht die Kriegstüchtigkeit der Armee einer Großmacht, und wieviel davon auf unsrer Seite stehen würde, das könnte nur der Erfolg lehren. Auf der Basis von Rußland, Oestreich und Preußen würde der Bund so ziemlich zusammenhalten, weil

er an den schließlichen Sieg der erstern, mit oder ohne die Mittelstaaten, glaubt, in einem so fraglichen Fall aber, wie ein Krieg nach Osten und Westen zugleich, würden die Fürsten au fur et à mesure daß sie nicht in der Hand unsrer Bajonette wären, sich durch Neutralitätsverträge sichern, wenn sie nicht gegen uns im Felde erscheinen. Ich kann versichern, daß kaum unter meinen Collegen jemand ist, der für den Fall einer ernsten Gefahr, wie sie in dem Bündnisse Frankreichs mit Rußland oder mit Oestreich läge, den Bundesverträgen irgend welchen Werth beilegt. Von den dirigirenden Ministern von Bayern, Würtemberg, Baden, Darmstadt und Nassau habe ich es im vorigen Jahre zur vollsten Evidenz erfahren können, daß sie es für ihre ehrliche Pflicht halten, den Bund aufzugeben, wenn das Interesse oder gar die Sicherheit des eignen Landes durch Festhalten am Bunde gefährdet wäre. Manche der Fürsten mögen den besten Willen haben; aber von welchen läßt sich wohl erwarten, daß sie gegen den Rath ihrer Minister, gegen die Bitten ihrer Unterthanen ihr Land den Drangsalen des Krieges preis geben und ihre Schlösser bis zur Wiedereroberung mit dem Aufenthalt im preußisch-östreichischen Lager vertauschen? Sie werden sich leicht überzeugen, daß die Pflichten gegen ihre Unterthanen höher stehn, als die gegen den Bund, daß so mächtige Herrn, wie die Kaiser von Rußland und Frankreich, sie schließlich nicht werden fallen lassen und daß im schlimmsten Falle Oestreich und Preußen sich gegenseitig nichts gönnen, und weder Bayern im Rieder Vertrag, noch die Rheinbundstaaten überhaupt 1813 und 1814 zu kurz kamen. Der Rheinbund hatte seine Lasten, aber die für einen Fürsten verdrießliche constitutionelle Unbequemlichkeit war wenigstens nicht darunter, und jeder beglückte seine Unterthanen in seiner Weise, wenn er nur die nöthigen Truppen an Frankreich lieferte. Diese Dienstbarkeit hatte ihre schätzbaren Fleischtöpfe und war für die Fürsten nicht so beschwerlich, daß sie, um sich ihr zu entziehn, Land und Leute hätten aufs Spiel setzen und wie jener Kaiser in Bürgers Gedicht „in Hitz und in Kälte, im Kriegesgezelte, bei Schwarzbrod und Wurst, bei Hunger und Durst“ um ihre und Deutschlands

26. 4. 1856.

26. 4. 1856. Freiheit hätten werben sollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundfürsten eine wesentlich andre Gesinnung nicht belebt, davon habe ich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des Bundes, mich in den letzten Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht bloß die Furcht vor dem Verlust der gewohnten fürstlichen Existenz, nicht bloß die Leidenscheu, auch die habendi saeva cupido manches ziemlich kleinen Herrn wird am Tage der Prüfung den Bund zu Fall bringen.

Mit einer Million Soldaten der Heiligen Allianz im Rücken mag der Bund haltbar genug aussehn; wie die Sachen jetzt liegen, besteht er aber eine wirkliche Gefahr von außen nicht. Es bedarf, um das Ausland darüber aufzuklären, gar keiner Reisen von Pfordten und Beust nach Paris oder Minister wie Dalwigk, es bedarf auch keiner besondern Verführung, die Ratten aus dem Hause zu locken, wenn der Einsturz droht. Die fremden Gesandten hier hören es mit sarkastischer Höflichkeit an, wenn gelegentlich von „Bundeskrieg“ in großem Stil gesprochen wird, und wir Bundestagsgesandte bedürfen der Ernsthaftigkeit der römischen Auguren, um unsre Bundeskriegsverfassung mit Gründlichkeit zu revidiren. Es wäre auch vielleicht früher nicht anders gewesen, wenn die Heilige Allianz früher zerfallen wäre; daß aber jetzt die innere Morschheit des Bundes so zur Anschauung und zum Bewußtsein des In- und Auslands gekommen ist, das danken wir insbesondre dem Verhalten Oestreichs in den letzten beiden Jahren, wie es im Dezembervertrag und in der Note vom 14. Januar seinen Culminationspunkt fand.

Der Bund könnte sich auch ohne Verfassungsbruch aus einem Kriege seiner Großmächte freihalten, wenn ein Drittheil des Plenums (etwa Frankfurt, Holstein, Luxemburg, Großherzogthum Hessen, Baden, Würtemberg, Bayern) der Kriegserklärung nicht zustimmten. Aber das wagen sie nicht, sie votiren lieber und lassen uns nach Bedürfniß sitzen.

Können wir nun nöthigenfalls im Bunde mit Oestreich uns gegen Osten und Westen wehren, wenn dem letztern Sardinien, wahrscheinlich die belgische Armee und ein Theil des Deutschen Bundes zutritt? Wenn alles wäre, wie es sein

sollte, so würde ich daran nicht verzweifeln. Aber der Kaiser Franz Joseph ist nicht in demselben Maße Herr seines Landes und seiner Unterthanen, wie unser Allergnädigster Herr. Oestreich ist in der Offensive nicht zu verachten; es mag mehr als 200000 Mann guter Truppen außer Landes verwenden können und noch genug zu Hause behalten, um seine Italiener, Magyaren und Serben nicht aus dem Auge zu lassen. Auf der Defensive aber, und im eignen Lande von Osten und Westen angegriffen, halte ich das heutige Oestreich für schwach, und leicht kann auf den ersten glücklichen Stoß ins Innere das ganze künstliche Bauwerk seines centralisirten Schreiberregiments wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Aber wenn ich auch von dieser Gefahr absehe, so liegt die größere darin, daß die Seele eines preußisch-östreichischen Bündnisses, auch in der größten gemeinsamen Gefahr, das Gegentheil von alle dem sein würde, was ein Bündniß fest macht. Gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der Argwohn des Einen, daß der Andere, in Separatverträgen mit dem Gegner, bei gutem Glück die Vergrößerung der Bundesgenossen zu hindern, bei schlechtem sein eignes Heil zu sichern suchen werde — das alles würde zwischen uns jetzt stärker und lähmender sein als in irgend einem schlecht assortirten Bündniß der Vergangenheit. Kein General würde dem andern den Sieg gönnen, bis es zu spät wäre. Wir haben in unsrer Geschichte die Verträge von Vossem und St. Germain, die Erinnerung an unser Schicksal auf dem Wiener Congreß, welche uns berechtigen, gegen die Erfolge östreichischer Bundesgenossenschaft mißtrauisch zu sein; die Politik der beiden letzten Jahre beweist uns, daß die perfiden Praktiken in Wien nicht aus der Uebung gekommen sind. Vielleicht würde man uns Garantien durch einen Personalwechsel geben wollen, nachdem Buol ohnehin Glauben und Vertrauen bei allen Cabinetten eingebüßt hat; aber die traditionelle Politik Oestreichs und seine Eifersucht gegen uns würde damit nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchs im neuen Pelze ebenso wenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns

26. 4. 1856.

26. 4. 1856. beide; so lange ein ehrliches Abkommen über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und so lange bleibt Oestreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können.

Durch das Concordat und was daran hängt, ist diese historisch nothwendige Reibung nur geschärft und die Verständigung nur erschwert. Wir haben auch ohne das aber eine große Zahl streitender Interessen, die keiner von uns aufgeben kann, ohne auf die Mission, an die er für sich glaubt, zu verzichten, und die durch diplomatische Correspondenz im Frieden nicht entwirrt werden können. Selbst der schwerste Druck von außen, die dringendste Gefahr der Existenz beider vermochte 1813 und 1849 dies Eisen nicht zu schmieden. Der deutsche Dualismus hat seit tausend Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen innern Krieg seine gegenseitigen Beziehungen regulirt, und auch in diesem Jahrhundert wird kein andres als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf die richtige Stunde stellen können.

Ich beabsichtige mit diesem Raisonnement keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsre Politik darauf richten sollen, die Entscheidung zwischen uns und Oestreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsre Existenz gegen Oestreich werden fechten müssen, und daß es nicht in unsrer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge keinen andern Ausweg hat. Ist das richtig, was allerdings mehr Frage des Glaubens als des Beweises bleibt, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverleugnung so weit zu treiben, daß wir die eigne Existenz einsetzen, um die Integrität von Oestreich zu schützen, und zwar in einem hoffnungslosen Kampfe. Unter den Schwächen, mit welchen unsre Seite in diesem Kampf behaftet sein würde, habe ich obenein derjenigen nicht erwähnt, welche in den eignen Verhältnissen Englands liegen. Seit der Reformbill hat die „erbliche Weisheit" der frühern Tage noch

nicht wieder die Leidenschaften eines ungeordneten Partei- 26. 4. 1856. getriebes lichten können, und wo Timesartikel mehr bedeuten als staatsmännische Erwägungen, da ist es nicht möglich Vertrauen zu gewinnen. Die insularische Sicherheit macht es England leicht, einen continentalen Bundesgenossen je nach dem Bedürfniß der englischen Politik fallen oder sitzen zu lassen, und ein Ministerwechsel reicht zur Bewirkung und Rechtfertigung des révirement hin, wie Preußen das im siebenjährigen Kriege erlebt hat; die gegenseitige Abneigung und die gleichmäßige Arroganz Oestreichs und Englands, der politische und religiöse Gegensatz werden ein Bündniß beider vielfach lockern und lahm legen.

Und wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündniß siegreich blieben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des Uebergewichts Oestreichs in Deutschland und der erbärmlichen Bundesverfassung; dafür können wir doch unmöglich unsre letzte Kraft ein- und unsre Existenz aufs Spiel setzen. Wollten wir aber in dieser Beziehung Aenderungen zu unsern Gunsten in Gemeinschaft mit Oestreich durchsetzen, so würde es uns gehen wie 1815; Oestreich würde durch Verträge wie die von Ried und Fulda zur rechten Zeit abgeschlossen haben und am Ende vom Liede sich durch Verständigung mit dem Gegner in die Lage bringen, uns wie damals den Kampfpreis nach Belieben zuzumessen. Jede Perfidie wird es jetzt wie früher ausüben, um Preußen nicht zu einer höhern Geltung in Deutschland gelangen zu lassen und uns unter dem Druck unsrer dermaligen geographischen Lage und einer ungünstigen Bundesverfassung zu erhalten.

Wenn ich hier Eventualitäten und Phantasiebilder ausmale, die sich vielleicht nie realisiren, so will ich damit nur meine Behauptung rechtfertigen, daß Oestreich selbst die Chancen eines deutsch-preußisch-englischen Bündnisses gegen Rußland und Frankreich nicht acceptiren wird, weil sie zu unsicher und schwach sind. Wenn es also wahr ist, daß Oestreich schon in München Garantieverträge wegen Italien angeregt, daß es bei uns Aehnliches beabsichtige, daß Graf Buol zu diesem Zwecke Hannover und Dresden besucht habe, so glaube ich

26. 4. 1856. nicht, daß dem der Gedanke zu Grunde liegt, Deutschland fest um sich zu schaaren und dann einer Welt in Waffen zu trotzen; sondern das Wiener Cabinet wird unsre und anderweitige Zusicherungen lediglich diplomatisch ausbeuten, um sich mit Frankreich, und wenn es sein kann, mit Rußland bessere Bedingungen einer Verständigung auf unsre Kosten zu verschaffen. Es wird den Don Juan bei allen Cabinetten spielen, wenn es einen so stämmigen Leporello wie Preußen hinter sich produciren kann, und getreu dieser Rolle wird es stets bereit sein, sich auf unsre Kosten aus der Klemme zu ziehn und uns dann (sitzen) zu lassen. Bleibt Frieden, so wird es uns, aus Dankbarkeit für unsre bundesfreundliche Gesinnung, im Punkte der Solidarität der deutschen Interessen beim Worte zu halten suchen, um uns den Zollverein aus der Hand zu winden. Wird Krieg, so wird es sich durch alle in seiner Tasche befindlichen Garantieverträge nicht abhalten lassen, sich mit ebensoviel Geschwindigkeit als Unverschämtheit auf der Seite aufzudrängen, wo es die beste Aussicht auf Vortheil hat und namentlich auf Herrschaft in Deutschland, deren es bei seiner dermaligen germanisirenden Centralisation mehr als früher bedarf.

Ich bin überzeugt, daß jene Gerüchte von Garantieverträgen ihren Ursprung nur in etwaigem guten Willen Oestreichs haben. Letztres kann selbst nicht glauben, daß wir oder Bayern uns zu einem so durchaus einseitigen Geschäfte in einem Augenblicke hergeben werden, wo die Situation noch völlig unklar, keine Gefahr indicirt, keine Gruppirung gebildet ist. Wir würden ja damit nichts erreichen, als, gebunden an einen so unberechenbaren und übelwollenden Passagier wie Oestreich, in das unbekannte Land der Zukunft hinein zu reisen. Im Jahre 1851, besonders zu Anfang, lagen die Gefahren eines Debordirens der Revolution aus Frankreich und Italien noch näher, und es war eine Solidarität der Monarchien gegen diese Gefahr vorhanden, welche unsern Maivertrag ganz natürlich herbeiführte; eine ähnliche Situation würde erst wieder da sein, wenn das französische Kaiserthum gestürzt wäre. So lange es steht, handelt es sich nicht um Abwehr der Demo-

kraten, sondern um Cabinetspolitik, bei der die Interessen Oestreichs eben nicht mit den unsrigen zusammenfallen. Ein ähnlicher Vertrag, zum Schutz Italiens jetzt abgeschlossen, würde nur den Effect einer vorzeitigen Provocation Frankreichs und einer Abkühlung Rußlands gegen uns haben. Das läge ganz in Oestreichs Interesse, und man würde zu Wien schon dafür sorgen, daß die Thatsache in Petersburg und Paris nicht unbekannt bliebe; die Schuld der Indiscretion würde dann natürlich auf uns geschoben. In allem aber, was Oestreich ohne uns zu thun die Lust und die Fähigkeit hat, würde es sich durch den besten Garantievertrag Preußens und Deutschlands nicht irre machen lassen. Hat es doch den Aprilvertrag von 54 zu nichts Anderm benutzt, als um ihn in seinem Interesse moussiren zu lassen, uns schlecht zu behandeln und eine ebenso doppelzüngige als unweise Politik zu betreiben; den Dezembervertrag aber heimlich abzuschließen und es mit jedem andern je nach eignem Vortheil zu halten, hat es sich durch unsre Garantie nicht hindern lassen. Wäre der Calcül des Grafen Buol nicht an dem Thronwechsel in Rußland und der in Wien offenbar unerwarteten Nachgiebigkeit des Kaisers Alexander gescheitert, so hätten wir Oestreichs Dank gegen uns für den Aprilvertrag wohl noch anders kennen gelernt, als in dem heimlichen Widerstande gegen unsre Zuziehung zu den Conferenzen.

26. 4. 1856.

Meines gehorsamsten Dafürhaltens ist unsre Lage als die eines gesuchten Bundesgenossen eine günstige, so lange neue politische Gruppirungen sich noch nicht zu scharf zeichnen, so lange ihre Thätigkeit eine diplomatische bleibt und ein gutes Einvernehmen mit dem Einen nicht den Bruch mit den Andern involvirt. Käme es aber zur Verwirklichung einer russisch-französischen Allianz mit kriegerischen Zwecken, so können wir meiner Ueberzeugung nach nicht unter den Gegnern derselben sein, weil wir da wahrscheinlich unterliegen, vielleicht pour les beaux yeux de l'Autriche et de la Diète uns siegend verbluten würden.

Um uns jede Chance offen zu erhalten, scheint für den Augenblick ja nichts erforderlich als vielleicht etwas mehr

26. 4. 1856. kostenlose Freundlichkeit gegen Louis Napoleon und Ablehnung jedes Versuchs, uns gratuitement und vor der Zeit an das Schlepptau eines Andern zu fesseln. Bei der Ratification des Friedens wird ohne Zweifel ein Ordensaustausch der Souveräne stattfinden, und es würde für uns wohl nicht von praktischem Nutzen sein, wenn wir uns von dieser wohlwollenden Demonstration Paris gegenüber ausschlössen oder uns erheblich später als andere dazu herbeiließen. Es ist gewiß, daß Louis Napoleon an seinem neuen Hofe und nach seinen persönlichen Dispositionen das Eingehn oder Ausbleiben dieses Freundschaftsbeweises höher anschlägt, als die Träger alter Kronen pflegen.

(Der letzte Absatz des Poschingerschen Textes fehlt im Concept.)

X.

Frankfurt, 10. 5. 1856.[1])

Ew. Excellenz

10. 5. 1856. habe ich vor einigen Tagen mit einer ohnehin sehr langen Elucubration über allgemeine Politik behelligt, und wenn ich durch ein nochmaliges Zurückkommen auf dieselbe Ihre Geduld ermüde, so erlaube ich mir zu meiner Entschuldigung anzuführen, daß der General von Gerlach mir schreibt,[2]) er fände meine Auseinandersetzung nicht vollständig, indem ihr ein petitum, ein Gutachten über das, was nunmehr meiner Ansicht nach zu geschehen hätte, fehle.

Ich bin allerdings am Schluß meines damaligen Schreibens mit der Zeit zu kurz gekommen, sonst würde ich meine Meinung noch deutlicher dahin formulirt haben, daß die dermalige Situation uns grade empfiehlt, unsre Politik vor einer deutlichern Erkennbarkeit der Absichten der andern Mächte nicht durch Entschlüsse oder gar Versprechungen festzulegen.

---

[1]) Poschinger a. a. O. II 376 ff. No. 96. Hier bietet das Concept bedeutende Abweichungen und Erweiterungen im Vergleich mit dem Poschinger'schen Texte.

[2]) Siehe unten unter No. 4 XXIII Gerlachs Brief vom 5. Mai 1856.

10. 5. 1856.

Denn sobald das geschehen ist, werden wir den Andern uninteressant, und die Werbung um uns macht bei denen, welchen wir nützen, einer undankbaren Sicherheit, bei ihren Gegnern einer feindseligen Haltung Platz. Wir vermögen es nicht, die gegenseitigen Beziehungen der übrigen Großmächte zu einander nach unsrer Wahl zu gestalten, aber wir können uns die Freiheit bewahren, die Gestaltungen, welche sich ohne unser Zuthun und vielleicht gegen unsre Wünsche entwickeln, nach den Anforderungen unsrer Sicherheit und unsrer Interessen zu benutzen.

Unsre Beziehungen zu Rußland, England und Oestreich sind von der Art, daß sie kein Hinderniß für eine Annäherung an jede dieser Mächte bieten, wenn uns die Umstände eine solche rathsam erscheinen lassen. In Betreff Frankreichs findet zwar nicht das Gegentheil statt, aber die Keime einer gegenseitigen Entfremdung sind dort nach den geschichtlichen und dynastischen Verhältnissen in dem Maße vorhanden, daß nur eine sorgfältige Pflege unsrer Beziehungen uns die Fähigkeit bewahren kann, nach Umständen ebenso leicht mit Frankreich zu gehn, als mit jeder der drei andern Mächte. Ich will damit nicht einem preußisch-französischen Bündniß a priori das Wort reden; aber ich glaube, es bedarf keines Beweises, daß unsre Stellung an Gewicht verliert, und die übrigen Mächte anfangen werden, weniger Rücksichten auf uns zu nehmen, sobald aus dem Kreise der für Preußen möglichen Entschließungen die Chance eines Bündnisses mit Frankreich als gänzlich gestrichen anzusehn ist, und wir können außerdem und wirklich, ohne daß wir es zu hindern im Stande wären, in Lagen gerathen, wo jene Chance von zwei Uebeln das kleinste wäre. Wird dies zugegeben, so folgt auch daraus, daß unsre Beziehungen zu Frankreich einstweilen von der Art sein müssen, daß sie uns jederzeit erlauben, dieser Macht ohne Schaden und Demüthigung für uns noch näher zu treten, und daß auch die andern Höfe den Eindruck behalten, daß uns diese Möglichkeit offen steht. Besonders für unser Verhältniß zu Oestreich und den andern deutschen Höfen halte ich diesen Eindruck entscheidend. Von dem Augenblick an, wo

10. 5. 1856. ein östreichisch-französisches Bündniß mit Ausschluß Preußens von demselben zur Wahrheit würde, zweifle ich nicht, daß Oestreich einen sehr hohen Ton gegen uns anstimmen und die deutschen Staaten keinen andern Compaß mehr für ihre Politik haben würden, als den der Angst vor Frankreich und Oestreich. Sie gehn, wenn es Ernst wird, unter allen Umständen mit dem, der Frankreich für sich hat, auch mit letzterm allein, wenn beide deutsche Großmächte gegen dasselbe und gegen Rußland zugleich stehn sollten. Mögen sie uns nun vorher versprechen, was sie wollen, sie bleiben nur so lange bei uns, als unsre Truppen sie dazu nöthigen, und glauben weder an die Einigkeit Preußens und Oestreichs, noch an den Bestand und das Glück einer solchen, wenn sie äußerlich momentan festgestellt würde.

Diese meine Ansicht scheint von dem Wiener Cabinet vollständig getheilt zu werden; Oestreich sucht seine Sicherheit keineswegs in dem baufälligen Hause des Bundes, sondern buhlt offen und mit jedem Mittel um die Freundschaft Frankreichs; seine officiöse Presse prahlt mit dem Erfolg dieser Bestrebungen, weil man in Wien weiß, daß Oestreich in dem Maße auf die deutschen Staaten und ihre Vota in Bundes- und Zollsachen zählen kann, als es diesen den Glauben an sein Bündniß mit Frankreich beizubringen vermag. Der Erzherzog Max, welcher heute hier ist, und dem zu Ehren Graf Rechberg ein Soirée giebt, hat bekanntlich den Grafen Mensdorf bei sich. Dieser Umstand wird von der östreichischen Regirungspresse ausdrücklich benutzt, um darzuthun, daß die Reise Sr. Kaiserl. Hoheit nach Paris politische Zwecke habe und zu Verhandlungen werde benutzt werden. Auf meine Collegen verfehlen diese Demonstrationen ihren Eindruck nicht, und wenn sie auch noch nicht daran glauben, daß die Reise des Erzherzogs bestimmt sei, den Anlaß zu einer Einladung des Kaisers Franz Joseph nach Paris zu geben, so findet doch ein andres Gerücht bei ihnen Anklang, nach welchem bei dieser Gelegenheit Louis Napoleon disponirt werden soll, mit dem Kaiser von Oestreich in Rom zu den Füßen des heiligen Vaters zusammenzukommen. Etwas Näheres kann ich darüber

nicht ermitteln. Mit mehr Bestimmtheit spricht man davon, 10. 5. 1856.
daß der Kaiser Alexander demnächst einen Besuch in Paris machen werde. Meine Quelle darüber kommt zunächst aus Darmstadt, von wo Se. Majestät bekanntlich schon vor vier Jahren bei dem dortigen Aufenthalt als Thronfolger einen Ausflug nach Paris beabsichtigte, zu welchem die Erlaubniß des Kaisers Nicolaus damals eingeholt und gegeben war. Ich habe vergessen, weshalb damals nichts daraus wurde. Reisende, welche aus Paris kommen, erzählen mir, daß der Kaiser Napoleon gelegentlich zu preußischen Offizieren, unter andern namentlich zu dem Erbprinzen von Reuß bei dessen Vorstellung den Wunsch und die Hoffnung geäußert, die preußischen Truppen bei einer Uebung zu sehen. Da er nicht etwas ohne Absicht und Vorbedacht spricht, so hat man daraus geschlossen, daß er gern eine Einladung nach Berlin haben würde. Was daran ist, wird Hatzfeldt natürlich besser wissen als ich; wenn es aber so wäre, so würde ich in einem solchen Besuch einen sehr gelungnen Abschluß der preußischen Politik und der orientalischen Frage und eine eclatante Exempelprobe für ihre Richtigkeit erblicken. Der Selbstherrscher der Franzosen hat dermalen eine so hohe Bedeutung in den Combinationen der europäischen Politik, daß es nicht bloß ein äußerlicher Beweis der Anerkennung, sondern eine Thatsache von politischem Gewicht sein würde, wenn er nach der Ehre strebt, unserm Allergnädigsten Herrn vor allen andern seinen Besuch zu machen, während die Kaiser von Oestreich und Rußland vielleicht damit umgehn, ihm bis Paris entgegenzukommen, und viele andre Monarchen mit der Etikette zu Rathe gehen, wie es sich einrichten ließe, einen ähnlichen Schritt ohne Schaden für ihr Selbstgefühl zu thun. Man mag es beklagen, daß es so steht, aber in der Politik haben wir die Thatsachen nicht nach ihrer Erfreulichkeit für das eigne Gefühl abzuschätzen, sondern sie zu benutzen, und da kann ich nach meinem gehorsamsten Dafürhalten nur sagen, daß ich, wie die Dinge einmal liegen, einen Besuch des französischen Kaisers in Berlin für einen diplomatischen Sieg und das Unterlassen der Einladung, falls die Velleität bei ihm wirklich vorhanden ist, für einen politischen

10. 5. 1856. Fehler halte, dessen nachtheilige Folgen sich früher oder später fühlbar machen müßten.

Der Vertrag der Dezemberverbündeten vom 15. April hat hier einige Sensation gemacht. Es scheint, daß die französischen Gesandtschaften zu einer vertraulichen Aufklärung dahin angewiesen sind, daß Frankreich schon zu Ende des vorigen Jahres, als man sich über die östreichischen Friedenspropositionen berieth, den beiden andern Mächten die Schließung eines derartigen Vertrags auf alle Fälle, es mochte Frieden werden oder nicht, zugesagt habe und daß nunmehr Oestreich und England auf Erfüllung dieser Zusage gedrungen hätten. Wenigstens hat Graf Montessuy sich in diesem Sinne gegen mich und andere ausgesprochen. England erhielt damit ein Pfand, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Rußland nicht schon zu eng geworden ist, und daß Louis Napoleon der englischen Allianz noch zu bedürfen glaubt; Frankreich hält damit die Kluft zwischen Oestreich und Rußland offen und sichert sich gegen etwaige Neigungen des letztern (lies: erstern), mit einer Schwenkung und einem Ministerwechsel den Boden der Heiligen Allianz wiederzugewinnen, und Oestreich hat die Genugthuung, sich den geängsteten Deutschen gegenüber nochmals mit dem Mantel westmächtlicher Wichtigkeit zu drapiren; für uns aber scheint es mir keine Aufforderung zu sein, erhöhtes Vertrauen in Oestreichs Absichten zu setzen. Die Dezemberverbündeten, so lange sie (zusammen) halten, sind ihm jedenfalls theurer als die deutschen Verbündeten.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung 2c.

v. Bismarck.

XI.

Frankfurt, 29. April 1857.

Ew. Excellenz

29. 4. 1857. wollen geneigtest verzeihn, daß ich nicht schon einige Tage früher geschrieben habe; ich bin seit meiner Rückkehr[1]) hierher

[1]) Von Paris.

an den Folgen einer Erkältung krank gewesen, habe zwei Tage zu Bett liegen müssen und schreibe auch jetzt noch unter dem Druck verschiedner Körperleiden. 29. 4. 1857.

Zur Abstimmung über die Salzsteuer hätte ich nur, wenn ich von Paris direct auf die durch Hatzfeldt erhaltne Nachricht nach Berlin gefahren wäre, einige Stunden vor der Abstimmung eintreffen können, nachdem letztre schon am Donnerstag stattfand; ich hätte dann lediglich die Minorität um Eine Stimme vermehren können, aber keinen Einfluß auf Andre mehr üben; ich würde denselben vielmehr auch für solche zukünftige Fälle compromittirt haben, in denen die Zeit ihn geltend zu machen vorhanden wäre. Ich zweifle nicht, daß Ew. Excellenz mir nach Ihrer eignen parlamentarischen Erfahrung hierin beistimmen, vorausgesetzt, daß ich mir bei meinen „politischen Freunden" im Landtage überhaupt noch eine Autorität zuschreiben kann, welche der Mühe werth ist conservirt zu werden.

Die erste Person von Bedeutung, welche ich in Paris gesehn habe, war Hübner und das Thema seiner Unterhaltung die Einigkeit zwischen uns und Oestreich. Er gab zu verstehn, daß er selbst billigere Gesinnungen in Betreff unsrer habe als Graf Buol, daß eine Zufriedenstellung Preußens in Betreff eines bestimmten Antheils an der Leitung Deutschlands, zu den Bedürfnissen Oestreichs gehöre, daß die bisherige gereizte Rivalität beider Deutschland auflöse, das Werben um Stimmen gegen einander bei den übrigen Höfen, der Kampf in der Presse müsse aufhören, ein veto jeder der beiden Großmächte am Bunde gegenseitig eingeräumt, und mehr zwischen Berlin und Wien als in Frankfurt verhandelt werden. Kurz er sprach wie ein Buch; seine Collegen in Paris sagten mir aber, es sei ganz gleichgültig, was er sage, da er zu jedem nur das spreche, was er wünsche, daß dieser nach Hause schreiben solle, ohne alle Rücksicht auf Wahrheit und Sachverhalt.

Von französischer Seite bin ich mit einer großen Zuvorkommenheit behandelt worden; mit Graf Walewski habe ich mehre längere Unterredungen gehabt, deren Inhalt ich übergehe, weil der Kaiser mir dasselbe bestimmter und unumwun-

29. 4. 1857. dener sagte, in Betreff Dänemarks sowohl wie der allgemeinen Politik. Letztrer berief mich zu einer Audienz, noch ehe meine amtliche Meldung durch Hatzfeldt stattgefunden hatte. Er sieht sehr wohl aus und ist nicht unbeträchtlich stärker geworden seit 1855, einen Umstand, den ich mit den Krankheiten, die das Gerücht ihm zuzuschreiben pflegt, für unvereinbar halte. Ich bin kein Arzt, aber wie ich ihn gesehn habe, glaube ich nicht mehr an diese Krankheitsgerüchte. Er begann damit von Neuenburg zu sprechen; er thue, was in seinen Kräften stehe, um Sr. Majestät gefällig zu sein, aber insoweit, als der Widerstand der Schweiz von England unterstützt werde, habe er keine diplomatischen Mittel, ihn zu brechen; es sei ihm sehr peinlich, wenn er unsre Bedingungen nicht in allen Punkten durchsetzen könne, aber wenn das Resultat der Conferenz, sogut es sich Englands wegen machen lasse, bei uns keine Annahme fände, so sei er mit seinem Latein zu Ende, hoffe aber, daß der König ihm keine Schuld beimessen, daß vielmehr unter allen Umständen der bleibende Vortheil freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Monarchen aus dieser Angelegenheit hervorgehn werde; er wenigstens lege sowohl aus Gründen der Politik, wie aus persönlicher Neigung (disposition) den höchsten Werth auf diese Beziehungen und werde thun, was er könne, um sie zu erhalten und auszubilden; in der Richtung seiner Politik liege nichts, was uns trennen (désunir) könne, und nachgrade werde sich auch wohl le parti du Kreiz-Zeitung (sic!) überzeugt haben, daß er nicht die Wege des ersten Kaiserreichs gehe, daß seine Politik nicht erobernd, sondern erhaltend und gemäßigt sei. Ich könnte noch viele Wendungen anführen, in denen er seinen Wunsch guten Einvernehmens mit uns formulirte; er fragte vieles über innre Verfassung, Landräthe, Gemeindewesen, mit Rücksicht auf die Gefahren der Centralisation, besonders aber über die Landwehrverfassung, wobei wiederholt der Wunsch zu Tage kam, unsre Armee zu sehn. Er fragte dann nach meiner Meinung in Betreff der dänischen Frage; ich werde mir erlauben, hierüber zur Vervollständigung der Acten in separato zu berichten[1]), und erwähne

[1]) Bericht vom 1. Mai 1857, Poschinger III 94 ff. No. 55.

29. 4. 1857.

hier nur im Allgemeinen, daß er die Nothwendigkeit von Concessionen auf Seiten Dänemarks anerkannte und dahin wirken wollte, dieselben auf friedlichem Wege zu erlangen; so lange es bei Unterhandlungen bliebe, habe er kein Bedürfniß sich weiter hineinzumischen, als es uns und dem Bunde zur Verhütung von Friedensstörungen (troubles européens) wünschenswerth erscheine; komme es aber zu bewaffnetem Einschreiten, so könne keiner europäischen Macht verwehrt werden, sich vermöge der für die dänische Monarchie übernommnen Garantie oder nach ihren sonstigen Interessen um die Sache zu bekümmern. Wenn sie vor den Bund komme und dieser wolle einen Commissar nach Kopenhagen senden, um wegen Abstellung der Beschwerden zu verhandeln, so werde derselbe jede im Interesse von Ruhe und Frieden nützliche Unterstützung von Seiten Frankreichs haben, offiziell, oder auch vertraulich, wenn wir Werth darauf legten, daß dem Bunde allein die Ehre des Erfolges bliebe. Eine vollständige Heilung des Schadens sei übrigens auf diesem Wege und jetzt ebensowenig in Dänemark wie an andern kranken Stellen Europas herbeizuführen; „mais il faut en attendant mieux y mettre un cataplasme."

Die Audienz dauerte über eine Stunde, und der Kaiser sprach über viele Personen und Zustände mit einer überraschenden Rückhaltlosigkeit, nicht minder bei einer spätern, einige Tage vor meiner Abreise. Bei der erstern wurde er abgerufen, entließ mich aber nicht, sondern bat mich, seine Rückkehr im Cabinet abzuwarten, so daß ich einige Minuten allein blieb. Da alle möglichen Dinge schon besprochen und die Audienz auch lang genug gewesen war, so schloß ich daraus, daß er noch etwas sagen wolle, worauf er besondern Werth lege, und war aufmerksam auf ein etwaiges neues, vor der Pause noch nicht von ihm berührtes Thema. Es schien mir, als wenn ein nochmaliges Zurückkommen auf unsre innern Zustände, Verfassung, Composition des Herrenhauses, ganz besonders aber die Heereseinrichtungen, und der schärfer hervortretende Wunsch, Preußen und einen Theil der Armee zu sehn, der Grund gewesen waren, mich noch nicht zu ver-

29. 4. 1857. abschieden. Die Großherzogin Stephanie hat mir unumwundner von dem Gedanken gesprochen, eine Zusammenkunft Sr. Majestät des Königs mit dem Kaiser herbeizuführen und letzterm Gelegenheit zu einem Besuche bei uns zu geben. Da mir die allerhöchsten Intentionen über diesen Punkt aber nicht bekannt waren, so habe ich nur mit Phrasen mich darauf eingelassen. Nach dem aber, was die Großherzogin mir gesagt hat, und nach der ganzen Haltung, die sie zu mir genommen hat, kann ich mit ihr sehr leicht auf das Thema zurückkommen, wenn ich sie im Sommer gelegentlich in Mannheim oder Baden sehe. Einige Tage nach der ersten Audienz wurde ich zu einem dîner in den Tuilerien geladen, bei dem an Fremden außer mir noch der General Tottleben und der Fürst Ligne, außerdem etwa vierzig französische Herrn und Damen waren; ich saß neben der Kaiserin, die eine sehr lebhafte und heitre Conversation hat und über äußre und innre Politik, Pferde und Toiletten, die Krim und die Attentate sich unbefangen und witzig unterhielt, so daß ich nicht mehr essen konnte als sie selbst, was leider wenig war. Sie ist eine große Freundin der Engländer, mehr als er, wie mir schien; sie hatte ihm nach dem Essen erzählt, wovon wir gesprochen, und er setzte sich beim Thee mit mir allein, und knüpfte an diese Themata seinerseits eine längre Conversation. Von den letzten Attentaten habe ich hier in Frankfurt viel erzählen hören; in Paris glaubte außerhalb der untern Volksklassen und gobe-mouches[1]) niemand ein Wort davon, auch sehr verbitterte Legitimisten nicht, mit denen ich in Beziehung gekommen bin. Die Details, mit welchen die Vorgänge hier erzählt werden, waren zugleich örtlich unmöglich, namentlich in Betreff eines auf angebliche Besuche des Kaisers bei einer Dame begründeten Attentats-Gerüchtes. Diese Dame (Castiglione) habe ich auf dem dîner und eines Abends in Gesellschaft des Kaisers gesehn; sie ist sehr schön, aber ihr Verhalten war so, als ob entweder noch nichts oder nichts mehr zwischen ihr und dem Kaiser vorgehe, denn sie bemühte sich sichtlich, die Aufmerksamkeit des letztern auf sich zu ziehn, was sie nicht nöthig gehabt hätte

[1]) Einfaltspinsel.

vor den Leuten zu thun, wenn Gelegenheit unter vier Augen wäre. 29. 4. 1857.

Ich wurde am Hofe und vom Kaiser selbst wiederholt gefragt, ob ich die Sendung des Prinzen Napoleon nach Berlin für nützlich zur Förderung unsrer gegenseitigen Relationen hielte; da man mir sagte, daß Se. Maj. Sich über das Willkommen dieses Besuches bereits ausgesprochen hätten, so konnte ich nicht nein sagen, obschon ich besorge, daß der Prinz in Berlin nicht überall gefallen wird, und bei seiner lebhaften Art und Weise giebt er uns vielleicht durch unzüchtige Zumuthungen Veranlassung, unsre bundestreue Keuschheit zu Gunsten Oestreichs mit einem Korbe zu bewähren, und ein Vorgang der Art würde nachtheilig auf die Pariser Stimmungen zurückwirken, ohne daß man ihn uns in Wien dankte. Der Prinz N. hat drei sehr lange Unterredungen mit mir veranstaltet und gab mir ein großes dîner von lauter Ministern und Marschällen, bei dem ich den Ehrenplatz bekam; Aehnliches geschah mir bei der Großherzogin Stephanie und dem alten Jérôme von Westphalen. Ich habe dabei so ziemlich die ganze offizielle und Hof-Welt von Paris kennen gelernt und könnte einen dicken Band über die politischen Gespräche schreiben, welche die verschiednen Leute mit mir geführt haben. Doch damit würde ich Hatzfeldt ins Handwerk fallen, und ich beschränke mich darauf, einen Totaleindruck zu resümiren, den ich als persönliche Ansicht, nicht als Bericht gebe, und da ich dort nicht als offizieller Berichterstatter aufgetreten bin, so glaube ich auch meine Gewährsmänner für Einzelheiten, die mit mir als einer Privatperson gesprochen haben, nicht genauer nennen zu dürfen.

Daß ein Bündniß von Frankreich und Rußland nicht schon weiter ausgebildet ist, hängt nur an dem Willen des erstern, die Russen halten noch fortwährend beide Arme weit offen, und Frankreich kann hineinfallen, sobald es ihm gut scheint, natürlich aber auf Kosten der jetzigen guten Beziehungen zu England. Letztre abzubrechen ist eine ernste Sache, denn man sagt sich mit Recht in Paris, daß man mit England entweder alliirt oder im Kriege sein muß, weil bei übelwollenden

29. 4. 1857. Beziehungen ohne Krieg das Bestehn der französischen Regirung gefährdeter ist als nach erklärtem Kriege, der die Franzosen für eine nationale Ehrensache compromittiren würde. Also man fürchtet Erkältung mit England, weil man schnellen Uebergang zum vollen Bruch darin sieht, und hat doch keinen rechten Glauben an lange Dauer des westlichen Bündnisses; „l'Anglais est mauvais coucheur, il tire toute la couverture à lui", und man fürchtet steigende Anmaßung der englischen Regirung, die von dem Gefühl gespornt wird, durch Frankreich in zweite Linie gedrängt zu sein. Ohne einen Bruch mit England zu wollen, sagt man sich doch, daß er wahrscheinlich früher oder später eintritt; man zählt die Marinen, die für solchen Fall verbündet sein könnten, und würde die Entwicklung secundärer, insbesondre auch der unsrigen oder einer scandinavischen gern sehn; die der französischen scheint ganz oder doch sehr überwiegend auf das Mittelmeer geworfen werden zu sollen, um der bisherigen Zertheilung der Flotte, mit dem Wege von Brest bis Toulon dazwischen, ein Ende zu machen. Im Zusammenhang mit diesem System scheint eine etwaige Expansivtendenz mehr auf Italien als auf den Rhein gerichtet zu sein. An das Zusammenhalten des Deutschen Bundes, sobald Rußlands Bündniß mit uns und Oestreich nicht den Kitt dazu gäbe, ist kein Glaube vorhanden; ob man von deutschen Staaten Anerbietungen hat, ist natürlich nicht zu wissen, offenbar aber nimmt man an, daß die Einheit der Bundesarmee das Mobilmachungsstadium nicht lange überdauern würde. In uns sieht man das kräftigste der Elemente, in die man Deutschland zerlegt, und wünscht uns deshalb lieber zum Bundesgenossen als die Mittelstaaten oder Oestreich, die Politik des letztern nach außen und nach innen gilt in Paris für schlecht geleitet; wenn die Urtheile über Wiener Zustände auf Bourqueney's Berichten beruhn, so kann dessen gerühmte Freundschaft für Buol nicht weit her sein, oder macht ihn wenigstens nicht blind. Ich habe grade keinen Haß gegen Oestreich gefunden, aber keinen Glauben; man sieht die Wiener Politik an, wie man etwa einem Reiter zusehn würde, indem man den Moment abwartet, wo er abfallen

29. 4. 1857.

wird. Man hält die germanisirende Centralisationspolitik nicht für durchführbar; daß ein so kluger Mann wie Bach dieselben Zustände, welche man als das größte Unglück Frankreichs betrachtet, in Oestreich einzuführen bemüht sei, sieht man als Beweis an, daß der bornirtere Buol ein Uebergewicht durch den Willen des Kaisers habe. Man begriff nicht, auf welchen Beistand Oestreich im Fall der Noth rechne, wenn nicht auf den unsern; bei den übrigen deutschen Höfen sei das Mißtrauen gegen Wien offenkundig und nicht minder die Erbitterung über die Anmaßungen von Graf Buol; nach gesandtschaftlichen Berichten hatte letztern einer der deutschen Monarchen einen chenapan[1]), der andre einen impertinent fastueux[2]) genannt, und dieses Urtheil, sagte mir mein Gewährsmann, scheine in Deutschland widerspruchslos verbreitet zu sein. Dem Gesandten eines deutschen Königreichs habe Buol vor zwei Jahren vor Zeugen gesagt: „Ich werde auf die kleinen Fürsten drücken, bis ihnen der Athem zum Widersprechen ausgeht", und einem andern: „Gewöhnen Sie Sich ein für alle Mal daran, daß es in Deutschland keine Politik giebt außer der von Oestreich." Es ist merkwürdig, wie alle dergleichen cancans[3]) nach Paris gelangen, aber gewiß, daß sie dort nicht den Eindruck von deutscher Einheit machen. Interessant war mir, daß die Depesche, mit welcher der Kaiser von Oestreich dem von Frankreich auf die Tatarenbotschaft über die Einnahme Sebastopols gratulirte, den Zusatz enthielt: „Je m'associe à toutes les conséquences de vos succès."[4])

Hier bricht der Bericht, mitten auf der Seite, ab; er scheint unvollendet geblieben und nicht an Manteuffel abgeschickt worden zu sein.

---

[1]) Schnapphahn, Strauchdieb.

[2]) Hochmüthigen Flegel.

[3]) Klatschereien.

[4]) Ich schließe mich allen Folgen Ihrer Erfolge an.

XII.

Ein unvollendeter Entwurf zu einem Briefe Bismarcks an Minister v. Manteuffel. 1857.

Frankfurt, 18. Mai 1857.

Ew. Excellenz

18. 5. 1857. würde ich schon früher mich beehrt haben ausführlicher zu schreiben, wenn ich nicht in den letzten Tagen durch Unwohlsein am Arbeiten verhindert gewesen wäre. Ich habe das, was ich sagen wollte, in das anliegende Promemoria zusammengefaßt, welches ich Ew. Excellenz bitte, als einen Versuch zur Beleuchtung der Situation unsrer auswärtigen Verhältnisse, mit Nachsicht aufzunehmen. Ich weiß nicht, ob meine Auffassungen den allerhöchsten Intentionen entsprechen; daß der General Gerlach andrer Ansicht ist, ersehe ich aus seinen Briefen; nach dem Eindruck, den die wirkliche Lage der Dinge mir macht, kann ich mir aber über die Haltung, welche wir annehmen sollten, keine andre Ueberzeugung bilden, als die in der Anlage entwickelte.

Die Reise des Prinzen Napoleon, die Art, wie seine Aufnahme in Berlin durch den Moniteur verkündet und so zu sagen ausposaunt wird, zeigt, welchen Werth die französische Politik auf den Eindruck legt, daß sie mit Preußen gut steht. Außerdem ist mir in Paris hinlänglich Gelegenheit geworden, mich zu überzeugen, daß man danach strebt, intimer mit uns zu werden und zu scheinen[1]), und man würde gewiß noch ausgehender gegen uns darüber sein, wenn man ganz von der Besorgniß frei wäre, daß Mittheilungen, die nur für uns bestimmt wären, nicht vermöge der Beziehungen der Höfe und ihrer Angehörigen zu einander oder in Momenten der Annäherung mit Andern und der Abkühlung gegen Frankreich in unerwünschter Weise transspiriren könnten. Mir wurde in

[1]) Bis hierher stimmt das Schreiben mit dem von Poschinger IV 262 No. 111 veröffentlichten überein.

dieser Beziehung erzählt, daß eine Andeutung, die uns ganz vertraulich gemacht worden sei, darüber, daß Frankreich uns unter Umständen die dänischen Herzogthümer gönnen würde, zur Zeit von Drouyn de Lhuys, von uns in Kopenhagen benutzt und demnächst in Wien bekannt geworden sei.[1]) 18. 5. 1857.

XIII.

Entwurf zu dem Bericht an Minister v. Manteuffel vom 14. März 1858.[2])

14. 3. 1858. Die Erlasse, die Zwistigkeit Hannovers mit Oestreich betreffend, erhalten. Nicht überrascht durch das Maß von Lüge und Perfidie der östreichischen Diplomatie gegen Heimbruch, weil er sich von seiner eignen Regirung zu einem für Oestreich mißliebigen Schritt hat brauchen lassen. Rechberg hatte Zimmermann vertraulich gebeten, von der ganzen Episode in Hannover so wenig als möglich und nur in freundlichem Sinn zu sprechen; er werde nach Wien hin dasselbe thun. Rechbergs Mangel an Befähigung für seine Stellung so hervorgetreten, daß man von seiner Abberufung gegen Ende des Jahres spricht. „Ihm ist die Aufgabe gestellt, die Heerde des Bundes unter dem Hirtenstabe Oestreichs zusammenzuhalten, den fremden Cabinetten den Glauben an die Einigkeit des Bundes zu erhalten, die Beziehungen Oestreichs insbesondre zu den nord-

---

[1]) Zu der Denkschrift vom 2. Juni 1857 (Poschinger a. a. O. IV 274 ff. No. 114) ergeben sich aus dem Concept folgende Verbesserungen:

S. 276 Z. 7 v. o. lies: Auch auf die revolutionären Erscheinungen nach 1789 statt: vor 1789.

„ 278 „ 10 v u. „ Bonaparte statt: Bonaparte's.

„ 280 „ 3 u. 4 v. o. „ Die deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich für uns in dem Maße, als sie uns fürchten, und sie fürchten uns in dem Maße, als sie uns für befreundet mit Frankreich halten. Die gesperrt gedruckten Worte fehlen bei Poschinger.

„ — „ 9 v. u. „ welcher statt: welchen.

[2]) Poschinger, Preußen im Bundestag III 266 ff. No. 132.

14. 3. 1858. deutschen Regirungen zu fördern und deren Intimität mit Preußen zu hindern, in Betreff der Geschäftsordnung möglichst viele, der Entwicklung des Präsidialeinflusses günstige Unbestimmtheiten zu erhalten. Das Resultat seiner jähzornigen Aufführung ist aber 1) daß über eine an sich ganz gleichgültige Sache ein Zank herbeigeführt wird, der vermöge der dabei entwickelten Heftigkeit und Ungerechtigkeit zur Kenntniß der ganzen Welt gelangt; 2) daß der wichtigste norddeutsche Staat sich mit Oestreich überwirft, uns in die Arme getrieben wird und seine mißtrauische Scheu vor Preußen soweit vergißt, daß er zum ersten Male und in einer Parteisache sich zu gemeinschaftlichen hannöverisch-preußischen Anträgen herbeiläßt; 3) daß über einige dem Präsidium besonders unwillkommne Sätze der Geschäftsordnung eine strengere Auslegung und Beobachtung als bisher herbeigeführt wird."

Die letzte einlenkende Depesche zeige, daß man den Fehler fühle und Hannover wieder gewinnen wolle. Zu fürchten, daß dies gelingt und Heimbruch als Opfer der Versöhnung fällt. Letztrer noch kein Gesandter, wie er sein sollte, bei allem Verstande fehle Muth und Charakter, jetzt unterwürfige Freundlichkeit gegenüber Rechbergs brutaler Unhöflichkeit. Sein Fall wäre aber sehr zu bedauern, die übrigen würden noch furchtsamer. Oestreich verfolge die, die Interessen ihres Landes gegen seinen Willen verfolgenden Diplomaten mit allen Mitteln der offnen Feindschaft, der Verleumdung und Intrigue, und endlich entscheide da die Gefahr für die persönliche Stellung. Gelingt es nicht, einen Gesandten bei dem Minister zu stürzen, so wird dieser selbst verfolgt, im Bunde mit jeder, besonders der ultramontanen Opposition, mit den Gegnern bei Hofe und im Wege fürstlicher Familien-Correspondenz. In kleinen Staaten wirkt das, auch Pfordten, Beust und Hügel sind auf diese Weise gezähmt, sie fügen sich ungeachtet aller Avanien von Buol, weil ihre Posten ihnen lieber als Landesinteresse und Ueberzeugung, und weil sie sicher sind, wenn sie zugleich dem Kaiser von Oestreich dienen. Personalbeziehungen und außerordentliche Agenten erleichtern dies. Jesuiten und ultramontane Geistlichkeit (Concordate); fast alle Staatsmänner in

Süddeutschland haben Söhne, Brüder oder Verwandte in östreichischem Dienst. Jeder östreichische Offizier und Beamte wird für die Zwecke der Gesammtpolitik herangezogen, und hohe Summen aus geheimen Fonds werden im Auslande ausgegeben. Hügel vor zwei Jahren eingesehn, daß die Wiener Politik Deutschland und den Bund ruinire und daß Buol unfähig; jetzt geht er in allen Fragen mit ihm, weil er sonst in 6 Monaten nicht mehr Minister, und dies, obschon der König von Würtemberg am wenigsten zu lenken. Auch Hannover wird man wiedergewinnen. Furcht vor preußischen Eroberungen, Erinnerung an Unionspolitik und Neid gegen unsre schnelle Größe. Oestreich läßt seine Forderungen nicht fallen, Zähigkeit seine traditionelle Eigenschaft, deshalb findet man natürlich, daß Preußen durch „bundesfreundliches" Nachgeben die Eintracht herstelle.

14. 3. 1858.

Wenn nun Oestreichs Gesammtpolitik nur den Zweck hat, die Disposition über die Gesammtkräfte des Bundes für die auswärtige Politik Oestreichs und die Kräftigung seiner Finanz- und Verkehrsinteressen zu gewinnen, für diese aber den Zollverein in die Hand zu bekommen, und wenn Preußen für diese Bestrebungen das hauptsächliche Hinderniß ist, so geht daraus hervor, daß alle Anstrengungen Oestreichs in Deutschland dem Ziele gelten, Preußen in das Fahrwasser der Wiener Politik hineinzunöthigen und darin festzuhalten. Das wirksamste Rüstzeug dazu ist der Deutsche Bund und unsre nachtheilige Stellung in demselben. Bis jetzt werden nur unsre Außenwerke belagert und untergraben, sollten aber die europäischen Constellationen uns in ernste Verlegenheit bringen, so wird unter dem Schutze derselben der Sturm nicht ausbleiben.

Bis 1848 der Bund Schutzverein gegen Kriege und Revolutionen, nur mit Vorsicht wurde ihm die Rolle eines obersten Gesetzgebers für Deutschland zugemuthet, und nur, wenn alle oder doch Preußen und Oestreich einverstanden. Seit 1851 Oestreich bemüht, den Wirkungskreis der Bundesbeschlüsse zu erweitern, den der Einzelregirungen zu beschränken. Schwarzenberg sah ein, welche Vortheile das Präsidium und die Leichtigkeit, Preußen gegenüber Majorität

14. 3. 1858. zu gewinnen, Oestreich gewähren, wenn es gelang, die äußre und innre Politik der einzelnen Staaten mehr als bisher von den Bundesbeschlüssen abhängig zu machen. Die innre Umwälzung Oestreichs (das schwache deutsche Element der alleinige politische Träger der Regirung) gebot einen intimern Anschluß an Deutschland. Der überwiegende Einfluß Oestreichs auf die Beschlüsse der meisten Bundesregirungen war gesichert, daher nur noch nöthig, durch Erweiterung der Competenz der Bundesbeschlüsse und der freien Entschließung der Einzelregirungen Terrain zu Gunsten der Bundesversammlung abzugewinnen. Man begann mit den populärsten Gegenständen, den materiellen Interessen, der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Zeitungen in Sold genommen, um den Bund als alleinigen Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede preußische Bestrebung auf dem Gebiete derselben als gemeinschädlichen Particularismus darzustellen. Als man auf Widerspruch Preußens stieß, begann die gefährliche Theorie von der Zulässigkeit der Majoritätsbeschlüsse in Allem, was bis dahin Gegenstand freier Vereinbarung. Der Satz aufgestellt, die Majorität habe selbst darüber zu entscheiden, ob eine Frage zu ihrer Competenz gehöre oder ob dem Einzelnen ein Recht des Widerspruchs zustehe. Dieser Satz noch jetzt in der östreichischen Depesche wegen der Rastatter Besatzung aufrecht gehalten. Gelangt er zur Geltung, so ist die Mojorität allmächtig und die Mediatisirung der Bundesstaaten unter die Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen. In auswärtigen Fragen hat man die neue Lehre von einer Bundespolitik eingeführt und sowohl in der orientalischen als der Neuenburger Frage den Grundsatz geltend gemacht, daß der Bund über seine auswärtige Politik durch Majorität beschließe und die einzelnen Bundesstaaten ihre Politik nach diesen Beschlüssen einzurichten hätten. Wenn auf diese Weise einem Staate wie Preußen das Recht zu eigner auswärtiger Politik abgesprochen wird, so fragt man sich, ob dies ernst gemeint oder nur in der Absicht vorgebracht wird, den Bund zu lockern resp. zu sprengen. Letztres war aber sicher nicht der Fall. Denn jene Behauptung wurde in einer Sitzung von Würtem-

berg unter Zustimmung fast aller Gesandten, besonders des Präsidiums aufgestellt, und der Vertreter Würtembergs ist der eifrigste Vorkämpfer für die Befestigung und Erhöhung des Bundes. Die kleinen Staaten halten überhaupt einstweilen eifrig am Bunde, bis ihnen etwa die Sorge für die eigne Sicherheit empfehlen wird abzufallen. So lange das aber nicht der Fall ist, sehn sie im Bunde das Gewicht ihrer Fortexistenz und ihre Minister das Piedestal ihrer Wichtigkeit, von dem herab sie über die Angelegenheiten Preußens, Deutschlands und Europas dreist und gefahrlos mitreden können. Mit der Herrschaft der Bundes-Versammlung über die einzelnen Regierungen wächst die Wichtigkeit der Mittelstaaten und nimmt die von Preußen ab; jene bilden das Material für die östreichischen Majoritäten und geben sich mit Freuden her, um Preußen auf ihr eignes Niveau herabzudrücken. Wir sind zur Minorität im Bundestage prädestinirt und werden diesem Geschick nicht entgehn, wenn wir auch die gerechteste Sache gegen Oestreich haben und eine überirdische Geschicklichkeit und Liebenswürdigkeit entwickeln. Sie bieten sich alle die Hand, das Netz der Bundesverfassung über dem Haupte des emporgekommnen preußischen Staats zusammenzuziehn. Die östreichische Presse, besonders die Postzeitung bespricht diese Pläne ganz offen. Man wird einen Gegenstand nach dem andern, Zoll und Handel zuerst, durch Majoritätsbeschlüsse für Bundesgesetzgebung heranziehn und uns majorisiren, bis wir erklären, uns nicht mehr fügen zu wollen. Dann sind wir reif zur Bundesexecution, und mit dieser wird man warten, bis wir etwa durch üble Constellationen der europäischen Politik ohnehin in Verlegenheit gerathen. Ein solcher Moment kann wohl gelegentlich eintreten. Nichts ist geeigneter, diese Politik zu ermuthigen, als wenn wir derselben zollweise Terrain einräumen. Meine siebenjährige Thätigkeit ein ununterbrochener Kampf gegen Uebergriffe aller Art, gegen die unablässigen Versuche, den Bund auszubeuten als ein Instrument zur Erhöhung Oestreichs, zur Verminderung Preußens. Oestreich stellt uns niemals eine andre Wahl als die zwischen widerstandloser Ergebung in seinen Willen oder Streit mit allen

14. 3. 1858.

14. 3. 1858. Mitteln des Kampfs, geben wir nicht nach, so erhebt es an den deutschen Höfen und in der Presse Klagen über die von uns gestörte Einheit Deutschlands.

Durch einen mäßigen und äußerlich kaum bemerkbaren Grad von Landesverrath könnte ich mir das Leben leicht machen und das Lob eines verträglichen Collegen erkaufen. So lange ich dies nicht thue, stehe ich allein; niemand wagt es mir beizustehn, ich werde als Sündenbock behandelt, als unverträglich denuncirt. Meine Aufgabe nicht weniger dadurch dornenvoll, daß Oestreich zu dem Posten des Präsidialgesandten, der unerschütterliche Rechte verlangt, bisher drei ungewöhnlich leidenschaftliche Menschen ernannt hat. Thun noch der ruhigste und fähigste. Wenn Prokesch ein Brechmittel, (so) Rechberg eine wahre kleine Giftflasche, und wo so viele streitige Fragen und unzulässige Prätensionen verhandelt werden, ist mit ihm auf die Dauer geschäftlich nicht zu verkehren. Er wird grob gegen jeden, der andre Instructionen hat wie er, dann geht er in sich und beherrscht sich einige Tage, bis er schlimmer als vorher wieder losbricht. In der Kammer (habe ich mich) mit jedem Gegner vertragen, hier (stehe ich) im Rufe eines Zänkers bei denen, die nicht wissen, wie es hergeht. Ich will den Kampf aushalten, so lange es geht. Am meisten jetzt durch die Rastatter Frage präoccupirt. Geben wir einen Majoritätsbeschluß zu, so würde die Majorität später auch mal nach Belieben die Besatzung in Mainz, Luxemburg und Landau abändern. Schon das jus singuli, das Oestreich bei Rastatt in Anspruch nimmt, bedingt die Stimmeneinhelligkeit, noch mehr aber die Vereinbarung von 1841. Sich darüber hinwegsetzen, ist Vertragsbruch. Ich freue mich, daß wir in der Circulardepesche unsre Position so klar und entschieden genommen haben. Verharren wir dabei, so bringt Oestreich die Sache nicht zu Ende, wenn es sich auch den Anschein giebt. Wollte man sich aber an unsern Widerspruch nicht kehren, so würde das eben beweisen, daß es die höchste Zeit für uns ist, eine sehr ernste Sprache zu führen. Wollen wir mit Oestreich und der Bundesmajorität auf erträglichem Fuß leben, so ist das einzige Mittel dazu ein festes Zurückweisen jeder ungerechten Zu=

muthung; weichen wir, so ist jede Concession die Mutter neuer Ansprüche, bis wir so an die Wand gedrängt werden, daß uns vielleicht sehr zur ungünstigen Stunde die Wahl gestellt wird zwischen radicalem Bruch oder vollständiger Unterwerfung unter die Majoritätsbeschlüsse, die Oestreich am Bunde durchsetzt. 14. 3. 1858.

In Sachen der holsteinischen Offiziere haben wir Oestreich durch Festigkeit zum vollständigen Nachgeben genöthigt, und es wird uns auch in wichtigern Fragen gelingen, wenn wir unbeugsam sind. Wir müssen Oestreich zu einem Verhalten zwingen, bei dem die Einigkeit mit uns ohne Verletzung unsrer Würde und Unabhängigkeit möglich bleibt. Deshalb Ernennung eines Gesandten in Wien von entschiedner Farbe und festem Charakter.

Noch mehr Eindruck würde es machen, wenn wir bei uns der Presse gestatten und den Kammern Gelegenheit geben wollten, sich über deutsche Politik und Preußens Stellung dazu freier auszusprechen, auch wenn uns selbst d. h. der Regirung nicht alle Tonarten gefallen, die dabei angeschlagen werden. Welche Aufmerksamkeit haben in Deutschland die mäßigen Berührungen der holsteinischen und der Bundesreformfrage in den kleinen sächsischen Kammern hervorgerufen. Wenn wir die Unbequemlichkeiten des Landtags für das Innre tragen, so sollten wir ihn auch gelegentlich für unsre auswärtige Stellung nützen und uns namentlich den antipreußischen Machinationen am Bunde gegenüber ein Relief damit geben.

XIV.

Die nachfolgende umfangreiche Denkschrift aus dem März 1858 ist bei Poschinger III 487 ff. No. 224 in letzter — wie es scheint — der vierten Bearbeitung gedruckt; sie liegt mir im Concept vor, in dem sich drei verschiedene Redactionen unterscheiden lassen. Der erste Entwurf ist nach Bismarcks Dictat theils von der Hand des Regierungsraths Zitelmann, theils von der des Legationsraths Wentzel geschrieben, die Einträge zweiter und dritter Redaction sind meist von Bismarcks Hand mit Bleistift oder Tinte geschrieben; nur bei größeren Ergänzungen am Rande bediente sich Bismarck der Feder

seiner Räthe. Ich habe den Text der dritten Redaction zum Abdruck gebracht, die Abweichungen erster und zweiter Redaction unter den Text verwiesen, ab und zu wohl auch, in Klammer gesetzt, dem Texte eingefügt. Der Schluß scheint erst in letzter Redaction hinzugefügt worden zu sein, das vorliegende Manuscript bricht mitten auf der Seite und mitten im Satze ab, ist also nicht weitergeführt worden. Beigelegt ist der Denkschrift folgender Entwurf einer

Disposition.

1. Oestreichs Politik gegenüber von Deutschland vor 1848.
2. Die Schwarzenbergsche Politik seit 1850. Dieselbe ist auf die Hegemonie Oestreichs und die Paralysirung des preußischen Einflusses gerichtet.
3. Zur Erreichung dieses Zweckes dienen folgende Mittel:
   a) Gewinnung oder Einschüchterung der Diplomatie und Minister der deutschen Staaten,
   b) die katholische Partei,
   c) die Presse,
   d) die Propaganda der östreichischen Fonds.
4. Dem Zusammenwirken dieser verschiednen Mittel zu widerstehn, ist für die Minister der mittlern und kleinern Staaten sehr schwierig. Charakteristik der verschiednen Ministerien der deutschen Staaten. Oestreich ist daher der Majorität der Regirungen in der Bundesversammlung ziemlich sicher und daher bestrebt, durch Majoritätsbeschlüsse die deutschen Angelegenheiten zu leiten.
5. Gegentheiliges Interesse Preußens und der übrigen deutschen Staaten bei den Majoritätsbeschlüssen.
6. Geltendmachung des neuen östreichischen Systems auf dem Gebiet
   a) der materiellen Interessen und namentlich des Zollvereins,
   b) der Verfassungsverhandlungen der europäischen Staaten,
   c) der auswärtigen Politik, namentlich in
      α. der orientalischen Angelegenheit,
      β. der Rastatter Besatzung,
      δ. der Geschäftsordnungsfrage.

7. Das neue östreichische System der Majoritätsherrschaft und Preußens Stellung zu demselben. Es ist darauf gerichtet, Preußen zu majorisiren und dadurch seiner Selbständigkeit zu berauben.
8. Deshalb oppositionelle Stellung des preußischen Gesandten, um so schwieriger, als Oestreich die unredlichsten Mittel in diesem Kampf anwendet.
9. Die Opposition Oestreichs gegen Preußen in einzelnen Fällen der europäischen Fragen nachzuweisen:
   a) Pariser Conferenzen,
   b) Neuenburger Frage,
   c) dänische Frage.
10. Die auf Paralysirung Preußens gerichtete Gesammttendenz der östreichischen Politik wurzelt in der Gesammtpolitik Oestreichs.

März 1858.

Bis zum Jahre 1848 wurde der Deutsche Bund, welches auch die theoretischen Ansprüche an ihn sein mochten, thatsächlich doch nur als ein Schutzverein der deutschen Regirungen gegen Krieg und Revolution behandelt. Oestreich ließ damals im Allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Concession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen[1]) entgegen; in Deutschland begnügte sich das Wiener Cabinet, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassnen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache; zu diesem Behuf wurde insbesondre der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnißmäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt, das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regirungen aber mit Schonung gepflegt, Angelegenheiten, über welche Oestreich und Preußen nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung, eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten, ein offner Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas Unerhörtes und wurde, als gefährlich für das Bestehn des Bundes, unter allen Umständen

[1]) 1. Red.: in Fragen der europäischen Politik.

März 1858. vermieden. Auch mit kleinern Bundesregirungen wurde, wenn sie nicht etwa einer Begünstigung liberaler Bestrebungen verdächtig waren, lieber Jahrelang verhandelt, als daß man ihnen durch Majoritätsbeschlüsse Zwang angethan hätte. [1])

Nachdem seit dem Regirungsantritt Sr. Maj. des Königs von Preußen Bestrebungen ausgingen, dem Verlangen Deutschlands nach erhöhter nationaler Einheit durch Belebung der Thätigkeit des Bundes Rechnung zu tragen, setzte Oestreich denselben passiven Widerstand entgegen, ohne daß es in der Bundesversammlung zur amtlichen Erörterung der Meinungsverschiedenheiten kam. [2])

Der Gedanke, daß die letztern durch Majoritätsabstimmungen am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag vielmehr so fern, daß das Wiener Cabinet den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der östreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. Es begnügte sich damit, dem letztern in der Person des noch fungirenden Kgl. sächsischen Gesandten einen Beobachter zur Seite zu stellen. Die Führung [3]) des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit der beiden Cabinette in Betreff der Bundesangelegenheiten haben nicht wenig dazu beigetragen, die Ueberlegenheit des Präsidiums in der Bundesversammlung auszubilden.

Ein ganz andres Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reactivirung im Jahre 1851.

Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, für Oestreich durch die Mittel, welche denselben die Bundesverfassung darbietet, die Hegemonie über Deutschland zu gewinnen, zu welcher Preußen durch die constituirende Versammlung und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können. Der Gedanke hierzu lag nahe, nachdem Oestreichs innre Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur

[1]) Die 1. Red. hat hier noch folgenden Satz: Diese Rücksichten wurden selbst dann genommen, wenn die Competenz der Majorität zweifellos war.

[2]) Dieser Satz fehlt im Poschinger'schen Text, ist also wohl in der letzten Redaction gestrichen worden.

[3]) 1. Red.: und diese längern Führungen ꝛc.

durch die Kräftigung des verhältnißmäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaat erreicht werden konnten. Der Augenblick war außerdem ein sehr günstiger. Die große Mehrzahl der deutschen Regirungen, erschreckt durch die Revolution und die aus derselben entsprungene Gefahr, einen Theil ihrer Souverainität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Oestreich an. Letzteres konnte die fast ohne Ausnahme noch heut fungirenden Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 hier zusammentretenden Regirungen fast selbständig ernennen[1]) und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das östreichische Interesse gekettet waren. Oestreich konnte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus Preußen gegenüber sicher sein. Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848—50 hatten der Besorgniß vor preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundesstaaten im Verhältniß zu Preußen begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das 200jährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Theil der andern deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung wie die Furcht vor preußischen Machtvergrößerungen auf ihre Kosten. Zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen hat Oestreich mannigfache nur ihm zu Gebote stehende Mittel.

März 1858.

In erster Linie stehen dabei die Personalbeziehungen, in welchen sich die Mehrzahl der politisch hervorragenden und einflußreichen Leute in Süd- und zum Theil auch in Norddeutschland befindet. Schon aus althergebrachter Gewohnheit geht der Adel der süd- und mitteldeutschen Staaten in östreichische Dienste; die Kleinheit der heimischen Verhältnisse bietet nur zu beschränkter Laufbahn Aussicht, und die in Oestreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anstrengungen und Kenntnisse beschränken sich auf ein geringeres Maß als in den übrigen Bundesstaaten. Diesen Dispositionen kommt Oestreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflußreichen Beamten, eines Ministers oder Gesandten, in dem Alter sind,

[1]) 1. Red.: bestimmen.

März 1858. daß über die Wahl ihrer Laufbahn entschieden werden muß, finden sie sich von östreichischen Werbern in jeder Gestalt mit glänzenden Versprechungen umgeben, und es kommt vor, daß 16jährige junge Leute, welche niemals ein Regiment gesehn haben, Offizierspatente zugestellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden ist. Einmal in Oestreich angestellt dienen dieselben als Geisel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächst zur Unterhaltung der Beziehungen Oestreichs zu ihren (*in Deutschland,[1]) bei den Höfen und im Staatsdienst angestellten Verwandten. Unter den Bundestagsgesandten hängen die von Sachsen, Darmstadt, Nassau, Braunschweig und der 16. Stimme durch ihre Familienbeziehungen mehr an Oestreich wie an der eignen Regirung und dienen ersterm, soweit sie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbesondere durch parteiische, selbst unwahre Berichterstattung. Derselben Kategorie gehörten früher Graf Kielmannsegge, jetziger Finanzminister, für Hannover und der Herr v. Trott für Kurhessen an. Der jetzige bayrische Gesandte ist zwar ein gewissenhafter Charakter, aber auch ihn bewegen seine durchweg östreichischen Familienverbindungen und der auf die Politik übertragne Katholicismus in der Richtung, daß er unwillkürlich östreichischen Sympathien folgt. In ähnlichen Verhältnissen beider Kategorien steht eine große Anzahl der Minister und Hofbeamten in den kleinern Staaten, und Oestreich spart[2]) keine Mühe, in die Umgebung der Fürsten bei eintretenden Vacanzen ihm ergebne Personen anzubringen. Ein Blick auf die Gothaischen Grafen- und Freiherrn-Kalender liefert den Beweis, in welchem Maße die nächsten Angehörigen der deutschen Hof- und Staatsmänner dem K. K. Dienste verpflichtet sind, und selbst in Preußen finden Beziehungen der Art statt, welche es für Oestreich wenigstens erleichtern, über alle intimen Vorgänge gut unterrichtet zu sein. Am entschiedensten macht sich die Wichtigkeit derartiger Verbindungen und das praktische Resultat derselben gegenwärtig in Baden erkennbar. (*Wenn irgend ein Staat in Deutschland, so hätte Baden jede Veranlassung, sich mehr

[1]) Zusatz 2. Red.

[2]) 1. Red.: scheut.

März 1858.

an Preußen wie an Oestreich anzuschließen. Der bekannte und mehrmals verhandelte Plan, das Land zum Vortheil Oestreichs und Bayerns zu theilen, die östreichischen Umtriebe in dem erzbischöflichen Streit, die Sympathien der Bevölkerung des Breisgaues für Oestreich, die mißliche Lage des evangelischen Fürstenhauses bei einer überwiegend katholischen Bevölkerung sind starke Motive des Mißtrauens gegen Oestreich, während der so erfolgreich bethätigte Beistand Preußens gegen die Revolution und die nahe Verwandtschaft der Fürstenhäuser geeignet wären, eine dankbare Hinneigung für Preußen zu begründen. Nichtsdestoweniger gelingt es den östreichischen Sympathien der persönlichen Umgebung S. K. H. des Großherzogs, namentlich des besonders einflußreichen Generals von Seutter und der Herrschaft, welche der östreichische Herr von Meysenbug über seinen badischen Bruder ausübt, die Politik Badens gänzlich von der Oestreichs abhängig zu machen.[1])

Wo Beziehungen der Art bisher fehlen[2]), setzt Oestreich jedes Mittel, auch das der geheimen Fonds, in Bewegung, um sie zu schaffen. Es belohnt und befördert seine Freunde mit derselben energischen Consequenz, mit welcher es denen, die ihm Widerstand leisten, zu schaden und sie zu beseitigen sucht. Schon der Umstand, daß ein Gesandter sich dazu hergiebt, Aufträge seiner Regirung ohne Scheu und Rücksicht auf Oestreich auszuführen, reicht hin, um ihm eine scharfe Verfolgung zuzuziehn. Man behandelt ihn unhöflich, sucht ihn zu reizen, sammelt sorgfältig Alles, was sich bei seiner eignen Regirung gegen ihn anbringen läßt, und scheut dabei keine Lüge und Verleumdung, um seine Stellung zu untergraben. So wie vor einigen Jahren der nassauische Gesandte durch schlechte Behandlung seiner in Oestreich dienenden Söhne, so wurde später der würtembergische durch nachhaltige und vielseitig unterstützte Angriffe und Beschwerden in Stuttgart zur Unterwerfung gebracht und dergestalt eingeschüchtert, daß er sich die Unzufriedenheit Oestreichs nicht wieder zuzuziehn wagt.

---

[1]) Der Abschnitt von (* an ist erst in 2. Red. zugefügt.

[2]) 1. Red.: keine Unterlage haben.

März 1858. Augenblicklich[1]) ist der hannöversche Bundestagsgesandte Gegenstand einer ähnlichen Verfolgung, und obschon er lediglich die Befehle seiner Regirung ausgeführt hat und diese ihn gegenwärtig schützt, auch selbst die anmaßlichen Ungerechtigkeiten des östreichischen Verfahrens tief empfindet, so ist doch vorauszusehn, daß Herr von Heimbruch in nicht zu langer Zeit der Empfindlichkeit Oestreichs geopfert werden wird. Unbedeutende Versehn, wie sie in jeder Amtsführung vorkommen, werden den Vorwand zu seiner Beseitigung liefern, die übrigen Gesandten aber aus dem Exempel, welches[2]) Oestreich an ihm statuirt, von Neuem ersehn, wie gefährlich es ist, sich zum Instrument seiner eignen Regirung gegen Oestreich herzugeben. Ist ein solcher Gesandter nicht aus dem Sattel zu heben, weil ihn sein vorgesetzter Minister schützt, so richtet das Wiener Cabinet unbedenklich seine Angriffe gegen den Minister selbst. Neben der Anwendung aller der schon aufgeführten Mittel werden alsdann noch anderweite in Anwendung gebracht, um einem solchen Staatsmann das unabhängige Handeln und die Absicht, nur seinem eignen Monarchen dienen zu wollen, zu verleiden. Oestreich verbündet sich gegen ihn mit jeglicher Opposition im Lande, mit jedem Nebenbuhler. Alle vorhandnen Unzufriedenheiten, selbst die der Untergebnen des angefeindeten Ministers, werden ins Gefecht gezogen, und die erfahrungsmäßig sichre Verschwiegenheit und Geschicklichkeit östreichischer Intriguen erleichtert manchem den Entschluß, sich zu Verbindungen herzugeben, welche dem Landesverrath wenigstens nahe verwandt sind. Wenn Oestreich alle ihm ergebnen Personen in Thätigkeit setzt, so ist es ihm nicht schwer, Verleumdungen gegen einen[3]) Minister auch an dem betreffenden Hofe in Curs zu setzen, und selbst die fürstliche Familiencorrespondenz zu diesem Zwecke zu benutzen, wird mitunter versucht.

In den meisten deutschen Staaten stehn dem Wiener Cabinette alle Hülfsmittel zu Gebote, über welche die politischen

---

[1]) 1. Red.: Gegenwärtig.

[2]) 1. Red.: was.

[3]) 1. Red.: den.

Leiter der katholischen Kirche disponiren. Auch da, wo die Masse der katholischen Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit ihrer Regirung keinen Grund fühlt, sind doch die obern und intellectuellen Leiter der katholischen Politik (*den protestantischen Regirungen feindselig und erfahrungsmäßig stets bereit,[1]) den Interessen der principiell katholischen und der römischen Kirche durch das Concordat verpflichteten östreichischen Regirung mit ihrem Einflusse auf Staat und Volk zu dienen.[2]) Selbst in allen katholischen Kammeroppositionen, deren Leitung offenbar weniger in der Hand ihrer ostensibeln Führer als in der höherer und gemeinschaftlicher Obern liegt, tritt die Hinneigung zu Oestreich von Zeit zu Zeit offen an den Tag, und die Einflüsse Oestreichs auf die Haltung „katholischer“ Parteien gegen deren eigne Landesregirung sind oft genug (1. Red.: häufig) erkennbar.

März 1858.

Zu den zahlreichen Hülfstruppen, welche Oestreich aus dem Lager derer zieht, welche man unter dem Gattungsbegriff der Jesuiten und Ultramontanen versteht, kommt dann der Einfluß, den es sich für Geld in der Presse geschaffen hat. Schon bald nach der Herstellung der Ordnung im Lande setzte der Fürst Schwarzenberg sehr viel höhere Summen als früher für die Vertretung der östreichischen Politik in der europäischen und insbesondre in der deutschen Presse aus. Man sagt, daß die Ziffer von 800000 Gulden in manchem Jahre erreicht worden sei, eine Angabe, welche allerdings übertrieben klingt. Gewiß ist, und wenn es nicht ohnehin bekannt wäre, so würden es die von Herrn v. Prokesch verlornen Papiere urkundlich beweisen, daß Oestreich durch die Herren Hock, Lackenbacher und andre die Redactionen deutscher Blätter wie durch Handlungsreisende beschickte und mit fast allen wichtigern unter ihnen förmliche Verträge schloß, durch welche sich einige ganz und zu jeder beliebigen Benutzung an Oestreich verkauften, die meisten aber sich bereit finden ließen, gegen bestimmte jährliche

[1]) In erster Redaction lautet der Satz von (* an: welche einer den protestantischen Regirungen viel feindseligern Richtung angehören als das katholische Volk im Allgemeinen, erfahrungsmäßig stets bereit 2c.

[2]) Die Worte von „und erfahrungsmäßig“ an sind schon in 1. Red. von Bismarcks Hand geschrieben.

März 1858. Subventionen oder gegen Bezahlung von Insertionskosten alle Artikel aufzunehmen, welche ihnen von den zahlreichen und zum Theil sehr fähigen Litteraten geliefert werden, die (1. Red.: welche) Oestreich in Sold genommen und unter gemeinsame Oberleitung eines Büreaus in Wien gestellt hat. Preußen ist genöthigt gewesen, zur Vertheidigung gegen die von der östreichischen Propaganda in der Presse systematisch durchgeführten Angriffe ein analoges Institut ins Leben zu rufen, welches aber gegen die so massenhaft überlegnen Geldmittel des östreichischen nicht mit gleichem Erfolg anzukämpfen vermag. (*Die Aufgabe, welche diese Presse vorzugsweise zu erfüllen hat, ist die, Oestreich als den ausschließlichen Vertreter deutscher Einheit und deutscher Interessen darzustellen, und zur Anschauung zu bringen, daß nur Oestreich die Macht und den Beruf habe, den gesunden und bessern Theil der Gedanken, welche in der revolutionairen Zeit das Volk bewegten, ins Leben zu führen, und daß Oestreich sich hiezu des Bundes als des verfassungsmäßigen Werkzeuges bediene. Von Allem, was Oestreich will, hat diese Presse zu beweisen, daß es den deutschen Interessen entspricht, jeden Widerspruch dagegen als undeutsch, particularistisch und als muthwillige Beförderung der Zwietracht in Deutschland zu bezeichnen.[1])

(*Ferner stehn den Bestrebungen Oestreichs[2]) in ganz Deutschland, besonders aber im Süden und Westen die Sympathien der Mehrheit unter den großen Industriellen und Geldmännern zur Seite, welche auf verschiednen Wegen Vortheile von Oestreich ziehn oder von dessen Zollsystem erwarten. Grade eine der schwächsten Seiten dieses Kaiserstaates, nämlich sein krankes Finanzsystem, ist für denselben eine erhebliche Quelle politischen Einflusses. (*Wie der Arzt an einem Kranken, der gut bezahlt, so hängen die Capitalisten an Oestreich.[3]) Die unverhältnißmäßige Höhe der östreichischen Staatsschulden bringt es mit sich, daß die Anzahl der Besitzer östreichischer

[1]) Von (* an Zusatz der 2. Redaction.

[2]) 1. Red.: Außer den bereits aufgezählten offiziösen Hülfsmitteln Oestreichs und seiner Diplomatie stehn den Bestrebungen dieses Staates 2c.

[3]) 1. Red.: Wie der Arzt vom Kranken, so bereichern sich die Geldmänner aus den östreichischen Finanzen.

März 1858.

Werthpapiere sehr groß ist, und der hohe, durchschnittlich 6—7 procentige Zinsfuß derselben, der aus ihrem niedrigen Curse hervorgeht, lockt zu Capitalanlagen in östreichischen Schuldpapieren um so mehr an, als von Wien aus kein Mittel verabsäumt wird, diesen Papieren den Markt im Auslande zu öffnen und zu erhalten. Man gewährt den Inhabern jede Erleichterung, ihre Zinsen unverkürzt im Auslande zu beziehn, während beispielsweise ein Besitzer preußischer Staatsschuldscheine bei dem Mangel analoger Einrichtungen mannigfachen Abzügen, Verlusten und Weitläuftigkeiten ausgesetzt ist, um zu seinen Zinsen zu gelangen. Durch seine Betriebsamkeit (*und den hohen Zinsfuß[1]) weiß Oestreich die Unsicherheit seiner Staatsschulden im Vergleich mit den preußischen mehr als aufzuwiegen, und es erreicht dabei zwei Vortheile: einmal hilft es durch ausländisches Capital dem Mangel im Inlande ab, dann aber, was hier hauptsächlich in Betracht kommt, wird jeder Besitzer östreichischer Staatspapiere ein politischer Anhänger Oestreichs in demselben Maße, wie sein Vermögen von dem Wohlergehn, den Erfolgen und dem darauf begründeten Credit dieses Staates abhängig geworden ist. Die Frankfurter Geldinstitute, welchen die östreichischen Zinszahlungen anvertraut sind, vermögen Aufschluß darüber zu geben, wieweit d i e s e Grundlage östreichischer Sympathien reicht,[2]) nachdem die Verwalter so mancher fürstlichen Privatvermögen aus dem hohen Zinsfuß ein Motiv zu Geldanlagen in Métalliques oder Nationalanleihe entnommen haben. Aus der Aufzählung aller dieser Hülfsmittel, welche der östreichischen Politik eigenthümlich sind, läßt sich entnehmen, wie mannigfache Waffen dem Wiener Cabinet zu Gebote stehn, gegen einen Minister, der den Muth hat, sich in der Vertretung der Interessen s e i n e s Landes durch entgegenstehende östreichische nicht irre machen zu lassen. Die Beispiele, daß Oestreich alle diese Fäden seines Einflusses anzieht, um den Widerstand eines deutschen Ministers zu brechen, sind nicht selten. Bei vielen dieser Herrn sind an und für sich Pflichtgefühl und

[1]) 1. Red.: auf diesem Gebiet.

[2]) 1. Red.: verbreitet ist und wie hoch sie hinaufsteigt.

März 1858. Unabhängigkeitssinn schwach genug, um einer klugen Erwägung des eignen Vortheils gegenüber das Feld zu räumen, und ein einmal gewonnener Ueberblick der Angriffsmittel Oestreichs reicht hin, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß es wohlgethan ist, den Insinuationen, die sie aus Wien erhalten, Rechnung zu tragen. Andre, wie dermalen Herr v. Meysenbug, der Fürst Wittgenstein, der frühere Minister v. Baumbach in Kurhessen, der Graf Kielmannsegge in Hannover und manche in kleinern Staaten gehören von Hause aus und ohne Zwang dem östreichischen Lager an. Die Herrn v. der Pfordten und Beust aber haben manchen Versuch gemacht, sich zu emancipiren, und in den letzten fünf Jahren so viele Verletzungen und Demüthigungen von Wien aus erfahren, daß sie persönlich die bittersten Gefühle, insbesondre gegen den Grafen Buol hegen; der Minister v. Hügel hatte kurz vor seiner Ernennung Unannehmlichkeiten jeder Art in Wien zu ertragen gehabt. Man hatte seine Abberufung von dort verlangt, und in der ersten Zeit seines Ministeriums gab er die heftigste Gereiztheit gegen Oestreich und dessen Minister nach allen Seiten hin zu erkennen. Trotz alledem haben jene drei Minister niemals wagen dürfen, der östreichischen Politik offen entgegenzutreten, selbst nicht zu Zeiten und bei Gelegenheiten, wo sie dieselbe offen verurtheilten und den Grafen Buol ziemlich laut für einen ebenso unfähigen als gefährlichen Menschen erklärten, der den Bund ruiniren und Deutschland schließlich ins Verderben führen werde. Der Graf Platen hat, seit er Minister ist, documentirt, wie sehr er persönlich Gegner der heutigen Regirung Oestreichs ist, nichtsdestoweniger wagt er aber nicht, in Fragen von Wichtigkeit, wo Preußen und Oestreich divergiren, wie in Betreff der Rastatter Besatzung ein Votum gegen Oestreich abzugeben.

Die Minister dieser vier Königreiche sind sich bewußt, daß sie binnen Kurzem gestürzt sein würden, wenn Oestreich nicht mehr darauf rechnen könnte, daß sie bei wichtigen Gelegenheiten sich ihm gegen Preußen anschließen. Sehr weise ist es dabei ohne Zweifel von der östreichischen Politik, daß sie stets mehr auf die Unterwerfung wie auf den Sturz eines mißliebigen Ministers hinarbeitet, mehr einschüchtert als wirk-

lich zuschlägt und lieber einen Widerspenstigen durch die Schwierigkeiten und Gefahren, die sie ihm bereitet, zähmt, als mit dem etwaigen Nachfolger von vorne anzufangen.[1]) Sie behandelt diese Minister der vier Königreiche, deren Mangel an Liebe für Oestreich und den Grafen Buol ihr vollkommen bekannt ist, nach dem Grundsatz Friedrichs II.: Sprecht, was Ihr wollt, und thut, was Ihr sollt.

März 1858.

(*Der Glaube an den überwiegenden Einfluß Oestreichs auf die Entscheidungen des Bundes ist wiederum eine neue Quelle desselben. Jeder deutsche Staat hat ab und zu ein Anliegen an den Bund und nicht wenige kommen in die Lage, in Betreff ihrer wichtigsten innern Fragen zeitweise von Bundestagsbeschlüssen abhängig zu sein. Dann[2]) werden der an sich mächtige Einfluß des Präsidiums und die von Oestreich bestimmbaren Majoritäten (*zu Instrumenten der Züchtigung oder Belohnung,[3]) je nachdem der betheiligte Staat sich früher gegen Oestreich verhalten hat. Hannover, Würtemberg mit seinen standesherrlichen Beschwerden, Kurhessen, Oldenburg wegen des Bentinckschen Streites, Lippe haben diese Erfahrungen in den letzten Jahren durchgemacht, und Oestreich hat sich stets bemüht, so lange als möglich ihre Wunden offen und ihre Sache am Bunde schwebend zu erhalten.

[†Durch (*die geschickte Benutzung aller dieser verschiednen Hülfsmittel[4]) wird ein Einfluß Oestreichs auf die Regirungen der mittlern und kleinern Staaten des Bundes begründet, für dessen Unverwüstlichkeit (*ein besonders auffälliger[5]) Beweis in dem Umstande liegt, daß er durch das Verhalten des Wiener Cabinettes während der orientalischen Krisis und durch

[1]) 1. Red.: anfängt.

[2]) 1. Red. von (* an: Aus Allem, was hier erwähnt ist, läßt sich entnehmen, daß Oestreich der Majorität am Bunde, insbesondre Preußen gegenüber, im Großen und Ganzen sicher sein kann, und in diesem von den übrigen Bundesstaaten getheilten Bewußtsein liegt wiederum eine Befestigung dieser Stellung, weil keiner der kleinern Bundesstaaten von der Besorgniß frei ist, daß ihn seine Verfassungsverhältnisse gelegentlich von Bundestagsbeschlüssen abhängig machen, wo dann 2c . . . . werden.

[3]) 1. Red.: Instrumente zur Züchtigung oder Belohnung.

[4]) 2. Red.: alle die erwähnten Mittel.

[5]) 2. Red.: der auffälligste.

März 1858. die Behandlung, welche die Regirungen damals vom Grafen Buol erfuhren, keinen merklichen Stoß erlitten hat.[1]) (*Der Kaiserliche Minister ist damals mit den deutschen Staaten nicht wie mit Bundesgenossen, sondern wie mit Vasallen Oestreichs verfahren;[2]) um ihren Anschluß zu erzwingen, wurde ihnen nicht nur direct, sondern auch mit der Macht Frankreichs, mit dem Einmarsch französischer Truppen in ihre Staaten gedroht. Diesem Verhalten suchte Graf Buol nicht etwa durch verbindliche Formen den Stachel zu benehmen. Der heut (*fest an Oestreich haltende[3]) würtembergische Minister v. Hügel erzählte bei Antritt seiner Stellung, daß Graf Buol ihm auf bescheidne Gegenvorstellungen in Betreff der von Würtemberg gestellten Forderung eines unbedingten Anschlusses in wegwerfendem Tone erwidert habe: Die deutschen Regirungen möchten sich daran gewöhnen, daß nur Oestreich das Recht zu einer auswärtigen Politik habe; (*es werde für Würtemberg rathsam sein, sich das stets gegenwärtig zu halten;[4]) je früher Würtemberg dies lerne, desto besser. Dem sächsischen Gesandten v. Könneritz hat Graf Buol bei derselben Gelegenheit gesagt, daß Oestreich „auf die Kleinen drücken werde, bis dem Herrn v. Beust der Athem zum Widerspruch ausgehe.“ Durch die geheime Circulardepesche vom 14. Januar 1855 erklärte Oestreich allen deutschen Regirungen unumwunden, daß es ihm auf Sprengung des Bundes zur Durchführung der Wiener Politik nicht ankomme, und forderte die Einzelnen auf, unabhängig von und eventuell im Widerspruch mit den Bundesbeschlüssen in ein separates Kriegsbündniß mit Oestreich zu treten, als dessen Resultat den sich Anschließenden nach Maßgabe der Truppenzahl,

---

[1]) Der Satz von [† an, siehe S. 105, lautet in 1. Red.: Ein auffälliger Beweis für die Unzerstörbarkeit des öſtreichischen Einflusses auf die Mittelstaaten und für die Macht der natürlichen und dauernden Grundlagen, auf denen er beruht, liegt in dem Umstande, daß derselbe durch das Verhalten des Wiener Cabinettes gegen die Bundesregirungen zur Zeit des orientalischen Krieges keinen merklichen Stoß erlitten hat.

[2]) 1. Red.: Von dem Grafen Buol sind damals die deutschen Mittelstaaten nicht wie Bundesgenossen, sondern wie Vasallen Oestreichs behandelt worden.

[3]) 1. Red.: von Oestreich ganz abhängige.

[4]) Von (* an Zusatz in 2. Red.

März 1858.

die sie dem Kaiser von Oestreich zur Disposition stellen würden, Vortheile verheißen wurden, die nur auf Kosten der nicht beitretenden Genossen des Deutschen Bundes gewährt werden konnten.

Wenn Preußen in analogen Fällen nur den mäßigsten Versuch zu einem ähnlichen Verfahren mit den deutschen Bundesgliedern (wie das östreichische während der orientalischen Krisis war, Zusatz in 1. Red.) gemacht hätte, so würde die Entrüstung der mittelstaatlichen Regirungen über bundeswidrige, anmaßliche und gewaltthätige Separatbestrebungen und über die verletzende Form derselben noch heut nicht besänftigt sein, während Oestreich über die Staatsmänner und Regirungen, welche es beleidigt und mißhandelt hat, seinen Einfluß längst wiedergewann und über ihre Stimmen am Bunde disponirt.[1])

Im Besitz der Macht, Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeiführen, jedenfalls solche, welche ganz unwillkommen sind, verschleppen und hindern zu können, hat Oestreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instruments zu erweitern. Es ist zu diesem Behuf erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei Beschlußnahme über dieselben das Widerspruchsrecht der Einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Competenz zu gewinnen.

---

[1]) Dieser wie der vorhergehende Abschnitt von [† an standen in der 1. Red. an späterer Stelle, sie schließen sich dort an nach dem Abschnitt S. 115, der mit den Worten beginnt: „Die gesandtschaftlichen Berichte“ 2c. bis „hingestellt.“ — An diesen Abschnitt schließt sich in 1. Red. ein weiterer, in 2. Red. gestrichener Abschnitt folgenden Wortlauts an: Die Regelmäßigkeit dieses Zustandes hat nur da eine Unterbrechung erlitten, wo die Voraussetzung eines vollen Einverständnisses Preußens mit Frankreich anderweite, der gewöhnlichen politischen Situation nicht eigenthümliche Erwägungsgründe zur Geltung brachte. Soweit der Glaube eines solchen Einverständnisses reichte, erwiesen sich in der Neuenburger Frage die Mittelstaaten bereitwillig, den Durchmarsch preußischer Truppen zu gestatten, obschon nach vorgängiger Anregung durch Sachsen von Oestreich behauptet wurde, daß ein Bundesbeschluß dazu erforderlich sei. Aber auch bei den Erörterungen hierüber wurde die Theorie von der Berechtigung des „Bundes als einheitlicher Macht“, in welcher die Unterordnung der auswärtigen Politik der Bundesstaaten unter die Majoritätsbeschlüsse enthalten ist, wiederholt zur Geltung gebracht.

März 1858. Insoweit dies gelingt, ist die Leitung der Angelegenheiten Deutschlands den Händen Oestreichs, des Führers der Majorität (am Bunde, gestrichen in 2. Red.) verfallen.

(*An Preußen wird durch dieses System die Anforderung gestellt,[1]) nicht nur seinen (gerechten, gestrichen in 2. Red.) Ansprüchen auf paritätische Theilnahme an der Leitung Deutschlands zu entsagen, sondern auch (*aus den Beschlüssen der Majorität die bindenden Vorschriften für einen erheblichen und niemals ganz abgeschlossenen Theil seiner eignen Politik und Gesetzgebung zu entnehmen.[2]) Es[3]) kann, nach seiner geographischen Lage, seinen staatlichen Aufgaben nicht genügen, ohne auf die zwischen und neben ihm liegenden Bundesstaaten bis zu gewissem Grade einen dominirenden Einfluß zu üben, den es von ihnen nach den beiderseitigen Machtverhältnissen nicht[4]) empfangen kann. Diesen Einfluß soll es, (wenn die östreichische Bundespolitik zur Durchführung gelangt, 1. Red., in 2. Red. gestrichen) zu Gunsten der Majoritätsbeschlüsse des Bundes (*verlieren, und letztre (sollen) allein für alle Beziehungen der deutschen Staaten zu Preußen und unter einander maßgebend werden.[5])

Die kleinern und Mittelstaaten haben keinen Beruf, einer Kräftigung des Bundes auf Kosten der einzelnen Regirungen

---

[1]) 1. Red.: Die Opposition gegen ein solches System liegt natürlich in erster Linie Preußen ob, an welches auf diesem Wege die Anforderung gestellt wird.

[2]) 1. Red. von (* an: die Herrschaft Oestreichs und einer Anzahl kleinerer Staaten über einen wichtigen und nach Umständen stets weiter auszudehnenden Antheil eigner preußischer Interessen zu acceptiren. Es bedarf keiner Auseinandersetzung, wie sehr die Rolle, welche in einem derartigen System der Kräftigung und Belebung der Bundes-Einrichtungen Preußen zugemuthet wird, mit der Würde einer europäischen Macht, mit dem Ehrgeiz eines aufstrebenden Volkes unverträglich ist.

[3]) 1. Red.: Preußen kann.

[4]) 1. Red.: unmöglich.

[5]) Von (* an lautet in 1. Red.: aufgeben und in Gleichstellung mit allen übrigen deutschen Staaten — außer Oestreich — aus eben diesen Majoritätsbeschlüssen die Gesetze für einen erheblichen und niemals bestimmt abgeschlossenen Theil seiner innern und auswärtigen Politik entgegennehmen. — Daran schloß sich in 1. Red. folgender, in 2. Red. gestrichene Satz: Aus einem Rückblick auf die deutsche Politik seit der Reactivirung des Bundes wird sich ergeben, welche Fortschritte die Bestrebungen nach diesem Ziele gemacht haben, welche Entwicklung und Anerkennung das System gefunden hat, dem sie angehören.

März 1858.

abhold zu sein; sie finden in dem Bundesverhältniß allein die Garantie ihrer Fortexistenz, und ihre Minister gewinnen durch dasselbe ein Piedestal, von welchem herab sie über die Angelegenheiten Deutschlands und Preußens, ja selbst in der europäischen Politik dreister und lauter mitreden können als es zulässig wäre, wenn sie mit den großen Verhältnissen der Weltpolitik in unmittelbare Beziehungen treten sollten. In der Bundesversammlung spricht jeder von ihnen ebenso laut und hat ebensoviel Stimmrecht wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den so häufig vor ihr Forum gezognen Streitigkeiten Preußens und Oestreichs. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und Ausbildung eines Institutes interessiren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern (*einen Zuwachs politischer Wichtigkeit[1]) erlangen. Hessen-Darmstadt beispielsweise hat (*für den Kriegsfall[2]) das Recht auf den Beistand der preußischen Armee und (*steht dafür Preußen in dessen Kriegen mit 6200 Mann bei.[3]) Die Geldbeiträge Preußens sind ungefähr das Vierzehnfache von denen Darmstadts, die Stimmberechtigung beider aber ist die gleiche, und diese Gleichheit wird sehr entschieden geltend gemacht. Wie sollte Darmstadt nicht an einer Societät, welche ihm gegen so geringe Einlagen so große Vortheile gewährt, festhalten, (*so lange keine Gefahr damit verbunden ist und es nur darauf ankommt, Rechte[4]) geltend zu machen. (*Sollte der Bund in Noth gerathen und opfermuthiger Leistungen bedürfen, so kann ja der Abfall immer rechtzeitig vollzogen werden.[5])

---

[1]) 1. Red.: eine der Bedeutung von Preußen gleichkommende politische Wichtigkeit.

[2]) 1. Red.: im Kriege.

[3]) 1. Red.: und der gesammten übrigen Bundestruppen. Wenn Preußen in Krieg verwickelt wird, so stellt ihm Darmstadt ein Bundescontingent von 6200 Mann.

[4]) 1. Red.: so lange es darauf ankommt, nur Rechte 2c.

[5]) 1. Red. im Anschluß an den vorhergehenden Satz: da ja, wenn es sich um die Erfüllung schwerer Pflichten handelt, der Abfall vom Bunde immer noch rechtzeitig vollzogen werden kann, sobald die Stärke der Feinde des Bundes es rathsam und also die Sorge für das Wohl der eignen Unterthanen und der Sicherheit der Dynastie es zu einer unabweisbaren Pflicht machen sollten.

März 1858. (*Sobald seine Feinde stärker als er zu sein scheinen, werden diejenigen Bundesstaaten,[1]) (*denen die freie Entschließung nicht durch die Gegenwart überlegner Streitkräfte andrer verkümmert wird, schwerlich[2]) den Beruf fühlen, ihre Existenz einer idealistischen Bundestreue zu opfern, sondern sie werden (*sich alsdann verbunden glauben, ihrem Lande vor allem die Erhaltung der angestammten Dynastie zu sichern, und ihre Regirungen werden in landesväterlicher Weisheit den richtigen Moment ermessen,[3]) wo die Sorge für das Wohl (*ihrer Unterthanen[4]) ihnen den Uebergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweislichen Pflicht macht. Diese eventuelle Voraussicht hält sie aber nicht ab für die Dauer der Zeit, wo sie dem Bunde angehören, in demselben (*alle ihre Rechte eifrig auszuüben[5]) und durch ihn einen möglichst hohen Grad von Einfluß und Wichtigkeit zu erstreben. Wenn für die Thatkraft eines süd- oder mitteldeutschen Staatsmannes das Gebiet des eignen Landesherrn einen ausreichenden Spielraum nicht gewährt, so wird derselbe gerne eine Befriedigung seines Ehrgeizes in der Bestrebung suchen, durch die Organe (*des Bundes[6]) auch auf die 17 Millionen Preußen, auf die 40 des Bundes oder die 70 des mitteleuropäischen Reiches einen vermöge der eignen überlegnen Befähigung jedenfalls hervorragenden Einfluß zu gewinnen. (Die Versuchung dazu liegt zu nahe, 1. Red., in 2. gestrichen.) Geister höherer Ordnung vermögen[7]) in den engen Verhältnissen kleiner Staaten keine[8])

---

[1]) 1. Red.: Sollte der Bund in Streitigkeiten verwickelt werden, wo seine Feinde die stärkern zu sein scheinen, so werden die kleinern und mittlern Staaten nicht den Beruf fühlen 2c.

[2]) Zusatz 2. Red.

[3]) 1. Red. von (* an: ihren eignen Unterthanen gegenüber die Pflicht fühlen (2. Red.: zu haben glauben), ihnen die angestammte Dynastie zu erhalten und in weiser Fürsorge für die Wohlfahrt des Landes (2. Red.: in landesväterlicher Weisheit) den richtigen Moment zu ermessen.

[4]) 1. Red.: ihres Landes.

[5]) Zusatz 2. Red.

[6]) 1. Red.: eines von seinem schöpferischen Organisationstalent regenerirten Bundes.

[7]) 1. Red.: können.

[8]) 1. Red.: nicht.

Befriedigung zu finden,[1]) und wenn Herr v. Beust auf den Dresdner Conferenzen den Grafen Buol geleitet hat, so (*traut er sich auch wohl zu,[2]) in Gemeinschaft mit dem kaiserlichen Minister Deutschland zu leiten,[3]) wenn nur der Bund, das Werkzeug ihrer[4]) Action, mehr über die einzelnen Regirungen zu sagen hätte. (*Nicht nur auf Antrieb Oestreichs, sondern auch nach eigner Ueberzeugung arbeiten daher die meisten Regirungen mit an der Aufgabe,[5]) dem Bunde durch Erweiterung seiner Competenz und durch Beseitigung des Widerspruchsrechts der Einzelnen in höherm Grade als bisher die Herrschaft über das Verhalten seiner Mitglieder in der innern wie der auswärtigen Politik zu verschaffen. (*Eine besonders sympathische Förderung wird diesem System vermöge der hohen Meinung zu Theil, welche den meisten Bundesgesandten in Betreff der Machtvollkommenheit der Bundes-Versammlung und der Befähigung ihrer Mitglieder eigenthümlich ist. In jedem Zweifel an ihrem Beruf, Deutschland durch Majoritätsbeschlüsse unumschränkt zu regiren, erblicken sie ein

März 1858.

---

[1]) In 2. Red. fügte Bismarck am Rande zu: und deutsche Staatsmänner von einiger Selbstschätzung haben ein natürliches Bedürfniß, ihre Befähigung auch dem weitern Vaterlande [zu Gute kommen zu lassen]. Doch ist der Satz wieder gestrichen.

[2]) 1. Red.: so schmeichelt er sich auch wohl mit der Hoffnung.

[3]) 1. Red.: leiten zu können.

[4]) 1. Red.: seiner.

[5]) 1. u. 2. Red: Ebenso wie jeder ehrgeizige Politiker, der sich die Befähigung, andre zu beherrschen, in hohem Grade zutraut, lieber ein einflußreiches Mitglied des herrschenden Senats in einem großen Reich als der dirigirende Minister eines kleinen Fürstenthums sein wird, so fühlt auch mancher deutsche Minister das Bedürfniß, seine staatsmännische Weisheit durch Vermittlung des Bundesverhältnisses (durch das Organ des Bundes, 1. Red.) weitern Kreisen als denen der engern Heimath zugänglich zu machen. Es ist (wird ... sein, 1. Red.) für ihn eine verlockende Vision, wenn er sich vorstellt, daß die Stimme, welche er in dem Areopag der deutschen Regirungen erhebt, einen entscheidenden Einfluß auf das Verhalten eines so mächtigen Nachbarstaates wie Preußen auszuüben berufen sein wird (berufen ist, 1. Red.). Es kann hiernach nicht überraschen (1. Red.: Wunder nehmen), daß (wenn, 1 Red.) der größre Theil der mittlern und kleinern Regirungen Oestreich zu dem Zweck in die Hände arbeitet (Forts. wie oben!). In 3. Red. ist der ganze Abschnitt gestrichen und durch die oben mitgetheilte Fassung ersetzt.

März 1858. beklagenswerthes Symptom undeutscher und böswilliger Gesinnung.[1])

Das Gebiet, auf welchem Oestreich und seine Verbündeten zunächst nach Reconstituirung des Bundes (*die Einführung ihres Systems[2]) erstrebten, war das der materiellen Interessen, also (*dasjenige, welches heutzutage in der Sympathie der öffentlichen Meinung den Vordergrund einnimmt.[3]) Die damals bevorstehende Erneuerung des Zollvereins bot den Anknüpfungspunkt zu einer Agitation, vermöge deren in diplomatischen Actenstücken und in der Presse der Bund für die Zukunft als der alleinberechtigte und fruchtbare Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede preußische Bestrebung auf diesem Gebiet aber als ein gemeinschädlicher Particularismus geschildert wurde. Wenn es Oestreich gelingt, seine Aufnahme in den Zollverein durchzusetzen, so ist allerdings das Verlangen, die (*Zoll- und Handelsgesetzgebung[4]) in Zukunft auf Grund des Art. 19 der Bundesacte am Bunde zu verhandeln, nicht leicht mehr auf die Dauer zurückzuweisen. Nach den heutzutage von den[5]) bedeutendsten Bundesregirungen verfochtnen Ansichten über die Berechtigung der Majoritätsbeschlüsse stände kein rechtliches Hinderniß (einem solchen, 1. Red., in 2. gestrichen) im Wege, diese Angelegenheiten direct (*und auf die Dauer[6]) zum Gegenstande der beschließenden Thätigkeit des Bundes zu machen, nachdem die etwaigen Einwendungen (*gegen die Competenz der Majorität[7]) durch eine Schlußfassung im engern Rath beseitigt wären, (*ganz in derselben Art, wie

[1]) Der Abschnitt lautet in 2. Red.: Einer besonders sympathischen Förderung erfreut sich dieses System vermöge der hohen Meinung, welche so manche unter den Bundesgesandten von ihrer Stellung und ihrer Person, der Machtvollkommenheit der Bundes-Versammlung und der Befähigung ihrer Mitglieder haben. In jedem ꝛc. wie oben. In 1. Red. fehlt der Abschnitt.

[2]) 1. Red.: einen Fortschritt in dieser Richtung.

[3]) 1. Red.: derjenigen, welche ꝛc. ꝛc. im Vordergrunde stehn.

[4]) 1. Red.: die Sachen der Zoll- und Handelsgesetzgebung.

[5]) 1. Red.: einer großen Zahl der.

[6]) Zusatz 2. Red.

[7]) Zusatz 2. Red.

Oestreich die Rastatter Frage zu lösen beabsichtigt.[1] In dem offiziösen Organ Oestreichs — der Frankfurter Postzeitung — ist dieser Entwicklungsgang schon als nicht nur berechtigt, sondern auch als unvermeidlich dargelegt worden. (*Schon der gegenwärtige Zollverein lähmt vermöge des Erfordernisses der Stimmeneinhelligkeit die freie Bewegung Preußens auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Tritt aber ein Staat mit so abweichenden Interessen wie Oestreich der Verbindung hinzu und soll dennoch Stimmeneinhelligkeit zu jeder Modification des Bestehenden erforderlich bleiben, so wird eine gänzliche Stagnation unvermeidlich.[2]) Eine Körperschaft, für welche der kleinste Schritt nur dann thunlich ist, wenn (*alle ihre Mitglieder[3]) einstimmig sind, wird ziemlich sicher zu voller Unbeweglichkeit verurtheilt sein, (*wenn die Interessen der Einzelnen so heterogener Natur sind wie die Oestreichs und der bisherigen Vereinsstaaten.[4])

März 1858.

Die Agitation für den Eintritt Oestreichs in den Zollverein dauert unter der Hand fort und wird mit dem Herannahen des neuen Kündigungstermins an Lebhaftigkeit gewinnen. In ihren Bereich fallen die Bundesreformpläne des Freiherrn v. Beust (*in der[5]) Deutung, welche denselben von Oestreich

[1]) Zusatz 3. Red. In 1. Red. lautet der Satz: nachdem die etwaigen Einwendungen auf dem von Oestreich in Betreff Rastatts (2. Red.: bei Gelegenheit des Streites über Rastatt) angedeuteten Wege durch eine Schlußfassung im engern Rath beseitigt wären.

[2]) 1. Red.: Und in der That, wenn schon der gegenwärtige Zollverein vermöge des Erfordernisses der Stimmeneinhelligkeit die Immunität Preußens in Betreff seiner eignen Zollgesetzgebung fast vollständig neutralisirt, jede selbstständige und seinen eignen Interessen entsprechende Bewegung (des Einzelnen, Zusatz 2. Red.) auf dem Gebiet des Zollwesens ausschließt, so ist vollends eine allgemeine Stagnation der Zoll- und Handelsgesetzgebung die unvermeidliche Folge, wenn ein Staat mit so abweichenden Interessen wie Oestreich der Verbindung zutritt und dennoch Stimmeneinhelligkeit .... erforderlich bleiben soll.

[3]) 1. Red.: alle ihre von so heterogenen Interessen wie die Oestreichs und des bisherigen Zollvereins erfüllten Mitglieder.

[4]) Zusatz 2. Red. — An diesen Satz schloß sich in 1. Red. noch folgender, in 2. Red. gestrichene Satz: Wenn es schon fraglich ist, ob der jetzige Zollverein ohne dauernde Nachtheile für preußische Interessen mit der bisherigen Organisation fortbestehen kann, so wird die Beibehaltung der letztern nach dem Beitritt Oestreichs nahezu eine Unmöglichkeit.

[5]) 1. Red.: und die.

März 1858. gegeben wurde, und der täglich nach allen Richtungen hin wachsende Drang, die Berechtigung der Majorität (des Bundes, 1. Red., in der 2. gestrichen) zu erweitern, ebnet den Weg, auf welchem die Erreichung des Zieles, die deutsche Zoll- und Handelsgesetzgebung in die Hände des Bundes zu bringen, als möglich gedacht wird.

Auf dem Gebiet des staatlichen Verfassungswesens und der Presse hat die Bundesversammlung ihre Einwirkungen auch in den letzten Jahren mit Erfolg geltend gemacht; sie hat bisher nur in die innern Verhältnisse der kleinern und mittlern Staaten ostensibel eingegriffen, und (*der Versuch,[1]) auch Preußen zu einer Aenderung wenigstens seiner Preßgesetzgebung zu nöthigen, ist in den Jahren 1853 und 1854 an dem nachhaltigen Widerstande der Königlichen Regirung gescheitert. Die Neigung aber, derartige Versuche gelegentlich zu wiederholen, wird durch den Kitzel, den die Mittelstaaten empfinden, gerade Preußen das Ansehn ihres Bundes fühlen zu lassen, wach erhalten, und nach den neuesten Theorien über die Begründung der Competenz der Majorität würde ein bundesverfassungsmäßiges Hinderniß nicht mehr im Wege stehn, wenn etwa die politische Lage Europas irgend einen Moment als günstig erscheinen ließe, um auch (*für Preußen[2]) durch Bundesbeschlüsse die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob seine Institutionen den Bundesgrundgesetzen conform sind. (*Grade auf diesem Gebiete der Presse und des Verfassungswesens würde Oestreich je eher je lieber dem System der Vereinbarung das der Mehrheitsbeschlüsse unterschieben.[3])

In Betreff der auswärtigen Politik[4]) gab die Periode des orientalischen Krieges mehrfache Gelegenheit zu lehrreichen Wahrnehmungen über die Auffassung des Bundesverhältnisses von Seiten der Mittelstaaten. Es ist wohl kaum einer unter ihnen, welcher (*dem Berliner Cabinete[5]) nicht vertraulich zu verstehn

---

[1]) 1. Red.: und die lebhafte Neigung, welche vorhanden war.

[2]) 1. Red.: in Betreff Preußens.

[3]) Zusatz in 2. Red.

[4]) Zusatz in 2. Red.

[5]) 1. Red.: uns.

März 1858.

gegeben hätte, daß sie (im Falle fortgesetzten übermächtigen Andrängens von Seiten Oestreichs),[1]) wenn es zu einem wirklichen Bündniß Oestreichs mit Frankreich kommen sollte, sich nicht mehr an die Vorschriften der Bundesgesetze und an eine Berücksichtigung allgemeiner Bundesinteressen binden könnten, sondern lediglich das Bedürfniß eigner Sicherheit zu Rathe ziehn müßten. Sie gaben dem preußischen Cabinet mit dankenswerther Offenheit zu erkennen, (*daß ihr Festhalten am Bunde nicht über den Punkt hinaus erwartet werden könne, wo Gefahr für die eignen Staaten damit verbunden sein würde.[2]) Sogar in Hannover, welches von Preußen gewissermaßen enclavirt wird, gelangte diese Ansicht zur Herrschaft und zum Ausdruck. In einem eigenthümlichen Contraste hiezu stand der Anspruch der Mittelstaaten, durch ihre Beschlüsse nicht nur die Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Oestreich endgültig zu entscheiden, sondern auch eine auswärtige „Bundespolitik" vorzuschreiben,[3]) welcher jedes Mitglied des Bundes und namentlich Preußen sich zu fügen und seine Unterstützung zu gewähren haben werde. Diese Theorie, welche den Grundsatz in sich schließt, daß Preußen kein Recht zu einer eignen auswärtigen Politik habe, sondern auch in dieser Hinsicht die Maßgabe für sein Verhalten aus den Majoritätsbeschlüssen des Bundes entnehmen müsse, ist in den damaligen Verhandlungen am Bundestage wiederholt als selbstverständliche Consequenz der Grundgesetze des Bundes aufgestellt und ohne andern Widerspruch als den von Preußen für richtig angenommen worden. Die gesandtschaftlichen Berichte aus jener Zeit werden ohne Zweifel nähere Details darüber enthalten. In dem Werke eines der östreichischen Hofpublicisten, des fürstlich liechtensteinschen Gesandten Dr. von Linde, eines gebornen Münsterländers, welches mit Benutzung aller amtlichen Verhandlungen des Bundes im Einverständniß und unter Leitung Oestreichs geschrieben ist, wird diese Doctrin

[1]) Die in Klammern gesetzten Worte sind schon in 1. Red. gestrichen worden.

[2]) 1. Dictat in 1. Red.: daß wir von ihrer Seite nicht auf ein Festhalten am Bunde bis zu dem Grade rechnen könnten, wo mit demselben Gefahr 2c.

[3]) 1. Red.: festzustellen.

März 1858. und somit die Mediatisirung der auswärtigen Politik Preußens als unbestreitbarer Ausfluß des Bundesrechts hingestellt.[1])

In der neuesten Zeit hat sich das Streben, die Herrschaft der Majorität zu consolidiren, namentlich (*bei Verhandlung[2]) der Frage von der Rastatter Besatzung fühlbar gemacht. In der hierauf bezüglichen Depesche des Grafen Buol vom .....[3]) werden neue Lehren über das Bundesrecht aufgestellt, welche, wenn sie Geltung gewinnen, (*die Majorität der Bundesversammlung allerdings in den Stand setzen,[4]) das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit für jede vorkommende Frage zu beseitigen. Wie bereits bei den Streitigkeiten über die Erhöhung der ursprünglichen Bausumme für (*Ulm und[5]) Rastatt, so stellt Oestreich auch jetzt den Grundsatz ohne Weitres als gültig hin, daß die Frage, ob ein Beschluß (zu seiner Gültigkeit, in 2. Red. gestrichen) (*nach den Bundesverträgen[6]) der Zustimmung Aller bedürfe, durch gewöhnliche Stimmenmehrheit im engern Rath entschieden werden könne. Es dürfte nach den bereits im Schwange befindlichen Ansichten über die Aufgaben des Bundes und die Rechte seines Centralorganes kaum ein Fall denkbar sein, in welchem die Majorität, wenn sie die Zustimmung der Minderheit nicht gewinnen kann, nicht Gründe des Zweifels beizubringen vermöchte, ob die Stimmeneinhelligkeit überhaupt erforderlich sei, und diese Zweifel würde dann dieselbe Majorität zu Gunsten ihrer eignen Competenz zu entscheiden das Recht haben. Zur Herbeiführung und derartigen Erledigung solcher Conflicte würde es in den meisten Fällen nicht einmal[7]) erforderlich sein, der Bedeutung der Worte (in der deutschen Sprache, 1. Red., gestrichen) und dem gesunden Menschenverstande in dem Maße

---

[1]) Hieran schloß sich in 1. Red. der S. 105—107 mitgetheilte Abschnitt.

[2]) 1. Red.: in Betreff.

[3]) Lücke zu späterer Ausfüllung; „vom" ist in 2. Red. von Bismarcks Hand eingetragen; zu ergänzen ist: 7. März 1858.

[4]) 1. Red.: der Majorität der Bundesversammlung die Mittel zu gewähren; „allerdings" ist erst in 3. Red. hinzugefügt worden.

[5]) Zusatz 2. Red.

[6]) Zusatz 2. Red.

[7]) Zusatz 2. Red.

Gewalt anzuthun, (*wie dies von Seiten der Majorität beispielsweise in der Sitzung vom 25. Februar cr. geschehn ist.[1]) Die Vorgänge in derselben beweisen, wieweit der Mangel an Achtung und Rücksichtnahme für die einzelnen Regirungen bereits gediehn ist, und wie geringfügig ein Anlaß nur zu sein braucht, um im Gefühle der Allgewalt der Majorität jede besonnene und bundesfreundliche Erwägung auszuschließen. März 1858.

Wenn der Absolutismus der Majorität in dem (zuletzt, 1. Red., in 2. gestrichen) gedachten Falle sich (vorzugsweise, 1. Red., doch schon in dieser Red. gestrichen) gegen Hannover richtete, (*so ist es auf die Dauer doch vorzugsweise Preußen,[2]) gegen welches diese Waffe Oestreichs zu dienen bestimmt ist. Gegen den sonst so nützlichen norddeutschen Mittelstaat verfährt man in dieser Weise entweder nur in der augenblicklichen Aufwallung der Leidenschaft oder behufs gelegentlicher und vorübergehender Züchtigung desselben für seine Unbotmäßigkeit in der dänischen Streitfrage. Gegen Preußen aber wird man sich, sobald das System (*hinreichend Anerkennung und Sicherheit in der Handhabung erlangt haben wird,[3]) desselben mit nachhaltiger Consequenz und zu allseitiger Genugthuung bedienen.

(*Kein aufmerksamer Beobachter der Bundesverhältnisse in den letzten sieben Jahren kann sich der Wahrnehmung entziehn, daß[4]) die meisten und wichtigsten deutschen Regirungen, ungeachtet der Schwankungen, welche vorübergehende politische Constellationen in Verbindung mit ihrer Eifersucht unter einander herbeiführen,[5]) im Großen und Ganzen (doch, in 3. Red. ge-

---

[1]) 1. Red.: wie dies beispielsweise in der Sitzung vom 25. v. M. (v. M. noch in 1. Red. gestrichen und ersetzt durch „Februar") geschehn ist.

[2]) 1. Red.: so ist doch der Gegner im Großen und Ganzen vorzugsweise Preußen.

[3]) 1. Red.: in seiner Anerkennung und Handhabung die hinreichende Sicherheit erlangt hat.

[4]) 1. Red.: Dieser Vortrag weist auf Grund einer siebenjährigen aufmerksamen und unmittelbaren Beobachtung der einschläglichen Verhältnisse nach, wie 2c.; 2. Red.: Es ist die Absicht dieses Vortrags, auf Grund einer siebenjährigen aufmerksamen und unmittelbaren Beobachtung der einschläglichen Verhältnisse nachzuweisen.

[5]) Schon in 1. Red. an Stelle des ursprünglich dictirten „mit sich bringen" eingesetzt.

März 1858. strichen) in dem Bestreben zusamenwirken, die Bundesverfassung zu einem Netz für die Unabhängigkeit Preußens auszubilden.

Diese Thatsache ist einer um so ernstern Aufmerksamkeit werth, als sie nicht das Ergebniß von vorübergehenden Personalverhältnissen und zufälligen, dadurch bedingten Antipathien und Sympathien ist, sondern es findet in ihr eine vermöge dauernder Verhältnisse natürliche und von dem Standpunkte Oestreichs und der meisten seiner Anhänger auch subjectiv richtige politische Tendenz ihren Ausdruck. In derselben verkörpert sich das Streben der Mittel- und Kleinstaaten, den verschiednen Nachtheilen, welche die Kleinheit ihres Gebiets und ihrer Macht mit sich bringt, durch einen Organismus abzuhelfen, welcher ihnen selbst einen wesentlichen und nach Umständen entscheidenden Einfluß auf die Angelegenheiten der Gesammtheit sichert und ihnen dabei vermöge der Wichtigkeit, welche ihre Unterstützung für Oestreich hat, soviel Unabhängigkeit (für eigne Angelegenheiten, 1. Red.; in 2. Red. gestrichen) läßt, als sie nach dem Maße ihrer Kräfte überhaupt beanspruchen (*und sich erhalten können.[1])

Ganz anders stellt sich (*das Verhältniß der Bundesangehörigkeit[2]) für einen Großstaat, welcher (*seine innre und auswärtige Politik auf der Grundlage seiner eignen Kräfte selbständig führen kann und will.[3]) (*Für denselben bleibt die Betheiligung an einem Bundesverhältnisse von straffrer Centralisation nur in dem Maße rathsam, als er die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen vermag, so[4]) daß die gemein-

---

[1]) 1. Red.: oder doch erreichen (1. Dictat: ertragen) können.

[2]) 1. Dictat: die Sache.

[3]) 1. Dictat: einer selbständigen, auf die eignen Kräfte basirten Politik weder für seine auswärtigen noch für seine innern Angelegenheiten zu entsagen vermag, in welchem deshalb. Die Worte sind wieder gestrichen und noch in 1. Red. durch die oben im Texte gedruckten ersetzt.

[4]) So in 3. Red. Die 1. Red. des Satzes lautete: Denselben bleibt, wenn das Bundesverhältniß eine einheitliche Ausbildung gewinnen soll, nur die Alternative, die Leitung der Bundeskörperschaft in dem Maße zu gewinnen, daß 2c.; die 2. Red.: Demselben bleibt eine Ausbildung des Bundesverhältnisses zu einem Organismus mit einheitlicher Spitze nur dann möglich, wenn er die Leitung der Bundeskörperschaft in dem Maße zu gewinnen vermag, daß 2c.

samen Beschlüsse mit seinen eignen Entschließungen zusammenfallen.[1]) März 1858.

(*Es ist also natürlich, daß Oestreich sowohl wie Preußen gleichzeitig nach einer solchen Stellung im Deutschen Bunde streben. Dieselbe ist aber nur für Einen möglich.[2]) (*Oestreich ist gegenwärtig in ihrem Besitz[3]) und, wie vorstehend entwickelt, mit allen Hülfsmitteln ausgestattet, um sich darin erhalten zu können. Bei[4]) der jetzigen Organisation des Bundes und so lange die (*Beschlüsse desselben allein von den deutschen Fürsten und ihren Minister abhängen[5]), (*ist es für Preußen nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich, Oestreich den dominirenden Einfluß zu entreißen. Dessen ist sich Oestreich bewußt, und darum lehnt es jeden Versuch Preußens, sich über eine Theilung oder gemeinschaftliche Ausübung dieses Einflusses zu verständigen, ohne Weitres ab. Es hat erkannt, daß Preußen in der jetzigen Bundesversammlung zur Minorität prädestinirt ist[6]), und glaubt[7]) deshalb auch ohne Preußen

---

[1]) Daran schloß sich in 1. Red.: oder, wenn diese Stellung ihm nicht erreichbar ist, (den Einzelbestrebungen Widerstand zu leisten und, Ergänzung in 2. Red. am Rande von Bismarcks Hand) der Stellung des Einzelnen im Bunde jeden, mit den Bundespflichten verträglichen Grad von Selbständigkeit zu bewahren. Die Führerschaft des Deutschen Bundes ist dermalen unbezweifelt in den Händen Oestreichs, und die Mehrheit der Regirungen stimmt (auch ohne Gründe sachlicher Natur, Ergänzung von Bismarcks Hand in 2. Red.) der Regel nach mit Oestreich. — Der ganze Abschnitt wurde dann gestrichen und am Rande durch Bismarcks Hand ersetzt durch den im Text folgenden Abschnitt: „Es ist also natürlich" bis „erhalten zu können."

[2]) 1. Fassung: Eine solche Stellung ist in einem Bunde mit straffrer Centralisation nur für Einen möglich.

[3]) 1. Fassung: In dem deutschen Bunde ist Oestreich gegenwärtig im Besitz derselben.

[4]) 1. Red.: Nach.

[5]) 1. Red.: Entscheidungen allein in den Händen der deutschen Fürsten und Minister liegen.

[6]) 1. Red.: ist für Preußen die Möglichkeit ausgeschlossen, eine dauernde Herrschaft über die Beschlüsse des Bundes auszuüben. In der jetzigen Bundesversammlung ist Preußen zur Minorität prädestinirt.

[7]) Von hier an bis zu den Worten: „daß sie den sachlichen Differenzen persönliche beimischen würden" (S. 121) schon in der Urschrift von Bismarcks Hand, doch nochmaliger Prüfung unterworfen. Ich gebe oben die abschließende Fassung und theile die Abweichungen von der ersten in den Noten mit.

März 1858. und gegen Preußen, gestützt auf die Majorität der übrigen Bundesstaaten, Deutschland im Fahrwasser der Wiener Politik erhalten zu können.

Mit der Reactivirung des Bundes ist daher das Princip der Schonung Preußens in den Verhandlungen des Bundes, der vorgängigen Verständigung zwischen Berlin und Wien über wichtigere Gegenstände von Oestreich aufgegeben worden. Man sucht vielmehr Meinungsverschiedenheiten dadurch zu erledigen, daß man Majoritäten gegen Preußen wirbt und durch den Druck derselben die volle oder theilweise Nachgiebigkeit Preußens erzwingt, (und, gestrichen) diese Majoritäten haben sich bereit finden lassen, (den, gestrichen) ungerechten und bundeswidrigen Ansprüchen Oestreichs ihren Beistand zu leihn, so in den Fragen von der deutschen Flotte und von der allgemeinen Liquidation, wo Oestreich alle Rechte beanspruchte und jede Pflicht ablehnte, so in Betreff der Erhöhung der Bausumme für Ulm und Rastatt und der Rastatter Besatzungsangelegenheit, wo das Erforderniß der Stimmeneinhelligkeit gegen die klarsten Bestimmungen des Bundesrechts bestritten wird. (*Oestreich verliert das Bewußtsein, mit Preußen um die Hegemonie von Deutschland zu kämpfen, in keinem Momente; es ist sich über seinen Zweck vollständig klar und seiner Mittel, denselben zu erreichen, so sicher,[1]) daß es keiner Art von Conflict mit Preußen ausweicht. Es kleidet seine Forderungen in bundesfreundliche Worte, betreibt sie aber mit der consequenten Entschiedenheit, welche dem Gegner nur die Wahl läßt, sich zu fügen oder in anhaltendem Streite zu leben. Beharrt derselbe bei seiner (von Oestreich, gestrichen) abweichenden Ansicht, so wird ihm in der Diplomatie und der besoldeten Presse die Schuld der Uneinigkeit aufgebürdet, und diese Beschuldigungen nehmen die Färbung einer Anklage wegen Störung des Friedens im Bunde und Untergrabung

---

[1]) 1. Red.: Oestreich fühlt sich seiner Mittel und seiner Zwecke so sicher 2c. In 2. Red. sind die Worte: „Oestreich verliert" bis „Mittel" von Zitelmanns Hand geschrieben, „denselben" bis „so sicher" von Bismarcks Hand. In 2. Red. waren noch hinter „denselben" die Worte eingefügt „ohne und gegen Preußen", sie sind bei der letzten Ueberarbeitung gestrichen worden.

seiner Institutionen an, sobald die allezeit bereite Majorität am Bunde Oestreich zur Seite steht. Die kleinern Staaten haben nicht dasselbe Bedürfniß selbständiger Politik wie Preußen, und was letztres sich gefallen läßt, können sie, (nach der Ansicht ihrer Vertreter, gestrichen) in der Regel auch über sich ergehn lassen. Ihre Bundestagsgesandten sind theils für Oestreich gewonnen, theils scheuen sie Arbeit und Verantwortlichkeit. An der Abwehr östreichischer Uebergriffe gegen Preußen oder gegen die Gesammtheit des Bundes liegt ihnen entweder nichts, oder sie überlassen sie doch gern dem nach der Stimmordnung vor ihnen votirenden Preußen und seinem Gesandten. Es kann daher nicht fehlen, daß die Thätigkeit des letztern seit sieben Jahren eine selten unterbrochne Kette von Kämpfen gegen östreichische Zumuthungen bildet, bei denen die Parteilichkeit der Mittelstaaten und ihrer Vertreter stets bereit ist, Preußen die Schuld aufzubürden, das Sachverhältniß zu diesem Behuf zu entstellen und (*selbst mit Oestreich zu stimmen.[1]) Diese Verhältnisse sind seither noch durch den Umstand erschwert worden, daß Oestreich zum Vorsitz in einer Versammlung, wo die streitigen Interessen von fünfunddreißig souverainen Staaten discutirt werden, wo die Stellung Oestreichs als Partei und als Präsidialmacht eine besonders delicate ist, also zu einem Posten, der neben großer Geschäftskunde (Geschäftsfähigkeit, 1. Red.) einen besonders hohen Grad von Ruhe erfordert, nach einander drei Männer, wie Graf Thun, Herrn v. Prokesch und Graf Rechberg ernannt hat, deren leichte Erregbarkeit, ja deren Leidenschaftlichkeit bekannt genug war, um voraussehn zu lassen, daß sie den sachlichen Differenzen persönliche beimischen würden.

März 1858.

Ebensowenig[2]) wie der Charakter der Personen, durch welche Oestreich seinen Kampf am Bunde gegen Preußen führt, hat die Wahl der Waffen, deren es sich dabei bedient, dazu beigetragen, den Verhandlungen eine bundesfreundliche und versöhnliche Färbung zu erhalten. Man ist im Laufe der Zeit

---

[1]) 1. Red.: sich selbst auf die Seite Oestreichs zu stellen.

[2]) Von hier an ist die Urschrift wieder von Zitelmann geschrieben.

März 1858. vor keinem der Mittel zurückgeschreckt, welche die Traditionen der Wiener Diplomatie seit Jahrhunderten mit sich bringen. Versuche der Ueberlistung jeder Art, zu welchen dem Präsidium der Besitz des Aktenmaterials und der Initiative in den Verhandlungen erhöhte Leichtigkeit gewährt, Entstellungen der Thatsachen, Verdächtigungen der Personen, ja selbst Fälschungen der Akten sind nicht ausgeblieben. Nachdem beispielsweise wegen Erhöhung der Bausumme für Rastatt nach langen Streitigkeiten durch theilweises Nachgeben Preußens eine Verständigung zwischen Wien und Berlin in Form eines schriftlichen Abkommens erreicht worden war, wurde das östreichische Exemplar desselben allein nach Frankfurt geschickt, um dem Bundesbeschluß, durch welchen das Abkommen sanctionirt werden sollte, zur Grundlage zu dienen. In der Präsidialkanzlei wurde dies Exemplar in der Weise gefälscht, daß (*man bei der Abschrift für den Bund[1]) eine (anscheinend nebensächliche, schon in 1. Red. wieder gestrichen) Klausel, auf welcher allein das Einverständniß Preußens beruht hatte, ausließ. (*Die preußischen Beamten der Militär-Commission,[2]) lediglich auf die Loyalität ihrer[2]) östreichischen Collegen in Betreff der Richtigkeit der Aktenstücke angewiesen, hatten[2]) (*keinen Grund zu vermuthen, daß eine Aenderung vorgenommen sei und auch nicht das Mittel, dieselbe[3]) durch Vergleichung mit dem diesseitigen Original zu entdecken. (*Der Beschluß erfolgte auf Grund der gefälschten Abschrift und wurde dadurch ein ganz andrer, als mit Preußen verabredet war.[4]) Der Betrug kam erst im Laufe der spätern Verhandlungen zu Tage. Als[5]) derselbe von Preußen zu Protokoll constatirt wurde, berief sich der östreichische Gesandte lediglich auf den Beschluß und lehnte die Erörterung solcher Verabredungen, die nicht in den Bundesprotokollen ständen (lediglich, in 2. Red. gestrichen) ab.

---

[1]) Fassung in 2. Red. 1. Red.: daß eine Klausel . . . . ausgelassen wurde.

[2]) 1. Red.: Der preußische Gesandte — seines — hatte.

[3]) 1. Red.: kein Mittel, die vorgenommne Aenderung 2c.

[4]) 1. Red.: So wurde von Oestreich ein andrer als der mit Preußen verabredete Bundesbeschluß zu Stande gebracht.

[5]) 1. Red.: und als.

Aehnlicher Kategorie gehören die Fälle an, wo wegen ver- März 1858. suchter Entstellung der Beschlüsse durch unrichtige Protokollführung die Vereidigung des dazu verwandten östreichischen Beamten verlangt werden mußte.

Auch in den Beziehungen der europäischen Politik hat Oestreich vielfach zu erkennen gegeben, daß der Weg gütlicher Verständigung und der Bewerbung um die Sympathien Preußens nicht mehr derjenige ist, auf welchem das Wiener Cabinet sich der Unterstützung der norddeutschen Großmacht zu versichern bestrebt ist. Selbst in solchen Fragen, wo das Interesse Oestreichs unbetheiligt oder gar mit dem Preußens identisch war, hat Oestreich keine Anstrengung gescheut, um das Ansehn Preußens zu beeinträchtigen und seiner Politik Hemmungen zu bereiten. Die Theilnahme Preußens an der Pariser Conferenz, wobei es sich (lediglich, gestrichen in 2. Red.) der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben als von Oestreich. Während letztres in Berlin seine guten Dienste anbot, erstrebte es kein andres Ziel, als die Untergrabung des Ansehns Preußens durch dessen Ausschluß aus dem Rath der Großmächte. In der Neuenburger Frage waren die Gegner Preußens zugleich die natürlichen Feinde Oestreichs, aber der Wunsch, Preußen nicht zu einer Entfaltung seiner Kriegsmacht in Süddeutschland und nicht zur befriedigenden Erledigung einer Ehrensache gelangen zu lassen, war in Wien stärker als die Abneigung gegen die Schweizer Democratie und die Sorge um deren Einwirkung auf Italien. (*Das Wiener Cabinet suchte gegen den Marsch preußischer Truppen durch Süddeutschland Bundesbeschlüsse zu Stande zu bringen, und wurde in diesem Bestreben von Sachsen gefördert. Es würde ohne Zweifel auch für diesen Ausdruck seiner Gesinnungen gegen Preußen eine Majorität erlangt haben, wenn der Einfluß Frankreichs und die Furcht vor demselben ihm nicht damals bei den Mittelstaaten zu Gunsten Preußens die Wage gehalten hätte.[1]) Die dänische Frage ist von Oestreich, so lange es

[1]) Einschaltung am Rande in 2. Red.

März 1858. möglich war, ausgebeutet worden, um Preußen in der deutschen Presse der Lauheit, bei den europäischen Cabineten der Heftigkeit anzuklagen.

Es würde eine Ungerechtigkeit oder ein Mißverständniß sein, wenn man diese Gesammtrichtung der östreichischen Politik allein aus den persönlichen Ueberzeugungen der jetzigen Machthaber Oestreichs herleiten wollte. (*Dieselbe ist vielmehr der[1]) Ausdruck der dem Kaiserstaat nach seinen jetzigen Einrichtungen vollkommen natürlichen Aufgaben und Bestrebungen. Das Programm, (*welches Fürst Schwarzenberg zur Verwirklichung derselben hinterlassen,[2]) hat nur den Fehler, daß es die Ziele für den Ehrgeiz Oestreichs zu hoch und zu weit steckt. Sie sind nur erreichbar, wenn Preußen auf den Anspruch der Gleichstellung mit Oestreich verzichtet, die Rolle der zweiten deutschen Macht aufrichtig acceptirt und sich gleich jedem andern deutschen Bundesstaate der Herrschaft der Majoritätsbeschlüsse, welche der Bund unter Oestreichs Führung zu fassen für gut findet, unterordnet.

In einer solchen Stellung würde Preußen als Aequivalent für die Verzichtleistung auf seine Selbständigkeit nicht einmal die Genugthuung haben, den von dem Gesammtorgan des Bundes auf die einzelnen Staaten zu übenden Einfluß mit den übrigen sechzehn von Oestreich präsidirten Stimmen gleichmäßig zu theilen, (*weil auch durch seine Unterwerfung die meisten der Ursachen nicht beseitigt würden,[3]) welche ihm eine Stellung in der Minorität und der Majorität eine antipreußische Haltung zuweisen. Es bedarf keines Beweises, daß es für Preußen unmöglich ist, eine solche (*Ausbildung des Bundesverhältnisses[4]) zu accep-

---

[1]) 1. Red.: Der Fürst Schwarzenberg hat dem Wiener Cabinet das Programm einer Politik hinterlassen, welche nur ein Ausdruck 2c. — — ist.

[2]) Einschaltung von Bismarcks Hand, wahrscheinlich in 3. Red.

[3]) 1. Dictat in 1. Red.: weil es auch durch seine Unterwerfung noch keine Aussicht gewinnen würde, den beschließenden. Die Worte sind sofort wieder gestrichen und durch die obigen ersetzt.

[4]) 1. Red.: Stellung; die im Texte stehenden Worte sind in 2. oder 3. Red. von Bismarcks Hand am Rande eingetragen.

tiren.[1]) Es hat auch nicht in der Absicht der Stifter des Bundes gelegen, und namentlich hat eine europäische Großmacht demselben nicht (unter dem Präsidium einer andern, gestrichen noch in 1. Red.) mit der Voraussetzung beitreten können, daß ein wesentlicher Theil der eignen Gesetzgebung und Politik von den Mehrheitsbeschlüssen dieses Bundes abhängig werden sollte, in welchem sie sich begnügt hat, $^1/_{17}$ des Stimmrechts auszuüben und auf jeden Antheil der formellen Leitung durch den Vorsitzenden zu verzichten. Wenn diese Erwägungen, (*abgesehn vom Präsidium,[2]) ebensowohl auf Oestreich Anwendung finden und dieses dennoch die Kräftigung der Majoritätsgewalt im Bunde fördert, so beweist dies nur wiederum,[3]) wie sicher Oestreich für die Dauer auf das Uebergewicht rechnet, welches ihm der Besitz des Präsidiums und seine Mittel, die Majoritäten für sich zu gewinnen, verleihn.[4])

So ganz leicht wird es nun trotz alledem nicht sein, eine Macht wie Preußen in der Art zu mediatisiren, daß dem Kollegium der siebzehn Bundestagsgesandten die Functionen der preußischen Regirung einem größern oder geringern Antheil nach anheimfallen. (*Näher liegt aber die Gefahr,[5]) daß Preußen in formelles Zerwürfniß mit der Bundesgewalt geräth, (*indem die Majorität Beschlüsse faßt, welche Preußen nicht anzuerkennen vermag, ohne Schaden an seiner Selbständigkeit zu leiden.[6]) Die bundesfreundlichste Nachgiebigkeit

---

[1]) Das erste Dictat enthielt vor diesem Satz einen andern alsbald gestrichenen, der mitten im Wort abgebrochen wurde. Er lautet: Wenn sich daher Preußen, wie vorauszusehn ist, in die Verwirklichung der gegnerischen Pläne nicht fügt, so muß früher oder später der Augenblick eintreten, wo es den Bestre—.

[2]) 1. Red.: der Hauptsache nach.

[3]) 1. Red.: von neuem.

[4]) Im Dictat der 1. Red. folgte der unvollendete und alsbald wieder gestrichene Satz: Um so sicherer erwächst aus der Gesammtheit der geschilderten Verhältnisse für Preußen die Aufgabe.

[5]) 1. Red.: Die zunächst liegende Gefahr ist nur die, daß 2c.

[6]) 1. Red.: indem es Beschlüsse, zu welchen die Majorität sich für berechtigt erklärt, nicht als verfassungsmäßig anerkennt.

März 1858. hat ihre Grenzen, und in Verhandlungen mit Oestreich ist jede Concession die Mutter einer neuen Forderung. Wenn die Sachen so weiter gehn, wie in der letzten Zeit, und namentlich im Sinne der Depesche des Grafen Buol über Rastatt vom . . . . . .[1]) und im Sinne des Majoritätsbeschlusses vom 25. Februar die gegnerischen Operationen fortgesetzt werden, so kann der Moment nicht sehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Ueberschreitung ihrer Befugnisse und die Majorität Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird, (*beide sich also gegenseitig des Bundesbruchs beschuldigen.[2]) Preußen in diese Lage zu versetzen, ist vielleicht das nächste Ziel[3]) seiner Gegner; wie und wann eine solche Situation demnächst von ihnen weiter auszubeuten wäre, das wird von den Constellationen der europäischen Politik abhängen, (*je nachdem dieselben es als thunlich erscheinen lassen, gegen Preußen mit mehr oder weniger Dreistigkeit aufzutreten.[4])

Auf dem Gesammtinhalt des Vorgetragnen beruht die Ueberzeugung, daß der geringe verfassungsmäßige Antheil, den Preußen an Rechten im Bunde hat, und die thatsächlichen Verhältnisse, wie sie sich seit 1850 ausgebildet haben, es der Monarchie Friedrichs des Großen schlechterdings verbieten, (*bei der gegenwärtigen Bundesverfassung die Kräftigung des Bundes-Centralorgans auf Kosten der Einzelstaaten und die Ausdehnung der Competenz der Majoritätsbeschlüsse[5]) zuzulassen oder gar zu fördern. Es wird vielmehr die Aufgabe Preußens sein, den (*steigenden Ansprüchen[6]) seiner Gegner (*auch mit wachsender Entschiedenheit[7]) entgegenzutreten.

---

[1]) Lücke im Concept zu späterer Ausfüllung. Ergänze: 7. März 1858.

[2]) Zusatz in 2. Red. von Bismarcks Hand.

[3]) 1. Red.: der nächste Zweck.

[4]) 1. Red.: je nachdem dieselben Preußen eine feste Stellung gewähren oder ihm Verlegenheiten bereiten; die 2. Red. von Bismarcks Hand.

[5]) 1. Red.: eine Ausdehnung der Herrschaft der centralen Bundesorgane über die einzelnen Regirungen; die 2. Red. von Bismarcks Hand.

[6]) 1. Red.: dahin gerichteten Bestrebungen.

[7]) 1. Red.: noch entschiedner als bisher.

März 1858.

(*Wenn Preußen entschlossen ist,[1]) die Bundesverträge in dem Sinne, wie sie geschlossen und bis 1848 ausgelegt wurden, getreulich zu halten, (*so muß es um so entschiedner und offner eine feste Stellung gegen alle Bestrebungen einnehmen, den Bundesverträgen durch neue und künstliche Auslegungen eine Tragweite und Entwicklung zu geben, bei denen Preußen auf die Dauer entweder nicht als unabhängige Großmacht fortbestehn oder nicht im Bunde verbleiben kann.[2]) Der[3]) Angriff bewegt sich bisher noch mehr auf dem Gebiete der Theorie, (*indem er, [*abgesehn von einzelnen Versuchen zur Praxis überzugehn, wie beispielsweise die Depesche des Grafen Buol über Rastatt vom 7. d. M.,[4]) gewissen für Preußen nachtheiligen Doctrinen Anerkennung zu verschaffen sucht.[5]) Hiegegen ist das zunächst liegende Mittel, diesen Doctrinen überall, wo sie sich geltend machen, mit Bestimmtheit entgegenzutreten und dadurch zu verhindern, daß sie als usueller Ausfluß des Bundesrechts Geltung gewinnen. In den gesammten Verhandlungen am Bunde und zwischen den Regirungen hat sich ein Sprachgebrauch entwickelt, welcher den Widerstand gegenüber der Bundesgewalt und der Majorität sehr[6]) erschwert und der Anschauung Vorschub leistet, daß der Bund über den Inhalt[7]) der (internationalen, gestrichen) Verträge (auf welchen er beruht, gestrichen) hinaus zu einer Art centraler Regirungsbehörde Deutschlands sich auszubilden bestimmt sei. Nach den Begriffen, welche mit der üblichen Terminologie verbunden sind, gilt es für undeutsch und unpatriotisch, die Macht

---

[1]) 1. Red.: (entgegenzutreten), indem es zwar keinen Zweifel daran aufkommen läßt, daß es . . . . halten will.

[2]) 1. Dictat der 1. Red.: aber auch jeden Versuch seiner Unabhängigkeit über den Wortlaut dieser Verträge hinaus Fesseln anzu—[legen, zurückweisen wird.] Der Satz blieb unvollendet, wurde gestrichen und durch Bismarck am Rande durch obige Fassung ersetzt.

[3]) Von hier an von der Hand des Legationsraths Wentzel.

[4]) von [* an Einschaltung am Rande noch in 1. Red.

[5]) 1. Fassung: indem er vorzugsweise darin besteht, gewissen für Preußen nachtheiligen Doctrinen Anerkennung zu verschaffen.

[6]) 1. Red.: außerordentlich.

[7]) 1. Red.: Wortlaut.

März 1858. des Bundestags nicht auf Kosten der Einzelnen (*fördern zu wollen.[1]) Widerstand gegen Majoritätsbeschlüsse fällt von Hause aus in die Kategorie eines verwerflichen[2]) Particularismus, und die Bundesversammlung hat sich in diese Gedankenreihe so hineingelebt, daß es hinreicht, von einer Regirung oder einem Reclamanten Zweifel an der Competenz des Bundes aussprechen zu hören, um der damit vertretnen Sache die allgemeine Ungunst zuzuziehn. Der Ausdruck eines jeden Bundestagsgesandten wird ein gereizter, sobald er das Wort „Competenz“ hört. Die Schonung dieser Gefühle ist soweit gediehn, daß eine Bundesregirung kaum noch auszusprechen wagt, daß sie überhaupt particulaire Interessen habe, (*jede Unverträglichkeit derselben mit denen des Bundes aber in Abrede stellt.[3]) Schon[4]) dadurch, daß Preußen sich herbeiläßt, in diese Sprache einzustimmen, stellt es sich (von Hause aus, gestrichen) auf ein ungünstiges Terrain und (*erschwert sich die Vertheidigung seiner Sache, indem es dieselbe nur insoweit vertreten kann, als sie dem Bundesinteresse ohne Rücksicht auf das preußische entspricht. Durch die conventionellen Betheuerungen bundesfreundlicher Gesinnungen läßt sich doch niemand täuschen und ist noch niemals das Votum eines Gesandten am Bunde gewonnen worden.[5]) Preußen soll[6]) seine deutschen Gesinnungen nicht verleugnen, aber es darf[7]) nicht zugeben, daß dieselben nach dem Maß-

---

[1]) 1. Red.: zu fördern.

[2]) 1. Red.: unzulässigen.

[3]) 1. Red.: und jede sich mit großer Vorsicht gegen die Annahme verwahrt, als wolle sie ihre eignen Interessen im Widerspruch mit den allgemeinen vertreten, wie sehr auch ihr Verhalten mit der behaupteten Hingabe für den Bund in Widerspruch stehn mag. 2. Red.: und denselben Rechnung tragen wolle, während doch eine jede lediglich nach solchen handelt.

[4]) Zusatz in 2. Red.

[5]) 1. Red.: opfert die Möglichkeit, spezifisch preußische Interessen klar und bestimmt (2. Red. klar und ungehindert) geltend zu machen, den conventionellen Betheuerungen bundesfreundlicher Gesinnungen auf, durch welche sich doch niemand täuschen läßt und durch welche noch niemals das Votum eines Gesandten am Bunde gewonnen worden ist.

[6]) 1. Red.: darf.

[7]) 1. Red.: kann.

März 1858.

stabe seiner Fügsamkeit gegen die Majorität der Bundesversammlung bemessen werden. Es vermag diese Gesinnungen nach allen Seiten hin in einer Weise zu bethätigen, welche zugleich den Beweis liefert, daß Preußen für die mittlern und kleinern Staaten mehr Wichtigkeit hat als eine Majorität von neun Stimmen für Preußen. Die[1]) preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer außer Oestreich vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregirungen, und es giebt nichts Deutscheres (— wenn dieser Comparativ erlaubt ist — gestrichen) als grade die Entwicklung richtig verstandner preußischer Particularinteressen. Eben[2]) deshalb steht ihnen aber die in der Bundesversammlung allein (*vertretne Politik[3]) der Mehrzahl der Bundesregirungen entgegen, weil die Existenz und Wirksamkeit der 33 Regirungen außer Preußen und Oestreich das hauptsächliche, (*wenn auch[4]) legal[5]) berechtigte Hinderniß der kräftigen Entwicklung Deutschlands ist. Preußen würde daher seinem deutschen Berufe in keiner Weise untreu werden, sondern im Gegentheil die (*Möglichkeit, demselben zu genügen[6]) erst wiedergewinnen, (*wenn es aufhörte, erheblichen (irgend einen, 2. Red.) Werth auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regirungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und Zeit und Mühe dabei verloren.[7]) Die Bundesverträge bedingen in ihrem obligatorischen Theile kaum etwas Andres als eine gemeinsame Bürgschaft für die innre und äußre Sicherheit der 35 Paciscenten. Sie müssen von Preußen mit Treue gehalten werden, so lange die Andern sie nicht

---

[1]) Von hier an wieder die Hand Zitelmanns.

[2]) 1. Red.: Grade.

[3]) 1. Red.: gültigen Interessen.

[4]) 1. Red.: aber bis zu einem gewissen Grade; 2. Red.: bis zu gewissem Grade.

[5]) Zusatz in 3. Red.

[6]) 1. Red.: Freiheit, sich demselben mit aller Kraft zu widmen.

[7]) 1. Red.: wenn es offen zu erkennen giebt, daß es seine Bestrebungen durch die kleinern Regirungen und deren Vota am Bunde nicht verkümmern lassen will. 2. Red. in 1. Fassung: wenn es den für alle Zeit erfolglosen Bestrebungen entsagte, die Sympathien rc. wie oben.

März 1858. brechen. Aber was darüber hinausliegt, ist nicht bloß für Preußen vom Uebel, sondern auch für den Bund und für Deutschland. Die Kämpfe widerstreitender Interessen, welche von einer weitern Ausbildung des Bundes unzertrennlich sind, werden denselben lockern und früher oder später sprengen. Und für die Entwicklung Deutschlands wird weder jetzt noch später etwas geleistet werden durch ein Organ, dessen Majoritäten von undeutschen Interessen abhängig sind. Denn unter die letzte Kategorie fällt ebensowohl der Particularismus der Mehrzahl kleiner Regirungen, als die aus größtentheils außerdeutschen Beziehungen entspringenden Tendenzen der östreichischen Politik (welche allein auf jenen Particularismus einen modificirenden Einfluß übt, gestrichen in 2. Red.). Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessre, wenn der Bund gar nicht existirte; die nähern Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten sich deshalb doch gebildet. Nachdem er aber besteht, unkündbar ist und der Mißbrauch seiner Institutionen gegen Preußen mit Aussicht auf Erfolg versucht wird, kann Preußens Aufgabe nur sein, jede Entwicklung (*der Bundesgewalt[1]) auf Kosten der Unabhängigkeit des Einzelnen abzuschneiden. Ein solches Verfahren wird um so wirksamer sein, je bestimmter Preußen diesen Entschluß durch Wort und That ausprägt und zu klarer Erkenntniß seiner Bundesgenossen gelangen läßt, (*ohne Zweifel an seiner Absicht aufkommen zu lassen[2]), anerkannte Bundespflichten in Krieg und Frieden (*nach wie vor[3]) unverbrüchlich (*zu erfüllen.[4]) Diejenigen, welche unter einem „bundesfreundlichen" Verhalten Preußens nichts Andres als dessen[5]) möglichst weit getriebne Unterwerfung unter den durch das Präsidium und die Majorität ausgedrückten Willen der übrigen Bundesgenossen verstehn, werden in eine lebhafte Verstimmung gerathen, wenn Preußen

---

[1]) 1. Red.: des Bundes.

[2]) 1. Red.: dabei aber jeden Zweifel beseitigt, daß es den anerkannten Bundespflichten 2c.; 2. Red.: zumal wenn es gleichzeitig jeden Zweifel beseitigt.

[3]) Zusatz in 3. Red.

[4]) 1. u. 2. Red.: genügen werde.

[5]) 1. Red.: eine.

März 1858.

sich (*ihren Schlingen entzieht, indem es[1]) das Maß der Beschränkung seiner (*freien Selbstbestimmung fernerhin[2]) nur dem Buchstaben der Bundesverträge entnimmt. Umabweisliche Interessen, die einzigen Grundlagen haltbarer Beziehungen (zwischen verschiednen, in 2. Red. gestrichen) auch zwischen den deutschen Staaten, werden aber bald (*bewirken, daß die Verstimmten sich in das Unvermeidliche fügen, und dieselben Regirungen, welche jetzt bemüht sind,[3]) Preußen zu majorisiren, (*werden sich entschließen,[4]) Preußens Einverständniß zu suchen, (*sobald sie sich überzeugt haben,[5]) daß die Haltung Preußens (*nicht auf einer vorübergehenden Verstimmung, sondern auf festen und definitiven Entschließungen, auf einer wohl überlegten Erkenntniß der eignen Interessen beruht.[6])

Gegen keinen der Bundesstaaten wird ein solches Verhalten nothwendiger sein als gegen Oestreich. Man kann verschiedner Meinung darüber sein, ob ein engres Bündniß mit Oestreich für Preußen sich empfiehlt oder nicht. Darüber aber läßt die Erfahrung keinen Zweifel zu, daß Nachgiebigkeit und Freundschaftsversicherungen für Preußen nicht das Mittel sind, mit Oestreich auch nur in verträglichen, geschweige denn sichern Beziehungen zu leben. Wohlwollen, Dankbarkeit für Concessionen, landsmannschaftliche Sympathien, Gefühle überhaupt sind nicht maßgebend für die Politik Oestreichs. (*Seine Interessen gebieten ihm, Preußens Ansehn in Deutschland nach

---

[1]) 1. Red.: ihrer Einwirkung offen entzieht, wenn es aufhört, der Fiction allseitiger Bundesfreundlichkeit zu huldigen und 2c. wie oben; in 2. Red. setzte Bismarck das Wort „aufhört" nach „huldigen," in 3. strich er den Satz und gestaltete ihn, wie oben im Text steht.

[2]) 1. Red.: Souverainität.

[3]) 1. Red.: ihr Gewicht fühlbar machen und während man bisher bemüht ist.

[4]) 1. Red.: wird man alsdann bald beginnen (2. Red. nothwendig finden).

[5]) 1. Red.: vorausgesetzt natürlich.

[6]) 1. Red.: unverkennbar auf (wohlüberlegten, schon in 1. Red. gestrichen) festen und definitiven Entschließungen, auf einer wohl überlegten Erkenntniß der eignen Interessen und nicht auf einer vorübergehenden Verstimmung beruht. 2. Red.: nicht den Anschein hat, auf einer vorübergehenden Verstimmung, sondern 2c. (wie oben) . . . zu beruhn.

März 1858. Kräften zu bekämpfen und zu schmälern, dabei aber in Kriegsfällen und gegen die mannigfaltigen Oestreich umgebenden Gefahren auf den Beistand der vollen Macht Preußens zählen zu können.[1]) In diesem zwiespältigen Bedürfniß Oestreichs liegt das alleinige Mittel für Preußen, mit der süddeutschen Großmacht sich in ein klares und sichres Verhältniß zu setzen. Einstweilen versichern sich beide Cabinette fast wöchentlich ihrer bundesfreundlichen Gesinnungen und ihres gegenseitigen Wohlwollens; Oestreich räumt niemals ein, etwas Andres als Preußens wahres Wohl zu suchen, es leugnet den ganzen Kampf der Rivalität, weist jede Annahme ehrgeiziger Particularbestrebungen als unwürdige Verdächtigung mit Entrüstung zurück und motivirt sein Beharren bei Ansichten, welche Preußen bekämpft, allein aus dem Bedürfniß föderaler Zwecke.[2]) Preußen aber wird durch die hergebrachte Gewohnheit, den Bund stets mit achtungsvoller Phraseologie zu umgeben, abgehalten, den Nimbus einer Fiction allseitiger Bundesfreundlichkeit zu zerstören und die Thatsache ins Licht zu setzen, daß der Bund, (*welchem die Betheurungen Oestreichs gelten,[3]) nichts weiter ist[4]) als die östreichische Majorität im Bundespalais.

Das Resultat derartiger Schriftwechsel ist in der Regel nur ein Zuwachs an Verstimmung und Mißtrauen. Diese Gefühle sind auf beiden Seiten zu einer Höhe gediehn, daß ein von Preußen und Oestreich jetzt gemeinschaftlich zu führender Krieg wahrscheinlich eine beklagenswerthe und verhängniß-

---

[1]) 1. Fassung in 1. Red.: Seine Interessen gebieten ihm in Preußen den Rival und Gegner zu sehn (2. Fassung derselben Red.: Seine Interessen zeigen ihm in Preußen den Rival und Gegner), aber auch eine Macht, deren Freundschaft oder Feindschaft Angesichts der Gefahren, welche Oestreich umgeben, wichtig ist. Es rechnet auf den Beistand Preußens (nach außen, Zus. 2. Red.) ohne einen Augenblick in den Anstrengungen zur Verminderung der Bedeutung Preußens in Deutschland nachzulassen. Es ist leitender Grundsatz der Wiener Politik in Deutschland (der Satz blieb unvollendet, das Ganze wurde gestrichen und in der im Text gegebenen Fassung nach Dictat Bismarcks niedergeschrieben).

[2]) In 1. Niederschrift folgte darauf der unvollendete, also sofort gestrichne Satz: Wenn dabei vom Bunde die Rede ist, so wird darunter nichts weiter als die östreichische Majorität und deren Präsidium verstan—.

[3]) 1. Dictat: für welchen Oestreich stets opferbereit ist.

[4]) 1. Dictat: heißen soll.

volle Reihe von Beweisen der gegenseitigen Eifersucht und des Mißtrauens sein würde. Der Glaube an die Möglichkeit eines einmüthigen Handels beider Mächte ist nirgends tiefer gesunken als grade in Deutschland; die Mittelstaaten kennen die Sachlage am besten, denn sie sind es vorzugsweise, welche die Zwietracht der Großmächte schüren; ihr einfaches Mittel dazu ist die Unterstützung jedes ungerechten Anspruchs von Oestreich gegen Preußen. Das Schiedsrichteramt zwischen beiden im Frieden und ein plausibler Vorwand im Kriegsfall, den Bund bei der Uneinigkeit Preußens und Oestreichs als unhaltbar nach Belieben im Stich lassen zu können, sind die Früchte ihrer Politik. März 1858.

Bisherige Versuche Preußens zur Einleitung bessrer Verhältnisse mit dem Wiener Cabinet haben nur Denunciationen über dualistische Bestrebungen Preußens (von Seiten Oestreichs, in 2. Red. gestrichen) bei den Mittelstaaten zur Folge gehabt. Solange Preußen solche Denunciationen scheut und sich selbst noch mit der Hoffnung schmeichelt, in der Gunst der mittelstaatlichen Regirungen mit Oestreich rivalisiren zu können, so lange fehlt auch eine Grundlage der Verständigung mit Oestreich. Auf (*dem bisherigen[1]) Kampfplatz stehn keine andern Resultate für Preußen in Aussicht, als daß es, wenn die Einsicht von der Nutzlosigkeit seiner bundesfreundlichen Concessionen die nöthige Klarheit, wenn das Gefühl, sich umgarnt und überlistet zu sehn, die erforderliche Höhe erreicht hat, sich schließlich doch zum Bruch genöthigt sieht, und das vielleicht in einem sehr ungünstigen Momente.

Anders würden sich die Beziehungen der deutschen Großmächte zu einander gestalten, wenn Preußen den Entschluß faßte, sie frei von der conventionellen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und nackten Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Dies würde geschehn, wenn Preußen an Oestreich erklärte, daß es seine Betheiligung am Bunde bei dessen jetziger Verfassung und der politischen Richtung der meisten Theilnehmer auf stricte

---

[1]) 1. Red.: diesem.

März 1858. Erfüllung unzweifelhafter Pflichten beschränke, daß es über diese hinaus (*dem Bunde[1]) seine Mitwirkung und der Majorität und ihrem Präsidium jedes Zugeständniß versage, daß es bestimmt ablehne . . .

Hier bricht das Concept mitten auf der Seite ab, und nichts deutet darauf hin, daß es weiter geführt worden sei. Der Schluß liegt mithin nur in der bei Poschinger III, 510 (Z. 12 v. u.) — 514 gedruckten Form vor.

XV.

Frankfurt, 21. Juni 1858.[2])

Ew. Excellenz

21. 6. 1858. beehre ich mich Nachstehendes in Betreff einer Unterredung mit Graf Rechberg über die Rastatter Frage gehorsamst zu berichten.

Vor einigen Tagen suchte mich der mecklenburgische Gesandte auf, um mir mitzutheilen, daß Se. K. H. der Großherzog ihn angewiesen habe, sich die Vermittlung bessrer Beziehungen zwischen Preußen und Oestreich am Bunde noch vor seiner Abreise von hier persönlich angelegen sein zu lassen. Er fragte mich um Rath, wie er sich dieser Aufgabe entledigen könne, und ich verwies ihn primo loco an Graf Rechberg.

Wie Herr v. Oertzen selbst sich hat überzeugen können, bestehn die Zerwürfnisse beider Großmächte am Bunde wesentlich durch die Nothwehr Preußens gegen Oestreich und die Majorität. Mit den Angriffen würde auch die Abwehr aufhören. Preußen kann nicht zulassen, daß es am Bunde nicht wie ein Drittel von Deutschland, sondern wie eine unter den sechzehn von Oestreich präsidirten Stimmen behandelt wird. Der Bund kann auf die Dauer nicht seine Aufgabe erfüllen, wenn nicht jeder der beiden Großmächte ausdrücklich oder still=

---

[1]) Zufügung in 2. Red.

[2]) Vgl. Poschinger a. a. O. III 338 ff. No. 162; das Concept weicht vielfach von dem Druck bei Poschinger ab, bietet aber auch an mehreren Stellen die Möglichkeit zur Correctur sinnentstellender Fehler des dort gedruckten Textes.

schweigend ein Veto wenigstens für solche Fälle zugestanden wird, wo sie der Competenz eines Majoritätsbeschlusses widerspricht. Dasjenige Drittel von Deutschland, welches die übrigen Staaten bilden, besitzt dieses Veto vermöge seiner Stimmenzahl. Oestreich besitzt dasselbe theils vermöge der Präsidialgewalt, theils vermöge der Thatsache, daß es die Majoritäten leitet. Für jedes Mitglied der gegenwärtigen Bundesversammlung ist es ein undenkbarer Fall, daß Oestreich in Fällen, wo es die Competenz der Majorität bestreitet, mit Erfolg majorisirt, daß seinen Anträgen die Prüfung durch den Ausschuß oder durch die Militärcommission versagt werde und daß über seinen Widerspruch gleich dem jedes Kleinstaates ohne Vermittlung und ohne Beachtung zur Tagesordnung gegangen werden könnte. Wenn nun dieselbe Rücksicht auf Preußen nicht genommen, wenn die wiederholten Versuche Preußens, angemessnere Verhältnisse herbeizuführen, wie noch zuletzt bei der Correspondenz über (die) Reformvorschläge des Freiherrn v. Beust, von Oestreich zurückgewiesen worden sind, so bleibt für Preußen zur Herbeiführung bessrer Beziehungen der Bundesstaaten unter sich nur das Mittel übrig, den thatsächlichen Beweis zu führen, daß der Bund, ohne Preußens Einverständniß für die Zwecke seiner Majorität zu gewinnen, den letztern nicht zu entsprechen vermag. Zu diesem Behufe empfiehlt es sich, die nächste vorliegende Frage von einiger Wichtigkeit zu dieser Beweisführung zu benutzen. Ich würde daher auch dann, wenn die Rastatter Angelegenheit von geringrer politischer Wichtigkeit wäre, es der preußischen Politik für entsprechend halten, den Widerstand gegen das Verfahren Oestreichs und seiner nähern Verbündeten unter allen Umständen so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung mit uns von der andern Seite gesucht und herbeigeführt wird.

21. 6. 1858.

Herr v. Oertzen stimmte meinem Raisonnement in allen Punkten bei, und gab zu, daß die Schuld der obwaltenden Mißverhältnisse wesentlich bei Oestreich zu suchen sei. Er nahm sich vor, mit dem Grafen Rechberg in diesem Sinne zu reden.

Einige Zeit darauf besuchte er mich wieder und theilte mir mit, daß Graf Rechberg nicht nur von dem Bedürfniß

21. 6. 1858. einer Verständigung auf das Tiefste durchdrungen sei, sondern auch seinerseits einräume, daß bei der bisher von Oestreich und der Majorität befolgten Politik ein gutes Verhältniß zu Preußen auf die Dauer schwerlich erreicht werden könne. Die Schuld der jetzigen Verstimmungen falle aber weniger dem Grafen Buol als den Ministerial-Referenten zur Last. Graf Buol habe nicht die Gewohnheit, die deutschen Angelegenheiten selbständig zu bearbeiten, und es werde deshalb der Animosität der Herrn von Biegeleben und von Meysenbug ein zu weiter Spielraum gelassen. Man könne zwar mit Preußen nicht einen förmlichen Vertrag über ein gegenseitig einzuräumendes Zustimmungsrecht abschließen, denn ein solcher würde das Mißtrauen der übrigen Bundesstaaten wecken. Man müsse aber thatsächlich zu einem Verhältniß gelangen, welches einem solchen Vertrage entspreche, man müsse Preußen eine Garantie hiefür geben, und eine solche könne vielleicht in dem Ausscheiden der erwähnten Ministerial-Referenten aus der Staatskanzlei liegen. Vielleicht lasse sich auf solche Grundsätze hin eine mündliche Verständigung beider Cabinette in dem Sinne erzielen, daß man die Wirksamkeit des Bundes von Seiten beider Großmächte mehr als bisher einschränke und ihr dieselben Grenzen anweise, innerhalb deren sie sich vor 1848 bewegte. Eine solche Verständigung hielt Graf Rechberg für möglich, wenn man in dieselbe zugleich die schwebende Rastatter Frage einbegreife, um sie im Sinne Oestreichs zu erledigen. Wenn das Eingehn Preußens auf diesen Plan einigermaßen verbürgt sei, so glaube er, daß es allerdings an Oestreich sei, eine Initiative zu ergreifen, welche etwa in der Entsendung eines höhern Militärs nach Berlin bestehn könnte, um dort über die Besatzungsangelegenheit von Rastatt und Mainz in ihrem Zusammenhang zu verhandeln. Herr v. Oertzen autorisirte mich, falls ich selbst mit Graf Rechberg über die Sache sprechen wollte, auf den vorstehenden Inhalt seiner Unterredung mit ihm in allen Punkten Bezug zu nehmen.

Ich habe darauf mein nächstes zufälliges, durch die holsteinische Angelegenheit veranlaßtes Zusammentreffen mit Graf Rechberg benutzt, um der Mittheilungen des Herrn

21. 6. 1858.

v. Oertzen zu erwähnen. Ich fand natürlich eine größre Zurückhaltung bei ihm, als er gegen Herrn v. Oertzen beobachtet hatte. Er fragte zunächst, ob ich Instructionen zur Herbeiführung einer Verständigung über Rastatt hätte oder ihm angeben könne, welche Concessionen wir in dieser Angelegenheit machen würden. Wenn er hierüber Andeutungen von mir erhielte, so wolle er gleich nach Wien schreiben, um die Anknüpfung der Unterhandlungen in Berlin zu empfehlen. Ich entgegnete, daß ich gar keine Instructionen über diesen Punkt hätte mit Ausnahme derjenigen, deren Inhalt aus den Protokollen ersichtlich sei. Nur mein persönliches Interesse an Herbeiführung eines besondern Verständnisses zwischen unsern Höfen und das Gefühl, daß es meine Pflicht sei, einen Anknüpfungspunkt wie denjenigen, welchen er mir durch Herrn v. Oertzen habe geben lassen, nicht zu ignoriren, veranlasse mich, auf den Gegenstand einzugehn. Ich sei nicht in der Lage, irgend etwas über die Absichten meiner Regirung äußern zu können, wohl aber erbötig, meine persönliche Bereitwilligkeit zur Herbeiführung einer versöhnlichen Annäherung zu bethätigen. Ich gab ihm zu, daß das Einvernehmen beider deutschen Großmächte unter Umständen von sehr viel höhrer Wichtigkeit sein könne, als die Interessen, welche sich für uns an die Besatzungsfrage von Rastatt knüpften. Es liege indessen in der letztern meiner Ansicht nach ein Element, welches mir wichtiger sei als die Anwesenheit einiger preußischen oder östreichischen Bataillone in Rastatt. Nach der Lage, in welcher sich die Angelegenheit nunmehr befinde, hielte ich es mit der Würde Preußens für unverträglich, uns einem wider unsern Willen gefaßten Majoritätsbeschluß zu fügen, und glaubte, daß diese meine Ansicht auch von der K. Regirung werde getheilt werden. Es sei wahrscheinlich nicht schwer gewesen, vor Einbringung der Sache an den Bund eine Verständigung mit uns zu erzielen, wenn man die Verhandlungen mit uns fortgesetzt hätte, anstatt, wie es durch die Depesche des Grafen Buol an Freiherrn v. Koller vom 10. Juni v. J. geschah, uns mit unsern weitern Einwendungen an den Bund zu verweisen. Nachdem aber Letztres geschehn, und am Bunde so-

21. 6. 1858. wohl wie in der offiziösen Presse Oestreichs der Widerspruch Preußens und seine Berufung auf das Erforderniß der Vereinbarung als ein unwesentliches Hinderniß behandelt worden sei, durch welches die Majorität sich in ihrem Verfahren nicht beirren oder auch nur aufhalten lassen werde, nachdem sogar dem preußischen Vorschlage die technische Begutachtung solle verweigert werden, gleich als könne man nicht schnell genug und nicht verletzend genug zu dem bevorstehenden Conflicte gelangen, so sei es ein für Preußens Ehre und Stellung im Bunde wesentliches Bedürfniß unsrer Politik, in dieser Frage dem Versuch eines Majoritätsbeschlusses nicht zu weichen und unsern Widerspruch nur gegen ein öffentlich erkennbares Aequivalent aufzugeben. Inwieweit die K. Regirung ein solches in geheimen Zusagen Oestreichs über das Verhalten des Wiener Cabinettes gegen Preußen werde finden können, vermöchte ich nicht zu ermessen, und jedenfalls würde m. E. Ehren halber eine andre nicht geheim bleibende Concession etwa in Betreff der Mainzer Verhältnisse hinzuzutreten haben. Die materielle Wichtigkeit einer solchen könne um so mäßiger sein, je bedeutender der Inhalt vertraulicher Verabredungen sich gestalte. Einer bloß mündlichen und allgemein gehaltnen Zusage würde man in Berlin einen materiellen Werth nicht wohl beilegen können, wenn dieselbe nicht von thatsächlichen Bürgschaften für eine Modification der Wiener Politik gegen uns begleitet würde. Ich erwähnte, daß mir Herr v. Oertzen von der Aussicht auf Absendung eines höhern Militairs nach Berlin gesprochen habe, worauf Graf Rechberg äußerte, daß der rein militärische Theil etwaiger Verhandlungen zu wenig Spielraum für dieselben darbiete und es sich deshalb vielleicht mehr empfehlen würde, einen Geschäftsmann mit der etwaigen Sendung zu betrauen. Er fragte, ob der Baron Werner wohl eine persona grata in Berlin sein würde. Ich erwiderte, daß dieser jedenfalls die Tradition der freundlichen Beziehungen aus frühern Zeiten für sich habe. Wenn man wirklich unterhandeln wolle, so komme es vor allen Dingen darauf an, die auf den 24. d. M. anstehende Beschlußfassung über Verweisung unsers Vorschlags an die Militärcommission auszusetzen. Denn wenn, wie es den

21. 6. 1858.

Anschein habe, auch wiederum in dieser Frage die Majorität einem preußischen Antrage jede eingehende Prüfung von Hause aus versagen wolle, so müsse das natürlich uns von neuem lebhaft verletzen, uns jede Illusion über die Rücksichten, welche wir von der Majorität des Bundes zu erwarten hätten, benehmen und den Entschluß befestigen, in der die Majorität leitenden Auffassung unsers Verhältnisses zum Bunde um jeden Preis eine Aenderung herbeizuführen.

Ich konnte erwarten, daß Graf Rechberg, wenn es ihm mit seinen Bemühungen um eine Verständigung Ernst war, diesen Aufschub als etwas Selbstverständliches ohne Weitres zugestehn würde. Meine Meinung von seiner Aufrichtigkeit gegen mich sowohl wie gegen Herrn v. Oertzen mußte daher einen erheblichen Stoß erleiden, als er hierüber Schwierigkeiten machte und sagte, er wolle in Wien darüber anfragen, wenn ich ihm Aussicht machen könne, daß und inwieweit wir in der Rastatter Sache nachgeben wollten. Ich wiederholte, daß ich in dieser Beziehung nichts zu erklären hätte, und wenn ich bei ihm nicht dieselbe Bereitwilligkeit fände, bei seiner Regirung Verhandlungen zu beantragen, wie ich sie meinerseits zu erkennen gegeben hätte, so müßten wir der Sache ihren Lauf lassen, und ich bäte ihn, die Führung meiner Stimme in der nächsten Sitzung zu übernehmen und für die Verweisung an die Militärcommission im Namen Preußens zu votiren. Wenn der Beschluß anders ausfalle, so lasse sich alsdann nach der bisherigen Haltung der Majorität annehmen, daß der definitive Ausschußvortrag in nicht zu langer Frist werde erstattet werden. Ich wisse noch nicht, welche Form meine Regirung ihrer Stellung gegenüber einem Versuche, sie zu majorisiren, geben werde. Mein Antrag bei Ew. Excellenz werde dahin gehen, daß Preußen in solchem Falle zu Protokoll constatire, daß es die Bundesverträge als verletzt ansehe, und daß ich erkläre, mich der weitern Theilnahme an den Berathungen der Bundesversammlung bis zum Eingang anderweiter Weisungen von Seiten der K. Regirung enthalten zu müssen. Graf Rechberg wollte nicht glauben, daß meine Regirung mich zu einem solchen Schritte autorisiren würde, und ich sagte ihm, daß ich darüber

21. 6. 1858. ebenfalls keine Gewißheit hätte, sondern ihm nur mittheilte, was ich bei Ew. Excellenz beantragen würde, wenn Hochdieselben mich um meine Meinung fragten; die Entschließungen Allerhöchsten Orts könnten vielleicht gemäßigter, vielleicht auch noch entschiedner ausfallen. Schließlich verstand sich Graf Rechberg wenigstens dazu, mit Rücksicht auf meine wahrscheinliche Abwesenheit am 24. d. M. die Sitzung auf den 26. zu verlegen. Zugleich erklärte er sich bereit, sofort nach Wien zu schreiben, um die Einleitung von Verhandlungen im Sinne seiner Unterredung mit Herrn v. Oertzen und die Sendung eines Bevollmächtigten nach Berlin zu befürworten. Er könne mir aber, fügte er hinzu, keine Gewißheit darüber geben, ob man eine weitre Vertagung der bevorstehenden Abstimmung billigen werde.

Mir macht der ganze Vorgang den Eindruck, daß er lediglich ein Manöver zur Erreichung der östreichischen Zwecke in Betreff Rastatts ist und daß man unsre Nachgiebigkeit um den Preis gewisser allgemeiner und mündlicher Zusicherungen über die bundesfreundlichen Absichten Oestreichs gewinnen will, wie wir dergleichen auch schon schriftlich vielfach erhalten haben, ohne eine praktische Bethätigung derselben wahrnehmen zu können. Vielleicht hat Graf Rechberg ursprünglich nur den wohlmeinenden Bemühungen des Herrn v. Oertzen gegenüber einen Beweis seiner versöhnlichen Gesinnung geben wollen und demnächst dessen Verlangen, mir ihre Unterredung mittheilen zu dürfen, zur Anknüpfung eines Versuchs benutzt, ob der Streit über Rastatt sich durch einige bundesfreundliche Auslassungen im östreichischen Stile zu Gunsten der Wiener Politik beendigen läßt.

Allerdings sollte man es für möglich halten, daß das Wiener Cabinet angesichts der mannigfachen Verwicklungen, von welchen Oestreich bedroht ist, sich bewogen finden könnte, das gute Einvernehmen mit Preußen ernstlicher als bisher zu erstreben. Es würde darin eine neue Rechtfertigung des Satzes liegen, daß nur durch eine feste und energische Haltung von unsrer Seite die Möglichkeit einer unsrer Würde entsprechenden und somit haltbaren Allianz mit Oestreich zu erzwingen ist. Es würde mich aber überraschen, wenn wir bei diesem

Resultate schon jetzt angelangt wären. In der offiziösen östreichischen Presse, einem ziemlich bewährten Barometer der Wiener Politik, ist bisher eine Aenderung noch nicht zu spüren; die Postzeitung schreibt feindseliger und anmaßender wie je über Preußen. Auch höre ich, daß die östreichische Diplomatie an den deutschen Höfen ihre Anstrengungen gegen uns neuerdings verdoppelt und namentlich auch die uns zunächst befreundeten Regirungen für das System der Majorisirung Preußens in der Rastatter Frage nicht ohne Erfolg zu bearbeiten fortfährt. 21. 6. 1858.

Da ich übermorgen früh in Berlin eintreffe, so darf ich um die Erlaubniß bitten, Ew. Excellenz mündlich weitern Vortrag über den Inhalt dieses Berichts zu erstatten.

XVI.

Frankfurt, 5. Juli 1858.[1])

Ew. Excellenz

geehrte Schreiben vom 30. v. und 2. d. M. habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und erlaube ich mir, Nachstehendes ganz gehorsamst zu erwidern. 5. 7. 1858.

Daß Oestreich uns die fragliche Zumuthung[2]) machen würde, war zu erwarten. Die gegenwärtige Wiener Politik hat gar keinen Boden unter den Füßen, wenn sie nicht auf unsern Beistand voll und sicher rechnen kann. Ich habe mich gewundert, daß nicht schon eher Versuche der Art gemacht worden sind, und es mir dadurch erklärt, daß Graf Buol entweder wirklich annimmt, Preußen könne vorkommenden Falls doch keine andre Wahl treffen oder daß der östreichische Stolz, der vielleicht nur von einem Frankfurter Beobachter in seiner ganzen Albernheit gewürdigt und als wichtiger Factor der Wiener Politik erkannt werden kann, bisher das Wort, daß

---

[1]) Vgl. Poschinger a. a. O. III 358 ff. No. 169.

[2]) einer Erneuerung der für die Dauer des letzten orientalischen Krieges festgestellten Gesammtgarantie des Besitzstandes Oestreichs, Preußens und des Deutschen Bundes.

5. 7. 1858. man unser bedarf, nicht über die Lippen zu bringen vermochte. Wäre der Vorschlag ganz aus heiler Haut, so sähe er zu klar wie ein Hülferuf aus. Man brauchte einen Anknüpfungspunkt; die Rastatter Sache war kein ganz geeigneter, aber ein bessrer stand nicht in naher Aussicht, und bei einer dreisten Stirn kann man auch bei diesem den Schein behaupten, als handle es sich mehr um die Interessen des Bundes und um Preußens Stellung in demselben, als um die Deckung Oestreichs. Das Wort der Einleitung zu finden, war schwierig, sie ist plump genug, aber an jüdischer Unverschämtheit hat Oestreich wohl schon Stärkeres geleistet. Der Vorschlag dient ihm zugleich als ballon d'essai um zu probiren, wie wohlfeil wir uns wohl geben werden und wie ernst etwa unsre Entschließungen in der Rastatter Sache sind.

Unsre Ablehnung wird wohl dahin führen, daß zunächst England, vielleicht auch einige deutsche Mittelstaaten in mehr oder weniger unumwundnen Anspielungen ihre Uebereinstimmung mit den Wünschen Oestreichs zu erkennen geben, daß letztres uns durch die dritte Hand oder direct sondirt, um zu erfahren, wie wir gewonnen werden können. Unter Beistand der den östreichischen Interessen verbundnen und zu unserm Königshause in nahen Beziehungen stehenden Souveraine von Belgien, England, Sachsen, Bayern und durch die persönliche Einwirkung Höchstderselben hofft man dann wohl uns allmählich und ohne große Kosten und Anstrengungen in die östreichischen Umgarnungen hineinzumanövriren. Ich will nicht behaupten, daß ein solcher Plan in Wien und anderswo schon in allen Details vorbereitet und festgestellt sei, sondern basire meine Vermuthung über den Verlauf der Sache nur auf die dermalige Lage der Dinge und auf den jüdischen Charakter der Wiener Politik. Die ersten Scenen der Exposition spielen vielleicht schon in diesem Augenblick Sr. K. Hoheit dem Prinzen von Preußen gegenüber in Baden, wo auch der König von Würtemberg eingetroffen ist. So lange Oestreich uns nicht sicher hat, wird es fortfahren, in den europäischen Fragen groß in Worten und vorsichtig in Thaten aufzutreten, wenn es aber unsre Macht für seine Zwecke mit in die Wag-

schale legen kann, so wird es nicht mehr bloß in Worten an- 5. 7. 1858.
maßend sein, sondern uns in schwere Händel verwickeln und weder die Kraft noch den guten Willen haben, uns das zu halten, was es etwa als Kaufpreis unsres Beistands versprochen hätte. Schwerlich ist der Buolsche Brief Oestreichs letztes Wort über die Sache. Es hat uns wohl nicht für so „schwach oder dumm“ nach Ew. Excellenz Worten gehalten, daß es sofortigen Zuschlag von uns erwartet hat. Aber es probirt, wie weit unser Muth und unsre Weisheit reichen, und ob wir nicht durch Ueberrumpelung, Zureden Dritter und Bangemachen wohlfeil für östreichische Zwecke zu haben sind.

Daß die übrigen Bundesstaaten unserm Beispiel folgen würden, wenn wir auf den Antrag Oestreichs eingingen, daran zweifle ich keinen Augenblick. Was sollten sie in Friedenszeiten Andres thun oder wünschen? Sobald der Krieg käme und die deutsche Partei die schwächere zu sein schiene, könnten sie ja aus einem solchen Bündnisse immer ebenso leicht abfallen, wie von dem Deutschen Bunde, ihre Rechtfertigung für beides liegt in ihrer Schwäche, ihrer geographischen Exposition und in den „Pflichten gegen ihre Unterthanen“; wie der König von Würtemberg mir in der orientalischen Krise sagte: „Das Hemd (Würtemberg) ist mir schließlich näher wie der Rock (Bund).“ Daß diese Herrn aber im Frieden wagen sollten, sich von einer solchen durch Preußen und Oestreich proponirten Garantie auszuschließen, ist nicht anzunehmen. Dazu ist es doch zu unsicher, ob der Kaiser Napoleon und seine Dynastie leben und bleiben, und ob der Krieg nicht Frankreich als Republik oder sonst in unsociabler Gestalt auf den Kampfplatz führt. Der „Bund im Frieden“, das ist der Mittelstaaten eigentliches Element, wo sie sich fühlen wie die Fische im Wasser; sie haben darin eine Behaglichkeit und Wichtigkeit, die ihnen niemals werden kann, wenn sie nackend, ohne den Bund, in der freien Luft der europäischen Politik ständen. Der Bund sowohl als der Frieden würden sich durch den Garantievertrag auf Kosten Preußens consolidiren; der letztre vielleicht nur scheinbar, weil die östreichische Politik anmaßender und herausfordernder gegen das Ausland werden

5. 7. 1858. würde. Der Bund aber würde alsdann dem Ideal der östreichischen Partei in der Bundesversammlung ziemlich nahe kommen. Der Dualismus wäre verschwunden, Preußens auswärtige Politik mediatisirt, von der Wiener abhängig und diese durch die Majoritätsbeschlüsse einigermaßen bedingt. Preußen hätte an europäischer Bedeutung nicht um eines Haares Breite vor Bayern voraus; im Gegentheil, Bayern hätte noch die Voraussetzung für sich, daß es schlimmsten Falls durch den Uebergang in Feindes Lager seinen eignen Interessen Rechnung tragen werde; von uns würde man das nicht glauben, und wir würden vom Feinde dann auch nicht so ohne Weitres zu Gnaden aufgenommen werden. Wir hätten nur noch die Natur einer Reserve, bestimmt, die Thorheiten und Ueberhebungen der östreichischen Politik gut zu machen oder zu bezahlen. Wenn Preußen sich zu einer solchen Abdication seiner Selbständigkeit herbeiließe, so glaube ich, daß die übrigen Staaten nicht einen Augenblick zweifelhaft sein können über die Wahl, die sie zu treffen haben. Treten sie bei, so fahren sie fort, mit Oestreich zusammen uns zu majorisiren, und wir können uns dann, ohne wortbrüchig zu werden, nicht mehr entziehn, auch gar nicht mehr damit drohn, daß wir uns entziehn würden; treten sie aber nicht bei, so fordern sie die Rache des durch Preußen und die andern Beitretenden verstärkten Oestreichs offen heraus und sind schon im Frieden genöthigt, ihre letzte Karte, die Anlehnung an Frankreich, auszuspielen, die ihnen dann in Paris kaum noch gedankt werden würde, weil sie keine Wahl mehr haben. Ihre Freiheit der Bewegung wird durch Uebernahme der Garantie thatsächlich nicht vermindert. Sie haben dieselbe überhaupt nur im Frieden. Würden jetzt, ohne Garantie, die außerdeutschen Besitzungen Oestreichs angegriffen, so würde keiner der mittlern und kleinern Staaten seine Stellung zur Sache frei nach eignem Ermessen nehmen können; sondern je nachdem die Streitkräfte Preußens, Oestreichs oder Frankreichs sich zu ihren Ländern in dominirender Stellung befänden, würden sie sich der Politik dieser Staaten anschließen müssen. Diese Sachlage würde durch einen Garantiebeschluß des Bundes nicht geändert; nur

wäre es eine Verlegenheit weniger für die Kleinstaaten zu 5. 7. 1858.
wissen, daß Preußen keine freie und selbständige Entschließung mehr fassen darf und die Berechnung, wie sie sich nach allen Seiten zu salviren haben, dadurch vereinfacht wird.

Daß Oestreich eine Verhandlung am Bunde von so herausfordernder Natur für Frankreich und Rußland gegenwärtig anzuregen bereit ist, zeigt übrigens doch, daß ihm das Feuer etwas auf den Nägeln brennt. Ich zweifle nicht, daß unsre Ablehnung, trotz der zugesagten Discretion, bei England und in Deutschland benutzt werden wird, um uns zu verdächtigen und um Mithelfer zur Bearbeitung unsrer fernern Entschließungen zu gewinnen. Aber das läßt sich nicht ändern: wo Holz gehauen wird, da fallen Späne, und die Annahme des Vorschlags ist doch so unmöglich, daß man mit dem angestrengtesten Nachdenken schwerlich etwas ausfinden könnte, was im gegenwärtigen Moment unmöglicher für Preußens Politik nach innen und nach außen wäre. Die eigentliche Unverschämtheit bei dem Vorschlage liegt darin, daß man uns anbietet, „einen Verzicht auf die Entscheidung der Rastatter Sache in Karlsruhe zu bevorworten", und in diesem „Vorwort bei Baden" ein Aequivalent dafür zu finden, daß wir unsrer Selbständigkeit entsagen und das Gesammtcapital der preußischen Macht und Existenz für die ehrgeizigen und leichtsinnigen politischen Speculationen Oestreichs zur Disposition stellen sollen, nachdem dieses uns seit 8 Jahren schlecht behandelt und noch vor kurzem gezeigt hat, wie es einen solchen Garantievertrag zu mißbrauchen versteht und wie es uns dafür zu danken gesonnen ist.

Die Rastatter Sache liegt jetzt augenscheinlich ähnlich wie vor einigen Monaten die Verhandlungen über unsern Antrag wegen der Protokollfreiheit. Graf Rechberg hätte damals dringend gewünscht, der Abstimmung überhoben zu sein, in dem Gefühle, daß der Sieg der Majorität eine Niederlage für den Bund war. So auch jetzt, nachdem man zu fürchten anfängt, daß wir doch fest bleiben könnten, fürchtet man die Entscheidung, und es wird schließlich von uns abhängen, ob wir sie urgiren wollen. Oestreich bedarf des Waffenstillstandes,

5.7.1858. nicht wir; die Belassung in statu quo ist Oestreich günstig und giebt ihm thatsächlich Alles, was es will; dennoch giebt sich Graf Buol das Ansehn, eine herablassende Concession zu machen, wenn er die Sistirung der Verhandlungen in Frankfurt bei Baden bevorworten würde.

Je ruhiger und höflicher Ew. Excellenz Zurückweisung dieser dreisten Zumuthungen gehalten ist, um so fester können wir in der Sache sein. Meines Dafürhaltens kommt alles für den Augenblick darauf an, den Glauben zu erhalten, daß unsre Entschließungen wegen der Rastatter Sache unwiderruflich feststehn und wir dem Conflict nicht ausweichen. In diesem Sinne möchte es sich vielleicht empfehlen, daß wir demnächst die Abstimmung über den von uns gestellten Antrag auf Verweisung an die Militärcommission in Erinnerung bringen. Ich erlaube mir amtlich darüber zu berichten.

Im Widerspruch mit Ew. Excellenz Ansicht halte ich das Schreiben an Flemming für ein durchaus „gelungnes“ Werk, maßvoll und fest. Nur den Satz: „Das, was Graf Buol vorschlägt, kann vielleicht einmal ꝛc.“ hätte ich gern nachträglich unterschlagen, wenn es ginge. Man wird darin eine Stelle finden, die sich weich anfühlt, ein Anerkenntniß, daß der Vorschlag nur intempestiv, nicht an sich schamlos ist, und der Wiener Handelsmann wird seine Stimmung daran aufrichten.

Verzeihn Sie diese kritische Schlußbemerkung, auch bei voller Freigebung der Kritik die einzige, welche ich zu machen haben würde.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich

Ew. Excellenz

gehorsamster

v. Bismarck.

3.

Briefe Bismarcks an General v. Gerlach.

1853—1858.

Von den folgenden Briefen Bismarcks an General v. Gerlach sind No. I—III und VII bisher nicht gedruckt, die Uebrigen nur zum Theil veröffentlicht. Die Abschriften sind den Originalen entnommen, die die Besitzerin des Briefwechsels Bismarck-Gerlach, Fräulein Agnes v. Gerlach, mir zu übersenden die Güte hatte.

I.

[Frankfurt, Anfang August 1853.]

Verehrtester Freund,

c. 3. 8. 1853.

Nur einige Minuten vor der Post habe ich, um Sie zu benachrichtigen, daß ich glücklich hier eingetroffen bin, nachdem ich auf Wunsch des Königs Georg zwei Tage in Hanover[1]) geblieben war und ihm heut schon ein mémoire über die dortige Reaction obiter skizzirt habe. Wie ist es denn mit Fra Diavolo geworden? ich entfloh, nachdem ich ihn bis Berlin gebracht hatte. Es war mir unzweifelhaft, daß er nicht darauf rechnete abzugehn, und habe ich ihn in dieser Disposition zu kräftigen gesucht, zumal er nicht abgeneigt war, sich von Quehl zu trennen. Letztrer ist in Baden-Baden, wartet dort auf J. K. Hoheit die Prinzessin von Preußen wie er sagt, und beabsichtigt, wenn sie nicht käme, zu ihr nach Coblenz zu gehn. Seinen Vermittler und Einführer dabei macht der junge Ladenberg. Ob die Frau Prinzessin von Quehls Plänen, ihr ein mémoire vorzulegen und sich überhaupt mit ihr in Verbindung zu setzen, unterrichtet ist, weiß ich nicht. S. K. Hoheit der Prinz langweilen sich sehr in Ostende und würden sich freuen, wenn ich hinkäme; ich käme auch gern, da ich See baden muß und soll und zu diesem Behuf Urlaub erbitten werde, sobald unsre Ferien anfangen, wahrscheinlich zum 11. cr. Prokesch hat sich während meiner Abwesenheit wieder so

[1]) So schreibt Bismarck in allen Briefen.

c. 3. 8. 1853. betrügerisch in seiner Eigenschaft als mein Substitut benommen, daß ich um Erlaubniß bitten werde, das nächste Mal Schrenk zu substituiren, denn jener mogelt decidirt und ist der reine Falsarius. Er hat meine Abwesenheit schnöde zu benutzen versucht. Leben Sie wohl für heut und schreiben Sie bald. Treu ergeben der Ihrige

v. Bismarck.

II.

[Frankfurt, 6. 8. 1853.][1]

Verehrtester Freund,

6. 8. 1853. In meinem gestrigen Schreiben habe ich Ihnen nur in der Kürze einige Thatsachen melden können, und komme deshalb heute auf andre Gegenstände zurück, die ich nur berühren konnte.

Meine Stellung hier giebt mir an und für sich eine anstrengende Beschäftigung, die sich namentlich seit Abgang des Grafen Thun durch den unruhigen und intriguanten Sinn meines jetzigen Collegen[2]) erheblich gesteigert hat; um so unwillkommner muß es mir sein, wenn durch unberufne Zwischenträgereien meine Arbeiten erschwert und vermehrt werden. Das Polizei-Präsidium von Berlin hat in einem amtlichen Bericht an den Herrn Ministerpräsidenten meine angeblichen persönlichen Beziehungen zu einem seit acht Jahren von den hiesigen Vertretern Preußens als Polizeispion und dergleichen benutzten Juden und zu ähnlichen Personen in einer Weise zur Sprache gebracht, daß ich zur Erklärung darüber aufgefordert werden mußte. Herr v. Hinkeldey, nachdem er mit Recht besagten Juden als einen der miserabelsten Wichte geschildert hat, spricht von einem „mehr als bedenklichen Ver-

[1]) Der Brief ist im Original undatirt, aber mit unzweifelhafter Sicherheit vom 6. August 1853 zu datiren, da das „gestrige Schreiben", auf welches Bismarck Bezug nimmt, am 5. August 1853 geschrieben ist (Briefwechsel S. 101). Bismarck dictirte übrigens den Brief dem Reg.-Rath Zitelmann und fügte nur den Schluß mit eigner Hand bei.

[2]) Frhr. v. Prokesch-Osten.

trauen", welches die Bundestags-Gesandtschaft demselben schenkte, von einer Controlle, welche durch Agenten Oestreichs über die Gesandschaft vermöge meiner Personalbeziehungen geübt werde und dergleichen. Es scheint mir dabei ganz unwesentlich, daß die Angaben, auf deren Grund das Polizeipräsidium in leichtsinniger Weise seinen amtlichen Rapport basirt hat, durchgehends erfunden sind, daß der fragliche Jude — nachdem er successive vom Geheimen Legations-Rath Balan, von den Herrn v. Usedom, v. Radowitz und Graf Goltz employirt worden, seine Berichte aber auf eine durch den desfallsigen Wunsch des Polizeipräsidenten herbeigeführte Weisung des Ministerpräsidenten auch jetzt noch durch dritte Hand in Empfang genommen und von mir nach Berlin befördert werden — niemals meine Schwelle betreten darf bei Gefahr, seinen Rückweg durch das Fenster zu nehmen, und daß Herr v. Hinkeldey in demselben Bericht, in welchem er wiederholt des Vertrauens gedenkt, welches ich diesem Juden schenken soll, ausdrücklich anführt, daß i ch das Polizeipräsidium vor der Unzuverlässigkeit dieses Menschen und vor der leichtfertigen Uebertreibung seiner Berichte gewarnt habe. Auf diesen Thatbestand scheint es mir, wie gesagt, nicht anzukommen, denn es könnte sehr gut sein, daß ich es im Interesse des Königlichen Dienstes entsprechend fände, auch ein schlechtes Subject der Art in seinem Fache und unter der Hand zu benutzen, wie ich es denn mit diesem thun würde, wenn ich ihn für brauchbar hielte; das aber setzt mich in Erstaunen, daß man die Dreistigkeit hat, mich und meine Personalbeziehungen zum Gegenstand polizeilicher Berichterstattung zu machen und auf die abgeschmackten Faseleien reisender marchands amtliche Berichte an das Ministerium zu erstatten. Ich habe nicht geglaubt, daß mein Eintritt in den Königlichen Dienst mich dergleichen Unverschämtheiten aussetzen würde, und kann nicht glauben, daß es in dem Willen Sr. Majestät des Königs liegt, daß Herr v. Hinkeldey eine Controlle über die Personalbeziehungen der Gesandten Sr. Majestät ausübt. So lange das Vertrauen Sr. Majestät mir in meiner jetzigen Stellung zu bleiben gestattet, bin ich entschlossen, mir dergleichen

6. 8. 1853.

6. 8. 1853. Impertinenzen nicht gefallen zu lassen. Ebensowenig wie ich mir gestatte, Herrn v. Hinkeldey förmlich beobachten zu lassen, Urtheile über die Berechtigung des Vertrauens zu fällen, welches er in seine Agenten setzt, und lügenhafte Insinuationen bei seinen Vorgesetzten anzubringen, kann ich mir ein derartiges Verfahren gefallen lassen. Man könnte es für einen erfreulichen Beweis halten, wie unbeschäftigt die Polizei in dieser Zeit ist, wenn sie ihre Personal- und Geldmittel zur Beobachtung der preußischen Gesandten im Auslande verwendet und Muße findet, ihr Talent in Erfindung von Klatschgeschichten zu üben. Ich kann mich indeß der Freude über dies beruhigende Symptom öffentlicher Sicherheit nicht vollständig hingeben und habe einstweilen Herrn v. Manteuffel um Erlaubniß gebeten, bei Sr. Majestät dem Könige einen unterthänigsten Antrag einreichen zu dürfen, daß die Polizeibehörden angewiesen werden, sich mehr, als es bisher der Fall zu sein scheint, mit solchen Geschäften zu befassen, welche ihrer ursprünglichen Bestimmung und den Rücksichten der Schicklichkeit entsprechen, die man den übrigen Dienern Sr. Majestät schuldig ist. Einstweilen halte ich mich für berechtigt, diejenigen angeblichen Polizeiagenten, welche hier erscheinen, ohne sich gegen mich zu legitimiren, als vagabondirende Tagediebe mittelst Requisition der hiesigen Behörden ausweisen zu lassen. Ich begreife nicht, wie Hinkeldey darauf kommt, sich plötzlich an mir auf diese Weise reiben zu wollen, da ich stets zu den Personen gehörte, die eine hohe Meinung von seiner Fähigkeit und seinen Leistungen hatten und auch noch in dem Maße haben, daß ich das, was er hier gethan hat, nur aus Motiven persönlichen Uebelwollens erklären kann, über dessen Ursprung ich vergebens nachsinne. Seine Vermuthungen über die moralische Urheberschaft lenken sich auf den Major Deetz, (*der eine Art Contrepolice hier hält und an den sich durchreisende Agenten leichtgläubig zu wenden pflegen und[1]) der mit Herrn v. Prokesch darüber einig ist, daß ich hier am Orte einer andern Persönlichkeit den Platz räumen müsse. Deetz hat sich successive mit allen seinen Kameraden in ein feindseliges Verhältniß ge-

[1]) Eigenhändiger Zusatz am Rande.

setzt, namentlich mit dem Herrn Grafen v. Waldersee, dem General v. Herwarth und Herrn v. Kessel. Ziemlich zwei Jahre lang ist es mir gelungen, mit ihm in Frieden zu bleiben, bis seine Erbittrung gegen einen für die gouvernementale Presse hier beschäftigten Scribenten Gelegenheit fand, sich auf mich zu übertragen. Deetz hat sich von diesem Menschen früher für Geld in den Zeitungen loben lassen, sich dann mit ihm erzürnt und ihn, ohne mich zu fragen, obwohl er wußte, daß derselbe im Solde der Regirung steht, bei der Stadtbehörde verklagt wegen eines Zeitungsartikels, in welchem es gerügt wurde, daß östreichische Truppen durch klingendes Spiel an der protestantischen Kirche den Gottesdienst störten. Dieser Artikel war auf Veranlassung des diesseitigen Militärgeistlichen und im Einverständniß mit höhern Militärs geschrieben, nachdem vertrauliche Reclamationen nichts gefruchtet hatten, und ich erhielt von Berlin die Weisung, den Verfasser gegen die Requisition von Deetz bei dem Senat in Schutz zu nehmen. Seitdem hat Deetz angefangen, gegen mich zu intriguiren, und bringt bald in Berlin, bald bei dem Prinzen von Preußen Insinuationen im verschiedenartigsten Sinne gegen mich an. Es ist klar, daß ein Preußischer Commandant, der mit allen höhern preußischen Militärs und mit dem Gesandten in offnem Zwiespalt lebt und seine Stütze hier am Ort und in Fremden sucht, uns um die Vortheile bringen muß, die wir davon haben können, daß wir die Commandantur besetzen. Ich halte deshalb eine Aenderung in seiner Person für dringend nothwendig; so lange er hier ist, sind die Zänkereien permanent, und mir erschwert er durch seine wahrheitswidrigen Klatschberichte auf das erheblichste meine ohnehin ziemlich dornenvolle Position.

6. 8. 1853.

Ich will mich freun, wenn meine Annahme, daß Deetz zu der Hinkeldeyschen Pièce Veranlassung gegeben hat, unbegründet ist. Ich darf hoffen, daß Se. Majestät mir die Genugthuung nicht versagen wird, den Polizeipräsidenten zur Nennung seiner Gewährsmänner in Bezug auf seine Angaben über mich [aufzufordern], und werde deshalb meine unterthänigste Bitte direct an Se. Majestät richten, sobald ich die Autorisation von Herrn v. Manteuffel, der mir das Hinkel-

6. 8. 1853. deysche Schreiben vertraulich mitgetheilt hat, erhalten haben werde.

⊢ Auch ohne Deetz macht mir Prokesch das Leben hinreichend sauer durch seinen in einer derartigen Stellung wirklich unglaublichen Mangel an Erziehung und Selbstbeherrschung. Gestern hat er [es] in einer Ausschußsitzung durch seine Ungezogenheit soweit gebracht, daß sämmtliche Mitglieder außer ihm, nämlich Baiern, Hamburg und Preußen, sich gleichzeitig erhoben und die Sitzung verließen, um uns weitern Ausbrüchen orientalischer Lebhaftigkeit zu entziehn. Es giebt kaum einen Gesandten, gegen den er sich nicht schon in ähnlicher Weise vergessen hätte, nur machen die meisten ihre Faust in der Tasche. Seine vollständige Unbekanntschaft oder Verachtung der im Bereich abendländischer Civilisation üblichen Formen der Verhandlung macht selbst dann, wenn ich mit ihm einig bin, unsre gemeinsame Verständigung mit den übrigen Bundesstaaten äußerst schwierig, besonders da ihm seine bisherige Behandlung der Geschäfte immer mehr die Glaubwürdigkeit bei fast allen Collegen entzogen hat. Im directen Verkehr finde ich seinen Mangel an Offenheit für mich nicht gefährlich, da er nicht fein genug ist, um wirklich zu täuschen, dagegen ist es schon bedenklicher, daß er, wie man selbst noch an den auf seine Berichte gegründeten Mittheilungen des Grafen Thun sehn kann, in seiner Berichterstattung nach Wien sich von jeglicher Berücksichtigung der Wahrheit für entbunden hält und dadurch bei dem Kaiserlichen Cabinet schiefe Vorstellungen erweckt über die Art, wie, und über die Motive, aus welchen dem Präsidium hier in den einzelnen Fällen entgegengetreten wird. Einem Präsidialgesandten, wie dem jetzigen gegenüber sind die Garantien, welche die bisherige Geschäftsordnung den übrigen Bundesregirungen bietet, noch mehr als sonst unzulänglich. Die östreichische Kanzlei und die Bundeskanzlei sind bisher identisch; ursprünglich war die Präsidialkanzlei zum Dienst als Bundeskanzlei provisorisch hergegeben worden. Bei diesem Provisorium ist es insoweit verblieben, als die Bundesbeamten zwar in ihrer ganzen Existenz von Oestreich abhängen, aber vom Bunde bezahlt werden. Der ganze materielle Geschäfts-

betrieb von Kanzlei, Kasse, Registratur und dergl. bildet sonach für alle übrigen Gesandten eine ziemlich unzugängliche, der Alleinherrschaft Oestreichs unterworfne terra incognita. Zu dem großen dadurch gegebnen Uebergewicht kommt die discretionäre Gewalt, mit welcher das Präsidium allein die Zusammenberufung von Sitzungen, Ausschüssen, namentlich aber die Gegenstände, welche in denselben verhandelt werden sollen, und die Ernennung der Referenten bestimmt. Es ist wiederholt vorgekommen, daß die Verhandlung von Fragen, welche Oestreich nicht convenirten, Jahre lang wider den Willen der übrigen unterbleiben mußte, einfach, weil Oestreich sich weigerte, sie auf die Tagesordnung zu setzen. Außer dem Präsidium weiß Niemand mit Sicherheit vorher, was in einer Sitzung vorkommen wird, Oestreich allein ist daher im Stande, durch vorgängige Verabredung mit andern den Ausschußwahlen und der sonstigen Behandlung neu einzubringender Sachen eine bestimmte Richtung zu geben, wozu bei dem Mangel an vorgängiger Verständigung der übrigen in der Regel sehr wenige Stimmen hinreichen. Ich könnte noch viele derartige Momente anführen, durch deren vereinte Wirkung den übrigen Bundesstaaten, namentlich aber uns, eine im Vergleich mit Oestreich zu einflußlose Stellung angewiesen ist, als daß wir zu der wünschenswerthen Entwicklung des Bundesverhältnisses die Hand bieten könnten, so lange diese Umstände obwalten. Wünscht man daher, was man doch so oft zu wünschen vorgiebt, eine größre Hingebung Preußens an den Bund, so muß vor allen Dingen die Stellung des Kollegiums, dem wir angehören, mehr als bisher von dem durch üble Gewohnheit, nicht aber durch das Bundesrecht erwachsnen Uebergewicht des Präsidiums emancipirt werden. Geschieht dies nicht, so ist unsre Stellung im Bunde derjenigen, die wir in Europa einnehmen, zu wenig entsprechend, als daß wir die erstre besonders accentuiren könnten. In dieser gründlich bundesmäßigen Auffassung sind von uns vor einigen Monaten Vorschläge zur Verbesserung der bisherigen provisorischen Geschäftsordnung gemacht und an die einzelnen Bundes-Regirungen vertheilt worden. Dieselben haben bei fast allen, wenigstens

6. 8. 1853.

6. 8. 1853. bei allen Regirungen, die sich bisher geäußert haben, entschiednen Beifall und das Versprechen der Zustimmung gefunden. Nur Herr v. Prokesch vertritt gegen dieselben jedes auch das kleinste und übelhergebrachteste Präsidialattribut mit einer verletzenden Hoffart und Leidenschaftlichkeit, und anstatt in gemäßigter und bundesfreundlicher Weise die Hand zu Verständigungen zu bieten, welche für uns das Verhältniß zum Bunde und zu Oestreich erleichtern könnten, schreibt er übertriebne und verletzende Berichte darüber nach Wien, in denen er die ganze Sache wie eine äußerst böswillige und strafbare Verschwörung gegen die Ehre Oestreichs darstellt. Wie in seinen Berichten, so ist es auch in der Discussion seine Gewohnheit, jeden, der eine abweichende Ansicht hat, so anzusehn, als ob er mindestens mit dem Mörder Libeny (?) in eine Kategorie gehöre. Da man Prokesch in Wien hinreichend kennt, woraus mir beispielsweise Graf Thun gar kein Hehl macht, so kann ich mir im Grunde den Umstand, daß man ihn hier läßt, nicht anders erklären als mit der Annahme, daß Oestreich keine Neigung mehr [hat], der Bundespolitik eine besondre Wichtigkeit zu geben, und das Taxissche Palais als ein Local betrachtet, wo Prokesch ohne Schaden seiner Widerwärtigkeit freien Lauf lassen kann.

Zum Schluß bitte ich Sie noch um Befürwortung eines persönlichen Anliegens bei Sr. Majestät. Ich bin um 6 Wochen Urlaub eingekommen, deren ersten Theil ich auf ärztlichen Rath zum Gebrauch eines Seebades benutzen will, um mir den vielen Verdruß, den ich hier habe, wieder abzuspülen, ich bitte Sie, diesem Urlaubsgesuch Ihren Beistand zu leisten, und darf hoffen, daß Se. Majestät es mir nicht abschlägt, da ich seit meinem Eintritt in den Allerhöchsten Dienst noch keine Stunde in Urlaub gewesen bin.

Den[1]) ersten Theil des Schreibens bis zu dem Zeichen ⊢ bitte ich Sie als einen vorläufig nur für Sie bestimmten Erguß meines verhaltnen Zorns zu betrachten, ich werde offiziell später auf die Bühne treten, nachdem ich Manteuffels Autorisation habe. Aber ich werde wie die Königin Isabella mein

[1]) Von hier an ist das Original von Bismarcks Hand geschrieben.

Hemd nicht wechseln, bis ich den verläumderischen Zwischen- 6. 8. 1853.
träger D(eetz) hier los bin, und sollte ich darüber mich selbst
wieder zum Landjunker einspinnen.

In treuer Liebe

der Ihrige

v. Bismarck.

Was sagen Sie denn zu Quehls Rückzug? Ich schmeichle mir dabei das Hauptverdienst zu haben, und doch ist er mit Liebe für mich von hier abgereist.

III.

Chambery, 16. October 1853.

Verehrtester Freund,

Ich weiß nicht, ob ich zu Hause schon als Deserteur ver- 16. 10. 1853.
folgt werde, oder ob meine Vagabondage unbeachtet geblieben ist; erst morgen früh in Genf, wohin ich Briefe bestellt habe, werde ich darüber ins Klare gelangen. Mein Urlaub war Anfang dieses Monats zu Ende, die Ferien erst zum 3. November; ich kann mir nicht denken, daß man mir den erbetenen Nachurlaub abgeschlagen haben wird, da ich in Frankfurt geschäftsloser Spaziergänger sein würde. In dieser Voraussetzung ritt ich vor etwa vierzehn Tagen mit meiner Frau über den großen Bernhard, in der Absicht, den tour du Mont blanc über Col du Bernhard und Chamounix zu machen und nach fünf bis sechs Tagen in Genf zu sein, wohin ich meine Briefe dirigirt hatte. Auf der Italiänischen Seite vom Bernhard faßte uns aber ein solches, 24 Stunden anhaltendes Schneegestöber, daß weder an tour du Mont blanc noch an den directen Rückweg zu denken war. In der Hoffnung, gutes Wetter zu erreichen, machten wir einen leichtsinnigen coup de tête und fuhren direct über Turin, Alessandria nach Genua. Warm war es dort sehr, ganz sommerlich laue Nächte, aber ich hatte das Schicksal so manches deutschen Reitersmannes seit tausend Jahren, ich bekam einen Ruhranfall, der mich auf einige Tage

16. 10. 1853. einsperrte; aus dem beabsichtigten zweitägigen wurde dadurch ein sechstägiger Aufenthalt in Genua, ich mußte des Nachts, unter vervielfältigten Beziehungen zu den unerhört schweinischen „Bequemlichkeiten“ italiänischer Gasthöfe, still liegen, und (wir) kamen zehn Tage später nach Genf, als ich gerechnet hatte. Seit fast drei Wochen bin ich ohne jede Nachricht aus sämmtlichen deutschen Bundesstaaten, nicht einmal Zeitungen habe ich gesehn, und ich bin noch heut nicht sicher, ob Se. Majestät wirklich in Warschau gewesen ist oder ob die demokratischen Scherze, die ich darüber in einer Turiner Art von Kladderadatsch las, den ich am Bahnhof kaufte, es nur fingirten. Es ist doch sehr glücklich, einmal vierzehn Tage so gar nichts von Politik zu hören und zu sehn und sich über nichts zu ärgern und aufzuregen als über seine eignen Thorheiten. Verachten Sie mich auch wegen des studentischen Leichtsinns, mit dem ich in der Welt umherdämmere, oder schätzen Sie diese Eigenschaft hoch an Diplomaten? Nach meinen Reiseeindrücken ist übrigens dieses Land unendlich viel mehr in der Civilisation zurück, als ich geglaubt habe, und die Rodomontaden der liberalen Partei über die Vortrefflichkeit der hiesigen Staatsmaschine und die Höhe der materiellen Entwicklung sind in unverschämter Weise aus der Luft gegriffen. Das Militär sieht gut aus, d. h. soldatisch, nicht elegant. Dagegen (sind) die Douaniers überzahlreich und bettelhaft corrumpirt, d. h. sie drängen privatim Dienste auf und behalten Geld, was sie herausgeben sollen, bitten auch darum. Die öffentlichen Straßen und zwar die großen Heerstraßen, von Verona über Ivrea nach Turin, das noch nicht Eisenbahn habende Ende von Turin nach Genua, der Weg an der Riviera, der von Turin über den Mt. Cenis, also die Hauptwege des Landes sind so, daß Extrapost mit leichtestem Wagen auf wenigstens dem halben Theil durch kein Trinkgeld aus dem kurzen Schritt gebracht werden kann. Die Posteinrichtungen sind unglaublich liederlich. Man ist ganz der Willkühr der Posthalter und Postillone preisgegeben, erstre haben nicht die vorgeschriebne Pferdezahl; die sie haben, sind abgetriebne Schindmähren, die keine Peitsche mehr zum Laufen bringt, gar keine Vorschrift über Befördrungszeit, beliebiges Warten=

16. 10. 1853.

lassen bei bestellten Pferden, Ansetzen von mehr Pferden, die gar nicht angespannt werden, und keine Möglichkeit der Beschwerde. Der Postmeister in Susa, dem ich mit den klarsten Artikeln des vom König unterschriebnen und höchst constitutionell contrasignirten regolamente sulla posta — cavalli gegenübertrat, lachte mich aus, sagte in Bezug auf gedachtes Reglement me ne f..., me ne stra — arci — f..., und meine Drohung, mich in Turin zu beschweren, erfüllte ihn mit aufrichtiger Heiterkeit. In einer Stadt wie Genua ist durch kein Mittel, auch nicht durch unsern Consul, herauszubringen, was für Posten und wann sie von Turin hierher oder von Alessandria über den Simplon gehn; wie lange eine Post fährt und wie theuer, kann man nur an Ort und Stelle im Bureau erfahren, keine andre Behörde, kein Buch giebt sonst Aufschluß. Auf jeder Station vom Mt. Cenis bis hier habe ich zu ermitteln gesucht, wann eine Diligence oder Courier von hier nach Genf ginge; erst auf der letzten Station bekam ich eine Antwort, aber eine grundfalsche, vom Postmeister. Und bei dem Allen war nicht etwa Bosheit, sondern naive brutale Unwissenheit der Grund. Ich bin wahrhaft erstaunt, ein wie großer Abstand in puncto europäischer Civilisation zwischen den Zuständen nicht bloß bei uns, sondern in jedem deutschen Staate und denen dieses „cultivirtesten" italiänischen liegt. Dabei sprechen diese Leute in ihrer Presse von uns wie von nordischen Barbaren und Sclaven sultanischer Herrscher. Ich habe hier eben einige Blätter gelesen, alte, und ohne politische Nachrichten, nur raisonnirende Artikel; man staunt vor dem Grad von Dummheit und Unkultur, dessen man bei seinen Lesern sicher sein muß, um so etwas schreiben zu können; alles im rohsten Styl rother Demokratie. Diese scheint hier ihr Heil aus endlichen Kriegen Amerikas gegen Europa zu erwarten. Amerika gegen ein russisches Europa ist der Schlußgedanke, den ich auch in deutschen rothen Blättern gefunden habe, und schließlich die „Vereinigten Staaten von Europa."

Hier bricht der Brief mitten auf der Seite ab; er ist ohne Abschluß geblieben und nicht abgesendet worden.

IV. V. VI.

Im „Briefwechsel“ S. 148 ff. findet sich ein Brief Bismarcks vom 7. April 1854. Die Vergleichung mit dem Original ergab, daß hier drei Briefe durcheinander geworfen worden sind: der erste, datirt vom 2. April 1854 beginnt mit den Worten (S. 149, Z. 14 v. u.): „Ich fürchte mich ꝛc.“ und schließt mit den Worten (S. 150, Z. 17 v. o.): „in Darmstadt kehrt er auch an;“ der zweite vom 7. April 1854, setzt sich zusammen aus den Stücken S. 148—149: „Im Begriff“ bis „bezahlte“ und S. 150, Z. 6 v. u.: „Goltz“ ꝛc. bis zum Schlusse; das Stück S. 150, Z. 18 v. o.—Z. 7 v. u.: „Von Sr. K. Hoh. dem Prinzen Karl“ ꝛc. bis „über diesen Senat mache“ ist einem undatirten, bloß mit „Donnerstag“ bezeichneten Brief entnommen. Die genaue Datirung dieses Briefes macht der Inhalt des Briefes möglich. Die Ernennung Bismarcks in den Staatsrath erfolgte Anfang Juli 1854, denn in einem Berichte des Frhrn. v. Fritsch an den Herzog Ernst II. von Coburg-Gotha vom 10. Juli 1854 (Aus meinem Leben II 204) wird der Ernennung des Herrn v. Bismarck in den Staatsrath als eines eben erst ihm zu Theil gewordenen Gnadenbeweises gedacht. Frau v. Bismarck weilte vom 24. bis 30. Juni in Kröchlendorf zu Besuch bei ihrer Schwägerin Frau v. Arnim und begab sich von dort zu den Verwandten in Pommern. General v. Gerlach erwähnt den „Staatsrath“ im Briefe vom 1. Juli 1854, Briefwechsel 176, Bismarcks Brief stellt die Antwort darauf dar, ist mithin Donnerstag, den 6. Juli 1854 geschrieben. Ich gebe die drei Briefe nach den Originalen.

Verehrtester Freund,

2. 4. 1854.

Ich fürchte mich etwas vor dem, was Heß in Berlin kocht; er scheint lange bleiben zu wollen, bringt die Frau mit; legt am Ende Spargelbeete an. Man glaubt hier, daß er bestimmt sei, uns westmächtlicher und kriegerischer anzustreichen, als das durch des Flügel-Teufels[1]) Vermittlung thunlich war.

Ich habe, soweit man mich nicht belügt, bisher mit Hanover, Kassel, Baiern, Würtemberg, Sachsen, Meklenburg, Baden, Darmstadt, Nassau die gleichmäßige Erfahrung gemacht, daß sie bereit sein wollen, mit einem preußisch-östreichischen Bündnisse zu gehn, und zwar am liebsten in Neutralität und

[1]) Flügeladjutant Edw. Manteuffel.

Frieden, sehr gern gegen Frankreich, allenfalls zur Vertheidigung Oestreichs gegen Rußland, aber nicht zum Angriff gegen Letztres; sollte ein solcher von den beiden Mächten für nöthig befunden werden, so wünscht man sich einen Bundesbeschluß vorzubehalten. Ein russischer Rheinbund hat bei diesen Regirungen selbst mehr Chance, als ein französischer; sie hassen England als Pflegerin der Demokratie und der Flüchtlinge und fürchten Frankreich. Sie sagen, und nicht mit Unrecht, daß Deutschland entweder die Lasten eines antirussischen Krieges und möglicher Weise einer ungrisch-slavischen Revolution gegen Oestreich dazu allein würde tragen müssen oder daß wir uns die Franzosen in den Pelz setzen und an ihnen arrogante Gäste und Verbündete haben, die damit drohn, über unsre Köpfe weg Separatfrieden mit Rußland zu schließen, sobald wir nicht genau nach ihrer Pfeife tanzen. Abgesonderte Coalitionspolitik ist von Beust noch im vorigen Monat versucht worden, hat aber in München und Stuttgart gar keinen, in Hanover geringen und zaghaften Anklang gefunden. Die öftreichischen Papiere sind auf die Nachrichten von Oestreichs Loslösung von den Westmächten und seiner Verständigung mit uns wieder um 5 % in wenig Tagen gestiegen. Métalliques standen, als ich hier ankam, 53, jetzt 58. Unsre Kassenanweisungen stehn fortwährend beinah 3 % über pari. Unser Thaler in Silber hat etwas über 104 Kreuzer an Werth, in Kassenanweisungen gilt er 107½. Der König von Würtemberg kommt morgen nach Wiesbaden und geht übermorgen nach Weimar; was er dort vorhat, weiß ich nicht, in Darmstadt kehrt er an (sic.) 2. 4. 1854.

In treuer Freundschaft

der Ihrige

Fr(ankfurt), 2. 4. 54. v. Bismarck.

Verehrtester Freund,

Im Begriff, nach Wiesbaden zum Herzog zu fahren, kann ich mir doch nicht versagen, noch heut einige Worte auf Ihren eben erhaltnen Brief vom 3.[1]) zu antworten. 7. 4. 1854.

[1]) Briefwechsel S. 146 ff.

7. 4. 1854. Ich glaube weder, daß Oestreich ein bindendes Engagement mit den Westmächten hat, noch daß es sich ohne uns auf ein solches einläßt; sollte es uns auch noch so entschieden mit dergleichen drohn, um uns zu gemeinschaftlichen Thorheiten zu verleiten, sie thun es ganz gewiß nicht, wenn wir ruhig bleiben. Oestreich im Kriege mit Rußland, muß nothwendig in einer Weise von der Gnade Frankreichs abhängig werden, die jede unabhängige Bewegung ausschließen würde, wenn es Preußens nicht sicher ist. Sie thun es nicht, wie sie auch damit drohn mögen; Frankreich ist ein zu arroganter Verbündeter, besonders wenn es in der Lage ist, über den Kopf seines deutschen Genossen hinweg mit Rußland Friede zu schließen, sobald es will, und zwar voraussichtlich unter allen Umständen mit eignem Vortheil. Glaubt man denn wirklich bei uns, daß Oestreich ernstlich daran gehn werde, entweder ohne unsre Hülfe, sogar ohne vor unserm Angriff sicher zu sein, einen Krieg auf Tod und Leben mit Rußland entweder allein zu führen, oder sich 200 000 Franzosen in den Pelz zu setzen, und sich von diesen retten zu lassen wie 49 von den Russen? Es ist das eine Eventualität, die ich gar nicht in die Berechnung aufnehmen würde. „Nur Muth, der Tabak raucht sich gut" steht auf dem Uckermärker Kanaster! Oestreich merkt längst, daß wir uns vor seinem Rückfall in eine Wiener Rheinbundspolitik fürchten, und benutzt diesen Popanz, um uns zu seinem Willen zu bringen. Sobald wir entschieden auftreten mit der Erklärung, daß wir einer aggressiven Politik gegen Rußland unsre Unterstützung versagen, haben wir alle deutschen Regirungen für uns, und Oestreich ist froh, unsrer für die Defensive sicher zu sein. Vielleicht will man in Wien auch gar nicht mehr als das erreichen, fürchtet nur, wir möchten auch das nicht ohne Concessionen in der deutschen Politik zusagen wollen, und stellt nach gewohnter Pferdejuden-Manier höhere Forderungen, bis wir froh sind, daß man sich mit dem minus begnügt. Die Mittelstaaten sind antifranzösisch, weil sie fürchten, daß L. Napoleons System oder seine Person nicht von Dauer sind und ihr eventueller Bundesgenosse, das französische Kaiserreich, sich plötzlich in ein gefährliches Ungethüm verwandeln könnte, und daß sie dann

zwischen Scylla und Charybdis stehn würden, indem man ihren späten Uebertritt vielleicht nicht wieder wie 1813 bezahlte. 7. 4. 1854.

Pourtales hat sich außer dem Wartegeld auch nachträglich 3000 Rubel Reisekosten von Constantinopel während seiner Epoche im Ministerium zahlen lassen, auf die er reglementsmäßig nicht rechnen konnte. Goltz müßte tout court einen diplomatischen Posten erhalten; er ist sehr brauchbar, und die Menschen fehlen uns zum Verzweifeln. Oberstleutnant Manteuffel müßte auch in die Diplomatie. Ist denn Usedom noch immer in Paris?

Ich habe Ihnen übrigens schon mehr Briefe als zwei geschrieben, drei gewiß, ich denke vier.[1]) Einer war vom 1. cr., den Sie am 3. schon hätten haben müssen, ein andrer war von der Abschrift eines Schreibens an F(ra) D(iavolo) begleitet. Ihre Briefe über Cöln gehn so sehr lange. Sie könnten mir sicher mit directer Post schreiben, wenn Sie von Damenhand und mit entsprechendem Siegel an meine Frau adressiren oder an Frl. E. v. Reckow, Preußische Gesandschaft abzugeben, oder an Graf Borcke, Gallengasse 19, lauter unverdächtige Adressen, besonders wenn man damit wechselt. Ich schicke Ihnen Extrakt

[1]) Es scheint, daß nur zwei von den vier Briefen Bismarcks in Gerlachs Hand gekommen sind; der erste derselben, Briefwechsel S. 143 f., ist im Original undatirt (die Herausgeberin hat das Datum des 5. März 54 aus eigner Erfindung darüber gesetzt), trägt aber Gerlachs Vermerk: Pr. 26. 3. 1854, ist also wohl vom 24. März zu datiren; der zweite ist im Original nur „Donnerstag" datirt, doch hat Gerlach in Parenthese das Datum 30. 3. 54 hinzugefügt. — Der letzte Theil des im „Briefwechsel" veröffentlichten Briefes vom 24. März von den Worten an (S. 144 Z. 3 v. u.): „Mit Ihres Bundes sechsjährigem Antrag" gehört einem, unter XIII S. 189 ff. mitgetheilten Briefe Bismarcks an Gerlach vom 2. März 1858 an. Im Original lautet der Schluß:

Der Prinz Emil in Darmstadt ist ganz russisch; die öffentliche Meinung hier, die von Prokesch und Consorten geleitet, unsre Ablehnung der Convention zuerst als mordbrennerischen Verrath ansah, beginnt sich zu unsern Gunsten zu klären; man findet den großen mitteleuropäischen Bund, Unabhängigkeit nach allen Seiten sicher und ehrenvoll, traut aber unserm Einverständniß mit Oestreich noch nicht. Die Wiener und die hiesige Presse thun das Ihrige, um dieß Mißtrauen zu stärken. In treuer Freundschaft

der Ihrige

v. Bismarck.

P. S. Wie ist denn die Indiscretion über den Maivertrag entstanden? Hassenpflug trinkt übrigens; er fluchte nach Tische laut und lästerlich über die antipreußische Presse, namentlich seine Kasseler Zeitung.

7. 4. 1854. eines Schreibens, der meine Ansichten von der Disposition der deutschen Regirungen enthält;[1]) ich muß für heut schließen. Viel Grüße an Ihre Damen.

Der Ihrige

Fr(ankfurt), 7. 4. 54. v. Bismarck.

Hans Kleist erwarte ich heut Abend hier von Wetzlar.[2])

Fr(ankfurt), Donnerstag [6. Juli 1854].

Verehrtester Freund,

6. 7. 1854. ich hatte mir vorgenommen, Ihnen heut durch den Legationsrath Wentzel, der auf Urlaub nach Berlin geht, in behaglicher Breite zu schreiben; aber noch ehe ich aufstand, traf mich eine mir den Prinzen Karl anmeldende Depesche, der er selbst bald folgte. Ich habe ihm die Juwelier-Läden und die Paulskirche gezeigt, ihm ein, wie er schmeichelhaft sagt, lucullisches déjeûner vorgesetzt und ihn nach Baden expedirt, wo er heut Abend um 7 eintrifft; darüber ist meine Zeit hin, und ich muß mich darauf beschränken, Ihnen zu Ihrer Erheiterung die beifolgende Ansprache von Ronge zu schicken, auf die Gefahr hin, daß Sie sie schon kennen. Ein Commentar der Situation und Wegweiser für die Fürsten. Das Pendant dazu liefert der Umstand, daß unsre Sachsenhäuser Demokraten, die zahmen bei ihren Zusammenkünften, die bärtigen Eckensteher auf der Straße, die Uebersetzung französischer Chansons gegen den Kaiser Nikolaus singen und fredonniren, und ihn heldenmäßig in „ßaine Aisprovises" zurückjagen. Von Sr. K. Hoh. dem Prinzen Karl höre ich mit Vergnügen, daß Aussicht auf eine einlenkende Antwort von Petersburg da ist. Meine Promotion in den

---

[1]) Gemeint ist offenbar der Bericht vom 5. April 1854, Poschinger, Preußen im Bundestag I 378 ff. No. 243.

[2]) Der Briefwechsel S. 158 ff. veröffentlichte Brief Bismarcks trägt im Original das Datum des 20. Februar (nicht April) 1854; der S. 161 f. mitgetheilte Brief vom 21. April 1854 schließt mit den Worten (S. 162 Z. 16 v. o.): „eine starke Zumuthung." Das folgende Stück: „Die Convention mit Oestreich" 2c. bis „von London eingeholt" ist von der Herausgeberin einem im Auszug beigelegten Berichte Bismarcks an Manteuffel vom 21. April 1854 (Poschinger IV 187 ff. No. 81) entnommen und von ihr ohne Weitres dem an Gerlach gerichteten Briefe Bismarcks eingefügt worden.

Staatsrath hat mich als Beweis des Allerhöchsten Vertrauens sehr gefreut. Im übrigen theile ich ganz Ihre Bedenken, und glaube, daß der Staatsrath eine Kriegsmaschine gegen die Partei Westphalen-Raumer im Ministerium bilden wird. Meine Frau fragt mich, was eigentlich der Staatsrath sei; ich schrieb ihr: die Quintessenz aller der Thorheit und Bosheit, die man in Preußen unter dem Worte „Geheimrath" bezeichnet. Sie sehn, daß ich mir keine Illusion über diesen Senat mache. 6. 7. 1854.

Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 1. c.

Treu ergeben

Ihr

v. Bismarck.

VII.

Frankfurt, 27. Januar 1855.

Verehrtester Freund,

Ihr liebenswürdiges Schreiben vom 23.[1]) habe ich erhalten. Ohne neue Anregung von außen läßt sich für Hamburg hier nichts Andres thun als verschleppen, und darin habe ich wirklich zu meiner eignen Ueberraschung bisher [viel] geleistet. Besonders bei der jetzigen Stellung Oestreichs ist nichts zu machen, weil das die Sache nur aus dem Gesichtspunkte der Stimmenwerbung bei den dermaligen Machthabern der Stadt auffaßt. Was versteht der Kroat von deutschem Recht, und was schiert man sich im Kaiserl. Franz. département du Danube um conservative Städteverfassung. Se. Majestät der Kaiser „Franzosef" haben andre Dinge im Kopf, seit ihm sein Jot abhanden gekommen ist. Verzeihn Sie den mehr wahren als witzigen pun.[2]) Warum schicken die guten Ober-Alten ihren Protest denn nicht direct an den Bund? ein derartiger Anhalt, von einer Hamburger Behörde ausgehend, fehlt uns längst bei unsern Bemühungen. In der orientalischen und Mobili- 27. 1. 1855.

[1]) Briefwechsel S. 222 ff.

[2]) Wortspiel.

27. 1. 1855. sirungsfrage schicke ich Ihnen für den Fall, daß F(ra) D(iavolo) Ihnen meine letzten Berichte nicht mitgetheilt hat, eine Abschrift des gestrigen, d. h. Auszug zur Orientirung über unsre Situation hier.[1]) Oestreich ist offenbar bei seiner Bajonnett-Attake ins Stutzen gerathen, und Prokino[2]) hat um neue Instruction nach Wien geschrieben. Meines Erachtens müßten wir diesen Moment benutzen, um die Initiative in der Militär-Commission zu ergreifen, und deren Verhandlungen auf preußischen Betrieb auf die „Beibehaltung" der Contingente im Sinne des Beschlusses vom 9. Dezember dirigiren und beschleunigen, damit wir der Sache die östreichische Farbe nehmen. Nur muß ich erst des Einverständnisses von Baiern mich versichern. Die bairische Instruction wirkt sehr günstig auf beide Hessen, bei denen ich schon vorgearbeitet hatte; der Minister Baumbach von Kassel war hier bei mir, und die Darmstädter habe ich in ihrer Heimath aufgesucht. Dalwigk sagte am Ende unsrer Unterredung genau das Gegentheil wie Anfangs; erst war er sittlich und Ehren halber verpflichtet, mit Oestreich zu gehn; nachdem ich ihn über die Folgen tüchtig geängstigt hatte, fragte er: „wie redressiren wir denn die Sache am besten?" und fuhr mit mir hierher. Warum giebt man ihm doch den großen Rothen (Adler) nicht? seine ganze Haltung gegen mich hat die melancholische Färbung tiefer und unverdienter Kränkung durch unerwiderte Liebe. Man schreibt mir von Berlin, er solle ihn erst verdienen. Ich kann nicht zugeben, daß die Ordensverleihungen immer Schritt mit den Verdiensten halten, da ich am Sonntag keinen bekommen habe. Aber Scherz bei Seite, hat denn irgend Jemand die ausländischen Orden verdient, die er trägt? Sie sind nicht gerechte Belohnungen, sondern Bestechungen. Ich würde die ganze Aussöhnung mit Darmstadt beklagen, wenn das neue Verhältniß wieder mit Empfindlichkeit anfängt, und soviel Verdienste um Preußen wie mancher kleinere von uns decorirte Premierminister in allerhand Raubstaaten, kann sich D(alwigk) sehr schnell und gerade in diesem Augenblick erwerben. Ich bestreite übrigens Ihre Annahme,

[1]) Poschinger II 149 No. 82.

[2]) Frhr. v. Prokesch.

daß die deutschen Fürsten sich vor Frankreich-Oestreich mehr fürchten, als (vor) Preußen und Rußland. Das Umgekehrte würde sich bald zeigen, wenn sie uns die Courage und Consequenz zutrauten, die nöthig ist, um mit einer russischen Allianz auch nur ernstlich zu drohn, für den Fall, daß die West-Ostmächte fortfahren, uns geringschätzig zu behandeln. Daß Preußen mit dem außeröstreichischen Deutschland zusammen sofort das Uebergewicht auf die Seite Rußlands legen könnte, daran zweifelt bei der dermaligen militärischen Lage der Westmächte und der politischen Oestreichs niemand. Die Mittelstaaten haben nur von unsrer Unzuverlässigkeit eine gleiche Ansicht wie wir von der ihrigen und fürchten, daß wir uns eventuell doch mit den Leuten vom 2. Dezember verständigen und sie im Geschäft sitzen lassen. Die Usedom-Wedellschen Verhandlungen beängstigen sie in hohem Grade und machen sie gegen uns mißtrauisch; unsre anscheinende Verzweiflung über den Ausschluß von der Conferenz ist auch nicht geeignet, sie zuversichtlich in Betreff unsrer zu stimmen. Es wäre gewiß gut, wenn man über jene Sendungen den deutschen Höfen, den größern wenigstens, einige vertrauliche Worte der Beruhigung sagte. Das Geheimniß giebt jeder östreichischen Lüge Anhalt. Die Post schließt. 27. 1. 1855.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

VIII.

Frankfurt, 10. Juni 55.[1])

Verehrtester Freund,

Soeben erhalte ich Ihr Schreiben von vorgestern,[2]) und benutze den heut hier durchreisenden römischen Arnim, um wenigstens provisorisch darauf zu antworten. Ich habe gestern 10. 6. 1855.

---

[1]) Vgl. Briefwechsel S. 262 f.

[2]) S. u. 4 No. V. S. 198 ff.

10. 6. 1855. des Längern an Manteuffel[1]) (*geschrieben und mich in der Hamburger Sache dafür ausgesprochen, die Abstimmung des Bundes über den vorgestern erstatteten Ausschußbericht einstweilen mit Rücksicht auf das in Hamburg selbst Vorgefallne in der Luft schweben zu lassen. Meine Meinung dabei ist vielleicht unrichtig und muß jedenfalls durch die nächste factische Gestaltung in Hamburg und durch weitre Erforschung des hiesigen Terrains erst bestätigt oder berichtigt werden, ehe man danach handelt. Die meisten meiner Collegen wollten mit Rücksicht auf die Nachrichten über Hamburg den Ausschußvortrag nunmehr ganz zurückgelegt und garnicht erstattet wissen. Ich bestand aber darauf, weil diese telegraphischen Nachrichten nicht amtlich seien. Ich wollte den Vortrag ins Protokoll haben; erst dadurch wird er etwas Bleibendes und kann nicht mehr mit reiner Escomotage in den Ausschußacten verschwinden. Meine Ansicht, allerdings nur prima facie, ist nun, daß uns dieser Vortrag in dem schwebenden Stadium vor der Abstimmung nützlicher wirkt, als die Abstimmung selbst. Er hat jetzt einstweilen den Schein für sich, der Ausdruck der Meinung des Bundes zu sein, und diesen Schein könnte er bei der Abstimmung leicht einbüßen. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der im Ausschuß erlangte Erfolg vielmehr ein succès d'estime für Preußen ist, als ein Resultat voller Ueberzeugung meiner Collegen. Einige derselben, und darunter meine besten Freunde, stellten mir gestern schon im Vertrauen vor, daß in dem vom Ausschuß befolgten Prinzip ein zu weit gehender Eingriff in die Unabhängigkeit des Einzelstaates liege. Der Bund könne gegen eine offizielle Geltung beanspruchende Verfassung in soweit einschreiten, als sie die Bundesverträge verletze; er könne das Gericht verwerfen, wenn es wirklich auf

[1]) Poschinger II 230, 231 f. No. 128, 129 theilt zwei Berichte Bismarcks an Manteuffel vom 9. Juni mit und erwähnt einen dritten von gleichem Tage S. 232 Anm. 3, in keinem derselben ist die Hamburger Sache berührt. Ob der betreffende Abschnitt als zu „langweilig" von Poschinger ausgelassen worden ist? Ich muß es annehmen, denn in keinem der vier Bände des von Poschinger herausgegebenen Urkundenwerkes ist die Hamburger Verfassungsfrage auch nur erwähnt, und doch hat Bismarck wiederholt über diese Frage an Manteuffel berichtet.

10. 6. 1855.

der Tafel erschienen sei, aber er habe nicht das Recht, Einsicht von den Töpfen der legislatorischen Küche zu verlangen. Die vorbereitende Arbeit der Gesetzgebung im Schoße der innern Behörden sei kein Gegenstand der vertragsmäßigen Controlle des Bundes. Es läßt sich darüber streiten, aber Thatsache ist, daß viele meiner Collegen fürchten, man könne auch an ihre Regirung gelegentlich das Verlangen stellen, wenn man von beabsichtigten Neuerungen Wind erhielte, erst einmal die Verhandlungen darüber vorzulegen und vor Prüfung und Entscheidung durch den Bund nicht weiter zu gehn. Kurz, es ist das so sehr mächtige Element der Furcht vor Beeinträchtigung der Autonomie, welches uns bei der Abstimmung entgegentreten und den mühsam errungenen Ausschußvortrag über den Haufen werfen kann. Jedenfalls müßten wir uns der Ansichten der Regirungen selbst vergewissern, bevor wir es zur Abstimmung kommen lassen. Qu'en pensez-vous?[1])

Sie erinnern sich der geheimen östreichischen Instruction in Anknüpfung an den 14. Januar und mit Androhung des Austrittes aus dem Bunde. Ich weiß jetzt durch den Herzog von Nassau, der davon sprach, ohne Ahnung, daß ich etwas davon gehört hätte, daß in Darmstadt diese Insinuation gemacht und sogar von Rechberg bei Gelegenheit eines Besuchs, den er dort machte, wiederholt und unterstützt worden sei. Nach der Art aber, wie sich Rechberg gleichzeitig über die Absichten Oestreichs gegen den Herzog von Nassau geäußert hat, (*kann man annehmen, daß die bei Darmstadt angebrachte Drohung nur bestimmt war,[2]) den Westlichen einen Beweis zu liefern, wie Oestreich kein Mittel unversucht lasse, auf die Deutschen zu wirken. Daß eine Mittheilung nach Darmstadt auch eine an Frankreich sei, nahm der Herzog an. Ich sah Dalwigk gleich an, daß er log, als er vor einigen Wochen die Sache gegen mich ableugnete. Wie schwer ist doch das Lügen, daß man bei so viel Uebung keine unbefangne Leichtigkeit darin

---

[1]) Von (* an im Drucke auf sechs Zeilen zusammengedrängt.

[2]) Das Original lautet hier: kann man in der bei Darmstadt angebrachten Drohung nur bestimmt war. Der Schreiber ist offenbar gestört worden und hat versäumt, den Brief noch einmal durchzulesen.

10. 6. 1855. erlangt. Die Sache hat jetzt hoffentlich nur noch ein historisches Interesse, denn nach allen Witterungszeichen scheint das östreichische Demonstrationsfieber ja doch im Fallen, und die Gefahr der Ansteckung überstanden. Gewiß ist es gut, daß wir ihnen den Weg zu uns erleichtern und goldne Brücken bauen, aber doch mit der Vorsicht, daß sie keinen Rückfall bekommen. Wäre nicht für Se. Majestät eine Ortsveränderung das sicherste Präservativ? Der Rhein ist allerdings unruhiges Leben und ebenso wassernahe, wie Potsdam; aber Erdmannsdorf mit ganz andrer Luft und Ruhe würde vielleicht sehr wohl thun. Gott wolle doch seinen Segen dazu thun, daß der Herr gesund bleibt. Ich bin sehr neugierig auf die Bonifaciusfeier; ich finde es ganz richtig, daß die Evangelischen sie ihrerseits feiern, denn eigentliche Katholiken waren die deutschen Bonifaz-Christen schwerlich in der damaligen Morgenröthe des Papismus. Was ist das mit den Menschenfressern in Galizien?[1]) die sollte man in der Wiener Staatskanzlei mit freier Station anstellen; Prokesch mit Citrone und Pfeffer würde ihnen vielleicht besser munden als uns hier; auch Biegeleben, Buol, Meisenbug 2c. 2c. könnten keine bessre Verwendung finden.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

IX. X.

Die Briefe Bismarcks vom 8. und 9. Januar 1856 sind „Briefwechsel“ S. 297 ff. abermals durcheinander geworfen und als ein Stück unter dem Datum des 9. Januar vereinigt. S. 297 Z. 1—10 v. o. gehören dem Briefe vom 8. Januar an, ebenso S. 298 Z. 11 v. o. bis 299 Z. 20 v. o. (bis „Nägeln“); S. 297 Z. 10 v. o. bis mit 298 Z. 10 v. o., 299 Z. 20—24 dem Briefe vom 9. Januar; ich theile beide Briefe im vollen Wortlaut nach den Originalen mit.

---

[1]) Vgl. Gerlachs Brief vom 8. Juni 1855, u. 4 V. S. 200.

Frankfurt, 8. 1. 56.

Verehrtester Freund,

Seit acht Tagen habe ich das Bedürfniß, Ihnen zu schreiben, wäre es auch nur, um Ihnen ehrlich und ernstlich Glück zum neuen Jahre und vor allen Dingen Freude an Ihrem Amte zu wünschen; an letztrer fällt mir mein Antheil dann von selbst zu, und daß ich ihn am erstern nehme, glauben Sie mir ohne Betheuerung. Ich könnte allerhand geschäftliche Ausreden für die Verspätung meines Wunsches vorschützen, aber ich will nicht lügen, ich bin fast täglich auf der Jagd gewesen und habe damit meine gastrischen Leiden todt gemacht, heut aber viel versäumte Dinge nachholen müssen, so daß es wieder gleich Postzeit ist.

8. 1. 1856.

Die russische Circulardepesche macht hier allgemein den Eindruck zu spät zu kommen; sie sieht jetzt wie eine Abschlagszahlung auf die Esterhazy-Forderungen aus, und man verbreitet geflissentlich die Lüge, daß letztre durch Gortschakoff schon längst in Petersburg bekannt gewesen seien. Ich hätte gewünscht, daß man der russischen Zustimmung zur Neutralisation des schwarzen Meeres von Hause aus, also schon vor vier oder fünf Wochen, jede mögliche Publicität gegeben und daß wir sie den deutschen Höfen befürwortend communicirt hätten. Sollen die letztern fest bleiben, so ist es nöthig, daß wir selbst unsre Stellung schärfer markiren und damit alle Georg Esterhazyschen Lügen abschneiden, damit man nicht mehr in München glaubt, wir schwankten, und in Stuttgart, Hanover, Baiern wäre wacklig, u. s. w. Gelingt es uns in Wien und München, Hanover 2c. den Eindruck zu machen und zu erhalten, daß wir unerschütterlich sind, und glauben die Oestreicher, daß wir unter Umständen auch „niederträchtig" sein können, so bleibt alles nied-[1]) und nagelfest, das ist die alte Leier, die ich im vorigen Jahre sang und jetzt wieder singe. Die Kleinen müssen unumstößlich glauben, daß durch ihr etwaiges Gehn mit Oestreich der Bundesbruch nicht verhütet, sondern erst geschaffen wird, weil Preußen dann doch

[1]) Dies Bismarcks Schreibung.

8\. 1. 1856. nicht mitgeht; glauben sie das wirklich, so halten wir sie und Oestreich. Ich denke mir, daß Nesselrode auf die Esterhazysche Proposition doch mit irgend einer formulirten Gegenproposition antworten wird, sonst würde ich ihn für einen rohen Menschen halten, der glimmende Dochte nicht zu behandeln weiß. Geschieht es aber, dann müßte er nicht wieder die Zeit mit Bedächtigkeit und Geheimnißkrämerei vergeuden, um schließlich eine Fontonsche Stylübung in die Welt zu setzen, sondern schnell und offiziell ein fertig paragraphirtes Anerbieten an den Stellen und in denselben Wegen mittheilen, wo Oestreich Kenntniß von seinen Propositionen gegeben hat, namentlich aber direct vor die Pariser Schmiede damit gehn und nicht erst durch die hohle Gasse von Wien. Wir aber sollten diese eventuellen russischen Propositionen dann in Deutschland mindestens ebenso befürworten, wie wir es jetzt in Petersburg mit den östreichischen gethan haben. Es ist eine miserable Position, daß wir, stets in der Defensive gegen östreichisch-westliche Zumuthungen und dabei im Verdacht sind, uns schließlich doch mit saurem Gesichte fügen zu werden, aus Angst, daß man uns sonst bei der Formalität der Unterschrift vergessen werde. Wenn wir irgend eine selbstbewußte Initiative nehmen, wie Befürwortung russischer Gegenvorschläge, so wird man sich schon um uns kümmern. Daß Edwin[1]) nach Wien gegangen ist, nachdem Oestreich wiederum hinter unserm Rücken sich neu bewestet hat, gefällt mir nicht und erregt wieder Zweifel an uns in Deutschland. Ich kannte eine Frau in Pommern, die sich huren ließ, und wenn ihr Mann darüber tobte, zu sagen pflegte: „lat em man, hei gifft sik!“ So reden die Oestreicher immer von uns, und daß Viele glauben, „Preußen werde sich geben,“ macht die Position locker. Ich glaube es nicht, ich denke, wir halten fest, aber wir können darüber zu Fall kommen, daß die andern nicht an unsre Festigkeit glauben.

Gestern Mittag starb ganz plötzlich an der Lungenentzündung Frau v. Brints, Buols Schwester, ein großer Verlust für die Gesellschaft hier; fast alle Familien haben Trauer ohnehin, und von Bällen (ist) deshalb nicht die Rede, was ich sonst

[1]) Manteuffel.

nicht gerade bedauern würde. Verzeihn Sie diesen nach Form und Inhalt gesudelten Brief, die Post brennt mir auf den Nägeln. 8. 1. 1856.

Viel gute Wünsche an Ihre Damen.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

Theodor Stolberg will gern Flügeladjudant[1]) werden. Kann er das? Er schiene mir recht geeignet, wenn er alt genug dazu ist.

Fr(ankfurt), 9. 1. 56.

Verehrtester Freund,

9. 1. 1856. Als Beleg für meine gestrige Angabe, in welcher Weise das Wiener Cabinet die Mission Edwins ausbeutet und den Deutschen weis zu machen sucht, daß wir uns geben würden, schicke ich Ihnen beifolgenden Artikel aus der offiziösen östreichischen Zeitung, dem ich ein Dutzend ähnlicher aus andern, minder ostensibel von Wien abhängenden Organen beifügen könnte.

Der neue französische Gesandte[2]) hier entwickelt einen überflüssigen Diensteifer. Die Collegen klagen, daß er sie täglich überläuft. Dabei ist er so thöricht, mit einer gewissen gesellschaftlichen Anmaßung aufzutreten, zu erwarten, daß die Bundestagsgesandten und deren Frauen sich ihm und der seinigen vorstellen lassen und dergleichen. Er hat einen Generalstab von sechs Attachés und Secretären bei sich, wird aber bald finden, daß hier nicht das Terrain ist, die Pariser durch Erfolge in Erstaunen zu setzen.

Rechberg ist in gedrückter Stimmung; auf seinen Wunsch, daß Werner nach Berlin geschickt würde, hat man ihm gar nicht geantwortet, und er fürchtet offenbar, den Auftrag zu Schritten am Bunde zu erhalten, die er selbst für unweise ansieht.

Die heutige Rundschau habe ich noch nicht lesen können. Den Kopfartikel unter „Kriegsschauplatz“ finde ich aber fehler=

---

[1]) Schreibung Bismarcks.

[2]) Montessuy, so ist „Briefwechsel“ S. 325 Z. 3 v. u. und 326 Z. 1 und Z. 16 v. o. statt „Montigny“ zu lesen.

9. 1. 1856. haft, er bestärkt in der Meinung, daß die russische Depesche vom 22. mit Kenntniß der Wiener Proposition geschrieben sei. Aus einem Privatbrief Nesselrodes an Brunnow habe ich ersehn, daß man am 22. Dezember in Petersburg noch nichts von der zugemutheten Landesabtretung wußte, sondern sich nur gegen die erwartete Bedingung, daß Sebastopol nicht wieder gebaut werden dürfe, als ehrenrührig auflehnte; die steht wohl zu präcis kaum darin. Ich bin in dem fatalen Geschäft begriffen, Rechnungen zu bezahlen, es sind jederzeit mehr, als man glaubte. Man schreibt mir aus Schulzens (Manteuffels) Umgebung, daß er sehr niedergeschlagen, weich und widerstandsunfähig gestimmt sei, anscheinend durch Dinge, die außerhalb der eignen Politik liegen. Ich kann mirs denken.

Viele Grüße an Ihre Damen und Ihren rundschauenden Bruder.

Der Ihrige

v. Bismarck.

Ich habe eben die ersten 1½ Spalten der Rundschau gelesen und finde sie ausgezeichnet. Das alles ist so klar, daß man glauben sollte, jeder Esel, selbst Meier (Buol) und Schneider (Esterhazy) müßten es einsehn, aber es ist schön, es so eindringlich zusammengestellt zu sehn.

XI.

Frankfurt, 5. April 56.

Verehrtester Freund,

5. 4. 1856. Mit vielem Dank habe ich gestern Ihr Schreiben vom 3.[1]) erhalten, und in Folge desselben schon in meinem gestrigen Immediatbericht über die letzte Sitzung[2]) eine kurze Expectoration über Stellung der Bundesversammlung zu der Hamburger Frage aufgenommen. Der Hauptgrund der Schwäche

[1]) Siehe unter 4 No. XIX. S. 222 ff.

[2]) Noch nicht veröffentlicht.

5. 4. 1856.

unsrer Stellung in der Sache liegt darin, daß uns von Hamburger Conservativen zu wenig Material unter den Fuß gegeben wird, namentlich keine Anhaltspunkte, aus denen man mit den Paragraphen des Bundesrechtes in der Hand die Pflicht oder auch nur das Recht zum Einschreiten des Bundes klar nachweisen kann. Was uns bisher vorliegt, macht dem Gros der Bundesdiplomaten den Eindruck eines persönlichen Streites, den ein politisirender Wasserbauinspector gegen eine zu wohlthätigen Reformen geneigte Regirung anhebt und mit Hülfe persönlicher Connexion, die er in Preußen hat, fortführt. Unser Interesse für die alte Verfassung wird dabei im Lichte der Liebhaberei eines Alterthümlers aufgefaßt, der den Bau einer Eisenbahn hindert, um eine ihm interessante Ruine zu conserviren. In den Augen von mehr als $^3/_4$ meiner Collegen hat der Eisenbahningenieur Recht, und der Historiker soll dem Zeitstrome weichen. Die Neuner-Verfassung würde nach ihrer Ansicht „schärfer regiren"; sie würde die Regulirung des Elbstromes ermöglichen, man würde Hoffmann und Campe besser zu Leibe gehn können und vieles andere Nützliche. In der That leistet die Demokratie der neuen Verfassung nach Verhältniß ihrer Mittel einen viel kräftigern Widerstand als die Conservativen, an den Bund kann sie sich natürlich nicht wenden, aber nach unsern Nachrichten ist es unzweifelhaft, daß die bisherigen Zurückweisungen von den Conservativen allein niemals hätten durchgesetzt werden können, während es sehr zweifelhaft ist, ob die Demokratie des Beistandes der geringen Zahl der Conservativen bisher bedurft hätte, um gegen die Neuner in der Majorität zu bleiben. Rechnen Sie zu dem Eindruck dieser Betrachtungen noch einige andre Motive von uneingestandnem Einflusse: Im Interesse der freien Bewegung ihrer eignen Regirungen halten die Gesandten an dem Grundsatze fest, daß die Einmischung des Bundes in die innre Gesetzgebung erst dann stattfinden kann, wenn letztre durch einen vollendeten Act mit dem Bundesrecht in Widerspruch tritt, daß aber eine prophylaktische Controlle der gesetzgeberischen Thätigkeit einer Regirung dem Bunde nicht zustehe. Die Widerstandsmittel, welche die Organisation eines jeden Staates

5. 4. 1856. selbst gegen die Einführung bundeswidriger Gesetze bietet, müssen erschöpft und überwunden sein, bevor der Bund mit seiner Remedur gegen die Regirung einschreitet. Diese Theorie wird allgemein festgehalten — m. E. nicht mit Unrecht, weil für eine Bundesthätigkeit, welche dem Zustandekommen von Gesetzen, die sich vom Standpunkt der Bundesverträge anfechten lassen, vorbeugen wollte, die Gränzen gar nicht zu ziehn sind. Die Besorgniß, selbst einmal ähnlich wie Hamburg einen Bundescommissar erhalten zu können, macht die Regirungen vorsichtig in ihrem Einschreiten. Dazu kommt ferner der politische Katholicismus, welcher überall auf protestantischem Gebiete die Entwicklung des vulgären Liberalismus in Staat und Kirche aus pessimistischer Berechnung mit günstigem Auge betrachtet; die Demokratie ist ihm schon unbehaglicher, als die liberale Inanition, noch viel unlieber aber ist ihm der straffe Protestantismus mit seinem Inhalt an positivem Glauben und seiner conservativen, die evangelischen Regenten stützenden Kraft. Diese in Wien noch immer starke katholische Politik hat auf dem Bundesgebiete und hier am Orte manche eifrigern Organe als den Grafen Rechberg; insbesondre rechne ich Münch, den Darmstädter Gesandten und Referenten in der Hamburger Sache dazu. Dieser steht ganz auf Seite der Neuner. Er bestreitet, daß der Entwurf der letztern etwas Bundeswidriges oder Gefährliches enthalte, verweist (mit Recht) darauf, daß der Bund in Bremen, Lübeck, Frankfurt weitergehende Aenderungen der alten Verfassungen und Metamorphosen des frühern Souveräns und Bundesgliedes geduldet hat und läßt es sein Geschäft sein, die Mängel der alten Verfassung ans Licht zu ziehn. Diesen vielen Schwierigkeiten gegenüber sind die bisher von uns errungnen Erfolge defensiver Natur, lediglich als ein succès d'estime zu betrachten, den man Preußen gewährt. Mit Achselzucken über die Unbegreiflichkeit unsrer Vorliebe für das Alte und mit der Miene, uns eine hoch anzurechnende Gefälligkeit wider eigne Ueberzeugung zu erweisen, haben die Herrn vom Ausschuß soviel gethan, als bisher gegen die Neuner geschehn ist. Oestreich steht uns dabei insoweit zur Seite, als nöthig ist, um uns mit den bestehenden Macht-

habern in Hamburg zu verfeinden, und versäumt gewiß keine Gelegenheit, dem Senat klar zu machen, daß nur Preußen ihm alle Schwierigkeiten bereite. Dadurch aber, daß die herrschende Partei im Senat nachgrade ziemlich gereizt gegen uns ist, steigt sie in der Werthschätzung Oestreichs, und letztres wird zu ihrem Sturze nicht ernstlich die Hand bieten. Erst wenn ich sehe, daß die Herrn v. Münch, v. Nostitz u. s. w. mit Eifer gegen die Neuner ins Feld ziehn, werde ich glauben, daß das Wiener Cabinet uns wirklich beistehn will; diese Herrn sind ein besſrer Barometer für das Wetter in Wien als Rechberg. Hätte der östreichische Gesandte in Hamburg mit Kamptz zusammen rückhaltlos abgemahnt, so würde der Senat schwerlich zu sofortiger Wiederholung der Bürger-Abstimmung geschritten sein. Aber wenn Menshengen überhaupt einen ostensibeln Schritt der Art gethan hat, so wird er auch heimlich hinzugefügt haben, daß es nur geschehe, um Preußen zufrieden zu stellen, und daß es so ernstlich nicht gemeint sei. Hier am Bunde fehlt uns wirklich die Handhabe, etwas zu thun. Als eigentlicher Antrag liegt uns nichts vor als die erste Eingabe von Hübbe, dessen Legitimation zur Beschwerde in der Eigenschaft als Hamburger Bürger obenein zweifelhaft bleibt. Von den Oberalten haben wir nichts als einige vage Eingaben, aus denen ihre Verstimmung ersichtlich ist, denen aber ein eigentliches petitum gänzlich fehlt, Bitten um „Kenntnißnahme“. Wollte ich jetzt mit einem auf diese Unterlagen basirten Antrage vor die Versammlung hier treten, so würde ich glänzend durchfallen, wenn man mir auch nur den ausweichenden Grund entgegenhielte, daß man jedenfalls abwarten müsse, ob die Bürgerschaft sich nicht auf verfassungsmäßigem Wege aus eignen Kräften der angeblich bundeswidrigen Neuerung erwehrte. Hinter diesem Ablehnen der Opportunität würde aber nur die Abneigung gegen die Sache selbst sich verstecken. Rechberg ist persönlich zu allem bereit, muß aber erst in Wien anfragen, und die Antwort darauf kann ich mir nach Obigem denken. Die Abstimmung am Montag in Hamburg mag ausfallen, wie sie will, für die Stellung des Bundes zur Sache wird dadurch nichts geändert, er kann

5. 4. 1856.

5. 4. 1856. auch, wenn die Annahme seitens der Bürgerschaft erfolgt, noch immer einschreiten. Die Frankfurter Handhabe ist aber zu morsch, um ihn daran in Bewegung zu setzen. Wir müßten uns vielmehr mit Oestreich zusammen an die wichtigern Höfe wenden, und dort den Antrag auf Entsendung einer Commission vorbereiten, indem wir ihnen die Betheiligung an der Commission in Aussicht stellen. Wird die Neuner-Verfassung von den Bürgern angenommen, so müßte eine Beschwerde der Oberalten oder doch einer größern Anzahl von Bürgern an den Bund gelangen. Das vereinzelte nie pozwalam von Hübbe ist zu dünn als Grundlage. Lehnt aber, wie ich glaube, die Bürgerschaft wieder ab, so kann man vielleicht ex officio die Höfe auffordern, diesem Zustande unaufhörlicher Spannung und provisorischer Unsicherheit durch eine Bundescommission „im Interesse der innern Sicherheit Deutschlands" ein Ziel zu setzen. Fordern Sie von der Bundesversammlung aber nur keine schnellen Entschlüsse und rasche Thaten mit telegraphischen Inhibitorien und dergleichen. Ich wollte mich noch über manches Andre gegen Sie expectoriren, aber unter Beihülfe einiger mich unterbrechenden Besuche ist das tempus utile der Post verstrichen, und ich muß diesen Brief als ausschließlich Hamburgischen abgehn lassen und mir das Weitre auf morgen versparen.

Treu der Ihrige

v. Bismarck.

Ich weiß nicht, warum die Conservativen in Hamburg nicht ihrerseits auch den Weg der Initiative betreten und Reformen der alten Verfassung offiziell in Anregung bringen; das bloße Negiren der Vorschläge der Neuner thut es nicht; und sie haben nun fünf Jahr Zeit gehabt, sich auf positive Gegenanträge zu besinnen.

XII.

Frankfurt, 2. Mai 57.

Verehrtester Freund,

Gestern habe ich die Freude gehabt, Ihren Brief vom 29.[1]) zu erhalten, und muß meine Antwort leider mit dem Ausdruck meines herzlichen Antheils an Ihrem häuslichen Leiden beginnen; ich kann es Ihnen aus eigner Erfahrung, wenn auch bisher nicht aus so ernster, nachempfinden, wie schwer es ist, unter dem Druck von Kummer und Sorgen dieser Art sich Theilnahme für die Vorgänge der Außenwelt zu bewahren; und doch ist die Nothwendigkeit es zu thun, noch immer das nützlichste äußre Gegengewicht, und ich halte es deshalb nicht für unerlaubt, Sie mit Discussion über den politischen Inhalt Ihres Schreibens in Anspruch zu nehmen. 2. 5. 1857.

So einstimmig wir in Betreff der innern Politik sind, so wenig kann ich mich in Ihre Auffassung der äußern Politik hineinleben, der ich im Allgemeinen den Vorwurf mache, daß sie die Realitäten ignorirt. Sie gehn davon aus, daß ich einem einzelnen Manne, der mir imponire, das Prinzip opfre. Ich lehne mich gegen Vorder= und Nachsatz auf. Der Mann imponirt mir durchaus nicht. Die Fähigkeit, Menschen zu bewundern, ist in mir nur mäßig ausgebildet, und vielmehr ein Fehler meines Auges, daß es schärfer für Schwächen als für Vorzüge ist. Wenn mein letzter Brief etwa ein lebhafteres Colorit hat, so bitte ich das mehr als rhetorisches Hülfsmittel zu betrachten, mit dem ich auf Sie habe wirken wollen. Was aber das von mir geopferte Prinzip anbelangt, so kann ich mir das, was Sie damit meinen, concret nicht recht formuliren, und bitte Sie, diesen Punkt in einer Antwort wieder aufzunehmen, da ich das Bedürfniß habe, mit Ihnen prinzipiell nicht auseinander zu gehn. Meinen Sie damit ein auf Frankreich und seine Legimität anzuwendendes Prinzip, so gestehe ich allerdings, daß ich dieses meinem specifisch preußischen Patriotismus vollständig unterordne; Frank=

[1]) Siehe unter 4 No. XXIX. S. 240 ff.

2. 5. 1857. reich interessirt mich nur insoweit, als es auf die Lage meines Vaterlandes reagirt, und wir können Politik nur mit dem Frankreich treiben, welches vorhanden ist, dieses aber aus den Combinationen nicht ausschließen. Ein legitimer Monarch, wie Ludwig XIV. ist ein ebenso feindseliges Element, wie Napoleon I., und wenn dessen jetziger Nachfolger heut auf den Gedanken käme zu abdiciren, um sich in die Muße des Privatlebens zurückzuziehn, so würde er uns gar keinen Gefallen damit thun, und Heinrich V. würde nicht sein Nachfolger sein; auch wenn man ihn auf den vacanten und unverwehrten Thron hinaufsetzte, würde er sich nicht darauf behaupten. Ich kann als Romantiker eine Thräne für sein Geschick haben, als Diplomat würde ich sein Diener sein, wenn ich Franzose wäre, so aber zählt mir Frankreich, ohne Rücksicht auf die jeweilige Person an seiner Spitze, nur als ein Stein, und zwar ein unvermeidlicher in dem Schachspiel der Politik, ein Spiel, in welchem ich nur meinem Könige und meinem Lande zu dienen Beruf habe. Sympathien und Antipathien in Betreff auswärtiger Mächte und Personen vermag ich vor meinem Pflichtgefühl im auswärtigen Dienste meines Landes nicht zu rechtfertigen, weder an mir noch an Andern; es ist darin der Embryo der Untreue gegen den Herrn oder das Land, dem man dient. Insbesondre aber, wenn man seine stehenden diplomatischen Beziehungen und die Unterhaltung des Einvernehmens im Frieden danach zuschneiden will, so hört man m. E. auf, Politik zu treiben, und handelt nach persönlicher Willkühr. Die Interessen des Vaterlandes dem eignen Gefühl von Liebe oder Haß gegen Fremde unterzuordnen, dazu hat meiner Ansicht nach selbst der König nicht das Recht, hat es aber vor Gott und nicht vor mir zu verantworten, wenn er es thut, und darum schweige ich über diesen Punkt.

Oder finden Sie das Prinzip, welches ich geopfert habe, in der Formel, daß ein Preuße stets ein Gegner Frankreichs sein müsse? Aus dem Obigen geht schon hervor, daß ich den Maßstab für mein Verhalten gegen fremde Regierungen nicht aus stagnirenden Antipathien, sondern aus der

Schädlichkeit oder Nützlichkeit für Preußen, welche ich ihnen beilege, entnehme. In der Gefühlspolitik ist gar keine Reciprocität, sie ist eine ausschließlich preußische Eigenthümlichkeit, jede andre Regirung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstabe ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deductionen drapiren mag. Man[1]) acceptirt unsre Gefühle, beutet sie aus, rechnet darauf, daß sie uns nicht gestatten, uns dieser Ausbeutung zu entziehn, und behandelt uns danach, d. h. man dankt uns nicht einmal dafür und respectirt uns nur als brauchbare dupe. Ich glaube, Sie werden mir recht geben, wenn ich behaupte, daß unser Ansehn in Europa heut nicht dasselbe ist wie vor 1848, ich meine sogar, es war größer zu jeder Zeit zwischen 1763 und 1848, mit Ausnahme natürlich der Zeit von 7 bis 13. Ich räume ein, daß unser Machtverhältniß zu andern Großmächten, namentlich aggressiv, vor 1806 ein stärkeres war, als jetzt; von 15 bis 48 aber nicht, damals waren ziemlich alle, was sie jetzt noch sind, und doch müssen wir sagen wie der Schäfer in Goethes Gedicht: „ich bin heruntergekommen und weiß doch selber nicht wie." Ich will auch nicht behaupten, daß ich es weiß, aber viel liegt ohne Zweifel in dem Umstande: wir haben keine Bündnisse und treiben keine auswärtige Politik, d. h. keine active, sondern wir beschränken uns darauf, die Steine, die in unsern Garten fallen, aufzusammeln und den Schmutz, der uns anfliegt, abzubürsten wie wir können. Wenn ich von Bündnissen rede, so meine ich damit keine Schutz- und Trutz-Bündnisse, denn der Frieden ist noch nicht bedroht; aber alle die Nüancen von Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Absicht, für den Fall eines Krieges dieses oder jenes Bündniß schließen, zu dieser oder jener Gruppe gehören zu können, bleiben doch die Basis des Einflusses, den ein Staat heut zu Tage in Friedenszeiten üben kann. Wer sich in der für den Kriegsfall schwächern Combination befindet, ist nachgiebiger gestimmt, wer sich ganz isolirt,

2. 5. 1857.

[1]) Das folgende bis S. 187 Z. 5 v. o. fehlt in dem gedruckten Briefwechsel.

2. 5. 1857. verzichtet auf Einfluß, besonders wenn es die schwächste unter den Großmächten ist. Bündnisse sind der Ausdruck gemeinsamer Interessen und Absichten; ob wir Absichten und bewußte Ziele unsrer Politik überhaupt haben, weiß ich nicht; aber daß wir Interessen haben, daran werden uns Andre schon erinnern. Wir haben aber die Wahrscheinlichkeit eine Bündnisses bisher nur mit denen, deren Interessen sich mit den unsrigen am mannigfachsten kreuzen und ihnen widersprechen, nämlich mit den deutschen Staaten und Oestreich. Wollen wir damit unsre auswärtige Politik als abgeschlossen betrachten, so müssen wir uns auch mit dem Gedanken vertraut machen, in Friedenszeiten unsern europäischen Einfluß auf $^1/_{17}$ der Stimmen des engern Rathes im Bunde reducirt zu sehn, und im Kriegsfalle mit der Bundesverfassung in der Hand allein im Taxisschen Palais übrig zu bleiben. Ich frage Sie, ob es in Europa ein Cabinet giebt, welches mehr als das Wiener ein gebornes und natürliches Interesse daran hat, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seinen Einfluß in Deutschland zu mindern; ob es ein Cabinet giebt, welches diesen Zweck eifriger und geschickter verfolgt, welches überhaupt kühler und cynischer nur seine eignen Interessen zur Richtschnur seiner Politik nimmt, und welches uns, den Russen und den Westmächten mehr und schlagendere Beweise von gewissenloser Perfidie und Unzuverlässigkeit für Bundesgenossen gegeben hat? Genirt sich denn Oestreich etwa, mit dem Auslande jede seinem Vortheil entsprechende Verbindung einzugehn und sogar die Theilnehmer des Deutschen Bundes vermöge dieser Verbindungen offen zu bedrohn? Halten Sie den Kaiser Franz Joseph für eine aufopfernde, hingebende Natur überhaupt und insbesondre für außerösterreichische Interessen? Finden Sie zwischen seiner Buol-Bachschen Regirungsweise und der napoleonischen vom Standpunkte des „Prinzipes" einen Unterschied? Der Träger der letztern sagte mir in Paris, es sei für ihn, qui fais tous les efforts pour sortir de ce système de centralisation trop tendu et qui en dernier lieu a pour pivot un gend'arme sécrétaire et que je considère comme une des causes principales des malheurs de la France, sehr merk-

würdig zu sehn, wie Oestreich dieselben Anstrengungen mache, um hineinzugerathen. Ich frage noch weiter, und bitte Sie, mich in Antwort nicht mit einer ausweichenden Wendung abzufinden: giebt es nächst Oestreich Regirungen, die weniger den Beruf fühlen, etwas für Preußen zu thun, als die deutschen Mittelstaaten? Im Frieden haben sie das Bedürfniß, am Bunde und im Zollverein Rollen zu spielen, ihre Souveränetät an unsern Grenzen geltend zu machen, sich mit v. d. Heydt zu zanken, und im Kriege wird ihr Verhalten durch Furcht oder Mißtrauen für oder gegen uns bedingt, und das Mißtrauen wird ihnen kein Engel ausreden können, so lange es noch Landkarten giebt, auf die sie einen Blick werfen können. Und nun noch eine Frage: glauben Sie denn und glaubt Se. Maj. der König wirklich noch an den Deutschen Bund und seine Armee für den Kriegsfall? ich meine nicht für den Fall eines französischen Revolutionskrieges gegen Deutschland im Bunde mit Rußland, sondern in einem Interessenkriege, bei dem Deutschland mit Preußen und Oestreich auf ihren alleinigen Füßen zu stehn angewiesen wären? Glauben Sie daran, so kann ich allerdings nicht weiter disputiren, denn unsre Prämissen wären zu verschieden. Was könnte Sie aber berechtigen, daran zu glauben, daß die Großherzöge von Baden und Darmstadt, der König von Würtemberg oder Baiern den Leonidas für Preußen und Oestreich machen sollten, wenn die Uebermacht nicht auf deren Seite ist und niemand an Einheit und Vertrauen zwischen beiden, Preußen und Oestreich nämlich, auch nur den mäßigsten Grund hat zu glauben? Schwerlich wird der König Max in Fontainebleau dem Napoleon sagen, daß er nur über seine Leiche die Grenze Deutschlands oder Oestreichs passiren werde. Den Durchmarsch nach Neuenburg gestatteten jene Fürsten, nachdem sie in Paris angefragt hatten, ließen sich dann aber auch durch Oestreich nicht irre machen gegen Frankreich.

2. 5. 1857.

Ganz erstaunt bin ich, in Ihrem Briefe zu lesen, daß die Oestreicher behaupten, sie hätten uns in Neuenburg mehr verschafft als die Franzosen. So unverschämt im Lügen ist doch nur Oestreich; wenn sie gewollt hätten, so hätten sie es nicht

2. 5. 1857. gekonnt, und mit Frankreich und England wahrlich keine Händel um unsertwillen angefangen. Aber sie haben im Gegentheil uns in der Durchmarschfrage genirt, so viel sie konnten, uns verläumdet, uns Baden abwendig gemacht, und jetzt in Paris sind sie mit England unsre Gegner gewesen; ich weiß von den Franzosen und von Kisseleff, daß in allen Besprechungen, wo Hübner ohne Hatzfeldt gewesen ist, und das waren grade die entscheidenden, er stets der erste war, sich dem englischen Widerspruch gegen uns anzuschließen, dann ist Frankreich gefolgt, dann Rußland. Warum sollte aber überhaupt jemand etwas für uns in Neuenburg thun und sich für unsre Interessen einsetzen? hatte denn jemand von uns etwas dafür zu hoffen oder zu fürchten, wenn er uns den Gefallen that oder nicht? Daß man in der Politik aus Gefälligkeit oder aus allgemeinem Rechtsgefühl handelt, das dürfen andre von uns, wir aber nicht von ihnen erwarten.

Wollen wir so isolirt, unbeachtet und gelegentlich schlecht behandelt weiter leben, so habe ich freilich keine Macht, es zu ändern; wollen wir aber wieder zu Ansehn gelangen, so erreichen wir es unmöglich damit, daß wir unser Fundament lediglich auf den Sand des Deutschen Bundes bauen und den Einsturz in Ruhe abwarten. So lange jeder von uns die Ueberzeugung hat, daß ein Theil des Schachbretes uns nach unserm eignen Willen verschlossen bleibt, oder daß wir uns einen Arm principiell festbinden, während jeder andre beide zu unserm Nachtheil benutzt, wird man diese unsre Gemüthlichkeit ohne Furcht und ohne Dank benutzen. Ich verlange ja gar nicht, daß wir mit Frankreich ein Bündniß schließen und gegen Deutschland conspiriren sollen; aber ist es nicht vernünftiger, mit den Franzosen, so lange sie uns in Ruhe lassen, auf freundlichem als auf kühlem Fuße zu stehn? Ich will nichts weiter, als andern Leuten den Glauben benehmen, sie könnten sich verbinden, mit wem sie wollten, aber wir würden eher Riemen aus unsrer Haut schneiden lassen, als dieselbe mit französischer Hülfe vertheidigen. Höflichkeit ist eine wohlfeile Münze, und wenn sie auch nur dahin führt, daß die andern nicht mehr glauben, Frankreichs seien sie gegen

uns immer sicher und wir jederzeit hülfsbedürftig gegen Frankreich, so ist das für Friedens-Diplomatie ein großer Gewinn; wenn wir diese Hülfsmittel verschmähn, sogar das Gegentheil thun, so weiß ich nicht, warum wir nicht lieber die Kosten der Diplomatie sparen oder reduciren, denn diese Kaste vermag mit allen Arbeiten nicht zu Wege zu bringen, was der König mit geringer Mühe kann, nämlich Preußen eine angesehne Stellung im Frieden durch den Anschein von freundlichen Beziehungen und möglichen Verbindungen wiederzugeben; nicht minder vermag Se. Majestät durch ein (Zur-) Schautragen kühler Verhältnisse leicht alle Arbeit der Diplomatie zu lähmen; denn was soll ich hier oder einer unsrer andern Gesandten durchsetzen, wenn wir den Eindruck machen, ohne Freunde zu sein oder auf Oestreichs Freundschaft zu rechnen; man muß nach Berlin kommen, um nicht ausgelacht zu werden, wenn man von Oestreichs Unterstützung in irgend einer für uns erheblichen Frage sprechen will. Und selbst in Berlin kenne ich doch nachgrade einen sehr kleinen Kreis, bei dem das Gefühl der Bitterkeit nicht durchbräche, sobald von unsrer auswärtigen Politik die Rede ist. Unser Recept für alle Uebel ist, uns an die Brust des Grafen Buol zu werfen und ihm unser brüderliches Herz auszuschütten. Ich erlebte in Paris, daß ein Graf So und so gegen seine Frau auf Scheidung klagte, nachdem er sie, eine ehemalige Kunstreiterin, zum 24. Male im flagranten Ehebruch betroffen hatte, er wurde als ein Muster von galantem und nachsichtigem Ehemann von seinem Advocaten vor Gericht gerühmt; aber gegen unsern Edelmuth mit Oestreich kann er sich doch nicht messen.

2. 5. 1857.

Unsre innern Verhältnisse leiden unter ihren eignen Fehlern kaum mehr, als unter dem peinlichen und allgemeinen Gefühle unsres Verlustes an Ansehn im Auslande, und der gänzlich passiven Rolle unsrer Politik. Wir sind eine eitle Nation, es ist uns schon empfindlich, wenn wir nicht renommiren können, und einer Regirung, die uns nach Außen hin Bedeutung giebt, halten wir vieles zu Gute und lassen uns viel gefallen dafür, selbst im Beutel. Aber wenn wir uns fürs Innre sagen müssen, daß wir mehr durch unsre guten

2. 5. 1857. Säfte die Krankheiten ausstoßen, welche unsre ministeriellen Aerzte uns einimpfen, als daß wir von ihnen geheilt und zu gesunder Diät angeleitet würden, so sucht man im Auswärtigen vergebens einen Trost dafür. Sie sind doch, verehrtester Freund, au fait von unsrer Politik; können Sie mir nun ein Ziel nennen, welches dieselbe sich etwa vorgesteckt hat, auch nur einen Plan auf einige Monate hinaus, grade rebus sic stantibus, weiß man da, was man eigentlich will? weiß das irgend jemand in Berlin, und glauben Sie, daß bei den Leitern eines der andern großen Staaten dieselbe Leere an positiven Zwecken und Ideen vorhanden ist? Können Sie mir ferner einen Verbündeten nennen, auf welchen Preußen zählen könnte, wenn es heut grade zum Kriege käme, oder der für uns spräche bei einem Anliegen, wie etwa das Neuenburger, oder der uns irgend etwas thäte, weil er auf unsern Beistand rechnet oder unsre Feindschaft fürchtet; wir sind die gutmüthigsten, ungefährlichsten Politiker, und doch traut uns eigentlich niemand, wir gelten wie unsichre Genossen und ungefährliche Feinde, ganz als hätten wir uns im Aeußern so betragen und wären im Innern so krank, wie Oestreich. Ich spreche nicht von der Gegenwart; aber können Sie mir einen *positiven* Plan (abwehrende genug), eine Absicht nennen, die wir seit dem Radowitzischen Dreikönigsbündniß in auswärtiger Politik gehabt haben? Doch, den Jahdebusen, der bleibt aber bisher ein todtes Wasserloch, und den Zollverein werden wir uns von Oestreich ganz freundlich ausziehn lassen, weil wir nicht den Entschluß haben, einfach nein zu sagen. Ich wundre mich, wenn es bei uns noch Diplomaten giebt, denen der Muth, einen Gedanken zu haben, denen die sachliche Ambition, etwas leisten zu wollen, nicht schon erstorben ist, und ich werde mich ebenso gut wie meine Collegen darin finden, einfältig meine Instruction zu vollziehn, den Sitzungen beizuwohnen und mich der Theilnahme für den allgemeinen Gang unsrer Politik zu entschlagen; man bleibt gesund dabei und verbraucht weniger Tinte. Sie werden wahrscheinlich sagen, daß ich aus dépit, weil Sie nicht meiner Meinung sind, schwarz sehe und raisonnire wie ein Rohrspatz. Aber ich würde wahr=

2. 5. 1857.

lich ebensogern meine Bemühungen an die Durchführung fremder Ideen wie eigner setzen, wenn ich nur überhaupt welche fände, die man zu Nutz und Frommen unsrer Politik ins Werk zu setzen beabsichtigte. So weiter zu vegetiren, dazu bedürfen wir eigentlich des ganzen Apparates unsrer Diplomatie nicht. Die Tauben, die uns gebraten anfliegen, entgehn uns ohnehin nicht; oder doch, denn wir werden den Mund schwerlich dazu aufmachen, falls wir nicht grade gähnen. Mein Streben geht ja nur dahin, daß wir solche Dinge zulassen und nicht von uns weisen, welche geeignet sind, bei den Cabineten in Friedenszeit den Eindruck zu machen, daß wir uns mit Frankreich nicht schlecht stehn, daß man auf unsre Beistandsbedürftigkeit gegen Frankreich nicht zählen und uns deshalb drücken darf und daß uns, wenn man unwürdig mit uns umgehn will, alle Bündnisse offen stehn. Wenn ich nun melde, daß diese Vortheile gegen Höflichkeit und den Schein der Reciprocität zu haben sind, so erwarte ich, daß man mir entweder nachweist, es seien keine Vortheile, es entspreche vielmehr unsern Interessen besser, wenn fremde und deutsche Höfe berechtigt sind, von der Annahme auszugehn, daß wir gegen Westen unter allen Umständen feindlich gerüstet sein müssen und Bündnisse, eventuell Hülfe, dagegen bedürfen, und wenn sie diese Annahme als Basis ihrer gegen uns gerichteten politischen Operationen ausbeuten. Oder ich erwarte, daß man andre Pläne und Absichten hat, in deren Combination der Anschein eines guten Vernehmens mit Frankreich nicht paßt. Ich weiß nicht, ob die Regirung einen Plan hat (den ich nicht kenne), ich glaube es nicht; wenn man aber diplomatische Annäherungen einer großen Macht nur deshalb von sich abhält, und die politischen Beziehungen zweier großen Mächte nur danach regelt, ob man Antipathien oder Sympathien für Zustände und Personen hat, die man doch nicht ändern kann und will, so drücke ich mich mit Zurückhaltung aus, wenn ich sage: ich habe dafür kein Verständniß als Diplomat und finde mit Annahme eines solchen Systems in auswärtigen Beziehungen das ganze Gewerbe der Diplomatie bis auf das Niveau des Consularwesens hinunter, überflüssig

2.5.1857. und thatsächlich cassirt. Sie sagen mir, „der Mann ist unser natürlicher Feind, und daß er es ist und bleiben muß, wird sich bald zeigen“; ich könnte das bestreiten, aber mit demselben Rechte sagen, Oestreich, England sind unsre natürlichen Feinde, und daß sie es sind, zeigt sich schon längst, bei Oestreich natürlicher, bei England unnatürlicher Weise. Aber ich will das auf sich beruhn lassen und annehmen, Ihr Satz wäre richtig, so kann ich es auch dann noch nicht für politisch halten, unsre Befürchtungen schon im Frieden von Andern und Frankreich selbst erkennen zu lassen, sondern finde es, bis der von Ihnen vorhergesehne Bruch wirklich eintritt, immer noch nützlich, die Leute glauben zu lassen, daß ein Krieg gegen Frankreich uns nicht nothwendig über kurz oder lang bevorsteht, daß er wenigstens nichts von Preußens Lage Unzertrennliches, daß die Spannung gegen Frankreich nicht ein organischer Fehler, eine angeborne schwache Seite unsrer Natur ist, auf die jeder Andre mit Sicherheit speculiren kann. Sobald man uns für kühl mit Frankreich hält, wird auch der Bundescollege hier kühl für mich und hat in seiner Haltung unwillkührlich den Ausdruck des Gedankens: Preußen kann sehr froh sein, wenn wir ihm den Rhein vertheidigen helfen, und den Hintergedanken: daß es geschieht, ist sehr unwahrscheinlich. Sobald wir dagegen gut mit Frankreich zu stehn scheinen, nimmt der collegialische Blick den Ausdruck achtungsvollen Wohlwollens für mich an, und der Mund fließt über von dem berechtigten Einfluß Preußens in Deutschland. Das ist so übel wie möglich, aber wir müssen mit den Realitäten wirthschaften und nicht mit Fictionen.

Nach Berlin zur Salzsteuer zu kommen wurde ich sowohl von einer Anzahl von Kammergliedern als auch später von Manteuffel aufgefordert, erstre schrieben mir, daß die Mehrheit zwar ohnehin feststehe, daß es aber wünschenswerth sei, mein Zeugniß mit in die Wage zu legen. Manteuffels Aufforderung erhielt ich in Paris am 21. v. M. durch Hatzfeldt; am 23. war die Sitzung, und ich konnte, wenn ich direct nach Berlin gefahren wäre, am Morgen vor derselben eintreffen; es hätte aber selbst dann keinen Sinn gehabt, wenn ich

nach Befehl hätte stimmen und die Ziffer der 21 auf 22 bringen wollen. Dieses Zusammenkratzen der Stimmen aus Wien, Haag, Paris finde ich unbegreiflich, da man doch in Berlin dasselbe über das Schicksal der Vorlage wissen konnte, was ich in Paris wußte.

2. 5. 1857.

Ich[1]) habe mehre lange Audienzen bei dem Kaiser Napoleon gehabt und verschiedne Diners am Hofe. Ich hatte Ihnen einen drei Bogen langen Brief über meine Eindrücke geschrieben, habe ihn aber nach Empfang des Ihrigen verbrannt und diesen dafür substituirt, da das, was ich sagte, von Ihrer voreingenommnen Position abgelaufen wäre, wie Wasser vom Entenflügel. Ich schütte in diesem Briefe meine Empfindungen aus, aber ich kann mit Ihnen die Frage nicht sachlich eingehend discutiren, weil ich gegen persönliche Empfindungen nicht aufkommen kann und Sie die politische Anschauung denselben, wie mir scheint, unterordnen. Ich bin mir sonst zu viel gemeinsamer Grundlagen mit Ihnen bewußt, um nicht des gegenseitigen fernern Verständnisses auf dem größern Gebietsantheile geistiger Interessen sicher zu bleiben; aber in dem einen Punkt haben wir abweichendes Maß und Gewicht für die Pflichten des Berufs, den Gott mir, meinem Vaterlande gegenüber, wie ich glaube auferlegt hat, indem er mir ohne mein Zuthun ein Gewerbe anwies, welches ich mir nicht eigenmächtig gewählt habe. (*Wenn ich dasselbe nur äußerlich bekleide und thatsächlich leeres Stroh dresche, so leide ich am Gewissen und fühle mich deplacirt, ohne in der Befriedigung äußerlichen Ehrgeizes Ersatz dafür zu finden. Ich erwähne das als Erklärung dafür, daß ich nicht mir und andern Arbeit und Unruhe spare und lieber einfach die Nummern abmache, die mir dienstlich zugehn.[2])

Nur zwei Worte will ich noch von Neuenburg sagen. Sie meinen, wenn wir die Neuenburger einfach des Eides entließen, so sollten sich die Mächte nachher mit der Schweiz über die Bedingungen einigen und der König unberührt bleiben.

---

[1]) Das folgende findet sich gedruckt Briefwechsel S. 334.

[2]) Von (* an Ergänzung aus dem Original.

2. 5. 1857. Warum sollten die Mächte das aber thun? es fehlt ihnen an jedem Motiv, sich darum zu bemühn und ihrerseits das Schicksal unsrer Freunde in Neuenburg sicher zu stellen. Sie werden sich vielmehr ärgern, daß wir uns dem Spruche ihrer gemeinsam ausgetüftelten Weisheit nicht fügen wollen, und werden es ganz gern sehn, wenn die Schweiz unsre Anhänger kneift, daß sie recht laut schreien, und schließlich von uns erlangen, was man will, wenn wir durch die Leiden der Royalisten unter den Druck eines neuen Ehrenpunktes gesetzt werden, ohne an Selbsthülfe denken zu können. Werden wir dann noch dieselben Bedingungen erlangen können? Und selbst wenn „unser natürlicher Feind“ alsdann aus eignem Antriebe sich der bedrängten Conservativen annähme, so weit es ihm England gestattete, wären wir dabei als Zuschauer in ehrenvoller Lage? Die Neuenburger selbst werden es uns wenig danken, wenn wir sie auf diese Chance ohne Amnestie und Sicherheit lassen.

(*Ich weiß nicht, ob es noch dabei bleibt, daß der Prinz Napoleon in etwa 8 Tagen nach Berlin kommt; bei der Stimmung, die ich dort nach Ihrem Schreiben voraussetze, wäre es mir lieber, es unterbliebe, denn es wird ihm dort nicht verborgen bleiben können, daß er ein unwillkommner Gast ist. Politische Aufträge von Paris erhält er nicht, und wenn er Politik bei uns macht, so ist es seine eigne; man hat mir das ausdrücklich gesagt. Der Kaiser Napoleon sieht übrigens sehr wohl aus und ist viel stärker geworden seit 55; die Blasenkrankheit, die man ihm gerüchtweise beilegt, kann er deshalb nicht wohl haben, denn fett wird man dabei nicht. Von Attentaten hörte man unter den gobe-mouches in Paris täglich die absurdesten (Dinge) erzählen, aber alles vollständig erfunden, meist von Polizeiagenten fremder Länder, die ihr Brot verdienen wollen. Die Geschichten sind fast immer nach Oertlichkeit und Umständen an sich unmöglich, die mir erzählt worden sind. Ich wäre recht gern nach Berlin gekommen, um mündlich mehr Politisches über Paris zu melden; aber es ist wohl besser, daß ich als Schuster beim Leisten bleibe. Als ordonanzmäßige Stimme zur Salzsteuer konnte ich mich

nicht citiren lassen, und außerhalb dieses meines Votums wäre ich nichts nütz gewesen.[1]) 2. 5. 1857.

Verzeihn Sie diesen endlosen Tintenerguß und sehn Sie einen Beweis warmer Liebe und Verehrung darin, daß ich mich so weitläuftig vertheidige, wenn ich andrer Meinung bin wie Sie. Leben Sie wohl, Gott wolle Ihrem häuslichen Kummer in Gnaden steuern.

Stets der Ihrige

v. Bismarck.

XIII.

Frankfurt, 2. März 1858.

Verehrtester Freund!

In die Redactionsgeheimnisse der Postzeitung[2]) einzudringen ist für uns nicht leicht, da dieselbe direct unter der Leitung der hiesigen östreichischen Gesandtschaft steht und deshalb mit allen Garantien des Geheimnisses umgeben ist, welche die Disciplin und Verschwiegenheit des östreichischen Dienstes gewähren. Mir ist in frühern Zeiten ein Dr. Firmenich, bekannt als Belletrist, als Berliner Correspondent bezeichnet worden; seine dortigen Verbindungen kenne ich nicht. Andre Angaben, die einem von mir beauftragten Spion gemacht worden sind, tragen das Gepräge absichtlicher Täuschung; sie behaupten, die Redaction erhalte vom Polizei-Präsidium Nachrichten. Unter Hinkeldey ist das, wie ich glaube, der Fall gewesen. Wir verwenden manche Leute, die Geld von beiden Seiten nehmen, und namentlich ist mir gesagt worden, daß ein gewisser Jacobi, Convertit, der hier als östreichischer Agent bekannt ist, von der Berliner Blindheit als Preuße behandelt und benutzt werde. Solcher Leute mögen wir manche haben, die bei uns alles erfahren, was die Polizei erfährt, und dabei von andrer Seite dreimal mehr bekommen als von unsern magern fonds secrets. Ich setze meine Ermittlungen fort, aber 2. 3. 1858.

---

[1]) Von (* an Ergänzung aus dem Original.

[2]) Antwort auf Gerlachs Brief vom 23. Februar 1858, s. u. 4 No. XXXV.

2. 3. 1858. die Redaction der Postzeitung ist ein Archiv-Filial der östreichischen Gesandschaft und daher nicht so zugänglich wie andre.

Mit[1]) Ihres Bruders 6jährigem Antrage kann ich mich doch nicht befreunden. Unsre Landtage gravitiren dahin, daß sie durch den Servilismus der Majoritäten in den Abgeordneten die Trägheit und den Mangel an Kenntnissen und Geschäftsroutine bei den Herrn vom andern Hause und dem Adel überhaupt, in Unbedeutendheit und Vergessenheit einsumpfen und grade dadurch, daß sie von keiner öffentlichen Theilnahme getragen werden, zu bürokratischen Staatsstreichen auffordern, weil letztre leicht erscheinen werden, wenn es so weiter geht. Ihr Bruder hat mich oft einen Absolutisten gescholten; ich bin aber nur bei staatlichen Krankheiten gegen Leute, die ihrerseits Gewalt über Recht stellen, für energische Heilmittel eingenommen; den Aufstand sehe ich als Krieg an, gegen ihn müssen die Mittel des Krieges, nicht die der Polizei und des Gerichtes Anwendung finden. Dem gesunden Staatskörper (soweit es in dieser Welt Gesundheit giebt) vindicire ich freie Bewegung, sonst muß er krank werden. Der 6jährige Blutumlauf ist zu langsam und unsrer norddeutschen Trägheit zu förderlich. Ich fürchte Auerswald viel weniger, en gros und auf Dauer betrachtet, als manches Andre und fürchte, daß wir uns ins Kleine verbeißen, wenn wir weitreichende, organische Maßregeln zum Schutz vorübergehender Persönlichkeiten aufwenden. Die Wirkungen sechsjähriger Wahlen werden erst fühlbar werden, wenn viele Leute gar nicht mehr leben, die man im Augenblick schützen will oder fürchtet.

Von hier ist wenig Erfreuliches zu melden; die Wolken der holsteinischen Frage und des Rastatter Streites stehn einstweilen am Horizont, aber geben jetzt kein Wasser. Rechberg spricht viel von Einigkeit und thut in seinem Jähzorn und Eigensinn alles Mögliche, um Zank über jede Bagatelle herbeizuführen. Meine Zeit ist durch Besuche von Collegen so absorbirt worden, daß ich über dieses Thema heut nicht sagen

---

[1]) Den ganzen Abschnitt bis zum Schluß hat die Herausgeberin des Briefwechsels in den Brief vom 24. März 1854 S. 143 ff. eingeschaltet (siehe o. S. 161 Anm. 1).

kann, was ich wollte, und der Brief liegt schon seit gestern. 2. 3. 1858.
Nach Berlin komme ich nicht wieder, wenn es mir nicht direct befohlen wird; man wird zu schlecht behandelt, wenn man nicht zu den Excellenzen gehört. Sie als enfant du palais haben das nie erfahren.

Mit der Bitte, mich Ihrem Bruder zu empfehlen,

treu

der Ihrige

v. Bismarck.

4.

Briefe Leopolds von Gerlach an Bismarck.[1])

1855—1858.

I.

Lieber Bismarck!

Auf Ihr Schreiben vom 20. v. M.[2]) hat S. M. Fr(a) D(iavolo) (Manteuffel) interpellirt über Kamptz' Benehmen in der Neuner Verfassungsangelegenheit in Hamburg. Mir war auffallend, daß ich nie einen Bericht von K. über diese Angelegenheit zu sehen bekommen hatte. K. hat aber jedweden Vorwurf und jedwede Beschuldigung zurückgewiesen und Alles auf östreichische Praktiken geschoben. Ich habe aber sofort selbst an K. geschrieben und will nunmehr abwarten, was mein viel vermögender Einfluß auf ihn wirken wird. 4.4.1855.

Was halten Sie denn nach Ihren Frankfurter Apperceptionen von den Friedensverhandlungen? Ich fange an, an einen möglichen Erfolg zu glauben, während ich im Anfange ganz ungläubig war. England und Oestreich scheinen entschieden friedlich gestimmt (obschon Oestreich in Paris erklärt haben soll, seine freundlichen Reden zu Rußland nach des Kaisers Nicolai Tode seien bloße Form)

[1]) Die folgenden Briefe sind in dem „Briefwechsel des Generals Leopold v. Gerlach mit dem Bundestagsgesandten Otto v. Bismarck" (Berlin 1893) als nicht mehr vorhanden bezeichnet; es ist mir gelungen, sie bis auf einen einzigen aufzufinden, sie ergänzen in erwünschter Weise jenes Werk. — Die Schreibung der Originale ist beibehalten worden, „Bismark" aber durch „Bismarck" ersetzt.

[2]) Dieses Schreiben hat sich noch nicht gefunden, der Briefwechsel S. 248 ff. veröffentlichte Brief Bismarcks vom 19. März kann nicht gemeint sein.

4.4.1855. und Bonaparte fängt an Pläne zu machen (wie unter andern den ihm wahrscheinlich von Elihu Burritt suppeditirten, daß auf dem schwarzen Meere gar kein Kriegsschiff gehalten werden sollte), was immer eine Beschäftigung von abschwächenden Wirkungen ist. Auch soll dieser Monarch körperlich sehr herunter sein.

Unsre Nachrichten aus Paris bezeichnen die Drouyn'sche Mission[1]) als kriegerisch, diejenigen aus London dagegen als friedlich. Wer hat Recht?

In Petersburg erhält die Armee neue Uniformen, Pelzmützen statt Helme und die Generale rothe Hosen, was ja auch sehr friedlich aussieht.

Sonst ist hier Alles ruhig. König und Königin gesund, aber sehr betrübt über die Nachricht von dem Tode der Erbprinzeß von Meiningen[2]), die in Wahrheit eine sehr liebenswürdige Prinzeß war. Die schauderhafte Mama ist hier durch nach Meiningen gereiset.

Schreiben Sie mir doch über den dortigen Stand der Dinge und auch von dem Befinden Ihrer Frau Gemahlin, der ich mich zu empfehlen bitte.

Charlottenburg, 4./4. 55.

Ihr treuergebner

L. v. G.

Charlottenburg, 7./4. 55.

7.4.1855. Soweit hatte ich an Sie, lieber B., am 4. geschrieben, als Ihr Brief vom 3. d. M.[3]) bei mir einlief und mich veranlaßte, den schon versiegelten Brief zurückzuhalten und aufzubrechen. Seitdem ist, soviel wir hier wissen, nichts von Bedeutung vorgefallen, nur, daß der König fortwährend die W. U. Missionen[4]) als abgebrochen ansieht, sich aber nicht entschließt, beide Gesandte abzurufen. — Mir kommt es so vor, als wenn Bonaparte nicht den Frieden will, die andern aber, incl. Oestreich ehrlich dafür sind. Klar scheint es mir, daß Rußland auf keine Bedingung, die eine Limitation seiner Seemacht einschließt, eingehen kann. England kann sich nicht mehr verblenden über den Zustand der Dinge in Constantinopel, wo die Franzosen nicht allein alle feste Punkte besetzt haben, sondern jetzt sogar nach ganz zuverläßigen Nachrichten eine Caserne bauen und sich auf 2 Jahre einrichten. Was Oestreich im Schilde führt, ist schwer zu ermitteln, aber der Krieg kann es nicht sein, und es ist nicht zu sanguinisch, wenn man von dem

---

[1]) nach Wien zu den Konferenzen.

[2]) Charlotte, Tochter des Prinzen Albrecht von Preußen.

[3]) Briefwechsel S. 251 ff.

[4]) Wedells und Usedoms Missionen nach Paris bez. London.

Congreß in Wien sagt, ob Friede daraus wird, ist ungewiß und unwahrscheinlich, aber ebenso unwahrscheinlich ist es, daß die Dinge da wieder beginnen werden, wo sie bei dem Anfange der Unterhandlungen gelassen worden sind. — Schreiben Sie doch von Oestreichischen Praktiken. Ein gelinder Anfang einer Coalition kommt doch vielleicht heraus. Frankreich kann jetzt nicht Krieg gegen uns anfangen. 7.4.1855.

Ueber Hamburg hat sich Kamptz glänzend gerechtfertigt. Er hat sehr oft geschrieben, aber Mant(euffel) hat es nicht für gut gefunden, seine Berichte vorzulegen. Muth zur Erhaltung der alten Verfassung hat K. wenig, weil in Hamburg die Parteien sich zu schroff gegenüber stehen, und viele sogenannte Conservative Neuner geworden sind, um die Sache zu Ende zu bringen, sodann weil — wie Kamptz sagt, und leider, glaube ich, nicht mit Unrecht — weil am Bunde außer Preußen sich niemand für die alte Verfassung intressirt. Sie, mein junger Freund, werden sich aber nicht abschrecken lassen. Die alte Verfassung hat einmal den Besitz für sich, mit ihm die mächtige vis inertiae, und dann würde ich nicht verzweifeln, Rechberg dafür zu gewinnen. Thun sagte richtig, Oestreich kann nicht zugeben, daß die deutschen Städte kleine Republiken werden.

Was Sie über F(ra) D(iavolos) Politik in Bezug auf die Depeschen vom 2. und 8. sagen, ist ganz richtig. Aber Sie verlangen Consequenz und Einklang mit dem mühsam erlangten Bundesbeschluß. Das ist zu viel. Ich bin mit den beiden Heldenthaten vom 2. und 8. einstweilen zufrieden. — Der König sagte (dieß schreibe ich Ihnen aus pädagogischen Rücksichten), Bismarck kann die Wedell-Usedomschen Missionen nicht tadeln. Er wollte ja nach dieser Seite contra Oestreich viel weiter gehn.

Ihr

L. v. G.

II.

Lieber Bismarck!

Gestern erhielt ich einen Brief von Kamptz, der nunmehro den Fall der Neuner Projecte in Hamburg für gewiß hält. Er will es durch die Mäkler wissen, welche durch steten Verkehr die Ansichten und Stimmungen der erbgesessenen Bürgerschaft genau kennen sollen. Der Senat ist der Bundesausschuß-Forderung, die conclusa der Oberalten einzureichen, darum nicht nachgekommen, weil er die Oberalten zu ihrer Eingabe an den Bund nicht für befugt hält. Das ist aber kein Grund, ihn von seiner Pflicht, dem Ausschusse sofort zu antworten und zu gehorchen, zu befreien. 12.4.1855.

12.4.1855. Halten Sie doch ja die Sache noch hin, extern[1]) Sie den Hamburger Senat und gewinnen Sie Oestreich und Ihre Collegen für die Sache. Sie ist wichtig!

Heute war der Bernburger Regent Schätzell bei mir und rief die Bundeshülfe gegen Dessauische Anmaßungen an. Bernburg hat mit Preußen eine Militärconvention, was ganz bundesgemäß ist, da der Bund den Mächten der Reserve-Division empfohlen hat, sich einer größeren Macht anzuschließen. Nun stellten Bernburg und Cöthen zusammen ein Bataillon, und der älteste Offizier commandirte es. Das Commando steht jetzt an Bernburg, und nun hat Dessau bei dem Bunde darauf angetragen, ein Regimentscommando einzurichten und Bernburg darunter zu stellen, obschon dasselbe seine Souverainetät und besonders die Preußische Militärconvention aufrecht erhalten will. Es vertraut aber auf Preußens und namentlich auf Ihren mächtigen Schutz.

Nach mehren geheimen Nachrichten stehn doch die Dinge in Wien sehr sonderbar, und so viel ist klar, daß wir uns über unsre Isolirtheit nicht zu beschweren haben. Es scheint doch, als wenn zwischen England und Oestreich mehr entente cordiale stattfände als zwischen England und Frankreich. Das wäre der Anfang gesunder und solider Combination in der Politik. Bei diesen Umständen wäre aber auch eine Annäherung an Oestreich zu wünschen. Wer soll aber anfangen? Wäre es nicht möglich, daß Sie Ihrem neuen Oestreichischen Collegen auf den Zahn fühlten und (ihn) dazu brauchten?

Mant(euffel) ist seit vorgestern von Drahnsdorf zurück und ist mir seitdem noch nicht zu Gesichte gekommen. E. Stolberg nannte ihn letzt eine chronische Krankheit unseres Landes. Wenn ich so seine Biographie von 1849 bis heute schreibe, so kommen doch sonderbare Dinge darin vor.

Eine Sache wäre auch jetzt wieder an der Zeit, bei dem bekannten Stande der Wiener Verhandlungen: eine Erklärung Rußlands mit rechtsverbindlicher Wirkung an die deutschen Mächte, daß es jedenfalls die beiden deutschen Punkte, Protectorat der Fürstenthümer und Freiheit der Donau, festhalten würde, Rußland müßte aber die Initiative nehmen.

Leben Sie wohl, empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin. Wie immer

Charl(ottenburg), 12. April 1855.

Ihr

L. v. G.[2])

---

[1]) Soviel wie drängen (vexare).

[2]) Eine Antwort Bismarcks auf diesen Brief hat sich bisher nicht gefunden.

III.

Charlottenburg, 24. April 1855.

Lieber Bismarck!

Der, wenn ich so sagen soll, officielle Kern unserer Correspondenz ist Hamburg, wenigstens in der letzten Zeit, gewesen, und darum melde ich Ihnen zunächst, daß nach einem Briefe, den ich von dort von Kamptz erhalten habe, die an den Senat gelangte Aufforderung des Bundes-Ausschusses noch immer nicht in demselben zum Vortrag gelangt ist, daß aber das Verfahren des Bundes in der Hannoverschen Verfassungssache Furcht und Schrecken unter die Neuntödter verbreitet hat, welche erst jetzt die Möglichkeit sehen, daß der Bund auch auf den Einfall kommen könnte, ihr Machwerk für bundeswidrig zu erklären. Obige Neuntödter trauen also dem Bunde mehr Energie und Einsicht zu, als Ihr gehorsamer Diener. Ich habe nicht verfehlen wollen, Ihnen dieß zu melden und gleichzeitig zu bitten, die jetzige Lage der Dinge zum Vortheil für die Erhaltung der alten Verfassung zu benutzen. Fragen Sie mich, wie? so weiß ich keine präcise Antwort, etwa mit einem Excitatorium des Bundes-Ausschusses oder dergl. 24.4.1855.

Da in Frankfurt ein Zusammenfluß aller Nachrichten ist, so wird ihnen der Stand der Verhandlungen in Wien ebenso bekannt sein als uns hier: ausführliche Einrichtung der Fassung des 3. Punktes an Rußland mit den 4 Linienschiffen und 4 Fregatten, Sperrung der Meerengen außer für 4 Kriegsschiffe der beiden Westmächte, abschlägige Antwort von Rußland. Gorczakow in Wien und Budberg hier sahen das wie ein Abbrechen der ganzen Friedensunterhandlungen an, ja, da Oestreich sich allen Schritten der Occidentalen angeschlossen, als eine nahe bevorstehende Oestreichische Kriegserklärung. Ich konnte diese Ansicht nicht theilen, und es scheint, daß ich Recht behalten werde; denn nach den neusten Nachrichten und nach der Stimmung der Börse scheinen die Unterhandlungen fortzugehen. Es wird sich nun zeigen, ob Sie recht behalten, daß Oestreich keinenfalls ohne Preußen Krieg anfängt; denn das ist gewiß, daß Buol in Unterredungen mit Pfordten und Arnim von der Möglichkeit eines Oestreichischen Offensivkrieges spricht und daß er zu letzterm gesagt: que l'Autriche se serviroit de tous les moyens légaux pour forcer la Prusse et l'Allemagne de faire la guerre avec lui. — Auch ich bin sehr ungläubig an Oestreichs Kriegslust, einmal die Finanzen, dann die furchtbaren Krankheiten in der Gallicischen Armee, endlich der elende Krieg in der Krim und die Festigkeit Preußens. S. M. sagte mir noch letzt, Sie

24.4.1855. würden einer jeden Aufforderung der Westmächte zum Beitritt zum December-Vertrag mit der Antwort, die Götz von Berlichingen dem Reichstrompeter gab, erwiedern.

Münster sieht die orientalische Frage wie eine Frage der Zeit an und sagt, wenn wir erst den September d. J. zu Ende gebracht haben, dann ist Friede, denn niemand unternimmt eine zweite Wintercampagne.

Sind Sie denn nicht der Ansicht, daß es sehr wichtig wäre, wenn Rußland dem Bunde erklärte, daß es die zwei deutschen Punkte jedenfalls selbst nach zerschlagenen Verhandlungen halten würde? Das bricht den Oestreichischen Intriguen jede Spitze ab.

Empfehlen Sie mich der Frau Gemahlin und antworten Sie bald.

Ihr

L. v. G.

NS. Das Russische Contreproject gegen die occidentalische Fassung des dritten Punktes ist in Wien vorgelegt und wenigstens angenommen worden. Es läuft darauf hinaus, daß dem Sultan die Oeffnung und Schließung der Meerengen überlassen werden soll, ebenso daß der Sultan soviel fremde Schiffe herbeirufen könne, als er es für gut findet; Rußland verlangt dafür nur, daß man es gewähren lasse. Wird das auch verworfen, dann ist es wichtig, daß sich der Bund regt und zwar in Bezug auf die eingeräumten zwei Punkte. Thun Sie doch dazu Ihr Mögliches und kommen Sie doch allenfalls her, sich die nöthigen Instructionen zu verschaffen.[1])

IV.

Berlin, den 6. May 1855.

Lieber Bismarck!

6.5.1855. Erst heute beantworte ich Ihr Schreiben vom 27. und 28. v. M.,[1]) was mir immer noch nicht lang genug gewesen ist. Ich beantworte es, Gott sei Dank, auf eine sehr reelle Art, indem Sie jetzt schon im Besitz der Russischen Erklärung an den Bund über die beiden sogenannten deutschen Punkte sein müssen. Ich hoffe, daß F(ra) D(iavolo) Ihnen auch den Russischen Bericht über die Ver-

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 27/28. April 1855 s. Briefwechsel S. 253 ff.

handlungen in Wien mitgetheilt haben wird, damit Sie damit Front gegen die Feinde machen können. Ich rechne also mit Sicherheit auf Heldenthaten Ihrerseits, verlange aber zunächst nur Verhinderung eines Bundesbeschlusses im Oestreichischen und occidentalen Sinn. Pfordten triumphirt über die Russische Erklärung, von der er bis jetzt nur telegraphisch weiß, und sein tief gesunkener Muth ist dadurch wieder aufgerichtet worden. Ich hoffe nur, daß Mant(euffel) Ihnen schnell Alles mittheilt und Sie so instruirt, daß Sie dadurch wenigstens nicht gehemmt werden.

6.5.1855.

Ich könnte es, wenn ich mich nicht darüber freute, übel nehmen, daß Sie mir schreiben, Sie wären in Frankfurt sehr schlecht unterrichtet und am andern Tage[1]) an F(ra) D(iavolo) die wichtige Neuigkeit melden von den neuen Vorschlägen Oestreichs über die Friedensverhandlungen. Wir haben von Ihnen diese Nachricht zuerst gehabt und sie dann erst von Paris erhalten. Es scheint daher, daß die Sache wahr ist. Es steht aber noch dahin, ob Frankreich und England damit einig sind, ob Rußland davon unterrichtet u. s. w. Was die Vorschläge selbst anbetrifft, so scheinen sie mir für Rußland ganz annehmbar, besonders wenn die Form gewählt wird, wie Budberg meint, daß Alles in den Tractat der drei Mächte gewiesen und der dritte Punkt ganz fallen gelassen wird. — Practisch ist die ganze Sache nicht, denn wenn der Friede geschlossen wird, so hat Rußland höchstens noch 6 Linienschiffe im schwarzen Meer, und diese sind, da jetzt nur die Schraubendampfer etwas gelten, ganz unbrauchbar. Rußland hat also alle Hände voll zu thun, um erst wieder 6 brauchbare Schiffe zu bekommen. Darauf, die alte Zahl von 18 zu erreichen, kann Rußland vor 10 Jahren nicht rechnen. — Für uns sind aber bei diesen Vorschlägen zwei Dinge sehr practisch: 1) daß wir nicht die Garantie des Türkischen Reichs übernehmen. Sollen wir diese Garantie gegen Rebellionen in Europa, Asien und Africa übernehmen, sollen wir Arabien gegen England, Tunis gegen Frankreich, Klein Asien gegen Rußland garantiren? 2) Daß wir nicht dem Tractat wegen der Ueberwachung der Russischen Kriegsmacht im schwarzen Meere beitreten. Doch das sind noch Alles zukünftige Dinge.

Eine zweite wichtige Neuigkeit, die Sie F(ra) D(iavolo) gemeldet, ist die Oestreichische Circulardepesche. Es ist nach allen Höfen telegraphirt, niemand aber weiß etwas davon. Dessen ungeachtet glaube ich, daß Sie Recht haben. Diese Depesche ist nur Project, und wie ich glaube, den Intimsten, Dalwigk, Pr. Emil u. s. w. mitgetheilt worden.

---

[1]) Bericht vom 30. April in Poschinger, Preußen im Bundestag II 216 No. 119.

6.5.1855. Wenn diese Zeit uns nur endlich dazu verhülfe, in Deutschland die wirklich vorhandnen Gegensätze Preußen ·/. Oestreich, Katholiken ·/. Protestanten, anzuerkennen, was gar nicht ausschlösse, bei gewissen Dingen die Hand dazu zu bieten, diese Gegensätze theils zu vermitteln, theils zu ignoriren.

F(ra) D(iavolo) ist bis morgen Abend auf dem Lande. Der König hat das Wechselfieber, aber gestern schon ist nach dem Gebrauch von Chinin das Fieber ausgeblieben.

Mich amüsirt immer die Genesis einer solchen politischen Phase. Im Januar hatte ich den Gedanken der Russischen Annahme der deutschen Punkte. König und Premier ließen mich damit abfallen. Vier Wochen nachher kam M(anteuffel) von selbst darauf, man fing es aber ungeschickt an, indem man darüber mit Budberg sprach, statt den Gedanken Nesselrode durch Münster oder Werther beizubringen. Einen Vertrag wollte man mit Recht nicht, und nun schlug Kaiser Nicolaus Alles ab. Jetzt ist es nun durchgegangen, und Rußland hat selbst sich zur Initiative bei dem Bunde bequemt.

Nun möchte ich noch schließlich Sie bitten, sich zu überlegen, ob es nicht gut wäre, daß Sie mahl wieder auf ein Paar Tage herkämen, um die dortigen Dinge am Bunde, die immer wichtiger werden, mit den hiesigen in Verbindung zu setzen.

Der König ist sein Wechselfieber los, obschon noch nicht ganz hergestellt.

Viel Empfehlungen Ihrer Frau Gemahlin.

Ihr

L. v. G.

Die Oestreichische Armee hat nach ganz zuverläßigen Nachrichten in Galicien von 90000 Mann 14000 Todte und 15 Invalide.[1])

V.

Sanssouci, 8. Junius 1855.

Lieber Bismarck!

8.6.1855. In Folge Ihres letzten Briefes an mich[2]), den ich dem Könige und F(ra) D(iavolo) mitgetheilt, wird nun an Oestreich in der Weise, wie

---

[1]) Die Antwort auf diesen Brief, vom 8. Mai 1855, s. Briefwechsel S. 257 f.

[2]) vom 30/31. (nicht 20.) Mai 1855, Briefwechsel S. 258 ff.

Sie es wünschen, geschrieben werden. F(ra) D(iavolo) zeigte mir heute die Ausfertigung, die ich ganz gut, nur nicht genug die deutschen Intressen hervorhebend fand. Wenn unsre Wiener Nachrichten auch in den sehr nahe liegenden Consequenzen, die man daraus ziehen kann, richtig sind, so wären wir nach dieser Seite über den Berg. Wenn Oestreich, wie es uns von drei zuverläßigen Seiten zugekommen, 100 000 Mann entläßt, wenn es, was freilich bis jetzt nur die Zeitungen sagen, sich in Italien verstärkt, so kann es auch nicht mehr lange dauern, und sie suchen unsre Hilfe nach. Das wäre wieder einmahl ein Sieg der besten Art und ein Lohn für allen Kummer, den uns die eigenthümlichen Sprünge S. M., die Indifferenzen und Unzuverläßigkeiten von F(ra) D(iavolo), Pourtalès und sämmtlichen Bethmännern, Wedell, Usedom und Olberg gemacht. Recht muß doch Recht bleiben. Es springt jetzt jedermann in die Augen, daß es gut war, daß wir nicht an den Wiener Conferenzen participirt; es ist wahr geblieben, daß uns weder die Occidentalen noch Oestreich unsre Neutralität anfechten würden, daß Oestreich nicht ohne Preußen losschlagen könnte, u. s. w. Die Aufgabe der Diplomatie ist jetzt, Oestreich auf der einen Seite Hilfe zu leisten, auf der andern aber zu zeigen, daß man sich ihm in keiner Weise unterordnet, wohin es seit Ollmütz gestrebt hat. Wenn wir nur etwas von seiner Unverschämtheit hätten.

8. 6. 1855.

Nun aber komme ich wieder auf Hamburg. Das letzte, was ich in der Sache gethan, ist der „kleinen, aber mächtigen" (eigentlich ist sie nur klein) dortigen Partei zu melden, daß der Bundes-Ausschuß auf dem Wege ist, ein Inhibitorium wenigstens quasi zu erlassen. Da versucht der Senat über die Neuner Verfassung abstimmen zu lassen, und siehe da, gestern Abend bekomme ich hieher eine telegraphische Meldung, daß die Neuner Verfassung von erbgesessener Bürgerschaft abgelehnt worden ist und zwar mit ganz bedeutender Majorität. Ich lege hier einen Brief von Kamptz an mich bei, den ich soeben erhalten. Sie werden daraus ersehen, daß wir in unserm Eifer noch nicht nachlassen dürfen. Der König hat bereits die alte Meklenburger Verfassung gerettet; gelingt ihm das auch mit der Hamburger, so verdanken ihm die einzigen beiden deutschen Verfassungen, die älter sind als die Französische Revolution, ihre Fort-Existenz. Die Geschichte des Constitutionalismus, in dessen Gegensatz gegen Freiheit auf der einen und Despotismus auf der andern Seite, ist doch ein sehr intressantes Thema. Der Constitutionalismus stellt das enthauptete Volk in seinem Repräsentanten seinem Haupte gegenüber, was ohne Frage volkssouverainer Unsinn ist; da aber Unsinn nie consequent ist und es in der Praxis auch nicht zu sein braucht, so ist der Constitutionalismus doch besser als die Unterbrechung der Continuität des Rechts, was

8.6.1855. fast nothwendig zu einem Aufhören der Obrigkeit überhaupt führt. Solche Zustände sind in Oestreich, namentlich in Gallicien, wo es jetzt Banden von Menschenfressern giebt (au pied de la lettre) und die Obrigkeit durch zufällig patrouillirende Gensdarmen vertreten wird.

Schreiben Sie mir doch, wie die Hamburger Sache beim Bunde liegt, damit ich die Hamburger dirigiren kann. Es ist wichtig, die alte, die letzte Stadtverfassung in Deutschland zu retten.

Der König ist jetzt frei vom Fieber, aber mit uns Allen nicht frei von Furcht, daß es wiederkehrt. Darum ist über Reisen noch nichts beschlossen. Ja es ist möglich, daß man ganz hier bleibt; was an sich ganz vernünftig, wenn auch sehr unwahrscheinlich wäre. F(ra) D(iavolo) ist jetzt vortrefflich, so offen und eingänglich, wie ich ihn lange nicht gesehn habe. Ich wünschte, Sie wären hier, weil man von Ihnen allein nur Nachrichten aus dem feindlichen Lager erhält. Ich möchte von Bunsen, Holweg und Pourtalès etwas hören.

Schreiben Sie mir bald; empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

Ihr

treu ergebner

L. v. G.[1])

VI.

Sanssouci, den 12. Junius 1855.

Lieber Bismarck!

12.6.1855. Sehr dankbar bin ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 10. d. M.[1]). Ich bin ganz mit dem von Ihnen beabsichtigten Verfahren einverstanden, und das um so mehr, da nach der Verwerfung der Neuner Verfassung durch die erbgesessene Bürgerschaft wohl einige Ruhe eintreten wird. Jetzt wäre es eigentlich an der Zeit, daß der Bund einen Commissarius nach Hamburg sendete, um die gewiß nöthigen Reformen ins Leben zu rufen und doch dabei den revolutionairen Gelüsten entgegen zu treten. Aber wo soll man den Mann dazu finden? Ich weiß hier keinen, da mein Bruder den Hamburgern sowohl, als dem Bunde zu starke Speise ist, Goetze krank, außerdem ebenfalls wegen der Meklenburgischen Sachen in Hamburg persona ingratissima; so bliebe denn niemand als Uhden,

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 10. Juni 1855 s. Briefwechsel S. 262 f. Ich habe den Brief oben 3 No. VIII S. 165 ff. in vollständiger Fassung mitgetheilt.

der sich in den Hessischen Sachen ganz gut genommen hat. Man 12.6.1855. könnte auch noch an Ihren Meklenburgischen Collegen Oertzen denken. — Wichern[1]) aus dem Rauhen Hause, der gestern hier war, sonst ein sehr practischer und einsichtsvoller Mann, vollständig Hamburger, der früher auf die kleine, aber mächtige Hamburger Partei, die wesentlich aus den Hübbens besteht, nicht gut zu sprechen war, triumphirte jetzt über den Fall der Neuner Verfassung und sah die Sache als abgemacht an. Hübbe selbst sieht es aber nicht so an. Er ist auf neue Angriffe des Senats gefaßt, da, was auch Wichern einräumt und stark betont, mit der jetzigen Verfassung nichts zu Stande zu bringen ist. Das müßte nun eben von Bundeswegen in die Hand genommen werden, aber nur nicht, wenn man keinen völlig zuverläßigen Mann dazu hat. Eine telegraphische Depesche von Ihnen, nach der Frau von Prokesch ihren Mann erwartet, erfüllte mich mit Mitleiden für Sie und Frankfurt. Nach dem, was die Protocolle geben, hat er sich in Wien doch wieder recht eklig benommen. Mir würde doch der ultramontane Rechberg viel lieber sein. Der Gegensatz mit ihm läßt fair play zu, es ist ein berechtigter Gegensatz.

Wenn man das Wiener Schlußprotocoll und die Commentare dazu in Erwägung zieht, so könnte man sich mit Buol versöhnen. Bourqueney soll wüthend auf ihn sein und allen Leuten sagen, Frankreich und England seien von Oestreich hintergangen. Gorczakow hat auch ein kühnes Spiel gespielt. Hätten die Occidentalen Buols Vorschläge angenommen, so war Rußland doch in einer schlimmen Lage. Ich glaube, daß G(orczakow) desavouirt worden wäre. Jetzt ist Alles soweit gelungen. Rußland braucht sich entweder gar nicht zu erklären oder Alles auf eine Verhandlung mit der Pforte zu schieben, zu welcher die Occidentalen ihm keinen Raum lassen werden. Darin haben die letztern Recht, daß das von Oestreich vorgeschlagne Verfahren doch auch eine Limitation ist.

Mir sind zwei Dinge unheimlich. Einmahl, daß Oestreich von Bonaparte mit auffallender Rücksicht behandelt wird, selbst auch von England, da beide doch in Wahrheit Ursache haben, sich über seine Perfidie zu beklagen. Fürchtet man sich vor einem Kriege mit ihm? Dazu ist doch kein Grund; oder steckt da etwas Andres noch dahinter? Dann, was das Dahinterstecken nicht unwahrscheinlich macht, daß bis jetzt Oestreich auch gar keinen irgend directen Schritt thut, sich uns zu nähern, was doch sein nächster Vortheil ist.

Ich bin im Ganzen sehr malcontent über die Art, wie hier viele Dinge behandelt werden, und finde sogar oft mein Gewissen beschwert, daß ich in meiner Stellung mich befinde. Von solchen

[1]) Gerlach schreibt Wiechern.

12. 6. 1855. Sachen kann man kaum reden, viel weniger schreiben, auch abgesehn davon, daß die Briefe gelesen werden können. Ich will nur Anfangsbuchstaben hersetzen von den Personen, deren Dienste man sich bedient, die mir odious sind W. U. O.[1]) — S. H.(?) — H.[2]) und Anhang, dabei die Indifferenz von F(ra) D(iavolo) und die Art, wie S. M. die Fürsten behandelt. Ungeachtet dessen, was Sie schreiben und geschrieben haben, wird man den Grh. von H(essen) hier aufnehmen, comme si rien n'étoit.

Leben Sie wohl und empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin. Bei mir ist fortwährendes Kränkeln. Auch liegt die alte Gräfin Stolberg lebensgefährlich krank. Der König ist sehr wohl, viel wohler als vor seinem zweiten Fieberanfall. Perponcher müßte wegen seines Benehmens gegen Sie[3]) gehörig genast werden. Aber es ist keine Zucht mehr in der Welt.

Der Herr sei mit Ihnen. Schreiben Sie bald wieder.

L. v. G.[4])

VII.

[c. 15. Juni 1855.][5])

Lieber Bismarck!

c. 15. 6. 1855. In der Furcht, einen Podagra-Anfall zu bekommen, der mich auf einige Zeit von den Geschäften entfernen könnte, schicke ich Ihnen einen Brief von Kamptz, dessen Besorgnisse über die Folgen der Niederlage der Neuner ich nicht abweisen kann. Die Democraten und Juden werden für den Beistand, den sie geleistet, ihren Lohn verlangen, und da dürfte der Senat und die liberale Partei sich leicht bereit finden, ihn auszahlen zu lassen, wenn es die Conservativen nicht thun.

Kamptz' Gedanke, einen Bundescommissar hinzuschicken, den ich, wie ich glaube, auch schon in meinem letzten Brief[6]) an Sie ausgesprochen hatte, ist also ganz richtig; denn es ist gewiß gegründet,

---

[1]) Ich vermuthe: Wedell, Usedom, Olberg.

[2]) Ich vermuthe: Hinckeldey.

[3]) Vgl. Briefwechsel S. 261; die dort mitgetheilte Aeußerung über P. ist nur als „Auszug" einer umfänglicheren Auslassung zu betrachten.

[4]) Bismarcks Antwort vom 15. Juni 1855 s. Briefwechsel S. 266 ff.

[5]) Der Brief ist undatirt, doch nach dem 12. und vor dem 26. Juni geschrieben; zu obiger Angabe berechtigt die Bemerkung zum 21. Juni 1855 in Gerlachs Denkwürdigkeiten II 322.

[6]) S. Gerlachs Brief vom 12. Juni 1855.

daß bei jetzigen verfeindeten Verhältnissen das ganze Hamburger Stadt-Regiment zum Stillstehn kommen könnte. Wichern, ein einsichtsvoller und practischer Mann, der jetzt entschieden auf der Seite der Conservativen steht, behauptet, das sei jetzt schon der Fall. Wer soll aber Bundescommissar werden? Nehmen wir auch an, daß dieß Preußen allein überlassen würde, wen soll S. M. ernennen? Der König sagte: Gehn Sie hin! Das ist aber wegen meines rauhen Kriegerstands unmöglich, auch bin ich, ebenso wie mein Bruder, an den man sonst auch denken könnte, viel zu sehr Parteimann. Dann nannte der König den langen Kleist und den Oberpräsidenten Senfft und ich Uhden. Alle drei sind aber ungenügend. Kleist ist faul und steif, Senfft sehr unwissend in diesen Dingen, und Uhden sehr schwach und impressionabel, wenn seine Gegner es nur anzufangen wissen. Wesentlich für den Commissar wäre die Geistesfreiheit, sich mit den gutgesinnten und einsichtsvollen Hamburgern selbst einlassen zu können. Schicken aber die Oestreicher einen Concommissarius, so fürchte ich, daß er weder ein Thun noch ein Leiningen, die mir beide schon recht werden (lies: wären), sondern entweder ein pfiffiger Diplomat oder ein liberaler Federfuchser sein wird. c.15.6.1855.

Ich habe auch an Oertzen-Leppin gedacht. Derselbe hat aber eine Frau aus Hamburg, und dann kenne ich ihn auch zu wenig.

Ueberlegen Sie sich diese wichtige Angelegenheit recht gründlich, lieber Bismarck, und schreiben Sie mir darüber. Ich will noch an Hübbe schreiben und ihn fragen, was er denkt, daß weiter werden soll.

Ich schicke Ihnen diesen Brief ohne weitre Umstände, es ist am Ende nichts daran gelegen, wenn er gelesen wird. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

Ihr

L. v. G.

VIII.

Lieber Bismarck!

So eben war Herr v. Arnim bei mir und sagte mir, er reise heute Abend nach Frankfurt. Da er sich erbot, einen Brief an Sie mitzunehmen, so kann ich es nicht unterlassen, wenigstens ein Paar Worte zu schreiben, obschon ich seit über 8 Tagen durch das Podagra, was aber Gott sei Dank überwunden ist, an das Zimmer gefesselt, nicht völlig au courant bin. 26.6.1855.

26.6.1855. Der König hat seit seinem zweiten Fieberanfall an einem Hexenschuß gelitten und gestern, den 21. Tag, doch wieder einen kleinen Fieberanfall gehabt. Dessen ungeachtet ist bis jetzt noch Plan, daß er Montag nach Erdmannsdorf und von dort nach Freyenwalde geht, also vor dem 20. Julius schwerlich nach Sanssouci zurück sein wird. Diese Reise ist aber noch nicht von den Aerzten genehmigt.

In der Politik scheint mir jetzt die Aufgabe zu sein, sich mit Oestreich gut zu stellen, ohne ihm in seinen neuen deutschen Propositionen einen Finger breit nachzugeben. Wie können wir nach den gemachten Erfahrungen und nach dem, was wir erklärt haben, das, was Oestreich bisher gethan, gut heißen, ohne uns vor Deutschland zu blamiren? Dieß ist um so wichtiger, als eigentlich vorzugsweise gegen uns und Deutschland die Oestreichische Politik perfide gewesen ist, viel mehr als gegen Rußland selbst, wo Oestreich doch wenigstens einen entschiednen Zweck vor Augen hatte.

Was F(ra) D(iavolo) treibt, weiß ich nicht. Ich muß aber einräumen, daß er sich in der letzten Zeit sehr gut benommen hat. Wenn das nur so bleibt, und wenn er sich nur endlich entschließt, das Ministerium besser zu organisiren.

Wenn es in der Krimm recht schlecht geht für die Franzosen, so ist ein naher Krieg nicht zu besorgen, aber ein entfernter desto gewisser, d. h. wenn Bonaparte auf dem Thron bleibt, und dazu hat er eine große Sicherheit, indem niemand die Frage beantworten kann: Was dann?

Sonnabend spätestens gehe ich wieder nach Sanssouci. Schreiben Sie mir doch bis dahin, wie es in Frankfurt aussieht, wie es Ihnen geht und wie Sie die Dinge ansehn. Ich bin heute sehr ohne Gedanken, aber wie immer

Ihr

Berlin, den 26. Junius 1855.

treu ergebner

L. v. Gerlach.[1])

---

[1]) Die Antwort Bismarcks vom 30. Juni 1855 s. Briefwechsel S. 270 ff.

IX.

[c. 6. Juli 1855.][1])

Lieber Bismarck!

Sehr dankbar bin ich Ihnen für Ihren letzten Brief,[2]) der aber nicht der letzte ist, den ich von Ihnen gelesen habe. Dieser war vielmehr ein an F(ra) D(iavolo) gerichteter vom 4. d. M.[3]), der über die neuen Pratiquen von Oestreich, sowie über den Krieg Hinckeldeys mit dem Joqueiklub sehr intressante Auskunft giebt. Sie werden durch Manteuffel wissen, daß man hier sehr stramm gegen Oestreich auftritt, wie ich denn überhaupt vollständig anerkenne, daß F(ra) D(iavolo) seit dem 1. Januar 1855 vortrefflich ist, klar, offen, energisch, also fortwährend unbegreiflich, da er noch im Dezember 1854 sehr schlimm war.

c. 6. 7. 1855.

Der König hat mir auch noch eigen befohlen, Ihnen zu sagen, Sie möchten sich doch der Apanagen-Ansprüche des Landgrafen Alexis von Hessen-Barchfeld annehmen, indem er zu den nachgeborenen Prinzen gehört, die von den durchlauchtigsten Häuptern ihrer Familien wie Proletarier behandelt werden.

Damit vereinige ich meine Bitte, die Hamburger Sache nicht aus dem Auge zu verlieren. Es kommt Alles darauf an, eine gute Bundescommission zu ermitteln; denn ohne eine solche kommt Hamburg doch nicht in Ordnung. Ich werde Ihnen darüber ein auf Befehl S. M. ausgearbeitetes Promemoria übersenden.

Der König ist jetzt ganz wohl, obschon immer noch sehr ängstlich vor Fieber-Rückfällen. Heute über acht Tage geht S. M. nach Erdmannsdorf, ich auch mit, was mir sehr unbequem, aber doch, wie ich nicht leugnen kann, sehr vernünftig ist. Vierzehn Tage werden wir dort bleiben.

Ich komme immer wieder auf mein altes cheval de bataille der politique occulte in Wien. Ich kann nur immer noch nicht den verborgenen faiseur ermitteln, denn mein dortiger College Grünne ist es nicht. Denken Sie darüber nach, und wenn Sie mir Recht geben, so helfen Sie mir auf die Fährte. Warum faßt Clarendon Oestreich mit glacé Handschuhen an, während Bonaparte in seiner Rede ihm derbe auf den Leib geht? Die Russische Antwort auf die Oestreichischen Depeschen ist vortrefflich, conciliant und doch Act nehmend von den Erklärungen des Kaisers Fr(anz)

[1]) Undatirt; das ungefähre Datum läßt sich aus dem Inhalt bestimmen.

[2]) Vom 30. Juni 1855. s. Briefwechsel 270 ff.

[3]) Poschinger, Preußen im Bundestag IV 234 f. No. 96.

c. 6.7.1855. J(oseph) gegen Gorczakow bei Gelegenheit des aide-mémoire im Anfang der Wiener Conferenzen. — Von E. Manteuffel habe ich einen vortrefflichen Brief über Oestreichische Politik. Das ist doch ein ebenso gewandter wie zuverläßiger Mann. Wenn Sie nicht nach W(ien) wollen, könnte man den hinschicken, obschon es F(ra) D(iavolo) sehr ungern sehn würde.

Wenn Sie Bundestagsferien haben wollen, so müssen Sie in denselben sich auch hier zeigen; sonst bleiben Sie und wir nicht im Zusammenhang.

In meinem Hause habe ich viel Noth. Meine Frau und jüngste Tochter sind fortwährend krank. Ich befinde mich nach vierzehntägigem Podagra wieder vollkommen wohl. Brauchen Sie nur nicht unnütz Bäder und Brunnenkuren, dadurch wird man erst recht krank.

Ich habe viel zu thun, da Niebuhr, der miserabel, abwesend ist. Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

Mit alter Liebe

Ihr

L. v. G.[1])

X.

Berlin, den 13. Julius 1855.

Mein verehrter Freund!

13.7.1855. Im Begriff, mit dem Könige nach Erdmannsdorf abzureisen, beeile ich mich noch, Ihren Brief vom 12. d. M.[2]) zu beantworten. Der König freut sich sehr, daß das Zerwürfniß mit dem nahe verwandten Hessischen Hofe beigelegt ist, und hat mir noch besonders befohlen, Ihnen zu sagen, daß er eben aus diesem Grunde einen besondern Werth darauf legen würde, wenn der Frhr. v. Canitz durch eine Gnadenbezeugung Seitens Sr. Kgl. Hoh. des Großherzogs ausgezeichnet würde. Diese Gnadenbezeugung würde aber, wie S. Majestät glauben, nur dann ihren Zweck erreichen, wenn sie in einem Orden bestünde, welcher dem jetzigen Rangverhältniß des Herrn von Canitz angemessen wäre, also etwa die 1. Kl. des Ordens Ldgr. Philipp des Großmüthigen, denn nur mit einer solchen De-

---

[1]) Die Antwort Bismarcks auf diesen Brief bildet der Brief vom 11. Juli (nicht Juni, wie auch das Original durch Versehen des Schreibers hat) 1855, Briefwechsel S. 263 ff.

[2]) Lies 11. Juli, vgl. die vorangehende Anm.

coration würde es klar werden, daß Alles wieder im frühern Geleise wäre. 13.7.1855.

Der König bleibt bis Ende des Monats in Erdmannsdorf und geht dann auf einige Tage nach Dresden. Sie könnten wohl einmahl nach Erdmannsdorf an mich schreiben.

Ueber die Hamburger Sache nächstens. Bevor man nicht genau weiß, was man will und nicht will, können weitre Maasregeln nichts helfen. Manteuffel wird Ihnen ein intressantes Memoire über diese Sache schicken.

Mit alter Verehrung

Ihr

treu ergebner

v. Gerlach.[1])

XI.

Erdmannsdorf, den 31. Julius 1855.

Lieber Bismarck!

Ihren sehr intressanten Brief vom 20. habe ich noch immer nicht beantwortet, was ich schon hätte thun sollen, um Ihnen zu Ihrem vollständigen Siege am Bundestage Glück zu wünschen. Wir führen hier aber solch ein idyllisches Leben, daß wir gar nicht mehr an die Politik denken. Seit dem ich bei Hofe bin, ist mir eine solche Geschäftsruhe noch nicht vorgekommen, gar kein Drängen mit Vorträgen, fast keine Supplicanten, nicht einmal täglich Fremde bei Tafel. Man könnte sich über diesen Stand der Dinge freuen, und das um so mehr, da sich die Gesundheit des Königs sichtlich stärkt und ich fast überzeugt bin, daß er sein Fieber gänzlich los ist, aber ich fürchte doch, der Feind lauert im Hinterhalt. Das Verhältniß von Oestreich und Frankreich ist zu sonderbar, als daß da nicht eine Perfidie dahinter verborgen sein sollte, wenn nicht gegen Rußland, so doch gegen uns oder gegen Deutschland. Letzt stand wieder ein Artikel in der Indépendance: die Alliirten hätten die Oestreichischen Bedingungen zu einem Off- und Defensiv-Bündniß verworfen. Das ist gerade ein Zustand, wie der, welcher dem Beitritt zu dem Tractat vom 2. Dezember voranging. 31.7.1855.

Doch wir wollen uns nicht mit Sorgen quälen und froh sein, daß wir so weit mit Gottes Hilfe gekommen sind.

Auch ziehen sich Wolken in dem Verhältniß von F(ra) D(iavolo) mit S. M. zusammen.

[1]) Bismarcks Antwort vom 20. Juli 1855 s. Briefwechsel S. 272 ff.

31.7.1855. Die Sache mit dem Bairischen Lieutnant Scharff von Scharffenstein habe ich dem Könige vorgetragen.[1]) S. M. gab mir aber die sehr richtige Antwort, es wäre jetzt keine Zeit, um Bilder zu kaufen. Es bleibt mir also nichts übrig, als Ihnen die übersandten Papiere zurückzuschicken.

Gestern ist die Königin nach Dresden gereißt, kehrt aber schon am 2. hieher zurück. Dann bleibt der Hoff (sic) noch bis zum 9. August hier, an welchem Tage er sich nach Charlottenburg begiebt. Am 10. oder 11. geht der König nach Strelitz zum Geburtstag des Grosherzogs und kommt von dort etwa den 17. zurück; dann sind die Gardemanöver bis gegen Ende August. Am 1. September geht S. M. nach Preußen, wo Er bis zum 12. bleibt.

Ist denn keine Hoffnung, Sie einmahl wieder zu sehn, oder muß das bleiben, bis einmahl wieder Noth im Lande ist?

Mein Bruder Ludwig wird Sie dieser Tage in Frankfurt aufsuchen, wenn er seine Frau in Schlangenbad sehen wird. Er hat mit seiner Vielseitigkeit in Betreff Englands in der Johanni Rundschau doch wieder viele Menschen confuse gemacht. Sagen Sie ihm, er sollte mir von Frankfurt schreiben. Ich denke am 11. oder 12. nach Rohrbeck zu gehn und dort bis zum 25. zu bleiben.

Mit alter Liebe und der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen,

Ihr

treu ergebner

L. v. G.[2])

XII.

Berlin, den 8. September 1855.

Lieber Bismarck!

8.9.1855. Im Begriff nach Rohrbeck abzureisen, schicke ich Ihnen die höchst intressanten Hamburgischen Papiere, welche Herrn Hübbes Briefe an mich und dessen historische Entwicklung des Verfahrens der frühern Kaiserlichen Commission, die sich auf die damaligen Verfassungswirren bezogen, enthalten. Leider fehlt noch die Geschichte der letzten Commission, der des Grafen Schönborn, welchem es endlich gelang, in Hamburg einen Zustand zu begründen, der 156

---

[1]) Lt. Scharff v. Scharffenstein, ein Maler, war durch Bockelberg an Bismarck empfohlen, der in seinem Interesse eine besondere Eingabe machte, die dem Brief vom 20. Juli beilag.

[2]) Antwort Bismarcks vom 7. August 1855 s. Briefwechsel S. 274 ff.

Jahr gehalten hat und jetzt noch, nicht ohne Erfolg, mit den Neuntödtern kämpft. Ich habe mich nach Lesung dieser und noch einiger anderer Sachen, sowie nach vielem Nachdenken überzeugt, daß die Restauration einer Republik noch viel schwerer ist, als die einer Monarchie, weil in der Republik weder die Kraft noch der Halt einer mächtigen Persönlichkeit sich vorfindet Dann fehlt es jetzt so sehr an Menschen, die irgendwie gesunde Rechtsbegriffe haben. Mein Freund Hübbe ist in dieser Rücksicht merkwürdig. Wie scharf faßt er den Gegensatz von gewordnem und gemachtem Recht auf. 8.9.1855.

Gesetzt, es wird eine Bundes-Commission beschlossen, es wird Preußen überlassen, sie zu ernennen. Wer soll Bundes-Commissar werden? Mir fallen zwei Möglichkeiten ein: Uhden, und wieviel ist an dem auszusetzen, und Oertzen, der Meklenburgische Bundestagsgesandte, den ich nur oberflächlich kenne. — Kamptz hat sich in der letzten Zeit ganz gut benommen, mir auch gute Briefe geschrieben, aber hiezu fehlt ihm doch das Zeug. Er sagt, der Bund muß vor allen Dingen sagen, was er nicht will. Dieß wird aber von Hübbe gut widerlegt. Eine solche Erklärung würde die Folge haben, daß die Neuner ihre Verfassung nach dieser Negative corrigirten und so mit dem Bunde Hamburg dennoch ihr willkührliches Machwerk aufdrängten. (Kamptz habe ich mit Hübbe in Verbindung gebracht.) Denken Sie, ich bitte, hierüber nach. Sie sind jung und kecker als ich, der vor Alter u. s. w. täglich stumpfer wird.

Am Ende kommen Sie aber vor dem Katzenjammer der Pariser Feste nicht zu diesen abstrusen Dingen. Es thut mir doch leid, daß Sie dort waren. Ich errinnere (sic) mich, wie die scharfen Gegner Bonapartes von 1807 bis 1813 sich vor jeder Berührung mit ihm hüteten. So etwas stählt die Kräfte. Lützow wollte in der Noth, als er aus der französischen Gefangenschaft kam, 1811, kein Geld von dem bei Bonaparte accreditirten Meklenburgischen Gesandten, seinem Vetter, dem alten Oberhoffmeister Lützow nehmen, und der Onkel war doch ein Held und dieß ist ein stänkriger aventurier. Die Königin von England in dem Zimmer der hingerichteten Marie Antoinette, und dieser Mensch ihr Wirth, und im (innern) Büßerhemde am Grabe Bonapartes!!!

Der König geht den 17. über Nordhausen, Eisenach, 19. Frankfurt a. M., 20. nach Speier und Saarbrücken, 21. 22. 23. Trier, 24. bis 30. Stolzenfels, 1. 2. Aachen, 3. Cöln und Elberfeld, dann zurück. Wenn etwas vorfällt, aber nur dann, komme ich nach Stolzenfels. Edwin Manteuffel habe ich hinbestellt. In unsrer Politik ist meines Wissens Alles ruhig. F(ra) D(iavolo) seit dem 1. Januar 1855 ganz correct, aber nicht kühn und stolz genug gegen W(edell's) und U(sedom's) Angriffe, die sich doch in Paris scheuslich benommen haben. Sie müssen nothwendig auch nach

8.9.1855. Stolzenfels gehn, und ich dächte, Sie brauchten dazu weder Einladung noch Vorwand. S. M. halten Bunsen jetzt sogar für unschuldig!! Wahrscheinlich versucht Bunsen und Usedom, die eng verbunden, am Rhein einen Sturm auf S. M. U(sedom) räth noch zur westmächtlichen Allianz.

F(ra) D(iavolo) hat mir von einem Briefe von Ihnen an ihn gesprochen, den er mir hat zeigen wollen. Er hat es aber nicht gethan, was mir sehr leid thut.

Ich schicke diese Sachen at random nach Frankfurt, wo Sie wohl weitre Ordre gegeben haben.

Mit alter Liebe

Ihr

L. v. G.[1])

XIII.

Sanssouci, den 17. October 1855.

Lieber Bismarck!

17.10.1855. Erst heute komme ich dazu, Ihren mir sehr werthen Brief vom 7. d. M.[2]) zu beantworten. Ich war in Rohrbeck bis zum 11., um dort noch der Kirchenvisitation beizuwohnen, und dann kamen die Rückstände wegen der vierwöchentlichen Abwesenheit und die Geburtstagsunruhen nebst Kindtaufen u. s. w. Ich will es aber Niemanden verdenken, der sich um mich zu bekümmern für gut findet, wenn er aus meiner langen Abwesenheit und aus andern Dingen den Schluß zieht, daß ich anfange einzupacken und daß mein Ende, zunächst mein politisches, nicht fern ist.

Was Sie mir über Coblenz schreiben und der dortigen Unbehaglichkeit, wird mir von allen Seiten bestätigt. Daß Ihre Frau Gemahlin nicht gebührend empfangen worden,[3]) giebt man auch zu und entschuldigt es auf alle Weise, wie mir es scheint, richtig und unrichtig. So etwas ist sehr unangenehm, wenn es einen persönlich, noch mehr, wenn es [einen] in der Frau trifft. Es hat aber auch im Allgemeinen eine traurige Seite und gehört zu der Willkühr, Indifferenz und Schlumprigkeit, wozu sich die großen Herrn und was die nothwendige Folge ist, ihr Hofgesinde für berechtigt halten. Bei der einzelnen Beurtheilung muß aber die große

---

[1]) Antwort Bismarcks vom 15. Sept. 1855 s. Briefwechsel 277 ff.

[2]) Briefwechsel S. 279 ff.

[3]) Die darauf bezüglichen Mittheilungen sind in dem gedruckten Briefwechsel ausgelassen.

Zerstreutheit des Königs, der Leute, denen er entschieden wohl will, ganz links liegen lassen kann, während er sich mit sehr bedenklichen, von denen er selbst nichts hält, abgiebt, ja mit ihnen coquettirt und liebäugelt, sowie die Kränklichkeit und Erschöpftheit der Königin bei solchen Veranlassungen mit in den Calcül gezogen werden. 17.10.1855.

Bernstorff scheint vom Könige ganz captivirt zu sein, Hatzfeld ist gegen mich auffallend kalt, ob wegen meines Antibonapartismi oder ich weiß nicht warum. Soviel ist gewiß, daß ich ihn nicht für den rechten Mann in Paris halte. Er hat noch nicht eine einzige irgend wichtige Nachricht von dem Zustande Frankreichs in seinem Innern, von den Parteien 2c. gegeben. Ja die höchst piquante Geschichte seines Schwiegervaters mit der Proclamirung Heinrich V. hat er mit keinem Worte erwähnt, und doch muß ich nach andern Quellen glauben, daß sie wahr ist.

Was nun den jetzigen Zustand der Dinge im Allgemeinen betrifft, so ist in diesem Augenblick, wie es mir vorkommt, eine Art Windstille, die dem Gewitter vorangeht. Die Franzosen demonstriren in der Krimm und bereiten noch maritime Angriffe im schwarzen Meer vor, bei denen aber doch nichts Entscheidendes herauskommen kann. — Wir sind auf leidlich correctem Wege, aber auch nicht mehr, und ist unsre jetzige Neutralität, während welcher vielleicht Rußland unterliegt, viel besser als die von 1794—1806? Auch da sagte man, wie jetzt, es ist gut, daß sich die andern Mächte unter einander schwächen, während wir unsre Kräfte aufbewahren. Ein glücklicher Krieg macht aber, wenn er noch so viel Menschen und Geld kostet, nicht schwach, sondern stark. Wie colossal wuchs die Russische Macht nach dem furchtbaren Feldzug von 1812!

Hiezu kommt noch etwas, was mich besorgt macht. Wenn wir nicht von unsrer Vergötterung unsres durchaus veralteten Militair-Systems ablassen, so wird uns bei dem Zusammenstoß mit der französischen Armee, der doch nicht ausbleiben kann, diese ebenso überlegen sein, wie sie es 1806 war. Das Landwehr-System und die kurze Dienstzeit können nicht Truppen erziehen, wie die, welche den Malakow-Thurm angriffen und vertheidigten. Die Oestreicher, die unser Militair-System im Wesentlichen angenommen haben, d. h. in der kurzen Dienstzeit und in der Entlassung der Reserven, haben damit, wovon mich ganz kürzlich ein sehr guter Bericht von dort überzeugt hat, ihre alte Armee, die viel Gutes hatte, verdorben. Furchtbar ist Oestreich jetzt — ich sage leider — gar nicht. Das Stillstehn, Nothleiden, Votiren und endlich Reduciren ohne alle Realität hält keine Armee aus.

Wir haben hier Geburtstag und Kindtaufen gehabt und zwar reichlich besucht von deutschen Potentaten. Meklenburg, Baden, Nassau, Weimar (die Mutter), Dessau u. s. w. Die Hannoversche

17.10.1855. Complimentirungs-Mission kam einen Tag zu spät. Was die Gesandten gegen Manteuffel haben, möchte ich wohl näher wissen, besonders, ob es dasselbe ist, was ich auch gegen ihn habe.

Bei den innern Angelegenheiten ist mir nicht ganz wohl. Ich fürchte neue Conflicte S. M. und F(ra) D(iavolos) mit der Rechten, und das ist, wenn ich nur an mich denke, das Schlimmste, was mir begegnen kann. Ich war jetzt so lange, wie noch nie in Rohrbeck, das Landleben ist doch ein ganz Theil vernünftiger als das in der Stadt und gar bei Hofe. Mit meiner Frau ihrer Gesundheit ging es eben nicht schlecht, viel geholfen hat ihr aber der Landaufenthalt auch nicht, denn sie ist doch noch sehr elend und schwach.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin, der ich diesen Brief zu addressiren wage.

Ihr

L. v. G.[1])

1856.

XIV.

Berlin, den 15. Januar 1856.

Lieber Bismarck!

15.1.1856. Ihre beiden Briefe vom 8. und vom 9. d. M.[2]) habe ich erhalten und sage Ihnen dafür den schönsten Dank. Die Sachen haben sich seit dieser Zeit auf der einen Seite verwickelt, auf der andern vereinfacht, verwickelt, weil sie uns mehr auf den Pelz kommen, und vereinfacht, weil sich die Gegensätze klarer herausstellen. Wenn ich irgend einen Vorwand dazu hätte, so würde ich Sie bitten, herzukommen, denn hier kommt Alles darauf an, fest zu bleiben und stramm zu halten. Sie werden jetzt auf gewöhnlichem Wege Alles erfahren.

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 29. October 1855 s. Briefwechsel S. 282 ff.

[2]) Briefwechsel S. 297 ff. ist nur ein Brief vom 9. Januar 1856 veröffentlicht. Aus der Vergleichung der Originale ergab sich, daß hier die beiden Briefe vom 8. u. 9. Januar durcheinander geworfen worden sind; ich habe deshalb beide nach den Originalen oben unter 3 IX. X. S. 168 ff. abgedruckt.

haben, was von „Schönhausen"[1]) (Oestreich) nach „Kniephoff" (Rußland) vorgeschlagen worden ist, ebenso wie man dort Alles angenommen außer der Gränzregulirung, für welche man einen Austausch vorgeschlagen. Es ist hiebei noch vieles dunkel, z. B. die plötzliche Nachgiebigkeit in „Kniephoff" (Rußland), welche dessen hiesiger Geschäftsmann,[2]) was aber gewiß nicht wahr ist, aus den Rathschlägen, die von „Rohrbeck" (Preußen) gekommen, erklärt. Kurz, aber die Nachgiebigkeit ist vorhanden. Aber dessen ungeachtet verlangt man in „Schönhausen" (Oestreich), daß man in „Kniephoff" (Rußland) Alles pure annehmen und kein Komma davon ablassen soll. 15. 1. 1856.

So weit werde ich Ihnen nicht viel Neues gesagt haben. Hier aber stehen die Sachen so, daß „Hofmann" (der König) eigent-

---

[1]) Zur Erläuterung der Pseudonymen dient folgender Schlüssel:

Preußen — Rohrbeck	Holland — Vieritz
Oestreich — Schönhausen	Belgien — Balfanz
Baiern — Cottbus	Coburg — Dummerwitz
Sachsen — Schöneberg	Gotha pp — Kohlhasenbrück
Hannover — Dahlen	Oldenburg — Hundeluft
Württemberg — Steglitz	Rußland — Kniephof, Glinicke
Baden — Vehlefanz	Frankreich — Külz, Kiritz
Kurhessen — Uetz	England — Jarchlin, Ruppin
Darmstadt — Güstebiese	Coblenz — Zimmerhausen
Dänemark — Schmerwitz	Rom } Wanzleben
Schweden — Linum	Ultramontane } Wanzleben

Bach — Mitschke, Kaliban	Hatzfeldt — Lehmann, Macbeth
Bernstorff — Neumann, Macduff	Hinckeldey — Brennicke, Hamlet
Beust — Koch, Glendower	König Leopold — Becker, Polonius
Bruck — Weber, Princulo	Manteuffel — Schulze, Romeo
Bunsen — Zwickauer, Coriolan	Moustier — Müller, Julie
Buol — Meier, Fallstaff	Münster — Meinicke, Mercutio
Bloomfield — Krüger, Slender	Niebuhr — Bauer, Ariel
Dohna — Schmidt, Gonzalo	Louis Napoleon — Bullrich, Glocester
Esterhazy — Schneider, Shallow	Pfordten — Seifert, Warwick

Rechberg — Jäger, Bardolph
Usedom — Schröder, Gyldenstern
Wedell — Schurig, Rosencranz.

Die Anführungsstriche sind in den Originalen nicht gesetzt.

Se. Maj. der König — Hofmann, (bei Gerlach meist Hoffmann) Bedford
Prinz von Preußen — Wegner, Salisbury
Prinzessin von Preußen — Krause, Clifford
Prinz Friedrich Wilhelm — Weiß, Fontinbras.

[2]) Budberg.

15.1.1856. lich die schönste Lust hat, sich ganz dem „Schönhausenschen" (östreichischen) Verfahren, d. h. Abberufung u. s. w. anzuschließen, und unsre nächste Aufgabe ist, dieß zu verhindern und in aller Weise bei dem eingeschlagenen Wege fest zu halten. Es ist nicht zu verkennen, daß dabei einiges Risico ist; viel aber nicht. Von „Bullrich" (Napoleon III) und von „Schönhausen" (Oestreich) fürchte ich nichts, die sind mit so bedeutenden Summen in ihren „Kniephöfer" (russischen) Angelegenheiten verwickelt, daß sie sich vor neuen Engagements hüten werden. „Jarchlin" (England) ist der einzige gefährliche Gegner und dessen Visitirungs- und Absperrungs-Chicanen muß man ertragen, obschon ich sie auch noch nicht für ausgemacht halte.

Die Personen hier stellen sich folgendermaßen zu dieser Conjunctur. „Schulze" (Manteuffel) ist vortrefflich, so gut wie noch nie, offen, eingänglich, fest, spricht von seinem Rücktritt, wenn man „Schönhausensch" (östreichisch) wird u. s. w. „Schmidt" (Dohna), Gröben und ich sind vollkommen einig, bei „Hoffmann" (dem König) auf dasselbe Ziel loszugehen. Nun kommt noch der junge „E. Schulze" (E. Manteuffel) von „Schönhausen" (Oestreich), ich denke etwa den 20., hier an, der nach seinen sehr einsichtsvollen und tüchtigen Briefen auch mit uns einig und indignirt über „Meier" (Buol) ist. — Obschon das Alles leidlich gut ist, so möchte ich Sie doch zur Ueberwachung von „Schulzens" (Manteuffels) Geschäftsführung her haben, denn ich traue seinen Schreibern nicht. Denken Sie darüber nach.

Gestern ist Hohenlohe zum Präsidenten des Herrenhauses gewählt. Ein großes Unglück ist es nicht, aber eine Niederlage der Partei, die im Oberhause schlimmer als im Unterhause und E. Stolbergen sehr empfindlich ist. Hohenlohe hat sich bei beiden V(ereinigten) Landtagen sehr schwach genommen und bei der Zusammenberufung der Schlesischen Stände verweigert, als Landtagsmarschall aufzutreten, so daß Pleß statt seiner ernannt werden mußte. Nachdem man diesen, o der Heuchelei, betrauert, macht man seinen Gegner zum Nachfolger, den die Prinzen ganz und der König halb unterstützen. Arnim wäre freilich noch schlimmer gewesen.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin. Bei uns ist Alles krank, d. h. meine Frau und zweite Tochter. Der König ist wieder wohl, und der Carneval wird wohl morgen fortwüthen.

Denken Sie über Ihr Herkommen nach.

Ihr

treu ergebner

L. v. G.

XV.

Berlin, den 30. Januar 1856.

Lieber Bismarck!

Ihre beiden sehr intressanten, wenn auch kurzen Briefe[1]) 30.1.1856. muß ich doch beantworten, obschon dieß weniger nöthig als sonst ist, da Sie in einer sehr thätigen Correspondenz mit „Schulzen" (Manteuffel) sind und dieser mir Alles mittheilt. Denn ich bin noch nie so einig mit ihm als jetzt gewesen und kann auch nicht anders sagen, daß er in der Art, wie er mit „Hoffmann" (dem König) verfährt, ganz auf dem richtigen Wege ist.

Zwei Dinge sind es, die jetzt Noth machen; einmahl „Hofmanns" (des Königs) beständiges Drängen, was größer ist, als er es sich und andern gesteht, bei den Verhandlungen zugezogen zu werden, und dann die „Meierschen" (Buolschen) Anträge bei Ihnen.

Was nun das erste anbetrifft, so haben Sie durch Ihre Auseinandersetzungen gegen „Schulzen" (Manteuffel) und gegen mich schon sehr gut gewirkt, so daß „Hofmann" (der König) doch irre ist, und wenn „Schulze" (Manteuffel) sich richtig benimmt, von unbesonnenen Schritten abgehalten werden wird. Ich begreife nicht, wie man verkennen kann, daß die jetzige Lage der Dinge so ist, daß es nicht fehlen kann, daß „Hoffmann" (der König) sehr bald von allen Seiten überlaufen werden wird, von Personen, die seinen Beistand suchen. Wenn man nur die facta zusammenstellt, so wird einem das ganz klar werden. Alles fürchtet sich vor der „Kniephöfer-Külzer" (russisch-französischen) Verbindung, die jetzt, nachdem ich lange dafür ausgelacht worden bin, sie verkündigt zu haben, wie ein Schreckensgespenst aufsteigt. „Krüger" (Bloomfield) hat mit Alvensleben und mit „Schulzen" (Manteuffel) davon gesprochen, G. Ham. Seymour in Wien mit „Schulzens" (Manteuffels) Vetter, „Meyer" (Buol) hat hinter dem Rücken seines französischen Freundes B(ourqueney) die Verhandlungen mit Frankfurt begonnen. Dabei ist „Schönhausen" (Oestreich) fortwährend erbittert gegen „Jarchlin" (England), welches letztere auf „Bullrich" (Napoleon) mehr giebt, als auf Walewski und darum die Unterhandlungen recht gern nach Lutetia verlegt sieht. Das ist doch Confusion genug, um Hoffnungen darauf zu gründen.

Was nun die „Meierschen" (Buolschen) Anträge in Fr(ankfurt) betrifft, so ist „Koch" (Beust), der heute noch „Hoffmann" (den König) sprechen wird, mitsammt dem „Herrn von Schönberg" (König v. Sachsen) dafür, den „Schönhausenschen" (östreichischen) Impulsen zu folgen, und

---

[1]) Der eine derselben vom 26. [Januar] 1856 ist Briefwechsel S. 299 f. veröffentlicht.

30.1.1856. etwas, muß ich Ihnen gestehen, neige ich auch nach dieser Seite hin. Man muß soweit als möglich mitgehn und sich nur dafür hüten, Verbindlichkeiten zu übernehmen; denn ich fürchte mich auch vor den „Kniephofer" (russischen) Allianzen und sehe doch in „Schönhausen" (Oestreich), „Jarchlin" (England), „Schmerwitz" (Dänemark), „Linum" (Schweden) unsre Hilfe.

Uebrigens ist es mir jetzt doch sehr wahrscheinlich, daß der Friede zu Stande kommen wird. England scheint die Friedenspräliminarien, wie Oestreich dieselben angeboten hat, unterzeichnen zu wollen. Aus der Unterzeichnung der Präliminarien folgt der Waffenstillstand. Dieser, einmahl abgeschlossen, etwa auf vier Monate, erschwert den Wiederanfang des Krieges sehr. Dann ist Alles auf das Nachgeben gestellt. Rußland hat die Proposition concedirt, es concedirt auch noch mehr, d. h. theilweise den fünften Punkt. England hat die Unterzeichnung der Präliminarien nachgegeben, es läßt auch von seinem fünften Punkt manches fallen.

„Neumann" (Bernstorff) und „Lehmann" (Hatzfeldt) misfallen mir sehr. Erstrer kriecht seines lächerlichen Hochmuths ungeachtet dem „Jarchliner" (englischen) Premier und seinem Collegen Cl.[1]) in den Hintern hinein, und „Lehmann" (Hatzfeldt) ist alles, nur kein „Rohrbecker" (Preuße).

Eigentlich mache ich Ihnen Vorwürfe, daß Sie Ihre rothe Umhalsung[2]) nicht zum Vorwand genommen, herzukommen und sich zu bedanken. Es wäre doch sehr gut, wenn Sie hier wären, wenn's auch nur auf einen Tag wäre. — Unser alter „Dahlenscher" (hannoverscher) Missus[3]) macht hier viel albernes Zeug. Er will, daß sein Schwager „Lehmann" (Hatzfeldt) herkommen soll. Das ist zu nichts, nur schädlich, ich wünschte vielmehr, daß Sie kämen.

In meinem Hause ist viel Noth. Meine Frau ist fortwährend kränkelnd und über alle Maßen schwächlich, und meine jüngste Tochter war sogar vor einigen Tagen gefährlich krank. Ich selbst werde alt und stumpf und wünschte, ich wäre fort.

Mit der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen, verharre ich

Ihr treu ergebner
L. v. G.

Soeben kommt Ihre telegraphische Depesche vom 30. in meine Hände. Ich bin ganz mit Ihnen einig, „Kochen" (Beust) habe ich, als Alles seine Gerichte bewunderte, für einen Sudelkoch, zu deutsch

[1]) Ich vermuthe: Clarendon.

[2]) „Umhalsung mit dem Rothen Adlerorden", Briefwechsel S. 300.

[3]) Graf v. Nostiz, vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten II 390 zum 28. Januar 1856.

Fickfacker gehalten. Eines kann ich aber nicht umhin, anzuerkennen, daß es gerathner als je ist, daß „Rohrbeck" (Preußen) und „Schönhausen" (Oestreich) zusammengehn, denn jetzt kommt die Zeit, wo doch endlich der Sieg den nothwendigen und natürlichen Verhältnissen bleiben muß, und die sind die Verbindung von „Rohrbeck" (Preußen) mit „Schönhausen" (Oestreich) und „Jarchlin" (England). Wenn ich also meine Meinung recapituliren soll, so muß man sich „Koch" (Beust) und „Meier" (Buol) vom Leibe halten, aber mit einer solchen Manier, daß man nach geschlossnem Vertrage mit ihren Principalen nicht verzürnt ist. Die Aufgabe ist nicht leicht, aber Sie und Edwin Flügelt(eu)f(el)[1]) können sie lösen.[2]) 30.1.1856.

B. 31/1. 56.

XVI.

Berlin, 15. Februar 1856.

Lieber Bismarck!

Es ist mir ein eignes Gefühl, daß ich mit Ihnen über unsre Stellung zu „Schönhausen" (Oestreich) uneinig bin und auf der Seite „Schulzens" (Manteuffels) und „Hoffmanns" (des Königs) stehe. Das ist noch nicht dagewesen, aber ich kann nicht anders. Die Dinge stehen ganz anders als früher. Damals mußte man stets befürchten, von „Schönhausen" (Oestreich) in die Prozesse von „Külz" (Frankreich) und „Jarchlin" (England) gegen „Kniephoff" (Rußland) verwickelt zu werden; davon ist keine Rede mehr, denn ich halte es für so gut als gewiß, daß der angebahnte Vergleich in P(aris) zu Stande kommen wird. Sollte er aber auch nicht zu Stande kommen, so würde sich der Streit unter ganz neuen Bedingungen wieder entwickeln; wie früher schon „Külz" (Frankreich) das Bombardement von Odessa verhindert, so würde es jetzt alle „Jarchliner" (englischen) Unternehmungen hemmen. Mit einem Worte: die Verbindung oder entente zwischen „Kniephoff" (Rußland) und „Külz" (Frankreich) ist unvermeidlich. Es kann nur über Zeit und Grad noch ein Streit stattfinden. „Rohrbeck" (Preußen) kann dabei nichts thun als beobachten, sich fortwährend an „Kniephoff" (Rußland), an die alten Erinnerungen, an den 15.2.1856.

---

[1]) Flügeladjutant Edwin v. Manteuffel.

[2]) Die Antwort Bismarcks s. Briefwechsel S. 302 ff.; doch trägt das Original das Datum des 1. Februar, der Brief ist also vor dem S. 300 abgedruckten Briefe einzureihen, dessen Original vom 6. Februar datirt ist.

15.2.1856. Heiligen Bund halten, es muß sich aber in Acht nehmen nicht „Kniephöfischer“ (russischer) als „Kniephoff“ (Rußland) zu sein, weil es sich damit compromittirt und von Allen im Stich gelassen wird. Ein offner Zank mit „Schönhausen“ (Oestreich) führt bei diesen Conjuncturen zu einer Spaltung Deutschlands, und diese Spaltung führt „Schönhausen“ (Oestreich) mit einem Stück Deutschlands ins „Külzer“ (französische) Lager, oder mit andern Worten: es entsteht ein neuer Rheinbund. Das jetzige Frankfurter Wesen, so décousu es auch ist, bietet doch noch den einzigen Halt gegen die „Külzer“ (französischen) Anmaßungen und noch mehr gegen „Külzer“ (französischen) Partikular-Allianzen dar, und der Bund hält „Schönhausen“ (Oestreich) wieder von einer zu engen Verbindung mit „Külz“ (Frankreich) ab. Mit einem Wort; die Einigkeit von „Rohrbeck“ (Preußen) und „Schönhausen“ (Oestreich) ist von der höchsten Wichtigkeit und jetzt gewiß wichtiger als die Formalien.

Hierunter verstehe ich die Theilnahme an den Conferenzen, auf die ich gar nichts gebe. Wenn eine Sache gewiß ist, so ist es die, daß nachdem für Rußland sich die nouvelles et précieuses alliances entwickeln werden, man sich um uns in aller Weise reißen wird. Ebenso fürchte ich nicht für unsre Stellung in Deutschland, indem auch dort sich ganz neue Gegensätze geltend machen werden, und zwar vorzüglich der: „Külzisch (französisch) oder nicht.“

Nachdem ich nun meinen Gegensatz ausgesprochen, muß ich anerkennen, daß Sie vollkommen Recht haben, auf alle Weise gegen „Schönh(ausen)“ (Oestreich) die Form zu menagiren, auch daß Ihre Correcturen des Sch(önhausene)r Vertrags, vorzüglich das „insbesondre“ vortrefflich sind. Ich fürchte aber, daß man in P(aris) sehr übereilt handeln wird, und bin immer noch der Meinung, daß für uns die Fortsetzung des Krieges das Vortheilhafteste wäre.

Zu allem diesen kommt noch eins. „Glocester“ (Napoleon) ist doch jedenfalls eine ephemere Erscheinung, er ist schon jetzt ein Jahr älter als der alte „Bullrich“ (Napoleon I.) war, als er ausgespielt hatte. Auf diesen Fall muß man sich vorbereiten und die Dinge menagiren. Ohne neuen Streit geht es nicht ab, und auf den muß man sich diplomatisch und militärisch rüsten.

„Romeo“ (Manteuffel) ist jetzt wirklich sehr gut, mir thut es nur leid, daß er sich bei Gelegenheit der Brief-Diebstahls-Geschichte gegen „Meinicke“ (Münster) sehr ungeschickt, ja, was mehr ist, sehr wenig gentlemanlike genommen hat, was noch unangenehme Folgen haben kann. Diese Geschichte ist ein Stück zu meinem politischen Sarge, denn die universelle Erbärmlichkeit und Willkühr, die sich dabei nach allen Seiten hin offenbart hat, verekelt mir die ganze Wirthschaft. Wenn man jung ist, wie Sie, so sieht man so etwas anders an, und das mit Recht.

Ich hätte Ihnen schon früher geschrieben, denn das Herz war voll genug, um den Mund übergehn zu machen, aber die Noth in meinem Hause hat mich sehr afficirt. Meine jüngste Tochter ist fortwährend krank und leidet furchtbare Schmerzen, erst seit vorgestern ist eine Linderung eingetreten. Dazu meine Frau, die so schwächlich ist, daß ein Wind und ein Gespräch sie umwirft. — Es freut mich, daß Sie sagen können, daß bei Ihnen wieder Alles wohl ist. Empfehlen Sie uns der Frau Gemahlin. 15.2.1856.

Ihr treu ergebner

L. v. G.

XVII.

Berlin, den 2. März 1856.

Lieber Bismarck!

Anbei sende ich Ihnen, da periculum in mora (vielleicht) ist, einen Nothschrei der Hamburger conservativen Oberalten nebst einem Briefe des p. Hübbe an meinen Bruder Ludwig. Ich kann es Ihnen nicht verdenken, wenn diese unendliche Sache Ihnen langweilig ist, aber sie muß doch nun einmahl durchgeführt werden. F(ra) D(iavolo), mit dem ich im schönsten Einverständniß lebe, wird Ihnen geschrieben haben, daß Budberg pleaded not guilty in der Bundessache.[1]) Nach meinen jetzigen Erfahrungen über Briefstehlen, ausschwatzen, ausspioniren u. s. w. wundert es mich gar nicht, daß so etwas herauskommt, und kann ich eigentlich nicht begreifen, wie in Frankfurt schon irgend etwas geheim bleibt. 2.3.1856.

Ihre Notizen über Thümen[2]) habe ich sehr discret benutzt. Man ist hier aber von sehr langsamem Entschluß.

Ich schreibe Ihnen nächstens ausführlich. Jetzt ist hier nicht viel zu melden, als was Sie besser wissen. Die Franzosen versichern, man sei über den 5. Punkt einig, und es scheint, daß man von Russischer Seite den Frieden will. Nach demselben werden schwere Zeiten kommen.

In meinem Hause geht es besser. Der König ist wohl, die Königin sehr vom Schnupfen angegriffen. Die Häuser sind zahm,

---

[1]) Vgl. Bismarcks Brief an Gerlach vom 26. Februar 1856, Briefwechsel S. 307 f., zu dem Gerlachs Brief vom 2. März die Antwort darstellt.

[2]) In Bismarcks Briefe vom 26. Februar 1856, sie sind in den „Briefwechsel" nicht mit aufgenommen; vgl. oben 2 VIII. S. 61 f.

2.3.1856. nachdem das Herrnhaus seine aus Constitutionalism und Branntwein gebraute Suppe aufgetischt. Das Unterhaus wird noch eine Finanzdebatte intoniren.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

Ihr

treu ergebner

L. v. G.

XVIII.

Berlin, den 20. März 1856.

Lieber Bismarck!

20.3.1856. So eben erhalte ich Ihren Brief von gestern[1]), und es drängt mich Ihnen sofort zu antworten. Die Geschichte mit Raumer[2]) hat meine Kranken, Frau und Tochter, gewaltig bewegt. Der gleichmäßigste Mensch, den ich je gesehn, ohne Ehrgeiz, ohne Zorn, ohne Haß, ohne Leidenschaft legt Hand an sich selbst, und das, nachdem er sich vor drei Monat, 55 Jahr alt, verheirathet hat. — Und die Frau ist daran ganz unschuldig, wie man immer mehr sieht. Es ist eine ruhige, negative Verzweiflung, die zuletzt Wahnsinn geworden, obschon er noch um 4 Uhr mit Frau und Neffen ruhig gegessen, $3^1/_2$ Stunde vor der That, und sich am Donnerstag ein Diner eingeladen und dazu am Dienstag noch einen nachgebeten hatte. Was meinen Sie mit der Befürchtung, die sich schon realisirt hatte? Ich weiß davon nichts.

Das Gerücht über Adolph Canitz beruht auf nichts, als daß er (Canitz) Massows Schwager ist und Raumer, der sich in seinem Arbeitszimmer im Hausministerio erschossen hat, mit ihm verwechselt worden ist. Ein ander Fundament hat diese Geschichte nicht.

Die Geschichte mit Hinkeldey[3]) ist mir wegen „Hoffmann“ (König) sehr unangenehm, der dadurch in eine große Unruhe versetzt worden. Ich fürchte, daß die Polizeigelüste „Hoffmanns“ durch diese Geschichte noch wachsen werden. H(inckeldey)s Nachfolger[4]) ist ein vortrefflicher Mann, von ihm — H. — selbst recommandirt, aber ob er nach oben und unten genug Stand halten wird, so daß

---

[1]) Briefwechsel S. 309 ff.

[2]) G. W. v. Raumers Tod durch Selbstmord am 11. März 1856.

[3]) Hinckeldey fiel am 10. März 1856 im Duell mit Rochow.

[4]) Frhr. v. Zedlitz.

er nicht daneben zu stehen kommt, und „Brennickens“ (Hinckeldeys) Einfluß auf dessen Sbirren N(örner) und St(ieber) wird übergehn sehen, steht sehr dahin. 20.3.1856.

Die „Druckschrift von 7 Quart-Seiten[1]“) ist hier vielen Personen, namentlich allen Diplomaten, und zwar in mehren Exemplaren, aber nicht mir, zugeschickt worden. Ich habe sie aber gelesen und bin auch der Meinung, daß „Schulze“ (Manteuffel) etwas dagegen thun muß. Ich glaube wegen der Wuth gegen „Romeo“ (Manteuffel), daß das Pr(eußische) Wochenblatt dahinter steckt. Was mich betrifft, so wäre ich nicht abgeneigt, die Sache laufen zu lassen. Man drängt mich aber von allen Seiten, und so habe ich mich gegen einige Bekannte gerechtfertigt und will es auch gegen Sie thun, indem ich Ihnen anheim gebe, was Ihnen in Fr(ankfurt) leicht wird, einen Zeitungsartikel zu meinen Gunsten zu veranlassen. Meine Widerlegung ist kurz: 1) ich habe nie den Zeitungsredacteur Lindenberg aufgefordert, mit mir in Correspondenz zu treten, also auch 2) nie den Auftrag gegeben, mir über den Prinzen v. Pr(eußen) Berichte zu machen, 3) den gestohlnen Brief hat er, ohne von mir dazu veranlaßt zu sein, geschrieben, 4) derselbe enthält unwichtige Dinge und Aeußerungen des Prinzen, die S. K. H. vor vielen Personen gethan, und ist 5) deren Richtigkeit noch nicht in Zweifel gezogen worden.

Unser Beitritt zu den Conferenzen hat zwei Seiten. An sich wäre es besser, wir wären nicht dabei gewesen, dann würden wir nicht mit garantiren und engagiren. Auf der andern Seite ist aber der Beitritt eine Quittung über unsre bisherige Politik, die bei vielen Dingen zu brauchen ist. Was Sie über „Meier“ (Buol) und „Schönhausen“ (Oestreich) sagen, ist mir aus der Seele gesprochen und gewiß ganz richtig. Auch denke ich über das Concordat wie Sie — eine freie Römisch-Katholische Kirche kann weder Frankreich noch Oestreich ertragen. Aber das glaube ich doch, daß Oestreich unsern Beitritt zu den Conferenzen gewollt hat.

Die „Jarchliner“ (englische) Heirath wollen hier alle Menschen, „Hoffmann“ (der König) sowohl als „Wegner“ (Prinz von Preußen) und als „Clifford“ (Prinzessin von Preußen). Sie kommt also wahrscheinlich zu Stande. Darin bin ich aber nicht mit Ihnen einig, daß wir England sollen links liegen lassen. Man mag sagen, was man will, „Schönhausen“ (Oestreich) und „Jarchlin“ (England) sind unsre natürlichen Freunde. Dieß Princip müssen wir festhalten, besonders bei der Nähe von „Kniephof“ (Rußland) und „Külz“ (Frankreich).

---

[1]) Der Potsdamer Depeschendiebstahl, Briefwechsel S. 309.

20.3.1856. Gern schreibe ich Ihnen von dem Stande der Dinge hier, daß „Schulze“ (Manteuffel) sich sehr gut aufführt, pourvu que cela dure, daß „Hoffmann“ (der König) über „Hamlet“ (Hinckeldey) sehr afficirt ist, daß es wieder nicht gegangen, Edwin „Schulze“ (Manteuffel) hier festzuhalten und ebensowenig ihn nach „Schönhausen“ (Oestreich) als Boten zu senden.

Meine Frau ist noch immer miserabel, meine Tochter in der entschiedensten Reconvalescenz, aber ihr Zustand doch immer noch beunruhigend.

Mit alter Liebe und der Bitte, mich Ihrer Frau Gemahlin zu empfehlen, verharre ich

Ihr

treu ergebner

L. v. G.

XIX.

Lieber Bismarck!

3.4.1856. Sie werden durch die Zeitungen wissen, daß die Neuntödter schon wieder eine Bataille, aber keineswegs den Muth verloren haben, indem sie entschlossen scheinen, einen neuen Angriff auf die Erbgesessene Hamburger Bürgerschaft in 8 bis 14 Tagen zu wagen. Hudtwalker, das angesehenste Mitglied des Hamburger Senats, hat mir einen langen Brief geschrieben, um mich für das letzte Neuner Project zu gewinnen. Ich habe den Brief meinem dortigen conservativen Freund Hübbe mitgetheilt. Derselbe hat Hudtwalker sehr geistreich und schlagend widerlegt; dabei bleibt es aber. Ich habe nun Hübben geantwortet, daß damit wenig gewonnen sei, die conservative Partei müsse nach so vielen Siegen und Alliirten endlich zum Angriff übergehn und zeigen, daß die alte Verfassung lebens- und reformfähig sei. Ich bin begierig, was er darauf antwortet. Ich habe auch noch hinzugefügt, man sage, die Democratie habe die Neuner aus dem Felde geschlagen; nicht die Conservativen, die Democraten speculirten auf den Pessimismus, und man sei schon jetzt in Hamburg überzeugt, daß die Regulirung des Elbstroms, eine Lebensfrage der Stadt, niemals mit der jetzigen Verfassung zu Stande zu bringen sei. — Ich bin begierig, was Hübbe antwortet, und wollte ich danach mein Schreiben an Sie einrichten.

Nun aber dringt Se. Majestät darauf, daß ich Ihnen schreiben soll, was Sie davon meinten, wenn man von der jetzigen Lage der

Dinge in Hamburg ausgehend den Bund aufforderte, eine Commission zur Regelung der dortigen Verhältnisse hinzusenden. In Fr(a) Diav(olos) Abwesenheit (ipsissima verba) sollten Sie darüber einen Vorschlag machen. 3. 4. 1856.

Ich bin soweit der Ansicht Sr. Majestät, daß der Beweis hinreichend geliefert ist, daß ohne fremde Hilfe Hamburg ebensowenig als Münchhausen am eignen Zopf aus dem Sumpf herauskommt, aber überlegt muß die Sache doch werden, sowohl mit Oestreich, was aber hiebei stets sehr willig gewesen, als auch mit den andern Mächten. Dann ist auch an die Personen zu denken. Goetze, Uhden, Kleist (der lange) bei uns, Scheele in Hannover, Langenn in Sachsen, Oertzen-Leppin in Meklenburg u. s. w.

Schreiben Sie mir darüber doch bald gefälligst Ihre Ansicht für S. M.

Manteuffel ist auf den Gipfel des Ruhms erhoben mit schwarzem Adler, Oehlblatt u. s. w. Ich gönne es ihm, denn seit dem Januar 1855 ist seine Politik eine sehr gute gewesen. Brillant war sein Widerstand gegen U(sedom), W(edell) und O(lberg). Aber sehr schwach war der Februar 1854, der April, Juni desselben Jahrs und dann wieder der Dezember 1854. Doch dem sei, wie ihm wolle. Ende gut, Alles gut.

Was sagen Sie denn zu der Englischen Heirath. Die Russen sind sehr böse darauf, und werde ich wohl in meinen 7 Generaladjudantenjahren erleben, zuerst als Austromane, dann als Russomane und zuletzt als Anglomane verschrien zu werden, ohne daß man uns doch sonst Schuld giebt, Girouetten[1]) zu sein.

Uebrigens wird die Politik so intressant werden nach dem Frieden, daß es sich der Mühe lohnte, noch einmahl jung und Diplomat zu werden.

Ich sehne mich nach einem Briefe von Ihnen, aber nach einem vielseitigen und ausführlichen.

Mit alter Liebe und Verehrung

Charlottenburg, 3. April 56.

Ihr
treu ergebner
L. v. G.

Soeben erhalte ich die Anlagen,[2]) die ich s. vot. rem. übersende. Selbst, wenn die Neuner Verfassung angenommen werden sollte, könnte noch eine Bundescommission hingehn. Eben erhalte

[1]) Wetterfahnen.

[2]) Zwei Briefe, einer von Kamptz, der andere von Hübbe, beide vom 2. April.

3. 4. 1856. ich auch noch einen Brief von Manteuffel, der aber eben nichts besonders Neues enthält. — Wenn Sie periculum in mora fürchten, so telegraphiren Sie wohl; der König würde Ihnen Vollmacht geben.

Mein Bruder hat wegen des Briefdiebstahls und namentlich wegen Seiffert eine Interpellation anbringen wollen, aber horribili (sic) dictu aus Furcht vor den Manteuffels, von denen der Unterteufel[1]) scharf dagegen gesprochen, keine 30 Unterschriften erhalten. Er bringt nun einen Antrag ein.[2])

XX.

Charlottenburg, 7. April 1856.

Lieber Bismarck!

7. 4. 1856. Soeben habe ich Ihre Depesche vom 4. d. M.[3]) gelesen und beeile ich mich dazu von hier aus einen kurzen factischen Commentar zu übersenden.

1. Nach dem, wie Oestreich sich bisher in der Hamburgschen Sache benommen, ist es anzunehmen, daß es unsern Bemühungen nichts im Wege (sic) setzen wird, da selbst Buol mehrfach erklärt hat, sich dabei ganz an Preußen anschließen zu wollen. Subalterne östreichische Agenten, unter andern der Minister-Resident in Hamburg sollen allgemeine Instructionen auf einen besondern Fall anwendend oft in entgegengesetztem Sinn gehandelt haben. Gr. Thun hat mir mehremahl gesagt, es könne nicht im östreichischen Intresse liegen, daß aus den deutschen freien Städten kleine Schweitzer Republiken gemacht würden, was den Parteienkampf und sein Ziel in Hamburg ganz gut bezeichnet.

2. Der König, der mich aufgefordert hat, Ihnen über Hamburg zu schreiben, ist mit Ihrer Auffassung der Sache ganz einverstanden. Er hat ein eigenhändiges Schreiben an Arnim nach Wien geschickt und demselben aufgegeben, Oestreich zu einem Einschreiten des Bundes aufzufordern, und dabei auch erklärt, Preußen würde es niemals zugeben, daß die souveraine Gewalt in Hamburg gegen die Beschlüsse von Kaiser und Reich vor 150 Jahren in andre Hände überginge.

3. Die conservative Partei, welche nach dem, was mein Correspondent sagt, im Wachsen begiffen ist, leugnet, daß die Erb-

[1]) Unterstaatssecretär Carl v. Manteuffel.

[2]) Antwort Bismarcks vom 5. April 1856, s. Briefwechsel S. 311 ff. Ich gebe diesen Brief nach dem Original oben 3 Nr. XI. S. 172 ff.

[3]) Noch nicht veröffentlicht.

gesessene Bürgerschaft so intraitable sei, und namentlich, daß sie sich weigere, die Kosten zur Elbregulirung herzugeben. Ich habe an Hudtwalker und an ihn geharnischte Briefe geschrieben. 7.4.1856.

Sie intressiren sich wohl gar nicht mehr für die Kammerdebatten. Auf die langweilige Depeschendiebstahlssache will ich Sie nicht führen, wohl aber auf die Finanzdebatten in beiden Häusern, wobei die Rechte bei den Abgeordneten, wie bei den Herren zum erstenmahl ächt ständisch im Gegensatz des Constitutionalismus aufgetreten sind (lies: ist). Extraordinaire Steuern für extraordinaire Ausgaben ist es Sache der Stände zu bewilligen, nicht aber jährlich mit kindischer Arroganz an dem Ausgabebudget herum zu mäkeln. Diese Sache ist für unsre Zukunft wichtiger als man glaubt, und ich weide mich noch manchmal in dem Gedanken, daß es uns beschieden ist, auf der einen Seite den schlechten Constitutionalismus, auf der andern den ebenso schlechten Absolutismus zu bekämpfen und dabei die ächte germanische Freiheit zu retten.

„Schulze" (Manteuffel) feiert in „Külz" (Frankreich) einen Triumph nach dem andern. Ich gönne ihm diesen Sieg, denn seit dem Januar 1855 hat er sich gut ausgeführt (sic). Aber sonderbar ist es doch, wie es in der Welt hergeht. Denken Sie an den Februar 55, wo Alb. Pourt(alès) durch eine Wunde kurz vor Abschluß einer Convention mit „Schönhausen" (Oestreich) und „Külz" (Frankreich) gestürzt wurde; denken Sie an den Aprilvertrag und dessen Zusätze, an den Dezember 1854 u. s. w. Ebenso, wo nun „Romeo" (Manteuffel) sich gut benahm, aber „Bedford" (der König) unbegreiflich war, an die W. O. U.[1])-Verhandlungen. Das ist Alles vergessen, und die consequente preußische Politik feiert ihren Sieg, und der brave Crillon oder die braven Crillons müssen sich aufhängen, car ils n'y furent pas.

Was wird aber nun werden? Eben habe ich einen Brief über dieses Thema von „Wegner" (Prinz von Preußen) an „Hofmann" (den König) gelesen, der mir wenig Aufschluß gegeben hat. Wie kommt aber dieser „Salisbury" (Prinz von Preußen) dazu, sich für einen großen Staatsmann zu halten, der, als ich bei ihm war, die Bescheidenheit in Person entwickelte? Wenn „Bullrich" (Napoleon III.) seinem Vorfahren gleicht, so geht er nach Spanien, thut er das nicht und wählt er statt dessen Algerien, dann hat er nicht das nöthige Maas, und dann muß man eines andern warten, der das alte Europa abfuchtelt, denn gefuchtelt wird es. Dann endigt „Glocester" (Napoleon III.) als Intriguant oder fainéant und sinkt als Opfer innerer Unruhen. Schreiben Sie doch über die jetzigen „Schönhausenschen" (östreichischen) Intriguen.

---

[1]) Wedell-Olberg-Usedomschen.

7.4.1856. Ich habe viel Noth nicht im uneigentlichen,[1]) sondern im eigentlichen Rohrbeck. Sonst ist hier Alles im ruhigen Gange, auch über „Brennicken“ (Hinckeldey) beruhigt sich „Hofmann“ (der König), und des ersten Nachfolger gefällt mir sehr wohl.

In meinem Hause ist fortwährend Leiden, wenn auch ohne augenblickliche Gefahr. Empfehlen Sie mich der Frau Gemahlin.

Ihr

treu ergebner

L. v. G.

XXI.

Charlottenburg, 8. April 56.

8.4.1856. Ihren Brief vom 5. d. M.,[2]) lieber Bismarck, erhielt ich gestern Abend, und heute früh durch Kamptz und Hübbe die Benachrichtigung, daß die Erbgesessene Hamburger Bürgerschaft mit großer Majorität von Neuem das Neuner Project verworfen hat.

Ihr Brief ist eine treffliche Schilderung, wie die Dinge am Bundestage gehn, und obschon ich mir es ungefähr so gedacht, so habe ich es doch so nicht gesehn, denn Sie bringen die Situation zur Anschauung. — Was ist nun zu thun? Wäre ich Ihr Minister, so würde ich Ihnen aufgeben, das Terrain zu sondiren, ob der Vorschlag eine Aussicht auf Erfolg habe, ex officio diesem Zustande unaufhörlicher Spannung und provisorischer Unsicherheit durch eine Bundescommission im Intresse der innern Sicherheit Deutschlands ein Ziel zu setzen.

An Hübbe hatte ich auch schon geschrieben und den Brief abgeschickt, bevor die Nachricht von der Neuner Verfassung eingegangen war. Ich werde ihm nochmals schreiben, er solle thätig sein, sich mit der sogenannten liberalen Fraction der Opposition vereinigen und den Senat vermögen, eine Commission aus seinem Schooße, aus den Oberalten, aus den Conservativen ꝛc. niederzusetzen, die über die zu machenden Vorschläge über die Reform der alten Verfassung berathschlagt.

Kamptz hat eine Commission von Senat und Oberalten vorgeschlagen, die Reformen vorlegen sollte. Der Syndicus Merk ist aber der Meinung, daß auch das zu nichts führen würde, indem die Erbgesessene Bürgerschaft Alles abweisen würde.

---

[1]) Das uneigentliche Rohrbeck ist „Preußen“, das eigentliche Gerlachs Landbesitz.

[2]) Siehe Briefwechsel B. 311 f., oben S. 172 ff.

Ohne Erfolg wird es nicht bleiben, wenn Sie am Bunde, Kamptz in Hamburg, Hübbe und der Anführer der Liberalen Trittau sich alle für den Weg der Reform erklären. 8. 4. 1856.

Manteuffel kommt gegen den 14. d. M. zurück und wird hier wie ein Sieger empfangen werden. Den schwarzen Adler hat er schon, der König ist sehr eingenommen für ihn und überhaupt jetzt ganz ministeriel. — Ich habe nichts dawider, aber sonderbar ist es doch, wie die Dinge gehn. Freuen kann ich mich über diesen Frieden nicht, und milde ausgedrückt, ist die Freude voreilig. Wir werden bald empfinden, daß L. Bonaparte Napoleon III. sein will. Ich bin überhaupt sehr überdrüßig dieser Dinge; diese Hinkeldeysche Geschichte, die Behandlung des Briefdiebstahls und die Art, wie den beiden Häusern das Beste, was sie machen, wie z. B. die Finanz-Opposition, vorgeworfen wird, nimmt mir allen frischen Muth. Es versteht sich, daß das Alter daran einen großen Theil hat; selbiges ist aber auch schon ganz allein hinreichend, sich zurückzuziehn. Sie sind noch jung und können noch viel erleben, und für Sie blüht noch Weitzen aus den jetzigen Saaten. Nichts aber greift mein Herz so an, als wenn ich sehe, wie unser allergnädigster Herr das Beste von dem aufgiebt, woran er als Kronprinz und auch noch bei dem Antritt seiner Regierung hing.

Mit alter Liebe

L. v. G.

XXII.

Potsdam, den 17. April 1856.

Lieber Bismarck!

Auf Ihren Brief vom 8. d. M., den mir Schulenburg überbrachte,[1]) habe ich noch nicht geantwortet. Ich thue es heute, da ich schon wieder über Hamburg schreiben muß. Aus den beiden anliegenden Briefen, die ich mir gefälligst zurückzuschicken bitte, werden Sie sehen, daß die Nachrichten von Kamptz und die von Hübbe über das, was der Senat jetzt nach seiner zweiten Niederlage vorhat, verschieden sind. Ich halte aber die Kamptzschen Nachrichten für die richtigern, und wäre danach diese sehr wichtige, aber nachgrade langweilige Sache auf richtigem Wege. Seyn Sie doch aber so gütig, den Hübbe'schen Brief auch zu beachten, damit der Bund nicht durch ein democratisches Manöver des Senats überfallen wird. 17. 4. 1856.

[1]) Briefwechsel S. 312 ff.

17.4.1856. Schulenburg, Ihren Schützling, protegire ich nach Kräften, bei dem Könige, bei Manteuffel und selbst bei Balan. Letztern habe ich in Manteuffels Abwesenheit jetzt oft gesehn. Er ist einsichtsvoll, ehrgeizig und begreift schnell, und ist ebenfalls über die schlechten Umgebungen seines Chefs außer sich. Dieser Mann kommt nun mit Ruhm bedeckt und mit dem schwarzen Adlerorden geschmückt von Paris zurück, und ist, wenn Sie diesen Brief erhalten, bei Ihnen vielleicht in Frankfurt. Ich gönne ihm Alles Gute, denn er hat vom Januar 1855 an sich gut benommen, und soviel man es von Weitem beurtheilen kann, auch in Paris.

Die Englische Heirath ist nunmehr ein fait accompli. Man muß sich darin finden. Die Anglomanie fürchte ich nur für einige Narren, an denen doch nichts gelegen ist. Aber die Coburger Verwandtschaften und Intriguen fürchte ich. S. M. halten diese Heirath für ein großes Glück.

Zunächst kommt es wohl nicht zum Bruch mit England und Frankreich, aber die Vorbereitungen dazu werden schon bei Spanien und Italien beginnen. Bonaparte bereitet eine Expedition gegen Algier vor, die dahin bestimmte Armee kommt aber schneller nach Genua und die Präludien zur Einmischung in die Italiänischen Angelegenheiten sind schon in Paris angeschlagen worden. — Ich bin Ihrer Meinung, daß wir einer Russisch-Französischen Allianz nicht entgegentreten können, aber von dem Grundsatz kann ich nicht abgehn, daß es unsre Aufgabe ist, Rußland mit England und Oestreich zu versöhnen. Die Erbitterung der Russen gegen Oestreich soll weit die gegen England übertreffen. Was hat aber Buol dazu gebracht, Rußland bis zuletzt zu erbittern, was England, ebenso mit uns zu verfahren?

Sie sollten mahl herkommen, um den Stand der Dinge im Innern zu sehen. Die beiden Häuser sind matt und übermüthig zugleich. Alles sagt, man könne sie missen. Ich glaube es nicht und spreche meinen Unglauben auch aus, obschon ich mich dadurch nicht bei S. M. insinuire. Bedenken Sie nur, was die Kammer gegen die Minister ausgerichtet.

Ihr Haß gegen Oestreich errinnert (sic) mich an Radowitzens, lange vor 1848. Da Sie und er sehr verschieden sind, muß er wohl Grund haben. Wir können aber doch nicht von einander lassen.

Schreiben Sie bald wieder und verzeihen Sie diesen eiligen Brief, den ich mit heißem Kopf und müden Augen schreibe.

Ihr

treu ergebner

L. v. G.[1])

---

[1]) Antwort Bismarcks vom 28. April 1856 s. Briefwechsel S. 315 f..

XXIII.

Berlin, den 5. Mai 1856.

Lieber Bismarck!

Im Begriff, nach Rohrbeck zu reisen, wo meine Gegenwart nöthig ist, indem das dortige Ministerium wechselt — ich schreibe ohne Chiffre — muß ich mich doch noch beeilen, Ihr Schreiben vom 28. v. M.[1]) zu beantworten, besonders nachdem ich das an Manteuffel[2]) gelesen habe. 5. 5. 1856.

Ich bin von Ihrer Auffassung der jetzigen Lage unsrer Politik nicht so weit ab, wie Sie glauben; ich möchte Sie nur vor allen Dingen bitten, das leitende Princip nicht aus den Augen zu lassen. Schon nach dem, was mir „Schulze" (Manteuffel) von „Meiers" (Buols) Benehmen in Paris sagte, war ich überzeugt, daß jetzt kein Geschäft mit „Schönhausen" (Oestreich) zu machen sei, aber dessen ungeachtet ist und bleibt „Bullrich" (Napoleon) unser eigentlicher Gegner.

Alles, was Sie über die Zustände in Deutschland und selbst in England sagen, unterschreibe ich vollständig. Sie haben in dem, was Sie Manteuffeln geschrieben, meinen dunkeln Ahndungen Worte geliehen und dieselben zu der Klarheit des Begriffs gesteigert. In diesem Allem bin ich vollständig Ihrer Meinung. Geben Sie mir aber nur dafür das zu, daß, so lange es so steht, wir in dieser ganzen Geschichte Gegner und Feinde erblicken müssen. „Kniephof" (Rußland) und „Külz" (Frankreich) dürfen in uns nie den Dritten in ihrem Bunde sehen, und wir müssen unverdrossen daran festhalten, „Jarchlin" (England) und „Schönhausen" (Oestreich) mit „Kniephoff" (Rußland) zu nähern.

Sie sagen nach Ihrer scharf ausgesprochnen und ausgeprägten Kritik nicht, was denn nun geschehen soll. Sie sagen nur: „Das nicht."[3]) Auch darin bin ich fast ganz Ihrer Meinung. Es wäre Thorheit, mit Doctrin die Politik machen zu wollen. Die jedesmalige Lage der Dinge muß entscheiden, was zu thun ist. Vorbereiten muß man sich doch aber für alle Eventualitäten. Einem Freunde setzte ich meine Ansicht auseinander, worauf mir dieser erwiederte: Das ist Alles unnütz, denn wenn es soweit kommt, ist es mit „Glocester" (Napoleon) aus. Hier liegt aber ein gefährlicher Irrthum verborgen. „Glocester" (Napoleon) ist zwar ein Individuum, aber

---

[1]) Briefwechsel 315 f.

[2]) Vom 26. April 1856, Poschinger, Preußen im Bundestag II 359 ff. Nr. 191, oben S. 63 ff.

[3]) Diese Bemerkung veranlaßte Bismarck zu dem ergänzenden Schreiben vom 10. Mai 1856, Poschinger a. a. O. 376 ff. Nr. 196, oben S. 74 ff.

5. 5. 1856. zugleich Repräsentant einer ganzen Zeitrichtung, und letzteres in dem Grade, daß seine von ganz Europa angestaunte Klugheit damit zusammenhängt. Auf Philipp folgte Alexander, und Alexanders Nachfolger selbst setzten dessen Eroberungen fort.

Doch das sind Dinge, über die man besser spricht als schreibt. Mir lag es nur vor meiner Reise noch auf dem Gewissen, Ihnen zu schreiben, damit Sie sich nicht einbildeten, ich beurtheilte Sie einseitig.

Sonnabend, (den) 10. denke ich wieder hier zu sein.

In meinem Hause ist noch immer Elend. Meine Tochter ist, wenn auch wieder in einer Art von Besserung, doch in einem sehr unsichern Gesundheitszustand. Meine Frau auch sehr schwächlich.

Die Herrschaften sind wohl. Fr(a) Diavolo sehr vernünftig, sehnt sich nach dem Lande. Die Nachrichten von der Kaiserin von Rußland sind nicht sehr beruhigend.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin.

Wie immer

Ihr

L. v. G.

XXIV.

Sanssouci, den 5. Junius 1856.

Lieber Bismarck!

5. 6. 1856. Daß ich so lange nicht an Sie geschrieben habe, ist einmahl durch die Unruhe, in der wir hier wegen der vielen fürstlichen Besuche leben, und dann durch die neue Wendung der Politik veranlaßt, welche der nunmehr abgeschlossne Friede bewirkt hat, und die bei meinem durch Alter und Abnutzung steif und ungelenk gewordnen Verstand zunächst verdaut und verarbeitet werden muß. Zu allem diesen haben die Russischen Besuche und die Unterredungen mit Gorczakow, Meyendorff, Budberg u. s. w. hinreichend mitgewirkt. Doch zunächst von Ihrem Briefe vom 29. v. M.[1])

Reitzenstein wird Ihnen gesagt haben, daß ich das Mögliche gethan habe, ihm zu helfen. Sie kennen ja aber unsern Herrn, dem es sehr schwer wird, gegen Leute, in (lies: zu) denen er einmahl in solchem Verhältniß steht, wie zu Wedel(l), scharf einzuschreiten. Daß ihm dieß nicht erleichtert wird, ist aber Schuld der Minister,

---

[1]) Muß heißen 28. Mai, Briefwechsel S. 316 ff. Dort ist das Datum falsch angegeben.

5. 6. 1856.

die so an den Feind angehn müßten, daß der König sie nicht stecken lassen könnte. — Die dänische Sache kann ich nicht ganz übersehn. Sie gehört, davon bin ich a priori überzeugt, zu denen, die man mit beiden Händen anfassen sollte, um sich bei dem Bunde eine selbstständige Geltung zu schaffen und Oestreich mit fortzuziehn, analog, nur noch viel eingreifender, als wir bei Hamburg bis jetzt doch mit Glück in Compagnie gewirthschaftet haben (die Neuntödter haben sich aufgelöset, und Hübbe hat ihnen (lies: Ihnen) sein Buch geschickt, was Sie doch lesen müssen). Die dänische Sache habe ich mit dem Könige besprochen und werde auch Mant(euffel) anzuregen suchen.

Nun komme ich zu der allgemeinen Politik und zu ihrem stets sehr naheliegenden Verhältniß zur deutschen. Zuerst die Personen, mit denen ich darüber an einander gewesen bin. Wie sich versteht S. M. und Fr(a) Diavolo. Beide aber nicht ganz offen gegen mich, obschon beide nie so entgegenkommend gewesen sind, dann Nesselrode, Meyendorf(f), Gorczakow, Budberg, und wenig direct, aber viel indirect der Kaiser von Rußland.

Gorczakow ist ein angenehmer, offner und, da er noch neu in seinem Posten ist, parlanter Mann. Meyendorf(f) kennen Sie, er hat das Princip, worauf es jetzt ankommt, richtig aufgefaßt.

Die Russisch-Französche Allianz vorausgesetzt — und bedrohlich ist sie jedenfalls — läge ein Bündniß mit England und Oestreich principiell am nächsten. Ich räume aber mit Ihnen ein, daß dieß für jetzt unmöglich. Beide, Oestreich und England, fürchten Bonaparte, und beide sind dadurch völlig unzuverläßig. Oestreich ist noch dabei aus Liebhaberei perfide, besonders Buol, von dem mir Seebach famose Dinge erzählt hat. Irgend etwas mit diesen beiden Mächten England und Oestreich abzuschließen, ist daher völlig unthunlich. Nach meiner Art zu denken, muß man aber, wenn einem solch ein theoretisch richtiges Princip in concreto oder in der Praxis unmöglich gemacht wird, nicht herunter, sondern hinaufsteigen. Ich habe also den Russen Folgendes gepredigt: „Ihr seyd von Europa unter dem Vorwande angegriffen worden, daß Ihr Eure Sache mit der Türkey einseitig habt abmachen und zu Ende bringen wollen. Ihr seid zu einem Frieden gebracht worden, worin Ihr habt anerkennen müssen, daß alle Europäische Angelegenheiten, incl. die Türkischen, vor das Forum der fünf Mächte gehören. Acceptirt diesen Satz und tretet nun als eine der fünf Mächte bei jeder Gelegenheit ins Geschirr!"

Solche Fälle sind eingetreten. Gorcz(akow) erzählte mir, Oestreich habe sich über Cavour quasi gegen Rußland beklagt. — „Was haben Sie geantwortet?" — „Nichts!" — „Das ist ein Fehler! Sie hätten sofort für Oestreich Partei nehmen müssen,

5. 6. 1856. nicht quoique, sondern parceque Sie von ihm schlecht behandelt worden sind. Wenn Rußland sich z. B. Preußens annimmt, so ist es richtig, macht aber nicht den Eindruck, als wenn es gegen seinen alten Feind das Recht geltend macht.“ Dieß war Gorczakow etwas starke Speise. — Hier ist eine Würtembergsche (vielleicht Klindworthsche[1]) und daher sehr schlechte) Nachricht. England und Frankreich wollten die Bourbons aus Parma vertreiben. Wäre dieß wahr, so hätte man eine neue Veranlassung oder einen neuen Vorwand, sich Oestreichs anzunehmen.

Gegen die Occupation von Griechenland will Rußland wirklich auftreten, was ganz richtig ist; ebenso sollte es gegen die Gewaltthätigkeiten der Türken gegen die Christen sich in Gemeinschaft mit den andern Mächten erheben.

Der Kaiser[2]) ist noch nicht so fest im Bügel, wie der Herr Vater, Gorczakow ist auch neu, so daß dieß Alles noch ganz gut werden kann, aber noch mittelmäßig ist. Unsre Aufgabe ist keine Allianz, aber jedesmahl ein Anrufen der Gemeinschaft für gegebene Fälle. So muß auch in Deutschland verfahren werden, Rechtsschutz überall, und außerdem an der Spitze von dem, was Noth thut, Handelsfreiheit u. s. w., dieß wäre mein Programm für jetzt, und ich würde mich sehr glücklich schätzen, wenn Sie darauf eingingen, besonders stolz würde ich sein, wenn Sie es trivial und als sich von selbst verstehend behandelten, denn das wäre in meinen Augen das größeste Lob. Mit Nesselrodes Abgang hört leider in der Russischen Politik die Tradition von 1812—15 auf.

Der Kaiser von Rußland ist von seinem Aufenthalt sehr entzückt und hat sich über das Attest sehr gefreut, was der König ihm durch seinen Toast gegeben hat.[3]) Klug ist der Friede wirklich, wenn auch nicht heroisch.

Seeb(ach), der mit Bonaparte viel verhandelt, hält ihn für nicht wissend, was er jetzt wolle. Nachdem ich die Idées Nap(oléoniennes) gelesen, halte ich ihn, B., doch für einen sehr consequenten Kopf, wenn auch gewissermaßen bornirt, practisch bonapartistisch mehr als den alten, theoretisch socialistisch, wovon der alte weit ab war. — Eine Sache unterscheidet ihn vom Onkel. Er ist 48 Jahre und noch nie im Kriege gewesen. Es ist fast nicht möglich, daß für einen 48ger der Krieg, den er nicht kennt und nie gesehn, nicht imposant und furchtbar erscheinen sollte.

---

[1]) Klindworth war ein damals sehr bekannter, aber auch sehr unzuverlässiger Agent, dessen man sich in der Diplomatie viel bediente.

[2]) Alexander II.

[3]) „Preußen und ganz Europa müsse ihn für das segnen, was er gethan habe“, Denkwürdigkeiten des Generals v. Gerlach II. 429.

Seine nächste Aufgabe ist Spanien gegenüber. Sich hinein zu begeben, verhindert der Aberglaube, weil der Onkel bei diesem Unternehmen verunglückt ist. Hier muß er mit England aneinander gerathen, z. B. wenn er Narvaez losläßt, ebenso in Italien und bei der Organisation der Fürstenthümer. Bei letztern wird eine Einigung, d. h. eine wahre Einigung mit Oestreich ganz unmöglich sein. 5. 6. 1856.

Die Reise des Königs von Würtemberg nach Paris ist doch ein stark Stück. In diesem Sinn — darin haben Sie gewiß vollständigst Recht — werden wir noch famose Dinge erleben. Ein Zeichen der Zeit ist auch, daß der Prinzregent v. Baden gern wirklicher Großherzog werden will, und daß die Prinzeß von Preußen, wie man mir gesagt, ihn darin bestärkt. Das gefällt mir gar nicht. Der Gestank der Usurpation und Illegitimität ist doch jetzt selbst für Prinzessinnen zu piquant, um ihn missen zu können. Und dann ist ein solches Verfahren ein Schritt weiter, die Fürstl. Würde zu einem nach Verdienst verliehnen Amte zu machen. — Sie müssen nothwendig mahl wieder herkommen, denn F(ra) D(iavolo) ist doch durch seine Pariser Mission bedeutend gehoben. Ich kann ihn jetzt aber nur loben.

Ich schicke diesen Brief unter bekannter Addresse,[1] bitte mich derselben gehorsamst zu empfehlen und verharre wie immer

Ihr

L. v. G.[2]

XXV.

Lieber Bismarck!

Als ich Ihren Brief mit dem Postzeichen Stolpmünde[3]) sah, wehten mich heimische Lüfte an, denn das ist doch klar, daß es in Hinterpommern besser und vaterländischer ist als am Rhein, und wenn dort auch noch einmal ein Parlament in der Paulskirche zusammentreten sollte. Radowitz war von dem endlichen Siege dieser Sache überzeugt, wie mir letzt der Oberstlt. Deetz unwiderleglich bewiesen hat. 2. 9. 1856.

---

[1]) Der Frau v. Bismarck.

[2]) Nach diesem Briefe trat eine längere Pause in der Correspondenz ein; Bismarck nahm sie durch den Brief vom 25. August 1856 wieder auf.

[3]) Briefwechsel S. 319 ff.

2. 9. 1856. Intressant war mir Ihre Bemerkung über die geistige Ueberlegenheit der Frauen über die Männer in der jungen Generation. Das kommt glaube ich davon, daß die Frauen doch wenigstens eine Generation die Sitte länger bewahren, als die Männer. Auffallend ist mir auch, wie wenig die jetzige junge Generation sich bemühen will, etwas zu werden. Sobald es ihnen unbequem wird, ziehen sie sich zurück auf die Hufe und ambitionniren höchstens den Landrath, einen Posten, den doch nur wenige bekleiden können. Durch diese Trägheit halten sich die Alten viel zu lange im Dienst, wovon ich selbst ein Beispiel abgebe, aber hoffentlich nicht mehr lange abgeben werde.

An Schweinitz zum Flügeladjudanten habe ich schon selbst gedacht und will ihn auch nochmals dem Könige nennen. Er hat einige gefährliche, weil sehr qualificirte, Rivale.

Sie wollen zur Hochzeit[1]) am 20. September nach Berlin kommen; so sehr ich mich auch freuen würde, an dem Tage mit Ihnen zusammenzutreffen, so möchte ich doch mir einen Urlaub erbitten, der über diese Zeit hinausginge bis zum 1. October. Ich habe viele Gründe, die mich dazu bestimmen; unter andern mein Jubileum. Am Freitag gedenke ich mit den Meinigen nach Rohrbeck zu gehen und bis zum 1. October circa dort zu bleiben. Von den Reisen habe ich mich losgemacht und möchte mich noch von mehr losmachen. Meine jüngste Tochter ist fortwährend krank, und wie ich glaube, recht gefährlich, wenn es ihr auch jetzt leidlich geht.

Bei unserer Differenz über Oestreich ist für mich das Unangenehme, daß Sie in allen Beschuldigungen, die Sie gegen dessen Politik vorbringen, Recht haben. Jetzt haben sie sich wieder gegen Rußland genau so schlecht genommen, als während der ganzen Orientalischen Wirthschaft gegen uns. Aber was kann das Alles helfen, der Bonapartismus ist dennoch unser eigentlicher Feind und Oestreich — endlich — unser nothwendiger Alliirter, wie wir 1813 von Oestreich, nachdem wir von 1794 bis 1813 mit ihm auf sehr gespanntem Fuß gewesen waren. Sie sind zu jung zu diesen Errinnerungen, aber, glauben Sie mir, der Bonapartismus ist der ärgste Feind der Christenheit, und das wird sich diesmal noch deutlicher zeigen als bei dem ersten Auftreten desselben. Irre ich mich in diesem Punct, so bin ich in Wahrheit veraltet und reif, weggejagt zu werden. — Sonderbar ist die jetzige Ruhe in Europa und der Eindruck der Langeweile, den man selbst am 15. August in Frankreich empfunden hat. Unterm alten Bonaparte sagte ein Präfect: L'Empereur veut qu'on s'amuse, et Vous savez, il ne badine pas.

---

[1]) Der Prinzessin Luise mit dem Großherzog Friedrich von Baden.

Ueber die Geschichte des Prinzen Adalbert möchte ich Ihrer Ansicht beitreten, wenn sie (die Geschichte) nur nicht zu sinnlos ist. Noch möchte ich aber nicht dieses Verdict aussprechen. 2. 9. 1856.

Leben Sie wohl, erquicken Sie sich in der Ostsee, empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und Ihrem Herrn Schwiegervater, wenn er sich meiner errinnert.

Mit alter Liebe und Verehrung

Berlin, 2. Sept. 1856. L. v. G.

XXVI.

Rohrbeck, den 23. November 1856.

Lieber Bismarck!

Ihr Schreiben vom 14. d. M.[1]) habe ich vorgestern hier erhalten, wo ich wahrlich nicht „schmollend", sondern in großer Seelenangst weile, indem ich auf der einen Seite mir Vorwürfe mache, nicht auf meinem Posten zu sein, auf der andern es aber doch nicht über das Herz bringen kann, meine todtkranke Tochter und meine sehr elende Frau zu verlassen. Dessen ungeachtet bin ich genöthigt, Sie (lies: Ihnen) mit einer Antwort, die natürlich wenig Intressantes und Wichtiges enthalten wird, lästig zu werden. 23. 11. 1856.

Daß Sie an F(ra) D(iavolo) nur quasi allotria melden, könnte mich über meine hiesige Ruhe einigermaßen trösten, aber ich bin doch nicht ohne große Sorge über den Gang der Ereignisse, denn wenn ich auch nicht die angetrunknen Phantasiestücke[2]) des Sardiniers fürchte und ebenso nicht ganz Ihr Mistrauen gegen Oestreich theile, so scheint es mir doch eine Realität, daß sich neue Allianzen der bedenklichsten Art bilden. Frankreich—Rußland auf einer, Oestreich—England auf der andern Seite, und wir durch das unglückliche Neuenburg nach Frankreich mit vier Trakehner Hengsten und einem Thronerben hingezogen. Aber das Alles würde mir

---

[1]) Briefwechsel S. 322, dort mit dem Datum des 15. November, doch hat das Original: 18. November, und Gerlach hat sich verlesen.

[2]) Bismarck a. a. O.: „Er (Barral, der sardinische Gesandte am Bunde) war etwas angetrunken, als diese Phantasiestücke wider seinen Willen aus ihm zu Tage traten;" über dieselben s. auch den Bericht an Manteuffel vom 18. Nov. 1856, Poschinger a. a. O. IV 244 ff. Nr. 102.

23.11.1856. keine Furcht einflößen, wenn nicht der Bonapartismus mächtige Vertreter an F(ra) D(iavolo) und an meinem neuen Collegen[1]) am Hofe hätte.

Ihr neuer Freund H—g[2]) ist, da ich einmal (Gott sey Dank nur passive) in den Briefdiebstahl implicirt bin, für mich eine wichtige Person. Er war früher Polizei-Officiant in Minden und wurde, weil er dort einen Streit mit Niebuhr gehabt, abgesetzt. Er hat den Briefdiebstahl zuerst denuncirt, theils an einen Secretär des Hausministeriums, theils an Niebuhr selbst. Uns blieb nichts übrig, als diese Sache Hinkeldey zu übergeben, der sie dann für sich gehörig ausbeutete, sich damit wichtig machte und mich und Niebuhr, um in seinem Genuß nicht unterbrochen zu werden, irre führte, indem er Alles auf die Post schob. H(assenkrug) hat von Anfang an als Hauptautor dieser Infamie auf die französische Gesandtschaft gewiesen, und ich bin fest überzeugt, daß F(ra) D(iavolo) aus dieser Quelle die beiden Briefe erhalten, die er mir und S. M. mitgetheilt hat. Er gab mir sein Ehrenwort, als ich ihm zu Dache stieg, daß er niemals mir einen Brief hätte entwenden lassen, und erklärte, jene beiden Briefe von einem braven Mann (Mostrich ungeachtet des Buchwaizens) erhalten zu haben, der sie von einer Canaille hätte, den erstern dürfe er aber nicht nennen. — F(ra) D(iavolos) steter Zusammenhang mit der französischen Gesandtschaft, der bei jeder Gelegenheit hervortritt, ist überhaupt sehr sonderbar. Ich hätte daher sehr gewünscht, Sie hätten den H(assenkrug) einmahl auf dieses nicht unintressante Thema gebracht, denn den Berliner Vernehmungen, wenn dieselben auf Ihren Bericht noch statt haben sollten, traue ich nicht, da dort Alle ein verletztes Gewissen haben, aus dem der natürliche sündhafte Mensch sich lieber durch neue Listen als durch reuige Umkehr hilft. Schon das ist sonderbar. H(assenkrug) ging nach Paris, wurde dort arretirt, und angeblich von hier reclamirt, man weigerte sich ihn auszuliefern, und hernach hieß es, er sei nach Cayenne deportirt. Wie kommt er jetzt nach Frankfurt? Wäre es so unmöglich, daß man seine Auslieferung selbst verhindert hätte, und daß man auch jetzt eine gründliche Vernehmung dieses Menschen verhindern würde.

Nach meinen Berliner Nachrichten nehmen auch die Kirchen-Conferenzen eine sehr bedenkliche Wendung. Diese unglücklichen Unions-machereien werden die Kirche zerrissen und zersprengt bei einem Regierungswechsel den Freimaurern überliefern.

Wenn ich schmollen wollte, hätte ich genug Gründe dazu, wenn auch keine persönlichen.

---

[1]) Von Willisen.

[2]) Hassenkrug, s. Bismarcks Brief vom 18. Nov.

Empfehlen Sie mich und die Meinigen Ihrer Frau Gemahlin, an die ich diesen Brief addressire. 23. 11. 1856.

Noch traue ich nicht ganz der Reconvalescenz des lieben Hans Kleist. Es ist auch nicht gut, daß er den Kirchenconferenzen nicht hat beiwohnen können.

Mit alter Liebe

Ihr

treu ergebner

L. v. G.

1857.

XXVII.

Erlauben Sie, mein verehrtester Freund, daß ich Ihnen anbei einen Coupon aus der Augsburger Zeitung über die Vertheidigung des Bodensees übersende.[1] 6. 2. 1857.

Der König ist darauf aufmerksam geworden und wünscht, daß die Sache in Ueberlegung genommen werden soll. Es kommt nun darauf an, wie man es angreift, ob durch die Militaircommission am Bundestage oder durch directe Verhandlungen.

Zunächst müßte man wissen, was die Schweizer gethan haben; dann wären die Gegenmaasregeln zu überlegen und besonders die

---

[1]) Der beigefügte „Coupon" lautet:

☞ Vom Bodensee, 1. Februar. Ohne allen Zweifel erweist sich die in der Allg. Zeitung zu verschiedenenmalen angeregte „örtliche Vertheidigung des Bodensees" immer mehr als eine Nothwendigkeit. Das ganze Benehmen der Schweiz in der jüngsten Zeit erfordert sie. Kaum waren die ersten Truppen aufgeboten, so erschien auch schon ein Befehl zur Armirung der Dampfer, zur Befestigung einzelner Uferplätze, und jetzt lesen wir im Berner Tageblatt: „daß seit einigen Tagen im Vertikale der Bundeskanzlei (Erlacherhof) das Modell einer schwimmenden Batterie berechnet für Bewachung und Vertheidigung der Seeufer ausgestellt sey. Der Verfertiger dieses Modells ist ein Italiener, Namens Griffi, welcher dasselbe dem Bundesrath zur Verfügung gestellt hat, um es einer Prüfung zu unterwerfen. Bei einem günstigen Ergebniß dieser Prüfung und bei einem allfälligen Krieg mit Preußen hätte diese schwimmende Batterie zur Bewachung und Vertheidigung der Ufer des Bodensees verwendet werden sollen." Von den 20 Dampfern des Bodensees gehören die sechs schönsten, größten und kräftigsten der Schweiz und befinden sich seit dem 1. Januar vereinigt in den Händen ein und derselben Gesellschaft, der Nordostbahngesellschaft ꝛc.

6.2.1857. an den Bodensee anstoßenden Bundesstaaten, Oestreich, Baiern, Württemberg, Baden aufzufordern, ihre Dampfschiffe so einzurichten, daß sie militairisch gebraucht werden können.

Halten Sie mir Ihre erleuchtete Meinung nicht vor.

Ihr

Berlin, den 6. Februar 1857. treu ergebner

L. v. G.

XXVIII.

Charlottenburg, 16. März 1857.

Lieber Bismarck!

16.3.1857. Ihren Brief vom 12. d. M.[1]) habe ich erhalten und dem Könige auch daraus Mittheilungen gemacht.

Nach dem, was Sie über die Holsteinischen gravamina schreiben, bin ich auch überzeugt, daß sich dieselben ohne die Europäischen Mächte nicht werden abmachen lassen. Dann sollte man aber auch dem Skandinavischen Unsinn, (gegen den der germanische noch Vernunft ist) ein Ende machen. Einigermaßen erleichtert wird das dadurch, daß, wie mir soeben der König sagte, die Sundzoll-Angelegenheit entschieden ist. Ein coup d'Etat könnte Dänemark eben wegen Holstein sehr erleichtert werden, aber immer nur in der Voraussetzung, daß die Mächte sich über etwas Practisches einigen, wenn der König von Dänemark erklärte, daß er bei der Gesammtverfassung auf Verlangen der Mächte in Bezug auf die Verträge hätte müssen Modificationen eintreten lassen, ähnlich wie es Hannover in Bezug auf den Bund gemacht hat. Bei der Gelegenheit könnten dann auch Garantien gegen den Scandinavismus abgegeben werden. Was ist aber zu machen, wenn Preußen und Oestreich, selbst da, wo ihr Intresse ganz übereinstimmt, gegen einander operiren, z. B. in der Neufchateller Sache, wenn die Königin-Wittwe von Dänemark für den Scandinavismus schwärmt und wirbt u. s. w.

Daß Sie nach Paris gehen, halte ich daher für sehr gut, denn es ist mit L(ouis) N(apoleon) immer noch mehr anzufangen als mit Ld. Palmerston, und ist ersterer besonders bei mir gestiegen, da er letzt im Staatsrathe gegen die Industrie für das Grundeigenthum eine Lanze gebrochen hat. Man muß sich darin finden, daß sich die Welt um-

---

[1]) Vgl. Briefwechsel S. 324 ff.

kehrt, aber eben darum irrt sich auch Bonaparte, wenn er glaubt, sich durch die Vernunft behaupten zu können. Doch das ist nicht unsre Sache, zunächst also Holstein. 16. 3. 1857.

Nach Briefen, die ich von dort gelesen, sind die Stände dicht daran, die Bundeshilfe anzurufen. Der Bund wird also gewiß hineingezogen. Viele schwanken zwar noch aus Loyalität, endlich werden sie aber doch dazu schreiten. Wäre es dann aber nicht besser, wenn der Bund ihnen zuvor käme und ihnen es ersparte, daß sie gegen ihren Fürsten klagen müßten. Warum soll auch nicht das Bundesverfahren parallel mit den Verhandlungen der Großmächte gehn? Das müßten Sie alsdann Ihren Freunden Walewski und Bonaparte begreiflich machen, was Ihnen wohl gelingen würde.

Hier hat Mant(euffel) in Bülow auf eine schriftliche Erklärung über die Domainensache gedrungen. Bülow hat auch eine Verbalnote eingereicht, sie soll aber nach M(anteuffel)'s Urtheil über alle Begriffe schwach und ungenügend sein. Diese Domainenfrage ist aber für Holstein und fast noch mehr für Schleswig von entschiedner Wichtigkeit. An dieser Frage könnte man herumzerren, bis sich Europa in seiner natürlichen Kraft und Wildheit entwickelt.

Wenn Sie nach Paris gehn, so bitte ich Sie nur diesem Bastarde, qui n'est pas même Flahaut, nicht zu trauen und sich nicht, wie ein früherer diplomatischer Freund von mir, Canitz, sich ausdrückte, den Popo einzutunken. — Hier ist Alles beim Alten. In den Ehesachen unterbleibt Gott sei Dank die Vorlage eines Gesetzes über die Civilehe, und die schwarzen Projecte, welche sie von dem wild gemachten Finanzminister erwarteten, werden hoffentlich nicht zur Welt kommen. Mir ist immer noch das Wahrscheinliche, daß einige der Abgabengesetze durchgehen werden. Herr v. Below will mit aller Gewalt einen Antrag des Herrenhauses über Holstein, und da Se. Maj. auch dafür sind, ist es nicht zu verhindern. Er, Below, will dadurch verhindern, daß sich der Liberalismus nicht[1]) der Sache bemächtige, und bewirken, daß die Dänen kopfscheu werden.

Die apart gehende Anlage habe ich nicht erhalten. Sie haben sie vielleicht meinem Bruder direct geschickt. — Auch haben Sie mir nicht, was Sie gütigst versprachen, die erbetne Auskunft über Soden und dortige Molken u. s. w. gegeben.

Mit treuer Ergebenheit

Ihr

L. v. G.[2])

---

[1]) Pleonastisch.

[2]) Bismarcks Antwort vom 20. März 1857 s. Briefwechsel 326 f.

XXIX.

Charlottenburg, den 29. April 1857.

Lieber Bismarck!

29.4.1857. Ihre beiden sehr intressanten Briefe vom 31. März und 20. April[1]) liegen zur Beantwortung vor mir. Daß ich nicht früher geschrieben, ist durch meinen häuslichen Kummer[2]) und durch die Furcht vor dem Brieferbrechen in Frankreich veranlaßt worden.

Das, was Sie in dem ersten Briefe über unsern Landtag schreiben, ist mir aus der Seele gesprochen. Wenn man jetzt, wo diese Comödie ihrem Ende zueilt, das ganze Stück übersieht, so begreift man wirklich nicht, wie es möglich ist, ein so unwahrscheinliches sujet zur Wahrheit zu machen. Drei Minister: 1. F(ra) D(iavolo), 2. Bod(elschwingh) und 3. H(eydt), die unter einander wie in einem bellum omnium contra omnes durch alle Combinationen hindurch uneins sind, legen den Ständen mitten im Frieden vier neue Steuergesetze vor. Mit dem einen, der Häusersteuer, will No. 2 sein Müthchen an den Ostländern kühlen und die schon mehrmahls verworfne Grundsteuer einschwärzen, dieselbe 2 hilft den mehrfach von ihm angefochtnen Eisenbahnfond vertheidigen, und nun wundert man sich und sieht es wie eine Rebellion an, daß zwei dieser Steuergesetze abgelehnt werden. Ein absolutistischer Minister hätte zu einer solchen Steuervorlage nie den Muth gehabt. — Wir wollen mahl sehn, was das Ende dieser Geschichte sein wird, denn so fort wirthschaften ist doch auch mehr als unwahrscheinlich. Man müßte denn kraß constitutionel werden.

Mit Ihrer Ansicht von der Neuenburger Sache aber kann ich mich ebenso wenig verständigen, als mit dem telegraphischen „ja", was Sie von mir verlangten. Der König sagte mir, und ich freue mich, daß er mir diesen Befehl gegeben, ich sollte Ihnen auf Ihre Anfrage wegen L(ouis) N(apoleon) gar nicht antworten, so lange als Sie in Paris wären. Wie kann ein Mann von Ihrem Geist das Princip einem vereinzelten Manne, wie dieser L(ouis) N(apoleon) ist, opfern. Mir imponirt er auch und zwar besonders durch seine Moderation, die in einem parvenu doppelte Anerkennung verdient, aber er ist und bleibt unser natürlicher[3]) Feind, und daß er das ist und bleiben muß, wird sich bald zeigen. Mit Neuenburg hat er sehr klug operirt. Mir ist es ganz klar, daß wir uns nie mit ihm hätten einlassen sollen, am wenigsten mit ihm allein, ohne Oestreich, Eng-

---

[1]) Briefwechsel 328 f. 330 ff.; der 2. der Briefe datirt dagegen nicht vom 20., sondern vom 11. April 1857.

[2]) Tod der Tochter Ulrike am 17. Dez. 1856 und Krankheit der Frau.

[3]) Randbemerkung Bismarcks: Wenn auch!

land, Rußland. Was wir durch diese drei nicht erlangen konnten, war nicht zu erlangen und wird jetzt auch nicht erlangt werden. So haben wir unsre Jungfrauschaft verloren und dabei die Franzosen[1]) bekommen. — Oestreich sagt mit Recht, wir hätten mehr für Euch gethan als L(ouis) N(apoleon). Wie es jetzt noch werden wird, weiß Gott. Der König will die Indemnité drangeben, aber die Rechte seiner alten Unterthanen festhalten. Eine schöne Politik (ich spreche hier nicht ironisch, sondern in vollem Ernst), aber mit F(ra) D(iavolo) und nach solchen Vorgängen kann man eine solche nicht machen, obschon F(ra) D(iavolo) (sich) zu Allem hergiebt. Wenn Sie mir sagen, eine Politik, wie Sie und S. Maj. mit Neufchatel wollen, ist unpractisch und geht nicht, so antworte ich darauf: man kann Unrecht geschehn lassen, darf es aber nicht mit thun. Dann hätte man eine lettre patente erlassen und Neufchatel bedingungsweise seiner Pflichten entbinden sollen, selbst ohne eine Garantie für die Bedingungen erhalten zu haben. Dann mochten die Mächte sich darüber mit der Schweiz einigen[2]), der König blieb unberührt, denn einen Krieg mit ganz Europa über Neuenburg konnte man ihm nicht zumuthen. Was wird denn nun aus Schleswig-Holstein? Man muß doch die Geburt des dänischen Ministeriums abwarten? Sonst bin ich in dieser Sache ganz Ihrer Meinung.

29. 4. 1857.

Mir liegen unsre innern Verhältnisse jetzt am Herzen. Der Hauptschuldige ist und bleibt unser F(ra) D(iavolo). Die Einheit, die er in das Ministerium bringt, steht unter Null. Er kann unmöglich die Minister unter einander zusammenhalten und einigen, dazu ist er zu steifstellig, besonders zu gleichgültig. Bei dem Könige steht er fester als je, weil er dem Herrn glauben macht, daß er blindlings seinen (des Königs) Eingaben folgt. Erst bei dem Erfolg, wenn es zu spät ist, merkt der Herr, daß es nicht der Fall gewesen. Ich bin durch eignes Unglück zu gebeugt, um gehörig kämpfen zu können, wäre ich aber auch jünger, muthiger, gewandter, so würde ich nur dann etwas ausrichten, wenn ich in den Geschäften selbst ihm entgegen treten könnte. Denn bei einem Herrn wie dem unsrigen liegt darin die Macht. Der Gedanke imponirt ihm wenig.

Sie schreiben, Oestreich habe vertraulich in Hann(over) erklärt, für Holstein ein bewaffnetes Einschreiten des Bundes nicht zugeben zu wollen. Diese vertrauliche Erklärung muß man in der Weise öffentlich machen, daß man Oestreich sagt, man wisse, daß es so etwas erklärt habe, und es fragt, wie es sich damit verhalte. Koller sagte mir etwas Aehnliches. Ob der holsteinische Landtag,

[1]) Hier offenbar im übertragenen Sinne; „Franzosen“ nannte man früher die syphilitischen Geschwüre.

[2]) Randbemerkung Bismarck's: Warum sollten sie das?

29.4.1857. wenn er sich mit dem König nicht einigt, an den Bund geht, ist zweifelhaft, da er wenig Vertrauen zum Bunde hat. Ich habe in dem Briefe eines zuverläßigen Mannes gelesen, daß man in Dänemark nur dem äußern Druck weiche, daß man Alles anwende und es zu einer Besetzung Holsteins kommen lassen würde, um die Frage vom Deutschen auf den Europäischen Standpunkt zu bringen: „Wir Holsteiner sind darin vollkommen einig, daß wir, so lange uns nicht bestimmte Zusicherungen gemacht werden, auf dasjenige bestehen, was die Großmächte Deutschlands Dänemark gegenüber verlangt." Mit alter Liebe

Ihr

L. v. G.[1])

XXX.

Berlin, den 21. Mai 1857.

Lieber Bismarck!

21.5.1857. Als ich Ihren Brief vom 11. d. M.[2]) erhielt, dachte ich schon, es wäre eine Antwort auf meine versuchte Widerlegung Ihres ausführlichen Schreibens vom 2. d. M. Ich war daher sehr gespannt, da es mir sehr schwer wird, mit Ihnen verschiedner Meinung zu sein, und ich auf eine Verständigung hoffte. Ihre Apologie gegen den Ihnen gemachten Vorwurf des Bonapartismus zeigt mir aber, daß wir noch weit auseinander sind, was auch durch ein mir mitgetheiltes Promemoria, was Sie F(ra) D(iavolo) eingereicht haben,[3]) bestätigt wird. Daß Sie kein Bonapartist sind, weiß ich ebenso gewiß, als daß die meisten Staatsmänner, nicht allein bei uns, sondern auch in andern Ländern es in Wahrheit sind, z. B. Palmerston, Bach, Buol u. s. w.; auch weiß ich a priori, daß Sie in Frankfurt und in Deutschland, bald hätte ich gesagt, im Rheinbund, viele Exemplare dieser Sorte bemerkt haben werden. — Schon die Art, wie Sie die Opposition des letzten Landtages ansahn, rechtfertigt Sie gegen den Vorwurf des Bonapartismus. Aber eben deswegen ist es mir unerklärlich, wie Sie unsre äußere Politik ansehn.

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 2. Mai 1857 s. Briefwechsel 333 ff., in seiner vollen Gestalt oben 3 No. XII S. 177 ff. Die im Briefe Gerlachs vom 21. Mai erwähnte „versuchte Widerlegung" dieses Briefes Bismarcks hat sich leider noch nicht gefunden.

[2]) Briefwechsel S. 335 f.

[3]) Poschinger a. a. O. IV 264 ff. No. 112.

Daß man nicht mistrauisch, steifstellig, widerwillig gegen Bonaparte sein soll, finde ich auch, man soll die besten procédés gegen ihn haben, nur nicht ihn hieher einladen, wie Sie wollen, weil man sich etwas dadurch vergiebt, den guten Sinn, wo er noch vorhanden, irre macht, Mistrauen erregt[1]) und seine Ehre verliert.[2]) Darum billige ich Vieles in Ihrem Memoire, die historische Einleitung, Fol. 1—5, ist höchst belehrend und von dem andern das Meiste sehr anwendbar; aber verzeihen Sie, es fehlt ihm Kopf und Schwanz, Princip und Ziel der Politik. 1. Können Sie leugnen, daß N(apoleon) III. wie Nap(oleon) I. den Consequenzen seiner Stellung eines auf Volkssouverainität gegründeten Absolutismus (l'élu de 7 millions) unterliegt, was er so gut als der alte fühlt (si j'étois Bourbon, si j'étois né pour le thrône, sagte No. 1 oft)? 21. 5. 1857.

2. Frankreich, Rußland, Preußen eine triple alliance, in die Preußen nur eintritt, „ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde der dritte", und der schwächste bleibt, der Oestreich und England abwehrend und mistrauisch gegenüber steht, bewirkt unmittelbar den Sieg der „französischen Intressen" d. h. die Herrschaft in Italien zunächst und dann in Deutschland. 1801—1804 vertheilte(n) Rußland und Frankreich[3]) Deutschland und gaben Preußen ein Weniges ab.

3. Worin unterscheidet sich die von Ihnen empfohlne Politik von der von Haugwitz[4]) von 1794—1805? Da war auch nur von einem „Defensiv-System" die Rede. Thugut, Cobenzl, Lehrbach waren um nichts besser als Buol und Bach, Perfidien fielen Seitens Oestreichs auch vor, Rußland war noch unzuverläßiger als jetzt, dafür aber freilich England zuverläßiger. Der König war auch in seinem Herzen dieser Politik abgeneigt.

Wegen Soden habe ich noch nicht schreiben können, weil der Gesundheitszustand meiner Frau so bedenklich ist, daß ich die Reise fast für unmöglich halte. Sie hat beständig Fieber und kommt sichtlich von Kräften. Sowie ich Licht sehe, schreibe ich, danke aber jedenfalls schon jetzt für Ihre Gefälligkeit.

Bei meiner Differenz mit Ihnen kommt mir oft der Gedanke, daß ich mit meinen Ansichten veraltet bin und daß, wenn ich auch meine Politik nicht unrichtig finden kann, es doch vielleicht nöthig ist, es mit einer andern zu versuchen, die zunächst durchgemacht und überwunden werden muß. 1792 war Massenbach für die französische Allianz und schrieb darüber mitten im Kriege eine Abhandlung,

---

[1]) Randbem. Bismarcks: Vertrauen kommt doch nicht.

[2]) Randbem. Bismarcks: ? Woso?

[3]) Randbem. Bismarcks: 1815 Oestreich und England.

[4]) Randbem. Bismarcks: War neutral.

21.5.1857. von 1794 war Haugwitz für das Defensiv-System oder für die Neutralität u. s. w. Der revolutionaire Absolutismus ist seinem Wesen nach erobernd, da er sich im Innern nur halten kann, wenn rundum Alles so wie bei ihm ist.[1]) Palmerston mußte die Demonstration gegen die Belgische Presse unterstützen u. s. w. — Gegen den Schweitzer Radicalismus, obschon er Bonaparte eingestandnermaßen sehr unbequem ist, war Nap. III. sehr schwach. — Nun noch eine Parallele. 1812 war Gneisenau, Scharnhorst und wenige andre gegen die französische Allianz, die bekanntlich durchgesetzt und durch ein Hilfscorps zur Realität wurde. Der Erfolg sprach für die, welche die Allianz gewollt hatten. Ich würde doch sehr gern bei Gneisenau und Scharnhorst gestanden haben. 1813 war Knesebeck für den Waffenstillstand, Gneisenau dagegen, ich damals als 22j. Offizier entschieden dagegen und getraue mir, des Erfolgs ungeachtet, zu beweisen, daß ich Recht hatte. Victrix causa diis placuit, victa Catoni hat auch eine Bedeutung.[2])

Neuenburg ist ja nun so gut als fertig. Hier war ich auch für das Nachgeben, da man 1) seine Patronen bei der Gefangnen-Sache verschossen, und dann 2) die Royalisten nicht den Muth hatten, den Statu(s) quo zu ertragen, und derselbe doch das einzige war, was übrig blieb.

Die Politik des Defensiv-Systems in der Allianz mit Frankreich und Rußland durchzusetzen — ehemals nannte man das Neutralitätspolitik, bei der orient. Frage wollte England eine solche nicht dulden — wird Ihnen nicht schwer fallen, die Manteuffels und noch viele Andre stehen auf Ihrer Seite (S. Maj. im Herzen zwar nicht, aber doch mit der Passivität), und zwar diese alle so lange, wie der Bonapartismus hält. Was kann aber unterdessen noch Alles geschehn? Ich würde mich aber sehr gefreut haben, wenn Sie dann völlig unvermischt mit demselben das Heft hätten ergreifen können. Der alte Bonaparte regierte 15 Jahr, L(ouis) Philippe 18, glauben Sie, daß das jetzige Wesen länger halten wird?

Mit alter Liebe

Ihr

treu ergebner

L. v. G.[3])

---

[1]) Randbem. Bismarcks: Falsch. Louis XIV. Legitimisten.

[2]) Randbem. Bismarcks: Partikulier gut, Preußen fährt schlecht, wenn Cato regiert.

[3]) Antwort Bismarcks vom 30. Mai 1857 s. Briefwechsel 337 ff.

XXXI.

Sanssouci, den 5. Junius 1857.

Lieber Bismarck!

Noch bin ich zwar nicht explicite verabschiedet, aber ich komme mir schon längere Zeit durch Alter, Unglück u. s. w. implicite wie ein Verabschiedeter, wenn nicht Abgeschiedner vor, der, wenn er an einen Ihres Alters und Ihrer Stellung schreibt, das Alter und die Vergangenheit der Jugend und Gegenwart gegenüber repräsentirt. 5. 6. 1857.

Zunächst danke ich Ihnen herzlichst für Ihren ausführlichen Brief vom 30. v. M. Nach meinen Erfahrungen ist es Pflicht im hohen Grade, jedem erkenntlich zu sein, der es der Mühe werth hält, sich einzulassen, und der einen Werth auf die Einigkeit legt. Doch zur Sache und wie ich hoffe, dießmahl nicht ganz ohne Erfolg. — Zunächst will ich gern die practische Seite Ihrer Ansicht anerkennen. Nesselrode sagte hier mit Recht, ebenso wie Sie, daß, so lange Buol regiere (Sie nennen richtig Bach zugleich mit), es nicht möglich wäre, sich mit Oestreich zu stellen. Oestreich hätte mit lauter Freundschafts-Versicherungen Europa gegen sie (d. i. die Russen) gehetzt, ihnen das Stück Bessarabien entrissen und thäte ihnen noch jetzt das gebrannte Herzeleid an. Aehnlich benimmt es sich mit uns und hat sich während des orientalischen Krieges scheuslich perfide benommen. Wenn Sie also sagen, man kann nicht mit Oestreich gehen, so hat das eine relative Wahrheit, und würden wir in casu concreto schwerlich uns hierüber veruneinigen. Vergessen Sie aber nicht, daß die Sünde stets wieder die Sünde gebiert, und daß Oestreich uns auch ein Sündenregister schlimmer Art vorhalten kann, z. B. die Abwehr des Einmarsches 1849 in den Badischen Seekreis, was den eigentlichen Verlust von Neuenburg, das damals durch den Pr. v. Preußen zu erobern war, bewirkt hat, dann die Radowitzische Politik, dann die hochmüthige Behandlung des Interim, bei dem selbst Schwarzenberg guten Willen hatte, und endlich eine Menge unbedeutenderer Einzelnheiten: alles Repetitionen der Politik von 1793 bis 1805. Die Anschauung aber, daß unser schlechtes Verhältniß zu Oestreich nur ein relatives sein darf, wird bei jeder Gelegenheit practisch, indem sie einmahl die Rache von unsrer Seite, weil sie nur zu Unglück führen kann, verhindert und dann den Willen zur Versöhnung und Annäherung festhält und daher das, was eine solche Annäherung unmöglich macht, vermeidet. Beides fehlt bei uns, und warum? weil unsre Staatsmänner donnent dans le Bonapartisme.

Diesen aber zu beurtheilen, haben die Alten einen Vorzug vor den Jungen. Die Alten auf der Bühne sind hier aber der

5.6.1857. König und meine Wenigkeit, die Jungen F(ra) D(iavolo) u. s. w., denn F. D. war 1806 bis 1814 im Rheinbund und Sie noch nicht geboren. Wir haben aber den Bonapartismus 10 Jahre practisch studirt, uns ist er eingebläut worden. Unsre ganze Differenz liegt auch daher, da wir in der Wurzel einig sind, allein in der verschiednen Ansicht des Wesens dieser Erscheinung. Sie sagen, Ludwig XIV. war auch Eroberer, das Oestreichische viribus unitis sei auch revolutionair, die Bourbons haben mehr Schuld an der Revolution als die Bonapartes u. s. w. Sie erklären, quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit für einen nur doctrinair richtigen Satz (ich nicht einmahl dafür, denn aus jedem Unrecht kann Recht werden und wird es im Lauf der Zeiten; aus dem wider Gottes Willen eingesetzten Königthum in Israel ging der Heiland hervor, die so sehr anerkannte Erstgeburt wird bei Rubens, Absalom u. s. w. durchbrochen, der mit der Ehebrecherin Bathseba erzeugte Salomo ist der Gesegnete des Herrn u. s. w. u. s. w.), aber es ist ein völliges Verkennen des Wesens des Bonapartismus, wenn Sie denselben mit jenen Dingen in einen Topf werfen. Bonaparte, sowohl N. I. als N. III., haben nicht blos einen revolutionairen unrechtmäßigen Ursprung, wie Wilhelm III. vielleicht, wie der König Oscar u. s. w., sie sind selbst die incarnirte Revolution. Beide, No. I. und No. III. haben das als ein Uebel erkannt und empfunden, beide haben aber nicht davon losgekonnt. Lesen Sie ein jetzt vergessnes Buch, Relations et Correspondances de Nap. Bonaparte avec Jean Fievée, da finden Sie tiefe Blicke des alten Napoleon in das Wesen der Staaten, wie denn auch der jetzige Bonaparte mir mit solchen Gedanken imponirt, z. B. mit der Feststellung der Adelstitel, Restauration der Majorate, Erkenntniß der Gefahr der Centralisation, Kampf gegen den Börsenschwindel, Wunsch, die alten Provinzen zu restauriren, u. s. w. Das ändert aber das Wesen seiner Herrschaft nicht, ebensowenig wie das Wesen des Hauses Habsburg-Lothringen durch den liberalen, ja revolutionairen K. Joseph II. oder durch Fr. Joseph mit seinem hochadligen Schwarzenberg und Barricadenhelden Bach geändert wird. Natura(m) expellas furca, sie kommt doch wieder. So kann sich kein Bonaparte von der Volkssouverainität lossagen, und er thut es auch nicht. Nap. I. gab seine Bestrebungen, den revolutionairen Ursprung loszuwerden, auf, wie das oben citirte Buch beweiset, z. B. als er den duc d'Enghien erschießen ließ; Nap. III. wird es auch thun und hat es schon gethan, z. B. bei den Neuenburger Verhandlungen, wo ihm die beste, ihm unter andern Umständen willkommne Gelegenheit gegeben war, die Schweitz zu restauriren. Er aber fürchtete sich vor Ld. Palmerston und der Englischen Presse, was Walewski ehrlich eingestanden,

Rußland fürchtet sich vor ihm, Oestreich vor ihm und vor England, 5.6.1857. und so kam diese schändliche Transaction zu Stande. — Wie merkwürdig: wir aber haben Augen und sehn nicht, haben Ohren und hören nicht, daß unmittelbar auf die Neuenburger Verhandlungen die Belgische Geschichte folgt, der Sieg der Liberalen über die Clericalen, die siegreiche Allianz der parlamentarischen Minorität und des Straßenaufruhrs über die parlamentarische Majorität. Hier darf von Seiten der legitimen Mächte nicht intervenirt werden, das würde Bonaparte gewiß nicht leiden, es wird aber, wenn es nicht noch einmahl beschwichtigt wird, Seitens des Bonapartismus intervenirt werden, schwerlich aber zu Gunsten der Clericalen oder der Verfassung, sondern zu Gunsten des souverainen Volkes.

Der Bonapartismus ist nicht Absolutismus, nicht einmahl Cesarismus, erstrer kann sich auf ein jus divinum gründen, wie in Rußland und im Orient, er afficirt daher nicht die, welche dieses jus divinum nicht anerkennen, für die es nicht ist, es sei denn, daß es solchem Autocraten einfällt, sich wie Attila, Mahomet oder Timur für eine Geißel Gottes zu halten, was doch eine Ausnahme ist. Der Cesarismus ist die Anmaßung eines Imperiums in einer rechtmäßigen Republik und rechtfertigt sich durch den Nothstand; für einen Bonaparte ist aber, er mag wollen oder nicht, die Revolution d. h. die Volkssouverainität innerlicher, und bei jedem Conflict oder Bedürfniß auch äußerlicher Rechtstitel. — Aus diesem Grunde kann mich Ihr Vergleich Bonapartes mit den Bourbons, mit dem absolutistischen Oestreich ebensowenig als Nap(oleons) III. Individualität, die mir in vieler Hinsicht auch imponirt, beruhigen. Wenn er nicht erobert, so muß es sein Nachfolger thun, obschon der prince impérial nicht viel mehr Aussicht auf den Thron hat als viele andre, und gewiß weniger als Heinrich V. — In diesem Sinn ist Nap. III. ebenso unser natürlicher Feind als es Nap. I. war, und ich verlange nur, daß Sie das im Auge behalten, nicht aber, daß wir mit ihm schmollen, ihn taquiniren, reizen, sein Werben um uns abweisen sollen, aber wir sind unsrer Ehre und dem Recht eine reservirte Stellung ihm gegenüber schuldig. Er muß wissen, daß wir nicht an seinem Sturz arbeiten, daß wir ihm nicht feindlich sind, es ehrlich mit ihm meinen, aber auch, daß wir seinen Ursprung für gefährlich halten (er thut es ja auch) und daß, wenn er denselben geltend machen will, wir uns ihm widersetzen werden. Das muß, ohne daß wir es zu sagen brauchen, er uns zutrauen und das übrige Europa auch, sonst legt er uns einen Kappzaum an und schleppt uns hin, wohin er will. Das ist eben das Wesen einer guten Politik, daß man, ohne Streit anzufangen, denen, mit denen man wirklich einig ist, Vertrauen einflößt. Dazu gehört aber, daß man offen mit den Leuten spricht und nicht wie F(ra) D(iavolo) sie durch

5.6.1857. Schweigen und Tückschen erbittert. — Preußen hat die schwere Sünde auf sich, von den drei Mächten der heil. Allianz L. Philippe zuerst anerkannt und die andern bewogen zu haben, dasselbe zu thun. L. Philippe regierte vielleicht noch, wenn man aufrichtig mit ihm gewesen wäre, ihm öfter die Zähne gewiesen und ihn dadurch an seine Usurpation denken gemacht hätte.

Man spricht von der isolirten Preußischen Stellung; wie kann man aber feste Allianzen suchen, si, wie 1809 Kaiser Franz auf dem Ungarischen Reichstag sagte, totus mundus stultiziat. Englands Politik ging von 1800 bis 1813 dahin, Bonaparte auf dem Continent zu beschäftigen, um ihn zu verhindern, in England zu landen, was er 1805 ernsthaft wollte. Jetzt rüstet Napoleon in allen seinen Häfen, um einst eine Landung möglich zu machen, und der leichtsinnige Palmerston verfeindet sich mit allen Continental-Mächten. Oestreich fürchtet mit Recht für sein Italien und verfeindet sich mit Preußen und Rußland, den einzigen Mächten, die es ihm gönnen; es nähert sich Frankreich, was seit dem XIV. Jahrhundert lüstern nach Italien sieht, es treibt Sardinien auf das Aeußerste, was die Thüren und Eingänge Italiens in Händen hat, es liebäugelt mit Palmerston, der emsig bemüht ist, den Aufruhr dort zu erregen und zu erhalten. Rußland fängt an im Innern zu liberalisiren und macht Frankreich den Hof. — Mit wem soll man sich verbünden? Ist da etwas andres als abwarten möglich?

In Deutschland ist der Preußische Einfluß so gering, weil der König sich niemals entschließen kann, den Fürsten seinen Unwillen zu zeigen. Wenn sie sich noch so nichtsnutzig betragen, so sind sie bei Jagden und in Sanssouci gern gesehn. 1806 fing Preußen den Krieg mit Frankreich unter sehr ungünstigen Auspicien an, und doch folgten ihm Sachsen, Kurhessen, Braunschweig, Weimar, während Oestreich schon 1805 ohne allen Anhang war.

Der Schluß Ihres Briefes ist sehr freundlich. Sonderbar ist es allerdings, daß Sie in diesem Augenblick mit F(ra) D(iavolo) einiger sind als mit mir, aber ich hoffe doch, daß Sie bald mit Ihrem alten Alliirten wieder vereinigt sein werden. Im Allgemeinen stehn die Dinge hier nicht gut. F. D. ist von einem unglaublichen Servilismus und unzuverläßig wie immer und zwar aus Gleichgültigkeit. Dessen ungeachtet ist, was bei der Natur des Herrn sehr erklärlich ist, seine Macht bedeutend gestiegen. Es ist nicht gern gesehn, wenn man in alter Weise scharf über ihn seine Meinung sagt. Anklagen kann ich ihn nicht, auch nicht eigentliche Versäumnisse und Fehler bei den auswärtigen Angelegenheiten nachweisen, denn die Neuenburger Sache war schon im Zuschnitt verdorben, als ich von dem Grabe meiner Tochter hierher an den Hoff (sic) zurückkehrte. Wieviel Schuld ihn davon trifft, kann ich nicht mit

Sicherheit beurtheilen. — Jämmerlich ist aber jedenfalls die Art, wie er den Vorsitz im Staatsministerium führt. Von einer Einheit ist da nicht die Rede und ebensowenig von einem Vertreten der Collegen gegen den Herrn. — Hierüber könnte ich, wenn Sie mahl wieder herkommen, viel sagen. Das, was ich geschrieben, ist sehr ungenügend und soll nur dazu dienen, Ihnen zu zeigen, daß mein Vertrauen zu Ihnen noch feststeht. 5. 6. 1857.

Meine Frau ist noch immer in demselben Zustand, und ich bin sehr besorgt, 4 Monat fast fortwährenden Fiebers und dabei Appetit und Verdauung. Ich kann gar keinen Plan machen, weder mit Soden noch mit etwas Anderm. Der König reist Montag nach Marienbad und hat die Gnade, mich zunächst hier zu lassen.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin und grüßen Sie auch Reitzenstein von mir.

Ihr

treuergebner

L. v. G.[1])

XXXII.

Der König sehnt sich sehr nach Ihnen, lieber Bismarck, aber er ist durch die Gäste wirklich ganz lahm gelegt. 29. 7. 1857.

Se. Majestät haben aber doch befohlen, daß Sie mit dem Mittagszuge 12 Uhr kommen und an der Marschallstafel essen. Dann wird sich um 1 oder 2 oder 6 oder 7 eine halbe Stunde finden.

Ihr

Sanssouci, 29. 7. 57. treuergebner

L. v. G.

---

[1]) Bismarck ließ diesen Brief Gerlachs zunächst unbeantwortet; die Correspondenz wurde unterbrochen und erst am 24. Juli durch Bismarck wieder aufgenommen, Briefwechsel S. 346 f. Am 26. Juli traf B. in Berlin ein.

XXXIII.

Berlin, den 22. Dezember 1857.

Mein verehrter Freund!

22.12.1857. Es freut mich, daß Sie mir so offen über Ihre Bedenklichkeiten in Betreff unsrer letzten Zusammenkunft in Sanssouci geschrieben haben,[1]) denn ich erhalte dadurch die Gelegenheit, Ihre mistrauischen Gedanken und Vermuthungen zu widerlegen.

Als Sie damals in unsre sogenannte Conferenz traten, hatten wir nicht, wie Sie es vermuthen, von Ihnen gesprochen. Es trat nur einige Verlegenheit ein, weil Dohna, der diese Conferenzen veranlaßt hatte, stets sehr ängstlich ist, wenn ein andrer dazu kommt. Was E(dwin) Mant(euffel) von Ihnen gewollt hat, ist mir unverständlich. Er ist bei solchen Veranlassungen stets außerordentlich ängstlich und vorsichtig und mochte wohl denken, daß, bevor die Vertretung nicht eingerichtet wäre, jedweder persönliche Einfluß auf den Prinzen schädlich sein könnte. Auch sind ihm vielleicht Befürchtungen für das Ausland gekommen. Sie müssen keinenfalls aber dieses sein Benehmen nachtragen, schon der Sache wegen nicht, denn er ist einer von den wenigen ganz zuverläßigen Männern, die jetzt noch im Amte sind.

Was nun mich selbst betrifft, so kann ich mit vollster Wahrheit und Bestimmtheit sagen, daß von meiner Seite auch nicht der mindeste Grund zu einer Verstimmung zwischen uns stattfindet. Alles, was Sie damals über den Prinzen und über seine Stellung zum Lande und zur Verfassung sagten, war mir aus der Seele gesprochen. Ich fand es über die Maaßen thörigt, die Krankheit des Königs benutzen zu wollen, um dem Constitutionalismus eins auszuwischen, und fast freventlich, den Prinzen gegen den Verfassungseid einzunehmen. Es wurde damals sehr thörigtes Zeug über diese Dinge geredet; es ist mir aber doch gelungen, mich mit meinen nächsten Freunden, zu denen ich auch den Flügelteufel (Edwin Manteuffel) rechne, zu einigen.

Den damaligen Sorgen sind jetzt bei mir ganz andre substituirt worden, und ich bin sehr weit davon entfernt, ein geringeres Vertrauen zu Ihnen zu haben, als sonst. Ich habe mich vielmehr bei meinen neuen Sorgen unendlich oft nach Ihnen gesehnt und wünsche sehr, ich hätte noch meinen alten Einfluß, um einen Allerhöchsten Befehl auszuwirken, der Sie herriefe. Das, was ich gegen Sie gehabt, habe ich Ihnen stets offen gesagt, zuletzt noch über Ihre Ansicht über die Stellung zu L. N. Aber solche Verschiedenheiten sind bei mir keine Ursache der Entfremdung, wenn man nur im

[1]) Briefwechsel S. 347 ff.

Ziele einig bleibt, und besonders, wenn man nicht anfangen muß, der Zuverläßigkeit des Andern zu mistrauen; das war aber bei mir, Ihnen gegenüber, noch niemals der Fall. 22. 12. 1857.

Das, was mir im vergangnen Jahr begegnet ist, hat einen so niederschlagenden Karakter, daß ich mich oft verwundere, daß ich noch stehe. Einmal der Tod meiner Frau[1]) und meiner Tochter, dann die sonderbaren Geisteskrankheiten des Königs und meines nächsten politischen Mitstreiters, Niebuhrs. Hiezu kommt noch, daß ich die allergenaueste Kenntniß des Prinzen habe, bei dem ich 14 Jahre Adjutant und viele Jahre Vertrauter und Rathgeber gewesen bin, daß ich sehr schwarz über die Krankheit des Königs sehe, und daß die Persönlichkeiten, die jetzt an der Spitze stehn, mir wenig Vertrauen einflößen. Manchmal habe ich schon gewünscht, ich könnte mich über die Zukunft solchen Hoffnungen hingeben, wie es andre sonst ganz vernünftige Leute thun. Aber dazu kenne ich meine Pappenheimer zu genau.

Wir sind jetzt nun wieder an dem Punkt angelangt, wo über die fernere Vertretung ein Entschluß gefaßt werden muß. Gott sei Dank, daß sämmtliche Betheiligte darüber einig sind, daß dieß durch eine Verlängerung der Vollmacht geschehen muß. Ob der Landtag Unruhe machen wird, weiß ich nicht, glaube es aber nicht. Sonderbare Erfahrungen habe ich schon gemacht, aber noch viel sonderbarere stehen uns bevor, wenn erst die jetzt noch verstopften Einflüsse sich geltend machen. Dann wird Willkühr, Mistrauen und Haß in einem Grade regieren, wie wir es nicht erwarten. Warnen Sie doch unsern gemeinschaftlichen Freund Hans[2]) und ermahnen Sie ihn zur äußersten Vorsicht.

Daß der jetzige provisorische Zustand ein großes Unglück ist, bemerken Sie mit Recht. Der Prinz kann nicht selbständig handeln und thut es auch nicht, theils nicht aus Rücksicht auf den König, theils nicht, weil ihm ein solches Anlehnen und solche Passivität nicht unangenehm ist. Ich fürchte, der Herr wird, wenn er sich erst in die jetzige Lage der Dinge eingewöhnt hat, auf der einen Seite d. h. in den großen Verhältnissen passiv und maschinenartig, auf der andern Seite d. h. in den Einzelnheiten willkührlich cum ira et studio regieren. Daß die Regentschaft dieser Stagnation kein Ende machen würde, ist auch meine Meinung.

Der Zustand des Königs ist sehr sonderbar. Schönlein sagt, es sei die größeste Wahrscheinlichkeit zur gänzlichen Wiederherstellung vorhanden, diese Wiederherstellung könnte in acht Tagen vollendet sein, sie könnte aber auch noch über ein Jahr dauern. Bis jetzt

[1]) † am 4. Sept. 1857.

[2]) Kleist.

22. 12. 1857. kann man der strengsten Wahrheit gemäß sagen, daß der König in fortwährender Reconvalescenz sich befindet, aber in einer sehr langsamen, die aber doch sehr merklich wird, wenn man auf einen längeren Zeitraum zurückgeht. Erfreulich und betrüblich ist es, daß der König seinen Zustand ganz genau kennt und darüber oft in hohem Grade traurig ist.

Ich genieße bei Prinz und Prinzessin der entschiedensten Ungnade, und man hält mich sogar für sehr gefährlich. Dagegen bin ich mit F(ra) D(iavolo) in der engsten Freundschaft, und ich muß sagen, daß er sich in allen vorkommenden Fällen sehr gut benommen hat. So ist es auch im hohen Grade anzuerkennen, daß der Prinz gegen König und Königin stets mit Rücksicht und Takt verfahren ist. Auch bin ich überzeugt, daß der Herr eine wahre Liebe zum König hat. Die Königin ist über alle Begriffe liebenswürdig: aufopfernd, verständig, bedacht, ergeben und doch höchst weiblich. Meine große Liebe zu ihr hat noch zugenommen.

Kommen Sie denn nicht einmahl her, etwa, um im Herrnhause zu erscheinen, oder wegen Ihrer Güter oder wegen Bundestagsferien? Es wäre doch gut, wenn man sich verständigte.

Daß der Landtag Scandal macht, glaube ich nicht, eine Veränderung wird er aber doch hervorbringen durch die vielen neuen Personen, welche die hiesige Bühne betreten werden. Es werden sich die Gedanken der Menschen offenbaren, und man wird einsehn, daß die Hauptstärke der conservativen Partei wesentlich im Könige lag, der, wenn auch oft mit ihr unzufrieden, doch in der Hauptsache mit ihr einig war und auch von den andern Parteien so beurtheilt wurde.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin, an die ich nach alter Sitte diesen Brief addressire. Ich werde stets bleiben

Ihr

treuergebner

L. v. G.

1858.

XXXIV.

Berlin, 7. Januar 1858.

Lieber Bismarck!

7. 1. 1858. Eben ist Herr v. Prillwitz[1]) bei mir, um mir seine Abreise um 7 Uhr heute Abend zu melden und mich zu fragen, ob ich was

---

[1]) So ist auch Briefwechsel S. 347 Z. 15 v. u. zu lesen.

an Sie zu bestellen habe. — Ich setze voraus, daß mein letzter Brief ausgereicht hat, uns zu verständigen, so daß ich mich nach alter Weise sehnen kann, Sie hier zu sehen. Sie haben hier viele Aufgaben: 7. 1. 1858.

1. Den Prinzen über sein unrichtiges Verfahren mit Mainz aufzuklären. Daß ihm F(ra) D(iavolo) nachgegeben, werden Sie so wenig als ich tadeln; denn es muß doch auf alle Weise verhindert werden, daß er sich mit dem Prinzen veruneinigt. Dem kann und muß Manches geopfert werden.

2. ist Ihre Anwesenheit wegen des Landtags wichtig und besonders im Anfang, damit nicht thörigte Anträge kommen, die unsre schon schwierige Lage noch mehr verwirren würden.

Gestern hat der König die Vollmacht für den Prinzen auf neue drei Monat verlängert, also bis zum 23. April, wo hoffentlich der Landtag auseinander sein wird.

Es scheint mir darauf anzukommen, den Menschen verständlich zu machen, daß eine Regentschaft nur für den nicht dispositionsfähigen König eintreten kann; daß ein dispositionsfähiger König keinenfalls als „andauernd verhindert“ betrachtet werden kann, da z. B. unser Herr noch gestern Abend 7 Uhr, als er die neue Vollmacht für den Prinzen vollzog, in voller Dispositionsfähigkeit einen Regierungsact vollzogen hat.

3. ist auf alle Weise zu verhindern, daß nicht weise Abgeordnete oder Pairs des Reichs Anträge machen, eine sogenannte Lücke in der Verfassung auszufüllen. M. E. kann die Verfassung gar nicht Lücken genug haben, aber hier ist das nicht einmal der Fall. Sie macht eine ganz natürliche und vernünftige Bestimmung für den Fall, daß der König nicht dispositionsfähig ist. Alles Andre geht sie nicht an, indem es eine Familiensache ist.

Mit des Königs Reconvalescenz geht es sehr langsam, die Aerzte sagen aber mit voller Uebereinstimmung, daß sie seine völlige Wiederherstellung nach aller menschlichen Wahrscheinlichkeit für unzweifelhaft halten.

Für mich ist ein Unglück, daß ich die beiden Herrn so genau kenne, denn ich werde dadurch zu Besorgnissen getrieben, die eigentlich auf Unglauben beruhn. Wohin der Prinz segelt, ist mir nicht klar, ihm wahrscheinlich auch nicht; aber die Personen, welche er, wenn ihm dazu die Veranlassung wird, auswählen dürfte, fangen an hervorzutreten. Sie thun selbst das Ihrige, sich zu zeigen. Wenn Sie hier wären, würden Sie darüber mehr wissen als ich, und auch darum sehne ich mich nach Ihnen. Herr von Prillwitz sagt, Sie würden den 15. abreisen, dann wären Sie in 8 Tagen hier, könnten aber dennoch vielleicht meinen Brief noch gebrauchen, um Stoff zum Nachdenken zu erhalten. —

7.1.1858. F(ra) D(iavolo) nimmt sich sehr gut und bleibt mir treu, obschon es ihm höchsten Orts vorgeworfen worden ist.

Empfehlen Sie mich Ihrer Frau Gemahlin, kommen Sie bald und schenken Sie Ihr altes Vertrauen

Ihrem

alten treu ergebnen Freunde

L. v. G.

XXXV.

(Berlin, 23. Febr. 1858.)[1]

Lieber Bismarck!

c. 23.2.1858. In der Augsburger Allgemeinen Zeitung No. 52 21. Februar 1858 findet sich der anliegende Zeitungsartikel aus Berlin mit der Angabe der Quelle (Frkf. Postz.)[2]

Die Königin ist über diesen Artikel sehr unwillig, indem er völlig der Wahrheit gemäß einen Hergang erzählt, der in ihrem Cabinet stattgefunden hat und daher durch eine grobe Insdiscretion aller Wahrscheinlichkeit nach verbreitet worden ist. J. M. hat mir daher aufgetragen, Sie zu ersuchen, womöglich zu ermitteln, von woher dieser Zeitungsartikel der Frankfurter Postzeitung zugegangen ist, damit man in Zukunft sich vor solchen schwatzhaften Hausgenossen oder Hausfreunden in Acht nehmen kann. Thun Sie also Ihr Mögliches und schreiben Sie mir bald.

Ihren Brief von dem Graf Hacke[3]) habe ich erhalten und sofort meinem Bruder mitgetheilt, auf den er eigentlich gemünzt war. Er räumte ein, daß Ihre Gründe richtig wären, fand aber, daß auch die andre Seite der Sache beachtungswerth sei, und darin möchte ich seinem Urtheil beitreten. Wenn die Regierung ihr Handwerk versteht, so ist sie mit sechsjährigem Hause offenbar besser daran,

---

[1]) Der Brief ist im Original undatirt.

[2]) „Berlin, 18. Febr. Dem Besuch der Königin Victoria sieht man hier im Laufe des Sommers mit Sicherheit entgegen. — Am Montag Nachmittag um 5 Uhr erhielt der Prinz von Preußen die telegraphische Depesche von dem Tod des Generals Plehme, und schickte solche sofort zu der Königin. Ihre Majestät, den Inhalt nicht vermuthend, las sogleich laut in Gegenwart des Königs den Anfang, wollte dann innehalten, ward aber von ihrem Gemahl aufgefordert weiter zu lesen, der also ganz unvorbereitet den Tod eines seiner treuesten Diener erfuhr, und tief ergriffen ward. (Frkf. Postz.)"

[3]) Vom 20. Februar 1858, s. Briefwechsel 351 f.

denn das Auflösen steht ihr immer frei; und zunächst muß man daran denken, mit dem Landtage die Regierung zu stärken und nicht zu schwächen. Darin aber mögen Sie Recht haben, daß, wenn die Regierung böswillig ist, es für sie nicht schwer hält, das Abgeordnetenhaus je länger je abhängiger zu machen. — Daß der zweite Fall jetzt besonders berücksichtigungswerth ist, räume ich ein. Aber, wie in der sonderbaren Lage, in der wir uns befinden, die Dinge stehn, muß man, wie ich glaube, dahin streben, die Minister mit dem Landtage in eine imposante Einigkeit zu bringen, damit einer den andern hält. So ist es m. E. ein Fehler, daß man das Ansiedlungsgesetz verworfen hat. Man giebt damit den Gegnern die Möglichkeit zu sagen: „Mit diesen Leuten ist nicht zu regieren“ oder auch „der Minister, welcher so etwas nicht bei dem Landtage durchbringt, ist unbrauchbar und muß — etwa durch Herrn von Auerswald — ersetzt werden.“ c. 23. 2. 1858.

Mit dem König geht es im Ganzen gut, er macht (das ist ganz der Wahrheit gemäß) täglich Fortschritte; sie sind aber so langsam, daß er noch weit vom Ziele ist.

Kommen Sie denn nicht einmahl her, es ist doch so nöthig, daß man sich mit einander orientirt.

Mit alter Liebe

Ihr

L. v. G.[1])

---

[1]) Bismarcks Antwort vom 2. März 1858 habe ich oben 3 No. XIII S. 189 ff. nach dem Original gegeben. — Um den Urheber der Correspondenz zu ermitteln, schrieb Bismarck am 28. Februar 1858 an den Regierungsrath Rudloff in Berlin, dessen Name ihm bei den angestellten Erörterungen genannt worden war, und erklärte sich bereit, falls er (Rudloff) wirklich der Verfasser sei, zu einer Beilegung der Sache durch einen Brief an Gerlach beizutragen, wenn Rudloff ihm sein Wort gebe, seine Beziehungen zur Postzeitung abzubrechen oder wenigstens Mittheilungen über Vorgänge am Hofe zu unterlassen, die auf amtlichem Wege zu seiner Kenntniß gelangten (das Original des Briefs befindet sich im Besitz des Herrn G. Hirzel in Leipzig). Einstweilen berichtete Bismarck, wie er Rudloff versprochen hatte, am 2. März an Gerlach, „daß seine Erkundigungen ein sichres Resultat nicht geliefert hätten.“ In zwei Briefen vom 2. und 6. März konnte Rudloff seine völlige Schuldlosigkeit behaupten und beweisen.

5.

Schreiben Leopolds v. Ranke an Bismarck.

1877.

Ew. Durchlaucht

22. 2. 1877. haben mich durch Ihre beiden Zuschriften vom 22. Januar und 19. Februar[1]) dieses Jahres nicht allein geehrt und erfreut, sondern mir auch Anlaß zum Danken gegeben. Wie verhalten sich Historie und Politik, in höchster Ausbildung gedacht, zu einander? Der Historiker kann niemals zugleich praktischer Politiker sein: denn der historische Gedanke hat nur Werth in seiner Allgemeinheit, in dem Licht, das er über den Lauf der Weltangelegenheiten verbreitet; der praktische Staatsmann dagegen muß auf der Grundlage einer allgemeinen Anschauung doch vor allem den vorliegenden Moment ergreifen; er muß den Forderungen des Momentes gerecht werden und den Staat, dem er angehört, auf seinem Wege mit Consequenz weiter fördern. Die Historie ist bloß instructiv, die Politik maßgebend und durchgreifend. Daß nun Ew. Durchlaucht, indem Sie diesen hohen Beruf mit einer unvergleichlichen Virtuosität erfüllen, doch auch zuweilen nach meinen historischen Büchern greifen, um Sich vergangene Lagen zu vergegenwärtigen, wie Sie mir das in den wohlwollendsten Worten ausdrücken, gereicht mir, der ich am Ende meiner Laufbahn stehe, zu hoher Befriedigung. Denn umsonst werde ich nicht gelebt haben. Ich habe immer gedacht, daß der Historiker alt werden muß: er muß viel erleben und der Gesammtentwicklung einer großen Epoche anwohnen, um seinerseits fähig zu werden, die früheren Zustände zu beurtheilen. So beurtheile ich die Laufbahn Ew. Durchlaucht nicht allein mit persönlicher Theilnahme, die mir von alten Zeiten her nahe liegt, sondern auch mit steter auf die allgemeinen Angelegenheiten gerichteten Aufmerksamkeit. Der Historiker kann von Ihnen lernen, Durchlaucht. Für die Wünsche, welche Sie mir für den Rest meines Lebens aussprechen, bin ich Ihnen zu warmem und herzlichem Danke verpflichtet.

Mit unbegrenzter Verehrung

Ew. Durchlaucht

Berlin, den 22. Febr. 1877. unterthäniger Diener

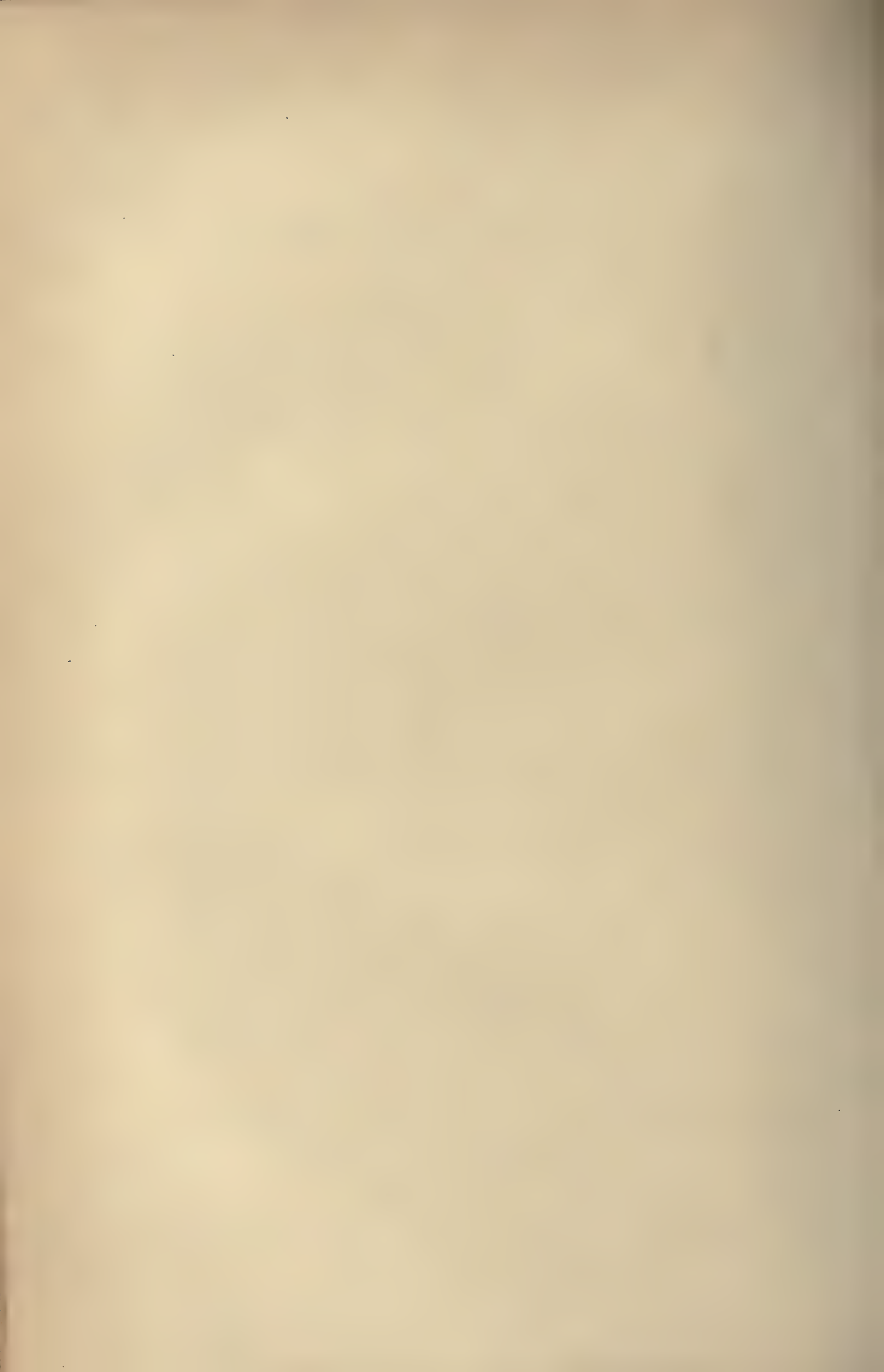
L. v. Ranke.

---

[1]) Vgl. Kreuzzeitung 23. 2. 1877 No. 45.

II.

Gedichte.



Festdichtung

zum 1. April 1895

von Emil Walther (Chemnitz[1]).

Vor achtzig Jahren! — Horch! die Weltenuhr
Hebt leis' und langsam aus; bald schlägt die Stunde,
Da todesmuthig sich ein Volk erhebt,
Daß es der Freiheit frechen Tempelschänder
Zum andernmal beherzt zu Boden schmettre
Im Donner des Gerichts von Waterloo; —
Doch in der Kaiserstadt am Donaustrom,
Da weilt bei Festgewog und Lustgelagen
Ein stattlich Heer von stolzen Kronenträgern
Mit ihren Räthen, schlau und reichbesternt;
Die schachern dort im schnöden Freudentaumel
Um Land und Volk, — die beugen sich geschmeidig
Vor fremdem Machtwort, sargen kühl-geschäftig
Die goldnen Träume ein, für die im Blutgefild
Ein sehnend Volk sein Alles eingesetzt,
Und ziehn des Vaterlandes Herrlichkeit
In Staub herunter, würdelos entweihend
Der Freiheit ruhmbekränztes Blutpanier . . . .

Und gramgebeugt verläßt den Ort der Schande
Germania, daß fern und einsam sie
Um ihr betrognes Volk die Klag' erhebe;
Denn freud- und ehrlos liegt fortan die Zukunft
Vor ihrem trüben, schmerzumflorten Blick. —

---

[1]) Vorgetragen beim Commers des Chemnitzer Lehrergesangvereins.

Da tritt zur tief Gebeugten, freundlich lächelnd,
Von mildem Himmelsglanz umstrahlt, die Hoffnung,
Und führt die willig Folgende nach Norden
In's märk'sche Land, vor ein bescheidnes Haus.
Sie treten ein, da schläft in stiller Klause
Auf weichem Pfühl ein neugebornes Kind.
Am schlichten Lager stehn sie ungesehn.
Sieh hier, — so spricht die Hoffnung — aus dem Kinde
Wird Deutschlands Rath und Retter einst erstehn!
Der wird mit Blut und Eisen glorreich sühnen
Die bittre Schmach, so schnödes Gaukelspiel
Und feige Ohnmacht heute dir verhängt; —
Der wird den Flor des Grams vom Haupt dir ziehn,
Um eine blanke Krone drauf zu setzen! —

So spricht die Hoffnung zu Germania;
Die aber schaut bewegt, mit stummem Sinnen,
Hernieder auf den schlafumfangnen Knaben
Und breitet segnend über ihn die Hände.
Still ist's im Raum; doch leise dringt's herein
Wie erstes Frühlingswehn und Lerchenschlag;
Auf Lenzsturmschwingen hebt sich wundersam
Der neuen Werdelust geheimes Drängen,
Und Frühling, Freiheit jubelt die Natur . . . .

Jahrzehnte schwinden. Ueber'm Vaterlande
Liegt bleiern-schwer des Unheils schlimmer Bann;
Erloschen längst ist jenes Morgenroth,
Das trügrisch einst den nahen Tag verkündet;
Geknechtet ist der Geist, die That gelähmt,
Verkehrt in Haß der Liebe heil'ge Flamme;
Und bange seufzt, in Qualen sich verzehrend,
Ein trostlos Volk: Wann wird der Retter kommen? —
Doch seine Fürsten räuchern fremden Götzen,
Denn von der Newa, von der Themse her
Wird Deutschlands Ohnmacht stets auf's neu besiegelt;

Und über'n Rhein höhnt frech der alte Erbfeind
Des dürft'gen Aschenbrödels der Nationen. —

Da horch! Von Westen dröhnt die Sturmfanfare!
Europa bebt, die alten Throne wanken;
In wildem Ungestüm fliegt jäh empor
Der Völkerfreiheit wallendes Panier
Und reißt die Geister fort zu tollem Rausche.
Noch halb im Traum, erfaßt vom Taumelwahn,
Fährt Deutschland auf vom Sitz, um kampfgemuth
Der goldnen Freiheit feste Burg zu stürmen.
Die Hoffnung zieht mit stolzem Flügelschlag
Voran, und freudig lauscht Germania:
Kommst du, mein Held, die alte Schmach zu sühnen? —

Doch nimmer wird im trüben Flammenwirbel
Der Leidenschaft die reine Kraft geboren;
Und kläglich bricht die That in sich zusammen,
So ihr der Reife echter Kern gebricht.
Am Fels der Eigensucht zerschellt das Wollen;
Die Zwietracht regt auf's neu die dunkeln Schwingen;
Gleich hohlem, schillerndem Phantom zerrinnt
Der Einheit und der Freiheit holder Traum,
Und statt der Ruhmeskrone trägt auf's neu
Germania trauernd ihre Dornenkrone.

Noch einmal gießt des Schicksals rauhe Hand
Des Unglücks Schaale über's deutsche Volk,
Das leidgeprüfte, — und gewalt'ger immer
Und heißer schwillt das lang verhaltne Sehnen,
Und brünstig ringt sich los der bange Ruf:
Herr Gott! nun gieb uns endlich einen Mann!
Gieb uns den Mann, der mit dem hellen Blick
Die willenstrotz'ge Kraft und Weisheit eint
Und eine Brust voll schlackenreiner Liebe
Für unser angstgequältes Vaterland!
Den Mann der That — o Gott, laß ihn erstehn!!

* *
*

Es geht ein Lied von einem Wunderschwert,
Das, tief in eines Baumes mächt'gen Schaft
Durch Götterkraft versenkt, des Helden harre,
Der es, in Tagen höchster Noth und Fährniß,
Mit starker Hand der langen Haft entreiße,
Daß er sein Volk aus Nacht und Niederung
Hinauf zum lichten Tag des Ruhmes führe. —
So ward auch uns in höchster Noth und Fährniß
Der starke, schwertgewalt'ge Wunderheld,
Der uns das Reich erlöst vom Zauberbann,
Um es zur Herrlichkeit emporzuführen! —
Sieh, jenes Kindlein, das im märk'schen Land
Germaniens stillen Segen einst empfangen:
Es war herangereift in Sturm und Drang
Zum Genius Deutschlands, der mit hellem Auge
Der Herzen tief geheimes Sehnen las,
Der, Ohr und Hand am heißen Puls der Zeit,
Ihr Weh verstand und wie mit Adlersblick
Die dunkeln Wirren kühn und kühl durchdrang,
Die Deutschlands Schicksal nebelgleich verhüllten.
Und glaubensstark, mit frommer Zuversicht
Und mit dem Willenstrotze des Titanen
— Sein leuchtend Ziel im Aug' — ging er an's Werk!
Was kümmert ihn, der schon durch Wolkennacht
Das goldne Morgenroth des jungen Tags
Für sein geliebtes Deutschland flammen sieht, —
Was kümmert ihn das feindliche Gezeter
Kurzsicht'gen Wahns und thörichter Verblendung? —
Dem Felsen gleich, der Sturm und Wogenprall
Gelassen schüttelt von granitner Brust:
So stand der Mann, der unerschrockne Eckart,
Am Königsthron und ließ des Hasses Stöße,
Des Hohns Geschosse kühl am eh'rnen Panzer
Der Mannentreue kraftlos niedergleiten;
Bis Haß und Hohn in eitel Nichts zerschmolzen
Vor seiner Thaten sonnenhellem Glanz. —

Verhaltnen Athems lauschte nun die Welt
Dem raschen Wogenschlag der Zeit, — bis endlich
Die herbe Schmach von Olmütz bei Missunde
Im ersten Blut erlosch, als siegesfreudig
Auf meerumschlungnem Boden Deutschlands Ehre
Sich mit dem Preußenaar erhub, um jauchzend
Nach langer Nacht den jungen Tag zu grüßen; —
Und als dann in Sadowas Wettersturm
Die dumpfe Schwüle wich, die unheilbrütend
Der Stämme Kraft und Thatendrang gelähmt
Und Haß und Zwietracht stets auf's neu' geboren: —
Da flog ein Leuchten, hell wie Morgenstrahl,
Germanien um's Haupt, und leis herab
Sank mit dem Trauerflor die Dornenkrone.

Und als des Helden herrlichster Gedanke
Geharnischt nun und reif in's Leben sprang: —
Als endlich Deutschlands große Stunde schlug,
Da wie in Eins geschmiedet Nord und Süd,
Ein großes starkes, zorngemuthes Volk,
Im heil'gen Krieg den Erbfeind niederwarf, —
Und als aus Rauch und Blut im Siegesglanze
Das neue Reich erstieg, um dessen Zinne
Der Kaiseraar in stolzem Fluge schwebte: —
Da war erfüllt der Väter frommes Sehnen,
Und jauchzend grüßten all die Millionen
Den hohen Greis im Kaiserdiadem,
Und ihn, den kühnen, starken, treuen Eckart,
Der wie ein Cherub mit dem Flammenschwert
Die Wache hielt am Hochsitz seines Herrn.

Nun lachte über'm Reich die Ruhmessonne
In lichter, wolkenloser Strahlenpracht;
Germania aber mit dem Ehrenschild,
Im Glanz der Krone, trat vor ihren Retter:
Hab Dank, mein Held! — nun ist die Schmach gesühnt,

Und frei und hoch vor allen Erdenvölkern
Trag ich mein Haupt fortan im Schmuck der Krone!

* * *

Nach achtzig Jahren! — Sieh, im Nordlandsgau
Weilt einsam nun in waldumhegter Klause
Ein hoher Greis, abseits vom Weltgetriebe,
Das er wie Keiner kraftvoll einst gelenkt.
Um's überbuschte Antlitz aber webt
Ein stilles Weh um sie, die Heimgegangne,
Die Glück und Leid ein langes, langes Leben
Mit ihm getheilt, die manche Freudenblume
Auf seinen rauhen Pfad gepflanzt, und leise
Manch dunkle Wolke von der Stirn gebannt.
Sie ging dahin, und tiefe Trauer sank
In das Gemüth des einsam-ernsten Alten.

Doch heute fliegt's wie lichter Sonnenschein
Dem Recken um die stählerne Geberde;
Denn sieh, ein Völkersonntag brach herein!
Und allerwärts, wo auf dem Rund der Erde
Die deutsche Zunge klingt, da wird's mobil:
Zur Geisterwallfahrt rottet sich's zusammen;
Standarten wehn und Feuerzeichen flammen,
Und endlos wogt's dahin nach einem Ziel, —
Zum Sachsenwald: sich freudig zu vereinen
Um ihn, den Herrlichen, den einzig Einen.

Und übermächtig braust zum Himmelszelt
Aus all den Millionen deutscher Herzen
Der Jubelruf: Heil! starker Wunder-Held! —
Und mit des Dankes loh'nden Opferkerzen
Flammt's wie Gebet empor zum Herrn der Welt
Für ihn, den jeder deutsche Knabe kennt,
Deß Name heut am seltnen Jubeltage
Die ganze Welt in scheuer Ehrfurcht nennt, —

Für ihn, den schon mit goldnem Schein die Sage
Umspinnt mit leis-geschäft'ger Zauberhand,
Indeß noch jedes Herz mit banger Frage
An ihn sich klammert rings im Vaterland; —
Ja, jedes Herz, das sträflich nicht vergessen
Der Ehre und des Dankes heil'ger Pflicht,
Das sich nicht dreist zu mäkeln will vermessen,
Wo donnergleich die Weltgeschichte spricht!
Weh, daß ein Häuflein aberwitz'ger Thoren,
Das Haß und Starrsinn hegt in seinen Reih'n,
So ganz und gar den deutschen Sinn verloren,
Jetzt, wo durch alle Zwietracht der Partei'n
Die Mahnung tönt an Herzen und an Ohren:
„Wenn Menschen schweigen, werden Steine schrein!"
Mag doch der Jubelsturm der Millionen,
Soweit ein deutscher Lebensstrom nur wallt,
In schlichten Hütten, wie auf stolzen Thronen
Des Unmuths Groll verwehn mit Allgewalt!
Bei Gott! 's thut noth! — Noch schaut in Deutschlands Gauen
Das Volk auf Ihn mit fröhlichem Vertrauen;
Und ob an allen Marken ringsum toste
Der Wettersturm mit dräuender Gewalt:
Eins blieb dem Volk, dem zagenden, zum Troste:
Noch wacht ein Augenpaar im Sachsenwald! —

Doch wenn sich einst dies Augenpaar geschlossen, —
Wohl uns, wenn wir mit frommem Selbstvertrau'n
Als seine Jünger, stark und unverdrossen
Am Werk des großen Meisters weiterbau'n!
Da gilt es denn, am Riesenmaß des Recken,
Der hoch und herrlich ragt ob unsrer Zeit,
Die eigne Kraft zu stählen und zu strecken,
Daß sie gerüstet sei und wohl gefeit,
Des Reiches Größe, Macht und Herrlichkeit,
Sein stolz Vermächtniß, treulich zu erhalten,
In seinem Sinn und Geist es zu verwalten,

Daß es erblüh' und ruhmvoll sich vermehre
Dem Vaterland zum Heil und ihm zur Ehre! —

Auch wir sind, eine deutsche Männerschaar,
Im Geist mit all den Millionen heute
Vereint um ihn, den greisen Jubilar;
Auch uns umbraust wie klingend Festgeläute
Jauchzende Lust und ungemess'ne Freude;
Auch unser Herz, von Dankgefühl erhoben,
Grüßt ihn in ungestümer Huldigung!
Wohlan, so laßt uns Alle, Alt und Jung,
Mit heil'gem, festen Manneswort geloben:
In Glück und Leid, in Sturm und Sonnenschein,
In Wort und That des Helden werth zu sein!
Und also sei mit donnertön'ger Macht
Dem **Achtzigjährigen** unser Hoch gebracht!

III.

Reden und Abhandlungen.



1.

Rede des Professors Dr. W. Oncken,

gehalten zur Feier des 80. Geburtstages am Nationaldenkmal auf dem Niederwald am 31. März 1895.[1])

Hochansehnliche Festversammlung!

Im Augenblick, da ich das Wort ergreife, hier an den Stufen dieses Denkmals, den Blick gerichtet auf den majestätischen Strom, der dieses schöne Land durchrauscht, umgeben von einer Festversammlung deutscher Männer und Frauen, wie ich noch nie eine angeredet habe, von Tausenden von Landsleuten, denen das Auge leuchtet vor Freude an dem Vaterlande und vor Dankbarkeit gegen den, der es geschaffen, möchte ich die Wunderkräfte haben, um diesen hehren Erzgestalten, die so feierlich ernst auf uns niederschauen, Leben und Bewegung einzuhauchen, ihnen Stimme und Sprache zu verleihen, damit sie uns wieder lebendig machten die großen Tage unserer größten Zeit, damit sie in uns neu entfesselten den Geistersturm der Einigung und der Erhebung, der vor bald fünfundzwanzig Jahren unser Land durchbrauste, da unser Volk zum ersten Male in seiner Geschichte sich fühlte und erhob als ein einziger Mensch mit einer einzigen Seele und da, mitten im üppigen Aufgehen seiner Saat, der große Minister, den wir heute feiern, erkannt und umjubelt ward von Millionen als der erste große Patriot der That, den Deutschland je gesehen, der uns vom Himmel gesandt ward, um zu heilen die Schwäche, zu tilgen die Schmach vergangener Jahrhunderte

[1]) Eingesendet vom Verfasser.

und zu verwirklichen den Traum vom Kaiser und vom Reich, von Deutschlauds Einheit, Macht und Größe.

Denn sichtbar wurde jetzt für jedes Auge die unsichtbare Arbeit, die er für den Neubau unseres Volks gethan, ohne uns zu fragen und ohne abzuwarten, ob wir es danken würden oder nicht. Herunter fielen die Schleier des Irrthums, des Argwohns und des Mißtrauens, die uns sein Wesen und sein Werk verborgen gehalten. Handgreiflich traten als Thatsachen vor uns hin die großen nationalen Zwecke, die durch und durch deutschen Ziele, die ihm vorgeschwebt; verstanden wurden endlich auch die Mittel, die man nicht durchschaut, so lange man an die Zwecke nicht geglaubt. Den Weg zum Herzen der Nation hatte Graf Bismarck nicht umsonst gesucht, jetzt hatte ihn das Herz der Nation gefunden. So manches Seherwort aus Dichtermund fand jetzt Erfüllung und Verständniß, so jener Ruf eines norddeutschen Dichters aus dem Jahre 1844:

O Schicksal gieb uns einen, einen Mann!
Was frommt uns aller Witz der Zeitungskenner,
Was aller Dichter wohlgereimt Geplänkel
Vom Strand der Nordsee bis zum wald'gen Brenner?
Ein Mann ist noth, ein Nibelungenenkel,
Daß er die Zeit, den tollgeword'nen Renner
Mit eh'rner Faust beherrsch' und eh'rnem Schenkel!

so aus dem Jahre 1849 der Ruf eines süddeutschen Dichters, der das Opfer der Freiheit bot, um der Einheit willen, und die Eisenfaust, die uns zusammenschweißen sollte, begrüßte mit dem Wort: „Du letzter aller Dictatoren, komm mit der letzten Dictatur.“ Jetzt endlich war er erkannt, der Mann der Verheißung, aber wie war's ihm ergangen, als er kam? Als der Nibelungenenkel dem König Wilhelm an die Seite trat, dem unsterblichen Waffenschmied und Waffenmeister der Nation, um ihn mit seinem Leibe zu decken bei seinem Kampf um's Heer, das Heer, das die Schlachten unserer Befreiung und Einigung schlagen sollte, da erkannten wir ihn nicht. Ein Volkshaß ohne Gleichen wogte ihm entgegen, der

Fanatismus des Mißtrauens machte ihm selbst die zu Feinden, deren Programm, ohne daß man es wußte, sein Programm geworden war und die ihn jetzt auch bekämpften bis auf's Blut, ohne zu ahnen, wie bald sie zu sich selber sagen würden: Gott sei Dank, wir sind besiegt.

Eine große Rechts- und Ehrenfrage deutscher Nation ward damals aufgerollt, von der ein badischer Minister mit Recht behauptete, an ihr habe sich unser Volk politisch erzogen, sie müsse zu einem guten Ende geführt werden, weil sonst das deutsche Volk den Glauben an sich selbst verlieren würde.

Die schleswig-holsteinische Frage war's. Das Recht des verlassenen Bruderstammes, dessen Fahne auf jedem nationalen Fest mit dem Trauerflor erschien, der auf uns, das junge Geschlecht, einen unbeschreiblichen Eindruck machte. Dieser Frage erschien in Bismarck endlich der Staatsmann der That, der einen bewunderungswürdigen politisch-militärischen Feldzug unternahm, um die Herzogthümer frei zu machen unter unwillkürlicher Mitwirkung gerade Derer, durch die sie preisgegeben und geknechtet worden waren.

Wir kennen diesen Feldzug jetzt als eins der größten Meisterstücke aller Diplomatie und bewundern als seine Meistergriffe gerade die Schritte, für die ihn damals der Fluch der Patrioten getroffen hat: die vorläufige Anerkennung des verrufenen Londoner Protokolls und das Bündniß mit Oesterreich gegen die Dänen und den Bundestag. Man glaubte eben nicht, daß er es wohl meinen könne mit dem Recht der Herzogthümer, mit Preußens und Deutschlands Ehre, man glaubte, in seinen Händen müsse selbst eine an sich gute und gerechte Sache zu neuem Unglück und zu neuer Schande führen. Und als nun wider alles Erwarten das kühne Unternehmen glänzend gelungen war, das „Los von Dänemark!" unwiderruflich entschieden war, da hörte der Kampf um Heer und Verfassung doch nicht auf, denn die Frage der Zukunft der Herzogthümer war zur Frage der Zukunft Deutschlands selbst geworden, und auf die Lösung der deutschen Frage waren wir mit der Gefühlspolitik jener Tage schlechterdings nicht vorbereitet.

Wie unsere Väter in der Paulskirche, glaubten auch wir noch allesammt, die deutsche Frage sei eine Rechtsfrage, nur eine Rechtsfrage, lösbar durch Parlamentsbeschlüsse, Conferenzprotokolle, Verfassungsparagraphen, folglich nicht lösbar durch einen Minister, der Presse und Parlament, die öffentliche Meinung der ganzen Nation so gegen sich erbittert hatte, wie Graf Bismarck das gethan. Daß die deutsche Frage in Wahrheit eine Machtfrage sei, das wußten wir nicht; daß sie einfach lautete: Preußen oder Oesterreich, Oesterreich oder Preußen, daß sie eine Machtfrage sei zwischen diesen beiden Mächten und wie alle Machtfragen, so lange als es keine Gerichtshöfe giebt, denen Völker und Monarchen im Kampf um's Recht sich freiwillig unterwerfen, unterthan dem Naturgesetz, das in solchen Fällen keine andere Lösung kennt, als den Looswurf der Gewalt, das Gottesurtheil des Erfolges — das wußten wir nicht, aber Graf Bismarck wußte es: als Bundestagsgesandter hatte er es in Frankfurt entdeckt; im Lichte dieser Einsicht war ihm Vergangenheit und Zukunft Deutschlands klar geworden und damit auch sein eigener Beruf. Schon damals stand der Entschluß ihm fest und unerschütterlich vor der Seele, den er ausführte im Jahre 1866, der Entschluß, von dem er am 4. Juni jenes Jahres dem Franzosen Vilbort sagte: „Um mein Ziel zu erreichen, trotze ich Allem, dem Exil wie dem Schaffot, und zum Kronprinzen habe ich gesagt, was liegt daran, ob man mich aufhängt, wenn nur mein Strick Preußen und das neue Deutschland fest aneinander bindet.“ Im Augenblicke aber, da dieser unvermeidliche Waffengang gewonnen war, noch auf dem Schlachtfelde von Königgrätz, sagte Graf Bismarck zu König Wilhelm: „Die Streitfrage ist entschieden; jetzt gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen“, und so geschah's. In Nikolsburg bot und schloß er einen Vertrag, der die Wiederversöhnung, ja das Bündniß mit Oesterreich im Schooße trug, das Bündniß, das zur Thatsache ward in unseren Tagen, in dem die Sehnsucht der Paulskirche in Erfüllung ging, und von dem Rudolf v. Bennigsen mit Recht gesagt hat, es sei das schönste Lorbeerblatt in dem Ruhmeskranz des großen Kanzlers.

Der schäumende Unwille, der leidenschaftliche Abscheu, mit welchem sich ganz Deutschland eben diesem Krieg entgegenstemmte, hatte seinen besonderen Grund in zwei Befürchtungen, die aber behandelt wurden, wie wenn sie nicht bloße Annahme, sondern Thatsachen, Gewißheiten wären, an denen gar kein Zweifel möglich sei. Die eine war, Graf Bismarck habe zu Biarritz die Abtretung der Rheinlande versprochen, um den Kaiser der Franzosen gegen Oesterreich zu gewinnen, wie früher Graf Cavour ihn gewonnen hatte durch das Versprechen der Abtretung von Nizza und Savoyen. Wir wissen heute: an diesem Gerede war kein wahres Wort. Niemals hat Bismarck solch ein Versprechen gegeben, niemals hätte er gerathen, niemals hätte König Wilhelm eingewilligt, auch nur eine Scholle deutscher Erde abzugeben. Beide sind jeder Andeutung solcher Art mit der größten Entschiedenheit entgegengetreten. Die andere Befürchtung war: der Sieg Bismarcks werde den Staatsstreich, den Verfassungsbruch in Preußen und damit den Umsturz aller politischen Freiheit in ganz Deutschland zur Folge haben. Auch diese Befürchtung fiel in der Stunde des Sieges dahin. Mit einem einzigen königlichen Worte schaffte König Wilhelm dieses Schreckbild aus der Welt. Er sprach dies Wort in der denkwürdigen Thronrede vom 5. August 1866, durch die er dem ganzen Verfassungsstreit ein Ende machte, indem er um Indemnität bat für das budgetlose Regiment und damit entschied, in Deutschland solle herrschen Verfassung und Gesetz und nicht der Säbel der Gewalt. Von den Vorverhandlungen aber, die mit Ministern und Parteiführern stattgefunden haben, wissen wir genug, um mit aller Bestimmtheit zu sagen, daß Bismarck selbst von der ersten Stunde an mit unbeugsamem Nachdruck gerade auf dieser Lösung des Verfassungskampfes bestanden hat. Das war die größte politische Entscheidung, die der militärischen vom 3. Juli nur irgend folgen konnte. Mit Waffenthaten kann man Widerspruch entwaffnen und Widerstand zu Boden werfen. Alle Gegner der Armeereform hat der Erfolg von Königgrätz in der That zum Schweigen gebracht; das Vertrauen aber, mit dem man Neues baut, das kann man nicht befehlen und nicht

erzwingen, das kann man nur verdienen, und hier ward es verdient. Das Volksvertrauen, das nöthig war, damit die Krone Preußen sich erhob zur nationalen Monarchie, damit Bismarcks nationale Politik getragen ward vom guten Glauben, vom Gewissen unseres Volkes selbst — dies Volksvertrauen ist geschaffen und erworben worden am 5. August 1866, und als auf Grund dieser königlichen That der Friede geschlossen war zwischen König und Land, da ward im September 1866 dem Grafen Bismarck eine Huldigung eigener Art zu Theil. Ein alter Burschenschafter, der seine Jugendschwärmerei für Deutschlands Einheit schwer gebüßt, jetzt ein Volksdichter von Gottes Gnaden, Fritz Reuter, sandte ihm seine Werke, die fröhlichen Kinder seiner Muse zu, um ihm zu danken dafür, daß er den Traum seiner Jugend, die Hoffnung seines gereiften Mannesalters zur faßbaren, im Sonnenschein glänzenden Wahrheit gestaltet habe: „Gott segne Sie für Ihr Thun, Sie haben mehr Herzen gewonnen, als Sie ahnen.“

Und Graf Bismarck dankte ihm in einem seiner schönsten Briefe: „Als alte Bekannte habe ich die Schaar Ihrer Kinder begrüßt, die in frischen, mir heimathlich vertrauten Klängen von unseres Volkes Herzschlag Kunde geben. Noch ist, was die Jugend hoffte, nicht Wirklichkeit geworden, aber mit der Gegenwart versöhnt es, wenn der auserwählte Volksdichter in ihr die Zukunft gesichert erschaut, für die er Freiheit und Leben zu opfern stets bereit war.“

Im Augenblicke aber, da der Friedensschluß im Lande gesichert war, erhob sich die Gefahr eines Kriegs vom Westen her. An demselben 5. August, an dem König Wilhelm die folgenreichste aller Thronreden verlas, sandte der Botschafter Benedetti dem Grafen Bismarck einen Vertragsentwurf, durch den König Wilhelm verpflichtet werden sollte, dem Kaiser einen Theil der deutschen Rheinlande abzutreten, und am Abend des 7. August kam er selbst, um sich persönlich Bescheid zu holen. Er schied mit den Worten: „Si vous refusez, c'est la guerre,“ und Bismarck entließ ihn mit der Antwort: „Eh bien, la guerre.“ Und nur die Gewißheit, daß er, wenn er beharrte

auf seinem Verlangen, nicht mit Preußen allein, sondern mit ganz Deutschland bis auf's Messer zu kämpfen haben würde, hatte den Kaiser bestimmt, damals zu verzichten; aber sein Antrag war in die Presse gekommen, und das Bekanntwerden desselben leistete Graf Bismarck einen ausgezeichneten Dienst. Als er den Ministern von Baden, Württemberg und Bayern, die in Berlin waren, um Frieden zu machen, nicht blos Frieden, sondern im tiefsten Geheimniß auch Schutz- und Trutzbündnisse bot, da wurden diese mit tausend Freuden angenommen, und dem bayerischen Minister von der Pfordten traten die Thränen ins Auge bei diesem Angebot. Er sagte, tief ergriffen: „Jetzt sehe ich, Herr Graf, wie sehr man Sie verleumdet hat. Sie haben ein deutsches Herz so gut wie ich."

Nachdem nun im Jahre 1867 auch in Süddeutschland die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und im Winter 1868—69 nach Moltke's genialem Entwurf ein Plan festgestellt war, nach welchem beim ersten Kriegsruf, der erscholl, das ganze deutsche Feldheer in der bayerischen Pfalz, an der französischen Grenze sich versammeln sollte zu einem Aufmarsch, der schon Vertheidigung zugleich und Angriff war, da war der Harnisch der deutschen Waffenrüstung fertig und geschlossen; er zeigte nirgends eine Oeffnung mehr.

Mit voller Seelenruhe schaute Bismarck jetzt dem Laufe zu, den die Dinge in Frankreich nehmen konnten. Mit Seelenruhe deshalb, weil er mit dem König in dem unerschütterlichen Entschlusse einig war, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden, so lange das mit Ehren irgend geschehen konnte. Wie ernst es ihm war mit diesem Entschluß, das zeigte er im Frühjahr 1867 im Streit um Luxemburg. Da hat er, wie wir durch ihn selber wissen, im Rath des Königs zur Cabinetsfrage gemacht, daß der Krieg vermieden und ein friedlicher Ausgleich angenommen wurde, der keineswegs allgemeinen Beifall fand. Und daß nicht blos Gründe der Politik, sondern Erwägungen der Menschlichkeit ihn dazu bestimmten, das hat er im Jahre 1868 einem bayerischen Staatsmann eingestanden in den

Worten: „Vielleicht würde ich mir weniger Mühe geben, den Krieg mit Frankreich zu vermeiden, wenn ich nicht die böhmischen Schlachtfelder in der Erinnerung trüge und die Lazarethe und Spitäler besucht hätte; allein das Elend, die Leiden, die ich da gesehen, kann ich nicht vergessen. Es ist möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß schließlich der Krieg uns doch aufgezwungen wird, und ich zweifle keinen Augenblick, daß wir ihn siegreich beenden werden, aber andererseits bleibt es doch auch möglich und bei den Zuständen Frankreichs jedenfalls nicht völlig unmöglich, daß wir um den Krieg herumkommen, und das müßte ein schlechter Christ und ein gewissenloser Mensch sein, der nicht schon um dieser Möglichkeit willen Alles aufbieten würde, seinen Mitbürgern einen, wenn auch siegreichen Krieg zu ersparen, so lange es ohne Schaden für den Staat und ohne der nationalen Ehre zu nahe zu treten, geschehen kann." — Und aufgezwungen, frevelhaft aufgezwungen hat man uns den Krieg, der noch fehlte, um das Werk Bismarck's an einem Tage zu vollenden.

Der Gedanke, den Erbprinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen zum König von Spanien zu wählen, ist in Madrid alsbald nach Vertreibung der Königin Isabella entstanden und sogleich nach seiner Entstehung im October 1868 auch in die Tagespresse gekommen. Es war der Plan spanischer Staatsmänner, spanischer Patrioten, spanischer Monarchisten, von denen einer Don Eusebio di Salazar y Mazarredo, Staatsrath und Cortesmitglied in Madrid, diesen Plan mit wahrem Feuereifer vertreten und durch zwei Flugschriften im Jahre 1869 öffentlich mit größtem Nachdruck empfohlen hat. Es war ein guter Gedanke, ein heilsamer Vorschlag. Die Spanier könnten sich glücklich preisen, wenn sie damals im Prinzen Leopold einen so ausgezeichneten König bekommen hätten, wie ihn die Rumänen in seinem Bruder Carl seit 1866 besitzen und mit Recht verehren. Wenn aber der Kaiser Napoleon seine Wahl nicht wünschte, so brauchte er es nur zu sagen, und wenn er das wegen des Prinzips der National-Souveränetät nicht öffentlich thun wollte, so konnte er's im Vertrauen, im Geheimen thun. Ein Wort vertraulicher Ab-

mahnung zu Madrid, ein Wink der Warnung in Sigmaringen, und der ganze Plan versank, bevor er ernstlich zur Erörterung kam, denn kein Mensch diesseits wie jenseits der Pyrenäen hätte gewagt, auf die Gefahr einer Verwickelung mit Frankreich daran festzuhalten. Aber der Kaiser hat eben solch' ein Wort nicht gesprochen noch sprechen lassen, nicht einmal hat er's leise angedeutet. Kein Wink, keine Warnung ist ertheilt worden, weder in Madrid, noch in Sigmaringen, noch auch in Berlin. In Berlin hat Benedetti im Frühjahr 1869 wohl gefragt, aber nicht gewarnt, und zu warnen, obwohl er's wünschte, auch dann keinen Befehl erhalten, nachdem er berichtet hatte, Graf Bismarck habe gesagt, König Wilhelm werde dem Prinzen in dieser Frage völlig freie Entschließung lassen. Deshalb glaubte man in Madrid, Sigmaringen und Berlin, was man glauben mußte: der Kaiser könne gar nicht daran denken, aus dieser Wahl, gegen die er sich niemals erklärt hatte, einen Kriegsfall zu machen, er werde sie, wenn er sie auch nicht wünsche, geschehen lassen, wenn sie unvermeidlich werde, um Spanien vor Republik, Anarchie und Bürgerkrieg zu retten, zumal da der Prinz Leopold ja durch seine Großmutter ein Verwandter des Kaiserhauses war und dieses mit dem Hof zu Sigmaringen, wie wir jetzt wissen, in einem sehr freundschaftlichen, ja herzlichen Verkehre stand.

Nachdem aber der Kaiser diese Sache, die er so viel Zeit und Mittel gehabt hatte, vertraulich zu hintertreiben, so weit hatte kommen lassen, daß im Vertrauen auf seine Zurückhaltung der Erbprinz Leopold den Spaniern die dreimal verweigerte Zusage endlich dennoch gab, da hatte er's immer noch in der Hand, die Wahl ohne Krieg durch ein öffentliches Veto zu verhindern. Er brauchte die Erklärung, die er erließ, nur so einzurichten, daß sie lediglich diejenigen traf, die hier betheiligt waren, nämlich die Spanier als Wähler auf der einen, den Prinzen Leopold als Gewählten auf der anderen Seite. Statt dessen wandte sich die Erklärung vom 6. Juli 1870 lediglich an einen Dritten, der weder als Wähler noch als Gewählter betheiligt war, und behandelte diesen, nämlich den König Wilhelm, wie einen Brandstifter, der absichtlich auf den Bruch

des Völkerfriedens hinarbeite. Aber bei der unerschütterlichen Friedensliebe des Letzteren war für den Kaiser auch jetzt noch ein Einlenken möglich: er brauchte sich nur zufrieden zu geben mit dem großen Erfolge, der ihm zufiel, als am 12. Juli die ganze Wahl aufgegeben ward, als der Prinz auf Spanien und Spanien auf den Prinzen verzichtete und nun entschieden war, daß kein preußischer Prinz auf den Thron Karls V. stieg und kein Frevel wider das Gleichgewicht der Mächte und wider die Machtstellung Frankreichs geschehen sollte. Aber gerade in diesem Augenblick, da er Alles erreicht, was er gefordert — und mehr, als nun geschehen, hatte er nicht verlangt, — ließ er neue Forderungen an König Wilhelm stellen, Forderungen, von denen eine beleidigender, unmöglicher war als die andere, und aus diesen erst entwickelte sich nun der Krieg, aber nicht so, daß der Beleidigte ihn erklärte, um sich mit der Waffe Genugthuung zu verschaffen, sondern so, daß der Beleidiger das that, weil der Beleidigte bei den neuen Forderungen sagte: „Nun ist's genug." Am Nachmittag des 12. Juli 1870 hatten die Minister Gramont und Ollivier zu Paris vom preußischen Botschafter von Werther eine schriftliche Abbitte verlangt, die der König nach einem fertigen Concept schreiben oder unterschreiben sollte. Am 13. morgens forderte Benedetti in Ems vom König Wilhelm selbst, daß er sich verpflichten sollte, nie wieder seine Einwilligung zu geben, wenn die Hohenzollern je wieder zurückkämen auf ihre spanische Candidatur. Das wies der König zurück, noch ehe der Bericht Werthers über den Zwischenfall vom 12. in seinen Händen war. Nachdem er diesen gelesen, telegraphirte er darüber voll Entrüstung an Graf Bismarck und verschärfte die Zurückweisung Benedettis dadurch, daß er ihn trotz seiner Bitte in dieser Sache nicht mehr persönlich empfing, sondern ihm blos durch den Adjutanten vom Dienst mittheilen ließ, er habe ihm nichts weiter zu sagen.

Als Graf Bismarck von diesen beiden Nachforderungen Kenntniß hatte, wußte er, daß der Kaiser den Krieg um jeden Preis, unter jedem Vorwand wollte, und damit war für ihn Alles gesagt. Dem Botschafter in Paris ging in einem sehr

scharfen Erlaß der Befehl zu, auf der Stelle einen Urlaub anzutreten, und der Vorgang in Ems ward noch am Abend des 13. in einem Telegramm der Nation wie den Gesandtschaften bekannt gemacht. So entstand die berühmte Emser Depesche, die nichts enthielt als die reine Wahrheit dessen, was geschehen war, und von dieser Wahrheit nur bekannt gab, was der König zu veröffentlichen befohlen hatte, nämlich die Nachforderung des Botschafters und ihre Zurückweisung.

Das Bekanntwerden dieser beiden Thatsachen setzte die Nation in Flammen. Aus der einen schloß sie: der Kaiser will den Krieg, obwohl Alles geschehen ist, was er verlangt hat; aus der zweiten schloß sie: der König Wilhelm nimmt ihn an, weil er muß, nachdem er für den Frieden Alles gethan hat, was in seinen Kräften stand.

Und millionenstimmig hallte es aus der Nation zurück: zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein, wir alle wollen Hüter sein. Entfesselt war der furor teutonicus, der heilige Berserkerzorn des deutschen Michel, den man nicht bestellen und nicht befehlen, den nur ein ruchloser Feindesangriff entflammen kann.

Ein Sturm von Volksbegeisterung brach los, von den Alpen bis zum Meer, der in Tagen und Stunden niederwarf und in Vergessenheit begrub, was Jahrhunderte lang die Nation im Innersten gespalten und getheilt hatte. Von rechts und links her rückten die Parteien zusammen nach der Mitte und gelobten sich: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr.“ Der Rittersmann, der im deutschen Volke verborgen gewesen, sprengte seine Hülle, um in blankem Stahl und Eisen geharnischt durch das Land zu schreiten, und den Patrioten, deren Jugendtraum jetzt herrlich in Erfüllung ging, war zu Muth, wie dem Dichter des Befreiungskrieges, als er den deutschen Rhein zum erstenmal erblickte; auch sie riefen: „Vaterland, ich muß versinken hier in deiner Herrlichkeit.“ So kamen sie, die unvergeßlichen Julitage 1870, die hier in diesem Denkmal verewigt sind, deren Fürst Bismarck gedachte in seiner letzten großen Reichstags-

rede, als er erinnerte an den Volkszuruf, der ihn in Berlin, am Rhein und überall begrüßt: „Auf den Wogen der Volksstimmung wurden wir hineingetragen in den Krieg, ob wir wollten oder nicht.“

Und so wie er damals am 6. Februar 1888 dagestanden, als er die Offenbarung unseres heiligen Krieges zusammenfaßte in dem zündenden Wort: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst Nichts auf der Welt“, so wird er stehen bleiben in der Erinnerung unseres Volks, in dem Andenken der Geschichte. So hat ihn unser Kaiser feiern wollen, als er ihm am 26. März den Ehrenpallasch, das Schwert des Kampfs um Deutschlands Recht und Ehre übergab, und so steht er auch heute am Vorabend seines 80. Geburtstages vor uns da. Wie das Bild seiner heimgegangenen Gattin der Schutzgeist bleibt des deutschen Hauses, dem sie das Andenken der edelsten Hausfrau hinterlassen hat, die jemals einem Helden der Geschichte und der Welt das Haus zum Heim gemacht, so bleibe er der Schutzgeist des neuen Reichs, der Schutzgeist aller der köstlichen Kräfte, die es geschaffen und erhalten, aller der unersetzlichen Güter, die es birgt, vor Allem eines Gutes, das die Quelle aller anderen Güter ist, die damals erworben worden sind, das ist das Bündniß der nationalen Monarchie mit der monarchischen Nation, das Bündniß, das Wilhelm I. gestiftet hat, als er rief, beim Ausmarsch wider den Feind: „Ich bringe dem deutschen Volk Treue um Treue entgegen und werde sie unwandelbar halten,“ das Bündniß, das unter ihm die Blut- und Feuertaufe empfangen hat auf den Schlachtfeldern des gerechtesten und siegreichsten aller Kriege, und das er als Kaiser geweiht hat für die Arbeit des Friedens, als er bei der Heimkehr sagte: „Was lange in den Gemüthern lag, jetzt ist's an's Licht gebracht, sorgen wir, daß es Tag bleibe.“ Dies Bündniß der nationalen Monarchie mit der monarchischen Nation, das Kaiser Wilhelm II. treu in Ehren hält als das herrlichste Vermächtniß seiner Väter, es ist die Grundlage unserer Größe, die Bürgschaft unserer Zukunft, der Bronzefelsen unseres neuen Reichs. Ihm sollen an diesem Festtag nationaler Dankbarkeit und deutscher Treue die Segenswünsche gelten, mit denen wir

das schöne Gebet wiederholen wollen, das Emanuel Geibel vor fünfundfünfzig Jahren in seinem Thürmerliede ausgesprochen hat:

„Sieh herab vom Himmel droben,
Herr, den der Engel Zungen loben,
Sei gnädig diesem deutschen Land!
Donnernd aus der Feuerwolke
Sprich zu den Fürsten, sprich zum Volke,
Lehr' uns stark sein, Hand in Hand!
Sei Du uns Fels und Burg,
Du führst es wohl hindurch,
Denn Dein ist heut wie allezeit
Das Reich, die Kraft, die Herrlichkeit."

2.

Fürst v. Bismarck im Culturkampfe.[1])

Von Oberpfarrer Dr. theol. Graue (Chemnitz).

II.

Aus dem Bisherigen ergiebt sich insbesondere Zweierlei, das fortwährend im Auge behalten werden muß, wenn man das Vorgehen Bismarck's gegen die römische Kirche richtig beurtheilen will, erstens daß derselbe höchst ungern, nur deshalb, weil der preußische Staat im Falle der Nothwehr gegenüber dem Papstthum sich befand, in den sogenannten Culturkampf eintrat, zweitens daß er, je klarer er sich des principiellen Gegensatzes, der zwischen dem modernen Staat und der römischen Hierarchie bestand und besteht, bewußt war, desto weiter davon entfernt blieb, einen Principienstreit mit der römischen Kirche zu führen, vielmehr eine völlige Lösung der aus dem Verhältniß dieser Kirche zum Staat entspringenden Schwierigkeiten für ebenso unmöglich hielt wie die „Quadratur des Zirkels“, und nicht mehr erstrebte, als was, wie er immer wieder betonte, ihm das höchste Erreichbare erschien, nämlich „friedliebende Praxis, erträglichen modus vivendi auf der Basis beiderseitiger Verträglichkeit“. Dieses Ziel hatte er schon vor Beginn des kirchlichen Streits im Auge; für die Erreichung dieses Zieles hatte er sich stets freie Hand zu bewahren gesucht. Und daß ihm das gelungen, daß er vollständig unbehindert war, alle zur Abwehr römischer Uebergriffe nothwendig werdenden Maßregeln zu treffen, hat er durch den

[1]) Vgl. B.-J. I 442 ff.

Erlaß jener Gesetze gezeigt, welche er, zuerst nur den eignen Impulsen folgend, entworfen, später in Gemeinschaft mit dem auf seinen Rath berufenen Cultusminister Falk und von diesem ausgearbeitet, vorgelegt und gegen den zeternden Widerspruch des Centrums und der Consorten desselben durchgesetzt hat. Zur Begründung und Vertheidigung dieser Gesetzentwürfe hat Bismarck wiederholt, namentlich im preußischen Landtage, Worte geredet, welche von seiner hohen staatsmännischen Weisheit, von seinem tiefen Einblick in den Kern des alten, seit Jahrtausenden unausgefochtenen Kampfes zwischen Königthum und Priesterthum, Staat und Hierarchie ein glänzendes Zeugniß geben, und die eben deshalb, weil sie auf das innerste Wesen dieses Kampfes eingehen, stellenweise die Meinung erwecken oder bestärken konnten und noch können, als ob er einen Principienstreit mit der römischen Kirche führen wolle, die aber immer wieder hervorheben, daß jener Kampf als Machtstreit „denselben Bedingungen unterliegt wie jeder andere politische Kampf", daß es „eine Verschiebung der Frage" ist, „wenn man sie darstellt, als ob es sich um Bedrückung der Kirche handelte", und daß es sich in Wahrheit um nichts Anderes handelt, als um Vertheidigung des Staats, der „in dem Reiche dieser Welt das Regiment und den Vortritt hat", und der deshalb das Recht hat, zu fordern, daß die „Abgrenzung" zwischen Priesterherrschaft und Königsherrschaft so geschehe, „daß der Staat seinerseits dabei bestehen kann". Aber hat er eine solche „Abgrenzung" erreicht? Hat er im Culturkampfe schließlich etwa doch Concessionen gemacht, durch welche der dauernde Bestand und die Würde des Staats gefährdet wird?

Nun, einen solchen Friedensschluß mit Rom hat er allerdings nicht erreicht, durch welchen jede Gefahr, die von dort drohet, für immer beseitigt und ein neuer Ausbruch des Kampfes zwischen Staat und Kirche unmöglich gemacht worden wäre. Aber was er 1873 von diesem Kampfe gesagt hat: „er hat seine Friedensschlüsse, er hat seine Haltepunkte, er hat seine Waffenstillstände", das hat er erreicht, nämlich einen Friedensschluß, der zwar nur einem Haltepunkt, einem

Waffenstillstand gleich zu achten ist, aber einen solchen, durch den der Staat wesentlich günstiger gestellt ist, als das vor Ausbruch des Kampfes der Fall war.

Betrachten wir, um die richtige Schätzung des Erreichten zu ermöglichen, zunächst einmal diejenigen im sogenannten Culturkampf erlassenen Gesetze, welche der preußische Staat bei seinem Friedensschlusse mit Rom unverändert gelassen hat und die noch heute volle Geltung haben, zum Theil nicht nur in Preußen, sondern im ganzen deutschen Reiche Geltung haben.

Dahin gehört zunächst der schon vor Falk's Amtsantritt geschaffene sogenannte Kanzelparagraph, ein Strafgesetz gegen den Mißbrauch der Kanzel Herbst 1871 erlassen, welches jeden Geistlichen mit Strafe bis zu zwei Jahren Gefängniß bedroht, der „öffentlich Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht". Die unbestimmte, dehnbare Fassung dieses Gesetzes, die leicht von der Willkür einer Behörde zur Bestrafung einer ganz berechtigten, ja pflichtmäßigen Kritik, welche von Seiten eines Geistlichen an öffentlich stattfindenden Mißbräuchen und bestehenden Mißverhältnissen geübt wird, ausgenutzt werden kann, ist zwar sehr zu bedauern. Wenn man sich aber erinnert, welch ein geradezu als hochverrätherisch zu bezeichnendes Zetern und Toben auf vielen katholischen, leider! auch auf manchen evangelischen Kanzeln stattgefunden hat und mit welcher Selbstüberhebung so mancher kleine „Papst" in falscher Anwendung des Wortes: „man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen", über Maßnahmen der weltlichen Obrigkeit auf der Kanzel in höhnischer und aufreizender Weise das Verdammungsurtheil gesprochen hat, so wird man die Nothwendigkeit einer solchen gesetzlichen Bestimmung trotz aller noch heute gegen dieselbe stattfindenden Agitationen anerkennen müssen und ihren bedeutsamen Werth zu würdigen wissen.

Ferner besteht noch heute zu Recht die gesetzliche Bestimmung, die zu Anfang des Jahres 1872 erlassen wurde, daß fortan nicht der Geistliche als solcher die Schul-

inspection wahrzunehmen habe, sondern daß der Staat nach seinem Ermessen auch andere Personen zu Schulinspectoren ernennen könne. Diese Bestimmung war hauptsächlich durch die katholischen geistlichen Schulinspectoren in der preußischen Provinz Polen veranlaßt, welche absichtlich die deutsche Sprache in den dortigen Schulen der Vernachlässigung preisgaben und es dahin zu bringen suchten, daß ein specifisch polnisches Nationalgefühl an Stelle des deutschen in ihren Bezirken mächtig werde. Im Hinblick auf die Thatsache, daß unter diesen Geistlichen nicht nur Polen, sondern auch Deutsche waren, und andrerseits mit Rücksicht darauf, daß unter den katholischen Priestern Bayern's völliger Mangel an deutschem Patriotismus, dagegen starke Hinneigung zu französischen Sympathien sich gezeigt hatte, machte Bismarck am 10. Februar 1872 auf die ebenso zweifellose wie bedauerliche Erscheinung aufmerksam, daß sonst überall die Geistlichkeit, auch die römisch-katholische eine nationale sei, daß aber Deutschland eine Ausnahme mache, daß hier die Geistlichkeit „einen mehr internationalen Charakter“ habe; und deshalb setzte er es damals durch, daß dem Einfluß der katholischen Geistlichen auf die Schule durch obige gesetzliche Bestimmung eine feste Schranke gezogen wurde. Von wie großer Bedeutung dies ist, liegt auf der Hand, zumal da sich die Staatsgewalt auch den evangelischen Geistlichen gegenüber das Recht geben ließ, an Stelle derselben andere Männer mit der Schulinspection zu betrauen. Wohl ist das erst ein Schritt zu dem Ziele, welches angestrebt werden muß, wenn der Streit über die Schule zwischen Kirche und Staat nicht immer wieder entbrennen soll, zu dem Ziele nämlich, den ganzen dogmatisch-confessionellen Religionsunterricht, speciell die Unterweisung nach dem Katechismus aus der Schule zu entfernen und in die Hände der betreffenden Geistlichen zu legen, in der Schule aber einen rein biblischen und geschichtlichen Religionsunterricht ertheilen zu lassen und dann die directe Beeinflussung der Schule durch die Kirche einzig und allein darin bestehen zu lassen, daß die zuständige kirchliche Behörde im Einverständniß mit der betreffenden Schulbehörde das biblische Lesebuch oder den Bibel-

auszug und das betreffende kirchengeschichtliche Lehrbuch bestimmt und verfaßt, auf Grund dessen der Religionsunterricht in der Schule ertheilt werden soll. Aber jene gesetzliche Bestimmung war doch ein wichtiger Schritt auf dem Wege zu diesem Ziele und principiell von großer Bedeutung deshalb, weil hierdurch gesetzlich festgestellt wurde, daß nicht die Kirche, sondern der Staat das Recht hat, die Schule zu überwachen und in dieselbe bestimmend einzugreifen.

Zu den noch heute bestehenden aus der Zeit des sogenannten Culturkampfes stammenden Gesetzen gehört auch das am 4. Juli 1872 erlassene Gesetz, durch welches der Jesuitenorden aus dem deutschen Reiche ausgewiesen wurde und nach welchem alle diejenigen Mitglieder desselben, die als Ausländer zu betrachten sind, ohne Weiteres aus dem deutschen Reichsgebiet verbannt werden können, den inländischen Mitgliedern aber der Aufenthalt an bestimmten Orten versagt oder angewiesen werden kann. Nun ist ja der Werth dieses Gesetzes auf evangelischer Seite oft überschätzt worden. Denn wenn durch dasselbe den Jesuiten jede Ordensthätigkeit, insbesondere in Kirche, Schule, sowie in Missionen ausdrücklich untersagt wurde, so hat doch der Jesuitenorden von jeher es meisterhaft verstanden, das, was er nicht direct zu erreichen vermochte, auf Umwegen und Schleichwegen zu erreichen; und da derselbe auf den römischen Papst, der heute die römische Kirche selbst ist,[1]) namentlich seit der Zeit Pius IX., einen wesentlichen, oft ausschlaggebenden Einfluß ausübt und weitverzweigte Verbindungen mit dem katholischen Klerus im deutschen Reiche unterhält, namentlich durch die im Gebiet desselben wohnenden Mitglieder des Ordens, denen zwar ein bestimmter Aufenthaltsort angewiesen, aber der Aufenthalt innerhalb des Reichsgebiets nicht verboten werden kann, so ist zweifellos, daß trotz jenes Gesetzes der Einfluß des Jesuitenordens auf die Katholiken in Deutschland ein

---

[1]) Vergleiche Bismarck's treffende Worte vom 14. April 1875: „Die katholische Kirche ist heute der Papst" . . . . „seit dem Vaticanum hat sich der Papst an die Stelle aller Bischöfe gesetzt" . . . . die Bischöfe „haben gar nicht einmal mehr das Recht, etwas Andres zu denken als der Papst."

fortdauernd großer und mächtiger ist. Andrerseits ist es eine der evangelischen Kirche unwürdige Aengstlichkeit, wenn manche Vertreter derselben so reden, als wäre der Bestand unsrer Kirche, ja unsres Glaubens gefährdet, wenn der Jesuitenorden wieder zugelassen würde. Es gereicht wahrlich dem evangelischen Christenthum nicht zur Ehre, wenn man gar so schnell bei der Hand ist, zum Schutze desselben nach Polizeimaßregeln, nach der Hülfe der weltlichen Gewalt zu rufen. Als Windthorst einmal die Behauptung wagte, für die evangelische Kirche werde eine Lostrennung derselben vom Staate geradezu tödtlich wirken, erwiderte Bismarck, Windthorst zeige durch diese Behauptung, daß ihm der wahre Begriff des Evangeliums noch nicht aufgegangen sei; und wenn eifrige Anhänger der evangelischen Kirche oft so reden und schreiben, als werde auf dieselbe die Wiederzulassung des Jesuitenordens geradezu tödtlich wirken, so bekunden sie damit, daß sie ebenso wenig Verständniß für die dem Evangelium innewohnende Gotteskraft haben wie Windthorst. Immerhin ist bei dem offenbar demoralisirenden Vorgehen der Jesuiten, insbesondere bei der ausgesprochenen Tendenz ihres Ordens, alles und jedes Andere, also auch die einfachsten und klarsten Forderungen des Sittengesetzes dem Streben nach der Erhebung des römischen Papstthums zur Herrschaft über die ganze Welt unterzuordnen, die gesetzliche Ausschließung desselben aus dem Gebiet des deutschen Reiches im Interesse der ganzen Geistesbildung, namentlich der Sittlichkeit unseres Volkes, insbesondere aber im Interesse der Wahrung des ohnehin leider so leicht gestörten confessionellen Friedens eine heilsame Maßregel gewesen, und ihre Aufrechthaltung heute um so wünschenswerther, als ihre Aufhebung von den Freunden des Ordens dazu ausgenutzt werden würde, die Autorität der Staatsgewalt, als bekenne sich dieselbe selbst eines Fehlgriffs schuldig, zu schädigen, dagegen die Jesuiten als verkannte, unterdrückte und verfolgte Wohlthäter der Christenheit zu verherrlichen.

Wenn man dagegen sagt, es sei thatsächlich ein Fehlgriff Seitens des Staats gewesen, den Orden zu verbannen,

und es werde dem Staat nicht zur Unehre, sondern zur Ehre gereichen, wenn er diesen Fehlgriff offen eingestehe und wieder gut mache, wenn man zur Vertheidigung des Ordens hinweist darauf, daß die jesuitische Moral, wonach um eines heiligen Zweckes willen man bei der Wahl der Mittel sich freier als sonst bewegen dürfe, auch bei den Protestanten sich finde, — daß z. B. Goethe über Lavater urtheilte, derselbe habe wirklich höhere Zwecke verfolgt und deshalb, „wenn er weltklug handelte, wohl glauben dürfen, der Zweck heilige die Mittel“, daß Schiller schrieb, es sei der glückliche Erfolg immer gewiß, „wenn die Umstände vergönnen, eigennützige Leidenschaften zu Vollstreckern der schöneren Zwecke der Weisheit zu machen“, und daß derselbe Dichter die egyptischen Götzenpriester „erleuchtet“ nannte, weil sie „kein Bedenken trugen“, von dem Kunstgriff des Betruges zum Vortheil der Wahrheit Gebrauch zu machen, — so ist Folgendes zu erwidern. Die vieldeutige Moral, oder vielmehr Unmoral, womit die Jesuiten in demselben Augenblicke dieselbe Sache erlauben und verbieten, ist zwar keine Erfindung dieses Ordens, sondern wird mehr oder weniger bewußt von vielen anderen Menschenkindern geübt; aber der Jesuitenorden hat sie zu besonderer Schlüpfrigkeit ausgebildet (vgl. Gury und Lehmkuhl), hat sie in ein förmliches System gebracht und dieses System zu einer für alle Fälle und nach allen Seiten hin schlagfertigen Waffe im Dienste der päpstlichen Hierarchie ausgestaltet. Wenn Friedrich der Große und Katharina von Rußland die Jesuiten zuließen, so hatten sie als absolute Herrscher, wie Bismarck richtig hervorgehoben hat, von ihnen Nichts zu befürchten, waren „stark genug“, „um sich ihrer zu erwehren“; heutzutage aber sind die Monarchen constitutionell beschränkt in ihrer Macht, und ein unbeschränktes Zusammenwirken des Jesuitenordens mit der Centrumspartei und anderen Elementen, deren Reichstreue und Vaterlandsliebe unsicher ist, wäre in Deutschland um so gefährlicher, weil wir in Deutschland, wie Bismarck es treffend ausdrückt, „an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Ueberschuß haben“, vielmehr in dieser Beziehung „einigermaßen blutarm“ sind.

Eine wesentliche Verstärkung der Position des Staates gegenüber der römischen Kirche, eine Verstärkung, die auch durch den Friedensschluß mit Rom nicht abgeschwächt worden ist, hat Bismarck durch die schließlich zur völligen Aufhebung führenden Abänderungen erreicht, welche an den Artikeln 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung mit Zustimmung beider Häuser des Landtags vorgenommen wurden, und vorher schon durch die Aufhebung der katholischen Abtheilung im preußischen Cultus-Ministerium. Betreffs des letzten Punktes erklärte Fürst Bismarck, der Staat habe in ununterbrochener Nachgiebigkeit seine Rechte bezüglich der katholischen Kirche in die Hände einer Behörde gelegt, die zwar ursprünglich eine Behörde sein sollte zur Wahrnehmung der königlich preußischen Rechte gegenüber der katholischen Kirche, die aber schließlich eine Behörde wurde im Dienste des Papstes zur Wahrnehmung der Rechte der Kirche gegenüber dem preußischen Staate. Bis 1872 waren sämmtliche Beamte dieser Abtheilung des preußischen Cultus-Ministeriums Katholiken; nach ihrer Aufhebung aber wurden die auf das Verhältniß zur katholischen Kirche bezüglichen Fragen von Beamten des Cultusministeriums ohne Rücksicht auf ihre Confession, und da diese der Mehrzahl nach protestantischer Confession waren, meistens von Protestanten erörtert und zur Entscheidung gebracht oder spruchreif gemacht, aber nun nicht etwa so, daß, während bis 1872 parteiische Rücksicht zu Gunsten der katholischen Kirche für die eifrigen Römlinge, aus denen die katholische Abtheilung bestand, entscheidend war oder wenigstens wesentlich mitwirkte, nach 1872 parteiische Rücksicht zum Nachtheil dieser Kirche und zu Gunsten der evangelischen Kirche die Entscheidungen bestimmte, sondern so, daß der rein sachliche, über den Confessionen stehende staatliche Gesichtspunkt, welcher seit Friedrichs des Großen Zeiten in Preußen eingebürgert worden, der leitende und bestimmende war, und zwar so, wie er durch die Abänderung der Verfassung im Jahre 1873 seinen präcisen Ausdruck fand in dem Zusatze, daß die Kirche, die römisch-katholische wie die evangelische, sowie jede andere Religionsgesellschaft, obwohl sie ihre Angelegenheiten selbst-

ständig ordnet und verwaltet, doch den Staatsgesetzen und der gesetzlich geordneten Aufsicht des Staats unterworfen bleibt. Welch eine wichtige und bedeutungsvolle Verstärkung der staatlichen Autorität gegenüber der Kirche hierdurch gewonnen worden, ist unmittelbar einleuchtend und wird durch die immer wieder auftauchenden Bestrebungen der Centrumspartei, die Paragraphen 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung in ihrer früheren Gestalt wiederherzustellen, recht augenscheinlich bestätigt. Während die katholische Kirche von jeher die Unterwerfung des Staats unter die Oberherrschaft des Papstthums zu erreichen sucht und den Arm der Staatsgewalt sich dienstbar machen will, um mit dessen Hülfe Alle, die einer anderen Confession angehören, gewaltsam zur gläubigen Anerkennung der „allein selig machenden“, das Reich Gottes auf Erden repräsentirenden römischen Hierarchie zu nöthigen, wird hier die Oberhoheit des Staats über die Kirche, das jus circa sacra gesetzlich festgelegt und mit ihr das Recht, zwar nicht in die inneren Angelegenheiten der Kirche einzugreifen, wohl aber über dieselbe die Aufsicht zu führen und sie an allen solchen Maßnahmen zu hindern, durch welche das Wohl des Staats und seiner Bürger, insbesondere auch das Recht der anderen Confessionen auf freie Religionsübung geschädigt werden kann. Verschärft wurde dieses Gesetz noch wesentlich durch das am 18. Juni 1875 erlassene Gesetz, durch welches Artikel 15, 16 und 18 der Verfassung betr. die Selbständigkeit der Kirchen gänzlich aufgehoben wurde, so daß fortan nur das Gesetz die Grenzen zwischen Staat und Kirche zu regeln habe, d. h. mit anderen Worten, daß der Staat selber und er allein diese Grenzen zu bestimmen habe.

Endlich gehört zu den noch heute bestehenden, ihren Ursprung dem von Bismarck gegen Rom geführten Kampfe verdankenden Gesetzen außer dem vom 20. Juni 1875, welches Vertretern der Pfarrgemeinde die Verwaltung ihres Kirchenvermögens übergab und das von den Bischöfen acceptirt ward, und dem vom 7. Juli 1876, das für das Diöcesanvermögen die Aufsicht und Mitwirkung des Staats bestimmte, das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes, durch welches

der staatskirchliche Tauf- und Trauzwang aufgehoben und die obligatorische Civilehe eingeführt wurde, ein Gesetz, das für Preußen am 9. März 1874, für das ganze deutsche Reich am 6. Februar 1875 erlassen wurde. Wie vielfach auch von Anfang an die Meinungen über den Werth dieses Gesetzes auseinander gingen, wie schwer es speciell dem Fürsten Bismarck geworden ist, sich zur Empfehlung desselben im Rathe des Königs zu entschließen: heutzutage werden der Stimmen immer weniger, welche sich gegen dieses Gesetz aussprechen. Immerhin ist es noch heute nicht überflüssig, solche Stimmen zu widerlegen und dazu beizutragen, daß der bedeutungsvolle Werth des Civilstandsgesetzes immer allgemeiner und immer höher geschätzt werde und daß, je länger es zu Recht besteht und praktisch wirksam ist, desto mehr aller Widerspruch dagegen verstumme.

Daß Bismarck, trotzdem er persönlich gegen die Civilehe eingenommen war, dennoch bei dem König den Antrag auf Einführung derselben stellte, ist wieder einmal ein leuchtendes Beispiel seiner selbstlosen Hingebung an die Interessen des Ganzen, seiner Selbstverleugnung im Dienste des Vaterlandes. Als er am 17. December 1873 die betr. Gesetzesvorlage im Landtage einbrachte, erklärte er, nachdem er zu erkennen gegeben, daß er „ungern und nach großem Kampfe“ sich hierzu entschlossen habe: „Ich habe hier nicht Dogmatik, sondern Politik zu treiben. Aus dem Gesichtspunkt der Politik habe ich mich überzeugt, daß der Staat in der Lage, in welche das — ich will den Ausdruck nicht verletzend gebrauchen, sondern wissenschaftlich — revolutionäre Verhalten der katholischen Bischöfe den Staat gebracht hat, durch das Gebot der Nothwehr gezwungen ist, das Gesetz zu erlassen, um die Schäden von einem Theil der Unterthanen Sr. Majestät abzuwenden, welche die Auflehnung der Bischöfe gegenüber dem Gesetze und dem Staate über diesen Theil der königlichen Unterthanen verhängt hat, und um von seiner Seite, so viel an ihm liegt und so viel der Staat vermag, seine Pflicht zu thun. — — Ich bin entschlossen, dafür einzustehen, wie für so manches, was meinen persönlichen Ueberzeugungen, namentlich

wie ich sie in der Jugend gehabt habe, nicht immer entspricht. Aber ich bin ein den Gesammtbedürfnissen und Forderungen des Staates im Interesse des Friedens und des Gedeihens meines Vaterlandes gegenüber disciplinirter und sich unterordnender Staatsmann." Um sich die Schwierigkeiten klar zu machen, die aus den bis dahin geltenden gesetzlichen Bestimmungen sich ergaben, braucht man sich nur daran zu erinnern, daß damals die Geistlichen sowohl im Auftrage des Staats als im Dienste ihrer Kirche den Personenstand beurkundeten durch ihre Kirchenbücher und die Eheschließung vollzogen durch ihre Trauung und daß dieses schon an und für sich nicht unbedenkliche Verhältniß geradezu unerträglich werden mußte, sobald Staat und Kirche in offenem Streit einander gegenüberstanden. Selbst evangelische Geistliche, deren Kirche grundsätzlich im Einvernehmen mit dem bürgerlichen Gemeinwesen steht und handelt, hatten manchmal den Behörden und Bürgern des Staats ernste Schwierigkeiten bereitet, indem sie von ihrem theologischen Standpunkte aus die bürgerlichen Gesetze zu meistern und z. B. da eine Eheschließung zu versagen für geboten hielten, wo der Staat sie gestattete. Man denke nur an jene preußischen Geistlichen, die in einem sehr auffälligen, fast schnöde zu nennenden Mißverstand des Wortes Christi Matth. 5, 32 die Trauung eines durch Richterspruch Geschiedenen mit einem anderen Ehegatten verweigerten und die zur Zeit Jesu herrschende und von ihm bekämpfte abscheuliche Sitte der Juden, die sich dafür auf mosaische Gesetzesbestimmungen beriefen, die Sitte nämlich, das Weib, wenn es ihnen nicht mehr convenirte, mit einem von dem Mann ausgestellten Scheidebriefe zu entlassen und dann ein anderes Weib zu freien — eine nach heutigen Rechtsbegriffen dem Ehebruch völlig gleich zu achtende Unsitte — auf eine Linie stellten mit dem heute gesetzlich geordneten Brauch, daß unter gewissen Umständen eine Ehe nach gründlicher Prüfung des Einzelfalls durch den unparteiischen Spruch des zuständigen Gerichts geschieden und damit ein Bund, der schon vorher, wenn man ihn sittlich betrachtete, innerlich aufgelöst war, auch rechtlich und äußerlich gelöst wird. Wie viel

schwerere Anstöße aber mußten sich ergeben, und wie gehäufte Schwierigkeiten aus dem Verhalten der katholischen Geistlichen in Preußen, von denen viele, wie Bismarck mit Recht klagte, mehr international als national gesinnt und die meisten entschlossen waren, die Gebote ihrer Kirche unbedenklich über die Gesetze des Staats zu stellen, damals entspringen, als eine immer tiefere Kluft sich aufthat zwischen ihrem Papste und ihrem König und sie trotzdem bei Beurkundung des Personenstandes und bei Vollziehung der Eheschließung sowohl des Königs als des Papstes Aufträgen genügen, sowohl als bürgerliche wie als kirchliche Beamte functioniren sollten!

Wenn trotzdem Fürst Bismarck erst nach längerem Widerstreben sich entschloß, hierin Wandel zu schaffen und die Ausübung bürgerlicher Amtsbefugnisse durchweg bürgerlichen Beamten zu übertragen, so war die Ursache hiervon zunächst die nicht unbegründete Besorgniß, daß durch Aufhebung des kirchlichen Tauf- und Trauzwanges, insbesondere durch Einführung der obligatorischen Civilehe, das kirchliche Bewußtsein namentlich in solchen Volkskreisen, in denen dasselbe ohnehin längst geschwächt war, von Grund aus erschüttert und eine Begriffsverwirrung verursacht werden würde, in welcher Tausende diese Gesetzesänderung so auffaßten, als erkläre durch dieselbe der Staat die kirchlichen Handlungen der Taufe und der Trauung für überflüssig. Sodann aber wurde Bismarck durch Anschauungen, die in den Gesellschaftskreisen, in denen er aufgewachsen war, seit lange die herrschenden und ihm von Jugend auf eingepflanzt waren, in diesem Punkte an einer vollständig unbefangenen Würdigung des geschichtlichen Thatbestandes einerseits und der kirchlichen Desiderien andrerseits gehindert.

Es ist ein Irrthum, wenn man meint, durch dieses Gesetz sei nur das Interesse des Staates auf Kosten des kirchlichen Bewußtseins wahrgenommen worden. Längst vor Ausbruch des sogenannten Culturkampfes haben aufrichtige und sachkundige Freunde der evangelischen Kirche im Interesse derselben die Aufhebung des kirchlichen Tauf- und Trauzwanges gefordert; und mit vollem Recht haben wir schon damals, wenn

man uns auf die Gefahren aufmerksam machte, die durch solche Aufhebung eines eingebürgerten kirchlichen Gesetzes für das christliche Gemeindebewußtsein, insbesondere hinsichtlich der Auffassung der kirchlichen Verpflichtungen entstehen würden, antworten können, daß der Gewinn, welcher unsrer evangelischen Kirche hieraus erwachsen werde, ungleich größer sei als jene Gefahren oder Nachtheile, und daß diese Nachtheile, wenn sie wirklich eintreten sollten, dann nicht durch die Aenderung des bisherigen Zustandes, sondern dadurch verschuldet seien, daß man vor Zeiten, in guter Absicht zwar, aber mit völliger Verkennung des Wesens der christlichen Religion und insbesondere der christlich-sittlichen Auffassung der Ehe, den kirchlichen Tauf- und Traustwang gesetzlich eingeführt habe.

Was insbesondere die Ehe betrifft, so liegt die Sache doch wahrlich nicht so, daß dieselbe nach christlicher Anschauung erst durch die kirchliche Trauung eine religiös und sittlich begründete Gemeinschaft wird; vielmehr diejenigen, welche die kirchliche Trauung begehren, bekunden damit, daß sie ihren Herzens- und Lebensbund in religiös-sittlichem Geiste geschlossen haben und nun das Bedürfniß fühlen, durch die Weihehandlung der Kirche in diesem Geiste bestärkt zu werden und ihre Ehe als eine der kirchlichen Ordnung gemäß geschlossene anerkannt zu sehen. Wenn man aber die kirchliche Trauung nicht begehrte, so durfte daraus nach christlicher Anschauung durchaus nicht ohne Weiteres gefolgert werden, daß es dem Ehepaar an christlich-religiösem und sittlichem Geiste fehle. Bedenklich allerdings mußte und muß noch heute jede Versäumniß in dieser Beziehung da erscheinen, wo durch eine feste christliche Sitte und kirchliche Ordnung die Einsegnung der Ehe am Altar gefordert wird. Lange Zeit hindurch aber war das in der christlichen Kirche gar nicht der Fall. In den ersten Jahrhunderten der christlichen Zeitrechnung wurden die Ehen der Christen geschlossen ohne kirchliche Weihehandlung. Man ging damals von der an und für sich ganz richtigen Ansicht aus, daß durch die Kirche ebenso wenig wie durch die bürgerliche Obrigkeit die Ehe erst zu einer sittlich berechtigten Gemeinschaft gemacht werde, sondern wesentlich

durch den Willen der beiden Personen, welche mit einander sich verbinden; deshalb wurde von den christlichen Verlobten unabhängig von kirchlichen wie bürgerlichen Beamten einfach vor Zeugen die Ehe erklärt; dann folgte die Hochzeit mit der Heimführung, und hierauf nahmen die christlichen Ehegatten am Gemeindegottesdienst und der Abendmahlsfeier Theil; doch hatte diese kirchliche Feierlichkeit keine besondere Beziehung auf die neu geschlossene Ehe. Zur Zeit Tertullian's (Ende des 2. und Anfang des 3. Jahrhunderts) bestand allerdings in der christlichen Kirche die Sitte, daß das Eingehen einer Ehe der christlichen Gemeinde angezeigt wurde; aber ob damit auch nur eine Fürbitte im Gemeindegottesdienst oder ein öffentlicher kirchlicher Segenswunsch verbunden war, ist zweifelhaft. Danach wurde es zwar allmählich allgemein christliche Sitte, daß mit der Eheschließung eine besondere kirchliche Feierlichkeit verbunden wurde; aber erst im Jahre 1215 wurden die kirchlichen Aufgebote von einem Kirchenconcil beschlossen und auch dann nur höchst unvollkommen beobachtet; bis zum Tridentiner Concil hat die katholische Kirche auch die heimlich und ohne priesterliche Mitwirkung geschlossenen Ehen als rechtsgültige anerkannt, und selbst das Tridentiner Concil verlangt zur Abschließung einer gültigen Ehe nur die Gegenwart des Pfarrers, nicht unbedingt seine Mitwirkung. In der evangelischen Kirche aber war lange Zeit die kirchliche Trauung nicht unbedingtes Erforderniß; im 16. Jahrhundert gab es keine kirchliche Eheschließung in dem Sinne, als ob durch die kirchliche Trauung die Ehe erst rechtmäßig begründet werde. Erst im 17. Jahrhundert fand diese Auffassung viele Vertreter, und im 18. Jahrhundert kam sie zu allgemeiner Herrschaft. Von da an, also erst seit dem vorigen Jahrhundert, wurde in den Gesetzgebungen die kirchliche Trauung unbedingt gefordert und zu einem Zwangsgebot des Staatsgesetzes gemacht. Die Geistlichen hatten freilich schon lange vorher in der katholischen wie in der protestantischen Religionsgemeinschaft mit Erfolg darauf hingewirkt, daß mit jeder Eheschließung eine kirchliche Einsegnung und Bestätigung verbunden werde; und je mehr die grundlegende

sittliche Bedeutung der Ehe und der Familie dem christlichen Volke zum Bewußtsein kam, je mehr nach dieser Seite hin das sittliche Gefühl ausgebildet und verfeinert wurde, desto allgemeiner und lebendiger wurde das Verlangen, die Eheschließung durch eine religiöse Handlung zu weihen und nicht bloß bürgerlich, sondern auch kirchlich sanctioniren zu lassen. Aber als das Staatskirchenthum die kirchliche Trauung zu einem Zwangsgesetz machte, wurde dadurch die sachgemäße Entwickelung der christlichen Sitte bei der Eheschließung in verderblicher Weise unterbrochen. Indem man die kirchliche Trauung gesetzlich forderte, konnte es nicht anders geschehen, als daß Manche, die sonst mit freudiger Bereitwilligkeit eine kirchliche Weihe ihrer Ehe begehrt haben würden, jetzt, wo sie dazu gezwungen wurden, nur mit halber Freudigkeit, mit gemischten Empfindungen die kirchliche Sanctionirung ihrer Ehe entgegennahmen. Und wenn man damals meinte — und diese Ansicht hat heute noch viele Vertreter — daß solchen Ehepaaren, die nur gezwungen zur kirchlichen Trauung sich präsentirten, dieselbe im allerungünstigsten Falle Nichts nütze, jedenfalls Nichts schade, so ist diese Meinung als grundfalsch zurückzuweisen. Mag es immerhin sein, daß einige Paare unter denen, die nur mit halbem Herzen oder innerlich ganz widerstrebend ihre Ehe kirchlich weihen ließen, durch diese Handlung und die dabei gehörten mahnenden und warnenden Worte einen heilsamen Eindruck empfangen haben: im Allgemeinen hatten solche Paare nicht nur keinen Gewinn, sondern einen Schaden davon, daß man ihnen die kirchliche Trauung aufnöthigte. Denn wenn ein Mensch an einem mit Gebet verbundenen feierlichen Weiheakt Theil nimmt, ohne mit dem Herzen recht dabei zu sein, wenn er mehr oder weniger nur des Anstands halber eine der heiligen Handlung angemessene Miene und Haltung zeigt, so ist das ein unwahres, die Reinheit der sittlichen Persönlichkeit schädigendes Thun; und wer mit einer solchen Unwahrheit in die Ehe tritt, der schädigt von vornherein den sittlichen Charakter seines ehelichen Lebens.

Man kann fragen, ob der Staat sich nicht damit hätte begnügen sollen, die Nothcivilehe einzuführen, also allen

denen, welche keiner der vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaften angehören, eine bürgerliche Eheschließung vor dem Gerichtsamt zu gestatten. Aber Jemanden vor die Wahl stellen, entweder aus der Kirche auszutreten, um dann seine Ehe ohne kirchliche Weihe schließen zu können, oder aber seine Ehe von einem Diener der Kirche schließen und weihen zu lassen, ist ebenso wenig im Interesse der Kirche wie des Staats: der Kirche nicht, weil sie dadurch Mitglieder ganz verliert, von denen ein Theil ihr innerlich noch nicht ganz entfremdet ist, — was die heutige kirchliche Gesetzgebung bestätigt, insofern sie denjenigen Mitgliedern der Kirche, welche die kirchliche Trauung versäumen oder verweigern, nicht etwa alle kirchlichen Rechte, sondern nur die sogenannten Ehrenrechte, d. h. die Mitwirkung bei kirchlichen Wahlen und das Recht, das Pathenamt zu verwalten, entzieht —, des Staates nicht, weil er dadurch das Recht seiner Staatsbürger auf Gewissensfreiheit nicht in ausreichender Weise wahrt; und mit Recht hat einer der bedeutendsten neueren Kirchenrechtslehrer erklärt, das heiße, „auf das alte ehrwürdige Kleid der christlichen Trauung einen neuen Lappen flicken, der das Kleid verunziert und die Blöße kaum deckt." Der Austritt aus der Kirche war zwar durch eins der Gesetze vom Mai 1873, das einzige der sogenannten Maigesetze, welches durch den Friedensschluß mit Rom nicht verändert worden ist, ganz freigegeben und nur die gerichtliche Anzeige gefordert worden; aber es wäre trotzdem eine unberechtigte Einschränkung der Gewissensfreiheit gewesen, hätte man nur denjenigen, die den in der Regel doch Aufsehen und oft bei Nahestehenden Anstoß erregenden Schritt des Austritts aus der Kirche gethan, die Freiheit gestatten wollen, ohne die Mitwirkung der Kirche ihre Ehe zu schließen. — Aber auch durch Einführung der facultativen Civilehe würde der Staat sein Interesse nicht genügend gewahrt haben. Denn wenn er seinen Bürgern freistellte, ihre Eheschließung entweder nur durch einen kirchlichen Beamten oder nur durch einen Staatsbeamten vollziehen zu lassen, so hatte der Staat, im Falle, daß kirchliche Eheschließungen und Trauungen gefordert wurden, Niemand als die dieselben vollziehenden Geistlichen zu Vertretern

seiner Rechte, und wenn diese aus kirchlichen Rücksichten, aus dogmatischer Befangenheit mit den Staatsgesetzen in Widerspruch traten, so wurde nicht nur das Interesse, sondern auch die sittliche Autorität des Staats um so mehr verletzt, als solche Geistliche sehr leicht den Eindruck und die Meinung zu erregen vermochten, an der bürgerlichen Eheschließung des Staates hafte so etwas wie ein Makel, und jedenfalls werde durch dieselbe die sittliche Würde der Ehe nicht fest begründet. Nein, nur durch die obligatorische Civilehe konnte der Staat die ihm gebührende Stellung völlig sicherstellen und, ohne sich etwas zu vergeben, der Kirche volle Freiheit der Bewegung lassen.

Was andrerseits die Taufe betrifft, so wurden früher zu deren Vollziehung an ihrem unmündigen Kinde die Eltern durch eine staatskirchliche Behörde zwangsweise angehalten, indem man sie theils mit Geldstrafen bei Versäumniß derselben belegte, theils, so z. B. in Preußen, sie ihres Amtes zeitweilig entsetzte und an ihrer Stelle einen Vormund einsetzte, mit dessen Einwilligung das Kind gegen den Willen der Eltern getauft wurde. Auch dieser mit Hülfe des Staats geübte Taufzwang ist nichts weniger als eine altchristliche Einrichtung. In der katholischen Kirche war es durchweg eine rein kirchliche Instanz, welche die ihr unterstehenden Eltern daran zu hindern wußte, ihr Kind dem Sacrament der Taufe zu entziehen. Auch war der staatskirchliche Taufzwang in der evangelischen Kirche weder von Anfang an zu Recht bestehend, noch mit dem von der Reformation begründeten Anspruch auf religiöse und kirchliche Freiheit vereinbar. Aber schon im 16. Jahrhundert ward durch ein deutsches Reichsgesetz angeordnet, daß alle christlichen Eltern von der Obrigkeit angehalten werden sollen, ihre Kinder zur Taufe darzubringen; und wenn auch die Praxis bei Handhabung dieses Gesetzes durchweg eine milde war, so führte doch der gesetzliche Taufzwang nothwendig zur Zwangstaufe, d. h. zu einer Taufe, die weder von dem Täufling, noch von den natürlichen Vertretern desselben begehrt, sondern aufgedrängt und aufgezwungen wurde. Nun hat die christliche Kirche von jeher in dem richtigen Gefühl der Verwerflichkeit

der Zwangstaufe den Grundsatz aufgestellt, daß nur diejenigen getauft werden dürfen, welche selber danach verlangen, und daß bei unmündigen Kindern das freie Verlangen der Eltern als Ersatz für den noch fehlenden Willen des Täuflings zu gelten habe. Auch die römische Kirche hat ausdrücklich sich dagegen ausgesprochen, daß Heiden oder Juden wider ihren Willen oder Kinder derselben ohne freie Zustimmung der Eltern getauft werden. Zwar haben auf dem Gebiet der katholischen Heidenmission zeitweise massenhafte Zwangstaufen stattgefunden, so z. B. in der älteren christlichen Zeit die durch das Schwert Karls d. Gr. erzwungene Taufe der Sachsen, und von den Jesuiten wird erzählt, daß sie manchen Chinesen von hinten getauft, d. h. hinter seinem Rücken, ohne daß er es merkte, das Sacrament an ihm vollzogen und auf diese Weise für ihre allein selig machende Kirche zahlreiche Eroberungen gemacht haben; auch verordnete im vorigen Jahrhundert ein römischer Papst, daß ein Judenkind, wenn es nur das 7. Lebensjahr überschritten und gesunde Geisteskräfte habe, sich selbst zur Taufe melden könne, und wenn seine Eltern nicht zustimmten, denselben weggenommen und christlich erzogen werden müsse.[1] Indes abgesehen von solchen zeitweiligen Verirrungen hat auch die römische Kirche den Grundsatz festgehalten, daß ein Kind nichtchristlicher Eltern nur mit freier Einwilligung derselben, ein Erwachsener nur auf eignes Begehren getauft werden dürfe; und die evangelischen Kirchen haben denselben Grundsatz anerkannt und noch die Einschränkung hinzugefügt, daß, wie Kinder christlicher Eltern, so ganz besonders solche nichtchristlicher Eltern nur dann getauft werden dürfen, wenn die christliche und kirchliche Unterweisung des getauften Kindes verbürgt ist. Was wurde aber aus diesem Grundsatz, wenn man ein Kind, trotzdem daß die Eltern widerstrebten, taufte? wenn auch die christliche Unterweisung durch denselben Zwang, durch welchen die Taufe aufgenöthigt worden, dem Kinde gesichert werden konnte: das, was mehr werth ist als alle Unterweisung, die christliche Erziehung und Charakter=

---

[1]) Factisch angewendet bei dem Judenknaben Mortara in Rom.

bildung des Kindes, konnte, wenn die Eltern ihr Kind nicht einmal hatten taufen lassen wollen, in vielen Fällen nicht einmal erhofft, noch viel weniger gesichert werden; und erst recht ungünstig stellte sich die Sache in dem Fall, der oft genug vorgekommen ist, in welchem schon die Eltern, welche gezwungen wurden, ihr Kind taufen zu lassen, selber nur deshalb getauft worden waren, weil die Kirche den Widerspruch ihrer Eltern dagegen nicht geachtet hatte.

Was für ein unwürdiges Ansehen bekamen aber die Wohlthaten der Kirche dadurch, daß sie denen, welche sich gegen dieselbe ablehnend verhielten, aufgedrängt wurden! Was als Stütze der Kirche dienen sollte, der staatskirchliche Trauzwang und Taufzwang, gereichte ihr zu ernstlicher Schädigung. Denn einmal ist die Kirche wesentlich eine religiöse Gemeinschaft; ein Lebensnerv der Religion aber, ohne den sie nicht gesund bleiben kann, nämlich die Freiheit des Geistes, wurde durch jenen Zwang schwer verletzt. Sodann aber gewann es durch denselben den Anschein, als sei das, was die Kirche zu bieten habe, so geringwerthig, daß es, um Abnehmer zu finden, mit Hülfe des Staats aufgenöthigt werden müßte. Eine christliche Kirche hat wahrlich nicht nöthig, ihre Wohlthaten aufzudrängen und sie wie eine schlechte Waare in aufdringlicher Weise anzupreisen; sie trägt Kleinodien des Geistes in sich, welche zu empfangen nur diejenigen, die freiwillig und herzlich danach begehren, würdig sind. Auf eine von staatlichen Zwangsmitteln unterstützte Kirche aber fiel immer der böse Schein, als sei sie eine Art Zwangsanstalt, die ihre Dienste aufdrängen müsse, weil sonst Niemand dieselben begehrte; ja, es fiel auf solche Kirche der Schein, als sei sie eine Feindin der sittlichen Freiheit, dagegen keine Feindin der Heuchelei. — Außerdem verlor die Kirche in einer Beziehung ihre eigene Freiheit und Selbständigkeit durch die vom Staat ihr gewährten Zwangsmittel. Sie mußte nämlich, so lange die Rechtsgültigkeit einer von Christen geschlossenen Ehe an die kirchliche Trauung gebunden war, in der Regel jedes erste beste Paar, das die äußerlichen gesetzlichen Bedingungen erfüllt hatte, mochte es sittlich noch so tief gesunken sein, mochte es durch

seinen Lebenswandel noch so schweres öffentliches Aergerniß geben, kirchlich trauen und dadurch die Ehe desselben als eine nach Gottes Ordnung geschlossene feierlich anerkennen und bestätigen. Weil die Rechtsgültigkeit der Ehe, die Legitimität und Erbberechtigung der Kinder von der kirchlichen Trauung abhing, war es meistens nicht thunlich, daß der Geistliche die Trauung verweigerte; er traute eben als Staatsdiener, und falls die äußeren Erfordernisse der Staatsgesetze von den Verlobten erfüllt waren, mußte er, um nicht in Conflict mit den Staatsgesetzen zu kommen, die Trauung vollziehen. Nach Aufhebung des staatskirchlichen Zwanges aber hat die Kirche ihre Freiheit unbeschränkt wiedererhalten und auch schon gesetzliche Vorsorge getroffen für solche Fälle, in welchen der Geistliche, selbstverständlich in jedem einzelnen Falle nur im Einverständniß mit seiner kirchlichen Behörde handelnd, die Trauung zu versagen hat.

Daß seit Einführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die obligatorische Civilehe eine Reihe von Ehen christlicher Personen nicht kirchlich eingesegnet, auch manche Kinder christlicher Eltern nicht getauft sind, ist freilich bedauerlich. Im Allgemeinen aber hat sich gezeigt, daß die christliche Religion und Sittlichkeit im Herzen unseres Volkes wie ein Feuer ist, das nicht verglühet, und daß da, wo dieses Feuer einem glimmenden Dochte gleich geworden ist, der zu erlöschen droht, wo der eigene religiöse und sittliche Trieb der betheiligten Personen schwach oder fast ganz erstorben ist, die christlich-kirchliche Sitte ihre alte Macht immer auf's Neue bewährt. Wenn erst die Erschütterungen des kirchlichen Pflichtbewußtseins, die bei der Abschaffung des Tauf- und Trauzwanges unvermeidlich waren und durch die Hetzereien gewissenloser Agitatoren noch wesentlich verstärkt wurden, völlig überwunden sein werden, wird die Zahl der Tauf- und Trau-Säumigen, und noch mehr die Zahl der Tauf- und Trau-Verweigerer immer mehr zurückgehen. Dagegen wird die Thatsache sich immer klarer herausstellen, daß dieses von Bismarck mit innerem Widerstreben vorgeschlagene Gesetz ebensowohl im Interesse des kirchlichen wie des bürgerlichen Lebens wirkt.

namentlich wenn mit der Zeit die Regierung sich dazu entschließen würde, nicht alle Geistlichen als solche von der Verwaltung eines Standesamts auszuschließen, sondern wenigstens in evangelischer Bevölkerung, vor Allem in Landbezirken, da, wo, und so lange, als vorauszusetzen ist, daß der Geistliche die standesamtlichen Functionen im Sinne des Staats correct ausüben wird, ihn damit zu beauftragen. In diesem Falle müßten die Brautleute mit ihren Zeugen nicht mehr wie jetzt oft einen meilenweiten Weg zurücklegen, um das Standesamt zu erreichen, und dann einen ebenso weiten Weg machen, um die Kirche zu erreichen, sondern könnten an demselben Orte Beides, Eheschließung und kirchliche Trauung, vollziehen lassen, der Geistliche aber könnte wieder bei Entgegennahme der Anmeldungen von Geburts- und Sterbefällen mehr persönliche Berührung mit der von ihm pastorirten Gemeinde haben und mehr Einfluß auf ihre Mitglieder gewinnen, der Staat endlich eine bessere Garantie, als jetzt manche ländliche Standesbeamte bieten, dafür haben, daß die Standesamtsregister mit der nöthigen Sachkunde und Zuverlässigkeit geführt werden.*)

Aus allem Bisherigen ist ersichtlich, daß schon durch diejenigen Kirchengesetze, welche im Jahre 1886, als Preußen Frieden mit dem Papstthum schloß, unverändert geblieben sind,

*) Damit würde auch das erreicht, was an den neuerdings im Berliner „Reichsboten" und im Sächsischen „Vaterland" veröffentlichten Vorschlägen berechtigt ist. Wie unberechtigt die hier auf's Neue vorgebrachte Behauptung ist, daß das Civilstandsgesetz unsrer evangelischen Kirche „unleugbar schwere Wunden geschlagen", geht aus dem oben Gesagten zur Genüge hervor. Der Vorschlag aber, daß künftig auch der nur kirchlicherseits ausgeführte Act zugleich weltliche Gültigkeit haben solle, wenn „das zuständige Standesamt den Verlobten zwecks Trauung eine Bescheinigung gebe des Inhalts, daß von Staats Seiten Nichts gegen die Eheschließung einzuwenden sei", übersieht vollständig, daß, um eine solche Bescheinigung sich zu verschaffen, die Verlobten oft genöthigt sein würden, mit dem Standesamt persönlich zu verhandeln und zu diesem Zweck wiederholt weite Wege zurückzulegen, und geht dabei von der irrigen Voraussetzung aus, es diene zur Hebung des Ansehens der Kirche, wenn die Eheschließung auf Wunsch der Betheiligten in der Kirche und zwar nur in der Kirche stattfinde. Die Ehe zu schließen, ist, wie auch Luther ausdrücklich hervorgehoben, Sache der weltlichen Obrigkeit, also nicht der Kirche, sondern des Staats; und das der Kirche gebührende Ansehen wird dadurch am sichersten gewahrt, daß, nachdem die Eheschließung vom Standesbeamten vollzogen ist, von Seiten der Kirche die religiöse Weihe der Ehe erfolgt.

Vieles und Wesentliches erreicht worden ist, was namentlich in einem etwa neu ausbrechenden Kampfe gegen Rom, aber auch schon in Friedenszeiten als werthvolle Errungenschaft sich bewähren wird. Nun aber kommt hinzu, daß auch durch die sogen. Maigesetze vom Jahre 1873, trotzdem von ihren Bestimmungen 1886 und 1887 viele und wesentliche zurückgenommen und aufgehoben wurden, dennoch dem Staat günstige und seine Stellung gegenüber der römischen Kirche schützende und befestigende Bestimmungen gesetzlich festgelegt worden sind.

Das erste der jenen „heiteren Frühlingsnamen" tragenden Gesetze bestimmt über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen Folgendes: „Zu einem geistlichen Amte können nur Deutsche zugelassen werden, welche ein Abgangszeugniß von einem deutschen Gymnasium erhalten, drei Jahre auf einer deutschen Universität oder auf einer staatlich genehmigten theologischen Lehranstalt studirt und ein wissenschaftliches Staatsexamen (das sogen. Culturexamen) in Philosophie, Geschichte und Literatur bestanden haben. Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, denjenigen Candidaten, dem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten unter Bezeichnung des Amtes zu benennen. Innerhalb dreißig Tagen nach der Benennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Der Einspruch ist zulässig, wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. Gegen die Seitens des Oberpräsidenten versagte Genehmigung können die geistlichen Oberen beim Cultusminister Beschwerde erheben. Die Uebertragung eines geistlichen Amtes ohne solche Anzeige und ohne vorherigen Empfang der Genehmigung wird mit 200 bis 1000 Thalern bestraft, und wer ohne solche Berechtigung eine geistliche Handlung verrichtet, mit 100 Thalern." Nachdem der erste Theil dieses Gesetzes schon am 31. Mai 1882 nicht unwesentlich verändert oder gemildert worden war, verkündete das Friedensgesetz vom 21. Mai 1886 Folgendes: „Zur Bekleidung eines geistlichen Amtes ist die

Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung nicht erforderlich. Das theologische Studium kann auch an den zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen geeigneten kirchlichen Seminarien, welche bis zum Jahre 1873 bestanden haben, zurückgelegt werden, deren Lehrplan dem Universitätslehrplan gleichartig gestaltet ist und deren Lehrer die wissenschaftliche Befähigung besitzen, an einer deutschen Staatsuniversität in der Disciplin zu lehren, für welche sie angestellt sind.“ Ist hierdurch nicht nur das sogenannte Culturexamen, sondern auch die Verpflichtung der katholischen Theologen, drei Jahre auf einer deutschen Staatsuniversität oder einer ihr gleich stehenden Lehranstalt zu studiren, aufgehoben, so ist doch der Charakter der für sie freigegebenen kirchlichen Seminarien dem wissenschaftlichen Charakter der Hochschulen des Staates einigermaßen, soweit das in bischöflichen Seminarien überhaupt durchführbar ist, angepaßt, und außerdem hat der Staat, weil in diesen Anstalten die katholischen Theologen nicht blos zu Priestern ihrer Kirche, sondern auch zu Lehrern, Predigern und Seelsorgern eines großen Theils der preußischen Staatsbürger erzogen werden sollen, mit vollem Recht die Oberaufsicht über dieselben sich gewahrt und dadurch, daß er nur Deutsche als Lehrer und Leiter dieser Seminare zuläßt, den deutschen Charakter derselben möglichst aufrecht zu erhalten gesucht. Der zweite Theil des ersten Maigesetzes aber, der von der Anzeigepflicht bei Anstellung katholischer Geistlichen handelt, ist zwar Juli 1883 etwas eingeschränkt worden, namentlich dadurch, daß diese Verpflichtung sowie das Einspruchsrecht des Staates aufgehoben wurde für die Uebertragung von solchen Seelsorgämtern, deren Inhaber unbedingt abberufen werden dürfen, und für die Anordnung einer Stellvertretung oder einer Hülfleistung in einem geistlichen Amte, sofern letztere nicht in der Bestellung eines Pfarramtsverwesers besteht, ist aber im Uebrigen im Friedensgesetz von 1886 stillschweigend stehen gelassen und hinterher ausdrücklich sanctionirt worden. Da mehrfach die Forderung der Anzeigepflicht als ein Fehler der preußischen Staatsregierung bezeichnet worden ist und noch heute bezeichnet wird, so muß von dem Werthe derselben im

letzten Theil dieser Abhandlung eingehend geredet werden, in welchem die Frage beantwortet wird, woran die Schuld davon liegt, daß der Staat im Kampf gegen Rom nicht mehr erreicht hat.

Das zweite der im Mai 1873 erlassenen Kirchengesetze handelte von der kirchlichen Disciplinargewalt und bestimmte, daß dieselbe nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden dürfte, daß Geldstrafen nur bis zum Betrage von 30 Thalern oder bis zum monatlichen Betrage des Einkommens, Freiheitsstrafen nur in einer deutschen unter Staatsaufsicht stehenden Demeritenanstalt mit Ausschluß körperlicher Strafen zulässig seien und Alles nach geordnetem rechtlichen Verfahren zu geschehen habe, auch dem Verurtheilten das Recht der Berufung an die Staatsbehörde verbleibe. Die erste Bestimmung dieses Gesetzes wurde 1886 ganz aufgehoben und damit dem Papste das Recht, im deutschen Reiche kirchliche Disciplin zu handhaben, zuerkannt, nicht blos mittelbar durch einen Stellvertreter, wie z. B. Papst Leo X. den Proceß Reuchlin's zu führen dem Bischof von Speier als seinem Stellvertreter übertrug, sondern unmittelbar. Außerdem wurde vom Staat das Zugeständniß gemacht, daß Kirchendiener im Sinne dieses Gesetzes nur solche Personen seien, welche die mit einem geistlichen oder jurisdictionellen Amte verbundenen Rechte und Verrichtungen ausüben, und daß die Bestimmung des Gesetzes, wonach der Entfernung aus dem Amte ein geordnetes processuales Verfahren vorausgehen muß, nur dann Anwendung finden solle, wenn mit der Entfernung aus dem Amte der Verlust oder eine Minderung des Amtseinkommens verbunden ist. Im Uebrigen blieben die Bestimmungen jenes Gesetzes, wonach der Staat die Ausübung der kirchlichen Disciplinargewalt beaufsichtigt, abgesehen von einigen Milderungen, bestehen. Gänzlich aufgehoben dagegen wurde der im Mai 1873 eingesetzte Königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten in Berlin, dessen vom König ernannte 11 Mitglieder, darunter mindestens 6 angestellte Richter, durch mündliches, inappellables und unentgeltliches Verfahren über streitige kirchliche Angelegenheiten entscheiden sollten, vor welchem

aber auch nicht ein einziges Mal ein katholischer Geistlicher sich gestellt hatte, um seine Entscheidung entgegenzunehmen. Aber wie von verschiedenen anderen, so ganz besonders von diesem Kirchengesetz gilt das Wort Bismarcks in seiner Herrenhausrede vom 12. Mai 1886: „Ich habe mich überzeugt, daß Vieles von dem, was man für Säulen des Staates zu erklären geneigt ist und im Kampfe deshalb als solche behandelt, nur Stuck- und Mauerputz ist, der für die Existenz des preußischen Staates nicht absolut nothwendig, ja geradezu entbehrlich sein würde; wir würden in unserer Sicherheit und in unserm Zusammenleben an ihnen nichts verlieren."

Selbstverständlich kamen mit dem Frieden zwischen Preußen und dem Papstthum alle die Gesetze in Wegfall, welche augenscheinlich als bloße Kampfgesetze sich charakterisiren, so das vom 4. Mai 1874, welches die von der Regierung entsetzten katholischen Geistlichen des Rechtes der Freizügigkeit beraubte und der Regierung das Recht gab, ihnen den Aufenthalt an bestimmten Orten vorzuschreiben oder zu gestatten oder sie aus dem Reichsgebiet auszuweisen, sowie das vom 21. Mai 1874, das den katholischen Gemeinden, deren Geistliche entsetzt waren, das Recht gab, selber einen Geistlichen zu wählen, von welchem Rechte auch nicht eine einzige Gebrauch gemacht hat, endlich das sogenannte Brotkorbgesetz vom 22. April 1875, welches bestimmte, daß der Staat die bisherigen Leistungen für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen zurückziehe und sie nur denjenigen Geistlichen künftig gewähren werde, welche der Staatsregierung zu gehorchen versprechen würden, ein Versprechen, welches nur von vereinzelten Geistlichen unter der Bedingung gegeben worden ist, daß ihre Namen verschwiegen bleiben. Diese während des Kampfes eingestellten Leistungen des Staates sind zwar nicht sofort bei dem Friedensschluß zwischen Staat und Kirche, aber später auf wiederholtes Ansuchen der betheiligten Kreise vom Staate nachträglich den katholischen Bisthümern und Geistlichen gewährt und die einbehaltenen Summen herausgezahlt worden.

Ebenso ist ein sehr wichtiges Gesetz durch den Friedensschluß 1886 zu gunsten der katholischen Kirche wesentlich ge-

ändert, zwar damals noch theilweise aufrecht erhalten, aber im Jahre 1887 fast ganz preisgegeben worden, das ist das Gesetz vom Frühjahr 1875, welches alle Klosterorden und ordensähnlichen Congregationen mit Ausnahme derer, die sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, vom Gebiet der preußischen Monarchie ausschließt und ihnen vom 1. Juni d. J. an eine sechsmonatliche Auflösungsfrist setzt, nur denjenigen klösterlichen Vereinen eine längere Frist bewilligt, welche sich mit Unterricht und Erziehung der Jugend beschäftigen und für welche daher nicht so rasch Ersatz geschafft werden konnte. Die Aenderungen an diesem Gesetze begannen schon mit dem Gesetz vom 14. Juli 1883, welches den Krankenpflege treibenden katholischen Genossenschaften nicht nur neue Niederlassungen zu gründen gestattet, sondern den weiblichen unter ihnen auch das Recht giebt, die Pflege und Unterweisung von Kindern, die sich noch nicht im schulpflichtigen Alter befinden, als Nebenthätigkeit zu übernehmen, auch Blinde, Taube, Stumme, Idioten, sowie gefallene Frauenspersonen in Pflege zu nehmen. Aber während durch das Friedensgesetz vom 21. Mai 1886 nur den Krankenpflege treibenden Klosterorden und Congregationen das Recht gegeben wurde, als Nebenthätigkeit außer dem 1883 Bewilligten die Pflege und Leitung in Waisen-Anstalten, Armen- und Pfründnerhäusern, Rettungsanstalten, Asylen und Schutzanstalten für sittlich gefährdete Personen, Arbeitercolonien, Verpflegungsanstalten, Arbeiterherbergen, Mägdehäusern, sowie die Leitung und Unterweisung in Haushaltungsschulen und Handarbeitsschulen für Kinder im nicht schulpflichtigen Alter zu übernehmen, ist später durch das Gesetz vom März 1887 die bedauerliche Concession gemacht worden, daß auch solche Orden und ordensähnliche Congregationen wieder zugelassen werden können, welche sich dem Unterricht und der Erziehung der weiblichen Jugend in höheren Mädchenschulen und gleichartigen Erziehungsanstalten widmen.

Als im April 1886 der Entwurf eines zum kirchlichen Frieden führenden Gesetzes im preußischen Herrenhause vorgelegt wurde, tadelte der ebenso sachkundige wie besonnene Dr. Beseler an der Vorlage, daß sie das Staatsinteresse nicht

überall wahre; der Bischof Kopp aber brachte Abänderungsanträge ein, welche auf noch weitere Beschränkung der staatlichen Rechte, als die Vorlage der Regierung vorgesehen hatte, abzielten und z. B. die wichtige Bestimmung, daß „als Leiter und Lehrer der kirchlichen Seminare diejenigen Personen nicht angestellt werden können, welche der Staat als minder genehm bezeichnet hat“, beseitigen wollten. Wenn nun trotzdem Bismarck Namens der preußischen Regierung die Kopp'schen Anträge acceptirte und ihre Annahme sowie der ganzen hierdurch amendirten Gesetzesvorlage ernstlich betrieb und durchsetzte, so that er das nicht etwa, weil er die Beseler'sche Kritik der Vorlage für völlig grundlos erklärte, sondern weil er, wie er selbst es ausdrückte, seine persönlichen Ansichten der Staatsraison und der Rücksicht auf die Gesammtheit unsres Staatslebens unterordnen müsse. Zwar wies Bismarck die von Kleist-Retzow gemachte Unterstellung energisch zurück, als sei durch den sogenannten Culturkampf der Staat mehr geschädigt als die Kirche, und noch energischer den Irrthum, der sich aus dieser Meinung entwickeln könne, als ob „der Staat in den Anerbietungen, mit denen er der Kirche und seinen katholischen Mitbürgern entgegenkommt, irgend einer Nothlage Ausdruck gäbe, in der er sich befinde“: aber es hatten sich offenbar Uebelstände herausgestellt, welche dringend einer Abstellung bedurften; und ganz besonders schwer wurde als ein solcher Uebelstand die Thatsache empfunden, daß seit Ende 1877 nicht nur sieben preußische Bischofssitze unbesetzt, sondern Hunderte von katholischen Gemeinden ohne Seelsorge, ohne Sacrament und aller geistlichen Fürsorge beraubt waren. Da dieser Uebelstand aber hauptsächlich durch die Forderung der Anzeigepflicht und des Einspruchsrechts veranlaßt war, so hat man diese Forderung als einen großen Fehler der preußischen Regierung, als einen verhängnißvollen Mißgriff und als die Hauptursache davon bezeichnet, daß der Staat in manchen wichtigen Punkten nachgeben mußte.

War aber wirklich diese Forderung wesentlich daran schuld, daß der Staat im Kampfe gegen das Papstthum nicht mehr erreicht hat?

Meines Erachtens war diese Forderung des Staats eine berechtigte, ja nothwendige, insofern die Stellung des Staates gegenüber der Kirche etwas von der ihr zukommenden Würde, genauer ausgedrückt, von der ihr gebührenden Oberhoheit vermissen ließ, falls die Kirche nicht verpflichtet war, die von ihr ernannten Geistlichen bei der staatlichen Oberbehörde anzumelden und einem etwaigen Einspruch derselben gegen den Ernannten als gegen eine die staatlichen Interessen gefährdende Persönlichkeit Folge zu geben. Gegen diese Meinung hat Fürst Bismarck selber, als er 1886 Frieden mit der römischen Curie schloß, daran erinnert, daß vor dem Culturkampf der preußische Staat dieses und manches andere Recht gegenüber dem Papstthum nicht besessen und dennoch auch damals seine „Hoheitsrechte und seine Würde vollständig gewahrt“ habe. Aber einmal hatte Bismarck mit vollem Rechte seiner Zeit erklärt, durch Friedrich Wilhelm IV. sei eine Bresche in der Stellung des Staates gegenüber der Kirche entstanden, und es sei nothwendig, es sei der Zweck des gegen Rom geführten Kampfes, diese Bresche auszufüllen; und sodann konnte der Staat, so lange Friede war zwischen ihm und der Kirche, auf Ausübung gewisser Rechte stillschweigend verzichten, ohne seiner Würde etwas Wesentliches zu vergeben, mußte aber, sobald er im Kampfe gegen die Kirche stand, alle die Rechte von ihr fordern, durch welche seine Oberhoheit über sie documentirt wurde, und zu diesen Rechten gehört auch das des eventuellen Einspruchs gegen einen von der Kirche ernannten und der Staatsbehörde angezeigten Geistlichen. Zwar ist dieses Recht manchmal überschätzt worden; und dagegen machte Fürst Bismarck 1886 mit gutem Grunde Folgendes geltend: „Wir haben erlebt, daß gerade Geistliche, die wir seit längerer Zeit genau kannten, die zu keinerlei Beschwerden Anlaß gegeben hatten, die wir selbst empfohlen haben, von dem Augenblicke an, wo sie im Sattel saßen, die schärfsten Gegner geworden sind.“ Nach einem Hinweis auf den verstorbenen Fürstbischof von Breslau Robert Herzog, den die Regierung vor der Anstellung so genau gekannt und über den sie nachher so viel Klagen gehabt habe, fuhr damals Bismarck fort: „Man steckt in dem

angestellten Priester doch nicht drin, und mit dem Papst und der Kirche eine Art von Wettlauf in der Beeinflussung der angestellten Priester anzustellen, halte ich eben auch für ein verfehltes Unternehmen. Da werden wir eine gleich starke Einwirkung niemals erreichen können. Sobald der Geistliche angestellter Priester ist, wird er seinen Oberen gehorchen, oder er wird seine Stellung ruiniren; und ebenso, wie beispielsweise ein Offizier, der mit einem Kriege, den man führt, nicht einverstanden ist, wird er ganz ruhig seine Schuldigkeit in der Stellung thun, wie sie ihm von oben gegeben ist, und es wird uns Nichts helfen, wenn wir einen Geistlichen in eine Stellung bringen, der uns wohlgesinnt ist; er wird es für die Dauer nicht bleiben, wenn seine Vorgesetzten und die ganze Temperatur, die ihn umgiebt, in entgegengesetzter Richtung auf ihn einwirken. Ich habe von Anfang an, seit ich den Fragen näher getreten bin, ... nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß die Anzeigepflicht dem Staat die Bürgschaft gewährt, die man davon erwartet, und daß es deshalb der Mühe werth sei, mit Schärfe und Hartnäckigkeit für ihre größere oder geringere Ausdehnung zu kämpfen." So richtig das alles ist, wenn dadurch nur eine Ueberschätzung des Werths der vom Staate gestellten Forderung bekämpft und eine Ueberspannung derselben bei ihrer praktischen Handhabung verhütet werden soll, — das bleibt nach wie vor unstreitig wahr, daß, wenn die Kirche auch einen ausgesprochen staatsfeindlichen Geistlichen im preußischen Staate anstellen kann, ohne daß dieser Staat die Möglichkeit hat, sich dagegen zu schützen, die Oberhoheit desselben über die Kirche nicht gewahrt ist, daß zwar keine Sicherheit gegeben ist, durch das Einspruchsrecht alle staatsfeindlichen Elemente aus der Geistlichkeit auszuscheiden oder fernzuhalten, daß es aber unter Umständen von großem praktischen Werthe ist, einen Geistlichen, von dessen revolutionärer Gesinnung der Staat schon zweifellose Beweise hat, von der Anstellung innerhalb des preußischen Staats ausschließen zu können, sintemal dieser Geistliche nicht blos Priester, sondern auch Volkslehrer ist und sein soll. Wollte man ein Recht deshalb werthlos nennen, weil dasselbe nicht gegen alle

Eventualitäten schützt, wie viele der zu Recht bestehenden Gesetze würden dann über Bord zu werfen sein! Auch das beste Gesetz kann nicht für jeden denkbaren Fall, der möglicher Weise einmal eintreten kann, Vorsorge treffen. Was speciell dieses Recht des Staats betrifft, so ist zwar zuzugeben, daß der Einspruch gegen eine kirchliche Ernennung in der Praxis nur im äußersten Falle, im Nothfalle zu geschehen hat und daß eine scharfe oder gar kleinliche Handhabung desselben mit dem kirchlichen Bewußtsein unvermeidlich collidiren und einen modus vivendi für das Verhältniß von Staat und Kirche unmöglich machen würde; aber es ist andrerseits die Thatsache zu constatiren, daß die Forderung dieses Rechtes nicht etwa erst im Culturkampfe aufgekommen, nicht etwa eine Erfindung des Ministers Falk ist, sondern schon im Mittelalter ein in der damaligen christlichen Welt angewandtes Recht war. Carl Hase erinnert hierfür an die interessante Thatsache, daß, als Hildebrand zum römischen Papst gewählt war unter dem Namen Gregor VII., er dem deutschen Könige seine römische Wahl anzeigte und beifügte, er werde sofort zurücktreten, falls König Heinrich seine Einwilligung versage. Treffend bemerkt hierzu Hase: „War das vielleicht auch nicht so ernsthaft gemeint, so konnte Hildebrand doch nur ein in der Christenheit anerkanntes Recht aussprechen, und als seine welthistorische Macht noch vor ihm lag.“ Fürst Bismarck hat den Werth der Anzeigepflicht auf eine Linie gestellt mit dem Werth des vom Staat geforderten Universitätsstudiums der katholischen Theologen und hinsichtlich dieser Forderung bemerkt, die schärfsten und bittersten Gegner des Staats unter den katholischen Geistlichen seien Zöglinge der Universitäten und nicht der Seminarien gewesen, die Nöthigung zum Universitätsstudium mit Abschneidung der Seminarien sei kein Mittel gegen die Schäden, die der Staat gegenüber der römischen Kirche zu bekämpfen habe, ein Seminar bei einem friedliebenden, wohlwollenden, deutsch gesinnten Bischof sei ihm lieber als das Studium auf der Universität, wo Niemand eigentlich für die Erziehung verantwortlich sei, bei allen Einflüssen, die sich uncontrolirbar an den Studenten heranmachen. Aber wie zu-

treffend diese Bemerkungen in vieler Beziehung sein mögen, und so gewiß das Universitätsstudium keine Garantie dafür bietet, „daß der Geistliche später nicht staatsfeindlich auftritt und gerade die besseren Waffen, mit denen er durch die staatliche Erziehung ausgebildet ist, gegen den Staat verwendet", — durchweg wird das Universitätsstudium die künftigen Geistlichen viel eher vor bornirter Einseitigkeit, dogmatischer Befangenheit und hierarchischer Streitbarkeit schützen als die leicht zu bloßer Dressur herabsinkende Erziehung in einem kirchlichen Seminar. So gewiß die höhere Verstandesbildung zu einer Waffe gegen die wahre Geistesbildung mißbraucht werden kann, das ist doch unbestreitbare Erfahrungsthatsache, was Rich. Rothe sagt: „Kurz bemessene Gesichtspunkte, Enge des Horizonts wirken demoralisirend" und „eine der gewöhnlichen Ursachen sittlich schlechter Gemüthsart ist die Dummheit". Daß die intellectuelle Bildung auch für die praktische Sittlichkeit einen Nutzen gewährt, daß reinliches d. h. klares Denken und reinliches d. h. sittliches Handeln mit einander zusammenhängen[1]), wird durch viele eclatante Beispiele bestätigt. Deshalb forderte der Staat das Universitätsstudium mit Recht von den katholischen Theologen, weil es sie mehr als der Besuch eines kirchlichen Seminars dazu anleitet, künftig friedliebende, wohlwollende und deutsch gesinnte Priester zu werden; und daß er von dieser Forderung schließlich absehen mußte, ist bedauerlich. Ebenso aber war die Forderung der Anzeigepflicht berechtigt und praktisch werthvoll. Wenn rechtsgelehrte Protestanten die Anzeige eines ernannten Geistlichen eine bloße Visitenkarte genannt haben, die dem Staat vom Bischof übersandt wurde, so thaten sie das, weil sie die Macht des Oberpräsidenten, einem etwaigen Einspruch gegen die Ernennung praktische Folge zu geben, bezweifelten und meinten, wenn sich keine Vermittlung zwischen dem Bischof und dem Präsidenten erreichen lasse, komme die Entscheidung dem Papste zu. Aber Carl Hase schreibt mit vollem Recht: „Es giebt zwischen der absoluten Macht und dem ohnmächtigen Einspruch noch ein

---

[1]) Vgl. auch m e i n e Schrift: „Die selbständige Stellung der Sittlichkeit zur Religion" S. 183 f.

Mittleres, ... nämlich die gesicherte Berathung über den Vorgeschlagenen zwischen dem Bischof und dem Präsidenten oder, im Fall der Verhinderung des Einen oder Anderen, durch Vertraute, wär's auch nur zur Darlegung der Gründe, abgesehen vom eignen Wunsche, weshalb der hohe Staatsbeamte den Empfohlenen zurückweisen müsse, sollte auch der ganze Friedensstand darüber in's Schwanken kommen. Der Bischof aber mit Allen, die auf ihn einzuwirken berechtigt sind, wird schwer aufzufinden sein, der den endlich erlangten Frieden umwürfe, weil er nicht durchsetzen kann, etwa einen vormaligen Hetzcaplan zum Pfarrer zu befördern, denn nur darum handelt sich's hier." — Mag die letzte Annahme Hase's zu optimistisch sein — daß der Staat die Anzeige eines vom Bischof ernannten Pfarrers und die Anerkennung seines Einspruchrechts forderte, war ebenso principiell richtig wie praktisch von Werth, und daran liegt nicht die Schuld, wenn der Staat im Kampfe gegen das Papstthum nicht mehr erreichte. Vielmehr liegt in dieser Beziehung die Schuld hiervon daran, daß das römische Papstthum eine Forderung des Staats benutzte, um ein geradezu antichristliches und unsittliches Verfahren gegen die katholischen Gemeinden in's Werk zu setzen. Pius IX. wies nämlich die Bischöfe an, die Anzeige der von ihnen für eine bestimmte Pfarrstelle Ernannten zu unterlassen; in Folge dessen wurden die ohne Anzeige ihr Amt antretenden Geistlichen vom Staat nicht anerkannt, wenn sie trotzdem geistliche Handlungen vollzogen, in Strafe genommen und schließlich aus ihrem Amte vertrieben; so geschah es, daß bald eine große Menge katholischer Gemeinden ohne geistliche Pfleger war. Hier tritt deutlich die Absicht der römischen Curie zu Tage, die Gemeinden durch den Staat in einen Nothstand und dadurch in revolutionäre Aufregung gegen den Staat zu bringen, und diese Absicht wäre nicht nur begreiflich, sondern auch einigermaßen entschuldbar, wenn es sich bei der vom Staate aufgestellten und vom Papst bestrittenen Forderung um eine das Wesen und den Bestand der römischen Kirche gefährdende Maßregel des Staats gehandelt hätte. Aber thatsächlich handelte es sich um eine Forderung, die vom Papstthum anderen Staats-

regierungen anstandslos gewährt worden war und von der Papst Leo XIII. ausdrücklich zugestand, daß sie wohl ertragen werden könne (tolerari posse), um eine Forderung, die beim Friedensschluß zwischen Preußen und Papstthum zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber stillschweigend bewilligt worden ist. In dem Friedensgesetz vom Mai 1886 ist von der Anzeigepflicht gar nicht die Rede; das päpstliche Zugeständniß der Anzeige war noch an die Bedingung geknüpft, daß volle Revision der Maigesetze stattfinde; im Juni 1886 aber ist auch diese Beschränkung beseitigt worden und die bischöfliche Anzeige der ernannten Pfarrer als eine gültige Ordnung von Seiten des Papstes anerkannt worden, und das Gesetz vom März 1887 hat zwar zugestanden, daß das Einspruchsrecht nur für die dauernde Uebertragung eines Pfarramtes gilt und daß ein staatlicher Zwang zur dauernden Besetzung der Pfarrämter fortan nicht stattfindet, hat aber im Uebrigen Anzeigepflicht und Einspruchsrecht ausdrücklich sanctionirt. Auch ist nicht anzunehmen, daß die römische Kirche, um der Anzeigepflicht zu entgehen, gar keine Pfarrämter dauernd besetzen werde. Haben bisher die Bischöfe eine solche Praxis durchweg nicht geübt, so ist zu erwarten, daß auch künftig, sowohl im Interesse der katholischen Pfarrer als ihrer Gemeinden, in den meisten Fällen dauernde Besetzung der Pfarrämter mit Erfüllung der Anzeigepflicht stattfinden wird; und die volle Verständigung über das Rechtsherkommen der bischöflichen Anzeige kann in ihrer Billigkeit und Weisheit, wie Hase schreibt, „ein Segen werden für jedes Land mit gemischter kirchlicher Bevölkerung", also auch ein Segen für die katholische Kirche und ihre Gemeinden.

War also die Anzeigepflicht und die Anerkennung des staatlichen Einspruchsrechts für die Kirche nichts Unerträgliches, Nichts, wodurch ihr innerstes Wesen verletzt oder auch nur gefährdet werden konnte, so war es antichristlich und unsittlich gehandelt, wenn man von Seiten der römischen Kirche den Widerstand dagegen so lange fortsetzte, bis Hunderte von katholischen Gemeinden ohne Seelsorge, ohne Sacrament, ohne alle kirchlichen Gnadenmittel waren. Denn nach der Anschauung der Kirche

war das für diese Gemeinden nicht nur schmerzlich, sondern geradezu eine Ursache ewigen Verderbens für Tausende von Menschenseelen. Während der Staat seinerseits bedauern mußte, daß so viele Gemeinden ihre religiösen Bedürfnisse nicht befriedigen konnten und dadurch auch sittlich gefährdet wurden, aber keineswegs zu befürchten brauchte, daß dieselben dadurch völligem Verderben preisgegeben und sittlich bankerott werden würden, lehrte die katholische Kirche, daß ohne ihre Gnadenmittel, namentlich ohne Sacrament, keine Menschenseele selig werden könne, daß nicht, wie ein „ahnungsvoller Kernspruch" der alten christlichen Kirche sagte, nur die Verachtung, nicht der Mangel des Sacraments verdamme, sondern schon der Mangel desselben die Seelen des zeitlichen und ewigen Heils verlustig mache; und wenn sie trotzdem, nur um eine unbeschränktere weltliche Herrschaft zu üben, nur um dem Staate gegenüber eine etwas stärkere Machtstellung zu haben, viele Tausende von Seelen ohne kirchliche Gnadenmittel ließ und dadurch der Verdammniß, dem ewigen Verlorensein preisgab, so war das im schreiendsten Gegensatz zu dem gehandelt, der gesagt hat: „Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?!" Die Kirche, die sich „alleinseligmachend" nennt und sich selber dafür hält, — und mochte mancher Papst nicht daran geglaubt, sondern die „Fabel von Christo" nur für seine Herrschsucht und Gewinnsucht ausgebeutet haben, Pius IX. glaubte an sich und an die alleinseligmachende Kraft seiner Kirche —, handelt durch und durch unsittlich, wenn sie, ohne durch die äußerste Noth dazu gedrängt zu sein, sich und ihre Dienste den ihr anvertrauten und auf sie vertrauenden Menschenseelen entzieht; und das that damals die römische Kirche. Zwar vor dem oberflächlichen Urtheil der großen Menge erschien der Staat, weil er durch seine Organe die ihm nicht angezeigten und von ihm nicht anerkannten Priester am Functioniren hinderte, als der wahrhaft schuldige Theil. War aber, wie ich eben gezeigt zu haben glaube, der Staat zu seiner Forderung der Anzeige und der Anerkennung des staatlichen Einspruchsrechts berechtigt, ja verpflichtet, so that er auch nur seine Pflicht, wenn er diese

Forderung praktisch durchführte und keinen ihm nicht angezeigten Geistlichen im Amte duldete; und thatsächlich trug die Schuld an jenem schreienden Nothstand der nach ihrem Glauben um ihr Seelenheil gebrachten Gemeinden die Kirche, welche, um ihre Weltsucht zu befriedigen und ihre äußere Machtsphäre zu erweitern, lieber Tausende von Menschenseelen verloren gehen ließ, als daß sie dem Staat ein ihm zukommendes und für sie erträgliches Recht bewilligte. So aber hat von jeher das römische Papstthum alle andern Interessen, auch die der Religion, dem einen Interesse seiner Weltherrschaft untergeordnet; und z. B. in den Jahren 1520—1563 — also in einer Zeit, wo durch die Reformation eine große Verwirrung der Geister in religiösen Fragen bei vielen Tausenden aufrichtig frommer Katholiken unvermeidlich geworden war und wo die Bischöfe klagten, das ganze Geschlecht dieser Tage wisse gar nicht, was denn die wahre Religion sei, und wenn es so fortgehe, müßten die Menschen völlig gottlos werden — hat das Papstthum kein einziges belehrendes und klärendes Wort an die seiner Leitung anvertrauten christlichen Völker gerichtet, sondern hat sich in Schweigen gehüllt, 43 Jahre lang. Warum? Darum, weil die Päpste das immer dringender werdende Verlangen nach Berufung eines Concils geradezu abzulehnen nicht wagten, aber die Einberufung einer solchen Kirchenversammlung möglichst lange hinausschieben wollten; denn, wie Döllinger, einer der sachkundigsten Beurtheiler der römischen Curie, mit Recht erinnert, sie befürchtete von ihr eine Beschränkung ihrer päpstlichen Machtbefugnisse.

Die Erbitterung in katholischen Kreisen griff immer weiter um sich, und fort und fort geschürt durch eine haßerfüllte und zornsprühende katholische Presse, in welcher Hetzcapläne mit politischen Demagogen zusammenwirkten, richtete sie immer rücksichtslosere Angriffe gegen die Staatsregierung und drohte, die Grundlagen des preußischen Staats zu erschüttern. Es ist freilich nicht zutreffend, wenn Carl Hase den Fürsten Bismarck hierfür verantwortlich macht, indem er schreibt: „Unser gewaltiger Reichskanzler hat in den Kirchenstreit etwas Fremdartiges gebracht. Gewiß war es nöthig,

dem Fortschreiten, ja dem Uebermuth der Hierarchie das gute Recht des modernen Staats als eine feste Schranke entgegenzusetzen, nicht aber Mittel anzuwenden, welche Hunderte schuldloser Gemeinden aller geistigen Fürsorge beraubten und gegen den Staat verbitterten." Das kann um so weniger zutreffend sein, als Hase selber hervorhebt, daß die Anzeigepflicht der Bischöfe und der mögliche Einspruch des Oberpräsidenten, wenn auch der Form nach modernen Ursprungs, dem Gedanken nach schon eine mittelalterliche Sitte war, weil damals Kirchenbeamte nicht nur einander, sondern auch bestimmten Staatsbeamten, zu denen sie durch ihr Amt in irgend ein Verhältniß traten, ihren Amtsantritt anzeigten, und als Hase ferner schreibt: „Darin läge ein großes Recht, daß kein katholischer Pfarrer gegen den Willen der protestantischen Staatsbehörde auf preußischem Boden eingesetzt werden könne", durch diese Worte aber ausdrücklich anerkennt, von wie großer principieller Wichtigkeit es war, und wie recht also der Staat daran that, diese Forderung nicht nur zu stellen, sondern ihr auch, als die Kirche widerstrebte, die nothwendige praktische Folge zu geben. Allein die Erregung, die bis zum Fanatismus fortschreitende Erregung der katholischen Gemeinden mußte sich, und darauf hatte das Papstthum bei seinem Widerstreben gegen jene Forderung gerechnet, gegen die Staatsregierung richten; das Centrum, der abgesagte Feind derselben, wuchs bis auf 100 Mitglieder und erhielt „eine starke Machtunterlage in zürnenden katholischen Volksmassen"; und eben deshalb schaute Bismarck, der von Anfang des Kampfes an den künftigen Frieden als seines Strebens Ziel im Auge behalten hatte, nach der ersten besten Gelegenheit aus, dem Kampfe, der den confessionellen Gegensatz in Preußen nicht nur, sondern im ganzen deutschen Reiche für die kaum errungene Einigung bedrohlich zu machen anfing, ein Ende zu setzen, ohne vor etwa nothwendig werdenden kleinen Opfern, womit der Friede zu erkaufen sein würde, zurückzuscheuen.

Wenn also betreffs der Anzeigepflicht ein Fehler Seitens der Regierung nicht gemacht, vielmehr das römische Papstthum schuld daran war, ja in raffinirter Berechnung darauf hin-

arbeitete, daß aus der dieselbe betreffenden Forderung des Staats so bedenkliche, den confessionellen Frieden und die nationale Einheit bedrohende Folgen erwuchsen, so muß auf der andern Seite zugestanden werden, daß das Vorgehen der preußischen Regierung in einigen Punkten nicht das Richtige getroffen hat.

Es ist eine mit Sicherheit nicht zu entscheidende Streitfrage, in wieweit die Fehlgriffe, die begangen wurden, auf Rechnung Falk's, der auf Vorschlag Bismarck's zum Cultusminister ernannt worden war, zu setzen sind. Daß das theilweise geschehen muß, ist zweifellos, und Fürst Bismarck hat die Vaterschaft der damaligen Gesetze — dies gilt namentlich von den im Mai 1873 erlassenen Kirchengesetzen — ausdrücklich abgelehnt und erklärt, daß er zwar die Verantwortung dafür mittrage, aber für ihre juristische Fassung um so weniger verantwortlich gemacht werden könne, als er zu jener Zeit nicht einmal das Präsidium im preußischen Ministerium inne hatte und manche Vorlage Falk's mehr aus collegialen Rücksichten, in dem für das Zusammenwirken mit andern Ministern nothwendigen Verzicht auf diese und jene eigne Meinung und Neigung, und weil er nicht Zeit hatte, den Gegenstand eingehend zu prüfen, als aus voller persönlicher Ueberzeugung mit unterzeichnete. Wohl erfordert die Gerechtigkeit, dem Edelsinne Falk's Anerkennung zu zollen, der, als der Ruf an ihn kam, es willig auf sich nahm, des bestgehaßten Staatsmannes bestgehaßter Mitarbeiter zu sein, alle Schmähungen und Beschimpfungen von Seiten des römischen Klerus und seiner Gläubigen voll und ganz mit Bismarck zu theilen, den Ruhm des „Culturkämpfers“ aber größtentheils Bismarck überlassen zu müssen, und der wiederum, als ein friedliebender Papst gewählt und die Regierung geneigt war, mit demselben zu pactiren, alsbald von seinem Posten zurücktrat, um dadurch den Friedensschluß zu erleichtern, oder, wie er selber aussagte, um den Frieden nicht zu hindern. Ja, mit Recht ist von Carl Hase dieser Mann „Kaiser Wilhelm's Edelfalk“ genannt worden. Aber ebenso erfordert die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß manches Fehlerhafte in der damaligen

Bekämpfung des römischen Papstthums dem mehr juristischen als politischen Verfahren Falk's zuzuschreiben ist.

Es wurden gesetzliche Bestimmungen getroffen, durch die nicht nur die katholische Bevölkerung unnöthiger Weise gereizt, sondern auch in weiten Kreisen der evangelischen Mißstimmung gegen die Regierung hervorgerufen wurde, und in wie hohem Maße dies den Erfolg des Kampfes beeinträchtigen mußte, leuchtet Jedem ein, welcher das erkannt hat, was Bismarck mit Bezug auf die damalige kirchliche Gesetzgebung im Januar 1887 äußerte, daß nämlich „eine solche Reform, die in das geistige Gebiet übertrat, nur durchzuführen ist, wenn sie durch die öffentliche Meinung der Nation mit zwingender Gewalt getragen wird".

Unnöthiger Weise die Katholiken gereizt zu haben, dieser Vorwurf soll nicht demjenigen Gesetz gelten, das denselben vielleicht am ehesten zu verdienen scheint, dem sogenannten „Brotkorbgesetz", nach welchem die bisherigen Leistungen aus Staatsmitteln für die römisch-katholischen Bisthümer und Geistlichen eingestellt werden mußten. Höchstens könnte man sagen, es sei eine allzu tief demüthigende und deshalb verbitternde Zumuthung durch dieses Gesetz an die betr. katholischen Geistlichen gestellt worden, nämlich die, durch das Versprechen des Gehorsams gegen den Staat sich die aus Staatsmitteln gelieferten Geldeinnahmen zu erhalten. Aber man denke sich doch in die damalige Lage des preußischen Staates hinein: die katholischen Geistlichen in offenem Kampfe gegen ihn, auf den katholischen Kanzeln wegen des Kanzelparagraphen nur etwas verhüllte und im Beichtstuhl systematische und ganz unverhüllte Aufstachelung der Gemüther gegen die Regierung, gar nicht zu reden von der Caplanspresse und andern Blättern und Blättchen, schließlich ein päpstliches Rundschreiben vom 5. Februar 1875, durch welches die betreffenden preußischen Kirchengesetze für irritae, d. h. nichtig erklärt und als mit der göttlichen Einrichtung der Kirche im Widerspruch stehend gebrandmarkt wurden. Unter solchen Umständen konnte der Staat nicht weiter aus seinen Geldmitteln diejenigen unterstützen, die ihn zu bekämpfen für ihre heilige Pflicht hielten. Mochte dieses Gesetz

immerhin, wie Bismarck am 16. März 1875 ausdrücklich erklärte, „vielleicht keinen praktischen Erfolg haben", weil „der Papst und die Jesuiten viel zu reich" sind, als daß es ihnen auf diese kleine Summe ankommen könnte, — hätte der Staat noch länger mit Geldmitteln diejenigen ausgestattet, welche sich offen gegen ihn auflehnten, so wäre das ein Zeichen von Schwäche, es wäre seiner unwürdig gewesen. Daß er aber dabei in dem betr. Gesetz vom 22. April 1875 bestimmte, diejenigen, welche Gehorsam versprächen, sollten unter diesem Gesetz nicht leiden, sondern auch fernerhin die staatliche Subvention beziehen, war ganz in der Ordnung, verstand sich eigentlich von selbst. Das „Brotkorbgesetz" gehört mit verschiedenen andern Gesetzen der damaligen Zeit zu den Kampfgesetzen, wie Bismarck sie genannt hat, und was er darunter versteht, läßt sich gar nicht treffender sagen als mit seinen eignen Worten. Unter Berufung auf seine Worte vom 16. April 1875, in denen er die Hoffnung aussprach, daß demnächst ein friedliebender Papst an die Reihe kommen werde, der „nicht lediglich das Product der Wahl des italienischen Klerus zur Weltherrschaft erheben will, sondern der bereit ist, auch andere Leute leben zu lassen", und daß er dann auch einen zweiten „gescheidten" Antonelli finden werde, „der einsichtsvoll genug ist, um dem Frieden mit der weltlichen Macht entgegenzukommen", erklärte Bismarck 1887, als es sich um einige weitere Zugeständnisse an die römische Kirche, theils um nähere Bestimmungen über Anzeigepflicht und Einspruchsrecht, theils um Zulassung von Orden, auch zum Unterricht, handelte: „Wir haben damals die ganze Gesetzgebung nur lediglich als eine Kampfgesetzgebung und als eine Waffe, um den Frieden zu erkämpfen, betrachtet. Wir haben damals unsre Arsenale gefüllt, aber doch nicht dauernde Einrichtungen damit erstrebt, die ewig dauern sollten. Wenn man glaubt, am Vorabend eines Krieges zu stehen, sich Vorräthe von Melinit und anderen explosiven Körpern anlegt, wird man das doch nicht dauernd als Mobiliar in der eignen Wohnung betrachten wollen".

War aber das Gesetz betreffend die Errichtung eines königlichen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten

eine „Waffe“, geeignet, den Frieden zu erkämpfen, oder nicht vielmehr ein Fehlgriff, wodurch die unvermeidliche Erbitterung des Kampfes unnöthiger Weise gesteigert wurde? Ich glaube, das Letzte annehmen zu müssen. Ganz abgesehen davon, daß die Staatsregierung sich im Voraus sagen konnte, es werde nie ein katholischer Geistlicher von seinen Oberen die Erlaubniß erhalten, vor diesem Gerichtshof auf erhaltene Citation sich zu stellen, es werde also ihr Vorgehen, wenigstens der katholischen Kirche gegenüber, — die evangelische war ja von jenem Gesetz wegen der berühmten „Parität“ mitbetroffen worden, wovon später noch zu reden sein wird —, ohne jeden praktischen Erfolg bleiben: es liegt hier ein Uebergriff des Staats in die inneren Angelegenheiten der Kirche vor, der meines Erachtens principiell zurückzuweisen ist. So zweifellos das jus circa sacra ist, das der Staat vermöge seiner Oberhoheit und seines Aufsichtsrechts übt, so gewiß auch ein jus in sacra anerkannt werden kann, wenn der Staat dasselbe nur übt, um durch ein votum negativum prohibitiv in das innere Leben der Kirche einzugreifen und es gegen unsittliche Uebergriffe und Vergewaltigungen Seitens einer kirchlichen Richtung oder Partei zu schützen, so berechtigt also z. B. der Staat 1864 und 1869/70 war, gegen die Beschlagnahme der katholischen Kirchengewalt durch die jesuitische Partei zu protestiren und die römische Hierarchie vor ihren „Freunden“ zu schützen, und so bedauerlich es ist und bleibt, daß Solches damals namentlich durch Beust's Schuld unterblieb: ebenso sicher hat der Staat nicht das Recht, sich zur obersten Gerichtsinstanz für alle innerkirchlichen Streitigkeiten aufzuwerfen, am allerwenigsten zu einer solchen, von welcher, wie bei dem damaligen königlichen Gerichtshof ausdrücklich festgestellt war, keine Appellation mehr möglich ist und die, wie jener Gerichtshof, vorwiegend aus Juristen besteht; als ob das Studium der Jurisprudenz zu sachkundigem Urtheil und zu sachverständiger Entscheidung auf allen, auch den schwierigsten Gebieten des Lebens wie der Wissenschaft befähigte! Schon für das evangelisch-kirchliche Gefühl lag etwas Verletzendes in der Einsetzung eines solchen Gerichtshofes; wie viel mehr denn

für das katholisch-kirchliche Bewußtsein, für welches Kirche und Reich Gottes auf Erden identisch sind und das deshalb diesen Schritt des Staats als einen directen Eingriff in das göttliche Rechtsgebiet, ja als einen Angriff gegen dasselbe auffaßte!

Schon in Bezug hierauf gilt das Wort Bismarck's vom 12. April 1886: „Das Bestreben, auf den Priester einen Einfluß von Seiten des Staats zu üben, von Seiten unsrer Bureaukratie in Concurrenz zu treten mit den kirchlichen Vorgesetzten bis zum Papst hinauf, das ist das πρῶτον ψεῦδος (der Grundfehler) der ganzen Maigesetzgebung, das ist, was den ganzen Bestrebungen des Staats etwas Aergerliches, Verbitterndes anhängt und was eine erhebliche Verstimmung und Erbitterung des Kampfes erzeugt. . . . Namentlich wenn der Staat befehlend, beeinflussend in Verbindung mit dem Strafrichter auftreten will, so hat der geistliche Vorgesetzte immer, wie man im gemeinen Leben sagt, die Windkante." Dies Wort gilt eben auch, ja in gewisser Beziehung noch mehr von der auf die künftigen Priester berechneten staatlichen Forderung des sogen. Cultur-Examens der Studirenden der Theologie. Es war das eine für das Ehrgefühl der Theologen geradezu beleidigende Forderung. Schon deshalb hätte sie nicht gestellt werden sollen, weil sie keinen praktischen Nutzen versprach und den Zweck, den sie erreichen sollte, zu erreichen durchaus nicht vermochte. Dieser Zweck war, die Theologen, namentlich die katholischen, mit der modernen Cultur bekannt zu machen und zu befreunden und durch sie dem modernen Staatsleben geneigter, angemessener und in demselben brauchbarer zu machen. Das aber wäre nur erreicht worden, wenn man ein wirkliches Interesse für Philosophie, Geschichte und Literatur in den jugendlichen Geistern weckte, während man durch die Forderung eines Examens in diesen Fächern einerseits eher eine Abneigung dagegen wachrief und diejenigen, die sich diesem Examen unterzogen, in den meisten Fällen zu nichts weiter brachte als dazu, einen recht dürftigen philosophischen, historischen und literarischen Wissensstoff sich äußerlich anzueignen, d. h. für kurze Zeit dem Gedächtniß einzuprägen. Wenn aber in dieser Beziehung der Forderung

des Culturexamens eine stark an chinesische Anschauungen erinnernde Ueberschätzung des Examens zu Grunde lag, so in anderer Beziehung eine Rücksichtslosigkeit gegen die christlichen Theologiestudirenden und gegen christliche Theologie und Kirche, die unwillkürlich an die Anschauungen von Juden und Judengenossen erinnert. Denn durch diese Forderung wurde vor aller Welt die Meinung kundgegeben, daß das Studium der christlichen Theologie weniger als jedes andere Fachstudium, weniger z. B. auch als das der Jurisprudenz, Garantie für wirkliche Cultivirung des Studirenden biete, ja, daß jenes Studium culturfeindliche Elemente des geistigen Lebens zu nähren geeignet sei. Mochten derartige Elemente namentlich bei manchem katholischen Theologen sich finden, so lag die Ursache daran weniger in ihrem Studium, als in der Erziehung, die ihnen von Jugend auf zu Theil geworden war; dieselben culturfeindlichen Elemente aber wurden von vielen katholischen Juristen gehegt und gepflegt und durch das Studium nicht gemindert, und mancher dieser Juristen hatte nach beendetem Universitätsstudium weniger Cultur in sich aufgenommen als viele katholische Theologen, selbst manche von denen, die nicht auf einer Universität, sondern auf einem gut geleiteten kirchlichen Seminar ihre Bildung erhalten hatten. Selbstverständlich kann jedes Studium so oberflächlich betrieben werden, daß es für die Cultur des Studirenden, für seine intellectuelle wie für seine sittliche Cultur wenig oder gar nicht dienlich ist. Aber kein Studium trägt so viele und so hohe Culturelemente in sich wie das der christlichen Theologie; und wenn die betr. Studirenden nur einigermaßen in das Wesen der Dinge, um die es sich handelt, in den Kern der Fragen, welche zur Discussion stehen, einzudringen suchen, werden sie dadurch vielseitiger cultivirt werden als durchschnittlich die Studirenden aller anderen Fächer. Und trotzdem wurde gerade den christlichen Theologen und nur ihnen beim Abschluß ihres Studiums ein sogenanntes Culturexamen abgefordert! Hätte man nicht wenigstens auch die Juristen damit beehren sollen, die doch größtentheils als künftige Staatsdiener, sei es als Richter, sei es als Verwaltungsbeamte, ganz besondere

Garantie dafür zu bieten hatten, daß sie unparteiisch ihres Amtes walten und nicht aus Mangel an allgemeiner Cultur zu gunsten ihrer katholischen oder evangelischen Glaubensgenossen die Gerechtigkeit verletzten?! Ferner, hätte man nicht, da doch der Staat nicht die evangelische, sondern die katholische Kirche einzuschränken bemüht war und da bekanntlich von katholischer Seite vielmehr als von evangelischer Parteilichkeit und Unduldsamkeit gegen Andersgläubige zu befürchten ist, die ganze Forderung auf die katholischen Studirenden beschränken, unter diesen aber die Juristen so gut wie die Theologen heranziehen müssen? Was soll doch bei solchen Fragen das Gerede von der „Parität", welche der Staat zu üben habe?! Daß dieses Wort sein gutes Recht insofern hat, als vor dem Gesetz alle Bürger des Staats, seien sie katholisch oder evangelisch, gleichberechtigt sind und sein sollen, ist selbstverständlich; aber daß der Staat, wenn er, um sich zu schützen, der katholischen Kirche gewisse Schranken zu setzen und gewisse Lasten aufzuerlegen für nothwendig hält, dann alsbald auch der evangelischen diese Schranken setzen und diese Lasten auferlegen müsse, ist eine völlig grundlose und haltlose, für das unbefangene Urtheil des Volks völlig unbegreifliche Behauptung. Es ist zwar der Vergleich W. Beyschlag's nicht ganz zutreffend, wenn er schreibt, das heiße, die Wölfin und das Lamm für gleichberechtigte Hausthiere erklären; denn die katholische Kirche hat trotz aller staatsgefährlichen Lehren und Neigungen viel zu viel ächt Christliches in sich, als daß man sie ohne Weiteres einem Raubthiere wie der Wölfin gleich achten könnte; und die evangelische Kirche ist trotz ihrer staatsfreundlichen Principien durchaus nicht immer dem Staat gegenüber ein ganz harmloses Lamm gewesen; wenigstens stimmt dieser Vergleich nur dann, wenn man sich dabei erinnert, daß eine Lammesnatur manchmal recht bockig werden kann. Aber die evangelische Kirche ist dem Staate nicht nur nicht gefährlich, — denn solche Bestrebungen, wie sie unter Stöcker's Parole von der „Freiheit und Selbständigkeit der Kirche" heutzutage im Schwange gehen, werden leicht in ihre Schranken zurückzuweisen sein —, sondern sie hat ihm die werthvollsten Dienste geleistet und leistet

sie ihm noch heute; warum dieselbe also mit der katholischen Kirche auf eine Stufe stellen und sie mit demselben Maße messen wie diese? Wenn in einem Hause zwei verschiedene Personen ein dauerndes Gastrecht besitzen, so wird der Hausvater, dessen Schutze sie anvertraut und dessen Aufsicht sie unterstellt sind, doch nicht, sobald die eine Person sich gegen die Hausordnung vergeht, alsbald mit Rücksicht auf die Parität nicht nur den schuldigen Theil, sondern auch den anderen unschuldigen in Strafe nehmen, und er wird das um so weniger thun, wenn der schuldige Theil nicht blos die Hausordnung, sondern auch den unschuldigen Mitgast zu verletzen droht. Der preußische Staat aber hat, als die katholische Kirche sich gegen seine Hausordnung auflehnte, die evangelische, trotzdem sie von jener mitbedroht war, mit ihr in Strafe genommen. Wenn die Absicht einer Strafe nicht vorhanden war, so wurde doch das Vorgehen des Staats als solche empfunden und trug deshalb wesentlich dazu bei, auch in der evangelischen Bevölkerung und gerade in einflußreichen Kreisen derselben gegen die Regierung und ihren „Culturkampf" Verstimmung zu erregen und dadurch die Stellung des Staats gegenüber der römischen Kirche und der katholischen Bevölkerung noch schwieriger zu machen, als sie ohnehin schon war. Daß übrigens diese falsche Anwendung der Parität nicht so sehr von Bismarck als vielmehr von Falk herrührt, wird schon dadurch wahrscheinlich, daß Bismarck zu Anfang des Kampfes gegen Rom, als Falk noch nicht im Amte war, Anfang 1872 ausdrücklich erklärte, die Regierung werde das von ihr geforderte und ihr durch das damalige neue Schulgesetz zugesicherte Recht, zu Schulinspectoren auch andere Männer als Geistliche zu ernennen, zunächst nur hinsichtlich der katholischen Geistlichen in Anwendung bringen und die ihr nicht genehmen nach ihrem Ermessen von der Schulinspection ausschließen, möglicher Weise aber werde auch nicht ein evangelischer Geistlicher von der bisherigen Schulinspection zu entfernen sein. Außerdem hat Fürst Bismarck im April 1887 ausdrücklich erklärt: „Eine Gleichheit der beiden Kirchen im preußischen Staat ist nach ihrer ganzen Beschaffenheit nicht möglich; sie sind incommensurable Größen. Wollen Sie die

volle Gleichheit haben, dann müssen Sie dem höchsten Oberhaupte der katholischen Kirche im preußischen Staate dieselben Rechte zutheilen, wie dem höchsten Oberhaupte der evangelischen Kirche, mit andern Worten, dieselben, die unser König besitzt."

Man hat der preußischen Regierung einen besonderen Vorwurf daraus gemacht, daß sie die Altkatholiken nicht kräftiger unterstützt, nicht entschiedener für sie Partei genommen und sie nicht zu einer Macht herangebildet habe, mit deren Hülfe sie einen großen Erfolg gegenüber dem Papstthum hätte erringen können. Mit Unrecht, glaube ich. Die Regierung hat mehr als ein Mal sich der Altkatholiken kräftig angenommen. Selbst Cultusminister v. Mühler ist für sie energisch eingetreten, als der Erzbischof Melchers von Köln den altkatholischen Professoren Hilgers, Reusch und Langen in Bonn durch Zurücknahme der missio canonica untersagte, an der Universität Vorlesungen zu halten; freilich vergeblich, weil den Professoren der Schutz des Staats zwar das Recht der Vorlesungen, aber nicht die Zuhörer in denselben erhalten konnte, nachdem die Bischöfe den katholischen Studenten den Besuch dieser Vorlesungen verboten hatten. Die Benutzung gottesdienstlicher Gebäude ist ihnen von staatlichen Behörden gestattet oder ermöglicht worden, und der von ihnen erwählte Bischof Reinkens ist als katholischer Bischof von der preußischen Regierung anerkannt und vom Cultusminister feierlich verpflichtet worden. Als der Feldprobst Namszanowski seinem Garnisonpfarrer verbot, in der den Altkatholiken zur Mitbenutzung eingeräumten Pantaleonskirche zu Köln Gottesdienst zu halten, auch einen altkatholischen Divisionspfarrer suspendirte, ist er, trotzdem der Papst sein Verfahren ausdrücklich gebilligt hatte, von der Militärbehörde einfach seines Amtes enthoben worden; und als der Bischof Krementz von Ermland die altkatholischen Religionslehrer am Gymnasium zu Braunsberg excommunicirte, erklärte Falk, daß dieser große Bann nicht ohne Staatsgenehmigung verhängt werden dürfe, und gab dem renitenten Bischof die volle Macht der Staatsgewalt zu fühlen. Es ist also, wie schon aus diesen wenigen Thatsachen hervorgeht, ungerecht zu behaupten wie W. Beyschlag: „Unsre Re-

gierungen haben, in unsäglicher Verblendung, Macht vor Recht gehen lassend, alles gethan, um diese gute deutsche christliche Sache (nämlich die altkatholische) nicht emporkommen zu lassen." Wenn trotz mannigfacher Unterstützung durch die betheiligten Regierungen die altkatholische Bewegung keine großen Erfolge aufzuweisen hat, so liegt die Schuld nicht am Staat, sondern an ihr selber. Von ihrem bedeutendsten Führer, Döllinger in München, hat man treffend gesagt: „Döllinger hat Geschichte studirt, Luther hat Geschichte gemacht;" und daß alle ihre Führer Gelehrte, Männer der Wissenschaft sind, bewahrt zwar diese Bewegung vor dem oberflächlichen Absprechen und den phrasenhaften Ergüssen, die man an der deutsch-katholischen Bewegung manchmal zu beobachten und zu bedauern hatte, scheint ihr aber auch eine gewisse pedantische Schwerfälligkeit anzuheften. Sehr treffend urtheilt Hase: „Der bloße Gegensatz gegen einen unfehlbaren Papst, bei dem Glauben an eine unfehlbare Kirche, hat keinen Halt im Volksbewußtsein"; der großartige Gedanke aber, die griechisch-katholische und die anglikanische Kirche mit allen altkatholischen Elementen der römischen Kirche zu einer großen Gemeinschaft zusammenzufassen, ein wiederholt unter Mitwirkung englischer Prälaten und Gelehrten einerseits, griechischer Theologen andrerseits berathener Gedanke, verkümmerte schließlich zu dem kleinlichen Bestreben, durch eine dogmatische Formel die widerstrebenden Elemente zu vereinigen und die der päpstlichen Tyrannei entronnenen lebendigen Geister in einen todten Buchstaben einzukerkern. Wie konnte denn die preußische Staatsregierung auf eine solche Bewegung großes Vertrauen setzen!

Ebenso unbegründet wie der die Altkatholiken betreffende ist der andere Vorwurf gegen die preußische Staatsregierung, der zweifache, dieselbe habe zu spät den Kampf gegen das Papstthum begonnen und zu früh die Beilegung des Kampfes herbeigeführt, sich also bei dem Friedensschluß mit Rom übereilt; sie würde weit mehr erreicht haben, wenn sie Anfangs zeitiger gegen die römische Curie Front gemacht hätte und schließlich vorsichtiger und langsamer vorgegangen wäre. Was zunächst den Beginn des Kampfes betrifft, so schreibt zwar der bekannte

Historiker H. v. Sybel nicht ohne Grund, der Leichtsinn oder die Unkenntniß, womit die Staatsgewalten Europa's den Syllabus von 1864, diese unumwundene Erklärung der päpstlichen Oberhoheit, unbeachtet ließen, habe wenig Seitenstücke in der Geschichte. Wenn man aber im Hinblick hierauf eine schwere Versäumniß Bismarck's darin finden wollte, daß er nicht schon im Jahre 1864 den von der päpstlichen Curie dem modernen Staate hingeworfenen Fehdehandschuh aufgenommen hat, so ist einmal daran zu erinnern, daß damals für Preußen eine Frage zu lösen war, so schwierig, so verwickelt, daß selbst Bismarck's gigantische Kraft von ihr vollständig in Anspruch genommen wurde, die deutsche Frage; und dann ist die Thatsache zu constatiren, die schon im ersten Abschnitt dieser Abhandlung erörtert werden mußte, daß nämlich Bismarck als Vertreter eines protestantischen Königs und eines vorwiegend protestantischen Staatswesens gegen Anmaßungen des Vaticans ohne Mitwirkung der katholischen Staaten sofort officiell einzuschreiten nicht für geboten erachten konnte, vielmehr, als ein Vorgehen dieser gegen das Papstthum — leider! — nicht erfolgte, sich 1864 wie 1870 abwartend verhalten und nur dafür sorgen mußte, daß er für die Zukunft volle Freiheit des Handelns sich bewahrte. — Was aber die Beilegung des kirchlichen Streits betrifft, so ist Nichts grundloser als die Meinung, dieselbe sei in übereilter Weise geschehen. Ueber diesen Punkt hat Fürst Bismarck im Jahre 1887 sich dahin ausgesprochen, daß er schon 1878, als der von ihm gehoffte friedliebende Papst gewählt war, Friedensverhandlungen mit demselben sorgfältig vorbereitete. „Ich habe", erklärt er, „schon damals ein Programm vertreten in unseren Vorbereitungen zur Gesetzgebung, welches ziemlich genau übereinstimmt mit der Gesammtheit dessen, was seitdem an Concessionen vorgelegt wurde, mit Einschluß dessen, was wir heute beantragen"; dies betraf die genauere Bestimmung des Einspruchsrechts und der Zulassung von Orden und Congregationen. „Aber es ist ein richtiger Beweis dafür, wie irrthümlich die Erzählungen von einem allmächtigen Minister sind, wenn ich sage, daß ich fast zehn Jahre gebraucht habe, um dieses Pro-

gramm allmählich der Ausführung näher zu bringen, und nothwendig so lange brauchen mußte, wenn ich Krisen und Gefahren für die ganze Stellung der Regierung vermeiden wollte." Diese Worte Bismarcks werden durch den thatsächlichen Verlauf der öfters unterbrochenen, namentlich durch den plötzlichen, zu Vergiftungsgerüchten Anlaß gebenden Tod des versöhnlich gesinnten Cardinalstaatssecretärs Franchi in störender Weise unterbrochenen Verhandlungen voll und ganz bestätigt. Die preußische Regierung that lieber, wenn das Papstthum neue Schwierigkeiten machen zu wollen schien, einen Schritt zurück, als daß sie durch ein vorschnelles Entgegenkommen die Stellung des Staats geschädigt hätte; als aber schließlich ein Entgegenkommen des Papstes betreffs der Anzeigepflicht „im Gebiete der Theorie" blieb, „einen mehr akademischen Charakter" zeigte und „auf dem Gebiete der Praxis" sich wirkungslos erwies, da entschloß sich die Regierung, wie Bismarck den 14. Mai 1880 an den Prinzen Reuß schrieb, „in derselben friedliebenden Gesinnung, welche sie den ersten Eröffnungen Sr. Heiligkeit entgegenbrachte, und in der Theilnahme, welche sie stets für die verwaisten Gemeinden empfunden hat, aus ihrer eigenen Initiative heraus diejenigen Maßregeln den gesetzgebenden Factoren vorzuschlagen, welche mit den unveräußerlichen Rechten des Staates verträglich sind und nach ihrer Ueberzeugung und nach ihren Wahrnehmungen in anderen Ländern die Wiederherstellung einer geordneten Diöcesan-Verwaltung und die Abhilfe des eingetretenen Priestermangels möglich machen." Bei neuen Verhandlungen mit der Curie werde es sich, so schreibt Fürst Bismarck in demselben Briefe, darum handeln, „daß im Wege der Begnadigung und der Benutzung der von dem Landtage zu erlangenden freieren Bewegung auf dem Boden der Gesetze" (d. h. der von dem Landtage zu bewilligenden theilweisen Aufhebung der Maigesetze) „die Ausübung der bischöflichen Functionen möglich gemacht wird, sei es durch die früheren Inhaber, sei es durch neue, vorausgesetzt, daß die einen wie die andern die Anzeigepflicht erfüllen." Von Uebereilung also keine Spur. Vielmehr der wohlüberlegte Entschluß, den Kampf beizulegen, und

zwar, wie Hase treffend bemerkt, „in der vollen Würde des Staats, nachdem er seine Macht auch Wehe zu thun gezeigt hat, durch allmähliche Gewährung alles dessen, was er, ohne sich und seiner Vergangenheit etwas zu vergeben, der katholischen Kirche seines Landes zugestehen könne . . . . in der gesetzlichen Form durch Vorschlag Sr. Majestät an die beiden Häuser des Landtags."

Wenn aber bei solcher Beendigung des Kampfes auch derartige Concessionen von Seiten des Staats gemacht werden mußten, welche im Interesse seiner Würde wie im Interesse des confessionellen Friedens zu bedauern sind, so ist auf der einen Seite zu bedenken, wie richtig das ist, was Bismarck in dieser Beziehung geäußert, daß nämlich die gesetzlichen Formen „nur das Gefäß" liefern, „in welches die Stimmung und das Maß von Vertrauen, das herrscht, der gute Wille derjenigen, an denen die Ausführung liegt, nachher die Füllung liefern", und daß „diese Gefäße, die wir mit kirchenpolitischen Gesetzen und deren Aenderung schaffen, gefüllt werden können mit der „Milch der frommen Denkungsart", wenn auf beiden Seiten Wohlwollen, Wunsch nach Frieden und Vertrauen vorhanden ist, aber auch mit „gährend Drachengift" sich füllen können, sie mögen beschaffen sein wie sie wollen, wenn böser Wille vorhanden ist". Andrerseits — sofern es doch nicht allein auf die Füllung, sondern auch auf die Gefäße ankommt und die jetzt vom Staat hergestellten Einiges zu wünschen übrig ließen und eher zur Füllung mit „gährend Drachengift" als zu einer solchen mit „Milch der frommen Denkungsart" anzureizen schienen — ist die Thatsache festzustellen, daß die Ursache hiervon größtentheils in den unglücklichen politischen Parteiverhältnissen im preußischen Landtage lag, vor Allem in jenem ebenso dünkelhaften, wie engherzigen und deshalb oft sehr illiberalen politischen Liberalismus, der namentlich in der sogenannten Fortschrittspartei Eugen Richter's, theilweise auch in dem linken Flügel der Nationalliberalen, in welchem Lasker der spiritus rector war, seine ausgeprägten Vertreter hatte. Dieser politische Liberalismus, der im Verfassungsconflict der sechziger Jahre Vieles hätte lernen können,

aber Nichts gelernt hatte, nicht einmal die Bescheidenheit, die für ihn so dringend geboten war, nachdem er damals bei Lösung der deutschen Frage seine politische Impotenz vor aller Welt documentirt hatte, aber ebenso wenig die Vaterlandsliebe gelernt hatte, der das Wohl des Staates das höchste Gesetz ist, der vielmehr dieselbe vaterlandslose Gesinnung, in welcher er 1863 gegen die eigene Regierung wegen ihrer russenfreundlichen Politik die Cabinette zu Paris und London aufhetzte,[1]) auch in seiner Stellung zum sogenannten Culturkampfe bekundete: er trägt einen großen Theil der Schuld daran, daß der Erfolg dieses Kampfes für den Staat nicht günstiger war, und auf ihn ganz besonders paßt der Vergleich, den Bismarck 1873 gebrauchte, der mit der falschen Mutter im Salomonischen Urtheil, die lieber will, daß das Kind zu Grunde gehe, als von ihrem Eigenwillen abgehen. Namentlich die Fortschrittspartei hat zu Anfang desselben gegen Kirche und Geistlichkeit das Feuer des Hasses geschürt und zu hellen Flammen angeblasen; in ihrer und der ihr verwandten Presse ist eine widerwärtige Hetzerei nicht nur gegen die römische Hierarchie, sondern gegen alle christliche Tradition und kirchliche Sitte ins Werk gesetzt worden, welche an alles Andere eher erinnerte als an Cultur und die trotzdem nicht müde wurde, den Kampf gegen das Papstthum als einen Culturkampf im vollsten und herrlichsten Sinne des Wortes anzupreisen; und dann? Nun, möge Fürst Bismarck selber den Thatbestand schildern: „Die Fortschrittspartei hat", so mußte er am 12. April 1886 öffentlich sagen, „die eigenthümliche Rolle gespielt, daß sie im Anfang des Kirchenstreites denselben mit der größten Sorgfalt geschürt hat und ihn jetzt in jeder Weise verleugnet. Die schärfsten und erbittertsten Reden im kirchlichen Streit sind von Mitgliedern der Fortschrittspartei gehalten worden, und nachdem sie das Feuer recht in Brand gebracht hatten und Staat und Kirche gegen einander verhetzt, gingen sie mit fliegenden

[1]) Bismarck erzählte im Reichstage, am 28. Januar 1886, daß er durch einen Zufall im Jahre 1870 eine Anzahl geheimer französischer Papiere in die Hände bekommen habe, in denen Indicienbeweise für die Verbindungen enthalten waren, die 1863 von preußischen Liberalen mit der französischen Gesandtschaft in Berlin stattgefunden haben.

Fahnen in das Lager des Centrums über und beschossen den Staat von da aus. Sie benutzten die Anlehnung, um unter dem Deckmantel der Kirchenpolitik staats- und reichsfeindliche Politik zu treiben. Und diese Partei spricht in ihren Organen jetzt von politischer Ehre". Am 4. Mai desselben Jahres aber giebt Bismarck auch die Ursache dieser Fahnenflucht jener edlen Herren an: „Sie haben gefunden, daß sie eigentlich die preußische Regierung noch mehr hassen wie den Papst, und haben sich dann auf die andere Seite gestellt und sind ihrem größeren Haß gefolgt." Deshalb ist es sehr begreiflich, daß Fürst Bismarck, „in die Alternative gestellt, zwischen einer Annäherung an das Centrum und einer Annäherung an den Fortschritt zu optiren", 1882 erklärte, er wähle aus staatsmännischen Gründen das Centrum; denn: „Das Centrum kann für den Staat sehr unbequem werden und ist es geworden, aber nicht so gefährlich, wie meines Erachtens der Fortschritt werden kann." Diese Erklärung ist um so bezeichnender, weil bekanntlich das Centrum wiederholt päpstlicher als der Papst, kriegerischer und händelsüchtiger als die römische Curie aufgetreten war und auch solche reichsfeindliche Elemente, die der katholischen Kirche nicht angehörten, in sich aufgenommen, ja mit der socialdemokratischen Umsturzpartei sich zeitweise verbündet hatte. Zwar hatte bei der Revision des Zolltarifs, bei dem Uebergang zu einem gemäßigten Schutzzollsystem 1879 das Centrum dem Ministerium wesentliche Dienste geleistet und sich in Folge dessen ein freundlicheres Verhältniß zwischen der Regierung und jener Partei herausgestellt. Aber wenn mit Bezug hierauf Bismarck öffentlich aussprach, es sei mit den Liberalen über diese Zollsache nicht zu verhandeln gewesen, ohne dafür einen Preis zu zahlen, den er nicht habe geben wollen, so meinte er mit diesen „Liberalen" die nationalliberale Partei, die damals auch mit ihrem rechten Flügel in Opposition gegen die Zollpolitik der Regierung trat, nicht aber die Fortschrittspartei, von der er vielmehr in Wahrheit sagen konnte, daß in seinem ganzen politischen Leben nicht ein Moment existire, wo er sich in irgend einer Intimität mit der Fortschrittspartei befunden

habe; „in allen meinen Bestrebungen“, sagt er, „und zum Theil erfolgreichen, im Preußischen Landtag und im Deutschen Reichstag habe ich immer und unwandelbar die Fortschrittspartei zum Gegner gehabt.“ Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß die Unterstützung, die von dieser Partei eine Zeit lang dem Fürsten Bismarck in seinem Kampfe gegen das Papstthum zu Theil wurde, von den Führern der Partei zu dem Zwecke gewährt worden sei, ihn recht tief in diesen Kampf zu verwickeln, ihn immer erbitterter und dadurch immer gefährlicher zu machen und schließlich, indem man mit dem Centrum sich verbündete und demselben Siege erringen half, ein Mittel zum Sturze Bismarck's zu gewinnen, ein Plan, der durch den Friedensschluß Bismarck's mit dem Papste vereitelt wurde, weshalb Eugen Richter von jenem damals mit dem betrübten Lohgerber verglichen wurde, der seine Felle fortschwimmen sieht. In der That hat die Fortschrittspartei, wenigstens was ihre Führer betrifft, niemals positive sachliche, sondern nur persönliche Ziele verfolgt; persönlicher Haß gegen Bismarck und persönlicher Ehrgeiz der Führer, persönliches Streben des Häuptlings der jüdischen Schutztruppe, Eugen Richter, und seiner jüdischen Genossen nach der Herrschaft, nach der Regierungsgewalt, das waren recht eigentlich die treibenden Kräfte jener Partei; und deshalb war sie politisch ein Stein des Anstoßes für alle Bestrebungen der Regierung und stand sittlich, trotzdem die Reden ihrer Führer oft von gesalbtem sittlichen Pathos trieften wie der Bart Aaron's von Balsam (Psalm 133, 2. Mos. 30, 30), tief unter der Centrumspartei, welche doch positive sachliche und nicht blos persönliche Ziele verfolgte.

Nachdem die Regierung aber mit dieser Partei im Culturkampfe sich entzweit hatte, wäre dennoch ihre Stellung noch einigermaßen günstig geblieben, wenn sie auf die Unterstützung der gesammten conservativen Partei hätte rechnen können. Aber auch das war nicht der Fall. Wenigstens der rechte Flügel dieser Partei, den Bismarck in die Liasformation[1]) verweisen mußte und der längere Zeit hindurch

[1]) Vgl. Scheffel, Gaudeamus: Der Ichthyosaurus.

unter Führung von Kleist-Retzow und Anderen ganz nach dem Sinne und Geiste der Kreuzzeitung in der „Conservativen Monatsschrift“ sein Organ besaß, hat als besondere Fraction nicht nur bei den Wahlen sehr oft für die Centrumscandidaten gestimmt,[1]) sondern auch im Landtage wie in der Presse sich offen auf die Seite des Centrums gestellt, ja einer dieser „conservativen“ Männer ist sogar trotz seiner evangelisch-lutherischen Orthodoxie und trotzdem er weder Pole noch Welfe war, Mitglied des Centrums geworden, v. Gerlach, der langjährige „Rundschauer“ der Kreuzzeitung, den Bismarck mit Recht als „Styliten“ bezeichnete, der aber trotz seiner isolirten Stellung viele Andere zu beeinflussen verstand. Diese Herren sprachen von der katholischen Kirche gern als von der Schwesterkirche; sie glaubten in ihr eine Stütze des Throns, ja eine der festesten Säulen in dem großen Tempel des Reiches Gottes zu sehen. Sie vergaßen dabei gänzlich, daß mehr als irgendwo anders in der römischen Kirche die Zweiseelentheorie zur Wirklichkeit geworden, daß die allerschärfsten Gegensätze, so unversöhnlich sie an sich sind, in dieser Kirche sich vereinigt finden, auf der einen Seite die innere Freiheit von der Welt, in welcher der Mensch lieber die ganze Welt verlieren, als an seiner Seele Schaden nehmen will, und zwar gesteigert und überspannt bis zur Weltflucht, die ihr Ideal im klösterlichen Leben sucht, die aber veredelt und verklärt ist durch innige, rührende, oft heldenmüthige Opfer der barmherzigen Liebe und Wohlthätigkeit, auf der anderen Seite die rücksichtsloseste Selbstsucht und die habgierigste und herrschsüchtigste Weltsucht, die für ihre Interessen das Seelenheil von Tausenden und Millionen mit kaltem Blute aufopfert. Sie vergaßen, daß, wenn nach jener Seite hin diese Kirche eine Stütze des Staats und seiner sittlichen Lebensordnungen ist und immer mehr werden kann, sie nach dieser Seite hin die Todfeindin des modernen Staats ist; sie vergaßen, daß seit dem Syllabus von 1864 und seit dem vaticanischen Concilsbeschlusse von 1870 diese Seite der römischen Kirche die einflußreichere, die

[1]) wie umgekehrt auch Centrumsstimmen für conservative Candidaten abgegeben worden sind.

überwiegende und vielfach geradezu die herrschende geworden ist und daß dadurch Bismarck zu seinem großem Bedauern sich genöthigt gesehen hat, den Kampf gegen die römische Kirche zu beginnen. Diese augenscheinlichen Thatsachen wären von der extremen Rechten nicht übersehen oder verkannt worden, wenn ihre Vertreter nicht in mancher Beziehung mit ihrer Forderung eines blinden kirchlichen Autoritätsglaubens dem Geiste, aus welchem das römische Infallibilitätsdogma geboren ist, verwandt gewesen wären, wenn ihnen nicht als Ideal der evangelischen Kirche eine Nachäffung der römischen Hierarchie mit ihrer straffen Organisation und ihren uniformen Glaubens- und Moralsatzungen vorgeschwebt hätte. Weil ihr Weg seiner ganzen Richtung nach einer der nach Rom führenden Wege war, weil ihre kirchlichen Bestrebungen selber zum großen Theil die Oberhoheit des Staats verneinten und insofern staatsgefährlich waren, deshalb hatten sie kein Verständniß für die von Seiten des römischen Papstthums dem Staate drohende Gefahr und erschwerten auf alle Weise den Kampf des Staates gegen jene Macht. Eben deshalb aber mußte Bismarck damals nicht nur gegen die römische Curie, sondern auch gegen die hochkirchlichen Bestrebungen von evangelischer Seite, wie sie namentlich in der genannten Fraction des preußischen Landtags gepflegt wurden, Front machen; denn es ist vollständig zutreffend, was neulich O. Pfleiderer von Bismarck gesagt hat: „Echter Protestant ist er in seinem Widerwillen gegen jedwede hierarchische Herrschsucht, komme sie nun von katholischer oder auch von protestantischer Seite; jene bekämpft er als deutscher Staatsmann, diese zugleich als evangelischer Christ, der es besser als mancher Theolog weiß, daß die evangelische Kirche nicht auf dem Priesterthum, sondern auf der Gemeinde ruht.“ Hat er doch das treffende Gleichniß gebraucht, in welchem er von der katholischen Gemeinde sagt, sie sei „allenfalls in jedem ihrer Glieder immer der Stein in dem Pflaster, auf welchem der Priester steht“, aber sie habe „mit dem Hochbau der Kirche keine Beziehung und keine Verbindung“. Dagegen von der evangelischen Kirche erklärte er, sie sei „ohne Gemeinde undenkbar“ und ihr könne nicht da-

durch geholfen werden, „daß man das Gewicht der Gemeinde in ihr vermindert und das Gewicht der Geistlichkeit in ihr vermehrt.“

Aber auch solche evangelische Kreise, die im Kampfe Bismarck's gegen die päpstliche Curie mit ihren ganzen Sympathien auf seiner Seite standen, haben, ohne es zu wollen, ihm seine Stellung erschwert und mit beigetragen dazu, daß er sich getrieben fühlte, für die Beendigung des Kampfes auch solche Concessionen zu machen, die für den Staat und die evangelische Kirche nicht ganz unbedenklich waren. Wodurch das geschehen ist? Dadurch, daß man von Seiten dieser Kreise den Kampf gegen Rom, zwar nicht so sehr als Culturkampf, wie Virchow zuerst ihn benannte, aber vorwiegend als confessionellen Kampf aufgefaßt sehen wollte, diesem Verlangen immer auf's Neue öffentlichen Ausdruck gab und dadurch die irrige Meinung der deutschen Katholiken, als müsse Bismarck, er möge wollen oder nicht, gegen ihren Glauben kämpfen, als müsse nothwendig ihre Confession von der preußischen Regierung bedroht werden, bestärkte und vor aller Welt als richtig hinstellte. Wahrlich, so wohlgemeint die Unterstützung war, die diese protestantischen Freunde Bismarck angedeihen lassen wollten, von so schiefen Voraussetzungen ging sie aus und drohte eben deshalb Bismarck in eine schiefe Stellung zu bringen. Ein so geistvoller und mit Recht hoch angesehener protestantischer Theolog wie W. Beyschlag urtheilte nach Beendigung des Kampfes, der Hohenzollernstaat sei gegen das Papstthum auf den Kampfplatz getreten „in dem kurzsichtigen Wahn, man könne die religiöse Frage auf sich beruhen lassen und die politische Gefahr abwenden, man könne einen vaticanisirten und jesuitisirten Klerus haben, der doch zugleich deutsche Bildung und vaterländische Gesinnung besäße, und man könne diese Quadratur des Zirkels mit puren Strafgesetzen und Polizeimitteln erzwingen.“ Abgesehen davon, daß von diesem „kurzsichtigen Wahn“ bei der Regierung, vornehmlich beim Fürsten Bismarck Nichts, gar Nichts vorhanden war, daß vielmehr Bismarck ausdrücklich wiederholt, unter Anwendung des von Beyschlag gebrauchten Gleichnisses, eine

gänzliche Abwendung der vom Papstthum drohenden politischen Gefahr für ein Ding der Unmöglichkeit erklärt hatte, — diese Worte zeigen recht deutlich, was man in jenen wohlmeinenden evangelischen Kreisen während des Kampfes von der Regierung wünschte, ja forderte, nämlich ein energisches Vorgehen gegen die religiösen Grundlagen des Katholicismus, eine Reformation der römischen Kirche im Sinne des deutsch-evangelischen Glaubens. Und weil man diesen Wunsch und diese Forderung nicht etwa in stiller Brust verschloß oder nur im stillen Kämmerlein zum Inhalt des Gebets machte, sondern sie urbi et orbi verkündigte, trug man zur Erbitterung des Kampfes, zur gefahrdrohenden Verschärfung des confessionellen Gegensatzes, der nun einmal in unserm Volke vorhanden ist, wesentlich bei und machte die Stellung der Staatsregierung zu einer noch schwierigeren, als sie an sich schon war.

Trotz allen diesen Schwierigkeiten hat Bismarck nicht blos das erreicht, daß die Breschen, welche durch die edle, aber verhängnißvolle Vertrauensseligkeit des Königs Friedrich Wilhelm IV. in die Schutzwehren des Staats gegenüber der römischen Kirche gelegt worden waren, „überschüttet“, „ausgefüllt“ wurden, sondern er hat die Stellung des Staats zu dieser Kirche noch wesentlich günstiger gestaltet, als sie vor der Zeit Friedrich Wilhelm's IV. war. Und es zeugt nur von völliger Unkenntniß der wirklichen Sachlage, wenn heute noch so oft behauptet wird, Bismarck sei im Widerspruch mit seinem bekannten geflügelten Worte „nach Canossa gegangen“ oder, wie Sohm in seiner Kirchengeschichte schreibt: von allen im Culturkampfe gegen Rom erlassenen Gesetzen des Staats sei nur „Schutt“ übrig geblieben. Er hat am 4. Mai 1886 in den Debatten über die Beilegung des kirchlichen Streits gesagt: „Daß wir, daß auch ich wie jeder andere Kluge an Klugheit im Vatican meinen Meister finde, bestreite ich hier gar nicht; ich strebe auch gar nicht, mit dem Vatican an Klugheit oder an Schlauheit zu wetteifern. Mein Ziel ist nur, auf einem Gebiete meinen Meister nicht zu finden, auf dem der Fürsorge für das Wohl meines eignen Vaterlandes, und in diesem Sinne

handle ich, in diesem Sinne mache ich den Versuch ..... ob wir zum Frieden des Vaterlandes kommen können." Wer aber aus dem ersten Theil dieser Worte das Eingeständniß herauszuhören meint, Bismarck habe gegen den Vatican den Kürzeren gezogen und eine Niederlage erlitten, der vergißt erstens, daß der Fürst hier nicht seine eignen Gedanken ausspricht, sondern nur eine Stelle aus Goethe's Tasso citirt, wo Antonio sagt: „Denn welcher Kluge fänd' im Vatican nicht seinen Meister?", und daß er in vornehmer Bescheidenheit die Erörterung darüber, ob er oder der Vatican klüger gehandelt, ablehnt, und zweitens, daß er mit demselben „an Schlauheit zu wetteifern" aus sittlichen Gründen von sich abweist, weil er unredliche Winkelzüge, wie sie im Vatican von jeher beliebt waren, und noch mehr solche Mittel grundsätzlich verwirft, wie jenes vom Papst gebrauchte, durch welches über ein Jahrzehnt lang eine ganze Reihe katholischer Gemeinden ohne Priester, ohne die nach katholischer Lehre zum Seelenheil unentbehrlichen Gnadenmittel der Kirche gelassen wurden, damit sie gegen die Regierung ihres Staats recht erbittert, gegen ihre Obrigkeit mit fanatischem Haß erfüllt würden. Wahrlich, auch in jenem kirchlichen Streit, auch den weltberühmten Listen und Ränken der römischen Curie gegenüber hat Bismarck seine einzigartige staatsmännische Begabung in hohem Maße bewährt, und das in um so reinerem Glanze, als unser großer Staatsmann alle unsittlichen Mittel gänzlich verschmähte. Wiewohl er diesen Kampf nach seinem eignen Geständniß mit der ihm „eignen Lebhaftigkeit" geführt hat, so hat er sich doch dabei stets „den Kopf kühl", das Auge klar und weitblickend erhalten und ist stets vorsichtig, oft erst nach langem „Tasten" vorgegangen, so daß er trotz aller jesuitischen und vaticanischen Kniffe und Schliche Frieden zu schließen nicht gezwungen war, weil in einer Nothlage befindlich, sondern sich für verpflichtet dazu hielt, als eine friedliebende Strömung in der katholischen Kirche aufkam und durch einen Papst vertreten wurde, zu dem er Vertrauen haben konnte. Und weshalb er sich für verpflichtet hielt, den Versuch zu machen, „ob wir zum Frieden des Vaterlands kommen können",

das sagt uns der zweite Theil seiner oben citirten Worte. Deshalb nämlich, weil es seines Lebens und Strebens Ziel war, auf wie viel andern Gebieten er auch von Andern übertroffen werde, auf einem Gebiet, auf dem der Fürsorge für das Wohl seines Vaterlandes, seinen Meister nicht zu finden. Wie leuchtet aus diesen Worten die sittliche Hoheit, die Charaktergröße Ottos v. Bismarck so klar und schön hervor! Aber wie deutlich merkt man auch das daraus, daß es dem Fürsten nicht leicht, sondern schwer geworden ist, daß es ihn große Selbstüberwindung gekostet hat, der römischen Curie die Hand zum Frieden zu bieten, den Kampfeszorn vollständig zu überwinden, alle bitteren Erinnerungen an erlittenes Unrecht bei Seite zu setzen, auch in solchen Punkten nachzugeben, wo er vollständig im Rechte war, auf denen zu bestehen aber Eigensinn gewesen wäre im Sinne jenes Bismarck'schen Wortes: „In meiner Lage ist Eigensinn unter Umständen ein Verbrechen", und durch die nur mit solchem Nachgeben zu erreichende Beilegung des Streits zugleich den Schein auf sich zu laden, als sei er der Besiegte! Gerade Bismarck's scharfsichtiger Welt- und Menschenkenntniß konnte es am wenigsten verborgen bleiben, daß dieser Schein nicht nur von seinen Gegnern auf ihn geworfen werden, sondern auch bei seinen Freunden und Verehrern auf ihn fallen werde. Daß er trotzdem keinen Augenblick sich bedenkt, das zum Frieden Erforderliche vorzubereiten und durchzuführen, ist ein neuer Beweis derselben opferfreudigen Vaterlandsliebe, in welcher er 1866 der Gefahr, als Hochverräther eines schmachvollen Todes zu sterben, für seinen König und sein deutsches Volk todesmuthig in's Auge sah. Indem er aber den Frieden mit Rom so zu Stande bringt, daß der Staat zwar Zugeständnisse macht, aber keins seiner unveräußerlichen Rechte preisgiebt, sondern für künftige Kämpfe besser gerüstet ist, als er es vorher war, und daß der Vatican sich nicht so bald wieder nach einem neuen „Culturkampfe" sehnen wird, hat er nicht nur überhaupt seinen großen unsterblichen Verdiensten ein neues werthvolles hinzugefügt, sondern ganz besonders auch dazu beigetragen, daß der Wunsch, womit Carl Hase sein „Handbuch der pro-

testantischen Polemik" zum ersten Male aussandte, sich erfülle, daß nämlich die Zeit kommen möge, wo „wieder ein Friedensbogen, und nicht aus den Nebeln der Gleichgültigkeit gewebt, über die beiden Kirchen sich wölbt, in die nun einmal durch eine göttliche Schickung unser Volk vertheilt ist, und es dennoch sich fühlt als ein einig Volk von Brüdern unter dem Panier des Kreuzes im rechten Gottesfrieden."

3.

Der Gegensatz zwischen König Wilhelm und Bismarck vor dessen Eintritt ins Ministerium.

Von Professor Dr. W. Busch, Freiburg i. B.

Durch die Veröffentlichungen aus dem Nachlasse Roons war uns bekannt geworden, welches große, ja geradezu ausschließliche Verdienst Roon um die Berufung Bismarcks 1862 gehabt hat. Die weitere Mittheilung zweier Briefe Roons in der historischen Zeitschrift (Bd. 73 S. 288 f.) und schließlich die Bestätigung durch den Fürsten Bismarck selbst haben das über allen Zweifel erhoben. Roon hat hart kämpfen müssen, bis er durch „unermüdliches Wollen und Wirken“ Bismarck an die entscheidende Stelle gebracht hatte. In manchmal drastischer Weise äußerte sich dem drängenden Freunde gegenüber Bismarcks eigene Abneigung gegen seine Berufung, wenn er auch nie einem Ruf des Königs sich zu versagen gedacht hat.

Schwerer waren andere Hindernisse für Roon zu überwinden, persönliche Gegenwirkungen, wie die des früheren Ministers von Schleinitz (B.'s Brief v. 1. Juni 1862, Polit. Br. I, 121; Kohl Regest. I, 176), dann aber die eigene Scheu des Königs vor einer derartig entscheidenden That, und zwar fürchtete er, wie eine die Veröffentlichung der Roon'schen Briefe in der historischen Zeitschrift begleitende Notiz aus augenscheinlich bester Quelle hinzufügt, durch Bismarcks Eintritt ins Ministerium „in eine extrem feudale Richtung fortgerissen zu werden.“

Dies war die Lage in den letzten entscheidenden Monaten vor der Berufung im September 1862.

Von Interesse aber dürfte es sein, an der Hand des uns jetzt schon verfügbaren Materials festzustellen, daß in dem Verhältniß des Königs und Bismarcks zu einander eine Verschiebung eingetreten war, daß früher, und zwar, so weit nachweisbar, bis Juli 1861 ein andrer Gegensatz zwischen ihnen im Vordergrund gestanden hat, und daß damals Bismarck selbst in diesem Gegensatz den Grund für des Königs Abneigung gegen seine Berufung sah.

Dieser Gegensatz lag bei aller sonstigen Uebereinstimmung in der verschiedenen Auffassung der auswärtigen, insbesondere der deutschen Politik Preußens in einem bestimmten Punkte. Bismarcks Stellung zu dem innern Kampf um die Armeereform und um das Verhältniß von Krone und Volksvertretung war von vornherein gegeben. Aber ihm war unmöglich, diese innere Frage zu isoliren, vielmehr erwartete er die Lösung des inneren Conflictes von einer veränderten auswärtigen Politik Preußens. „Nur durch eine Schwenkung in unserer auswärtigen Haltung kann, wie ich glaube, die Krone im Innern von dem Andrang degagirt werden, dem sie auf die Dauer sonst thatsächlich nicht widerstehen wird, obschon ich an der Zulänglichkeit der Mittel dazu nicht zweifle" (an Roon 2. Juli 1861, Roon's Denkwürdigkeiten II, 29).

Die ganze auswärtige Politik Preußens vereinigte sich aber damals für Bismarck in Preußens deutscher Politik, in dem Sinn, wie er schon eine Reihe von Jahren früher an den General v. Gerlach geschrieben hatte: „Unsre Politik hat keinen andern Exercirplatz als Deutschland, schon unsrer geographischen Verwachsenheit wegen" (19. December 1853, Briefwechsel Gerlach's und Bismarck's S. 128). Wie Preußens Zukunft nur in Deutschland, so lag ihm aber auch Deutschlands Zukunft nur in Preußen: „Es giebt nichts Deutscheres, als grade die Entwicklung richtig verstandener preußischer Particularinteressen" (Denkschrift März-April 1858, Poschinger III, 507).

Als ganz unvermeidlich erkannte er dabei die Gegnerschaft zwischen Preußen und Oesterreich, so lange Oesterreich den von ihm für Preußen beanspruchten deutschen Boden für sich haben wollte, und immer kehrt die Betonung dieses Gegensatzes in wachsender Schärfe in seinen Frankfurter Berichten wieder bis zur Voraussicht einer letzten unausweichlichen Entscheidung zwischen beiden Rivalen.

Und auf durchaus gleichem Boden stand hierin der damalige Prinz von Preußen, noch ehe die beiden Männer in andere als nur gelegentliche und vorübergehende Berührung gekommen waren. Gegenüber den großdeutschen Schwärmereien König Friedrich Wilhelms IV. klang aus den Aeußerungen des Prinzen wie sein ceterum censeo der Satz von dem historischen Beruf Preußens, dereinst an die Spitze Deutschlands zu treten. Wenn wir seine uns bekannten, wenn auch durch ein Jahrzehnt getrennten Ausführungen in einer Denkschrift vom 19. Mai 1850 (bei Oncken I, 312) und in seiner Aufzeichnung über das Gespräch mit König Max von Bayern in Baden 1860 (ebd. 459—463, Sybel II, 363—365) zusammenhalten, so sprach er sich kaum weniger rund und entschieden als Bismarck über die Gegnerschaft Oesterreichs gegen Preußen aus, und betonte in jener Denkschrift von 1850 sogar ausdrücklich die Nothwendigkeit, auch mit den Waffen die damalige deutsche Unionspolitik Preußens gegen die österreichischen Feindseligkeiten zu vertheidigen.

Aber über diese ihnen beiden gemeinsamen Anschauungen über Preußens deutschen Beruf und seinen Gegensatz gegen Oesterreich ging Bismarck bedeutend hinaus, wenn er in Oesterreich nur den einen der entschlossen zu bekämpfenden Widersacher sah, den anderen in den übrigen deutschen Bundesregierungen und mit ihnen im deutschen Bunde selbst.

In seiner großen Denkschrift vom Frühjahre 1858 führte Bismarck seine Gedanken darüber dahin aus: „Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundesländer, außer Oesterreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundesregirungen .... Die Existenz und Wirksamkeit

der dreiunddreißig Regirungen außer Preußen und Oesterreich sind das hauptsächliche, wenn auch legalberechtigte Hinderniß der kräftigen Entwicklung Deutschlands. Preußen würde aber für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhört, erheblichen Werth auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regirungen zu legen."

Damit war eine Forderung ausgesprochen, die uns in den verschiedensten Variationen in Bismarck's officiellen und privaten Aeußerungen der fünfziger Jahre begegnet: Preußen setzt weder bei Oesterreich noch bei der Oesterreich folgenden Bundesmehrheit seinen Willen durch, weil ihm gegen sie die Kraft der Rücksichtslosigkeit fehlt, mit der Oesterreich seine Gefolgschaft zusammenhält. „Die Schwäche unsrer Position liegt in der Ueberzeugung der deutschen Cabinete von unsrer unerschöpflichen Gutmüthigkeit. . . . . Furcht und wieder Furcht ist das Einzige, was in den Residenzen von München bis Bückeburg Wirkung thut" (an Gerlach 25. October 1854, Briefw. 201, 203). So war sein Schlußergebniß, daß alle Anstrengungen Preußens, die mittelstaatlichen Regierungen zu gewinnen, für immer erfolglos bleiben würden und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeiten für Preußen eine nutzlose Selbstbeschränkung sei (Denkschr. 1858 Posch. III, 507, vgl. Brief an Schleinitz 12. Mai 1859 BB. 81 f.).

Das aber war der Punkt, in dem die Anschauungen Bismarck's und des Prinzen von Preußen trotz ihrer sonstigen Uebereinstimmung für die deutsche Politik Preußens schroff einander gegenüber standen. Wenn auch von Berlin ein schärferer Wind wehte, seit der Prinz für den erkrankten König die Regierung führte, so wurzelte seine Gesinnung doch zu tief in der durch ein langes Leben gefestigten Pietät vor dem in Deutschland bestehenden Recht und vor den gemeinsamen Interessen des deutschen Fürstenstandes, als daß er sich zu einer solchen, mit allen diesen Ueberlieferungen geradezu revolutionär brechenden Politik hätte fortreißen lassen können.

Nichts widersprach der Auffassung Bismarck's mehr, als die praktische Bethätigung, die der Regent seiner Auffassung

bei der Monarchenbegegnung in Baden-Baden 1860 gab. Es lag in dem Sinne der von ihm geforderten „moralischen Eroberungen“ Preußens in Deutschland, daß er nicht etwa schroff und rücksichtslos mit seinen preußischen Forderungen vortrat, sondern vielmehr durch zarte und besorgte Rücksichtnahme die Möglichkeit von Mißdeutung und mißtrauischer Verstimmung bei seinen fürstlichen Genossen auszuschließen suchte. Statt in Bismarck's Sinn seine Begegnung mit Napoleon in Baden-Baden als Pressionsmittel gegen die deutschen Fürsten zu benutzen, lud er sie zu Zeugen dieser Begegnung ein und verzichtete um ihretwillen auf jeden Vortheil für Preußen. Wie er dem König Max von Bayern andeutete, wollte er in dieser Weise das Mißtrauen gegen Preußen bekämpfen, das jedes gemeinsame Handeln in Deutschland hinderte.

Daß aber Bismarck, der eben an den Erfolg solcher redlichen Bemühungen nicht glaubte, Recht hatte, das konnte schon das Nachspiel lehren, das die deutschen Könige dem Prinzregenten in Baden bereiteten.

Jedenfalls gab die Scheidelinie zwischen dem Prinzen und Bismarck damals, im Jahre 1860, nicht die conservative Richtung von Bismarck's innerer, sondern die anticonservative Richtung seiner auswärtigen Politik. Wir dürfen wohl hier die Mittheilung der Coburger Denkwürdigkeiten (II, 497) einfügen, wonach der Prinz selbst seinen Gegensatz zu Bismarck in der auswärtigen Politik stark betonte, als dessen Name ihm zu Beginn des italienischen Krieges von 1859 für das Ministerium des Auswärtigen genannt wurde: Bismarck müsse sich ganz verändern, wenn er zur Leitung des Auswärtigen berufen würde. „Denn das fehlte jetzt gerade noch, daß ein Mann das Ministerium übernimmt, der Alles auf den Kopf stellen wird.“

Und in diesem Gegensatz in der auswärtigen Politik sah Bismarck zwei Jahre später, im Sommer 1861, dasjenige, was den König von seiner Ernennung zum Minister zurückhielt. Zu Bismarck's eigenem lebhaften Mißbehagen war von dem für seine Berufung unermüdlich thätigen Roon „das

Commando an die Pferde" an ihn nach Petersburg ergangen. In eingehendem Schreiben vom 2. Juli 1861 (Roon's Denkw. II, 28—30) legte er daraufhin sein Verhältniß zur damaligen preußischen Politik dar, und entsprechend seinen vorhin skizzirten Anschauungen fand er ihren Hauptmangel darin, daß sie liberal in Preußen, conservativ im Ausland auftrete, die Rechte des eigenen Königs zu wohlfeil, die fremder Fürsten zu hoch halte: „eine natürliche Folge des Dualismus zwischen der constitutionellen Richtung der Minister und der legitimistischen, welche der persönliche Wille Seiner Majestät unsrer auswärtigen Politik gab. . . . Von den Fürstenhäusern von Neapel bis Hanover wird uns keins unsre Liebe danken, und wir üben an ihnen recht evangelische Feindesliebe auf Kosten der Sicherheit des eignen Thrones. Ich bin meinem Fürsten treu bis in die Waden, aber gegen alle andern fühle ich in keinem Blutstropfen eine Spur von Verbindlichkeit, den Finger für sie aufzuheben. In dieser Denkungsweise fürchte ich von der unsres allergnädigsten Herrn soweit entfernt zu sein, daß er mich schwerlich zum Rathe seiner Krone geeignet finden wird. Deshalb wird er mich, wenn überhaupt, lieber im Innern verwenden. Das bleibt sich aber meines Erachtens ganz gleich, denn ich verspreche mir von der Gesammtregirung keine gedeihlichen Resultate, wenn unsre auswärtige Haltung nicht kräftiger und unabhängiger von dynastischen Sympathien wird."

Anderthalb Wochen später war Bismarck bei König Wilhelm in Baden-Baden (11.—16. Juli), wo er nach mündlicher Unterredung dem König eine Denkschrift über die deutsche Frage einreichte, die er selbst den auf des Königs Befehl „flüchtig zu Papier gebrachten Inhalt einer Unterredung mit Sr. Majestät" nannte (an v. Below-Hohendorf, September 1861 BB. 126, Kohl I, 173). Wir kennen die Denkschrift nicht, aber welche Grundgedanken sie enthielt, unterliegt keinem Zweifel, zumal wir in etwas veränderter Form die alten Anschauungen ausgesprochen finden in dem Brief an v. Below-Hohendorf aus der zweiten Hälfte des September 1861, als Bismarck ihm das Concept der Denkschrift sandte, um sich dadurch mit Nach-

druck gegen das kurz zuvor von der conservativen Partei aufgestellte Programm auszusprechen.

Hiermit enden die uns bis dahin zur Verfügung stehenden authentischen Mittheilungen. Vielleicht dürfen wir die Vermuthung aussprechen, daß mit dieser Unterredung und der folgenden Denkschrift ein Einlenken des Monarchen nach den Anschauungen Bismarck's hin begonnen hat. Daß sie Eindruck gemacht hat, geht schon daraus hervor, daß Bismarck sich am 2. October das „Concept des kleinen Aufsatzes" von v. Below zurückerbittet, weil er „diese Arbeit näher ausführen" soll (BB. 126). Ferner ist es nach einer so unumwundenen Betonung jenes Gegensatzes wie in dem Brief an Roon vom 2. Juli auffallend, daß in keiner der uns vorliegenden späteren Meinungsäußerungen Bismarck's bis zu seiner endlichen Berufung im September 1862 der alte Gegensatz auch nur einmal angedeutet wird.

Im Mai 1862 war ein Ministerium Bismarck ganz nahe, er war „schon so gut wie eingefangen für das Ministerium" (BB. 132), als am 23. Mai seine Ernennung zum Gesandten in Paris erfolgte. Am Tag seiner Abreise, am 26., hatte er auf Schloß Babelsberg eine Audienz beim König, wobei dieser den Gedanken der Berufung Bismarck's wieder zum Ausdruck gebracht haben muß, nach Bismarck's Aeußerung in einem Briefe an Roon aus Paris, Pfingsten 1862 (Denkw. II, 93): er warte, „ob der König bei seiner Auffassung vom 26. v. M. bleibt oder sich anderweit versorgt"; ähnlich wie vorher (2. Juni, ebd. 91 f.): „Ich schmeichle mir immer noch mit der Hoffnung, daß ich Seiner Majestät weniger unentbehrlich erscheinen werde, wenn ich Ihm eine Zeit lang aus den Augen bin, und daß sich noch ein bisher verkannter Staatsmann findet, der mir den Rang abläuft, damit ich hier noch etwas reifer werde" (vgl. an seine Gemahlin BB. 133, 137). Und zwar scheint des Königs Gedanke gewesen zu sein, daß sein damaliger Minister des Auswärtigen, Bernstorff, „je eher je lieber nach London zurückverlange" (ebd. 91 vgl. 51), daß also Bismarck dessen freigewordene Stellung erhalten sollte. Dem Gedanken, ohne

Portefeuille einzutreten, war Bismarck selbst sehr entgegen, wenn er sich auch „keines Dienstes und keiner Arbeit weigerte" (ebd. 95, vgl. 93, 97 f. 109). Jedoch schob sich die Ernennung während der folgenden Wochen wieder in weitere Ferne: „Der König ist, wie mir Bernstorff schreibt, zweifelhaft, ob ich während der gegenwärtigen Session nützlich sein könnte, und ob nicht meine Berufung, wenn sie überhaupt erfolgt, zum Winter aufzuschieben sei" (an Roon 15. Juli, a. a. O. 98). Auch Bismarck selbst erklärte seinen Eintritt im Juli für zwecklos und ungeeignet, er rieth, zum „Zeigen eines neuen Bataillons in der ministeriellen Schlachtordnung" einen günstigeren Moment abzuwarten (ebd. 98, 99, BB. 141).

Jedenfalls aber ist außer einem Eintritt ohne Portefeuille von keinem andern Ministerium für Bismarck mehr die Rede, als von dem des Auswärtigen, so daß also die Bedenken, die 1859 der damalige Prinzregent und noch 1861 Bismarck selbst mit solchem Nachdruck betonten, geschwunden sein müssen. Sie waren auch zurückgedrängt vor dem aufs Aeußerste gesteigerten inneren Kampf in Preußen, und gegenüber diesem Kampf war das neue Zögern des Königs im Sommer 1862 nicht mehr hervorgerufen durch die Sorge vor der anticonservativen deutschen Politik Bismarcks, sondern durch die Sorge, „durch dessen Eintritt in das Ministerium in eine extrem feudale Richtung fortgerissen zu werden."

Roon wurde schließlich der Bedenken und äußeren Gegenwirkungen Herr, am 23. September war die letzte entscheidende Audienz Bismarcks beim König, er übernahm die Leitung, aber ohne sich an ein beengendes Programm zu binden, wie es der König zuerst gewünscht: zunächst gelte es die „Hauptfrage" zu entscheiden, „ob in Preußen die Krone oder die Majorität des Abgeordnetenhauses regieren soll." (Allg. Zeit. 7. Oct. 1890.)

Wenn der alte Gegensatz somit völlig zurückgetreten war, so ist doch zu bemerken, daß er das Jahr darauf noch einmal sich meldete bei dem Frankfurter Fürstencongreß von 1863. Wir wissen, daß nur nach schweren Kämpfen der König seinem

Minister das Opfer brachte, sich offen von der Gemeinsamkeit mit den in Frankfurt versammelten Fürsten zu lösen und ihre vom König von Sachsen ihm nach Baden-Baden überbrachte gemeinsame Einladung abzulehnen. Seine Haltung in Baden-Baden 1863 wurde damit das Gegentheil von seiner Haltung in Baden-Baden 1860. Jedenfalls wissen wir mit Bestimmtheit, daß von diesem Augenblicke an König und Minister völlig eins waren in der Frage, die sie früher so stark von einander geschieden hatte.

4.

Kritische Beiträge zu den politischen Reden Bismarcks.

Von Dr. Horst Kohl.

a) Zur Rede Bismarcks vom 1. Juni 1847.

Für die am 30. Mai 1847 beginnende Debatte über verschiedene Anträge auf Abänderung der ständischen Gesetzgebung erbat sich Herr v. Bismarck, der als Redner der Rechten am 1. Juni auftrat (s. Reden I 11 ff.), Instruction von dem Generalmajor Leopold v. Gerlach und empfing sie in folgendem, handschriftlich von mir unter alten Papieren aufgefundenen Schriftstück:

Ich würde in der vorliegenden wichtigen Sache meine Vota etwa wie folgt abgeben:

1) Soll Se. Majestät um eine Abänderung oder Modificirung der Edicte vom 3. Februar überhaupt gebeten werden?

Nein! Es ist zu früh, es fehlt an Erfahrung, selbst die wirklich vorhandenen Mängel abzuändern. Se. Majestät haben väterlich vor schneller Neuerung gewarnt und schon in der Antwort auf die Adresse die Bereitwilligkeit zu zweckmäßiger Modification gezeigt, die in dem nächsten Landtage passender als jetzt vorgenommen werden könne. Der Rechtspunkt ist sehr zweifelhaft, und soviel steht fest, daß eine buchstäbliche Erfüllung des Edicts von 1820, Mitgarantie der Darlehen und Rechnungsvorlage, weniger reelle Betheiligung bei den Finanzen einräumt als die Edicte vom 3. Februar. Durch das Recht der willkührlichen Steuererhebung kann jedesmahl die Verpflichtung, die Mitgarantie und Bewilligung einer Anleihe einzufordern, umgangen werden; denn die Anleihe ist

im Vergleich mit der Steuer, z. B. einer Vermögenssteuer, wie sie 1809 erhoben wurde, eine Erleichterung.

Vor allen Dingen ist es illoyal, Se. Majestät mit diesen Bitten zu drängen.

2) Periodicität.

Ist höchstens Sr. Majestät anheimzugeben. Auch hierin ist Se. Majestät durch die Antwort auf die Adresse den Ständen entgegen gekommen durch die Verheißung, innerhalb vier Jahre den Landtag wieder zu versammeln.

Eine kürzere Periode von zwei oder ein Jahr ist kostbar (= kostspielig), für die Stände lästig, wodurch eine große Anzahl der besten Abgeordneten, große Grundeigenthümer, Fabrikanten, Geschäftsmänner, besonders Landräthe genöthigt werden, sich vom Landtage zurückzuziehen, besonders aber für die Verwaltung störend, die in einer beständigen Agitation gehalten wird und in die Unmöglichkeit geräth, die so wichtigen currenten Geschäfte mit der nöthigen Sorgsamkeit und Festigkeit zu betreiben.

3) Sind die Ausschüsse mit der früheren Gesetzgebung vereinbar?

Warum nicht? In vielen Ländern, Mecklenburg, selbst in unserm Lande (Brandenburg, Pommern die Landstube) existiren ständische Ausschüsse mit einer selbständigen Gewalt. Ob dieselben zweckmäßig, wünschenswerth, ist eine andre Frage. Zunächst sind die Vereinigten Ausschüsse durch die Antwort auf die Adresse ajournirt. Jedenfalls ist der nächste Landtag mehr als der jetzige geeignet, über die Zweckmäßigkeit und Stellung der Ausschüsse zu verhandeln.

Eventualiter: Se. Majestät zu bitten, den § 2 (in allen Verordnungen über die Bildung der Allgemeinen Ausschüsse): Die verfassungsmäßige Wirksamkeit der Provinzialstände, wie solche durch den Art. III des Gesetzes vom 5. Juni 1823 vorgeschrieben ist, erleidet durch den Ausschuß keine Beeinträchtigung, auf den Vereinigten Landtag anzuwenden [§ 9, 3 (2)].

4) Die Staatsschulden-Deputation

ist nach der Erklärung des Landtagscommissarius (p. 17 des Gutachtens) ganz unverfänglich. Daß diese Erklärung von Sr. Majestät bestätigt werde, mag ganz zweckmäßig sein. Der Streit über die Anleihen im Fall eines Kriegs ist m. E. unpraktisch. Bei dem Beginn eines Kriegs werden selten Anleihen gemacht.

Man giebt Bons, Quittungen, Anweisungen, Anticipationen 2c. Die Zeit der Anleihen zur Regulirung der verwirrten Finanzen ist nach dem Kriege, was die Preußische Finanzgeschichte beweist.

5) Authentische Declarationen

über § 4 des Edicts vom 3. Februar über die Bildung des Vereinigten Landtags, § 9 Domainen und Regalien mögen gut sein. Auch ist Se. Majestät, wie es nach den Erklärungen des Landtags-Commissarius scheint, dazu bereit.

6) Zuziehung zu allen Steuern.

Nein! Die Mitwirkung der Stände bei den indirecten Steuern, den Zöllen u. s. w. wird durch das unbeschränkte Petitionsrecht gesichert. Dies Recht kann sehr angemessen ausgeübt werden, so daß der Beirath der Stände vor jeder Zollconferenz schon eingeholt worden ist.

Das Pochen auf die Rechte der alten Stände in den einzelnen Herrschaften, aus denen die Preußischen Lande zusammengesetzt sind, hat keinen Sinn. Diese Stände hatten einen andern Ursprung und ein andres Verhältniß als die jetzigen. — Durch das Edict von 1823 ist eine Novation eingetreten, und die alten Rechte sind aufgegeben. Kein altes ständisches Corpus hat gegen die damals zusammentretenden Provinzialstände protestirt, obschon mehre noch ganz organisirt waren, z. B. die Niederlausitz, Schwedisch-Pommern, Ostpreußen u. s. w. Die Stände des Herzogthums Sachsen waren unterm 8. Dezember 1817 eigen anerkannt. Die Aristokraten, denen immer Schuld gegeben wird de n'avoir rien appris et rien oublié waren hier mehr auf Seite des Fortschritts als die liberale Seite des Vereinigten Landtags, welche[1]) den Rechtsboden stets in den Gesetzen von 1815 und 1820, in den Besitzergreifungs-Patenten u. s. w. suchen und vergessen, daß er entweder tiefer liegt 1653, 1663, oder daß die Gesetzgebung seit 1823 als die Vermittlung der organisirenden, erobernden, centralisirenden Zeit von 1807 bis 1820 anerkannt werden muß. — Gehen diese Herren bis in das XVII. Jahrhundert zurück, so müssen sie damit beginnen, den Landtag so aristokratisch zu machen, als er damals gewesen sein würde. Ein Grund aber, die Geschichte mit 1815 zu beginnen, liegt nicht vor. Der einzige verständige Weg ist der, den das Gouvernement seit 1823 betreten, der der Vermittlung der ältern Zeit mit der neuen. — Wenn man dieses Prinzip

---

[1]) Aus den Worten „liberale Seite“ ist als Beziehungswort für das Relativpronomen die „Liberalen“ zu entnehmen.

angreift, indem man einseitig auf 1815 und 1820 pocht, zerstört man den Rechtsboden, auf dem das Land seit dem Kriege zur Blüthe und zu einer festen politischen Freiheit gekommen ist.[1])

---

b) Zur Rede Bismarcks vom 15. April 1850.

Fast alle Reden Bismarcks sind Augenblicksleistungen, nicht die Frucht langer Meditation und sorgfältiger Ausarbeitung, sondern hervorgerufen durch das Bedürfniß, die den eignen Ansichten zuwiderlaufenden Meinungen politischer Gegner zu widerlegen oder ihre Angriffe in geistvoller, oft scharf zugespitzter Rede abzuwehren. Kurze Notizen, während der Rede des Gegners auf's Papier geworfen, bildeten meist den Leitfaden für die Erwiderung; die Einkleidung des Gedankens in Worte blieb der Eingebung des Augenblicks überlassen. Bei der Herausgabe der Reden war ich mithin allein auf die amtlichen stenographischen Berichte angewiesen. Unter diesen Umständen war es mir doppelt interessant, als ich im vorigen Sommer unter Schönhausener Papieren zwei vergilbte Blätter fand, die sich bei näherer Prüfung als die Niederschrift einer Rede erwiesen, die Herr v. Bismarck am 15. April 1850 als Abgeordneter zum Volkshaus in Erfurt gehalten hat. Die Ausarbeitung der Rede erfolgte, wie sich aus der Bezugnahme auf eine Aeußerung des Abgeordneten v. Vincke ergiebt, am 13. April; sie sollte auch schon an diesem Tage gehalten werden, doch kam Herr v. Bismarck erst am 15. April zum Wort. Darin liegt es begründet, daß er die Rede so nicht halten konnte, wie er sie niedergeschrieben hatte. Denn nachdem am 13. April das Volkshaus in sehr erregter Sitzung alle Anträge der Rechten auf Abänderung der zur Revision vorgelegten „Reichsverfassung" verworfen, dagegen die Anträge des Referenten Camphausen auf Ertheilung der vollen und unbedingten Zustimmung zu den Entwürfen einer Verfassung und eines Wahlgesetzes mit großer Majorität ange-

---

[1]) Vgl. dazu L. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, 119 f.

nommen hatte, war eine Rede zur Empfehlung jener Anträge nicht mehr am Platze. Es stand im Widerspruch mit dem Beschluß vom 13. April, wenn sich das Volkshaus zwei Tage später anschickte, in die Discussion des Verfassungsentwurfs einzutreten, wenn anders die Einzelberathung nicht eine bloße Komödie war, die die vorausgegangene en-bloc-Annahme nachträglich rechtfertigen sollte. Herr v. Bismarck versäumte nicht, in einer Aeußerung zur Geschäftsordnung die Versammlung darauf aufmerksam zu machen, konnte aber die „nicht preußische Mehrheit" des Hauses zu einer Aenderung ihres Beschlusses natürlich nicht bewegen. Um sich und seine Partei, wie er sagte, an den Redeübungen und parlamentarischen Evolutionen der Versammlung zu betheiligen, „selbst auf die Gefahr hin, daß die bei dieser Gelegenheit zu fassenden Beschlüsse auf die praktische Gestaltung Deutschlands ebensowenig Einfluß haben sollten" wie der Beschluß vom 13. April, brachte er zu mehreren Paragraphen des Verfassungsentwurfs Abänderungsanträge ein und nahm zu ihrer Begründung wiederholt das Wort. In diesen Reden verwerthete er Theile seiner Niederschrift vom 13. April in freier Wiedergabe. Sie sind in dem folgenden Abdruck der Aufzeichnung durch Verweisung auf die in meiner Ausgabe der politischen Reden Bismarcks gedruckten Parallelstellen kenntlich gemacht. Die in Klammern gesetzten Worte sind Ergänzungen von meiner Hand.

Ich halte es mit mehren[1]) der Herrn Vorredner für ungewiß, ob durch eine unbedingte Annahme der Verfassung durch das hiesige Parlament dieselbe ohne Weitres in Wirksamkeit tritt und zum — beispielsweise — Nassauischen oder Oldenburgischen Landesgesetz werden würde, vielmehr scheinen dazu noch Handlungen der Specialregirungen vorhergehn zu müssen, deren Herbeiführung von uns nicht abhängt. Dem verehrten Abgeordneten,[2]) dem gestern[3]) von der Rede seines Vorgängers[4]) so zu Muthe wurde, wie dem Schüler

---

[1]) Bismarck schreibt immer nur „mehren", nie „mehreren".

[2]) Abg. Frhr. v. Vincke, vgl. meine Ausgabe der Reden Bismarcks I, 231, Anm. 1.

[3]) Am 12. April; Bismarck schrieb also den Entwurf für seine am 15. April gehaltene Rede am 13. April nieder.

[4]) Des Abg. Stahl.

im Faust, als ginge ihm ein Mühlrad rc., muß ich darauf aufmerksam machen, daß die landrechtlichen Lehren über Verträge zwar vollkommen maßgebend sein mögen für einen auf einem Preußischen Markte zu schließenden Ochsenhandel, aber nicht für völkerrechtliche Verhandlungen, nicht für das Staatsrecht außerpreußischer Staaten, nicht für den Fall, wo mehr als zwei Contrahenten concurriren. Ich weiß nicht, ob sich die Kammern aller betheiligten Staaten mit derselben Resignation gebunden und verpflichtet haben, wie die Preußischen, das Resultat unsrer Beschlüsse ohne Prüfung und Widerspruchsrecht für verbindlich anzuerkennen, ich glaube es nicht, und Kammermajoritäten haben mitunter eine große Lenksamkeit, wenn sie von oben her mit Geschick geleitet werden, und die Regirungen werden das auch wissen. Aber ganz abgesehn von den Kammern, würde der vorliegende Entwurf zu seiner Rechtsgültigkeit in jedem Staate die Sanction des Landesherrn bedürfen, und wenn auch ein inzwischen in irgend einem der betheiligten Staaten eingetretener Ministerwechsel auf die Gültigkeit abgeschlossener Staatsverträge ohne Einfluß bleibt, so ist es doch mehr als fraglich, ob in Bezug auf einen von dem abgetretenen Ministerium, wenn auch in Gemeinschaft mit andern Regirungen und auf Grund von Verträgen vorgelegten bloßen Entwurf das neue Ministerium die Verpflichtung haben würde, die Verantwortung für die Ausführung eines solchen Gesetzentwurfs zu übernehmen. Aus welchem Grunde überhaupt die Annahme unsrerseits die Dauer der von den Regirungen eingegangenen Verpflichtungen auch nur um eine Stunde verlängern sollte, ist aus dem Wortlaut der Verträge nicht ersichtlich, vielmehr läßt sich behaupten, daß, wenn die Regirungen nicht erstens unserm Annahmebeschlusse die landesherrliche Sanction geben und zweitens unsern Anträgen auf Verlängerung der ursprünglich für ein Jahr gültigen Verabredung auf unbestimmte Zeit beitreten, dann demnach nach Ablauf des Jahres ohne Rücksicht auf den Entwurf nur die allgemeine Verpflichtung der Regirungen unter einander stehn bleibt, eine Verfassung nach Maßgabe des Entwurfs zu Stande zu bringen. Wenn der Abgeordnete für Bekkum, ich will sagen Bokum (lies: Bochum)[1]) hier aus Preußischen Staatsschriften des jetzigen Ministeriums das Entgegengesetzte zu beweisen sucht, so überrascht mich das, da ich mich der Zeit erinnere, wo dieser Abgeordnete auf die Beweiskraft ministerieller Declarationen nicht viel gab.[2])

Gegen diese Gründe läßt sich viel sagen, und ich mache sie nicht überall zu den meinigen, aber wenn man einmal von der Ansicht ausgeht, daß es unter den betheiligten Regirungen solche giebt,

---

[1]) Frhr. v. Vincke.

[2]) 1847, s. Reden Bismarcks I, 11 ff.

die nur nach Vorwänden suchen, den angeblich eingegangenen Verpflichtungen zu entkommen, so werden denen, die neben dem Willen aus eignen oder fremden Mitteln die Macht fühlen, ihre Politik von der des 26. Mai zu lösen, die Gründe so wohlfeil sein wie Brombeeren, und nach Bestreitung der Competenz des sogenannten Reichsgerichts wird die ultima ratio regum das einzige Rechtsmittel zur Prüfung solcher Gründe sein. Wenn es in solchem Falle auch zu unsrer innern Befriedigung beitragen könnte, daß wir nach unsrer Meinung doch eigentlich Recht haben, so haben wir deshalb noch keine deutsche Einheit zu Stande gebracht, denn was soll in der Zwischenzeit aus dieser werden, wenn wir mit [dem Abgeordneten für] Krefeld[1]) Jahrhunderte warten wollen, um unsre durch den Bundesstaat zu erwerbenden Rechte geltend zu machen? Ich dachte, es hätte Eile. Wir müssen daher m. E. die Sache anders angreifen; anstatt hier spitzfindig zu deduciren und den Thatsachen und den Cabinetten wie Archimedes zuzurufen: noli turbare circulos meos, und wie jener Syrakuser Professor[2]) in solchen theoretischen Abstractionen ums Leben zu kommen: sollten wir lieber im Wege der Revision das Mögliche von dem Unmöglichen zu sondern und auf Grund des Erstern eine Vereinbarung zu gewinnen suchen, der sich doch keiner entziehn kann, dem und insoweit ihm der Anschluß ein Bedürfniß ist. Der Abgeordnete für Krefeld nimmt zwar an, der Bundesstaat werde seinen nationalen Charakter ändern, wenn er noch Theilnehmer einbüße; ich sollte meinen, wenn ihm schon einige zwanzig Millionen Deutsche fehlen, um vollständig national zu sein, so könnte der weitre Verlust von $1^1/_2$ Millionen seinen Charakter nicht wesentlich ändern. Die andern sind ohne Krieg aber doch nicht zu haben, und soll einmal das Schwert in die Wage geworfen werden, so wird sein Gewicht durch einen Erfurter Majoritätsbeschluß nicht erheblich vermehrt werden.

Aus diesen Gründen halte ich die Voraussetzung, daß mit der Annahme der Verfassung in diesem Hause gewissermaßen der Schlagbaum gefallen, oder mit [dem Abgeordneten für] Krefeld zu reden, das „Band der deutschen Bruderliebe" um die contrahirenden Staaten geschlungen sei,[3]) und gar mit Inbegriff der beiden schon ausgetretenen Königreiche, deren Abgeordneten hier Plätze reservirt sind, für unrichtig und jedenfalls unpraktisch, und wir brauchen uns aus diesem Grunde nicht zu beeilen, uns die Revision zu ver-

---

[1]) Beckerath.

[2]) So nennt Bismarck den Syrakusaner Archimedes in der Rede vom 17. April 1850, s. Reden I, 244.

[3]) S. Reden I, 231, Anm. 2.

kümmern und Dinge in der Verfassung gut zu heißen, welche wir in unserm Gewissen verwerfen.

Aber wenn ich hierin Unrecht hätte, wenn der Verfassungsentwurf in seiner jetzigen Gestalt durch unsern Annahmebeschluß wirklich zu einer für uns und die Regirungen für immer gültigen Verfassung gemacht würde, so würde der hohe Rath der besonnensten aller Nationen m. E. gehandelt haben, wie ein hitziger Fuchsjäger, der über eine Mauer in den Sumpf setzt, ohne angeben zu können, wie er oder sein Pferd wieder herauskommen werden.[1]) Ich habe nicht nöthig, diesen Sumpf zu beleuchten; daß in ihm Menschen nicht leben [können] auf die Dauer, verhehlen sich die wenigsten von Ihnen. Niemand verhehlt sich die Mängel dieser Verfassung, und wenn sie den Demokraten nicht revolutionär genug ist, so beweist das nur für die Unersättlichkeit der Demokratie. Der Herr Berichterstatter[2]) selbst hat sich in der ersten Preußischen Kammer und auch namentlich in dem dort von ihm über die Sache erstatteten Bericht umfänglich darüber ausgesprochen und die Kammer darauf verwiesen, daß sie keinen Grund habe, die Interessen Preußens in der deutschen Verfassungsfrage vorsichtig zu überwachen, da dies die Aufgabe der Preußischen Abgeordneten in Erfurt sein werde,[3]) ein Vertrauen, welches ich diese zu rechtfertigen bitte. Ich will mich deshalb nicht auf ein specielles Sündenregister dieser Verfassung einlassen und nicht untersuchen, in wieweit der fadenscheinige Rock einer Französischen Juli-Constitution auf den Leib Deutscher Einheit passe, besonders wenn der ohnehin schwerfällige Mechanismus durch einen nach Majorität entscheidenden und der Heilkur der Auflösung nicht zugänglichen Körper in Gestalt des Fürstenraths vermehrt und außerdem durch vierzig oder fünfzig Special-Kammern mit zusammen vielleicht mehren tausend Abgeordneten paralysirt wird.[4])

Der Antrag, welcher die vermeintlichen Vortheile unbedingter Annahme mit den wirklichen einer Revision zu verbinden bemüht ist, ändert m. E. nichts in der Lage der Dinge; er ist nichts als eine verkappte Annahme en bloc. Denn wenn es wirklich Regirungen giebt, welche das Bündniß gelöst zu sehn wünschen, so werden solche, wenn sie die vielen andern ihnen zu Gebote stehenden Mittel verschmähen sollten, schon deshalb das gesammte Resultat der Revision verwerfen, damit Preußen selbst das Beharren bei dem Bündniß auf die Dauer unerträglich werde, und jede noch so

---

[1]) S. Reden I, 236.

[2]) Abg. Camphausen.

[3]) S. Reden I, 235 f.

[4]) Vgl. Reden I, 235.

kleine Regirung oder Kammer kann das Resultat unsrer Weisheit kassiren, wenn man ihr den Austritt nicht gestatten will. Wir haben dann unsre Zeit verloren und sind eben so weit, als wenn wir en bloc angenommen hätten. Ich setze daher beides völlig gleich, mit der alleinigen Ausnahme, daß uns dies Verfahren einen erfreulichen Ueberblick der Verbesserungen gewähren würde, welche die Versammlung erstrebt haben würde, wenn alle Regirungen sie adoptirt hätten. Kurz wir müssen auch in diesem Falle schließlich auf die angeblichen Vortheile der Annahme oder auf die der Revision verzichten.

Diejenigen, welche zu letzterem bereit sind, schmeicheln sich mit der Hoffnung, daß spätere Verbesserungen mit einer Majorität von zwei Dritteln die Fehler der Verfassung ausgleichen werden. Wer sich muthwillig in üble Lagen begiebt, in der unbestimmten Hoffnung, daß sich edle Menschen finden werden, die ihn retten, ist noch nie für weise gehalten worden. Der verehrte Abgeordnete für Krefeld wappnet sich gegen üble Eventualitäten in diesem Fall mit „moralischem Vertrauen", wie er das nennt, mit diesem außerordentlichen Vertrauen zu dem Edelmuth der Menschen im Allgemeinen, welches ich schon so oft an ihm zu bewundern Gelegenheit gehabt habe. Mögen bittre Täuschungen desselben ihn niemals veranlassen, sich in dumpfer Muthlosigkeit in den „Schleier der Schwermuth"[1]) zu hüllen.

Ich kann mich dem Glauben nicht hingeben, daß namentlich die Bestimmungen, die ich als Preuße vorzugsweise schwer empfinde, Aussicht auf eine baldige Aenderung darbieten. Ich wüßte nicht, warum die übrigen Regirungen freiwillig in die Aufhebung ihrer überlegenen Berechtigungen im Staatenhause willigen sollten. Hat doch jeder Versuch, die bisherige ungerechte Zusammensetzung des Staatenhauses auch nur zu erörtern, im Verwaltungsrathe wie natürlich den entschiedensten Widerspruch gefunden. Wenn nun aber dem so ist, so würden Sie, meine Herrn aus Preußen und namentlich aus dessen Stammländern, Ihren Wählern zu Hause sagen müssen,[2]) daß Sie eingewilligt haben in die Mediatisirung unsres Königs in seinem eignen Lande, in seine Unterordnung unter den Willen derjenigen Kammern, welche in den aufrichtig constitutionellen Staaten unsrer Verbündeten die indirecte Disposition über die Stimmen im Staaten- wie im Fürstenhause haben werden; daß auf diese Weise bei der jetzigen Lage der Stimmen in dem Fürstenrathe, der Preußen wie die übrigen Bundesländer beherrschen

[1]) S. Reden I, 245, Anm. 2, Rede Bismarcks vom 17. April 1850.

[2]) Vgl. für das Folgende Reden I, 236 f.

wird, Baden genau soviel zu sagen hat wie unser König, daß die Staaten, welche augenblicklich die Stimmen 3, 4 und 5 im Fürstenrathe besetzen,[1]) mit zusammen [etwas] über drei Millionen Einwohner, den König zu jeder Sanction und jedem Vorschlage wider seinen Willen zwingen können und Se. Majestät der Executor der Beschlüsse sein wird, die er selbst nicht gebilligt hat.[2]) Sie werden Ihren Landsleuten sagen müssen, daß unsre Nachbarn in Zukunft uns regiren werden, daß der König die Herrschaft über uns in Zukunft mit vier andern gleichberechtigten Stimmen theilt, daß der König, der vor zwei Monaten die Preußische Verfassung beschwor, nun eine neue beschwören soll, nach welcher ein Badener im Fürstenrath fünfzehn und im Staatenhause vier Preußen aufwiegt, daß es im Bundesstaate fünf Millionen politisch privilegirter und sechzehn Millionen Einwohner zweiter Klasse giebt, und daß die letzteren die Preußen sind, und das in einer Zeit, wo Ihre Mandanten von dem Vorurtheil beherrscht sind, daß die Anstrengungen, die grade Preußen gemacht hat, sich aus dem Elend der Revolution aufzuraffen und seinem minder mächtigen Nachbar eine materielle oder moralische Stütze zu werden, dem Preußischen Volke besondere Ansprüche verliehen, zu einer Zeit, wo das Preußische Heer noch stolz ist auf den ihm votirten Dank[3]) derjenigen, welche ein Jahr, ehe sie ihn votirten, die Ausführung des Steinschen Antrags[4]) als Bedingung ihres Eintritts in das Ministerium stellten. Ich würde den Muth nicht haben. Versuchen Sie es mit dieser Verfassung und Sie werden finden, daß der Preußische Geist einem edlen Roß gleicht, welches ...[5])

Es ist mir eine schmerzliche Erfahrung, diesen Verfassungsentwurf von Preußen und nicht bloß von nominellen, sondern von wahren Preußen vertheidigt und einen Preußischen General[6])

---

[1]) (3) Württemberg, Baden, beide Hohenzollern, (4) Sachsen, sächsische Herzogthümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg, (5) Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holstein, Hansestädte.

[2]) Am Rande findet sich folgender Satz, dem in dem Text der Rede kein Platz anzuweisen ist: Der Abgeordnete für Crefeld giebt zu, die Würde der Executive erfordere, daß das Staatsoberhaupt niemals gezwungen werde, gegen seine ausgesprochenen Ueberzeugungen zu handeln, wenn er auch diese Würde im concreten Fall nicht hoch genug anschlägt, um das Uebel groß zu finden, wenn es in dem Bundesstaat dennoch vorkommt.

[3]) S. Reden I, 238, Anm. 1.

[4]) S. Reden I, 238, Anm. 2.

[5]) Zu ergänzen nach Reden I, 239: den gewohnten Reiter und Herrn mit muthiger Freude trägt, den unberufenen Sonntagsreiter aber mitsammt seiner schwarz-roth-goldenen Zäumung auf den Sand setzt.

[6]) v. Radowitz.

als vorzugsweisen Träger desselben zu sehn; es ist mir — wie es unzähligen meiner Landsleute sein würde — ein demüthigendes Gefühl gewesen, Vertreter von Fürsten, die ich in ihrem Rechtskreise ehre, die ich aber nicht als meine Landesherren erkenne, in obrigkeitlicher Eigenschaft mir gegenüber zu sehn und dann beim Eintritt in diesen Saal unsre Sitze mit jenen Farben geschmückt zu sehn, welche niemals die Farben des Deutschen Reichs, seit zwei Jahren aber die der Revolution waren, Farben, die in meiner Heimath außer den Demokraten nur der Soldat in schmerzlichem Gehorsam trägt.[1])

---

[1]) Zum letzten Absatz s. Reden I, 238.

IV.

Chronik

vom 17. September 1894 bis 16. September 1895.



1894.

23. September: Mehr als 1700 Westpreußen, Herren und Damen, in Varzin, um dem Fürsten Bismarck zu huldigen (H. N. 24. 9. 1894 No. 225 A.-A., B. N. N. 24. 9. 1894 No. 483 M.-A.).

Eingeleitet wurde die Huldigung durch den gemeinschaftlichen Gesang der „Ostwacht“:

Aus Deutschlands Ostmark ziehn wir her,
Vom Weichselstrom und Baltenmeer,
Aus deutscher Nied'rung grünen Au'n,
Wo Ritterburgen niederschau'n.
Ob Slawensturm uns wild umtost,
Ob Slawensturm uns wild umtost,
Wir halten treu und fest die Wacht im Ost.

Durch deutsche Herzen zuckt es schnell
Und Aller Augen leuchten hell:
Zum Hauptmann, der mit Deichen stark
Bewehrt' des Reiches ferne Mark.
Ob Slawensturm uns wild umtost 2c.

Das schwarze Kreuz im weißen Feld
Trägst Du — ein Ordensritterheld,
Im Schild führst Du ein Dreiblatt traut,
Für undeutsch Volk ein Wegekraut!
Ob Slawensturm uns wild umtost 2c.

Ein Eichbaum ragst Du stolz und stark,
Vom Wipfel deutsch bis in das Mark,
Dem Vaterland zur Freud' und Zier:
Heil — Fürst und Vorbild — Bismarck, Dir!
Ob Slawensturm uns wild umtost,
Ob Slawensturm uns wild umtost,
Wir halten treu und fest die Wacht im Ost!

Darauf verlas der Vorsitzende des Comités, Herr v. Fournier aus Koscielec folgende Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!

Mit unserem innigsten und ergebensten Danke für das hochgeneigte Gestatten unseres Kommens nahen wir Westpreußen uns, um unserem Herzen Genüge zu thun. Schon vor Jahresfrist fühlten wir uns gedrungen, Ew. Durchlaucht unsere Verehrung persönlich darzubringen; der ungünstige Gesundheitszustand Ew. Durchlaucht vereitelte leider unser Vorhaben. Wir danken dem Himmel, daß er uns die Möglichkeit geschenkt hat, unseren Herzenswunsch jetzt erfüllt zu sehen, und sind stolz darauf, die erste preußische Provinz gewesen zu sein, welche ihre Huldigung dem größten Manne Deutschlands darzubringen das Verlangen hatte.

Unsere Herzen schlagen seit langen Jahren in glühender Begeisterung und stolzer Bewunderung Ew. Durchlaucht entgegen; wir blicken zu Ihnen auf als zu unserem Ideal, zunächst zu dem Menschen, dem Manne mit seinem Wollen und Können, dessen unbeugsame Willens- und Thatkraft einem jeden von uns eine Leuchte sein muß für seinen eigenen bescheidenen Wirkungskreis. Als im Jahre 1815 das fahle Licht des übermüthigen Korsen erlosch, da ging an Preußens, an Deutschlands Himmel der Stern auf, welcher von der Vorsehung dazu ausersehen war, dereinst der Leitstern des großen deutschen Vaterlandes zu werden, der es zum Glücke, zum Ruhme und zu der so lange ersehnten Einigkeit führen sollte! Und dieser Stern, das ist unser Bismarck, um den uns die Welt beneidet, der ein Menschenalter hindurch mit genialer Kraft die Geschicke des Vaterlandes geleitet hat und der jetzt leuchtend dasteht in ruhiger Größe und Klarheit, geliebt und bewundert von Millionen Herzen. Durchlauchtigster Fürst! Westpreußen, durch das deutsche Schwert dereinst der Barbarei entrissen, hat nach hundertjährigen blutigen Kämpfen aus Verwüstung, Schutt und rauchenden Trümmerhaufen sich mühsam zum Dasein durchgerungen. Im Stiche gelassen vom Reich, niedergeschlagen an dem düsteren Tage von Tannenberg, wurde unser unglückliches Land die Beute seines wilden Nachbarn, es wurde der Tummelplatz und das Opfer blutiger Eroberungs- und Plünderungszüge, welche es zerstampften und aussogen bis auf das Mark. — Da erschien einer Sonne gleich, von Gott gesandt, erwärmend und belebend, das leuchtende und gesegnete Scepter der Hohenzollern! Albrecht von Brandenburg kettete den Osten an die Geschicke seines

Hauses; der große Kurfürst, der Schöpfer des preußischen Staates, brachte zuerst die deutsche Macht zur Geltung. Vor allem aber war es der Genius des großen Friedrich, sein Geist und seine Thatkraft, welche das Land retteten, daß es gleich einem Phönix aus der Asche neu erstand. Aber diese langen harten Kämpfe hatten ein zähes und tapferes Volk erzogen, das herrlich sich bewähren sollte. Als das Strafgericht Gottes den korsischen Eroberer auf den eisigen Feldern des Nordens traf, als die Trümmer seines so stolzen Heeres durch unser ausgesogenes Land flohen, da war es unser Volk, das allen voran und im Verein mit der Schwesterprovinz aufstand, sich erhob, das ungezählte Opfer brachte und den Feind, den es bereits mit blutigen Köpfen aus seinen Vesten geworfen, aus dem Lande fegte.

Fest und stark ist jetzt die Wehr, welche die deutsche Ostmark schützt, treu hält sie an der Weichsel Wacht! Was deutsche Tapferkeit errungen, was deutsche Arbeit und deutscher Fleiß gegründet haben, das halten wir unverbrüchlich fest!

Aber auch die Friedensarbeit fordert Kampf und Tapferkeit heraus. Schwer leidet das edle Gewerbe, dem weitaus der größte Theil unserer Bevölkerung angehört, die Landwirthschaft. Klimatische Einflüsse, elementare Gewalten tragen mit dazu bei, dem Landwirth die Früchte seines Ringens zu verkümmern.

Mit um so innigerem Danke erfüllte uns das warme Interesse, das reiche Verständniß und die Fürsorge, welche Ew. Durchlaucht stets diesem so wichtigen Gewerbe in gleicher Weise wie den übrigen Berufskreisen entgegen gebracht haben.

Getragen von dem unbegrenzten und unerschütterlichen Vertrauen unseres unvergeßlichen Heldenkaisers haben Ew. Durchlaucht das unsterbliche Verdienst, das deutsche Vaterland so groß und machtvoll gestaltet zu haben, das Hochgefühl der Zusammengehörigkeit in eines jeden Deutschen Brust neu geweckt und neu belebt, das Deutschthum an den Grenzen, der Anmaßung und Begehrlichkeit fremder Elemente gegenüber, mächtig gestärkt und gefördert zu haben.

Dem heißen Danke von Millionen Herzen für alles Große und Herrliche, was Ew. Durchlaucht für unser schönes deutsches Vaterland gethan, fügen wir unseren schuldigen Tribut hinzu, und dieser Dank wird fortleben, er wird sich vererben von Geschlecht zu Geschlecht, soweit die deutsche Zunge klingt und soweit sie jemals klingen wird.

Der Fürst beantwortete die Ansprache mit folgender Rede:

Meine Herrn und Damen! Ich fühle mich hoch geehrt durch Ihre Begrüßung und erfreut; hoch geehrt, daß Sie die Weite des Wegs, die Unbilden des Wetters nicht gescheut haben, um mich heut hier zu begrüßen, lediglich angezogen durch das Gefühl des gegenseitigen Wohlwollens und der beiderseitigen Liebe zum gemeinsamen Vaterlande. (Bravo!) Keiner von Ihnen hat von mir etwas zu hoffen, zu fürchten oder zu erwarten, was ihn irgendwie dazu treiben könnte, mir die hohe Ehre zu erzeigen, die mir heut widerfährt. — Es ist lediglich das Gefühl der gemeinsamen Liebe zum Vaterlande, was uns heut hier zusammenführt (Bravo!), und deshalb um so erhebender für mich, daß meine Person zur Adresse dieser Aeußerung gewählt wird. Es ist das eine Auszeichnung, die, so viel ich weiß, noch keinem meiner Vorgänger und Collegen im preußischen Ministerium widerfahren ist, daß im Dienste oder fünf Jahre nach Ausscheiden aus dem Dienste ihm eine Anerkennung der Art zu Theil wurde, wie sie mir von Ihnen schon im vorigen Jahre zugedacht war und heut zu Theil wird, wie sie mir vor acht Tagen von unsern Posener Landsleuten zu Theil wurde[1]), und wie ich sie aus dem Westen und Süden des deutschen Reiches fast ausnahmslos erfahren habe. Es ist für mich erhebend, zugleich auch etwas beschämend, daß meine Leistungen eine so hohe Anerkennung finden. Ich habe nichts gethan als meine Schuldigkeit im Dienste eines Herrn, dem ich gern diente und mit dem mich das Gefühl gegenseitiger Treue verband.

Es sind acht Tage her, daß unsre Landsleute aus Posen mich an derselben Stelle hier besuchten, und wir haben seitdem Gelegenheit gehabt, in der deutschen und in der polnischen Presse mannigfache Aeußerungen unsrer Feinde und unsrer Freunde über diesen Vorgang zu lesen. Im Ganzen kann ich wohl sagen — verzeihn Sie, wenn

[1]) Siehe B.-J. I 314 ff.

ich mich bedecke, meine Damen (Zustimmung), ich bin noch nicht ganz so gesund, wie ich gerne sein möchte, und wenn die Herrn sich auch bedecken wollten (Rufe: Nein! nein!), so würde ich mich berechtigter fühlen — ist es mir eine Freude gewesen, zu sehn, daß die meisten Aeußerungen in der deutschen Presse auch selbst von solchen Seiten, bei denen ich sonst nicht immer Wohlwollen finde, doch in dieser unsrer Begegnung von vor acht Tagen einen Ausbruch nationaler Gesinnung erkannt haben, gegen den das Uebelwollen der Parteiunterschiede nicht Stand hielt, sondern sie haben sich unbedingt dazu bekannt. Die polnische Presse natürlich nicht; sie drückte bei dieser Gelegenheit in erster Linie ihre Verwunderung aus, daß ich mich nicht stärker ausgedrückt hätte heut vor acht Tagen (Heiterkeit), mit andern Worten: daß ich mich gegen die Bestrebungen des polnischen Junkerthums nicht gröber ausgesprochen habe (lebhafte Heiterkeit). Sie haben also doch das Gefühl, daß das zu erwarten gewesen wäre. (Sehr gut!) Es ist das schlechte Gewissen, was aus ihnen spricht. Sie waren auf eine schärfere Kritik noch gefaßt im Bewußtsein ihrer eignen Thaten, die sie kürzlich in Lemberg bethätigt und ausgesprochen haben.

Die polnische Szlachta — ich beschränke meine Kritik auf den polnischen Adel — hat mit der Socialdemokratie das gemein, daß sie ihre letzten Ziele nicht offen darlegt. Aber es ist doch offenbar wieder ein Unterschied; die Socialdemokratie verschweigt sie, weil sie sie selbst nicht kennt und nicht weiß, was sie darüber sagen soll; die polnischen Herrn wissen es aber ganz genau, können aber nicht dicht halten. (Heiterkeit.) Das klingt überall heraus; jetzt neuerdings in Lemberg und sonst auch bei uns in Posen schwebt ihnen immer vor die Wiederherstellung der alten polnischen Adelsrepublik, in einer Ausdehnung vom Schwarzen bis zum Baltischen Meere, 33 Millionen, das ist ihnen ganz geläufig, und wenn es einstweilen auch nur kleine Anfänge sind von einem Pufferstaat, wie sie es nennen und mit dessen Eventualität sich manche deutsche

Polenfreunde befreunden, also entweder ein polnisches Königreich oder eine Republik, wie die alte Bezeichnung lautet, bestehend aus dem heutigen Congreßpolen mit Warschau als Hauptstadt und Lemberg als Zubehör. Ich weiß zwar nicht, wie auch diese geringere und anfängliche Etappe für ein Großpolen erreicht werden sollte ohne einen vollständigen Zusammenbruch aller europäischen Verhältnisse. Ich will mich auch in das „wie“ nicht vertiefen, ebensowenig wie die Polen sich darüber klar sind, wie dies erreicht werden soll. Aber nehmen wir einmal an, daß es auch ohne große europäische Convulsionen möglich wäre, ein vergrößertes Herzogthum Warschau, ein Königreich Polen mit Warschau und Lemberg als Hauptstädten herzustellen — was wäre dann für uns die Folge davon, ich will garnicht sagen für Oestreich? Es wäre ein Pfahl im Fleische für Oestreich und vor allen Dingen ein Verderb unsrer neuen und, wie ich hoffe, dauernden Bundesgenossenschaft mit Oestreich, wenn unter östreichischer Aegide ein solches neues Congreßpolen geschaffen werden sollte. Die Schwierigkeiten der östreichisch-ungarischen Monarchie würden in einem solchen Falle bis zur Unmöglichkeit complicirt werden durch die nie zu befriedigenden Ansprüche dieser dritten Macht in der Trias Ungarn, Cisleithanien und Polen.

Aber ich spreche über eine Utopie, die ja ganz unerreichbar ist. Wie sollte man dazu kommen? Aber wenn es erreichbar wäre selbst im Frieden, so wäre es für uns ein Unglück. Für uns ist meiner Ueberzeugung nach — und ich stehe seit vierzig Jahren in der großen europäischen Politik — die russische Nachbarschaft zwar oft unbequem und bedenklich, aber doch noch lange nicht in dem Maße, wie es eine polnische sein würde. (Lebhafter Beifall.) Und wenn ich die Wahl zwischen beiden habe, so ziehe ich immer noch vor, mit dem Zaren in St. Petersburg zu verhandeln zu haben, als mit der Szlachta in Warschau. Es liegt das ja nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeiten, und ich spreche von phantastischen Con-

jecturen, aber die Polen rechnen damit, sprechen davon und glauben daran und werden darin zuweilen ermuthigt durch deutsche Gutmüthigkeit und deutsches Wohlwollen. (Sehr richtig!)

Das ist, was ich hauptsächlich betone, wogegen ich immer kämpfe: gegen den Rest von Glauben an das polnische Junkerthum, der sich bei manchen deutschen Liberalen doch immer noch vorfindet. Es ist immer ein Irrthum: ein Schutzstaat gegen eine russische Invasion ist selbst das starke Großpolen von vor 1772 nie gewesen. Die russischen Armeen marschirten nach Zorndorf und Kunersdorf nach ihrem Belieben quer durch Polen hindurch, und Niemand hielt sie auf. Und die Franzosen, wie sie sich im Kriege mit Rußland befanden und auf den Rückzug geriethen, haben bei ihren polnischen Freunden durchaus kein Repli und keinen Halt gefunden: sie haben sich nicht aufhalten lassen. Die Polen haben sich tapfer geschlagen in den Jahren 30 und 31; aber das war eine geschulte polnische Armee unter Leitung des Großfürsten Constantin, der sich innerlich freute, wenn die von ihm vorzüglich einexercirte, rein polnische Armee den Russen gegenüber Siege gewann, und der sich die Hände darüber rieb, daß seine Polen dies thaten. (Hört! hört!) Ohne eine solche, ein halbes Menschenalter dauernde Schulung, wie sie die polnische Armee damals hatte — und sie war wirklich eine für damals gute Truppe —, wären selbst die Leistungen von 1831 nicht möglich gewesen. Und sie waren doch nicht einmal nachhaltig; die Polen konnten sich selbst in dieser Nothlage unter einander nicht vertragen. Im Frieden, so lange sie dem geduldigen Deutschen gegenüberstehn, da sind sie schon einig; aber sowie sie frei sind, das Terrain für sich allein haben, da werden sie uneinig; so würde es auch später sein.

Nun, ich spreche immer nicht in der Hoffnung und in der unfruchtbaren Absicht, den polnischen Adel zu gewinnen und zu bekehren, sondern ich spreche nur in der Hoffnung, bei unsern deutschen Landsleuten den letzten

Rest von Polensympathie, von Sympathie für Polonisirung und für das polnische Junkerthum zu bekämpfen und auszurotten und meine deutschen Landsleute zu bewegen, daß sie gegenüber diesen phantastischen Bestrebungen und Sympathien fest zusammenhalten und sie sich auch nicht bis an den Mantel kommen lassen (Heiterkeit und Beifall), viel weniger bis ins Herz hinein, wie es bei uns mitunter früher geschehn ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der deutsche Liberale hat immer für den preußischen Adel, sobald er ihm nicht bequem war, sofort die Bezeichnung „Junkerthum" bereit gehabt; von dem polnischen Adel, der ja viel mehr Junker ist, als der preußische und deutsche es je in seinem Leben war und sein konnte, haben sie immer nur von „nationalen Bestrebungen" gesprochen, während die ganzen polnischen Bestrebungen, gegen die wir zu kämpfen haben, reine Kastenbestrebungen sind, für die Kaste des Adels gegen die andern. Wir könnten ohne den Adel und die Geistlichkeit mit der Masse der polnischen Bevölkerung vollkommen im Frieden leben; sie würde für die Wohlthaten eines geordneten, gesetzmäßig lebenden Staates, für die Möglichkeit, auch gegenüber den stärksten Magnaten Recht zu finden, dankbar sein. Das sehn sie, und sie verlangen nicht mehr; sie sind auch nicht offensiv gegen das Deutschthum. Offensiv ist nur der Adel, und das Deutschthum hat sich bisher gegen diese Angriffe immer defensiv verhalten.

Wir sind immer defensiv gegenüber den Polen gewesen, und wenn wir einmal einen Vorstoß gemacht haben, wie mit dem Ankaufsgesetz, so haben wir sofort in unsern Reihen Leute gehabt, die ein schlechtes Gewissen hatten. Ob dieses Gesetz den Polen ein Aergerniß ist, darauf kommt es gar nicht an. Dieses Ankaufsgesetz ist ein Bestreben gewesen, mit unserm unversöhnlichen Gegner dort, mit dem Adel, in einer freundlichen Weise aufzuräumen. (Große Heiterkeit.) Es liegt nicht in unsrer Sitte, zu confisciren oder zu verjagen oder ein Gesetz zu geben, wonach jeder polnische Edelmann in bestimmter Zeit sein Gut ver-

kaufen muß; sondern wir geben ihnen den Preis ihres Gutes. Wir sind, wie ich glaube, etwas zu eilig in der Sache vorgegangen; daß der Fonds bewilligt wurde vom Landtage, war ja sehr erfreulich, aber man hatte zu viel Eile, ihn zu verwenden. Man wollte sofort schon am Donnerstag die Früchte von dem sehn, was am Montag gesäet worden war. Man hätte sich Zeit lassen sollen. Mit der Zeit, auf dem Wege der Rentengüter, fand es sich jawohl, daß man in Ruhe eine, wenn nicht deutsche, so doch deutschtreue Bevölkerung allmählich herstellen konnte, und ich glaube, man mußte zuerst das Hauptobject ankaufen, dann den angekauften Besitz des Adels in Händen behalten und sich dann Zeit lassen, ihn nach Umständen zu benutzen. Aber Ueberhastung ist ja immer ein Unglück.

Nun, meine Herren, ich habe vorhin das Phantasiegebilde eines polnischen Staates, wie er, glaube ich, nie entstehn wird, aber ein Phantasiegebilde, mit dem doch manche unsrer Landsleute als Möglichkeit rechnen, ausgemalt. Wenn das der Fall wäre, so würden grade Sie in Westpreußen das Hauptobject der Versuchung für polnische Begehrlichkeit sein. Danzig ist für einen polnischen Staat mit Warschau ein noch dringenderes Bedürfniß als Posen. Posen, werden die Polen denken, läuft ihnen nicht weg, denn da ist ein Erzbischof (große Heiterkeit); aber Danzig ist die erste Stadt, die ein Warschauer Staat an der Seeküste haben müßte, und sie würden nicht eher Ruhe haben. Der Thatsache, daß Westpreußen nie ursprünglich zu Polen gehört hat, während Posen dazu gehörte, steht also das größere Bedürfniß eines polnischen Reiches nach Danzig gegenüber, und Sie würden, wenn wir jemals Schiffbruch mit den bisherigen europäischen Zuständen litten, in Danzig weit gefährdeter sein als in Posen, obwohl der Anspruch auf Danzig ein minderer ist. Posen ist polnischer Besitz gewesen, Westpreußen ursprünglich nicht.

Auf dem rechten Ufer der Weichsel wohnten die Preußen, gegen die Herzog Konrad von Masovien den deutschen Orden zu Hülfe rief, weil er sich ihrer nicht selbst erwehren

konnte, und der deutsche Orden hat das Land auf dem rechten Ufer der Weichsel den heidnischen Preußen abgewonnen und civilisirt und hat einen Ordensstaat gegründet, der im 14. Jahrhundert von der Neumark bis nach Esthland reichte und eins der mächtigsten und vor allen Dingen eins der blühendsten und civilisirtesten Reiche des damaligen Europa war. Ich brauche Ihnen die Geschichte Ihres Landes nicht zu erzählen, sie ist Ihnen nicht fremd. Auch auf dem linken Weichselufer war kein polnischer Besitz. Pommern reichte bis an die Weichsel; das, was man jetzt Pomerellen nennt, stand unter einer Seitenlinie der pommerschen Herzöge, an der die Polen keinen Antheil hatten, und fiel, als sie ausstarb mit Mestevin und Swantopolk, an die Erblinie von Waldemar, Markgrafen von Brandenburg, als Lehnsherrn zurück. Dieser konnte sich nicht halten in den Kämpfen, die er dort hatte, und trat das Land vertragsmäßig an den deutschen Orden ab. So ist der Linksweichseltheil von Westpreußen denn schließlich an den deutschen Orden und mit Westpreußen im Frieden von Thorn an Polen gekommen. Auf diese Weise haben die Polen es erhalten.

Aber wenn man heut die polnischen Zeitungen liest, so geht daraus hervor, daß man in Polen annimmt, es wäre ganz Preußen von Polen bevölkert gewesen, und als ob Preußen zu Polen gehört hätte und durch das „mörderische Schwert des deutschen Ordens" hingeopfert und vernichtet worden wäre. Umgekehrt, Preußen war ein Hort deutscher Cultur, Westpreußen, namentlich am rechten Weichselufer, ein deutsches Land, und die Polen haben es bei der Eroberung verwüstet, erobert theils durch Geld: sie kauften den aufrührerischen Söldnern die Burg Marienburg ab und erstürmten die Stadt Marienburg. Ein Beweis, wie anders die Polen verfahren, als die Deutschen, geht daraus hervor, daß sie den tapfern Bürgermeister von Marienburg, er hieß Blume, gefangen und auf's Schaffot gebracht und enthauptet haben. Sie verwüsteten nachher das östliche Weichselufer in ihren

Kriegen mit Schweden, und auf diesen Brandstätten wurden Nationalpolen, entlassene Heercorps, Regimenter mit Offizieren und Mannschaften angesetzt. Dadurch entstand der Polonismus in diesem ursprünglich deutschen Lande, und daß er so eindringen konnte in dies ursprünglich deutsche Land, war ja nur das Ergebniß der Uneinigkeit innerhalb des Ordenslandes. Der Orden war ein hinreichend mächtiges Gebilde, um sich der Polen mitsammt Jagiello von Litthauen zu erwehren, wenn seine Einsassen und Unterthanen zu ihm hielten. Es war damals der Abfall der Städte und der Ritterschaft unter Johann von Boysen, die zu den Polen übergingen, ein Abfall, der vielleicht berechtigt war durch die Mißregirung des Ordens, kurz es war Bruch und Zwiespalt innerhalb dieses mächtigen deutschen Ordensstaates nothwendig, um den Einbruch der Polen zu gestatten. Polen hat diese Länder damals durch Schwert, Bestechung und innern Aufruhr gewonnen, und es kann sich nicht beklagen, wenn es sie nachher durch das Schwert wieder verloren hat. Wir besitzen sie seit 1815 und werden sie hoffentlich in einigen Jahrhunderten immer noch besitzen. (Beifall.)

Ich habe daran immer geglaubt, aber meine Hoffnung einer günstigen Entwicklung der Sache steht heute umsoviel fester, wenn ich mir die Aeußerungen Sr. Majestät des Kaisers in Königsberg und Marienburg zum 17. Armeecorps und zu seinen Offizieren und gestern in Thorn vergegenwärtige. (Lebhafter Beifall.) — Ich darf annehmen, daß, was Seine Majestät gestern in Thorn geredet hat, sich mit der Schnelligkeit des Telegraphen hinreichend verbreitet hat, um Ihnen nichts Neues zu sein. Sie wissen es Alle. (Rufe: Jawohl!) Also wenn wir nicht in der Uneinigkeit des deutschen Ordens vom 15. Jahrhundert, sondern in der Geschlossenheit, die die deutsche Nation im Bunde mit ihren Fürsten und ihrem Kaiser bildet, dem Polonismus gegenübertreten, so kann eine ernste Gefahr für uns nicht mehr vorliegen. Sie ist überwunden, sobald dieser Einklang der amtlichen und der nationalen Ueberzeugung innerhalb der deutschen

Länder den Polen gegenüber constatirt ist. Dann wird die ganze Polengefahr auf ihr natürliches Verhältniß zurückgeführt, das einer bedauerlichen, aber doch dem gesammten deutschen Reichskörper gegenüber schwachen Opposition, und einer Opposition, die nicht die Aussicht hat, in welcher Seine Majestät in Königsberg einer solchen Berechtigung zusprach, nämlich, daß sie vielleicht durch den Kaiser genehmigt und rehabilitirt werden könnte. So verstehe ich die Königsberger Aeußerung des Kaisers, in der er sagt: „Eine Opposition ist nur berechtigt, in der der Kaiser an der Spitze steht.“

Nun, viele Zeitungen halten das für ein contradictio in adjecto, für eine Unmöglichkeit. Wir haben es doch erlebt, ich will nur die Zeiten nennen: zur Zeit des Generals York und der preußischen — Auflehnung, kann man wohl sagen, gegen Friedrich Wilhelm III., indem die Stände sich constituirten in Königsberg und dadurch den ersten Anstoß zu unsern Freiheitskriegen und zu unsrer großartigen Entwicklung von 1813 gaben, die glorreiche Zeit der Provinz Preußen, auf die Sie auch in Ihrer Anrede an mich eben anspielten. Diese Opposition, die darin lag — es war mehr wie Opposition, es war Aufstand —, war ja ganz unmöglich, wenn man nicht innerlich sicher war, die königliche Zustimmung dazu zu haben und den König in die Lage zu bringen, daß er diese, wie die Engländer sagen, „königliche Opposition“ zur amtlichen Auffassung machte, nach Breslau ging und die Sache annahm. Ich will nicht weiter gehn: wir haben es 48/49 wieder erlebt mit Friedrich Wilhelm IV., daß Oppositionen stattfanden, die sich bewußt waren, den König entweder als ihren geheimen Oberen zu haben, oder doch überzeugt waren, daß sie ihn gewinnen würden als solchen. Und so kann auch meines Erachtens eine conservative Opposition bei uns nur dann stattfinden, wenn sie immer getragen ist von der Hoffnung, den König für ihre Sache zu gewinnen. (Großer Beifall.) So kann sie nur gemeint sein, und so sollten wir nicht blos dem König gegenüber, sondern

auch unsern Landsleuten gegenüber uns zur Regel machen, daß wir nicht mit bittern Reden in der Presse und im Parlament gegenseitig uns zu kränken suchen, sondern daß wir immer als letztes Ziel im Auge haben, uns gegenseitig zu gewinnen, und daß wir nie den Gegner so verletzen, daß jedes Band zwischen uns zerrissen ist.

Dabei habe ich nur solche Gegner im Sinne, die den Staat und die Monarchie überhaupt wollen, also kurz nach preußischen Begriffen königstreue Gegner, von andern spreche ich nicht, mit denen ist kein Vertrag. (Großer Beifall.) Ob Se. Majestät der König in dem herzerhebenden Aufruf zum Kampfe gegen die Parteien des Umsturzes auch das polnische Junkerthum mitgemeint hat, das lasse ich unentschieden, aber für uns ist die polnische Adelspartei eine Partei des Umsturzes, denn sie erstrebt den Umsturz des Bestehenden. Wir können unserseits den Zustand, der den Herrn vorschwebt, nicht vertragen. Wir müssen auf Tod und Leben dagegen kämpfen. Es wird dahin nicht kommen, es wird zu keinem Kampfe kommen, sobald wir Deutsche unter uns und mit unserm Kaiser und den deutschen Fürsten einig bleiben. Es ist für uns und die Gesinnung, die Sie hergeführt hat, ein herzerhebender Moment, in dem wir uns zu sagen berechtigt sind, daß Se. Majestät der Kaiser und König sie theilt. Gott erhalte sie, Gott fördere sie, Gott gebe dem Kaiser Räthe und Diener, die bereit sind und uns diese Bereitwilligkeit zeigen, im Sinne dieses kaiserlichen Programms zu handeln. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser. Gott schütze Ihn! (Stürmische Hochrufe.)

Nachdem der Fürst geendet hatte und die stürmischen Hochrufe verklungen waren, trat im Namen der Frauen Westpreußens Frau Geheimrath Gerlich vor die Fürstin und begrüßte sie mit folgender Ansprache:

Westpreußens Frauen grüßen Dich, erhabne Fürstin,
Die treu Du stets gestanden hast zu unserm Helden,
Auf den das Vaterland mit Stolz und Ehrfurcht blickt.

Du warst an seiner Seite, als in heißen Kämpfen,
Er, dienend seinem Volk und König, sich verzehrte,
Du stähltest ihm den Muth, Du gabst ihm Kraft,
Wenn er allein einer Welt von Feinden sich erwehrte,
Und stille Zeugin warest Du von seinem Sieg
Und wie durch alle Lande sein Ruhm zum Gipfel stieg.
Jetzt steht Ihr da vereint, — verehrt, geliebt, bewundert,
Wie eine mächtige Säule überragend das Jahrhundert.
So grüßen wir Dich, Fürstin deutscher Frauen,
Die Du solch hehres Vorbild uns gegeben hast.
Wie Du so treu, so wollen auch wir zu unsern Männern,
Westpreußens Frau'n, im Kampf um unser Volksthum stehn.
Wir wollen in ihren Herzen des Deutschthums heil'ge Flamme
Stets nähren und erhalten, daß sie nie verlischt,
Und wollen Kraft und Muth in ihnen stets beleben,
Wenn Deutschlands Feinde uns mit Haß und Neid umdräu'n.
Dann stehen wir zusammen, das sollst Du sicher glauben,
Wir halten fest an Deinem Beispiel und dem Wort:
Westpreußens Söhn' und Töchter fürchten ihren Gott,
Sonst aber Nichts, gar Nichts, auf dieser weiten Welt.
Heil, Fürstin, Dir, noch lange bleibe uns erhalten
Dein Vorbild, das an diese Stufen uns geführt.
Nimm unsern Dank dafür, er kommt aus tiefem Herzen,
Den Dank, der Dir von allen Frau'n des Vaterlands gebührt.

Die Dirschauer Damen überreichten folgende Adresse:

Durchlauchtigste Fürstin!

Aus Dirschau am Weichselstrande, der Stadt der zwei Brücken, sind deutsche Frauen nach Varzin geeilt, um ihrer Verehrung und Dankbarkeit für das Durchlauchtigste Fürstenpaar begeisterten Ausdruck zu geben. Frauen und Jungfrauen aus Dirschau wollen nicht zurückstehen, wenn es gilt, deutscher Treue und Größe zu huldigen. Wir Deutsche fürchten Gott, sonst Niemand auf der Welt! so sprach einst Se. Durchlaucht Fürst Bismarck in denkwürdiger Stunde. Nach diesem Worte handeln wir Frauen und erziehen in diesem Sinne in trauter Muttersprache unsere Söhne und Töchter, das heranwachsende Jungdeutschland zur Wacht an der Weichsel. Mit Gott für Kaiser und Reich! Das warme Herz, das tiefe Verständniß für das hohe Streben des Gatten, die sanfte, selbstlose Liebe, welche der schönste Schmuck des Weibes ist, der fromme, gläubige Sinn, der die bösen und guten Tage des Lebens überwindet,

das vereinigt sich bei Ew. Durchlaucht zum leuchtenden Beispiel für alle deutschen Frauen. Huldigend neigen sich die Dirschauer Frauen vor dem hohen Fürstenpaare, eingedenk in Treue der heiligen Aufgabe, die den Frauen im Deutschen Reiche gestellt ist. — Wir bitten Ew. Durchlaucht, diese Blumen aus unseren Händen anzunehmen und gütigst zu berücksichtigen, daß diese Worte nur dem natürlichen Gefühl einfacher Frauenherzen entspringen, hervorgerufen durch die innige Verehrung und Dankbarkeit für Se. Durchlaucht den Fürsten Bismarck und seine edle Gemahlin!

Dirschau, den 23. September 1894.

Die Uebergabe eines riesigen Aehrenkranzes im Namen der Frauen begleitete Geheimer Legationsrath Gerlich mit folgender Ansprache:

Mein Fürst!

Wenn die Herzen der Töchter Westpreußens hoch und warm schlagen, dann durchbrechen ihre Gefühle jedes Programm und jede Schranke, kein Wetter hält sie zurück, und so sind sie trotz aller Hindernisse hierhergekommen, um Ew. Durchlaucht ihre Huldigung und herzlichsten Segenswünsche zu Füßen zu legen. Wir hoffen, daß es eine günstige Vorbedeutung ist für die Erfüllung dieser Wünsche, daß heute das zweiunddreißigste Jubiläum des Tages ist, an dem Ew. Durchlaucht Ministerpräsident wurde. Dieser Tag muß als ein Geburtstag für Deutschland gelten (Bravo!). Um die Wahrheit ihrer Gefühle zu zeigen, wollen die Damen allein jetzt ein Hoch auf Ew. Durchlaucht ausbringen, das für die Wahrheit ihrer Gefühle Zeugniß ablegen soll. (Begeistertes Hoch der Damen.) Durchlaucht, es ist eine berechtigte Eigenthümlichkeit der Männer Westpreußens, daß sie voll und ganz unter dem, wie man sich jetzt bei uns ausdrückt, Zeichen der Damen stehen. In diesem Zeichen werden wir besiegt. Die Damen hatten beschlossen, zu Ew. Durchlaucht zu kommen — wir hatten zu gehorchen, sie hierher zu bringen; ich weiß auch nicht, was aus uns geworden wäre, wenn wir uns nicht gefügt hätten. Ich weiß auch nicht, wie es manchem unserer Posener Nachbarn bei seiner Heimkehr ergangen sein mag, der noch heute vor acht Tagen hier fröhlich im Angesicht Ew. Durchlaucht gestanden, die Gastfreundschaft Varzins genossen und die begeisterten Ansprachen mit angehört hat, die hier an Ew. Durchlaucht gerichtet wurden. Ich fürchte für manchen, daß er zu Hause empfangen worden ist auch mit

einer begeisterten Ansprache, aber einer solchen, wie wir guten Ehemänner — mit alleiniger Ausnahme natürlich Ew. Durchlaucht — sie leider nur zu gut kennen unter dem Namen einer häuslichen Gardinenpredigt. In dieser Beziehung sind wir Westpreußen klüger gewesen als unsere Nachbarn. Wir sind die Friedfertigen, wir sind die begeisterten Schüler Ew. Durchlaucht und haben die gesunde Politik, welche Ew. Durchlaucht im großen Stil für die Consolidirung unserer inneren Zustände und Erhaltung des Friedens befolgten, in bescheidenem Umfange wenigstens für unseren Hausbedarf eingerichtet. Aber, Durchlaucht, es war nicht nur Egoismus, nicht nur Politik, daß wir unsere Frauen mit uns brachten, wir wollten Ew. Durchlaucht ehren, so viel wir konnten, und wir wollten Ew. Durchlaucht das Beste bringen von dem, was unsere Provinz hervorgebracht hat. Wir haben lange gesucht, aber wir haben nichts Besseres gefunden als unsere Damen, denen wir so viel zu danken haben, sie haben uns gelehrt, das Leben künstlerisch mit unseren Herzen aufzufassen, und uns zugänglich gemacht für jede höhere Begeisterung. In unserer Jugend haben uns unsere Mütter gelehrt, uns zu erheben an unseren alten Heldengedichten. „Uns ist in alten Maeren Wunders vil gesait von Helden lobeberen, von kühner Recken Streit“, unsere Frauen und Töchter haben uns das Verständniß gegeben, daß wir selbst ein großes Heldengedicht mit erlebt haben. Wir haben einen lieben, großen Heldenkönig und Kaiser gehabt, wie es nie einen größeren gegeben hat in aller Geschichte, und dieser Heldenkönig hat Diener, Mannen und Helfer gehabt, wie nie ein König treuere und größere gehabt hat in allen Zeiten (Bravo!), und der Segen Gottes hat geruht auf dem, was sie thaten. Und das haben wir Alles mit eigenen Augen gesehen, im hellen Lichte der Sonne, die uns bescheint, und alle kommenden Geschlechter werden uns darum beneiden, Zeugen gewesen zu sein dieser großen Zeit. Ist es da zu verwundern, daß wir herbeigeeilt sind, um die mächtige Säule zu schauen, die noch aus dieser Zeit vor uns steht, daß unsere Damen gekommen sind, um Ausdruck zu geben der hohen Begeisterung, welche die Erinnerung an diese Zeit in ihnen stets lebendig erhält? Ja, Durchlaucht, ich habe Ew. Durchlaucht ein Geständniß zu machen: und Sie, gnädigste Fürstin, müssen heute Gnade vor Recht ergehen lassen und jede Regung von Eifersucht unterdrücken, wir Männer Westpreußens thun heute dasselbe. Ich weiß nicht, ob Fräulein v. Puttkamer vor nunmehr fast fünfzig Jahren hinausgegangen ist in die Felder und Blumen gepflückt hat und die Blätter derselben ausgezupft hat und gefragt: Liebt er mich, liebt er mich nicht?

(Bravo!) Ich weiß nicht Durchlaucht, ob Ihnen die Fürstin seither gestanden hat, daß sie das gethan hat. Das aber weiß ich: unsere Frauen sind hinausgegangen in die Fluren und die Wälder, und sie haben Blumen gepflückt, die der Herbstwind noch gelassen hat, und haben sie zu einem Kranz gewunden und da hineingewunden den Segen der Ernte und hineingewunden ihre Verehrung, ihre Liebe für ihren Helden, und sie sind hierher gekommen, ihn Ew. Durchlaucht zu überreichen und Ihnen damit zu sagen: Wir Frauen Westpreußens lieben unsern Helden, den lobeberen, den kühnen Recken — wir lieben unseren Fürsten Bismarck — sie bitten mich, das Ew. Durchlaucht zu sagen, weil sie selbst zu schüchtern dazu sind — und durch meinen Mund ihre Liebeserklärung entgegen zu nehmen.

Der Fürst antwortete:

Glauben Sie nicht, daß Sie in Westpreußen das Monopol der Herrschaft über die Männer haben! Wir fügen uns alle bereitwillig dem sanften Joch und der klugen Leitung unsrer Frauen. Wir Pommern sind auch so. Ich bin deshalb sehr glücklich, hier die Vertreter der „leitenden Macht“ in so großer Anzahl zu sehn, und daß Sie nicht Wind und Wetter gescheut haben, mich zu begrüßen, wird mir gewiß Glück bringen auf meine alten Tage. Auch für den wundervollen Kranz danke ich herzlichst — aber aufsetzen kann ich ihn nicht.

30. September. Telegramm an den Abgeordneten Hammacher: Dank für die Begrüßung durch den Delegirtentag der nationalliberalen Partei Deutschlands:

Für die freundliche telegraphische Begrüßung bitte ich Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen und den Betheiligten gegenüber auszusprechen. Ihr Gruß veranlaßt mich zum Rückblick auf die lange Zeit, in der ich mit Ihren Gesinnungsgenossen gemeinsam am Ausbau des Reiches habe arbeiten können.

v. Bismarck.

30. September: Feier des Erntefestes in Varzin (Pommersche Volksrundschau, H. N. 9. 10. 1894 No. 238 M.-A.)

Ansprache des Fürsten an die Gutsarbeiter:

Kinder, ich danke Euch für Eure treue Arbeit auch in diesem Jahr. Gott hat uns eine gute Ernte wachsen lassen; nur hat er sie uns wieder zu sehr begossen. Ihr habt bei der Arbeit viel vom Wetter zu leiden gehabt. Ich habe Euch dies Jahr nicht so oft auf dem Felde besucht, wie ich es in frühern Jahren that. Ich kann auch nicht mehr so viel gehn und reiten und bin doch Gott dankbar, daß ich bei meinem hohen Alter noch am Leben bin, und ich kann Jedem von Euch wünschen, daß er ebenso alt wird wie ich jetzt bin, nämlich achtzig Jahre, und daß er ebenso wenig zu leiden hat wie ich. Ich freue mich doch, daß ich in meinem achtzigsten Jahr noch mit Euch zusammen ein Hoch auf den König ausbringen kann!

5. October: Schreiben Chrysanders im Auftrag des Fürsten an Herrn Ackermann in Beydritten: Bitte um Aufschub einer beabsichtigten Huldigung der ostpreußischen Conservativen:

Varzin, 5. October 1894.

Euer Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die gefällige Anfrage mitzutheilen, daß der Gesundheitszustand des Fürsten zur Zeit nicht günstig genug ist, um jetzt schon eine Wiederholung der Anstrengungen eines größeren Empfangs rathsam erscheinen zu lassen. Seine Durchlaucht läßt Euer Hochwohlgeboren und den betheiligten Herren für Ihre freundliche Absicht seinen verbindlichsten Dank sagen und Sie bitten, aus dem oben bezeichneten Grunde die Ausführung derselben noch etwas aufschieben zu wollen.

In vorzüglicher Hochachtung ganz ergebenst

Chrysander.

19. October: Herr Philipp v. Bismarck-Kniephof, Neffe des Fürsten Bismarck, stirbt in Wernigerode am Herzschlag.

20. October: Schreiben des Fürsten Bismarck an Oberbürgermeister Singer in Jena: Dank für die Uebersendung des Ehrenbürgerbriefs:

Varzin, 20. October 1894.

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Der mir freundlichst übersandte Bürgerbrief von Jena hat mich hoch erfreut durch die ehrenvollen Worte, welche er in einer äußern Fassung darbietet, die ein glänzendes Zeugniß von der thüringischen Kunst ablegt. Die Gabe meiner Jenenser Mitbürger wird für mich und meine Familie jeder Zeit den hohen Werth eines Andenkens an die gastliche Aufnahme haben, welche mir vor zwei Jahren in Jena zu Theil wurde. Den neuen Brunnen habe ich mit Interesse und Dankbarkeit im Bilde gesehn und freue mich, daß Herrn Professor Hildebrandts vorzüglich gelungnes Relief, dessen Entwurf mir in Kissingen gezeigt wurde, daran Platz gefunden hat. Den Bürgerbrief werde ich meiner Sammlung von Denkwürdigkeiten in Schönhausen beifügen, und er wird dort wie hier durch seine kunstreiche Ausstattung die Bewunderung der Beschauer erwecken. Euer Hochwohlgeboren bitte ich, für den erneuten Ausdruck der Anerkennung und des warmen persönlichen Wohlwollens meinen herzlichsten Dank entgegenzunehmen und den Herrn Mitgliedern der städtischen Collegien und meinen Mitbürgern aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

26. October: Reichskanzler Graf Caprivi reicht seine Entlassung ein; der Kaiser genehmigt sein Gesuch.

29. October: Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst wird zum Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten ernannt.

15. November: Schreiben an den Vorstand des Thurmbauvereins in Göttingen: Dank für die übersendeten Photographien vom Bismarckthurm:

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 13. und die Photographie des Thurmes habe ich dankbar erhalten und daraus mit Freude ersehn, in wie kurzer Zeit der stattliche

Bau gefördert worden ist. Sein Standort ist der beste, der in der Nähe der Stadt für einen Aussichtsthurm gewählt werden konnte, und wird für jeden Naturfreund anziehend sein. Den Brocken konnte man zu meiner Zeit vom Hainberge aus nicht sehn. Ich bitte, meinen wiederholten Dank den Herrn des Vorstands auszusprechen.

v. Bismarck.

23. November: Letzte Ausfahrt der Fürstin Bismarck.

27. November früh $5^1/_4$ Uhr: **Tod der Fürstin Johanna v. Bismarck.**

28. November: Telegramm an den Senatspräsidenten Versmann in Hamburg: Dank für die Aeußerung der Theilnahme:

Ich bitte Sie, dem Senat meinen herzlichen Dank für die in Ihrem Telegramm ausgesprochene warme Theilnahme ausdrücken zu wollen.

Bismarck.

29. November: Einsargung und Beisetzung der Fürstin Bismarck. (H. N. 30. 11. 1894 No. 283 M.-A. B. N. N. 30. 11. 1894 No. 606 M.-A.) Nachdem die Oberclasse der Varziner Schule die ersten beiden Strophen des Liedes „Wachet auf, ruft uns die Stimme" gesungen hatte, betrat Pastor Schumann aus Wussow das zu Häupten des Sarges errichtete Podium. Er verlas den 90. Psalm und hielt dann an die Trauerversammlung im Anschluß an 1. Mos. 24, 56: „Haltet mich nicht auf, denn der Herr hat Gnade zu meiner Reise gegeben. Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe" folgende Ansprache:

Aus grauer Vorzeit klingen diese Worte herüber aus dem Munde Eliesers, des treuen Knechtes, den es nach seinem vollbrachten Auftrag mit aller Macht heimzog zu seinem Herrn, allen treugemeinten Bitten zum Bleiben zu Trotz. Und möchten nicht auch hier, wo ein nun verwittweter Gatte den Heimgang der treuen Lebensgefährtin, die mit ihm ganz ein Herz und eine Seele geworden, beklagt, wo treuverbundene Kinder und Kindeskinder die zärtlich fürsorgende Mutter und Großmutter beweinen, wo mitfühlend und mittrauernd eine anhängliche Gemeinde und ein weiter Freundeskreis persönlich und im Geiste

um diesen Sarg sich schaart, möchten nicht auch hier Wünsche und Gedanken sich regen, welche die Heimgegangene zurückhalten möchten an ihrer Stätte hienieden, und würde in solche Wünsche und Gedanken hinein nicht auch die Stimme der Entschlafenen, wenn sie noch laut werden könnte, wehrend rufen: Haltet mich nicht auf, denn der Herr hat Gnade gegeben zu meiner Reise? Wie werden an diesem Sarge alle andern Gefühle verschlungen in den Dank für Gottes reiche Gnade, welche dieser Verewigten und durch sie Vielen widerfahren ist.

Müssen wir die Gnade Gottes preisen, die das Leben der Heimgegangenen bis in eine Höhe erhalten hat, welche bei ihrem durch Krankheit geschwächten Körper kaum erhofft wurde, noch viel mehr danken wir für alles, was durch Gottes Gnade ihr Leben so reich und so gesegnet gemacht hat. Siebenundvierzig Jahre hat sie einen vorbildlichen Ehestand führen dürfen, in dem sie mit dem Mann ihrer Wahl, Herz und Herz vereint zusammen, immer inniger zusammenwuchs, in dem es ihr galt: Je länger, je lieber! in dem die alte Ruthlosung auch die ihrige ward: „Wo Du hingehest, da will auch ich hingehen, wo Du bleibest, da bleibe auch ich! Dein Volk ist mein Volk, und Dein Gott ist mein Gott!“ Wie hat durch sie Bewährung gefunden das Loblied der Sprüche von dem tugendsamen Weibe, das viel edler ist denn die köstlichsten Perlen, ihres Mannes Herz darf sich auf sie verlassen. Wie hat im Sonnenschein häuslichen Glückes ihr Gottes Gnadensonne lange geleuchtet: Kinder und Kindeskinder hat sie aufblühen sehen; es ist ihr keines entrissen worden. Ein Quell reiner Freude, berechtigten Stolzes, hohen Glückes hat ihr Haus ihr stets sein dürfen. Auch über den engeren Kreis der Familie hat ihre theilnehmende Freundlichkeit, ihre natürliche Herzlichkeit die Herzen von nah und fern, hoch und niedrig in ungeheuchelter Liebe und dankbarer Verehrung ihr entgegenschlagen lassen. Wohl ward's jedem in ihrer Nähe.

Selbstlos, anspruchslos für sich selbst und darum fürsorgend und aufopfernd für ihre Lieben, oft in einem Grade, daß ihre sorgende Treue für Andere die eigene Schwachheit nicht nur vergessen ließ, sondern auch überwand, ist sie bei ihren reichen Gaben des Gemüthes und des Geistes der anregende Mittelpunkt, das Herz des Hauses geworden, in dem nach Gottes Vorsehung Kräfte gesammelt, Pläne geschmiedet, neue Lust geschöpft werden sollte zu Thaten, welche die Wohlfahrt und das Heil des großen Vaterlandes begründeten und erhielten. Und wenn besonders in den letzten Jahren aus allen Gauen Deutsch-

lands Männer und Frauen auch ihr huldigend nahten, ihr, die echt frauenhaft für des Vaterlandes Wohl und Wehe ein warmes Herz hatte, aber nie einen bestimmenden Einfluß für das öffentliche Leben zu gewinnen suchte — so huldigten sie nicht nur der Edeldame von Geburt und Stellung, sie huldigten vornehmlich der Edeldame von Herz und Gemüth, dem Vorbilde, der Perle deutscher Frauen, deren stilles Walten am häuslichen Herd Segensspuren verbreitete, nicht nur für ihre Familie, sondern auch für das Vaterland. Und wie der vereinsamte Gatte, die Kinder, die Freunde in schmerzlicher Bewegung, so auch, ich glaube nicht zu kühn zu reden, bekennt unser Volk dankerfüllt an ihrem Sarge: Der Herr hat Gnade gegeben zu ihrer Reise.

Freilich Gold muß gereinigt, ein Edelstein geschliffen, ein Herz geläutert werden. Gottes Weisheit läßt auch draußen mit dem Sonnenschein Sturm und Wetter wechseln; der große Meister und Erzieher droben mischt zu den Gaben zeitlichen Glückes gnadenvoll die Schickungen der Trübsale und der Leiden, um ein Herz sich ganz zu gewinnen und in sein Bild zu verklären. Und wie hat dieses nun im Sarge stille Herz bang schlagen müssen vor Besorgniß und Angst in Tagen und Stunden, wo es den Gatten, die Kinder in Gefahr und Todesbraus wußte, in Tagen und Stunden, wo durch herbe Enttäuschungen und Bitterkeiten es sich hindurchzukämpfen hatte! Hat auch in einem Gliede der Ihren, in der begeisterten Verehrung eines ganzen Volkes an ihrem Greisenalter das Prophetenwort wahr werden dürfen: „Um den Abend wird es Licht sein" — dunkle Schatten haben besonders ihre letzten Monde umdüstert. Hier in Varzin, ihrem geliebten Landsitze mit den köstlichen Wäldern, ausgedehnten Fluren, reinen Lüften hatte sie wiederum Erholung schöpfen wollen, aber ach, einer Kranken leuchtet die ersehnte Pracht der Natur nur von ferne. Seit Jahren von schwächlicher Gesundheit, wurde es gerade hier schlimmer mit ihr, Schmerzen der Entbehrung quälten. Hier ward ihr froher Muth gebeugt durch den Verlust der langjährigen treuen Herzensfreundin, der Freundin ihres Hauses,[1]) hier ward sie betrübt durch den Heimgang eines lieben Verwandten,[2]) hier ward das kürzliche Verscheiden eines treuen Dieners[3]) ihr zu einer Weissagung des eigenen Endes. In körperlichen Schmerzen, in seelischen Leiden hat sie es hier deutlich vorgefühlt, daß es Abend für sie

---

[1]) Fräulein v. Reckow.

[2]) ihres Neffen, Philipp v. Bismarck.

[3]) des Privatsekretärs Barkholz.

werden wollte und ihr Lebenstag zum Untergehen sich neigte. Aber gerade in trüben Tagen hat ihr vom Vaterhaus her schon tief religiöses Herz, das nicht nach dem Schein, sondern nach der Kraft der Frömmigkeit trachtete, inbrünstiger beten gelernt, wie bei ihrem Abendmahlsgange vor wenigen Wochen: „Bleib bei uns, Herr, bleib bei mir!“ Nach ihres Hauses Wappen war der Dreieinige ihre Stärke. Aus diesem Quell floß ihre unwandelbare Güte und ihre Selbstaufopferung, ihre rührende Geduld und Ergebung in den Schmerzen der Krankheit. Wie ihrer im Tode kurz vorangegangenen Freundin, darf auch ihr am Sarge nachgerufen werden: das Lieben war ihr Leben. O, wahrlich im Rückblick auf ihr Leben, welches sich bald durch Lieben, bald durch Leiden so tief das Gepräge des göttlichen Meisters der Liebe hat eindrücken lassen, dürfen wir bekennen: der Herr hat Gnade gegeben zu ihrer Reise, ihm sei Lob, Preis, Dank.

Und sollten wir nicht auch weiterhin unser Texteswort ihr in den Mund legen dürfen, als ein Wort an ihren erschütterten Gatten, ihre schmerzerfüllten Kinder, ihre trauernden Freunde: „Lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe.“ „Danket, daß der heiße Tiegel der Trübsal und der Schmerzen zerbrochen ist, danket, daß in Jesu Blut und Wunden ich mich demüthig betten darf, um zu finden Vergebung der Sünden, Leben und Seligkeit, danket, daß mir zu Theil wird, wovon Ihr soeben gesungen habt in meinem Lieblingslied: Nun komm, Du werthe Kron', Herr Jesu, Gottes Sohn: ich habe den Lauf vollendet, den Glauben gehalten, und was vor wenigen Jahren in geweihter Stunde gesprochen, ist mein Gebet: Herr Jesu, ich lasse Dich nicht, Du segnest mich denn; drum lasset mich, daß ich zu meinem Herrn ziehe; Sterben ist mein Gewinn.“ Ach so ziehe dahin im dunklen Todesthal, und der Herr sei dein Stecken und Stab, Du Reichgesegnete und Hochbegnadigte, Du Heißgeliebte und Tiefbeweinte. Schlummere in Frieden in Deiner Sargeskammer dem großen Auferstehungsmorgen entgegen, wache auf, wenn die Stimme des Sohnes Gottes in die Gräber dringt, und getragen von der vergebenden Liebe, welche nimmer aufhört, gehe ein zu Deines Herrn ewiger Freude. Amen!

6. Dezember: Oeffentliche Danksagung des Fürsten Bismarck (B. N. N. 8. 12. 1894 No. 621 M.-A.).

Varzin, 6. Dezember 1894.

Aus Anlaß des Todes meiner Frau ist mir und den Meinigen aus Deutschland und dem Auslande eine so

große Zahl von Kundgebungen warmen Beileids zugegangen, daß zu meinem Bedauern die mir verfügbaren Kräfte nicht ausreichen, den theilnehmenden Absendern einzeln zu sagen, wie sehr sie meinem Herzen wohlgethan haben. Ich bitte Alle, welche unsrer in diesen Tagen der Trauer freundlich gedacht, meinen und meiner Kinder herzlichen Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

6. Dezember: Telegramm an die deutsch-conservative Fraction: Dank für die Begrüßung aus dem neuen Reichstagsgebäude.

Ich danke der deutsch-conservativen Fraction verbindlichst für Ihre ehrenvolle Begrüßung aus dem neuen Reichshause.

v. Bismarck.

8. Dezember: Schreiben an Oberbürgermeister Dr. Stübel in Dresden: Dank für die Mittheilung von dem Beschluß einer Versammlung Dresdener Bürger, dem Fürsten Bismarck in Dresden ein Denkmal zu errichten.

Varzin, 8. Dezember.

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Ew. Hochwohlgeboren haben mich durch die Mittheilung über die hohe Auszeichnung erfreut, welche die Residenzstadt mir erzeigen will, und nachdem Ew. Hochwohlgeboren Schreiben zufolge Seine Majestät der König die Gnade gehabt hat, die Ausführung des Plans zu genehmigen, bitte ich Sie, meinen Mitbürgern meinen herzlichen Dank auszusprechen. Aus Dresden und aus Sachsen haben mich in den letzten Jahren viele Zeichen landsmannschaftlichen Wohlwollens als Beweise der Lebenskraft des Reichsgedankens besonders erfreut, und ich fühle mich hochgeehrt durch den neuen Ausdruck der Anerkennung, welchen Ew. Hochwohlgeboren als Vertreter der Hauptstadt mir erzeigen.

v. Bismarck.

10. Dezember: Schreiben an den Oberbürgermeister von Halberstadt: Dank für die Kranzspende beim Tode der Fürstin:

Varzin, den 10. Dezember 1894.

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Für die Worte des Beileids und die Blumenspende, mit welchen Ew. Hochwohlgeboren mich und das Andenken meiner Frau im Namen der Stadt hochgeehrt haben, bitte ich meinen herzlichen Dank entgegennehmen und meinen Mitbürgern aussprechen zu wollen.

v. Bismarck.

11. Dezember: Schreiben an Handelskammersecretär Dr. Gensel in Leipzig: Dank für die Beileidsadresse der Leipziger Bürgerschaft:

Varzin, 11. Dezember 1894.

Die theilnahmsvolle Kundgebung meiner Leipziger Mitbürger, deren Unterschriften Ew. Hochwohlgeboren mir übermittelten, hat mich durch die warmempfundnen Worte und die reiche Zahl der Unterschriften sehr wohlthuend berührt; ich bitte Sie, den Ausdruck meines herzlichen Dankes freundlich entgegenzunehmen und meinen Freunden zur Kenntniß zu bringen.

v. Bismarck.

15. Dezember: Schreiben an den Abgeordneten Placke: Dank für die Kranzspende der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten:

Varzin, 15. Dezember 1894.

Ew. Hochwohlgeboren und die an der Begrüßung vom 10. d. M. betheiligten Herrn haben mich durch den Ausdruck Ihrer Theilnahme und durch den schönen Kranz erfreut, und indem ich gern Ihres Besuchs in Friedrichsruh gedenke, bitte ich Sie, für Ihre wohlwollende Kundgebung meinen verbindlichsten Dank für Sich und für Ihre politischen Freunde entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

21. Dezember Abends $^3/_4$11 Uhr: Fürst Bismarck trifft, begleitet von seinem Sohne, Graf Herbert, seiner Tochter, Gräfin Rantzau, und Professor Schweninger in Friedrichsruh ein (H. N. 22. 12. 94 No. 302 M.=A.)

26. Dezember: Schreiben an den Vorsitzenden des Vereins ehemaliger Seydlitz=Kürassiere zu Halberstadt: Dank für das Diplom der Ehrenmitgliedschaft (B. N. N. 6. 1. 1895 No. 9 M.=A.)

Friedrichsruh, 26. Dezember 1894.

Ew. Hochwohlgeboren und die Herrn des Vorstands bitte ich, für die freundliche Zusendung des mit ausgezeichneter Kunst gefertigten Diploms meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Herrn Kameraden zur Kenntniß zu bringen. Ich bedaure sehr, daß mein zur Zeit unbefriedigender Gesundheitszustand mir die Freude, Sie hier oder in Halberstadt zu begrüßen, für jetzt nicht ermöglicht.

v. Bismarck.



1895.

11. Januar: Der russische Botschafter Graf Schuwalow mit seinem Schwiegersohn Botschaftssecretär Herrn v. Knorring in Friedrichsruh, um sich zu verabschieden.

13. Januar: Fürst v. Hohenlohe in Begleitung seines Sohnes, des Legationsrathes Prinzen Alexander, stattet dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh einen Besuch ab.

21. Februar: Magistrat und Gemeindecollegium von Lindau beschließen einstimmig die Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Fürst Bismarck.

Wortlaut der Urkunde:

Magistrat und Gemeindebevollmächtigte
der unmittelbaren bayerischen Stadt Lindau im Bodensee,
wie einst unter den freien Städten des heiligen römischen Reiches deutscher Nation im schwäbischen Reichskreise, so jetzt im neuen Deutschen Reiche der südlichst gelegenen Stadt,
haben in ihrer gemeinschaftlichen Sitzung vom 21. Februar 1895 mit Einstimmigkeit beschlossen,
Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto v. Bismarck, Herzog von Lauenburg,
des neuen Deutschen Reiches erstem Kanzler,
zur Bezeugung ihrer wärmsten Glückwünsche an hochdessen
80. Geburtstage
in freudigster und dankbarster Würdigung der unsterblichen Verdienste, welche er durch Kraft des Denkens, durch unermüdliche aufopferungsvolle Arbeit um die Aufrichtung, Festigung und Ausgestaltung des Deutschen Reiches sich erworben,
dann in der Erfahrung, daß die von ihm errungene Einigung, durch welche unser deutsches Volk zu Ehren und Ansehen wieder gekommen, nicht zum mindesten gerade den äußersten Gliedern und Gemeinden des Reiches zu Gute komme,
endlich in der Ueberzeugung, daß das Reich auf dem von ihm beschrittenen Wege zu der Höhe gelangen werde, welche das unverrückbar festgehaltene Ziel seiner Begründer war, durch
Verleihung des Ehrenbürgerrechts
in die Zahl seiner Bürger aufzunehmen und zum bleibenden Gedächtniß hieran den Platz am altehrwürdigen Rathhause, in dessen Mauern vor 400 Jahren des alten Reiches Stände getagt, mit dem Namen
Bismarck-Platz
zu zieren und so die Erinnerungen an des Reiches Wiederhersteller in der Inselstadt am Fuß der Alpen bei Kind und Kindeskind in Ehren zu erhalten. Hierüber ist diese Urkunde ausgefertigt.

Stadtmagistrat und Gemeindecollegium.

c. 22. Februar: Schreiben an Lehrer Eppelsheimer in Neuenhain bei Wiesbaden: Dank für die Ernennung zum Ehrenpräsidenten des Gesangvereins „Apollo“:

Ew. Wohlgeboren und allen Mitgliedern des „Apollo" danke ich verbindlich für die Ehre, die Sie mir durch die Ernennung zum Ehren-Präsidenten erwiesen haben. In angenehmer Erinnerung an den Taunus und meine Frankfurter Beziehungen zu dessen Wäldern nehme ich das Ehrenamt gern an; ich rechne dabei aber darauf, daß der Verein meine persönliche Mitwirkung nachsichtig beurtheilen werde.

v. Bismarck.

24. Februar: Eine Deputation von Leipziger Bürgern in Friedrichsruh (Dr. H. Voigt, Oberlehrer Geyer, Rechtsanwalt Kretschmer, Steinmetzmeister Schmölling), um die Erlaubniß zu einer größeren Huldigung einzuholen (Bericht in den L. N. N. 4. 3. 1895 No. 63, Geyer, Eine Bismarckfahrt 77 ff.)

27. Februar: Telegramm an Graf Eulenburg-Prassen: Dank für die Beglückwünschung des 19. ostpreußischen Provinziallandtags:

Ew. Excellenz bitte ich meinen verbindlichsten Dank für die ehrenvolle Begrüßung entgegenzunehmen und den Herrn Ständen übermitteln zu wollen. v. Bismarck.

1. März: Große Studentencommerse zu Ehren des Fürsten Bismarck in Berlin und Erlangen. (Vgl. Wippermann, Fürst Bismarcks 80. Geburtstag S. 52 ff.).

2. März: Telegramm an den Präsiden des Bismarck-Commerses der Berliner Hochschulen:[1])

Für Ihre mir soeben zugehende telegraphische Begrüßung und für die hohe Ehre, welche mir durch die gestrige Feier erwiesen worden ist, sage ich Ihnen und allen Theilnehmern verbindlichsten Dank. v. Bismarck.

---

[1]) Das Begrüßungstelegramm, am 2. März früh $1^1/_2$ Uhr in Berlin aufgegeben, traf früh $7^1/_2$ Uhr in Friedrichsruh an. Es lautete: „Die Studirenden der Kgl. Friedrich Wilhelms-Universität, der landwirthschaftlichen und thierärztlichen Hochschule, der Berg- und Kunstakademie, in ihrer Mitte Se. Durchlaucht der Herr Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, sind zur Feier des Geburtstags Ew. Durchlaucht in der Brauerei Friedrichshain versammelt. In aufrichtiger Liebe und ewiger Dankbarkeit senden die Studirenden ihrem heißgeliebten Fürsten Bismarck die herzlichsten Grüße. Gott schütze unsern theuren Fürsten, den Leitstern der akademischen Jugend."

6. März: Großer Studentencommers zu Ehren des Fürsten Bismarck in Tübingen (Wippermann a. a. O. 59 ff.). — Schreiben an Bürgermeister Borscht in München: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 2. d. Mts. habe ich mit verbindlichstem Dank erhalten. Die Verleihung des Bürgerrechts der Haupt- und Residenzstadt München gereicht mir zur hohen Ehre, und ich werde mich sehr freuen, den Besuch der Herrn Vertreter der Stadt am 2. kommenden Monats zu empfangen.

v. Bismarck.

7. März: Schreiben an das Präsidium des Landeskriegerverbands „Hassia" in Darmstadt: Dank für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft:

Das gefällige Schreiben vom 5. dieses Monats habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten und werde mich durch die Verleihung der Mitgliedschaft des Landesverbandes „Hassia" hoch geehrt fühlen.

Friedrichsruh, 7. März 1895.

v. Bismarck.

9. März: Schreiben an den Vorsitzenden des westpreußischen Provinziallandtags, Herrn v. Graß: Dank für die Glückwunschadresse:

Friedrichsruh, 9. März 1895.

Die ehrenvollen Worte, mit denen der Provinzial-Landtag meines bevorstehenden Geburtstages gedenkt, haben mich in dankbarer Erinnerung an den vorjährigen Besuch meiner westpreußischen Landsleute in Varzin besonders erfreut, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, für die hohe Ehre, welche der Landtag mir erzeigt, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegennehmen und den Herrn Deputirten übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

10. März: Die „Gemeinde Gabelbach" auf dem Kickelhahn bei Ilmenau beschließt den Fürsten Bismarck zum Ehrenschulzen

zu ernennen. Der „Gemeindevorsitzende“, Justizrath Schwanitz, theilt dem Fürsten die Ernennung in folgendem Schreiben mit:

Durchlauchtigster Fürst!

Hoch oben auf Thüringens Bergen — auf dem classischen Boden, den für alle Zeiten der Genius eines Goethe geweiht hat — auf seinem „erhabenen Berg“, dem Kickelhahn, hat sich eine kleine, eigenartige Gemeinde angesiedelt, deren von Poesie und Waldesrauschen verschöntes und verklärtes Walten Ew. Durchlaucht aus den beigefügten Drucksachen ersehen wollen. Die Zeit ihrer Gründung ist bestritten. Nach der einen Lesart fällt sie in das Jahr 1859, nach der anderen, jedenfalls glaubhafteren, etwas weiter zurück — ins Jahr 933. Wir selbst behaupten mit voller Bestimmtheit und darum doch gewiß auch mit Fug und Recht, daß in eben diesem Jahre Kaiser Heinrich I. ihr hoher Begründer und von da ihr erster Schulze gewesen sei. Ist's da ein Wunder, wenn auch jetzt noch, sogar weit über den Kreis der Ortsnachbarn hinaus, unser Schulzenamt, wie von einem wahren Glorienschein umflossen, in einem hohen, jedes Magistratsamt des Deutschen Reiches weit überragenden Ansehen steht?! Ew. Durchlaucht hat unsere, von warmer Vaterlandsliebe erfüllte Gemeinde alljährlich in telegraphischer und sonstiger Form den schuldigen Tribut unbegrenzter Verehrung und Dankbarkeit dargebracht. Jetzt, beim Herannahen des 1. April, eines wahrhaft nationalen Festtags, rüstet auch sie sich gleich so vielen Schwestergemeinden des Reichs, dem Deutschesten der Deutschen, dem großen Einiger des Vaterlands, in einem, wenn auch nur bescheidenen, äußeren Zeichen eine Huldigung darzubringen, wie sie der traditionellen Eigenart unseres Gemeinwesens entspricht. Und so wagen wir es denn, Ew. Durchlaucht das Höchste und Vornehmste, was wir überhaupt zu bringen vermögen, das Ehren-Schulzenamt unserer Gemeinde in aller Ehrfurcht anzubieten mit der tiefempfundenen Versicherung, daß wir uns wahrhaft beglückt fühlen würden, wenn der herzenswarmen Bitte, welche ich soeben auf Grund eines einmüthig gefaßten Gemeindebeschlusses auszusprechen unternommen habe, von Ew. Durchlaucht huldvoll Gehör geschenkt würde. Sobald die — heißersehnte günstige — Entscheidung uns zugekommen ist, werden wir nicht ermangeln, ein förmliches Diplom nachfolgen zu lassen.

Mit den treuinnigsten Gemeinde-Wünschen für Ew. Durchlaucht dauerndes Wohlbefinden zeichne ich in größter Ehrerbietung Ew. Durchlaucht gehorsamster

Schwanitz,

Justizrath, Gemeindevorsitzender auf Gabelbach.

13. März: Schreiben Bismarcks an Justizrath Schwanitz: Dank für Verleihung des „Ehrenschulzenamts“ in der Gemeinde Gabelbach.

Ew. Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten. Ich fühle mich hochgeehrt durch die Verleihung des Amtes eines Ehrenschulzen Ihrer alten Gemeinde. Ich bedaure, daß ich selbiger nicht eben so förderlich sein kann, wie mein ruhmreicher Vorgänger aus unsrer großen Kaiserzeit, aber die Liebe zum Walde theile ich mit ihm und mit Ihnen.

v. Bismarck.

14. März: Die Berliner Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag des Magistrats, eine gemeinschaftliche Glückwunschadresse an Fürst Bismarck zu richten, ab.

15. März: Commers älter Burschenschafter zu Ehren des Fürsten Bismarck in München.

15. März: Das preußische Herrenhaus beschließt auf Vorschlag des Vicepräsidenten Frhrn. v. Manteuffel, dem Fürsten v. Bismarck durch den Gesammtvorstand des Herrenhauses seine Glückwünsche aussprechen zu lassen.

Amtlicher Bericht über die 4. Sitzung des Herrenhauses vom 15. März 1895.[1]

Vicepräsident v. Manteuffel:

— — In den nächsten Tagen haben wir den 80. Geburtstag unseres Mitgliedes, des Fürsten Bismarck, zu feiern. Ich habe mir erlaubt, den Gesammtvorstand zu einer Sitzung zu berufen, um mit ihm Vereinbarungen zu treffen über Vorschläge, die wir diesem hohen Hause zu machen hätten bezüglich der Feier des Geburtstags Sr. Durchlaucht des Fürsten v. Bismarck.

Der Gesammtvorstand hat sich dahin schlüssig gemacht, daß das Herrenhaus, welches die Ehre hat, den Fürsten v. Bismarck zu seinen Mitgliedern zu zählen, den 80. Geburtstag dieses Mannes nicht darf vorübergehen lassen, ohne ihm die allerherzlichsten Glückwünsche und Segenswünsche für diesen Tag zu unterbreiten.

Der Gesammtvorstand war von dem Gedanken geleitet, daß wenn der Mann, der selbst von seinen Feinden als der größte Staatsmann dieses Jahr-

[1]) Stenographische Berichte 19—20.

hunderts anerkannt wird, seinen 80. Geburtstag feiert, dann diejenige Körperschaft, der er als Mitglied angehört, in allererster Linie die Verpflichtung hat, ihm ihre Glückwünsche darzubringen. (Bravo!)

Deshalb macht Ihnen der Gesammtvorstand durch mich den Vorschlag, das hohe Haus wolle beschließen, dem Fürsten v. Bismarck die Glückwünsche dieses hohen Hauses zu überbringen und zwar dadurch, daß der Gesammtvorstand sich an einem noch näher zu vereinbarenden Tage nach Friedrichsruh begiebt und dort ihm die Glückwünsche des Herrenhauses ausspricht. (Lebhaftes Bravo!)

Ich nehme an, daß die Herren mit diesem Vorschlage Ihres Gesammtvorstandes einverstanden sind (Zustimmung), und werde mich sofort mit Friedrichsruh in Verbindung setzen und zu erfahren suchen, welcher Tag und welche Stunde am geeignetsten erscheint für den Empfang des Gesammtvorstandes dieses Hauses. Ich werde dann unverzüglich die Mittheilung den betreffenden Herren und allen Mitgliedern dieses Hauses zugehen lassen und gleichzeitig selbstverständlich unserm hochverehrten Präsidenten, der ja leider durch Krankheit verhindert ist, an den Sitzungen jetzt theil zu nehmen, hiervon Kenntniß geben.

v. Pfuel:

Meine Herren, die Ovation, die wir dem Fürsten v. Bismarck bringen wollen, indem der Gesammtvorstand des hohen Hauses ihm an seinem Geburtstage im Namen des Herrenhauses seine Gratulation darbringt, wird nur eine vorübergehende sein, aber wir können, meine Herrn, auch ein dauerndes Andenken an diesen Tag und an das ganze Wirken des Fürsten v. Bismarck auch in unserem Hause uns schaffen, wenn wir, anknüpfend an einen Vorschlag, der schon im Jahre 1890 hier zur Sprache kam, hier in diesem Saal seine Büste aufstellen. (Lebhaftes Bravo!)

Meine Herren, im Jahre 1890 war es mir, als dem ersten Redner, der damals das Wort ergriff, als wir nach dem Scheiden des Fürsten aus seinem Amt hier wieder zusammentraten, vergönnt, dem Fürsten v. Bismarck einen warmen patriotischen dankbaren Nachruf zu widmen. Dabei habe ich Folgendes gesagt:

> Möchte es uns vergönnt sein, hier im Saale sein Bild oder seine Büste zu besitzen als ein Vorbild von Patriotismus, von Treue, von Arbeitsamkeit, das würde uns aufmuntern, in gleicher Weise weiter hier in seinem Sinne fortzuarbeiten.

Meine Herren, einen geeigneteren Moment als den seines 80. Geburtstags können wir nicht finden, um ihm zu seinen Lebzeiten noch hier in unserem Sitzungssaal ein Denkmal aufzurichten; ich behalte mir vor, den nothwendigen Antrag dazu bei unserer nächsten Zusammenkunft zu stellen, und bitte Sie dann, mich darin zu unterstützen. (Lebhaftes Bravo!)

16. März: Schreiben an den Magistrat der Stadt Trebbin: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Friedrichsruh, den 16. März 1895.

Das gefällige Schreiben vom 8. d. Mts. habe ich erhalten. Ich fühle mich durch die Verleihung des Bürgerrechts von Trebbin hoch geehrt und bitte die städtischen Körperschaften, für diese Auszeichnung den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

17. März: Telegramm an Frhrn. v. Mittnacht: Glückwunsch zum 70. Geburtstag:

Erlauben Sie, verehrter Freund, daß ich, kurz bevor ich die siebenziger verlasse, Ihnen zum Eintritt in das achte Jahrzehnt von Herzen Glück und Gesundheit wünsche.

Bismarck.

18. März: Telegramm an Hofkunstfärber Neunhöffer in Mergelstetten: Dank für die Begrüßung durch vier schwäbische Altersgenossen:[1])

Ich danke herzlich für zehnjährige Ausdauer, habe aber nicht den Muth, mich auf neue zehn Jahre zu verpflichten.

v. Bismarck.

---

[1]) Die Begrüßung erfolgte in einem Telegramm folgenden Wortlauts:

Durchlaucht Fürst Bismarck!

Vor zehn Jahren erlaubten sich sieben Altersgenossen eines schwäbischen Dorfes, ihrem berühmten Altersgenossen zum siebenzigsten Geburtstag ihre Glückwünsche zu übermitteln, und empfingen hierauf von Ew. Durchlaucht die freudige Kunde, daß sie den Austausch der Begrüßung wiederholen möchten, „wenn wir acht Achtziger sein werden". Dieser prophetische Wunsch ist gottlob insofern in Erfüllung gegangen, daß immerhin noch vier von den hiesigen sieben siebenziger Altersgenossen heute mit bewegtem und glücklichem Herzen Ew. Durchlaucht ihre innigsten und ehrfurchtsvollsten Glückwünsche auch als Achtziger darbringen können, und werden sie bei der am 1. April hier stattfindenden Festversammlung patriotischer Einwohner auf das Hoch des gefeierten Altreichskanzlers ihr Glas leeren.

Im Namen der vier noch lebenden Altersgenossen

Hofkunstfärber Neunhöffer,
Mergelstetten in Württemberg.

18. März: Die Stadt Halle a. S. verleiht dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht.

Wortlaut der Urkunde:

Dem Fürsten Bismarck

verleihen wir in dankbarster Anerkennung seiner unvergänglichen Verdienste um die Einigung des deutschen Vaterlandes das

Ehrenbürgerrecht der Stadt Halle a. S.

Halle, den 18. März 1895.

Der Magistrat. Die Stadtverordneten.
Staude. Dittenberger.

19. März: Schreiben an Lehrer em. Lehmann in Brück bei Belzig: Dank für das Schreiben vom 16. März mit Mittheilungen über Bismarcks Auftreten in einer Wahlversammlung, die im Sommer 1848 in der Schule zu Barnewitz abgehalten wurde. (B. N. N. 28. 3. 1895 No. 160 A.-A. H. N. 29. 3. 1895 No. 76 A.-A.)

Friedrichsruh, 19. März 1895.

Ew. Wohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihr freundliches Schreiben vom 6. d. Mts., das mir den von Ihnen geschilderten Vorgang in der Barnewitzer Schule, an den ich mich sehr wohl erinnere, aufs Neue ins Gedächtniß gerufen hat.

v. Bismarck.

21. März: Schreiben Chrysanders im Auftrag des Fürsten an den Besitzer der ehemaligen Immich'schen Restauration in Potsdam (Mammonstraße 1):

Friedrichsruh, den 21. März 1895.

Geehrter Herr!

Fürst Bismarck beauftragt mich, Ihnen auf gefälliges Schreiben vom 20. d. Mts. zu erwidern, daß er im Jahre 1844 in dem Hause Ihres Großvaters in einem Zimmer des ersten Stockes gewohnt und in dem Restaurant viele Eisbeine gegessen hat.

Ihr ergebener

Chrysander.

23. März: Schreiben an den Oberbürgermeister von Elberfeld, Geh. Regierungsrath Jäger: Dank für die Mittheilung von der Ernennung Bismarcks zum Ehrenbürger der Stadt Elberfeld:

Friedrichsruh, 23. März 1895.

Durch die Verleihung des Bürgerrechts von Elberfeld, mit dem mich alte Erinnerungen an die erste Norddeutsche Reichstagswahl verbinden, fühle ich mich hoch geehrt und bitte Ew. Hochwohlgeboren und die Stadt, für die Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank und meine herzlichen Wünsche für das fernere Gedeihen aller Elberfelder Gewerbe entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

23. März: Das preußische Abgeordnetenhaus nimmt den Antrag des Abg. Achenbach, dem Fürsten Bismarck anläßlich seines bevorstehenden 80. Geburtstages die Glückwünsche des Hauses der Abgeordneten durch den Präsidenten darzubringen, mit großer Mehrheit an; der Reichstag lehnt mit 163 gegen 146 Stimmen einen gleichen Antrag des Präsidenten v. Levetzow ab.

Auf die Kunde von dem Beschluß des Reichstags richtet Kaiser Wilhelm II. folgendes Telegramm an Fürst Bismarck:

An Fürsten v. Bismarck, Herzog Lauenburg

Friedrichsruh.

Ew. Durchlaucht ausspreche Ausdruck tiefster Entrüstung über eben gefaßten Beschluß Reichstags. Derselbe steht vollsten Gegensatz zu Gefühlen aller deutschen Fürsten und Völker.

Wilhelm.

Fürst Bismarck erwidert:

Seiner Majestät Kaiser Könige

Berlin.

Ew. Majestät bitte ich ehrfurchtsvollen Ausdruck meiner Dankbarkeit für Allerhöchste Kundgebung entgegenzunehmen, durch welche Majestät jene mir noch unbekannte

Unerfreulichkeit meiner alten politischen Gegner zum Anlaß einer erfreulichen Genugthuung für mich umwandeln.

Bismarck.

Amtliche Berichte.

48. Sitzung des Hauses der Abgeordneten, Sonnabend, den 23. März 1895.[1])

Antrag des Abgeordneten Achenbach:

Das Haus wolle beschließen:

Der Herr Präsident wird beauftragt, dem Fürsten v. Bismarck anläßlich seines bevorstehenden Geburtsfestes die Glückwünsche des Hauses der Abgeordneten darzubringen.

Abgeordneter Dr. Freiherr v. Heereman:

Im Namen meiner politischen Freunde gebe ich folgende Erklärung ab:

An der politischen Kundgebung zur allgemeinen Ehrung und Anerkennung des früheren Ministerpräsidenten und Reichskanzlers zu seinem Geburtstage theilzunehmen, sind wir zu unserm Bedauern außer Stande.

Derselbe ist bei der mit dem Rechte vielfach nicht zu vereinbarenden und die kirchlichen Verhältnisse störenden Richtung seiner Amtsthätigkeit insbesondere der katholischen Kirche in Preußen und Deutschland in so scharfer Weise und mit so schädigender Wirkung entgegengetreten, daß die herbeigeführten großen Nachtheile jetzt noch in hohem Maße fühlbar und auch durch die anerkennenswerthe Einlenkung in friedlichere Verhältnisse nicht hinreichend beseitigt worden sind.

Da wir eine nähere Erörterung über diese Frage zur Zeit nicht für wünschenswerth erachten, werden wir an einer weiteren Besprechung, falls sie beliebt werden sollte, uns nicht betheiligen.

Abgeordneter Graf zu Limburg-Stirum:

Meine Herren, von allen Seiten Deutschlands bereitet man sich vor, dem Fürsten Bismarck zur Vollendung des 80. Lebensjahres Ovationen und Glückwünsche darzubringen in einer Weise, wie dies wohl noch nie stattgefunden hat. Die Geschichte wird es als einen schönen Zug in dem Charakter des deutschen Volks bezeichnen, daß es dankbar gewesen ist für so große Leistungen, wie sie der Fürst Bismarck hinter sich hat (Bravo! bei den Nationalliberalen), daß das deutsche Volk dankbar dafür ist, daß er einen Jahrhunderte alten Wunsch nach Einigung des Deutschen Reichs erfüllt hat, daß er dem Deutschen im In- und Auslande sein Selbstbewußtsein wiedergegeben hat. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

---

[1]) Stenographische Berichte 1539—1541.

Unter diesen Umständen würde es befremden, wenn nicht dieses Haus sich den Kundgebungen in erster Linie anschlösse. Denn, meine Herren, in diesen Räumen hat Fürst Bismarck unter heißen Kämpfen die Grundlage zu der großen politischen Stellung gelegt, die er inne hat. Durch diese politische Stellung hat er sich nachher erbitterte Feinde zu begeisterten Freunden, vertrauensvollen Anhängern gemacht. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Er hat sich die Stellung erworben, daß im Auslande sein Name mit Hochachtung und von den Deutschen mit Stolz genannt wurde.

Meine Herren, da, meine ich, muß es uns mit Bedauern erfüllen, wenn unserm Antrage widersprochen wird, den Fürsten Bismarck zur Vollendung des 80. Jahres amtlich zu beglückwünschen.

Meine Herren, die Auffassung, die aus den Worten des Herrn Vorredners hervorging, ist meiner Ansicht nach keine historische; denn ich meine, in einem Moment, wie dem jetzigen, sollte man dasjenige hervorheben, was vereint, (Sehr richtig! und Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen) und nicht dasjenige hervorheben, was trennt. (Erneutes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich glaube auch, die Geschichte wird nicht verzeichnen, daß der Fürst Bismarck die Ursache von den kirchenpolitischen Wirren und Conflicten gewesen ist, welche wir gehabt haben, sondern die Geschichte wird sagen, daß diese kirchenpolitischen Conflicte begründet lagen in den Verhältnissen, wie sie in Deutschland nun einmal sind (Widerspruch im Centrum), in dem Zusammenleben der beiden Confessionen und in dem nie genau zu definirenden Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche. Und wenn man das erwägt, dann muß man sagen, daß Fürst Bismarck nur eine Situation aufgenommen hat, wie sie war. Diese Conflicte wären gekommen, ob Fürst Bismarck da war oder nicht. (Widerspruch im Centrum; sehr richtig! rechts.) Meine Herren, das Gemeinschaftliche aber, welches wir alle mit einander haben, und von dem ich weiß, daß es viele treue Katholiken im Lande und, ich bin auch überzeugt, in diesem Hause mit uns theilen, ist die Freude an dem neugeschaffenen Deutschen Reich und die Freude an der Stellung, welche den Deutschen im Auslande durch ihn geworden ist. Und darum, meine Herren, glaube ich, können wir unbesorgt den Antrag annehmen, den wir gestellt haben, und der Ueberzeugung sein, daß sich dem Glückwunsche, den unser Herr Präsident Namens des Hauses aussprechen wird, viele Katholiken, treue Söhne ihrer Kirche, anschließen. (Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.) Und, meine Herren, ich muß auch hinzufügen, was hat sich denn in den Dingen seit zehn Jahren so verändert, daß die Herren zu einer so veränderten Stellung kommen? Am 28. März 1885 sagte der Präsident dieses Hauses:

„Meine Herren, der Herr Präsident des Staatsministeriums Fürst v. Bismarck feiert in den nächsten Tagen seinen 70. Geburtstag. Ich glaube, daß das Haus es sich nicht wird versagen wollen, auch seinerseits aus diesem besonderen Anlaß den Fürsten zu beglückwünschen und setze das Einverständniß darin voraus, daß solches durch den Präsidenten zu

geschehen haben wird. Es erfolgt kein Widerspruch, ich werde demgemäß verfahren." (Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ja, meine Herren, dem gegenüber habe ich weiter garnichts hinzuzufügen. Ich habe ein Gefühl des aufrichtigen Bedauerns (Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen), daß die Herren, mit denen wir trotz allem, was sie gesagt haben, doch in den wesentlichsten patriotischen Gefühlen uns eins fühlen, in die Ovation für einen Mann, wie ihn Deutschland seit Jahrhunderten nicht gehabt hat (Lebhafte Rufe rechts und bei den Nationalliberalen: Noch niemals!) und lange nicht haben wird, nicht einstimmen. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abgeordneter Virchow:

Meine Herren, die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei haben geglaubt, daß bei dieser Gelegenheit zu einer Discussion eigentlich kein Platz sei, und daß jede Fraction in sich selbst, in ihrem Schooße, die Beschlüsse berathen und fassen werde, welche hier zum Ausdruck kommen sollen. (Rufe: Lauter!) — Ich sage: wir haben nicht geglaubt, daß Sie bei dieser Gelegenheit eine Discussion über den Fürsten Bismarck hervorrufen würden. (Rufe: Wir auch nicht!) Ich bin daher nicht beauftragt, in eine solche Discussion einzutreten, und habe auch persönlich keine besondere Veranlassung dazu. Ich bin der Meinung, es wäre vielleicht natürlicher, daß wir bei einer anderen Gelegenheit diese allgemeinen Fragen austragen, da sie eine unmittelbar praktische Bedeutung nicht haben, und so beschränke auch ich mich darauf, Ihnen die Erklärung zu verlesen, welche die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei vor Ihnen und vor dem Lande abgeben:

> Es bedarf keiner Erinnerung daran, daß die Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei, wie früher die der deutschen Fortschrittspartei die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches offen anerkannt haben. — Die Verhandlungen dieses Hauses gaben Zeugniß davon. Wir wiederholen für uns dieses Anerkenntniß. Wenn wir trotzdem (Lachen rechts) an der Feier, welche man jetzt plant, nicht theilnehmen können, darf Niemand darüber erstaunt sein (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen), daß eine Partei, welche Jahrzehnte hindurch in principiellem Gegensatz zu der inneren Politik des Fürsten Bismarck gestanden hat, diesen Gegensatz nicht in einem Augenblicke verschleiern darf, wo die Verwirrung des öffentlichen Geistes, die durch ihn hervorgerufen wurde (Lachen und Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen; sehr gut! links), eine fast allgemeine geworden ist. Die Enthebung des Fürsten von den höchsten Staatsämtern war eine Vorbedingung für die Genesung des Volksgeistes. (Lachen und Widerspruch rechts und bei den Nationalliberalen; sehr gut! links.) Die jetzige Demonstration würde nur von Neuem verwirrend einwirken. Die Mitglieder der freisinnigen Volkspartei werden deshalb gegen den Antrag Achenbach stimmen. (Lachen rechts und bei den Nationalliberalen; Bravo! links.)

Abgeordneter Rickert:

Meine Herren, ich beschränke mich auf die Erklärung, daß meine näheren Freunde und ich für den Antrag stimmen werden. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abgeordneter Motty:

Meine Herren, ich habe im Namen meiner Landsleute folgende Erklärung abzugeben:

> Der gestellte Antrag ist eine hochpolitische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten Bismarck in Staat und Reich einen prägnanten Ausdruck zu geben. (Sehr richtig!) An einer derartigen Kundgebung theilzunehmen, verbietet uns als einer politischen Partei die Rücksicht darauf, daß sich sowohl das amtliche, als auch das außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf nationalem und kirchlichem Gebiete zu wahren haben, in schroffen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat. Wir sind daher nicht in der Lage, uns den Herren Antragstellern anzuschließen und werden gegen den gestellten Antrag stimmen. (Bravo! im Centrum.)

Bei der nun folgenden Abstimmung wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen.

Präsident v. Köller:

Ich übernehme mit Freude den Auftrag, den mir das Haus gegeben hat, und werde am Montag den Auftrag ausrichten. (Lebhaftes Bravo! Bewegung.)

68. Sitzung des Reichstags,

Sonnabend, den 23. März 1895.[1])

Präsident v. Levetzow:

Meine Herren, am bevorstehenden 1. April vollendet der frühere Reichskanzler Fürst Bismarck sein achtzigstes Lebensjahr. Es erscheint mir geboten, daß der Reichstag Ausdruck giebt seiner Theilnahme an diesem Tage, welcher den letzten unter den hervorragenden Begründern des Deutschen Reiches ein wenigen Sterblichen beschiedenes Alter erreichen läßt. Deshalb bitte ich um die Ermächtigung, dem Fürsten Bismarck den Geburtstagsglückwunsch des Reichstags ausdrücken zu dürfen. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Graf Hompesch:

Meine Herren, in der Voraussicht, daß der Präsident den eben gehörten Vorschlag dem Reichstage unterbreiten würde, habe ich im Namen meiner politischen Freunde folgende Erklärung abzugeben:

> Die beantragte Beglückwünschung des Fürsten Bismarck seitens des Reichstags gilt der politischen Persönlichkeit, ist ein politischer Akt. Dieses um so mehr, als schon seit Wochen einem desfallsigen Schritt des Reichs-

---

[1]) Stenographische Berichte 1671—1676.

tags die Eigenschaft ganz besonderer Ehrung des Staatsmanns als solchen beigemessen wird.

Das Centrum kann sich an einer unterschiedlosen Billigung der Grundsätze, nach denen Fürst Bismarck die deutsche und preußische Politik geleitet hat und heute noch zu beeinflussen bestrebt scheint, und zahlreicher der wichtigsten Anregungen und Handlungen, in denen jene Grundsätze Ausdruck fanden, nicht betheiligen.

Das Centrum könnte ebensowenig dem Verdacht einer solchen Billigung entgehen, wenn es den Vorschlag eines Reichstagsglückwunsches ohne allen Widerspruch ließe; denn Fürst Bismarck ist ein untheilbares Ganzes. (Sehr richtig! Lebhafte Heiterkeit.) Die Rücksichten der Höflichkeit, welche vor zehn Jahren obwalteten, fallen im Augenblick, da Fürst Bismarck nicht mehr im Amt ist, gänzlich fort. (Heiterkeit und sehr richtig!) Nicht minder können Ehrenbezeigungen, die activen Reichstagsmitgliedern erwiesen wurden, hier nicht in Betracht kommen.

Somit sind wir, zu unserm Bedauern, außer Stande, einem Glückwunsch von Seiten des Reichstags zuzustimmen. Wir verzichten jedoch auf die Aufzählung derjenigen Gründe, die uns im Einzelnen unmöglich machen, in die vielseitigen Kundgebungen einzustimmen, um nicht durch Streit um eine Persönlichkeit die ohnehin großen Schwierigkeiten der allgemeinen Lage zu erhöhen.

Zu dieser unserer Erklärung habe ich nichts weiter hinzuzufügen. (Lebhafter Beifall im Centrum und links.)

Abgeordneter v. Bennigsen:

Meine Herren, meinen politischen Freunden erscheint es als eine Ehrenpflicht, dem Fürsten Bismarck, welchem Deutschland seine nationale Einheit und seine Machtstellung in der Welt verdankt, zum 80. Geburtstage durch den Herrn Präsidenten die Glückwünsche des Reichstags auszudrücken. (Lebhafter Beifall.) Viele Tausende von Deutschen aller Berufsklassen und der verschiedensten politischen Anschauungen rüsten sich jetzt in der Heimath und in der Ferne, den 80. Geburtstag des großen Staatsmanns in würdiger Weise zu feiern. Nicht begreifen würde man es, und unverständlich würde es bleiben in unserem Vaterland und außerhalb desselben, wenn der Deutsche Reichstag, welcher garnicht existiren würde (Sehr gut!) ohne die erfolgreiche politische Thätigkeit des Fürsten Bismarck, gewissermaßen allein an diesem Tage unthätig und grollend zur Seite stände.

Ich weiß wohl: für die großen und umfassenden Aufgaben und für die Arbeit eines langen, aufopfernden, im Dienste des Vaterlands zugebrachten Lebens war neben anderen Eigenschaften des Geistes und Charakters auch ein überaus großes Maß von Willenskraft und Leidenschaft erforderlich. Diese Eigenschaften, die das Gelingen der großen nationalen Arbeit bedingten, waren allerdings vielfach auch Veranlassung zu scharfen Gegensätzen und Kämpfen auf dem Gebiete der inneren Politik in Preußen und in Deutschland. Aber, meine Herren, es wäre doch ein bedauerliches Zeichen für die Vertretung einer großen

Nation (Sehr richtig!), wenn sie in dem Moment einer so seltenen Feier, des achtzigsten Geburtstages eines Mannes, welcher seit Jahren aus der activen politischen Thätigkeit ausgeschieden, mit keiner der Parteien in parlamentarischen Kämpfen mehr begriffen ist, — wenn sie in einem solchen Augenblick nicht unbefangen genug sein könnte, die Erinnerung an politische Gegensätze und schwere Kämpfe zurücktreten zu lassen gegenüber der gerechten historischen Würdigung einer großen Persönlichkeit, welcher Jahrhunderte unserer deutschen Geschichte wenige Männer an die Seite zu stellen im Stande gewesen sind. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Richter:

Meine Herren, Namens der freisinnigen Volkspartei und zugleich der deutschen Volkspartei habe ich Folgendes zu erklären.

Die angeregte Beglückwünschung als einfache Bekundung menschlicher Theilnahme für den hochbejahrten Staatsmann aufzufassen, verhindert uns schon die Art, wie ein Theil der Anhänger des Fürsten Bismarck beflissen ist, die Geburtstagsfeier zu einem politischen Huldigungsakt für denselben auszugestalten und zu parteipolitischen Zwecken für sich selbst auszunutzen. (Sehr richtig!) Auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk (Zwischenrufe rechts.) — die Unterbrechungen bestätigen die erwähnte Absicht parteipolitischer Ausnutzung — auch wir verkennen durchaus nicht die großen Verdienste des Fürsten Bismarck um das deutsche Einigungswerk und die auswärtige Politik unseres deutschen Vaterlandes. Aber die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck kann und muß beanspruchen, ganz und ungetheilt beurtheilt zu werden. Fürst Bismarck ist zugleich der Träger eines Systems der inneren Politik, das wir als dem Liberalismus und dem parlamentarischen Wesen entgegengesetzt ansehen müssen und deshalb im Interesse von Volk und Vaterland zu bekämpfen stets für unsere patriotische Pflicht erachtet haben. (Lachen rechts. Sehr gut! links.) Insbesondere hat Fürst Bismarck im letzten Abschnitt seiner politischen Wirksamkeit jene die Volkseinheit zersetzenden Interessenkämpfe entzündet und geschürt, welche auf weite Kreise der Bevölkerung politisch demoralisirend einwirken (Oh! oh! rechts; sehr gut! links. — Glocke des Präsidenten), die Gegenwart schwer belasten und für die Zukunft unserer nationalen Entwicklung mit Besorgniß erfüllen. (Widerspruch rechts.)

Auch nachdem der amtlichen Thätigkeit des Fürsten Bismarck ein Ziel gesetzt worden ist, sucht derselbe mit der ganzen Autorität seiner Person auf die öffentliche Meinung einzuwirken in einer Richtung, welche die Einlenkung der inneren Politik in gesundere Bahnen verhindert oder erschwert. (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Wir bedauern daher, dem Ersuchen des Herrn Präsidenten keine Folge geben zu können. (Lebhafter Beifall links. Zischen rechts.)

Abgeordneter Frhr. v. Manteuffel:

Meine Herren, ich bitte Sie im Namen meiner politischen Freunde, dem Wunsche des Herrn Präsidenten Folge zu geben. Ich meine, das deutsche Volk würde es nicht verstehen (Bewegung links. Sehr richtig! rechts), wenn der

Deutsche Reichstag an dem Tage, an welchem Fürst Bismarck sein achtzigstes Lebensjahr vollendet, unter den Gratulanten in Friedrichsruh fehlen sollte. (Beifall rechts.)

Meine Herren, der Deutsche Reichstag verdankt sein Entstehen doch im wesentlichen dem Fürsten Bismarck. (Bewegung links.) Diesem Vater des Deutschen Reichstags will das Kind seine Ovation, seine Gratulation versagen?! — Nein, meine Herren, das halte ich für undenkbar. (Beifall rechts.) Meine Herren, ich will hier nicht eingehen auf die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter bezüglich der politischen Stellung des Fürsten Bismarck, auch nicht auf die Recriminationen, die Herr Graf Hompesch uns verlesen hat, nur eins möchte ich hierbei bemerken: beide Herren haben darin übereingestimmt, daß die Persönlichkeit des Fürsten Bismarck sich nicht theilen lasse. Nun, meine Herren, den Versuch, ihn zu theilen, haben Sie gar nicht gewagt, und gerade das spricht für die Größe dieser Persönlichkeit (Bravo! rechts. Widerspruch links), daß Sie nicht daran denken, diese mächtige Persönlichkeit zu theilen. Und ich meine, dieser großen Person gegenüber müssen die kleinlichen Bedenken, die Sie vielleicht haben können wegen dieser oder jener Thätigkeit, die er in seinem politischen Wirken gegen Sie gerichtet hat, wie er diese oder jene politische Partei beleidigt hat, vollständig zurücktreten (Bravo! rechts). Und, meine Herren, welche Consequenz gegen das Jahr 1885, als Fürst Bismarck 70 Jahr alt wurde! Da sind die Glückwünsche, die der Präsident, damals Herr v. Wedell, Ihnen vorschlug, ohne den geringsten Einwand von Ihnen bewilligt worden. Und was hat sich in den zehn Jahren zu Ungunsten des Fürsten Bismarck verändert? Ich dächte doch, gerade die Herren vom Centrum müßten der Meinung sein, daß in den zehn Jahren vieles geschehen ist, was das Verhältniß zwischen den andern Parteien und dem Centrum verbessert hat. Und daran gebührt dem Fürsten Bismarck das wesentlichste Verdienst. Nur ein so mächtiger Mann wie Fürst Bismarck, nur ein Staatsmann von der Größe des Fürsten Bismarck konnte die Wege gehen, die er gegangen ist, ohne sich selbst etwas zu vergeben; das sollten Sie bedenken, und deshalb sollten Sie mit uns nach Friedrichsruh kommen und dem Fürsten Bismarck Ihre Glückwünsche darbringen. (Lebhaftes Bravo! rechts, Zischen links.)

Abgeordneter Singer:

Im Auftrage meiner Freunde habe ich die Erklärung abzugeben, daß wir dem Vorschlage des Herrn Präsidenten nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, uns an einer Kundgebung zu Ehren des Fürsten Bismarck zu betheiligen.

Die durch den Fürsten Bismarck zum ausschließlichen Vortheil der besitzenden Klasse verfolgte Zoll- und Steuerpolitik hat schwere Schädigungen über das deutsche Volk gebracht und in ihren unheilvollen Wirkungen der Arbeiterklasse die nothwendigsten Lebensmittel vertheuert. (Lebhafte Rufe: Ach! ach! rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Fürst Bismarck hat stets nur die Politik der Sonderinteressen und der nationalen und internationalen Gegensätzlichkeit betrieben; er hat seine Gegner, insbesondere die sozialdemokratische Partei, bis-

zur Aechtung mit Ausnahmegesetzen verfolgt und vergewaltigt. (Große Unruhe rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Er besitzt daher keinen Anspruch auf den Dank und die Anerkennung (Lebhafte Unterbrechungen rechts) des gerade von ihm so oft mit Hohn behandelten Reichstags. (Lebhafter Beifall links. Große Unruhe rechts.) Als Vertreter der stärksten politischen Partei Deutschlands (Lebhafte Heiterkeit) lehnen wir den Vorschlag des Herrn Präsidenten ab. Ich habe die Bitte an den Präsidenten hinzuzufügen, über seinen Vorschlag den Beschluß des Hauses herbeizuführen. (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe rechts.)

Abgeordneter Rickert:

Meine Herren, gestatten Sie mir nur eine kurze Erklärung. Meine politischen Freunde und ich sind nahezu einmüthig damit einverstanden, daß der Reichstag die von dem Herrn Präsidenten erwünschte Ermächtigung ertheilt. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abgeordneter Fürst Radziwill:

Meine Herren, im Namen meiner Fraction habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben: Wir erblicken in dem Vorschlage des Herrn Präsidenten eine eminent politische Kundgebung, bestimmt, der Begeisterung für das politische Wirken des Fürsten Bismarck in Staat und Reich einen prägnanten Ausdruck zu geben. (Sehr gut!) An einer derartigen Kundgebung theilzunehmen, verbietet uns, als einer politischen Partei, die Rücksicht darauf, daß sich das amtliche wie außeramtliche Wirken des ersten Reichskanzlers zu den Rechten, welche wir auf kirchlichem und nationalem Gebiete zu wahren haben, nur zu oft in schroffen Gegensatz gestellt und diese natürlichen und verbrieften Rechte verletzt hat. Wir sehen uns hierdurch behindert, an der beabsichtigten Kundgebung theilzunehmen. (Bravo!)

Abgeordneter v. Kardorff:

Meine Herren, ich glaube, den Widerspruch, den der Herr Abgeordnete Singer Namens der sozialdemokratischen Partei erhoben hat, wird der Fürst Bismarck verschmerzen. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit links.) Wenn der Herr Abgeordnete Singer und der Herr Abgeordnete Richter den Versuch machen, das Votum des Reichstags in dieser Angelegenheit auf das Niveau des Votums der Berliner Stadtverordneten herabzudrücken (Lebhafter Beifall rechts; ach! ach! links), so finde ich das ja außerordentlich erklärlich. Aber ich kann nicht anders, als das sagen: Wenn dieses Votum von der Majorität des Deutschen Reichstags so abgegeben wird, wie es die Herren Abgeordneten Singer, Richter und Graf Hompesch hier beantragt haben, so sage ich mir, daß gegenüber unserem gesammten deutschen Vaterlande, und nicht blos gegenüber unserem gesammten deutschen Vaterlande, sondern gegenüber ganz Europa (Sehr wahr! rechts), und nicht blos gegenüber ganz Europa, sondern gegenüber der ganzen Welt (Sehr richtig! rechts; ach! links), und nicht blos gegenüber der ganzen Welt der Gegenwart, sondern für alle Jahrhunderte der Zukunft (Lebhafte Zustimmung

rechts; Unruhe links), der Reichstag sich unsterblich lächerlich macht. (Stürmisches Bravo! rechts. Große Unruhe links. Andauernde Bewegung. Glocke des Präsidenten.)

Abgeordneter Frhr. v. Hodenberg:

Im Namen meiner politischen Freunde aus Hannover bitte ich den Herrn Präsidenten, bei seiner Beglückwünschung des Fürsten Bismarck uns ausdrücklich von den Gratulanten auszunehmen (Hört! hört!) Es würde einem Hannoveraner schlecht anstehen, an der Ehrung eines Mannes theilzunehmen, welcher unter Mißachtung und schwerer Verletzung des Rechtes deutscher Fürsten und Völkerstämme Hannover zu einer preußischen Provinz machte. (Zuruf rechts.)

Abgeordneter Graf zu Inn- und Knyphausen.

Meine Herren, ich habe das Gefühl, daß die Worte, welche mein verehrter Landsmann eben gesprochen hat, nicht auf alle Hannoveraner passen. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Ich für meine Person habe das Gefühl, daß ich hier sitze auf Grund des Art. 29 der Reichsverfassung, und auf Grund dessen bin ich gewählt als Vertreter einer Nation. Als solcher habe ich nach meiner Ueberzeugung die Verpflichtung, eine Ehrung für einen Mann mit auszusprechen, der nach meiner Ueberzeugung das Verdienst hat, daß er uns überhaupt die Möglichkeit gewährte, in diesem Reichstag zu sitzen. (Zustimmung.) Ich stimme also dafür. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Abgeordneter Liebermann von Sonnenberg:

Ich habe im Namen meiner politischen Freunde die Erklärung abzugeben, daß wir freudigen Herzens unsere Zustimmung zu der Absicht des Herrn Präsidenten ertheilen, dem Fürsten Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstage die Glückwünsche des Reichstags zu überbringen.

Wir halten diesen Glückwunsch für eine einfache Pflicht der Dankbarkeit, die alle Deutschen ohne Unterschied des Glaubens und der politischen Meinung dem großen Baumeister des Reichs schulden, und sind fest davon überzeugt, daß eine Unterlassung jener Pflicht das Vertrauen und Ansehen des Reichstags im deutschen Volke schwer schädigen und den Spott des Auslandes herausfordern würde. Soweit die Erklärung! Wenn Seitens der großen Parteien nicht der Begründung der Erklärungen, die von den Herren aus der Mitte und von der linken Seite abgegeben wurden, widersprochen wird, so darf ich das als Vertreter einer kleinen Partei nicht für mich besonders in Anspruch nehmen. Ich meine aber, der Humor der Weltgeschichte wird es einmal fügen, daß, wenn der Name des Fürsten Bismarck noch die ganze Welt erfüllt, man die Herren, die heute gegen ihn demonstriren, nur deshalb noch mit Namen kennt, weil man sagen wird: Ach, das waren die sonderbaren Leutchen, die dem großen Deutschen einst die Ehrung an seinem achtzigsten Geburtstage versagen wollten. (Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Präsident:

Da gegen meinen Vorschlag Widerspruch erhoben ist, muß die Meinung der Mehrheit des Hauses durch Abstimmung festgestellt werden und zwar durch eine Abstimmung, die nach zwei mir vorliegenden Anträgen eine namentliche sein wird. (Bravo!)

Der Namensaufruf ergab folgende Abstimmung:

Für die Beglückwünschung des Fürsten Bismarck stimmten die Abgeordneten: Adt, Graf v. Arnim, Bassermann, Bauermeister, Baumbach, Bayerlein, v. Benda, v. Bennigsen, Graf v. Bernstorff (Lauenburg), Graf v. Bismarck-Schönhausen, Dr. Blankenhorn, Dr. Boehme, Dr. Böttcher, Bohtz, Boltz, Brünings, Brunck, Dr. v. Buchka, Frhr. v. Buddenbrock, Graf v. Carmer, Prinz zu Carolath-Schönaich, v. Colmar, Dr. v. Cuny, v. Dallwitz, v. Dewitz, Graf v. Dönhoff-Friedrichstein, Graf zu Dohna-Schlodien, Dresler, v. Dziembowski-Bomst, Engels, Dr. Enneccerus, Feddersen, Fink, Dr. Förster (Neustettin), Frank (Baden), Dr. v. Frege, Frese, Dr. Friedberg, Fürst zu Fürstenberg, Gamp, Gaulke, v. Gerlach, Dr. Goertz, Gräfe, v. d. Gröben-Arenstein, Frhr. v. Gültlingen, Günther, Baron v. Gustedt-Lablacken, Haake, Dr. Hahn, Dr. Hammacher, Frhr. v. Hammerstein, Dr. Hasse, Hauffe-Dahlen, v. Herder, Hilgendorff, Hilpert, Hische, Hofmann (Dillenburg), Erbprinz zu Hohenlohe-Oehringen, v. Holleuffer, Graf v. Holstein, Holtz, Hosang, Hüpeden, Jacobskötter, Jebsen, Jorns, Graf v. Kanitz-Podangen, v. Kardorff, v. Kleist-Retzow, Klemm (Mühlhausen), Graf zu Inn- und Knyphausen, Köpp, Krämer, Dr. Kropatscheck, Krüger, Krupp, Dr. Kruse, Frhr. v. Langen, Langerfeldt, v. Leipziger, Leuschner, Dr. v. Levetzow, Lieber (Meißen), Liebermann von Sonnenberg, Graf zu Limburg-Stirum, v. Loesewitz, Lorenzen, Lüttich, Lutz, Maager, Frhr. v. Maltzan-Molzow, Frhr. v. Manteuffel, Dr. v. Marquardsen, Mentz, Merbach, Meyer (Danzig), Dr. Meyer (Halle), Graf v. Mirbach, Möller (Dortmund), Münch-Ferber, Nauck, v. Normann, Graf v. Oriola, Dr. Osann, Dr. Paasche, Dr. Pachnicke, Pauli, Dr. Pieschel, Placke, v. Ploetz, v. Podbielski, v. Puttkamer-Plauth, Rettich, Rickert, Rimpau, Roesicke, Graf v. Roon, Rothbarth, Rother, Sachße, v. Salisch, Frhr. Saurma v. d. Jeltsch, Schall, Scherre, Graf v. Schlieffen-Schlieffenberg, v. Schöning, Schulze-Henne, Schwerdtfeger, Graf v. Schwerin-Löwitz, Siegle, v. Sperber, v. Stein, Stephann (Torgau), Steppuhn, Stroh, Walter, Wamhoff, Weber (Heidelberg), v. Werdeck-Schorbus, Werner, Wiesike, Will, v. Winterfeldt-Menkin, Zimmermann.

Gegen die Beglückwünschung stimmten die Abgeordneten: Aichbichler, Ancker, Prinz v. Arenberg, v. Arnswaldt-Böhme, Baron v. Arnswaldt-Hardenbostel, Auer, Dr. Bachem, Bachmeir, Dr. Barth, Bebel, Bender, Graf v. Bernstorff-Uelzen, Dr. Bock (Aachen), Bock (Gotha), Bohm, Brandenburg, Braun, Broekmann, Brühne, Buddeberg, Bueb, Bumiller, Frhr. v. Buol-Berenberg, Cegielski, Colbus, Conrad, v. Czarlinski, Graf v. d. Decken (Ringelheim), Deuringer, Dieden, Dietz, Eck, Euler, Fischer, Förster (Reuß), Frank (Ratibor), Fritzen (Rees), Frohme, Fuchs, Fusangel, Graf v. Galen, Galler, Gerisch, Geyer, v. Grand-Ry, Grillenberger, Gröber (Württemberg), Haag, Harm, Hart-

mann (Glatz), Frhr. v. Heereman, Herbert, Dr. Hermes, Hesse, Dr. Hitze, Frhr. v. Hodenberg, Hofmann (Chemnitz), Graf v. Hompesch, Hubrich, Hug, Humann, Dr. v. Jazdzewski, Kauffmann, v. Kehler, Klees, Klose, Dr. v. Komierowski, Krebs, Dr. Krzyminski, Kubicki, Kühn, Graf Kwilecki, v. Lama, Dr. Langerhans, Legien, Lehner, Lenzmann, Leonhard, Lerzer, Letocha, Dr. Lieber (Montabaur), Liebknecht, Dr. Lingens, Lüders, Dr. Marcour, Mayer (Landshut), Meister, Metzger (Hamburg), Metzner (Neustadt), Möller (Waldenburg), Molkenbuhr, Mooren, Moritz, Dr. Müller (Sagan), Munckel, Nadbyl, Neckermann, Goetz von Olenhusen, Payer, Pezold, Pflüger (Baden), Pingen, v. Janta-Polczynski, Fürst Radziwill, v. Reibnitz, Reichert, Reindl, Reißhaus, Richter, Dr. Rintelen, Ritter (Merseburg), Roeren, Dr. Rudolphi, Dr. Rzepnikowski, Dr. Schaedler, Schippel, Schmid (Immenstadt), Schmidt (Berlin), Schmidt (Elberfeld), Schmidt (Frankfurt), Schmidt (Sachsen), Schmidt (Warburg), Schmieder, Dr. Schneider, Dr. Schoenlank, Schöpf, Schuler, Schultze (Königsberg), Schwarze, Seifert, Singer, v. Slaski, Spahn, Speiser, Steininger, Dr. Stephan (Beuthen), Stolle, v. Strombeck, Strzoda, Szmula, Timmerman, Träger, Tutzauer, Ulrich, Vogtherr, v. Vollmar, Frhr. v. Wangenheim, Wattendorff, Weber (Bayern), Weiß, Wellstein, Wenders, Wengert, Wenzel, Wildegger, de Witt, Witzlsperger, Wolny, Dr. v. Wolszlegier (Gilgenburg), v. Wolszlegier (Schönfeld), Wurm, Zott, Zubeil.[1])

Nach erfolgter Auszählung theilte der Präsident v. Levetzow das Resultat in folgenden Worten mit:

Das Resultat der Abstimmung, an welcher 309 Mitglieder des Hauses theilgenommen haben, ist folgendes: Mit Ja haben gestimmt 146, mit Nein 163. Es ist demnach mein Antrag abgelehnt, und dieses Resultat veranlaßt mich, das Präsidium des Hauses niederzulegen.

(Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts und bei den Nationalliberalen.)

Der 1. Vicepräsident Frhr. v. Buol-Berenberg übernimmt den Vorsitz:

Meine Herren, ich bitte um Ruhe. Ich werde auf die Erklärung des Herrn v. Levetzow, die ich sehr bedaure, am Schluß der Sitzung gelegentlich der Frage der Tagesordnung für die nächste Sitzung zurückkommen. Wir treten in die Tagesordnung ein.

Abgeordneter v. Bennigsen (zur Geschäftsordnung):

Meine Herren, mein politischer Freund, der zweite Vicepräsident Dr. Bürklin, ist zur Zeit nicht in Berlin anwesend, er kann sich also nicht darüber erklären, wie er sich gegenüber dem Beschluß des Hauses und gegenüber dem Rücktritt des Herrn Präsidenten verhalten will. Wir werden mit ihm in Verbindung treten und eine Entscheidung von ihm wird, wie ich annehme, binnen kürzester Frist aus der Schweiz erfolgen. Das kann ich aber schon zur Zeit in Uebereinstimmung mit der Auffassung meiner politischen Freunde sagen, daß ich

---

[1]) Wegen Krankheit fehlten in dieser Sitzung: 19, infolge Beurlaubung: 11, entschuldigt: 8, unentschuldigt: 38, im Ganzen: 76 Abgeordnete.

nicht den geringsten Zweifel daran habe, daß er dem Beispiel des Herrn Präsidenten v. Levetzow folgen wird. (Lebhaftes Bravo bei den Nationalliberalen und rechts.)

Abgeordneter Richter (zur Geschäftsordnung):

Ich will auf diese ungewöhnlichen Erklärungen, die für den Augenblick gar keine praktische Bedeutung haben können (Widerspruch rechts), nur erwidern, daß ich das Vertrauen habe, daß das Präsidium des Reichstags auch ohne die beiden Herren die Geschäfte in ordnungsmäßiger Weise zu führen im Stande sein wird. (Bravo! links und aus der Mitte.) [1]

25. März: 248 Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses, 60 Mitglieder des Herrenhauses und 110 Mitglieder des Deutschen Reichstags zur Beglückwünschung des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh (H. N. 25. 3. 1895 No. 72 A.-A., B. N. N. 26. 3. 1895 No. 155 M.-A., L. N. N. 26. 3. 1895 No. 85).

1. Ansprache des Fürsten zu Stolberg, Präsidenten des Herrenhauses.

Das preußische Herrenhaus, welches es als eine große Ehre betrachtet, Ew. Durchlaucht zum Mitglied zu zählen, hat seinen hier erschienenen Gesammtvorstand beauftragt, Ew. Durchlaucht zu dem bevorstehenden bedeutsamen Erinnerungstage auf das Allerherzlichste zu beglückwünschen, und zahlreiche Mitglieder haben sich dieser Abordnung freiwillig aus einem Herzensbedürfniß angeschlossen.

Wir sind tiefdurchdrungen von Gefühlen des Dankes, des warmen Dankes, der Ew. Durchlaucht gebührt für das, was Sie für unser Königthum, für unsern Staat, für unser ganzes Volk gethan haben; des Dankes für die unermeßlichen Verdienste, die Sie in langjähriger schwerer Arbeit mit unvergleichlicher Staatskunst, mit weisem Rath, mit hoher Unerschrockenheit sich um Krone und Vaterland erworben haben. Es ist mir eine ganz besondere Ehre und Freude, diesen Gesinnungen aufrichtigster Theilnahme und unauslöschlicher Dankbarkeit hier Ausdruck geben zu dürfen und zugleich die treuesten Wünsche des Herrenhauses für Ihr ferneres Wohlergehen hinzufügen zu dürfen. Gott segne Ew. Durchlaucht und erhalte uns noch lange Ihr kostbares Leben!

[1] Der ablehnende Beschluß des Reichstags rief im ganzen Reiche die größte Entrüstung hervor, wurde aber auch von vielen Parteigenossen der Führer der Opposition verurtheilt. Selbst in katholischen Kreisen fehlte es nicht an mißbilligenden Kundgebungen gegen die Haltung des Centrums. Die Ovation selbst gewann durch den Beschluß des Reichstags die breiteste Unterlage, da die Gesammtheit des Volks gutzumachen sich verpflichtet fühlte, was die klerikal-polnisch-freisinnig-socialdemokratische Mehrheit des Reichstags gesündigt hatte.

2. Ansprache des Herrn v. Köller,
Präsidenten des Abgeordnetenhauses.

Ew. Durchlaucht bin ich beauftragt, vom Hause der Abgeordneten zu dero achtzigstem Geburtstage einen herzlichen Glückwunsch zu überbringen und dabei der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die geistige und körperliche Frische, die Ihnen so lange Jahre beschieden war, auch im neunten Decennium anhalten möge. Im Hause der Abgeordneten lebt fort und wird immer fortleben die frohe Erinnerung an die Beihilfe, die dasselbe der weisen Politik Ew. Durchlaucht in verschiedenen Phasen unsrer staatlichen Entwicklung leisten durfte, und ewig unvergessen wird bleiben, was Sie, Herr Fürst, für unser preußisches und deutsches Vaterland in den letzten dreißig Jahren gethan haben. Möge Ew. Durchlaucht ein heiteres und friedliches Alter beschieden sein, in dem Sie ausruhen von Ihrem thatenreichen Leben; wenn aber der Tag einmal sollte trübe werden wollen, dann mögen Sie Ihren Sonnenschein finden in dem Bewußtsein, daß die Liebe und die Dankbarkeit und die Verehrung des deutschen Volkes immerdar mit Ihnen ist. Wir wünschen Ew. Durchlaucht Heil und Segen.

3. Ansprache des Herrn v. Levetzow.[1])

Leider ohne officiellen Auftrag (Heiterkeit) aber mit desto wärmerem Herzen sind etwa hundert Abgeordnete des Deutschen Reichstags hier erschienen, Ew. Durchlaucht ihre Glückwünsche darzubringen. Die Wiederkehr des 1. April hat das deutsche Volk und auch den Deutschen Reichstag lebhaft erinnert an Alles, was das Vaterland Ew. Durchlaucht verdankt. Die ganze Welt weiß, und kein Gegner kann es leugnen, und mein schwacher Mund kann es nicht unternehmen zu schildern, was die Geschichte mit goldenen unauslöschlichen Buchstaben in ihr Buch verzeichnet hat. In wenig Tagen vollenden Ew. Durchlaucht das achtzigste Lebensjahr, und durch das ganze deutsche Land weht wie ein Sturmwind der begeisterte Ruf der Treue, Dankbarkeit und Ergebenheit für den ersten deutschen, großen Reichskanzler, und wo irgend Pietät, Dankbarkeit und Freude am nationalen Bewußtsein noch nicht erloschen sind, da werden sie diesen Tag feiern. Einen guten Theil des deutschen Volkes vertreten wir, und deshalb ist es unser Recht und unsere Pflicht, Ew. Durchlaucht auszudrücken, daß, was Sie für das Vaterland gethan, nimmer vergessen wird, so lange es Deutsche giebt

---

[1]) Der erbetene authentische Wortlaut ist leider nicht eingegangen, ich gebe daher den in den „H. N.“ veröffentlichten Text.

in Stadt und Land, und daß wir es unsern Kindern und Kindeskindern verkünden und lehren werden. Gott hat Ew. Durchlaucht gesegnet. Er walte über Ihnen auch an Ihrem Lebensabend und segne ferner, was der treueste und größte Diener des großen Kaisers für Deutschland gethan hat.

Darnach entledigte sich der Redner noch eines, wie er betonte, „officiellen Auftrags", indem er folgende Adresse des Ausschusses des Brandenburgischen Provinzial-Landtages zur Verlesung brachte.

Berlin, den 25. März 1895.

Ew. Durchlaucht

die ehrerbietigsten und herzlichsten Glück- und Segenswünsche darzubringen zu dem Tage der Vollendung des achtzigsten Lebensjahres, hat der Brandenburgische Provinziallandtag durch einstimmigen Beschluß vom 23. Februar d. J. uns beauftragt.

In den Herzen der Märker, die schwer zugänglich, aber treu und beständig sind, erlischt nimmer die Dankbarkeit und Bewunderung für unsern großen Landsmann, den ersten Reichskanzler, auf den schon vor fast einem halben Jahrhundert die Augen sich lenkten, der — ein rechter Vasall seines Landesherrn — die echte märkische Gesinnung in schweren Kämpfen erprobte und dabei Gott, aber sonst Niemand fürchtete, dessen Voraussicht, Muth und eiserne Thatkraft die weltgeschichtliche Aufgabe der Brandenburgischen Hohenzollern durch Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches an oberster Stelle zu erfüllen halfen.

In unverbrüchlicher Anhänglichkeit und höchster Verehrung

Ew. Durchlaucht

gehorsamste

Der Brandenburgische Provinzialausschuß.

Graf v. Wilamowitz,
Vorsitzender.

Bohtz,
Stellvertreter des Vorsitzenden.

Freiherr v. Manteuffel,
Vorsitzender des Provinziallandtages.

v. Levetzow,
Landesdirector.

Der Fürst erwiderte:

Erlauben die Herrn, daß ich in einigen Worten meinen Dank für die mir erwiesene Ehre ausspreche. Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, weit über meine persönlichen Leistungen und Verdienste (lebhafter Widerspruch), daß ich eine so vornehme Gesellschaft, wie sie der Sachsenwald noch nicht beisammen gesehn hat, hier zu meiner Begrüßung vereinigt finde. Ich würde einigermaßen beschämt sein durch das Uebermaß der Anerkennung, wenn

ich mir nicht sagte, daß diese Anerkennung nicht meiner Person gilt (Ja!), sondern der Sache, der Arbeit, an der ich mitgeholfen habe, den politischen Ergebnissen, die wir in Folge dieser Arbeit erreicht und gewonnen haben. Es ist ein Zeugniß, was Sie ablegen für die Zufriedenheit unsrer großen parlamentarischen Körperschaften mit dem, was in den schweren Kämpfen der letzten Jahrzehnte erreicht und gewonnen worden ist, unvollkommen immerhin, aber doch das Beste, was wir haben konnten. (Lebhafter Beifall.)

Ich theile, und das tröstet mich über das Gewicht der Anerkennung, die mir zu Theil wird, ich theile sie mit meinen verstorbenen Mitarbeitern, ich theile sie mit vielen Andern — ich komme gleich darauf — vor Allem mit meinem (lange Pause) hochseligen, mit meinem alten Herrn, dem Kaiser Wilhelm. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) Was hätte ich ohne ihn und ohne sein Kriegsheer überhaupt leisten können? Ich wäre in demselben Sumpfe stecken geblieben, wie alle frühern nationalen Bestrebungen, die an dem Mißgriff litten, daß sie die starke reale Potenz, die das deutsche Fürstenthum, die deutschen Dynastien, an ihrer Spitze die preußische, boten, ignorirten und glaubten, sie könnten über sie zur Tagesordnung übergehn, — in der besten Absicht, in den Jahren nach 48. Das war ein Irrthum.

Unsre Dynastien sind Gott sei Dank noch stark in ihren Wurzeln, jede in ihrem Lande (Beifall), und vor allen Dingen die große Militairmacht, über die der König von Preußen unbedingt verfügt, in den Dienst des nationalen Gedankens zu stellen, das war mein Bestreben, sobald ich als Gesandter in Frankfurt erkannt hatte, wie die politische Situation bei uns in Deutschland war. Wir danken dem alten Kaiser und seinen Bundesgenossen doch mehr, als irgend ein Minister und Kanzler je hätte leisten können. Wenn deren Unterschrift unter den Bundesverträgen nicht vorhanden wäre, so existirten sie nicht. Wenn

des Königs Mobilmachungsbefehl 1866 und 1870 nicht erfolgt wäre, was wäre dann geworden? Und die Dynastien sind ja von uns im Laufe der Geschichte ohne Absicht in vorübergehenden Phasen sehr viel schwerer verletzt worden, als irgend eine parlamentarische Fraction es je hat werden können in unsern friedlichen Zeiten (Heiterkeit, Zustimmung). Wir haben mit den Baiern und Sachsen schwer gefochten und, sobald gemeinschaftliche Noth für Reich und Volk kam, haben wir ihren Beistand mit der größten Energie gehabt. (Lebhafte Zustimmung.) Die Fractionsstreitigkeiten aber gehn tiefer. Da sagt Jemand: „Der deutsche Kanzler hat vor 30 Jahren erklärt, ich imponirte ihm nicht." (Heiterkeit.) Nun das genügt ihm, um vom Reiche abzufallen. „Er hat vor zwanzig Jahren erklärt, wir wären Reichsfeinde", also — Verbalinjurien. (Heiterkeit.) Wir haben mit unsern Bundesgenossen die schwersten Realinjurien, mit Kanonenschüssen, gewechselt. (Sehr wahr!) Nichtsdestoweniger haben sie, sobald der nationale Gedanke in den Vordergrund trat, uns die Bruderhand gereicht und sind mit uns gegangen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Deshalb kann ich sagen, daß die Bundesgenossen und ihre Regirungen und Dynastien doch bessre Leute sind als die Fractionen. Bei den Fractionen steht jede politische Verstimmung, jede Rivalität, jeder lautere oder unlautere Wettbewerb (Heiterkeit) mit andern Fractionen über dem nationalen Interesse. Bei unsern Fürstengeschlechtern steht das nationale Interesse im Vordergrund; man hat sich geschlagen, daß die Hunde das Blut leckten[1]), und man reicht sich die Hand und geht zusammen gegen den Landesfeind. Das ist die Haltung unsrer Dynastien im Vergleich zu der unsrer Fractionen. Möchten sie davon lernen. Aber so lange wir auf diese nationale Gesinnung unsrer urdeutschen Fürstengeschlechter rechnen können, ist mir nicht bange, daß wir Herr einer jeden Verwirrung werden, die durch den Fractionskampf in unserm Innern angerichtet werden

---

[1]) Vgl. Briefwechsel Gerlach-Bismarck S. 261 Z. 4 v. o.

könnte. Ich möchte, daß der nationale Gedanke ebenso, wie er in den Dynastien fest begründet ist, auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker zum Ausdruck käme. (Zustimmung.)

Wir können in Deutschland in der That nicht wie zwei geschiedne Reiche existiren, wie Schweden und Norwegen, die unter einer Dynastie zusammenleben. Wir Preußen, wir Baiern, wir Sachsen, wir sind Deutschland, wir bilden es, und wir müssen uns in unsern Landtagen dafür interessiren, welche Politik in unserm Gesammtreich getrieben wird. (Beifall.)

Wir dürfen das ja nicht ignoriren. Wir müssen unsern auswärtigen Minister controliren über die Haltung, die er im Bundesrathe beobachtet (Beifall), über die Reichspolitik, die er treibt, und der ganze nationale Gedanke wird sich ganz anders beleben, wenn es gelingt, den Localpatriotismus für die Betheiligung an der nationalen Entwicklung so zu interessiren, daß wir auch im preußischen Landtage über die deutsche Politik debattiren, über die Frage debattiren, „wie soll der Auswärtige Minister im Bundesrathe instruirt werden, sind wir damit einverstanden?"

Das Alles schiebt sich ja bei der Budgetfrage und den Gehaltsdiscussionen mit Leichtigkeit darunter. (Heiterkeit.) Ich freue mich, wenn die Reichspolitik in den Landtagen — und das sage ich nicht blos für Preußen, ich sage dasselbe für Sachsen, Baiern u. s. w. — kritisirt wird. Das ist ein Beweis dafür, daß man sich für sie interessirt, daß man mit ihr lebt, daß man von ihr etwas erwartet oder befürchtet, daß man bereit ist, mit ihr zu gehn.

Dieses Interesse ist bisher nicht in solchem Maße erlebt worden, wie ich es gewünscht hätte, unter dem Drucke einer eigenthümlichen Fiction von zwei verschiednen Regirungen, die neben einander laufen. Die deutsche und die preußische Regirung, die deutsche und die bairische Regirung, die

deutsche und die sächsische Regirung — sie sind garnicht von einander zu trennen und getrennt zu betrachten. Der sächsische Vertreter muß doch immer unter dem Gesichtspunkt der sächsischen Interessen dem Reichstage und dem Bundesrathe gegenüber instruirt sein; und so geht es mit dem preußischen, mit dem bairischen. Und umgekehrt: kein bairischer oder sächsischer oder preußischer Minister kann sich seinem Landtage gegenüber lossagen von seiner Beziehung zum Deutschen Reich. (Zustimmung.)

Diese untrennbare Verbindung beider Interessen, das Einheitliche, was im ursprünglichen Verfassungsentwurf beabsichtigt war, ist ganz geschwunden durch die theoretisch-bureaukratische Fiction, als ob zwei Regirungen neben einander liefen. Eine Reichsregirung ohne Stütze und ohne Beziehungen zu den Particular-Regirungen, steht vollständig in der Luft, hat gar keine Möglichkeit sich zu bethätigen, wenigstens verfassungsmäßig nicht. Factisch kann es ja eine Zeit lang geschehen, aber in der Verfassung ist ein Grund und Boden dafür nicht vorhanden, und deshalb (Pause) — meine Herrn, ich hätte Ihnen noch viel zu sagen, noch sehr viel (Heiterkeit), wenn ich gesund genug wäre. Ich bin ein matter alter Mann (lebhafter Widerspruch) und bin Ihnen dankbar, daß Sie mir so lange Aufmerksamkeit geschenkt haben, und dankbarer noch für die hohe Ehre, die Sie mir hier erzeigen. Ich bedaure, daß ich nicht im Stande bin, mit Ihnen in parlamentarischer Beziehung zu arbeiten. (Zurufe: Wir noch mehr!) Aber ich bin dazu nicht gesund genug, um die Anfechtungen einer Berliner Existenz (lebhafte Heiterkeit) dauernd ertragen zu können (Heiterkeit), nach vielen Seiten hin. Ich bin alt und bequem geworden und wünsche mein Leben in den Räumen zu beschließen, die ich jetzt bewohne.

Aber meine Gedanken sind mit Ihnen, noch lebhafter vielleicht, als für einen Mann in meinem Alter schicklich ist. (Lebhafter Widerspruch.) Aber ich kann auf altgewohnte Gedanken eben nicht plötzlich verzichten, weil ich alt ge-

worden und krank bin. Sie verlassen mich nicht, und ich kann den Empfindungen, die mich beseelen, nicht besser Ausdruck geben, als indem ich Sie bitte, am Reichsgedanken festzuhalten, auch im preußischen Landtage, und dort nicht zu vergessen, daß Sie Reichsbürger sind, daß Ihr König auch Kaiser ist und Ehrenpflichten dem Reiche und den Bundesgenossen gegenüber hat, und daß Sie ihm helfen, nicht blos kurbrandenburgische oder auch königlich preußische, sondern kaiserlich-deutsche Politik zu treiben. (Lebhafter Beifall.) Und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf Se. Majestät den Kaiser auszubringen. Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch! hoch! und abermals hoch!

Stürmischer Beifall folgte den letzten Worten des Fürsten. Nachdem sich der Jubel gelegt hatte, wurde ein dreifaches Hoch auf den Fürsten ausgebracht, der alsdann noch einmal das Wort ergriff:

Ja, meine Herren, ich danke Ihnen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben, nochmals und zum dritten Male. Ich würde mich freuen, wenn ich Sie Alle bei mir bewirthen könnte. (Heiterkeit.) Aber ich habe den Bau hier so in Gebrauch nehmen müssen, wie ich ihn vorgefunden habe, und ich habe nie geglaubt, daß ich hier bis an mein Lebensende wohnen würde, und da habe ich mich immer zu alt gefühlt, um hier noch Bauten vorzunehmen. Ich kann mich auch nicht damit tröſten: Raum ist in der kleinsten Hütte, für ein glücklich liebend Paar (große Heiterkeit), denn für vierhundert einander liebende Landsleute reicht der Raum doch nicht. (Erneute stürmische Heiterkeit.)

26. März: Kaiser Wilhelm II. in Begleitung des Kronprinzen[1]) zur Beglückwünschung des Fürsten Bismarck

[1]) Im Gefolge des Kaisers befanden sich Oberhofmarschall Graf zu Eulenburg, der Chef des Geh. Militär-Cabinets v. Hahnke, der Commandant des Kaiserl. Hauptquartiers v. Plessen, Admiral Knorr, Admiral Senden-Bibran, der Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf, der Chef des Geh. Civil-Cabinets v. Lucanus, die Flügeladjutanten; den Kronprinzen begleitete sein militärischer Erzieher Frhr. v. Lyncker. — Auch General Graf Waldersee wohnte dem militärischen Schauspiele bei.

in Friedrichsruh. Der Kaiser führte eine Schwadron des Kürassier-Regiments v. Seydlitz (Magdeburgisches No. 7) mit Trompetercorps und Standarte, eine Compagnie des 2. Hanseatischen Infanterieregiments No. 76 mit der Regimentsmusik, den Spielleuten und der Fahne, eine Schwadron des Hannoverschen Husarenregiments No. 15 mit Trompetercorps und Standarte und eine Batterie des Holsteinischen Feldartillerieregiments No. 24 zu sechs Geschützen vom Kreuzungspunkt der Chausseen Aumühle—Schwarzenbek und Friedrichsruh—Perleberg nach dem an den Park anstoßenden freien Platz und befahl daselbst die Paradeaufstellung in einem nach Norden zu geöffneten Viereck. Der durch den Flügeladjutanten Grafen Moltke herbeigeholte Fürst wurde von den Truppen mit präsentirtem Gewehr und klingendem Spiel empfangen; nachdem er den Kaiser begrüßt hatte, fuhr er an der Seite des Kronprinzen, begleitet vom Kaiser, der neben dem Wagen ritt, die Front der Truppen ab. Darauf überreichte ihm der Kaiser als Ehrengabe Namens der Armee einen goldenen, mit Edelsteinen und dem in Onyx geschnittenen Bilde des Kaisers verzierten Ehrenpallasch mit folgender Ansprache (H. N. 26. 3. 1895 No. 73 A.-A.; 27. 3. 1895 No. 74 M.-A.; B. N. N. 26. 3. 1895 No. 156, 27. 3. 1895 No. 157 und 158):

Ew. Durchlaucht!

Unser ganzes Vaterland rüstet zur Feier Ihres Geburtstages. Der heutige Tag gehört der Armee; dieselbe ist zuerst berufen, ihren Kameraden und alten Officier zu feiern, dessen Wirksamkeit es vorbehalten war, ihr die Möglichkeit zu gewähren, die gewaltigen Thaten auszuführen, die in der Krönung des wiedererstandenen Vaterlandes ihren Lohn fanden. Die Kriegerschaar, die hier versammelt ist, ist das Symbol des ganzen Heeres, vor Allem jenes Regiment, welches die Ehre hat, Ew. Durchlaucht seinen Chef zu nennen, jenes Feldzeichen ein Denkmal des brandenburgischen und preußischen Ruhmes, aus der Zeit des großen Kurfürsten herüberstammend, geweiht durch Blut von Mars la Tour. Durchlaucht wollen im Geiste hinter dieser Schaar den gesammten kampfgerüsteten Heerbann aller germanischen Stämme sehen, die den heutigen Tag mitfeiern. Im Anblick dieser Schaar komme Ich nun, Meine Gabe Ew. Durchlaucht zu überreichen. Ich konnte kein besseres Geschenk finden, als das Schwert, diese vornehmste Waffe der Germanen, das Symbol jenes Instruments, welches Durchlaucht mit Meinem hochseligen Großvater haben schmieden, schärfen und auch führen helfen, das Symbol jener gewaltigen Bauzeit, deren

Kitt Blut und Eisen war, dasjenige Mittel, welches nie versagt und in der Hand von Königen und Fürsten, wenn es noth thut, auch nach Innen dem Vaterlande den Zusammenhalt bewahren wird, der es einst nach außen hin zur Einigkeit geführt. Wollen Durchlaucht in den hier eingravirten Zeichen des Wappens von Elsaß-Lothringen und des eigenen erkennen und fühlen die ganze Geschichte, die vor 25 Jahren ihren Abschluß fand. Wir aber, Kameraden, rufen: Ew. Durchlaucht Fürst Bismarck, Herzog von Lauenburg hurrah!

Fürst Bismarck antwortete:

Ew. Majestät wollen gestatten, Ihnen meinen unterthänigsten Dank zu Füßen zu legen. Meine militärische Stellung Ew. Majestät gegenüber gestattet mir nicht, Ew. Majestät meine Gefühle weiter auszusprechen. Ich danke Ew. Majestät.

Nach dem Vorbeimarsch der Truppen begab sich Fürst Bismarck zu Wagen nach dem Schlosse und empfing dort den Kaiser, der die Schwadron der Bismarck-Kürassiere vor das Schloß geführt hatte. Die Standarte wurde in das Schloß gebracht, vor dem Kürassiere Ehrenposten bezogen. Bei Tafel hielt der Kaiser folgende Ansprache:

Der achtzigste Geburtstag Ew. Durchlaucht fällt in das 25. Jahr des Bestehens unseres Reiches. Die Glückwünsche Meines Heeres, geweiht durch die Erinnerung an die gewaltigen Kämpfe, konnte Ich Ihnen soeben im Angesicht der Truppen aussprechen. Nicht an den großen Staatsmann, sondern an den Officier richten sich heute Meine heißen Wünsche. Und da sind drei Sprüche, die für den heutigen Tag von besonderer Bedeutung Mir erscheinen. Zum Ersten Ew. Durchlaucht Confirmationsspruch: „Was Ihr thut, thut Ihr dem Herrn und nicht den Menschen" weist hin auf das unerschütterliche Gottvertrauen, mit dem Ew. Durchlaucht Ihre gewaltige Arbeit ausgeführt, und welches auch unser Heer niemals verleugnet hat. Der zweite Spruch: „Dennoch" war der Ausspruch jenes tapferen Grafen Mansfeld, als er sich kühn, das Schwert in stahlbewährter Faust, dem übermächtigen Feind gegenüberstellte. Ew. Durchlaucht haben denselben des Oefteren wahr gemacht, zumal in jener Zeit schwerwiegender Entschlüsse für Meinen Hochseligen Herrn Großvater, als Sie ihn mit stolzem Hinweis auf Sein

Officiercorps an Sein Portepée erinnerten. Den dritten Spruch: „Spectemur agendo“ schrieb Mein englisches Dragoner-Regiment in stolzem Selbstbewußtsein auf seine Standarte, nachdem es, des Feindes Viereck niederreitend, seine Feldzeichen erobert hatte. Dieses kann als Antwort gelten auf Alles, was Ew. Durchlaucht Feinde und Neider sagen oder thun können. Wir aber, die wir mit Freude Ew. Durchlaucht als Kameraden und Standesgenossen bewundernd feiern, in bewegtem Danke gegen Gott, der Sie unter unserem glorreichen alten Kaiser so Herrliches vollbringen ließ, stimmen ein in den Ruf, den alle Deutschen von der schneebedeckten Alpe bis zu den Schären des Belt, wo die Brandung donnernd tost, aus glühendem Herzen ausrufen: Seine Durchlaucht der Fürst v. Bismarck, Herzog von Lauenburg, lebe hoch! Hurrah, hurrah, hurrah![1])

Fürst Bismarck erwiderte:

Erlauben Ew. Majestät, daß ich meinen Dank in wenig Worten zu Füßen lege. Ew. Majestät haben appellirt an die Eigenschaft des preußischen Officiers, und ich kann in Anknüpfung daran nur bestätigen, was ich schon vor zehn Jahren bei der Begrüßung der Generale in Berlin aussprach: Das Beste in mir und in meiner Lebensbethätigung ist immer der preußische Officier gewesen. Wäre ich der nicht gewesen, ich weiß nicht, ob ich ganz in dieselben richtigen Bahnen verfallen wäre. Aber der Landwehrofficier des 9. Regiments ist für mich der Wegweiser gewesen, der mich anno 48 von Hause aus in die richtigen Bahnen geworfen hat, d. h. in die Bahnen der Anhänglichkeit an unser regirendes Haus, im Hinblick auf andere Länder, die diesen Vortheil eines regirenden Hauses überhaupt nicht besaßen. Kurz und gut, ich bin über 48 hinweggekommen mit einer intensiveren Anhänglichkeit an das Königliche Haus, als ich vielleicht in meiner agrarischen Unwissenheit vor 48 auch nur gedacht hätte: begeistert und hingebend.

---

[1]) Der Toast wurde von 21 Salutschüssen begleitet. — Bei Tisch überreichte der Kaiser dem Fürsten Bismarck ein Petschaft vom Schreibtisch Kaiser Wilhelms I. aus Lapislazuli zum Geschenk.

Ich bin in der Richtung geblieben, so lange meine Thätigkeit beansprucht wurde, und darin wurde ich überzeugt, daß außerhalb der dynastischen Anhänglichkeit in Deutschland überhaupt kein Heil ist. Wir brauchen blos auf Frankreich zu sehen; seitdem die Dynastie weg ist, wo soll der Sammelpunkt herkommen, für den zum Ralliement geblasen wird? Das ist immer streitig. Halten wir fest, was wir haben. Wir haben in Deutschland nicht ein einheitliches Kaiserthum, aber unsere Fürsten, und regirende Herren, die uns angestammt sind und an denen schon die römischen Schriftsteller die Anhänglichkeit der Germanen in einer Weise gerühmt haben, die wir heute kaum mehr verstehen. Ich brauche darauf für die belesenen Herren nicht näher einzugehn.

Aber in diesem Sinne darf ich Sie bitten, im Sinne der germanischen Anhänglichkeit an den Stammesfürsten, mit mir auf das Wohl unsres gnädigen Herrn anzustoßen. Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch! — Es war immer ein festes Band.[1])

27. März, Vormittag 10 Uhr: Die Standarte der Bismarck-Kürassiere wird abgeholt. — Prinz Heinrich mit seinem Sohn Prinz Waldemar, begleitet vom Capitän zur See Frhrn. v. Seckendorff, trifft unerwartet zur Beglückwünschung des Fürsten Bismarck ein, bald nachher der Großherzog von Baden, begleitet von einem Adjutanten, einem Cabinetsrath und dem badischen Gesandten am Berliner Hofe v. Jagemann.

27. März: Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe, begleitet von seinem Sohne Prinz Alexander und dem Chef der Reichskanzlei Geh. Ober-Regierungs-Rath Frhrn. v. Wilmowski, überbringt dem Fürsten Bismarck die Glückwünsche des Bundesraths und des preußischen Staatsministeriums in folgenden Schreiben:

---

[1]) Der Kaiser ernannte Professor Schweninger zum Geh. Medicinalrath und verlieh Chrysander den Kronenorden 4. Cl.; auch dem Leibdiener Pinnow, dem Leibkutscher Patschke und dem Förster Schwarzkopf wurden Auszeichnungen zu Theil.

(1.)

Ew. Durchlaucht Eintritt in das neunte Jahrzehnt eines mit unvergleichlicher Hingebung dem Dienste des Vaterlandes gewidmeten Lebens giebt dem Bundesrath einen willkommenen Anlaß zum erneuten Ausdruck seiner aufrichtigen Verehrung und seiner warm empfundenen Wünsche.

Nicht vergessen hat es der Bundesrath, daß er während zweier Decennien unter dem Vorsitz Ew. Durchlaucht an dem Ausbau des neu erstandenen Reiches hat mitwirken können, nicht vergessen, daß die von ihm im Auftrage seiner hohen Machtgeber verfolgte Politik durch Ew. Durchlaucht weise Leitung Ziel und Richtung empfangen hat.

Und wenn dank dieser Politik der Bund der Fürsten und Freien Städte des Reiches gefestigt dasteht gegenüber den zersetzenden Elementen, welche nicht müde werden in dem Versuche, die schöpferische That einer großen Zeit zu zerstören, so weiß sich der Bundesrath eins mit allen vaterländisch gesinnten Gliedern der Nation in der Ueberzeugung, daß Ew. Durchlaucht weitschauender Blick es gewesen ist, der den sicheren Grund zu solchem Erfolge gelegt hat.

Auf dem von Ew. Durchlaucht vorgezeichneten Wege wird der Bundesrath fortfahren, des Reiches Ausbau zu fördern, und damit einen Theil des Dankes abzutragen, welcher der wahrhaft staatsmännischen Arbeit des Ersten Kanzlers gebührt.

Möge der Segen, welcher sichtlich auf dieser Arbeit ruht, zum Heile des Vaterlandes fortwirken, möge Gottes Gnade geben, daß Ew. Durchlaucht noch lange Jahre dem Kaiser und dem Reiche erhalten bleiben, und möge es Ihnen beschieden sein, neben der Befriedigung über Ihre Schöpfung reiche Freude an deren Entwicklung zu erleben!

Berlin, den 1. April 1895.

Der Bundesrath.

(Unterschriften.)

Sr. Durchlaucht, dem Fürsten v. Bismarck,
Herzog von Lauenburg.

(2.)

Ew. Durchlaucht ist es durch Gottes Gnade beschieden, am 1. April d. J. das achtzigste Lebensjahr zu vollenden.

Mit den Ihrigen wird das Vaterland diesen seltenen Festtag in dankbarer Gesinnung begehen, eingedenk der unvergänglichen Verdienste, welche Ew. Durchlaucht in langjähriger unermüdlicher und reich gesegneter Thätigkeit um Preußens und des Deutschen Reiches Ruhm und Größe sich erworben haben. Mit den Segenswünschen, welche Ew. Durchlaucht zu diesem festlichen Tage von

Sr. Majestät dem Kaiser und Könige, unserem erhabenen Herrn, zugehen, verbindet auch das Staats-Ministerium die seinigen im dankbaren Rückblick auf die langen Jahre, während deren Ew. Durchlaucht seine Berathungen zum Heile des Vaterlandes mit Weisheit und Festigkeit geleitet haben.

Möge der Allmächtige Ew. Durchlaucht noch lange Jahre in voller Kraft des Körpers und Frische des Geistes dem Vaterlande erhalten und Ihnen einen ungetrübten Lebensabend, verschönt durch die Liebe und Verehrung Ihrer Mitbürger bereiten!

Berlin, den 1. April 1895.

Das Staats-Ministerium.
(Unterschriften.)

An Se. Durchlaucht, den Fürsten v. Bismarck,
Herzog von Lauenburg.

28. März: Telegramm an den Präsidenten der Bürgerschaft von Hamburg, Sigmund Hinrichsen: Dank für die Glückwunschadresse der Bürgerschaft vom 27. März.[1]) (H. N. 28. 3. 1895 No. 75 A.-A.)

Durch die freundnachbarliche Begrüßung der Bürgerschaft fühle ich mich hochgeehrt und bitte meine Herrn Mitbürger, meinen wärmsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

29. März: Das Herrenhaus beschließt auf Antrag des Herrn v. Pfuel einstimmig, eine Marmorbüste des Fürsten Bismarck im Sitzungssaale aufzustellen.

29. März: Eine Deputation des Vereins Berliner Gasthofsbesitzer überreicht dem Fürsten Bismarck eine Majolikavase mit dem Bildniß der verstorbenen Fürstin.

29. März: Telegramm an das Präsidium des anhaltischen Landtags: Dank für die „ehrenvolle Begrüßung“. — Schreiben

---

[1]) Die Glückwunschdepesche der Bürgerschaft lautete:

Ew. Durchlaucht, dem Schöpfer des Deutschen Reiches, unserem großen Ehrenbürger, sendet in Dankbarkeit und Verehrung die Hamburgische Bürgerschaft auf Grund eines in heutiger Sitzung einstimmig gefaßten Beschlusses ehrerbietige und herzliche Glückwünsche zum achtzigjährigen Geburtstag.

Der Präsident der Bürgerschaft.
Sigmund Hinrichsen.

Bismarcks an den Bundesrath (1) und an den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums (2) (H. N. 4. 4. 1895 No. 81 A.=A.):

(1.)

Unter allen Begrüßungen und Auszeichnungen, die mir zu meinem bevorstehenden Geburtstage zu Theil geworden sind, lege ich hervorragenden Werth auf die Kundgebung der Herren Vertreter der durchlauchtigsten Reichsgenossen im Bundesrathe. In dankbarem Rückblick auf die Zeit gemeinsamer Arbeit mit den meisten Herren Unterzeichnern der Urkunde, bitte ich den hohen Bundesrath, meinen gehorsamsten Dank für die mir erwiesene Ehre entgegen zu nehmen, und zweifle nicht, daß das deutsche Volk in diesem höchsten Senate des Deutschen Reiches stets wie bisher den für alle Deutschen maßgebenden Ausdruck der nationalen Zusammengehörigkeit und der Vaterlandsliebe finden wird.

v. Bismarck.

(2.)

Ew. Durchlaucht habe ich bereits, als ich den Vorzug hatte, Sie hier zu sehn, meinen verbindlichsten Dank für den Glückwunsch des Staatsministeriums ausgesprochen, den Hochdieselben mir die Ehre erzeigten, persönlich zu überbringen. Ich freue mich, in Ew. Durchlaucht einen mir von Alters her durch nationale Mitarbeit befreundeten Staatsmann an der Spitze der preußischen Regirung zu sehn, und verbinde mit dem Danke die aufrichtigsten Wünsche für das Gelingen der Aufgaben, die die Zeit für unsre Regirung bringt. Die Aufgaben sind schwierig, aber das sind alle gewesen, die der preußischen Regirung seit einem halben Jahrhundert obgelegen; doch sind sie mit Gottes Hülfe unter der Leitung unsrer Könige in einer Weise gelöst worden, daß sie heute im Rückblick geringer erscheinen, als zur Zeit, wo sie bevorstanden.

v. Bismarck.

29. März: Telegramm Bismarcks an Ministerpräsident Crispi: Dank für die Beglückwünschung.[1])

En vous souhaitant bonne chance je vous prie, cher ami, d'agréer mes remercîments de cœur pour les aimables et bienveillantes paroles que Votre Excellence a bien voulu m'adresser.

v. Bismarck.

30. März: Telegramme Bismarcks an die verw. Großherzogin Marie von Mecklenburg, an Prinz und Prinzessin Wilhelm von Baden, an Prinzessin Mathilde von Schwarzburg: Dank für die telegraphischen Beglückwünschungen. (Noch nicht veröffentlicht.) — Schreiben Bismarcks an den Geh. Ober-Regierungs-Rath Gamp: Dank für die Begründung einer „Bismarck-Stiftung" zu Gunsten von Beamten der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und für Handel und Gewerbe. (H. N. 2. 4. 1895 No. 79 M.-A.)

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Aufmerksamkeit, die Sie mir durch Begründung einer Stiftung zu meinem Andenken erweisen wollen. Der wohlthätige Zweck der Stiftung findet meinen vollen Beifall.

v. Bismarck.

31. März: Eine Deputation des Kösener S.-C. zur Ueberreichung einer Adresse bei Fürst Bismarck.

Wortlaut der Adresse:

Ihrem lieben alten Herrn, dem Fürsten Bismarck,
Deutschlands größtem, gewaltigen Sohne,
der allezeit, wie in den goldenen Tagen akademischer Freiheit, gerüstet mit der Kraft der Persönlichkeit, kühnsten Muthes, fest und treu für die höchsten Güter eintrat, die das heilige Band des Vaterlandes umschlingt, bringen die Corpsstudenten sämmtlicher deutscher Hochschulen zum 80. Geburtstage aus innerstem Herzen die freundlichsten Glückwünsche dar. In Ew. Durchlaucht ersehen sie das hehre Vorbild wahrhafter Mannesehre, es wird ihnen leuchten von Geschlecht zu Geschlecht.

Ew. Durchlaucht in unwandelbarer Treue ergebener
Kösener S.-C.-Verband.

[1]) Veuillez agréer mes félicitations pour votre glorieux anniversaire. Vous avez donné à votre patrie la conscience de son unité, et par cette unité vous avez assuré la paix à l'Europe.

Crispi.

31. März: Telegramme Bismarcks an König Oscar von Schweden-Norwegen, König Karl von Rumänien, Prinzregent Luitpold, Friedrich Fürst zu Waldeck und Pyrmont, Herzog Ernst von Altenburg und Fürst Heinrich XXIV. Reuß-Köstritz (Ernstbrunn): Dank für die telegraphischen Beglückwünschungen. (Noch nicht veröffentlicht.) — Depesche Bismarcks an Oberbürgermeister Zelle in Berlin: Dank für die Mittheilung der Adresse des Berliner Magistrats. (B. N. N. 5. 4. 1895 No. 175 A.-A.)

Verbindlichsten Dank für die freundliche Mittheilung, durch die ich mich hoch geehrt fühle.

v. Bismarck.

Wortlaut der Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!

Wie immer die Herzen sich an der Größe und Kraft des Deutschen Reiches erfreuen, ruft der 1. April 1895 die Erinnerung an die Thaten Ew. Durchlaucht mächtig wach.

Was in Generationen von den reinsten und edelsten Vaterlandsfreunden geträumt, ersehnt, erstrebt ward — Ew. Durchlaucht, berufen und getragen von dem Vertrauen des hochherzigsten Herrschers, konnten es zur Wahrheit machen.

In unauslöschlicher Dankbarkeit gedenkt das lebende Geschlecht der Deutschen der Mühen und Sorgen, die jenen Träumen die Erfüllung brachten. Und die Geschichte wird für alle Zeiten aufbewahren, wie Ew. Durchlaucht mit weit ausschauendem Blick, mit rastloser nie ermattender Thatkraft, mit kühnem Muthe und erfindungsreichem Scharfsinn die Früchte der Großthaten unseres Volkes in Waffen zu sichern verstanden und dann den in schweren Kämpfen errungenen Frieden bewahrt haben.

Unserer Stadt aber, welcher diese Thaten die ehrenvolle Stellung der Hauptstadt des Deutschen Reiches bereitet haben, gereicht es zur besonderen Genugthuung, daß Ew. Durchlaucht Lebensgang vielfach mit ihr eng verknüpft ist, daß Sie glückliche Erinnerungen der Kindheit und der Jünglingsjahre an unsere Mauern knüpfen, daß Sie Ihre weltbestimmenden Thaten in Berlin vollbracht oder doch vorbereitet und vollendet haben, daß Sie als unser Ehrenbürger unserem bürgerlichen Gemeinwesen dauernd angehören.

Möge der Allmächtige Gott Ew. Durchlaucht immerdar segnend vergelten, was Sie an unserem deutschen Volke gethan haben.

Ew. Durchlaucht ehrerbietig ergebenster

Magistrat hiesiger Königlicher Haupt- und Residenz-Stadt

Zelle.

Berlin, den 30. März 1895.

1. April: **Nationale Feier des 80. Geburtstages bei den Deutschen des In- und Auslandes.** Der Fürst empfing nach einer von der Post- und Telegraphenverwaltung veranstalteten Zählung in der Zeit vom 25. März bis 2. April rund 450 000 Postkarten, gewöhnliche Briefe und Drucksachen, 979 gewöhnliche Packete, 265 Werth- und Einschreibepackete[1]); außerdem gingen in derselben Zeit 9815 Telegramme mit 329 367 Worten ein, während 1660 Telegramme mit 123 893 Worten in Friedrichsruh aufgegeben wurden. Zur Bewältigung des Verkehrs war die Zahl der Post- und Telegraphenbeamten erheblich verstärkt worden, und um die Telegramme zu befördern, hatte die Telegraphenverwaltung fünf unmittelbare telegraphische Verbindungen mit Hamburg und vier unmittelbare Verbindungen mit Berlin zur Verfügung gestellt. Telegraphische oder briefliche Glückwünsche trafen ein von allen regierenden Fürsten Deutschlands mit alleiniger Ausnahme des Fürsten Heinrich XXII. von Reuß-Greiz, von einer größeren Anzahl Prinzen und Prinzessinnen fürstlicher Häuser, außerdem von der Kaiserin Friedrich, der Kaiserin Auguste Victoria, dem Kaiser von Oesterreich, der Königin von England, dem Prinzen Albert Edward von Wales, den Königen von Italien, Schweden-Norwegen und Rumänien, dem Sultan Abdul Hamid, dem Großfürsten Wladimir, der Kronprinzessin Victoria von Schweden-Norwegen, dem Herzog von Aumale 2c. Einige dieser Glückwünsche sind bekannt geworden, wir lassen sie hier folgen:

1. Telegramm des Kaisers Wilhelm II.

(1. April.)

Ew. Durchlaucht möchte Ich, wie am 26. an der Spitze der Vertretung Meiner Armee, heute nochmals tiefbewegt den Dank Meines Hauses sowie den Dank der deutschen Nation für alles das aussprechen, was Sie in segensvoller Arbeit für das Vaterland gethan haben. Gott segne und beglücke den Lebensabend des Mannes, welcher immerdar der Stolz des deutschen Volkes bleiben wird.

Ihr dankbarer

Wilhelm I. R.

---

[1]) Das im Verlag von Eckhoff in Charlottenburg erschienene Verzeichniß der dem Fürsten gespendeten Ehrengeschenke zählt 1109 Nummern: es enthält die Liste der Ehrenbürgerbriefe, Ehrendiplome, Glückwunschadressen, der Ehrengeschenke, der kunstgewerblichen Gegenstände und Handarbeiten, der Photographien und Bildwerke, der Bücher und Musikalien 2c. Die vergänglichen Gaben, an Blumen, Eßwaaren und Getränken, Tabak und Cigarren 2c. sind dem Verzeichniß nicht eingefügt; die Zahl solcher Sendungen belief sich auf über tausend.

2. Telegramm der Kaiserin Auguste Victoria.

(1. April.)

Spreche Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage aus.

Auguste Victoria,
Kaiserin und Königin.

3. Telegramm des Prinzregenten Luitpold.

(31. März.)

Ich bitte Ew. Durchlaucht, meine wärmsten Glück- und Segenswünsche zu Ihrem 80. Geburtstag freundlich entgegenzunehmen.

Luitpold.

4. Telegramm des Königs Wilhelm von Württemberg.

(1. April.)

Ich kann mir nicht versagen, auch auf diesem Wege Ew. Durchlaucht meine wärmsten und aufrichtigsten Glückwünsche zu senden, treu eingedenk aller unauslöschlichen, der Geschichte eingegrabenen Thaten Ew. Durchlaucht für das geeinte Vaterland, wie des besonderen Wohlwollens, dessen ich mich in allen Lagen zu erfreuen hatte. Möge Ihnen Gott noch eine lange Reihe froher und gesunder Jahre bescheiden.

Wilhelm.

5. Telegramm des Großherzogs Friedrich von Baden.

(1. April.)

Die Großherzogin und ich bringen Ihnen treue Segenswünsche beim Eintritt in ein neues Lebensjahr, einen wichtigen Lebensabschnitt, von dem wir hoffen, daß noch lange Jahre in Gesundheit und Kraft nachfolgen mögen. Nochmals[1]) rufe ich Ihnen zu — so Gott will auf Wiedersehen!

Friedrich,
Großherzog von Baden.

6. Telegramm des Großherzogs Carl Alexander von Sachsen-Weimar.

(1. April.)

Obgleich meine herzlichsten Wünsche dem heutigen Tage schriftlich längst vorauseilten, so ist es doch meinem Herzen Bedürfniß, in den heutigen Jubel mit einzustimmen, während alle Fahnen wehen und die ganze Bevölkerung in Dankbarkeit und Verehrung Ihnen huldigt. Gott lasse Sie beides durch das Bewußtsein recht genießen, das Beste gewollt, das Mögliche geleistet zu haben. Gottes Segen sei auf Ihnen und Ihrem Werk. Er wird nicht ausbleiben, wenn das Vaterland beides in aller Wahrheit will und thut.

Carl Alexander.

---

[1]) Wie beim Abschied am 27. März 1895.

7. Telegramm des Großherzogs Peter von Oldenburg.

(1. April.)

Ew. Durchlaucht spreche ich meine herzlichsten Glückwünsche beim Beginn des neuen Lebensjahrzehnts aus; Gott gebe Ihnen feste Gesundheit und einen ungetrübten Lebensabend.

Peter.

8. Telegramm des Herzogs Ernst von Sachsen-Altenburg.

(31. März.)

Indem ich Ew. Durchlaucht die herzlichsten Glückwünsche zu Ihrem Geburtsfeste darbringe, gebe ich mit allen Altenburgern, die treu zu Ihnen stehen, der Hoffnung Raum, daß Gott der Herr Sie uns noch lange erhalten möge.

Ernst.

9. Telegramm des Kaisers Franz Joseph.

(1. April.)

Mit herzlichster Theilnahme beglückwünsche ich Ew. Durchlaucht zu Ihrem 80. Geburtstage und zu der hohen Genugthuung, zu welcher Ihnen diese ehrenreiche Feier gereichen muß. Möge die Erfüllung meiner heutigen Wünsche für Ihr ungetrübtes Wohl sich auf Jahre übertragen.

Franz Joseph.

10. Telegramm des Königs Humbert von Italien.

(27. März.)

Je présente de grand cœur mes félicitations à Votre Altesse à l'occasion de la quatre-vingtième année de Sa vie glorieuse, et je forme des vœux ardents, afin que Dieu vous conserve longuement à Sa Majesté l'empereur, à l'Allemagne et à mon amitié.

Humbert.

11. Telegramm des Königs Oscar von Schweden-Norwegen.

(31. März.)

Ich sende Ew. Durchlaucht meine aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche, daß es Ihnen vergönnt worden ist, noch kräftig und gesund ein so hohes Alter zu erleben. An das große Werk, die Entstehung des Deutschen Reichs, wird Ihr Name für alle Zeiten geknüpft sein.

Oscar.

12. Telegramm des Prinzen Albert Edward von Wales.

(1. April.)

Den zahlreichen Gratulationen, welche Ew. Durchlaucht bei Vollendung des 80. Jahres zugehen werden, füge ich auch meine aufrichtigsten Glückwünsche hinzu, in der Hoffnung, daß Sie den heutigen Tag noch recht oft feiern mögen.

Albert Edward.

13. Telegramm des Sultans Abdul Hamid.

(1. April.)

A l'occasion du quatre-vingtième anniversaire de la naissance de Votre Altesse dont j'apprécie au plus haut degré le dévouement à la dynastie impériale et particulièrement à la personne de Sa Majesté l'empereur, mon auguste et sincère ami, je m'empresse de Lui faire parvenir mes félicitations et mes vœux pour la continuation de sa précieuse existence en même temps que je me plais à Lui exprimer mes remercîments pour les sentiments de sympathie qu'Elle temoigne à l'égard de mon empire.

Abdul Hamid.

14. Telegramm des Sultans von Zanzibar.

(1. April.)

Please accept my sincere felicitation for your highness birthday.

Sultan Zanzibar.

15. Telegramm Stambulow's.

(1. April.)

Ich bitte Sie, unter den zahllosen Glück- und Segenswünschen an Ihrem 80jährigen Geburtstage auch die meinigen anzunehmen als die eines Verehrers und Bewunderers, der mit Aufmerksamkeit und Begeisterung sich in das Studium des Lebens und der Thaten des größten Staatsmannes unseres Jahrhunderts zum Ruhm seines Vaterlandes vertieft und sie verfolgt hat. Die Arbeit, die Sie auf das Wohl, die Größe und die Einigung Ihres theuren Vaterlandes verwendet, die Verdienste, die Sie sich um die Erreichung dieser Ziele erworben haben, sind auf den leuchtendsten Tafeln der deutschen Geschichte eingegraben und werden kommenden Geschlechtern als Beispiel und zur Lehre dienen. Sie sind einer der seltenen Arbeiter der Geschichte, die das Glück gehabt haben, das Werk verwirklicht und festgegründet zu sehen, dem Sie Ihr Leben geweiht haben. Ich bitte Gott, Ihr Leben zur Freude und zum Stolze Ihres ganzen geeinten Vaterlandes noch lange zu erhalten.

Stambulow.

1. April: Von den telegraphischen Antworten des Fürsten auf die ihm auf telegraphischem Wege zugegangenen Glückwünsche sind bisher bekannt geworden:

1. Telegramm an Kaiser Wilhelm II.

(1. April.)

Ew. Majestät lege ich meinen allerunterthänigsten Dank für Allerhöchstdero huldvolle Glückwünsche zu meinem Geburtstage in tiefster Ehrfurcht zu Füßen.

2. Telegramm an Kaiser Franz Joseph.

(1. April.)

Ew. Majestät bitte ich, für Höchstdero gnädige Glückwünsche zu meinem Geburtstage meinen unterthänigsten Dank entgegennehmen zu wollen.

3. Telegramm an Staatssecretär v. Stephan.[1])

(1. April.)

Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung eines alten Mitarbeiters.

4. Telegramm an Dr. Goldmann in Darmstadt.

(1. April.)

Ew. Excellenz bitte ich, für die guten Wünsche und die Worte wohlthuender Anerkennung, die mir von einer so hochwürdigen und sympathischen Seite, wie es das Großherz. hessische Oberconsistorium ist, besonders werthvoll gewesen sind, den Ausdruck meiner verbindlichsten Dankbarkeit entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

1. April: Das Ehrenbürgerrecht verliehen dem Fürsten Bismarck nachfolgende Städte und Gemeinden des Deutschen Reichs:

Adorf	Aue	Bernstadt
Altena	Auerbach	Bismark (Altmark)
Altenberg		Blomberg
Altenburg	Bacharach	Bonn
Altona	Baden	Borna
Andernach	Bärenstein	Brand
Annaberg	Barmen	Brandis
Annweiler	Barntrup	Braunfels
Arenborn	Bautzen	Braunschweig
Arendsee	Bayreuth	Bruchsal
Arneburg	Berggießhübel	Buchholz
Arnstadt	Bergneustadt	Burg
Arolsen	Bergzabern	Burgstädt

[1]) Er hatte im Namen von 150000 Reichspost- und Telegraphenbeamten dem Fürsten als dem Begründer der deutschen Reichspost Glückwünsche übersandt.

Burguffeln
Burscheid

Calbe a. M.
Calden
Callenberg
Carlsdorf
Cloetze
Coburg
Colditz
Crefeld
Crimmitschau
Cronenberg

Deidesheim
Deisel –
Dessau
Detmold
Dinslaken
Dippoldiswalde
Döbeln
Dohna
Düren
Dürkheim
Düsseldorf

Eberschütz
Edenkoben
Ehrenfriedersdorf
Ehrsten
Eibenstock
Elberfeld
Elmshorn
Elsterberg
Elstra
Elterlein
Ems
Ernstthal
Ersen

Falkenstein
Frankenberg
Frankenthal
Frauenstein
Freiberg
Freiburg i. Br.
Friedrichsdorf

Friedrichsfeld
Frohburg
Fürstenwald

Gardelegen
Geising
Geithain
Gera
Geringswalde
Germersheim
Gerresheim
Gewissenruh
Geyer
Gieselwerder
Glashütte
Glauchau
St. Goar
Gottleuba
Gottsbüren
Gottstreu
Gräfrath
Griemelsheim
Grimma
Groitzsch
Großenhain
Grünhain
Grünstadt
Gummersbach
Günzburg

Hainichen
Halle a. S.
Haueda
Hartenstein
Hartha
Havelberg
Heidelberg
Heisebeck
Herford
Hilden
Höchst a. M.
Hof
Hohenkirchen
Hohenstein
Hohnstein

Holzhausen
Hombressen
Homburg (Pfalz)
Horn
Hornbach
Hückeswagen
Hümme

Ilmenau
Isselburg
St. Johann a. d. S.
Johanngeorgenstadt
Jöhstadt

Kalk
Kamenz
Karlsruhe
Kaufbeuren
Kelze
Kempten
Kettwig
Kirchberg (Kgr. Sachs.)
Kirchberg (Rheinpr.)
Kirn
Kitzingen
Koblenz
Kohren
Königsbrück
Königstein
Konstanz
Kreuznach
Kusel

Lage
Lahr
Lamerden
Lambrecht
Landau
Langenberg
Langenthal
Lauenburg
Lauenstein
Lausigk
Lauterecken
Leichlingen

Leisnig
Lemgo
Lengefeld
Lengenfeld
Lennep
Lichtenstein
Liebstadt
Limbach
Lindau
Lippoldsberg
Löbau
Lobenstein (Reuß)
Lommatzsch
Lößnitz
Lüdenscheid
Ludwigshafen
Lunzenau
Lüttringhausen

Malstatt-Burbach
Mannheim
Marburg
Marienberg
Mariendorf
Markneukirchen
Markranstädt
Meerane
Meiderich a. Rh.
Meimbressen
Meißen
Memmingen
Merzig a. d. Saar
Mettmann
Mittweida
Mölln
Moers
Mügeln
Mühltroff
Mülheim a. Rh.
Mülheim a. d. Ruhr
München
München-Gladbach
Münstereifel
Mutzschen
Mylau

Naunhof
Nerchau
Netzschkau
Neuburg a. D.
Neumünster
Neusalza
Neustadt (Sachsen)
Neustadt (Holstein)
Neustädtel
Neuwied
Niedermeiser
Nördlingen
Nossen

Oberhausen
Obermeiser
Obermoschel
Oberwesel
Oberwiesenthal
Odenkirchen
Oedelsheim
Oederan
Oggersheim
Oelsnitz
Orsoy
Oschatz
Ostheim
Otterberg
Ottweiler

Pausa
Pegau
Penig
Pforzheim
Pirmasens
Pirna
Plauen
Polzin
Pulsnitz

Rabenau
Radeberg
Radeburg
Radevormwald
Regensburg
Regis
Reichenbach
Remagen
Remscheid
Rheydt
Riesa
Rochlitz
Ronsdorf
Roßwein
Rostock
Rötha
Ruhrort

Sachsa
Salzuflen
Salzwedel
Sayda
Schachten
Schandau
Scheibenberg
Schellenberg
Schlawe
Schlettau
Schneeberg
Schöneberg
Schöneck
Schwalenberg
Schwarzenberg
Schweinfurt
Schwerin (Mecklenb.)
Schwetzingen
Sebnitz
Siebenlehn
Sielen
Simmern
Sobernheim
Solingen
Speier
Stammen
Stendal
Stollberg i. S.
Stolpen
Strehla
Stromberg

Tangermünde

Taucha
Tharandt
Thum
Trarbach
Trebbin
Trebsen
Treuen
Trier

Udenhausen
Ulm
Unterwiesenthal
Uerdingen

Vaake
Veckerhagen
Velbert
Vernawahlshausen
Wachenheim
Wald
Waldenburg
Waldheim
Wehlen
Weißenberg
Werben
Werdau
Wermelskirchen
Wesel
Westuffeln
Wetzlar
Wildenfels
Wilhelmshaven
Wilsdruff
Witten
Wolfstein
Wolkenstein
Wülfrath
Wurzen

Xanten

Zittau
Zöblitz
Zossen
Zschopau
Zweibrücken
Zwenkau
Zwergen
Zwickau
Zwönitz. [1])

1. April: Zu ihrem Ehrenmitgliede machten den Fürsten Bismarck nachfolgende Körperschaften und Vereine:

Der Allgemeine Deutsche Sprachverein in Berlin.
Der Gesang-Verein „Apollo" zu Neuenhain im Taunus.
Die Kupferschmiede-Innung zu Berlin.
Die Schlächter-Innung zu Berlin.
Der deutsche Fleischer-Verband.
Die Kgl. preußische Akademie gemeinnütziger Wissenschaften in Erfurt.
Der Verein zum Schutze der Vogelwelt in Merseburg.
Der Central-Verein für die Hebung der deutschen Fluß- und Kanal-Schifffahrt.
Der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine.
Der Verein deutscher Eisenhüttenleute in Düsseldorf.
Die Kriegerkameradschaft Hassia in Darmstadt.
Der Kriegerverband Hessen-Nassau in Frankfurt a. M.
Das Uniformirte Veteranen- und Landwehr-Corps in Frankfurt a. M.
Der Kriegerverein in Gronau in Westfalen.
Der Hamburger Krieger-Verband.
Der Kgl. Sächs. Militär-Invaliden-Verein in Dresden.
Der Marine-Verein in Kiel.
Der Krieger-Verein Metz in Reinickendorf.
Der Krieger-Verein in Bad Wildungen.
Der deutsche Krieger-Verein in Denver (Colorado).
Der Verein ehemaliger Kameraden des 2. Armeecorps zu Stettin.
Der Vaterländische Verein in Leipzig.

[1]) Zu diesen 342 Städten würden noch 54 thüringische Städte zu rechnen sein, deren Gesammtehrenbürgerbrief bis jetzt (25. August) noch nicht in Friedrichsruh eingegangen ist; ihre Namen siehe im Nachtrag.

Der Schützen-Verein in Sudenburg.
Die Fechtverbindung „Deutsche Klinge" in Wien.
Der Gesellige Verein der Dörr & Reinhardt'schen Lederwerke in Worms a. Rh.
Der Werkmeister-Bezirks-Verein in Zwickau.
Der Alldeutsche Verband zu Berlin.
Der Krieger-Verein zu Metz.
Der Verein Berliner Künstler zu Berlin.
Der Deutsche Künstler-Verein in Rom.
Die Engere Vereinigung im Kreis-Verein Leipzig des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig.
Der Verein ehemaliger Kameraden des 2. Armeecorps zu Stettin.
Der Königl. Sächs. Kriegerverein zu Falkenstein i. Vogtl.
Der Patriotische Krieger-Verein „Fürst Bismarck" Berlin.
Der Badische Militär-Vereins-Verband zu Freiburg i. B.
Der Verband der Militär-Vereine des südwestlichen Holstein.
Der Verein gedienter Jäger und Schützen zu Essen.
Der Deutsche Männer-Gesang-Verein zu New-York.
Der Deutsche Kriegerbund „Bezirk Schleswig" zu Flensburg.
Der Königl. Sächs. Militär-Vereins-Bund zu Dresden.
Die Vereinigung der Reserve- und Landwehr-Officiere des Bezirks I zu Darmstadt.
Der Deutsche Krieger-Verein in Chicago.
Die Deutsche Section des National-Verbandes „Rothes Kreuz" zu Milwaukee.
Der Verein ehemaliger Artilleristen zu Köln.
Die Krieger-Kameradschaft Kaiserslautern.
Der Berleburger Schnupf-Verein.
Der Krieger-Verein Mülhausen.
Der Kegelclub zu Altgersdorf in Sachsen.
Der Garde-Verein zu Köln.

1. April: Morgenmusik in Friedrichsruh von den Musikcapellen des Hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76, des thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 31, des 24. Artillerie-Regiments, des 9. Pionier-Bataillons, des 4. Garde-Infanterie-Regiments, dem Trompetercorps des Wandsbecker Husaren-Regiments. — Um 12 Uhr Empfang der Herren Senator Dr. Versmann aus Hamburg und Senator Pauli aus Bremen zur Entgegennahme der Glückwünsche der Hansestädte und der großen auf Beschluß des Hamburger Senats geprägten Denkmünze.

Herr Dr. Versmann überreichte dem Fürsten mit kurzer Ansprache folgendes Schreiben des Senats:

Ew. Durchlaucht

sehen heute von der Höhe des achtzigjährigen Alters zurück auf ein Leben voll von Arbeit und Mühen, von Sorgen und Kämpfen, aber auch voll von Erfolgen, wie sie ihres Gleichen nicht finden in der Welt Geschichten.

Lebhafter als sonst leuchtet deshalb an dem heutigen Tage in der Seele des deutschen Volkes die Erinnerung an Deutschlands große Zeit von Neuem auf; unwiderstehlich richten sich die Blicke auf den Einzigen aus den Reihen der Helden jener Tage, der nach Verlauf eines Vierteljahrhunderts noch unter den Lebenden weilt, und die Freunde des Vaterlandes sind erfüllt von einem einzigen, übermächtigen, Alles andere in den Hintergrund drängenden Gefühle.

Es ist das Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit eines Volkes, welches weiß und welches niemals vergessen kann, daß seine Einigung und damit seine Erhebung aus politischem Verfall zu ehrenvoller Machtstellung in dem neuerstandenen Reiche die Lebensaufgabe von Ew. Durchlaucht gebildet hat.

Der unterzeichnete Senat darf in seinem Namen wie im Namen der gesammten hamburgischen Bürgerschaft zu dem seltenen Feste die herzlichsten Glückwünsche nicht allein dem großen Patrioten und Staatsmanne, sondern zugleich dem bewährten Freunde unserer Stadt darbringen. Geleitet von dem Wunsche, diesem schönen Verhältniß einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen und das Andenken an dasselbe, sowie an die erhebende Feier des heutigen Tages auch unseren Nachkommen zu erhalten, hat deshalb der Senat von Künstlerhand eine Medaille herstellen lassen, welche, indem sie die Thaten Ew. Durchlaucht allegorisch darstellt, eine Mahnung für unsere später lebenden Staatsgenossen sein wird, das durch Eintracht Gewonnene niemals durch Zwietracht wieder zu gefährden.

Wir bitten Ew. Durchlaucht, das Original dieser Medaille, welche demnächst ausgeprägt und vervielfältigt werden wird, als ein Zeichen der unwandelbaren Ergebenheit und Verehrung, welche Hamburgs Senat und Bürgerschaft Ew. Durchlaucht für alle Zeiten bewahren werden, geneigtest entgegennehmen zu wollen.

Der Senat der freien und Hansestadt Hamburg.
Der Präsident des Senats:
gez. Dr. Lehmann.

Der Fürst erwiderte:

Ich danke herzlich dafür und bitte, meinen Dank dem benachbarten Senat zu übermitteln. Wir haben ja so viele Beziehungen, und ich danke noch persönlich, daß Sie in der Zeit, als die Verhältnisse sich gestaltet haben, als Vertreter von Hamburg mitgewirkt haben, die jetzigen befriedigenden Zustände herzustellen. Ich freue mich deshalb, Herr Bürgermeister, jedes Jahr, wenn Ihr Name aus der Wahl der Nachbarstadt hervorgeht. Ich bitte, den hohen Kommittenten des hohen Senats meinen ehrerbietigsten Dank aussprechen zu wollen. Ich komme in neuerer Zeit selten nach Hamburg. Es liegt das an meinem Körper.

Daran schloß sich der Empfang der Herren Landrath v. Dolega-Kozierowski als Vertreter des Kreises Herzogthum Lauenburg, Landesmarschall v. Bülow, Landrath des Kreises Stormarn v. Bonin, Graf Schimmelmann aus Ahrensburg, Oberbürgermeister Rauch aus Wandsbeck, ferner militärischer Deputationen der Greifswalder Jäger und des Halberstädter Kürassier-Regiments.

Um 1 Uhr Empfang der Vertreter der Lehrkörper der Universitäten des Deutschen Reichs.[1]) Nach wenigen einleitenden Worten verlas der Führer der Deputation, Professor Pfleiderer, Rektor der Universität Berlin, folgende Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!

Ein großer Freudentag leuchtet dem deutschen Volke: mit Dankesgruß und Segenswunsch drängt es sich um den gewaltigen Mann, in welchem es den Schöpfer seiner staatlichen Einheit und den Schirmer des Friedens, den Führer und Lehrer seines öffentlichen Lebens und den treuen Wahrer seiner höchsten Güter verehrt.

In diesem Jubel erheben auch wir, die Lehrer der deutschen Universitäten, unsere Stimme, um Ew. Durchlaucht, dem Ehrendoctor dreier Facultäten, zum 80. Geburtstage unsere Huldigung darzubringen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß es unserem Volke vergönnt sein möge, Sie noch lange in freudiger Rüstigkeit mit der unbezwinglichen Jugendkraft Ihres Geistes und Willens unter uns weilen und wirken zu sehen als die geschichtliche Verkörperung unseres nationalen Bewußtseins.

Zu danken und zu rühmen haben wir an diesem Tage besondern Grund. Im Rahmen des geeinigten Vaterlandes hat die Arbeitsgemeinschaft unserer Hochschulen in lebhafterem Austausch und innigerer Wechselwirkung sich entfalten dürfen; und diesem Bunde fügten Ew. Durchlaucht selbst ein neues Glied ein,

---

[1]) Die Deputation bestand aus den Herren Professor Dr. Otto Pfleiderer-Berlin, Professor Nissen-Bonn, Professor Oscar Emil Meyer-Breslau, Professor Dr. Zahn-Erlangen, Professor Dr. Robert Wiedersheim-Freiburg, Consistorialrath Professor Dr. Schultz-Göttingen, Professor Dr. Gaffky-Gießen, Professor Eduard Koschwitz-Greifswald, Professor v. Liszt-Halle, Professor Dr. Rohde-Heidelberg, Professor Dr. Winkelmann-Jena, Professor Schürer-Kiel, Professor Fleischmann-Königsberg, Professor Dr. Flechsig-Leipzig, Professor Dr. Theobald Fischer-Marburg, Professor Dr. v. Bechmann-München, Professor Bernhard Niehues-Münster, Professor B. Matthiaß-Rostock, Professor Dr. Windelband-Straßburg, Professor L. v. Meyer-Tübingen, Professor Karl Frhr. v. Stengel-Würzburg, Geh. Regierungs-Rath Professor Dr. Slaby-Charlottenburg, Professor Martin Krause-Dresden, Professor Heinzerling-Aachen, Professor Dr. Kohlrausch-Hannover, Professor Dr. Lemcke-Stuttgart, Professor Dr. Lepsius-Darmstadt, Professor Math. Haid-Karlsruhe, Professor Karl Körner-Braunschweig.

indem Sie mit Rath und That dafür einstanden, daß die alte, vom Ringen der Völker umwogte Kulturstätte, welche dem Deutschthum zurückgewonnen war, unter den Auspizien des großen Kaisers von Neuem zu einer Heimstätte deutscher Wissenschaft geworden ist. Weit hinaus über den Bereich der staatlichen Dinge hat die machtvolle Eigenart Ihrer Persönlichkeit dem ganzen deutschen Gedankenleben unvertilgbare Eindrücke eingeprägt. Als einem Meister der deutschen Sprache in Wort und Schrift gebührt Ihnen ein Ehrenplatz auch in unserer literarischen Geschichte. Das leuchtende Vorbild Ihrer Thaten hat unserem Volke den Sinn für geschichtliche Wirklichkeit geschärft; die Klarheit und Weite Ihres Weltblicks hat, wie den Umfang unserer nationalen Interessen, so auch den Inhalt unserer Lebensauffassung bereichert, der hohe Ernst, womit Sie das deutsche Volk vor den Gefahren des Erfolges zu bewahren strebten, hat die Ueberzeugung belebt, daß die tiefsten Quellen für die Beherrschung der Wirklichkeit aus der sittlichen Kraft des Glaubens fließen.

Durchlauchtigster Fürst! Auf den deutschen Universitäten ist dereinst, auch in schweren Zeiten, das Ideal des deutschen Staates gehegt und gepflegt worden; nun, da Sie verwirklicht haben, was da geahnt und ersehnt wurde, fällt denselben Universitäten die Aufgabe zu, diesen idealen Gedanken unserer nationalen Einheit rein und unentweiht durch den Kampf der Meinungen und der Interessen in den Herzen der deutschen Jugend zu erhalten. In erneutem Bewußtsein dieser ernsten Pflicht vereint uns heute die bewundernde Liebe zu Ew. Durchlaucht; möge denn auch dem ganzen deutschen Volke dieser Tag zum dauernden Segen werden, auf daß es über Noth und Streit des Tages hinaus geeint in der Begeisterung für seinen großen Kanzler erstarke und wachse zu steter Treue für Kaiser und Reich! Das walte Gott!

Die Vertreter der Lehrkörper der Universitäten
des Deutschen Reiches.

Der Fürst antwortete:

Ich bin tief bewegt von der hohen Ehre, die Sie mir erzeigen, daß die Spitzen der deutschen Wissenschaft in Gestalt der Leiter der Universitäten mich in corpore mit ihrem Besuche beehren, um mich zu begrüßen an dem Tage, den die Natur zur Abrechnung über meine Vergangenheit mir geschenkt hat. Ich fühle, daß ich dabei der Empfänger einer Anerkennung bin, die natürlich nicht meiner Person gelten kann, sondern dem Werke, an dem ich gearbeitet habe, und das ich zu schaffen versucht habe, also allen meinen Mitarbeitern und dem glücklich gewonnenen Resultat. Es ist ja für mich erhebend und zugleich beschämend bis zu einem gewissen Grade, daß diese starke Bewegung, die ganz

Deutschland in der heutigen Zeit ergreift, sich an meinen Namen knüpft, aber ich betrachte dabei meinen Namen nicht als die Hauptsache, sondern als ein Feldgeschrei, unter dem die nationalgesinnten Reichsfreunde sich geeinigt haben, sich zu sammeln; die Verdienste, die ich für unsre nationalen Bestrebungen habe, theile ich mit Vielen, vor allen Dingen, wie ich das vor wenig Tagen schon gesagt habe, mit den deutschen Fürsten, mit ihren Regirungen, mit der ganzen Volkskraft so, wie sie die drei Kriege durchgefochten hat, die zur Herstellung unsrer Einheit, wie ich glaube, nicht zu vermeiden waren. Der dänische Krieg wurde uns gebracht als Einleitung, der östreichische war nöthig zu einer Scheidung, zur Herbeiführung eines Gottesurtheils über einen tausendjährigen Streit zwischen den verschiednen mit einander kämpfenden deutschen Stämmen, und der französische war vorauszusehn, sobald wir den östreichischen geführt hatten ohne Einmischung Frankreichs. Ich habe nie daran gezweifelt, daß wir ihn führen müßten, von Nikolsburg ab. — Die meisten Leute waren 1871 der Meinung, daß keine fünf Jahre bis zur Erneuerung des Kriegs verrinnen würden; es ist — wenn ich auf irgend etwas stolz bin, so ist es dies — gelungen, den Frieden seit den 25 Jahren zu erhalten, und es ist keine Aussicht, daß er in kurzer Zeit gestört werde, während man es zehn Jahre lang theils gefürchtet, theils gehofft hat. Daß mir, ich kann nicht sagen der ungetheilte, aber doch ein so hohes Maß von Beifall meiner Landsleute zu Theil wird, rührt namentlich daher, daß weder mein alter Herr noch seine Rathgeber sich durch die Erfolge, die Gott uns verliehen hat, haben weiterführen lassen, als ein Bedürfniß für die deutsche Entwicklung war. Man ist natürlich dankbar für den Frieden; allezeit ist der Deutsche ad utrumque paratus: den Frieden zu erhalten, wenn es sein kann, zu fechten, wenn es sein muß, aber ein Glück ist das Letztre für Niemanden.

Die Zustimmung, deren ich mich, ich glaube bei der Majorität der selbständigen Deutschen — ich unterscheide genau

zwischen selbständigen und unselbständigen — erfreue, ist ja keine Einstimmigkeit. Aber die feste und klare Aussprache für die nationale Gesinnung bewirkt doch eine Scheidung, die an und für sich immer dazu nützlich ist, daß man seine Freunde und Feinde erkennt und daß wie auf dem Maskenball die Demaskirung eintritt. Ich würde keine Freunde haben, wenn ich nicht auch Feinde hätte; man kann nicht beides zugleich, kalt und warm, sein, und aus Kampf besteht das Leben in der ganzen Natur, in der Schöpfung; bei den Pflanzen — als Forstmann erlebe ich das in meinen Culturen —, durch die Insecten zu den Vögeln, von den Raubvögeln bis zu den Menschen aufwärts: Kampf ist überall, ohne Kampf kein Leben, und wollen wir weiterleben, so müssen wir auch auf weitre Kämpfe gefaßt sein.

Unsre Gegner, ich möchte sagen, die Gegner des Reichs — die Herrn sind ja sehr gereizt gewesen, wenn ich sie Reichsfeinde genannt habe, sie sind ja theoretisch nicht Reichsfeinde: jeder von ihnen kann sich irgend ein Reich denken, mit dem er sich befreunden würde und in dem er gern leben und gern herrschen würde vor allen Dingen, aber grade das Reich, wie es existirt, das wollen sie nicht; sie müssen doch selbst sagen, daß sie wieder entzweischlagen, was mühsam erreicht worden ist, daß man einstweilen noch kein zweites Exemplar auftreiben kann. Ich halte also den Protest gegen den Namen Reichsfeind nicht berechtigt, das kann ich sagen, nachdem ich fünfundzwanzig Jahre gegen diese Fractionen im Reichsinteresse habe fechten müssen. Aber ich gebe gern zu, daß er nicht theoretisch, sondern nur in Anwendung ad hoc zu nehmen ist, sie lieben dieses Reich nicht. Die katholische Kirche kennt ein Reich, in dem sie eine hervorragende Stellung einnehmen würde, was sie wohl acceptiren würde. Ich habe mit dem Bischof Ketteler anno 1870 in dem Sinne zu verhandeln gehabt. Die Socialdemokratie würde einem Reiche nicht abgeneigt sein, in dem die geschicktesten Redner und Agitatoren eine herrschende Stellung nicht blos im Staate, sondern auch in der Familie und im Hause einnähmen; die Polen

würden sich mit einem Reiche befreunden können, das auf das Weichselgebiet verzichtet und Posen und Danzig herausgiebt; also Reichsfeinde theoretisch und absolut principiell sind die Herrn nicht, aber das Reich, wie wir es haben, paßt ihnen nicht. Ich befinde mich nun am Abschlusse und schon nach dem Abschlusse des langen Kampfes mit ihnen, und da ist mir bei dem Abschluß, den mir das Wohlwollen meiner Freunde verschönert, doch auch der Gedanke tröstlich, daß die Gegner offenbar kein Siegesgefühl haben, nachdem ich fünf Jahre außer Dienst bin, sonst würden sie nicht mit dieser giftigen verleumderischen Verbissenheit heut noch gegen mich kämpfen; wenn sie mich für einen Besiegten hielten in unserm frühern dreißigjährigen Kampfe, dann würden sie nachsichtiger sein. So ungroßmüthig ist Niemand, daß er einen geschlagnen Feind noch in dem Maße verfolgt und verleumdet, wie es mir heutzutage in socialdemokratischen und Centrumsblättern toto die geschieht. Dieser fortdauernde Zorn ist mir also eine befriedigende Quittung, daß die Herrn Siegesbewußtsein nicht haben (Heiterkeit), und ich glaube auch nicht an ihren Sieg.

Ich bedaure, daß der Reichstag darauf verzichtet hat, einen zweiten Präsidenten aus den Socialdemokraten zu nehmen. Er würde dadurch die Herrn der Nothwendigkeit näher gerückt haben, sich zu demaskiren und über das Ziel, dem sie zustreben, gelegentlich etwas mehr Auskunft zu geben und in dem Sinne zu handeln. Daß die Socialdemokraten keine Neigung haben, auf dergleichen einzugehn, das zeigt doch, daß sie selbst an die Möglichkeit ihres definitiven Erfolges noch nicht glauben, sonst würden sie bereitwillig dieses Hülfsmittel übernehmen; aber sie fürchten, daß ein Moment kommt, wo sie sagen müssen: „Weh mir, ich bin erkannt!“ Und wer sie erkannt hat, wer sie in ihren Zielen und Zwecken genau erkannt hat, der hat keine Möglichkeit mehr, mit ihnen zu gehn.

Ich möchte nun empfehlen, diesen ganzen Kampf nicht zu tragisch zu nehmen, es geht auf und ab damit. Es

wird auch unter Umständen mit schwerem Blutvergießen gefochten, wir haben viel schwerere Kämpfe mit unsern heutigen Bundesgenossen gehabt, als wir je im Inlande gehabt haben. Im Inlande beschränkt es sich doch auf ein homerisches gegenseitiges Schimpfen (Heiterkeit) und auf gegenseitiges Insultiren. Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, den Gegner zu gewinnen, sondern man sucht nur ihn zu kränken; das ist heutzutage der Hauptinhalt unsres parlamentarischen und publicistischen Streites, daß man sagen kann: „Dem habe ich es gut gegeben.“ Was für Wirkung es macht, ist gleichgültig. Ich nehme deshalb die Sache nicht so ernsthaft. Wir haben ja hier in Deutschland doch seit der Reformation und auch schon ein paar hundert Jahre vorher die Kämpfe gehabt, deren Wiederhall noch heute vernehmlich wird. Wir haben in den Städteverfassungen die Kämpfe der Geschlechter und Zünfte gehabt, wir haben die Bauernkriege gehabt; dasselbe findet sich ja noch wieder in den socialdemokratischen Bestrebungen. Wir haben seit der Reformation die confessionellen Kämpfe gehabt, die Religionskämpfe des dreißigjährigen Krieges, wir haben nachher den siebenjährigen Krieg gehabt als Analogon, was doch auch beinahe ein confessioneller Kampf war, und wir haben uns doch wieder zusammengefunden, und Gott wird uns auch in der Zukunft wieder zusammenführen. Ich möchte nur nicht, daß irgend Jemand, der richtigen Kampfeszorn in sich fühlt, auf unsrer Seite sich durch ein falsches Friedensbedürfniß und durch die Sorge, er könnte Schaden anrichten, wenn er den Degen zieht, abhalten läßt, ihn ruhig zu ziehn und zu fechten. Wir haben uns immer bekämpft und geschlagen in Deutschland, sei es rhetorisch, sei es kriegerisch, und es würde gewissermaßen ein dead lock, ein todter Moment eintreten, wenn wir plötzlich Alle einig würden (Heiterkeit), wenn wir keine Fractionen hätten, wenn wir Alles, wie der Cantor vorsingt, nachsängen, und das würde uns Deutschen doch sehr schwer ankommen. (Heiterkeit.) — — Unser Herrgott ist doch ein einsichtigerer Regent, als irdische

Fürsten sein können, und es giebt unter uns viele Leute, die mit dem Regimente der Vorsehung innerlich, wenn sie frei reden sollen, auch nicht vollständig zufrieden sind. Ich bemühe mich, es zu sein, und das Gebet im „Vater unser“: „Dein Wille geschehe“, ist mir immer maßgebend. Ich gebe mir Mühe, ihn zu verstehn, aber verstehn thue ich ihn nicht immer. — — Wir wollen auch den Willen der Regirung immer gern verstehn: selbst wo sie keinen hat, suchen wir einen und schieben wir einen unter. (Heiterkeit.) Die Leute sind auch in der Regel nicht so böse, wie die Gegner meinen. (Heiterkeit.)

Und so, meine Herrn, möchte ich meinen Dank für Ihre Begrüßung wiederholen und Sie bitten, mit mir der weitern Entwicklung mit voller Gemüthsruhe entgegenzusehn. Man wird mit 80 Jahren kühler, wie man mit 40 Jahren gewesen ist, aber im Ganzen bleibe ich doch in der Ueberzeugung, unser Gott läßt keinen Deutschen zu Grunde gehn, am allerwenigsten Deutschland, und in dieser Ueberzeugung danke ich Ihnen. Ich hoffe, die Herrn unter Ihnen, die der Gottesgelehrtheit angehören, werden mit dafür sorgen, daß der Himmel uns günstig bleiben möge. (Heiterkeit.)

Der Fürst ließ sich darauf die einzelnen Herren vorstellen und wendete sich dann den inzwischen eingetroffenen Abgesandten von Souveränen zu. Die Glückwünsche des Sultans überbrachte der in Berlin beglaubigte türkische Botschafter Ahmed Tewfik Pascha;[1]) Oberst v. Walther, Oberhofmarschall Graf Vitzthum von Eckstädt, Oberst Frhr. v. Maltzan überreichten Handschreiben ihrer Souveräne, der Könige von Württemberg und Sachsen und des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin. Sämmtliche Anwesende wurden zum Frühstück geladen, bei dem Professor Pfleiderer die Gesundheit des Fürsten in einem begeisterten Trinkspruch ausbrachte, den der Fürst mit einem Dank für die ihm zu Theil gewordene Ehrung erwiderte; er gab dem Wunsche Ausdruck, es möge

[1]) Der in den Hamburger Nachrichten überlieferte Text der Erwiderung des Fürsten Bismarck an Tewfik Pascha ist nicht authentisch; der genaue Wortlaut ließ sich nicht mehr ermitteln.

der deutschen Wissenschaft die ihr nöthige Freiheit und Unabhängigkeit erhalten bleiben.

Mittlerweile hatten ungefähr 5250 Studenten aller 21 deutschen Universitäten, der technischen Hochschulen Aachen, Braunschweig, Charlottenburg, Darmstadt, Dresden, Hannover, Karlsruhe, des Friedrichs-Wilhelms-Instituts und der Bergakademie Freiberg mit den Fahnen der vertretenen Hochschulen am Fuße der Terrasse Aufstellung genommen. Nach Beendigung des Frühstücks trat der Fürst auf die Terrasse, wo das Ehrengeschenk der deutschen Studentenschaft, ein mächtiger Kredenztisch, aufgestellt war, und wurde mit brausenden Hurrahs und Schlägerklirren empfangen. Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, betrat die Abordnung der Studenten, bestehend aus den Herren Bruch, Goette, Busch und Brande die Terrasse, und stud. theol. Bruch hielt an den Fürsten folgende Ansprache:

Durchlauchtigster Fürst!

An diesem glücklichen Tage, da brausender Festesjubel Alldeutschland vom Fels zum Meer erfüllt, ist es der gesammten deutschen Studentenschaft ein Herzensbedürfniß und eine heilige nationale Pflicht, Ew. Durchlaucht in ehrerbietiger Huldigung die innigsten Glückwünsche darzubringen. In der begeisterten Theilnahme unserer tiefbewegten Herzen findet die Liebe der akademischen Jugend zu Deutschlands größtem Sohne, ihre unauslöschliche Dankbarkeit und glühende Verehrung für den genialen Schöpfer und Heldenkanzler unseres kraftvoll geeinten Reiches nur einen matten Wiederhall. Aber wir freuen uns aufrichtig der hohen Ehre, im Auftrage der Studenten aller deutschen Hochschulen heute an Ew. Durchlaucht die Bitte richten zu dürfen, diese Ehrengabe als ein Zeichen unserer dankerfüllten Gesinnung und ein Unterpfand nie erkaltender Treue und Hingebung entgegennehmen zu wollen. Unsere Empfindungen an diesem festlichen Gedenktage haben wir mit unseren Commilitonen in dieser Adresse niedergelegt, die zu verlesen Ew. Durchlaucht mir huldvollst gestatten wollen.

Zu Ew. Durchlaucht 80. Geburtstage bringt in einmüthiger Liebe und Begeisterung die deutsche Studentenschaft innigen Glückwunsch dar.

Dankbaren Herzens feiern wir heute den Ehrentag des Mannes, der unser Vaterland aus langer Zerrissenheit herrlich emporführte zur lichten Höhe eines stolzen machtgebietenden Reiches.

Was im Schlachtendonner unter den siegreichen Fahnen unserer Väter zur Frucht reifte — uns, dem werdenden Geschlechte, fiel es als mühelose Ernte in den Schooß.

Aber wir geloben es: tapferen Sinnes festhalten, unermüdlich weiterbauen wird die deutsche akademische Jugend an dem Werke, dem Ew. Durchlaucht die rastlose hingebende Arbeit eines reichen Lebens weihten.

Mit diesem unverbrüchlichen Gelübde verbinden wir heute unsern herzlichen Wunsch:

Glück und reichen Segen schenke Gott der Allmächtige Ew. Durchlaucht heute und immerdar!

Euch aber, Commilitonen, fordere ich auf, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch!

Fürst Bismarck antwortete:

Meine Herrn! Ich habe soeben aus dem Munde Ihrer Lehrer, der Dirigenten unsrer Hochschulen, eine Anerkennung über meine Vergangenheit erhalten, die für mich vom höchsten Werth ist. Aus Ihrer Begrüßung entnehme ich die Zusage für die Zukunft, die für Jemand in meinem Alter einen vielleicht noch höhern Werth hat als das Bedürfniß der Anerkennung. Sie werden die Gesinnungen, die Sie heute durch Ihre Anwesenheit hier an den Tag legen, wenigstens Viele von Ihnen, bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts zu bethätigen in der Lage sein, während ich seit lange zur Unthätigkeit verurtheilt bin, der Vorzeit angehöre. Und das ist mir ein Trost; denn der Deutsche ist nicht so organisirt, daß er das, wofür er sich in der Jugend begeistert hatte, in spätern Jahren vollständig fallen läßt. Sie werden in 40 und 60 Jahren vielleicht nicht ganz die Ansichten haben, die Sie heute haben, aber das Samenkorn, was die Regirungszeit des Kaisers Wilhelm I. in Ihre jungen Herzen gelegt hat, wird doch immer auch dann seine Früchte tragen, und Ihre Auffassungsweise, wie sich auch inzwischen unsre staatliche Einrichtung gestalten mag, wird immer eine deutschnationale bleiben, auch wenn Sie alt werden, weil sie es heute ist. Man giebt die Pflege des Nationalgefühls im eignen Innern nicht muthwillig auf, man verliert es auch nicht, auch wenn man auswandert. Ich habe ja die Beispiele, daß Hunderttausende von Deutschen heut aus Amerika,

aus dem Caplande, aus Australien mit derselben Begeisterung an dem alten Vaterlande hängen, die sie zum großen Theil in den Kampf dafür geführt hat.

Wir haben unsre nationale Unabhängigkeit in schweren Kriegen erkämpfen müssen. Die Vorbereitung, der Prolog dazu, war der holsteinische Krieg. Wir mußten den Krieg mit Oestreich führen, um uns auseinanderzusetzen, kein Gericht konnte uns ein Separationserkenntniß geben, wir mußten fechten. Daß, nachdem wir bei Sadowa gesiegt hatten, uns der französische Krieg bevor stand, das konnte für Niemand zweifelhaft sein, der mit der Lage Europas vertraut war. Es empfahl sich nur, ihn nicht zu früh zu führen, bevor wir die Früchte unsrer norddeutschen Einigung einigermaßen unter Dach gebracht hatten. Nachdem wir ihn geführt hatten, war bei uns überall das Gerede, in fünf Jahren würden wir den nächsten Krieg zu führen haben. Es war das ja zu fürchten: aber ich habe es seitdem als meine Aufgabe betrachtet, ihn zu verhindern. Wir Deutsche hatten keinen Grund mehr, Krieg zu führen; was wir brauchten, hatten wir; darüber hinaus zu fechten, aus Eroberungsbedürfniß, für die Annexion von Ländern, deren wir zu unsrer Genugthuung nicht bedurften, ist mir als eine Ruchlosigkeit erschienen, ich möchte sagen: als eine bonapartistische Ruchlosigkeit, als eine ausländische, die nicht in unserm germanischen Gerechtigkeitsgefühl liegt.

Ich bin also, nachdem wir in unserm Hause uns so ausgebaut und ausgedehnt hatten, wie wir es zu bedürfen glaubten, immer ein Mann des Friedens gewesen und habe selbst kleine Opfer nicht gescheut; der Mächtige kann unter Umständen nachgiebig sein. Weder die Carolinen noch Samoa, so viel Werth ich auf coloniale Entwicklung sonst lege, waren den Krieg werth, den wir dafür hätten führen können. Kriegerischen Ruhm bedurften wir nicht, Ansehn auch nicht. Das ist eben der Vorzug des germanischen Charakters unter allen übrigen, daß er seine Befriedigung in der eignen Anerkennung des eignen Werthes

findet und kein Bedürfniß nach Prestige, Herrschaft und Vorrecht hat, daß er sich selbst genug ist. Darauf habe ich gehalten, und es ist in der Politik viel leichter, sich zu sagen, was man vermeiden, als sich zu sagen, was man thun muß. Gewisse Grundsätze der Ehrlichkeit und der Tapferkeit untersagen uns ja Manches zu thun, wie beim Manöver gewisse Felder zur Betretung verboten sind. Aber etwas ganz Andres ist die Entschließung darüber, was geschehn soll, und darüber kann Niemand eine sichre Voraussicht haben. Denn die Politik ist eine Aufgabe, mit der eigentlich nur die Schifffahrt in unbekannten Meeren eine Aehnlichkeit hat. Man weiß nicht, wie das Wetter, wie die Strömungen sein werden, welche Stürme man erlebt. In der Politik kommt noch dazu, daß man wesentlich von den Entschließungen Andrer mit abhängig ist, auf die man gerechnet hat, und die nachher nicht eintreffen, daß man nie vollkommen selbständig handeln kann. Und wenn die Freunde, auf deren Unterstützung man angewiesen ist, ihre Ansicht ändern, wofür man nicht gutsagen kann, so ist der ganze Plan mißlungen. Also positive Unternehmungen in der Politik sind außerordentlich schwer, und wenn sie gelingen, so soll man Gott danken, daß er seinen Segen dazu gegeben hat, und nicht herummäkeln an Kleinigkeiten, die diesem und jenem fehlen, sondern die Situation acceptiren, so wie Gott sie macht. Denn der Mensch kann den Strom der Zeit nicht schaffen und nicht lenken, er kann nur darauf hinfahren und steuern, mit mehr oder weniger Erfahrung und Geschick, kann Schiffbruch leiden und stranden und auch zu guten Häfen kommen.

Wenn wir nun zu guten Häfen gekommen sind, wie ich aus dem, ich kann nicht sagen allgemeinen, aber doch überwiegenden Urtheil meiner Landsleute entnehme — denn deren Befriedigung ist doch Alles, was wir zu erstreben haben — so wollen wir zufrieden sein und pflegen und erhalten, was wir gewonnen haben in Kaiser und Reich, so wie es ist, nicht so, wie es Einzelne wünschen

könnten, mit andern Einrichtungen, mit etwas mehr Zuthat von dem, was Jedem grade am nächsten am Herzen liegt, sowohl in confessioneller wie in socialer Beziehung, sondern wir wollen sorgfältig festhalten, was wir haben, auch in der Sorge, das wieder zu verlieren, wenn wir es nicht zu schätzen wissen. Deutschland ist ein mächtiges Reich gewesen unter den Karolingern, den Sachsen und den Hohenstaufen; und wie es einmal diese Stellung verlor, so sind fünf-, sechshundert Jahre vergangen, ehe es sozusagen wieder auf die Beine kam. Die politischen Entwicklungen gehn so langsam wie die geologischen. Die Schichten legen sich übereinander und erzeugen neue Bänke und neue Gebirge.

Aber ich möchte vor allen Dingen die jungen Herrn bitten: geben Sie sich dem deutschen Bedürfniß der Kritik nicht allzusehr hin, acceptiren Sie, was uns Gott gegeben hat und was wir mühsam unter dem bedrohenden — Angriff kann ich nicht sagen — aber Gewehranschlag des übrigen Europa ins Trockne gebracht haben. Es war nicht so ganz leicht. Wären wir vor den europäischen Seniorenconvent vor Abschluß unsrer französischen Angelegenheiten citirt worden, wir wären lange nicht so gut weggekommen, wie es geschehn ist, und meine Aufgabe ist es gewesen, dies nach Möglichkeit zu verhindern. Daß dabei nicht Alles erreicht werden konnte, was Jeder wünschte, ist natürlich, und ich spreche davon nur, um die Nachsicht Derer in Anspruch zu nehmen, die ganz berechtigt sind, mehr zu erwarten, vielleicht auch mehr zu erstreben; aber nur nicht zu früh und nur nicht zu rasch. Halten wir vor allen Dingen zunächst fest, was wir haben.

Wer die meisten Opfer für die Herstellung des Deutschen Reichs gebracht hat, sind offenbar die deutschen Fürsten, der König von Preußen nicht ausgeschlossen, und mein alter Herr hat lange gezögert, ehe er seine Unabhängigkeit bereitwillig aufgab an das Reich. Also seien wir Denen dankbar, die für das Reich Opfer

gebracht haben, die den Dynastien schwer fallen mußten nach der ganzen tausendjährigen deutschen Geschichte; seien wir dann auch der Wissenschaft und ihren Pflegern dankbar, daß sie auf ihrem Herd das Feuer der deutschen Einheit Jahrhunderte lang erhalten haben, bis die Zeit kam, da ihm wieder Brandstoff zugeführt wurde und es höher aufflammte und uns eine befriedigende Leuchte und Wärme gewährte.

Also ich möchte vor allen Dingen — Sie werden mir sagen, ich bin ein alter Conservativer — mich dahin zusammenfassen: Halten wir, was wir haben, vor allen Dingen, ehe wir Neues versuchen. Fürchten wir uns auch nicht vor denjenigen, die uns das nicht gönnen, was wir haben. Es sind Kämpfe in Deutschland ja immer gewesen. Und die heutigen Fractionsspaltungen sind ja doch nur die Nachwehen der alten deutschen Kämpfe in den Städten zwischen den Geschlechtern und den Zünften, in den Bauernkriegen zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden, in den Religionskriegen, im dreißigjährigen Kriege. Alle diese tiefgehenden, ich möchte sagen, geologischen Spaltungen im deutschen Boden lassen sich nicht vertilgen mit einem Schlage; und wir müssen mit unsern Gegnern doch auch Nachsicht haben, wenn auch nicht darauf verzichten, unsrerseits zu fechten. Das Leben ist Kampf in der ganzen Schöpfung, und ohne innre Kämpfe kommen wir zuletzt beim Chinesenthum an und versteinern. Ohne Kampf kein Leben. Nur muß man in allen Kämpfen, sobald die nationale Frage auftaucht, doch immer einen Sammelpunkt haben, und das ist für uns das Reich, nicht wie es vielleicht gewünscht werden könnte, sondern wie es besteht, das Reich und sein Kaiser, der der Vertreter dafür ist. Und deshalb bitte ich Sie, mit mir einzustimmen auf das Wohl von Kaiser und Reich; und mögen Sie Anno 1950, so viele von Ihnen dann noch leben, mit voller Zufriedenheit den Toast dann abermals mit ausbringen: „Kaiser und Reich, sie leben hoch!“

Nun sang die jugendliche Schaar nach der Melodie von Körners Schwertlied das Preisgedicht von H. Schmieden:

Horch, Sturmesflügel rauschen,
Die deutschen Eichen lauschen.
Blinkender Schläger Klang
Mischt sich dem Chorgesang.
Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Heut gilt nicht Spiel noch Scherzen,
Heut klopfen Männerherzen.
Heil'ge Begeisterung
Eint uns zur Huldigung.
Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Der Thron und Reich umfriedet
Das Kaiserschwert geschmiedet,
Stolz trug das Reichspanier,
Bismarck, wir jauchzen Dir!
Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Du Held vom Stamm der Eichen,
Du Ritter ohne Gleichen —
Dein Haupt, so hochbetagt,
Ob dem Jahrhundert ragt!
Hurrah! Hurrah! Hurrah!

Der Gesang anderer studentischer Lieder schloß sich an, und nur langsam vollzog sich der Abmarsch der Studenten, denen der Fürst von der Terrasse herab Blumen zuwarf.[1])

1. April Abends: Fackelzug der Hamburger Bürger (etwa 5000 Fackelträger). Herr Rechtsanwalt Dr. Semler begrüßte den Fürsten mit folgender Ansprache:

Ew. Durchlaucht!

Wir Hamburger danken Ew. Durchlaucht dafür, daß Ew. Durchlaucht auch in diesem Jahre unsern Fackelzug haben entgegennehmen wollen, in diesem Jahre, wo ganz Deutschland glückwünschend Ew. Durchlaucht umdrängt.

Wir danken und wir sind stolz darauf, daß Ew. Durchlaucht uns wieder wie seit Jahren diesen Abend gegeben haben in dem Bewußtsein, daß wir seit dem ersten Tage, wo Ew. Durchlaucht hier geweilt haben, und wo es noch einsamer war in Friedrichsruh, es als eine heilige Pflicht erkannt haben, Ew. Durchlaucht zu beweisen, daß es eine nationale Dankbarkeit giebt und daß die nächste große deutsche Stadt sich dessen bewußt ist.

Ew. Durchlaucht dankt ferner der große politische Verein, der von jeher an der Spitze dieser jährlichen Huldigung gestanden hat. In einer Zeit, wo seine 5000 Mitglieder unthätig am Rande des politischen Zeitstromes stehen mußten, bis die Wildwasser einer überschäumenden Socialdemokratie auch

[1]) Man vgl. die Schrift: Die Huldigungsfahrt der deutschen Studenten zum Fürsten Bismarck. Berlin (J. Becker) 1895.

in unserer Stadt verrauscht oder eingedämmt sein werden, hat dieser Fackelzug ein kräftig Band geschlungen um viele deutsche Männer von Jahr zu Jahr. Denn dies ist nicht ein Fackelzug wie tausend andere, sondern er wird Ew. Durchlaucht gebracht, Ew. Durchlaucht, die den Einheitsgedanken, des Deutschen Reiches Größe und Herrlichkeit, kurz, alles nationale Empfinden des Einzelnen in sich verkörpern. — Aber eben weil der Gedanke ans Vaterland uns heilig ist und ein Theil unseres edelsten Empfindens — darum heilig auch unsere Hoffnung, daß Ew. Durchlaucht noch lange vor Augen uns weilen mögen, und als ein Theil von uns selbst aus innerstem Herzen klingt unser Wunsch:

Lang lebe Ew. Durchlaucht!
Se. Durchlaucht Fürst Bismarck allewege!
Eins, zwei, drei Hurrah!

Fürst Bismarck antwortete:

Meine Herrn Nachbarn von Hamburg! Ihre Begrüßung zu meinem Geburtstag ist nachgerade für mich zu einer Gewohnheit geworden, auf die zu verzichten mir schwer werden würde. Ich habe in meinem Bestreben zur Belebung unsres Nationalgefühls, zur Herstellung der nationalen Einheit manchen ungerechten Zweifel gehabt und manches irrthümliche Vertrauen gehegt, aber daran habe ich niemals gezweifelt, daß der alte hanseatische Geist, der vor Jahrhunderten bereits das deutsche Ansehn weit über Land und See vertreten und tapfer vertreten hat und weit über die Kräfte, die heutzutage die hanseatischen Städte aufbringen können, vertreten hat, — daß der mich auf die Dauer nicht im Stiche lassen würde bei diesen Bestrebungen, sobald sie Aussicht auf befriedigenden Abschluß hätten, daran habe ich nie gezweifelt. Es haben ja Irrungen und Mißverständnisse, Kämpfe, wie sie unter uns Deutschen üblich sind, sobald wir gemeinsame Entschließungen zu fassen haben, stattgefunden, aber seitdem Hamburg seinen Anschluß an das Deutsche Reich beschlossen hat, da giebt es keine festere und sichrere Stütze unsres nationalen Empfindens als den alten hanseatischen Unternehmungsgeist der Hamburger, und ich hoffe, daß er die Bahnen, die er heutzutage be-

treten hat, weiter verfolgen und weiter ausdehnen wird in einem Umfange, wie wir ihn früher nicht gekannt haben. Es ist doch allezeit unsre erste Handelsstadt Hamburg, und sie hat sich früher selbständig erhalten — weit in entfernten Meeren — in einer Weise, die für ein so wenig kriegsstarkes Gemeinwesen alle Anerkennung und Bewunderung verdient. Jetzt aber, wo die gesammte deutsche Macht hinter Hamburg steht, darf ich der Hoffnung Raum geben, daß das weitre Gedeihen und die weitre Entwicklung Ihrer Stadt auf kein Hinderniß mehr stoßen wird und daß wir nicht nöthig haben, ihr irgend welche Grenzen zu ziehn.

Ihre Mitbürger unterhalten noch heutzutage — und ich nehme Bremen nicht aus — mehr, als ihrer Bevölkerungszahl arithmetisch zufallen würde, freundliche Beziehungen zu Allem, was über See ist. Sie sagen hier in Hamburg von ihren Angehörigen einfach, er ist „drüben"; er kommt aber wieder und bleibt Deutscher und wird wieder Hamburger. Und der alte hanseatische Unternehmungsgeist, dieses Ueber-See-gehn ist das Element, welches unsre Beziehungen zu den Welttheilen jenseits des Atlantischen Meeres unterhält und mehr als irgend eine staatliche und amtliche Vertretung es könnte. Wenn alle Hamburger und Bremer, die heutzutage in Südamerika leben, heimkehren wollten, so würde ich das für viel verhängnißvoller halten, als wenn alle amtlichen Vertreter des Deutschen Reiches in jenen Welttheilen verschwänden. (Lebhafter Beifall, Heiterkeit.)

Ich halte den überseeischen Hamburger Kaufmann für einen ungleich zuverlässigern, bequemern und geschicktern Vertreter nicht blos nach unten, sondern auch oft nach oben, als — ich will keinen harten Ausdruck gebrauchen — die amtlichen Vertreter. Denselben Gedanken habe ich immer schon mit Bezug auf unsre afrikanischen Beziehungen gehabt. Ich habe gehofft, daß sich dort eine kaufmännische Regirung ausbilden würde — nun ich will nicht auf den Irrweg der Kritik dessen, was geschieht oder geschehn ist, kommen —, aber ich hoffe sicher, wir werden auch in Afrika noch einmal

zu einem System kommen wie dasjenige, das England in Ostindien so groß gemacht hat. Da herrscht und regirt nur der Kaufmann, der besser weiß, als das am Actenschrank und hinter dem Actentisch möglich ist, was unsern Beziehungen zu den überseeischen Stämmen frommt. Und in diesem Sinne und in der Hoffnung, die ich hier ausgesprochen, bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihre von mir hochgeschätzte und geliebte Vaterstadt, der ich leider seit Jahr und Tag habe fernbleiben müssen wegen körperlicher Hinfälligkeit. (Widerspruch.) Die Krankheit, die mich vor 1½ Jahren in Kissingen befiel, hat mir einen schweren Schlag gegeben, und die Vereinsamung meines Hauses seitdem hat ihn verschärft. Aber trotzdem bitte ich Sie voller Hoffnung und mit freudigem Blick in die Zukunft mit mir einzustimmen auf das Wohl unsrer Hansestädte und in specie meiner Nachbarstadt Hamburg: Die Hanseaten, sie leben hoch!

Der Fürst ließ darauf den Fackelzug an sich vorüberziehen, am Fuße der Terrasse stehend. Zu den letzten Fackelträgern sprach er noch von der Treppe aus:

Ich sage Ihnen herzlich Dank, meine Herrn, und gute Nacht. Ich bin verbraucht. Ich bin zu alt, um länger aufzubleiben.

2. April: Schreiben an den Senat von Hamburg: Dank für Glückwunsch und Denkmünze:

Der hohe Senat hat mich durch die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage hoch geehrt und erfreut. Ich bitte Hochdenselben, dafür und für das wohlwollende Zeichen der Anerkennung, welches mir durch die Prägung einer Münze zu meinem Andenken zu Theil geworden ist, den verbindlichsten Ausdruck meiner Dankbarkeit entgegenzunehmen. v. Bismarck.

2. April Mittags 12 Uhr: Eine Deputation der Stadt München (Bürgermeister Borscht, Commerzienrath Haenle und Rath Imhof) überreicht dem Fürsten den Ehrenbürgerbrief. (H. N. 3. 4. 1895 No. 80 A.-A. M. N. N. 3. 4. 1895 No. 155 M.-Bl.)

Ansprache des Bürgermeisters **Borscht**:

Hochgebietender Fürst! Ew. Durchlaucht!

Süddeutschlands Metropole hat uns hierher gesandt, um Ew. Durchlaucht zu dem Eintritte in das neunte Decennium eines in gigantischer Arbeit und treuester Pflichterfüllung verbrachten, mit den gewaltigsten Erfolgen gekrönten Lebens Dank und Glückwunsch darzubringen; Dank, unaussprechlichen Dank einer gut deutschen Stadt für die unsterblichen Verdienste, die der weit blickende Staatsmann sich um die Einigung unseres heißgeliebten deutschen Vaterlandes und dessen Erhebung zum Range einer weltgebietenden Großmacht errungen hat, Dank, tiefgefühlten Dank, als Angehörige Bayerns für die achtunggebietende Stellung, die Ew. Durchlaucht unserm theuren Heimathlande im Bunde der deutschen Staaten stets gewahrt haben, für den sichern Schutz, dessen es sich unter den starken Fittigen des deutschen Aars erfreut, Dank, herzlichen Dank auch als Bürger Münchens für die warme Sympathie, die Ew. Durchlaucht unsrer lieben Stadt, insbesondere durch Ihren Besuch in deren Hause, vor drei Jahren bezeigten. Im Gefühle dieses Dankes widmet München Ew. Durchlaucht als Angebinde zum 80. Geburtsfeste das Beste, was es bieten, die höchste Ehre, die es erweisen kann: das **Ehrenbürgerrecht**, und freudig stimmt seine Bürgerschaft ein in den Segensruf, der wie Donnerhall in diesen Tagen durch die deutschen Lande braust, und von Schleswig-Holstein meerumschlungen hinaufdringt bis zu den trotzigen Felswänden unsrer heimischen Bergesriesen: Gott schütze Ew. Durchlaucht und erhalte uns noch recht, recht viele Jahre den geistesgewaltigen Helden, der das vielhundertjährige Sehnen des deutschen Volkes nach Wiederkehr einst vergangener Macht und Größe erfüllen half. Gott segne Ew. Durchlaucht, wie er durch Sie Deutschland, Deutschland über Alles gesegnet hat!

Wortlaut der Urkunde:

Sr. Durchlaucht

dem Fürsten Otto v. Bismarck,

dem geistesgewaltigen Mitbegründer des Deutschen Reichs,

der das vielhundertjährige Sehnen des deutschen Volkes nach einem mächtigen geeinten Vaterlande erfüllen half, verleiht zum 80. Geburtsfeste als Ausdruck ihres Dankes Bayerns Hauptstadt

das **Ehrenbürgerrecht**.

München, 1. April 1895.

Magistrat. **Collegium der Gemeindebevollmächtigten.**

Fürst Bismarck beantwortete die Ansprache mit folgender Rede:

Meine Herrn, ich bin Ihnen von Herzen dankbar, daß eine so angesehne Stimme, wie die der Hauptstadt des mächtigen Bayernlandes sich den Adressen, den Anerkennungen zugesellt, die ich am gestrigen und am heutigen Tage erfahren habe, und ich freue mich noch des Empfangs in München vor drei Jahren, der schon ein Vorspiel zu der heutigen Auszeichnung war. Ich freue mich, mit der Stadt wieder in nähere Berührung zu kommen und auf diese Weise sagen zu können, daß ich wirklich Münchner Bürger bin, und als solcher mein Spatenbräu mit mehr bayrischem Bewußtsein und Genuß trinke.

Es ist ja eine glückliche Fügung von Gott gewesen, daß alle deutschen Staaten mitgefochten haben in dem französischen Kriege; wenn das anders gekommen wäre, wenn Bayern zum Beispiel neutral geblieben wäre und die übrigen, der norddeutsche Bund, allein gefochten hätte, so wären die gegenseitigen Beziehungen, die zwischen uns und Süddeutschland entstanden, doch nie so herzlich geworden, wie sie jetzt im Hinblick auf die Kameradschaft von Wörth, Sedan und Paris in der gegenwärtigen Generation, namentlich bei allen denen, die Soldat waren, vorhanden sind und hoffentlich sich vererben, namentlich da auch die Frauen und Mütter der zukünftigen Generation zu dem Gefühle und der Ueberzeugung durchgedrungen sind, daß man gut bayrisch und doch gut deutsch sein kann. Ich habe ja mit meinen engern Landsleuten, den Preußen, dieselben Schwierigkeiten durchzukämpfen gehabt, die in particularistischer Liebe zur Tradition, zu den eingelebten Formen mir bereitet wurden, ehe man sich daran gewöhnte. Man hat sich schneller eingelebt, als ich zu hoffen wagte, und es ist doch jetzt nur eine partielle Opposition gegen das vorhandne Reich, das nicht allen Wünschen gerecht werden kann und viel Stoff zur Kritik bietet. Aber wir haben kein andres. Und wenn wir dieses entzweischlagen, ob man dann andern Tages ein neues machen kann, das ist

mir sehr unwahrscheinlich, aber so lange der Geist erhalten bleibt, der in diesen Tagen, ich möchte sagen: wie ein warmer wohlthuender Sturmwind über das Land hingegangen ist, zu meinen Gunsten und unverdient von mir, so lange ist mir nicht bange: Wir bleiben zusammen, besonders wenn man uns von außen angreifen würde. Die Deutschen sind doch wie das Ehepaar in dem Molièreschen Stücke, ich glaube es heißt Le médecin malgré lui — wir sind immer mit einander im Kampfe wie das Ehepaar, das mit einander unverträglich ist, aber sobald sich ein Dritter einmischt, wird die Sache so, daß er froh ist, wenn er mit heiler Haut davon kommt. Und so ist es bei uns Deutschen auch gewesen; die französische Provocation war eine von Gott gesandte Wohlthat, die uns einig machte. Der Sieg, der uns verliehen worden ist, und daß er gemeinschaftlich erfochten worden ist, und daß Jeder sagen kann, ich war auch dabei, und mit dem Blute meiner Landsleute ist das Reich auch gekittet worden, ist eine Gabe Gottes. Gott erhalte es so!

Beim Frühstück, zu dem die Abordnung geladen wurde, brachte Fürst Bismarck auf den Prinzregenten Luitpold und die Stadt München ein Hoch aus.

3. April: Der bulgarische Minister Stoilow überbringt dem Fürsten Bismarck ein Handschreiben des Fürsten Ferdinand von Bulgarien.

4. April: Schreiben an Generallieutenant z. D. Abel in München (M. A. Z. 25. 4. 1895 No. 114 M.-A.):

Ew. Excellenz haben die Güte gehabt, an erster Stelle die Adresse zu unterzeichnen, in der die Herrn inactiven Generale der deutschen Armee mir ihre Glückwünsche zu meinem Geburtstag dargebracht haben. Ich erlaube mir deshalb Ihre freundliche Vermittlung mit der ergebensten Bitte in Anspruch zu nehmen, daß Ew. Excellenz den Herrn Unterzeichnern, die ich nicht nur als Kameraden, sondern nach ihrer militärischen Vergangenheit als wesent-

liche Mitabeiter an unserm nationalen Werke begrüßen darf, für diese mich in so hohem Grade ehrende und erfreuende Kundgebung meinen herzlichen Dank aussprechen wollen.

v. Bismarck.

Die Adresse lautet:

Durchlauchtigster Fürst!

Eingedenk der hohen Verdienste, die Ew. Durchlaucht bei der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches als treubewährter Rathgeber unseres großen, unvergeßlichen Kaisers Wilhelm sich erworben haben, bringen die unterzeichneten inactiven Generale der deutschen Armee Ihnen, dem hochverehrten Generalobersten, ihre tiefempfundenen kameradschaftlichen Glückwünsche zum 80. Geburtstage.

Ew. Durchlaucht sind in ernsten Zeiten der Fels gewesen, auf welchen Kaiser und Reich gebaut haben, als nach langem Ringen und blutigem Kampfe Deutschlands Einheit sich begründete; in höchsten Ehren haben Deutschlands Kaiser, Fürsten und Volk ihrem Danke dafür Ausdruck gegeben. Auch wir sprechen am heutigen Tage die gemeinsame Versicherung aus, daß unsere Verehrung und Dankbarkeit für Ew. Durchlaucht erst mit unserem letzten Athemzuge verlöschen wird. Wir thun dies mit um so wärmeren Gefühlen, als es der erste Geburtstag ist, den Sie ohne die getreue, jetzt nach Gottes Willen verklärte Lebensgefährtin begehen.

Möge Gott Ew. Durchlaucht in Gnaden beschützen, und Deutschland sich noch lange Jahre seines Altreichskanzlers erfreuen! Das ist der Wunsch, der unser aller Herzen bewegt und in welchem wir verharren

Ew. Durchlaucht
treugehorsamste
(Unterschriften).

5. April: Schreiben Bismarcks an Oberbürgermeister Zelle, Berlin (H. N. 6. 4. 1895 No. 83 A.-A., B. N. N. 6. 4. 1895 No. 177 A.-A.): Dank für die Glückwunschadresse des Magistrats:

Ew. Hochwohlgeboren sage ich für die warme und ehrenvolle Begrüßung, die ich in so glänzender Ausstattung durch Ihre freundliche Vermittlung zu meinem Geburtstage erhalten habe, meinen verbindlichsten Dank und bitte, den Ausdruck desselben den Herrn vom Magistrat übermitteln zu wollen.

Der Glückwunsch des Magistrats der Residenzstadt hat mich um so wohlthuender berührt, als mich an Berlin und seine Bevölkerung alle Erinnerungen meiner Jugend und

meiner amtlichen Thätigkeit knüpfen und Berlin für mich mehr als meine Geburtsstätte eine Heimath geworden ist, in der ich die meisten und wichtigsten Jahre meines vergangnen Lebens zugebracht habe.

Ich freue mich, unter den wohlwollenden Begrüßungen, die mir von allen Wohnplätzen deutscher Landsleute zugehn, insbesondre die unsrer Haupt- und Residenzstadt zu erhalten.

v. Bismarck.

8. April: Gegen 700 Lehrer der höheren Lehranstalten Preußens in Friedrichsruh behufs Ueberreichung einer Glückwunsch-Adresse. (H. N. 9. 4. 1895 No. 85 M.-A.)

Ansprache des Directors Professors Dr. Jäger aus Köln:

Im Namen der hier versammelten Lehrer der preußischen höheren Schulen, im Namen vieler Tausende von Berufsgenossen aus allen Gauen Deutschlands, im Namen endlich der heranreisenden Jugend, deren ungezählte Massen einmüthig hinter uns stehen, bitte ich um die Erlaubniß, an Ew. Durchlaucht einige Worte zu richten.

Nachdem an Ew. Durchlaucht in den letzten Tagen so vielfach begeisterte Kundgebungen gerichtet worden sind, würde es auffällig erscheinen, wenn die Lehrer der höheren Lehranstalten fehlten. Ew. Durchlaucht würden freilich wenig entbehren bei dem allgemeinen, überwältigenden Zuruf aus allen Gauen unseres Landes, aber wir und die Jugend, die wir vertreten, die würden für ihr Leben etwas entbehren, wenn sie nicht auch unter denen wären, die vor Ihrem Angesichte ihre Glückwünsche niederlegen dürfen, und aus vollem Herzen danken wir Ew. Durchlaucht, daß Sie uns gestattet haben, persönlich unsere Wünsche darzubringen. Alle Kreise unserer Nation, an der Spitze unser kaiserlicher und königlicher Herr, das Heer, die Staatsmänner und Diplomaten, der Handel, die Industrie, die Landwirthschaft, ungezählte Städte und Corporationen, die Universitäten, sie alle suchen heute Ew. Durchlaucht in einem besonderen Sinne den Ihrigen zu nennen. Ew. Durchlaucht müssen es sich wohl gefallen lassen, daß auch wir Lehrer ein wenig den Anspruch erheben, Sie den Unseren zu nennen, und wenn in unserem Idealstaate etwas der Art möglich wäre, würden wir Sie bitten, das Ehrenbürgerrecht in unserer Gemeinschaft zu übernehmen. Ich rede nicht von den Lehren, den ge-

waltigen und großen, die Ihr Leben und Ihre unsterblichen Thaten unserer Nation gegeben haben und aus denen sie hoffentlich Weisheit schöpfen wird. Aber auch in den letzten Tagen noch haben Ew. Durchlaucht sich als Lehrer unserer Nation bewährt und bewiesen, indem Sie allen, die das Glück hatten, Ihnen nahe zu treten, Worte tiefsten Lebensgehaltes in die Seele gesprochen haben, und indem Sie allen diesen Kreisen und dadurch unserer Nation das Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes gestärkt haben, jenes Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes, das die schönste Kraft unseres Berufes bildet. Wir haben die Empfindungen, die uns an diesem Tage Ew. Durchlaucht gegenüber erfüllen, niederzulegen uns erlaubt in einer Adresse, die ich bitte, Ew. Durchlaucht vorlesen zu dürfen:

Durchlauchtigster Fürst!

Bei den zahllosen Kundgebungen der Dankbarkeit, welche die Nation Ew. Durchlaucht heute darbringt, wollen und können auch wir, die Lehrer der vaterländischen höheren Schulen, nicht zurückbleiben. Wir wissen es und sind stolz darauf, daß Sie die Aufgabe, welche wir Lehrer in dem durch Gottes Hülfe wiederaufgerichteten Deutschen Reiche zu erfüllen haben, in ihrer vollen Bedeutung würdigen: Sie haben es durch jene hochherzige Stiftung vom Jahre 1885 ausgesprochen, in der wir dankbar eine besondere Ehrung unseres Standes erblicken durften. Indeß viel mehr, unendlich viel mehr haben wir Ihnen, Durchlauchtigster Fürst, zu danken, und lassen Sie es uns heute vor aller Welt aussprechen: Die unsterblichen Thaten, deren heute alle Kreise wieder mit besonderer Lebhaftigkeit gedenken, haben, wie sie das Gesammtleben des deutschen Volkes verjüngten, so insbesondere unserm Amte eine neue Kraft und höhere Weihe gegeben. Schmerzlich haben es die älteren unter uns zu fühlen gehabt, daß sie bei der Erziehung der Jugend, bei der Vorführung der Geschichte des Alterthums und des eignen Volkes sich nicht stützen konnten auf ein ungebrochenes und volles Empfinden nationaler Einheit und Zusammengehörigkeit — daß wir ihr erzählen mußten von tausendfachem Hader der deutschen Stämme, Fürsten und Staaten, von unbefriedigter Sehnsucht und stets vergeblichen Anläufen, wo es sich darum handelte, aus dem großen Culturvolke der Deutschen eine Nation in politischem Sinne zu schaffen — erzählen mußten, wie dieses große Culturvolk trotz der Großthaten hervorragender Hohenzollernfürsten mehr als einmal eine Beute fremder Ehrsucht und Anmaßung wurde, und wie selbst dem glorreichen Kampfe um die Unabhängigkeit in den Jahren 1813 bis 1815 ein langes Ermatten und ein, so schien es, ewig hoffnungsloses Ringen um jenes höchste Gut der Nationen, zu leben und zu athmen kraft eigenen Rechts, folgte. Heil uns und unserer Jugend, und Heil Ihnen, Durchlauchtigster Fürst, daß in dem größten deutschen Staate in Ihnen der Staatsmann sich fand, der, erst nur von wenigen begriffen und von vielen verkannt, kühn und groß sein Leben und seinen Namen bei der Nachwelt daran wagte, den nothwendigen,

furchtbar schweren, aber allein zum Ziele führenden Schritt zu thun, der uns Deutschen wiederum ein Vaterland gab.

Wir verweilen nicht bei dem Bilde des wunderbaren Zusammenwirkens edelster Kräfte, das in der großen Krisis der Jahre 1863—66 und dann in einem alles versöhnenden gerechten Kampfe die Nation ihrem neuen Leben entgegenführte. Die Heldengestalten der Männer, die mit Ihnen dieses Große vollbrachten, unseres unvergeßlichen Kaisers Wilhelm und seiner großen Heerführer, verbinden sich heute wie immer mit der Ihrigen: — Eines aber glauben wir, die wir die Jugend kennen, am heutigen Tage Ihnen aussprechen zu sollen: daß diese Jugend es versteht und selbst die Jüngsten es ahnen, daß sie und die fernsten Geschlechter in dem Namen Bismarck ein vaterländisches Besitzthum und ein Beispiel haben, wie ein deutscher Mann, der nach Ihrem Wort Gott allein und sonst nichts auf der Welt fürchtet, seinem König und seinem Lande und der großen Nation, in deren Leben der Einzelne zugleich verschwindet und doch sich selbst erst recht findet, in guten und bösen Tagen als Patriot seine Pflichten leisten soll.

So sind Sie dem deutschen Volke der große Lehrer echt nationalen Denkens und Handelns gewesen und werden es in aller Zukunft bleiben. Nicht allen ist die Kraft genialen Denkens und Schaffens verliehen, aber ehrlich, muthig und opferfreudig seinem König und seinem Lande zu dienen, das ist keinem unter uns versagt. In diesem Geiste wollen wir die Jugend erziehen, die das Vaterland, das jetzt alle seine Söhne in einem unzertrennlichen Bunde umschließt, uns anvertraut, und mit diesem Gelöbniß auf den Lippen dürfen auch wir heute vor Sie treten und Ihnen, Durchlauchtigster Fürst, vor allem aber unserm Vaterlande und seiner Jugend Glück wünschen, daß Gottes Gnade Ihr segenreiches Leben bis hierher in seiner ganzen wunderbaren Frische erhalten hat. Ihm sei es auch fernerhin in Demuth befohlen!

Wir bitten Ew. Durchlaucht, eine Weihetafel als ein bescheidenes Zeichen unserer unbegrenzten Verehrung und Dankbarkeit huldvoll entgegenzunehmen.

Fürst Bismarck antwortete in folgender Rede:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen zunächst herzlich für die Adresse, die ich soeben gehört habe, und wende mich dann an unsre Commilitonen — aber ich bitte Sie, sich zu bedecken, ich bin selbst alt und kahl genug, um zu wissen, was das heut heißt, im bloßen Kopfe!

Meine Herrn! Die Ehre, die Sie mir erweisen, bildet einen Bruchtheil der mannigfaltigen Auszeichnungen, die mir heutzutage aus allen deutschen Landen und darüber hinaus zu Theil werden, und zwar mir als dem Erben

meiner Mitarbeiter von der Zeit Kaiser Wilhelms I. Ich stehe mit denen gewissermaßen in dem Verhältniß eines Tontine-Vertrags: der Ruhm der Absterbenden erbt auf die Ueberlebenden zusammen (Rufe: Nein! eigner Ruhm!), und so fällt auch mir, der ich entweder jünger zur Arbeit gekommen bin oder langlebiger geschaffen bin, ein Antheil an der Gesammtheit des Ruhmes meiner Mitarbeiter mit in das Credit hinein. Wenn ich das nicht so auslegen könnte, so würde es überwältigend und demüthigend auf mich wirken wie eine Ueberschätzung. Ich habe als Einzelner meine Schuldigkeit in meinem Dienste gethan als meines Königs Mitarbeiter, und Gottes Segen hat es gedeihen lassen.

Aber ich muß auch Ihres Antheils an diesem Segen noch gedenken. Sie sprachen in der eben verlesenen Adresse von der Dankbarkeit, die der Lehrerstand mir gegenüber empfinde. Meine Herrn, das Gefühl ist ein gegenseitiges. Das ist für mich zum Durchbruch gekommen in der Zeit meiner politischen Arbeit. Hätte ich nicht die Vorarbeit des höhern Lehrerstandes in unsrer Nation vorgefunden, so glaube ich nicht, daß mein Werk oder das Werk, an dem ich mitgearbeitet habe, in dem Maße gelungen sein würde. Ihnen hat die Pflege der Imponderabilien obgelegen, ohne deren Vorhandensein in der gebildeten Minorität unsres Volkes die Erfolge, die wir gehabt haben, nicht möglich gewesen sein würden. Die Liebe zum Vaterlande, das Verständniß für politische Situationen — für diese und andre Eigenschaften werden die Keime gelegt in dem Stadium des Menschenlebens, welches Ihrer Pflege vorzugsweise anheimfällt. Unsre Erziehung gehört bis zum vierzehnten Jahre der Volksschule oder bis zum neunzehnten der höhern Schule, nachher der Universität, dem Leben und den Frauen. Das durchschnittliche Alter, bis zu dem die Jugend Ihrer Pflege und Erziehung unterliegt, schließt mit dem neunzehnten, zwanzigsten Jahre des Abiturienten in der Regel ab, manchmal später, manchmal früher. Aber der Charakter des jungen Mannes legt sich grade in dieser

Zeit fest. Es ist nicht sehr oft der Fall, daß er auf der Universität oder später eine Modification erleidet, wenigstens nicht in der Liebe zum Vaterlande, die ihm auf der höhern Schule eingeprägt worden ist.

Die Erfolge der nationalen Entwicklung eines jeden Landes beruhn hauptsächlich auf der Minorität der Gebildeten, die das Land enthält. (Bravo!) Ich habe bei irgend einer neuerlichen Gelegenheit einmal gesagt: Eine Verstimmung der abhängigen Massen kann eine acute Krankheit hervorrufen, für die wir Heilungsmittel haben; eine Verstimmung der gebildeten Minorität ruft eine chronische Krankheit hervor, deren Diagnose schwer ist und deren Heilung langwierig. (Bravo!) Und deshalb lege ich das Hauptgewicht auf die Erziehung und die Gesinnung der gebildeten Classen in jedem Lande.

Wir können bei uns — von den dynastischen Persönlichkeiten sehe ich ganz ab, aber die Leitung der Geschicke eines Landes ruht überall thatsächlich und unmittelbar in den Händen der gebildeten Classen — wir können bei uns in Deutschland, zunächst in den regirenden Kreisen, unter den Beamten, keine Leute verwenden, die nicht durch Ihre Hände, möchte ich sagen, gegangen sind; wir können kein Parlament haben, dessen führende Leute nicht der gebildeten Minderheit der Bevölkerung angehören. Dieselben können über die Führung von Massen ohne eignes Urtheil unter Umständen zum Theil bestimmen, aber die Erziehung des Urwählers liegt nicht in ihrer Hand. Auch im Parlamente gehören die Leiter den gebildeten Classen an; im Heere wäre unser ganzer Officierstand ohne unsre wissenschaftliche — mir fällt kein bessrer Ausdruck augenblicklich ein — ohne unsre Bildung überhaupt gar nicht möglich. Unser Officiercorps, einschließlich des Unterofficiercorps, was sich nach ihm bildet, ist eine unnachahmliche Schöpfung für alle übrigen Nationen. Sie machen es uns darin nicht gleich (Lebhafter Beifall), und das ist das Product unsrer gesammten höhern Schulbildung, nicht der Volks-

schulbildung, sondern der Bildung und Erziehung der höher stehenden Classen, die sich dort vertreten finden. Unsre industriellen Leiter kennen die Vollkommenheit unsrer Industrie, die zuletzt dahin führt, daß es in der ganzen englischen Handelswelt heutzutage als eine Empfehlung gilt, wenn auf einer Waare steht: made in Germany. (Lebhaftes Bravo!) Auch das ist eine Wirkung desjenigen Bildungsstadiums, wie die höhern Schulen es liefern. Unsre Kaufleute über See, die unsre besten Pioniere sind (Bravo!), würden ebenfalls ohne die deutsche Schulbildung das nicht leisten; ich spreche nicht von unsern colonialen Beziehungen, sondern von den mir als Hamburger Nachbar nächststehenden Beziehungen zu Amerika. Die wirksame Erhaltung der Wechselwirkung zwischen Gesammtamerika, Nord und Süd, und Europa beruht hauptsächlich auf unserm gebildeten Kaufmannsstande, und der würde nicht gebildet sein ohne unsre höhern Schulen.

Ich könnte in dieser Darlegung der politischen Wirkung der Imponderabilien, die auf unsern höhern Schulen in das Gemüth des deutschen Jünglings gepflanzt werden, vielleicht noch weiter gehn, aber ich will es lieber an einem Beispiele aus dem Auslande erörtern. Als ich in Versailles in Quartier lag, habe ich gelegentlich die Schulhefte der Söhne meiner Hauswirthin durchgesehn (Heiterkeit), und da bin ich ganz erstaunt gewesen über die ungeheuerliche geschichtliche Lüge, die in allen französischen höhern Schulen cultivirt wird, von Ludwig XIV. ab bis auf die heutige Zeit. Was hat das für Folgen? Daß der junge Franzose von Haus aus ein falsches Bild über die Bedeutung seiner eignen Nation, über deren Berechtigung zur Macht bekommt, und daß er mit einem Hochmuth in die Welt tritt, von dem das deutsche Sprichwort sagt, daß er vor dem Fall kommt. (Lebhaftes Bravo!) Dem gegenüber befleißigt sich unsre höhere Schulleitung, soviel ich weiß, der Wahrheit und pflegt unter andern Eigenschaften, mit denen Gott die deutsche Nation ausgestattet hat, die der Bescheidenheit (Lebhaftes Bravo!), was ich für in

hohem Maße wichtig und nützlich halte. Die Selbstüberschätzung tödtet den Erfolg im Keim (Bravo!), und von der halten wir uns fern; die Wahrheit wird bei uns gelehrt, vielleicht unter verschiedner Beleuchtung, aber doch jeder von seinem Standpunkte bestrebt sich, seinen Schülern die Wahrheit beizubringen, und ich habe es auch im politischen Leben stets für nützlich gehalten, wahr zu bleiben (Lebhaftes Bravo!), um den Muth zu behalten. Ich habe dadurch manche Feinde erworben und manches Wort gesprochen, was zu den übelwollendsten Deutungen Anlaß geben kann; im Ganzen: das Gesammtresultat ist für mich doch ein nach menschlicher Unvollkommenheit in hohem Maße befriedigendes. (Lebhaftes Bravo!) Ich habe ja auch recht viele Gegner, aber das Wohlwollen der Majorität der unabhängigen und gebildeten Leute darf ich, glaube ich, für mich in Anspruch nehmen. (Bravo!) Es wird das vielleicht nicht immer die Majorität der Urwählerziffer decken (Heiterkeit), aber es ist doch für mich das entscheidende Princip auf die Dauer und für die Dauer der Einrichtungen, die wir uns gegeben haben. Und deshalb, wenn ich am Ende meiner Laufbahn stehe, so ist es mir ein beruhigendes Gefühl, daß die Sonne, die mir untergeht, mir ein schönes Abendroth zeigt. Als Landwirth bin ich gewohnt, das Abendroth als einen Propheten von gutem Wetter für den morgenden Tag anzusehn, und so wünsche ich Ihnen allen, meine Herrn, für die Tage, die kommen, gutes Wetter.

Sie sind zum großen Theile in ihrer socialen und materiellen Stellung mit Recht unzufrieden. (Zustimmung.) Es existirt ein Mißverhältniß zwischen der Bedeutung, die, wie ich vorher zu schildern mir erlaubt habe, der höhere Lehrerstand für unsre nationale Zukunft hat, und zwischen dessen bisheriger Würdigung. (Sehr richtig!) Die Gewalt, die in dem Einflusse der Schule, der höhern Schule, auf die gebildeten Classen besteht, die Wichtigkeit der gebildeten Classen für das Gedeihen einer Nation wird heutzutage erheblich unterschätzt, und ich hoffe, daß darin allmählich

sich auch eine Aenderung zum Bessern anbahnen wird. Ich meinerseits halte sie für nothwendig, wenn wir die Erfolge, die wir mit Hülfe der Fürsten, der Armee errungen haben, auf die Dauer befestigen und dauerhaft machen wollen. Es ist schon eine erhebliche Wirkung des Einflusses der Gebildeten, daß die Frauen gewonnen worden sind im Großen und Ganzen für unsre nationale Entwicklung. Das war früher nicht. Wenn ich fünfzig Jahre zurückdenke, da kümmerten sie sich wenig darum (Heiterkeit), aber heutzutage halten sie ihre Kinder an, daß sie vor allen Dingen daran denken, daß sie Deutsche sind. (Lebhaftes Bravo!) Und dieser Same, der in das Gebiet des Ewig-Weiblichen gefallen ist, liegt tiefer und dauert länger als unsre Männerstreitigkeiten, und der wird uns auch einmal herausreißen, wenn es schlimm wird.

Meine Herrn, im Sinne meiner Betrachtungen, die ich mir erlaubte, Ihnen vorzutragen, bitte ich Sie, ohne Rücksicht auf den darin liegenden Egoismus, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf den deutschen Lehrerstand. Er lebe hoch!

Ich könnte Ihnen noch viel sagen, aber ich kann so lange nicht stehn.

Mein Herz ist noch voll für Sie, aber ich muß mich bescheiden. (Rufe: Dank, Dank!)

9. April: 36 Schüler des Gymnasiums zu Jever bringen unter Führung ihrer Lehrer (Kossenhaschen, Dr. Schmidt, Dr. Schauenburg, Dr. Knigge, Dr. Ries, Künnemann) dem Fürsten Bismarck eine Huldigung dar. (H. N. 9. 4. 1895 No. 85 A.-A.)

Herr Kossenhaschen begrüßte den Fürsten mit folgender Ansprache:

Ew. Durchlaucht wollen gnädigst gestatten, daß ich ganz besonders im Namen meiner Schüler meinen innigsten, tiefgefühltesten Dank sage dafür, daß wir heute die Ehre haben, hier empfangen zu werden und für die Gnade, die Ew. Durchlaucht uns schon erwiesen haben durch das Geschenk der für Jever so bedeutsamen Eiche.

Unserer Liebe und Dankbarkeit und unseren heißesten Wünschen für Seine Durchlaucht den Fürsten wollen wir dadurch Ausdruck geben, daß wir rufen: Seine Durchlaucht der Fürst lebe hoch!

Fürst Bismarck erwiderte:

Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundliche Begrüßung — aber ich bitte, setzen Sie die Hüte auf, es ist kühles Wetter; die jungen Herrn auch, obschon sie noch alle gut Haare haben. Meine Beziehungen zum Jeverlande haben sich auf der Basis des Kiebitzes entwickelt. Es ist ein Zugvogel, der kommt und geht; aber ich hoffe, meine persönlichen Beziehungen zum Jeverlande werden dauernder sein als ein Zugvogel, und ich freue mich, die jungen Leute dieses berühmten alten friesischen Küstenstrichs hier vor mir zu sehn, in der Ueberzeugung, daß auch in Ihnen das Gefühl für die friesische Heimath und besonders für das weite Gesammtvaterland feste Wurzeln geschlagen und behalten haben wird, und wenn die jüngsten unter Ihnen einmal so alt sein werden, wie ich heut bin, daß Sie auch dann noch nicht blos Jeverländer, sondern treue Bürger des Deutschen Reiches und Mitglieder der deutschen Nation im thätigen Sinne des Wortes sein werden und entweder, wie es die Natur Ihres Landes darbietet, als Landwirthe, oder im Staatsdienste, oder zur See das deutsche Gefühl und die deutsche Flagge hochhalten werden.

Ich danke Ihnen verbindlichst für den freundlichen Besuch und habe mich gefreut, die Jeverschen Gesichter einmal von Angesicht zu sehen, nachdem wir bisher immer nur in Correspondenz gestanden und ich die übliche Eiersendung dankbar empfangen habe. Das ist wohl schon seit anderthalb Jahrzehnten, daß unsre Verbindung existirt.

Nachdem Se. Durchlaucht die Damen und die Lehrer eingeladen hatte, am Frühstück theilzunehmen, fuhr der Fürst, zu den Schülern gewendet, fort:

Ich habe leider nicht Platz für alle, aber wenn die jungen Herrn helfen wollen, die Masse von Kuchen zu ver-

tilgen, die ich zum Geburtstage gekriegt habe und von der ich schier erdrückt werde, dann bin ich Ihnen sehr dankbar.

Ja, meine jungen Herrn, ich wünsche Ihnen Allen Glück im Leben, soweit der Mensch es überhaupt haben kann. Sie müssen sich nicht zuviel davon versprechen. Wenn man zurückblickt auf ein langes Leben, was Gott gesegnet hat, so sind doch die Tage, wo man sich recht wohl gefühlt hat, selten, besonders wenn man sehr abhängig ist von der Gesundheit, in der der Mensch sich befindet. Daher schonen Sie den Körper und pflegen Sie ihn — den Herrn, die Medicin studiren wollen, brauche ich das nicht besonders zu empfehlen — dann werden Sie auch am Leben Freude haben. Der Geist läßt sich vom Körper einmal nicht lostrennen auf dieser Erde.

Nun, ich wünsche Ihnen Allen Gottes Glück und Segen für die Zukunft.

10. April: Eine Deputation der Deutschen aus Odessa[1]) überreicht dem Fürsten folgende Adresse:

Seiner Durchlaucht
dem Fürsten v. Bismarck
die Deutschen in Odessa zum 1. April 1895.

Ew. Durchlaucht blicken heute auf ein Leben zurück, das zwar voll Mühe und Arbeit, aber auch köstlich durch seine unvergleichlichen Erfolge gewesen ist. Feierlich begeht das deutsche Volk den Tag, an dem ihm vor 80 Jahren der Urheber seiner staatlichen Einigung geschenkt ward, und über die Grenzen des Vaterlandes fluthet die festliche Bewegung hinaus — soweit die deutsche Zunge klingt und wackere deutsche Herzen schlagen.

Auch uns, die unterzeichneten Deutschen Odessas, drängt es, Ew. Durchlaucht, dem wir nicht nur die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und der Kaiserwürde an erster Stelle verdanken, sondern in dem wir zugleich das beste Vorbild echter deutscher Männlichkeit verehren, unsere Empfindungen und Glückwünsche bei diesem freudigen Anlaß in herzlicher Weise kundzugeben.

In solcher Absicht haben wir zum bleibenden Andenken an den heutigen Tag dem hier bestehenden deutschen Hülfsverein eine Spende überwiesen, welche unter dem Namen: „Bismarck-Stiftung“ zur Erziehung oder Aussteuer hülfs-

---

[1]) Sie bestand aus den Herren Dr. Krabbes, Premier-Lieutenant a. D. A. Cornelius und B. Liebmann.

bedürftiger Waisen der hiesigen Reichsangehörigen abgesondert verwaltet und, wie wir hoffen, nach und nach vermehrt werden wird.

Die Sammlung für diesen Zweck hat bis jetzt 3000 Rubel ergeben. — Geruhen Ew. Durchlaucht diese Widmung gnädig aufzunehmen als ein Zeichen tiefster Ehrerbietung und aufrichtiger Dankbarkeit, in welcher Gesinnung wir begeistert in den von dem geliebten Vaterlande so mächtig herübertönenden Ruf einstimmen:

Heil dem Fürsten Bismarck! Heil! Deutschland, Deutschland über alles in der Welt!

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn! Mir ist Ihre Begrüßung besonders werthvoll in Erinnerung an die Beziehungen, die ich Jahre lang zu den Deutschen in Rußland gepflegt habe. Ich bin Vorsitzender der deutschen Gesellschaft in St. Petersburg gewesen, die sie[1]) dort etablirt haben, ich bin noch immer in Correspondenz geblieben mit den Herrn, und ich habe an der Spitze der Deutschen in St. Petersburg mit ihnen enge freundschaftliche Beziehungen gehabt, Familienbeziehungen auch, und ich freue mich immer, wenn, wie dies in Rußland doch geschieht, die Deutschen im Auslande zusammenhalten und ich sehe, wie sie im Ganzen prosperiren. Dazu gehört mit, daß Sie mit den Institutionen der russischen Regirung nicht in Opposition und Friction treten, sondern daß Sie sich immer erinnern, daß Sie im Auslande und unter der Herrschaft des russischen Kaisers leben; das ist mir politisch auch immer erwünscht gewesen und dient dazu, die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Deutschen Reiche zu cultiviren, da wir gar keinen Grund haben, uns mit den Russen zu zanken. Wir wollen nichts von ihnen, wir haben Polen genug und die Russen auch, sie können weder Königsberg noch Posen brauchen. Also wir sind in der für Großmächte wünschenswerthen Lage, daß wir einander nicht zu beneiden haben und daß keiner von Beiden etwas besitzt, was dem Nachbar begehrenswerth erscheint, ein seltner Fall in der Politik.

Auch außerdem ist kein Grund zur nationalen Antipathie; der Russe macht sich wohl zuweilen darüber lustig

[1]) Die Deutschen in Petersburg.

oder ärgert sich mitunter darüber, daß der Deutsche mehr arbeitet, wie er. Aber Streitgrund besteht nicht. Solche Verhältnisse muß man pflegen, und ich möchte aus meiner politischen Erinnerung die Bitte an Sie richten: Pflegen Sie die politische Freundschaft, die uns und auch der russischen Regirung ein Bedürfniß ist. Wir haben Gegner genug im Auslande und im Inlande, um nicht für geboten zu halten, daß wir keine muthwilligen Gegner aufsuchen. Im Jahre 1848, zur Zeit der Märzrevolution, da bestand der allgemeine Ruf in Berlin darin: „Nur vorwärts gegen Rußland!“ als ob dies der Zweck des ganzen Aufstands gewesen wäre. Was damit erreicht werden sollte, Rußland anzugreifen, das weiß ich nicht. Rußland ist jedenfalls ein bessrer Nachbar, als mancher andre; jedenfalls ist mit Rußland als Nachbar leichter zu leben, als es mit Polen sein würde. Also bleiben Sie gut deutsch, aber schädigen Sie die russische Freundschaft nicht.

Daran schloß sich auf der Terrasse die Uebergabe eines Modells des Schnelldampfers „Prinzregent Luitpold“ durch eine Deputation des „Norddeutschen Lloyd“.

Die Uebergabe geschah mit folgender Ansprache des Consuls Achelis:

Ew. Durchlaucht haben dem Norddeutschen Lloyd huldvollst gestattet, das Modell eines seiner neuesten und größten Reichspostdampfer, des „Prinz-Regent Luitpold“ ehrerbietigst überreichen zu dürfen. Wir thun das heute mit unseren innigsten Glück- und Segenswünschen zu Ew. Durchlaucht 80. Geburtstage und in dankbarer Erinnerung daran, daß Ew. Durchlaucht im Jahre 1885, zu Nutz und Frommen von Deutschlands Industrie, Handel und Schifffahrt, die Reichspostdampfer-Linien ins Leben gerufen haben. Insbesondere aber gedenken wir dabei der großen Zeit, in welcher Ew. Durchlaucht das Deutsche Reich neu aufgebaut und Deutschlands Name und Deutschlands Flagge bis in die entferntesten Meere zu höchstem Ansehen gebracht haben. Stolzer weht seitdem die Nationalflagge von den Schiffen des Norddeutschen Lloyd, denn es ist die Flagge des geeinigten großen Deutschlands. Mit unauslöschlicher Dankbarkeit blicken wir empor zu Ew. Durchlaucht! Möge es Gott gefallen, Ew. Durchlaucht noch lange in gleicher Frische wie bisher, dem

deutschen Volke zu erhalten. Mit diesem Wunsche lassen Sie uns einstimmen in den Ruf: Hoch lebe Seine Durchlaucht Fürst Bismarck!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn, ich danke Ihnen herzlich für Ihre ehrenvolle Begrüßung, und wenn ich an das Maß der Ehre zurückdenke, die mir damit erwiesen wird, so erinnere ich mich, daß schon vor 600 Jahren die Bremer Flagge in den Kreuzzügen als eine Hauptstütze des Deutschen Kaisers und des Deutschen Reiches eine Rolle spielte. Ihnen, die Sie die Geschichte Ihrer Vaterstadt kennen, wird der Name des Bremer Rheders Walbot, der später Gründer eines rheinischen Grafengeschlechts geworden ist, nicht unbekannt sein. Damals trugen die Bremer Handelsschiffe ihre Flagge bis ins Mittelmeer und zu der syrischen Küste und wurden die eigentlichen Stifter des Deutschen Ordens, der nachher eine große und mächtige Gemeinschaft geworden ist. Dieser nationale Geist in unsern Küstenländern, die Sie „de Waterkant“ nennen, ist nachher ungetheilt erhalten geblieben und durch keine dynastischen Irrungen vom gemeinsamen Interesse abgeleitet worden, er ist immer ein nationaler geblieben. Ihre reichsstädtische und republikanische Verfassung hat Sie vom Particularismus freier gehalten als es im Binnenlande, von Preußen bis Baden gerechnet, der Fall gewesen ist.

Die Uneinigkeit der Deutschen beruht nicht, wie man gewöhnlich meint, auf der Stammesverschiedenheit. Man kann nicht sagen, daß die Bayern und Sachsen sich nicht vertragen, wenn sie bei einander sind, sondern es sind die dynastischen Verschiedenheiten, welche Grenzen geschaffen haben, die das Gebiet gleicher Stammesgenossen quer durchschneiden, wie zwischen den plattdeutschen Altmärkern und den plattdeutschen Lüneburgern, wie zwischen den Wettiner Landschaften im alten Thüringen, wie in den Hohenzollernschen Gebieten und wie dort in Schwaben die Beispiele am schärfsten sind, wo der Schwabe gegen den Schwaben sich

abschanzte als Reichsritter in Reichsdörfern und Reichsstädten. Und so war es auch in Westfalen.

Man muß also nicht die Stammesverschiedenheit anklagen, es ist die Verschiedenheit der Herrscher gewesen. Die Fürsten vertrugen sich nicht unter einander, und so wurden die Unterthanen nach der Farbe der Uniformen, die sie trugen, veranlaßt, auf einander zu schießen. Daß dies beseitigt worden ist, danken wir den regirenden Autoritäten, die auf das traurige Privilegium verzichtet haben, ihre deutschen Unterthanen gegen einander fechten zu lassen, und da sind die hanseatischen Regirungen besonders nützlich und wirksam gewesen; sie haben Sonderinteressen gehabt, aber sie haben schließlich doch das Gefühl, einem großen deutschen Volke anzugehören, stets behalten, weil sie die deutsche Flagge zur See beinahe allein vertreten haben. Dieses Privilegium der Hanseaten ist ein Privilegium, von dem man sagen kann: noblesse oblige, und sie haben daher in ihrem Berufe, die deutsche Flagge zur See zu führen, sich frühzeitig gewöhnt, deutsch zu fühlen und deutsch zu denken. Der alte Ruhm der Hansa, wie er sich in den baulichen Resten verkörpert — der Stahlhof in London wird Ihnen noch in Erinnerung sein — und die hanseatische Herrschaft in den nordischen Königreichen: sie ist zu Grunde gegangen, und die Flamme, die ihr Wirken hervorrief, hat lange geruht unter der Asche, und jetzt schlägt sie ins Vaterland, und jetzt ist es nicht mehr die Ehre von Bremen oder Hamburg und Lübeck, sondern die Ehre der ganzen deutschen Nation, die an ihren Schiffen und ihrer Flagge hängt.

Und in diesem Sinne, in Dankbarkeit für das Interesse, welches unsre nationale Politik bei den Hanseaten gefunden hat, kann ich den Toast wiederholen, den ich neulich auf meine Hamburger Nachbarn ausgebracht habe, ein Hoch auf die deutschen Hansestädte. Sie leben hoch, und Gott möge sie schützen und ihre Schifffahrt segnen! Hoch!

15. April: Eine Deputation, gebildet aus Vertretern aller deutschen Gaue von Steiermark, und eine Abordnung der österreichischen

Studentenschaft (im Ganzen etwa 70 Personen, Herren und Damen) zur Begrüßung des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh (H. N. 16. 4. 1895 No. 89 A.-A., B. N. N. 16. 4. 1895 No. 189 A.-A.):

1. Ansprache des Dr. med. Richard v. Planner, Ritter v. Plann, Namens der Steiermärker:

Ew. Durchlaucht!

„Den Pfad, den sich die Liebe bahnt, kann kein Markstein verbauen", sagt ein schönes Dichterwort, und zum Beweise dessen sind wir Hunderte von Meilen weit aus der grünen Steiermark im Herzen Oesterreichs hieher gekommen, dieser Liebe, der innigen Liebe und Verehrung für Ew. Durchlaucht anläßlich des jüngst verflossenen 80. Geburtstages Ausdruck zu verleihen.

Denn innige Liebe und Verehrung ist es, die uns für den Mann erfüllt, der ja nicht nur dem deutschen Volke eine Heimstätte geschaffen, sondern auch dem deutschen Geiste das mächtige Gefühl seiner Eigenart gegeben hat — dem als dem heldenhaften Führer seines Volkes, der dessen Noth in allen Fragen versteht und sie zu bannen weiß, nicht nur unser Verstand den schuldigen Tribut der Bewunderung zollt, sondern dem sich auch jedes Herz öffnen muß, das für die Größe unserer Nation empfänglich ist; innige Liebe und Verehrung ist es, die wir für den Mann empfinden, welcher uns als die Verkörperung des idealen deutschen Geistes erscheint, der in Ew. Durchlaucht die uns liebwertheste Erscheinung eines echten deutschen Mannes mit dem Mannesstolz auf der Stirn und der Menschenliebe im Herzen angenommen hat, — die wir für den Mann empfinden müssen, welcher die besten und edelsten Eigenschaften der Nation, Treue, Einfachheit, Sittlichkeit und Kraft in herrlicher Weise in sich vereinigt.

Diese Eigenschaften sind es auch, die dank dem herrlichen Vorbilde wir deutschen Steiermärker und, ich kann wohl sagen, der beste Theil unserer Stammesgenossen in Oesterreich zu den seinen zu machen bestrebt ist. In deutscher Treue hängen wir an unserem Herrscherhause in guten und bösen Tagen und betrachten uns als die treuesten und verläßlichsten Stützen des Habsburg'schen Thrones; in deutscher Treue hängen wir an unserem Oesterreich, in dem, wie es durch deutsche Macht gegründet wurde, der deutsche Fleiß, die deutsche Bildung und Gesittung unserer Vorfahren ein blühendes Culturleben geschaffen haben; in deutscher Treue hängen wir aber auch an unserer

Nation, an dem großen deutschen Volke, für dessen Sicherheit und Ehre unsere Vorfahren gar oft ihr Heldenblut vergossen haben, an dem Volke, mit dem wir durch unzählbare Fäden, mit dem wir durch eine mehr als tausendjährige gemeinsame Geschichte verbunden sind.

Treu wie die himmelstürmenden firngekrönten Berge unseres schönen Landes, fest wie das Eisen in ihren Adern halten wir an jener geistigen Zusammengehörigkeit mit unseren Stammesgenossen im Deutschen Reiche fest, welche Ew. Durchlaucht durch die Schaffung des deutsch-österreichischen Bündnisses in einer unseren Empfindungen so sehr entsprechenden Weise zum Ausdruck brachten, und unsere Gefühle, mit denen wir hieher gezogen sind, glaube ich nicht besser darlegen zu können, als mit den Worten unseres vaterländischen Dichters, der da sagt:

Ob unter uns viel Meilen weit der Schienenstrang erklungen,
Ob über mancher Grenze Pfahl sich unser Zug geschwungen,
Wir sind doch in der Heimath noch, im Vaterhaus geblieben,
Wo Einer Mutter Kinder Eins im Hoffen, Dulden, Lieben.

Eins im Lieben mit unseren Stammesgenossen im Reiche, sind wir hieher gekommen und bitten Ew. Durchlaucht, unsere Gabe als bescheidenes Zeichen unserer großen Verehrung freundlich aufnehmen zu wollen, Eins im Hoffen mit denselben bringen wir unsere Wünsche dar: Mögen Ew. Durchlaucht dem deutschen Volke noch viele Jahre erhalten bleiben. Se. Durchlaucht, Fürst Bismarck, er lebe hoch!

Darauf überreichten dem Fürsten Bürgermeister Fürst aus Kindberg und Gemeinderath Wastian aus Graz einen kostbaren Kelch.

2. Ansprache des cand. med. Lederer aus Graz Namens der deutschen Studentenschaft von Graz:

Dem Triebe unseres Herzens folgend, das in glühender Liebe und Verehrung Ew. Durchlaucht entgegenschlägt, sind wir Studenten der südlichsten deutschen Hochschule, der Alma mater Graecensis, hierher gekommen, um Ew. Durchlaucht zu bitten, daß Sie das Gelöbniß unverbrüchlicher nationaler Treue von begeisterten Lippen entgegennehmen wollen. Dieser Augenblick ist für uns unvergänglich und unvergeßlich, — so lange wir leben. Gott erhalte Ew. Durchlaucht noch lange, lange Jahre! Hurrah!

3. Ansprache des cand. med. Josef Schön Namens der Wiener Studenten-Verbindungen:

Durchlauchtigster Fürst!

Tief durchdrungen von Gefühlen der Dankbarkeit und Verehrung bringt die deutsche Studentenschaft Oesterreichs Ew. Durchlaucht zur Feier des 80. Geburtstages begeisterten Herzens ihre Huldigung dar.

Was Ew. Durchlaucht mit kühner Kraft und weiser Kunst für das deutsche Volk gethan, das steht in unvergänglicher Schrift auf den Blättern der Geschichte, es steht in leuchtenderen Zügen im Herzen eines jeden Deutschen eingeschrieben. Treu bewahrt als heiligstes Erbtheil lebt die Erinnerung daran in uns fort als Quelle der Begeisterung und Sporn zu kühner That, als Trost und Stütze in drangvoller Zeit.

Wenn auf vielgefährdetem, aber ehrenvollem Posten, an der Grenzwacht deutschen Landes, deutscher Cultur, Kampfesfreude und Siegeshoffnung unsere Herzen schwellt, so danken wir es dem Manne, der die schlummernde Heldenkraft der Ahnen im ganzen deutschen Volke wiedererweckte, der uns lehrte, nur Gott zu fürchten, aber sonst nichts auf der Welt.

So dringt der glühende Wunsch, der an diesem Tage auf Millionen deutscher Lippen schwebt, auch aus unserem Herzen zum Himmel empor: Möge es ein gütiges Geschick dem deutschen Volke bescheiden, noch lange dem Neubegründer von Deutschlands Größe den schuldigen Zoll dankbarer Verehrung abstatten zu dürfen, noch lange seiner rathenden und warnenden Stimme lauschen und folgen zu können!

Nachdem hierauf die Adresse der deutsch-österreichischen Studenten überreicht worden war, betrat Frau Elly Stärk als Vertreterin der steirischen Frauen die Terrasse und bot dem Fürsten einen aus Haidekraut und Edelweiß gemischten Strauß mit folgender Ansprache dar:

Ew. Durchlaucht!

Ich fühle mich unaussprechlich geehrt, daß es mir als Vertreterin der deutschen Frauen von Steiermark gegönnt ist, unserer wahren tiefen Verehrung für Ew. Durchlaucht Ausdruck zu geben und damit zu beweisen, daß auch in unsern Herzen nationales Gefühl lebt und nationale Dankbarkeit für Alldeutschlands größten Sohn. Gestatten mir nun Ew. Durchlaucht, Ihnen als sichtbares Zeichen unserer unwandelbaren treuen Ver-

ehrung diesen schlichten Blumenstrauß aus unserer grünen Mark zu überreichen, mit dem aufrichtigen, innigen Wunsche, ein gütiges, gnädiges Geschick möge Ew. Durchlaucht noch viele Jahre in ungetrübter Kraft Ihres Geistes und Körpers erhalten zum Heile des Deutschen Reiches, zum Heile des gesammten germanischen Volkes, zum Heile für uns Alle!

Fürst Bismarck antwortete auf diese Ansprachen mit folgender Rede:

„Meine Herrn! Ich danke Ihnen für Ihren Besuch, für Ihr Hierherkommen zu diesem Zweck und in dieser Zeit und sehe in diesem Strauße, gemischt aus den Blumen der Ebene, dem Haidekraut, und der Alpen, ein Symbol unsrer Zusammengehörigkeit. Man kann wohl sagen, die Farben kleiden sich gegenseitig, und sie passen zusammen. (Rufe: Heil!) Unter allen Auszeichnungen, die mir an meinem 80. Wiegenfeste erwiesen worden sind, schätze ich diese ganz besonders wegen ihrer geschichtlichen Bedeutung; ich schätze sie um so höher, als Ihr Besuch sich anschließt an eine huldreiche Begrüßung, mit der Se. Majestät der Kaiser, Ihr Landesherr, mich beehrt hat. Darin und in Ihrem Besuch vergegenwärtigt sich mir die Erinnerung an die Zeit — ich glaube, es war vor 16 Jahren — als ich von Gastein über Linz nach Wien fuhr, nur durch deutsches Land und deutsche Bevölkerung, als ich in Wien ankam — aber, meine Herrn, wollen Sie nicht aufsetzen, es ist ein rauher Wind hier im Norden — wo ich mit einer Herzlichkeit empfangen wurde, die mich befestigte in dem Gedanken, daß wir irgend einen Ersatz für die alten Beziehungen der Bundesgenossenschaft, die uns verbunden hatte, herstellen müßten trotz aller Hindernisse, die sich dagegen aufthürmten.

Unsre Zusammengehörigkeit ist ja, wie der erste Herr Redner bemerkte, älter wie ein Jahrtausend und reicht bis in die Sagenzeit zurück, aber auch die weitergehenden Consequenzen, das Bündniß, welches wir vor 16 Jahren in Wien abschlossen, der Dreibund, reicht in seinen Ursprüngen doch fast auf dieselbe Zeit zurück. Die alte deutsche Kaiserherrschaft des heiligen Römischen

Reiches erstreckte sich ja von der Nordsee bis nach Apulien, und theoretisch gehörte ganz Italien dazu — thatsächlich nicht immer — und die Kämpfe in dieser großen Gemeinschaft blieben uns nicht erspart. Es ist eine eigenthümliche Fügung des Schicksals und der göttlichen Vorsehung, daß dieses große gewaltige Gebiet von ganz Centraleuropa, was ich eben bezeichnete, sich, nachdem es durch Schicksalsfügungen und viele Kämpfe getrennt und zerrissen war, doch schließlich heut zu Tage wieder zusammengefunden hat. Unser Dreibund deckt ungefähr die alte anspruchsvolle Kaiserherrschaft der Nachfolger Karls des Großen nach Aussonderung von Gallien, dem heutigen Frankreich; daß in dieser Verbindung ein Beweis von imponderabeln Verbänden und Beziehungen dieser ganzen großen Ländermasse gegeben ist, ist meine Ueberzeugung. Ich muß es den Geschichtslehrern überlassen, sie zu vertreten, wenn sie sie mit mir theilen. Ich glaube, wir werden dauernd zusammengehören, und zusammenbleiben können mit mehr Dauer, als wir früher in Frieden mit einander gelebt haben.

Wenn wir zurückblicken auf die innre Geschichte dieser großen Ländermasse, welche das alte angeblich heilige Römische Reich (Heiterkeit) in sich vereinigte, so finden wir doch kein Jahrhundert ohne die schwersten Kämpfe der Reichsangehörigen unter einander. Aber wir müssen uns dadurch nicht entmuthigen lassen, denn dieselbe Erscheinung fehlt in keinem der andern europäischen Länder, auch in denjenigen nicht, die durch eine von Haus aus einheitliche Nationalität auf innern Frieden viel mehr angewiesen waren wie dieses Mosaik von Zusammensetzung, was das alte Deutsche Reich war. — Sehen Sie nach England, wie es im Mittelalter von Bürgerkriegen erfüllt war. Sie haben im vorigen Jahrhundert mit der Schlacht von Culloden ein Ende gefunden, und der innre Frieden ist doch im heutigen England auch noch nicht vorhanden. Sehen Sie nach Frankreich: eine scharf und leidenschaftlich entwickelte, einheitliche Nationalität; wir haben die letzten Bürgerkriege noch selbst vor 25 Jahren vor Paris mit an-

sehn können; Gott gebe, daß es die letzten seien. Sehn Sie nach Spanien: eine stolze, einheitliche Nationalität; die innern Kriege hören nicht auf. Auch Italien ist davon nicht frei gewesen. Ich will die Beispiele nicht weiter ausdehnen, ich will nur daraus deduciren, daß wir Deutsche doch darum nicht an unsrer einheitlichen Zukunft verzweifeln müssen, weil wir uns mitunter im Laufe der letzten Jahrhunderte viel mit einander gerauft haben. (Große Heiterkeit.) Ich hoffe, es wird in Zukunft nicht wieder vorkommen. (Rufe: Nein!) Ich hoffe, wir haben eine Form gefunden, in der wir nebeneinander leben können und die in bewußter Weise — wenigstens von den leitenden Principien kann ich das sagen — nicht zerbrochen, nicht geschädigt und nicht beschränkt wird; dazu gehört vor allem unsre Einigkeit mit dem östreichisch-ungarischen Reiche (Bravo!), auf die wir geschichtlich angewiesen sind seit langen Zeiten. Wir können wohl einmal in Zorn gerathen und vom Leder ziehen, aber wir kommen immer wieder zusammen, weil wir auf einander angewiesen sind, und namentlich so, wie das heutige europäische Staatsgebilde ist, können wir gar nicht, ohne einander Treue und Freundschaft zu halten, in eine ruhige Zukunft Europas blicken.

Der einzelne Staat in Europa wird immer der Möglichkeit einer Coalition ausgesetzt sein. Ein Bündniß von dem Gewicht, wie es der heutige Dreibund repräsentirt, kann immer von sich sagen mit dem alten schottischen Spruch: „Nemo me impune lacessit“ und wird im Stande sein, sich zu wehren. Wenn man also das Bedürfniß hat, um Anlehnung sich umzusehn, so liegt für uns doch die Anlehnung an Oestreich-Ungarn näher, wie irgend eine andre. Auch auf die an Italien sind wir durch die Geschichte angewiesen. Wir haben in beiden Ländern durch das Ungeschick der gemeinsamen Kaiserlichen Regirung gelitten, indem wir zerfallen sind in nicht existenzfähige Größen unter einander. Wir mußten uns wieder zusammenfinden, wir haben eingesehn, daß das zu unserm Heile nothwendig ist.

Die Basis dieses Dreibundes, der den Frieden Europas erhält, ist ja unsre Beziehung und unsre Intimität zum östreichisch-ungarischen Kaiserstaat. Und da habe ich schon früher an unsre Stammesgenossen in Oestreich das Verlangen gerichtet, diese Einheit, diese Freundschaft zwischen beiden großen und historisch mit einander eingelebten Nachbarreichen zu pflegen nach ihren Kräften. Je stärker der Einfluß der Deutschen in Oestreich sein wird, desto sichrer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Oestreich sein (Rufe: Bravo! Heil!), und deshalb Sie, die Deutschen Oestreichs, können es nicht über Ihr Gewissen und Ihr Gefühl bringen, zu treiben zum Kampfe gegen das deutsche Westreich, und ich hoffe, Sie werden es auch zum Theil über Ihre Gefühle vermögen, den Frieden zwischen dem alten Oestreich und dem deutschen Westreich dadurch zu pflegen, daß Sie sich in möglichst engen und einflußreichen Beziehungen zu Ihrer ursprünglich deutschen Dynastie halten. Die Dynastie ist schließlich doch für die auswärtigen Beziehungen eines jeden Reiches, so lange sie überhaupt besteht — und daß sie lange und dauernd besteht, wird Ihrer aller Wunsch sein — aber so lange sie besteht, ist sie doch der einflußreichste Factor in der Wahl der auswärtigen Beziehungen. Also meine Herrn, Sie können Ihr Wohlwollen für Ihre Stammesgenossen im deutschen Westreich nicht wirksamer bethätigen, als indem Sie Ihre Beziehungen zur eignen Dynastie pflegen, und mehr von der Seite des Gemüths wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurtheilen.

Ich habe in Sr. Majestät Ihrem Kaiser, mit dem ich seit 1852 in directen geschäftlichen Beziehungen gestanden habe, wo ich zuerst preußischer Gesandter in Wien eine Zeit lang war, immer doch ein deutsches Herz und die Spuren der deutschen Abstammung gefunden. Man kann ja in Oestreich sich nicht einer Nationalität, namentlich wenn man Ungarn mit einrechnet, ausschließlich widmen. Die Vorsehung muß den Kampf der Nationalitäten gewollt

haben, sonst wäre es ja für ihre Ureinrichtung leicht gewesen, in der ganzen Welt oder wenigstens in Europa eine einzige Nationalität zu schaffen. Wenn nun deren viele nebeneinander wohnen, einander bekämpfend und widersprechend, einander von Hause aus nicht liebend, wo erst die Liebe und das Wohlwollen, die Duldung will ich lieber sagen, mit der Ueberlegung kommen muß, wenn die Nationalitäten so durch einander geschoben werden durch den Lauf der Geschichte, wie es in Deutsch-Oestreich, in Ungarn, bei uns in unsern Ostprovinzen Posen und Westpreußen der Fall ist, so muß man, wenn man überhaupt über die Intentionen der göttlichen Vorsehung nachdenken will, doch darin dasselbe Princip erkennen, was sich in der ganzen Natur bethätigt: Ohne Kampf kein Leben. Man soll mit einander kämpfen, aber wenn man unter demselben Landesherrn lebt, soll man mit Wohlwollen kämpfen und sachlich, und nicht den Kampf in Formen führen, die keinen andern Zweck und keine andre Wirkung haben, als den Gegner zu kränken, zu ärgern, zu reizen. Ihn zu versöhnen, wird nicht immer möglich sein, aber ich glaube, wir könnten im Deutschen Reich sowohl wie auch in Oestreich-Ungarn die Kämpfe mit etwas mehr persönlichem, ich will nur sagen christlichem Wohlwollen führen. Aber außer dem Christenthum existirt doch noch das Band der Angehörigkeit zu demselben Staatsgebilde, was zur Nachsicht in der Beurtheilung, auch in der Beurtheilung der feindseligen Acte des fremdnationalen Mitbürgers bewegt. Ich will damit — ich weiß nicht, ob mit geschickten Worten oder nicht — ich will damit für Ihre undeutschen Nachbarn eine gewisse Versöhnlichkeit, eine Nachsicht empfehlen. Ich darf es als Deutscher ja nicht behaupten, daß die Nachsicht in dieser Constellation ein Zeichen der Ueberlegenheit ist, aber ich möchte, Sie hätten das Gefühl, daß Sie als die historisch berechtigte Nationalität doch auch den minder berechtigten Rivalen etwas mehr mit der Nachsicht des höhern Selbstbewußtseins beurtheilen. Ich glaube, wir Germanen sind von Gott von Hause aus stärker — ich will sagen männ-

licher ausgestattet (Heiterkeit), und Gott hat den Dualismus in allen Erscheinungen der Schöpfung zwischen männlich und weiblich dargestellt, und so auch in den europäischen Verhältnissen. Wenn der Germane allein bleibt, ohne slavische und keltische Beimischung, dann wird es ein Mönchskloster (Große Heiterkeit), und sie zanken sich unter einander. Wenn er in die Vermischung kommt, dann wird er schließlich doch, wenn er Geduld und die Ausdauer hat, das leitende Element, wie es der Mann in der Ehe sein soll. (Heiterkeit.) Ich will keinen Slaven damit kränken, aber sie haben viele der weiblichen Vorzüge, sie haben die Grazie, die Klugheit, die Schlauheit, die Geschicklichkeit (Zustimmung, Heiterkeit), und die deutschen Glieder erscheinen neben den slavischen oft plump und ungeschickt, aber das schwerere Gewicht liegt auf unsrer Seite, und deshalb möchte ich Ihnen sagen: verfahren Sie mit Ihren slavischen Rivalen auch im heftigsten Zorn und in der schwierigsten Lage immer mit dem Gefühl, mit dem innerlichen, tief innerlichen, nicht ausgesprochenen Gefühl, daß Sie doch eigentlich der Ueberlegene sind und auf die Dauer bleiben werden.

Es kann nicht anders sein (Zustimmung), namentlich in Oestreich. Das ganze heutige Oestreich beruht auf einer deutschen Beamtenschaft, auf einer deutschen Heeresbildung, und es wird auch kaum anders sein können — nur möchte ich dringend empfehlen: pflegen Sie Ihre Beziehungen zur Dynastie in höherem Maße, als es mitunter in der Vergangenheit geschehn ist. Ich habe das in unsern reichsdeutschen Verhältnissen kennen gelernt seit 30 Jahren, von welchem gewaltigen Gewicht in der Bestimmung des Landes auch heutzutage noch die angestammte Dynastie ist, und Sie haben eine angestammte Dynastie, die seit — die kürzeste Zeit gerechnet — über vier Jahrhunderten über Sie regirt und manchen Kummer und manchen Zwist mit Ihnen gehabt hat — aber man lebt sich doch ein, auch in der Familie, in der nicht immer Frieden ist, und in diesem Sinne bitte ich Sie, mit mir einzustimmen in ein Hoch

auf Ihren erhabnen Landesherrn, meinen gnädigen Herrn, den Kaiser Franz Joseph (lebhafte Hoch- und Heilrufe) und auf den deutschen Sinn, der sich in Ihrer Begrüßung hier ausspricht, auf die Hoffnung, die ich daran knüpfe, daß das Band, was zwischen dem deutschen Westreich und Oestreich durch Sie grade geknüpft wird, ein unzerreißbares sein wird. In diesem Sinne trinke ich auf das Wohl Sr. Majestät des Kaisers von Oestreich und Königs von Ungarn! (Stürmische Hochrufe.)

Der Fürst ergriff den Pokal mit den Worten:

Und in steirischem Wein — aber aus kriege ich ihn nicht. (Große Heiterkeit.)

Nach einem kräftigen Zuge sagte der Fürst:

Thut mir leid, denn er ist gut! (Erneute Heiterkeit.)

Von seinem Rundgange auf den Balkon zurückgekehrt, sprach der Fürst:

Meine Herrn, ich trinke Ihnen nochmals zu, vorhin auf Ihren Landesherrn, jetzt auf Ihr Land, auf das grüne Steiermark und auf das Oestreicher-Land an der schönen Donau überhaupt — beide leben hoch! (Hochrufe.)

Ich würde gern länger unter Ihnen bleiben, aber ich habe gewisse Muskeln im Leibe, die anfangen, mir zu versagen; ich muß irgendwo sitzen.

An demselben Tage übergaben Gemeindevorsteher Schmock und Beisitzer Weißmüller aus Schöneberg bei Berlin folgende Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!

Ew. Durchlaucht heutiger Geburtstag wird von jedem echten Deutschen, von allen deutschen Patrioten gefeiert.

Ein hoher Festtag ist er auch für uns, die Einwohner des Ortes Schöneberg am Westen Berlins, der wenige Tausend Seelen zählte, als die glorreiche und glückliche Aera Bismarck begann, heute 54 000 zählt, dessen, wie wir meinen, mit dem Berlins ebenbürtiger Aufschwung gleich jenem die Folge allein der von Ew. Durchlaucht geleiteten Politik gewesen ist.

In Ausführung eines Gemeindebeschlusses bringen wir ehrerbietigst und von Dank erfüllt für Ew. Durchlaucht durch treue Vaterlandsliebe, durch weiten,

klaren Blick, durch niemals wankenden Muth, durch raschen und doch stets sicheren Entschluß und eine feste Hand dem deutschen Vaterlande geleistete Dienste unsere Geburtstagswünsche dar. Gott der himmlische Vater wolle Ew. Durchlaucht segnen und dem deutschen Volke seinen Alt-Reichskanzler mit dem ewig unsterblichen Namen

Bismarck

in guter körperlicher Gesundheit und geistiger Frische noch lange erhalten! Der Herr wolle nach einem ruhmvollen Wirken, reich an Erfolgen wie selten ein Leben, Ew. Durchlaucht einen freundlichen und glücklichen Lebensabend bescheeren, dem Vaterlande aber allezeit Männer, würdig und geeignet, Ew. Durchlaucht Lebenswerk fortzusetzen.

Der Gemeindevorsteher und die Schöffen
zu Schöneberg bei Berlin.
(Namen.)

17. April: Eine Deputation der Stadt Darmstadt[1]) überreicht dem Fürsten Bismarck eine Glückwunschadresse. (H. N. 17. 4. 1895 No. 90 A.-A. 18. 4. 1895 No. 91 M.-A.)

Ansprache des Oberbürgermeisters Morneweg:

Durchlauchtigster Fürst!

Wenn die Stadt Darmstadt es wagt, Ew. Durchlaucht zu Höchstihrem 80. Geburtsfeste ihre Glückwünsche und Danksagung durch Abgesandte persönlich übermitteln zu lassen, so geschieht dies als Ausdruck des die Darmstädter Bevölkerung, ebenso wie den ganzen Westen Deutschlands erfüllenden Bewußtseins, daß Ew. Durchlaucht glorreiches Wirken nicht nur in seinen Erfolgen, sondern auch in seinen Wegen die deutschen Lande am Rhein ganz besonders zu unauslöschlichem Danke verpflichtet hat. Unsagbar theuer wäre Deutschlands Einheit und Machtstellung für uns errungen gewesen, wenn wir, sei es auch nur für Tage oder Wochen, unsere Städte und Dörfer den französischen Heeren hätten preisgeben müssen. Ew. Durchlaucht Arbeit war es in erster Linie, welche unserem in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm I. und seinen militärischen Berathern die offensive Defensive jenseits der deutschen Grenzpfähle ermöglicht und uns damit besondere Opfer erspart hat, welche keine Kriegsentschädigung zu ersetzen vermocht hätte.

Die Verwaltung der Stadt Darmstadt hat es versucht, gegenwärtige Adresse, welche wir die Ehre haben Ew. Durch-

[1]) Sie bestand aus den Herren Oberbürgermeister Morneweg, Beigeordneter Köhler, Stadtverordneter Tiefenbach, Stadtverordneter Kählert und Stadtverordneter Wolfskehl.

laucht zu überreichen, zum Interpreten ihrer Gesinnungen zu machen. Ew. Durchlaucht bitte ich, die Verlesung mir gnädig gestatten zu wollen.

Die Stadt Darmstadt, welche den Fürsten Bismarck mit Stolz ihren Ehrenbürger nennen darf, bringt Ew. Durchlaucht zum 80. Geburtstage ihre allerherzlichsten Glückwünsche dar.

Ein hohes Geschick hat Ew. Durchlaucht nicht nur zu einem Heros der deutschen Nation gehoben, dessen Name die ganze Welt erfüllt, es hat Ew. Durchlaucht auch beschieden, ein seltenes Lebensalter zu erreichen und als der Letzte von dem hehren Dreigestirn, welches uns als Sinnbild der stolzen Zeit der Gründung des Reiches gilt, dem deutschen Volk zu verbleiben.

Wenn Ew. Durchlaucht die Geschicke des Reichs auch nicht mehr lenken, so werden wir doch stets in unserm Fürsten Bismarck den Hort deutscher Größe, deutschen Ruhmes, deutscher Ehre und deutschen Wesens sehen, und wir werden nicht müde werden, immer auf's Neue zu beweisen, daß die Dankbarkeit für die Großthaten Ew. Durchlaucht in unseren Herzen nie verlöschen wird.

Möge solch' hoher Geist in ungebeugter Kraft noch lange uns erhalten bleiben.

Durch die Bilder der Stadt Darmstadt und ihrer Umgebung, mit denen wir an dem hohen Jubeltage nahen, möge Ew. Durchlaucht an unsere Stadt und an vergangene Tage des Aufenthalts daselbst freundlichst erinnert werden.

Darmstadt, am 1. April 1895.

Großherzogliche Bürgermeisterei. (Namen.)

Namens der Stadtverordneten. (Namen.)

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung. Ich habe für Darmstadt, ich möchte es heut beinahe Jugenderinnerungen nennen, aus der Zeit, wo ich in Frankfurt war. Ich kam dahin, wie ich 36 Jahre, glaube ich, alt war. Es ist im Verhältniß zum 80. Jahr doch eine Jugend, und ich habe Ihre hübsche Gegend, Ihre Wälder, die Leichtigkeit des Verkehrs und des Reisens lieben gelernt. Ich habe die Straßen in Darmstadt gekannt, ich hatte in dem preußischen Gesandten dort einen intimen Schul- und Jugendfreund, Herrn von Canitz, der sich nachher mit dem Minister Dalwigk nicht vertragen konnte und deshalb wegging.

Ich freue mich, daß Sie Ihrerseits ein Anerkenntniß dafür haben, daß durch die großen Ereignisse unter Kaiser Wilhelm I. ein Vorland für Sie gewonnen ist, namentlich für Rheinhessen, daß Sie nicht mehr direct so exponirt liegen. Das war meiner Ueberzeugung nach das Hauptbedürfniß. Die Elsässer irren sich immer in der Ansicht, daß wir aus unerwiderter Liebe zu ihnen sie hätten haben wollen. Wir brauchten das Glacis vor uns und die weitre Entfernung der französischen Einbruchsstationen. Wir mußten das haben, wenn wir nicht unter demselben Druck bleiben wollten, wie wir es Jahrhunderte hindurch gewesen sind, daß die Ecke von Weißenburg bis nach Stuttgart und Darmstadt hin drohte. Jetzt sind wir mit einander getraut zu einer katholischen Ehe, die nicht zu scheiden ist (Große Heiterkeit) in dieser Welt, und wir werden hoffentlich mit einander ausdauern, länger, als einer von uns es erlebt, und fest zusammenhalten.

Ich habe sehr angenehme Erinnerungen an Ihre Stadt und auch an den alten Großherzog Ludwig, den großen Dicken; er war ein liebenswürdiger Herr und namentlich auf der Jagd; da habe ich ihn am meisten gesehn, auf dem Kranichstein; da war er am behaglichsten. Ein bischen mehr Feierlichkeit, als wir bei uns gewöhnt waren, war immer am Darmstädter Hofe, aber es war ein liebenswürdiger, wohldenkender Herr.

Ja, meine Herrn, ich danke Ihnen für Ihre freundliche Begrüßung und für die wunderschöne Gabe.

Der Fürst besah die Bilder und sagte dann:

Auf dem Kranichstein habe ich den einzigen weißen Hirsch in meinem Leben geschossen, einen weißen Rothhirsch; das war ein sehr stattlicher Wildpark.

Bei dem Bilde von Einsiedel bemerkte der Fürst:

Das wird da sein, wo wir die bayrischen Semmeln mit Wurst darin frühstückten, auf der Jagd. Der Groß-

herzog hatte eine wunderliche Vorliebe im Essen; wenn Schwarzwild angeschossen war, da ließ er noch von dem Schweiß auffangen und das rasch zu einer Blutwurst verarbeiten. Mir war es nicht ganz willkommen.

Bei Vorlegung eines weiteren Bildes aus der Stadt äußerte der Fürst:

Wenn ich nicht irre, wohnte hier — ach so, da täusche ich mich doch über die Lage des Platzes, ich dachte, da wäre v. Canitz gewesen.

Das Bild des Rathhauses betrachtend:

Der Thurm ist mir vollständig in der Erinnerung. Ach, ich wollte, ich wäre noch einmal so gesund, wie damals. Es ist eine sehr hübsche sinnige Gabe, diese alten Erinnerungen. — In besonders angenehmer Erinnerung habe ich die vorzüglichen Reitwege um Darmstadt. Ich war damals ein passionirter Reiter und ritt viel mit meinem Jugendfreunde Herrn v. Canitz zusammen.

Darauf nahm der Fürst das Geschenk der deutschen Künstlerschaft (eine von Wadere modellirte Statue der Pallas Athene) entgegen, die im Namen der Kunstgenossen Professor v. Stieler[1]) mit folgenden Worten überreichte:

Nicht mit vielen Worten, aber von ganzem vollen deutschen Herzen, im Namen von 3000 Künstlern Deutschlands überbringe ich die innigsten Glück- und Segenswünsche. Gott erhalte Sie! Gott segne Sie, Durchlaucht!

Fürst Bismarck antwortete:

Meine Herrn, ich danke Ihnen herzlich für Ihre Begrüßung und für Ihre Gabe. Die Münchner Kunst ist für mich eine wirksame Mitarbeiterin in der deutschen Einigung gewesen. Die Kunst und die Wissenschaft, die Universitäten und die Kunstwerkstätten, die sind immer deutsch geblieben,

---

[1]) Außer ihm gehörten zur Deputation Herr Alb. Bauer und Bildhauer Wadere.

von Wien bis Amsterdam — ich will Amsterdam nicht nennen, die Holländer könnten es mir übel nehmen — (Heiterkeit), sagen wir von Wien bis Cleve. Das wird uns auch immer zusammenhalten. Wir können nach unsern Bildungsverhältnissen gar nicht aus einander fallen; nach unsrer ganzen Geschichte, nach unsrer Dichtkunst, nach unsrer Kunst überhaupt wird sich immer der Deutsche wieder zum Deutschen finden. So wird es — unter einem Herrscher will ich nicht sagen — aber unter einer Regirung bleiben, wird grade die Kunst und die Wissenschaft auch das Terrain sein, in dem die Wurzeln am festesten schlagen, daß sie nicht wieder losreißen. Deshalb danke ich Ihnen vom politischen Standpunkte aus, daß Sie nicht blos eine bayrische, sondern eine deutsche Kunst pflegen. Ich habe vorgestern östreichische Vertreter hier gehabt, was bindet uns an die? Es ist Kunst und Wissenschaft. Politisch stehn wir nicht in einer Einheit zusammen, aber es wird doch immer schwer sein, die östreichischen Leser von „Wallenstein" beispielsweise zu überzeugen, daß der Dichter dieser rein östreichischen Tragödie nicht ihnen ebenso wohl gehörte, wie den Reichsdeutschen. Und so kann ich nur wiederholen: die geistigen Elemente, die halten uns zusammen, auch wenn uns die körperlichen Jahrhunderte lang getrennt haben. Halten Sie fest daran! —

Ich kann nicht länger stehn, meine Herrn, die achtzig Jahre fahren mir in die Beine. Darf ich bitten, daß Sie mitkommen zum Frühstück.

Nach dem Frühstück, zu dem die Abgeordneten aus Darmstadt und die Vertreter der Künstlerschaft zugezogen wurden, nahm Fürst Bismarck die Huldigung der deutschen Innungen entgegen, die durch etwa 4500 Mitglieder von 25 Verbänden [1]) vertreten waren.

[1]) Vertreten waren folgende Innungs-Verbände: Fleischer, Tischler, Sächsischer Innungs-Verband, Schneider, Tapezierer, Schuhmacher, Stellmacher, Steinsetzer, Baugewerke, Färber, Schmiede, Böttcher, Schlosser, Bäcker, Glaser, Sattler, Schornsteinfeger, Buchbinder, Klempner, Dachdecker, Perrückenmacher und Friseure, Drechsler, Korbmacher, Maler, Kürschner.

1. Ansprache des Obermeisters der Berliner Schornsteinfeger-Innung, Vorsitzenden des Centralausschusses der vereinigten Innungsverbände, Schornsteinfegermeisters Faster aus Berlin:

Durchlauchtigster Fürst!

Ein heiliges Wetteifern hat die verschiedenen Stämme der deutschen Nation erfaßt, Ew. Durchlaucht aus Veranlassung Höchstdero 80. Geburtstages die besten Glück- und Segenswünsche zu überbringen. Alles Weh und den Druck der Zeit legten die verschiedenen Berufsstände in die Huldigung für Ew. Durchlaucht hinein, den großen Mann, der uns Deutschlands Einigkeit bewirkt, durch dessen Blick und Wort die dem Einheitsgedanken abholden Sonderbestrebungen in ihr verdientes Nichts zurücksinken.

Auch der corporirte deutsche Handwerkerstand fühlt sich gedrängt, Ew. Durchlaucht zu huldigen und zugleich die nunmehr endliche und alle Handwerker ausnahmslos umfassende gleichmäßige und gemeinsame deutsche Innungs-Organisation öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Ew. Durchlaucht danken wir insbesondere dafür, daß Höchstdieselben gestatteten, das heutige Fest zu begehen und die herzlichsten Glückwünsche von Mund zu Mund der hier versammelten Vertreter der deutschen Innungsverbände und Innungsausschüsse zu verlautbaren.

Dieselben haben wir uns erlaubt in einer Geburtstags-Adresse niederzulegen, welche wir 15 Deputirte des corporirten Handwerks zu überreichen beordert worden sind. Als ernannter Sprecher der Deputation bitte ich Ew. Durchlaucht, den Wortlaut derselben verlesen zu dürfen.

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck
zum 80. Geburtstage in Ehrfurcht gewidmet.

Durchlauchtigster Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!

Millionen und Abermillionen deutscher Herzen auf dem gesammten Erdenrund schlagen Ew. Durchlaucht am heutigen Tage jubelnd und dankend entgegen, um der vielen Großthaten willen, vermöge welcher die deutschen Volksstämme zu einer einheitlichen Nation zusammengeführt worden sind. Höchstdieselben lehrten das Ausland überall den deutschen Namen mit Achtung nennen, sein gemeinsames Vaterland mit Liebe zu umfangen und mit Stolz ihm anzugehören. Ew. Durchlaucht vor Allen vermochten weiland Kaiser Wilhelm I. die deutsche Kaiserwürde mit erneutem Glanz wieder herzustellen! Unverwelklicher Lorbeer umflicht für solche Ruhmesthaten Höchstdero Namen und Haus.

Zum Wohle des deutschen Handwerkerstandes insbesondere ist durch Ew. Durchlaucht Eingreifen das Gesetz vom 18. Juli 1881 erlassen worden, auf Grund dessen die Einrichtung von Innungen und das Zusammentreten der Fachgenossen zu Innungs-Verbänden über das ganze Deutsche Reich zu ermöglichen gewesen ist. Die Vertreter dieser Verbände unterlassen es nicht, im Namen des corporirten Handwerks Ew. Durchlaucht hierfür einmüthig ihren Dank auszusprechen und zugleich die Versicherung daran zu knüpfen, daß sie allezeit mit ihren Angehörigen in Treue zu Kaiser und Reich stehen werden.

Möge der Allmächtige Ew. Durchlaucht noch viele Jahre in ungeschwächter Kraft und Rüstigkeit zum Heile des deutschen Vaterlandes erhalten.

Mit diesem Wunsche verharren wir

Ew. Durchlaucht in Ehrfurcht

treu Gehorsamste.

Im Auftrage der nachbenannten deutschen Innungsverbände:

(Folgen die Namen der 25 Verbände.)

Der Vorstand des Central-Ausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands.

W. Faster, Vorsitzender.

J. H. Meyer, Vorsitzender-Stellvertreter.

2. Ansprache des Altmeisters der Berliner Schlächter-Innung Herrn Helfert:

Durchlauchtigster Fürst!

Vor zehn Jahren hatte ich die Ehre, Durchlaucht zum 70. Geburtstag die Glückwünsche der Berliner Schlächter-Innung darzubringen. Unsere damals ausgedrückten Wünsche haben sich durch Gottes Gnade theilweis erfüllt; heute haben wir wiederum die Ehre, Ew. Durchlaucht zum 80. Lebensjahre unsere Glückwünsche ehrerbietigst darzubringen. Möge der Allgütige Durchlaucht in seinen Schutz nehmen und noch lange Jahre in geistiger wie körperlicher Kraft erhalten und uns das Glück beschieden sein, Ew. Durchlaucht zum 90. Geburtstag wie heute begrüßen zu können, dazu möge Gott seinen Segen geben. Durchlauchtigster Fürst, zu danken habe ich ferner, daß Durchlaucht die Ehrenmitgliedschaft der Berliner Schlächter-Innung gnädigst angenommen. Als Altmeister der Innung habe ich die ehrenvolle Pflicht, Ew. Durchlaucht den Ehren-Meisterbrief ehrerbietigst zu überreichen mit dem Wunsche, es möge unser Jungmeister uns viele Jahre als Ehrenmitglied erhalten bleiben. Das walte Gott! Und nun, Collegen des deutschen Handwerks, fordere ich Sie auf, ein dreifaches donnerndes Hoch auf unsern Alt-Reichskanzler Fürst v. Bismarck auszubringen und mit mir be-

geistert in den Ruf einzustimmen: Seine Durchlaucht, Fürst v. Bismarck, lebe hoch!

Die Adresse der Berliner Schlächterinnung hat folgenden Wortlaut:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten v. Bismarck,
dem Begründer des Deutschen Reichs, dem Förderer deutschen Handwerks und Innungswesens,
beehrt sich die Schlächterinnung der kaiserlichen und königlichen Haupt- und Residenzstadt Berlin als Zeichen unwandelbarer Dankbarkeit und Verehrung zum 80. Geburtstage die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Zur Bekundung dessen ist dieser Ehrenmeisterbrief ausgefertigt.

Berlin, den 1. April 1895.

Der Vorstand der Schlächterinnung:
(Folgen die Unterschriften.)

3. Nach gemeinsamem Gesang der „Wacht am Rhein“ hielt Kupferschmiedemeister Franz Pest, als Vertreter der Kupferschmiede-Innung zu Berlin, folgende Ansprache:

Durchlauchtigster Fürst!

Ew. Durchlaucht danken wir Kupferschmiede des Regierungsbezirks Potsdam zu Berlin, daß wir noch mit besonderem Anliegen vor Ew. Durchlaucht kurz zu Worte kommen dürfen.

Wir Kupferschmiede stehen ja in einem ohnehin wortkargen Berufe.

Jenes Dichterwort: „Wenn gute Reden sie begleiten, dann fließt die Arbeit munter fort“ gilt für unsere Arbeit nur wenig. Denn bei unserer Arbeit übertönt fast alles Reden der Hammer mit seiner Sprache. Am heutigen Festtage aber lassen wir unseren eigenen Hammer ruhen. Heute sollen auch bei uns die guten Reden zu Ehren kommen. In gutgemeinter Rede wollen wir aus treuem Herzen einen andern, fürwahr so viele Stimmen weithin übertönenden Hammer feiern!

In diesem Sinne bitte ich daher überreichen zu dürfen die Adresse unserer Kupferschmiede-Innung, in welcher auch wir von Herz zu Herzen geredet haben möchten, indem wir dieselbe hierdurch Ew. Durchlaucht weihen.

Durchlauchtigster Fürst!

Ew. Durchlaucht Geburt fiel in ein großes Siegesjahr, und Ew. Durchlaucht langer Lebensgang hat ein großer Siegesgang werden sollen. „Durch Kampf zum Sieg!“ Diese Signatur des Jahres 1815, Ihres Geburtsjahres,

ist auch die Signatur Ihres ganzen Lebens geworden. Im Jahre 1815 ward das Joch der Fremdherrschaft zerbrochen. So war Großes erreicht. Aber damit dieses Große nicht gefährdet bleibe, war noch Größeres zu vollbringen. Fürwahr, wir schauen auf zu jenen Helden von 1815. Dennoch fehlte der Held, der der „Martell" einer neuen Zeit geworden wäre, nur, daß er — schon geboren war! Unserer deutschen Nation hat ihr zweiter Martell in Ew. Durchlaucht erstehen sollen! Wir Schmiede pflegen begeistert Ew. Durchlaucht als den Schmied unserer deutschen Einheit zu begrüßen. Sollte es daher nicht gerade uns wohl anstehen, eingedenk jenes Carl Martell, dessen aus der Vergangenheit herüberglänzenden Namen Jedermann kennt, unserem urdeutschen, altmärkischen Fürsten v. Bismarck für unsere Neuzeit und Zukunft zuzujubeln als unseres Deutschen Reiches „Otto Martell"? Möchten Ew. Durchlaucht mit diesem Beinamen sich benennen lassen gerade von uns, die wir mit dem Hammer vertraut sind.

Nicht an einem Tage ist das einstige Rom erbaut, nicht mit einem Hammerschlage ist, wie es einst dem ersten Martell vergönnt war, Ihr Werk gethan gewesen.

Wir Kupferschmiede schauen vielmehr in Ew. Durchlaucht Werkstätte hinein, stolz wahrnehmend, wie unsere Arbeit Ew. Durchlaucht Arbeit ähnlich sei.

Wir müssen bekanntlich tausendfach hämmern; so erfordert's unser Metall.

Wir müssen hämmernd treiben und gestalten, wir müssen löthen und nieten, wir müssen zusammenschrauben, um ein Ganzes zu schaffen. So haben wir mehrere Jahrzehnte hindurch in einem noch höheren Sinne Ew. Durchlaucht schaffen sehen! Ihr Arm, vom Geist gestählt, hat nicht geruht! Als kein Feind von außen mehr verunstalten durfte, haben Ew. Durchlaucht unsere Germania gewissermaßen in Kupfer zu treiben und zu gestalten gewußt. Auch am Löthen und Nieten haben Ew. Durchlaucht es fürwahr nimmer fehlen lassen.

Ew. Durchlaucht hatten, wo die Augen fast Aller erst nur noch Bruchstücke schauten, bereits das Getrennte zu einem Ganzen zusammenzubringen gewußt.

So darf wohl gerade unser Blick aus unserer Werkstätte in die Werkstätte Ew. Durchlaucht hinüberschweifen, dieweil auch wir zuletzt dem großen Ganzen, nämlich unserem deutschen Vaterlande, Kaiser und Reich, mit unserem Hämmern und Treiben, Löthen und Nieten und Schrauben dienen möchten.

Einstimmig haben wir beschlossen, Ew. Durchlaucht zum

Ehrenmitgliede der Kupferschmiede-Innung des Regierungsbezirks Potsdam zu Berlin

zu ernennen. Indem dies aus Anlaß des 80. Geburtstages Ew. Durchlaucht am 1. April geschieht, erlauben wir uns, dies mit dem Rufe zu begleiten:

Se. Durchlaucht der Fürst v. Bismarck-Schönhausen, der Otto Martell des Deutschen Reiches, Herzog zu Lauenburg, General-Oberst, Ehrenmitglied unserer Kupferschmiede-Innung, lebe hoch!

In tiefster Ehrfurcht

Der Vorstand der Kupferschmiede-Innung des Regierungsbezirks Potsdam zu Berlin.

Berlin, am 1. April 1895.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Ich habe in den letzten Wochen viele ehrenvolle Begrüßungen erfahren, aber keine, die so wie die Ihrige die Verschmelzung der deutschen Interessen und Stände vergegenwärtigt: die gesammten Gewerke, die gesammten Gewerbe. Ich bin ja ursprünglich auch ein Gewerbtreibender, ein Landwirth (Bravo!), und es war die Landwirthschaft vielleicht in unsern germanischen Gauen das erste Gewerbe; aber sie konnte, sobald die Hülfskraft der Frau und des Mannes für Weben und Stellmachern nicht mehr ausreichte, doch ohne andre Gewerbe nicht bestehn. Wir brauchten zuerst in unsrer urdeutschen Landwirthschaft doch den Schmied, der in jedem Dorfe wohnt. „Es ist ja kein Dörflein so klein, ein Hammerschmied muß drinnen sein." (Bravo.) Der Stellmacher ist ebenso unentbehrlich, wie der Schuhmacher und der Schneider, sobald die Frau die Bekleidungsfrage am Körper und am Fuß nicht mehr beherrschen kann, so ist ja doch in jeder Dorfgemeinde das Handwerk in Gestalt von Schuhmacher, Schneider, Wagenbauer, Stellmacher, Schmied ganz unentbehrlich. Wir Landwirthe gehören also mit allen übrigen Gewerben unzertrennlich zusammen, und die übrigen Gewerbe werden umsomehr Beschäftigung haben, jemehr der Landwirth im Stande sein wird, gesteigerten Ansprüchen entgegenzukommen und sie zu befriedigen. (Bravo! Sehr richtig!) Also ich bin der Meinung, wir alle producirenden Stände, wir gehören zusammen, absolut zusammen, und wir müssen uns durch die Nichts-als-Consumenten in unserm Zusammenhang nicht stören lassen. Wir haben darin ja manche Gegner, die uns die Pflege erschweren.

Nehmen wir das Handwerk. Ich bin unsrer Gewerbsgesetzgebung nähergetreten mit Absichten, bei deren Verwirklichung ich ermüdet bin an dem Widerstande des Reichstags. (Sehr richtig!) Es war, was wir da versuchten, stets ein Bild der Echternacher Procession: zwei Schritte vorwärts, einen Schritt zurück. (Sehr richtig! Bravo!) Ich bin ermüdet in dem parlamentarischen Sande, in den Bestrebungen, die ich hatte, auch selbst in der Richtung der Gesetzgebung, die ich nur, mit einem Worte, mit dem Worte Klebegesetz bezeichnen will. (Heiterkeit.) — Sie wissen Alle, welches Gebiet darunter verstanden ist. (Rufe: Ja!) Da sind meine ersten Bestrebungen abgelehnt worden; ich hatte nicht den Gedanken, daß der siebzehnjährige Arbeiter bezahlen sollte, einzahlen sollte für Ergebnisse, die er mit 70 Jahren etwa erwarten konnte. (Bravo! Sehr richtig!) Dieser psychologische Irrthum ist mir nicht passirt, sondern ich hatte das Bestreben, daß dem müden Arbeiter etwas Bessres und Sichreres als die Armenpflege, die locale Armenpflege, gewährt werden sollte (Lebhaftes Bravo!), daß er wie jeder Soldat auch im Civilleben seine sichre Staatspension haben sollte (Wiederholtes Bravo!), mäßig, gering meinethalben, aber doch so, daß ihn die Schwiegermutter des Sohnes nicht aus dem Hause drängt (Heiterkeit), daß er seinen Zuschuß hat. (Sehr gut!) Dieses Bestreben wurde mir abgelehnt in der ersten Verhandlung des Reichstags über dieses Versorgungsgesetz, und ich muß sagen, daß ich damit eigentlich die Lust an der Sache verlor und ihr ferner getreten bin, denn ich glaubte nicht an die Möglichkeit, den achtzehnjährigen Arbeiter zu überzeugen, daß er für sein siebzigstes Jahr einzuzahlen nöthig hätte; er wußte nicht, ob er so lange lebte, und hatte auch in seinem jugendlichen Alter eine bessre Verwendung für die Einzahlung. (Große Heiterkeit.) Ich halte es für eine ungeschickte Sache in der Ausführung, für die Ausführung bin ich aber nicht verantwortlich; ich habe die Anregung der Idee übernommen, aber es war für mich unmöglich, das in allen fünfundzwanzig deutschen Staaten

in der Ausführung zu überwachen, und da ist es denn schließlich doch den Tendenzen der Reichstagsmajorität anheimgefallen und geschehn, daß die Sache heutzutage nicht so günstig und nützlich wirkt, wie der Kaiser Wilhelm bei der ersten Anregung der Sache gehofft hat. Die Gesetzgebung kann ja darin Modificationen und Erleichterungen schaffen, sie kann namentlich die Kleberei abschaffen, die die unglücklichste Erfindung ist, worauf man kommen konnte. Wo soll man alle die Klebemarken deponiren (Zustimmung), und wie soll der Arbeiter, der in Sturm und Regen wochenlang unter freiem Himmel liegt, seine Klebemarken aufheben? Das ist ja gar nicht möglich. Das sind Einrichtungen, die vom grünen Tische ausgingen, für die ich jede Verantwortlichkeit ablehne. (Bravo!)

Eine Besserung darin herbeizuführen, das ist meines Erachtens Aufgabe der Associationen, wie ich die Keime davon, glaube ich, mir gegenüber sehe, die sich als Genossenschaften organisiren, die ihrerseits die Gesetzgebung richtigstellen, auf Grund dieser Richtigstellung Forderungen stellen (Bravo!) und auch ihre Abgeordneten in dem Sinne durchbringen. Das Zusammenhalten, die Genossenschaften, die Associationen, das ist es, worauf ich in höherem Maße gerechnet habe, die freiwilligen Associationen. Wir können Zwangsinnungen heutzutage nicht mehr in die Wirklichkeit bringen, aber die Innungen so auszustatten, daß sie anziehend werden, daß jeder Gewerbsgenosse einsieht: ich stehe mich besser, wenn ich der Innung angehöre, und daß sie eine freiwillige Werbekraft ausüben, das würde ich politisch für außerordentlich nützlich halten.

Ich habe früher geglaubt, daß man unsre Wahlgesetzgebung in Preußen sowohl wie im Reiche auf dergleichen Berufsgenossenschaften begründen könnte, daß jede Berufsgenossenschaft ihrerseits das Recht hat, sich durch selbstständige Abgeordnete vertreten zu lassen. Ich habe dafür kein Verständniß gefunden, und ich habe, so lange ich Minister war, zu viel Kämpfe nach außen, nach oben hin

gehabt, um mich dem zu widmen, und zu wenig Anklang im Reichstage. Erinnern Sie sich der Zeit, wo unter dem Regimente Windhorst mir ein Hülfsarbeiter mit 20 000 Mark abgelehnt wurde, lediglich weil ich ihn beantragte und ich ihn brauchte. Sind diese Zeiten nicht wiedergekommen, haben wir nicht wieder dieselbe Mehrheit im Reichstage (Leider!), die sich aus Gegnern des ursprünglichen Reichsgedankens zusammensetzt? Ich fürchte es; ein Gegenmittel dagegen liegt nur in der Ermannung der Bevölkerung, der Wählerschaften, daß sie sich zusammenthun, daß sie Organisationen bilden; dazu sind die Innungen, die Berufsgenossenschaften die gegebenen Grundlagen. Wenn Sie darin zusammenhalten, so werden Sie nicht sehr rasch, nicht von heut auf morgen eine Aenderung in der Vertretung erwirken, aber es ist doch, glaube ich, das Einzige, was Ihnen zu erstreben übrig bleibt: also der enge Zusammenschluß unter einander, die Bildung der Genossenschaften und das Eintreten „Einer für Alle und Alle für Einen" innerhalb der Innungen und innerhalb der Gesammtheit unsrer erwerbenden Klassen, daß wir uns gegenüber den reinen Theoretikern, die nichts thun als Reden halten und abstimmen, daß wir uns denen gegenüber wehren (Lebhaftes Bravo!) für unsre Erwerbsfähigkeit, daß wir scheiden zwischen praktischen Leuten und Rednern, und daß die praktischen Leute, die wirklichen Erwerber, von der Landwirthschaft bis zu jedem feinsten Gewerbe hinauf, wie sie sich allmählich angesetzt haben an die Urgewerbe, daß wir da zusammenhalten, die Erwerbenden, und uns wehren gegen die Drohnen (Sehr gut, Bravo!), die nicht Honig sammeln, — ich will nicht sagen, in der brutalen Art, wie die Bienen es thun (Heiterkeit, Bravo!), aber doch, daß wir uns von ihnen nicht führen lassen, von den Drohnen.

Und deshalb bitte ich Sie, meine Herrn, mir zuzustimmen, wenn ich sage: Alle erwerbenden Stände leben hoch, der Nährstand in der weitesten Ausdehnung — der Wehrstand wird sich schon selbst erhalten, er ist schwer bewaffnet, er kann sich vertheidigen (Heiterkeit) — aber der Nährstand

vor allen Dingen, er lebe hoch! (Lang andauernde Hochrufe.) Alles, was unser Nationalvermögen vermehrt und pflegt, das ist eben der Nährstand, die Gewerbe in der weitesten Ausdehnung, von der Landwirthschaft als Urgewerbe abgesehn. Aber auch schon in den Zeiten von Tacitus, bin ich überzeugt, haben wir Innungen und Handwerker im deutschen Lande gehabt, denn die Deutschen gingen bekleidet und beschuht, wenn sie den Römern gegenübertraten; sie bauten Korn, hatten Müller, gewiß, denn sie aßen Brod, also sie hatten auch die Müllerzunft schon unter sich. Nun, mögen sie alt oder jung sein, die Zünfte, Gott segne sie alle!

Von einem Gang durch die Menge auf die Terrasse zurückgekehrt, ergriff der Fürst ein Glas und sprach:

Meine Herrn! Ich bringe Ihnen noch ein Glas mit dem Wunsche: Gott segne alle ehrliche Nahrung im deutschen Lande; alle Gewerke, sie leben hoch!

Als der Fürst das Glas geleert hatte, verweilte er noch kurze Zeit auf der Terrasse und besichtigte u. A. einen großen Kranz, den Potsdamer Gärtner dort hatten aufstellen lassen und der mit den Farben aller Bundesstaaten verziert war. Dann verabschiedete er sich mit den Worten:

Verzeihn Sie, wenn ich mich zurückziehe; ich bin matt und alt; ich würde mich gern noch weiter mit Ihnen unterhalten, aber die Natur versagt sich mir!

(Rufe: Auf Wiedersehn!)

19. April: Eine Deputation der Stadt Stuttgart überreicht dem Fürsten Bismarck eine Glückwunschadresse. (H. N. 20. 4. 1895 No. 93 M.-A.; Schwäb. Merkur 20. 4. 1895.)

Ansprache des Oberbürgermeisters Rümelin:

Durchlaucht!

Wohl ist es in erster Linie der thatengewaltige Gründer des Deutschen Reichs, dem das gesammte Schwabenland und vor Allem die Haupt- und Residenzstadt desselben, Stuttgart,

die Sie, Durchlaucht, als ersten Ehrenbürger zu den ihrigen zählt, den Zoll der wärmsten Verehrung schuldet. Eines aber hat außerdem das Herz jedes Schwaben Ihnen geöffnet: daß der Einiger des Deutschen Reiches zugleich der Hort und Wahrer der bundesstaatlichen Entwicklung des Deutschen Reiches geworden und geblieben ist. Ew. Durchlaucht haben, davon ausgehend, daß es derselbe Boden ist, in welchem ein kräftiges Stammesbewußtsein ebenso wie ein lebendiges Nationalgefühl wurzelt und seine Nahrung empfängt, stets während Ihrer Thätigkeit als erster Kanzler des Reiches dazu beigetragen, daß sich die deutschen Einzelstaaten als selbstthätige und lebendige Glieder des Reiches fühlen und entwickeln konnten. Es gereichte uns daher zu hoher Befriedigung, daß auch wir in Stuttgart am 1. April ein städtisches Fest feiern durften, wie wohl nie eines in Stuttgarts Mauern vorher gefeiert wurde. Dasselbe war von Vertretern aller Stände und Berufe besucht und wurde durch die Anwesenheit Seiner Majestät unseres Königs gekrönt.

Ehe ich nun die Glückwunsch-Adresse, welche einem einstimmigen Beschlusse der bürgerlichen Collegien Stuttgarts entstammt, Ew. Durchlaucht überreiche, gestatten Sie mir den herzlichen Wunsch auszusprechen, daß das neunte Jahrzehnt Ihres Lebens zu einem segensreichen werde für das Deutsche Reich, das Sie uns geschaffen, für Ew. Durchlaucht selbst und für Ihre gesammte Familie.

Bürgerausschuß-Obmann Commerzienrath Ernst Kuhn:

Gestatten Ew. Durchlaucht, daß ich anschließend an die Worte meines Herrn Vorredners, Ihnen die ehrerbietigsten Grüße und aufrichtigsten Glückwünsche sowohl von meinen Collegen als auch von Tausenden treuer Schwabenherzen übermittele, die nie vergessen werden, was Ew. Durchlaucht für die Einheit, Größe und Macht unseres Deutschen Vaterlandes gethan haben.

Wortlaut der Adresse:

Die bürgerlichen Collegien der Haupt- und Residenzstadt Stuttgart bringen ihrem berühmtesten Ehrenbürger Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto v. Bismarck Herzog von Lauenburg, dem großen Staatsmann, dem es beschieden war, in vorderster Linie für die Einigung des deutschen Vaterlandes thatengewaltig einzutreten und an des Reiches Ausbau und Festlegung erfolgreich mitzuarbeiten,

zum 80. Geburtsfeste bewegten Herzens die innigsten Glück- und Segenswünsche dar.

Stuttgart, den 1. April 1895.

Im Namen der bürgerlichen Collegien.

Oberbürgermeister Rümelin. Bürger-Ausschuß-Obmann Kuhn.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Ich danke Ihnen, meine Herrn, daß Sie aus so weiter Ferne hergekommen sind, um mir die Wünsche meiner Mitbürger zu überbringen. Ich habe im Anschluß an die Worte des Herrn Oberbürgermeisters und in Bestätigung derselben zu erwidern, daß ich stets ein Gegner aller unitarischen Tendenzen gewesen bin, wie sie im Schooße des Reichstags in der Form von Anträgen auf Schaffung von Reichsministerien zu Tage getreten sind, Anträgen, durch welche die Institution des Bundesraths einfach negirt worden wäre. Ich habe die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Stämme des deutschen Vaterlands stets voll anerkannt, und mein Bestreben war stets darauf gerichtet, die in der Reichsverfassung garantirte bundesstaatliche Entwicklung zu stärken. Auch bin ich der Ansicht, daß es unbedingt nothwendig sei, daß die Landtage an der Thätigkeit der Bundesraths-Bevollmächtigten Kritik üben und sie für ihre Abstimmung verantwortlich machen, ohne daß damit gesagt werden soll, daß die Landtage direct befugt wären, in die Reichspolitik beschließend einzugreifen, ebenso wenig wie die Städte in die Thätigkeit der Landtage (einzugreifen befugt sind).

Im Kriege von 1870/71 war es mir eine besondre Freude zu sehn, wie die württembergischen Truppen sowohl bei Sedan wie vor Paris mit kalter Ruhe im Feuer Stand gehalten haben, mit einer Kaltblütigkeit, die man sonst nicht geneigt war, zu den charakteristischen Eigenschaften der die Reichssturmfahne tragenden Schwaben zu zählen.

Es hat mir besonders wohlgethan, von Ihnen zu hören, daß Seine Majestät König Wilhelm von Württem-

berg mich durch Seine Theilnahme an Ihrer städtischen Feier geehrt hat, und Ihnen, meine Herrn, danke ich für die an mich gerichteten liebenswürdigen Worte.

19. April: Herr Professor Dr. Buschkiel aus Chemnitz (Sachsen) überreicht dem Fürsten Bismarck folgende Huldigungsadresse des Sächsischen Gymnasiallehrer-Vereins:

Sr. Durchlaucht
dem
Fürsten Bismarck,
dem Begründer der deutschen Einheit,
dem Wahrer der Ehre und Würde des Reichs,
dem Vorbilde seines Volkes im Arbeiten und im Kämpfen,
dem Förderer aller idealen Bestrebungen,
dem Freunde des Gymnasiums
und Gönner des Gymnasiallehrerstandes,
widmet
zum achtzigsten Geburtstage
die innigsten Glückwünsche
in Dankbarkeit, Verehrung und Liebe
der Sächsische Gymnasiallehrer-Verein.

Fürst Bismarck erwiderte:

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre freundliche Begrüßung, und ich nehme dieselbe um so lieber entgegen, als sie auf meiner Seite auf Gegenseitigkeit trifft. Wenn man, wie ich, ein halbes Jahrhundert Politik treibt, so wird man unwillkürlich, wenn man Deutscher ist, das Bedürfniß haben, über die Quellen nachzudenken, aus denen die politischen Ereignisse ihren Weg nehmen. Für Deutschland kann es ja niemals zweifelhaft sein, daß das, was uns zusammenhält, nicht die äußerliche polizeiliche Einrichtung ist, sondern der deutsche Geist, die deutsche Bildung, die unaufhaltsame und unabsperrbare Gemeinschaft, die sich zwischen allen deutschen Ländern ausgebildet hat in der Wissenschaft, in der Kunst, in der Dichtung. Der eigentliche Träger für alles das ist nicht der Universitätsprofessor, sondern der Lehrer der heranwachsenden Jugend, der höhere Lehrerstand.

Als mir seinerzeit die Mittel, aus denen ich die Schönhauser Stiftung errichtet habe, zur Verfügung gestellt wurden, habe ich mich gefragt, wie soll ich diese Million anwenden? Ich bin zu dem Ergebniß gelangt, daß der höhere Lehrer, der Lehrer der gebildeten Stände, für die patriotische Erziehung der heranwachsenden Generationen der wichtigste Factor sei. Man hat ja häufig dem Militarismus, den wir cultiviren, in dieser Hinsicht eine große Bedeutung beigelegt, und nicht mit Unrecht. Aber wir würden das Officiercorps, das wir haben, und das Unterofficiercorps, das ein Ergebniß desselben ist, nicht besitzen ohne den imponderablen Zusatz derer, die von den Gymnasien kommen. Das ist die Ueberzeugung, die sich in mir als Niederschlag meines Nachdenkens gebildet hat damals, als ich die Stiftung gemacht habe. Was ich Ihnen sonst noch sagen könnte, das habe ich neulich Ihren preußischen Collegen gegenüber schon ausgesprochen, ich würde mich also nur wiederholen.

20. April: Die Vorstände des Verbandes der deutschen Baugewerksberufsgenossenschaften und des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister zur Ueberreichung einer Ehrengabe (eines 1 m hohen, vom Architekten Zetzsche in Berlin entworfenen gothischen, aus Eichenholz in reicher Schnitzarbeit hergestellten Thurmes, der das Bismarck'sche Wappen neben denen des Herzogthums Schleswig-Holstein und Elsaß-Lothringens trägt) in Friedrichsruh.[1]) (Baugewerksztg. 27. Jhrg. (1895) No. 34. B. N. N. 27. 4. 1895 No. 208 M.-A.)

Ansprache des Baumeisters Felisch:

Wir, die berufenen Vertreter der deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften und des deutschen Baugewerbes, nahen uns Ew. Durchlaucht mit Freude und Stolz im Herzen dar-

[1]) Die Deputation bestand aus folgenden neun Herren: Baumeister Felisch-Berlin, Vorsitzender beider Verbände, Steinmetzmeister Schlick-Hamburg, Vorsitzender der Hamburgischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Raths-Zimmermeister v. Aspe-Breslau, Vorsitzender der Schles.-Pos. Baugewerks-Berufs-Genossenschaft, Baumeister Stortz-Dresden, Vorsitzender der Sächs. Baugewerks-Berufsgenossenschaft, Maurer- und Zimmermeister Büsscher-Eberswalde, Raths-Zimmermeister Schwager, Raths-Zimmermeister Otto, Hofsteinmetzmeister Metzing, Maurermeister Böhme-Berlin.

über, daß uns dieser Tag vergönnt ist, an welchem wir den Erbauer und Begründer des Deutschen Reiches von Angesicht zu Angesicht sehen und ihm unsere innigste Verehrung und Glückwünsche darbringen können. Wir dürfen uns mit Recht als die Vertreter des deutschen Baugewerbes bezeichnen, denn der Verband der Baugewerksberufsgenossenschaften zählt etwa 200000 Bauarbeitgeber mit mehr als einer Million Arbeitern, und der Innungsverband umfaßt 300 deutsche Bau-Innungen. — Wollen uns Ew. Durchlaucht einen Vergleich gestatten: Wir sind die Erbauer des deutschen Hauses, der Stätte, an welcher unsere Kinder erzogen werden und germanische Vaterlandsliebe, deutscher Hochsinn, Liebe zu Kaiser und Reich und nicht zuletzt Liebe zu unserem Bismarck aufwachsen. Aber Ew. Durchlaucht sind der Baumeister des Deutschen Reiches, des Reiches, nach dessen Einigung mehr denn tausend Jahre unsere Vorfahren gerungen, gesungen, um das sie gelitten, gestritten und in Hunderten von Schlachten geblutet haben. Und da geschah es unter der glorreichen Regierung Kaiser Wilhelms I., daß Gott Ew. Durchlaucht zum gewaltigen Rüstzeug für unser deutsches Volk auserkor. Da erfüllte sich der Traum unserer Väter und unserer eigenen Jugend: Wir wurden ein einiges Deutschland. Seitdem wird der deutsche Name wieder mit Ehren genannt, und nun können die deutschen Bauleute ihre Hütten in Frieden bauen! Daß wir dies können, danken wir Ew. Durchlaucht und werden es nimmer vergessen. Gestatten daher Ew. Durchlaucht zum Andenken an diese uns unvergeßliche Stunde die Ueberreichung eines symbolischen Bauwerks, welches von Künstlerhand entworfen und von deutschen Kunsthandwerkern gefertigt ist.

Darauf verlas Rathszimmermeister Schwager folgende Adresse:

Ew. Durchlaucht!

Zu dem Tage, an welchem alle deutschen Herzen ihrem Bismarck, Deutschlands größtem Staatsmanne und Bürger, entgegenschlagen, bringen auch wir, die berufenen Vertreter des deutschen Baugewerbes, Ew. Durchlaucht unsere tiefste Verehrung dar. Ew. Durchlaucht war es nach Gottes Gnade beschieden, unter der ruhmreichen Führung Kaiser Wilhelms I. das Reich neu aufzurichten und für alle Zeiten fest zu fügen, sodaß es wieder Freude und Stolz geworden ist, ein Deutscher zu heißen. In treuer Friedensarbeit haben Ew. Durchlaucht das Reich gefestigt und dem deutschen Erwerbsleben neue Bahnen gesichert; wir segnen deshalb den Tag, der vor 80 Jahren unserem Volk seinen Bismarck gab, und nicht minder den heutigen Tag, welcher uns vergönnt, dem Baumeister des

Reiches zu danken, dessen Werk seinen Schöpfer für alle Zeiten mit unauslöschlichen Schriftzügen in das Buch der Geschichte eingetragen hat.

Gott segne, Gott erhalte unsern Bismarck!

Berlin, 1. April 1895.

Der Verband der deutschen Baugewerks-Berufs-Genossenschaften.
(Namen.)

Der Innungsverband Deutscher Baugewerksmeister.
(Namen.)

Die Ansprache des Fürsten Bismarck ist nicht wörtlich überliefert; ihr Inhalt war etwa folgender:

Unter allen Ehrungen, die ihm in so reichem Maße zu Theil geworden wären, habe ihn keine mehr erfreut als die gegenwärtige, welche von einem so großen Verbande und von der Vertretung des deutschen Baugewerbes ausgehe, welches mit der Landwirthschaft das vornehmste im Reiche sei. Er sei der Baumeister des Reiches genannt worden, aber er müsse doch in aller Bescheidenheit betonen, daß er nur Mithelfer gewesen und daß er diese Idee nach tausendjährigen geschichtlichen Motiven zusammengetragen habe, wie auch die heutige Baukunst sich an die großen Werke des Mittelalters anlehne. Uebrigens möchte er den heutigen Baumeistern den Rath geben, nicht den Franzosen nachzugehn und bei den Bauten etwas weniger auf Decoration der Fassade, auf Ornament und Stuck zu geben, dagegen mehr auf die Behaglichkeit und Wohnlichkeit der Innenräume Werth zu legen. Vor allem seien bequeme Treppen mit guten und soliden Handgriffen nöthig, worauf man sich im Alter stützen könne; auch wir würden alt werden und dann seine Rathschläge noch mehr würdigen lernen. Die Dienstgebäude, in welchen er gelebt, hätten viel zu wünschen übrig gelassen. Alle seien mehr auf Repräsentation als auf behagliches Wohnen eingerichtet gewesen, und doch entfielen auch bei ihm von 365 Tagen im Jahr wenigstens 320 auf die Familie. Wir möchten uns sein bescheidenes Heim ansehen. Außen wäre es so einfach bürgerlich wie nur möglich, und als er sich hier „etablirt“ habe, sei nur hier und da angebaut worden, was nöthig gewesen, aber im Innern habe er sein Heim ohne Prunk, aber doch behaglich eingerichtet, und er habe hier die schönsten Jahre seines Lebens zugebracht, bis ihm seine Frau nach Gottes Rathschluß genommen worden sei.

Hier hielt der Fürst längere Zeit inne und schloß dann mit dem Wunsch, die deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften mit ihren

humanen Bestrebungen und das deutsche Baugewerbe möchten blühen und gedeihen und die großen wirthschaftlichen und politischen Schwierigkeiten, denen sie jetzt unterworfen seien, überwinden; dazu aber gehöre festes Zusammenhalten und Einigkeit.

21. April: Empfang einer Deputation der alten Herren der Deutschen Burschenschaft[1]) zur Entgegennahme einer Glückwunschadresse. (H. N. 22. 4. 1895 No. 94 A.-A.)

Ansprache des Prof. Dr. Fischer:

Wir nahen Ew. Durchlaucht, um die ehrerbietigsten, aus treuen Herzen kommenden Glückwünsche von 9000 alten Herren der Deutschen Burschenschaft darzubringen. Die Glückwünsche der activen Burschenschaft haben Ew. Durchlaucht geruht, zusammen mit denen der übrigen deutschen Studentenschaft entgegenzunehmen. Wir Alten sind stolz auf den hervorragenden Antheil, welchen die active Burschenschaft an der Veranstaltung und Durchführung dieser Huldigung gehabt hat. Wir glauben darin einen Erfolg unserer Bestrebungen sehen zu dürfen, die darauf gerichtet sind, alle Kräfte der Deutschen Burschenschaft zum Dienste für Kaiser und Reich, zur Erhaltung und Befestigung des in schweren Kämpfen Errungenen heranzuziehen, in uns das nationale Bewußtsein zu stärken, das Verständniß für nationale Pflichten und Aufgaben zu vertiefen, die Fähigkeit, für solche Opfer zu bringen, weiter zu entwickeln und damit zur Dämpfung unseres unseligen Parteihaders beizutragen. Wir alten Burschenschafter sind bemüht, in unserer akademischen Jugend den Geist jener Männer und Jünglinge wieder aufleben zu machen, welche aus dem Kampfe zur Befreiung des Vaterlandes von fremder Knechtschaft heimkehrend in demselben Jahre die Deutsche Burschenschaft stifteten, in welchem dem deutschen Volke Ew. Durchlaucht geboren wurden. Möchten wir uns auch in dieser Hinsicht als Ew. Durchlaucht, unseres großen nationalen Erziehers, dankbare Schüler erweisen.

---

[1]) Die Abordnung bestand aus folgenden Personen: Ordentlicher Professor der Geographie, z. Z. Rector der Universität Marburg, Dr. Theobald Fischer, Medicinalrath Dr. Aub-München, Professor Dr. Braumüller-Berlin, Pastor Thun, Divisionspfarrer in Nienstedten a. E., Geh. Medicinalrath Dr. Birch-Hirschfeld, Leipzig, Dr. med. Riedel-Berlin, Professor Dr. Wichmann, Oberlehrer am Lyceum zu Metz, Professor Steinwender, Gymnasial-Oberlehrer, Danzig.

Wortlaut der Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!

Mit Millionen dankbarer Deutscher nahen wir Ew. Durchlaucht an dem Tage, an dem vor 80 Jahren dem deutschen Volke einer seiner größten Söhne geboren ward, im Namen der alten Herren der Deutschen Burschenschaft Zeugniß abzulegen von ihren Gefühlen der innigsten Liebe, Verehrung, Dankbarkeit für das, was Deutschland seinem Altreichskanzler verdankt, um ihre heißen Wünsche für die Gegenwart und Zukunft darzubringen. Ew. Durchlaucht haben während einer langen, an Erfolgen beispiellos reichen politischen Thätigkeit unbeirrt von dem Hasse oder dem Mangel an Einsicht bei den Gegnern das eine Ziel verfolgt, die deutschen Stämme und Staaten politisch zu einigen, und haben, getragen von dem Vertrauen unseres ersten Kaisers, mit Hilfe der glänzenden Waffenthaten unserer großen Heerführer und tapferen Krieger das Deutsche Reich wieder aufgerichtet und damit endlich, wenn auch auf andere Weise, auf anderen Wegen und mit anderen Mitteln das Ideal verwirklicht, welches zuerst die Deutsche Burschenschaft unserem Volke vor Augen gerückt und trotz aller Verfolgungen lebendig erhalten hatte. Der von allen Vaterlandsfreunden bitter empfundenen politischen Ohnmacht und dem Mangel an Ansehen unseres doch seit Jahrhunderten durch die höchsten Leistungen auf allen Gebieten menschlicher Gesittung ausgezeichneten Volkes, dem selbst der kleinste Nachbar Hohn zu sprechen wagen durfte, haben Ew. Durchlaucht ein Ende gemacht. Die Wiedergewinnung in den Zeiten der inneren Zerrissenheit verlorener Grenzlande, die Erwerbung überseeischer Schutzgebiete, das weltumspannende Aufblühen unseres Handels und unserer Schifffahrt, der rasch gewachsene Wohlstand sind die sichtbaren Zeichen der durch Ew. Durchlaucht geschaffenen Machtstellung des Deutschen Reiches. Wie einst in der engeren Welt des Mittelalters, so sehen wir heute wieder den deutschen Aar mit mächtigem Flügelschlage dahinrauschen, unseren fernen Volksgenossen zum Schutz, unseren Freunden zur Freude, unseren Feinden zum Trutz! So schauen wir voll aufrichtigster Bewunderung, voll felsenfesten Vertrauens, voll stolzen Dankes auf Ew. Durchlaucht, als den größten Staatsmann, den unser Vaterland je besessen hat, als den Staatslenker, dessen ebenso kühne wie weise Pläne von den herrlichsten Erfolgen gekrönt worden sind, und bitten gehorsamst, Ew. Durchlaucht wollen diesen Ausdruck unserer ehrerbietigsten Glückwünsche huldvoll entgegennehmen.

Gott segne Ew. Durchlaucht auch fernerhin und vergönne uns, Ew. Durchlaucht noch lange in Kraft und Geistesfrische für Kaiser und Reich, das Ideal der Deutschen Burschenschaft, als treuen und erfahrenen Berather wirken zu sehen.

Marburg, am 1. April 1895.

Im Namen und Auftrage der alten Herren der Deutschen Burschenschaft der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der Vereinigung Alter Burschenschafter: Professor Dr. Th. **Fischer**.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn! Ich bin sehr dankbar, daß Sie von Ihren verschiednen Wohnorten, an die Sie aus der Universität das Leben geführt hat, sich zusammengefunden haben, um mich zu begrüßen und mir damit das Zeugniß auszustellen, daß wir an demselben Ziele gearbeitet haben, Sie dafür verfolgt, ich dafür belohnt. Es liegt der ganze Unterschied nur in den Mitteln, nicht in den Zielen; Republikaner sind die ersten Burschenschafter kaum gewesen, vielleicht Imperialisten, sie waren kaiserlich-national, und einzelne Auswüchse hat das ja immer. Die gebildete Bevölkerung Deutschlands bewahrte den burschenschaftlichen Bestrebungen selbst nach der Ermordung von Kotzebue und nach den amtlichen Verfolgungen noch immer ihre Sympathie, nicht so lebhaft, nicht so unabhängig, nicht mit denselben Mitteln wie später und wie heut.

Von den Mitteln, die der Burschenschaft zur Verfügung standen, um ihre Ziele zu verwirklichen, wurde irrthümlich angenommen, die sofortige Inswerksetzung könnte den Klotz, unter dem wir lebten — das Gebirge, will ich lieber sagen, unter dem wir lebten — irgendwie rühren und erschüttern. Das ist im Grunde doch auch vierzig Jahre später — soviel war es ja ungefähr, nein, nicht ganz — im Frankfurter Parlament auch wieder zu Tage gekommen. Die Redner von Frankfurt vergriffen sich in den Mitteln, mit denen die Sache gemacht werden konnte, d. h. mit denen das nationale Ziel, welches der Mehrheit der Gebildeten als erreichenswerth vorschwebte, wenn nicht sofort, so doch in kurzer Zeit erreicht werden konnte. Sie wandten sich an die Denker; sie glaubten mit Reden und öffentlicher Meinung ließe sich Alles machen und bestätigten das alte Sprichwort: „Leicht bei einander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Sachen!“ Was sich hart stieß, war die Militairmacht, die fürstliche Macht.

Ich bin bei der ersten Berührung mit der Burschenschaft, wie ich zur Universität kam, von dem Vorurtheil der Corpsburschen im Allgemeinen geleitet gewesen. Außerdem war es Zufall, daß ich grade mit Burschenschaftern in Berührung kam, die den gesellschaftlichen Schliff nicht hatten, den ich von Berlin her gewohnt war, und daher kam meine Abneigung, obschon ich schon damals nationaldeutschen Glauben hatte und an die deutsche Einheit glaubte, und die Wette einging, daß sie in zwanzig Jahren geschaffen sein würde — es war anno 1832 — was nicht ganz zutraf; aber es widerstrebte mir doch das persönliche Material, möchte ich sagen, der damaligen Burschenschaft. Sehr viel trug dazu auch die alterthümliche Tradition der Mensur bei; sie schlugen sich damals nicht, die Burschenschafter, jetzt thun sie es. Es ist das auch nicht nöthig; ich denke heutzutage ruhiger über diese Dinge, aber die Aeußerlichkeiten sind es, glaube ich, vorzugsweise gewesen, die mich, wie ich mit siebzehn Jahren nach Göttingen kam, davor behütet haben, mit Dambach und der Untersuchungs-Commission in nähere Beziehung zu kommen. Der Eingang zu der politischen Situation oder vielmehr die Führer, die ich dazu finden konnte, mißfielen mir persönlich. Ich war von den Berliner Gymnasien mit nationaler Gesinnung, ja ich muß sogar sagen, mit ziemlich republikanischer abgegangen — Friedrich-Wilhelms-Gymnasium und Graues Kloster — ohne daß irgend eine Absichtlichkeit im Unterrichtsplan dahin zugespitzt war, aber in uns jungen Leuten wirkte der ganze Strom, den wir aufnahmen, dahin, daß wir für Harmodius und Aristogiton eine gewisse Sympathie übrig behielten und es schwer verständlich fanden, warum so viele Leute einem gehorchten, wenn er ihren Wünschen und ihrer Geschmacksrichtung als Herrscher nicht entsprach.

Ich bin erst als Beamter, als Diplomat zum Nachdenken über die Mittel gekommen, zum Nachdenken wohl früher, aber zum erfolgreichen Nachdenken, womit man dem deutschen Ziele näher treten könnte, und da ist mir in der

Frankfurter Zeit einleuchtend gewesen: wenn die preußische Armee nicht für die Sache in Thätigkeit gesetzt werden kann, so schlägt sie nicht durch. Das war das stärkste Element, was wir hatten, und die Armee geht natürlich mit ihrem Könige. Ich mußte also den König von Preußen für die Sache gewinnen; so lange ich den nicht hatte als Mitstreiter, ich will den Standpunkt der Burschenschaft einnehmen, so standen die Mittel nicht im Verhältniß zum Zweck. Das aber ist allmählich und mit Vorsicht gelungen. Ohne den alten Herrn und seine eigenthümliche Natur, seine Festigkeit und Zuverlässigkeit, seine Offenheit und Ehrlichkeit hätte Minister sein können, wer wollte, er hätte nie die Ziele erreicht, an denen wir uns heut befinden. Ich will nicht sagen, daß sie ideal sind, aber wir sind doch in den Zustand gekommen, sie unsern Idealen näher zu bringen, ein nationales Leben zu führen, was des Lebens werth ist. Und soweit sind wir doch heutzutage, das zeigt mir an meinem Lebensabend diese weitverbreitete Sympathie, die sich mir zu erkennen giebt, und die doch natürlich der Sache gilt, der ich gedient habe, und dem alten Kaiser, dem ich gedient habe, oder doch dem Ergebniß unsrer gemeinschaftlichen Politik, und mir macht es eine hohe Freude, die Herrn im reifern Alter hier zu sehn und mit Ihnen zurückzublicken auf die Irrwege, die wir, der Einzelne und die Gesammtheit, gegangen sind, und auf das Zusammenfinden doch schließlich in einem Wirthshause, wo es einstweilen wohnlich ist. Wir müssen es erhalten und die Wohnlichkeit pflegen.

Der Fürst lud darauf die anwesenden alten Herren der Burschenschaft ein, dem Empfang der Anhalter beizuwohnen, und verabschiedete sich vorläufig von ihnen mit den Worten des alten Burschenschaftsliedes A. v. Binzers:

Wir hatten gebaut ein stattliches Haus — nun wollen wir sorgen, daß es feststeht!

Danach begab sich Fürst Bismarck zu Wagen nach der jenseits der Bahn gelegenen Anhöhe, um die dort von den Anhalter

Verehrern[1]) errichtete Bronzegruppe „der siegende Hirsch“ entgegenzunehmen. Die Uebergabe geschah durch folgende Ansprache des Oberbergraths Lehmer (Anhalt. Staats-Anz. 24. 4. 1895 No. 95):

Ew. Durchlaucht bittet die Abordnung Ihrer Verehrer im Herzogthum Anhalt zum 80. Geburtstage die aufrichtigsten und herzlichsten Glück- und Segenswünsche darbringen und als ein sichtbares Zeichen dankbarer Verehrung die durch anhaltische Kunst geschaffene Hirschgruppe übergeben zu dürfen. Die langjährige segensreiche Thätigkeit Ew. Durchlaucht galt unentwegt nur dem einen edlen Ziele der Einigung und Größe Deutschlands. Manchen Kampf gegen innere Widersacher und äußere Feinde hat es gekostet, um dieses Ziel endlich zu erreichen.

Die Devise „durch Kampf zum Sieg“ ist Ew. Durchlaucht anhaltischen Verehrern bei der Wahl der Ehrengabe maßgebend gewesen. Der Kampf ist zu Ende, der Sieg verbleibt, und so möge als Wahrzeichen dessen diesem Hirsche mit stolz erhobenem Haupte ein Platz im Sachsenwalde vergönnt sein.

So felsenfest aber wie der Granit des alten Harzes, auf dem die Gruppe sich erhebt, so unerschütterlich und unwandelbar ist und bleibt der Anhaltiner Treue und Dankgefühl gegen Ew. Durchlaucht.

Die Uebergabe des Ehrenbürgerbriefes von Dessau begleitete Oberbürgermeister Dr. Funk mit folgender Ansprache:

Ew. Durchlaucht bitte ich den Ehrenbürgerbrief unserer Stadt anzunehmen. Die Einwohnerschaft hat sich seit 1866 fast verdreifacht. Aus der stillen Residenz ist eine nicht unansehnliche Industriestadt geworden. Es hat dies geschehen können, weil das Deutsche Reich entstand, weil alle die Schranken gefallen sind, welche die frühere kleinstaatliche Gesetzgebung der Entwicklung der Kräfte entgegenstellte. Darum bitten wir den

[1]) Die überreichende Deputation bestand aus den Herren Oberbergrath Lehmer aus Dessau, Oberbürgermeister Funk-Dessau, Kreisdirector Dr. Huhn-Dessau, Stadtrath Kölling-Zerbst, Geh. Regierungsrath Rümelin, Freiherr von der Busche-Lohe aus Cösitz, Bürgermeister Schulz-Köthen, Dr. Heyer-Dessau, Oberbürgermeister Hühnfeld-Zerbst, Kreisdirector Witting-Zerbst, Kreisdirector Ulbricht-Ballenstedt, Oberbürgermeister Geh. Regierungsrath Pietscher-Bernburg, Commerzienrath Wessel-Bernburg, Kreisdirector v. Krosigk-Bernburg, Director Bardenwerper-Dessau, Stadtverordnetenvorsteher Geh. Regierungs- und Oberschulrath Rümelin-Dessau.

Schöpfer der deutschen Reichsverfassung, uns zu gestatten, unsere Dankesschuld abzutragen, und den Ehrenbürgerbrief unserer Stadt huldvollst entgegen zu nehmen.

Der Ehrenbürgerbrief hat folgenden Wortlaut:

Der Magistrat der Stadt Dessau
bekundet hiermit, daß
Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto v. Bismarck
in dankbarer Anerkennung der hohen Verdienste um unser gesammtes Vaterland
kraft einstimmigen Beschlusses des Gemeinderathes das
Ehrenbürgerrecht der Stadt Dessau
nach § 55 der Gemeindeordnung verliehen worden ist.
Unter der Stadt Insiegel und Unterschrift.

Dessau, den 2. März 1895.

Der Magistrat der Stadt Dessau.
Funk.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen. Dessau ist mir nicht fremd, namentlich in der Erinnerung an den frühern Gang der Eisenbahn von Berlin über die Herzogliche Brücke, wie heißt sie doch? (Roßlau!) und wie in Cöthen noch eine Spielbank existirte, die durchsetzte, daß die Züge eine Stunde warteten und die Leute ihr Geld verloren. Der damalige Bahnhofsinspector hieß Vierthaler (Zuruf: der blaue Lieutenant genannt), die Rheinländer nannten ihn scherzweise Siebengulden statt Vierthaler. Nun, ich bin zunächst der Stadt Dessau — aber setzen Sie doch die Hüte auf, hier scheint die Sonne, ich habe auch meinen Breitkrempigen auf, sonst muß ich den auch absetzen — Dank schuldig für die Ehre, die sie mir erzeigt; es ist eine alte und berühmte Stadt, und wenn ich es auch nicht zum Ruhme des alten Dessauers bringe — noch heut nach fast zwei Jahrhunderten kennt jedes Berliner Kind den alten Dessauer —, so hoffentlich doch zu dem eines jungen[1]). Aber das ist doch nur ein Scherz, den ich über eine ernste Sache mache, die in den Sympathien der deutschen Staaten unter einander begründet ist.

[1]) Die Stelle nach der Berichtigung in den B. N. N. vom 25. 4. 1895 No. 204 M.-A.

Unter den vielen Begrüßungen, die ich aus allen Gegenden, wo Deutsche wohnen, nicht blos aus dem Deutschen Reiche, empfangen, und die die Spitze einer Anerkennung meiner politischen Thätigkeit haben und keine andre haben können, hat die des anhaltischen Landes noch einen besondern Werth für mich. Einmal ist es für mich als Altmärker und Brandenburger ein uralter Nachbar, dessen Geschicke mit den unsrigen stets und viel verflochten gewesen sind. Wir haben Jahrhunderte hindurch Anhaltiner Markgrafen bis zu Waldemar, der einer unsrer größten war, gehabt, und auch hier auf Lauenburger Gebiet hat das anhaltinische Geschlecht fünf Jahrhunderte ziemlich regirt, bis es ausstarb. Also das Anhalter Land ist für mich als Altmärker immer doch ein nahe benachbartes gewesen, und dessen Zeugniß für das, was wir gethan und erreicht haben, ist mir werthvoller, als wenn es aus Brasilien käme. Es sind eben die nächsten Nachbarn, die mit den Magdeburgern, der Provinz Sachsen, nahe verwandt sind.

Außerdem ist noch ein Grund, der mir Ihr Anerkenntniß in neuerer Zeit besonders werthvoll macht. Wenn es in ganz Deutschland irgend ein Land oder Ländchen giebt, das in sich die Elemente trug, sich in Particularismus einzuwachsen, einzuleben und einzuspinnen, so war es das Anhalter Land, ein wohlhabendes Land durch und durch, zufrieden mit seinen Verhältnissen und in den Beziehungen zu Preußen, von dem es ringsum eingeschlossen war, seit langer Zeit durch Zollgrenzen nicht weiter geängstigt, wohlhäbig, mit der angestammten uralten Dynastie im Ganzen doch im guten Einvernehmen — kurz das eigentliche Treibhausbeet des Particularismus; für ihn war in Anhalt alles Mögliche vorhanden. Was haben Sie gewonnen durch Herstellung des Reichs? Eine Gefährdung einer Menge häuslicher Annehmlichkeiten, und doch sind Sie zufrieden; es muß also noch etwas Ideales geben, was über diese Sachen hinausgeht, und das ist das deutsch-nationale Gefühl, das auch in dem best-

situirten, wohllebigsten particularistischen Staate doch, Gott sei Dank, stets unter der Asche geglüht hat und, wie der Wind Feuer in den Herd bläst, aufgeflammt ist. Und deshalb, sagte ich vorher, macht mir Ihre nachbarliche Begrüßung eine besondre Freude, und das Denkmal, das Sie mir, unsern Beziehungen hier errichtet haben, wird — für ewige Zeiten ist wohl zu viel gesagt — aber so lange Stein und Eisen dauern, Zeugniß dafür ablegen, für die nationale Gesinnung eines der bestsituirten deutschen Bundesstaaten, der der Versuchung zum Particularismus eigentlich noch mehr ausgesetzt war, als irgend ein andrer. Deshalb macht es mir Freude. Ich versuche keine Deutung an dem Bilde, um Niemand zu ärgern (Heiterkeit), aber wenn ich aus meinem Hause hinsehe, ist es mir immer ein Attest des Wohlwollens meiner Landsleute, in specie der anhaltischen; aber die Zustimmungen werden mir auch außerhalb dieser nahen brandenburgischen Nachbarschaft in einem Umfange zu Theil, den ich doch nicht erwartet habe und aus dem ich schließe, daß wenigstens die Mehrzahl der gebildeten Deutschen mit dem, was wir erreicht haben, einstweilen zufrieden ist, mag es auf Abschlag sein oder auf die Dauer. Wenn auf Abschlag, können wir es ja weiter pflegen.

Wenn uns manche Gesetze nicht gefallen, so müssen wir Hand anlegen, sie zu verbessern; es schimpfen Alle über das Klebegesetz (Heiterkeit), aber ich sehe keinen Antrag, es zu bessern; ich habe es so nicht gemacht, wie es ist, ich habe erstrebt, daß die Arbeiter überhaupt nicht beitragen sollen — die Leute proclamirten, daß ich das Tabaksmonopol als patrimonium pauperis, als Unterlage für die Altersversicherung, benutzen wollte, von Arbeiterbeiträgen war dabei nicht die Rede. Das fand keinen Anklang; nachher wurde die Sache neu eingebracht, sie fiel in die Räder der Geheimrathsmaschine und kam ziemlich anders wieder zum Vorschein, und als schließlich — ich glaube 7 bis 8 Jahre, nachdem ich die Sache angeregt hatte — der parlamentarische und geheimräthliche Wechselbalg wieder aus der Maschine herauskam, da wurde ich gefragt: Willst Du das oder willst

Du nichts? Und da habe ich gesagt: Ich will lieber dieses wie gar nichts; wenn man überhaupt die Sache fallen läßt, dann geht es wie mit dem Socialistengesetz: wenn man das ablehnt, wie es die conservative Partei gethan hat, weil es einem nicht vollkommen genug ist: dann hat man gar keins. — Das ist vielleicht auch gut so. — Aber der Gedanke hat mich damals geleitet, daß ich, obschon ich die Vorlage, so wie sie angenommen ist, als mein Kind nicht anerkennen konnte, doch lieber gesagt habe: lieber dies Adoptivkind als gar keins. Man kann ja nachher, wenn man fühlt, daß einem der Rock nicht sitzt oder der Stiefel drückt, daran ändern; dazu ist ja die Maschinerie da. Man geht überhaupt mit der socialen Gesetzgebung in unbekannte Erdtheile und findet den richtigen Weg hierin nicht prima facie. (Zu einem kleinen Jungen sich wendend: „Was denkst Du darüber? [Heiterkeit.] Wirst auch bald Deine Ansicht haben.") Meine Herrn, ich danke Ihnen nochmals herzlich für Ihr Geschenk, für Ihren Besuch und bitte Sie, soviel im Hause Platz haben, mit mir an einem kleinen Frühstück sich zu betheiligen und einen kühlen Trunk zu nehmen, denn der Sonnenbrand ist schon ganz frühlingsmäßig.

24. April: Eine Deputation der Stadt Köln[1]) überreicht dem Fürsten Bismarck einen silbernen Prunkbecher (siehe die Beschreibung in H. N. 25. 4. 1895 No. 97 M.-A.) und eine Glückwunschadresse.

Ansprache des Oberbürgermeisters Becker:

Ew. Durchlaucht, als ihrem hohen langjährigen Ehrenbürger zur Vollendung Ihres 80. Lebensjahres eine besondere Huldigung darzubringen, war der Stadt Köln ein Herzensbedürfniß.

Wir haben uns mit der ganzen Rheinprovinz in den gewaltigen Kämpfen um die Erhaltung und Einigung Deutschlands

[1]) Die Deputation bestand aus den Herren Oberbürgermeister Becker und den Stadtverordneten Herren Heuser, Commerzienrath vom Rath und Geh. Sanitätsrath Dr. Lent.

mit gerechtem Stolze stets als die berufene Wacht am Rhein gefühlt; deshalb sind wir Ew. Durchlaucht zu unauslöschlichem Danke verpflichtet, weil es Ihrer unvergleichlichen Staatskunst endlich gelungen ist, Deutschlands Einigung unter Preußens Führung zur Wahrheit zu machen.

In diesem Sinne haben Kölns Bürger längst Ihr ehernes Standbild in ihrer Mitte sich errichtet, in diesem Sinne haben uns Kölns Stadtbehörden heute hierher gesandt, um ihrem Ehrenbürger diese Adresse und als Ehrenpocal diesen Rathsbecher in einem Gebilde ihrer heimischen, von Alters her berühmten Goldschmiedekunst ehrfurchtsvoll zu überreichen.

Möge dieser Becher ein dauerndes äußeres Zeichen der innigen Liebe und Verehrung sein, welche Kölns Bürger mit ganz Deutschland für Ew. Durchlaucht empfinden.

Wortlaut der Adresse:

Durchlauchtigster Fürst und Herzog!

Gnädigster Fürst, Herzog und Herr!

Ew. Durchlaucht 80. Geburtstag lenkt mit der unwiderstehlichen Macht des nationalen Dankgefühles den Blick zurück auf die unerreichten Verdienste Ihrer Staatskunst um Deutschlands Neuerstehung unter Preußens Führung.

Von den acht Decennien, welche Ew. Durchlaucht heute vollenden, verpflichten die zwei letzten Köln in ganz besonderem Maße. Sie beginnen mit dem Gedenktage, an dem diese Stadtgemeinde, überwältigt von Ew. Durchlaucht weltgeschichtlichen Erfolgen, Sie zum Ehrenbürger wählte, und umfassen eine ungeahnte Blüthe, an der Ew. Durchlaucht durch Herbeiführung der Stadterweiterung den verdientesten Antheil haben.

In dieser alten, jetzt wieder neuerstandenen Stadt Ew. Durchlaucht bei dem angekündigten Besuche der Rheinlande begrüßen zu dürfen, ist der sehnlichste Wunsch der Kölner Bürgerschaft.

Unsere Altvorderen bezeugten ihren Dank für bürgerliche Verdienste den Leitern des damaligen Staatswesens durch Verehrung von silbernen Präsenzzeichen für jede Rathssitzung, auf denen als Symbol des hierfür im Rathskeller gespendeten edlen Weines ein Römer dargestellt ist mit der Inschrift: „Bibite cum laetitia“. Ew. Durchlaucht Präsenzleistung zur Wohlfahrt dieser Stadt, des Staats und des Reiches tritt aber so gewaltig aus dem Rahmen jeder andern Leistung heraus, daß wir statt des Zeichens den Römer selber bieten. Geruhen Ew. Durchlaucht in demselben ein Werk rheinischer Goldschmiedekunst mit dem Wunsche unserer Bürgerschaft huldreich entgegenzunehmen, daß, wie die auf dem Römer angebrachten Wappen Ew. Durchlaucht an die Wendepunkte Ihres thatenvollen Lebens erinnern sollen, so dessen lustig funkelnder Wahl=

spruch an der Kelchrundung sich an Kölns erlauchtem Ehrenbürger noch recht lange Jahre bethätigen möge zum Segen des Vaterlandes und dieser Stadt.

Köln, den 1. April 1895.

Der Oberbürgermeister. Die Beigeordneten.
Die Stadtverordneten.

Fürst Bismarck erwiderte:

Ich danke Ihnen, meine Herrn. Das ist eine reizende Form von Becher, so originell. Ich habe eine ganze Sammlung von Bechern in Berlin, aber keinen, der wie dieser, ich möchte sagen, an Byzanz erinnert; wunderhübsch. Aber es geht viel 'rein! (Heiterkeit.) Alle Achtung! Wunderhübsch. Originelle Arbeit. — Und das ist die Adresse?

Auf die Frage, ob die Adresse vorgelesen werden solle, nimmt der Fürst dieselbe in die Hand, wirft einen Blick hinein und sagt:

Da steht: „bibite cum laetitia“, ja aber „pro laetitia“ kann man ebenso sagen. Es giebt ein altes französisches Lied, was ich früher oft in meinen jungen Jahren gehört habe: Je n'aime pas la tristesse, et le vin me rend gai. Wenn man alt wird, dann kommt man auf Gedanken der mürrischen Laune, die einen allmählich beschleichen, und denen sucht man abzuhelfen durch einen guten Trunk Wein.

Dann fuhr der Fürst in Erwiderung auf die Ansprache des Herrn Oberbürgermeisters Becker fort:

Meine Herrn, ich bin Ihnen als Vertretern einer so gewichtigen und berühmten Stadt ganz besonders dankbar, daß Sie auch bei dieser Gelegenheit an mich gedacht haben. Städte wie Köln giebt es nicht viele, sowohl nach ihrer heutigen Wichtigkeit wie nach ihrem historischen Charakter und ihrer Entwicklung. Sie war ja früher den Anfällen der Fremden ausgesetzt, wir sind einmal Nachbarn der Franzosen, Gott hat uns als Prellstein davor gestellt, sie haben uns in 300 Jahren ungefähr dreißig Mal angegriffen, da sind die Rheinlande sehr rasch zugänglich gewesen von Metz aus, jetzt haben wir einen kleinen Wall

davor. Die ganze Erwerbung des Elsaß und Lothringens geschah ja nicht aus Liebe der Einwohner zu uns und nationaler Gesinnung der deutschen Bewohner, sondern sie war für uns ein rein geographisches Bedürfniß, den Ausgangspunkt der französischen Angriffe weiter wegzurücken, daß man sich wenigstens ausrüsten kann, ehe sie bis Stuttgart vordringen. Daß auf dieser Scholle Menschen wohnten, die ihren deutschen Ursprung längst vergessen hatten — ich will nicht sagen, daß das bedauerlich wäre, ich gönne ihnen ihre Existenz — aber das konnte uns nicht abhalten, uns zu decken; es ist das Vorland für uns, wie das Glacis der Festung; im Belagerungszustande räumt man es unter Umständen, wie das bei jeder Belagerung vorkommen kann und wie die Franzosen es z. B. bei Hamburg gethan haben. Das ist außerordentlich hart für jeden davon betroffnen Bewohner. Aber daß wir viel darnach fragen sollen, ob die Elsässer gern Deutsche sind oder nicht, das ist eine unbescheidne Zumuthung, wie sie die Franzosen sich auch nicht haben gefallen lassen; sie haben immer gethan, was ihnen paßte und was sie wollten, mit Höflichkeit, aber mit Härte.

Ich freue mich nur, daß Sie auch in Köln mit den Zuständen, wie wir sie geschaffen — vielleicht nicht ganz so, wie wir sie erstrebt, das Beste ist des Guten Feind — daß Sie damit so zufrieden sind, daß Sie mir noch nach fünfundzwanzig Jahren Ihre Zustimmung zu erkennen geben. Fünfundzwanzig Jahre sind immerhin eine Probezeit; man hat sich eingelebt und gesehn, daß es nicht so kümmerlich war, was geschaffen wurde, wie es im Anfange hieß.

Ich bin leider nicht im Stande, mit Ihnen viel zu politisiren, ich habe mich gestern veranlaßt gesehn, mich etwas naß regnen zu lassen bei dem schlechten Wetter, in Folge dessen habe ich heut allerlei Rheumatismus und verschärfte Gesichtsschmerzen. — Wollen Sie nicht den Becher zu den andern Geschenken, zu dieser Minerva stellen?

Oberbürgermeister Becker:

Es ist nur ein einziger derartiger Becher vorhanden. Das darauf befindliche Rathszeichen berechtigte zur unentgeltlichen Entnahme einer Maß Wein aus dem Kölnischen Rathskeller. Wir können Ew. Durchlaucht das leider nicht bieten, weil wir keinen Rathskeller mehr haben.

Fürst Bismarck:

Früher hieß es: „In Köln am Rhein sollen sein die heiligen drei Könige". Wie oft habe ich das als Student gesungen. Nachher heißt es: „Die elftausend Jungfrauen waren dort". Wie heißt doch der Vers?

Nachdem einer der anwesenden Herren Auskunft gegeben hatte, sagte der Fürst:

Köln ist für uns eine legendenhafte Stadt aus der Römerzeit her gewesen, aber für uns Bewohner der historisch weniger früh entwickelten östlichen Provinzen ist es immer eine classisch entwickelte Stadt gewesen und geblieben. Nun, classisch war sie auch, wie die Franzosen sie ziemlich herunter gebracht hatten. Wie sie zuerst preußisch wurde, da war sie im Vergleich mit ihrer frühern Herrlichkeit an Einwohnerzahl geschwunden, aber allmählich ist doch ein gewaltiger Aufschwung wieder hineingekommen, auch durch die Beseitigung der Festungswerke —

Oberbürgermeister Becker:

Die wir besonders Ew. Durchlaucht verdanken. Die Stadt Köln weiß Ew. Durchlaucht sehr Dank, daß Sie die Schwierigkeiten, welche entgegenstanden, durch ein kräftiges Wort beseitigt haben.

Fürst Bismarck:

Ich bin kein großer Anhänger unsers Festungswesens gewesen aus einem militärischen Grunde: die Festungen schlucken zu viel Truppen.

An den Empfang der Kölner Deputation schloß sich der einer Abordnung des Plattdeutschen Vereins in Braunschweig[1]) an. Sie über=

---

[1]) Die Deputation bestand aus den Herren Neurath, Rippe, Wurm, Lippoldes und Junge.

reichte eine Miniaturnachbildung des von Heinrich dem Löwen 1166 errichteten Denkmals mit folgendem vom Turninspector A. Hermann verfaßten Gedichte:

(Neurath): Wi komet ut Bronswik von'n plattdütschen Verein;
Wi möchten sau geren usen Bismarck seihn,
Dei old is 'eworen nu achtzig Jahr,
Awerst immer sau forsch noch un in'n Koppe sau klar,
Sau en richtigen kiewiegen dütschen Knast,
Ar en Eikbom, dei hundert von Jahren waßt.

(Wurm): Da sind wi nu, Dörchlaucht, un dat üsch düt 'eglücket,
Un wi nich sind slanke taurügge schicket,
Un Dörchlaucht et gnäig will verlöwen,
Dat ok wi künnt use Gradelatschon awgewen,
Un zwarst sülwenst mid usen eigenen Munne,
Dat is in usen Lewen de glücklichste Stunne.

(Rippe): Sau richtige Buren, dei pläuget un egget
Ok de Insaat in'n frischen Bodden legget,
Dat sind wi ja nich, awerst de plattdütsche Sprake
Dei is usen Harten ne heilige Sake.
Un wat in'n Harten sitt bi üsch up er Reege,
Dat bringet wi plattdütsch up en besten tau wege.

(Junge): Först Bismarck, dei't richtig hat aw'epasset,
Dat üsch Dütschen dei annern owern Kopp nich wasset,
Dei't ok vor fiew un twintig Jahren hat 'emaket,
Dat dei Franzosen sind döchtig aw 'edaket,
Dei üsch Dütschen hat alle tausamme drewen
Un en einig Riek mid en Kaiser 'egewen. —
Sau en Försten giwt't nich up er ganzen Welt,
Un wenn se sik alle tauhope upstellt.

(Lippoldes): Tau'n achtzigsten Geburtsdag hat use Verein
Sik nah en Andenken um'eseihn
För Dörchlaucht, dei üsch de Ehre an'edahn,
In usen Verein boben an tau stahn.

(Neurath): Vor user Heinrichs-Borg de erene Löwe steiht,
Wo old dei is, nemmes richtig weit.
Dat Wahrteiken is hei von user Stadt,
Dei ja ok all en döchtig Ölder hat.
Düssen Löwen, den bringet wi Dörchlaucht nur dar,
Dat Holt, wo hei up steiht, is helleschen rar,
Et is von der olen Heinrichs-Linne.

Vorigt Jahr, da het se de dullen Winne
Rutsch aw 'ekniket un um 'eweiht,
Dat nißt mehr von ehr bi en Dome steiht.
Dei Löwe steiht awerst noch dusend Jahr,
Un sau lange un länger noch bliwt düt ok wahr:
Von'n Bargen tau'r See, von'n Haff bet nah'n Rheine
Lewt in dütschen Harten Först Bismarck, dei Grote, Eine.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn, ich danke Ihnen. Ich bin den Kinderjahren zu fern getreten und habe zu selten seitdem plattdeutsch gehört und gesprochen; ich kann deshalb in dem heimischen Idiom, dem ersten, was ich auch als kleiner Junge gehört und gesprochen habe, nicht so geläufig antworten. Es geht mir mitunter, wenn ich mit den Leuten im Walde plattdeutsch reden will, daß ich in ausländische Formen, englische und verwandte gerathe, und daß die Leute mich etwas verwundert ansehn, aber das alte Gefühl der plattdeutschen Gemeinsamkeit habe ich immer behalten. In meinem Geburtsort Schönhausen spricht man geradeso wie das braunschweigische Platt, es ist von dem hamburger etwas verschieden, aber auch vom hinterpommerschen ist es verschieden; die Schönhauser „s-prechen" und die Hinterpommern „schprechen", das sind so kleine Unterschiede; ich wollte nur erwähnen, daß in meinem Geburtslande in der Altmark der niedersächsische Dialekt vorherrschend ist. Ich fühle mich immer heimisch berührt, wenn ich plattdeutsch lese und höre, und ich bedaure, daß die Sprache, in der vor dreihundert Jahren gedruckt wurde und alle unsre Urkunden geschrieben waren — ich habe noch eine plattdeutsche Bibel in Varzin liegen aus dem 16. Jahrhundert — daß die so allmählich abkommt. In meinen jungen Jahren sprach man namentlich in Vorpommern auch noch in gebildeten Kreisen stets plattdeutsch, auch bei Tisch so, in der Conversation, und die feinsten Damen, die im Winter in der Residenz lebten, sprachen auf dem Lande ein geläufiges Plattdeutsch. Das ist auch nicht mehr und schwindet mehr und mehr; hier im Lande

hält es sich noch, hier findet man noch Leute, die es verstehn und sprechen. Es ist mir immer angenehm, eine solche Begegnung. Auch ganz wohlgebildete und wohlgekleidete Damen habe ich hier gefunden, die mir nur plattdeutsche Antworten gaben, wenn ich nach dem Wege fragte, früher, wo ich hier noch nicht Bescheid wußte. Es ist noch gar nicht lange, 100 Jahre her, da war das Plattdeutsche in dem Braunschweiger Lande bis in die höhern Kreise verbreitet. Das ist auch mir aus einer Aeußerung von Friedrich dem Großen erinnerlich, der von hanöverschen Truppen der damaligen Zeit sprach und sie nannte: „Mines Herrn Lüde". Die Generäle müssen so zu ihm gesprochen haben, und Friedrich der Große hat den Ausdruck in einem französischen Briefe angeführt, diese plattdeutsche Bezeichnung der hanöverschen Armee. Das läßt darauf schließen, daß die Generäle damals plattdeutsch unter sich gesprochen haben: Es hat mich frappirt, aber der Brief Friedrichs des Großen existirt, er liegt vor, und Friedrich der Große hat wohl Platt verstanden, aber sich gewiß nicht so aus eigener Empfindung ausgedrückt.

Ich danke Ihnen von Herzen. Ich möchte Ihnen als Beweis meiner Braunschweiger Beziehungen von früher her etwas Aehnliches wie Ihren Löwen zeigen.

Mit diesen Worten führte der Fürst die Herren in die Nebenräume, wo die Geburtstagsgeschenke aufgestellt waren. Die Braunschweiger Deputation wurde dann ebenfalls zum Frühstück geladen. Vor Beginn desselben trafen Deputationen der Städte Lauenburg und Mölln, bestehend aus den Herren Bürgermeistern Menge (Lauenburg) und Buschmann (Mölln), sowie den Stadtverordneten Dahm und Brandt, aus Lauenburg, ein, um dem Fürsten den gemeinsamen Ehrenbürgerbrief der beiden Städte zu übetreichen. Die Uebergabe fand nach dem Frühstücke statt, an dem die Herren aus Lauenburg und Mölln gleichfalls theilnahmen.

Bei der Tafel brachte der Fürst folgenden Trinkspruch aus:

Ich trinke auf das Wohl von Köln aus diesem Becher und mit Kölner Wein und mit dem Worte, welches Friedrich Wilhelm IV. gebrauchte, als er 1842 dorthin kam: „Alaf

Köln!" auf das dauernde Gedeihn unsrer uralten rheinischen Hauptstadt! Und in das Hoch nehmen wir wohl unsre plattdeutschen Nachbarn aus Mölln, Lauenburg und Braunschweig mit auf, denn die Kölner gehören doch auch mit zu dem plattdeutschen Gebiete; die Grenze geht zwischen dort und Bonn, aber als der hervorragendsten Stadt des ganzen Bezirks trinke ich auf Kölns Wohl mit dem Ausdruck meiner herzlichen Dankbarkeit für Ihre Begrüßung.

Nach Beendigung des Mahles fand die Uebergabe des Lauenburg-Möllner Ehrenbürgerbriefes statt. Bürgermeister Menge hielt folgende Ansprache an den Fürsten:

Gestatten Ew. Durchlaucht, daß ich im Namen und Auftrage beider Collegien der Städte Lauenburg und Mölln Ew. Durchlaucht die ehrerbietigsten, aufrichtigsten und herzlichsten Glückwünsche zum 80. Geburtstage überbringe.

Der Geburtstag Ew. Durchlaucht ist ein Freuden- und Dankfest, besonders für deutsches Bürgerthum gewesen. Auch die Bürgerschaft von Lauenburg und Mölln ist sich wohl bewußt, wie sie nur Dank Ew. Durchlaucht voraussehender und thatkräftiger Politik von fremdsprachlicher und ausländischer Herrschaft befreit worden ist und als Glied des mächtigsten deutschen Staates im Schutze des deutschen Reichsadlers und Kaiserthrones ihrem Handel und Gewerbe in Frieden nachgehen kann.

Um diesen Dank auch äußerlich zu bekunden, haben die Magistrate und Bürgerschaftsvertreter beider Städte einstimmig beschlossen, Ew. Durchlaucht das Höchste zu bringen, was städtische Gemeinwesen zu vergeben haben — das Ehrenbürgerrecht.

Wir bitten Ew. Durchlaucht, diesen Ehrenbürgerbrief als Zeichen dankbarer Ergebenheit der Bürgerschaft beider Städte gütigst entgegenzunehmen.

Fürst Bismarck antwortete:

Meine Herrn, ich fühle mich hoch geehrt und um so höher, je näher wir Nachbarn sind. Das Verständniß unter uns Deutschen wird immer durch nähere Nachbarschaft etwas erschwert. Man lebt von hier aus eher mit Köln in Frieden wie mit Mölln (Heiterkeit). Ich habe das

auch schon den Anhaltinern gestern oder vorgestern gesagt. Wir sind so nahe Nachbarn, daß wir uns gegenseitig in die Fenster und Kochtöpfe sehn, und daß wir dennoch gute Freunde gewesen und geblieben sind, ist mir ein besonders gutes Zeugniß, und so geht es mir auch mit meinen nächsten Lauenburger Nachbarn. Da sage ich mir nach alter deutscher Sitte: wenn ich mit denen gut stehe, so ist mir für die, welche weiter weg wohnen, nicht bange. Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre Begrüßung und schätze es mir zur Ehre, Ihr näherer Mitbürger auch von Rechtswegen zu sein, nicht blos als Nachbar!

27. April: Siebzehn Mitglieder des Gesammtausschusses des Verbandes alter Corpsstudenten[1]) in Friedrichsruh, um dem Fürsten das Modell des von der Gesammtheit der deutschen Corps auf der Rudelsburg zu errichtenden Bismarckdenkmals vorzuführen. (H. N. 28. 4. 1895 No. 100 M.-A.)

Ansprache des Dr. Hans v. Hopfen:

Ew. Durchlaucht!

Wir sind beauftragt, Ihnen das Modell eines Denkmals zu überreichen, das die alten Corpsstudenten Ihnen auf der Höhe über Kösen errichten wollen. Der Ehre dieses Auftrags

---

[1]) Die Deputation bestand aus folgenden Herren: Dr. Hans v. Hopfen, Schriftsteller, („Frankonia"-München) Vorsitzender, Oberregierungsrath von der Marwitz („Lusatia"-Breslau), stellvertretender Vorsitzender, Dr. John Koch, Oberlehrer, Schriftwart („Baltia"-Königsberg), Arthur Parcus, Bankdirector, Kassenwart („Rhenania"-Heidelberg, „Suevia"-Tübingen), Baumeister Dröge („Normannia"-Berlin), Geheimer Oberbergrath und vortragender Rath Fürst („Marcomannia"-Breslau, „Guestphalia"-Heidelberg), Generaldirector der norddeutschen Hagel-Versicherungs-Gesellschaft Gruner („Guestphalia"-Heidelberg, „Neoborussia"-Berlin, „Saxonia"-Göttingen), Geheimer Oberregierungsrath und vortragender Rath Hauß („Thuringia"-Jena, „Suevia"-München), Verlagsbuchhändler Dr. Janke („Hannovera"-Göttingen, „Teutonia"-Marburg), Landgerichtsrath Kersten („Bremensia"-Göttingen), Reichsbankdirector von Klitzing („Suevia"-Tübingen), Geheimer Ober-Finanzrath und vortragender Rath Köhler („Vandalia"-Heidelberg), Regierungsrath Lehne („Rhenania"-Heidelberg, „Hasso-Borussia"-Freiburg), Regierungsrath Robolski („Guestphalia"-Halle), Wirklicher Legationsrath und vortragender Rath von Schuckmann („Saxo-Borussia"-Heidelberg"), Geheimer Medicinalrath Dr. Siefart („Rhenania"-Bonn), ferner der Künstler, der das Modell geschaffen hat: Hauptmann a. D. Pfretzschner („Thuringia"-Leipzig, „Suevia"-Freiburg).

bewußt, hatte ich mir, als Vorsitzender des Gesammtausschusses eine längere Rede zurecht gedacht. Da aber Ew. Durchlaucht durchaus nicht zu bewegen sind, eine solche Ansprache sitzend über sich ergehen zu lassen, so bitte ich, mich kurz fassen zu dürfen. Gewähren Sie uns die Gunst, das Modell und die Büste in Augenschein zu nehmen und unserm Vorhaben Ihre Billigung zu schenken. Geben Sie Ihren Segen zum Werke, so werden wir Ende des Herbstes Ihre Jünglingsgestalt in Erz gegossen auf granitnen Sockel setzen und in diesen Sockel zwischen Ihre beiden Jugendwahlsprüche: Nunquam retrorsum und olim meminisse juvabit Ihren Namen und den alten Cirkel Ihres Corps graben und darunter die schlichten Verse:

Das deutsche Volk in Einigkeit,
Ein neues Reich in neuer Zeit . . . .
Millionen haben darüber gedacht,
Aber nur Einer hat's fertig gebracht.
Einer der Unsern in Lieb' und Zorn,
Ein Bursch von echtem Schrot und Korn,
Ein alter deutscher Corpsstudent,
Den alle Welt Fürst Bismarck nennt.
Dies Bild stellt ihn als Jungbursch dar.
Dankt Gott, daß er der Uns're war.

Ja, Durchlaucht, wir danken Gott, daß Sie aus dem Kernwesen unseres schönen nationalen Studententhums hervorgewachsen sind, wir danken Gott, daß er unserm Deutschland zur rechten Zeit seinen Bismarck gegeben hat, wir danken Gott, daß er Ihnen den Verstand von zwölf, die Thatkraft von hundert verliehen hat und dazu das alte Burschenerbtheil, den unverwüstlichen Humor, mit welchen Gaben es Ihnen gelungen ist, die Nation zu einigen, das Kaiserthum auf dem rocher de bronze der Hohenzollern neu zu stabiliren und damit sich selbst ein Denkmal zu errichten, das dauernder als jedes andere, das Menschen Ihnen setzen können, Ihren Namen tragen wird, so lange es eine deutsche Geschichte geben wird.

Möge der Allmächtige Ihre Tage ins Patriarchenalter verlängern und Sie noch manche Pfingsten von der Saale hellem Strande nach dem stillen Sachsenwalde den Jubel herüberbrausen hören, mit dem alte und junge Corpsstudenten Sie begrüßen, wenn wir heute zwar nur mit siebenzehn Stimmen, aber mit den Gefühlen von dreißig Tausend alten Herren Ihnen zurufen: Unser Bismarck lebe hoch!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meinen herzlichsten Dank, meine Herrn! Die Stelle, an der Sie mir ein Denkmal setzen wollen, ist mir wohl in der Erinnerung, am oftesten habe ich sie gesehn im Vorbeifahren auf der Eisenbahn in früherer Zeit, wo ich viel auf der Thüringer Eisenbahn circulirte, aber sehr viel auch aus dem Jahre 1832, wo ich auf der Rudelsburg gewesen bin. Ich weiß genug von der Stelle, um mich zu freuen, daß mit dieser im Liede gefeierten und für das Auge erfreulichen landschaftlichen Stelle mein Gedächtniß verknüpft werden soll. Sie alle beweisen durch Ihr Herkommen, daß Sie mit Wohlwollen auf die Studienzeit und auf die Burschenzeit zurückblicken, und ich kann von mir nur dasselbe sagen. Es giebt einen italienischen Vers im Dante: „Kein größrer Schmerz, als in der Zeit des Unglücks zurückzublicken auf die glückliche Zeit“, nun er klingt sehr poetisch und geistreich, aber ich halte ihn für unwahr, wenigstens bei mir trifft er nicht zu. Die glücklichste Zeit, die ich verlebt habe, liegt in der Zeit der Jugend als Student, als junger Landwirth, wo auch nichts meine Heiterkeit störte, selbst nicht Processe und Schulden, und ich muß sagen, der Rückblick aus einer Zeit, die ich nicht gerade unglücklich nennen will — aber Glück und Unglück, wenn man krank wird, fühlt man erst, wie glücklich man ist, wenn man gesund ist, und — kurz, es ist mir eine mehr subjective als objective Erkenntniß, ob man glücklich ist oder nicht.

Ich betrachte mich heut als im Unglück, nicht, weil ich außer Geschäften bin, sondern weil ich krank und matt bin und kein Vergnügen an der Arbeit finde, aber grade im Rückblick auf die glückliche Zeit finde ich Frieden und Ruhe und in schlaflosen Nächten auch eine gewisse Freude und Beruhigung. Ich halte also den bekannten italienischen Spruch „Nessun maggiore dolore“ u. s. w. für einen Irrthum. Ich sehe gern rückwärts, wo ich glücklich d. h. gesund war, ich meine darunter nicht die Zeit, wo ich eine hohe Stellung im Dienste einnahm, das macht nicht glück-

lich, im Gegentheil: es ist eine Zeit der Hetze, der Unruhe, der Besorgniß, wie eine Sache ausfallen wird, und sie bietet wenig Entschädigung dafür und viel Aerger. Ich bin nie herrschsüchtig gewesen und ehrgeizig, es ist immer Verleumdung gewesen, wenn man dies erzählte, ich war immer nur diensteifrig. Es ist mir immer viel werthvoller gewesen, Niemandem zu gehorchen, als Andern zu befehlen, also wenn Sie wollen, ich hatte eine republikanische Auffassung. Ich habe aber doch meinem alten Könige mit Liebe gehorcht.

Ich wollte damit nur meine Ueberzeugung aussprechen, daß Sie alle ebenso gern wie ich in die gute Zeit der Jugend zurückblicken, nicht, daß Sie sich unglücklich fühlen, obschon Sie mitten im thätigen Leben stehn, aber Sie werden mir auch Recht geben: auch mitten in der Sorge um Frau und Kind, um Gesundheit, um Amt, um das Geschäft, was man betreibt — und die Arbeit täuscht ja über die Noth des Lebens hinweg — recht zum Frieden kommt man in ihr nicht, und diese glückliche Gabe der Geringschätzung für die Dornen des Lebenswegs findet man nie wieder nachher, man ist immer von des Gedankens Blässe angehaucht.

Ich danke Ihnen, daß Sie mit mir diesen Rückblick in die heitre Zeit der Jugend anstellen und daß Sie mir durch das Denkzeichen, was Sie setzen wollen, einen Ausdruck Ihres Einverständnisses und Wohlwollens gewähren. Sie kommen im Namen der Corps, und wenn ich an mein Corpsverhältniß zurückdenke, so muß ich doch sagen, daß die schwarzen Punkte, die ich beim Zurückblicken in die Jugend finde, in meinem Corpsverhältniß liegen, ich hätte mehr gearbeitet, wenn ich nicht im Corps gewesen wäre und hätte weniger Schulden gemacht.[1]) Heutzutage kommt der Corpsstudent mit dem

---

[1]) Daß der Satz humoristisch aufzufassen ist, geht aus dem Folgenden hervor, wird auch von den Zuhörern bezeugt, vgl. Akad. Monatshefte No. 134 vom 26. Mai 1895.

Mehrfachen nicht aus, das ist eine betrübte Sache, daß sie zu sehr in Luxus ausarten. Wie ich in Göttingen war, da hatten die Meisten wenig über 300 Thaler Wechsel — 400 war schon über dem Mittelstand und 600, 800 war das Allerhöchste, höhere gab es, glaub' ich kaum. Wer dachte zu unsrer Zeit an stilvolle Corpshäuser, die man jetzt hat. Mich haben die wenigen Schulden, mit denen ich Göttingen verließ, Jahre lang in üble Laune gebracht, und wenn ich mit derselben Vergnügungsfähigkeit heut studirte, so glaube ich, würde ich im Leben nicht los werden, was mich damals drückte. (Heiterkeit.)

Ich erwähne dies nur, um nicht zu sehr laudator sui temporis, laudator der Corps von damals zu erscheinen, ich würde, wenn ich heut wieder auf die Universität käme, auch heut noch in ein Corps gehn, man hält da einigermaßen zusammen. Kein andres Band hält so fest wie dieses. Viele andre Bande reißen ja später, ich habe sehr viel seltner gefunden, daß man mit Schulfreunden als mit Universitätskameraden verbunden bleibt, die Knabenfreundschaft wächst doch nicht so fest wie die des Jünglings.

Der Fürst unterzog nun auf dem Balkon die beiden Modelle einer genauen Besichtigung. Er lobte das rechtsseitige Profil der Büste: „Ja, so hab' ich wohl ausgesehen damals", dagegen tadelte er en face, daß die Oberlippe zu schmollend und zu lang sei:

Ich habe immer die Unterlippe stärker gehabt als die Oberlippe. Die Oberlippe drückt Herrschsucht aus, die Unterlippe Beharrlichkeit. Ein Unterkiefer, der zu stark hervortritt, drückt Eigensinn aus. So stark war er bei mir nicht. Aber solch einen Flunsch habe ich nicht gehabt. Das ist nicht Schuld des Bildhauers, ich weiß es wohl, sondern meines Vetters Kessel, an dessen Zeichnung er sich gehalten hat. Ich habe aber nie so sentimental ausgesehn, wie mich mein Vetter Kessel gezeichnet hat. — — Einem Friseur habe ich damals nichts zu verdienen gegeben. Die Haare hingen hinten noch länger herunter, über den Rock=

kragen weg . . . Den schwarzen Samtrock trug ich nachher noch in Berlin. Nicht etwa einen von Seidensamt . . . bewahre!

Auch die Dogge, die sich auf den Stufen des Sockels reckt, besprach er:

Wo haben Sie nur das Bild meines Ariel hergenommen! Mein damaliger Hund in Göttingen sah genau so aus, wie der da.

Auf die Bemerkung eines der Gäste, wie denn ein Hund zu einem so luftigen Geisternamen käme, antwortete Fürst Bismarck lachend:

Ariel war eben ein dienstbarer Geist.

(Akad. Monatshefte.)

An den Empfang der alten Corpsstudenten schloß sich der von etwa 500 Oldenburgern an, die dem Fürsten zwei Stuten nebst Füllen darbrachten. Der Obmann des Oldenburger Comités Herr Lübben vollzog die Uebergabe des Geschenkes, indem er folgende Adresse verlas (H. N. a. a. O.):

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck bei Vollendung des achtzigsten Lebensjahres, dargebracht von treugesinnten Oldenburgern.

Durchlauchtigster Fürst!

An dem Jubeltage, wo des geeinigten Deutschen Reiches Völker und Stämme sich mit dankerfüllten Herzen Ew. Durchlaucht glückwünschend nahen, um dem größten deutschen Staatsmann ihre ehrerbietigsten Huldigungen zum 80. Geburtstage darzubringen, da möchten auch wir unserm Dank und unserer Verehrung Ausdruck geben. Klein ist zwar das Land, das unsere Heimath bildet, aber fest wurzelt in uns das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande, das Bewußtsein, eines mächtigen Reiches Bürger zu sein. Sind wir stolz darauf, im glücklichen Staate Oldenburg zu wohnen und einem milden Landesherrn unterthan zu sein, so empfinden wir es doch als eine unermeßliche Wohlthat, daß uns des Reiches starker Schutz geworden und wir an den Segnungen theilnehmen können, die aus der Einigung der deutschen Stämme erblühen. Diese verdanken wir aber vornehmlich Ew. Durchlaucht weisen Rathschlägen und nie ermüdender Thatkraft. Daher wagen wir heute, Ew. Durchlaucht uns ehrerbietigst zu nahen, und bitten, von uns ein schwaches Zeichen unserer Dankbarkeit entgegennehmen zu wollen.

Das edelste Product unserer heimathlichen Flur ist seit Jahrhunderten das Pferd, unserer Landwirthschaft Stolz und Freude. Dieses hielten wir ge-

eignet, dem edelsten Bürger des Deutschen Reiches und dem Fürsten darzubringen, der sich selber als Landwirth bekannt hat.

Mögen die von uns gewählten Stuten von edlem Stamme und ihre Nachkommen noch lange Ew. Durchlaucht Auge erfreuen, mögen sie zugleich ein Zeichen sein, daß man im Großherzogthum Oldenburg des Fürsten Bismarck in unwandelbarer Treue gedenkt und daß auch dort der Wunsch zum Himmel dringt:

Gott segne und erhalte Ew. Durchlaucht!

Am 1. April 1895.

Fürst Bismarck erwiderte:

Ich danke Ihnen von Herzen sowohl für die Begrüßung, wie für die sinnige Gabe, mit der Sie sie begleiten — ich bitte aber, bedecken wir uns, ich leide darunter, wenn ich im bloßen Kopfe stehe. — Bevor ich in den Staatsdienst ging, bin ich Landwirth gewesen, und mit voller Liebe zur Sache, und es ist die glücklichste Zeit gewesen, die ich außer der Universitätszeit verlebt habe, die Zeit, die ich allein auf dem Land zubrachte, und wenn ich damals schon verheirathet gewesen wäre, wäre sie vielleicht noch glücklicher gewesen, denn eine Junggesellenwirthschaft ist immer unruhig. Jedenfalls aber habe ich mein damaliges Gewerbe lieben gelernt, es nie wieder vergessen und sehe in ihm auch heute noch die unentbehrlichste Grundlage der ganzen wirthschaftlichen Verhältnisse unsres Landes. Die Landwirthschaft ist das erste Gewerbe. Man braucht Brod noch früher wie Schuhe und Kleider, und das sind die primitivsten Leute: Schmied, Schuster, Schneider, und die wiederum bedürfen des Landwirths, um dessen Producte zu verzehren. Aller Export unsrer Industrie steht im geringen Verhältniß zu dem innern Absatz, und bei dem innern Absatz gilt immer der Fall: „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt.“ Hat der Landwirth Neigung zu kaufen, weil er Geld in der Tasche hat, so kauft er, und hat die Industrie keine zahlungsfähigen Bauern, so wird sie sich vergebens nach Export umsehn und auch allmählich der Schwindsucht verfallen. Deshalb freue ich mich über jeden Beweis von der Thatsache, daß diese Wahrheit, die ich eben aussprach, durchschlägt, und namentlich die Landwirthe

selbst müssen einsehn, daß sie im Deutschen Reiche noch immer die Hauptsache sind, schon der Stelle nach, die sie einnehmen; bildet doch der von der Landwirthschaft lebende Theil der Bevölkerung reichlich 40 Procent, andre Gewerbe 6 oder 8, und deshalb dürfen sie sich die Butter nicht vom Brod nehmen und Margarine dafür aufschmieren lassen. Aber wenn die Landwirthe zusammenhalten, mit der Ruhe und der Besonnenheit, die uns Landleute charakterisirt im Gegensatz zur hauptstädtischen Bevölkerung, so werden wir mit der Zeit auch erreichen, daß wir als die erstgebornen Kinder des Lands und des Volks anerkannt und berücksichtigt werden. Geht unsre Landwirthschaft zu Grunde, so daß sie überhaupt darauf verzichtet, den Brodbedarf unsrer Bevölkerung je noch wieder liefern zu können, was sie gut thun könnte, wenn die Arbeit bezahlt würde, (so trägt das Reich den Schaden davon).[1] Wir haben nur ein Einfuhrbedürfniß von dreißig Millionen Centnern, also wenn die Landwirthschaft etwas gewinnreicher würde, bedürften wir sie nicht mehr. Noch mehr ist das in der Viehzucht der Fall, die kann man noch leichter gegen Unterdrückung, gegen die Uebermacht ausländischer Zufuhr schützen. Ich freue mich Ihrer Begrüßung, nicht blos wegen der hübschen beiden Thiere, die so behaglich aussehn, ich freue mich doppelt und dreifach, einmal wegen Ihres guten Zeugnisses für die Landwirthschaft, dann wegen der guten Censur, die Sie mir geben für meine politische Vergangenheit, und dann über die hübschen Pferde. Darf ich die Herrn bitten, mit mir hereinzukommen und zu sehn, ob wir etwas zu frühstücken kriegen, für mich ist es Zeit und für Sie wohl auch.

1. Mai: Oeffentlicher Dank des Fürsten Bismarck (H. N. 2. 5. 1895 No. 103 M.-A.):

Aus allen Theilen Deutschlands und von Deutschen und Fremden im Auslande, namentlich von Bürgern der

[1]) Fürst Bismarck hat den Satz nicht vollendet; die in Klammern gesetzten Worte sind Ergänzung des Herausgebers.

Vereinigten Staaten Amerikas, sind mir zu meinem Geburtstage so viele Glückwünsche zugegangen, daß ich zu meinem lebhaften Bedauern nicht im Stande bin, jedem Einzelnen dafür zu danken. Ich bitte deshalb meine Freunde, für ihre wohlwollenden Begrüßungen und Wünsche meinen herzlichen Dank in dieser Veröffentlichung entgegen zu nehmen, und verbinde damit den Ausdruck der Hoffnung, daß sie das Ausbleiben einer schriftlichen Antwort entschuldigen werden.

v. Bismarck.

2. Mai: Schreiben an den Vorsitzenden des deutschen Bühnenvereins, Graf Hochberg: Dank für die Begrüßung:

Ew. Excellenz und den Herrn Mitgliedern des Bühnen-Vereins danke ich verbindlichst für Ihre freundliche Begrüßung.

v. Bismarck.

5. Mai: Mehr als 1000 Ostfriesen zur Huldigung in Friedrichsruh. (H. N. 6. 5. 1895 No. 106 A.-A.)

Ansprache des Realschuldirectors Suur in Emden:

Durchlauchtigster Fürst!

Ew. Durchlaucht wollen mir zunächst gütigst gestatten, im Namen meiner ostfriesischen Landsleute dem tiefgefühltesten Danke Ausdruck zu geben, daß Sie in einer für Ew. Durchlaucht so bewegten Zeit auch uns die hohe Ehre eines Empfanges gewährt haben. Aber in den Reihen der Deutschen, die aus allen Gauen hier zusammenströmen, um dem größten und besten Helden ihrer Nation ihre Glückwünsche und Huldigungen darzubringen, wollten auch die Ostfriesen nicht fehlen, auch uns drängte es, vor Ew. Durchlaucht Zeugniß abzulegen unserer verehrungsvollen Bewunderung und unauslöschlichen Dankbarkeit. Unser Land ist verwachsen mit den größten Zeiten der preußischen Geschichte. Von Emden aus sandte der Große Kurfürst seine Kriegs- und Handelsschiffe an Afrika's Küste, wo er mit selbstbewußter Kühnheit den Adler Brandenburgs hatte aufpflanzen lassen, er machte Emden zum Stützpunkte einer Politik, die erst Jahrhunderte später von Ew. Durchlaucht wieder aufgenommen worden und durchgeführt wurde; die Ruhmeszeit Friedrichs des Großen durchlebte Ostfriesland schon als Glied des preußischen

Staates; nach der Zeit der Noth und Trennung fochten in dem Entscheidungskampf des Jahres 1815 unsere Väter unter Preußens Fahnen: wie hätten da nicht die Herzen Preußen und seinem Herrscherhause entgegenschlagen sollen, als nach der abermaligen Trennung die Staatskunst Ew. Durchlaucht die alten Bande fester knüpfte als je zuvor. Von der freudigen Dankbarkeit der Ostfriesen haben Ew. Durchlaucht sich im Jahre 1869 selbst überzeugt. Noch ist die Erinnerung frisch und lebendig an jenen Besuch, und vor Allem beruft man sich noch mit Stolz auf das Zeugniß, das Sie damals auch der deutschen Gesinnung der Ostfriesen ausgestellt haben.

Als am Abend jenes Tages die Stadt Emden im Lichterglanz erstrahlte, da las man an einem Hause den Spruch:

Kein Norden und kein Süden mehr,
Ein Deutschland nur, stolz, hoch und hehr,
Und Preußens Fürst sein Kaiser!

Wenn dieser Wunsch rascher und glänzender in Erfüllung gegangen ist, als auch der Kühnste damals ahnen und hoffen konnte, wenn Kaiser und Reich wiederauferstanden sind in Macht und Herrlichkeit: wem verdanken wir das mehr als dem großartigen Walten Ew. Durchlaucht, der Sie Deutschland erlöst und emporgehoben haben aus Niedrigkeit und Zerrissenheit, der Sie den Einheitstraum unseres Volkes zur Wirklichkeit gemacht und den deutschen Namen zu Ehren und Ansehen gebracht haben auf dem ganzen Erdenrund? Dafür geloben auch wir Ew. Durchlaucht Treue und Dankbarkeit auf immerdar; das Werk, das Sie geschaffen, wollen wir, soweit es an uns ist, hüten und bewahren, und unsere Jugend, der das Reich schon ein Bestandtheil der ihr überlieferten Gedankenwelt ist, sie wollen wir lehren, wie es früher aussah in den deutschen Landen und durch wessen Thun und Verdienst die neue, große Zeit heraufgeführt ist. Euch aber, ihr ostfriesischen Landsleute, fordere ich auf, zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses einzustimmen in den Ruf: Se. Durchlaucht, der Altreichskanzler, Fürst Bismarck, er lebe hoch!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn und Damen, ich danke Ihnen, daß Sie die weite Reise nicht gescheut haben, um sich auch der Bewegung der Kundgebungen anzuschließen, welche sich in nationaler Richtung an meinen Geburtstag angeschlossen

hat, ausgehend von vielen Seiten des deutschen Vaterlands und der deutschen Bevölkerung außerhalb des Reichs. Der Herr Vorredner hat mit Recht erwähnt, daß die Verbindung zwischen Ostfriesland und Preußen schon eine ältre ist, wie die mit den übrigen Nordseeländern, und daß wir schon zur Zeit Friedrichs des Großen, ja zur Zeit des Großen Kurfürsten, ohne politische Zusammengehörigkeit doch von dort aus haben kurbrandenburgische Unternehmungen bis nach Afrika wagen können. Es zeigt das, daß in den ostfriesischen Gewässern jeder Zeit der weittragende Schiffertrieb existirt hat, der die Deutschen in alle Welttheile führt, und heutzutage unter der schwarz-weiß-rothen Flagge eines wiederum geeinten Deutschen Reichs. Unsre frühern Beziehungen waren ja nur ein Ausdruck der Zusammengehörigkeit, die von Natur zwischen allen Deutschen oder doch mindestens zwischen der niederdeutschen Bevölkerung der Seeküsten, was man hier „de Waterkant“ nennt (Bravo!), von der Ems bis zur Weichsel jeder Zeit bestanden hat. Wir sprechen alle dasselbe Plattdeutsch mit wenig dialectischem Unterschiede in Ostfriesland und Hinterpommern. Wir sind aber lange getrennt gewesen durch politische Grenzen und getrennt durch die cimbrische Halbinsel, welche die Ostsee von der Nordsee scheidet in unserm Seeverkehr. Es ist erfreulich, die Zeit zu erleben, daß die Verbindung beider Meere hergestellt ist und die feierliche Eröffnung des Canals zwischen Nord- und Ostsee in naher Aussicht steht. Es war hierzu, als ich zuerst in die politische Thätigkeit trat, kaum Aussicht, und zu der Zeit, als es sich um das Schicksal von Schleswig-Holstein handelte, in Verhandlungen mit dem damaligen Prätendenten, habe ich zuerst die Forderung dieses Canals als Vorbedingung unsrer Zustimmung zur Einsetzung einer besondern holsteinischen Dynastie aufgestellt. (Bravo.) Es gelang mir nicht, dafür Zustimmung zu finden, und hauptsächlich daran scheiterten die damaligen Verhandlungen. Ich bin dem Gedanken von Neuem nahe getreten, sobald wir in den Besitz von Holstein kamen; auch dann waren Bedenken militairischer Natur dagegen. Unsre

Landesvertheidigung in ihrer wissenschaftlichen Spitze hatte die Auffassung, daß wir so starke Armeen, wie zum Schutze dieses Canals nothwendig sein würden, in unsern Landkriegen nicht entbehren könnten. Ich habe dem gegenüber stets vertreten: wenn wir große Landkriege haben, so müssen wir diese Truppenmassen doch entbehren, weil wir Hamburg schützen müssen, Holstein schützen müssen, Kiel schützen müssen; schützen wir diese Localitäten, so schützen wir auch den Canal. Aber es hat mir viel Mühe gekostet, mit meiner Auffassung durchzudringen, auch nachdem der Millionensegen der französischen Contributionen eingegangen war, um die Sache in Fluß zu bringen. Mein Interesse für diese Verbindung zwischen Nord- und Ostsee, für eine unmittelbare glatte Seeverbindung zwischen Emden und Danzig ist also schon ein ältres und ist bei mir nie abgeschwächt worden, und es ist mir schmerzlich, daß ich den Canal, nachdem er gebaut ist, nie gesehn habe und auch wahrscheinlich nie sehn werde. (Oho!) — Ich bin nicht rüstig genug, um den Feierlichkeiten beizuwohnen, die mehre Tage erfordern, auf der Schiffstreppe, und bei den höfischen Beziehungen, mit vielen fremden Fürsten — das kann ich mir nicht zumuthen, ich bin froh, wenn ich mein stilles Leben hier weiterführen kann. Aber ich bin überzeugt, Sie werden mit mir im Geiste diese Feier, der unser Kaiser einen besonders großartigen Charakter verliehen hat, mitfeiern und sich freuen, wenn das erste Emdener Schiff glatt durch den Canal geht in der Fahrt nach dem Bottnischen Meerbusen oder nach Danzig. (Bravo!) Ich habe in der Zeit, als ich noch rüstig war, wie der Herr Vorredner schon erinnert hat, es war 1869 — Ostfriesland nicht zum ersten Male, aber doch seit langer Zeit wieder gesehn. Ich bin oft durch ihr Land — oft kann ich nicht sagen, aber doch mehrmals durchgekommen auf dem Wege nach Norderney, auf andern Wegen, sei es über Bremen, sei es über Helgoland, aber auch im Wagen über Aurich und Norden einige Mal und auf dem Besuch bei Ihrem verehrten Landsmann, Grafen Knyphausen-Lütetsburg, dessen schweres Unglück mit dem

Schloßbrande ich mit herzlicher Theilnahme erfahren habe. Es ist ein Verlust für die Landschaft, daß dieses hübsche Schloß vom Feuer verzehrt worden ist, ich habe es noch gekannt und bin darin als Gast des alten, jetzt längst verstorbenen Grafen Knyphausen gewesen, der mir von Berlin als hanöverscher Gesandter bekannt war. Ich habe bei der Gelegenheit Ostfriesland von der Wasser- und von der Landseite her gesehn mit seinen reichen Weiden, mit seinen Mooren, mit seinen Brandculturen, mit seinen Hütten auf den Mooren und auf der Haide. Ich weiß nicht, ob es noch so ist (Zuruf: Jawohl!), aber es war eine thätige, arbeitsame Bevölkerung, auch die rauchgeschwärzte auf den Moorhütten, die ich da gesehn habe. Ich denke gern an die Zeit zurück, nicht blos in der Erinnerung an die Localität, an Norderney, an Lütetsburg, an Ostfriesland, sondern auch, weil ich damals rüstig und wißbegierig die Länder noch bereisen konnte, was heute nicht mehr ist. Aber meine Erinnerungen an meinen Besuch des Landes sind lebhaft genug, um der herzlichen Freude zu Hülfe zu kommen, die ich empfinde, wenn ich hier so zahlreichen Besuch von Ostfriesen bei mir sehe und namentlich eine so zahlreich vertretne Damenwelt, und der bin ich ganz besonders dankbar, nicht blos wegen der Ehre, die Sie mir erzeigen, sondern auch wegen des Vertrauens, das Sie mir in die Zukunft einflößen (Heiterkeit), denn was die Damen erfaßt haben, das haftet im Lande viel besser wie alles Andre, und das findet durch die Kinderstube seinen Weg in die Zukunft. Und deshalb bitte ich Sie — ich würde gern mehr mit Ihnen reden, aber ich werde durch Neuralgie am Sprechen gehindert — deshalb bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auf die ostfriesischen Damen auszubringen, sie leben hoch!

Der Fürst unternahm darauf einen Rundgang durch die Menge, wobei er an Einzelne Fragen richtete. Ich hebe daraus das Gespräch hervor, das Fürst Bismarck mit einem Navigationslehrer aus Timmel über die Canalverbindung zwischen Nord- und Ostsee hatte. Der Fürst bemerkte bei dieser Gelegenheit:

Ich hatte mit dem Ostseecanal immer den Gedanken, daß er fortgesetzt werden sollte bis zum Jahdebusen, und vom Jahdebusen bis in den Dollart, bis nach Emden. Das wäre Kinderspiel im Vergleich mit den Bauten, die sie in Holstein gemacht haben. Es ist ja lauter Marsch und zum Theil schon Canal, von der Oste=Mündung bis nach der Geeste=Mündung hindurch durch das Bremerland und dann das Budjadingerland oder direct. Das wäre ein ungeheurer Gewinn.

Auf den Einwand des Angeredeten, der Canal sei nicht tief genug, erwiderte der Fürst:

Um so leichter könnte man ihn noch herstellen. Das ist eigentlich gar keine Sache im Vergleich mit dem, was wir in Holstein gemacht haben, und unsre Flotte würde dreimal so stark, wenn sie aus vier Löchern heraus könnte, aus Kiel sowohl wie aus Emden.

Auf den Altan zurückgekehrt, sprach der Fürst:

Nochmals meinen herzlichen Dank; es thut mir leid, daß ich die Herrschaften nicht alle hier im Hause aufnehmen und bewirthen kann, aber mehr, wie der Mensch kann, ist nicht, und der Platz fehlt, wenn auch der gute Wille da ist. Aber ich würde Sie alle gern als meine Gäste ansehn, und es würde mir eine große Genugthuung sein, Ihnen meinen Dank zu bethätigen für die Ehre, die Sie mir erwiesen haben. Nochmals meinen Dank!

Nachdem hierauf die Versammelten das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles" gesungen hatten, sagte Fürst Bismarck:

Meine Herrn, nochmals meinen herzlichsten Dank, also Deutschland über Alles, aber dann gleich Ostfriesland hoch!

8. Mai: Bürgermeister und Stadtverordnete von 72 Städten revidirter Städteordnung des Königreichs Sachsen in Friedrichsruh, zur Ueberreichung eines gemeinsamen Ehrenbürgerbriefs. (H. N. 9. 5. 1895 No. 109 M.=A.)

Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Dittrich aus Plauen i. V.:

Durchlauchtigster Fürst!

76 Städte revidirter Städteordnung mit mehr als $1^1/_2$ Millionen Einwohnern zählt das Königreich Sachsen, vier von ihnen genießen bereits den Vorzug, Ew. Durchlaucht ihren Ehrenbürger nennen zu können. Uns, den Vertretern der übrigen 72 Städte, ist es ein bedeutungsvoller, feierlicher, uns Alle tief bewegender Augenblick, da wir Ew. Durchlaucht nahen dürfen, um der unauslöschlichen Dankbarkeit und tiefen Ehrfurcht Ausdruck zu geben, welche die Bürgerschaft unserer Städte beseelt.

Unsere Städte sind mehr oder weniger Städte mit hochentwickelter Industrie und ausgedehntem Handel. Unter der weisen und weitblickenden Fürsorge unseres allgeliebten Königs ist es der ausdauernden Arbeit, dem regen Eifer und der hohen Intelligenz ihrer Bewohner gelungen, eine hervorragende Stellung auf dem Weltmarkte zu erringen und immermehr zu befestigen. Unsere Bürger haben dadurch in besonderer Weise Gelegenheit gehabt, es schätzen zu lernen, von welch' unendlicher Bedeutung ein mächtiges Deutsches Reich für alle Deutschen auf dem Erdball ist. Und so ist bei ihnen trotz des Tages Last und Mühe wie der Sinn für das Ideale überhaupt, so vor Allem die Liebe zum deutschen Vaterland immer lebendig geblieben.

In keinem Staate Deutschlands kann mit der unverbrüchlichen Treue zum angestammten Fürstenhause das Gefühl der unauflöslichen Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche tiefer Wurzel gefaßt haben, als in Sachsen. Das hat sich stets erwiesen im entscheidenden Augenblick und ist erst jüngst am 80. Geburtstag Ew. Durchlaucht mit elementarer Macht zum Durchbruch gekommen.

Nirgends schlagen daher dankbarere Herzen Ew. Durchlaucht entgegen als in unseren sächsischen Städten.

Aus diesem Gefühle heraus ist in den von uns vertretenen Städten der Wunsch emporgewachsen, die in den Herzen wohnende Verehrung auch nach Außen zu bethätigen. Und so haben denn alle 72 Städte einmüthig beschlossen — ein Vorgang, wie er in der Geschichte unserer Städte noch nicht verzeichnet ist, — Ew. Durchlaucht die höchste Ehre zu erweisen, die eine Stadt zu vergeben hat: Ew. Durchlaucht das Ehrenbürgerrecht dieser 72 Städte zu verleihen.

Ich bitte Ew. Durchlaucht, mir gestatten zu wollen, die hierüber abgefaßte Urkunde zur Verlesung zu bringen. Sie lautet:

Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Herzog von Lauenburg, wird in dankbarster Anerkennung seiner unvergänglichen Verdienste um die Wiederaufrichtung des Reiches und die den deutschen Gemeinden dadurch gegebene Förderung

das Ehrenbürgerrecht

der nachbenannten 72 Städte revidirter Städteordnung im Königreiche Sachsen verliehen.

Hierüber ist diese Urkunde ausgefertigt und, wie folgt, vollzogen worden.

Am 1. April 1895.

Der Rath. Die Stadtverordneten.

Plauen, Zwickau, Freiberg, Zittau, Glauchau, Meerane, Reichenbach, Bautzen, Crimmitschau, Meißen, Werdau, Wurzen, Annaberg, Pirna, Döbeln, Oschatz, Frankenberg, Limbach, Großenhain, Oelsnitz, Mittweida, Riesa, Waldheim, Grimma, Radeberg, Sebnitz, Hainichen, Leisnig, Schneeberg, Buchholz, Kamenz, Kirchberg, Roßwein, Hohenstein, Löbau, Borna, Auerbach, Zschopau, Falkenstein, Eibenstock, Stollberg, Burgstädt, Markneukirchen, Penig, Marienberg, Treuen, Rochlitz, Aue, Lichtenstein, Lößnitz, Oederan, Groitzsch, Lengenfeld, Pegau, Markranstädt, Geyer, Ehrenfriedersdorf, Colditz, Thum, Adorf, Königstein, Nossen, Neustädtel, Neustadt, Schwarzenberg, Pulsnitz, Dippoldiswalde, Schandau, Waldenburg, Sayda, Lommatzsch, Bernstadt.

Indem ich die Ehre habe, Ew. Durchlaucht diesen Ehrenbürgerbrief, der auf 72 Bogen von den amtlichen Vertretern sämmtlicher Städte vollzogen, mit den Wappen der Städte und Ansichten aus ihnen geschmückt ist, hiermit zu überreichen, weiß ich mich eins mit den Bürgern unserer Städte, deren Gedanken in dieser feierlichen Stunde bei uns weilen, wenn ich Gott bitte: Er, der Allmächtige, segne, schirme und erhalte Ew. Durchlaucht noch eine lange Reihe von Jahren in alter Kraft und Rüstigkeit.

Bekräftigen Sie diesen Wunsch, meine Herren, indem Sie mit mir rufen:

Unser Ehrenbürger, Se. Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Zuerst richte ich die Bitte an Sie, sich zu bedecken, weil ich selbst das Bedürfniß habe und ich doch nicht allein es befriedigen kann. Meine Herrn, in der Auszeichnung, wie sie mir heut durch Ihre Vermittlung widerfährt, (sehe ich eine besondre Ehre).[1])

[1]) Ergänzt vom Herausgeber.

Es ist meines Wissens noch niemals einem deutschen Minister, vielleicht auch keinem ausländischen widerfahren, daß zweiundsiebzig städtische Gemeinden ihn, der nicht mehr im Dienste ist und keinen Einfluß auf die Geschäfte mehr hat, gleichzeitig zu ihrem Ehrenbürger erwählen und ihm dadurch ihr Wohlwollen und ihr Einverständniß mit seiner frühern Amtsführung zum Ausdruck bringen. Es ist dies für mich um so gewichtiger, als es im Ganzen nach unsrer deutschen Tradition für einen Minister nicht ganz leicht ist, sich das Wohlwollen seiner Landsleute zu erwerben. Im Allgemeinen ist doch ihm gegenüber die Kritik noch wachsamer wie die Liebe, und wenn letztre schließlich überwiegt, so muß er gründlich geprüft und gesiebt sein, ehe man ihm, obschon er Minister ist, das Wohlwollen, das man den Mitbürgern im Allgemeinen schenkt, wieder zuwendet. Es erfüllt mich mit besondrer Freude, daß ich dies noch erlebe, nachdem ich nicht mehr im Dienst bin, nicht nur wegen der persönlichen Genugthuung, die darin liegt, auch wegen der politischen Aussicht in die Zukunft, wegen der Frage, ob das Saatkorn, das ich auszustreuen berufen gewesen bin, prosperirt, in fruchtbaren Boden gefallen ist und Aussicht auf eine zukünftige dauernde und wiederholte Ernte bietet. Es war außerdem zwischen uns noch eine andre Scheidewand wie die, welche in Deutschland zwischen dem Minister und dem regirten Bürger herkömmlich zu bestehn pflegt, es war die des Particularismus, wenn ich mich kurz mit einem Fremdworte ausdrücken soll. Wir hatten zwar wohl immer das Gefühl, Deutsche zu sein, aber jeder von uns war es auf seine besondre Weise und ohne Verständniß für die Art, für die Motive, aus denen der Andre, der Nachbar, der Landsmann deutsch war. Ich darf nur an Zeiten erinnern, die die Meisten von Ihnen erlebt haben werden, wo die politische Uebereinstimmung zwischen Preußen und Sachsen, die Bereitwilligkeit Sachsens, die Hand zu bieten zur Bildung des heutigen Deutschen Reiches, minder groß war, als sie heut ist. Wir sind ja bis zum Kriege zwischen

Preußen und Sachsen gekommen, und die sächsische Truppe von 1866 hat noch heut in der östreichischen Armee das Zeugniß, daß sie das festeste Corps von allen bei Königgrätz geblieben ist — ein glänzendes Zeugniß für die militairischen Leistungen Sachsens. Außerdem war in Sachsen das Bedürfniß, die nationale Bezeichnung dem Auslande gegenüber zu wechseln, nicht so hervorragend, wie in vielen kleinen Staaten. Was Sachsen war, was es zu bedeuten hatte, wenn man sagte: Ich bin Sachse — das hatte seinen historischen Hintergrund schon seit Jahrhunderten, und es gab eine Zeit, wo Sachsen als solches in seiner Verbindung mit Polen eine große europäische Rolle gespielt hat. Also die Empfindung eines im Auslande unbekannten deutschen Staatsgebildes, die unter Umständen den Befragten zögern machte zu bekennen, wo er her sei, fand bei den Sachsen nicht statt. Die hatten immer darauf eine befriedigende Antwort, denn was Sachsen war, war in der ganzen Welt bekannt — und deshalb war das Bedürfniß, aus der Kleinstaaterei in einen großen Nationalstaat wieder überzugehn, in einem größern und längst im Besitze eines europäischen Rufes befindlichen Staate wie Sachsen und Bayern nicht so groß, wie in manchem andern. Es war im Gegentheil Sachsen zu einer Rivalität mit den andern vollberechtigt. Seit wir ein Deutsches Reich wieder aufgerichtet haben, sind die Scheidewände, die uns dynastisch und territorial trennen, ich will nicht sagen gefallen, aber sie hindern uns nicht mehr, mehr wie telephonisch mit Andern über die Wände hinaus zu verkehren und uns einig zu fühlen. Das Gefühl, daß wir den Nichtdeutschen gegenüber demselben Staatsgebilde angehören, ist heutzutage in Sachsen so lebendig wie in Preußen und war es früher nicht. Das ist ein Fortschritt, dessen Bedeutung und dessen *erhebende* Bedeutung für unsre nationalen Empfindungen wir Alle erkennen, und das ist das Gefühl, was Sie hierher führt, das Gefühl, uns alle wieder darauf besonnen zu haben, daß wir der großen deutschen Nation, die in Europa zu einer hervorragenden Rolle jeder Zeit

mitberufen gewesen ist — die aus der Rolle gefallen war durch innere Zerrissenheit — daß wir der ihre Stellung gemeinsam wieder gewonnen haben, indem wir jetzt — ich will nicht ruhmredig sprechen — doch als eine der leitenden Mächte an der Spitze Europas mit stehn (Bravo!) als Deutsche und Bürger des Deutschen Reichs. Wir waren das ja immer, aber das alte Deutsche Reich, das man ja schon, in der bezeichnenden Form nicht deutsch, sondern heilig und römisch nannte, das hatte ja auch die staatliche Zusammengehörigkeit vor dem juristischen Urtheil, aber sie war praktisch nicht vorhanden. Jetzt ist sie durch dynastische Streitigkeiten, durch die Rivalität der Stämme nicht mehr gestört, die Stämme haben überhaupt nicht so mit einander rivalisirt, wie man das im Sprachgebrauch gewöhnlich sagt.

Die Stämme der Schwaben und Niedersachsen, der Obersachsen gehören verschiednen Dynastien an und haben Jahrhunderte lang ohne Rücksicht auf die Stammesgemeinschaft gegen einander gefochten, der Thüringer, der Obersachse gegen seinen Landsmann oben im Gebirge, der Niedersachse an der altmärkischen und hanöverschen Grenze noch bei Langensalza. In den Stämmen liegt es nicht, es lag in den Dynastien, und seit die Dynastien einig sind, und wie ich glaube, einig bleiben werden (Bravo!), halte ich unsre nationale Einigkeit auch für gesichert. Der angestammte Fürst hat immer auf das Herz seiner Unterthanen einen mächtigen Einfluß — und möge ihn behalten —; ist der gewonnen für die nationale Gemeinschaft, so ist diese Gemeinschaft gesichert; ist der mißtrauisch, feindlich oder gekränkt worden, so periclitirt sie. Bisher haben wir überall, in den Dynastien und dem gebildeten Theil der Bevölkerung, den freien Willen, als gesammte deutsche Nation zusammen zu stehn und zusammen zu halten, den muß man auch erhalten, und man muß in den Imponderabilien, die den Einzelnen verstimmen können, vorsichtig wirthschaften. Man kann nicht als Gesetzgeber und Regirender mit dem Kopf durch die Wand gehn, man muß erst zufühlen, denn etwas dunkel ist die Zukunft immer,

und das Tastgefühl ist immer nöthig, das Auge trägt nicht weit (Bravo!), aber ich hoffe, es wird hier das geschehn, was nöthig ist.

Was nun heutzutage trennt — das sind nicht Stammesverschiedenheiten, nicht dynastische Verschiedenheiten, es sind nur die politischen Parteien, und die sind dazu gar nicht berechtigt (Sehr richtig!). Jeder Führer in seiner Partei — sie machen mir den Eindruck wie in der ersten christlichen Zeit die Säulenheiligen: jeder stand als Stylit auf seiner Säule und sagte: Hier müßt Ihr herkommen, ich gehe nicht runter. Die Säule wird gebildet aus folgsamen Gesinnungsgenossen des Parteileiters, der sie beherrscht, und aus einem Mörtel von Principien, die in ihrer Allgemeinheit auf das praktische Leben durchaus unanwendbar sind; und diese Art der Eintheilung in stylitische Herrschergebiete — ich drücke mich deutlicher aus, wenn ich sage in Herrschergebiete der Parteiführer — die ist die Gefahr, die uns jetzt bedroht. Jeder will seine Ansicht, vielleicht auch eine solche, die er gar nicht mehr hat, aber die er ursprünglich als Programm in die Welt gesetzt hat, ohne einen Punkt auf dem i aufzugeben, aufrecht erhalten, und er kämpft darum mit den Andern, und das sind die Streitigkeiten, die wir leider in unsern parlamentarischen Versammlungen heut in hervorragender Weise erleben.

Wie unsre Zukunft praktisch und allerseits befriedigend gestaltet werden soll, allerseits befriedigend, das ist eine Frage, die nicht im Vordergrunde steht, dazu müßte man zuerst die Verständigung zwischen den Parteien, den Fractionen suchen — gesucht wird sie wohl von einzelnen Fractionen; jede sucht sich die Eine oder die Andre zu annectiren, es gelingt ihr auch, bei den Wahlen namentlich — aber beherrschend für die Aufgabe, die wir zu lösen berufen sind, ist der Gedanke der Versöhnlichkeit zwischen den Parteien nicht, und ich bin stark in Versuchung, mit Ihnen ein Pereat auf die politischen Parteien auszubringen (Heiterkeit). Ich unterlasse es aber (Heiter-

keit), ich will Sie als Sachsen lieber bitten, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf Ihren Monarchen, der einer der wenigen Ueberlebenden ist von denen, die mit dem Degen in der Faust unsre Einheit haben erkämpfen helfen und der unter allen Umständen — ein seltnes Muster — das Wohl seiner Unterthanen im Auge behalten hat, aber auch ein reichstreuer, nationalgesinnter Monarch geblieben ist. Se. Majestät, König Albert, er lebe hoch, nochmals hoch und wiederum hoch!

Nach dem Rundgange sprach der Fürst vom Altan aus noch folgendes Abschiedswort:

Meinen herzlichen Dank! Es macht mir große Freude, daß alle Sachsen und gerade Sie von den sächsischen Städten hierher gekommen sind; es ist das eine Friedenspfeife, die wir hier rauchen, nicht blos zwischen den Sachsen und den Preußen, sondern zwischen dem Bürger und dem Junker, zwischen dem Alten und dem Neuen, indem wir alle alten Kämpfe begraben, und zwischen dem Minister und dem Verwalteten. Eins möchte ich Ihnen empfehlen: beurtheilen Sie die Minister mit mehr Nachsicht, wie es bisher in Deutschland üblich war, sie können nicht immer Alles, was sie wohl möchten, der Wille ist selten schlecht, im Gegentheil, wohl in der Regel sicher gut, aber sie sind eben auch Menschen und sehn nicht rundum gleichzeitig. Ich bringe Ihnen noch dankbar ein Glas auf das Wohl der sächsischen Städte!

11. Mai: Huldigung der (3000) Westfalen in Friedrichsruh. Ehrengaben der Frauen und Jungfrauen: 25 Ansichten aus Westfalen; Ehrengabe der Männer: ein aus Eisen getriebener Kranz, dessen rechter Zweig von Lorbeerblättern gebildet wird, während der linke Zweig aus Eichenblättern besteht. In der Mitte des Kranzes die Inschrift mit vergoldeten Buchstaben: Dem eisernen Kanzler die treuen Westfalen 1895. Das Ganze umgeben in Eisen getriebene Rosenranken und Blüthen. Der Kranz ruht auf einer Staffelei, die unten auf eisernem Schilde ein springendes Pferd, das Wappen Westfalens, enthält. (H. N. 12. 5. 1895 No. 112 M.-A. B. N. N. 14. 5. 1895 No. 236 M.-A. Ottweiler, die Huldigungsfahrt der Westfalen, Hagen 1895.)

Ansprache des Herrn E. Schulz aus Hagen:

Fast zwei Jahre sind dahingegangen, seitdem die Bewohner der rothen Erde dem lebhaften Wunsche Ausdruck gaben, Ew. Durchlaucht ihre Huldigung persönlich darbringen zu dürfen. Dank der Vorsehung, Dank Ew. Durchlaucht Güte, die uns heute die Erfüllung unseres Wunsches bringt und den Erinnerungen, welche sich ohnehin schon an diese so bedeutungsvollen Tage knüpfen — ich gedenke des 10. Mai 1871, des Friedensschlusses von Frankfurt, ich gedenke des 11. Mai als des Tages, der Ew. Durchlaucht vor 44 Jahren zum Heile unseres Vaterlandes in den diplomatischen Dienst eintreten sah — eine neue unauslöschliche hinzufügen soll!

Aus allen Gauen unserer schönen Heimath, die ja leider bisher auf das Glück hat verzichten müssen, Ew. Durchlaucht als theueren Gast bei sich aufnehmen zu können, sind wir hier zusammengekommen, um, zugleich im Namen der Tausende und Abertausende, die uns leider nicht begleiten konnten, im Geiste aber hierher gefolgt sind, den tiefempfundenen Dank für alles das auszusprechen, was Ew. Durchlaucht an unserem großen Vaterlande, an uns gethan haben!

Die denkmalgekrönten Berge unserer Gaue legen Zeugniß dafür ab, wie unsere Väter ihre großen Männer zu ehren wußten! Und fern ist nicht mehr die Zeit, wo neben den Trümmern der alten Wittekindsveste auf der Hohensyburg an der Seite unseres unvergeßlichen Heldenkaisers Ew. Durchlaucht erzgegossenes Bild zum Himmel emporragen wird, ein Zeichen dafür, daß das lebende Geschlecht der schönen Sitte seiner Väter folgt. Das ist uns aber nicht genug! Wir sind, dem Drange unseres Herzens folgend, hierher gezogen, um die geweihte Stätte zu sehen und zu grüßen, wo der Liebling unseres Volkes weilt und ausruht von seinen weltbewegenden Thaten. In das treue Auge wollen wir Deutschlands größtem Sohne blicken und ihm sagen, daß unsere Herzen nicht aufgehört haben und nie aufhören werden, ihm in tiefster Verehrung und Liebe entgegen zu schlagen! Geloben wollen wir in dieser feierlichen Stunde, alle einzustehen, ein jeder in seinem bescheidenen Kreise für das, was Ew. Durchlaucht uns geschaffen, und allezeit dafür einzutreten, daß es erhalten bleibe und im Geiste seines Schöpfers fortgeführt werde. Dazu mögen uns die Tugenden, die Ew. Durchlaucht durchs ganze Leben vorangeleuchtet haben, und denen wir nachzueifern bestrebt sein wollen, die rechten Wege weisen, die Treue zu unserem Könige, die glühende Liebe zu unserem Vaterlande. Mit diesem Gelöbniß der Treue steigen heute aus

den Herzen aller dankbaren Westfalen die heißesten Wünsche empor, daß die gütige Vorsehung Ew. Durchlaucht, den treuen Wächter im Sachsenwalde, uns noch viele Jahre erhalten und ihm einen goldenen Lebensabend beschieden sein lassen möge, verklärt von der Liebe eines dankbaren, eines freien Volkes!

Geruhen Ew. Durchlaucht, die Gabe, die wir bringen, entgegenzunehmen; sie ist schlicht und bescheiden, aber Ew. Durchlaucht sicherlich werth durch die Gesinnung, welche sie darbietet. Sie soll hindeuten auf die bedeutendste Industrie unserer engeren Heimath, die Industrie, die neben der Landwirthschaft sich Ew. Durchlaucht Fürsorge stets hat versichert halten dürfen und sich, Dank dieser Fürsorge, zu einer so mächtigen entwickelt hat.

Euch aber, liebe Landsleute, bitte ich, nochmals den Gefühlen der Verehrung, Liebe und Dankbarkeit in dem Jubelrufe Ausdruck zu geben: Se. Durchlaucht, unser Bismarck, lebe hoch!

Nach Herrn Schulz sprach Fräulein Helene Rebbert aus Hohenlimburg bei Hagen folgendes, von Fräulein Baltz in Arnsberg verfaßte Gedicht:

Es weben sich geheimnißvolle Bande
Seit grauer Zeit
Zum Norden aus dem alten Sachsenwalde
In sagendämmernder Vergangenheit.
Der große Karl, der Löwe Heinrich riefen
Von brauner Haide, aus der Wälder Tiefen
Manch stolz Geschlecht zu neuer Herrlichkeit.

Dorthin, wo Obotriten, Slaven, Wenden
Dereinst gehaust,
Das Bärenfell um Schulter und um Lenden,
Kam nun, den Sax, die Frama in der Faust,
Manch edler Herzog von der rothen Erde,
Daß er in Holstein, Pommern heimisch werde,
Vom Nordsturm und vom Meeressang umbraust.

Noch heute höre ich verwandtes Klingen,
Mit gleichem Laut
Die Sprache dieser Gaue leis' durchdringen,
Aus gleichem Klang grüßt gleiche Heimath traut!
Und Allen eigen ist die starke Treue,
Die Heimathliebe, die sich stets auf's Neue
Den Hochaltar in jedem Herzen baut.

Die Heimathliebe! Wahrlich in Westfalen
Glüht hell ihr Brand!
Wer schildert darum jene heiße Qualen,
Als jäh des Krieges Fackel sich entzündet,
Die dräuend alle seine Schrecken kündet,
Als jede Hoffnung, jeder Trost entschwand!

Da kamest Du! Da kamst Du uns zu retten
Du großer Mann!
Du wendetest die Schmach, Du brachst die Ketten,
Du warst's, der neu die Heimath uns gewann!
Wenn friedlich wir in unsern Thälern wohnen,
Ob's eines ganzen Lebens Dank Dir lohnen,
Du Herrlicher, und Dir's vergelten kann?!

Die Männer ziehen aus zum wilden Streite
Im Kleid von Erz,
Das Glück zu suchen wandern sie in's Weite,
Daheim wohnt uns're Lust, wohnt unser Schmerz!
Die Heimath ist uns darum doppelt theuer!
Am Herde hüten wir das heil'ge Feuer,
Im Heimathboden wurzelt unser Herz!

Und darum sind wir jauchzend Dich zu grüßen
So froh bereit!
Und legen ehrfurchtsvoll zu Deinen Füßen
Das Land in Bildern, das Du uns befreit.
Dein Name klingt durch seiner Wälder Rauschen
Und Millionen werden staunend lauschen —
So tönt er fort in die Unendlichkeit!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Ich bin in dieser Zeit aus, ich kann beinahe sagen, allen deutschen Gauen hoch geehrt worden durch Begrüßungen und Anerkennungen, und wenn Sie mir dieselben aus Ihrer engern Heimath bringen, so können Sie sagen, daß in Westfalen sich gewissermaßen ein Mikrokosmus der deutschen Welt wiederholt, in kleinerm Maßstabe und in zum Theil tiefrer Färbung wie in andern Theilen der deutschen Heimath. Die deutsche Zerrissenheit ist ja grade in Ihrer engern Heimath in früherer Zeit,

schon im Mittelalter, und später zum allerschärfsten Ausdruck gekommen, kaum in Schwaben und Franken noch schärfer. Wenn man eine politische Karte mit dem Ländergebiet vom vorigen Jahrhundert sieht, so reicht die bunte Färbung vom Bodensee bis nach Westfalen hinauf. Aber in Westfalen tritt zu den Scheidelinien der Landkarte auch noch die der Tradition, der Parteien. Alle Parteien, die wir heut in Deutschland haben, sind in Westfalen mit am schärfsten vertreten. Nennen wir die beiden Extreme, die socialdemokratische und die Centrumspartei, die haben nirgendwo von beiden Seiten schärfre Vertreter als in Westfalen, und das liegt wohl in dem Charakter der Bevölkerung, die in der überwuchernden Entwicklung der germanischen Männlichkeit, auf der überhaupt unsre Zerrissenheit von früher her beruht, vielleicht von der Schöpfung noch stärker dotirt worden ist wie andre deutsche Stämme. Schon von unsrer frühesten Geschichte her spielt das Westfalenland eine hervorragende Rolle. Ich bin überzeugt, daß Hermann der Cherusker in westfälischem Dialekt gesprochen hat. Ich wüßte nicht, woraus man schließen könnte, daß er damals anders gelautet hätte wie heut in Paderborn und dem Teutoburger Walde. Später haben wir schwere und blutige Kämpfe zwischen den Sachsen und Franken, von denen die Erstern doch im heutigen Westfalen ihren Hauptsitz hatten. Weiter finden wir, daß die treibende Kraft des Stammes über die Grenzen hinausdringt; fast alle unsre germanisirten wendischen Länder, meine Heimath Brandenburg in erster Linie, Mecklenburg, weiter hinaus Pommern, sind durch westfälische Pioniere germanisirt worden — soweit heut die plattdeutsche Sprache reicht, sie ist von Westfalen ausgegangen und bis nach den baltischen Provinzen nach Rußland hin; in Livland, in Esthland war die herrschende Klasse der Bürger und des Adels doch hauptsächlich westfälischen und plattdeutschen Ursprungs, und ich selbst habe in Esthland gefunden, daß der Deutsche dort nicht Deutscher, sondern Sachse, „Sachsenherr" genannt wurde, was also doch in der uralten Be-

ziehung des Sachsenthums auf Westfalen hindeutet. Sie haben auch nachher starke Kämpfe und Bewegungen hervorgerufen, gewisse Erscheinungen des Mittelalters, ich will nur die Vehmgerichte nennen, sind doch auf der rothen Erde energischer zur Entwicklung gekommen als irgendwo anders, und nach der Zersplitterung des alten Sachsenlandes, die das Ergebniß der welfischen Kämpfe gegen die ghibellinische Kaiserherrschaft bildete, sind die Streitigkeiten auch dort durch keine einheitliche Gewalt gezügelt worden.

Aber eins ist Ihrer Landschaft immer eigenthümlich geblieben: wie sie auch in bischöfliche Territorien und kleine Fürstlichkeiten getheilt sein mochte, sie hat sich immer einig gefühlt als Westfalen und selbst bei der confessionellen Scheidung. Ich habe immer gefunden, daß der Westfale sich immer als solcher bekennt, während ich dasselbe von andern deutschen Stämmen nicht sagen kann. Der Schwabe, er nennt sich Württemberger, Badenser, aber der Westfale, so unangenehm ihm sein nächster Nachbar in Westfalen sein mag, er bleibt immer Westfale (Heiterkeit), er hat den Streit mit dem Nachbar auf die Dauer lieb gewonnen und kann sich nicht von ihm trennen (Heiterkeit), und so wird es ja auch weitergehn.

Ich habe in meinem politischen Leben ja mit hervorragenden unter Ihren Landsleuten vielfach Berührung gehabt und habe immer recht streitbare Männer unter ihnen gefunden.

Der Erste der Zeit nach, der später mein Freund wurde, war Georg Vincke, und der war ein richtiger Sohn der rothen Erde, kampfesfreudig, aber nicht schaffensfreudig, eine negirende Natur. Der Vereinigte Landtag von 1847 hatte als hervorragende Persönlichkeiten zwei Westfalen, Vincke und Bodelschwingh, die beide Verwandte, beide Landsleute und beide Gegner waren, die sich dort bekämpften. Ich bin mit keinem politisch vollständig einverstanden gewesen, aber ich erkenne beide als vollkräftige Männer an und als ehrliche Gegner und Freunde. Ich habe ähnliche Erscheinungen

doch noch manche gehabt, ich will in jüngster Zeit nur Herrn von Schorlemer herausgreifen, er hat wenig Wohlwollen für mich gehabt und mich oft hart und bitter angegriffen, aber es war doch ein Mann, ein ganzer Mann in seiner Erscheinung, wenn auch ein Gegner. Ich erinnere mich aus alter Zeit des alten Harkort: ein tapfrer Soldat, der sich bei Ligny mit schweren Wunden das eiserne Kreuz verdient hat und der schließlich auf dem Schlachtfelde der Industrie doch auch Soldat gewesen ist, der mehr Geschick und Tapferkeit als Glück gehabt hat: er war eine achtbare Erscheinung im Rückblick auf die Vergangenheit. Ich könnte ja deren von Ihren nähern Landsleuten noch manche anführen, Gegner und Freunde. Aber ich habe immer gefunden, daß Westfalen ein Land ist, auf das Anwendung findet, was ich auf einer Reise in Schweden in einem Liede gefunden habe, was die Schweden von ihrem Lande sagen: „Im Lande sitzt Eisen, und auf dem Lande wohnen Männer" und das ist für Westfalen zutreffend: ganze Männer. Man mag mit ihnen Freund oder Feind sein, man freut sich immer, wenn sie mit Einem zusammen in gleicher Front auf dem Schlachtfelde stehn, da haben sie immer die alte Tradition aus der Cherusker-Zeit gerechtfertigt. Die westfälischen Regimenter, ich brauche sie nicht einzeln zu nennen, die 1870 gefochten haben, sind zum Theil — mehr als decimirt kann man nicht sagen, es waren zum Theil in den Compagnien nur Zehner, die übrig blieben am 16. Aber schon in Schleswig-Holstein, bei Düppel, da war es das erste Mal, daß wir mit den neuen westfälischen Regimentern zusammen gefochten und Blut vergossen haben, und da haben sie sich sofort in den alten Ruf der preußischen Armee pari eingekauft; vor Düppel, und demnächst in dem sechsundsechziger und siebziger Kriege. Die kriegerische Tüchtigkeit ist ja von den Westfalen immer viel unbezweifelter geblieben, wie die friedliche Liebenswürdigkeit: Krieg muß es sein, wenn ihr Stern strahlen soll. Wie Friedrich der Große in tiefster Noth war, da kamen die westfälischen Rekruten zu ihm und stellten sich freiwillig, und wie Friedrich Wilhelm III. von seinen

Markanern Abschied nehmen mußte, da wehrten sie sich dagegen, soweit sie konnten, und waren froh, nachher wiederzukommen.

Ich aber bin überzeugt, daß, nachdem wir einmal mit den Westfalen in dieselbe staatliche Einrichtung getreten sind, nachdem wir dieselbe Dynastie haben, daß wir mit allen Westfalen, mag es Boerde oder Felsen, mag es Haide oder Weizenboden sein, doch immer untrennbar zusammenstehn werden, daß auch diejenigen, die früher nicht zu Preußen gehörten, uns und unsern König und deutschen Kaiser nun nicht mehr im Stich lassen werden, es mag kommen, wie es will (Bravo!), und in dem Bekenntniß bitte ich Sie, mit mir ein Hoch auszubringen auf unsern Landesherrn, den König von Preußen. Se. Majestät König Wilhelm von Preußen und von Westfalen, er lebe hoch!

Nachdem der Fürst einen Rundgang unternommen hatte, wurde das Westfalenlied gesungen: „Ihr mögt den Rhein, den stolzen, preisen“; dann sprach der Fürst vom Altan aus folgende Abschiedsworte:

Meine Herrn, ich sage Ihnen nochmals meinen herzlichen Dank und stimme mit Ihnen in den Sinn des Liedes ein: Hoch Westfalia! Wi annern Plattdütschen, wi hört doch ook datau!

13. Mai: Gegen 100 schlesische Frauen bringen dem Fürsten Bismarck eine Huldigung dar.

Ansprache der Frau von Hönicka aus Herzogswalde:

Ew. Durchlaucht!

Wahrhaft beglückt mich der Auftrag, der mir von meinen schlesischen Schwestern zu Theil wurde, Ew. Durchlaucht unserer hohen Verehrung, unserer Liebe, unserer Dankbarkeit versichern zu dürfen.

Ja, Durchlaucht, dankbar sind wir Ihnen dafür, daß bei dem großen Werke, welches Sie mit unserem Heldenkaiser vollbracht, uns ein großes deutsches Vaterland zu geben, Sie stets der Frauen als Ihrer Mithelferinnen gedacht haben. Ew. Durchlaucht Mahnruf: „Die Frauen sollen am häuslichen Herde

die Vaterlandsliebe und gute deutsche Art und Gesinnung pflegen", hat in unseren Herzen lebhaften Wiederhall gefunden. Wir haben versucht, mit schlichten Worten darauf zu erwidern.

117000 schlesische Frauen haben sich mit uns in einer von ihnen unterschriebenen Adresse zu der Entgegnung vereinigt, welche dieser Schrein, ein Zeugniß schlesischen Kunstgewerbes, einschließt. Ew. Durchlaucht müssen es uns zu Gute halten, wenn wir es wagen, unseren Worten noch eine Probe unserer Handfertigkeit beizufügen. Wir bitten, Ew. Durchlaucht diesen Teppich zu Füßen legen zu dürfen. Er ist in der Knüpfschule unseres vaterländischen Frauenvereins in Neustadt O/S. nur durch schlesische Frauenhände gearbeitet. Ein jeder Faden ist mit Liebe und Verehrung für den besten deutschen Mann geknüpft worden.

Damit aber auch in späteren Zeiten bei Schlesiens Töchtern der Name Bismarck in dankbarer Gesinnung genannt werde, beabsichtigen wir, eine

schlesische Frauen- und Jungfrauen-
Bismarck-Stiftung

ins Leben zu rufen. Die Zinsen dieser Stiftung sollen nach den Bestimmungen Ew. Durchlaucht alljährlich als Stipendien am 1. April an unbemittelte schlesische Mädchen, die die Schule verlassen, vertheilt werden. Wir bitten Ew. Durchlaucht ganz ergebenst um die Annahme unserer bescheidenen Gaben und um Gewährung unserer Bitte zur Ausführung unserer Stiftung, mit dem innigen Wunsche, daß Gott Ew. Durchlaucht noch viele viele Jahre erhalten möchte in ungetrübter Kraft des Körpers und des Geistes, zum Heile und zum Ruhme für Alldeutschland.

Die Adresse, zum Theil von Fräulein v. Goldfus aus Tinz vorgetragen, lautet:

Von den weiten grünen Triften,
Von den Bergen, von den Höh'n,
Aus Germania's treuem Herzen
Hieß uns Frau Silesia geh'n.

Sie entsandt' am heut'gen Tage
Uns, o Fürst, gen Friedrichsruh,
Denn es rufen Schlesiens Frauen
Dir „Glück auf" für immer zu.

Grüß' Dich Gott, erhab'ner Kanzler,
Grüß' Dich Gott durch Schlesiens Aar.
Möcht' der Herr Dein Stab in Frieden
Und Dein Schild sein in Gefahr.

Möchtest Du, wenn Stürme toben,
Treten vor die deutsche Welt,
Gürte dann noch einmal wieder
Mit dem Schwert Dich, großer Held.

Wirf darnieder alle Feinde,
Mit der Waffe, mit dem Wort,
Sei und bleibe noch für lange
Unser Schützer, unser Hort.

Auch die schles'schen Frauen danken
Dir den Frieden in dem Land
Und den Schutz der trauten Heimath,
Den der Herr durch Dich gesandt.

Aber ach, es fehlt der Engel,
Der Dir treu zur Seite steht;
Sei getrost, er bleibt Dir nahe
Als Dein Schutzgeist im Gebet.

Uns soll sie ein Vorbild glänzen,
Die als echte Frau man kennt,
Und an Deiner Seite strahlen
Wird sie stets am Firmament.

Beugen wollen wir die Kniee,
Fürst, zum Heiland für Dich fleh'n,
Und er wird Dir Segen spenden,
Frieden Dir in's Herze weh'n.

Eh' wir scheiden, hoher Kanzler,
Laß Dir unsre Gaben weih'n,
Denn durch ihre Künste wollte
Frau Silesia Dich erfreu'n.

Nimm sie an in Huld und Güte;
Von den Mädchen und den Frau'n,
Sollst Verehrung nur und Liebe
Auch in Schlesiens Herzen schau'n.

Laß durch Deinen hehren Namen
Uns're Stiftung stolz erblüh'n,
Sie wird manche Thräne trocknen,
Manches Herz für Gott erzieh'n.

Und stets wird man Dein gedenken
Nach Jahrhunderten noch hier,
Höher wird Dein Name leuchten
Fort und fort als Siegspanier.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Damen! Ich bin hoch geehrt durch Ihren Besuch, einmal, indem das große Herzogthum Schlesien, das größte, das wir im Deutschen Reiche haben, dem kleinsten Herzogthum, Lauenburg, durch Sie seinen Gruß überbringt, und dann, weil es durch die Damen geschieht. Ihre Geschenke sind nach weiblicher Art solche, die das häusliche Leben behaglich machen. Der wundervolle Teppich, der jetzt schon in meinem Arbeitszimmer liegt, erinnert mich jeden Tag vielmals an die Güte der Geberinnen. Das Kunstwerk, das in seinem Schrein die Namen aller mich begrüßenden schlesischen Damen birgt, ist eine ungewöhnliche Leistung, sowohl der Malerei wie des Kunstgewerbes, und die Stiftung, die Sie mir zu Ehren gemacht haben, wird die Gesinnung und das Gedenken, das Sie heut zum Ausdruck bringen, auf lange Zeit verewigen. Ich bin durch Ihre Begrüßung hocherfreut, einmal weil sie aus Schlesien

kommt, aus der bedeutendsten Provinz unsres preußischen Landes, die ihre nationale und patriotische Gesinnung jeder Zeit, soweit meine Kenntniß zurückreicht, bewährt hat, von der Zeit ab, als 1813 die schlesische Armee, die Blücher nachher führte, sich bei Breslau sammelte und die schlesischen Frauen und Männer mit Opferfreudigkeit dem ganzen Vaterlande vorangingen, bis zu meinen Erlebnissen, wo 1866, als uns der Krieg mit dem uns befreundeten Oestreich drohte, die entschlossenste Provinz für die Aufrechterhaltung der preußischen Politik und der Ehre Preußens diejenige war, die der Kriegsgefahr am meisten ausgesetzt war: es war nur aus Schlesien, Breslau sogar und Oberschlesien, daß die Zustimmung zum Kriege laut wurde. Ich erinnere mich, daß Fürst Pleß, der hart an der Grenze wohnt, es ablehnte, seine Schlösser zu räumen und sicher zu stellen: das war derselbe patriotische Geist, der sich in Schlesien 1813 erkennbar gemacht hat.

Abgesehn von diesen preußisch-historischen Erinnerungen ist es für mich und für meinen Blick in die Zukunft eine erhebende Wahrnehmung, daß ich grade in den letzten Tagen Begrüßungen von den blühendsten und gewerbthätigsten Landstrichen Deutschlands bekommen habe, von Sachsen, von Westfalen, von Schlesien, von den Ländern, die industriell am höchsten ausgebildet sind, und die deshalb nach den gewöhnlichen Traditionen der nationalen Politik durch industrielle Interessen am leichtesten entfremdet werden. Es ist das nicht der Fall, wie mir die Besuche und Begrüßungen der letzten Tage beweisen: grade aus diesen, von der Industrie beherrschten, von einem zahlreichen Arbeiterstand bewohnten Ländern ist mir das nationale Gefühl, die Anerkennung für die Herstellung der Reichseinheit am lebhaftesten in diesen Tagen entgegengetreten. Außerdem ist Ihre Begrüßung für mich besonders erfreulich, weil sie vorzugsweise von den Damen getragen ist; wenn man die für sich hat, so ist mir für die Männer schließlich auch nicht bange (Heiterkeit), man wird sie gewinnen, und ich bedaure stets, daß unsrer bessern Hälfte des menschlichen

Geschlechts bei uns nicht mehr Einfluß auf die politischen Verhältnisse gestattet ist, als das augenblicklich der Fall ist. Ich will den Damen nicht zumuthen, daß Sie im Parlament Reden halten, aber wenn unsre Wahlen etwas mehr unter weiblichem Einfluß stattfänden, als bisher (Bravo! Heiterkeit), dann glaube ich, würden sie nationaler und besser ausfallen.

Wir sehn im Parlamente, bei den Fractionen und Parteien, die die erste Rolle dort spielen, (welchen Einfluß die Frauen haben können).[1]) Ich will drei davon nennen, da spielen bei zweien die Frauen doch eine sehr einflußreiche Rolle: das ist im Centrum und bei den Polen. Der Einfluß der polnischen Damen auf die polnische Bewegung und Politik wird Ihnen als Nachbarn bekannt sein, und mit dem Centrum sind Sie ja auch hinreichend durchsetzt in Schlesien, um zu wissen, welchen Einfluß das weibliche Element ausübt. Die dritte oppositionelle Partei, die Socialdemokraten, bei denen haben leider die Frauen viel zu wenig mitzureden; wenn sie das hätten und sich ein Bild davon machten, welche Zukunft ihnen in dem socialdemokratischen Staat als Gattinnen, als Müttern zugemuthet wird, so ist es gar nicht möglich, daß irgend eine ihrem Manne gestatten würde, dieser Fraction anzugehören (Bravo! Heiterkeit); wenn es dennoch geschieht, so sind das Erscheinungen, die sich dem gemeindeutschen Begriff der Weiblichkeit und dessen, was wir unter Weiblichkeit verehren, schon entfremdet haben. Sie haben irgend einen Verdruß und einen Riß im Leben erlebt, der sie zum Bruch mit den Verhältnissen geführt hat, oder sie sind der Begehrlichkeit verfallen, die hofft, bei der allgemeinen Plünderung einen hinreichenden Beuteantheil zu bekommen, kurz und gut: ehrliche deutsche Frauen und Gattinnen und Mütter sind das nicht, die öffentlich als Socialdemokraten auftreten, und deshalb glaube ich grade, daß der Socialdemokratie gegenüber die weibliche Sympathie für unsre politischen Einrichtungen

[1]) Ergänzt vom Herausgeber.

eine stärkre Schutzwehr ist, als unsre Umsturzvorlage geworden sein würde, wenn sie angenommen worden wäre. (Heiterkeit.) Ich bin nicht unglücklich darüber, daß sie gefallen ist, sie hätte, wenn sie angenommen worden wäre, bei denen, von denen wir Abhülfe der Uebel im Lande erwarten, die Ueberzeugung erweckt, daß sie nun etwas erreicht hätten und auf ihren Lorbeern ausruhn könnten. Die Ueberzeugung wäre meiner Ansicht nach irrthümlich gewesen, und ich bin deshalb froh, daß dieses Ruhekissen diesen Herrn entzogen worden ist, das sie sich zu schaffen gedachten. Es war außerdem eine Menge nicht unbedenklicher Bestimmungen darin. Aber ich appellire von unserm Parlament an unsre Frauen: Helfen Sie uns, wirken Sie für uns auf die Männer, zu denen Sie in Beziehungen stehn, in der Richtung, daß sie sich gegen die Gefahren der Zukunft mit größrer Tapferkeit rüsten und wehren, als die war, die in der Umsturzvorlage erkennbar war. Halten die Frauen fest zur Politik, so halte ich die Politik für gesichert, nicht blos für den Augenblick, sondern auch für die Kinder, welche von den Frauen erzogen werden, und der Blick in die Zukunft klärt sich und beruhigt sich, wenn man sieht, daß die Politik in ihren großen und ganzen Zügen, wie sie im letzten Menschenalter unter Kaiser Wilhelms I. Leitung gemacht worden ist, der Zustimmung nicht nur der Majorität der gebildeten Deutschen, sondern auch der vielfach maßgebenden — und ich freue mich, daß sie maßgebend ist — der Zustimmung derer, die ich vorher unsre bessre Hälfte nannte, zu erfreuen hat. Ich habe mannigfache Begrüßungen von Damen aus den verschiednen Gegenden des Reiches schon erhalten und aus ihnen allen diesen beruhigenden Blick in die Zukunft entnommen. Die Kinder werden nicht anders denken, wie die Mütter denken, und die Gatten werden sich doch so sehr weit von der Richtung der Frauen Gemahlinnen nicht entfernen (Heiterkeit); das würde die Häuslichkeit stören, und ich setze mein ganzes Vertrauen in unsre deutsche Zukunft auf den Beistand dessen, was Goethe das ewig Weibliche im Leben nannte,

das heißt das Wahrende, das Pflegende, was der Liebe, der Vereinigung, der Familie, auch dem Manne zu gute kommt; in der Hauptsache möchte ich sagen, das, was den Unfug verhindert, zu dem die Männer geneigt sein könnten: das ist hauptsächlich die Aufgabe der Damen, und in diesem Vertrauen bitte ich die wenigen anwesenden Herrn, die ich sehe, mit mir ein Hoch auf unsre deutschen Frauen auszubringen: Unsre deutschen Frauen, sie leben hoch!

Nach der Rückkehr vom Rundgange trat Fürst Bismarck mit einem Becher Sect an die Brüstung des Altans und sprach:

Meine Damen! Ich trinke noch ein Glas mit dem verbindlichsten Dank für Ihre Begrüßung auf Ihr Wohlsein und auf eine glückliche Reise, damit Sie eine angenehme Erinnerung an diesen Frühlingstag behalten, zu dem uns Gott gut Wetter bescheert hat. Wir haben vorher auf das Wohl der Damen getrunken, ich schließe mich diesem Toast noch mit diesem Glas an, um meinen Dank zu wiederholen.

16. Mai: Viceadmiral Batsch, Contre-Admiral Zirzow und Corvettenkapitän v. Hallerstein überreichen dem Fürsten Bismarck im Namen der inactiven Admirale und Capitäne eine aus Silber getriebene Felsengruppe, auf deren Spitze ein Adler mit ausgespreizten Flügeln steht.

18. Mai: Huldigung der Rheinländer (750 Personen, Herren und Damen) vor Fürst Bismarck in Friedrichsruh. (H. N. 20. 5. 1895 No. 118 A.-A.) 60 Städte[1]) überreichen einen Gesammt-Ehrenbürgerbrief, die Städte Gerresheim, München-Gladbach, Meiderich, Rheydt auch Einzel-Bürgerbriefe; die Stadt Remscheid

---

[1]) Andernach, Bacharach, Bergneustadt, Braunfels, Burg, Burscheid, Cronenberg, Dinslaken, Düren, Gerresheim, St. Goar, Gräfrath, Gummersbach, Hilden, Hückeswagen, Isselburg, St. Johann, Kalk, Kettwig, Kirchberg, Kirn, Kreuznach, Langenberg, Leichlingen, Lennep, Lüttringhausen, Malstatt-Burbach, Meiderich, Merzig, Mettmann, Moers, Mülheim a. Rh., Mülheim a. d. Ruhr, Münstereifel, Neuwied, Oberhausen, Oberwesel, Odenkirchen, Orsoy, Ottweiler, Radevormwald, Remscheid, Remagen, Rheydt, Ronsdorf, Ruhrort, Simmern, Sobernheim, Solingen, Stromberg, Trarbach, Uerdingen, Velbert, Wald, Wermelskirchen, Wesel, Wetzlar, Wülfrath, Xanten.

einen mit einem verzierten Reifen umspannten Klotz mit folgender Widmung:

Der mit Eisen und Blut
Aus Haders Gluth
Geschmiedet die Deutsche Kaiserkrone,
Nimm Bergischer Schmiede Dank zum Lohne,

die Stadt Solingen einen Ehrenpallasch mit kunstvoll geschmückter Klinge.

Wortlaut des Gesammt-Ehrenbürgerbriefes:

Wir, rheinischer Städte Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete, haben aus deutscher Dankespflicht beschlossen, Sr. Durchlaucht dem Fürsten von Bismarck, Herzog zu Lauenburg, unserem Altreichskanzler, für seine unsterblichen Verdienste um des Vaterlandes Einheit und hiermit auch um unserer Städte Wohl die höchste Auszeichnung,

das Ehrenbürgerrecht unserer Städte,

zu verleihen.

Deß zur Urkunde haben wir diesen Ehrenbürgerbrief eigenhändig unterschrieben.

So geschehen Andernach ꝛc.

Wortlaut der Einzel-Ehrenbürgerbriefe:

Wir, Bürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete von Gerresheim, haben beschlossen, den Altreichskanzler Fürst Bismarck

zum Ehrenbürger unserer Stadt

zu ernennen wegen seiner unsterblichen Verdienste um des Vaterlandes Einheit.

Deß zur Urkunde haben diesen Ehrenbürgerbrief eigenhändig unterschrieben

Die Beigeordneten. Der Bürgermeister. Die Stadtverordneten.

Gerresheim, den 1. März 1895.

Wir, Oberbürgermeister, Beigeordnete und Stadtverordnete der Stadt München-Gladbach, beurkunden hierdurch, daß wir Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck, weiland erstem Kanzler des neugeeinten Deutschen Reiches, in Anerkennung seiner unsterblichen Verdienste um des Deutschen Reiches Gründung, Festigung und Leitung, dem großen Patrioten und Staatsmanne, dem gewaltigen und furchtlosen Vorkämpfer für Deutschlands Macht und Größe, dem achtzigjährigen Titanen im Sachsenwalde,

das Ehrenbürgerrecht

zu verleihen beschlossen und über diese Verleihung gegenwärtige Urkunde als dauerndes Zeugniß unserer unwandelbaren Treue, Hochachtung und Verehrung ausgefertigt haben.

München-Gladbach, den 1. April 1895.

Oberbürgermeister. Beigeordnete und Stadtverordnete.

Sr. Durchlaucht
dem Fürsten Bismarck,

dem weitschauenden Förderer der Größe Preußens, dem treuen Mitarbeiter Wilhelms des Großen, dem unvergeßlichen Mitbegründer und großen Kanzler des neuen Deutschen Reiches, dem furchtlosen Vorkämpfer für Deutschlands Einheit, Größe und Macht, ertheilen wir zum Zeichen der unauslöschlichen Dankbarkeit unserer Bürgerschaft für die dem Vaterlande und dadurch jedem Gemeinwesen geleisteten unvergleichlichen Dienste durch diese Urkunde

das Ehrenbürgerrecht unserer Stadt.

Also einstimmig beschlossen am 8. Februar 1895 und ausgefertigt am 80. Geburtstag unseres Ehrenbürgers.

Meiderich a. Niederrhein, den 1. April 1895.

Der Bürgermeister. Die Beigeordneten. Die Stadtverordneten-Versammlung.

Auf Wunsch und Willen der Bürgerschaft verleihen wir, Bürgermeister und Stadtverordnete, andurch

Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck
Herzog von Lauenburg,

dem großen Kanzler des durch weiland Kaiser Wilhelm I. Majestät neugegründeten Deutschen Reiches in dankbarer Anerkennung der unvergänglichen Erfolge seiner ruhmvollen nationalen Politik, die das Vaterland neu festigte, und in gerechter Würdigung der großen Errungenschaften seiner in langer Friedenszeit bewährten Handelspolitik, die auch in unserer industriellen Stadt den Grund zu einem wirthschaftlichen Aufschwung und zu fernerer Blüthe legte,

das Ehrenbürgerrecht.

Deß zu Urkunde ertheilen wir den gegenwärtigen Ehrenbürgerbrief, den wir in doppelter Ausfertigung haben herstellen lassen. Die eine Ausfertigung überreichen wir mit ehrfurchtsvollen Glückwünschen unserem nunmehrigen Ehrenbürger zu dem Tage, da Gottes Gnade ihn das 80. Lebensjahr vollenden läßt. Die andere Ausfertigung soll in unserem Rathhaussaale eine sichtbare, bleibende Stätte finden, um kommenden Geschlechtern von dieser Ehrung Kunde zu geben.

So geschehen Rheydt, am 22. Februar 1895.

Ansprache des Oberbürgermeisters Bohlen von Remscheid an den Fürsten:

Durchlauchtigster Fürst und Herzog!

Freie Bürger aus 89 rheinischen Städten haben es sich nicht nehmen lassen, hierher zu pilgern, um ihrem Altreichskanzler zu huldigen. Drei Motive bewegen uns. Zunächst der Wunsch, Ihnen, Durchlaucht, zu Ihrem 80. Geburtstage aus

tiefster Seele herzinnigsten Glückwunsch darzubringen, einen Glückwunsch von Auge zu Auge mit der Bitte an den allmächtigen Gott, Sie uns noch lange Jahre in körperlicher und geistiger Frische zu erhalten. Sodann, Durchlaucht, der Wunsch, Ihnen zu danken aus deutschem Herzen für die Verwirklichung des Traumes der Jahrhunderte, zu danken, daß die Einheit und Ehre unseres deutschen Vaterlandes zur Wirklichkeit geworden ist. Endlich, Durchlaucht, um tief in Ihr Auge zu schauen und aus Ihrem Blick die Kraft erneut in uns aufzunehmen, für Ihr Werk mit unserem Leben und dem unserer Kinder einzustehen. Dem treuesten Paladin unseres großen, unvergeßlichen und unsterblichen Königs, dem Altreichskanzler, wollen wir rheinischen Männer mit unseren Damen in Dank und Treue huldigen. Meine rheinischen Mitbürger! Ist es Ihnen also um's Herz, wie ich gesagt habe, so legen Sie in das Hoch, zu dem ich Sie jetzt aufrufe, das Gelübde hinein, dem Altreichskanzler die Treue zu halten bis zum Tod, ja über das Grab hinaus. Der Altreichskanzler, *unser* Bismarck, lebe hoch!

Nachdem die Hochrufe verklungen waren, übergab Fräulein *Bohlen* dem Fürsten einen von den Damen gewidmeten Blumen-Aufsatz mit folgendem Gedicht:

Nimm aus deutschen Frauenhänden,
Deutscher Mann, die schlichten Spenden,
Blumen von des Rheines Strand.
Zeugen sind's der Dankesblüthe,
Die im deutschen Volksgemüthe
Eine echte Heimstatt fand.

Was wir Dir zu danken haben,
Steht in Stein und Erz gegraben
An des schönsten Stromes Bord;
In der Rechten hoch erhoben
Hält's Germania, lichtumwoben:
Deutschlands Nibelungenhort.

Diese Krone, nachtverborgen,
An des Reiches Ostermorgen
Stieg sie auf in hehrer Pracht!
Dafür, daß dies Werk gelungen,
Hast Du lebenslang gerungen
Treuer Eckart deutscher Macht.

Wo sich deutsche Herzen regen
Schlagen Dir sie treu entgegen,
Wie Du Treue uns gewahrt.
Daß der Deutschen Liebgedanken
Theurer Mann, Dich fest umranken,
Hat sich herrlich offenbart.

Auf des deutschen Domes Zinne
Stehst Du, der in edler Minne
Sich für's Vaterland verzehrt.
Gönne es auch Rheinlands Frauen,
Dankend zu Dir aufzuschauen,
Der uns schützte Haus und Herd.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Ihr heutiger Besuch veranlaßt mich zum Rückblick auf meine Beziehungen zu Ihrer engern Heimath, zum Rheinlande, wie sie sich für mich als altpreußischen Junker und Beamten naturgemäß herausgebildet haben. Ich habe im Jahre 1836 eine Zeit lang die rheinische Stadt Aachen bewohnt, als zwanzigjähriger Referendar angezogen und in meinen dienstlichen Leistungen gestört durch die Annehmlichkeiten des Aufenthalts (Heiterkeit). Man lebte dort damals, — in Aachen, der ersten Station der Europareisenden von Norden nach Süden —, für Jemand, der aus der hinterpommerschen Einsamkeit dorthin kam in einer, ich will nur sagen, verführerischen Weise (Heiterkeit) angenehm, sowohl der Einheimischen wie der Durchreisenden wegen. Aber unsre deutschen Interessen und Beziehungen vergegenwärtigten sich mir damals in einer Thatsache, die mir immer in Erinnerung geblieben ist: daß einer meiner dortigen Freunde, der einer alten und vornehmen rheinischen deutschen Familie angehörte, mir sagte: „Ich reise morgen nach Deutschland.“ Er wollte damit sagen, daß er westfälische Verwandte besuchen wollte und über den Rhein gehe. Es war also doch noch im Jahre 1836 nach einundzwanzig Jahren der äußerliche Eindruck geblieben, daß die deutsche Grenze am Rhein lag. Dieser Herr war durchaus nicht politisch, durchaus kein Franzosen-

freund, in keiner Weise, es war eine urdeutsche ehrliche Natur, und der Name seiner Nachkommen figurirt noch heut in unsrer germanischen Reichsvertretung. Das war im Jahre 1836. Nachher, im Jahre 1847, kam ich zuerst wieder mit unsern rheinischen Landsleuten in nähere politische Beziehung; es war im Vereinigten Landtag, und da kann ich nur sagen, daß ich den Eindruck hatte, daß diese unsre rheinischen Freunde — man hatte damals keine Eisenbahn, man kam so rasch und so oft nicht zusammen — doch nicht unangenehm überrascht waren, bei uns in Berlin auch Menschen zu finden, mit denen sich leben ließ (Heiterkeit), und ihre Erwartungen auf Civilisation, Bildung, landschaftliche Reize waren ohne Zweifel übertroffen. Ich kann hier nicht auf alle einzelnen Wunderlichkeiten eingehn, die ich zur Charakteristik der damaligen Auffassung anführen könnte. Man glaubte z. B., daß Berlin befestigt würde im Innern — die Werderschen Mühlen wurden im mittelalterlichen Burgstil ausgebaut — und da habe ich mit einem der ältern und angesehnen Rheinländer von der Schloßzinne aus das gesehn, und der sagte mir: „Das wird ein Zwing-Uri, nehmen Sie sich in Acht!“ (Heiterkeit) und ich hatte Mühe, seine Anschauungen, die sich an diesen Zinnenbau knüpften, auf die mittelalterlichen Bauphantasien unsres damaligen Herrn zurückzuführen. Er glaubte mir nicht vollständig und ging kopfschüttelnd die Treppe wieder hinunter. Dann kamen 1848 die Barrikaden und die stürmischen Landtage, und erst die eigentlich haben in der Verschmelzung von West und Ost einen erheblichen Fortschritt markirt. Ich kann nur sagen: da haben sich die Parteistellungen ausnahmsweise einmal nützlich erwiesen (Heiterkeit), unsre Fractionen der verschiedensten Richtungen fanden bei den Rheinländern Sympathien und umgekehrt: sie fanden sich zusammen, und es war nach den vereinigten Landtagssitzungen bis 1850 nicht mehr zweifelhaft, daß wir desselben Stammes und derselben deutschen Natur und Zugehörigkeit waren. Erst damals begann also eine vollständige Verschmelzung,

aber es blieb immer doch noch Bruchstückwesen zwischen Berlin und Köln. Es lagen weite Gebiete, die andern politischen Richtungen folgten, zwischen uns. Die volle Verschmelzung hat doch nicht ohne Blut und Eisen vor sich gehn können (Zustimmung), sowohl, daß wir unter einander durch Gottesurtheil entscheiden ließen, wessen Ansicht die maßgebende sein sollte, als auch — und das war später sehr viel günstiger — daß wir uns gemeinschaftlich gegen gemeinsame Feinde zu wehren hatten in großen und schweren Kämpfen. Das war ja der Hauptschlag auf den Amboß, der unsre Einigung schmiedete, daß wir endlich mal nach Jahrhunderten wieder zusammenstanden gegen fremdländische Angriffe und sie siegreich zurückschlugen, wie es ja mit Gottes Hülfe immer der Fall sein wird. (Bravo!) Wenn die Deutschen unter sich zusammenhalten (Bravo!), dann ist das ein Körper von so starker Eisen- und Muskelkraft, daß er, von mehren Seiten angegriffen, sich doch seiner Feinde wird erwehren können, so lange er, wie wir ja in germanischer Ruhe und Zurückhaltung doch immer gestimmt sind, sich nur seiner Abhängigkeit erwehren will, sich defensiv verhält. Aggressive Kriege, ehrgeizige Kriege, Eroberungskriege werden wir ja niemals führen. Was sollten wir erobern? Man könnte uns eine Menge Dinge schenken, wir würden sie gar nicht nehmen (Heiterkeit), und umsoweniger möchten wir Gut und Blut unsrer Kinder und Angehörigen auf's Spiel setzen und die gesunden Knochen unsrer Landsleute, um zu erobern. Eroberung liegt dem deutschen Charakter ja absolut fern, und wir werden auf eine so wunderliche Politik, wie die französische Jahrhunderte lang, kann man wohl sagen, gewesen ist, uns nicht einlassen — ich will weiter in der Charakteristik nicht gehn. Aber auf Eroberungs- und Renommirpolitik ist der Deutsche überhaupt nicht berechnet, dazu sind unsre Landwehren, unsre Familienväter nicht da; sie würden sich wehren wie die Bären, wenn sie im Lager angegriffen werden (Heiterkeit), aber sie werden ebenso wenig wie die Bären erobern wollen. (Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herrn, ich bin sehr glücklich, grade Sie vom Rhein heut hier zu sehn, es vervollständigt mir das Bild, das ich in den letzten Wochen gehabt habe, daß mich hier die Angehörigen unsrer industriell und städtisch ausgebildeten Provinzen vorzugsweise besucht haben, aus dem Königreich Sachsen, aus Westfalen und Schlesien; dazu kommt jetzt die Rheinprovinz, das Gebiet der Wupper und der Ruhr, das in unsrer Industrie vielleicht noch schwereres Gewicht als irgend ein andres hat, da dort alle Brennpunkte unsrer Industrie liegen, die schon vor der Herstellung des Deutschen Reichs sich und ihrer deutschen Arbeit eine Anerkennung in allen fünf Welttheilen erobert hatten; die Gegend von Elberfeld, Iserlohn, von Rheydt, Remscheid, ich brauche sie nicht zu nennen, ich sehe ihre Producte hier neben mir, mit denen Sie mich beehrt haben. Daß auch Sie die Serie der Besuche der industriellen und städtischen Bevölkerung, die mir in den letzten Wochen zu Theil geworden sind, vervollständigen durch dieses schwerwiegende Mitglied: die Rheinlande, das macht mir große Freude. Ich war ursprünglich nach meinen Geburts- und Amtsverhältnissen kaum berufen, mir grade die Liebe des städtischen Bürgerwesens, der Industrie zu erwerben; ich war vielmehr im Verdacht, ein Agrarier, ein Reactionair zu sein.

Nun, wenn ich wirklich unter meinen Landsleuten für einen sogenannten wilden Agrarier gelte, so glaube ich nicht, daß Schlesien, Sachsen, Westfalen, die Rheinlande und namentlich die städtische Bevölkerung mich dafür halten. Es ist ja noch niemals dagewesen, daß einem ehemaligen Minister in Anerkennung dessen, was er im Dienste geleistet hat, Hunderte von deutschen städtischen Bürgerrechten verliehen wurden, großen und kleinen, und das hat für mich etwas Ueberwältigendes, wie eine unverdiente Ehre (Rufe: Nein, nein!). Ich kann sie mir persönlich nicht zurechnen (Rufe: Doch!), das, was ich mit Andern zusammen, mit dem alten Kaiser, mit der Armee zusammen und mit der deutschen nationalen Gesinnung zusammen

erkämpft habe, das wird schließlich in mir, weil ich länger lebe, wie die meisten Mitarbeiter, anerkannt und geehrt, aber ich streiche es, in Bescheidenheit, ein und lege es zu den Acten meiner früher ausgeschiednen Mitarbeiter. (Heiterkeit.)

Ich habe schon vor zehn Jahren, wo ich siebzig Jahre alt wurde, und mein fünfzigjähriges Dienstjubiläum feierte, Ehrungen erfahren von hoher Stelle und von meinen Mitbürgern in Berlin, für die ich damals nicht im ganzen Umfange das Gefühl des rechtmäßigen Besitzers hatte, aber das Alles ist ja weit überholt, nachdem ich aus dem Dienste ausgeschieden bin. Nachdem ich der für die meisten unsrer Landsleute nicht grade gewinnenden Eigenschaft eines preußischen Ministers entkleidet bin (Heiterkeit), da habe ich, möchte ich sagen, noch mehr Glück in der Popularität gehabt. (Heiterkeit.) Ein noch regirender Minister, wenn er wirklich erheblich populär wird, so ist es ja immer sehr zweifelhaft, ob er es nicht auf Kosten seiner amtlichen Pflichten wird. (Heiterkeit.) Ich glaube, ich kann mich von diesem Verdacht freisprechen, ich habe, so lange ich im Dienst war, immer den Ernst eines Wachthundes an der Kette gehabt und habe gebissen, was ich beißen mußte. (Heiterkeit und stürmischer Beifall.) Nun, wo ich mich frei bewege, kann ich mich nach meinen rein menschlichen Gefühlen und Empfindungen aussprechen und brauche nicht Alles zu billigen, nicht einmal das, was ich früher vertreten habe. (Heiterkeit.) Denn so ganz frei in seinen Bewegungen ist auch ein sogenannter allmächtiger Minister niemals. Es sind die verschiedenartigsten Einflüsse, ganz abgesehn von den Collegen, die einen berechtigten Einfluß haben, aber es sind auch andre Einflüsse beiderlei Geschlechts (Heiterkeit), die ihm die freie Bewegung hindern, und so gestehe ich offen: ich habe keine Verpflichtung, mich zu jeder Handlung zu bekennen, die ich vor zwanzig Jahren und länger als Minister geleistet habe. Ich habe damals immer zwischen verschiednen Uebeln, die ich wählen mußte, das kleinere gewählt, und

mein Ideal habe ich nie verfolgen können; ich fürchte, ich wäre auf staatsanwaltliche Abwege gerathen. (Heiterkeit.)

Und so, meine Herrn, wiederhole ich meinen Dank für Ihre Begrüßung, für Ihren Besuch. Mich befällt eine gewisse Sorge, daß ich in eine Schwäche des Alters, in Gesprächigkeit, verfalle (Rufe: Nein!). Gestatten Sie mir, daß ich meinen herzlichen Dank, meine dankbare Erinnerung an den frühern Aufenthalt in Ihrer engern Heimath ausspreche. Nicht nur früher, sondern auch später — ich bin von Frankfurt aus sehr viel, oft an einem Tage, bis nach Köln gelangt und zurück — ich habe am Rhein verkehrt und habe stets Annehmlichkeiten gehabt, mit Ihrer — ich sage es ohne Vorwurf, sondern als Anerkennung — leichtlebigen Natur zu verkehren, und ganz besonders wohlthuend ist für unsre ostdeutschen Gewohnheiten der Verkehr mit den rheinischen Frauen. Sie sind lustiger wie bei uns, und Gott erhalte es so; mag nun die Lustigkeit ihren Ursprung in dem leichten Gewächs der Weinberge oder in dem natürlichen Blut oder in dem bessern Klima haben. Aber ich kann nur wiederholen: meine Erinnerungen an den rheinischen Aufenthalt, ebenso wie es die meiner lieben Frau stets bis an ihr Ende waren, sind immer wohlthuend und haben immer ein Gefühl von Heimweh nach dem Leben am Rhein.

Es ist ja ein altes Lied: „Geh' nicht an den Rhein!" Aber ich bin doch gern dagewesen und bin leider zu alt, um die Erinnerungen in natura aufzufrischen. (Widerspruch.) Aber von ganzem Herzen bringe ich Ihnen doch noch ein Hoch aus auf die rheinischen Frauen, die ich hier vertreten sehe. Sie leben hoch!

Zurückgekehrt von einem Rundgange durch die Menge, verabschiedete sich der Fürst mit folgenden Worten:

Nochmals, meine Herrschaften, meinen herzlichen Dank für den freundlichen Besuch und für die freundlichen Begrüßungen, die Sie mir im Einzelnen gewährt haben. Ich würde gern mit jedem Einzelnen von Ihnen mich aus-

gesprochen haben, wenn meine Körperkräfte in meinem Alter es mir erlaubten. So bitte ich Sie, fürlieb zu nehmen mit meinem herzlichsten Dank für Ihre gesammte Begrüßung, und insbesondre die Damen, und für das prächtige Geschenk, das Sie mir in Gestalt der Handwerkzeuge und des Ambosses und des Obelisken überbracht haben. Wenn man die Handwerkzeuge anfaßt, so machen sie Einem durch ihre Wucht in der Hand Lust, sie zu verwenden, wenn ich nur geschickt dazu wäre. Bei Ihnen zu Hause ist das Geschick vorhanden, und diese Werkzeuge mögen auf unabsehbare Zeiten hin die Blüthe Ihrer Heimath begründen in ihren Ergebnissen. Ich danke Ihnen herzlich!

20. Mai: Schreiben an den Magistrat von Halle: Dank für Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Friedrichsruh, 20. Mai 1895.

Durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts durch die Stadt Halle fühle ich mich hoch geehrt ünd bitte, der Stadt für diese Auszeichnung, sowie für den kunstvollen Ehrenbürgerbrief meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

23. Mai: Mehr als 1300 Leipziger, Herren und Damen, zur Huldigung und Ueberreichung von Gaben vor Fürst Bismarck in Friedrichsruh. (Vgl. den Bericht in Geyer, Eine Bismarckfahrt. Leipzig 1895.)

Ansprache des Geh. Hofraths Professor Dr. Wislicenus:

Durchlauchtigster Fürst!

So ist denn für uns Leipziger der langersehnte Augenblick herangekommen, wo auch wir — wie vor uns Tausende unserer Volksgenossen — Ew. Durchlaucht persönlich nahen und Ihnen — Sie Höchstverehrter! — unsere Huldigung aus tief dankbaren Herzen darbringen dürfen.

Schon im Sommer 1892 hatten wir die Gelegenheit dazu erhofft und den größten Ehrenbürger unserer Stadt in ihren Mauern begrüßen zu können gemeint, und wahrlich, es wäre

ein Fest geworden, das in nichts zurückgestanden haben würde gegen die glanzvollen Tage, die Dresden, München und Jena dem größten Sohne unseres Volkes kurz zuvor bereitet hatten. Nirgends in deutschen Landen lebt eine Bürgerschaft, die vom nationalen Gedanken allgemeiner und tiefer erfüllt wäre, wie diejenige Leipzigs, nirgends ist die bewundernde Verehrung für Ew. Durchlaucht größer, nirgends werden in guten und schlimmen Zeiten Ihre Freuden- und Trauerfeste, die ja längst Feste des deutschen Volks geworden sind, mit größerer Begeisterung und tieferer Theilnahme gefeiert, als bei uns.

Damals war Ew. Durchlaucht zu frohem Hochzeitsfeste ausgezogen. Die Fahrt aber war zu einem Triumphzuge ohnegleichen geworden, der auch an eine ungewöhnliche Körper- und Geisteskraft überschwere Anforderungen gestellt hatte. Wir haben verstanden, daß Ew. Durchlaucht der Ruhe und Erholung dringend bedurften, und haben neidlos den Schwesterstädten die Ehre und das Glück Ihres Besuches gegönnt. Wir haben mitjauchzend den unbeschreiblichen Jubel vernommen, der mit elementarer Gewalt aus der in ihrem Helden tief gekränkten Volksseele sich losrang und Ew. Durchlaucht überall, wo Ihr Reisezug anhielt, empfing und begleitete. Unsere Hoffnung aber haben wir in Geduld auf kommende Zeiten vertagt.

Auch das folgende Jahr konnte ihr keine Erfüllung bringen, und seit der letzte Herbst Ew. Durchlaucht die hohe heldenmüthige Frau, die theure Herrin Ihres Hauses und treueste Lebensgefährtin entriß, wissen wir, daß wir endgiltig zu verzichten haben werden. Die eine Aussicht aber war uns noch geblieben: selbst zu Ew. Durchlaucht nach Friedrichsruh zu fahren. Zwar wollte auch solches Unterfangen manchem fast als ein vermessenes erscheinen, aber was andere thaten, durften auch wir wagen; wissen wir doch Ihre uns so theure Gesundheit streng gehütet durch besten ärztlichen Rath und sorglichste kindliche Liebe. So unternahmen es einige unserer muthigeren Freunde, bei Ew. Durchlaucht unser Anliegen vorzubringen. Es wurde zunächst im Allgemeinen, bald aber — als die alte Eisenkraft des greisen Helden sich in den gewaltigen Anstrengungen der Feier des 80. Geburtstages wiederum glänzend erprobt hatte — für den heutigen Tag gütigst gewährt.

Es ist der Tag der Himmelfahrt. Seit Urväter Zeiten ziehen an ihm die Deutschen mit Weib und Kind in den frühlingssprossenden Wald. Wir, unserer 1400 Leipziger wohl aller Stände und Berufsarten, haben heute den fernen Sachsenwald zum Ziele unserer Wallfahrt gemacht. Wir suchen aber heute

nicht Blumen und junges Grün und nicht den lustigen Sonnenschein, so warm uns all das in das Herz leuchtet, sondern wir suchen den alten Herrn dieses Forstes, um uns sein lebendiges Bild und den Klang seiner Stimme in unsere Seelen tief und unauslöschlich einzuprägen, ihm auch unsererseits lauttönendes Zeugniß von treuer Liebe und grenzenloser Dankbarkeit seines Volkes abzulegen und ihm zu geloben, sein und seiner Helfer großes Werk der Einigung der deutschen Fürsten und Völker im neuen Reiche, der Erfüllung der aus unseren Leipziger Schlachtfeldern erwachsenen Sehnsucht der Väter, hoch und heilig zu halten, es mit aller unserer Kraft wider jeden Feind und alle bösen Mächte zu vertheidigen und es — wie unsere dankbare Liebe zu ihm — unversehrt auf Kinder und Kindeskinder zu vererben. Dazu aber bedürfen wir nicht nur männlichen Wollens und Wirkens, sondern in nicht minderem Grade der stillen Mithilfe der deutschen Frauen. Sie vor allen sind die Bildnerinnen der Kindesseele und damit der kommenden Geschlechter, sie die fruchtbarsten Trägerinnen der Vaterlandsliebe, die ein Volk unüberwindlich macht. So haben wir nicht nur unsere Söhne, sondern auch unsere Frauen und Töchter mitgebracht, so viele sich vom Hause losmachen konnten — und wir sind herzensfroh, daß sie diesmal nicht daheim bleiben wollten und daß sie nun der Weihe dieser Stunde theilhaftig werden.

Nach vielen Tausenden aber zählen diejenigen unserer Mitbürger und Mitbürgerinnen, die sich uns gern angeschlossen hätten, wenn sie nur Zeit und Mittel oder auch die Kraft für die weite Fahrt hätten erschwingen können. Auch in ihrem Namen soll ich zu Ihnen, mein Fürst, reden. Der ausdrückliche Auftrag dazu ist mir allerdings nur aus einem Munde geworden, aber er wirkte so unwiderstehlich, daß ich mir nicht versagen kann, ihn zu erfüllen.

Letzten Montag gegen Abend ging ich über unsern Marktplatz; da trat mir ein mir unbekannter Mann in den Weg, seiner schlichten Kleidung und Sprache nach ein einfacher Arbeiter, der wohl nach Feierabend nach Hause ging. Er fragte mich, ob ich der Professor sei, der am nächsten Donnerstag die Ansprache an Ew. Durchlaucht halten würde. Als ich mich zu der hohen Ehre bekannte, bat er mich, dabei auch Derer Erwähnung zu thun, die nicht mitgehen könnten, weil der Ertrag ihrer Arbeit nicht weiter als zur Erhaltung von Weib und Kindern reiche. Er habe unter der Führung unseres allgeliebten Königs Albert in Frankreich mitgefochten, habe dort sich als Deutscher fühlen

gelernt und seither immer zu Kaiser und Reich und zu demjenigen gestanden, dem wir das alles doch zumeist verdanken. „Grüßen Sie Bismarck von uns!“ schloß er seine Rede. „Gern, aber von wem?“ fragte ich. Da meinte er, der Name thue nichts zur Sache, und so wie er dächten noch viele. Als er nach warmem Händedrucke ernstfeierlichen Gesichtes gegangen war, blickte ich ihm nach und sah, wie er vor Ew. Durchlaucht Reiterstandbilde stehen blieb und es lange anschaute. Ich denke mir, er wird heute seine Kinder an den gleichen Ort führen und ihnen im erzenen Bilde den hohen Mann zeigen, für den auch er so tiefe Verehrung in der Seele trägt.

Wir aber, die wir uns heute — aus der öden Qual immer unfruchtbarer werdenden Parteihaders und oft allzu unsicher tastender Führung hierher flüchtend — um das lebendige Urbild des größten und deutschesten Deutschen schaaren, wir preisen das uns gewordene Glück dieses unvergeßlichen Tages und danken Gott für Ew. Durchlaucht trotz unsagbar sorgen-, opfer- und arbeitsreichen langen Lebens auch heute noch ungebrochene Kraft. Er wolle unserem Volke seinen getreuen Eckart noch viele Jahre erhalten und Ihren Lebensabend, mein Fürst, von allen Schmerzen befreien und durch die Wunder der Ihnen so innig vertrauten Natur, durch die Liebe und Blüthe Ihres Hauses und Ihres Volkes verschönen und erwärmen.

Euch aber, meine Mitbürger, fordere ich auf, all Euren mit Worten nicht zu erschöpfenden Dank, all die unaussprechliche ehrfürchtige Liebe zu unserem herrlichsten Helden laut aufrauschen zu lassen in dem Jubelruf: Se. Durchlaucht Fürst Bismarck lebe hoch!

Antwort des Fürsten Bismarck:

Meine Herrn und Damen! Ich habe in den jüngsten Tagen aus dem Königreich Sachsen die Begrüßung von, ich glaube mehr als siebzig sächsischen Städten empfangen in demselben Sinne, in dem Sie aus der großen und berühmten Stadt desselben Landes heute die Gefühle des sächsischen Stammes mir gegenüber bethätigen. Diese Vervollständigung ist mir besonders erfreulich, weil ich mich zur Stadt Leipzig aus mehren Gründen persönlich und politisch in besondrer Verbindung fühle. Ich gehöre durch meine mütterliche Abstammung zu den Blutsverwandten von Leipzig. Die Vorfahren meines mütterlichen Groß-

vaters sind drei oder vier Generationen hindurch in hervorragender wissenschaftlicher und juristischer Stellung in Leipzig gestanden, und es leben in Ihrer Stadt noch Manche, die von demselben Blut der Urelterväter, deren Bilder ich hier im Hause noch hängen habe, mit mir abstammen. Durch diese Blutsverwandtschaft ist mir Leipzig besonders nahestehend, außerdem aber bin ich ihm persönlich noch gewogen durch die Liebenswürdigkeit der Aufnahme, die ich jedesmal in Ihrer Heimath erfahren habe, wenn ich bei meinen frühern regelmäßigen Reisen nach Kissingen dort durchgekommen bin, auf zwei verschiednen Bahnhöfen, und auf jedem mit derselben Lebhaftigkeit.

Ich habe in Leipzig schon früh politische Sympathien gehabt, und dieselben sind dadurch nicht abgeschwächt worden, daß ich Staatsminister war; sie sind aber mit erhöhter Lebhaftigkeit zum Ausbruch gekommen, nachdem ich diese im Allgemeinen nicht populäre Eigenschaft abgelegt habe (Heiterkeit); das natürliche Gefühl vom Menschen zum Menschen kommt mehr zur Hebung, wenn die ministerielle Eigenschaft in Wegfall geräth. Außerdem aber ist Leipzig für mich stets eine Stadt von besonderm Interesse gewesen. Es muß in dem Grund und Boden etwas Anziehendes und eine Treibkraft liegen, die nicht überall im deutschen Lande vorhanden ist. (Bravo!) Wie kommt es, daß Leipzig eine Stadt von dieser Bedeutung geworden ist, ohne daß es an einem schiffbaren Flusse liegt, ohne daß es die Residenz eines großen Fürstenhauses und unter dessen Segnungen aufgeblüht ist, rein aus sich selbst heraus, aus der Ebene, neben Flüssen, die, wie ich glaube, nicht schiffbar sind, ohne Residenz zu sein, und nach den schweren Schicksalen, die es fast in jedem Jahrhundert bisher erlebt hat? Leipzig ist im dreißigjährigen Kriege von Schweden und Kaiserlichen, im siebenjährigen Kriege von Preußen und Oestreichern, im Freiheitskriege von Franzosen und Verbündeten außerordentlich schwer heimgesucht worden, nothwendig also in seinem Erwerbsleben gedrückt worden! Wie kommt es, daß diese Stadt zu dieser, Dresden, die

Residenz und die Stadt an der schiffbaren Elbe, fast überholenden Blüthe wieder so rasch aufgewachsen ist? Das ist eine Frage, die mich immer interessirt hat. Wir haben ähnliche, aber doch lange nicht daran reichende Beispiele. Ich erinnere an Braunschweig — aber Braunschweig war eine Residenz, es liegt auch mitten im Lande. München hat auch kein schiffbares Wasser, aber es war die Residenz eines großen Fürstenhauses, von dem es wesentlich gepflegt ist. Leipzig hat die Pflege, die es haben konnte, an Dresden abgegeben, es hat sich rein aus eigner Kraft aus dem Boden der Pleiße und Elster stets wieder aufgebaut; es hat allerdings außer für Handel und Gewerbe auch für kriegerische Ereignisse eine anziehende Eigenschaft gehabt, es haben große und schwere Schlachten dort stattgefunden, für Sachsen und für unser deutsches Vaterland politisch entscheidende Schlachten, im dreißigjährigen Kriege und weiterhin. Demnächst aber knüpft sich an Leipzigs Namen die welthistorische Erscheinung der großen Völkerschlacht von 1813, und an die sollten wir, glaube ich, aus mehr wie einem Grunde öfter zurückdenken, als heutzutage geschieht.

Wenn man vor der Schlacht von Leipzig die politische Karte von Europa übersieht, so findet man, daß die französische Säbelherrschaft in ihrer tyrannischen Gewaltthätigkeit bis an die Elbe reichte — Magdeburg war ein französisches Vasallenland, hier, wo wir stehn, das Lauenburger Land, gehörte zum Empire français, und gehörte zum Departement der Unterelbe, mitsammt der guten Stadt Hamburg, la bonne ville de Hambourg. So fest war die französische Herrschaft in Mitteleuropa verklammert, die Elbe machte ihre Grenze. Die französischen Heere hatten schwere Verluste im russischen Feldzug erlitten, aber die Stellung Frankreichs war doch immer noch so, daß der Kaiser Napoleon den Ausgangspunkt seiner Vertheidigung an der Elbe nehmen konnte — also alles Land bis dahin gehörte ihm noch.

Wenn man sich dieses Kartenbild vergegenwärtigt, so wird man sich erst über die gewaltige Tragweite der

Schlacht von Leipzig und ihrer Folgen klar, daß die Gewalt dieses Reiches, das von Spanien bis nach Dänemark reichte, von Paris aus regirt wurde und die Elbe zur Grenze hatte — nicht einmal überall, Lübeck gehörte ja auch dazu, bis an die Ostsee — daß die zertrümmert wurde. Man vergißt das heut, wie überhaupt die Landsleute unter uns, die die Geschichte mit rückwärtigem Blick prüfen und daraus ihre Schlüsse für die Gegenwart ziehn, doch noch trotz unsrer vorgeschrittnen Bildung nicht zur Majorität gehören. (Heiterkeit.)

Es war bei den tapfern Leuten, die sich in der Schlacht bei Leipzig schlugen, der Sieg nicht so unbedingt sicher, aber er wurde erkämpft dadurch, daß, soviel ich mich augenblicklich erinnere zum ersten Male, die deutschen Landsleute aus Preußen und aus Oestreich zusammen Schulter an Schulter standen und gemeinschaftlich gegen denselben Feind fochten. Ich hoffe, daß wir überhaupt in meinen Lebzeiten nicht mehr zu fechten brauchen, aber wenn es dennoch der Fall sein sollte, daß es doch wieder Schulter an Schulter mit Oestreich sein werde. (Bravo!)

Ich gehe noch weiter: Auf dem Dreimonarchenhügel bei Leipzig bildete sich oder befestigte sich und besiegelte sich die Freundschaft der drei verbündeten Herrscher, welche nachher die heilige Allianz schlossen, — ich will sie mit dem Namen nennen, obschon sich eine Menge unerfreulicher Erinnerungen damit verbinden — es war aber doch das Zusammenhalten der unabhängigen und rechtliebenden Politik gegenüber einer gewaltthätigen Eroberungspolitik, wie sie Frankreich seit Ludwig XIV., ja seit Heinrich IV., und mit dem größten Erfolg und mit der größten Ausdehnung in der Gestalt Napoleons uns gegenüber betrieben hat. Dem gegenüber sind alle minder ehrgeizigen, alle minder herrschsüchtigen Nationen doch einigermaßen darauf angewiesen, zusammenzuhalten, wenn die Verhältnisse sich so herausbilden, wie sie am Tage vor der Schlacht bei Leipzig bestanden, daß eine übermächtige Säbelherrschaft, von Paris aus ge-

leitet, vom Ebro bis zum Sund herrschend, dem übrigen Europa mit herrschsüchtiger Gewaltthätigkeit gegenüberstand.

Wer alt genug ist, um von seinen Vätern noch die Erlebnisse unter der französischen Herrschaft im Lande gehört zu haben, der wird mit mir die Größe der Wohlthat empfinden, die uns die Schlacht bei Leipzig damals erwiesen hat, und wird den Wunsch empfinden, daß das Zusammenhalten von rechtlicher und ehrlicher Nationalpolitik, die nichts weiter verlangt als ein unabhängiges Leben der eignen Nation, daß das auch für die Zukunft gesichert bleibt gegenüber allen Angriffen, wie wir sie dreihundert Jahre lang vom Westen her erfahren haben (Bravo!).

Um dieses Ziel mit Sicherheit zu erreichen, sind gute Beziehungen zu unserm östlichen Nachbar in Rußland wünschenswerth; ich will nicht sagen, in dem Maße, wie sie bei Leipzig — ich hoffe, das wird nicht wieder nothwendig werden — sich auf dem Schlachtfelde verwirklichten oder wie sie sich nachher unter Friedrich Wilhelm III. bethätigt haben, aber ich halte für sehr wichtig die Pflege der guten Beziehungen zu unserm östlichen Nachbar, mit dem wir, wenn wir Oestreich mit einrechnen, eine mehrere hundert Meilen lange offne Grenze haben, und mit dem wir eigentlich gar keine zwingenden Interessen zu theilen haben — ich wüßte nicht, um was wir die Russen beneiden sollten oder sie uns! (Zustimmung.) Wir können ihnen im fernen Asien ja gönnen, was sie begehren, und erfreut sein, wenn sie ihre Befriedigung daran finden; aber wir haben ihnen nichts zu beneiden, und ich glaube, sie haben auch auf unsre Kosten nichts zu begehren. Und deshalb knüpfe ich an Ihren heutigen Besuch und an die Erinnerung an die Leipziger Schlacht auch die Erneuerung des Andenkens an die guten Beziehungen, in denen wir früher mit Rußland gelebt haben, und wünsche, daß unbeschadet der Beziehungen, in denen wir zu Oestreich stehn, mit dem wir in Stammesverwandtschaft verwachsen sind, daß wir unabhängig davon doch auch beiderseits den

Frieden nach Osten und den Frieden der monarchischen Staaten unter sich wahren! (Lebhaftes Bravo!) Sie haben ja alle, soviel ihrer da sind an Monarchen, durch Kämpfe untereinander viel mehr zu verlieren, und der Revolution gegenüber viel mehr einzubüßen, als sie je durch Kämpfe untereinander Einer von dem Andern gewinnen können. Alles, was einmal Einer dem Andern, ein großer Staat dem andern abnehmen kann, ist ja nicht der Rede werth im Vergleich mit dem Bedürfniß der Ruhe im Lande, des Friedens, der gesetzlichen Herrschaft im eignen Lande und des Zusammenhaltens zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Frieden in allen verbündeten Ländern, nicht blos im Deutschen Reich, sondern auch in den befreundeten und mit ihm dieselbe Politik verfolgenden Ländern unsres jetzt bestehenden Dreibundes.

Ich habe der Versuchung nicht widerstehn können, als alter Politiker meinem langjährigen Wunsche, auch mit dem Osten in guter Fühlung zu bleiben, bei dieser Gelegenheit Ausdruck zu geben, weil die Leipziger Schlacht mich an den Dreimonarchenhügel grade erinnert. (Bravo!) Und, meine Herrn, einer der geschicktesten Pfleger dieser ruhigen erhaltenden Politik, nicht blos conservativ erhaltenden, sondern den Frieden erhaltenden Politik ist Ihr König Albert (Bravo!), und ich kann den Leipzigern gegenüber meinen Dank für ihre Begrüßung und für ihr von mir erwidertes Wohlwollen nicht anders bethätigen, als indem ich mit Ihnen zusammen ein Hoch auf Ihren hohen Herrn ausbringe: Mein gnädiger Gönner, der König Albert, er lebe hoch! (Lebhaftes Bravo!)

Nachdem Lingg's Deutsches Heerbannlied gesungen worden war, wurden die Festspenden überreicht. Dann unternahm der Fürst einen Rundgang. Zurückgekehrt nahm er noch einmal das Wort zu folgender kurzen Ansprache:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen nochmals für Ihre ehrenvolle und freundliche Begrüßung, und der Treue, von der Sie eben sangen, wird Gott auch weiter helfen, nament-

lich der gegenseitigen Treue der Deutschen unter einander (Bravo!), von der ich hoffe, daß sie mit der Zeit doch stärker sein wird als aller Parteihader, von dem uns Gott befreien möge! (Bravo!)

26. Mai: Mehr als 4000 Schleswig-Holsteiner zur Huldigung vor Fürst Bismarck in Friedrichsruh. (H. N. 27. 5. 1895 No. 123 A.-A., B. N. N. 27. 5. 1895 No. 257 A.-A., M. A. Z. 29. 5. 1895 No. 148 A.-A.)

1. Ansprache des Klosterpropstes Graf Reventlow-Preetz.

Ew. Durchlaucht

zum vollendeten 80. Lebensjahre unsern eben so aufrichtigen, als ehrerbietigen Glückwunsch, wenn auch nachträglich, darzubringen, sind wir aus der deutschen Nordmark heute hier erschienen.

Ist es dem Sterblichen schon selten beschieden, ein so hohes Alter in körperlicher wie geistiger Kraft und Rüstigkeit zu erreichen, so verleiht doch der gewaltige Inhalt von Ew. Durchlaucht Leben diesem Tage erst seine wahre und tiefste Bedeutung.

Die Begeisterung, mit welcher in allen Theilen und aus allen Ständen Deutschlands, ja weit über Deutschland und selbst über Europa hinaus der Gedanke erfaßt und zur Ausführung gebracht ist, Ew. Durchlaucht Jubeltag zu einem Festtage der Nation zu gestalten, sie ist doch nur der Ausdruck und der Wiederhall des tiefen Dankes, zu welchem jeder Deutsche dem Manne sich verpflichtet fühlt, der den seit Jahrhunderten gehegten Traum der Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches zur Wahrheit gemacht hat. Wenn zu unserm tiefen Schmerze ein Theil Deutschlands zu einer gleichen Ehrung sich nicht hat entschließen können, so ist hier nicht der Ort, über die Beweggründe zu rechten: aber das eine glauben und hoffen wir doch und wollen es bis zum klaren Erweise des Gegentheils für unzweifelhaft halten, daß, soweit noch deutsches Blut in deutschen Adern rollt, für jene große, weltgeschichtliche That ein und dasselbe Gefühl höchster Anerkennung und Bewunderung uns Alle erfüllt.

An solcher öffentlichen Ehrung uns zu betheiligen, ist uns, den Söhnen der deutschen Nordmark, ein Bedürfniß gewesen. Für diejenigen unter uns aber, welche dem eigentlichen Schleswig-Holstein entstammen, lag noch eine besondere Veranlassung vor.

Es sind nun bald 50 Jahre entschwunden, seit unsre Väter für die Zugehörigkeit zu Deutschland sich erhoben. Dieses

Deutschland dachten sie sich nicht etwa nur als einen geographischen Begriff: was sie erhofften und ersehnten, war ein politisch geeinigtes, mächtiges, Deutsches Reich. Für die Zugehörigkeit zu einem solchen haben sie Alles, ihre Stellung, ihr Leben, ihren guten Namen freudig auf dem Altar des Vaterlandes geopfert. Nun, sie sind damals unterlegen: der Feinde waren zu viele und zu mächtige. Aber als die Zeiten vollendet waren, da ist es Ew. Durchlaucht beschieden gewesen, getragen von dem Vertrauen eines hochsinnigen Fürsten, unterstützt von einem unvergleichlichen Heere, aus dieser unsrer Niederlage die Fäden zu spinnen, welche zur Wiederaufrichtung Deutschlands geführt und uns nach Einfügung in den mächtigsten deutschen Bundesstaat mit dem deutschen Vaterlande für alle Zeiten unauflöslich verbunden haben.

Dafür haben Ew. Durchlaucht diejenigen von uns schon früher begeistert gedankt, denen es vergönnt war, jene großen Zeiten mitzuleben: dafür danken wir Ihnen heute, und dafür werden, so vertrauen wir zuversichtlich, auch die spätesten Nachkommen unserer Gaue Ihnen den tiefgefühltesten Dank bewahren.

Es sei gestattet, diesen Gesinnungen Ausdruck zu geben, indem wir rufen: Se. Durchlaucht, der Fürst v. Bismarck lebe hoch!

2. Ansprache des Oberlehrers Macke aus Hadersleben:

Wenn auch in den eben verhallten Jubelrufen für Ew. Durchlaucht Glück und Heil die Stimmen der Nordschleswiger hell mitgeklungen haben und die Worte des Herrn Grafen auch uns aus der Seele gesprochen waren, so sind wir doch des aufrichtigsten Dankes voll, daß Ew. Durchlaucht uns, den Mitgliedern des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, huldvoll gestattet haben, im besonderen noch einige Worte dankbarer Verehrung und Liebe hinzufügen zu dürfen, wie wir ja auch auf die uns gewährte Ehre eines Einzelempfanges mit Ew. Durchlaucht Einwilligung verzichteten, um mit Ihren Freunden aus ganz Schleswig-Holstein „tosammen to bliven ungedeelt.“ So haben wir uns eingefunden von der Grenze des Reiches her und der Föhrde von Flensburg, aus den Buchenwäldern am kleinen Belt und von den durch die ruhelos schäumende Fluth gepeitschten Küsten der Westsee und wollen jetzt Ew. Durchlaucht sagen, was ein deutsches Herz im nördlichen Schleswig bewegt.

Wir sind erfüllt von dem Gefühle unbegrenzter Dankbarkeit für das, was Ew. Durchlaucht für diesen unseren Nordbezirk

gethan, und für das, was Sie uns, die an der Grenze des Reiches Wohnenden, gelehrt haben.

Das Herzogthum Schleswig war der gefährdetste Theil dieser meerumrauschten Halbinsel, und auf der nördlichen Hälfte desselben lastete seit jenem vergeblichen Befreiungsversuche der Druck der Fremdherrschaft am schwersten. Bangte man doch noch bis zum Jahre 1879 vor einer Abtretung der nördlichen Bezirke an den alten Feind deutschen Landes und deutschen Wesens. Wohl hatten Ew. Durchlaucht schon längst die bedeutungsvollen Worte gesprochen: „Wären wir mit Schleswig-Holstein und mit Dänemark allein auf der Welt, so würde ein solcher Friedensparagraph nicht existiren.“ Aber der beunruhigende Alp wich doch erst von der Brust der deutschen Nord-Schleswiger, als durch Ew. Durchlaucht Weisheit jener Zusatz zum Artikel 5 des Prager Friedens für immer aus der Welt geschafft war. Frei bis zur Königsau! das ist Ihr Werk, und dafür wird, solange Dankbarkeit auf Erden nicht ausgestorben ist, neben dem alten ehrwürdigen Kaiser Wilhelm Ihr Bild, fürstliche Durchlaucht, in den Herzen der deutschen Nord-Schleswiger allzeit den Ehrenplatz behaupten als das Bild unseres Befreiers.

Doch dies Bild soll uns nicht nur ein Schmuck und Zierrath sein, sondern eine eindringliche und ernste Mahnung. Frei zwar dem Auslande gegenüber, wird doch noch immer das innere Leben eines großen Theils unserer nordschleswigschen Bevölkerung beunruhigt und vergiftet durch die Aufreizungen deutschfeindlicher Unterthanen des preußischen Staates und einer alles, was deutsch ist, verhöhnenden und begeifernden Presse. Ja, noch immer hofft man sogar auf eine Abtretung deutschen Landes. Hier haben wir den Kampf noch fortzusetzen, den Ew. Durchlaucht für die Befreiung vom äußeren Feinde so glorreich beendet haben. Und wir kämpfen ihn weiter, wie wir hoffen, im Sinne und im Geiste Ew. Durchlaucht, und in dem Namen und Zeichen „Bismarck“ werden wir einst siegen. Denn dieser Name lehrt uns, fest und unerschütterlich zu stehen auf dem Grunde des Rechtes sowohl als auch der Stärke und wie Ew. Durchlaucht nur „einen Compaß und einen Polarstern“ zu haben, das Wohl des Vaterlandes. Fern ebenso von allen die ganze Welt umfassenden Beglückungsträumen wie von jedem engherzigen, einseitigen und selbstsüchtigen Wahn, der sogar dem Auslande gegenüber nicht immer das Wohl und die Ehre seines eigenen Volkes über kleinliche Parteirücksichten zu stellen vermag, rufen wir mit einem der besten Söhne dieses Landes: „Hör mich, denn alles andere ist Lüge: kein Mensch gedeihet ohne Vater-

land!" Und so kennen wir nur den einen Gegensatz: was deutsch ist und was nicht deutsch, was unserem Vaterlande frommt und was ihm schadet; ohne Parteizwang und Parteizank; denn „wenn auch die weiter drinnen ärgerlich streiten, wir sind einig, und unser Kampf ist rein." Aber daß wir so handeln und denken können, ohne Wanken und ohne Schwanken, dazu hilft uns nichts mehr als Ew. Durchlaucht erhabenes Vorbild, dem nachzueifern mit allen unseren, wenn auch schwachen, Kräften wir redlich uns bemühen, auf daß immer mehr hinter uns liege im wesenlosen Scheine, was sonst uns alle bändigt, das Kleinliche, das Niedrige und das Gemeine.

Und weil bei einer solchen Arbeit für das Vaterland, wie Ew. Durchlaucht ja erst vor Kurzem den schlesischen Frauen versichert haben, die Mitwirkung des ewig Weiblichen von der größten Bedeutung ist, eine Wahrheit, von welcher namentlich wir im nördlichen Schleswig tief durchdrungen sind, nur zu oft belehrt und geschädigt durch die Erfolge unserer Feindinnen, so sind wir nicht allein erschienen, und auch im Namen der deutschen Frauen und Jungfrauen des nördlichen Schleswigs genehmigen Ew. Durchlaucht den Ausdruck tiefgefühlten Dankes und innigster Verehrung.

Diesem Danke unser aller gegen Ew. Durchlaucht einen sichtbaren Ausdruck zu geben — denn wir möchten nicht nur mit Worten danken — wird der Deutsche Verein auf dem höchsten und schönsten Punkte des nördlichen Schleswigs einen hochragenden Thurm erbauen, hart am Strande des Belt, weithin sichtbar auch jenseits der Grenze des Deutschen Reiches, einen Bismarckthurm als ewiges Wahrzeichen deutscher Kraft und deutscher Freiheit. Möchten auch ihn Ew. Durchlaucht als ein Geburtstagsgeschenk treuer deutscher Männer huldreich annehmen!

Ihr alle aber hier, Männer und Frauen Schleswig-Holsteins, nochmals jetzt die Herzen und die Hände hoch: Heil, ewig Heil dem Größten aller Deutschen, der unser ganzes Vaterland frei gemacht hat von dem Drucke eines hochmüthigen Auslandes und der Schleswig-Holstein erlöset hat bis hinauf zur Königsau!

Heil unserm Bismarck, dem Befreier! Heil! Heil! Heil!

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn und meine Damen! Sie wissen, daß mir in den letzten Wochen, seit ich achtzig Jahre geworden

bin, zahlreiche Begrüßungen aus allen deutschen Gauen zu Theil geworden sind, von Ostfriesland bis in die deutschen Alpen hinein, und auch von den verschiedenartigsten Richtungen unsrer innern Politik. Ich bin weit entfernt, die Ehren, die damit verbunden sind, für meine Person in Anspruch zu nehmen (Rufe: Doch, doch!), sie gelten der Sache, sie gelten den Mitkämpfern, die ich ein Menschenalter hindurch gehabt habe; sie gelten auch mir, und ich bin dankbar dafür, wenn sie ausgesprochen werden. Aber ich würde doch in meinem Alter und bei meiner Körperschwäche mich der Aufgabe entziehn, gewissermaßen die Empfangsstelle für die Bekenntnisse deutschnationaler Gesinnung zu sein, wenn ich nicht der Ueberzeugung wäre, daß durch die Bethätigung der nationalen Gesinnung vermöge praktischer Handlungen und äußerlich wahrnehmbarer Erscheinungen sie in sich gestärkt wird (Zustimmung), und daß man in der Erinnerung an irgend eine Bethätigung dieser Gesinnung sein Gedächtniß auffrischt, und daß es zur Belebung und Kräftigung des nationalen Gefühls beiträgt, wenn der zu Grunde liegende Gedanke öffentlich und in freiem Worte Ausdruck findet — mag ich nun der Adressat davon sein oder die Gesammtheit meiner frühern Mitarbeiter. In Folge dessen halte ich mich nicht berechtigt, in einer falschen Bescheidenheit die Huldigungen, die mir widerfahren, dadurch abzuwehren, daß ich sie als persönliche auffasse. Ich betrachte sie als Bekenntnisse der nationalen Gesinnung (Zustimmung), und deshalb freue ich mich daran, und freue mich, wenn sie durch äußerliche Bekundungen bekräftigt werden. Unter diesen ist nun für mich vor allem die Ihrige von hohem Werth. Ich bin ja nicht in diesen Herzogthümern geboren und erzogen; ich bin von Haus aus Altpreuße, aber ich bin durch Einwanderung Schleswig-Holsteiner geworden auf diesem Boden, der zur Provinz gehört (Bravo!), und aus Ihrer Begrüßung entnehme ich das Zeugniß, daß Sie mich adoptirt haben. (Lebhafter Beifall.) Ich gehöre eben zur Provinz und bin stolz darauf, denn Ihr Land ist doch

nach meinen politischen Erinnerungen der Ausgangspunkt unsrer deutschen Entwicklung überhaupt gewesen. (Bravo!)

Wenn ich zurückdenke an die Zeit, wo ich zuerst mit der großen Politik in Berührung kam, so waren es zwei Fragen, die das deutsche Gemüth bewegten: Schleswig-Holstein und die deutsche Flotte. Beide stehn ja nothwendig in einem engen Zusammenhang, auf den ich mir erlauben werde zurückzukommen. Aber ich erinnere nur daran, daß, wie Sie alle wissen, die noch die Zeiten von 48 vor und nachher miterlebt haben, — ich erinnere nur daran, daß, als das Militair bei der Berliner Revolution unbeliebt war, man den ersten Versuch der Versöhnung dadurch machte, daß man die Truppen nach Schleswig-Holstein schickte, also sie in den Dienst der Frage stellte, die alle Gemüther schon damals beschäftigte. Ich erinnere daran, daß, wer irgend etwas wollte von der öffentlichen Meinung, in der Wahl oder sonstwie, der zog die Flagge der deutschen Flotte auf. Es waren das die beiden Fragen, die in den Jahren vor und nach 1848 unsre öffentliche Meinung absolut beherrschten, Fragen, auf welche sich das deutsche nationale Gefühl, das ja in schwachen Keimen damals vorhanden war, nach meiner Auffassung zuspitzte, sobald es sich äußern sollte.

Beide Fragen waren in ihrer praktischen Lösung außerordentlich schwierig. Vor Schleswig-Holstein lag nicht nur das Schloß des dänischen Besitzes und der geschichtlichen Tradition, sondern auch noch die Wachsamkeit der gesammten europäischen Großmächte, von denen keine dem deutschen Volke, und in specie damals dem preußischen Staate die Entwicklung gönnte, die man voraussah, wenn der deutsche nationale und maritime Ehrgeiz durch den Erwerb von Schleswig-Holstein — ermuthigt wurde, will ich mal sagen. Wir waren damals, Preußen, nicht so stark, wie jetzt das Deutsche Reich ist, es war die schwächste der Großmächte, es war in seiner Armee-Organisation nicht fertig, es befand sich in innern Kämpfen von größter Schwierigkeit, die so leidenschaftlich geführt wurden, daß auch die auswärtige

Geltung dabei nicht respectirt wurde. Wir konnten deshalb mit gewaltthätiger Entschlossenheit so sehr viel damals nicht durchsetzen in Bezug auf Schleswig-Holstein, und die Frage der deutschen Marine, die damit untrennbar verkoppelt ist, die konnte nicht gelöst werden, solange sieben oder ich glaube acht souveraine Staaten sich in die deutsche Seehoheit und maritime Kriegsberechtigung theilten — es waren das Hanover, Oldenburg, drei Hansestädte, Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Preußen in der Ostsee. Zwischen denen eine Einigung derartig zu Stande zu bringen, wie sie nothwendig ist, um eine nationale Flotte weit über das Weltmeer in einen einheitlichen Zusammenhang zu führen, das war eine Aufgabe, die zu überwinden ich mir, waghalsig wie ich damals war, doch nicht getraute. (Heiterkeit.) Wir haben in der andern, der schleswig-holsteinischen Frage, da uns die Großmächte das Land nicht gönnten theils aus Abneigung gegen die nationale deutsche Entwicklung, die sich auf diesen Punkt festgebissen hatte, theils auch aus Sorge über den mächtigen Zuwachs — über die haben wir uns mit Mühe hinweghelfen müssen.

Es war ja von preußischer Seite der Londoner Vertrag abgeschlossen. Wenn der in Geltung blieb, und der blieb wahrscheinlich in Geltung, wenn die Dänen nicht so aggressiv verfuhren, wie es schon mit der Casinopolitik im ersten Anfange — die ältern Herrn werden sich erinnern, was ich damit sagen will — und wie es später mit der Incorporation der Herzogthümer an irgend einem — 30. März, ich glaube 1863, geschah, wenn diese dänischen Herausforderungen nicht stattfanden, wenn die Verbitterung und die schlechte Behandlung der Deutschen unter dänischer Herrschaft nicht stattfanden, so ist gar kein zwingender Grund, anzunehmen, daß nicht auch in den Herzogthümern die Erinnerung an die Jahrhunderte langen wichtigen Beziehungen zum dänischen Königshause die Oberhand gewonnen hätte, und daß wir schließlich vielleicht mit einer Personalunion abgeschlossen hätten, deren Leitung aber immer in Kopenhagen geblieben wäre.

Es war für meine damalige politische Auffassung ja doch die Frage: Welche von den verschiednen Abstufungen schleswig-holsteinischer Unabhängigkeit sind erreichbar und welche nicht? und begehe ich nicht einen Fehler, wenn ich das Erreichbare, wie die Personalunion, a limine abweise, und dafür unter dem Zwange der Großmächte und ohne Unterstützung durch die geringe Macht Preußens, auf die ja Schleswig-Holstein zu meinem Bedauern sich zweimal ohne Erfolg verlassen hat, das Größre erstrebe? — ich war zweifelhaft, aber ich möchte nun dahin concludiren, daß Sie den Dänen wegen ihrer anspruchsvollen Herrschsucht Dank schuldig seien. (Heiterkeit.) Die Dänen haben das deutsche Widerstandsgefühl in die Höhe gezwungen durch ihre Hartnäckigkeit und durch die Kraft ihrer Bureaukratie da, wo sie wieder Herrscher geworden waren, nicht blos in den Herzogthümern selbst, sondern auch im übrigen Deutschland. Die Dänen waren es, die uns die Möglichkeit gegeben haben, schließlich in der schleswig-holsteinischen Frage noch einen Zipfel zu finden, an dem es möglich wurde, die deutsche Frage zu lösen. (Bravo! Heiterkeit.)

Ich habe im ersten Augenblick kein festes Vertrauen auf die Möglichkeit einer deutschen Flotte mit den sieben Ufer-Souverainen gehabt, und ich bin mit thätig gewesen beim Verkauf der angeblichen deutschen Flotte (Heiterkeit) — ich brauche blos den Preis zu nennen, der mir ungefähr in der Erinnerung ist; es wurden sechs schwere Fahrzeuge für 230000 Thaler verkauft (Heiterkeit), es war der Rest der deutschen Flotte, Fischer war der Auctionator, das ist mir noch in Erinnerung. Es gelang mir, als Bundestagsmitglied, für Preußen zwei von den Schiffen, die ich nicht ausgewählt hatte, sondern Sachkundige, für uns in Sicherheit zu bringen. Das war aber das einzige noch einigermaßen preiswürdig Verwendbare. Aber ich sagte mir: ohne Schleswig-Holstein keine deutsche Flotte, und in der deutschen Nation war das Gefühl lebendig: Wir wollen doch nicht in der Lage bleiben, daß uns ein Staat wie Dänemark die See verbieten kann, und

daß wir unter der dänischen Blokade ersticken müssen in der Ausfuhrlosigkeit, einem Staate von zwei Millionen Einwohnern gegenüber. Auch außerdem war es eine Frage der nationalen Würde, daß eine Nation wie Deutschland nicht in Zeiten der Krisis einer Flotte zweiter Classe zur See gewachsen sein sollte. Wir waren damals doch sehr viel schwächer als alle andern, wir waren den europäischen, amerikanischen, orientalischen Flotten nicht gewachsen. Mit den Flotten von England und Frankreich zu rivalisiren, würde ich für eine Uebertreibung halten, aber wir müssen zur See so stark sein, daß wir uns die See nicht von Mächten zweiter Classe, namentlich solchen, die wir zu Lande nicht langen können (Heiterkeit), verbieten lassen können, und das sind wir defensiv, wenn wir eine Anzahl von Schlachtschiffen haben, und namentlich müssen wir doch unsre Kauffahrer in fernen Meeren schützen können. Dazu gehören Kreuzer und mehr, als wir gegenwärtig besitzen. In meinen innern Sympathien habe ich mehr Neigung für Kreuzer als für Parade- und Panzerschiffe, aber ich bin nicht berufen, mitzureden in diesen Dingen, ich warte in Ruhe ab, was befohlen wird. Ich habe mir aber von Haus aus gesagt: ohne die Herzogthümer wird die Reichsregirung nie eine deutsche Reichsflotte haben können. Wenn die Herzogthümer in einer militairisch unabhängigen Situation blieben, wie damals von vielen Seiten erstrebt wurde, so in der Zeit namentlich, wo auch in Hanover noch Unabhängigkeitsbestrebungen in Bezug auf die Flotte herrschten — Hanover erstrebte eine deutsche Admiralsstellung — das wäre Theilwerk geworden. Da habe ich mir gesagt: wenn wir die Herzogthümer nicht besitzen und erwerben, dauernd, so werden wir nie eine große Seemacht werden können; die Herzogthümer und die Flotte sind unzertrennbar von einander, sie gehören zusammen. Auch in der geographischen Lage mit der der Bevölkerung sympathischen plattdeutschen Sprache niedersächsischen Ursprungs gehören sie zu uns. (Bravo!)

Ich habe von der ersten Eröffnung der Frage durch den Tod des Königs von Dänemark im November 1863 gleich die Ueberzeugung gehabt und vertreten, amtlich vertreten: „dat möt wi hebben." (Bravo!) Zu Anfang habe ich wenig Liebe gefunden, weder bei meinen heutigen engern Landsleuten, noch bei meinen amtlichen Mitarbeitern, noch auch höhern Orts; aber in mir saß die Ueberzeugung so fest, und meine Liebe zu diesem Lande und mein Glaube an die Kräftigung, die Preußen dadurch erfahren würde, war so groß, daß ich sagte: Und wenn wir die drei schlesischen Kriege mitsammt dem siebenjährigen darum führen sollten, so führen wir sie, aber haben müssen wir sie! (Bravo!)

Meine Herrn, ich habe ja damals nicht geurtheilt wie ein geborner Schleswig-Holsteiner, ich habe geurtheilt wie ein geborner Preuße, mit einer starken deutschen Empfindung, und habe mir gesagt: Soll Deutschland überhaupt sich consolidiren und zur See mächtig werden, so ist die Vermehrung der Mittelstaaten im Bunde nicht der Weg, auf dem wir dazu gelangen. Da habe ich schwere Kämpfe damals gehabt, und was mir zu Hülfe gekommen ist, das ist der deutsche Sinn der Bevölkerung dieser Lande an sich, die sind doch allmählich zur Besinnung ihrer Situation und der Situation des deutschen Volkes gekommen. Und das Bedürfniß, der großen deutschen Gemeinschaft enger anzugehören, hat sich mehr und mehr befestigt, schon vor dem Kriege von 1870, wo wir sechs Jahre nach der Annexion mit den schleswig-holsteinischen Truppen im Kriege schwere Gefahren bestanden haben, von denen kein einziger Soldat weder an seiner deutschen Gesinnung und seiner Fahnentreue schwach geworden ist, noch auch an seiner Körperkraft, daß sie versagt hat unter sehr schwierigen Verhältnissen. Ihre Regimenter haben ja damals an den schwierigsten Theilen der Winterfeldzüge von 1870/71 mit Theil genommen und haben sich geschlagen wie die Helden, wie man von dem alten nordalbingischen Blut nicht anders erwarten konnte. (Bravo!)

In Folge dieser Rückerinnerung nehme ich an, daß, wenn man über das, was vor dreißig oder vierzig Jahren hätte geschehen sollen, damals zweifelhaft war, doch heute über alle Zweifel der Art Absolution ertheilt worden ist (Zustimmung), bei Ihnen in Ihrer Heimath, und daß von Allen, die damals Gegner waren, eine Indemnität in den Herzen bewilligt worden ist (Zustimmung), und wenn unsre schleswig-holsteinische Bevölkerung einmal ihre Wahl mit Sachkunde getroffen hat, dann hält sie auch fest, und deshalb ist es mir nicht zweifelhaft, daß sich das „up ewig ungedeelt" nicht blos auf Schleswig-Holstein, sondern auch in Zukunft auf Schleswig-Holstein und das gesammte Deutschland immer mit Erfolg in Anwendung bringen läßt (Bravo!), und wer es aus einander bringen will, der muß ganz andre siegreiche Kriege führen, als wir gethan haben, um es zusammenzubringen. (Bravo!)

Nun, meine Herrn, die Versöhnung zwischen den frühern widersprechenden Meinungen hat ja einen äußerlichen Ausdruck gefunden in der Thatsache, daß wir eine Landsmännin von Ihnen, eine schleswig-holsteinische Prinzeß, zur Kaiserin haben, und ich glaube Ihnen deshalb einen landsmannschaftlichen Gruß zu bringen, wenn ich Sie bitte, mit mir ein Hoch auf die Kaiserin, die Prinzeß von Schleswig-Holstein, auszubringen. Sie lebe hoch!"

1. Juni: Grundsteinlegung zu dem von dem allgemeinen Verein alter Corpsstudenten gestifteten Bismarck-Denkmal bei der Rudelsburg (Akadem. Monatshefte No. 135 vom 26. Juni 1895).

Wortlaut der Stiftungsurkunde:

Aus Anlaß der Vollendung des achtzigsten Lebensjahres Sr. Durchlaucht des Altreichskanzlers Fürsten Otto von Bismarck, Herzogs von Lauenburg, haben durch Aufruf des Gesammt-Ausschusses des „Allgemeinen Vereins alter Corpsstudenten" aufgefordert, die Alten Herren aller deutschen Corps, voran Se. Majestät der Deutsche Kaiser und König von Preußen Wilhelm II. und Se. Majestät der König von Württemberg Wilhelm II., in Dankbarkeit gegen den großen Begründer des Deutschen Reichs und einstmaligen Reichskanzler sich vereinigt, um ihm bei der Rudelsburg ein Denkmal zu errichten. Hier, wo al-

jährlich zu Pfingsten die Abgesandten der Corps aller deutschen Hochschulen sich zur Berathung ihrer gemeinschaftlichen Angelegenheiten zusammenfinden, sollen durch das Standbild alle folgenden Geschlechter daran erinnert werden, daß Fürst Bismarck auch einer der Unsrigen ist, daß er, wie wir einst, das Band eines deutschen Corps in Ehren verdient und getragen hat. Deshalb wird dies Denkmal Otto von Bismarck als Jungburschen darstellen, Bildern aus seiner Jünglingszeit entsprechend. Das Modell, vom Bildhauer Robert Pfretzschner zu Berlin, Alter Herr der Suevia zu Freiburg und der Thuringia zu Jena, entworfen, ist am 27. April l. J. dem Fürsten Bismarck vom Gesammt-Ausschuß des „Allgemeinen Verbandes alter Corpsstudenten" überreicht worden und hat seine Billigung gefunden. Am heutigen Pfingstsonnabend, als dem Schlußtage der diesjährigen Kösener Berathungen, am 40. Jahrestage der Gründung des Kösener S.-C., hat in Gegenwart zahlreicher activer und inactiver Vertreter deutscher Corps, im Beisein der geladenen Ehrengäste und unter Betheiligung der unterzeichneten Mitglieder des Gesammt-Ausschusses, sowie der gleichfalls unterzeichneten Delegirten der Bezirksverbände des „Allgemeinen Verbandes alter Corpsstudenten" auf dem vom Eigenthümer Herrn Hauptmann von Schönberg auf Karipitsch bewilligten Boden die feierliche Grundsteinlegung stattgefunden. Die Enthüllung des fertigen Denkmals soll in diesem Herbste folgen.

Kösen, den 1. Juni 1895.

(Unterschriften.)

3. Juni: Fürst Bismarck empfängt eine Abordnung des hessischen Kreises Hofgeismar zur Entgegennahme der Urkunde über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts durch die 42 Landgemeinden des Kreises Hofgeismar.[1])

Wortlaut der Urkunde:

Die 42 Landgemeinden des Kreises Hofgeismar (Reg.-Bez. Kassel) haben durch einstimmigen Beschluß vom 27. März 1895 auf Grund des § 29 der Kurhessischen Gemeindeordnung vom 23. Oktober 1834 Sr. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck in dankbarer Anerkennung seiner unsterblichen Verdienste um die Einigung des deutschen Vaterlandes und Wiedererrichtung des Reichs das Ehrenbürgerrecht ertheilt, worüber diese Urkunde ausgefertigt und durch die einzelnen Bürgermeister vollzogen worden ist.

Hofgeismar, den 13. April 1895.

Der Königliche Landrath.
Beckhaus.

8. Juni: Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf zum Besuch des Fürsten in Friedrichsruh.

[1]) Die Deputation bestand aus den Herren Landrath Beckhaus und den vier Bürgermeistern Hold aus Zwergen, Peter aus Veckerhagen an der Weser, Dedolph aus Burguffeln und Rüppel aus Calden.

9. Juni: Eine Abordnung des Bundes der Landwirthe (130 Herren und Damen) in Friedrichsruh zur Begrüßung des Fürsten Bismarck und Ueberreichung eines silbernen Ehrenschildes und einer zu einer Stiftung bestimmten Summe von 10000 Mark.[1]) (H. N. 10. 6. 1895 No. 134 A.-A. B. N. N. 10. 6. 1895 No. 279 A.-A. Festbericht für die Mitglieder des Bundes der Landwirthe, Berlin 1895.)

Ansprache des Herrn v. Ploetz:

Durchlauchtigster Fürst!

Als die berufenen Vertreter des Bundes der Landwirthe nahen wir uns Ew. Durchlaucht, um den Gefühlen aufrichtiger Liebe und Verehrung Ausdruck zu geben.

Wie jeder national denkende Deutsche in Ew. Durchlaucht den großen Staatsmann verehrt, welchem es vergönnt war, an der Seite des hochseligen unvergeßlichen Kaisers Wilhelm den Traum in die Wirklichkeit überzuführen, welcher seit Jahrhunderten den Deutschen aller Stämme vorschwebte, so bewundern wir Ew. Durchlaucht als den Genius, welcher es verstanden hat, alle entgegentretenden Schwierigkeiten zu überwinden und das Deutsche Reich auf so feste Füße zu stellen, daß es auf dem ganzen Erdenrunde sich die höchste Achtung zu verschaffen wußte.

Wir als Landwirthe erkennen es aber außerdem noch von ganzem Herzen dankbar an, daß Ew. Durchlaucht stets ein Beschützer und Förderer der Landwirthschaft waren. Und wenn auch in den Zeiten, als Ew. Durchlaucht der erste Rathgeber dreier deutscher Kaiser waren, so manche trübe Wolke für den Landwirth sich aufthürmte, so haben wir dies doch geduldig ertragen und niemals den Muth sinken lassen, weil wir wußten, daß unser Reichskanzler der rechte Mann an der rechten Stelle war, und daß er die richtigen Mittel und Wege finden werde, sobald er sehen würde, daß ein so bedeutsamer Stand, wie der der Landwirthschaft, unter der geltenden Wirthschaftspolitik in Noth gerathe. So kam es auch, daß Ew. Durchlaucht zu rechter Zeit in weiser Fürsorge für die producirenden Stände die Wege bahnten, um die productive Arbeit durch eine weitsichtige und fürsorgende Wirthschaftspolitik zu schützen. Ew. Durchlaucht haben dadurch ein weiteres Blatt dem unvergänglichen Lorbeerkranze zugefügt, welchen Ew. Durchlaucht bei der

---

[1]) Die unter den Mitgliedern des Bundes der Landwirthe veranstaltete Sammlung zur Bismarckehrung belief sich auf 22316 Mk. 53 Pfg.

Schöpfung des Deutschen Reiches geerntet haben. Wir aber sind überzeugt, daß nicht nur bei uns Landwirthen, sondern auch bei unsern Kindern und Kindeskindern der Dank für Ew. Durchlaucht ein unauslöschlicher sein wird.

Noch hat Deutschland seine Culturmission nicht erfüllt, noch müssen wir vorwärts streben, und deshalb erscheint es uns absolut sicher, daß auf die Dauer der Niedergang der producirenden Stände, wie er jetzt leider zu Tage getreten ist, nicht andauern kann.

Die Hohenzollern auf dem Kaiserthrone und die deutschen Fürsten werden stets über Deutschlands Wohl und Wehe wachen und zur rechten Zeit dafür eintreten, daß die Grundveste für Thron und Altar und Vaterland, der Bauernstand sowohl wie die gesammten Mittelstände, nicht weiterem Verfall überlassen werden. Und möge es in Deutschland der Krone niemals an Rathgebern fehlen, welche mit ebenso hoher Einsicht und Entschlossenheit ihre Pflicht erfüllen, wie Ew. Durchlaucht ein solch' erhabenes Beispiel an Vaterlandsliebe gegeben haben, gestützt auf wahre Gottesfurcht und echte Königstreue.

Wenn uns Landwirthe die treue Verehrung und tiefe Dankbarkeit hierher zu Ew. Durchlaucht Ruhesitz geführt hat, so kommen wir nicht allein, sondern auch deutsche Frauen und Jungfrauen begleiteten uns als Vertreterinnen des landwirthschaftlichen Gewerbes, und dies darf wohl als ein Beweis gelten, daß gerade unter den deutschen Landwirthinnen die Verehrung für unsern greisen Alt-Reichskanzler eine so hohe ist, wie sie einem Staatsmann wohl noch niemals entgegengebracht wurde.

Ew. Durchlaucht möge es nun gefallen, als ein kleines Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung, welche im Bunde der Landwirthe tief wurzelt, diese Adresse und gleichzeitig als Symbol der Treue und Standhaftigkeit diesen Schild aus edlem Metalle entgegenzunehmen.

Möge für spätere Generationen damit der Beweis geliefert werden, daß in Deutschland man nicht vergessen hat, seine größten Männer zu ehren.

Sodann wollen Ew. Durchlaucht uns gestatten, die Summe von 10000 Mark zu übergeben mit der Bitte, dieselben einem nationalen Zwecke zu überweisen. Die Summe ist aufgebracht durch Sammlung in grundsätzlich ganz kleinen Beiträgen Seitens unserer Mitglieder.

Gott schütze Ew. Durchlaucht noch lange Jahre, und Sie, meine Damen und Herren, bitte ich, einzustimmen in den jubelnden Ruf: Se. Durchlaucht Fürst Bismarck, er lebe hoch!

Die überreichte Adresse hat folgenden Wortlaut:

Durchlauchtigster Fürst!

Die unsterblichen Verdienste Ew. Durchlaucht als Mitbegründer unseres geeinten Deutschen Reichs gehören der Geschichte an!

Wir Landwirthe haben besondere Veranlassung, dankbar der Zeiten zu gedenken, als Ew. Durchlaucht mit kraftvoller Hand den gesetzgebenden Factoren die Wege einer nationalen Wirthschaftspolitik wiesen, welche für jede redliche und harte Arbeit einen gerechten Lohn gewährleistete.

Wir durften Ew. Durchlaucht stets als einen der Unseren betrachten, waren wir doch sicher, daß unser Wohl bei dem eisernen Kanzler an jeder Stelle und zu jeder Zeit die Förderung fand, die nöthig ist, wenn das Vaterland seinen inneren und äußeren Feinden gegenüber fest bleiben soll.

Millionen deutscher Herzen gedenken heute in Liebe und Verehrung des größten Deutschen, Tausende kommen, um diesen Gefühlen Ausdruck zu verleihen.

An diesem Tage dürfen auch wir Vertreter von 200 000 Landwirthen aller deutschen Gaue in den Reihen Derer nicht fehlen, welche Ew. Durchlaucht zum 80. Geburtstagsfest herzliche Segenswünsche persönlich darbringen.

Ein bescheidenes Angebinde, welches Ew. Durchlaucht recht oft daran erinnern möge, mit welcher Anhänglichkeit und Verehrung der deutsche Landmann seines großen Kanzlers immer gedenken wird, bitten wir, gütigst entgegen zu nehmen.

Wir verharren

Ew. Durchlaucht

treu ergebener

Gesammt-Ausschuß des Bundes der Landwirthe.

(Unterschriften des Bundes-Vorstandes.)

Fürst Bismarck erwiderte:

Ich bitte die Herrn zunächst, meinem Beispiel zu folgen und sich zu bedecken, um die Sonnenblende zu vermeiden. —

Meine Herrn und Damen! Sie bringen mir in Ihrer Adresse und in dem schön gearbeiteten begleitenden Schild einen Beweis der Anerkennung der Vergangenheit, in der es mir vergönnt war, an den Geschicken unsres Vaterlandes thätig mitzuwirken, und als solcher, als ein Anerkenntniß für die Vergangenheit, ist es ja für einen alten Politiker, der am Abend seines Lebens steht, doch höchst werthvoll, dieses Zeugniß seinen Kindern zu hinterlassen. Ich würde gern mit Ihnen noch weiter gemeinsam arbeiten,

um die Zukunft den Wünschen und Bedürfnissen unsres Volkes entsprechend zu gestalten, aber dazu versagen sich mir die Kräfte, und selbst den geringen Einfluß, den ich auf Grund meiner politischen und wirthschaftlichen Erfahrungen auf die Gestaltung unsrer Zukunft noch üben könnte, bitte ich außer Rechnung zu lassen. Ich kenne die Absichten unsrer Gesetzgeber nicht und habe keinen Einfluß auf dieselben.

Es ist ja auch schwer, einen Einfluß auf unsre Zukunft wieder zu gewinnen, nachdem vor einigen Jahren für längere Zeit darauf verzichtet worden ist. Wir sind festgelegt durch die Handelsverträge; an diesen können wir ehrlicher Weise nichts ändern, solange sie gelten, und wir müssen, um doch nicht müssig zu bleiben, ins Auge fassen, was wir ohne deren Aenderung für die Landwirthschaft thun können. Da sind ja noch manche sogenannte kleine Hülfen, die in der Hand der Regirung und der Gesetzgebung stehn, aber bei denen auch die Landwirthe selbst durch ihre Abgeordneten zur Gesetzgebung mitwirken können und mitzuwirken haben. Das ist in den letzten fünf Jahren meiner Ueberzeugung nach doch nicht mit dem Nachdruck geschehn, wie es hätte geschehn können. (Sehr richtig!) Als ich ausschied aus dem Dienste, da kam ja doch ein — ich möchte sagen nach neuerm parlamentarischen Ausdruck — ein „unlautrer Wettbewerb" der Fractionen zum Vorschein (Heiterkeit), wer die Erbschaft antreten könnte, wer sich hinreichend lieb Kind machen könnte, um das Heft in die Hand zu bekommen, ein Wettbewerb der herrschenden Fractionen um den Ministerposten, den der Eine oder Andre begehren mochte. So lange ich im Dienste war, hatte sich der Ehrgeiz in der Richtung schweigend und zurückhaltend verhalten. Sobald die unerwartete Freiheit der Carriere entstand, glaubte jeder, daß ihm zunächst der blaue Brief bevorstände (Heiterkeit), und dieser Stimmung verdanken wir die Annahme der Handelsverträge (Zustimmung) und die Demüthigung, der die Parlamente sich unterzogen haben, daß sie in wenig Wochen Fragen von der Trag=

weite — durchpeitschten, darf ich wohl sagen, ohne sie näher prüfen zu können. (Bravo! Sehr richtig!)

Der erste Schaden war, daß wir zu einer Zeit, wo wir das Geld nöthiger wie je zu einer Verstärkung unsrer Wehrkraft gebrauchten, auf durchschnittlich vierzig Millionen Zolleinkünfte verzichteten, die ohne irgend eine Belästigung, ja mit Nutzen für das Inland in unsre Staatscasse flossen. Ich will in der Kritik nicht weiter gehn, denn ich habe in Rückblick auf meine Vergangenheit und auf meine ganze Stellung zu unsern monarchischen Einrichtungen doch nicht den Beruf der Kritik; hätte ich den, so wäre ich vor ein paar Jahren, wo ich Reichstagsabgeordneter war, hingegangen nach Berlin und hätte von der Leber weg geredet. (Bravo!) Wenn ich das aber ganz freien Herzens gethan hätte, so fürchte ich, daß vielleicht doch noch der Eindruck gekommen wäre, daß Richter und Bebel die bessern Menschen im Vergleich mit mir wären. (Stürmische Heiterkeit.) Denn ich habe da, wo ich die Verpflichtung fühlte zu fechten, nie eine Mördergrube aus meinem Herzen gemacht. (Bravo!) Aber ich thue es jetzt. Ich habe keine Verpflichtung zu fechten, ich bin nur noch ein zuschauender Privatmann, der mit herzlichem Danke die Anerkennung entgegennimmt, die ihm seine Vergangenheit mit Gottes Hülfe geschaffen hat. Unsre Sache — wenn ich sage „unsre", so meine ich die der Landwirthe, denn ich bin Landwirth von Haus aus (Bravo!), ich bin es gewesen, ehe ich Beamter wurde und ehe ich Minister wurde, und als Minister habe ich natürlich keiner Fraction angehören können, sondern nur dem Vaterlande und dem König. . .[1]) (Bravo!)

Jetzt kann ich wieder fest für meine alte landwirthschaftliche conservative Fraction leben, und da möchte ich meine Berufsgenossen bitten, bei den Wahlen — was ja die einzige Waffe ist, die uns jetzt zu Gebote steht, die einzige Mitwirkung in Bezug auf unsre Gesetzgebung, aber

[1]) Der Satz ist unvollendet.

eine, ich bedaure es, vernachlässigte Mitwirkung in den letzten Jahren — bei den Wahlen mehr als bisher auf die Vertretung unsrer Interessen zu sehn. (Zustimmung.)

Wie die Wahlen bei uns zuerst aufkamen, da standen ja die politischen Meinungsverschiedenheiten im Vordergrunde. Wer alt genug ist, sich zu erinnern, wie die Programme 48, 49 wie die Spargel aus der Erde schossen überall und wie man daran tüftelte, wer etwas politisch noch anders ausdrücken konnte, wie ein Andrer, — der wird gleich mir das Gefühl haben, daß diese politischen Haarspaltereien sehr in den Hintergrund getreten sind im Vergleich mit den materiellen Interessen, die es gilt im Leben zu vertreten. Um sie zu vertreten und mit Sicherheit vertreten zu sehn durch unsre Abgeordneten, müssen wir doch Mitinteressenten wählen und nicht solche Abgeordnete, deren Interessen nachher vorzugsweise in Berlin bei den Leuten ohne Halm und ohne Ar liegen (Große Heiterkeit, Bravo!), sondern die festhalten zu ihren Wählern. Früher konnte man ja ohne Weitres einen Landrath wählen; der war ein mit dem Kreise ohne Scheidungsmöglichkeit vertrauter Genosse, der mit siebzig Jahren als Landrath, da wo er gewählt war, starb, und der den Kreis überhaupt vertrat. Heutzutage hat der Ausdruck Landrath für den Wähler noch natürlich und Gott sei Dank etwas Bestechendes; aber es sind doch in der Mehrzahl junge Beamte, die so bald als möglich aus der untern Stufe des Landraths in höhere gelangen wollen und die ihre Wahl unter Umständen als Treppe dazu betrachten.

Ich würde ferner bei Abgabe meines Votums als Wähler mir auch den Candidaten darauf ansehn: hat der Mann etwa den Wunsch, Minister zu werden in Berlin? (Heiterkeit.) Dann würde ich ihm ganz gewiß die Stimme nicht geben, denn dann liegt sein ganzes Interesse in der Ebnung seines Wegs, in der Verfolgung seiner Carriere, und er wird seine Wähler vergessen und Berlin im Gedächtniß halten.

Ferner würde ich mir auch die Frau ansehn, die mitgeht. Hat die ein Bedürfniß, in Berlin zu wohnen, und dort gesellschaftlich eine Rolle zu spielen und eine Stellung zu gewinnen, so würde ich den Mann auch nicht wählen (Heiterkeit); nachher wenn er wirklich Minister wird, so wächst er fest vermöge der conservativen Richtung der Frau in der Wohnung als Minister, die dem Manne immer wie ein zu weit gemachter, ererbter oder vom ältern Bruder überkommner Rock sitzt (Große Heiterkeit); der Frau fehlt aber immer noch ein Zimmer in dieser großen Wohnung; sie hofft es aber noch zu erlangen, und sie kann sich deshalb nicht trennen. Dann entstehn die Kleber als Minister, von denen nicht zu erwarten ist, daß sie irgend welche landwirthschaftliche Interessen mit Energie bei ihren Collegen vertreten. (Bravo!)

Und deshalb, wenn wir mal wieder wählen, wählen wir vor allen Dingen keine Streber, sondern Leute von unserm Fleisch und Blut, die denselben Regen fühlen, unter dem wir naß werden, und sich über denselben Sonnenschein freuen, unter dem unser Korn gedeiht. (Bravo!) Halten wir fest an der Interessenvertretung! Die Landwirthschaft ist das erstgeborne Gewerbe und dasjenige, was doch auch heut noch die relative Majorität unter allen Gewerbebetrieben im Deutschen Reiche hat — sie ist aber bei Weitem nicht das erstberücksichtigte. Das erstberufene mag sie sein, aber es gehn ihr alle andern vor, weil die Landwirthe eben nicht in der Stadt wohnen und nicht den Einfluß auf die Vorbereitung unsrer Gesetze haben.

Aber die Herrn, die ihr Gehalt beziehn, es mag gutes oder schlechtes Wetter sein, und weiter nichts beanspruchen, die sind es, die unsre Gesetze vorbereiten und soweit bringen, daß der Landwirth aus der Provinz, der nach Berlin kommt, nach seiner ganzen Vorbildung nicht in der Lage ist, etwas daran zu ändern. Er ist immer in der Lage, nein zu sagen, ist aber sein Fractionschef ein Mann, der Minister werden will, dann darf er nicht nein sagen, und

uns Landwirthe drückt der Schuh nachher, den sie in Berlin arbeiten. Und deshalb möchte ich empfehlen, daß wir uns des berechtigten Mittels, was wir bei den Wahlen haben und in der parlamentarischen Mitwirkung an der Gesetzgebung, doch mehr und etwas muthiger bewußt werden, als bisher in der Praxis erkennbar ist, und daß wir der Gesetzmacherei ohne Halm und Ar den Kriegsruf entgegensetzen: Für Halm und Ar! (Stürmischer Beifall), für jeden ehrlichen productiven Erwerb, für Handwerk und Industrie! Wir alle, die wir produciren — wir müssen zusammenhalten gegen die Drohnen, die uns regiren, aber nichts produciren als Gesetze, und dazu reichlich!

Nun meine Herrn, ich habe leider gehört, daß Sie Ihre Anwesenheit hier auf sehr kurze Zeit beschränkt haben, und ich unterdrücke deshalb, was ich sonst noch hätte sagen können und schließe meine Aeußerung mit der Bitte, mit mir zusammen den ersten Grundbesitzer unsres Landes, den Kaiser, leben zu lassen, der doch auch nicht blos als Landesfürst und Fleisch und Blut von unserm Fleisch und Blut fühlen muß, wie diese große Menge seiner treuesten und vielleicht finanziell am meisten belasteten Unterthanen leidet, sondern dem ich auch wünschte, daß die alte vornehme Art, nach der ein regirender Herr — bei uns wenigstens — keine Geldabfindung vom Staat empfing, sondern seine ihm angestammten Güter behielt und aus ihnen heraus wirthschaftete und auf diese Weise mit der Landwirthschaft und mit dem Lande jede Bewegung fühlte, an seinen eignen Ergebnissen, ...[1]) Nun, das ist ein frommer Wunsch, der sich nicht verwirklichen wird. Ich gebe ihm hier nur Ausdruck, um meinen Gedanken zu beleuchten. Ich würde sonst noch weiter gehn und sagen: Gebt jedem Staatsminister eine Domäne, von deren Ertrag er zu leben hat, (Heiterkeit, Bravo!) oder betheiligt ihn an einer Industrie, deren Erträge sein Einkommen bilden. Aber daß dieses Einkommen, es mag gut oder schlecht gehn, unter allen

---

[1]) Ergänze: „wieder eingeführt würde“ oder „noch Geltung hätte“.

Umständen gesichert bleibt, das paßt nicht zu der menschlichen Schwäche. Wenn es mit herauf- und heruntergeht mit dem Wohlbefinden des Staates und der Regirten, dann ist er doch aufmerksamer und wehrt sich mit. Also das nur zur Beleuchtung. Diese mehr theoretische Unzufriedenheit mit den bestehenden heutigen Verhältnissen hindert übrigens nicht, der Verehrung für den Kaiser Ausdruck zu geben, und ich bitte Sie, meine Herrn, Se. Majestät den Kaiser, unsern größten Grundbesitzer, den berechtigten und verpflichteten Schutzherrn der Landwirthschaft und aller productiven Gewerbe, hochleben zu lassen. Seine Majestät der Kaiser, er lebe hoch!

Nachdem das Hoch verklungen war, sagte der Fürst entschuldigend:

Ich kann leider nicht alle Herrn und Damen zu mir zum Frühstück einladen. Die Localität reicht nicht. Aber soviel Plätze da sind, soviel Gäste sind mir herzlich willkommen.

Beim Frühstück beantwortete Fürst Bismarck eine Ansprache des Dr. Rösicke, der ihm die Grüße der deutschen Bauern überbrachte,[1]) mit folgenden Worten:

Ich danke Ihnen sehr für die beredten Worte, die Sie mir gewidmet haben. Ich kann in Wahrheit sagen, daß ich ein deutscher Bauer bin. Vor fünfzig oder sechzig Jahren erwarb ich in Schönhausen einen Bauernhof und mußte daher auch im juristischen Sinne als Bauer betrachtet werden. Politisch und wirthschaftlich habe ich stets auf dem Standpunkte gestanden, daß der deutsche Bauernstand geschützt werden müßte, und habe somit stets als Bauer empfunden. Ich danke Ihnen.

11. Juni: Großherzog und Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin bei Fürst Bismarck in Friedrichsruh.

12. Juni: Die Oberbürgermeister von Karlsruhe, Baden-Baden, Bruchsal, Constanz, Heidelberg, Lahr, Freiburg, Mannheim

[1]) Sie ist in ihrem Wortlaut im Festbericht S. 5 veröffentlicht.

und Pforzheim[1]) überreichen dem Fürsten Bismarck einen gemeinsamen Ehrenbürgerbrief dieser Städte, Oberbürgermeister und Stadtverordnetenvorsteher Wagner den Ehrenbürgerbrief von Ulm (H. N. 13. 6. 1895 No. 137 M.-A. Badische Presse 15. 6. 1895 No. 137).

Wortlaut der Ehrenbürgerbriefe:

1.

Die der Städteordnung unterstehenden Badischen Städte haben
Se. Durchlaucht dem Fürsten Bismarck
in nie verlöschender Dankbarkeit für seine unvergleichlichen Verdienste um das Vaterland zum Ehrenbürger ernannt und bezeugen dies durch die gegenwärtige Urkunde.

2.

Dem Fürsten Bismarck,
dem Neubegründer des Deutschen Reiches,
ertheilen in dankbarer Verehrung die bürgerlichen Collegien der vormals freien Reichsstadt Ulm
das Ehrenbürgerrecht.

1. Ansprache des Oberbürgermeisters Schnetzler.

Durchlauchtigster Fürst!

Der 80. Geburtstag, den Ew. Durchlaucht am 1. April d. J. feierten, hat dem deutschen Volke neuen Anlaß gegeben, auf Ihr reiches, wirkungsvolles, wunderbar gesegnetes Leben zurückzublicken und sich die Wohlthaten, die ihm daraus erwachsen sind, aufs Neue zu vergegenwärtigen. Unter allen aber, die Ew. Durchlaucht an jenem Tage mit Liebe, Stolz und Bewunderung gedachten, hat Niemand ein besseres Recht und eine dringendere Pflicht zu inniger Dankbarkeit als die Städte unseres badischen Heimathlandes. Zunächst an der Grenze gegen einen gefährlichen, unberechenbaren Nachbarn gelegen, einem kleineren, für sich allein unmächtigen Staate angehörig, mußten sie die Uneinigkeit und die daraus entspringende Schwäche der deutschen Nation besonders schmerzlich empfinden und eben darum durch die Errichtung des Reiches und die Wiederherstellung der Macht und Größe des Vaterlandes sich besonders beglückt fühlen.

Sie haben auch unter dem Schutze des Reichs einen Aufschwung genommen, den vorher Niemand hatte ahnen können, und ihre Bürgerschaft hängt daher in dankbarer Verehrung an dem einzigen Manne, der so Großes an ihr vollbracht hat.

---

[1]) Schnetzler, Gönner, Dr. Gautier, Weber, Dr. Wilkens, Dr. Schlusser, Dr. Winterer, Beck, Habermehl.

Ein Zeichen dieses Gefühls haben wir heute Ew. Durchlaucht zu überbringen: den Ehrenbürgerbrief der badischen Städte, und wir bitten Sie, ihn gütig hinzunehmen und dabei überzeugt zu sein, daß er der Ausdruck einer längst gefestigten, treuen und unwandelbaren Gesinnung ist.

Wir danken Ew. Durchlaucht nicht nur, was Sie gewirkt und geschaffen haben, nicht nur die staunenswerthen, äußeren Erfolge, sondern in gleichem Maße Ihr inneres Wesen, eine Persönlichkeit so groß, so wahrhaft, so gewaltig, daß sich noch in fernster Zukunft die Guten an diesem edeln Beispiel aufrichten und erquicken werden. Wir aber schätzen uns glücklich, in einer Zeit gelebt zu haben, die durch das Walten einer solchen Persönlichkeit ihr Gepräge erhalten hat, und wir können unserm Volke nichts Besseres wünschen, als daß es seines größten Mannes immer werth bleibe.

Möge Ew. Durchlaucht sich der Liebe, Dankbarkeit und Bewunderung, die Ihnen in so reichem Maße, so ernst und so uneigennützig, wie noch niemals einem Sterblichen schuldigerweise entgegengebracht wird, noch lange, noch so lange, als es Menschenloos nur irgend gestattet, erfreuen und aus dem mächtigen Wiederklange Ihres Wirkens und Wesens einen guten Glauben an die Zukunft des Vaterlandes schöpfen.

2. Ansprache des Oberbürgermeisters Wagner:

Ew. Durchlaucht überreicht die Vertretung der zweiten württembergischen Stadt, der früheren Freien Reichsstadt Ulm, diesen Ehrenbürgerbrief. Die ehemaligen Reichsstädter, für deren Heimath aus der Ohnmacht und Zerrissenheit des alten Deutschen Reiches so unsägliche Drangsale erwachsen sind, sie wissen, welch' großen, welch' unendlichen Dank Ew. Durchlaucht der Deutsche für die Wiederaufrichtung der Macht und Größe des Deutschen Reiches schuldet, und diesem Dankgefühl, in dem der erlauchte Fürst unseres Landes mit uns einig ist, wollen auch wir Ausdruck geben, auch wir wollen Zeugniß ablegen, daß bei dem deutschen Volke die Dankbarkeit und Treue kein leerer Wahn sind.

Von der Donau zum Sachsenwald bringen wir die innigsten Segenswünsche unserer Mitbürger.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn! Ich danke Ihnen von Herzen für Ihre freundschaftliche Begrüßung. Wenn Jemand die größte Zeit seines Lebens darauf verwandt hat, an einem Baue

zu arbeiten, so hat er natürlich bis an sein Ende ein Interesse daran, zu sehen, ob er hinreichend festgefügt ist, und jedes Zeugniß, welches ich dafür erhalte, daß die Bewohner des Baues mit ihm zufrieden sind und an seine Festigkeit glauben, ist für mich um so werthvoller, je älter ich werde. Ich gehöre zu den Leuten, die Werth auf eine gute Grabschrift legen und auf ein gutes Zeugniß meiner Mitbürger. Und gerade vom entferntesten Süden und Südwesten ist mir besonders werthvoll: einmal, daß Sie sich wohlfühlen, und zweitens, daß Sie an die Haltbarkeit des Baues, so wie er ist, glauben.

Das Großherzogthum Baden hat ja durch seinen Landesherrn und durch die Gesinnung seiner Bewohner einen wesentlichen Antheil an der nationalen Bewegung genommen, manchmal unbequem, manchmal förderlich, und wir haben in Berlin abwarten müssen, bis die Verhältnisse in Europa, und namentlich in Deutschland so weit reif waren, daß wir die Maingrenze fallen lassen konnten. Baden allein in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, war nicht angängig, wir mußten den größern süddeutschen Block, den Bayern und Württemberg bilden, doch nothwendig gleich mit herein haben und so lange abwarten, bis dies der Fall war. Es ist dies ja ein großer und schöner Rückblick, der sich mir beim Abschluß meiner politischen Laufbahn gewährt, daß nicht blos äußerliche Einheit, sondern auch innerliche Einmüthigkeit zwischen dem Norden und Süden, zwischen Land und Stadt, zwischen Militär und Civil herrscht. Wie ich Minister wurde, war ich allein nicht hinreichend, den Zwiespalt zu beseitigen, der zwischen dem Bürger- und dem Wehrstande damals bestand und der allein schon genügte, die nationale Stärke zu gefährden. Das Alles hat sich geglättet und ist geschwunden und kommt, so Gott will, nicht wieder; und Allen, die daran mitwirken und mitgewirkt haben, kann ich nur als competenter Zeuge meinen herzlichsten Dank sagen.

Und auch der alten Reichsstadt Ulm hat die vaterländische Gesinnung niemals gefehlt; sie wird feststehen, wie

ihr Münster, der der schönste war, ehe der Kölner fertig wurde; dem Straßburger fehlt ja ein Ohr.

Ich bin leider etwas krank und matt, ich bin augenblicklich zu einem Barometer geworden, jeder Witterungswechsel macht sich an meinem Körper fühlbar, und ich habe deshalb das Bedürfniß, mit den Herrn mich hinzusetzen und more germanico zur Stärkung ein Glas zu trinken. Aber ehe wir dahin gehn, bitte ich Sie noch, den Ausdruck meiner Dankbarkeit für die Mitwirkung, die ich aus Baden und namentlich aus badischen bürgerlichen Kreisen gehabt habe, dadurch zu bethätigen, daß Sie mit mir das Hoch Ihres Landesherrn, meines Gönners, des Großherzogs, ausbringen. Se. Königliche Hoheit lebe hoch!

15. Juni: Schreiben an den Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine: Dank für die Verleihung der Ehren-Mitgliedschaft:

Den Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine bitte ich für die Verleihung seiner Ehrenmitgliedschaft und für die Uebersendung des so geschmackvoll ausgestatteten Ehrenbriefes meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

Wortlaut des Ehrenbriefes:

Durchlauchtigster Fürst!

In dem Jahre, in dem zum fünfundzwanzigsten Male die Gedenktage des großen Krieges wiederkehren, der Deutschlands Träumen und Sehnen erfüllte, vollenden Ew. Durchlaucht das 80. Lebensjahr. Alldeutschland hält es für eine heilige Pflicht, an diesem Gedenktage dem Manne seine Huldigung darzubringen, der in dem Bunde der deutschen Fürsten und deutschen Stämme die unerschütterliche Grundlage für die Größe und Wohlfahrt, die Herrlichkeit und die Macht des Vaterlandes geschaffen hat. — Mit der Entwickelung und der Größe des Deutschen Reiches unzertrennlich verbunden ist die Entfaltung der Reichshauptstadt Berlin. Was Berlin Ew. Durchlaucht verdankt, den es mit Stolz zu seinen Mitbürgern zählt, das wird kaum ein Stand besser zu ermessen und dankbarer anzuerkennen vermögen, als der der Grundbesitzer.

Der Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine, der die ganz überwiegende Mehrzahl der seßhaften Bevölkerung der Reichshauptstadt in sich vereinigt, hat deshalb in seiner Sitzung am 12. März d. J. den einstimmigen Beschluß gefaßt,

Ew. Durchlaucht die Ehrenmitgliedschaft zu verleihen und zur Urkunde dessen diesen Ehrenbrief auszufertigen.

Berlin, den 1. April 1895.

Bund der Berliner Grundbesitzer-Vereine.

16. Juni: Schreiben an den Bürgermeister von Kempten: Dank für Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Ew. Hochwohlgeboren bitte ich, den vier schwäbischen Städten, welche mich durch die Verleihung ihres Bürgerrechtes ausgezeichnet haben, für die Uebersendung des künstlerisch so reich und so geschmackvoll ausgestatteten Bürgerbriefes meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

Wortlaut der Urkunde:

Dem ruhmreichen ersten Kanzler des neuen Deutschen Reichs, der aus den deutschen Landen ein Ganzes und dem deutschen Volke ein Vaterland schuf, dessen ganzes Leben und Wirken, Denken und Fühlen immerdar nur Kaiser und Reich, der Sorge für Stadt und Land, für Bürger, Bauer und Arbeiter gewidmet war,

Sr. Durchlaucht

dem Fürsten Otto von Bismarck-Schönhausen,

verleihen dankerfüllten Sinnes die Gemeinde-Collegien der unterfertigten schwäbischen Städte das Ehrenbürgerrecht, worüber Urkunde ausgefertigt wird.

Am 1. April des Jahres 1895.

Magistrat der Kgl. Bayerischen Stadt

Kaufbeuren, Kempten, Neuburg a. D., Nördlingen.

18.—21. Juni: Einweihung und Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals durch Kaiser Wilhelm II.[1])

20. Juni: Major v. Wißmann zum Besuch des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh.

24. Juni: Die Reichstagsabgeordneten Commerzienrath Münch-Ferber aus Hof und Bürgermeister Bayerlein aus Bayreuth überreichen dem Fürsten Bismarck die Ehrenbürgerbriefe der Städte Hof und Bayreuth:

---

[1]) Auch Fürst Bismarck war zur Eröffnungsfeier eingeladen, doch durch sein Befinden am Erscheinen verhindert.

Wortlaut der Urkunden:

1.

Sr. Durchlaucht

dem Fürsten Otto v. Bismarck,

dem großen Staatsmann, welcher dem Deutschen Volke das Deutsche Reich wiedergab und es lange Jahre kraftvoll lenkte, haben anläßlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres die Gemeinde-Collegien Bayreuths zu seiner und ihrer Ehrung durch einstimmige Beschlüsse das

Ehrenbürgerrecht

ihrer Stadt verliehen.

Zu dessen Beurkundung

Bayreuth, 1. April 1895.

Die Vorstände der beiden Gemeinde-Collegien.

2.

Die Stadt Hof hat nach Beschlüssen ihrer beiden gemeindlichen Collegien vom 4. und 5. März d. J. Sr. Durchlaucht dem Fürsten Otto von Bismarck, dem ersten Kanzler des wieder aufgerichteten Deutschen Reiches, in dankbarer Anerkennung der großen Verdienste Höchstdesselben um die Neubegründung des Reiches das

Ehrenbürgerrecht der Stadt Hof

verliehen, worüber diese Urkunde ausgefertigt wird.

Hof, den 1. April 1895.

Der Magistrat der Königl. Bayerischen Stadt Hof.

Nach Entgegennahme der beiden Urkunden sagte Fürst Bismarck u. A.:

Es ist für mich eine hohe Auszeichnung, namentlich da wir früher mit Bayreuth einen dynastischen Zusammenhang gehabt haben, lange Zeit unter derselben Dynastie gestanden sind und auch später einmal kurze Zeit unter denselben preußischen Königen. Diese Erinnerungen wurden 1866 vor dem Friedensschlusse wachgerufen, und ich habe meinem hohen Herrn damals gesagt: Bayreuth ist nun seit zwei oder drei Menschenaltern mit dem bayerischen Staate verwachsen, hat sich eingelebt und ist für Bayern treu. Die Beziehungen zu Preußen dagegen und zu Brandenburg waren in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ganz kurz und haben keinen dauernden Eindruck hinterlassen. So wie ich die Sache auffasse, ist die ganze

Stimmung der Einwohner der ansbachischen Markgrafschaft nicht derart, daß, wenn wir im Kriege geschlagen würden und die Gegend räumen müßten, die Anhänglichkeit an uns in dem Lande dann ungeschwächt bleiben würde. Es würde nicht allein in München, sondern auch in den alten Markgrafschaften verstimmen, wenn man dort eine preußische Enclave schaffen wollte. Ich glaube, Sie (die bayerischen Franken) haben es so besser und sind eingewöhnter, es würde ein Losreißen gewesen sein. Der Minister v. d. Pfordten hatte sich schon darein gefunden; als ich aber vom König zurückkam und ihm sagte, daß Alles beim Alten bleiben solle, da fiel er mir um den Hals und küßte mich auf beide Backen und sagte: „Sie haben doch ein deutsches Herz im Leibe“, worauf ich sagte: „Das haben wir wohl Beide.“

25. Juni: Ingenieur Schröder aus Düsseldorf überreicht dem Fürsten Bismarck die ihm vom Vereine deutscher Hüttenleute gewidmete eiserne Tafel (Urkunde der Ernennung zum Ehrenmitglied):

Wortlaut der Urkunde:

Den eisernen Kanzler Fürst Otto v. Bismarck, den Einiger des deutschen Volkes, den Förderer der heimischen Arbeit, den warmherzigen Freund des deutschen Eisengewerbes, ernennt am 80. Geburtstage zu seinem Ehrenmitgliede

Der Verein deutscher Eisenhüttenleute.

Düsseldorf, am 1. April 1895.

28. Juni: Die Schüler der beiden obersten Klassen des Gymnasiums von Seehausen in der Altmark vor Fürst Bismarck in Friedrichsruh (vgl. Bericht des Directors Dr. Bindseil im Wochenblatt für Seehausen in der Altmark 2. 7. 1895 No. 77). Der Fürst unterhielt sich mit den einzelnen Schülern, indem er sie nach Herkunft, zukünftigem Beruf &c. fragte und sagte dann zu allen:

Ich habe mich recht gefreut, die junge Landsmannschaft zu sehen. Man kann von Schönhausen aus den Seehäuser Thurm sehn, Havelberg mit bloßen Augen, Arneburg — auch ein Arneburger darunter? — hatte ich von Kind auf als vis-à-vis. Das macht die Wische, die flach ist, daß man aus dem Fenster, da es höher liegt, so

weit sehn kann. Da kann ich auch den Seehäuser Thurm sicher sehn bei klarem Wetter. — Klares Wetter, meine jungen Herrn, nicht nur heut, sondern auch später. Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßung — ein matter und müder alter Mann, der das Leben hinter sich hat und nichts mehr von der Welt zu erwarten hat.

Nachdem Director Bindseil dem Fürsten Bismarck für die Annahme der Huldigung gedankt hatte, verabschiedete sich der Fürst von seinen Besuchern mit den Worten:

Und ich danke Ihnen, meine jungen Herrn, und wenn Sie älter werden, vergessen Sie nicht, daß wir Altmärker dem Reiche mit erhöhtem Selbstgefühle gegenüberstehn, aber auch mit erhöhtem Pflichtgefühl. Die Altmark ist der Kern, um den herum sich die Mark Brandenburg gebildet, und die Mark ist der Kern des preußischen Staates geworden durch tüchtige Kurfürsten und bedeutende Herrscher. Und Preußen war schließlich doch nothwendig, das Deutsche Reich zusammenzufügen und zu schaffen; und so kann man, wenn man der Genesis auf den Grund geht, in der Altmark einen Keim des Riesenbaumes finden, den heut das Reich bildet, wie in der Eichel (den Keim der Eiche). Halten Sie sich das immer gegenwärtig und stehn Sie tapfer zum Reich und zur Altmark. Vielen Dank für Ihren Besuch.

28. Juni: Schreiben an den Magistrat der Stadt Regensburg: Dank für die Uebersendung des Ehrenbürgerbriefes:

Den Bürgerbrief der alten Reichsstadt als Geburtstagsgabe zu erhalten, ist unter den mir gewordenen Auszeichnungen eine der hervorragendsten, und die freundlichen Worte auch des Begleitschreibens sind mir ein Grund zu besondrer Dankbarkeit. Ich werde, wenn mein Weg mich noch einmal dort vorbeiführen sollte, mit um so lebhafterer Freude den schönen Blick auf Stadt und Landschaft begrüßen.

v. Bismarck.

Text der Urkunde:

Des
Deutschen Reiches
Erstem und Großen Kanzler
Seiner Durchlaucht
dem
Fürsten Bismarck
haben die bürgerlichen Collegien der Königlichen bayerischen Kreishauptstadt Regensburg zur 80. Wiederkehr des Tages Seiner Geburt einmüthig das
Ehren-Bürgerrecht
mit dem heißen Wunsche verliehen: ad multos annos.
Hierüber Urkunde.

Regensburg, den 1. März 1895.

Magistrat und Gemeinde-Gremium:
v. Stobaeus, Bürgermeister. Wilh. Neuffer, Gremiums-Vorstand.

Text des Begleitschreibens:

Durchlauchtigster Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!

Ew. Durchlaucht erlauben sich die Unterzeichneten tiefempfundenen Dank zu sagen für das gnädige Handschreiben, welches uns die huldvolle Annahme des Ehrenbürgerrechts der Stadt Regensburg zugesichert hat.

Wenn wir uns gestatten, die hierüber ausgestellte Urkunde zu übersenden, anstatt um eine Audienzstunde für die feierliche Ueberreichung zu bitten, und auf das Glück, Ew. Durchlaucht persönlich nahen zu können, verzichten, so haben wir solches als eine Pflicht der Rücksichtnahme auf die Ansprüche erachtet, welche in diesen Tagen an den größten Sohn der deutschen Nation gestellt werden, den, wäre es möglich, seine Gegner uns nur noch theurer machen würden.

Ehrfurchtsvoll verharren
die Vorstände des Magistrats und der Gemeinde-Bevollmächtigten der Kgl. bayer. Kreishauptstadt Regensburg.

Bürgermeister v. Stobaeus. Wilhelm Neuffer.

Regensburg, den 28. März 1895.

8. Juli: Schreiben an den Vorsitzenden des Landesausschusses der Deutschen Partei Dr. Schall in Stuttgart: Dank für das Begrüßungstelegramm vom Hohenstaufen-Fest der Deutschen Partei:

Die ehrenvolle Begrüßung vom Hohenstaufen, welche Ew. Hochwohlgeboren mir im gestrigen Telegramme übersandten, hat mich besonders erfreut, und ich danke Ihnen und allen Herrn Mitgliedern der Deutschen Partei herzlich für den freundlichen Gruß und für die geschichtlich und national bedeutsame Wahl des Abgangsortes.

v. Bismarck.

15. Juli: Schreiben an den Oberbürgermeister von Altona: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Geehrter Herr Oberbürgermeister!

Das Bürgerrecht von Altona ist mir eins der werthvollsten Geburtstagsgeschenke, weil es eine neue und enge Beziehung zu der größten Stadt Schleswig-Holsteins und zugleich eine Beurkundung der guten und nachbarlichen Gesinnungen darstellt, welche uns verbinden. Ich bitte Sie, meinen Herrn Mitbürgern, für die hohe Ehre, welche sie mir durch die Aufnahme in ihr Gemeinwesen erzeigen, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, und bin in ausgezeichneter Hochachtung der Ihrige

v. Bismarck.

Wortlaut der Urkunde:

Wenn überall, wo Deutsche wohnen, am heutigen Tage die Herzen dem Schöpfer deutscher Einheit und des Vaterlandes Größe in Dankbarkeit und Verehrung entgegenschlagen, so sind die Gefühle anhänglicher Liebe und dankerfüllter Bewunderung besonders warm in der dem Heim Ew. Durchlaucht benachbarten, durch Ihre Hülfe der Fremdherrschaft entrissenen Stadt Altona.

Die Bürgerschaft hat dieser Gesinnung dadurch Ausdruck gegeben, daß sie in Veranlassung des heutigen nationalen Festtages die Mittel zusammengebracht hat, um ein würdiges Standbild Ew. Durchlaucht in unserer Stadt zu errichten, zu dessen Ausführung Ew. Durchlaucht Erlaubniß demnächst erbeten werden wird.

Wir aber, als Vertreter der Stadt, bitten Ew. Durchlaucht ehrerbietigst,

das Ehrenbürgerrecht von Altona

annehmen zu wollen, das wir Ihnen anzutragen beschlossen haben, um dadurch zu bezeugen, daß wir uns mit Ew. Durchlaucht eins wissen in der Auffassung

vaterländischer Gesinnung. Wir bringen zugleich unsere wärmsten Glückwünsche dar, Gott erhalte, Gott segne Ew. Durchlaucht zum Heile des Vaterlandes!

Altona, den 1. April 1895.

Der Magistrat. Das Stadtverordneten-Collegium.

15. Juli: Schreiben an Oberstudienrath Dr. Pressel in Heilbronn: Dank für die Mittheilung von der durch Commerzienrath A. Schmidt dem Heilbronner Gymnasium gemachte Schenkung einer von Donndorf gefertigten Büste Bismarcks:

Ew. Hochwohlgeboren haben mich durch die Mittheilung von der mir erzeigten Ehre sehr erfreut, und ich bin dankbar für die gute Meinung, welche Heilbronn mir bewahrt. Ich bitte Sie, den Ausdruck meines Dankes den Betheiligten, besonders Herrn Commerzienrath Schmidt, übermitteln zu wollen.

v. Bismarck.

15. Juli: Schreiben an den Vorsitzenden des Vereins „Niederwald“ in Wien: Dank für Adresse und Ehrengabe:

Ew. Hochwohlgeboren und den Herrn Mitgliedern des Vereins sage ich meinen verbindlichsten Dank für den Ausdruck Ihres Wohlwollens in der kunstreich ausgestatteten Adresse und für die beigefügte Geburtstagsgabe,[1]) welche ich gerne in Gebrauch nehme und die mich an erfreuliche und ehrenvolle Tage in Wien und zugleich an unsere persönliche Bekanntschaft und Begegnung vor drei Jahren erinnert.

v. Bismarck.

15. Juli: Schreiben an Dr. Pesendorfer in Innsbruck: Dank für die Adresse der Tiroler:

Die Adresse der Herrn aus Tirol hat mich durch die darin ausgesprochene ehrenvolle Anerkennung sehr erfreut, und zugleich bedauere ich lebhaft, daß meine Gesundheit in der letzten Zeit nicht gut genug war, daß ich Sie hätte zum Besuch einladen können. Ich verzichte nicht für immer auf die Ehre Ihrer persönlichen Bekanntschaft und bitte Sie,

---

[1]) Silberner Briefbeschwerer mit Abbildungen des „Hotel Impérial“, des Palais Palffy und der evangelischen Kirche in der Dorotheengasse.

allen betheiligten Herrn für die mir in der Adresse kundgegebene freundliche Gesinnung meinen verbindlichsten Dank aussprechen zu wollen. v. Bismarck.

15. Juli: Schreiben an den Vorsitzenden der Deutschen Turnerschaft, Dr. F. Goetz in Leipzig-Lindenau: Dank für die Adresse der Turnerschaft:

Die durch Ew. Hochwohlgeboren Güte übermittelte Adresse der Deutschen Turnerschaft ist mir eine der werthvollsten Geburtstagsgaben und wird mit ihrer kunstreichen Einfassung eine dauernde Zierde der Sammlung von Andenken sein, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe, wo der Name des Turnvaters Jahn und der Lützower noch heute in guter Erinnerung steht aus ihrer Einquartirung im Jahre 1813 her. Zu meinem Bedauern ist es mir durch den unbefriedigenden Stand meiner Gesundheit versagt worden, die Herrn hier zu begrüßen, aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, etwa im nächsten Jahre, so Gott will, Ihnen persönlich meinen aufrichtigen Dank wiederholen zu können für die hohe Ehre, welcher die deutsche Turnerschaft mich gewürdigt hat. v. Bismarck.

15. Juli: Schreiben an Oberstabsarzt Dr. Becker, Chefarzt der deutschen Schutztruppe in Dar-es-Salaam: Dank für Geschenk der Deutschen Ostafrikas (2 Elefantenzähne im Gewicht von 114 und 117 Pfund):

Ew. Hochwohlgeboren haben mich durch Ihr freundliches Schreiben vom 2. d. Mts. und durch die Uebersendung der Elefantenzähne sehr erfreut. Letztre sind länger, als die der indischen Elefanten, welche ich sah, und werden einen Schmuck der Sammlung von Andenken bilden, welche ich in Schönhausen eingerichtet habe. Ich bedauere lebhaft, daß mein Befinden mir es verbot, Ew. Hochwohlgeboren und die genannten Herrn jetzt zum Besuche hierher zu bitten, und verbinde mit meinem herzlichen Danke für den Ausdruck Ihres Wohlwollens meine aufrichtigen Wünsche für Ihr und aller betheiligten Herrn gesundheitliches und geschäftliches Wohlergehn. v. Bismarck.

Wortlaut der Adresse:

Durchlauchtigster Fürst!

Unter den Vielen, die heute den Zoll innigster Dankbarkeit und hoher Verehrung aus tiefstem Herzen Dir darbringen, naht auch ein Kind der Mutter Germania — schüchtern seinen Glückwunsch stammelnd — bisher ein Schmerzenskind. Doch Kinder wachsen und reifen zu ernster Arbeit empor, wenn aus starkem Geschlecht erzeugt. Stärke und Macht hast Du Deutschland gegeben, es aus Zerrissenheit zur Einheit emporgehoben. So wird das Kind gleich der Mutter erstarken und sich auswachsen, um in Zukunft in fremder Zone Zeugniß zu geben, daß deutsche Art, deutsche Tüchtigkeit und deutscher Fleiß sich überall bewähren auf der Welt.

Erhabener Fürst! Die Deutschen der Colonie Deutsch-Ostafrika wollen an einem solchen Ehrentage nicht fehlen, um dem Schöpfer der deutschen Colonialmacht ihre ehrfurchtsvollen Glückwünsche darzubringen. Sie bitten, neben der kleinen Gabe, einem Erzeugnisse des Landes, die Versicherung in Empfang nehmen zu wollen, daß hier im fernen Welttheil deutsche Herzen schlagen, die in tiefster Dankbarkeit ihres großen Kanzlers in der Heimath gedenken.

Dar-es-Salaam, den 1. April 1895.

Die Deutschen der Colonie Deutsch-Ostafrika.

17. Juli: Der Assistent des Leipziger Museums, Dr. Vogel, übergiebt dem Fürsten Bismarck die ihm von Leipziger Verehrern gewidmete Copie des Reiterstandbildes Bismarcks am Leipziger Siegesdenkmal. — Schreiben an den Vorsitzenden des Allg. Deutschen Sprachvereins Herrn Dr. M. Jähns in Berlin: Dank für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft:

Die Mitgliedschaft des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins und die Anerkennung, welche Ew. Wohlgeboren und die Herrn des Vereins mir in der bestätigenden Urkunde ausgesprochen haben, bedeutet für mich eine besondre Auszeichnung. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank und zugleich den Ausdruck meines Bedauerns entgegenzunehmen, daß mein Gesundheitszustand jetzt nicht günstig genug ist, die Herrn zum Besuche zu bitten und ihnen meinen Dank persönlich zu übermitteln.

v. Bismarck.

Wortlaut der Urkunde:

Auf den Vorschlag seines ständigen Ausschusses hat der Gesammtvorstand des allgemeinen deutschen Sprachvereins beschlossen

Seine Durchlaucht
dem Fürsten Otto v. Bismarck
an Dessen achtzigstem Geburtstage zum Ehrenmitgliede des allgemeinen deutschen Sprachvereins zu ernennen.

Dem Manne, der die Sehnsucht unserer Väter erfüllte, indem er mit unvergleichlicher Weisheit und Willenskraft dem großen Kaiser Wilhelm I. den Weg bahnte zur Einigung der Hauptmasse der deutschen Stämme und zur Wiederherstellung des Reiches, und der dadurch unserem Volke das Selbstvertrauen zurückgab, auf dem die gedeihliche Entwickelung auch unseres Vereins beruht,

dem Manne, dessen Rath und Thatkraft es ermöglichte, die Elbherzogthümer und Elsaß-Lothringen dem Reiche zurückzuerobern, und diese theueren Lande dadurch dem deutschen Sprachgebiete dauernd sicherte,

dem stolzdeutschen Manne, der unsere so lange zurückgedrängte Muttersprache in den Weltverkehr der Staatsmänner eingeführt und ihr dadurch einen Geltungsbereich gewonnen hat, größer, als ihn irgend welche noch so eifrige Einzelbestrebung zu erlangen vermöchte,

dem sprachgewaltigsten Redner unseres Volkes, der auch da, wo er, der Jugendgewohnheit folgend, gar manches Fremdwort spricht, seine Rede doch allezeit mit deutschem Sinne füllte und mit starkem deutschen Herzschlag lenkte, so daß die Welt wiederklang von deutschem Geist, deutschem Gemüth und deutschen Gedanken —

Ihm gilt diese einstimmige Ernennung zum Ehrenmitgliede des allgemeinen deutschen Sprachvereins, durch die der Verein zugleich sich selbst zu ehren glaubt.

Der Gesammtvorstand
des allgemeinen deutschen Sprachvereins.

17. Juli: Schreiben an Weingutsbesitzer Rohn in Waldhilbersheim: Dank für die übersendeten Weine:

Ihre freundliche Sendung habe ich dankbar erhalten und trinke die vorzüglichen Weine mit Vergnügen. Ich erwidere Ihre Geburtstagswünsche mit der Hoffnung, daß Sie an der heurigen Crescenz Freude erleben mögen.
v. Bismarck.

19. Juli: Schreiben an den Vorsitzenden des Deutschen Vereins zum Schutze der Vogelwelt, Herrn Regierungsrath von Wangelin in Merseburg: Dank für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft:

Es wird für mich eine Auszeichnung sein, dem Deutschen Vereine zum Schutze der Vogelwelt als Ehrenmitglied anzugehören.
v. Bismarck.

22. Juli: Schreiben an den Vorstand des Verbandes der Militärvereine im südwestlichen Holstein: Dank für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft:

Die Mitgliedschaft des Verbandes der Militärvereine aus dem südwestlichen Holstein wird mir eine besondre Ehre sein, und ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, den Herrn Kameraden für den Ausdruck ihrer Anerkennung meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln, den ich ihnen in angenehmer Erinnerung an ihren freundlichen Besuch ausspreche.

v. Bismarck.

23. Juli: Telegramm an den Vorsitzenden der in Graz tagenden Hauptversammlung des Deutschen Sprachvereins: Dank für die freundliche Begrüßung.

25. Juli: Schreiben an den Magistrat von Polzin: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Den Ehrenbürgerbrief von Polzin mit seiner kunstvollen Ausstattung und mit den Ansichten der mir aus meiner Jugendzeit vertrauten Gegend habe ich mit besondrer Freude erhalten und bitte Ew. Hochwohlgeboren und meine Mitbürger, mit meinem Danke für die mir erzeigte Ehre meine herzlichsten Wünsche für die Entwicklung des schönen Pommerschen Badeortes entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

25. Juli: Schreiben an den Vorsitzenden des patriotischen Kriegervereins „Fürst Bismarck“: Dank für die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft:

Es wird mir eine Auszeichnung sein, dem patriotischen Kriegerverein, der meinen Namen trägt, als Ehrenmitglied anzugehören.

v. Bismarck.

28. Juli: Großartiges Bismarckfeuer auf der Zugspitz. Dem Fürsten wurde Mittheilung durch folgendes Telegramm:

Ein Feuer loht gen Himmel auf
Von Deutschlands eisumstarrter Wacht,

Hell leuchtend durch die dunkle Nacht
Wie Deines Lebens Heldenlauf.
Wenn heut' der Firn in Flammengluthen tagt,
Dir gilts, der meinesgleich hoch über Allen ragt.

Dein Zugspitz.

31. Juli: Schreiben an Bürgermeister Gofferjé in Netzschkau: Dank für die Uebersendung des Ehrenbürgerbriefs der 64 kleinen sächsischen Städte:

Der Bürgerbrief der 64 sächsischen Städte ist mir heut zu Händen gekommen und hat mich auch durch die äußre Form dieser ehrenvollen und seltnen Auszeichnung sehr erfreut. Ich bitte Ew. Hochwohlgeboren und die unterzeichneten Herrn Bürgermeister, den Ausdruck meines verbindlichsten Dankes entgegenzunehmen und zugleich den meines lebhaften Bedauerns, daß mein Gesundheitszustand mich verhindert hat, den Besuch der Herrn zu empfangen; ich hoffe aber, auf die persönliche Begrüßung nicht für immer verzichten zu müssen.

v. Bismarck.

Wortlaut der Urkunde:

Durchlauchtigster Fürst!
Gnädigster Fürst und Herr!

Ew. Durchlaucht wollen gnädigst geruhen, als Glückwunsch zum heutigen Tage das Ehrenbürgerrecht der hierunter verzeichneten Städte des Königreichs Sachsen, welches von den Vertretungen derselben Ew. Durchlaucht als Beweis besonderer Hochachtung und Dankbarkeit in Ansehung Hochdero unsterblichen Verdienste um die Einigung Deutschlands verliehen worden ist, huldvollst entgegenzunehmen.

Gott der Allmächtige wolle Ew. Durchlaucht noch lange unserm deutschen Vaterlande erhalten!

2. August: Telegramm an Professor L. v. Sybel: Ausdruck der Theilnahme am Tode Heinrichs v. Sybel († 1. Aug.):

Mit der herzlichsten Theilnahme erhalte ich die unerwartete Nachricht von dem neuen Verlust in der Zahl meiner persönlichen Mitarbeiter und befreundeten Altersgenossen.

v. Bismarck.

4. August: Große Feier der Grundsteinlegung zu dem Bismarck-Thurm auf dem Knivsberg in Nordschleswig.

Urkunde

über die Erwerbung des Knivsberges für den Deutschen Verein und die Grundsteinlegung des Bismarckthurms.

Im Namen und zur Ehre des deutschen Vaterlandes!

In den Kreisen des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig" ist der Gedanke, auf dieser sich 97,4 Meter über dem Spiegel der Ostsee erhebenden Höhe des Knivsberges ein deutsches Volksfest zu feiern, zuerst von Schulrath Castens-Hadersleben und zwar bei der Gründung der Ortsabtheilung Hoptrup (24. Juni 1891) ausgesprochen worden. Mitglieder ebendieser Ortsabtheilung sowie derjenigen von Loit nahmen im Jahre 1893 die Feier eines solchen Festes, aber auf der am Fuße des Berges liegenden Insel Kalö, in die Hand, und am 16. Juli erwähnte hier in einer Rede auf Ihre Majestät die Kaiserin Pastor Jessen-Wilstrup wiederum des Knivsberges und bezeichnete ihn als besonders geeignet für die Errichtung eines deutschen Erinnerungsmales. Durch diesen Gedanken angeregt stellte Lehrer Nicolaisen-Apenrade in einer aus Mitgliedern der Ortsabtheilungen Apenrade, Hoptrup, Loit und Hadersleben bestehenden Versammlung des Ausschusses für das Kalöer Fest am 12. August im Gjenner Kruge den Antrag, den Knivsberg für den Deutschen Verein zu kaufen. Der Antrag wurde angenommen, und der Kauf mit dem Eigenthümer Martin Bruhn für 6750 Mark sofort abgeschlossen. Zur Deckung dieser Summe und der weiteren Kosten für Gebäude und Anlagen wurde beschlossen, Antheilsscheine zu 25 Mark auszugeben, deren Anzahl am 24. Februar 1894 auf mindestens tausend festgesetzt wurde. Die Gesammtheit der Besitzer solcher Antheilsscheine bildet die „Knivsberggesellschaft", in deren Vorstand am 11. October 1893 gewählt wurden: Schiffsreeder Stadtrath Michael Jebsen-Apenrade, Mitglied des Deutschen Reichstages, als Vorsitzender, Rentner Friedrich Wäger-Hadersleben als dessen Stellvertreter, Lehrer Nicolai Nicolaisen-Apenrade als Schriftführer, Stadtverordnetenvorsteher Landwirth Jens Johannsen-Hadersleben als Kassenführer, ferner Schiffskapitän Jürgen Ulderup-Apenrade, Amtsvorsteher Hofbesitzer Jep Bendixen-Stollig, Amtsvorsteher Hofbesitzer Bertel Möller-Süderballig, Hofbesitzer Jörgen Jörgensen-Süderballig, Amtsvorsteher Hofbesitzer Peter Andresen-Haberslund und Großhändler Matthias Wäger-Hadersleben. Hinzugewählt wurde am 15. Juni des laufenden Jahres 1895 Amtsrichter Ludwig Lindemann-Apenrade. Die Thätigkeit des Vorstandes erstreckte sich auf die Ausgabe der Antheilsscheine, von denen in den ersten vier Monaten mehr als 500 gezeichnet waren, auf die Anlegung gärtnerischer Anlagen, deren Ausführung sammt Lieferung der Pflanzen dem Gärtner Paulsen in Hadersleben für 2000 Mark übertragen wurde (11. November 1893), auf den Bau eines Pavillons (beschlossen am 15. April 1894) für 5800 Mark und eines Stalles (19. Mai 1894) für 1700 Mark durch Holzhändler Jürgen Lorenzen und Zimmermeister

Matthiesen in Apenrade, auf die Verpachtung der Gastwirthschaft für jährlich 400 Mark, zunächst an Frau Jördening-Gjennerkrug, auf die Vergrößerung des Geweses durch Ankauf einer angrenzenden Koppel von Hans Autzen-Gjenner für 600 Mark (4. August 1894) und auf die Feier vaterländischer Feste auf dem Berge, des ersten am 15. Juli 1894 und des heutigen am 4. August 1895. Ueber die Einweihungsfeier am 15. Juli des vorigen Jahres, zu welcher Stadtrath Jebsen einen mächtigen Mast mit der deutschen Fahne geschenkt hatte, giebt ein dieser Urkunde beiliegender Bericht der Haderslebener Zeitung „Folkebladet" ausführliche Auskunft und über den beabsichtigten Verlauf des heutigen Festes zur Feier der Grundsteinlegung des Bismarckthurmes und der großen Ereignisse der Jahre 1870 und 71 die gleichfalls anliegende Festordnung. Der Vorstand der Knivsberggesellschaft wurde durch Aufnahme des geschäftsführenden Ausschusses des Deutschen Vereins, bestehend außer dem schon genannten Rentner Wäger aus Gymnasialoberlehrer Reinhold Macke als Vorsitzendem, Steuerinspector a. D. Thomas Meyer als Cassenführer, Gymnasialoberlehrer Nis Schröder als Schriftführer, Professor Dr. August Sach als Beisitzer, sämmtlich in Hadersleben, sowie vier anderer Vereinsmitglieder, Pastor Johannes Jacobsen-Scherrebek, Landrichter Hermann Schwartz-Flensburg, Pastor Ludwig Jessen-Wilstrup und Amtsvorsteher Peter Kjer-Sonderburg, zu einem Fest-Ausschusse für die diesjährige Feier erweitert. Die hinzugetretenen Mitglieder hatten im Besonderen die Feier der Grundsteinlegung des Bismarckthurmes vorzubereiten und zu ordnen.

Die Errichtung eines Bismarckthurmes auf dem Knivsberge wurde zuerst angeregt durch den Vorsitzenden des Deutschen Vereins in einer zum Zwecke einer Huldigungsfahrt nach Friedrichsruh berufenen Versammlung schleswig-holsteinischer Vaterlandsfreunde in Neumünster am 3. März 1895. Da auf die Verwirklichung des Baues als eines Denkmals der ganzen Provinz, besonders nach den Verhandlungen einer zweiten Versammlung in Neumünster am 24. März, welcher als eifriger Vertheidiger des Planes auch Landrichter Schwartz beiwohnte, wenigstens in nächster Zeit nicht gerechnet werden konnte, wurde in einer gemeinschaftlichen Sitzung der Vorstände des Deutschen Vereins und der Knivsberggesellschaft zu Rotenkrug am 16. April beschlossen: Der Deutsche Verein errichtet auf dem Knivsberge einen Bismarckthurm, beschränkt aber die Sammlungen für den Bau nicht auf das nördliche Schleswig, sondern bittet um die Betheiligung der Verehrer Bismarcks in der ganzen Provinz. Mit der Abfassung eines Aufrufs, welcher ebenfalls dieser Urkunde beigelegt ist, wurde der Vorsitzende des Vereins betraut, und ebenderselbe machte in seiner Ansprache bei der Huldigungsfahrt am 26. Mai, von welcher die anliegenden Nordschleswigschen und Hamburger Zeitungen handeln, dem Fürsten Mittheilung von dem Beschlusse des Deutschen Vereins. In der darauf folgenden Vorstandssitzung am 26. Juni in Rotenkrug konnte, zumeist auf Grund der reichen Sammlungen von Beiträgen durch Stadtrath Jebsen, der Beschluß gefaßt werden, die Grundsteinlegung des Thurmes mit dem Volksfeste des 4. August zu verbinden. Die Berathungen für die Feier der Grundsteinlegung fanden am 3. Juli in Roten-

krug statt, und die hier beschlossene Festordnung wurde in einer Sitzung des Gesammtausschusses auf dem Knivsberge am 9. Juli genehmigt. Im nächsten Jahre schon, so hoffen wir alle, werden an der Stätte, da wir jetzt stehen, die Mauern des Bismarckthurmes emporsteigen als eines Wahrzeichens deutscher Treue, deutscher Kraft und deutscher Freiheit.

„Und der Herr unser Gott sei uns freundlich und fördere das Werk unsrer Hände bei uns; ja das Werk unsrer Hände wolle er fördern!"

5. August: Schreiben an Bürgermeister Hofrath Mahla in Landau: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts von 23 Pfälzer Städten:

Die Pfalz findet bei mir lebhafte Gegenliebe für die vielen Freunde, die ich dort habe, und hohe Anerkennung ihrer Weine und ein wohlthuendes Erinnern an ihre landschaftliche Schönheit. Alle diese Eindrücke beleben sich bei mir, wenn ich auf der Karte der Pfalz die Städte aufsuche, welche mir die Ehre erwiesen haben, mir ihr Bürgerrecht zu verleihen; ich bitte Ew. Hochwohlgeboren, ihnen meinen verbindlichsten Dank für diese hohe Auszeichnung und für die Freude zu übermitteln, welche sie mir dadurch gemacht haben. Der gegenwärtig auf der Ausstellung in Berlin befindliche gemeinsame Bürgerbrief findet hohe Anerkennung durch seine künstlerische Ausstattung.

v. Bismarck.

8. August: Schreiben an den Magistrat von Hagenow i. M.: Dank für die Benennung einer Straße nach dem Namen Bismarcks:

Das Schreiben des hohen Magistrats vom 30. v. M. hat mich sehr erfreut, und ich bitte die Mitglieder des Collegiums, für die mir durch die Benennung der Straße erzeigte Ehre meinen verbindlichsten Dank entgegennehmen zu wollen.

v. Bismarck.

18. August: Feier der Grundsteinlegung zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. in Berlin. Fürst Bismarck, zur Feier geladen, war durch die Rücksicht auf seine Gesundheit am Erscheinen behindert.

Wortlaut der Urkunde:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen 2c. thun kund und fügen hiermit zu wissen, daß Wir beschlossen haben, im Namen der Fürsten und Freien Städte des Reiches den Grundstein zu einem Denkmal zu legen, welches nach einmüthiger Willenskundgebung der gesetzgebenden Körperschaften dem Andenken Unseres in Gott ruhenden Herrn Großvaters, Kaiser Wilhelms des Großen Majestät, gewidmet werden soll.

Wir vollziehen diesen feierlichen Act an dem Tage, an welchem vor fünfundzwanzig Jahren der unvergeßliche Kaiser Deutschlands Söhne im Kampfe um des Vaterlandes Ehre und Freiheit zu entscheidendem Siege geführt hat.

Kaiser Wilhelms Jugend reicht zurück in die Zeit schwerer Heimsuchung. Aber wie es Ihm, dem Jünglinge, vergönnt war, die begeisterte Erhebung des Volkes zu schauen und Selbst mitzukämpfen für die Befreiung von fremdem Joche, so hat Er, auf den ruhmreichen Thron seiner Väter berufen, den deutschen Stämmen die heiß ersehnte Einheit wiedergegeben und dem neuerstandenen Reiche die gebührende Machtstellung in der Staatenwelt sichern dürfen.

Nicht ohne hartes Ringen, nicht ohne blutige Kämpfe ist dieses Ziel erreicht worden. In unerschütterlichem, demüthigem Vertrauen auf Gott, in fester Zuversicht auf die sittliche Kraft der Nation, welche sich gegenüber drohender Gefahr zu ungeahnter Höhe entwickelte, hat Kaiser Wilhelm die Bahn zur Sicherung unserer Unabhängigkeit betreten.

Die opferbereite Einmüthigkeit der deutschen Fürsten, der weise Rath und die thatkräftige Unterstützung Seines Kanzlers, des Fürsten Bismarck, die vollendete Kriegskunst Seines genialen Feldherrn, des Feldmarschalls Grafen Moltke, das unvergleichliche Geschick der kühnen, zur Führung der Heere berufenen Helden, voran des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, und die todesmuthige Treue des von dem Feldmarschall Grafen Roon in den Waffen geschulten Volkes, sie verbürgten den Erfolg. Aus der blutigen Saat ging die von Gott gesegnete Ernte deutscher Einigkeit hervor, und unter dem Schutze des mit harten Opfern erkämpften Friedens darf Deutschland unbesorgt der Pflege seiner idealen Güter und seiner wirthschaftlichen Interessen sich hingeben.

In dieser Pflege ging Kaiser Wilhelm bahnbrechend voran. Kunst und Wissenschaft, Ackerbau und Gewerbe, Handel und Schifffahrt erfreuten sich gleichmäßig Seiner Fürsorge.

Mit dem inneren Ausbau des Reiches hielt gleichen Schritt das auf die Heilung der gesellschaftlichen Schäden gerichtete Streben des Kaisers. Seiner erleuchteten Anregung ist es zu danken, daß Deutschland zuerst den Weg werkthätiger Förderung des Wohles der arbeitenden Classen betreten hat.

Rastlos bis zum letzten Athemzuge auf des Reiches Wohlfahrt bedacht, geliebt und geehrt von seinen Verbündeten und von einem dankbaren Volke, das Seiner Führung rückhaltlos vertraute, sichtbar gesegnet in Seinem selbst-

losen Wollen und Vollbringen, so lebt der große Kaiser in der Erinnerung der Zeitgenossen, das leuchtende Bild eines Vaters des Vaterlandes, und so wird Er, des sind wir gewiß, in dem Gedächtniß der kommenden Geschlechter fortleben.

Um Zeugniß abzulegen von der unauslöschlichen Dankbarkeit, welche Deutschlands Fürsten und Völker Ihm zollen, soll sich Sein Standbild in Stein und Erz hier erheben. Es werde ein Wahrzeichen der Liebe zum Vaterlande, die in großer Zeit Gut und Blut einsetzte für des Reiches Herrlichkeit, ein Wahrzeichen der Treue, die in Kaiser Wilhelms Tagen das Band, welches die deutschen Stämme umschlingt, zu einem unauflöslichen gefestigt hat.

Möge das Denkmal stets auf ein glückliches und zufriedenes Volk herniederschauen.

Das walte Gott!

Gegenwärtige Urkunde haben Wir in zwei Ausfertigungen mit Unserer Allerhöchsteigenhändigen Unterschrift vollzogen und mit Unserem größeren Kaiserlichen Insiegel versehen lassen. Wir befehlen, von diesen Ausfertigungen die eine in den Grundstein des Denkmals niederzulegen, die andere in Unserem Archiv aufzubewahren.

Gegeben Berlin im Schloß am 18. August 1895.

(gez.) Wilhelm.
(gegengez.) Fürst zu Hohenlohe.

29. August: Schreiben an den Vorstand des Patriotischen Kriegervereins Stettin: Dank für die Verleihung der Ehrenpräsidentschaft:

Durch die Verleihung der Ehrenpräsidentschaft des Patriotischen Kriegervereins werde ich mich sehr geehrt fühlen.

v. Bismarck.

30. August: Sechzig Veteranen des deutsch-französischen Krieges in Friedrichsruh, um dem Fürsten Bismarck ihre Huldigung darzubringen und ihm das Ehrenmitgliedsdiplom des Deutschen Kriegervereins in Chicago zu überreichen (H. N. 31. 8. 1895 No. 205 M.-A).

Ansprache des Präsidenten des Deutschen Kriegervereins in Chicago, Jos. Schlenker:

„Gestatten Ew. Durchlaucht, im Namen des Deutschen Kriegervereins von Chicago das Diplom der Ehrenmitgliedschaft zu überreichen als schwache Anerkennung der unsterblichen Verdienste Ew. Durchlaucht für das deutsche Vaterland. Wir überbringen nicht allein die Grüße unseres Vereins, sondern auch die der in Amerika zurückgebliebenen Kameraden vom einfachsten

Bürger Chicagos an und die der Landsleute in den übrigen Landestheilen Amerikas.

Gestatten Sie mir das Diplom der Ehrenmitgliedschaft zur Verlesung zu bringen:

Diese Urkunde bestätigt, daß der Deutsche Krieger-Verein von Chicago in seiner Versammlung vom 3. März A. D. 1895 sich beehrte

Ew. Durchlaucht,

als schwache Anerkennung Ihrer unsterblichen Verdienste um das deutsche Vaterland und Ihrer ehrfurchtgebietenden Persönlichkeit, welche auch die Achtung und das Ansehen der Deutschen im Auslande auf's Neue zur Geltung gebracht und bedeutend erhöht hat, zu seinem

Ehrenmitgliede

ehrerbietigst zu ernennen.

Fürst Bismarck erwiderte:

Meine Herrn, ich fühle mich einmal hochgeehrt durch die Auszeichnung, die mir passirt, und durch Ihren Besuch, die Sie sich über See so weit hierher finden in den Wald, und dann macht es mir eine sehr große Freude, daß Sie die alten Erinnerungen festhalten und mich darin miteinbeziehn; es thut mir sehr leid, daß ich nicht alle Ihre Reisegenossen hier empfangen kann, aber ich bin nicht so gesund und so kräftig, wie ich war, und wenn ich spreche, habe ich doch immer Schmerzen. Es ist ja bei achtzig Jahren überhaupt Gott zu danken, daß man noch Schmerzen auszustehn hat und lebt. Aber man wird doch wrack — angestrichen und getakelt, aber die Planken taugen nichts mehr. Und so gehts auch mir, ich kann wohl noch zusehn, aber nicht mehr mitmachen, sonst wäre ich ja zu der Ausstellung nach Chicago gekommen; ich würde überhaupt gern die Vereinigten Staaten von Amerika gesehn haben, das ist von allen fremden Ländern für uns noch das sympathischste. Nach allen Erfahrungen, die ich mit frühern Dienern, Hausgenossen und Arbeitern gehabt habe, die dorthin gegangen sind und mit denen ich zum Theil correspondirt habe, geht es ihnen wohl da, und sie fühlen sich behaglich. Das kann ich von den Auswanderern nach den andern Ländern doch nicht so sagen.

Bei dem Frühstücke, zu dem die 4 Mitglieder der Deputation[1]) eingeladen wurden, weihte Fürst Bismarck dem Andenken Kaiser Wilhelms I. ein stilles Glas mit folgendem Spruch:

Wir können die gemeinsamen Gefühle, die uns beseelen, nicht besser zum Ausdruck bringen, als indem wir dem Andenken unsers alten Königs Wilhelm ein stilles Glas weihen. Wir haben alle unter ihm gedient.

Nach dem Frühstücke begrüßte der Fürst die im Schloßhof aufgestellten Veteranen mit folgender Ansprache:

Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie mir die Ehre erzeigt haben, mich hier zu besuchen, und ich freue mich von Herzen, daß Sie so viel Anhänglichkeit an Ihre alten Kameraden bewahrt haben, daß Sie die weite Reise zu uns nicht scheuten, und daß Sie unter den alten Kameraden auch mich nicht vergessen haben, so daß für uns Gelegenheit ist, uns noch einmal wieder ins Angesicht zu sehn. Es ist mir eine große Freude, Sie zu begrüßen und in Ihnen das nationale Gefühl wiederzufinden, das Sie mit der Gesammtheit unsers Heeres haben entzünden und beleben helfen, daß Sie sich das so bewahrt haben, daß es Ihnen ein Bedürfniß ist, Ihre alten Landsleute wiederzusehn. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch auch aus politischen Gründen, weil er dazu beiträgt, das deutsche Nationalleben, die deutsche Einigkeit, die deutsche Zusammengehörigkeit zu kräftigen. Vor dem Kriege war das nicht so, aber jetzt schließen wir Deutsche uns doch allenthalben zusammen. Die Franzosen haben mit ihren Hammerschlägen das Ihrige dazu geleistet. Ich will nicht sagen, daß wir ihnen dafür danken sollen, denn gern haben sie es nicht gethan. Ohne den Krieg glaube ich nicht, daß es sobald zur Einigung gekommen wäre. Mit Parlamentsreden und durch die Presse wäre es so fix nicht gegangen, wie mit dem Kriege.

Nachdem der Fürst die Reihen entlang gegangen war und sich mit den einzelnen Veteranen unterhalten hatte, sprach er nochmals seinen Dank für den Besuch aus und fügte hinzu:

---

[1]) Die Herren Schlenker, Forche, Jac. Schneider, Kalbitz.

Ich komme Ihnen ein Wohl auf Ihr neues Vaterland, die Vereinigten Staaten, und bitte es zu kreuzen mit einem Wohle auf Ihr altes Vaterland. Die beiden haben ja nichts zu zanken miteinander. Ich bitte also, stimmen Sie mit mir ein in ein Hoch auf das Wohl der Stadt Chicago, der die meisten von Ihnen angehören, und auf das Wohl der Deutschen in den Vereinigten Staaten überhaupt. Mögen sie prosperiren! Ich freue mich, zu sehn, daß die Anhänglichkeit an das alte Vaterland durch das atlantische Wasser bei Ihnen nicht abgewaschen ist, sondern sich als echt erweist.

2. September: Zur 25. Wiederkehr des Tages von Sedan begrüßt Kaiser Wilhelm II. den Fürsten Bismarck mit folgendem Telegramm:

Fürst Bismarck Durchlaucht,

Friedrichsruh.

Heute, wo ganz Deutschland die 25jährige Wiederkehr des weltgeschichtlichen Capitulationstages von Sedan feiert, ist es Mir Herzensbedürfniß, Ew. Durchlaucht erneut auszusprechen, daß ich stets mit tiefempfundener Dankbarkeit der unvergänglichen Verdienste gedenken werde, welche Ew. Durchlaucht sich auch in jener großen Zeit um Meinen hochseligen Herrn Großvater, um das Vaterland und die deutsche Sache erworben haben.

Wilhelm.

Antwort des Fürsten Bismarck:

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige!

Ew. Kaiserlichen und Königlichen Majestät lege ich meinen ehrfurchtsvollen Dank zu Füßen für die gnädige telegraphische Begrüßung am heutigen Tage und für Ew. Majestät huldreiche Anerkennung meiner Mitarbeit an dem nationalen Werke des hochseligen Kaisers und Königs.

v. Bismarck.

2. September: Enthüllung von Bismarckdenkmälern in Altona, Greiz, Leisnig, Freiberg, Oschatz, Buchholz.

2. September: Telegramm an Bürgermeister Härtwig in Oschatz: Dank für die Begrüßung:

Ew. Hochwohlgeboren und meinen sämmtlichen Mitbürgern danke ich herzlich für Ihre freundliche Begrüßung und die mir erwiesene Ehrung.

v. Bismarck.

2. September: Telegramm an die Unterzeichner des Begrüßungstelegramms aus Greiz:

Unterzeichneten Ihres Telegramms für die freundliche Begrüßung und die Ehre, die Sie mir durch Errichtung des Denkmals erwiesen haben, meinen herzlichen Dank.

v. Bismarck.

4. September: Fürst Bismarck in Schwarzenbeck bei Amtsgerichtsrath Dr. jur. Königsmann und Hardesvogt Cumme.

9. September: Die Liegnitzer Section des Riesengebirgsvereins weiht die im Oderwalde bei Maltsch auf dem „Kaiserplatze" stehende mächtige Eiche als „Bismarck-Eiche". Eine am Baume befestigte Tafel trägt folgende Inschrift:

„Bismarck, dem markigsten Riesen gleich,
Formte mit Blut und Eisen das Reich.
Wie des Oderwaldes Eiche
Jahr um Jahr ergrünt aufs neue,
Lebe wachsend in dem Reiche
Deutsche Ehre, deutsche Treue."

9.—12. September: Kaisermanoeuvre bei Stettin in Anwesenheit des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Sachsen. Fürst Bismarck, von Kaiser Wilhelm II. dazu eingeladen, war durch Rücksicht auf seine Gesundheit am Erscheinen behindert.

10. September: Schreiben an die Kriegerkameradschaft Kaiserslautern: Dank für die übersandte Glückwunsch-Adresse:

Der Kriegerkameradschaft sage ich für die ehrenvolle Adresse zu meinem Geburtstage, auf der ich mit Freuden den Namen meines Vaters gefunden habe, meinen aufrichtigen Dank und kameradschaftlichen Gruß.

v. Bismarck.

Nachträge.

Zu S. 410: Die Ansprache des Herrn v. Levetzow lautet in authentischer Fassung:

Leider nicht in officiellem Auftrage, aber mit desto wärmeren Herzen nahen sich Ew. Durchlaucht mehr als hundert Abgeordnete zum Deutschen Reichstage, alle, die kommen konnten von der Minderheit des letzten Sonnabends.

Die Wiederkehr des ersten Aprils, welche Ew. Durchlaucht mit Gottes Hülfe in wenig Tagen zum achtzigsten Male erleben werden, hat seit Jahrzehnten uns und das deutsche Volk, sonst auch den Reichstag, ganz besonders erinnert an das, was das Vaterland Ihnen verdankt. Die Welt weiß, was es ist, kein Gegner wagt, es zu leugnen, und mein schwacher Mund unternimmt nicht, das zu verkünden, was die Geschichte mit goldenen, unauslöschlichen Buchstaben verzeichnet hat und allezeit verzeichnen wird. Jetzt, da Ew. Durchlaucht am Schlusse stehen des 80. Lebensjahres, geht es wie ein Sturmwind durchs deutsche Land. Begeisterte Rufe der Dankbarkeit und Verehrung für unsern eisernen ersten Reichskanzler erheben sich überall, wo Pietät, Freude am Vaterlande und nationales Bewußtsein nicht erloschen sind.

Einen guten Theil des Volkes, dessen Treue sprichwörtlich wurde, vertreten wir, und deshalb ist es unser Recht und unsere Pflicht, im Namen vieler Tausende es auszudrücken — jeden von uns bewegt es tief —, daß die großen Thaten unsers Fürsten Bismarck unvergessen sind und unvergessen bleiben, so lange es Deutsche giebt in Volk und Land, daß wir das Gedächtniß dessen auf Kind und Kindeskind vererben werden!

Gott war mit Ew. Durchlaucht und wolle Ihren Lebensabend behüten! Er segne Sie und das, was des großen Kaisers größter und getreuester Diener Großes geschaffen hat!

Zu S. 433: Verzeichniß der 54 thüringischen Städte, welche dem Fürsten Bismarck das Ehrenbürgerrecht verliehen haben:

Allstedt	Ilmenau	Ruhla (Weimar. Antheil)
Arnstadt	Königsee	Schleiz
Berka a. J.	Langensalza	Schleusingen
Blankenhain	Langewiesen	Schmalkalden
Buttelstädt	Leutenberg	Schmölln
Camburg	Magdala	Sömmerda
Cölleda	Meiningen	Sondershausen
Eisenach	Naumburg	Stadtsulza
Erfurt	Neustadt a. d. Orla	Thamsbrück
Friedrichroda	Ohrdruf	Tennstedt
Gehren	Ostheim v. d. Rhön	Themar
Gotha	Pößneck	Vacha
Greiz	Ranis	Waltershausen
Greußen	Remda	Wasungen
Großbreitenbach	Roda (S.-A.)	Weida
Heldburg	Rodach	Weimar
Hildburghausen	Ronneburg	Weißenfels
Hirschberg a. d. Saale		Zeitz
		Zeulenroda.

Wortlaut des Ehrenbürgerbriefs:

Sr. Durchlaucht dem Altreichskanzler
Fürsten Otto v. Bismarck

haben die mehrgenannten thüringischen Städte in dankbarer Würdigung der unsterblichen Verdienste, welche sich derselbe in langjähriger, dem Wohle des Vaterlandes gewidmeter Thätigkeit um die Einigung, Größe und Machtstellung des deutschen Volkes erworben hat, das Ehrenbürgerrecht ihrer Gemeinden verliehen und deß zur Beglaubigung diese Urkunde mit dem herzlichen Wunsche gemeinschaftlich ausgefertigt, daß Gott das theure Leben ihres Erlauchten Ehrenbürgers gnädig bewahren und Deutschlands großen Sohn dem dankbaren Vaterlande noch lange Jahre erhalten möge.

In dem Verzeichniß S. 430 ist nachzutragen: Bad Harzburg.

2. April: Schreiben an den Gemeindevorstand von Friedenau: Dank für die Verleihung des Ehrenbürgerrechts:

Durch die Verleihung des Bürgerrechtes von Friedenau fühle ich mich hoch geehrt und bitte den Gemeinde-Vor-

stand und die Gemeindevertretung, für diese Auszeichnung meinen verbindlichsten Dank entgegen zu nehmen.

v. Bismarck.

Text der Urkunde:

Wir, der Gemeinde-Vorstand und die Gemeinde-Vertretung von
Friedenau
im Kreise Teltow der Mark Brandenburg des Königreichs Preußen, urkunden und bekennen hiermit, daß wir auf Grund einhelligen Beschlusses

Seiner Durchlaucht
dem Fürsten Otto v. Bismarck
Herzog von Lauenburg

zum 80. Geburtstage die Würde als

Ehrenbürger der Gemeinde Friedenau

verleihen und verliehen haben.

Es ist eine hohe Ehre für uns, daß unter den zahllosen Beweisen aufrichtiger Liebe und Verehrung, die Ew. Durchlaucht von nah und fern, aus allen Welttheilen, wo deutsche Herzen schlagen, zugegangen sind, auch wir an unserem bescheidenen Theile dazu beitragen dürfen, den großen Baumeister des Deutschen Reichs zu ehren.

Wir fühlen uns einig mit dem gesammten Deutschland, wenn wir Ew. Durchlaucht danken für die unvergleichlichen Verdienste, die Sie Sich erworben haben um die Gründung und den Aufbau des Deutschen Reichs, Verdienste, die unauslöschlich eingegraben sind in das Herz aller wahren Deutschen. Daß es uns vergönnt ist, in einer Zeit zu leben, in der die Sehnsucht eines jeden deutschen Herzens nach Einigung der deutschen Nation erfüllt ist, daß Deutschland wieder ein machtvolles, unter allen großen Staaten hoch angesehenes Reich geworden ist, ist das ruhmvolle Ergebniß von Ew. Durchlaucht Lebensarbeit, deren einziges hohes Ziel, wie Ew. Durchlaucht selbst in einer Reichstagssitzung es aussprachen, in der „salus publica“ bestand.

Im treuen Gedenken aller dieser Verdienste um Thron und Vaterland, um Kaiser und Reich und in tief dankbarster Erinnerung an den unserer Gemeinde im Jahre 1886, als derselben die Errichtung einer Gasanstalt bevorstand, welche den kostbarsten Schatz der Gemeinde Friedenau, die reine Luft, zu nehmen drohte, gewährten gnädigen Schutz, bringen wir Ew. Durchlaucht diesen mit Siegel und Unterschriften versehenen

Ehrenbürgerbrief

dar.

Mögen unsere heißen Wünsche für das fernere Wohlergehen Ew. Durchlaucht in Erfüllung gehen, und möge Deutschlands größter Sohn noch lange die Freude und Genugthuung haben, sein hohes Werk wachsen und gedeihen zu sehen.

Friedenau, den 1. April 1895.

Der Gemeinde-Vorstand.

Das „Militairwochenblatt“ veröffentlichte zur Erinnerung an die 25. Wiederkehr des Siegestags von Sedan den Bericht Bismarcks an den König aus Doncherh vom 2. September 1870 aus einer bei den Acten des Kriegsministeriums befindlichen Abschrift des Originals. Der Bericht war — wie sich jetzt herausgestellt hat — bisher nur im Auszug bekannt gegeben worden; es scheint am Platze, die Ergänzung besonders hervorzuheben. Sie ist einzuschalten bei Absatz 3 nach dem Satze: „In Berührung der politischen Situation nahm ich meinerseits keine Initiative, der Kaiser nur insoweit, daß er selbst nicht den Krieg gewollt habe, durch den Druck der öffentlichen Meinung Frankreichs aber dazu genöthigt worden sei“ und lautet:

Ich hielt es nicht für meinen Beruf, in diesem Augenblick darauf hinzuweisen, wie das, was der Kaiser als öffentliche Meinung bezeichnete, nur das künstliche Product von einigen ehrgeizigen und politisch beschränkten Coterien der französischen Presse sei. Ich entgegnete nur, daß in Deutschland Niemand den Krieg gewollt habe, namentlich Ew. Majestät nicht, und daß die spanische Frage für keine deutsche Regirung ein Interesse, welches eines Krieges werth gewesen wäre, dargeboten hätte. Ew. Majestät Stellung zu der spanischen Thronbesetzung sei schließlich durch den Gewissenszweifel bestimmt worden, ob es recht sei, der spanischen Nation den Versuch, durch diese Königswahl zur Wiederherstellung dauernder innerer Einrichtungen zu gelangen, aus persönlichen und dynastischen Bedenken zu verkümmern; daran, daß es dem Erbprinzen gelingen würde, sich mit Sr. Majestät dem Kaiser über die Annahme der spanischen Wahl in befriedigendes Einvernehmen zu setzen, hätten Ew. Majestät bei den langjährigen guten Beziehungen der Mitglieder des Fürstl. Hohenzollernschen Hauses zum Kaiser niemals Zweifel gehegt, dies aber nicht als eine deutsche oder preußische, sondern als eine spanische Angelegenheit angesehen.

Anhang zur Chronik.

Artikel der Hamburger Nachrichten.

(Vgl. Vorbemerkung Bismarck-Jahrbuch I 327.)

1894.

Die Socialdemokratie und der Reichstag.

(H. N. 26. Octbr. 1894 No. 253 A.-A.)

Wir haben vor einiger Zeit einen Artikel auszüglich mitgetheilt, den Graf Paul v. Hoensbroech in der „Zukunft“ unter der Ueberschrift „Die Socialdemokratie und der Reichstag“ veröffentlicht hat. Soviel wir sehen, ist der sehr lesenswerthe Aufsatz in keiner Zeitung gehörig gewürdigt worden, und wir glauben daher im gegenwärtigen Augenblicke, wo in Berlin über die Maßnahmen gegen den Umsturz berathen wird, die öffentliche Aufmerksamkeit wiederholt auf die Hoensbroech'schen Ausführungen lenken zu sollen. Sie lauten in ihrer ersten, hier in Betracht kommenden Hälfte wie folgt:[1])

Das ist jedenfalls eine klare und consequente Darstellung, die bisher zu wenig beachtet ist.

Wir knüpfen daran einige heute besonders zeitgemäße Erinnerungen an die Sachlage, wie sie beim Verfall des Socialistengesetzes bestand.

---

[1]) Wegen Raummangels haben wir den Abdruck des Aufsatzes unterlassen und verweisen auf die „Zukunft“, herausgegeben von Max. Harden, Bd. IX S. 70 ff.

1889/90 im Winter galt es die Erneuerung des Socialistengesetzes. Die Schwierigkeiten der Erneuerung bestanden darin, daß die Mittelparteien eine Abschwächung des Socialistengesetzes wollten, die Conservativen aber es ablehnten, einem abgeschwächten Gesetze ihrerseits zuzustimmen, während regierungsseitig die Auffassung vorherrschte, daß das alte Gesetz für den Kampf der Zukunft ungenügend sei, noch mehr also das abgeschwächte, und daß die Regierung sich die Möglichkeit vorbehalten müsse, dem neuen Reichstage ein verschärftes Socialistengesetz vorzulegen.

Weit entfernt, diesem Ziele näher zu kommen, gelang es nicht einmal, das alte Socialistengesetz durchzubringen, weder in der ursprünglichen, noch in der abgeschwächten Form. Die Conservativen lehnten es ab, einem abgeschwächten Gesetze ohne Ausweisungsbefugniß zuzustimmen, wenn nicht die Regierung aus eigener Initiative vorher erklärte, daß sie es wünschte. Sie wollten, wie es scheint, das Odium der Zustimmung zu einem unvollkommenen Socialistengesetze ihrerseits nicht übernehmen, sondern der Regierung zuschieben. Letztere war nothgedrungen in der Lage, auch jedes abgeschwächte Socialistengesetz, wenn es votirt wurde und sie ein besseres nicht erhalten konnte, einstweilen anzunehmen mit dem Vorbehalte, in der Zukunft sagen zu können: wir kommen damit nicht aus, wir brauchen mehr. In der Art wenige Monate später vorzugehen, wäre für die Regierung nicht thunlich geblieben, wenn sie vor der Abstimmung erklärt hätte, daß sie sich auch mit dem abgeschwächten Gesetze auszukommen getraue und es annehmen werde. Die Praxis, Regierungsvorlagen auf Commissionsverhandlungen oder vorläufige Besprechungen hin freiwillig abzuschwächen, bevor die Majorität des Reichstags durch ihre Beschlüsse dazu nöthigt, ist ohnehin keine zweckmäßige Regierungspolitik.

In diesem Falle kam zu der allgemeinen und politisch richtigen Maxime die Erwägung hinzu, daß man nicht dem neuen Reichstage gegenüber im Frühjahr 1890 ein majus der Ausrüstung gegen die Socialdemokratie werde verlangen können, wenn man einige Monate vorher ein ablehnendes Votum mit dem minus freiwillig acceptirt hätte.

Officiöse Presse des neuen Curses.

(H. N. 5. Dec. 1894 No. 287 A.=A.)

Im Allgemeinen kann man sagen, daß die ausländische, und darunter auch die französische und englische Presse, beim Tode der Fürstin Bismarck eine warme Theilnahme manifestirt hat; dies ist bei der französischen besonders bemerkenswerth, weil manche

Aeußerungen der Sorge, mit welcher die Verstorbene ihre Angehörigen im Kriege geleitet, in unrichtiger Uebertreibung veröffentlicht worden waren.

Eine Ausnahme von dieser im Ganzen wohlwollenden Haltung der westmächtlichen Presse macht der „Standard", in dessen Aeußerungen wir noch die Tonart der officiösen Presse aus der Caprivischen Zeit wiedererkennen. Einer der erheblichsten Fortschritte der Ausdehnung der officiösen Presse im neuen Curse kennzeichnete sich in den Filialen, die sie u. A. in London, Wien und Pest gestiftet hatte. Wir glauben gewiß zu sein, daß zur Zeit des alten Curses die officiöse Presse des Auswärtigen Amtes sich ausschließlich auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" beschränkte, und in dieser mitunter in längeren Zwischenräumen gar nicht, und in manchen Zeiten täglich in die Erscheinung trat. Der Einfluß, der außerdem auf deutsche Blätter geübt wurde, ressortirte vom Ministerium des Innern in gleicher Art wie von anderen Ministerien.

Bisher fungiren die in den letzten vier Jahren geschaffenen Preßbeziehungen des Auswärtigen Amtes zu englischen und österreichischen Zeitungen vermuthlich in derselben Art weiter wie in der Caprivischen Zeit; jedenfalls spricht der Artikel des „Standard" vom 28. November dafür, daß dieses Blatt noch heute unter dem Einflusse seines Berliner officiösen Correspondenten sich befindet.

Es ist doch zu wünschen, daß auch die officiöse Presse sich gegenwärtig hält, daß das Auswärtige Amt und die Mittel, über welche es verfügt, im Allgemeinen die Aufgabe haben, die Interessen und den Ruf der Reichsangehörigen und auch den ihrer früheren Regierung im Auslande zu vertreten und zu schützen, und daß sie nicht den Beruf haben, unseren ersten Reichskanzler im Auslande zu verleumden und anzugreifen, wie dies allerdings zur Zeit der Wiener Leistungen von 1892 in der Blüthe stand.

(H. N. 13. Dec. 1894 No. 294 A.-A.)

Aus Anlaß einer Aeußerung des Londoner „Standard" beim Tode der Fürstin Bismarck hatten wir neulich die Vermuthung geäußert, daß officiöse Beziehungen zur englischen und österreichischen Presse aus der Caprivischen Zeit her noch fortdauerten. Die „Nordd. Allg. Ztg." erblickt in unserem Artikel eine „Herabwürdigung des Auswärtigen Amtes". Wir weisen diesen Vorwurf als unehrlich und ungerechtfertigt zurück. Wir haben Niemandem das Recht gegeben, zu glauben, daß wir das Auswärtige Amt für den „Standard"-Artikel verantwortlich machten. Kein vernünftiger

Mensch wird auf den abgeschmackten Gedanken kommen, diese amtliche Stelle könnte unfreundliche Artikel über die verstorbene Fürstin Bismarck in der ausländischen Presse erscheinen lassen; am wenigsten wird man uns solche absurde Annahmen zutrauen dürfen. Unsere neulichen Bemerkungen hatten, wie wir den Verdrehungsversuchen der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegenüber nochmals feststellen zu sollen glauben, lediglich den Zweck, die amtliche Aufmerksamkeit auf den wahrscheinlichen Fortbestand einer officiösen Preßthätigkeit zu lenken, die in den Wiener Erlassen von 1892 ihr Vorbild hatte, und von der wir glauben, daß ihre Fortsetzung den Wünschen der jetzigen Regierung nicht entspricht. Es ist natürlich, daß das weitverzweigte System ausländischer Preßbeziehungen, wie es zur Förderung der in den Wiener Erlassen enthaltenen Tendenzen unter dem vorigen Reichskanzler sorgsam ausgebildet worden war, durch den Ministerwechsel nicht mit einem Schlage beseitigt ist, sondern daß es von den Interessenten aufrecht zu erhalten versucht wird, so lange nicht amtlich dagegen eingeschritten wird. Daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ unserm Artikel die Absicht einer Herabwürdigung des Auswärtigen Amtes untergeschoben hat, ist ein Beweis, wie sehr ihr die Gewohnheiten der Capriviſchen Officiosität in Fleisch und Blut übergegangen sind, und daß es auch hier des amtlichen Eingreifens bedarf, um alte üble Sitten auszurotten.

Rußland und die Meerengen-Frage.

(H. N. 7. Dec. 1894 No. 289 M.-A.)

Der „Hamburger Correspondent“ enthält in seiner Nummer vom 28. November einen Artikel gegen England, mit dessen antienglischer Tendenz wir weiter nicht rechten wollen, nur möchten wir ein Argument richtig stellen, welches sich sowohl in diesem als in anderen officiösen politischen Erwägungen vorfindet und welches wir für irrthümlich halten. Es wird darin als ein Bedürfniß Rußlands geschildert, durch die Meerengen des Bosporus freie Durchfahrt für die Kriegsschiffe aller Nationen zu erzielen, und zugleich richtig hinzugefügt, daß Rußland nicht ohne Mißtrauen die Hand dazu bieten könne, daß englische Kriegsschiffe beliebig ins Schwarze Meer einlaufen könnten. Es gehört die ganze Unerfahrenheit der Presse in europäischer Politik dazu, um versichern zu können, daß Rußlands Bestreben sei, das Schwarze Meer den Kriegsschiffen aller Nationen zugänglich zu machen. Die Fähigkeit der Russen, jederzeit im Frieden mit ihren Kriegsschiffen durch den Bosporus zu fahren, ist für sie viel minder wichtig als

die Möglichkeit, die Meerengen allen fremden Kriegsschiffen zu verschließen und das Schwarze Meer zu einem russischen mare clausum zu machen. Die russische Flotte im Schwarzen Meere kann leicht die Stärke haben, daß sie jeder türkischen Flotte dort überlegen ist, aber nicht die Stärke, mit der sie den westmächtlichen Flotten im Mittelmeer gefährlich sein würde. Außerdem kann die Durchfahrt durch Bosporus und Dardanellen, auch wenn sie vertragsmäßig bestände, im Kriegsfalle mit den heutigen Sperrmitteln leicht illusorisch gemacht werden.

Wir glauben deshalb nicht, daß das Interesse Rußlands an den Meerengen in anderer Richtung liege als in der Möglichkeit einer russischen Sperre derselben. Im Krimkriege hat es sich gezeigt, daß in der Ostsee die Uebermacht der russenfeindlichen Flotte nicht viel ausrichten konnte; durch die Meerengen aber vermochten die Westmächte an der südrussischen Küste zu landen. Das russische Bedürfniß liegt nicht in freier Fahrt durch den Bosporus, sondern in der Fähigkeit, ihn russischerseits zu sperren, und selbst eine solche Sperrung würde, wie wir glauben, die Interessen des Deutschen Reiches zunächst nicht berühren, wohl aber für die Aussichten Englands in die Möglichkeiten der Zukunft unbequem sein.

Wir sind überrascht durch die ziemlich scharfe antienglische Tendenz der officiösen Politik im „Hamburger Correspondenten“, aber wir halten das Blatt und die Urheber des Artikels in Bezug auf den Punkt der russischen Auffassung der Meerengen-Frage für unrichtig informirt.

Zur Thätigkeit der Ansiedlungscommission.

(H. N. 7. Dec. 1894 No. 289 M.-A.)

Wir lesen im Graudenzer „Geselligen“ folgende auf die Thätigkeit der Ansiedlungs-Commission in den polnischen Gebietstheilen bezügliche Notiz:

Briesen, 2. December. Eine Meile von unserem Städtchen entfernt liegt das Rittergut Dembowolonka, welches von der Ansiedlungs-Commission erworben ist. Zu ihm gehört ein prächtiger Wald, dessen Urtheil gesprochen ist. Schon in diesem Winter beginnt die Abholzung. So verliert unsere Stadt im Laufe der Jahre den schönsten Ort zu Sommerausflügen.

Dergleichen und andere Uebelstände in Folge des polnischen Ankaufsgesetzes würden nicht Platz greifen, wenn es bei der ursprünglichen Absicht des Gesetzes geblieben wäre, die angekauften Güter einstweilen als Domänen zu behalten und die Frage, ob

und wie darauf deutsche Bauern anzusiedeln wären, nicht zu übereilen, sondern der ruhigen Ueberlegung in der Zukunft zu überlassen. Die Hast, mit der die Neuansiedelungen betrieben sind, hat mehr Nachtheile gehabt, und es wäre zu wünschen, daß in dieser Richtung noch jetzt eine Remedur einträte und die angekauften polnischen Güter einstweilen der Domanialverwaltung überwiesen würden, bei welcher die Regierung es in der Hand hat, germanisirende Bestrebungen je nach den Zeitverhältnissen zu fördern.

Die Umsturzvorlage.

(H. N. 11. Dec. 1894 No. 292 M.-A.)

Betreffs der Umsturzvorlage ist Anerkennung dafür am Platze, daß die Regierung Maßregeln zur Abwehr der gemeingefährlichen Umtriebe der Socialdemokratie ergreifen will, und daß die Nothwendigkeit, etwas dagegen zu thun, jetzt eingesehen wird. Obwohl der Entwurf keineswegs als speciell gegen die Socialdemokratie gerichtet bezeichnet ist und es in seinem Texte sogar streng vermieden wird, diese Partei auch nur zu nennen, nehmen wir die antisocialistische Tendenz doch als vorhanden an; denn außerhalb der socialrevolutionär-anarchistischen Bestrebungen kommen Handlungen, wie die von dem Entwurfe bedrohten, nicht in einem Maße vor, das zur Vornahme von Ergänzungen und Verschärfungen des Strafgesetzbuches nöthigte, wie sie die Vorlage aufweist. Aber wenn letztere thatsächlich auf die Socialdemokratie berechnet ist, und wenn wir dies gegenüber der bisherigen Haltung der Regierung als eine Wendung zum Besseren zu begrüßen haben, so müssen wir andererseits leider bekennen, daß uns die Mittel, mit denen die Vorlage ihren Zweck erreichen will, ebenso wenig wirksam erscheinen, wie wir die Bedrohung unterschätzen, welche das Zustandekommen der Vorlage für die nicht socialistischen Parteien und deren freie Meinungsäußerung erzeugen würde.

Die Gefahr dieser Vorlage besteht hauptsächlich in dem doctrinairen Festhalten an dem Gebiete des gemeinen Rechtes, während die eigentlichen Gegner, die Socialdemokraten, außerhalb desselben stehen. Daher kommt es, daß die Vorlage für den Kampf gegen die Socialdemokratie zu wenig und für das gemeingültige Recht zu viel fordert: daß sie der Gesammtheit der Staatsbürger gegenüber zu weit geht und gegen die Socialdemokraten nicht weit genug. Das richtige Maß darin kann, wie die Verhältnisse liegen, nur auf dem Gebiete der Specialgesetzgebung gefunden werden, durch eine Art bill of attainder. . . .

Zur Umsturz-Vorlage.

(H. N. 13. Dec. 1894 No. 294 M.-A.)

Wir glauben, daß mit der Vorlage nicht der richtige Bahnstrang gewählt ist, um dem erstrebten Ziele näher zu kommen. Die Umsturzbestrebungen von der Art, welche neuerdings das Bedürfniß ihrer Bekämpfung in den Vordergrund gebracht haben, gehen nicht von der Gesammtheit der Bevölkerung aus, für welche das gemeine Recht bestimmt ist, sondern ausschließlich von der Socialdemokratie und deren Zubehör. Die Ueberzeugung, daß diese specielle Feindschaft gegen unsere heutigen staatlichen und gesellschaftlichen Gebilde nur gemeinrechtlich bekämpft werden dürfe, ist ein Ergebniß politischer Doctrin und entspricht nicht dem praktischen Bedürfnisse. Religion, Monarchie, gesellschaftliche Ordnung, Eigenthum haben außerhalb der Socialdemokratie keine nennenswerthen Gegner. Der Gegner, der zu bekämpfen ist, kennzeichnet sich selbst in der schärfsten Weise durch sein Programm und seine Angriffe. Die Socialdemokratie hat principiell dem Christenthume, der Monarchie, der gesellschaftlichen Ordnung, der Ehe, dem Eigenthum den Krieg erklärt, und die Vertheidigung gegen diesen Feind wird abgeschwächt, wenn man sich nicht getraut, den Gegner mit Namen zu nennen und genau zu kennzeichnen. Wenn man, um Angriffe der Socialdemokratie abzuwehren, sich theoretisch in Vertheidigungszustand gegen die gesammte Bevölkerung setzt, einschließlich der durch die Angriffe bedrohten großen Mehrheit der Bevölkerung, so macht das einen analogen Eindruck, als ob man beim Angriffe eines auswärtigen Feindes sich auf die Ermächtigung zur Vertheidigung gegen alle Angriffe beschränken wollte, die mit Feuer- oder Handwaffen im Lande ausgeführt werden könnten. Der Staat will die Monarchie, Religion, gesellschaftliche Ordnung, Ehe und Eigenthum vertheidigen. Die Socialdemokratie erklärt alle diese Einrichtungen mit allen Mitteln, die ihr unsere freie Verfassung gewährt, bekämpfen zu wollen: sie giebt dieser Tendenz neuerdings schärferen Ausdruck als früher und nimmt damit den Handschuh auf, den die Vorlage ihr hingeworfen hat.

Die Singersche Episode,[1]) das Verhalten der mit der deutschen Socialdemokratie solidarischen belgischen, welche sich nicht auf passive Demonstrationen beschränkt, sondern das Hoch auf den König mit dem Hoch auf die Revolution offen beantwortet, kennzeichnen mehr

[1]) Bei Eröffnung des Reichstags am 6. Dec. 1894 blieben die der socialdemokratischen Partei angehörigen Mitglieder des Reichstags sitzen, als das Hoch auf den Kaiser ausgebracht wurde, und Singer rechtfertigte dann diese Demonstration mit dem Hinweis auf die sog. Umsturzvorlage.

als das frühere Verhalten der staatsfeindlichen Partei ihr Bewußtsein, sich im Kriegszustande mit den staatlichen Einrichtungen zu befinden, und wir halten es für eine doctrinaire Schwäche unserer liberalen Parteien vom Fortschritt aufwärts, wenn sie glauben, staatsrechtlichen Theorien zu Liebe zur namentlichen Bezeichnung und Aussonderung des Gegners nicht berechtigt zu sein. Es ist ein Irrthum der liberalen Parteien, wenn sie glauben, ihrerseits mit der Socialdemokratie staatlich leben zu können; sie würden einer socialdemokratischen Herrschaft gegenüber sich doch höchstens der Wohlthat erfreuen, die Polyphem dem Odysseus bewilligte, daß er das letzte der Opfer sein sollte. Die Verfassung in Frankreich bietet heut zu Tage Alles, was der Liberalismus von ihr verlangen kann, und Niemand wird doch deshalb annehmen, daß die fortschreitende Bewegung der Socialdemokratie in Frankreich dadurch zum Stillstand gebracht ist. In Belgien dürfte unter den Rubriken des Liberalismus kaum etwas zu wünschen übrig sein, und für diejenigen, welche glauben, daß die katholische Geistlichkeit die praedestinirte Siegerin über die Socialdemokratie sein werde, hat die Praxis der katholischen Regierung Belgiens bisher keine Beweise geliefert. Wir glauben nicht, daß die Anhänger der Socialdemokratie dort in dem eigenen katholischen Glauben die nöthigen Anknüpfungspunkte bieten, an denen die Lehren des Katholicismus behufs ihrer Bekehrung haften können.

Es ist menschlich natürlich und christlich berechtigt, daß Regierungen vor der Aussicht zurückschrecken, ihre Existenzberechtigung schließlich den eigenen Unterthanen gegenüber im materiellen Kampfe darzuthun. Wir wagen nicht zu behaupten, daß diese bedauerliche Combination nothwendig eintreten müsse in Ländern, wo die Regierung das richtige Verständniß und die Furchtlosigkeit besitzt, welche sie befähigt, dem Kampfe eventuell nicht auszuweichen; aber wir glauben, daß die Gefahren eines solchen Kampfes um so größer werden, je länger die Schüchternheit der Regierungen und der juristische Zopf sie abhält, die Situation allen Betheiligten zur klaren Anschauung zu bringen, und den alleinigen Gegner, welcher die staatlichen Grundlagen der Religion, der Monarchie, der Ehe und des Eigenthums bedroht, beim Namen zu nennen.

Der Kampf um diese bisherigen Besitzthümer der menschlichen Gesellschaft ist eben keine theoretische, er ist einfach eine Machtfrage, ob es den socialdemokratischen Führern, Verführern und Rednern, die das Blaue vom Himmel versprechen, ohne ihre Verheißungen je wahr machen zu können, gelingt, eine staatsgefährliche Macht unter ihre Fahnen zu sammeln oder nicht. In dieser Ueberzeugung sind wir der Meinung, daß die neueste Umsturzvorlage zwar einen

dankenswerthen Fortschritt im Vergleiche mit der früheren parlamentarischen Kampfgenossenschaft zwischen Regierung und Socialdemokratie kennzeichnet, und daß es beklagenswerth sein würde, wenn durch theoretische Gegnerschaft die Staatsregierung im Reichstage auf dem neu beschrittenen Wege entmuthigt würde. Wir wagen aber nicht zu hoffen, daß sich im Reichstage, so wie er heute zusammengesetzt ist, das Maß von Initiative und Energie finden werde, welches erforderlich sein würde, die bisherige gemeinrechtliche staatliche Vorlage auf eine praktische Richtung gegen die Socialdemokratie zu concentriren; wir haben nur unserer Ansicht über dieselbe im Hinblick auf die Möglichkeiten, welche die Zeit bringen kann, Ausdruck geben wollen.

Zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

(H. N. 17. Dec. 1894 No. 297 A.-A.)

In der neuesten „Zukunft" wird gesagt, „die Entlassung Bismarcks hat Caprivi gegengezeichnet; auch das war bekannt." Dieselbe Angabe hat Minister von Boetticher im Reichstage gemacht. Wir können damit eine Erinnerung an ein Gespräch nicht in Uebereinstimmung bringen, welches wir einige Wochen nach der Entlassung des ersten Kanzlers, etwa im April oder Mai 1890, in Friedrichsruh mit angehört zu haben uns entsinnen. Bei dieser Gelegenheit sprach der Fürst sich einem rechtskundigen Zuhörer gegenüber in zweifelloser Weise dahin aus, daß seine Entlassung überhaupt nicht contrasignirt sei. Nach dem, was bisher über den Hergang am 20. März 1890 bekannt wurde, ist diese Ueberzeugung des Fürsten damals vielleicht die richtige gewesen, und man darf wenigstens aus ihr schließen, daß er selbst eine Contrasignatur seiner Entlassung nicht gesehen hat. Die Mittheilungen, welche ihm über die Kaiserliche Entschließung am 20. März zugingen, wurden ihm bekanntlich durch die beiden Chefs des Civil- und Militair-Cabinets in versiegelter Ordreform überbracht, die eine die Entlassung aus den Civilämtern, die andere die Beförderung zum General-Obersten enthaltend.[1]) Es ist kaum anzunehmen, daß die beiden Cabinetschefs auf dem

---

[1]) Die in den Bismarck-Regesten II 498 zum 20. März unter F. S. 13 mitgetheilte, von Caprivi gegengezeichnete Ordre der Entlassung ist dem Fürsten Bismarck erst einige Tage später abschriftlich zugefertigt worden. Sie wurde bekannt durch die Mittheilung an den Bundesrath und verdankt wohl ihre Entstehung den juristischen Zweifeln, die sich von vornherein an die Form der Entlassung mittelst Allerhöchster Handschreiben knüpften.

Wege vom Schlosse zum Kanzlerpalais einen Minister oder den designirten Nachfolger des Kanzlers aufgesucht hätten, um vor der Insinuation der Documente die Contrasignatur herbeizuführen.

Unserer Ansicht nach entspricht in solchen Fällen der Logik constitutionellen Staatsrechts die Gegenzeichnung sowohl der Entlassung wie der Neuernennung durch den Minister, der entlassen wird, und der damit den letzten Act seiner ministeriellen Thätigkeit auszuüben hat. Sein Nachfolger kann ohne eine in dieser Art noch von dem Vorgänger geleistete Contrasignatur verfassungsmäßig (Art. 17) nicht giltig ernannt werden, da er, bevor er selbst giltig ernannt ist, weder die Entlassung des Vorgängers noch seine eigene Ernennung mit rechtlicher Wirkung gegenzeichnen kann; er muß zuvor selbst, unter amtlicher Contrasignatur eines noch fungirenden Ministers, ernannt worden sein. Die Gewohnheiten, welche sich in constitutionellen Staaten in dieser Richtung ausgebildet haben, sind nicht übereinstimmend; das Gewohnheitsrecht eines jeden reicht aber hin, die nach demselben erfolgenden Ernennungen als legale erscheinen zu lassen. Im Deutschen Reiche konnte sich bis 1890 ein Gewohnheitsrecht für Kanzlerernennung nicht ausbilden, und die Legalität des Verfahrens war daher ausschließlich nach der juristischen Logik zu beurtheilen. Im preußischen Ministerium kann jeder der acht oder zehn Minister die Entlassung eines jeden seiner Collegen und die Ernennung eines neuen verfassungsmäßig legalisiren; im Reiche liegt die Sache anders, da nur der Kanzler, ungeachtet des Stellvertretungsgesetzes, bei Ernennung seines Nachfolgers zur Contrasignatur befähigt ist; wir halten es für einen staatsrechtlichen Irrthum, wenn Herr von Boetticher für den „allgemeinen“ Stellvertreter des Kanzlers eine selbständige Contrasignaturbefugniß in Anspruch nimmt, ohne daß er durch die Fortdauer der Autorität des Kanzlers gedeckt wäre, zu dessen „Vertreter“ er gleich den übrigen Staatssecretairen „in Fällen der Behinderung des Kanzlers“ ernannt ist; sein Auftrag erlischt mit dem Erlöschen der amtlichen Befugniß des von ihm Vertretenen. Dem entsprach stets die Firma, unter der die Stellvertreter für den Kanzler zeichneten.

Wenn die Ernennung des Grafen Caprivi nur von dem Staatssecretair des Innern in Vertretung eines entlassenen Kanzlers contrasignirt ist, so fehlt ihr die nach Art. 17 der Reichsverfassung nöthige Vorbedingung zur verfassungsmäßigen Giltigkeit. Nur wenn Herr von Boetticher die Ernennung Caprivis schon vor der Entlassung des Fürsten Bismarck gegengezeichnet hätte, also zu einer Zeit, wo er noch als Vertreter des letzteren rechtskräftig fungirte, würde er diesen Act mit der verfassungsmäßigen Wirksamkeit eines Vertreters des noch nicht entlassenen Kanzlers haben leisten können.

Dann aber ließe sich annehmen, daß er den von ihm vertretenen Vorgesetzten von diesem Vorgange in Kenntniß gesetzt haben würde; dies ist indes nach Allem, was bisher bekannt geworden ist, nicht geschehen.

Zur Frage der Gegenzeichnung.

(H. N. 22. Dec. 1894 No. 302 A.=A.)

Unser neulicher Artikel über die Gegenzeichnung beim Kanzlerwechsel hat in der Presse zu Erörterungen geführt, die uns Anlaß zu folgenden weiteren Ausführungen geben.

Wir halten daran fest, daß, wie wir nachgewiesen haben, der austretende Kanzler seine Entlassung und die Berufung seines Nachfolgers gegenzeichnen muß. Daß er seine Entlassung zu zeichnen hat, kann keinem Zweifel unterliegen, sobald der Wille des Souverains ihm zur amtlichen Kenntniß gekommen ist; dann hat er keine Wahl mehr. Daß ein Minister die Contrasignatur seiner eigenen Entlassung verweigert, wenn er den Beweis in den Händen hat, daß der Monarch nicht mehr mit ihm wirthschaften will, ist unter regelmäßigen Verhältnissen nicht denkbar. Man könnte höchstens zweifeln, ob ihm auch die verantwortliche Zeichnung der Ernennung des Nachfolgers zugemuthet werden kann; denn diese könnte unter Umständen so sein, daß sie ihm dem Staate nachtheilig erscheint und er die Verantwortung für sie nicht übernehmen will. Nach genauer Logik kann die Berufung des Nachfolgers, sobald dieselbe dem Vorgänger gemeinschädlich erscheint, durch eine constitutionelle Verantwortlichkeit überhaupt nicht gedeckt werden. Es ist dies eine Stelle, wo die constitutionellen Theorien an Incommensurabilität leiden, ebensogut wie die Quadratur des Zirkels. Man muß über diesen Hiatus mit Nachsicht hinweggehen. Bei der Wahl des Nachfolgers tritt nothwendig die durch keine Verantwortlichkeit beschränkte Souverainetät in Kraft; der abgehende Minister kann der Meinung sein, daß der König einen Dummkopf oder einen Verräther wählt, es wird ihm immer kaum etwas übrig bleiben als die verfassungsmäßige Legalisirung des Kaiserlichen Entschlusses. Vollkommen sind eben keine menschlichen Einrichtungen, und in dieser Rücksicht ist der Unterzeichner der Ernennung seines Nachfolgers von der Verantwortlichkeit frei zu erklären, wie er es in Bezug auf seine eigene Entlassung ja schon ist, sobald er den Entschluß des Monarchen, ihn zu entlassen, amtlich mitgetheilt erhält.

In Preußen liegen die Verhältnisse etwas anders dadurch, daß mehrere verantwortliche Minister existiren, von denen Jeder die Entlassung des Collegen gegenzeichnen kann. Allerdings kommt

es vor, daß das ganze Cabinet seine Entlassung giebt und dann besteht ein ähnlicher Fall wie im Reiche, wenn der Kanzler, der allein verantwortliche Minister, entlassen wird. Der Hiatus, wie oben angedeutet, bleibt bestehen; es müßte denn eine Verfassungsänderung vorgenommen und bestimmt werden, wer für den Fall der Kanzlerentlassung rc. gegenzuzeichnen habe.

1895.

Die Stellung der Regierung zum Antrag Kanitz.

(H. N. 26. Januar 1895 No. 23 A.-A.)

Nach einer Mittheilung der „Bank- u. Handels-Zeitung“ hat die Regierung dem Wunsche der wirthschaftlichen Vereinigung des Reichstages, einen Commissar an den Berathungen über den Antrag Kanitz theilnehmen zu lassen, nicht entsprochen. Wir enthalten uns eines definitiven Urtheils über die Ausführbarkeit des Antrages; wenn aber die Regierung sich der Erörterung desselben in der Commission versagt, so vermögen wir dieses Verhalten nicht in Einklang zu bringen mit der von uns vorausgesetzten Tendenz der Regierung, daß sie zu jeder Förderung der Landwirthschaft, welche die einmal abgeschlossenen Handelsverträge nur gestatten, bereitwillig mitwirken werde. Wenn diese Tendenz Glauben finden soll, so müßte man annehmen, daß die Regierung sich wenigstens der Erörterung der Anträge, die auf dieses Ziel gerichtet sind, nicht entziehen werde. Die Durchführung des Kanitzschen Antrages ist vielleicht unmöglich oder schwierig, aber eine Regierung, die der Landwirthschaft ehrliche Sympathien entgegenbringt, sollte sich unserer Ansicht nach wenigstens der commissarischen Erörterung von Anträgen zur Erleichterung der Lage der Landwirthschaft nicht entziehen, wenn solche unter den Betheiligten soviel Anklang gefunden haben wie der Antrag des Grafen Kanitz. Wir beabsichtigen mit dieser Aeußerung nicht, für denselben in allen Einzelheiten Partei zu nehmen, aber die Ablehnung, auch nur in commissarische Verhandlnngen über denselben einzutreten, bekundet unserer Ansicht nach eine Continuität der Caprivischen Auffassung ohne Halm und ohne Ar, welche wir nicht vorausgesehen haben. Die Regierung kann ja in der Commission ihre bestimmte Ablehnung des Antrages schon vor der öffentlichen Verhandlung aussprechen, aber daß sie sich der Erörterung irgend eines auf die

Verbesserung der landwirthschaftlichen Lage gerichteten Antrages überhaupt verschließt, kann auf die betheiligten Interessen nur entmuthigend wirken.

Eine geschichtliche Berichtigung.

(H. N. 19. Febr. 1890 No. 43 M.=A.)

In einem Schriftstück des vorigen Königs von Belgien, das in dem 4. Bande der Bernhardischen Veröffentlichungen abgedruckt ist,[1]) wird behauptet, daß Herr von Bismarck seiner Zeit vorgeschlagen hätte, durch Abtretung deutschen Landes an Frankreich eine Vergrößerung Preußens in Deutschland herbeizuführen. Bei aller Achtung vor dem damaligen Könige von Belgien können wir doch nur annehmen, daß der Herr, wenn er dies schrieb, falsch unterrichtet gewesen ist. Das betreffende Schriftstück muß ungefähr im Jahre 1861 geschrieben worden sein. Damals war Herr von Bismarck=Schönhausen in St. Petersburg, und es ist schwer erfindlich, wem er von dort aus einen solchen „Vorschlag" gemacht haben könnte. In seiner Stellung als preußischer Gesandter war er überhaupt nicht in der Lage, Vorschläge von solcher Tragweite an maßgebenden Stellen zu machen, und wenn er sie etwa beim König Wilhelm oder beim Kaiser von Rußland hätte machen wollen, würde er damit wenig Glück gehabt haben. Die Haltung, die Herr von Bismarck als Minister dem französischen Verlangen nach Abtretung deutschen Gebietes im Jahre 1866/67 in Fällen behauptet hat, wo es sich um directe Kriegsdrohung Frankreichs handelte, die Bestimmtheit, mit welcher er dergleichen Zumuthungen auf die Kriegsgefahr hin abgewiesen hat, lassen es wenig glaubwürdig erscheinen, daß er als preußischer Gesandter in Rußland dergleichen Intentionen ohne jede competenzmäßige Berechtigung irgendwo vertreten haben sollte.

Der damalige König von Belgien war im Interesse der belgischen Politik beunruhigt über jede preußische Bestrebung, sich von Oesterreich zu emancipiren; er stand auf Seiten Oesterreichs im Interesse der Vertheidigung Belgiens gegen französische Absichten durch das Bündniß der beiden deutschen Monarchien; und schon in der Zeit, wo Herr von Bismarck noch Bundestagsgesandter in Frankfurt war, bemühte sich König Leopold in seiner Privat=

---

[1]) Aus dem Leben Theodors v. Bernhardi IV 32.

correspondenz mit Friedrich Wilhelm IV. darauf hinzuwirken, daß dem preußischen Vertreter in Frankfurt die Opposition gegen Oesterreich untersagt werde. Herr von Bismarck war in der Lage, seinem Könige auf die Uebermittelung der Königlich belgischen Auffassung zu antworten, daß er die Weisheit des Königs von Belgien unbedingt anerkenne, aber glaube, daß dieser Monarch die Situation anders beurtheilen würde, wenn er nicht König von Belgien, sondern von Preußen wäre. Bei dieser Neigung des Königs Leopold von Belgien, jedem Elemente entgegen zu treten, welches die ihm wünschenswerthe Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich stören könnte, ist es wohl erklärlich, daß er für Meldungen, welche den Frankfurter Störenfried, den preußischen Bundestagsgesandten, in seinen Bestrebungen hindern konnten, zugänglicher gewesen ist als für andere. Wir wollen damit die Aufrichtigkeit der belgischen Politik, deren Vertretung dem König Leopold oblag, nicht in Zweifel ziehen, aber wir glauben nicht, daß diese aufrichtige Politik irgend einen thatsächlichen Anhaltspunkt für die Behauptung haben konnte, daß Herr von Bismarck dergleichen, d. h. die Abtretung deutschen Gebiets an Frankreich, vorgeschlagen habe.

Wir wundern uns nicht, daß die heutigen Gegner des ehemaligen Reichskanzlers aus der Königlich belgischen Diplomatie von 1861 noch jetzt Material zu ziehen suchen, um den früheren Reichskanzler zu verdächtigen, der späterhin in die Lage kam, seine Entschlossenheit, Frankreich keine Trinkgelder zu bezahlen, in geschichtlicher Weise zu documentiren. Wir wundern uns auch nicht, daß das „Berliner Tageblatt“ diesen Eindruck durch Citate aus dem Bernhardischen Nachlasse zu vervollständigen sucht; aber wir können nicht glauben, daß Bernhardi in der Lage gewesen sei, seine Unterredungen unter vier Augen mit dem damaligen Kronprinzen von Preußen ohne Stenographen so genau zu fixiren, wie sie ihm in der Erinnerung gewesen sind. Außerdem müssen wir uns bei Beurtheilung der Bernhardischen Relicten doch immer gegenwärtig halten, daß dieser geistreiche Schriftsteller nach seinem eigenen Zeugnisse in der Regel nur mit den Elementen Verkehr pflog, welche an dem Sturze des damaligen Ministeriums Bismarck arbeiteten. Wir wollen sie nicht namentlich aufführen, denn sie leben zum Theil noch, aber wer die Bernhardischen Memoiren liest, wird sich aus den Persönlichkeiten, mit denen dieser Herr in Berlin verkehrte, sehr leicht eine Liste zusammenstellen können, welche Alles umfaßt, was damals an höfischer und bureaukratischer Opposition gegen das Ministerium Bismarck in Thätigkeit war.

Ist Fürst Bismarck für die Erlasse vom 4. Februar 1890 verantwortlich?

(H. N. 19. Febr. 1895 No. 43 M.=A.)

Der Reichskanzler hat in der Reichstagssitzung vom 11. Februar in Bezug auf die Frage der Contrasignatur gesagt: was die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 anlangt, so hat die Verantwortung dafür Fürst Bismarck. Diese Auffassung findet in der Verfassung nicht ihre Bestätigung. Art. 17 derselben bestimmt, daß Kaiserliche Anordnungen zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, welcher dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Also „hat“ der Kanzler die Verantwortung erst dann, wenn er sie „übernommen“ hat. Die Uebernahme der Verantwortung durch die Unterschrift ist zur Herstellung der Verantwortlichkeit ausdrücklich erforderlich. Der Souverain hat ja auch in Verfassungsstaaten zweifellos die Berechtigung, seine eigene Ueberzeugung über jede Frage kundzugeben und auszusprechen; aber eine ministerielle Verantwortlichkeit für die Durchführung derselben tritt doch erst dann ein, wenn ein Minister sie durch seine Unterschrift übernimmt. Im Falle der Kundgebungen Sr. Majestät des Kaisers vom Februar 1890 liegt die Sache so, daß der damalige Reichskanzler die Redaction derselben allerdings übernommen, von der Veröffentlichung aber ausdrücklich abgerathen hatte. Ob und inwieweit der „Reichsanzeiger“ und seine Redaction das Recht haben, sich der Veröffentlichung der Ansichten des Monarchen dienstlich zu entziehen, ist eine Frage, deren Beantwortung uns nicht obliegt; im Princip verneinen wir sie.

Die Aufgabe des Staatsraths.

(H. N. 19. Febr. 1895 No. 43 A.=A.)

Die „Voss. Ztg.“ schreibt, man werde annehmen dürfen, daß Fürst Bismarck bei der Frage des Arbeiterschutzgesetzes im Jahre 1890 beabsichtigt habe, den Staatsrath gegen die Politik des Herrschers ins Feld zu führen.

Diese Unterstellung halten wir doch für eine vollständig unehrliche. Der Staatsrath ist dazu da, in zweifelhaften Fällen den König zu berathen und seine Mitarbeit zur Festlegung der Allerhöchsten Ueberzeugung zu gewähren. Dieser Beruf des Staatsraths tritt umsomehr in den Vordergrund, wenn zwischen dem Könige und seinen nächsten Berathern, den Ministern, Meinungsverschieden-

heiten bestehen; dieselben werden dann im Staatsrathe in Gegenwart des Monarchen mit Für und Wider erörtert und dem Könige auf diesem Wege zur Entscheidung gestellt. Wenn also die „Voss. Ztg." behauptet, daß eine Berufung auf den Staatsrath den Zweck habe, diesen gegen die Politik des Herrschers ins Feld zu führen, so liegt darin eine Entstellung der Verhältnisse und der Aufgaben des Staatsraths, der keinen anderen Beruf hat, als den, die Berathung des Monarchen in Bezug auf die Gegenstände, die zur Entschließung stehen, zu vervollständigen. Wenn die Ansicht der „Voss. Ztg." richtig wäre, so wäre der Staatsrath überhaupt vollständig überflüssig und bildete eine muthwillige Erschwerung des ohnehin ziemlich complicirten Geschäftsganges. Soll auf die Berathung des Staatsraths verzichtet werden, sobald wahrscheinlich ist, daß in demselben Stimmen laut werden könnten, die mit der Ansicht des Monarchen, wie sie bis dahin auf Grund anderweiter Berathungen festgelegt ist, nicht übereinstimmten, dann wäre es ja eine Heuchelei, vor der Oeffentlichkeit so viele und so angesehene Männer, wie sie im Staatsrath sitzen, überhaupt zu berufen, lediglich um den status quo ante, d. h. die Ueberzeugung, die der Monarch vor Anhörung des Staatsraths hat, zu bestätigen.

Es ist diese Wendung der „Voss. Ztg." ein Beweis, zu welchen Absurditäten sich der Parteihaß versteigt, wenn es ihm darauf ankommt, den Gegner in nachtheilige Beleuchtung zu stellen. Der Satz, den die „Voss. Ztg." ihrer Insinuation, daß Fürst Bismarck den Staatsrath gegen die Politik des Herrschers habe ins Feld führen wollen, vorausschickt, ist eine vollkommen berechtigte Darlegung der Erwägungen, die einen Minister leiten könnten, der gegen die Ansichten seines Souverains Bedenken hat. Er lautet:

Im Juli 1890 empfing Fürst Bismarck in Friedrichsruh einen nationalliberalen, Herrn Miquel bekannten Schriftsteller, der damals veröffentlichte, der frühere Reichskanzler habe ihm gesagt:

„Ich war principiell gegen die Arbeiterschutzerlasse; sollten sie aber durchaus erscheinen — der Kaiser bestand darauf — so wollte ich wenigstens meine Redaction durchsetzen, damit die Erlasse gemildert würden. Ich übernahm deshalb die Redaction und schrieb die Erlasse in der jetzigen Form nieder als Diener des Kaisers. Die Redaction rührt also von mir her. Ich habe keine Collegen zugezogen. Ich fügte noch die internationale Conferenz ein; ich dachte, sie sollte gleichsam ein Sieb sein, eine gewisse Hemmung des humanen arbeiterfreundlichen Elans unseres Herrn. Ich glaubte, diese Conferenz werde sich gegen allzu große Begehrlichkeit der Arbeiter aussprechen, gleichsam Wasser in den Wein gießen. Aber selbst diese geringen Erwartungen sind enttäuscht worden. Die Ergebnisse der Conferenz sind gleich Null. Es hatte keiner den

Muth zu widersprechen, auf die Gefahren aufmerksam zu machen. Die ganze Conferenz ist eine einzige Phraseologie. Ich glaubte übrigens damals noch, daß der Staatsrath diese Erlasse nicht billigen werde . . ."

Vor dem deutsch-französischen Kriege.

(H. N. 20. Febr. 1895 No. 44 M.-A.)

In der „Allg. Ztg." wird ein Artikel über den Fürsten Bismarck und den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges veröffentlicht.[1] Darin ist u. a. gesagt, König Wilhelm und Graf Bismarck seien so sehr bemüht gewesen, jede unnöthige Reizung des französischen Nationalgefühls zu vermeiden, daß sie den Wunsch Badens um Aufnahme in den Norddeutschen Bund abgelehnt hätten. Das ist unrichtig. Der Wunsch Badens gelangte überhaupt nicht in einer Form zum Ausdruck, daß seine Ablehnung erforderlich gewesen wäre, aber man kannte ihn in Berlin, und wenn man ihn unerfüllt ließ, so geschah es keineswegs aus Rücksicht auf Frankreich, sondern in Rücksicht auf Bayern und Württemberg. Die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund ohne Bayern und Württemberg hätte diesen gegenüber den Eindruck einer rücksichtslosen Vergewaltigung gemacht; es wäre ein Druck auf sie gewesen, und diesen Druck zu vermeiden, lag in der damaligen norddeutschen Politik, deren Aufgabe es war, abzuwarten, bis das gesammte Süddeutschland zum Anschlusse bereit war. Nur die Rücksicht auf die militairischen, aber der Absicht nach schon damals auch politischen Bundesgenossen in München und Stuttgart hielt die Berliner Politik ab, den badischen Wünschen, die von Lasker und Genossen in ungeschickter und vorlauter Weise vor die Oeffentlichkeit gebracht wurden, näher zu treten.[2]

Der Artikel in der „Allg. Ztg." sagt nachher, es sei auf beiden Seiten, also auf französischer wie auf norddeutscher, ausgeschlossen gewesen, daß die spanische Frage nur als Vorwand ergriffen worden sei, um vorher feststehende kriegerische Absichten zu verwirklichen. Daß Frankreich jeden Kriegsvorwand ergreifen würde, den es plausibel fände, war damals in den politischen Kreisen nicht zweifelhaft, und daß es entschlossen war, den Krieg zu führen, dafür liegt der Beweis in der Thatsache, daß auch ein so ungeschickter Vorwand wie die spanische Königswahl ihm gut genug erschien.

---

[1] E. Brandenburg, Fürst Bismarck und der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges. Beilage zur „Allg. Ztg." 11. 12. Febr. 1895 No. 34. 35.

[2] Vgl. Reden IV 305 ff.

Die deutsche Politik sah den Krieg mit Frankreich als zweifellos bevorstehend voraus, wenn er nicht in Frankreich durch den Tod Napoleons, der schon zu jener Zeit ernstlich ins Auge gefaßt wurde, oder anderweit durch innere Unruhen verhindert würde. Es lag aber im Interesse Deutschlands, diesen großen und gefährlichen Krieg, wenn er auch nicht zu vermeiden war, doch aufzuschieben, weil die deutsche Seite mit jedem Jahre, um das der Ausbruch des Kriegs verschoben wurde, um etwa 100 000 Mann nach preußischer Art ausgebildeter Soldaten stärker wurde. Die norddeutsche Militairmacht war 1867 zur Zeit der Luxemburger Frage qualitativ und quantitativ lange nicht von der Stärke, mit welcher sie 1870 in den Krieg gegangen ist. Die Ausbildung und die Stärke der Kriegsmacht in den neu annectirten Ländern war damals noch auf dem nämlichen schwachen Fuße, wie in dem Kriege von 1866, und die Einrichtung wie die Ausbildung der süddeutschen Heere haben in den vier Jahren von 1866 bis 1870 Fortschritte gemacht, die für die Ueberlegenheit der deutschen Kriegsmacht im Jahre 1870 schwer ins Gewicht fielen. Nichtsdestoweniger war es in dem Zwischenraume zwischen 1866 und 1870 durchaus nicht Rücksicht auf Frankreich, welche die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund hinderte, sondern, wie gesagt, Rücksicht auf die anderen beiden Südstaaten, deren freiwillige Entschließung in Berlin abzuwarten war, ohne daß man den ungeschickten Versuch gemacht hätte, die Entschließungen in Stuttgart und München durch den Druck der Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund zu beschleunigen.

In dem weiteren Verlaufe des Artikels in der „Allg. Ztg.“ spricht der Verfasser von einer Sitzung, welche über die spanische Frage am 15. März 1870 unter Vorsitz des Königs stattgefunden haben soll und in welcher Bismarck, Moltke, Roon, Thile, Delbrück und Schleinitz in Gegenwart des Königs Berathung gehalten haben sollen. Eine solche Sitzung hat niemals stattgefunden. Der König hat mit Bismarck, Moltke und Roon einzeln berathen, mit Thile, der der vortragende Rath Bismarcks war, und mit Delbrück überhaupt nicht; der Minister von Schleinitz aber war wohl der vertraute Rathgeber der Königin Augusta, jedoch nicht der des Königs. Der König ist mit dem Votum irgendwelcher seiner oder, wie der Artikel sagt, sämmtlich zugezogenen Räthe nicht in Widerspruch getreten; er hat sie überhaupt nicht zugezogen.

Richtig ist in dem Artikel der „Allg. Ztg.“ die Andeutung über die Stellung des Fürsten von Hohenzollern, der seinerseits mehr Neigung für die Annahme der spanischen Candidatur hatte als sein Herr Sohn. Der Gedanke, an Spanien einen werthvollen Bundesgenossen gegen Frankreich zu gewinnen, ist

dem ersten Kanzler jederzeit vollständig fremd geblieben; er kannte die spanischen Verhältnisse hinreichend, um überzeugt zu sein, daß bei dem deutsch-französischen Kriege, wie er 1870 für spanische Interessen mitgeführt wurde, von Spanien auch nicht die geringste Truppenaufstellung an der Pyrenäengrenze zu erwarten war.

Wir lassen uns auf die Widerlegung der Conjecturen, die der Verfasser des Artikels in der „Allg. Ztg." mit Wendungen wie „Es bleibt nur die Annahme übrig" indirect über die Haltung des Grafen Bismarck macht, nicht näher ein; sie sind vollständig irrthümlich. Das Interesse des Kanzlers an der Einsetzung eines deutschfreundlichen Königs in Spanien war weit mehr ein wirthschaftliches als ein kriegerisches. Beide Nationen sind auf wirthschaftlichen Austausch ihrer Producte angewiesen, wenn sie natürliche Politik treiben wollen. Auf Kriegsleistungen des heutigen Spaniens im Interesse irgend eines europäischen Bundesgenossen zu rechnen, ist Fürst Bismarck niemals naiv genug gewesen.

Ein Ausweg aus dem Dilemma.

(H. N. 21. Febr. 1895. No. 45 M.-A.)

Bekanntlich hat sich die bayerische Regierung unter dem Drucke der landwirthschaftlichen Nothlage dazu entschlossen, Getreide und Fourage von den Landwirthen nach einer von den Proviantämtern monatlich zu bestimmenden Preistaxe als Zahlung für fällige Steuern anzunehmen. Dies Zurückgreifen auf die Naturalwirthschaft verdient sicherlich Beachtung. Die Beschwerden der producirenden Classen könnten vielleicht eine Abhülfe darin finden, wenn man die wichtigsten Theile der Nichtproducenten, die Gesammtheit der Beamtenschaft des Staates bis in die höchsten Stellen hinein, an ihren Interessen betheiligte.

In alten Zeiten waren in Deutschland die Landesherren zur Bestreitung der Kosten ihrer Regierung auf ihren eigenen Besitz angewiesen; das Domanium lieferte in erster Linie die Mittel zur Bestreitung der landesherrlichen Ausgaben, und nur additionell wurden Accisen und Zölle dazu herangezogen. Die Entwickelung der neueren Zeit hat dazu geführt, den Fürsten das Domanium abzunehmen und ihnen dafür eine Civilliste in baarem Gelde zu gewähren. In Folge dessen hat der Landesherr in seinem Haushalte kein directes Interesse mehr an der Frage, ob die Landwirthschaft rentirt oder nicht. Auch höhere Beamte waren früher für ihren Unterhalt weniger

auf baaren Gehalt als auf die Ausnutzung der landwirthschaftlichen Aemter, die ihnen als Zubehör ihrer Stellung unter irgend einem Titel überlassen wurden, angewiesen.

Das Bestreben, die Baarleistungen mit dem Bedürfnisse des Empfängers im Einklang zu erhalten, hat in Preußen vielfach dazu geführt, daß bei Ablösung der Naturalleistungen nicht eine unwandelbare Geldrente, sondern ein System Platz griff, das man mit dem Namen Roggenrente bezeichnete, d. h. die Geldrente wurde nach dem jedesmaligen Roggenpreise in den letzten 14 Jahren berechnet, unter Auslassung der beiden besten und der beiden schlechtesten Jahre, also nach einem zehnjährigen mittleren Durchschnitt der Roggenpreise.

Wir halten diese Art von Berechnung für eine billigere und gerechtere als die der Normirung der Baarzahlung nach der Valuta bei Abschluß des Abkommens. Der Empfänger soll durch den Empfang in die Lage gesetzt werden, sich jederzeit die Vortheile zu verschaffen, welche ihm die Abfindung nach dem jedesmaligen Werthe der Cerealien gewährt. Das maßgebende Cereale bei uns in Norddeutschland ist der Roggen, nach seinem Preise wurden daher alle Abfindungen, die auf Roggenrente basiren — und deren giebt es unzählige im Lande — berechnet. War das Brotgetreide während der letzten 10 Jahre hoch im Preise, so stieg die Zahlung in dem Maßstabe dieses Preises, stand es niedrig, so sank sie. Durch diese Einrichtung waren alle Betheiligten interessirt, daß das Brotkorn in einem gleichmäßigen Preise erhalten blieb.

Es ist auffällig, daß unter den vielen Mitteln, der Landwirthschaft ungeachtet der Handelsverträge aufzuhelfen, dasjenige noch nicht zur Sprache gekommen ist, durch welches alle bei unserer Gesetzgebung mitwirkenden Staatsbeamten zu Mitinteressenten der Landwirthschaft werden würden. Wenn alle Gehälter im Staate nach dem Stande der Brotfruchtpreise berechnet würden, so glauben wir, daß damit der Abneigung, welche heutzutage in der Bureaukratie gegen die Landwirthschaft herrscht und welche von der letzteren zu ihrem Schaden empfunden wird, mit der Zeit die Spitze einigermaßen abgebrochen werden würde. Der Geldcours ist erfahrungsmäßig sehr wandelbar, und 1000 Thaler haben jetzt kaum den Werth, den in der Jugend der heutigen Generation 500 oder weniger hatten; 1000 Scheffel Roggen aber haben noch immer für die Consumtionsfähigkeit des Empfängers denselben Werth wie in alter Zeit. Wir möchten daher die Herren, welche bei unserer Gesetzgebung mitberathen und die sich nach Mitteln, der Landwirthschaft ohne neue Handelsverträge aufzuhelfen, umsehen, die Erwägung anrathen, ob es sich nicht empfiehlt, die Tradition der preußischen General-Commissionen, welche die von ihnen festzustellenden Leistungen vorzugsweise nach der

Roggenernte berechneten, wieder aufzunehmen und diesem System eine Ausdehnung vorläufig auf alle Gehaltszahlungen zu gewähren.

Wir sehen in der Tendenz, die vor einem Menschenalter die deutschen Parlamente beherrschte: den Landesherren das Natural-einkommen aus Domanialbesitz zu entziehen und sie statt dessen auf eine Geldrente unter dem Namen Civilliste zu setzen, eine der ersten praktischen Schädigungen der einheimischen Landwirthschaft.

Die Bureaukratie auf dem Lande.

(H. N. 23. Febr. 1895 No. 47 M.-A.)

In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 9. Februar hat der freiconservative Abgeordnete Gerlich geäußert, das bureaukratische Schreibwerk auf dem Lande habe einen derartigen Umfang erreicht, daß Niemand mehr Amtsvorsteher werden wolle. Der hier berührte Uebelstand, der schon in früheren Jahren durch unser Blatt zur Sprache gebracht worden ist,[1]) wurde in der Sitzung des Hauses vom 16. Februar vom Abg. Frhrn. von Zedlitz einer weiteren Erörterung unterzogen; auch dieser Abgeordnete constatirte, daß die Selbstverwaltung auf dem Lande durch Berichte, Statistiken u. s. w. förmlich erstickt werde, und daß dadurch die besten Kräfte von den Aemtern derselben ferngehalten würden. Der Minister des Innern erwiderte, daß ihm die Entlastung der Amtsvorsteher am Herzen liege, die Landräthe sollten ihnen u. A. die Vacat-Anzeigen und manche statistische Arbeit sparen, er selbst wolle mit dem Justizminister wegen einer Verminderung der übermäßigen Inanspruchnahme in Verbindung treten, welcher die Amtsvorsteher jetzt durch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt seien.

Wir sehen einen großen Schaden der Situation Preußens darin, daß die Selbstverwaltung, die ursprünglich doch auf eine Emancipation der Landgemeinden von dem bureaukratischen Einflusse berechnet war, durch die Art, wie sie verwirklicht worden ist, zu einer Verschärfung des bureaukratischen Einflusses auf das ländliche Gemeindeleben geführt hat. Es ist zweifellos richtig, daß die Neigung, Amtsvorsteher zu werden, bei allen den Kategorien, die dafür in Aussicht genommen werden, also sagen wir: wohlhabende und gebildete Bauern in den Ländern westlich von Berlin, größere Grundbesitzer in den Ländern östlich der Oder, daß deren Neigung, Organe zur Ausführung der Aufgaben zu werden, die ihnen von Berlin aus gestellt werden, in Folge der Eindrücke, welche ihnen

[1]) Vgl. B.-J. I 330 ff.

die Entwickelung der neuen Einrichtungen macht, mehr und mehr abgenommen hat. Es ist kaum möglich, die Geschäfte, welche den Amtsvorstehern zugemuthet werden, im Nebenamte, d. h. neben ihrer eigenen Erwerbsthätigkeit, zu betreiben. Die Zumuthungen, die ihnen gestellt werden, sind so umfangreich und erfordern ein solches Maß von Geschäftskenntniß, von Ausdehnung der Bureau- und Registraturarbeit, daß sie ein Landwirth neben dem Betriebe seiner Wirthschaft je länger desto weniger zu leisten vermag. Als die jetzige Selbstverwaltung eingeführt wurde, fragte man sich, ob in Folge derselben die Thätigkeit der Regierungscollegien und die ministerielle Einwirkung auf die ländlichen Verhältnisse nicht wesentlich vermindert werden würden, so daß eine Anzahl von Regierungsräthen und Ministerialräthen entbehrlich werden würde. Ob dies geschehen ist, steht in dem Ermessen der höchsten Behörden; in den Kreisen der Administrirten läßt sich der Eindruck nicht verkennen, daß jene Beamte allerdings mehr Zeit als früher haben, diese Zeit aber vorzugsweise dazu verwenden, um den neuen bureaukratischen Fernsprechapparat, der durch die Organisation bis in die entlegensten Dörfer hinein geschaffen worden ist, zur Befriedigung einer Anzahl von Bedürfnissen des Schematismus zu benutzen, wie sie früher entweder nicht stattfanden, oder keine Mittel hatten, andere Kräfte für ihre Erfüllung anzuspannen. Dabei ist der Nutzen der dadurch erforderten Arbeiten meist sehr problematischer Natur. So z. B. wurde kaum ein Jahr nach der vorletzten Viehzählung eine neue veranstaltet, um statistisches Material darüber nach Berlin zu liefern, ob die Dürre des vergangenen Jahres eine Verminderung des Viehstandes hervorgerufen habe. Wer auf dem Lande wohnt und bei Viehzählungen thätig gewesen ist, der weiß, welche gewaltige Arbeitslast mit einer neuen Zählung den Dorfbehörden zugewiesen wird. Und was konnte in diesem Falle das Ergebniß der neuen Zählung sein? Das dürre Jahr mochte auf den Viehstand eingewirkt haben oder nicht, zur Abhülfe der etwaigen Schäden war die Regierung nicht im Stande; der Geldwerth der für diese additionelle Zählung beanspruchten Arbeitskräfte aber wird sich schwerlich auf weniger als eine Million Mark im Staate belaufen haben. Man kann von der Bureaukratie sagen wie Schillers Glocke vom Feuer: Wohlthätig ist des Feuers Macht, wenn sie der Mensch — hier der Staat — bezähmt, bewacht, Wehe, wenn sie losgelassen, einhertritt auf der eignen Spur, die freie Tochter — allerdings hier nicht der Natur, sondern der Unnatur.

Welche Aufgaben dem Landmanne, der im Interesse der Selbstverwaltung in den Staatsdienst eingetreten ist, gestellt werden, dafür könnten wir aus den Kreisblättern der preußischen Monarchie noch hundert bedenklichere Beispiele anführen, als diejenigen, die

uns augenblicklich vorliegen. Da wird beispielsweise in einem benachbarten Kreise vom Landrathe folgender Bericht verlangt:

„Die Magistrate und Herren Amtsvorsteher werden ersucht, mir binnen 14 Tagen zu berichten, welche Wirkung das preußische Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891 auf die Verpachtung der Gemeindejagden ausgeübt hat. Dabei ist mir eine Nachweisung vorzulegen, aus der der Pachtpreis jeder einzelnen Gemeindejagd vor 1891 und nach 1891, sowie ersichtlich ist, in welchen Gemeinden die Pächter den Wildschaden übernommen haben und in welchen nicht."

In einem anderen Kreise wird betreffend der Rechnungsführung in den Landgemeinden angeordnet:

Um Zweifel zu vermeiden, welche Formulare auf Grund der Anweisung vom 2. October 1894, betreffend das Cassen- und Rechnungswesen (Beilage zum Amtsblatt Stück 45 vom Jahre 1894) zu beschaffen sind, mache ich die Herren Gemeindevorsteher darauf aufmerksam, daß nachbezeichnete Formulare von allen Gemeinden zu beschaffen sind:

1. Muster A Voranschlag,
2. „ B Hebeliste,
3. „ H Steuerzettel,
4. „ J Lieferzettel,
5. „ K Restverzeichniß für Staatssteuern,
6. „ L Restverzeichniß für Gemeindesteuern,
7. „ M Rechnungsbuch des Vollziehungsbeamten,
8. „ N Liste der Einkommen-Ergänzungssteuerrückstände,
9. „ Q Revisionsverhandlung.
10. Außerdem haben alle Gemeinden mit weniger als 1000 Einwohnern ein Einnahme- und Ausgabebuch nach Muster E nebst Anhang nach Muster G,
11. alle Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern die Formulare

Muster C Einnahmebuch,
„ D Ausgabebuch,
„ G Anhang,
„ F Handbuch,
„ P Rechnung,

in Anwendung zu bringen.

Durch solche Anforderungen werden die Schreibereien der ländlichen Gemeindevorsteher in einer Weise vervielfältigt, daß schließlich schon die Unterkunftsbeschaffung für die Acten die Kräfte, welche bisher der Selbstverwaltung zur Verfügung stehen, überschreitet. Es wird auch kein Amtsvorsteher mehr ohne Secretair, ohne Registrator, vielleicht kaum noch ohne juristischen Beirath sein Amt so verwalten können, daß er von allen Ordnungsstrafen, denen er disciplinarisch ausgesetzt ist, frei bleibt.

Diese Ueberlastung der untersten Ausläufer der Bureaukratie geht nicht von den Landräthen aus, auch nicht von den Bezirksregierungen, sondern von Berlin, und wenn die Beispiele, die wir anführten, außerhalb des Ressorts des Cultusministers liegen, so können wir doch nicht unerwähnt lassen, daß die die meiste Arbeit bedingenden Ansprüche der Art an die ländlichen Behörden ihren Ursprung in der Schulabtheilung des Cultusministeriums haben. Es liegt dem die Tendenz zu Grunde, der Klippe zuzusteuern, an der überhaupt jede Bureaukratie scheitert: den gesammten Verwaltungsapparat auf den Dörfern von einem Centralpunkt aus zu leiten und von dort aus zu bestimmen, was in den Landgemeinden geschehen soll. Es ist dies ein natürlicher Ausfluß des Thätigkeitsdranges eines jeden gewissenhaften obersten Beamten, aber wir halten es für eine Aufgabe der Staatspolitik, diesen Thätigkeitsdrang auf ein Maß zu beschränken, das nicht überschritten werden darf, ohne die Unzufriedenheit der gesammten ländlichen Bevölkerung mit den bestehenden Einrichtungen von Tag zu Tag mehr zu steigern.

Wir behalten uns vor, auf diesen Gegenstand auch ferner zurückzukommen und die Sammlung der Zumuthungen, die von Berlin aus an die ländlichen Verwaltungsbeamten gestellt werden, zu vervollständigen. Auf dem bisher eingeschlagenen Wege wird man nothwendig zu einer Schreiberherrschaft gelangen, die um so lästiger und in einzelnen Fällen versuchender für deren Organ sich gestalten dürfte, je schärfer sie sich ausprägt, und je mehr Lasten dabei den Gemeinden auferlegt werden.

Herr von Köller und die Polen.

(H. N. 23. Febr. 1895 No. 47 M.-A.)

Die Zurückweisung, welche der Minister von Köller in der vorgestrigen Landtagssitzung den polnischen Anmaßungen hat zu Theil werden lassen, wird überall, wo deutsch empfunden und gesprochen wird, mit Genugthuung begrüßt werden. Es ist erfreulich, daß die deutschredende Bevölkerung in Posen und Westpreußen jetzt wieder Hoffnung zu haben scheint, auf das Wohlwollen der Regierung bei ihrer Abwehr der polonisirenden Bestrebungen rechnen zu können. Daß Herr von Köller auch sonst einen glücklichen Tag hatte, zeigte die energische und würdige Art, in der er die von freisinniger Seite an ihm geübte unberechtigte Kritik zurückwies. Herr von Köller wird den richtigen politischen Weg auch nach eignen Gefühlen von selber finden, aber die Gegnerschaft Rickerts ist jedenfalls immer ein guter Wegweiser dafür.

„Das Agrarierthum".

(H. N. 3. März 1895 No. 54 M.-A.)

In der „Köln. Ztg.", der „Voss. Ztg.", der „Volks-Ztg." und in anderen Blättern wird den landwirthschaftlichen Forderungen gegenüber der Einwand erhoben, daß es ungerecht und unzulässig sei, einen „Stand" auf Kosten der anderen zu begünstigen. Dem stimmen wir zu, aber die Landwirthschaft ist auch kein „Stand", sondern ein Gewerbe. Daß ein solches auf Kosten eines anderen begünstigt wird, liegt doch in unserer ganzen Zollgesetzgebung, und jedes Gewerbe, das sich eines Schutzzolles erfreut, erhält dadurch eine Begünstigung auf Kosten eines anderen. Wir brauchen nicht an die divergirenden Interessen der Spinnerei und des Gewebes zu erinnern, oder an die unzähliger anderer Gewerbe, die Zollschutz genießen; dem Schutz gegenüber steht immer ein anderes Gewerbe, das gewinnen würde, wenn jener Schutz ausfiele. Es ist aber die Aufgabe eines jeden Staates, bei sich diejenigen Gewerbe zu pflegen, die ihm eigenthümlich sind, oder deren Zugrundegehen den Staat in seiner politischen Existenz schädigen würde.

Um die Eigenschaft der Landwirthschaft als eines Gewerbes von gleicher Berechtigung mit allen anderen Gewerben zu verdunkeln, sind vielfach gehässige Bezeichnungen für ihre Vertreter erfunden worden. Man spricht in erster Linie von „Agrariern". Das ist eine fremdartige, manchem Zeitungsleser unklare Bezeichnung, die lediglich den Zweck hat, nicht von der „Landwirthschaft" zu sprechen, denn diese ist ein populäres, allen Zeitungslesern sympathisches Gewerbe. Wir halten schon den Ausdruck Agrarier für eine Verdunkelung der Thatsachen; ähnlich wie die Ausdrücke „Reactionair", „Absolutist" kann der Ausdruck „Agrarier" für Jeden, der mit einer fremden Sprache nicht vertraut ist, alle möglichen beunruhigenden Nebenbedeutungen haben. Aber dieser Ausdruck genügt der „Köln. Ztg." und der ihr verwandten „Voss. Ztg." nicht; sie verwechseln nach Belieben die landwirthschaftlichen Interessen mit den Begriffen „Junker", „adelige Geschlechter des Ostens", „ostelbische Ritterschaft" und identificiren diese Kategorien zur größeren Abschreckung mit der Vergangenheit aus der Zeit des Raubritterthums, mit den Quitzows und den Verschwörungen gegen den Kurfürsten Joachim I. Den „modernen Quitzows" wird das „Bürgerthum" gegenüber gestellt, als ob heutzutage die landwirthschaftlichen Gewerbetreibenden mit gewappneter Hand in die Städte einfielen und die Häuser plünderten. Der Ausdruck „Junkerthum" kommt in dem Artikel der „Köln. Ztg." „Was nun?" vier- oder fünfmal, in einem Artikel der „Voss. Ztg." siebenmal vor und zwar

in Gegenüberstellung zu dem „Bürgerthume" und zu der Erinnerung an die Quitzows. Die „Köln. Ztg." spricht vom „desperaten Junkerthum", die „Voss. Ztg." von „Krautjunkern". Kann man diese Art der Discussion eine ehrliche nennen im Kampfe des landwirthschaftlichen Gewerbes? Sind die bayerischen und sonstigen Bauernbünde „Junker", in deren Taschen nach der „Voss. Ztg." das Geld der ärmeren Classen abgeleitet werden soll? Sind diese ganzen Artikel nicht eine unwahre und aufreizende Fälschung der wirthschaftlichen Frage, um die es sich handelt? Der nothleidende Bauer ist kein anspruchsvoller Junker, er will leben, er will sein landwirthschaftliches Gewerbe betreiben können. Es handelt sich in dieser ganzen Nothlage nicht um Junker und Bürger, nicht um ostelbische Großgrundbesitzer, sondern um deutsche Bauern. Wenn der Bauernstand zu Grunde geht und die Landwirthschaft des Deutschen Reiches nicht mehr betriebsfähig bleibt, so geht damit das stärkste und gewichtigste Gewerbe zu Grunde, mit dessen Gedeihen die Existenz der Hälfte der Einwohner des Reiches verknüpft ist.

Wenn man ruhigen Blutes überlegt, ob das Gewerbe der Textilindustrie, der Eisenindustrie oder der Zuckerindustrie in seinem Bestande geschützt werden soll oder nicht, warum kann man dann nicht auch sine ira et studio und ohne hetzerische historische Citate mit derselben Ruhe die Frage erwägen, ob das Gewerbe der Landwirthschaft geschützt und erhalten werden soll oder nicht?

Daß die „Volks-Ztg." die heutige nothleidende Landwirthschaft als „moderne Quitzows" bezeichnet, ist nicht weiter wunderbar, aber daß Zeitungen, wie die „Köln. Ztg." und „Voss. Ztg." sich in Gemeinschaft dieser gehässigen Polemik befinden, läßt darauf schließen, daß ihre letzten Ziele von denen der „Volks-Ztg." doch so weit nicht entfernt sind. Der Kampf gegen die Verwirklichung derselben wird in dem vorliegenden Umsturzgesetze, auch wenn es voll zur Annahme gelangen sollte, keine ausreichenden Mittel finden.

Die Stellung des Fürsten Bismarck im Staatsrathe.

(H. N. 3. März 1895 No. 54 M.-A.)

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt in Bezug auf die Stellung des Fürsten Bismarck im Staatsrathe:

Fürst Bismarck, Staatsminister Dr. Delbrück, Graf Zedlitz-Trützschler, von Heyden-Kadow sind, wie jetzt anerkannt ist, Mitglieder des Staatsraths geblieben, da sie schon vor ihrer Ernennung zu Staatsministern aus Allerhöchstem

Vertrauen zu Mitgliedern des Staatsraths ernannt waren. Fürst Bismarck ist also auch noch heute Vicepräsident des Staatsraths.

Letztere Auffassung müssen wir doch als eine staatsrechtlich irrthümliche bezeichnen. Auch wir sind der Meinung und haben sie stets vertreten, daß Fürst Bismarck noch heute Mitglied des Staatsrathes sei, weil er das schon geworden ist, lange Zeit bevor er Minister wurde; daß er aber Vicepräsident in Vertretung des damaligen Präsidenten, des Kronprinzen war, ist doch nicht von seiner Ministerstellung zu trennen, und wir glauben nicht, daß er es noch heute ist. Diese Auffassung ist auch die des Königlichen Staatsministeriums, von welchem Fürst Bismarck zur Theilnahme an den Staatsrathssitzungen amtlich eingeladen worden ist. Derselbe hat indessen gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse von der Betheiligung an den Verhandlungen zu dispensiren.

Die „Zukunft" im Fahrwasser der Socialdemokratie.

(H. N. 3. März 1895 No. 54 M.=A.)

Die „Zukunft" schreibt:

In den „Hamburger Nachrichten" konnte man neulich lesen, Fürst Bismarck stehe durchaus auf dem Boden der Rede, die der Freiherr von Stumm am 9. Januar im Reichstage von sich gegeben hat. Diese Rede enthielt, außer den unbegründeten Schmähungen der Berliner Nationalökonomen und den allgemeiner gefaßten Angriffen auf die Katheder= und Kanzelsocialisten, als einzigen positiven Kern den Vorschlag, den Socialdemokraten und Anarchisten das active und passive Wahlrecht zu entziehen und die Agitatoren auszuweisen oder einzusperren. Es ist psychologisch und historisch bemerkenswerth, daß Fürst Bismarck diesen selbst vom hehren Herrn von Bennigsen verworfenen Gedanken für ausführbar hält, obwohl gerade er der Schöpfer des allgemeinen Wahlrechts und der mächtigste Förderer des Staatssocialismus gewesen ist. Aus Bismarcks Reden wäre leicht der Beweis zu erbringen, daß der alte Kanzler früher dem Standpunkt Adolph Wagners sehr viel näher als dem des Herrn von Stumm stand. Aber warum soll er nicht von dem Recht Gebrauch machen, seine Meinung zu ändern?

Es ist uns erfreulich, aus dieser Aeußerung zu ersehen, daß die Redaction der „Zukunft" in ihrer socialpolitischen Richtung nicht den Beifall des Fürsten Bismarck hat. Wenn die „Zukunft" sich gegen die „Hamburger Nachrichten" wendet, so haben wir darauf nur zu erwidern, daß die Vermuthung, der frühere Reichskanzler sei mit den Aeußerungen der „Zukunft" zu Gunsten der socialdemokratischen Tendenzen einverstanden gewesen, kaum irgendwo

Anklang gefunden und daß es einer Absage durch die „Hamburger Nachrichten“ nach der langjährigen Haltung unseres Blattes gegenüber diesen Tendenzen nicht bedurft haben wird. Die „Zukunft“ ist übrigens nicht die einzige Zeitschrift, die in die socialdemokratische Richtung hinübergeglitten ist; wir brauchen nur an die „Grenzboten“ zu erinnern, um die schiefe Ebene zu kennzeichnen, auf welche beide Blätter gerathen sind.

Zum deutsch-russischen Handelsvertrag.

(H. N. 5. März 1895 No. 55 M.-A.)

Gegenüber der Bezugnahme des Ministers von Boetticher auf die Vortheile des russischen Handelsvertrages haben wir uns der wiederholten Erörterung der Frage enthalten, ob der Abschluß dieses Vertrages, nachdem die anderen Verträge bestanden hätten, ein Fehler gewesen sei oder nicht. Die Sache liegt so, daß der russische Vertrag nicht an sich und unabhängig von seinen Vorgängern beurtheilt werden darf. Wir wissen nicht, ob bei Abschluß des Handelsvertrages mit Oesterreich-Ungarn die deutschen Abschließer sich darüber klar gewesen sind, daß dieselben Concessionen, die sie Oesterreich-Ungarn machten, bis nach Nordamerika und Argentinien reichen würden. Nachdem aber dieses πρῶτον ψεῦδος in die Welt gesetzt war, glauben auch wir, daß einem befreundeten Nachbarstaate wie Rußland gegenüber die Isolirung des letzteren nicht zu halten war. Wenn Rußland seinerseits Handelsverträge mit allen europäischen Staaten abgeschlossen, Deutschland gegenüber aber auf einem Boycott beharrt hätte, so würde ein solcher durch die russischen Vertragsschlüsse geschaffener Zustand auf die politischen Beziehungen beider Nachbarstaaten mit der Zeit nachtheilig gewirkt haben. Mit seinem größten Nachbarstaat dauernd in einem politische Feindschaft herausfordernden Verhältniß zu leben, kann weder für den einen noch für den anderen Staat nützlich erscheinen. Daß man in Deutschland beim Abschluß des österreichischen Handelsvertrages die unausbleiblichen Consequenzen desselben nicht im Auge gehabt habe, wird in Rußland, dessen Politik langsam und vorsichtig ist, schwerlich angenommen werden. Wir glauben deshalb, daß die Situation, die vor Abschluß des russischen Vertrages unsererseits durch Abschluß des österreichischen geschaffen worden war, uns in die Lage gebracht hat, den russischen Abschluß nicht versagen zu können. Wir sind überzeugt, daß eine deutsche Geschäftsleitung, die sich alle Consequenzen des österreichischen Abschlusses von Hause aus klar gemacht hätte, denselben nicht geleistet haben würde.

Die Gemeinschaft der deutschen und französischen Interessen in Afrika.

(H. N. 5. März 1895 No. 55 M.=A.)

Der Pariser „Figaro“ führt aus, Deutschlands Interesse in Afrika bestehe darin, dort England in Schach zu halten, aber nicht Frankreich. Das ist auch unsere Ansicht. Deutschland und Frankreich stoßen überall in Afrika bei ihren colonialen Bestrebungen auf englischen Widerstand. Damit ist die Möglichkeit einer Cooperation beider Mächte gegeben und indicirt. Der Versuch, die Interessen der beiden in Afrika minder mächtigen Mitbewerber England gegenüber gemeinsam zu vertreten, ist zur Zeit des französischen Ministers Ferry gemacht worden, und nicht ohne Erfolg. Das gemeinsame Auftreten von Deutschland und Frankreich hat damals in England seinen Eindruck nicht verfehlt, und wenn die in neuerer Zeit äußerlich günstig erscheinenden Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland irgendwie von Dauer sind, so würde es im Interesse der deutschen Politik liegen, sich über afrikanische Verhältnisse zuerst mit Frankreich und demnächst in Gemeinschaft mit diesem mit England zu verständigen.

Zur Währungsfrage.

(H. N. 5. März 1895 No. 55 M.=A.)

Zu den neulichen Währungs=Erörterungen haben wir noch zu bemerken, daß wenn zwischen Deutschland und den bisherigen Silberstaaten des französischen Systems sowie Amerika eine Verständigung stattfindet, der weitere Widerstand Englands doch mit Rücksicht auf Indien schwieriger werden wird. Wenn man also überhaupt die Sache will, so muß man sie nicht bei England anfassen, sondern bei Frankreich und Amerika.

Ein Ressortminister für die ländlichen Behörden.

(H. N. 6. März 1895 No. 56 M.=A.)

Der preußische Minister des Innern hat neulich im Abgeordnetenhause erklärt, daß ihm die Entlastung der Amtsvorsteher am Herzen liege, die Landräthe sollten ihnen u. A. die Vacat=Anzeigen und manche statistische Arbeit sparen, er selbst wolle mit dem Justizminister wegen einer Verminderung der übermäßigen In=

anspruchnahme in Verbindung treten, welcher die Amtsvorsteher jetzt durch die Staatsanwaltschaft ausgesetzt seien.[1])

Vor Allem scheint es uns wünschenswerth, zum Schutze der ländlichen Behörden gegen Ueberlastung mit Aufträgen die Einrichtung zu treffen, daß sie nicht an die Verfügungen aller in Preußen vorhandenen neun Ministerien gebunden sind, sondern nur an die eines Ressortministers, und daß sie auf diese Weise dessen Schutz gegen ihre übermäßige Inanspruchnahme erhalten. Dazu wäre am meisten der Minister des Innern, dem die ländlichen Verhältnisse am nächsten liegen, geeignet. Die Regierungsbehörden müßten angewiesen werden, den ländlichen Localbehörden keine Zumuthungen zu stellen, die nicht das Placet des Ressortministers des Innern haben. Die Dorfbehörden haben bisher keine Stelle, bei der sie sich wegen Ueberlastung beklagen könnten. Wenn für sie der Minister des Innern der einzige Ressortminister würde und wenn sie nur Befehle von diesem zur Ausführung zu bringen brauchten, so würde voraussichtlich eine große Erleichterung gewonnen sein.

Die meistbelästigenden Zumuthungen gehen den Dorfbehörden von Seiten der Schulverwaltung zu. So wird beispielsweise in einem uns vorliegenden Kreisblatte der Nachbarschaft von den Schulvorstehern, die doch auch im freiwilligen Amte fungiren, vier Mal im Jahre eine mit „erschöpfender Genauigkeit“ aufzustellende Nachweisung von Details betreffend die Dienstalterszulagen der Lehrer verlangt, zu deren Herstellung die Betreffenden unverhältnißmäßig viel Zeit und Mühe aufwenden müssen. Aehnliche Anforderungen werden neuerdings auch von der Finanzverwaltung gestellt, als deren Organe die unbesoldeten Beamten der Selbstverwaltung ebenfalls zu fungiren haben.

Die ganze Einrichtung der Selbstverwaltung ist unhaltbar, wenn jeder der vorhandenen neun Minister sie auf Anregung eines seiner Räthe für seine Zwecke direct in Anspruch nehmen kann.

Nochmals die Meistbegünstigungs-Clausel.

(H. N. 6. März 1895 No. 56 M.-A.)

Die „National-Zeitung“ bemerkt gegenüber unserer neulichen Ausführung über die Meistbegünstigungs-Clausel in den Handels-Verträgen:[2]) ob ein fremder Staat durch die Clausel voraussichtlich mehr Vortheile erlange, als er uns gewähre, das müsse vor Ab-

---

[1]) Siehe oben S. 641.

[2]) Siehe „Hamb. Nachr.“ 26. Febr. 1895. No. 49 A.-A.

schluß des Vertrages mit ihm erwogen werden. Wir wissen nicht, welche Verträge die „Nat.-Ztg." damit meint; daß sie diejenigen der Meistbegünstigung allgemein im Auge hat, können wir kaum annehmen, denn da ist die Begünstigung eine rein principielle. Wenn das aber nicht die Meinung des Blattes ist, dann besteht ja volles Einverständniß seinerseits mit unserer Auffassung: daß man bei Abschluß von Tarifverträgen vor Zulassung der Meistbegünstigung zu erwägen hat, ob der betreffende Staat mehr Vortheil erlangt, als er uns gewährt. Wenn die „Nat.-Ztg." aber mit ihrer unklaren Wendung den Meistbegünstigungsvertrag an sich meint, so schwebt ihre Ansicht vollständig in der Luft, denn in einem solchen Vertrage wird ja nur einfach verabredet, daß die Vortheile, welche dritten Staaten gewährt werden, den meistbegünstigten ebenfalls gewährt werden sollen. Aber der Vortheil des dritten Staates ist doch nur insoweit ein Vortheil, als er nicht durch Concessionen des dritten Staates vermindert wird. Daß diese Concessionen auch von dem gleichberechtigten Staate übernommen werden sollen, ist ja einfach der Grundsatz, den wir für die Zukunft empfehlen, nachdem er in der Vergangenheit zu unserem Bedauern als Ergebniß der bestehenden Verträge nicht zur Anwendung gebracht worden ist.

Verminderung der Zahl der Geschworenen.

(H. N. 6. März 1895 No. 56 M.-A.)

Die Berathungen der Justizcommission des Reichstages geben in der Presse Anlaß zu Erörterungen über die Belastung der Staatsbürger durch die Theilnahme an der Rechtspflege als Geschworene. Wir wollen auf die Frage der Schwurgerichte hier nicht eingehen, sondern nur unsere Ansicht äußern, daß die Verminderung der Zahl der Geschworenen eine große Wohlthat für alle Betheiligten sein würde. Die Leistung als Geschworener, so nothwendig sie an sich ist, bildet eine erhebliche Belastung der betheiligten Classen um so mehr, als sie eine unentgeltliche ist. Seine Häuslichkeit zu verlassen, unter Umständen wochenlang in beengten Gasthofsverhältnissen zu leben oder dort abzuwarten, ob man zur Ausübung des Geschworenen-Amtes berufen wird, ist eine Unbequemlichkeit, für welche nur der Verständniß besitzt, der sie durchgemacht hat.

Die Thätigkeit der Geschworenen ist für unsere Justizeinrichtungen unentbehrlich; es fragt sich nur, ob man die Belastung der Betheiligten nicht vermindern kann. Unserer Ansicht nach würde dies möglich sein in erster Linie durch Verminderung der Zahl der Geschworenen, welche das Gesetz erfordert. Ob 12 oder, wie in

einigen anderen Ländern, 7 Geschworene auf der Geschworenenbank sitzen, wird in Bezug auf die Zuverlässigkeit des Urtheils der Geschworenen schwerlich einen Unterschied machen. Dann aber glauben wir, daß bei uns die Zahl der Reservegeschworenen übermäßig hoch bemessen ist. Wir stimmen mit dem Juristen der „Magd. Ztg.“, der die Zahl der Geschworenen vermindern will, aus voller Ueberzeugung überein. Derselbe ist der Meinung, daß wenn wir 20 Geschworene einberufen und die Anwesenheit von 16 als Minimum für die Bildung der Bank fordern, dies vollkommen genügen würde. Wir glauben, daß, wenn man von 12 auf 7 Mitglieder der Bank zurückgeht und die Zahl der Ergänzungsgeschworenen auf die Hälfte vermindert, man ohne Schädigung des juristischen Ergebnisses auch noch mit weniger Geschworenen auskommen könnte, als der Jurist der „Magd. Ztg.“ vorschlägt. Jedenfalls würden wir es als eine Wohlthat für diejenigen, welche zu dem „mit so schweren Opfern verknüpften“ Amte als Geschworene berufen sind, betrachten, wenn die Gesetzgebung sich ihrer annehmen wollte.

Der 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck und das Verhalten des Deutschen Reichstages.

(H. N. 8. März 1895 No. 58 A.-A.)

In der Presse findet die Frage des Verhaltens des Deutschen Reichstages zu dem 80. Geburtstage des Fürsten Bismarck immer lebhaftere Erörterung. Von mehreren Seiten wird „mit Bestimmtheit erwartet, daß das Präsidium des Reichstages durch namentliche Abstimmung zur Entscheidung bringe, ob dem großen Manne an diesem Tage vom Reichstage eine Anerkennung dafür gebracht werden solle, daß er das deutsche Vaterland aus tiefer Erniedrigung zum größten Ansehen unter den Völkern Europas gebracht habe; man müsse die Namen aller Abgeordneten kennen lernen, welche im Stande seien, dem Fürsten Bismarck die verdiente Anerkennung zu versagen“. Wir möchten von derartigen Schritten doch abrathen. Wir würden es nicht als einen dem Fürsten Bismarck geleisteten Dienst ansehen können, wenn Ovationen für ihn da beantragt werden, wo eine ablehnende Aufnahme des Antrages außer Zweifel steht. Daß von der Majorität des Reichstages eine Ablehnung derartiger Anregungen, wenn sie erfolgten, zu erwarten ist, halten wir für zweifellos. In der Mehrheit des Reichstages herrscht heute die

analoge Richtung wie zu jener Zeit, wo der vom Reichskanzler geforderte Ministerialdirector abgelehnt wurde; die Gegner der vom Fürsten Bismarck betriebenen Politik haben heute wie damals die Mehrheit.

Praktische Colonialpolitik.

(H. N. 16. März 1895 No. 65 M.=A.)

Von colonialer Seite wird der „Berl. Börs.=Ztg." geschrieben:

Es ist nicht zu bestreiten, daß die allgemeine Depression des Welthandels von Einfluß auf die Weiterentwicklung unserer Colonien in nachtheiligem Sinne gewesen ist, aber der Erkenntniß wird sich ein unbefangener Beobachter nicht verschließen können, daß die Hauptursache der Stagnation und des Rückschrittes anderswo zu suchen ist.

Diese Ursachen liegen in dem Ueberwuchern des Beamtenthums und des Militarismus in den Colonien. Dort galt in der That unter Caprivis Regime das „Amtliche" Alles, während die Hauptsache, die wirthschaftlichen Aufgaben, nur als eine unliebsame Nebensache betrachtet wurden, abgesehen davon, daß der verabschiedete Reichskanzler den Werth von Colonien überhaupt nicht gelten lassen wollte.

Daraus folgte mit logischer Consequenz, daß ein Beamtenthum in unseren Colonien groß gezogen wurde, das, mit wenigen Ausnahmen, seine Aufgabe falsch auffaßte und ebenso falsch zur Ausführung brachte. Dafür können wir aber Einzelne nicht verantwortlich machen, bei gewissen leitenden Stellen, unter andern auf Seiten des Colonial=Directors Kayser, ist sogar ein entschieden guter Wille und wirkliche Einsicht vorhanden, sondern das ganze System war ein verfehltes, hauptsächlich deshalb verfehlt, weil die Beschäftigung der Beamten in der Colonie nur als ein Durchgangsstadium angesehen wurde, das in Westafrika begonnen, in Ostafrika weitergeführt und vielleicht in Neuguinea beendet werden konnte. Dem Beamten konnte unter solchen Umständen ein wahres Interesse an seiner Aufgabe nicht erwachsen. Er wandte den Blick, die Aufmerksamkeit nicht vorwärts in die Colonie, sondern rückwärts auf die vorgesetzte Behörde. Er mußte sein ganzes Streben dahin lenken, das Amtliche seiner Aufgabe so vorzüglich wie möglich zu vollbringen, das Sachliche dagegen war Nebensache. Das war das Wesen dieses Systems, das als derartiges an seinen Früchten erkannt wurde. Dieses System züchtete geradezu Streber, zwang den jungen Beamten, ein solcher zu werden, machte einen Schablonenarbeiter aus ihm und unterdrückte die Initiative, das Interesse an der speciellen Aufgabe.

Es ist auch klar, daß ein solches System nicht nach der Specialtüchtigkeit des Beamten frug, sondern nur nach der bureaukratischen Tüchtigkeit. Deshalb finden auch praktisch in den Colonien herangebildete Leute so gut wie gar keine Verwendung, sondern nur tüchtige Bureaukraten. Auf diese Weise lagen Kräfte

wie Wißmann, Stuhlmann, Vohsen, Schweinitz brach oder wurden brach gelegt, wie z. B. Sigl.

Frankreich krankt an demselben Fehler, während England seine unerhörten Erfolge deshalb hauptsächlich erzielt, weil es seine Beamten nimmt, wo es dieselben als geeignet findet und nicht danach fragt, sind dieselben amtlich oder praktisch gebildet. England sieht nicht nur theoretisch, wie wir, sondern thatsächlich seine Hauptaufgabe in einer kräftigen wirthschaftlichen Entwicklung seiner Colonien.

Aehnlich lagen oder liegen die Verhältnisse in den Colonien auf militärischem Gebiete. Der junge Offizier faßt seine Aufgabe, mit seltenen Ausnahmen, nur vom rein militärischen Standpunkte auf. Er ist draußen nur Offizier und läßt die culturelle Seite seiner Aufgabe ganz außer Acht. Avancement und Auszeichnung sind sein Leitmotiv, und wenn er nicht gleich seinen größeren oder kleineren Feldzug ausführen kann oder gar ohne einen solchen auskommen sollte, so glaubt er seine Ehre aufs Spiel zu setzen. Lärmend drängt er seine Person und seine Stellung in den Vordergrund, und unbewußt provocirt er oft genug, was er gerade verhindern sollte, Streit mit den Eingeborenen! Schneidigkeit ist eine selbstverständliche Eigenschaft des Soldaten, aber der Soldat ist nicht da, um diese Schneidigkeit um ihrer selbst willen zu bethätigen.

Zu den Fehlern des ganzen Systems gesellen sich noch technische Fehler, wenn man so sagen darf; unsere Beamten betreten die Colonien ausschließlich theoretisch vorgebildet, und als rein theoretisch ausgebildet ist auch der Offizier den Colonien und den Eingeborenen gegenüber zu betrachten. Beiden fehlt nur zu oft die Kenntniß der Eigenthümlichkeiten des fremden Landes und seiner Bewohner vollkommen. Ohne Federlesens wendet er seine Erfahrungen und Kenntnisse, die er in der Heimath gesammelt, auch auf die dortigen Verhältnisse an. Sehr treffend zeichnet dies Zintgraff in seinem jüngst erschienenen Werke „Nordkamerun". Freilich giebt es schneidige junge Herren, die, unmittelbar aus Europa kommend, nicht begreifen können, daß sie von den Eingeborenen nicht alsbald als Pioniere europäischer Bildung, als Vertreter Seiner Majestät des Kaisers und der deutschen Nation mit lauter Freude und pflichtschuldigster Ehrerbietung, und womöglich gleich auch mit dem richtigen Amtstitel begrüßt werden. Dann erfolgt die beliebte Züchtigung, deren pädagogische Ursache und Berechtigung dem Gezüchtigten oft ein vollständiges Räthsel bleibt.

Entsprechend dem wirthschaftlichen Werth, den die Colonien darstellen, sollte man eigentlich annehmen, daß der Kaufmann dort die erste Rolle zu spielen berufen sei. Leider ist in unseren Colonien fast durchgängig das Gegentheil der Fall: Der Kaufmann wird gewissermaßen von den Beamten dort gnädigst geduldet und rangirt mit den Eingeborenen auf ungefähr derselben Stufe, denn er ist ja nicht von Amtswegen da und giebt meist nur zu unliebsamen Schreibereien und Arbeiten Anlaß. Die Stellung der Kaufleute, unserer Unternehmer, ist aber einer derjenigen Punkte, der am dringendsten der Abhilfe bedarf. Der erste Schritt, der hier zur Besserung unternommen werden muß, ist die Aus-

merzung des geradezu unerträglich gewordenen Kastengeistes in den Colonien; derselbe feiert heute in den deutschen Colonien weit größere Triumphe wie in seinem Heimathlande Indien und China: Beamte, Offiziere und Kaufleute arbeiten nicht mit einander, sondern gegen einander.

Wir haben heute nicht wirthschaftliche, sondern administrative Colonien, in denen ein mit wenig Ausnahmen anmaßender Beamtenstand, nur seine eigenen persönlichen Interessen im Auge haltend, dem Kaufmanne das Leben draußen sauer macht, das Capital vor Unternehmungen zurückschreckt, durch zahllose polizeiliche Ge- und Verbote die Colonisten und Unternehmer wie unmündige Kinder behandelt und Europäer und Eingeborene verbittert.

Rechtsschutz und Sicherheit von Person und Eigenthum sind die Hauptpflichten, welche die Regierung draußen zu erfüllen hat. Nie war die Unsicherheit in unseren afrikanischen Colonien größer wie unter dem System Caprivi. Die Zeiten unter arabischer Herrschaft in Ostafrika waren im Vergleich zu den heutigen für den Kaufmann, Händler und Forschungsreisenden goldene. Sie fühlten sich ohne die amtliche Bevormundung als Menschen. Das deutsche Ansehen hat unter diesen Umständen naturgemäß sehr gelitten.

Es sind begründete Hoffnungen vorhanden, daß alle diese Uebelstände nunmehr abgestellt werden und daß man in Regierungskreisen die Nachtheile des bisherigen Vorgehens voll erkannt hat, verantwortungsvolle Beamten in denjenigen Kreisen wählt, welche als die erfahrensten, auch als die geeignetsten gelten müssen. Vor allen Dingen aber scheint es, daß man die deutschen Colonien von Amtswegen nicht mehr als eine Bürde, sondern als einen wichtigen wirthschaftlichen Factor zu behandeln gesonnen ist, was wir nur mit lebhafter Freude begrüßen können.

Uns scheint, daß der Kaufmann in den Colonien immer mehr in den Hintergrund tritt. Fürst Bismarck hat als Kanzler vom Anfang der Colonialpolitik an den Standpunkt vertreten, daß die Kaufleute vor Allem in den Colonien Berücksichtigung und Förderung finden sollten, und daß die Ausdehnung der politischen Machtsphäre hauptsächlich der colonisatorischen Thätigkeit der deutschen Kaufleute folgen solle. Aber der frühere Kanzler hat gegen den Widerstand der militärischen Ministercollegen, des Kriegs- und des Marine-Ministers, seinen Plan der colonialen Organisation nicht durchsetzen können. Dadurch sind die jetzigen auf bureaukratischen und militärischen Uebergriffen beruhenden Uebelstände möglich geworden.

Ein Lügenbericht der „Pall Mall Gazette".

(H. N. 8. April 1895 No. 84 A.-A.)

Wir lesen in den „Berl. Neuest. Nachrichten":

„Zu den Festtagen in Friedrichsruh, die einen Congreß von Publizisten nach dem Sachsenwalde riefen, war auch ein Vertreter der „Pall Mall Gazette"

erschienen, der die Ehre genoß, kurze Zeit der Gast des Fürsten Bismarck zu sein. Die erste Frage, die der große Staatsmann an den Engländer richtete, war die, welche Aussichten Lord Rosebery habe, sich an der Regierung zu halten."

Fürst Bismarck hat überhaupt keinen englischen Zeitungscorrespondenten, am allerwenigsten einen der „Pall Mall Gazette", bewußter Weise gesehen oder gesprochen. Wir sagen: am allerwenigsten von der „Pall Mall Gazette", weil dieses Blatt es gerade ist, dessen Correspondenten über angebliche Unterhaltungen mit dem Grafen Herbert Bismarck und dessen Vater schon früher Mittheilungen und Besprechungen gegeben haben, die lediglich auf Erfindung beruhten. Wir wissen nicht, ob der jetzt citirte „Pall-Mall"-Correspondent derselbe ist, der früher für den „New York Herald" schrieb, und der von der dortigen Redaction vor längerer Zeit wegen ähnlicher willkürlicher Erfindungen entlassen wurde und demnächst bei der „Pall Mall Gazette" Unterkommen gefunden zu haben scheint.

Die ganze Kritik Lord Roseberys, welche durch den besagten Correspondenten an seine angebliche Begegnung mit dem Fürsten geknüpft ist, ist schon aus dem Grunde als ausschließliches Eigenthum ihres Erfinders anzusehen, weil Fürst Bismarck mit Lord Rosebery seit langen Jahren persönlich befreundet ist und sich auf dergleichen Insinuationen gegen die Politik seines englischen Freundes überhaupt nicht und am allerwenigsten gegen ihm fremde Reporter einlassen würde, auch wenn solche an den betreffenden Tagen vom Fürsten gesehen und gesprochen worden wären.

Berichtigung.

(H. N. 8. April 1895 No. 84 A.-A.)

Neben zahlreichen unzutreffenden Nachrichten, welche über die Friedrichsruher Festtage Eingang in die Presse gefunden haben, ist uns eine Schilderung über das Diner am 1. April aufgefallen, welche anderswo als in Friedrichsruh selbst entstanden sein muß. Daß die Dinerstunde sowie Anzahl und Zusammensetzung der Gäste unrichtig angegeben waren, braucht nur nebensächlich bemerkt zu werden. Hervorheben wollen wir indessen, daß die angebliche Rede und Gegenrede des Grafen Herbert und des Fürsten Bismarck auf freier Erfindung beruhen. Der Toast auf den Fürsten wurde, wie bereits von uns berichtet ist, in wenigen warmen Worten von dem Professor Franz von Lenbach ausgebracht; andere Reden sind während des Diners nicht gehalten worden.

Fürst Bismarck und das Klebegesetz.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 M.=A.)

Seit Fürst Bismarck in der neulichen Ansprache an die Innungen seinen Antheil an der Verantwortung für das sogenannte Klebegesetz auf das richtige Maß zurückgeführt hat, ist die gegnerische Presse unablässig bemüht, nachzuweisen, daß die Darstellung des Fürsten unzutreffend sei. Dieser Beweis kann nicht gelingen, weil er mit den vorliegenden Thatsachen in Widerspruch steht. Der Fürst hat das Gesetz, sowie es jetzt ist, nur angenommen, weil sonst überhaupt nichts zu Stande gekommen wäre; er mußte, um wenigstens das Princip der Altersversorgung zu retten, auch die Schwächen des Entwurfs, seine weitläufige und lästige Ausführung mit in den Kauf nehmen, über deren Umfang er übrigens erst ex post in Varzin durch die Praxis Klarheit erlangt hat.

In der Reichstagssitzung vom 18. Mai 1889 sprach sich der Fürst wie folgt aus:[1])

> „Wenn wir jetzt die ganze Sache bei Seite legen, dann ist sie in die Versenkung verschwunden. Wer sagt uns denn, ob wir über ein Jahr Zeit und Muße dafür haben? Ich habe mich für den holsteinischen Canal (den jetzigen Nord=Ostsee=Canal) bis 1870, sechs Jahre lang von 1864 an, auf das lebhafteste interessirt. Ich bin aber von 1870 bis 1880 gar nicht wieder soweit zu Athem gekommen, daß ich hätte an den Canal denken können. Wer sagt Ihnen denn, daß wir in der Lage sein werden, uns mit dieser Frage (der Altersversicherung), zu der uns Gott im Augenblick noch die Muße gegeben hat, über ein Jahr noch zu beschäftigen? Ich wenigstens möchte dies Vertrauen nicht unbedingt aussprechen."

Zeit und Ereignisse haben dem Fürsten Bismarck auch hierin recht gegeben: in den nächsten Sessionen nach 1889 wäre ein solches Gesetz nicht zu Stande gekommen, aber sicherlich auch keines, welches die Mängel des jetzigen vermieden hätte.

Wenn Fürst Bismarck schließlich, um das Gesetz zu retten, im Reichstage dafür gesprochen hat, so war für ihn dabei auch der Gedanke maßgebend, daß, wenn das Gesetz sich nicht in der Praxis bewähre, man es ja ändern könne. Man hatte damals mit dem Versorgungsgesetz ein ganz neues noch unbekanntes Gebiet der Gesetzgebung betreten; es kam darauf an, einen Versuch zu machen, und es mußte sich dann zeigen, was praktisch durchführbar war und

---

[1]) Reden XII 640.

was nicht; man konnte darauf rechnen, bald genug gewahr zu werden, wo der neue Schuh drücken würde.

In jedem Falle theilen die Verantwortung für die Annahme des Wechselbalges, den die geheimräthliche Maschine aus der ursprünglichen Anregung des Fürsten Bismarck gemacht hatte, mit Letzterem sehr viele Leute, die im Reichstage dafür gestimmt haben, und die sämmtlichen Regierungen, die ihn ebenfalls acceptirt haben. Wer aber ohne Voreingenommenheit die Geschichte dieses Gesetzes durchläuft, wird zu dem Ergebniß gelangen, daß den oben genannten Factoren der Gesetzgebung die Verantwortlichkeit für das Klebegesetz in seiner heutigen Gestalt in höherem Maße zufällt als dem Fürsten Bismarck.

Der ursprüngliche Gedanke des Fürsten Bismarck ging dahin, daß die Arbeiter gar keine Beiträge zahlen sollten. Die Altersversorgung war von ihm als ein unveräußerliches Peculium gedacht, das von dem Wohlwollen wie von der Unvollkommenheit der zur Armenunterstützung verpflichteten Gemeinden unabhängig sein sollte. Der Hauptgedanke war, daß der Anspruch des alten und invaliden Arbeiters in dessen Alter und dessen Invalidität, aber nicht in seinen Klebemarken zu bestehen habe, und schon im Jahre 1881 ließ Fürst Bismarck durch den Grafen Herbert an Professor Wagner schreiben, daß er das Tabaksmonopol als das patrimonium pauperis ins Auge gefaßt habe, um die Kosten der Altersversicherung zu decken.[1])

Diese Absicht des Fürsten wurde durch Prof. Wagner bekannt, der sie zur Zeit der Wahl von 1881 an die Oeffentlichkeit brachte. Der Gedanke hat in den weiteren vorbereitenden Stadien, welche die Sache 6 oder 7 Jahre lang durchlief, keinen Anklang gefunden. Im Jahre 1887 wurden dann die im Reichsamte des Innern entworfenen Grundzüge der Alters- und Invaliditäts-Versicherung nebst einer erläuternden Denkschrift veröffentlicht und damit der öffentlichen Kritik preisgegeben. Der auf der Basis dieser Grundzüge ausgearbeitete Gesetzentwurf wurde im April 1888 mit Genehmigung Kaiser Friedrichs dem Bundesrath vorgelegt und von diesem den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Die Fassung, die der Entwurf in Folge dieser Berathungen erhielt, wurde im Juli desselben Jahres wiederum veröffentlicht, und unter Benutzung der von competenten Autoritäten eingeforderten Gutachten sowie zahlreicher wissenschaftlicher Erörterungen des Gegenstandes entstand die endgültige Vorlage, welche die Zustimmung des Bundesrathes erhielt und auf Beschluß desselben mittelst Schreibens vom 22. November 1888 vom Staatsminister von Boetticher an den Reichstag gebracht wurde.

---

[1]) v. Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirth III 78.

Aber diese Vorlage entsprach nicht entfernt den ursprünglichen Absichten des Fürsten. Nach seiner Meinung sollte für die Altersversorgung genügen, daß der Arbeiter ein gewisses Lebensalter und Unfähigkeit nachwies. Er sollte dann anstatt der Armenunterstützung, die namentlich in den Städten doch nicht derart war, daß ihr nicht gelegentlich von Leuten in den niederen Ständen der Selbstmord aus Nahrungssorgen vorgezogen wurde, einen festen Anspruch an das Reich haben. Dieser Gedanke ist in der bureaukratischen Bearbeitung verloren gegangen, und die Sache nahm einen Verlauf, welche den Fürsten vor die Alternative stellte, entweder im Reichstage zu Gunsten des ihm mißfälligen Gesetzes, das aber besser als gar keins war, zu sprechen oder es scheitern zu lassen. In dieser Zwangslage konnte die Entscheidung für einen praktischen Staatsmann nicht zweifelhaft sein. Aber es ist unberechtigt und widerspricht dem wahren Sachverhalt, wenn man den Fürsten Bismarck für das Klebegesetz verantwortlich macht. Es ist eine oft und gut bezeugte Thatsache, daß der Fürst mit der Beseitigung des Reichs-Peculiums und der Einrichtung des Arbeiterbeitrages das Interesse an der Durchführung der Sache verlor und sie nur noch geschehen ließ, nachdem er seinen ursprünglichen politischen Zweck, durch das Versorgungsgesetz die Interessen der Arbeiter mit denen des Reiches zu verknüpfen, gescheitert sah. Die Beitragspflicht der Arbeiter mußte die Natur des Eindruckes der staatlichen Fürsorge auf den Arbeiter wesentlich modificiren und ihn dazu bringen, daß er in dem Gesetze nicht mehr eine liberale Anerkennung seines Anrechts an die Gesammtheit seiner Mitbürger erblickte, sondern eine unwillkommene Nöthigung zu Ersparungen aus eigenen, in schwerer Arbeit verdienten Mitteln. Dem jugendlichen Arbeiter aber leuchtete es schwer ein, daß es eine Wohlthat für ihn sei, wenn er von seinem siebzehnten Jahre an gezwungen wird, einen Theil seines erarbeiteten Lohnes zurückzulegen, um die Frucht davon nach einem halben Jahrhundert zu genießen, also zu einer Zeit, von der er nicht weiß, ob er sie erlebt, und mit der er keinesfalls zu rechnen geneigt ist, solange die Lebenslust der Jugend in ihm steckt. So mußte den Arbeitern das, was als Wohlthat für sie gedacht war, als lästiger Zwang, als Eingriff in ihre Autonomie erscheinen, und damit war die politische Wirkung des Gesetzes auf den Arbeiter und die Zufriedenheit aufgehoben, der ursprüngliche Zweck des Gesetzes, den Arbeitern das Interesse des monarchischen Staates und des Reiches praktisch zu bekunden, war, wenn nicht verfehlt, so doch nur unvollkommen und sporadisch erreicht worden.

Aus dieser Darstellung geht jedenfalls hervor, daß das System der massenhaften Depots für Klebemarken seinen Ursprung nicht dem Fürsten Bismarck zu verdanken hat. Bei Ausführung seines Ge-

dankens wären keine Klebemarken nöthig gewesen. Dieses Klebesystem ist in den bundesräthlichen und bureaukratischen Stadien entstanden, welche die Vorlage zu durchlaufen hatte, und zwar unter Leitung des Ministers von Boetticher, dessen Einfluß auf die oberste Führung der Staatsgeschäfte schon damals activer war als der des ihm vorgesetzten Reichskanzlers; wie man sich erinnert, hat Herr v. Boetticher auch schließlich erst den Hohenzollern- und dann den Schwarzen Adlerorden als Auszeichnung für Vollendung des Klebegesetzes erhalten.

Im Uebrigen können wir nur wiederholt darauf hinweisen, daß wenn man den jetzigen Klebe-Zustand unerträglich findet, man ihn zu ändern suchen muß. Hier fehlt es augenscheinlich an der nöthigen Initiative. Jeder Minister, der einsieht, daß die Kleberei nicht haltbar ist, kann Remedur beantragen.

Die Begegnung Bismarcks mit Benedetti am 1. April 1867.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 M.-A.)

In einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ findet sich eine Gegenüberstellung der Darstellung, welche einerseits Heinrich von Sybel in seinem Werke über die Begründung des Deutschen Reiches und andererseits der frühere französische Generalconsul Rothan in seiner Schrift „L’affaire de Luxembourg“ über die Begegnung geben, die am 1. April 1867, dem 52. Geburtstage des Grafen Bismarck, zwischen diesem und dem französischen Gesandten Grafen Benedetti stattgefunden hat. Die betreffende Stelle lautet:

Jener 1. April war einer von den Tagen, an denen das Leben Tausender, die Entwicklung folgenschwerster Ereignisse von der Geschicklichkeit eines Einzigen abhängt. Der französische Gesandte erschien an diesem Tage bei Bismarck, um ihm den Inhalt eines Telegrammes seiner Regierung mitzutheilen. Dieses Telegramm enthielt die Nachricht, daß der König von Holland sich bereit erklärt habe, Luxemburg an Frankreich abzutreten, und daß der Vertrag im Laufe des Tages unterzeichnet werden würde. Bismarck war gerade im Begriff, sich in den Reichstag zu begeben, um die von ihm bestellte — das theilt uns Sybel nach Mittheilungen Bennigsens mit — Interpellation Bennigsens zu beantworten. Er ahnte den Inhalt der Mittheilung, die Benedetti ihm überbringen wollte, und forderte ihn auf, ihn zum Reichstag zu begleiten. Unterwegs erzählte er ihm, was er auf Bennigsens Fragen antworten wollte; daß nämlich die preußische Regierung nicht wisse, ob bereits ein Vertrag über die Abtretung Luxemburgs abgeschlossen sei; daß sie aber glaube, keine fremde Macht werde zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen, und hoffe, solche

Rechte im Wege friedlicher Verhandlungen schützen zu können. „Sie sehen", sagte er weiter, „daß auf diese Art jeder Anlaß zum Bruche vermieden wird, Sie sehen aber auch, daß die Voraussetzung meiner ganzen Darlegung die Thatsache ist, daß ich von einem Abschluß des Vertrags nichts weiß. Und ebenso deutlich wird Ihnen sein, daß, wenn Sie mir jetzt eröffnen, der Vertrag sei geschlossen, und ich dies dem Reichstage mittheilen müßte, bei der hochgradigen Erregung der Versammlung eine Explosion von unbeschreibbarer Wirkung die Folge sein würde." Durch diese Auseinandersetzung wurde Benedetti bewogen, die verhängnißvolle Depesche nicht zu übergeben, und Bismarck konnte seiner Antwort eine maßvolle, reine Friedensliebe bekennende Form geben. Diese kleine Episode hat Meding in seinen Memoiren zur Zeitgeschichte erzählt. Rothan aber, der damals in Frankfurt a. M. französischer Generalconsul war, hat sie so dargestellt, als ob Benedetti am 1. April Bismarck nur zufällig auf der Straße begegnet sei, noch gar nicht im Besitz der verhängnißvollen Depesche war und also auch durch des Bundeskanzlers Auseinandersetzungen nicht verhindert werden konnte, die Depesche zu übergeben. Was bei Rothan als die Folge eines Zufalls erscheint, das erscheint bei Meding als das gewollte Ergebniß der Geistesgegenwart Bismarcks. Die Darstellung, die Oncken diesem Ereigniß gegeben hat, stützt sich auf Rothans Buch, Sybel folgt Meding. Darum erweckt Onckens Darstellung den Eindruck, daß der Krieg damals nur durch einen Zufall vermieden worden sei, während die Erhaltung des Friedens, nach Sybel, der Geistesgegenwart Bismarcks verdankt werden müsse. Es ist schwer zu entscheiden, ob der Darstellung Rothans oder der Medings der Vorzug gegeben werden soll. Ganz sichere Gewährsmänner sind beide nicht. Aber Rothan schöpfte aus den Berichten Benedettis, Meding nur aus persönlichen Mittheilungen unbetheiligter Personen! Wie schwer es für den Historiker ist, das Maß des Verdienstes festzustellen, das die leitenden Staatsmänner an den großen Erfolgen der hohen Politik haben, lehrt auch dieses Beispiel.

Wir sind in der Lage, die Sybel'sche Darstellung der Sache als die ausschließlich richtige erklären zu können. Benedetti kam nicht zufällig, sondern um eine Mittheilung zu machen, die der Reichskanzler ihn bewog zurückzuhalten, während Beide durch den Kanzlergarten an der Mauer nach dem Potsdamer Thor gingen. Noch vor Erreichung desselben hatte sich Graf Benedetti überzeugt, daß er ungeachtet seiner gemessenen Instructionen doch richtiger handle, wenn er die ihm aufgetragene Mittheilung zurückhielt.

Eine frivole Verleumdung.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 M.=A.)

In einem Artikel, den ein Blatt unter der Ueberschrift „Der Achtzigjährige im Sachsenwalde" veröffentlicht, lesen wir u. a.

folgende Stelle, die sich auf die Behandlung der im Dienste des Fürsten Bismarck Angestellten, insbesondere der Oberförster bezieht:

„Mit Bismarck war für seine Untergebenen nie gut Kirschen essen, und seine scharfe Selbstherrlichkeit soll, wie mir in Hamburg erzählt wurde, vor dem Erscheinen Peter Lange's in fünf Jahren sieben Oberförster im Sachsenwalde haben kommen und gehen lassen, bis er dann in dem Rheinländer den rechten Mann fand, der sich durch seine Kenntniß, durch seine Treue, Stetigkeit und Feste des Charakters die dauernde Gunst der Durchlaucht errang. Freilich kann ein Revier, wie der Sachsenwald, einen rechten Forstmann auch wohl zum Ausharren unter erschwerenden Umständen bewegen."

Wir müssen diese Darstellung als eine frivole Verleumdung bezeichnen. Der Fürst ist sehr weit davon entfernt, die ihm hier zugeschriebenen Eigenschaften zu besitzen; im Gegentheil bezeichnet er es selbst als seinen Hauptfehler, daß er nicht Zeit und Neigung finde, sich hinreichend um seine Vermögensgeschäfte zu bekümmern. Es wird sich unter sämmtlichen Beamten, die daran betheiligt sind, schwerlich Einer finden, der vom Fürsten auch nur genauer controlirt worden wäre. Woher die lächerliche Erfindung stammt, daß vor Lange sieben Oberförster in fünf Jahren anwesend gewesen wären, dem können wir hier nicht nachforschen. Vor dem jetzigen sind nur zwei wirkliche Oberförster im Dienst gewesen und ein commissarischer. Der erste Förster Eilers in Aumühle wurde wenige Wochen nach seinem Dienstantritte als Oberförster von dem Bahnzug zwischen Aumühle und Friedrichsruh überfahren, ohne wirklich Oberförster geworden zu sein; der zweite war der heutige Oberforstmeister Hintz, der nach mehreren Jahren die Anerbietungen, die ihm für seine höhere Staatscarrière gemacht wurden, dem Privatdienst vorzog und noch heute in den freundschaftlichsten Beziehungen zu dem Besitzer des Sachsenwaldes steht. Zwischen diesem Beamten und dem jetzigen Oberförster hat nur der heutige Oberförster von Kossel fungirt, der in den Staatsdienst zurückgetreten ist und der auch seinerseits keine Unannehmlichkeiten im Sachsenwalde erlitten hat. Wir können uns also schwer erklären, was der Ursprung solcher verlogenen Erfindungen ist, wie sie in sonst wohlwollenden Blättern zu Tage treten. Am Schluß des oben bezeichneten Artikels wird folgende Anekdote reproducirt:

„Der Fürst beabsichtigte anfangs, die Forsthüterei auf der ehemaligen Kupfermühle eingehen zu lassen, und erklärte das dem Inhaber des Postens. Aber da fand der Hercules des neunzehnten Jahrhunderts seinen Ueberwinder. „He wull mi verdriwen," sagte der alte Brandt, „aber ick sä to em: Herr Bismarck, ick sta up minen Kunterrakt. Ick häw en Kunterrakt, dat ik hir Tid Lewens bliwen kann. Da sä de Herr Bismarck to mi: Wenn Se en Kunterrakt

hebben, denn kann ik da nix gegen maken; denn bliwen Se da wanen, so lange Se lewen."

Auch diese Geschichte ist unrichtig. Der alte Brandt besaß keinen Contract und hatte auch kein Bedürfniß, sich auf einen solchen zu stützen; er war ein alter Soldat und Vater eines noch heute fungirenden Försters; er hatte bei der ersten Begegnung mit dem Fürsten Bismarck von diesem die mündliche Zusage erhalten, daß er bis an sein Lebensende wohnen bleiben könne. In dieser mündlichen Zusage bestand der Contract, auf den er sich allerdings der Forstverwaltung gegenüber berief, die seine Wohnung anderweitig verwenden wollte, die aber auf seinen Appell an den Fürsten und dessen Wort dahin beschieden wurde, ihn ruhig wohnen zu lassen.

Fürst Bismarck und das Wahlrecht.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 A.-A.)

Aehnlich wie für das Klebegesetz wird dem Fürsten Bismarck auch für das allgemeine geheime Wahlrecht heutzutage die Verantwortlichkeit allein in die Schuhe geschoben. Nun hat der Fürst allerdings das allgemeine Wahlrecht beantragt, aber nicht das geheime, sondern das Geheimniß ist das Ergebniß der Reichstagsbeschlüsse, die sich an das Amendement Fries knüpften bei der Revision der Verfassung, und bildete einen Zusatz zu der Regierungsvorlage, der damals von der ganzen liberalen Seite, auch von der nationalliberalen, auch von solchen Abgeordneten verlangt wurde, deren Unterstützung für die nationale Politik der Regierung nothwendig war.

Zum Beweise citiren wir aus den damaligen amtlichen Sitzungsberichten das Folgende:

Der Antrag Fries lautete:

Der Reichstag wolle beschließen:
in Artikel 21 hinter die Worte „directen Wahlen" einzuschalten: mit geheimer Abstimmung.

Fries (als Antragsteller).

Unterstützt durch:

Baumbach. v. Bennigsen. Braun (Hersfeld). Buderus. de Chapeaurouge. Dannenberg. Delius. Graf zu Dohna. Dr. Ellissen. Forkel. Görtz. Grumbrecht. von Hennig. Hernig. Hinrichs. Hoffmann. Dr. Jaeger. Knapp. Dr. König. Köppe. Lasker. von Leipziger. Dr. Lette. Dr. Meyer (Thorn). Michaelis. Müller. Dr. Prosch. von Puttkamer (Fraustadt). von Puttkamer (Sorau). Reichenheim. Römer. Dr. Rückert. Sloman. von Spenkeren. von

Thünen. von Unruh. Baron von Vaerst. Wachenhusen. Wachler. Wagner (Altenburg). Weber. J. Wiggers (Rostock). Wesselinck. Wulff.

Präsident. Ich komme zu dem Antrage des Abgeordneten von Carlowitz, den Artikel 21 in folgender Fassung anzunehmen:

Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor. Bis zum Erlaß eines Reichswahlgesetzes sind die Bestimmungen des Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund vom 15. October 1866 maßgebend. Abweichungen für die verbündeten Staaten sind nur in so weit zulässig, als die dort dermalen bestehende, von der preußischen abweichende Particulargesetzgebung sie bedingt.

Auf durchschnittlich 100000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung ist ein Abgeordneter zu wählen, jedoch hat jeder einzelne der zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten mindestens einen Abgeordneten zu wählen. Ein Ueberschuß von wenigstens 50000 Seelen der Gesammtbevölkerung eines Staates wird vollen 100000 Seelen gleichgeachtet.

Ich komme auf den Antrag Fries.

Diejenigen Herren, welche für den Fall der Annahme des Artikels 21 der Regierungsvorlage nach dem Antrage des Abgeordneten Fries hinter den Worten: „directen Wahlen" in Zeile 1 einschalten wollen: „mit geheimer Abstimmung" bitte ich, sich zu erheben.

(Geschieht.)

Dies ist die Majorität des Hauses.

Ich bringe nun den Artikel 21 mit dem eben angenommenen Amendement zur Abstimmung.

Der erste Satz lautet:

Der Reichstag geht aus allgemeinen und directen Wahlen mit geheimer Abstimmung hervor, welche bis zum Erlaß eines Reichs-Wahlgesetzes nach Maßgabe des Gesetzes zu erfolgen haben, auf Grund dessen der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden ist.

Diejenigen Herren, die der eben verlesenen Fassung des ersten Punktes im Artikel 21 zustimmen wollen, bitte ich sich zu erheben.

(Geschieht.)

Er ist mit großer Majorität angenommen.

Die Verheimlichung der Abstimmung bildete also ursprünglich keinen Bestandtheil des Regierungsentwurfs, aber ihre Ablehnung von Seiten der verbündeten Regierungen würde damals die ganze Vorlage gefährdet haben. In der Vorschrift der Heimlichkeit aber liegt schon eine Warnung des Arbeiters gegen den Einfluß seines Arbeitgebers und insofern eine Erweckung von Mißtrauen zwischen beiden.

Zur Charakteristik des neuen Reichstagspräsidiums.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 A.=A.)

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das gegenwärtige Präsidium des Reichstags aus lauter Abgeordneten besteht, die am Rhein gewählt oder dort heimisch sind. Freiherr von Buol-Berenberg, der erste Präsident, ist Mannheimer, der erste Vicepräsident, Schmidt, vertritt den Wahlkreis Alzey=Bingen und der zweite Vicepräsident, Spahn, ist Oberlandesgerichtsrath in Bonn und vertritt den Wahlkreis Bonn. In dem neuen Präsidium sind also ausschließlich rheinische Centrums= und demokratische Wahlkreise mit Ausschluß der nationalliberalen Rheinländer vertreten, und der Deutsche Reichstag befindet sich unter der Oberleitung der rheinischen Clericodemokratie. Die Thatsache ist immerhin charakteristisch.

Fürst Radolin als Botschafter in St. Petersburg.

(H. N. 23. April 1895 No. 95 A.=A.)

In den Zeitungen wird angedeutet, daß der neue deutsche Botschafter in St. Petersburg, Fürst Radolin, für Rußland insofern beunruhigend wirken könne, als er ein Pole sei. Der Fürst, früher Graf Radolinski, ist ja zweifellos Pole, aber ein vollständig ralliirter Pole, der allen polnisch=nationalen Bestrebungen gegen Preußen und Rußland stets fremd und gegnerisch gegenüber gestanden hat, ähnlich wie der frühere Gesandte Graf Raczynski, und er kann in dieser Gestalt für die russische Politik unmöglich etwas anderes als persona grata sein. Rußland würde in hohem Maße zufrieden sein, wenn es unter seinen polnischen Millionen möglichst viel ralliirte Polen hätte, die ebenfalls auf polnisch=nationale Bestrebungen glaubwürdig Verzicht geleistet hätten. Wenn man annehmen darf, daß ein polnischer Edelmann von der Richtung des Fürsten Radolin irgendwo mit unfreundlichen Augen angesehen wird, so könnte das nur bei seinen nach Herstellung Polens strebenden Landsleuten der Fall sein, aber nicht bei den Russen. Wir glauben deshalb nicht an die französischen und anderen Andeutungen, daß Fürst Radolin in St. Petersburg mit Mißtrauen angesehen wird.

Fürst Bismarck und das geheime Wahlrecht.

(H. N. 5. Mai 1895 No. 106 M.=A.)

Die „Voss. Ztg.“ bestreitet die Richtigkeit unserer neulichen Angabe,[1]) daß die geheime Stimmabgabe nicht in dem ursprünglichen Regierungsentwurfe zur Verfassung gestanden habe, sondern erst durch den Antrag Fries als Zusatz hineingekommen sei. Wenn die Auffassung der „Voss. Ztg.“ zuträfe und das geheime Wahlrecht schon in der Regierungsvorlage beantragt worden wäre, dann ständen der Antrag Fries und die anderen bezüglichen Anträge in der Luft und wären vollständig unmotivirt. Was hätten die Antragsteller für einen Grund gehabt, offene Thüren einzuschlagen, wenn ihre Anträge ihnen nicht als Bedürfniß erschienen wären? Durch die ganze Motivirung, die viele Spalten der Verhandlungsberichte ausfüllt, wird vollständig bewiesen, daß die Auffassung der „Voss. Ztg.“ unzutreffend ist, daß die geheime Abstimmung ursprünglich nicht beantragt war, sondern erst durch die Anträge Fries und Genossen geschaffen ist.

Daß die Regierung darauf einging, erklärt sich aus Besorgnissen der auswärtigen Politik, die damals auf ihr lasteten. Krieg mit Frankreich zur Vertheidigung des Gewonnenen war damals für jeden verständigen Menschen vorauszusehen. Die Regierung hat sich bemüht, ihn nach Möglichkeit zu vertagen, bis die Truppenausbildung eine vollkommenere geworden sei, als sie es 1866 noch war. Aber nicht blos der Krieg mit Frankreich war zu befürchten; die damaligen Verhandlungen zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn, der Besuch des Kaisers Napoleon in Salzburg, die Anhänglichkeit Victor Emanuels an Napoleon bildeten Symptome für die Möglichkeit eines schweren Krieges zur Vertheidigung der neu gewonnenen norddeutschen Einheit. Wir erinnern uns, daß der damalige Ministerpräsident von Bismarck gesagt hat, wir werden für Schleswig-Holstein, so gut wie für Schlesien den ersten schlesischen, Krieg führen müssen, es ist sogar möglich, daß dem ersten und zweiten schlesischen Kriege eine Coalition wie die Kaunitz'sche des siebenjährigen Krieges folgen wird. Die Stimmung Oesterreichs war damals noch schwer verletzt unmittelbar nach dem Kriege, und im Kampfe gegen dergleichen Möglichkeiten, nachdem die Rechnung auf englischen Beistand längst überwunden war, blieb für die preußische Regierung das letzte Auskunftsmittel immer die volle Entwicklung der deutschen Nationalkraft, ihres Einverständnisses mit den gesammten neuen Einrichtungen. Die Voraussicht künftiger Kriege mußte noth-

[1]) S. o. S. 663.

wendig die preußische Regierung ermahnen, die nationale Stimmung für sich im weitesten Umfange zu gewinnen und jede Abschwächung derselben zu verhüten. So ist diese Kriegs- und Coalitionsbesorgniß das Hauptmotiv zu der Nachgiebigkeit der preußischen Regierung allen liberalen Forderungen gegenüber gewesen, auch in Bezug auf das Wahlrecht. Man erinnert sich, daß auf die ultimatischen Forderungen Benedetti's in den Jahren 1866/67 Graf Bismarck antwortete, qu'une guerre nationale entre les deux nations pourrait facilement dégénérer en guerre à coups de révolution und daß den Volksbewegungen gegenüber Napoleon weniger fest stehen würde als die deutschen Fürsten. Es war also als ultima ratio auch die nationale Volksbewegung in Aussicht genommen, und ihre Möglichkeit mußte geschont und gepflegt werden.

Wenn man unter diesen Umständen dem Fürsten Bismarck den Vorwurf macht, daß er das allgemeine und auf Antrag das geheime Wahlrecht zugelassen habe, so muß man sich auch in die gesammte Stimmung und in die gesammten Befürchtungen der damaligen Zeit zurückversetzen können. Eine voraussehende Politik mußte die Verwendbarkeit jeder Waffe, wie sie in schweren und Coalitionskriegen Erforderniß werden konnte, schon damals ins Auge fassen. Die Situation war so, daß wir kein Hilfsmittel, das die Umstände bieten konnten, abweisen durften, einerlei, ob es allen Anforderungen, die wir daran stellen konnten, entsprach oder nicht. Damals war der Gedanke maßgebend, daß vor allem Deutschland nach außen zu sichern und daß die deutsche Nation intelligent und selbstbewußt genug sei, um sich, sobald sie von außen ungestört blieb, nach ihrem Ermessen einzurichten. Es bestand die Ueberzeugung, daß ein Volk, wie das deutsche, wenn es zu der Erkenntniß gelangte, daß bei der Gründung des Reiches ihm nicht passende Einrichtungen unter dem Drucke der Umstände mit übernommen seien, klug und besonnen genug sein werde, sie nach eigenem Ermessen zu verbessern. Wenn die Heimlichkeit der Stimmabgabe ihrer Natur nach, wie alle Heimlichkeiten in der Politik, das germanische Selbstgefühl zum Widerspruch reizt und nachtheilige Wirkungen hat, weshalb erfolgt kein Antrag auf Abänderung dieses Wahlmodus? Wir glauben, daß die Stellung eines solchen nützlicher wäre als die Vertheidigung irrthümlicher Auffassungen über die Entstehung desselben.

Nuntius Agliardi.

(H. N. 5. Mai 1895 No. 106 M.-A.)

Es überrascht uns, daß viele Blätter die Abwehr des ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy, gegen die

Agitationsreise des Nuntius Agliardi in Ungarn als „Aufsehen erregend“ bezeichnen, während sie betreffs des Vorgehens des päpstlichen Gesandten weder Ueberraschung noch Widerspruch zum Ausdruck bringen. Der Anspruch des Nuntius, seinerseits der Vertreter der ungarischen Katholiken gegen die ungarische Regierung zu sein, wird in seiner Tragweite auch denen, die sich nicht darüber wundern, doch vielleicht klar, wenn sie sich vorstellen, daß beispielsweise der päpstliche Nuntius in Paris der französischen Regierung gegenüber den Anspruch aufstellte, zur Vertretung der französischen Katholiken ihr gegenüber berufen und berechtigt zu sein. Es ist in früherer Zeit davon die Rede gewesen, ob auch in Berlin ein päpstlicher Nuntius accreditirt werden könne. Wäre dies der Fall gewesen, so würde ein analoger Anspruch auf Vertretung der preußischen Katholiken gegen die preußische Regierung doch in allen nicht katholischen Blättern in Preußen a limine abgelehnt worden sein. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, welche praktische Bedeutung im Grunde die katholische Abtheilung des Cultusministeriums in Preußen besaß. Dieselbe hatte sich die Aufgabe beigelegt, den Katholicismus gegenüber der preußischen Regierung und Gesetzgebung zu vertreten, während sie ursprünglich geschaffen war, um die Rechte des Königs von Preußen der katholischen Kirche gegenüber mit Schonung des monarchischen Princips wahrzunehmen. Sie hatte schließlich thatsächlich die Stellung, welche der Nuntius Agliardi in Ungarn neuerdings für sich in Anspruch genommen hat, und deshalb eben war sie eine in der preußischen Staatsverfassung unhaltbare Einrichtung.

Die Uhr der Frau Jessé!

(H. N. 5. Mai 1895 No. 106 M.-A.)

Ein Redacteur des „Gaulois“ hat kürzlich in dem Hause in Versailles vorgesprochen, wo Fürst Bismarck vom 6. October 1870 bis zum 6. März 1871 gewohnt hat. Er erzählt die Geschichte einer Uhr, vor welcher der Friedensvertrag unterzeichnet, und die nach des Fürsten Aeußerung von Herrn Thiers besonders verwünscht worden sei.

Fürst Bismarck heißt es weiter, wollte sie der Eigenthümerin des Hauses, Frau Jessé abkaufen, die dies jedoch ablehnte. Die Uhr blieb bei Frau Jessé, aber nicht ganz. Irgend Jemand hatte den Perpendikel und die Zahl X des Zifferblattes entfernt, welche die Stunde anzeigte, wo Herr v. Bismarck von Versailles abreiste. Wer mochte der Schuldige gewesen sein? Seit dem März 1871 ist diese Uhr, die einen hervorragenden Platz in der Geschichte des deutsch-französischen Kriegs einnimmt, nicht wieder gegangen, denn der Perpendikel

wurde durch keinen andern ersetzt. Sie steht jetzt im Eßzimmer der Frau Jessé. Wenn sie Herr v. Bismarck zurückließ, so war das Gleiche nicht mit der „table de la paix“ der Fall, an welcher die deutschen und französischen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichneten, der Frankreich Elsaß-Lothringen und 5 Milliarden kostete.

Die Uhrgeschichte ist vollständig erfunden. Es befand sich in dem Local der Unterzeichnung überhaupt keine Uhr. In dem Arbeitsraum des Kanzlers stand eine kleine Bronzefigur auf dem Kaminsims, die einen sitzenden Teufel mit großen Flügeln darstellte, der sich die Nägel benagte: der „reuige Teufel“. Diese Statuette ohne Uhr wünschte Graf Bismarck zu besitzen und wollte sie der Wirthin, der Frau Jessé, abkaufen. Sie weigerte sich unter der Angabe, daß sich eine Familienerinnerung daran knüpfe, worauf der Kanzler erwiderte, daß er unter diesen Umständen selbstverständlich Verzicht leiste. Er ermittelte darauf den Pariser Ursprung des Gebildes und beschaffte es sich aus der Bezugsquelle, so daß die gleiche Figur wie im Jessé'schen Hause in Friedrichsruh auf dem Kamin steht. Es ist also auch eine beliebige Erfindung, wenn der „Gaulois“ weiter behauptet, daß irgend Jemand den Perpendikel einer nicht vorhandenen Uhr und die Zahl X des Zifferblattes entfernt habe. Wenn jetzt eine Uhr in dem Eßzimmer der Frau Jessé steht, so ist es eine solche, die Fürst Bismarck niemals mit Augen gesehen hat. Ebenso ungenau ist die Geschichte von der table de la paix. Dieser Tisch ist auf Anlaß von Landsleuten des Kanzlers im Hause Jessé durch einen vollkommen identischen einfachen Klapptisch ersetzt worden, und das Original ist zu späterer Zeit von den Erwerbern dem Fürsten Bismarck als Geschenk überreicht worden. Wir erwähnen diese Einzelheiten nur, um die Unglaubwürdigkeit und die Erfindungsgabe der französischen Blätter vom Schlage des „Gaulois“ zu kennzeichnen.

Deutschland und die ostasiatische Frage.

(H. N. 7. Mai 1895 No. 107 M.-A.)

Nach übereinstimmenden Meldungen hat Japan den freundschaftlichen Rathschlägen Deutschlands, Rußlands und Frankreichs nachgegeben und auf den definitiven Besitz der Halbinsel Liaotong Verzicht geleistet.

Diese Mittheilung lenkt die öffentliche Aufmerksamkeit wiederholt auf die Betheiligung Deutschlands an der Action der Mächte hin. Deutschland hat keinerlei directes Interesse daran, ob diese oder jene bisher chinesische Gebiete bei China bleiben oder japanisch werden. Wenn es sich trotzdem dazu hergegeben hat, einen Druck

auf Japan auszuüben, so muß es dafür Gründe gehabt haben, die wir nicht kennen; die angeführten handelspolitischen Gesichtspunkte reichen zur Erklärung nicht aus. Wenn die Argumente, mit denen der Entschluß Deutschlands an maßgebender Stelle erzielt worden ist, russischen Ursprungs wären, so würde uns das beruhigen und befriedigen. Aber diese Sicherheit liegt nicht vor. Es ist z. B. möglich, daß China Mittel und Wege gefunden hat, Einfluß zu erlangen. Man braucht damit nicht gleich Vorstellungen zu verbinden, durch die auf irgendwelche Mittelspersonen ein Licht fiele, als ob sie am Ende keine Aristidesse seien. Es würde zur Erklärung des Berliner Entschlusses unter Umständen hinreichen, daß rhetorisch geschickte Leute im rechten Momente überzeugend zu wirken und das in den Vordergrund zu schieben verstanden haben, was man unter Napoleon III. „auf Prestige arbeiten“ nannte.

Hat das Vorgehen Deutschlands in Tokio den Zweck gehabt, Rußland einen Dienst zu erweisen und den Beweis zu liefern, daß die deutsche Politik weit entfernt sei, in dem englisch-russischen Interessengegensatze in Asien zu Gunsten Englands Stellung zu nehmen, so würde das an sich Billigung verdienen, jedoch hätte zur Erreichung dieses Zweckes die Bekundung wohlwollender Neutralität genügt; ein actives Vorgehen zu Gunsten russischer Interessen wäre nicht erforderlich gewesen. Um dieses zu rechtfertigen, bedarf es unserer Ansicht nach eines noch stärkeren Grundes als dessen, die Freundschaft mit Rußland zu pflegen. Ob ein solcher Grund vorliegt und welcher, wissen wir nicht. Es ist ja möglich, daß er existirt, und wir würden die Letzten sein, die es tadelten, daß ihm entsprochen worden ist; aber wir kennen ihn und den Plan nicht, den man mit dem ganzen Vorgehen verbindet; wir sind über etwaige Zukunftsbestrebungen und deren Motive auf deutscher Seite in keiner Weise unterrichtet, und so lange wir das nicht sind, ist kein abschließendes Urtheil möglich.

Einstweilen glauben wir, daß der Vortritt Deutschlands in der ostasiatischen Sache verfrüht war; und daß er es ist, erweckt in uns Bedenken über seine sachliche Rechtfertigung sowohl wie über den Bestand der auffälligen anti-englischen Schwenkung, die damit in unserer äußeren Politik vollzogen worden ist. Wir fühlen uns nicht ganz frei von der Befürchtung, daß der Vortritt Deutschlands in der ostasiatischen Frage ein Symptom des fortdauernden Mangels an einer Fähigkeit bildet, die in der Politik sehr wichtig ist, nämlich der des ruhigen Abwartens; wir haben die Empfindung, daß die neueste Action, wenn Erwartungen, die etwa daran geknüpft worden sind, nicht erfüllt werden, ebenso schnell in ihr Gegentheil umschlagen kann, wie sie entstanden ist. Von einem solchen Umschlag würden

wir für die Beziehungen zu Rußland nachtheiligere Folgen zu erwarten haben, als eingetreten sein würden, wenn man sich von vorn herein auf wohlwollende Neutralität beschränkt hätte. Die Sache kann ja immerhin noch gut einschlagen; wir wünschen es von Herzen, und Niemand könnte größere Befriedigung darüber finden als gerade wir; aber wir sehen den Grund nicht ein, aus dem es nöthig war, ein Risico überhaupt zu laufen.

Nach officiösen Artikeln müßte man annehmen, daß sich die deutsche Regierung an der Action betheiligt hat, um nicht den richtigen Augenblick für den Schutz der wirthschaftlichen Interessen Deutschlands in Ostasien zu versäumen und zu spät zu kommen. Ob diese Angabe zutrifft und die Motive der Regierung erschöpft, müssen wir dahin gestellt sein lassen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn es sich lediglich um Handelsinteressen gehandelt hätte, zur erfolgreichen Wahrnehmung derselben auch noch später Zeit gewesen wäre; wir glauben, daß Deutschland keineswegs durch seine eigenen Interessen genöthigt war, sich an den Vorstellungen in Tokio, wenn überhaupt, schon im ersten Stadium der Angelegenheit zu betheiligen. In dem Vorgehen Deutschlands lag von vornherein ein vielleicht nicht ohne Weiteres erforderlicher Verzicht auf die lebhaften Sympathien, die in Japan für Deutschland bestanden haben. Dieser Verlust kann auf der anderen Seite recht wohl durch politische Vortheile gedeckt und gerechtfertigt werden. Ob diese Vortheile aber vorhanden sind, wissen wir nicht, das muß sich erst zeigen, und deshalb müssen wir, wie gesagt, unser definitives Urtheil über die Richtigkeit der deutschen ostasiatischen Politik einstweilen noch suspendiren.

Die Socialdemokratie und das Präsidium des Reichstags.

(H. N. 7. Mai 1895 No. 107 M.-A.)

In einem Artikel, der vor einiger Zeit in den „Dresd. Nachrichten“ erschien, wurde ausgeführt, es sei eigentlich schade, daß nicht Herr Singer oder Herr Bebel erster Vicepräsident des Deutschen Reichstags geworden sei; allerdings werde eine Visitenkarte mit der Aufschrift „Paul Singer, erster Vicepräsident des Deutschen Reichstags“ im Hofmarschallamt wohl schwerlich in Empfang genommen werden, aber man begreife doch nicht recht, warum die Socialdemokratie, die unter den Mehrheits-Parteien nächst dem Centrum die bei Weitem stärkste Fraction sei, freiwillig auf ihren Anspruch verzichtet habe.

Uns erscheint dieser Verzicht sehr begreiflich. Viel weniger begreiflich ist, weshalb die nichtsocialistischen Parteien auf den Wunsch

der Socialdemokratie, nicht im Präsidium vertreten zu sein, so bereitwillig eingegangen sind. Wir halten es für einen taktischen Fehler der übrigen Fractionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Socialdemokratie als nächststärkste Partei neben dem Centrum eine Präsidentenstelle zu übernehmen habe. Es liegt unserer Auffassung nach in der Aufgabe der übrigen parlamentarischen Fractionen, die socialdemokratische Partei durch alle parlamentarischen Mittel zur Entwicklung ihrer Zukunftspläne zu nöthigen. Wenn die Socialdemokratie genöthigt wird, das Bild der socialdemokratischen Zukunft des Volkes in klareren Umrissen als bisher der öffentlichen Kritik preiszugeben, so wird ihre Gefährlichkeit erheblich vermindert und der Glaube an ihre Regierungsfähigkeit überhaupt vernichtet werden. Es ist die Aufgabe der anderen Parteien, die Führer der Socialdemokratie auf diesem Wege ad absurdum zu führen. Die Haupterfolge der Socialdemokratie beruhen auf ihrer Taktik, Alles zu kritisiren, was im Staate geschieht, aber stets zu verschweigen, wie sie selbst den Staat einrichten würde, sowohl im Ganzen wie im wirthschaftlichen Leben. Die Kritik ist leicht, die Kunst ist schwer, auch die des Regierens. Das wissen die Führer der Socialdemokratie; aber wie sie regieren würden, wenn sie an's Ruder kämen, wissen wir nicht, und wenn sie genöthigt wären, sich darüber auszusprechen, so würden sie ihren Zulauf verlieren.

Auf dem Wege, die Socialdemokratie zur Klarlegung ihres Zukunftsprogramms und ihrer Regierungsabsichten zu nöthigen, würde es ein nützlicher Fortschritt gewesen sein, wenn die socialdemokratische Partei angehalten worden wäre, einen der Ihrigen zum Präsidenten des Reichstages herzugeben. Daß sie sich dessen weigert, so lange sie kann, ist erklärlich, denn in der Präsidialstellung können manche Situationen eintreten, durch welche ein socialistischer Präsident gezwungen wird, die Maske, durch welche er seine Zukunftspolitik deckt, einigermaßen zu lüften. Ob eine Visitenkarte: „Paul Singer, erster Vicepräsident des Deutschen Reichstags", irgendwo in Empfang genommen wird, ist gleichgültig. Die Hauptsache ist die Aufklärung der öffentlichen Meinung über die Ziele, welche von der Socialdemokratie erstrebt werden, resp. für sie erreichbar sind.

„Bismarckparteien".

(H. N. 7. Mai 1895 No. 107 M.-A.)

In den „Görlitzer Nachrichten und Anzeiger" finden wir einen „Die Bismarckparteien" überschriebenen Artikel, in dem u. A. gesagt wird:

Der Geist, der stets und gern verneint, der das Böse will und manchmal dabei das Gute schafft, hat jetzt unserer bürgerlichen Demokratie das Wort „Die Bismarckparteien" in die Feder gelegt. Erfunden und colportirt, um einen lächerlichen Eindruck zu machen, dünkt es uns völlig werth, von allen staatserhaltenden Parteien als ein Ehrentitel angenommen zu werden.

Wir können der Absicht des Artikels, den Namen „Bismarckparteien" zu Ehren zu bringen, unsere Zustimmung nicht versagen. Es liegt in der Bezeichnung keine Beschimpfung, sondern eine Bestätigung der Thatsache, daß die Politik des alten Curses von der überwältigenden Menge der Deutschen, die dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage ihre Dankbarkeit, Liebe und Verehrung bekundet haben, gebilligt und im Interesse des Vaterlandes für nützlich gehalten wird. Alle diese theilnehmenden Begrüßer aus dem Deutschen Reiche und aus allen Ländern, wo Deutsche wohnen, haben sich damit zu einer Politik bekannt, die den Namen des achtzigjährigen Geburtstagskindes doch nicht mit Unrecht trägt.

Nationale Gesinnung der Deutschen im Auslande.

(H. N. 7. Mai 1895 No. 107 M.-A.)

Es wird uns No. 13 der „Deutschen Zeitung von Mexico" vom 1. April 1895 eingeschickt. Das Blatt enthält auf $1^1/_2$ Columnen seines großen Formats außer einem Bildnisse des Fürsten Bismarck eine große Anzahl warm empfundener und von nationaler Begeisterung getragener Festartikel und Gedichte zum 80. Geburtstage des alten Kanzlers. Wir erblicken in solchen Kundgebungen aus weiter Ferne einen erfreulichen Beweis dafür, daß unsere Landsleute dort in nationalem Sinne zusammenhalten, daß sie mit dem in früheren Zeiten bei uns Erreichten zufrieden sind und sich als Deutsche zu ihrer Nationalität mit demselben Stolze bekennen, wie die Angehörigen anderer großer Staaten es thun. Wir wünschen, daß dies stets so bleiben möge!

„Hungernde Soldaten."

(H. N. 7. Mai 1895 No. 107 M.-A.)

Unter der Ueberschrift „Hungernde Soldaten!" lesen wir in verschiedenen Blättern:

Das Bezirkscommando in Hagen hat, wie die „Volksrundschau" meldet, bei der städtischen Verwaltung einen Zuschuß von 300 Mark für die Verpflegung der Soldaten des Bezirkscommandos verlangt, weil die staatlichen Verpflegungssätze bei den örtlichen Preisen so knapp seien, daß die Soldaten Hunger leiden müssen. Die Stadtverordnetenversammlung hat den Zuschuß bewilligt; es sind

aber dabei so bittere Reden gefallen, daß man nur wünschen kann, das Reich möge in Zukunft nicht wieder ähnliche Verlegenheiten veranlassen. Ein Herr Clever sagte, daß man bei der Militairverwaltung seine Meinung über diese Sache zum Ausdruck bringen müßte. Er möchte aber die Leute nicht so lange hungern lassen, bis der Staat seine Schuldigkeit thut. Herr Justizrath Dr. Schultz meinte, es gönne gewiß jeder den Soldaten eine bessere Beköstigung, aber daß die Stadt der Militairverwaltung unter die Arme greift, weil sie ihre Schuldigkeit nicht thue, sei nicht am Platze. Herr Sanitätsrath Dr. Schaberg bemerkt, die Militairbehörde habe doch nicht mehr Mittel an der Hand, wie ihr vom Reichstag bewilligt werden. Darauf erwidert Herr Funcke, wenn man in Erwägung der hier erwähnten Verhältnisse eine Beihülfe beschließen wolle, dann sei es erforderlich, daß gleichzeitig vom Collegium es ausgesprochen werde: es liege hier doch eine beschämende Thatsache vor, die nach oben zur Kenntniß gebracht werden müsse, damit Aenderung erfolge. Nicht nur hier, sondern auch in anderen Orten würden gleiche Unterstützungsanträge eingebracht. Bei der Abstimmung wurde mit 18 gegen 13 Stimmen der Zuschuß genehmigt. Eine entsprechende Begründung der Meinung des Collegiums über den von der Militairbehörde gestellten Antrag wird dieser zugehen.

Wir erwähnen diese Zeitungsnotiz nur, um die Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen auf sie zu lenken; wir halten es nicht für möglich, daß es in Deutschland Truppentheile giebt, bei denen die Soldaten hungern müssen, aber wir würden ein amtliches Dementi doch für nützlich erachten.

Zur schleswig-holsteinischen Frage.

(H. N. 23. Mai 1895 No. 121 M.-A.)

Die „Voss. Ztg.“ schreibt zu den historischen Bemerkungen, die Fürst Bismarck neulich beim Empfange der Ostfriesen über die Geschichte des Nord-Ostsee-Canals und die Verhandlungen mit dem Herzog Friedrich gemacht hat: „Diese Darstellung ist Punkt für Punkt falsch.“ Wir würden darauf gar nicht weiter eingehen, wenn nicht diese Aeußerung so verletzend wäre, daß man ihr gegenüber nur die Antwort der bewußten Unwahrheit hat. Die Darstellung des Fürsten Bismarck ist Punkt für Punkt richtig, und es ist falsch, daß zwischen dem Herzog Friedrich und Preußen niemals irgendwelche Meinungsverschiedenheit über die Canalfrage geherrscht habe, und daß es bis zum Herbst 1864 überhaupt keine Differenz zwischen Preußen und Schleswig-Holstein gegeben habe. Die Differenzen consolidirten sich schließlich in der Ablehnung der sogenannten Februarbedingungen nicht sowohl durch den Herzog Friedrich als durch die Staatsmänner, die unter Coburgischer Leitung seine Minister zu

werden hofften. Die Februarbedingungen sind publici juris und ebenso ihre Ablehnung von Augustenburgischer Seite.

Das neuerdings publicirte Schreiben des Herzogs Friedrich an den König Wilhelm vom 20. Juni 1864, drei Wochen nach der nächtlichen Unterredung des Herzogs mit dem Ministerpräsidenten v. Bismarck, ist gewiß ein Zeugniß der Geneigtheit des Herzogs Friedrich, seinen Bundesstaat, wenn es Preußen gelang, dessen Loslösung von Dänemark durchzusetzen, als deutscher Fürst zu vertreten, aber für die Interessen Preußens bot dieses fürstliche Schreiben keine Sicherstellung, die für die damalige preußische Politik genügen konnte. In der Richtung derselben lag es nicht, die preußische Berechtigung in den Elbherzogthümern dem Bundestage zu unterstellen, und selbst wenn darüber die Verständigung erlangt worden wäre, die am 1. Juni 1864 in der bekannten Unterredung nicht erreicht wurde, so blieb doch immer für alle Zusagen aus dem Schreiben vom 20. Juni 1864 die Resolutivbedingung bestehen, die in der Voraussetzung der Zustimmung der Stände lag. Wie das Votum der Stände unter dem Einfluß eines Samwerschen Ministeriums ausgefallen wäre, war wohl nicht so sicher, daß politische Berechnungen sich darauf bauen ließen. Jedenfalls wird die Zustimmung der Stände zum Anschluß Schleswig-Holsteins an den deutschen Zollverein auch schon in dem fürstlichen Schreiben als unsicher bezeichnet und konnte nicht verbürgt werden.

Man muß sich bei Beurtheilung der gesammten damaligen Sachlage doch immer gegenwärtig halten, daß die amtliche preußische Politik den Fortbestand des Augustenburgischen Erbrechts in den Herzogthümern nicht anerkannte. Angesichts der Entsagung, welche im Jahre 1721, und noch mehr derjenigen, welche zu Händen Preußens Anfangs der fünfziger Jahre in Frankfurt stattgefunden hatte, war die Rechtsfrage für Preußen absolut frei, und die preußische Politik war von 1861 ab fest entschlossen, soweit es politisch möglich war, Schleswig-Holstein für den preußischen Staat zu erwerben und die Herstellung eines neuen, in Frankfurt aus Besorgniß vor dem preußischen Uebergewichte antipreußische Politik treibenden Großherzogthums zu hindern.

Es hat nicht in unserem Wunsche gelegen, diese vergangene Frage neu zu erörtern und zu besprechen, aber die aggressive Insolenz der gegnerischen Blätter und ihrer Hinterleute nöthigt uns dazu, und wir werden in der Lage sein, unsere Auffassung auch durch weitere unerwünschte Argumente zu vervollständigen, wenn wir dazu herausgefordert werden.

Deutschland und die ostasiatische Frage.[1]

(H. N. 23. Mai 1895 No. 121 M.-A.)

Wenn das Einschreiten Deutschlands gegen Japan überhaupt politisch geboten gewesen ist, so kann man es wohl nur aus dem Bedürfniß erklären, mit Rußland die Fühlung wieder zu gewinnen, die durch manche Erlebnisse der letzten Jahre verloren gegangen ist. Ist das aber der Fall, wie wir glauben, so sollte man sich vor Halbheiten hüten, die mit dem Sitzen zwischen zwei Stühlen endigen, von denen alsdann keiner eine Stütze bietet. Wir wissen nicht, ob die Russen nach dem Besitze oder der bahnbauenden Ausnutzung von Korea streben; wir halten es für sehr wahrscheinlich, daß sie eisfreie Häfen am Ocean zu besitzen wünschen. Wir haben keinen Beruf, ihnen dazu activ zu verhelfen, aber wir vermögen auch keine deutschen Interessen zu entdecken, die uns den Zwang auferlegten, diesen russischen Bestrebungen feindlich gegenüber zu treten. Wir sind Frankreich gegenüber seit Jahrzehnten bemüht gewesen, ihm die Freiheit der Entwicklung in jeder anderen Richtung als in der des Elsaß zu gönnen, auch zu fördern, z. B. in Tunis, in Indien, in Afrika. Haben wir nicht dasselbe Interesse, es als wichtig für die deutsche Politik zu betrachten, wenn Rußland seine Befriedigung mehr im Osten sucht als im Westen? Schon das Schwarze Meer hat für uns ein geringeres Interesse, aber das koreanische doch noch viel weniger. Wir haben keine statistischen Angaben über unsere Handelsinteressen, die bezüglich Koreas bestehen, zur Hand, aber wir wissen, daß Korea ein armes Land und seine Kaufkraft Deutschland gegenüber minim ist. Uns scheint nichts an deutschen Interessen vorzuliegen, das uns nöthigte, den russischen Wünschen in Ostasien entgegen zu treten, namentlich aber, nachdem die Bahn einmal eingeschlagen ist und man Rußland gegenüber die Gefälligkeit gehabt hat, die bekannte Einwirkung auf das uns befreundete Japan zu üben. Wir haben uns schon darüber ausgesprochen, daß wir die Absicht der deutschen Regierung nicht kennen und also die Tragweite der mit dem Drucke auf Japan erfolgten Action nicht zu beurtheilen wissen. Darüber aber sind wir auch ohne Kenntniß der Intentionen der Regierung außer Zweifel, daß die deutsche Politik Schaden leiden wird, wenn sie die Bahn, die sie betreten hat, ohne erkennbare und zwingende Gründe wieder wechselt. Wir haben den Eindruck, daß wir nur empfehlen können, die Hand Rußlands, nachdem wir sie einmal ergriffen haben, auch weiter fest zu halten in Fragen, wo uns unsere Interessen dabei nicht im Wege stehen. Wir glauben, daß es richtig ist, daß die Regierung,

---

[1]) Siehe oben S. 669 ff.

nachdem sie den Sprung in's Dunkle einmal gethan hat, auch fest mit Rußland durchhält. Wenn das Gegentheil geschähe, wenn z. B. englische Einflüsse in unserer Politik wieder die Oberhand gewännen, so würde das den Erfolg haben, daß wir Rußland ebenso verletzten, wie wir Japan durch unsere Einmischung verletzt haben. Unter dem alten Curs wäre die Betheiligung an der Einmischung gegen Japan wahrscheinlich überhaupt nicht erfolgt, oder doch nur gegen sichere Vortheile für Deutschland; aber nun sie einmal vorliegt, sind wir der Ueberzeugung, daß jedes Schwanken schädlich wäre und Deutschland nichts Besseres thun kann, als auf dem einmal beschrittenen Wege weiter zu gehen.

Das „Volk“.

(H. N. 23. Mai 1895 No. 121 M.-A.)

Das „Berliner Tageblatt“ knüpft an die neuliche Ansprache des Fürsten Bismarck an die Rheinländer die Bemerkung, es habe etwas lange gedauert, bis sich der frühere Reichskanzler entschlossen habe, nicht nur der Dynastie und des Heeres, sondern auch des Volkes wieder einmal zu gedenken, das vor und in den Kämpfen mit Blut und Eisen doch die größten Opfer an Gut und Blut gebracht habe. Es ist ein Mangel an Bescheidenheit von den Leuten des „Berliner Tagebl.“, die Bezeichnung „Volk“ für sich in Anspruch zu nehmen. Sie verstehen darunter die Demokratie in allen ihren Spielarten bis zur Socialdemokratie. Zum Volk gehören aber nicht nur die Demokraten, sondern auch die Dynastien und das Heer. Wir verwahren uns hiermit gegen die Monopolisirung des Namens des deutschen Volkes zur Bezeichnung der demokratischen und sonstigen politischen Quertreibereien.

Zur Berichtigung.

(H. N. 23. Mai 1895 No. 121 M.-A.)

Die „Neue Bayerische Landeszeitung“ reproducirt in ihrer Nummer 119 aus anscheinend demokratischen Blättern die Nachricht, daß eine auf Wunsch nach Edenkoben versandte junge Eiche aus dem Sachsenwalde unter Nachnahme des Werthes abgeschickt worden sei, und bezweifelt die Richtigkeit dieser Mittheilung. Die „Neue Bayerische Landeszeitung“ hat mit ihren Zweifeln sehr Recht. Aus Anlaß des 80. Geburtstages des Fürsten Bismarck sind von Freunden des Fürsten zur Feier seines Andenkens 443 junge Eichen aus dem

Sachsenwalde erbeten worden. Diese Eichen sind in Friedrichsruh verpackt und abgesandt worden, ohne daß die Forstverwaltung von einem der Empfänger, weder durch Nachnahme noch auf eine andere Weise, irgendwelche Zahlung erbeten oder erhalten hätte. Alle Eichen sind kostenfrei und wohlverpackt der Eisenbahn zur Beförderung übergeben worden.

Hendrik Witboi und Cecil Rhodes.

(H. N. 23. Mai 1895 No. 121 M.=A.)

Die Erklärung Hendrik Witbois, daß ihm Cecil Rhodes Waffen geliefert habe, lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die Persönlichkeit des Premierministers der Capcolonie, der an der Spitze der dortigen Goldunternehmungen steht. Er muß jedenfalls über sehr bedeutende Geldmittel verfügen, die ihm auch die Unterstützung Hendrik Witbois möglich gemacht haben. Man sagt von Cecil Rhodes, daß er die finanzielle Sanirung einflußreicher Leute in England mit bereitwilliger Freigebigkeit geleistet und dadurch für alle etwaigen Sünden sich Absolution gesichert habe. Wir wollen keine Namen nennen; in England wird man verstehen, was wir meinen.

Die Regierung und die ländlichen Schulbauten.

(H. N. 25. Mai 1895 No. 122 M.=A.)

Vor einiger Zeit hat der Ministerial=Director Dr. Kügler im Preußischen Abgeordnetenhause die Behauptung des conservativen Abgeordneten von Dallwitz in Abrede gestellt, daß Regierungsbeamte den Gemeinden Zuschüsse versprächen, um sie zu Schulbauten zu veranlassen, daß aber diese Versprechungen später von der Regierung nicht gehalten würden. Wir haben dieser Ableugnung gegenüber anzuführen, daß uns im Kösliner Regierungsbezirk wenigstens mehrere Fälle bekannt sind, wo die Rectification des Herrn Ministerial=Directors nicht zutrifft. Wir führen unter ihnen nur einen an, der die Herstellung der Schule in Misdow bei Pollnow betrifft, wo die Regierungsbeamten durch Zusage von Staatsunterstützung die beiden Gemeinden Misdow A und Misdow B zu bestimmen wußten, ein ganz neues Schulsystem zu errichten, was bis dahin eine rechtliche Existenz nicht hatte. Nachdem es zu Stande gebracht und errichtet war, wurden die von der Regierung dafür in Aussicht gestellten Zuschüsse für die Erhaltung dieses in öder Gegend gelegenen Schulsystems zunächst eingeschränkt und schließlich zurückgezogen.

Wir glauben, daß die Klagen in unseren ländlichen Gemeinden über bureaukratische Belästigungen zwar auch die Ansprüche betreffen, welche an die sogenannte Selbstverwaltung, d. h. an die Dorfregierung gemacht werden, aber am meisten wird von den Vertretern der ländlichen Gemeinden immer der regiminale Schuleinfluß gefürchtet, dessen sich der bureaukratische Absolutismus nach der heutigen Praxis erfreut, und der ähnlich in keinem anderen Ressort ohne die Möglichkeit gerichtlicher Abhülfe anwendbar sein würde. Die Regierungs-Schulbehörde decretirt ohne Controle und ohne Bewilligung, was sie für nothwendig hält, läßt die Zahlungsfähigsten in den betreffenden Gemeinden polizeilich exequiren, und es giebt kein gerichtliches Verfahren, welches ihr gegenüber ergriffen werden könnte. Wie in der Schulstube der Scepter des Lehrers, so herrscht in der Schulfinanz der Scepter eines Ressorts ohne Appell und ohne Widerspruch.

Die Verstimmungen über die scholarchischen Uebertreibungen finden in unserer ländlichen Bevölkerung keinen sofort erkennbaren Ausdruck, aber daß in den hinterpommerschen Wahlkreisen die frühere Sicherheit der conservativen Wahlen in Wegfall gekommen ist, dürfte mit den Schulverstimmungen nicht außer Zusammenhang stehen. Die ländliche Bevölkerung hat eben nicht die Vorbildung zu einem anderen Ausdruck ihres Mißvergnügens als zu einer unfreundlichen Abstimmung bei den Wahlen.

Ansprüche der katholischen Hierarchie.

(H. N. 25. Mai 1895 No. 122 M.-A.)

Ueber die Ansprüche, welche die katholische Hierarchie principiell und auf der ganzen Erde übereinstimmend erhebt, gewährt eine Aeußerung des Erzbischofs Langevin von Manitoba (Canada) neue Auskunft, die wir in No. 96 des in Milwaukee erscheinenden Blattes „Germania", halbwöchentliche Ausgabe vom 19. April, verzeichnet finden. Der genannte Erzbischof hat anläßlich des Schulstreites in Manitoba erklärt, daß alle Katholiken, die ihre Hülfe und ihren Einfluß denjenigen zuwendeten, welche die katholischen Kirchenschulen abschaffen wollten, excommunicirt würden, und hat dabei u. A. geäußert:

„Die Hierarchie der katholischen Kirche hat gesprochen und alle diejenigen, welche der Hierarchie nicht folgen, sind keine Katholiken. Wenn die Hierarchie gesprochen hat, ist es für irgend einen Katholiken unnütz, das Gegentheil zu sagen, denn wenn er es thut, ist er kein Katholik mehr. Solch ein Mann mag

den Namen eines solchen führen, aber ich erkläre als Erzbischof, und ich spreche mit voller Autorität, daß ein Katholik, der nicht der Hierarchie in der Schulfrage folgt, kein Katholik mehr ist. Und wer ist es, der solch einen Mann zu dem Namen eines Katholiken berechtigt? Wo ist die Gesellschaft oder Regierung, die ihm das Recht giebt, sich einen Katholiken zu nennen, wenn ich in meiner Autorität als katholischer Bischof erkläre, daß ein solcher Mann nicht das Recht zu dem Namen hat?"

Zur Frage der Regierungsunfähigkeit Friedrichs III.

(H. N. 6. Juni 1895 No. 131 A.-A.)

Die Berliner „Volks-Ztg." schreibt in Bezug auf den verstorbenen früheren Minister **Friedberg**:

In den kritischen Zeiten, in welchen an ihn das Ansinnen gestellt war, ein Gutachten über die **Krankheit des Kaisers Friedrich** und die staatsrechtliche Seite der Einwirkung dieser Krankheit auf die Regierungsfähigkeit des kranken Herrschers abzugeben, soll Friedberg die Sache des kranken Kaisers mit Energie vertreten haben. Näheres darüber wissen vielleicht die „Hamb. Nachr." zu erzählen.

Dazu sind wir allerdings in der Lage, und zwar haben wir zu erklären, daß die Behauptung der „Volks-Ztg." durchaus wahrheitswidrig ist, wenn damit etwa, wie es nach dem Wortlaute den Anschein hat, gesagt werden soll, daß ein solches Ansinnen von Seite **der Regierung** an den Justizminister gestellt worden sei. Von Seiten der Vertreter der Regierung, in Sonderheit vom damaligen Ministerpräsidenten, ist jederzeit „mit Energie" der einzig berechtigte Standpunkt vertreten worden, daß die Krankheit des Kronprinzen auf seine Regierungsfähigkeit ganz ohne Einfluß sei.

Herr v. Boetticher.

(H. N. 16. Juni 1895 No. 140 M.-A.)

Wir haben in unserer Freitag-Abendausgabe einen Artikel des „Reichsanzeigers" mitgetheilt, worin die Annahme als irrthümlich bezeichnet wurde, daß eine Stelle in der Rede des Fürsten Bismarck an die Landwirthe auf den Minister v. Boetticher zu beziehen sei; zugleich reproducirte das amtliche Blatt den Text der Cabinetsordre vom 29. März 1892, worin der Kaiser die angebotene Entlassung des Herrn v. Boetticher unter Anerkennung der Verdienste

desselben ablehnt und ihn unter Berufung auf seinen Patriotismus auffordert, im Amte zu bleiben.[1])

Das Actenstück ist ein sehr ehrenvolles Attest Sr. Majestät des Kaisers und ein Beweis der Hingebung, mit der der Adressat dem Throne gedient hat. Etwas zweifelhafter sind wir über die Tragweite der vom „Reichsanzeiger“ in erster Linie angeführten „Thatsache“, daß Herr v. Boetticher „bereits im Februar 1890 den Wunsch ausgesprochen habe, entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck selber ihn im Dienste zurückgehalten habe!“ Diese „Thatsache“ ist für uns ein Novum, und wir würden es mit Interesse begrüßt haben, wenn der Beweis für die Richtigkeit der Angabe durch ein ähnliches unanfechtbares Actenstück wie die Cabinetsordre vom 29. März 1892 geführt worden wäre. Die „Köln. Ztg.“ tritt als Schwurzeuge auf, indem sie in ihrer Nummer vom 12. Juni sagt, Herr v. Boetticher hätte schon vor dem Rücktritte des Fürsten Bismarck „diesem sein Portefeuille zur Verfügung gestellt.“ Die „Köln. Ztg.“ übersieht dabei, daß Fürst Bismarck niemals, am

---

[1]) Die Kundgebung des „Reichsanzeigers“ lautet:

In der Ansprache, die Fürst v. Bismarck in Friedrichsruh am 9. d. M. an den Centralausschuß des Bundes der Landwirthe gehalten hat, war unter anderem von Ministern die Rede, die am Amte „klebten“ und sich von der Ministerwohnung nicht trennen könnten. Dieser Passus ist mehrfach in der Presse auf den Staatsminister v. Boetticher bezogen worden. Wie irrthümlich diese Bezugnahme ist, ergiebt sich aus der Thatsache, daß Herr v. Boetticher bereits im Februar 1890 nach zehnjähriger Thätigkeit an der Spitze des Reichsamts des Innern dem Fürsten Bismarck den Wunsch ausgesprochen hat, aus seinen Aemtern entlassen zu werden, und daß Fürst Bismarck selber ihn damals im Dienste zurückgehalten hat. Auch später hat Herr v. Boetticher wiederholt seine Entlassung erbeten, welche ihm jedoch nicht gewährt worden ist, wie unter anderem aus nachfolgendem Allerhöchsten Handschreiben hervorgeht:

„Mein lieber Staatsminister v. Boetticher! Schon mündlich habe Ich Ihnen zu erkennen gegeben, daß Ich Mich außer Stande sehe, Ihrem Gesuch um Entlassung aus Ihren gegenwärtigen Aemtern zu entsprechen. Sie wissen, wie hoch Ich Ihre Verdienste schätze, welche Sie sich in einer längeren Reihe von Jahren um das Reich wie um Preußen erworben haben, und Ich kann, zumal unter den gegenwärtigen Verhältnissen, nicht auf die Hülfe einer so bewährten Kraft, wie Ich sie in Ihnen besitze, verzichten. Ich halte Mich auch versichert, daß Ich nicht vergeblich Ihren Patriotismus anrufe, wenn Ich an Sie die Aufforderung richte, auch fernerhin Ihre Dienste in Ihrer jetzigen Stellung Mir und dem weiteren wie dem engeren Vaterlande zu widmen. Ich verbleibe Ihr wohlgeneigter Wilhelm R.

Berlin im Schloß, den 29. März 1892.

An den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretair des Innern Dr. v. Boetticher.

wenigsten im Februar 1890, die Verfügung über Minister-Portefeuilles hatte, sondern daß diese lediglich an Allerhöchster Stelle lag. Dort aber war Herr v. Boetticher unserer Erinnerung nach persona gratissima, wie u. A. die Verleihung des Schwarzen Adler-Ordens bekundet und dadurch bethätigt wurde, daß Herr v. Boetticher sich in der Lage fühlte, die von den Allerhöchsten Auffassungen abweichende Politik seines Vorgesetzten, des Reichskanzlers, bezüglich der Arbeiterfragen offen und amtlich zu bekämpfen. Es wurde damals, im Februar 1890, allgemein geglaubt, daß Herr v. Boetticher in der Stellung des preußischen Ministerpräsidenten zum Nachfolger des Fürsten Bismarck ausersehen sei. Es war deshalb anzunehmen, daß, wenn ein Abschiedsgesuch des „kommenden Mannes“ in jener Zeit wirklich zur amtlichen Entscheidung gelangt wäre, dieselbe ziemlich ähnlich gelautet haben würde, wie die gnädigste Allerhöchste Ordre vom 29. März 1892. Wir sind viel eher geneigt, zu glauben, daß in damaliger Zeit das Verbleiben des Herrn v. Boetticher im Amte für sicherer galt, als das des Fürsten Bismarck.

Es ist uns nicht wahrscheinlich, daß Fürst Bismarck durch seine Aeußerung an die Vertreter der Landwirthschaft den Rücktritt irgend eines der jetzigen activen Staatsminister habe fördern wollen. Wir sind sogar gewiß, daß er dieses Mittel dazu nicht für das richtige gehalten haben würde. Wenn wir die Rede des Fürsten sine ira et studio durchsehen, so finden wir in ihr nur Empfehlungen an die landwirthschaftlichen Wähler über die Gesichtspunkte, nach denen sie künftig ihre Abgeordneten wählen möchten. Der Fürst empfiehlt, bei der nächsten Wahl keinen „Klebern und Strebern“ mit Frauen, die an großen Berliner Wohnungen hingen, die Vertretung zu übertragen; mit keiner Silbe greift er in die königliche Prärogative der Ministerwahl ein, er spricht nur von der Abgeordnetenwahl.

Wie kommt es nun, daß gegen eine solche Aeußerung, zu welcher der Insasse von Friedrichsruh jederzeit als Wähler und Urwähler berechtigt ist, plötzlich die ganze Caprivistische Presse in Aufmarsch geräth, resp. zum Angriff bläst, und daß der „Reichsanzeiger,“ der ohne ministeriellen Einfluß doch nicht zugänglich ist, mit der „Köln. Ztg.“ in ein Horn zu stoßen angewiesen wird? Uns ist dies aufgefallen, aber wir schließen daraus noch nicht, daß die Männer und die Fractionen, deren Beihülfe hieraus erkennbar ist, sich irgendwie durch die Friedrichsruher Rede getroffen fühlten. Nicht, daß sie keinen Anlaß dazu hätten, aber wir glauben, daß sie zu abgehärtet gegen Vorwürfe sind, um allein aus Empfindlichkeit in dieser Weise nach dem Spruche: wem's juckt, der kratze sich, zu reagiren. Es scheint uns vielmehr ein Vorstoß nach oben hin vor-

zuliegen zur Befestigung des alten Caprivismus, bei dem die „Köln. Ztg." als Chorführerin der Declamationen functionirt wie in früheren Zeiten. Die Epigonen des Grafen Caprivi befinden sich noch heute im Besitze amtlicher und officiöser Einflüsse, und wenn sie auch unter sich nicht immer einig sind, so halten sie doch nach außen hin die Solidarität aufrecht in der Hoffnung, daß die alten officiösen Stränge noch fest genug halten, und daß sie in Zukunft wieder stärker werden könnten. Es handelt sich hierbei nicht sowohl um Personen, die mit einander kämpfen, als um Systeme, um die Frage, ob schließlich der alte Curs mit seinem Schutze der inländischen Production oder der neue Capriviſtische mit dem Gewinnen der Gegner durch Tributzahlung bei uns fixirt werden soll.

Die „Köln. Ztg." und ihre Capriviſtischen Freunde verlangen, wie wir dies aus dem Artikel des Blattes schließen, vom Fürsten Bismarck, daß er schweigt, gehorcht und Steuern zahlt. Warum verlangen sie das nicht auch von Herrn Richter, Bebel und Anderen? Der Unterschied zwischen beiden Stellungen ist doch nur der, daß der ehemalige Reichskanzler eine längere politische Erfahrung und ein in sachlicher Arbeit gereiftes Urtheil hat, was den Anderen abgeht. Der Bismarck der „Köln. Ztg." hätte nach ihrer Ansicht den Landwirthen, die ihn besuchten, um ihm eine politische Anrede zu halten, antworten sollen: „Meine Herren, ich darf mir leider wegen meiner Vergangenheit nicht erlauben, über die preußische und deutsche Politik ein Urtheil auszusprechen; wenn ich es dürfte, so würde ich Sie beglückwünschen, daß wir heute unter dem segensreichen Regime der Handelsverträge leben, daß wir unter dem Grafen Caprivi endlich eine Regierung gefunden hatten, die sich auf die Socialdemokratie, die Polen und die Fortschrittler stützte, und daß wir auf allen politischen Gebieten stets muthige und geschickte Minister gehabt haben. Aber da ich früher Reichskanzler war, so muß ich auch diese meine Anerkennung verschweigen." Auf solchen Unsinn läuft es doch hinaus, wenn Zeitungen, die, wie die Kölnische, ihre Ueberzeugung vielleicht öfter als ihre Wäsche gewechselt haben, in diesem schulmeisternden Tone den Fürsten Bismarck belehren wollen. Wir finden die Forderung, daß Fürst Bismarck, namentlich wenn er durch Deputationen und Kundgebungen en demeure gesetzt werde, schüchtern und byzantinisch schweigen solle, doch ungewöhnlich unverschämt und nur als Product des Parteifanatismus erklärlich.

Die „Köln. Ztg." und andere Blätter ejusdem farinae sprechen in ihren Artikeln übereinstimmend von einer heftigen Erbitterung, Verstimmung und von bestimmten Plänen des Fürsten Bismarck. Es ist das ja ein natürlicher Versuch, im Parteikampf die Stellung, die man bekämpft, als Ergebniß zorniger Leidenschaft zu charakteri-

siren. Aber alle, die den Fürsten Bismarck in der letzten Zeit zu sehen Gelegenheit hatten, haben bei ihm nur einen Grund zur Verstimmung entdeckt, und der liegt in seinen neuralgischen Gesichtsschmerzen. Ebensowenig hat der Fürst ein Bedürfniß — und wenn er es hätte, schwerlich die Möglichkeit — auf die Gestaltung der jetzigen Regierung irgendwie Einfluß zu gewinnen. Wir sind gewiß, daß er nicht einmal die Absicht hat, Rath zu ertheilen, wenn ein solcher von ihm begehrt werden sollte; er würde sich enthalten, die Verantwortlichkeit für einen Rath zu übernehmen, auf dessen praktische Durchführung er keinen Einfluß hätte. Daß er aber einen solchen in amtlicher Stellung wieder erstrebe, haben selbst seine unfreundlichsten Gegner ihm bisher nicht Schuld gegeben.

Die „Köln. Ztg.", welche seinerzeit den Ausdruck „Civil-Wallenstein" erfunden hat, während ihr dabei der Octavio Piccolomini ganz entgangen ist und sie immer nur den tugendhaften Max citirt, macht in ihrem Artikel dem Fürsten Bismarck auch noch den Vorwurf der Feigheit und des Hinterhalts. Die Haltung, die Fürst Bismarck im Dienste und später von 1890 bis 1895 beobachtet hat, verdient diesen Vorwurf sicher nicht, wohl aber findet er Anwendung auf Leute, die aus Ehrgeiz gegen ihren Vorgesetzten conspiriren.

Friedenszuversicht.

(H. N. 22. Juni 1895 No. 145 A.-A.)

Die Reden, welche der Kaiser in Hamburg und in Kiel anläßlich der Eröffnung des Nord-Ostsee-Canals gehalten hat, weisen ebenso wie der Text der Urkunde, die in den Schlußstein gelegt worden ist, den Ausdruck der Hoffnung auf, daß der Canal ein Friedenswerk und allezeit nur dem Wettkampfe der Nationen um die Güter des Friedens dienstbar bleiben möge. Der Kaiser fügte hinzu, durch die Theilnahme des Auslandes an der Eröffnungsfeier werde bewiesen, daß die auf Erhaltung des Friedens gerichteten Bestrebungen Deutschlands überall gewürdigt würden.

Diese Aeußerungen Sr. Majestät haben, wie der officiöse Telegraph berichtet, allseitig einen günstigen Eindruck gemacht und die Feststimmung erheblich erhöht. Wir hegen daran keinerlei Zweifel, obwohl die Versicherungen und Hoffnungen, die der Monarch ausgesprochen hat, bei dieser Gelegenheit selbstverständlich waren und nicht ausbleiben durften, selbst wenn die europäische Lage weniger beruhigend wäre, als wir sie nach den kaiserlichen Worten betrachten müssen. Andererseits ist es ebenfalls selbstverständlich, daß die Gegensätze der internationalen Situation, welche den Frieden bedrohen,

und wie sie z. B. in der Revanchesucht der Franzosen vorliegen, selbst durch die bestgemeinte und ehrlichste Friedensrede des deutschen Kaisers nicht paralysirt werden, sondern so lange fortbestehen wie ihre Ursachen, also, was Frankreich anbetrifft, so lange, als der Verlust von Elsaß-Lothringen und des früheren militairisch-politischen Prestiges der Franzosen andauert. Es läuft mithin auf eine nicht ungefährliche Täuschung des öffentlichen Urtheils über unsere Lage Frankreich gegenüber hinaus, wenn von officiösen und anderen Blättern auf Grund der Kaiserreden die nunmehr erfolgte völlige Sicherung des europäischen Friedens vor jeder Störung behauptet wird. Wir glauben auch nicht, daß Se. Majestät mit dieser Auslegung seiner Hoffnung einverstanden sein wird. Niemand kann die Ereignisse der Zukunft voraussehen, und Pflicht der besonnenen Presse ist es, zu verhüten, daß die Nation sich über ihre Situation einem feindlichen Nachbar gegenüber irgendwelchen Illusionen hingiebt. Die Liebenswürdigkeiten, die wir mit den Franzosen jetzt zu Wasser und zu Lande ausgetauscht haben, sind doch rein conventioneller Natur, und selbst in dieser Beziehung nicht einmal frei von Gezwungenheit und kühlster Reserve; kein verständiger Politiker kann annehmen, daß durch die äußerlichen Höflichkeitsacte, die in Kiel erfolgt sind, und durch die privaten Meinungsäußerungen einiger französischer Marineofficiere an den Beziehungen, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, oder an den Gesinnungen und Absichten Frankreichs uns gegenüber auch nur das Geringste geändert worden ist. Die Art und Weise, wie sich die französischen Panzer von ihrer Einfahrt in den Kieler Hafen an verhalten haben, ihre frühe Verabschiedung, deren demonstrativer Charakter durch die neuliche Erklärung des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten doch nur nothdürftig verhüllt wird, sollte im Zusammenhange mit allen sonstigen Wahrnehmungen doch auch dem optimistischsten Festtheilnehmer die Augen darüber öffnen, daß von einer Versöhnung Frankreichs und damit von einer Beseitigung der bedrohlichsten Gefahr für den europäischen Frieden nicht die Rede sein kann. Die Franzosen verfolgen uns gegenüber die nämliche Taktik wie die Socialdemokraten: sie warten unter mehr oder minder geschicktem Verbergen ihrer wahren Absichten so lange, bis sie sich auf Grund von Bündnissen, vortheilhafter europäischer Constellation, Ueberlegenheit der militairischen Bewaffung oder anderer Ursachen stark genug fühlen und die Gelegenheit, über uns erfolgreich herzufallen, ihnen günstig zu sein scheint. Ueber diese Sachlage wollen wir uns doch durch keine Feststimmung täuschen lassen, sondern wie früher die Augen offen und unser Pulver trocken halten.

Zur Rede des Fürsten Bismarck.

(H. N. 24. Juni 1895 No. 146 A.-A.)

Wir haben in unserer Morgen-Nummer vom 16. Juni die Ausfälle besprochen, welche in officiöser Gestalt die „Köln. Ztg.", demnächst amtlich assistirt durch den „Reichs-Anzeiger", gegen die Aeußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirthen gegenüber gerichtet hatte.[1]) Es war von unserer Seite nicht erwartet, durch diese Zeitungsangriffe zu einer Discussion über Minister im activen Dienste veranlaßt zu werden. Es hat uns überrascht, daß auf die Charakteristik, die Fürst Bismarck in seiner Rede von Abgeordneten, die Ministercandidaten sind, entworfen hatte, gerade der Minister v. Boetticher sich meldete, also getroffen fühlte. Herr v. Boetticher ist niemals, wenigstens erinnern wir uns dessen nicht, Abgeordneter gewesen und hat seine Ministerlaufbahn nicht als Abgeordneter, sondern als bureaukratischer Mitarbeiter des ersten Reichskanzlers gemacht.[2]) Wir glauben überhaupt nicht, daß die Worte des Fürsten Bismarck an die Landwirthe den Zweck hatten, Aenderungen in der gegenwärtigen Zusammensetzung des Staatsministeriums zu erstreben, und am allerwenigsten in der Person des Staatssecretairs des Innern im Reiche und des Ministers ohne Portefeuille in Preußen. Wenn man den Worten des Fürsten einen besonderen Zweck unterlegt, so kann man dieselben ehrlicher Weise nur auf die nächsten Wahlen beziehen und darin eine Warnung vor der Wahl von Abgeordneten finden, welche, um ihre weitere politische Laufbahn nicht zu schädigen, sich ministeriellen Zumuthungen unterwerfen, wie es bei der Berathung der Handelsverträge der Fall gewesen ist. Für das Verhalten aller Fractionen von Rickert bis Stöcker war damals die Besorgniß maßgebend, sich den Zugang zu künftigen Cabinetsbildungen zu verderben. In dem hierauf gerichteten Wortlaute der Aeußerungen des Fürsten Bismarck liegt nichts, was auf die Vergangenheit des Herrn v. Boetticher Anwendung finden könnte, und bei der Bezeichnung „Kleber" hat der Fürst ohne Zweifel nur Postenkleber, nicht Markenkleber im Sinne gehabt.

Ob Herr v. Boetticher Minister bleibt oder nicht, ist auf den künftigen Verlauf unserer Politik nicht von Einfluß. Wir halten Herrn v. Boetticher rebus sic stantibus einstweilen nicht für entbehrlich. Er bildet in seiner parlamentarischen Routine eine nothwendige Ergänzung seiner Collegen, die in Nachtheil gerathen würden, wenn er ausschiede, und sein Ausscheiden würde außerdem keine Aenderung der Politik, sondern nur eine geschäftliche Nothlage der Hinterbliebenen herbeiführen. Wir würden befürchten, daß,

---

[1]) Siehe oben S. 680 ff.

[2]) Herr v. Boetticher war Mitglied des Reichstags von 1878—1880.

wenn dem jetzigen Reichskanzler die parlamentarische und geschäftliche Routine des Herrn v. Boetticher verloren ginge, der ihm eine ihm nicht vertraute und nicht gewohnte Arbeit abnimmt, auch die Stellung des jetzigen Kanzlers selbst erschüttert werden würde, wie er das ja mit eigenen Worten in seiner Aeußerung bei der Canalfeier angedeutet hat. Das würden wir im hohen Maße beklagen, schon weil wir von der Thätigkeit des Fürsten Hohenlohe als Kanzler die sorgfältigste Pflege unserer Beziehungen zu Rußland erwarten, die wir als eine der ersten Aufgaben unserer auswärtigen Politik betrachten. Andererseits glauben wir, daß die in zweiter Linie stehende Nützlichkeit des Herrn v. Boetticher auch bei einem Wechsel in der ersten Linie dem Deutschen Reiche in Zukunft nicht verloren gehen würde; wir sind überzeugt, daß Herr v. Boetticher auch einem agrarischen oder kirchlichen Ministerium seinen Beistand nicht entziehen würde. Wir können darnach nur sagen, es war ein Irrthum, wenn er sich von den Aeußerungen des Fürsten Bismarck den Landwirthen gegenüber getroffen fühlte und deshalb so grobes Geschütz, wie in den officiösen Artikeln der „Köln. Ztg.“ und der amtlichen Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ lösen ließ. Wir glauben auch nicht, daß der ganze Vorgang bei Herrn v. Boetticher unangenehme Erinnerungen hinterlassen wird, da die für ihn allein wichtigen Allerhöchsten Kundgebungen vielleicht durch sein Mißverständniß der landwirthschaftlichen Rede von Friedrichsruh an Wärme gewonnen haben werden.

Herr v. Boetticher und Herr v. Marschall.

(H. N. 25. Juni 1895 No. 147 M.=A.)

Die „Voss. Ztg.“ schreibt, Herr v. Boetticher sei neben Herrn v. Marschall das bevorzugte Ziel für die Pfeile des Bundes der Landwirthe. Wir halten es für eine ungenaue Classification, wenn man Herrn v. Boetticher und Herrn v. Marschall gewissermaßen in einen Topf wirft als Gegner der Landwirthe. Herr v. Boetticher ist an und für sich kein Gegner des Bundes der Landwirthe noch sonst irgend einer Richtung. Er hat das Bedürfniß, in dem Amte, in der Beschäftigung und in der Wohnung zu bleiben, worin er sich befindet, und an Ehre und Auszeichnung fehlt ihm eigentlich nichts mehr als die Mitgliedschaft in der Rangclasse der Feldmarschälle, die er erreicht haben würde, wenn er nach dem Abgange des Fürsten Bismarck preußischer Ministerpräsident geworden wäre. Im Uebrigen ist er kein nothwendiger Gegner irgend einer Partei und geschäftlich von großem Geschick und Erfahrung. Er ist daher schon aus letzterem Grunde mit Herrn v. Marschall durchaus nicht in die gleiche Kategorie zu stellen.

Fürst Bismarck und Herr v. Boetticher.

(H. N. 26. Juni 1895 No. 148 M.=A.)

Der „Rheinische Cour." findet, daß „Fürst Bismarck nicht einmal gegen den Grafen Caprivi so schweres Geschütz habe auffahren lassen wie jetzt gegen Herrn v. Boetticher." Wir möchten dazu bemerken, daß auch Graf Caprivi so schweres Geschütz gegen den Fürsten Bismarck wie Herr v. Boetticher in der „Köln. Ztg." und im „Reichsanzeiger" nur ausnahmsweise in den Zeiten der Wiener Reise und der damaligen Erlasse im „Reichsanzeiger" hat auffahren lassen, und daß damals auch dem Grafen Caprivi mit demselben Kaliber geantwortet wurde. Unser Blatt würde sich mit Herrn v. Boetticher überhaupt nicht befaßt haben, wenn derselbe nicht in jenen beiden Zeitungsartikeln den Angriff eröffnet hätte, ohne seinerseits irgendwie angegriffen zu sein. Wir sehen jeder Fortsetzung der ministeriellen Thätigkeit des Herrn v. Boetticher mit Gleichmuth entgegen und haben kein politisches Bedürfniß, sie ihm zu verkümmern. Wir kennen Andere, die weniger unschädlich sind.

Wem lag die Aufsicht über die Irrenanstalt der Alexianer ob?

(H. N. 26. Juni 1895 No. 148 A.=A.)

In der Alexianer=Angelegenheit, die gestern im Preußischen Abgeordnetenhause verhandelt worden ist, wäre es für die öffentliche Meinung erwünscht, die Namen der Regierungsräthe in Aachen kennen zu lernen, zu deren Decernat die Alexianer=Anstalt gehörte. Diesen Herren lag die Beaufsichtigung in erster Linie und zunächst auch die gesetzliche Ocularinspection ob. Sie sind ja äußerlich durch die Verantwortlichkeit des Regierungspräsidenten und des Collegiums, dem sie angehören, gedeckt, aber der Regierungspräsident hat mehr zu thun, als Klöster zu revidiren, und die Anonymität, durch welche die Verantwortlichkeit der Specialreferenten bei der Regierung gedeckt wird, ist an und für sich eine unzweckmäßige Einrichtung, und wir möchten daher empfehlen, daß die Namen der Decernenten im Aachener Regierungscollegium, zu deren Decernat die Irrenanstalt gehörte, der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Zur Frage der Regentschaft für Kaiser Friedrich III.[1]

(H. N. 27. Juni 1895 No. 149 M.=A.)

In einigen demokratischen Organen wird die alte Unwahrheit neu behauptet, daß in amtlichen Kreisen zur Zeit der Krankheit

[1]) Siehe oben S. 680.

des Kaisers Friedrich die Frage der Einsetzung einer Regentschaft erörtert worden sei. Es ist schon anderweitig nachgewiesen worden, daß dies unzutreffend ist, und daß die betreffenden Berichterstatter ungenau informirt waren. Unter anderem geht dies auch aus der Redensart hervor, „daß nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. eine volle Verständigung zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Kaiser Friedrich zu Wege gekommen sei, die nur durch die bekannten ersten Erlasse von San Remo aus erschwert worden wäre.“ Die volle Verständigung zwischen dem Kaiser Friedrich, damaligem Kronprinzen, war seit 1866 niemals unterbrochen, und zum concreten Ausdruck kam sie — was mit der obigen Phrase wohl gemeint ist — im Jahre 1885 in dem Augenblicke, wo Kaiser Wilhelm I. so schwer erkrankt war, daß für sein Leben gefürchtet wurde. An der Regierungsfähigkeit des Kaisers Friedrich hat in amtlichen Kreisen niemals Zweifel bestanden, und der damalige Reichskanzler hat der Ueberzeugung, daß die Krankheit des Kaisers Friedrich kein Regierungshinderniß sei, namentlich der Königin von England gegenüber bei deren Besuche in Charlottenburg sehr energischen Ausdruck dahin gegeben, daß eine Regentschaftsfrage ohne ihn, den Ministerpräsidenten, gar nicht angeregt werden könne, und daß er, so lange er lebe und Minister sei, unter keinen Umständen seine Zustimmung dazu geben werde.

Fürst Bismarck und der Nord-Ostsee-Canal.

(H. N. 26. Juni 1895 No. 148 M.=A.)

In ihrer Nummer vom 22. Juni lenkte die „Allg. Ztg.“ die Aufmerksamkeit auf die Thatsache, daß an der feierlichen Eröffnung des Nord=Ostsee=Canals leider der Mann nicht Theil nehmen könne, dem das deutsche Volk, wie so vieles Andere, auch dieses Werk in erster Linie verdanke: Fürst Bismarck. Um so mehr sei es eine Ehrenpflicht der deutschen Nation und namentlich auch der deutschen Presse in diesen Tagen, in welchen so viel geehrt und gehuldigt werde, des alten Kanzlers nicht zu vergessen, der die Lösung der großen Aufgabe in ihren schwierigsten Stadien gefördert habe. Gleichzeitig führte die „Rhein. Westf. Ztg.“ durch Zusammenstellung einer Reihe historischer Documente den Nachweis, daß Fürst Bismarck von dem ersten Tage seines Wirkens als preußischer Ministerpräsident in Verbindung mit der schleswig=holsteinischen Angelegenheit die Frage eines Nord-Ostsee=Canals erwogen und später auf's Energischste durchgeführt habe. Die erste öffentliche Kundgebung in diesem Sinne stamme aus dem Jahre 1864, und es sei bezeichnend für die Lage der damaligen Zeit, daß Herr v. Bismarck

einerseits nicht wagen durfte, den Bau des Canals auf Kosten des Staats zu übernehmen, andererseits es für nothwendig hielt, den politischen Beherrscher Europas, Napoleon III., dafür zu erwärmen.

Das von der „Rhein. Westf. Ztg.“ veröffentlichte Actenmaterial wird von der „Berliner Börs.-Ztg.“ wie folgt resumirt: Allgemein bekannt ist der bezügliche, am 31. März 1864 an den preußischen Botschafter Grafen von der Goltz geschriebene Brief. Daran knüpfte sich eine längere Correspondenz. Dem preußischen Comité, welches über die Mittel berieth, den Bau zu unternehmen, überreichte Bismarck am 20. Januar 1865 ein Votum, in dem er seiner Meinung dahin Ausdruck gab, „daß der Canal, dessen große Bedeutung für unsere Marine und Handelsschifffahrt von keiner Seite verkannt wird, zur Ausführung gebracht werden muß, selbst wenn dies ausschließlich als Staatsunternehmen, ohne alle Privatbetheiligung geschehen müßte.“ Am 3. Februar 1866 zeigte Bismarck sich in einem Schreiben an den Staatsminister v. d. Heydt hocherfreut, daß endlich sich eine Gesellschaft zum Bau des Nord-Ostsee-Canals bilden wolle. Dann kamen die Kriege, aber schon am 14. Juni 1871 hielt Bismarck im Reichstag eine Rede zu Gunsten des Nord-Ostsee-Canals. Der Plan gedieh jedoch damals nicht weiter. Am 13. December 1881 griff Fürst Bismarck die Sache abermals an. Immer mehr vertiefte er sich in die Angelegenheit, und am 15. August 1885 erfolgte dann von Varzin das entscheidende Votum. Mit äußerster Energie vertrat der Fürst den Bau des Canals; das Staatsministerium ließ seine früheren Bedenken fallen, und im December 1885 trat die Vorlage an den Reichstag heran. Wenn Einer also, so schließt das Blatt sein Resumé, für das Zustandekommen des Nord-Ostsee-Canals gearbeitet hat, so ist es Fürst Bismarck.

Wir glauben, daß ohne den Fürsten Bismarck der Nord-Ostsee-Canal überhaupt nicht gebaut sein würde. Schon die Erwerbung der Kieler Bucht und Holsteins, die bei ihrer Vorbereitung auch von oben her keine Unterstützung fand, würde ohne die energische Vertretung des damaligen Ministerpräsidenten wahrscheinlich nicht stattgefunden haben, namentlich aber der Canalbau nicht, der viele Jahre hindurch die Gegnerschaft des Landesvertheidigungscomités zu bekämpfen hatte, an dessen Spitze die entscheidende Autorität, der Graf Moltke, stand. Bei der Canalfeier war Fürst Bismarck durch seine Gesundheit verhindert, anwesend zu sein; sein Name ist aber auch thatsächlich in keiner der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden erwähnt worden.

Wir möchten noch eine andere Seite der Canalfeier berühren, die in den betroffenen Kreisen sicherlich nicht ohne Eindruck geblieben sein wird. Die spätere Geschichte wird vielleicht auch die hervor-

ragenden Verdienste unserer Techniker bei dem Zustandekommen dieses eigenartigen, man kann wohl sagen, einzigen Werkes der modernen Wasserbaukunst in den Hintergrund treten lassen und sich dem Eindruck öffnen, daß die bureaukratischen Behörden, welche den Canal gelegentlich auf Dienstreisen von Berlin aus inspicirt haben und bei seiner Uebergabe an den Verkehr in den Vordergrund traten, das Hauptverdienst an den nirgends in der Welt übertroffenen, vielleicht nicht erreichten Leistungen der Erbauer des Canals gehabt hätten. Das gelegentliche Bereisen und die Besichtigungen der technischen Bauten aber haben den Canal nicht geschaffen. Es ist erfreulich, daß wenigstens Herrn Baensch eine hohe Auszeichnung zu Theil geworden ist; aber wir glauben, daß solche Anerkennung und Auszeichnung allen am Canalbau betheiligten Technikern in höherem Maße gebührt hätte, als sie bisher stattgefunden hat. Die Bautechniker stehen zu diesem Werke in denselben Beziehungen, wie beispielsweise der Geheimrath Koch zu seinen medicinischen Erfindungen; das Verdienst an diesen kann man doch aber sicher nicht der Herrn Koch vorgesetzten Ministerial-Instanz beilegen. Die Herstellung des Canals giebt unseren Wasserbautechnikern vor der ganzen wissenschaftlich-technischen Welt eine Stellung, von der wir gewünscht hätten, daß sie auch in den amtlichen Anerkennungen schärfer hervorgetreten und namentlich nicht hinter der der betheiligten Behörden zurückgetreten wäre.

Feldmarschall v. Manteuffel und die Ernennung des Bischofs Korum.

(H. N. 27. Juni 1895 No. 149 A.-A.)

In einem Briefe, den die Wiener Wochenschrift „die Zeit“ von Herrn Professor Geffcken veröffentlicht, findet sich u. A. die Bemerkung, daß den früheren Statthalter in Elsaß-Lothringen, den Feldmarschall von Manteuffel, keine Schuld an der wenig glücklichen Ernennung des Herrn Korum zum Bischof von Trier träfe. Das ist im Gegentheil unzweifelhaft der Fall; denn da Herr Korum dem Fürsten Bismarck selbst dem Namen nach noch unbekannt war, fragte letzterer bei dem Statthalter an und erhielt darauf ein günstiges Zeugniß für Herrn Korum, insoweit es sich um die Stellung der Geistlichkeit zur Staatsregierung handle, weil Herr Korum in dieser Richtung die gallicanische Erziehung gehabt habe und an den steten gouvernementalen Einfluß gewöhnt sei. Auf diese Empfehlung hin lud Fürst Bismarck den Bischof nach Varzin ein und fand dort in ihm einen gescheiten und liebenswürdigen Herrn, dessen Grundsätze

über die Beziehungen der katholischen Kirche zum Staate seiner französischen Erziehung entsprechend einen Anlaß zur Ablehnung seiner Ernennung nicht darboten. Wir theilen daher nicht die Ansicht des Herrn Prof. Geffcken, daß Herr von Manteuffel bei der Beurtheilung der Ernennung des Herrn Korum ex nexu zu lassen sei; nur die auf Anfrage erfolgte glaubwürdige und competente Auskunft des Feldmarschalls bildete die Grundlage für die Ernennung des Bischofs.

Graf Herbert Bismarck.

(H. N. 9. Juli 1895 No. 159 A.-A.)

Unter den officiösen Blättern der Caprivi-Epigonen in der Wilhelmstraße nimmt die „Weser-Ztg." einen hervorragenden Platz ein. Sie schreibt, und andere Officiöse drucken es nach, Fürst Bismarck wäre bei Darlegung seiner Auffassung über die Landwirthschaft und deren Wahlpolitik von der Entrüstung darüber geleitet worden, daß seinem Sohne Herbert nicht ein hohes Reichsamt zu Theil geworden sei.[1]) Wir beschränken uns darauf, einen Artikel wieder abzudrucken, den wir am 17. Mai 1892 über dieselbe Insinuation geschrieben haben. Er lautet:

„Anläßlich der Verlobung des Grafen Herbert Bismarck sind in der Presse verschiedene Erfindungen in Umlauf gesetzt, deren Inhalt seiner übereinstimmenden Fassung nach auf Einheit des Ursprungs schließen läßt und die Unwahrheit verbreitet, als ob seit dem Austritt des Grafen Herbert aus dem Staatsministerium der Wiedereintritt desselben von ihm oder seinem Vater jemals gewünscht oder auch nur für möglich gehalten worden wäre.

---

[1]) Mit der Situation vertraute Leute nehmen an, daß der Entschluß mit dem Fehlschlagen einer Hoffnung des Grafen Herbert Bismarck auf ein hohes Reichsamt zusammen falle; bis dahin hat man Ruhe gehalten, dann ging mit der Rede des Fürsten an den Ausschuß des Bundes der Landwirthe die Sache von Neuem los. Ob nun der Botschafterposten in Petersburg das Ziel gewesen ist, auf das man sich Hoffnung gemacht hat, oder, wie Andere glauben, das Staatssecretariat im Reichsamt des Auswärtigen, das steht dahin: Von beiden Posten aus konnte er hoffen, dermaleinst auf den Reichskanzlerposten zu gelangen, den er in früherer Zeit wohl im Erbgange erwartet hat. Genug, der Petersburger Posten ist anders besetzt, und im Reichsamt des Auswärtigen sitzt Herr v. Marschall noch fest, und das Oberpräsidium von Ostpreußen für Wilhelm Bismarck allein hat nicht genügt, den Groll und die Ansprüche der Familie zu beschwichtigen. Seitdem ist wieder große Erbitterung im Bismarckschen Lager, wie aus der Rede an die Landwirthe und aus dem Fernbleiben der ganzen Familie Bismarck von den Kieler Festlichkeiten hervorgeht.

Wie eine mit den politischen Verhältnissen vertraute Zeitung den Nonsens drucken kann, Graf H. Bismarck habe einen Botschafterposten „gefordert", ist vollkommen unbegreiflich. Schon die sprachliche Fassung dieser Erfindungen läßt Zweifel darüber aufkommen, ob ihr Ursprung sie der Ehre werth macht, in achtbare Blätter aufgenommen zu werden. Worte wie „Rehabilitirung", „Ansprüche fallen lassen", „unterhandeln" würde kein Sachkundiger auf solche Vorgänge anwenden, wenn sie stattfänden. Allen Eingeweihten sind die Gründe bekannt, welche den Grafen Bismarck Ende März 1890 bestimmten, zurückzutreten, und die Versuche, welche stattfanden, um ihn zum Verbleiben im Amte zu bewegen; es ist aber auch von allen wohl Informirten verstanden worden, weshalb er dauernd ablehnte, zu bleiben. Daß nun der Graf nachträglich von dem streberhaften Ehrgeize erfaßt sein sollte, auf dem Posten eines Agenten der heutigen Leitung des Auswärtigen Amtes ein Vollstrecker der Instructionen desselben zu werden, das zu glauben, verräth Anschauungen von Leuten, die mit der Denkart unabhängiger und ehrliebender Männer nicht hinreichend vertraut sind, um ein Urtheil darüber zu haben.

Wir haben zu Ende des vorigen Jahres schon einmal Veranlassung gehabt, den damals auftauchenden Verdächtigungen über den Grafen Bismarck entgegen zu treten. Nachdem die bezüglichen Insinuationen nunmehr und sogar in achtbaren Blättern wiederholt werden, haben wir nicht unterlassen wollen, es von Neuem als eine willkürliche Erfindung zu kennzeichnen, wenn über den Grafen behauptet wird, daß er seit seinem Ausscheiden aus dem Ministerium irgendwelche Anstellung erstrebt, gewünscht, oder gar wie einige Blätter sagen „beansprucht" habe.

Die Versuche, auch seinem Vater Unterhandlungen über diese Frage zuzumuthen, können wir unbeachtet lassen."

Wir haben von den inzwischen alle paar Monate wieder aufgewärmten Erfindungen über die angebliche Stellenjägerei des Fürsten Bismarck für seinen Sohn niemals Notiz genommen. Wenn wir das heute thun, so geschieht es nur, um diese neueste Gehässigkeit der Officiösen und ihre gegen den Fürsten Bismarck gerichteten Angriffe, wie die der „Köln. Ztg." und des „Reichs-Anzeigers" in das rechte Licht zu setzen. Diese Angriffe gehen von Männern aus, die ihre eigene Werthschätzung nur nach dem officiellen Stempel bemessen, der ihnen in Gestalt von Aemtern, Orden, Rang und Titel staatlich attestirt wird, und welche die gleiche Gesinnung auch unabhängigen Männern Schuld geben, die nicht bereit sind, ihre politische Ueberzeugung um eines Amtes willen zu verleugnen oder unterzuordnen. Die officiösen Artikelschreiber und ihre Gewährsmänner haben eben keine Vorstellung davon, daß Andere durch das

eigene Ehrgefühl in die Unmöglichkeit versetzt sind, die Pfade zu wandeln, auf denen sie sich behaglich fühlen.

Graf Herbert Bismarck hat seit seinem freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienste an keinem Tage die Absicht gehabt, sich um ein Staatsamt zu bewerben. Die entgegengesetzte Behauptung entspringt dem persönlichen Haß gegen seinen Vater, und diesem Hasse erscheint jedes Mittel, auch das der bewußten Lüge, im Parteiinteresse gerechtfertigt.

Wolffs Telegraphenbureau im Dienst der Unwahrheit.

(H. N. 9. Juli 1895 No. 159 M.=A.)

Die im vorstehenden Artikel besprochenen Insinuationen erhalten eine weitere Beleuchtung durch die schnelle und eifrige Verbreitung, die u. A. das officiöse Wolffsche Telegraphen-Bureau den erfundenen ungünstigen Nachrichten über den Gesundheitszustand und die Gemüthsverfassung des Fürsten Bismarck zu Theil werden läßt. Von der „großen psychischen Depression", die sich nach den officiösen Telegrammen bei ihm bemerkbar machen soll, haben wir nicht das Geringste wahrgenommen, und Alle, die mit ihm verkehren, sagen, daß sie ihn geistig niemals heiterer gefunden hätten, wenn auch körperlich zeitweise schwer angefochten durch die nervösen Gesichtsschmerzen, die selbst bei einer kräftigen Natur wohl die Folge einer dreißigjährigen amtlichen Thätigkeit von der Art, wie sie Fürst Bismarck ausgeübt hat, und der unberechtigten Gegenwirkungen sein können, von denen die Geschäftsführung des Fürsten so oft gekreuzt worden ist.

Eine Lüge der „Germania".

(H. N. 9. Juli 1895 No. 159 M.=A.)

In die nämliche Kategorie gehört die Behauptung der „Germania", daß Fürst Bismarck als Minister selbst der „richtige Kleber" gewesen sei. Wir bedauern, daß es ihm den Umständen nach nicht möglich war, diese Eigenschaft noch länger zu bethätigen. Die „Germania" sagt, „er habe die größten Anstrengungen gemacht, sich im Amte zu erhalten, und die Wuth, die sich nach seiner Entlassung kund gegeben habe, zeige klar, wie groß der Aerger Bismarcks über den Verlust seiner verschiedenen, so einträglichen Posten gewesen sei." Die Lüge zeigt, wie dreist die „Germania" ihren Lesern gegenüber sein darf. Jeder leidlich unterrichtete Mensch weiß, daß Fürst Bismarck nur einen einzigen bezahlten Posten hatte, den des Reichskanzlers mit 54000 Mark, derselben Einnahme, die er als preußischer Ministerpräsident schon früher besaß, 4000 Mark mehr als sein Staatssecretair des Innern.

Das Heim des Bundes der Landwirthe in Berlin.

(H. N. 9. Juli 1895 No. 159 A.=A.)

Wie bereits von uns mitgetheilt wurde, war in der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" vor einigen Tagen mitgetheilt worden:

Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck haben über den ihm zu einem nationalen Zwecke übergebenen, aus den überschießenden Beiträgen, welche zu seiner Ehrung anläßlich des 80. Geburtstages eingingen, gebildeten Fonds in der Weise verfügt, daß er als Grundstock für das Heim des Bundes, unser neu erworbenes Grundstück zu Berlin, Dessauerstraße 7, verwendet werden soll. Wir werden demgemäß verfahren und zum Andenken an den Stifter in der Eintrittshalle des Hauses sein Bildniß oder seine Büste anbringen lassen.

Demokratische Blätter vom Schlage der „Freisinnigen Zeitung" und der „Volks=Zeitung" machen hieraus eine „Verwendung nationaler Gelder zu parteipolitischen Zwecken" und daneben eine „Speculation des Fürsten Bismarck auf ein neues Denkmal."

Die „Köln. Ztg." secundirt nach gutem officiösen Brauch, wenn es sich um den Fürsten Bismarck handelt, den freisinnigen Organen und erlaubt sich zu bemerken:

Die Verwendung der Gelder für ganz einseitige und extreme Parteizwecke entspricht nicht den Grundsätzen, die Fürst Bismarck als praktischer Staatsmann machtvoll vertreten hat.

In der Veröffentlichung der „Correspondenz des Bundes der Landwirthe" fehlt allerdings der für unbefangene Leser selbstverständliche Zusatz, daß der genannte Fonds von Mitgliedern des Bundes aufgebracht war, also nicht einer allgemeinen Sammlung entstammte, und daß es das Natürlichste war, die Verfügung über die Summe in Uebereinstimmung mit den Herren zu treffen, welche sie brachten. Ebenso ist der Gedanke, das Reliefbildniß an dem Hause anzubringen, dem Fürsten von den Eigenthümern des Hauses zur Genehmigung vorgetragen worden und nicht etwa in Friedrichsruh entstanden.

Vor 25 Jahren.

(H. N. 10. Juli 1895 No. 160 M.=A.)

Die Zeitungen nehmen jetzt Gelegenheit, auf die Ereignisse vor 25 Jahren zurückzugreifen, und stellen dabei den Verlauf der Dinge, der zur französischen Kriegserklärung führte, klar. Wir haben den Eindruck, den Glais Bizoin und andere französische Abgeordnete zu jener Zeit hatten: daß die Kriegserklärung Frankreichs

schon in den Vorgängen in dem französischen Parlamente am 6. Juli 1870 enthalten war, von denen Glais Bizoin und Arago sagten, sie seien keine Verhandlung, sondern eine Kriegserklärung gewesen, eine Kriegserklärung, unterstützt durch eine lärmende officiöse Presse und Massendemonstrationen in der Richtung der bekannten Schlagwörter: „Wir müssen die Preußen unter ein caudinisches Joch bringen!“ „Wir müssen sie mit dem Flintenkolben im Rücken über den Rhein stoßen!“ „La Prusse cane!“ „Wenn uns soviel geboten würde, wie den Preußen in Paris, wären wir längst unterwegs nach der Grenze!“ Arago sprach sich dahin aus, „das Ministerium habe Frankreich wider den Willen seiner Vertreter in die Sache hineingezogen und soeben den Krieg erklärt.“

Es ist danach nicht zu verwundern, daß preußische Staatsmänner nach Kenntnißnahme dieser Vorgänge den Eindruck hatten, daß angesichts dieser mindestens brutalen Drohungen eine Nachgiebigkeit, auch nicht einen Strohhalm breit, auf preußischer Seite mehr möglich sei, und daß selbst der Rücktritt des Hohenzollernschen Prinzen geschichtlich den Eindruck machen müsse, als sei er durch französische Kriegsdrohungen erzwungen worden. Zur Kenntniß des Königs Wilhelm waren diese Details vor seiner letzten Entschließung nicht in ihrer ganzen Vollständigkeit gelangt, aber wer sie kannte, der mußte das Gefühl haben: wenn nach diesen Vorgängen sowie nach den späteren Aeußerungen die preußische Friedfertigkeit zu Gunsten Frankreichs ausgebeutet wird und der Krieg unterbleibt, so kommt Preußen damit in eine Lage, welche ihm seine deutsche und seine großmächtliche Zukunft abschneidet, und die preußische Leitung wird früher oder später das Bedürfniß fühlen, den französischen Krieg unter weniger günstigen Umständen selbst herbeizuführen, wenn Preußen seinem deutschen und europäischen Berufe gewachsen bleiben will. Diese Eventualität ist durch die französischen Entschließungen vom 14. bis 19. Juli 1870, wo die Kriegserklärung Frankreichs erfolgte, zum Glück für Preußen beseitigt worden.

Freiherr v. Buol und das Windthorst-Denkmal.

(H. N. 10. Juli 1895 No. 160 M.-A.)

Die Centrumspartei und ihre freisinnige Dienerschaft billigen das Verhalten des Reichstagspräsidenten Freiherrn v. Buol in der Windthorstschen Denkmalssache. Das Organ des Abgeordneten Richter sagt dabei, Freiherr v. Buol habe seine amtliche Eigenschaft bei dieser Einladung nicht „vorangestellt“, sondern einfach als Präsident unterzeichnet. Hat der Präsident in amtlichen Schreiben sonst etwa die Gewohnheit, seine Firma dem Schreiben voranzustellen? Hätte er sein Rundschreiben in Sachen Windthorst

mit der einfachen Unterzeichnung Freiherr v. Buol-Berenberg, Abgeordneter, versandt, so wäre nichts dagegen zu sagen gewesen; er hat aber als Präsident des Hauses unterzeichnet und damit in amtlicher Eigenschaft gehandelt. Letzteres geht außerdem aus der Thatsache hervor, daß die betreffende briefliche Mittheilung an die Reichstagsabgeordneten unter der Rubrik „portofrei“ als Reichssache durch die Post versandt worden ist.

Deutsch-Englisches.

(H. N. 19. August 1895 No. 194 A.-A.)

Die „Köln. Volks-Ztg.“ sagt in einem gegen die „Hamburger Nachrichten“ gerichteten Artikel, man dürfe die guten Beziehungen zu England nicht wegen einer Zeitungsäußerung („Standard“) aufheben wollen; sie, die „Köln. Volks-Ztg.“, befürworte keineswegs eine Anfreundung an England um jeden Preis, aber ebensowenig eine Brüskirung Englands aus Laune. Damit hat das ultramontane Blatt vollkommen recht, und an eine Brüskirung Englands denken auch die „Hamburger Nachrichten“ nicht; wohl aber haben sie das Bedürfniß, ihre Auffassung auch denjenigen Lesern deutlich zu machen, auf welche nur eine stärkere Accentuirung des Ausdrucks als die in der Diplomatie übliche Eindruck macht.

Die „Köln. Volks-Ztg.“ räth, bevor wir über das Cabinet Salisbury den Stab brächen, abzuwarten, welche Vorschläge es uns zu machen habe. Von dieser Frage ist überhaupt nicht die Rede. Das Kölnische Blatt weiß es noch nicht, welche Vorschläge Lord Salisbury machen wird; wir wissen es mit vollster Sicherheit: er wird gar keine machen, sondern abwarten, daß und ob wir ihm in gewohnter Weise mit Wünschen und Anschmiegungen entgegenkommen. Die „Köln. Volks-Ztg.“ hält es für thöricht, Salisbury's Vorschläge als unannehmbar zu bezeichnen; wir halten es für thöricht, dergleichen überhaupt zu erwarten.

Das Kölnische Preßorgan sagt ferner, die russisch-französische Allianz bestehe schon. Welchen Beweis hat es dafür? Das Blatt würde in Paris großen Erfolg haben, wenn es diese Beweise dort verkündigen wollte.

Alsdann wärmt die „Köln. Volks-Ztg.“ die alte Lüge auf, daß wir es „schon unter der Leitung des Fürsten Bismarck mit Rußland verdorben hätten.“ Im November 1889 erschien Kaiser Alexander von Rußland noch als Freund in Berlin und sprach sich darüber aus, daß sein Vertrauen zu der deutschen Politik auf der Person des damaligen Kanzlers beruhe. Sollte das Ausscheiden dieser Person, das einige Monate darauf erfolgte, gar keinen Einfluß auf die gegenseitigen Beziehungen gehabt haben?

Endlich meint die „Köln. Volks-Ztg.“, der Streit darüber, ob der Kaiserbesuch in England politische Folgen habe, sei müssig, wenn aber einige Blätter ihren Lesern vorreden wollten, bei dieser Gelegenheit dürften politische Fragen nicht berührt werden, so rechneten sie auf die Gläubigkeit der Kinderstube; das Blatt schließt mit dem Satze: „Souveraine von Großmächten sprechen bei solchen Besuchen immer über Politik, denn das ist ihr Metier.“ Das Kölner Blatt zeigt damit, daß es die Geschäfte nicht kennt. Wenn Souveraine über Politik verhandeln wollen, so nehmen sie ihre Minister mit, lassen diese „sprechen“ und behalten sich selbst die Entscheidung vor. Bei der Königin von England, von der hier mit die Rede ist, wird selbst dies nicht vollkommen zutreffen, aber auch in Bezug auf andere Staaten darf man annehmen, daß deren Souveraine keine Abschlüsse machen, ohne mit ihren Ministern im Einverständnisse zu sein.

Die Beschießung von Paris.

(H. N. 19. August 1895 No. 194 A.-A.)

In den persönlichen Erinnerungen an den Krieg von 1870/71, die der ehemalige Kriegsminister General v. Verdy, damals Abtheilungschef im Großen Generalstabe im Hauptquartier, im Augusthefte der „Deutschen Rundschau“ veröffentlicht, befindet sich auch eine Aeußerung über das Bombardement von Paris. Es wird u. a. gesagt, „die Heranziehung des Belagerungsparkes mit ausreichender Munition habe seine großen Schwierigkeiten gehabt; man habe in erster Linie doch die Verpflegung der Truppen sicher stellen müssen.“ Wir glauben, daß die Schwierigkeiten nicht ausschließlich durch das Bedürfniß unserer Truppenverpflegung erzeugt waren, und daß sie dadurch künstlich gesteigert wurden, daß ein großer Theil der Eisenbahnfahrzeuge, 1500 bis 1800 Achsen oder Wagen — wir glauben der Erinnerung nach das letztere annehmen zu sollen — in Beschlag genommen war, um die Lebensmittel zu verladen, die für Paris im Moment der Uebergabe bestimmt waren, weil man meinte, daß alsdann eine große Nothlage zu Tage treten werde, deren Linderung aus allgemein menschlichem Interesse, wie es in der anglicanischen Auffassung üblich ist, für wichtiger gehalten wurde als die schnelle Einnahme der Hauptstadt und die Beendigung des Kampfes. Wir zweifeln mit dem Generale Verdy auch nicht daran, daß König Wilhelm in seiner praktischen und militairischen Auffassung schon damals, wie heute die urtheilende Nachwelt, erkannt haben wird, was das Richtige war; wir glauben auch nicht, daß er auf militairischem Gebiete die Bescheidenheit so weit getrieben hat, um, wie ein Berliner Blatt schreibt, „in seiner großartigen Selbstlosigkeit

demjenigen die Entscheidung zu überlassen, dem sie geschäftsmäßig zustand". Wohl aber haben wir gehört, daß Einflüsse, die von englischen hochgestellten Damen ausgingen, bei der Königin Augusta Anklang und bei den englischen Damen im Hauptquartier Sympathie fanden. Diese Einflüsse wußten sich in dem Sinne Geltung zu verschaffen, daß Paris das „Mekka der Civilisation" und die Zufuhr von Lebensmitteln für seine eventuell hungernden Einwohner für den Fall der Capitulation zunächst wichtiger sei als die Heranbringung von Geschützen zur Erzwingung der Capitulation. Wer allen diesen nach außen hin wenig bemerklichen Einflüssen schließlich mit Erfolg die Spitze geboten und die Heranführung der Belagerungsgeschütze noch rechtzeitig möglich gemacht hat, bevor die Intervention der Neutralen amtlichen Ausdruck gewann, war Niemand anders als der Kriegsminister v. Roon, der sich durch die Kämpfe, die er als Minorität bei den militairischen Berathungen — schließlich vermöge der Annahme seiner Ansicht durch den König Wilhelm siegreich — durchfocht, eine schwere Nervenkrankheit zuzog, so daß der Ausfall seiner Mitwirkung in den militairischen Fragen sowohl, wie in den politischen über die Einrichtung und Gestaltung des deutschen Militairwesens als sehr nachtheilig empfunden wurde. — Uebrigens hat die für die Franzosen aufgespeicherte, von ihnen aber später zurückgewiesene Verproviantirung nach dem Waffenstillstande schädlich auf die Verpflegung unserer Streitkräfte eingewirkt.

Stimmung in Süddeutschland bei Ausbruch des deutsch-französischen Krieges.

(H. N. 20. August 1895 No. 195 M.-A.)

In der „Berl. Börs.-Ztg." finden wir einen Artikel von Dr. Robolsky über die Vorgänge in den deutschen Südstaaten vor dem deutsch-französischen Kriege. Es wird darin über eine Unterredung zwischen dem württembergischen Minister v. Varnbüler und dem französischen Gesandten Grafen von St. Vallier Folgendes berichtet:

Am 13. Juli hatte Herr v. Varnbüler eine Unterredung mit Graf von St. Vallier. Den Inhalt dieser Unterhaltung giebt eine Depesche wieder, die der französische Gesandte sofort an seine Regierung richtete. „Sie wollen den Krieg", sagte der Minister dem Gesandten. „Sie wollen ihn trotz der friedlichen Versicherungen, trotz des Unterpfandes der Ruhe, welches Sie im Plebiscit gefunden haben. Vor acht Tagen war alle Welt auf Ihrer Seite. Europas öffentliche Meinung billigte Ihre gerechte Empfindlichkeit und anerkannte, daß Ihre Beschwerden begründet seien. Ihre Zeitungen haben angefangen, Ihre Freunde abwendig zu machen, indem sie Souveraine und fremde Völker mit Beleidigungen überhäuften, Sie haben dadurch Preußen Macht über uns gegeben,

ihm seine Action erleichtert, indem sie ihm erlaubten, die nationalen Leidenschaften zu erregen, Sie haben uns unmöglich gemacht, die Zurückhaltung zu bewahren, die wir zu beobachten entschlossen waren. Die Entsagung des Prinzen Leopold hatte die Befürchtungen beschwichtigt, den Geschäften Vertrauen, den Regierungen Hoffnung wiedergegeben, sie war ein schöner und legitimer Erfolg für Sie. Preußen war zurückgewichen; es hatte sich vor Frankreich gedemüthigt; denn der Fürst Anton hat die Entsagung nicht, ohne unter der Hand durch den König Wilhelm dazu aufgefordert zu sein, eingesandt. Es war also ein Triumph für Frankreich, eine Erniedrigung für seinen Nebenbuhler."

Wenn diese Auffassung zutrifft, so geht aus ihr hervor, daß eben nur durch kriegerische Entwicklung damals das preußische Staatsschiff in seinem Fahrwasser zu erhalten war.

Fürst Bismarck und die Declarationspflicht.

(H. N. 20. August 1895 No. 195 M.-A.)

In einem Artikel des „Hamb. Corresp." über „Fünf Jahre preußischer Finanzpolitik" heißt es u. A.:

Nunmehr versuchte es Herr v. Scholz mit der Declarationspflicht; der in der Thronrede von 1889 ankündigte, bereits landesherrlich genehmigte Entwurf wurde aber in letzter Stunde vom Fürsten Bismarck angehalten und der Landtag plötzlich geschlossen.

Die Declarationspflicht ist durch Herrn v. Scholz auf Wunsch des damaligen Reichskanzlers und im Einverständniß mit ihm angekündigt worden, nur war ein Einverständniß nicht erzielt über einige begleitende Bedingungen, an denen der Reichskanzler festhielt und die im Wesentlichen den Zweck hatten, die sicheren und arbeitslos erworbenen Einkommen um 1 Procent höher als die durch Arbeit wahrscheinlich, aber nicht sicher zu gewinnenden anzusetzen und ebenso alle Einkommen preußischer Steuerpflichtiger aus ausländischen Staats- und sonstigen Ertragspapieren höher zu besteuern als die aus inländischen. Ueber diese Divergenz war ein Einverständniß nicht erzielt worden, aber bei weniger rascher Entwicklung der Dinge würde eine Einigung im Sinne der kanzlerischen Auffassung erzielt worden sein.

Das Volk der Schreiber.

(H. N. 20. August 1895 No. 195 M.-A.)

Unter der Ueberschrift: „Das Volk der Schreiber" lesen wir in der „Deutschen Wacht":

In einer Berliner Wochenschrift wird wieder einmal über die Zunahme des Schreibwerks bei den Behörden geklagt und Abhülfe auf diesem Gebiete verlangt. Es kann nicht geleugnet werden, daß sich bei den Behörden die Zahl

der Schreiber während der letzten Jahre bedeutend vermehrt hat, und daß Reich, Staaten und Gemeinden hieraus große Kosten erwachsen sind. Es wäre demnach nur erwünscht, wenn in möglichst allen Ressorts den überflüssigen Schreibereien, und deren giebt es noch eine ganze Menge, ein Ende gemacht und Neuerungen nur dann eingeführt würden, wenn sie ohne Vermehrung des Schreibwerks vorgenommen werden können. Sonst wird aus dem „Volk der Denker“ schließlich noch ein „Volk der Schreiber“. Viel wichtiger aber wäre es, wenn die gleichen Grundsätze bei den Anforderungen beobachtet würden, welche die moderne Gesetzgebung und Verwaltung an die privaten Betriebsunternehmer stellt. Ob es sich dabei um Landwirthschaft, Industrie oder Handel handelt, ist gleich. In allen Erwerbszweigen ist nur eine Stimme, daß man an den Schreibarbeiten, welche in den einzelnen Betrieben vorgenommen werden müssen, um die gesetzlichen Vorschriften zu erfüllen oder Wünschen der Verwaltungsbehörden zu genügen, nun gerade übergenug habe, daß aber eine Steigerung auf diesem Gebiete zu den schlimmsten Unzuträglichkeiten führen würde. Man darf nämlich nicht vergessen, daß, wenn die Schreiber bei den Behörden immer mehr an Zahl zunehmen, dies nur mit von den Steuerzahlern aufzubringenden Geldkosten verbunden ist, daß jedoch Belästigungen der Betriebsunternehmer mit Schreibarbeiten in den meisten Fällen eine Verkürzung der Zeit bedeuten, welche der Unternehmer auf sein Geschäft und dessen Hebung, mithin auf die Steigerung des Nationalwohlstandes verwendet. Nicht blos die Gesetze über die Arbeiterversicherung haben nach dieser Richtung Nachtheile gebracht, auch die neuen Vorschriften der Gewerbeordnung haben vielfach neue Schreibereien verlangt. Wir erinnern nur an die Liste, welche zwecks Erleichterung der Controle über die Ausführung der Sonntagsruhebestimmungen angelegt und ausgefüllt werden muß. Allerdings ist auch ein Theil der Arbeitgeber von der Schuld, nach dieser Richtung noch weiter zu gehen, als die gesetzlichen Vorschriften es verlangen, nicht frei zu sprechen. Wir machen nur darauf aufmerksam, daß in manchen Berufsgenossenschaften eine Agitation dahin veranstaltet wird, die Angabe der Zahl der vollbeschäftigten Arbeiter an Stelle derjenigen der durchschnittlich Beschäftigten obligatorisch zu machen. Gewiß hätte eine solche Neuerung manches Gute, auch bei der Vertheilung der Beitragslast. Was sie hier aber für einzelne Schultern an Erleichterungen brächte, würde sie durch die Erhöhung der Verwaltungskosten wieder mehr als ausgleichen. Deshalb sollte man von allen Bestrebungen, welche die Schreibarbeiten erweitern und nur dem Satze fiat justitia, pereat mundus gerecht werden würden, in Arbeitgeberkreisen ein für allemal Abstand nehmen. Vornehmlich aber sollte darauf gerechnet werden, daß keine gesetzliche Bestimmung mehr getroffen würde, welche den Arbeitgebern neue Lasten durch Vermehrung der Schreiberei aufbürden würde.

Es ist jedenfalls Thatsache, daß nicht blos die Existenz der Staats- und Communalbeamten, sondern auch die des unangestellten Privatmannes, sobald er irgend eine Beschäftigung hat, die ihn mit dem Räderwerk der staatlichen Bureaukratie in Berührung bringt, heutzutage durch das Uebermaß von Schreiberei erheblich erschwert wird.

Graf H. Bismarck und Herr v. Boetticher.

(H. N. 22. August 1895 No. 197 M.=A.)

Die sonst gewöhnlich gut unterrichtete „Braunschweigische Landeszeitung“ schreibt in einem Artikel über die Berliner Denkmalsfeier vom 18. d. Mts.:

„Unser Berichterstatter hat gesehen, daß die Beiden . . . (Graf Bismarck und Herr v. Boetticher) . . . einander die Hand reichten.“

Wir sind ermächtigt, diese Mittheilung als eine irrthümliche zu bezeichnen, der eine Verwechslung der Personen zu Grunde liegen muß.

Ein gefälschter Brief Bismarcks.

(H. N. 1. Sept. 1895 No. 206 M.=A.)

In der „Berliner Börsenzeitung“ vom 31. August und in anderen Blättern finden wir die folgende plumpe Mystification:

Ein Brief Bismarcks. Eine in der Schweiz erschienene Broschüre, eine Studie über den Fall Crispi, wurde auch dem Fürsten Bismarck zugesandt, und dieser antwortete dem Verfasser in folgendem Briefe: Sehr geehrter Herr! Empfangen Sie meinen verbindlichsten Dank für die Uebersendung Ihrer Broschüre, die mir viel Spaß gemacht hat. Cavallotti ist ein strammer Kämpe, und jeder gute Deutsche, der die Wahrheit liebt und die Lüge haßt, sollte das Büchlein lesen. Mein alter Freund Crispi ist, wie ich sehe, in einer schlimmen Klemme. Ich habe in diesen Tagen viel darüber nachgedacht, was wohl weher thun mag, die Peitschenhiebe Cavallottis oder meine Gesichtsschmerzen. Ich ziehe, im Vertrauen gesagt, meine Gesichtsschmerzen vor. Ihr ergebener v. Bismarck.

Das Ganze läuft augenscheinlich auf Reclame für die betreffende Broschüre hinaus. Nur die todte Zeit der Politik erklärt, daß eine so widersinnige Nachricht selbst in achtbare Zeitungen übergehen konnte. Fürst Bismarck hat nie eine derartige Broschüre empfangen und, wie wir kaum zu bemerken brauchen: wenn er sie erhalten und darauf geantwortet hätte, so würde die Erwiderung anders gelautet haben.

In Sachen Stöcker.

(H. N. 9. Sept. 1895 No. 211 A.=A.)

Der socialdemokratische „Vorwärts“ veröffentlicht einen Brief, den der damalige Hofprediger Stöcker (14. August 1888) an einen Führer der conservativen Partei gerichtet hat. Der Brief lautet:

X. (nach späterer Mittheilung: Kropatscheck) sagte mir, daß Sie einige Artikel, welche das schnöde Spiel von Bismarck und Genossen mit dem Kaiser

aufdecken, für zeitgemäß hielten. Darf ich Ihnen dagegen meine Anschauungen über das, was ich für richtig halte, darlegen? Ich glaube, daß im Augenblick Fürst Bismarck den Kaiser vollkommen eingenommen hat, ganz besonders in Bezug auf das Cartell, das nun einmal Bismarck für die Grundlage seiner Politik und für ein ungemein großes Ereigniß ansieht. Will man dagegen die Bismarckschen Intriguen seit der Waldersee-Versammlung ausspielen, und zwar mit mehr oder weniger Gegenüberstellung von Bismarck und dem Kaiser, so verliert man das Spiel und reizt den letzteren. Ich hörte noch gestern, daß er ganz für die Cartellpolitik gewonnen ist. Was man nun meines Erachtens thun kann und muß, ist folgendes: Principiell wichtige Fragen, wie Judenfrage, Mutineum [1]), Harnack, Reichstagswahl im sechsten Wahlkreise, die gewiß mit einem Fiasco der antisocialdemokratischen Elemente schließt, muß man, ohne Bismarck zu nennen, in der allerschärfsten Weise benutzen, um dem Kaiser den Eindruck zu machen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gut berathen ist, und ihm den Schluß auf Bismarck überlassen. Man muß also rings um das politische Centrum resp. das Cartell Scheiterhaufen anzünden und sie hell auflodern lassen, den herrschenden Opportunismus in die Flammen werfen und dadurch die Lage beleuchten. — Merkt der Kaiser, daß man zwischen ihm und Bismarck Zwietracht sehen will, so stößt man ihn zurück. Nährt man in Dingen, wo er instinctiv auf unsrer Seite steht, seine Unzufriedenheit, so stärkt man ihn principiell, ohne persönlich zu reizen. Er hat kürzlich gesagt: sechs Monate will ich den Alten — Bismarck — verschnaufen lassen, dann regiere ich selbst. Bismarck selbst hat gemeint, daß er den Kaiser nicht in der Hand behält. Wir müssen also, ohne uns etwas zu vergeben, doch vorsichtig sein ... Herzlichste Grüße, Ihr getreuer Stöcker.

Hierzu bemerkt die „Voss. Ztg.":

Der Brief stammt anscheinend noch aus dem Jahre 1888. Die Waldersee-Versammlung, bei der es sich darum handelte, den damaligen Prinzen Wilhelm für die Bestrebungen der christlich-socialen Partei zu gewinnen, fand am 28. November 1887 statt. Nach der „Kreuz-Ztg." sollte damals der jetzige Kaiser von dem „christlich-socialen Gedanken" gesprochen haben. Die vom Fürsten Bismarck abhängige Presse richtete darauf gegen diese Bestrebungen die schärfsten Angriffe. Der Fall Harnack spielt im September 1888. Professor Harnack war von der theologischen Facultät in Berlin zum Professor der Kirchengeschichte vorgeschlagen, aber vom Oberkirchenrath als Vertreter der Ritschlschen Theologie verworfen worden. Das Staatsministerium entschied dann auf Veranlassung des Cultusministers, daß der Einspruch des Oberkirchenraths nicht zu berücksichtigen sei. Der Zorn der Stöckerpresse kannte keine Grenzen. Die Stöckersche „D. Ev. Kirchenztg." schrieb, daß Harnack die theologische Facultät Berlins „verritscheln" werde. „Verritscheln ist für uns ein ähnlicher Vorgang, als wenn ein blühendes Thal vergletschert." Diese Opposition hatte zunächst keinen Erfolg.

---

[1]) Nach dem „Volk": Martineum, Name des geplanten orthodoxen Privatgymnasiums in Breklum (Schleswig-Holstein).

Wir glauben, daß in dem Stöcker'schen Briefe der räthselhafte Ausdruck „Mutineum" ein Erratum für „Matineen" ist, und daß mit diesen Matineen die hier besprochenen Waldersee-Versammlungen gemeint sind. Dieselben hatten Aeußerungen des damaligen Reichskanzlers zur Folge, welcher in außeramtlicher Correspondenz dem Prinzen, jetzigen Kaiser, abrieth, sich auf vorzeitige Beziehungen zu irgend einer besonderen Partei oder Clique einzulassen. In diesem Vorgange suchen wir die psychologische Erklärung für die Feindschaft, die in dem Stöcker'schen Briefe gegen den damaligen Reichskanzler zum Ausdruck kommt.

Unter der Regierung des Kaisers Friedrich wurde von verschiedenen amtlichen und kirchenregimentlichen Seiten ein repressives Vorgehen gegen Stöcker und dessen damalige christlich-sociale „Agitation" angeregt und zwar mit der Entschiedenheit, daß ein Kronrath unter dem Vorsitz des Kaisers und Königs in Charlottenburg darüber stattfand, zu welchem außer dem Staatsministerium eine Anzahl hoher Beamter und Officiere berufen wurde. Die Stimmung war daselbst gegen Stöcker gerichtet und gipfelte in der Anregung von Maßregeln behufs sofortiger Beseitigung dieses angesehenen Domgeistlichen. Der Beschluß des Kaisers aber fiel auf Antrag des Ministerpräsidenten dahin aus, dem Betheiligten die Wahl zu stellen, ob er seine Stellung als Hof- und Domprediger beibehalten oder ob er seine öffentliche Agitation in Volksversammlungen fortsetzen wolle. Stöcker wählte, wie bekannt, den Verzicht auf die Agitation und behielt die Stellung des Hof- und Dompredigers einstweilen bei, bis sie ihm im Jahre 1890, ein halbes Jahr nach der Entlassung des Fürsten Bismarck, entzogen wurde, obschon er sich seitdem der Agitation in Volksversammlungen, soviel uns bekannt ist, enthalten hatte. Wir wissen nicht, ob die Stimmung, in welcher sein Brief, den der „Vorwärts" bringt, geschrieben wurde, eine dauernde geblieben ist; aber ihre Entstehung und ihre Bitterkeit verdankt sie zweifellos der Haltung, welche der Reichskanzler in seinem Verkehr mit dem Prinzen den „Matineen" gegenüber genommen hatte, um zu verhindern, daß der künftige Thronerbe schon damals für den Einfluß einer bestimmten Coterie gewonnen werde.

In dem Stöcker'schen Blatte „Das Volk" wird gesagt, die Redaction habe Stöcker, der in Bayern auf seinem Gute sei, nicht gefragt, ob der vom „Vorwärts" veröffentlichte Brief echt sei, aber wenn dies der Fall wäre, so sei er erklärlich durch das damalige Vorgehen des Kanzlers, der den Antrag gestellt habe, Stöcker auf Grund des Socialistengesetzes auszuweisen. Die Insinuation, Fürst Bismarck habe diesen Antrag gestellt, beruht auf Erfindung, wenn auch die Erwägung der Frage damals nahegelegen hat.

Druck von Hugo Wilisch, Chemnitz.

